

Heinz Boberach Meldungen aus dem Reich

Meldungen aus dem Reich

# Meldungen aus dem Reich

Herausgegeben von Heinz Boberach

Luchterhand

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD  
Amt III

Berlin SW 11, den 12. Okt. 1945  
Friedrich-Albrecht-Strasse 8  
für Nachrichten (2400) / 11

28.2.1945  
Gen.  
-Strasse 4  
12-11-177

**Geheim!**

110

Gen. Office

SD-Berichte zur Inland-Verwaltung

Verfahren

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD  
Amt III

Berlin SW 11, den 12. Okt. 1945  
Friedrich-Albrecht-Strasse 8  
für Nachrichten, 12 00 38 / 31

FL 9,

**Geheim!**

37

Entwicklung der ...

**Persönlich - Sofort vorlegen!**

## Meldungen aus dem Reich

Nr. 325



Vorliegender Bericht ist nur **persönlich**  
für den Adressaten bestimmt und enthält  
Nachrichtensmaterial, das der **Aktualität**  
wegen **unüberprüft** übersandt wird.

# Meldungen aus dem Reich

Auswahl aus den geheimen Lageberichten  
des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944  
herausgegeben von Heinz Boberach

## Meldungen aus dem Reich

Bisher ist wenig bekannt, daß es unter der nationalsozialistischen Herrschaft Ansätze einer objektiven politischen Meinungsforschung gab. Sie war das Werk des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Seine Vertrauensleute in allen Schichten der Bevölkerung im ganzen Reich berichteten 1939–1944 regelmäßig über die Stimmung und die Reaktion auf politische und militärische Ereignisse. Im Reichssicherheitshauptamt wurden aus diesen Berichten zweimal wöchentlich die geheimen „Meldungen aus dem Reich“ zusammengestellt, von denen hier eine Auswahl vorgelegt wird. Sie geben ein weitgehend unverfälschtes Bild von den Hoffnungen und Sorgen des Volkes, von der Wirkung der Erfolge und Niederlagen, der Propaganda, der Bewirtschaftung, der Luftangriffe, der Sozialpolitik und der Rechtsprechung. Schonungslos decken sie Mängel auf. Es ergibt sich aus ihnen, wie verbreitet schon früh Zweifel am siegreichen Ausgang des Krieges waren und wie die Kritik am Nationalsozialismus zunahm. Deshalb wurde schließlich die Berichterstattung als defaitistisch untersagt. Die „Meldungen aus dem Reich“ ergänzen die Erkenntnisse, die über eine verbrecherische Führung aus vielen anderen Zeugnissen zu gewinnen sind, zum ersten Mal aus der Perspektive des Volkes.

© 1965 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH,  
Neuwied und Berlin. Alle Rechte vorbehalten.  
Schutzumschlag und Einband: Christian Honig.  
Gesamtherstellung: Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH,  
Darmstadt.

[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

## Inhaltsübersicht

EINLEITUNG	IX
QUELLEN UND DARSTELLUNGEN	XXIX
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XXXII
BERICHTE ZUR INNENPOLITISCHEN LAGE OKTOBER-DEZEMBER	3-28
Allgemeine Stimmung und Lage	3,8,18, 22
Gegner	4, 20, 23
Kulturelle Gebiete	5,9
Verwaltung und Recht	11
Wirtschaft	13,23
Anlage: Räumung der westlichen Grenzzone	15
MELDUNGEN AUS DEM REICH DEZEMBER 1939 – MAI 1943	29-409
Allgemeines	33, 36, 38, 53, 58, 59, 61, 63, 64, 68, 71, 79, 88, 95, 97, 100, 109, 117, 125, 127, 129, 133, 141, 143, 145, 151, 155, 158, 160, 167,170,172, 180, 184, 185, 191, 198, 202, 216, 225, 228, 239, 242, 253, 256, 260, 264, 267,270, 273,283,292, 295, 297, 300, 303, 306, 312, 316,323, 326 329, 331, 340, 342, 345, 352, 357, 359, 361, 368, 370, 378, 382, 387, 395
Gegner	39, 72, 77
Kulturelle Gebiete	40, 45, 47, 50, 52, 60, 74, 114, 118, 164, 195, 211, 231, 278, 286, 364
Auswirkungen und Aufnahme der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung	82, 104, 153, 162, 167, 173, 182, 244, 250, 301, 318, 322, 334, 343, 374, 384
Volkstum	289, 309
Verwaltung und Recht	42, 138, 188, 215, 220, 246, 390, 402
Wirtschaft	31, 34, 49, 55, 57, 64, 91, 94, 111, 121, 131, 135, 146, 148, 176, 178, 304, 348, 393, 398
Anlagen:	
Kettenbrief der Alemannischen autonomistischen Bewegung	98
Zur Aufnahme des Filmes «Ich klage an» in der Bevölkerung	207

## Grüne Serie:

Verbreitung zahlreicher Gerüchte über neue Waffen und Abwehrmittel	413
Meldungen über Auflockerungserscheinungen in der Haltung der Bevölkerung	416
Meldungen zum Regierungswechsel in Italien	424
Wie sieht das Volk die Kriegslage?	428
Meldungen zur Führerrede und den Ereignissen in Italien	432
Auswirkungen der deutschen Rückzugsbewegungen im Osten auf die Stimmung	437
Was verspricht sich die Bevölkerung von der «Vergeltung»?	440
Meldungen zur Führerrede vom 8. 11. 1943	442
Das Zeitgeschehen und seine Auswirkungen auf Stimmung und Haltung der Frauen	445
Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Totaler Sieg, Kompromissfrieden oder Frieden um jeden Preis?	455
Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Totaler Krieg	466
Meldungen über Gerüchte und Kombinationen zur Vergeltung und Invasion	472
Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Ausbreitung des Schleich- und unerlaubten Tauschhandels	475
Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Gefühlsmässige Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Feinden	481
Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung	485, 493, 497, 502, 506, 511, 525
Einfluss der Gerüchte und militärisch-politischen Kombinationen auf die Stimmung und Meinungsbildung der Bevölkerung seit Beginn der Invasion	518

## Rote Serie:

Einstellung der Bevölkerung zur Propaganda über den Bolschewismus	421
Zur Propaganda gegen die Sowjetunion	431

## Gelbe Serie:

Meldungen zur strafrechtlichen Bekämpfung von Zersetzungsversuchen	460
--	-----

*Inhaltsübersicht*

VII

ANHANG	
Ministerialdirektor Ohlendorf an den Leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung Graf Schwerin von Krosigk	532
PERSONENREGISTER	541
SACH- UND ORTSREGISTER	543

## Einleitung

«Es schwebte mir vor, ein Organ zu schaffen, das an Stelle einer öffentlichen Kritik die Staatsführung gleichwohl in die Lage versetzen sollte, die im Volke vorhandenen oder entstehenden Auffassungen kennenzulernen und zu berücksichtigen»,<sup>1</sup> schrieb der SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, 1941/42 als Chef einer Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD in Russland verantwortlich für den Mord an 90'000 Menschen<sup>2</sup>, über seine Tätigkeit an der Spitze des Inlandnachrichtendienstes des SD im Reichssicherheitshauptamt. Er schrieb diese Worte nach dem Zusammenbruch im Mai 1945 kurz vor seiner Verhaftung durch englische Militärpolizei, um zu erläutern, welches Ziel er seit 1937 und besonders seit Kriegsbeginn mit seinen Berichten über die Stimmung des Volkes und die innenpolitische Lage verfolgt hatte, von denen die meisten als «Meldungen aus dem Reich» bezeichnet worden waren. Ähnlich hatte er sich schon 1943 zu Himmlers Masseur Felix Kersten geäußert: Aufgabe des SD sei es, «Partei und Staatsführung ein ungeschminktes Bild darüber zu geben, wie sich die Massnahmen der beiden Institutionen auf allen Lebensgebieten der Wirtschaft, der Verwaltung, der Kultur, des Rechts u.a. m. auswirkten»; er müsse die Funktion übernehmen, die der öffentlichen Meinung im parlamentarischen Staat zukomme.<sup>3</sup>

Diese Charakterisierung trifft vor allem für den allgemeinen Teil der Meldungen zu, der bei der Auswahl in erster Linie berücksichtigt wurde. Die Reaktionen des Volkes auf die militärischen und politischen Ereignisse, seine Hoffnungen und Sorgen kamen darin unmittelbar zum Ausdruck. Ausgangspunkt für diese Übersichten über die «allgemeine Stimmung und Lage» war in der Regel die Wirkung der Vorgänge, die in den vorangegangenen drei oder vier Tagen im Mittelpunkt des Interesses gestanden hatten oder von der Propaganda am stärksten hervorgehoben worden waren. Das konnten Erfolge oder Rückschläge an den Fronten, Reden und Erklärungen Hitlers oder anderer führender Männer, wirtschaftspolitische Massnahmen, Veränderungen in den Beziehungen zu anderen Staaten oder was auch immer sein, – der SD suchte zu ermitteln und zu berichten, wie das Volk sie aufnahm, seine Meldungen waren ein fortlaufender Kommentar zur Geschichte des Krieges. Ohlendorf und seine Mitarbeiter gaben sich jedoch damit nicht zufrieden, sondern bemühten sich immer mehr, auch den Trend der öffentlichen Meinung zu erfassen. Besonders sorgfältig

1. Denkschrift für Graf Schwerin von Krosigk, s. Anhang S. 533-539. – 2. Er wurde deshalb von einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg am 8. April 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet; der allgemeine Teil des Urteils bei Robert W. Kempner, SS im Kreuzverhör. 1964. S. 16-110. – 3. Felix Kersten, Totenkopf und Treue. (1952). S. 253, Aufzeichnung vom 2. Sep-

achteten sie auf die umlaufenden Gerüchte, um sie zu interpretieren; der Wert dieser Berichterstattung wurde allerdings dadurch beeinträchtigt, dass manche Gerüchte vom Propagandaministerium selbst in Umlauf gesetzt waren, um unpopuläre Massnahmen, z.B. Rationskürzungen, psychologisch vorzubereiten.<sup>4</sup> Den Höhepunkt zusammenfassender Darstellung der Einstellung des Volkes zur politischen Lage bildeten die 1943/44 vorgelegten Analysen in den «SD-Berichten zu Inlandsfragen», z.B. über «Auflockerungserscheinungen in der Haltung der Bevölkerung», «Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes», «Das Zeitgeschehen und seine Auswirkungen auf Stimmung und Haltung der Frauen», «Die gefühlsmässige Einstellung gegenüber den Feinden».<sup>5</sup>

Nicht erst nach der Wende des Krieges bei Stalingrad, sondern von Anfang an zeigten diese Meldungen, dass von Kriegsbegeisterung wenig zu spüren und der Wunsch nach Frieden weit verbreitet war. Sie zeigten ebenfalls, dass schon früh Zweifel an den Möglichkeiten auftraten, den Krieg erfolgreich zu beenden, und eine uneingeschränkte Siegeszuversicht nur in wenigen Perioden in den Sommermonaten 1940, 1941 und 1942 vorherrschte. Viele der wiedergegebenen Gerüchte bewiesen, dass die Bevölkerung oft erstaunlich gut über Staatsgeheimnisse unterrichtet war, z.B. über den Termin für den Abschluss der Vorbereitungen zum Russlandfeldzug 1941<sup>6</sup> oder das Prinzip der V-Waffen 1943<sup>7</sup>, unterrichtet aber auch über die Ermordung von Juden in Polen und den besetzten Ostgebieten<sup>8</sup>. Als wesentlicher Faktor für die Stimmung wurde die Unzufriedenheit über die Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern in schon bald monoton wirkenden Berichten immer wieder dargestellt, eine Unzufriedenheit, die fast mehr durch Mängel im Verteilungssystem hervorgerufen wurde als durch die geringe Höhe der Rationen; sie führte auch vereinzelt zu den Demonstrationen vor Geschäften, Behörden und Betrieben, die ebenso sorgfältig registriert wurden wie die Wirkung der feindlichen Luftangriffe.

Gewissermassen als Meinungsforschungsinstitut der Diktatur derartige Berichte zu erstatten, war nun freilich weder die ursprüngliche Aufgabe des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, kurz SD genannt, noch seine einzige. Allerdings ist auch die verbreitete Meinung falsch, die unvorstellbaren Verbrechen, vor allem der Einsatzgruppen, in den von Deutschland besetzten Gebieten seien das Werk des SD; sie ist dadurch zu erklären, dass die einheitlichen Dienststellen von «Sicherheitspolizei und SD» vielfach abgekürzt als SD bezeichnet wurden und die ihnen angehörenden Gestapobeamten auf der Uniform als Formationsabzeichen eine Ärmelraute «SD» trugen.<sup>9</sup>

tember 1943. – 4. Vgl. Martin H. Sommerfeldt, Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt. 1952. S. 55 f. – 5. Unten S. 416 ff., 445 ff., 453 ff., 481 ff. – 6. Unten S. 143. – 7. Unten S. 440, 401. – 8. Unten S. 63, 383, 386. – 9. Dieses Missverständnis ist schon in dem Prozess vor



Entstanden war der SD in den letzten Jahren des Kampfes der Nationalsozialisten gegen die Weimarer Republik, als ihre Führer es für notwendig und nützlich hielten, über die Entwicklung innerhalb der gegnerischen Parteien und Organisationen, aber auch über Opposition in den eigenen Reihen informiert zu sein. 1931 wurde zuerst ein sogenannter Ic-Dienst geschaffen, der zeitweise die Bezeichnung PI – Presse- und Informationsdienst – führte, und schliesslich SD genannt wurde. Er war Bestandteil der SS, an deren Spitze bereits Himmler als Reichsführer stand; seine Leitung hatte der ehemalige Marineoffizier Reinhard Heydrich.<sup>10</sup> Heydrich baute ein Netz von Agenten und Vertrauensleuten auf, die auf wirkliche und vermeintliche Gegner des Nationalsozialismus angesetzt wurden, um deren Absichten zu ermitteln und zu stören.

Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 bedeutete für den SD, dass die Gegner, über die er Informationen gesammelt hatte, nun mit der Macht des Staates bekämpft werden konnten. In der politischen Polizei stand dafür ein neues Organ zur Verfügung. Himmler und Heydrich suchten sie unter ihre Kontrolle zu bekommen, waren zunächst aber nur in Bayern erfolgreich. Von der Möglichkeit, den SD in der von ihnen aufgebauten Bayerischen Politischen Polizei aufgehen zu lassen, machten sie jedoch keinen Gebrauch, sondern er blieb eine selbständige Organisation der SS; seine Kräfte reichten wohl weder der Zahl noch der Qualität nach aus, den Kern der neuen Polizei zu bilden. In Preussen ging die Geheime Staatspolizei, das Werk Görings, aus den politischen Abteilungen und Kommissariaten des Landeskriminalpolizeiamtes und der regionalen Dienststellen hervor.<sup>11</sup> An der Selbständigkeit des SD änderte sich auch nichts, als Himmler, der sich bis Anfang 1934 die politischen Polizeien der kleineren Länder unterstellt hatte, am 20. April 1934 auch Inspekteur der Preussischen Geheimen Staatspolizei wurde. Er ernannte Heydrich zum Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes, dieser blieb jedoch zugleich Leiter der organisatorischen Spitze des SD, des nun in Berlin eingerichteten Sicherheitshauptamtes der SS, und stellte so die Verknüpfung der beiden in ihren Aufgaben konkurrierenden Einrichtungen her.

Schon bald erwies es sich als notwendig, die Kompetenzen von SD und

dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, der Gestapo und SD zu verbrecherischen Organisationen erklärte, erörtert worden; vgl. vor allem die Dokumente in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. XLII, S. 433 ff. – 10. Der SD und seine Geschichte ist zuletzt behandelt von Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Anatomie des SS-Staates. Bd. 1. 1963. S. 67-75, ferner von Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933-1943. 1963. S. 143-158. Ein gutes Porträt Heydrichs lieferte Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. 1963. S. 139-155. – 11- Diesen Zusammenhang zeigen sehr viele im Preussischen Landeskriminalpolizeiamt angelegte Akten über den Kommunismus, die von der Gestapo ohne Zäsur fortgeführt wurden, z.T. von denselben Beamten. Die ersten Vorgänge über die SPD waren dort auch schon im Sommer 1932 nach Papens Staatsstreich angelegt worden – auf Weisung von Diels, der dann

Gestapo gegeneinander abzugrenzen, um Doppelarbeit zu vermeiden. In einem Runderlass des Politischen Polizeikommandeurs Bayern vom 7. Dezember 1934 wurde bestimmt: «Der SD überwacht die Feinde der nationalsozialistischen Idee und regt die Bekämpfung und Abwehr bei den staatlichen Polizeibehörden an»; jede Exekutive sei ihm verboten.<sup>12</sup> Für diese Aufgabe als «Hilfsorgan des Beamtenapparats der Politischen Polizei»<sup>13</sup> bedurfte es freilich kaum der grossen Organisation, die der SD allmählich einrichtete. Unter dem Hauptamt standen die mit hauptamtlichem Personal besetzten Dienststellen der 13 SD-Oberabschnitte und der ihnen nachgeordneten jeweils zwei bis drei SD-Abschnitte, zu denen wieder teils haupt-, teils ehrenamtlich geleitete Aussenstellen gehörten. Die territoriale Zuständigkeit entsprach unabhängig von den Grenzen der Gaue und der staatlichen Verwaltungsbezirke derjenigen der Oberabschnitte und Abschnitte der SS. Ende 1934 betrug die monatlichen Ausgaben schon 700'690 RM, von denen die Reichsleitung der NSDAP einen Teil aufbrachte.<sup>14</sup>

Dieser Apparat war immer weniger damit beschäftigt, die Arbeit der Gestapo zu erleichtern, deren eigenes Agentennetz zudem ständig besser wurde, während der aktive Widerstand gegen den Nationalsozialismus zurückging. Es war auf die Dauer unhaltbar, dass zwei Organe auf demselben Gebiet arbeiteten und etwa, wie erhalten gebliebene Akten des SD-Hauptamtes und des Geheimen Staatspolizeiamtes zeigen, von beiden Spitzel in die Reisegesellschaften von «Kraft durch Freude» entsandt wurden, die voneinander nichts wussten und womöglich sich widersprechende Berichte über die politische Zuverlässigkeit der Urlauber vorlegten.<sup>15</sup> Um seine Daseinsberechtigung zu beweisen, wandte sich der SD darum anderen Aufgaben zu. Er fand sie einmal in der Beschaffung von politischen Nachrichten aus dem Ausland, die in Grenznachrichtenstellen und Abwehrstellen erfasst wurden. Aus diesen Anfängen entstand der Auslandnachrichtendienst, dem es 1944 sogar gelang, die von der Amtsguppe Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht betriebene militärische Spionage an sich zu ziehen.<sup>16</sup> Zum anderen richtete er sein Interesse auf die mehr wissenschaftliche Erforschung der Gegner des Nationalsozialismus, trieb historische Studien und wertete beschlagnahmte Bibliotheken und Archive aus, z.B. von Freimaurerlogen und jüdischen Organisationen.<sup>17</sup> Endlich aber wurde die Beobachtung der Kirchen, der Juden, der Arbeiterschaft und aller Gruppen, in denen Widerstand gegen den

erster Chef der Gestapo wurde (Bundesarchiv, Bestand R 58). – 12. Bundesarchiv, Sammlung Schumacher 457. – 13. So eine Ausarbeitung des Berliner Polizeiinstituts aus dem Sommer 1935, zitiert bei Zipfel (s. Anm. 10), S. 155. – 14. Zur Finanzierung des SD Zipfel ebda, S. 146. – 15. Bundesarchiv, R 58/609, 943-950. – 16. Über den Auslandnachrichtendienst vgl. dessen letzten Chef Walter Schellenberg, Memoiren. 1956. – 17. Dazu gehörte das Freimaurermuseum in Berlin,

Nationalsozialismus erwartet wurde, erweitert zur Meinungsforschung, zur umfassenden Ermittlung der Stimmung der Bevölkerung überhaupt und ihrer Reaktion auf politische Ereignisse und die Massnahmen der Organe von Partei und Staat.

Diese Wandlung vollzog sich in den Jahren 1935/36 sehr allmählich. Im Mittelpunkt des ersten Lehrgangs für Mitarbeiter des SD an seiner zentralen Schule in Bernau vom 8.-16. Januar 1935 stand noch die Unter- richtung über Separatismus, Katholische Aktion, Evangelische Kirche, Freimaurer, Judentum, die Teilnehmer wurden aber auch angehalten, die Presse zu beobachten und wirtschaftliche Tatbestände, vor allem Korrup- tionserscheinungen, zu erfassen.<sup>18</sup> Die wenigen aus dem Jahre 1935 noch vorliegenden Lage- und Sonderberichte des SD-Hauptamtes behandeln die «Linksbewegung», die «Lage in der protestantischen Kirche und in den Sekten und ihre staatsfeindlichen Auswirkungen», das katholische und evangelische Vereinswesen und den «Weg des Protestantismus nach Rom», überwiegend also Themen, mit denen sich die Gestapo ebenfalls befasste.<sup>19</sup> Der erste, der im SD-Hauptamt den Weg von der Gegnerbeobachtung zur «Lebensgebietarbeit» einschlug, war der Abteilungsleiter und spätere Pro- fessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Berlin Rein- hard Höhn. Zu ihm stiess 1936 der damals 29jährige Otto Ohlendorf. Sohn eines Landwirts, hatte er sein juristisches Studium mit dem Referen- dalexamen abgeschlossen und war dann Assistent des Nationalökonomien Professor Jessen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel und am Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften gewesen; der NSDAP gehörte er seit 1925 an. Bei Höhn fand er «zwanzig junge Leute ohne Hilfsmittel und Apparatur», die entsprechend den Interessen Hohns besonders The- men aus den Gebieten des Hochschulwesens und der Staatswissenschaft bearbeiteten. Ohlendorf sollte die Beobachtung der Wirtschaft über- nehmen, wurde aber zum Organisator der Erforschung der Stimmung schlechthin.<sup>20</sup>

Wesentlich für die neue Ausrichtung der SD-Arbeit wurde die am 1. Juli 1937 von Heydrich erlassene geheime «Gemeinsame Anordnung für den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS und die Geheime Staatspolizei betr. die Zusammenarbeit des Sicherheitsdienstes und der Geheimen Staats- polizei», der sogenannte Funktionstrennungserlass.<sup>21</sup> Er begann mit der wohl begründeten Mahnung, das Verhältnis der beiden Organisationen

über das Kersten (Anm. 3), S. 20 f. berichtet hat. Diese Arbeit wurde ab 1940 im Amt VII des Reichssicherheitshauptamtes unter Professor Dr. Six konzentriert. – 18. Bericht eines Teilnehmers, der im Hauptberuf Beamter des gehobenen Dienstes bei einer Kommunalverwaltung war, in seinen Personalakten, Bundesarchiv NS 29/45. – 19. Die Berichte befinden sich teils im Bundesarchiv, R 58/231-233, teils im amerikanischen Document Center Berlin, einer ist bei Zipfel (Anm. 10), S. 336-346 veröffentlicht. – 20. Aussage Ohlendorfs vor dem Militärgericht in Nürnberg am 8. Oktober 1947, Bundesarchiv All. Proz. 1 XXVII A 5/6 S. 492. – 21. Eine Ausfertigung im

zueinander sei «weder Konkurrenz noch Über- oder Unterordnung, sondern gegenseitige Ergänzung unter Vermeidung jeder Doppelarbeit». Dem SD wurden zur ausschliesslichen Bearbeitung zugewiesen: Wissenschaft; Volkstum und Volkskunde (dabei Rassenkunde und Volksgesundheit); Kunst (mit Film und Funk); Erziehung; Partei und Staat; Verfassung und Verwaltung; Ausland; Freimaurei; Vereinswesen. Die Gestapo erhielt Marxismus, Landesverrat und Emigranten in ihre ausschliessliche Zuständigkeit. In der Art, dass «alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmassnahmen nicht in Betracht kommen)» vom SD «und alle Einzelfälle (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmassnahmen in Betracht kommen)» von der Gestapo bearbeitet werden sollten, wurden die Aufgaben auf folgenden Gebieten verteilt: «Kirchen, Sekten, sonstige religiöse und weltanschauliche Zusammenschlüsse; Pazifismus; Judentum; Rechtsbewegung; sonstige staatsfeindliche Gruppen (wie Schwarze Front, Bündische Jugend u.a.); Wirtschaft; Presse.» Entsprechend dieser Regelung waren die Akten auszutauschen.

Schon einige Monate vorher hatte die allgemeine periodische Berichterstattung auf den Gebieten begonnen, für die der SD nun allein zuständig war, doch noch im September 1937 musste man im SD-Hauptamt zugeben, die Berichte der Oberabschnitte seien zu uneinheitlich und subjektiv, um als Grundlage für die Information der «politischen Führung» zu dienen.<sup>22</sup> Was erreicht werden sollte, wurde am 4. September 1937 in einem von Heydrich unterzeichneten Erlass so formuliert: «Aufgabe der Lageberichterstattung auf den Lebensgebieten kann es nur sein zu berichten, wie sich die nationalsozialistische Weltanschauung auf den einzelnen Lebensgebieten durchsetzt und welche Widerstände und ggf. von wem zu verzeichnen sind, nur unter diesem Gesichtspunkt ist über kulturelle, materielle oder das Gemeinschaftsleben betreffende Dinge zu berichten.»<sup>23</sup>

Die Bearbeitung der Berichte erfolgte in der Abteilung 11,2 des SD-Hauptamtes mit den Referaten 11,21 Kultur, Wissenschaft, Erziehung, Volkstum, 11,22 Partei und Staat, 11,23 Wirtschaft, die noch in Sachgebiete untergliedert waren, z.B. 231 Landwirtschaft, 236 Arbeits- und Sozialwesen.<sup>24</sup> Referenten waren meist junge Akademiker aller Fachrichtungen, neben den Juristen Höhn und Ohlendorf auch Philologen und Mediziner.<sup>25</sup> Als Material erhielten sie ab Januar 1938 jeweils zum 1. jeden Monats die Berichte der 13 Oberabschnitte, die die Meldungen der Abschnitte mit ihren eigenen Erkenntnissen sachlich gegliedert zusammenzufassen hat-

Bundesarchiv R 58/239. – 22. Bundesarchiv R 58/990 mit weiteren Unterlagen über den Beginn der Lageberichterstattung, für die jedoch Beispiele nicht mehr vorhanden sind. – 23. Ebda. – 24. Ein Geschäftsverteilungsplan des SD-Hauptamtes ist nicht überliefert, die Angaben beruhen auf Geschäftszeichen in Erlassen und in Berichten örtlicher SD-Stellen sowie auf Nürnberger Aussagen Ohlendorfs. – 25. Über das Personal von SD und Gestapo s. Zipfel (Anm. 10), S. 165 ff. –

ten.<sup>26</sup> Die Berichterstattung der Abschnitte beruhte auf den Beobachtungen der dort hauptamtlich tätigen SD-Führer und der von ihnen in den wichtigeren Orten ihres Bezirks eingesetzten Aussenstellenleiter und Vertrauensleute sowie auf den Äusserungen von Fachleuten auf den verschiedenen Gebieten, die jeweils aufgefordert wurden, zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen. Zu diesen Fachleuten gehörten Richter und Verwaltungsbeamte, Unternehmer und leitende Angestellte, Mediziner, Lehrer aller Schularten, Künstler und Wissenschaftler. An Universitäten bestanden SD-Arbeitsgemeinschaften, deren Mitglieder als Sachverständige für Angelegenheiten der Wissenschaft herangezogen wurden.<sup>27</sup> Für den Abschnitt Koblenz z.B., der später für das Gebiet des Regierungsbezirks zuständig war und als hauptamtliches Personal im Juli 1939 einen Sturmbannführer (im Rang eines Regierungsrates), 3 Hauptsturm- und Sturmführer, 8 Unterführer, einen Anwärter und 2 Schreibkräfte aufwies, waren 1938 auf Spezialgebieten 24 Mitarbeiter tätig, davon vier promovierte Akademiker. Aussenstellen gab es in Koblenz, Cochem, Neuwied und Kreuznach und dazu 40 Vertrauensleute in einzelnen Orten; von den elf, deren Beruf bekannt ist, waren vier Beamte der allgemeinen Verwaltung, vier Polizeibeamte, je einer Arzt, Tierarzt und Lehrer.<sup>28</sup> Grundsätzlich sollte nach einem Erlass vom 2. August 1941 «die Auslese der Vertrauensleute unter dem Gesichtspunkt erfolgen, dass der durch sie erfassbare Teilausschnitt alle Kennzeichen der Gesamtheit aufzuweisen hat, da bei jeder lebensgebietmässigen Nachrichtenarbeit der Teil als repräsentativ für das Ganze gewertet werden muss».<sup>29</sup>

Für 1938 wurde erstmals ein Jahresbericht vorgelegt, der die Ergebnisse der Monatsberichte zusammenfasste.<sup>30</sup> Sein erster Teil war noch den ursprünglichen Objekten der nachrichtendienstlichen Tätigkeit gewidmet, den verschiedenen Gruppen von Gegnern des Nationalsozialismus, aber darauf folgten nun die Erkenntnisse über die Entwicklung von Verwaltung und Recht, Kultur und Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialpolitik und ihre Auswirkungen. In gleicher Gliederung wurde der Lagebericht für das erste Vierteljahr 1939 erstattet.<sup>31</sup>

Mit dem Beginn des Krieges trat eine Änderung ein. Es schien nicht mehr ausreichend, nur von Monat zu Monat die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu registrieren, sondern die Führung sollte ständig unterrichtet werden. Noch im September 1939 erhielten die SD-Abschnitte daher die Weisung, täglich zu berichten<sup>32</sup>, und am 9. Oktober wurde unter

26. Erlass des SD-Hauptamtes vom 21. 12. 1937, Bundesarchiv R 58/990. – 27. Eidesstattliche Erklärung von Professor Dr. Gerhard Ritter vom 26. Juli 1946 in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. XLII. Dokument SD (A)-65. – 28. Bundesarchiv Sammlung Schumacher 463 und NS 29/332. – 29. Bundesarchiv R 58/990. – 30. Er befindet sich im amerikanischen Document Center Berlin, der Abschnitt «Politische Kirchen» ist bei Zipfel (Anm. 10), S. 458–484, veröffentlicht. – 31. Bundesarchiv R 58/717. – 32. Der entsprechende Erlass liegt nicht mehr vor,

dem Titel «Berichte zur innenpolitischen Lage» die erste der Meldungen vorgelegt, die von da an bis in das letzte Kriegsjahr wiedergeben sollten, wie das Volk die Ereignisse an der Front und in der Heimat beurteilte. Inzwischen war am 27. September das SD-Hauptamt mit dem Hauptamt Sicherheitspolizei, der organisatorischen Spitze für Gestapo und Kriminalpolizei, zum Reichssicherheitshauptamt verschmolzen worden.<sup>33</sup> Aus der bisherigen Abteilung 11,2 entstand dort das Amt in, Deutsche Lebensgebiete, dessen Chef Ohlendorf wurde, nun SS-Standartenführer, nachdem er 1938 aus dem SD-Hauptamt ausgeschieden war, um die Geschäftsführung der Reichsgruppe Handel zu übernehmen, die er auch beibehielt.<sup>34</sup> Er bildete nach und nach vier Amtsgruppen für «Fragen der Rechtsordnung und des Reichsaufbaus», «Volkstum», «Kultur» und «Wirtschaft», in denen zunächst 18, am Ende 24 Referenten ihre Fachgebiete bearbeiteten.<sup>35</sup> Sie stellten die Nachrichten, die von den Abschnitten eingingen, deren räumliche Zuständigkeit nun derjenigen der Staatspolizeistellen für die Regierungsbezirke entsprach, zu den entsprechenden Kapiteln der Meldungen zusammen und arbeiteten die Richtlinien für die Arbeit auf den einzelnen Fachgebieten aus; dazu gehörte auch, dass sie die Anweisungen gaben, über welche Fragen besonders berichtet werden sollte.<sup>36</sup>

Die «Berichte zur innenpolitischen Lage» bestanden aus fünf Teilen: «Allgemeine Stimmung und Lage»; «Gegner»; Kulturelle Gebiete»; «Recht und Verwaltung»; «Wirtschaft». Am 8. Dezember 1939 wurden sie umbenannt in «Meldungen aus dem Reich», die Gliederung blieb jedoch unverändert bis März 1940, als ein neuer Abschnitt «Volkstum und Volksgesundheit» eingefügt wurde. Die Berichterstattung über «Gegner» hörte im Sommer 1940 auf, und damit verschwand die letzte Erinnerung an die ursprüngliche Aufgabe des SD.<sup>37</sup> Der Anteil der verbleibenden, durch römische Ziffern bezeichneten fünf Abschnitte an den Meldungen insgesamt war unterschiedlich. Während mit zwei Ausnahmen jede Nummer der «Meldungen aus dem Reich» einen allgemeinen Stimmungsbericht ent-

Akten der Aussenstelle Aschaffenburg lassen jedoch erkennen, dass die «tägliche Lageberichterstattung» am 23. September «angelaufen» war, und beziehen sich auf Anweisungen vom 15. September (Bundesarchiv Sammlung Schumacher 463). – 33. Befehl vom 27. September 1939, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. XXXVIII. Dokument 361-L. – 34. Die Reichsgruppe Handel war innerhalb der Zwangsorganisation der deutschen Wirtschaft der Spitzenverband für die Unternehmen des Handels. – 35. Geschäftsverteilungspläne vom 1. 2. 1940 (Bundesarchiv R 58/840) und 1. 10. 1943 (Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. XXXVIII. Dokument 219-L). – 36. Vgl. unten die «Arbeitsanweisungen für das Lebensgebiet Recht»; ausserdem sind aus 1940 noch Richtlinien für die Berichterstattung über Finanzen und Steuern sowie Landwirtschaft und die Niederschrift über eine Tagung der Wirtschaftssachbearbeiter der Abschnitte in Berlin vorhanden, bei der besonders zu beachtende Probleme genannt wurden (Bundesarchiv NS 29/336). – 37. Über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bekämpfung unterrichteten von einem nicht mehr festzustellenden Zeitpunkt an die «Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse» des Amtes IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes; für 1941 bis 1944

hielt, bildeten Gesundheitswesen, Justiz und Verwaltung in grösseren Abständen den Gegenstand von Berichten, und Meldungen aus der Wirtschaft waren nicht nur häufig, sondern auch besonders umfangreich. Seit Mai 1940 wurden die Meldungen fortlaufend nummeriert, jedoch so, dass die Berichte seit Oktober 1939 als Nr. 1-88 mitgezählt wurden. Bis Mitte Mai 1940 wurde dreimal, dann zweimal wöchentlich berichtet. Der Umfang der einzelnen Nummern lag zwischen 12 und 36 Seiten vervielfältigter Schreibmaschinenschrift im Format DIN A4 mit einem Durchschnitt von 18 bis 20 Seiten; nicht selten wurden grössere Berichte zu speziellen Fragen als Anlage beigelegt.

Auf Nr. 387 der «Meldungen aus dem Reich» vom 31. Mai 1943 folgten die «SD-Berichte zu Inlandsfragen», die nicht gezählt wurden, so dass weder ihre Häufigkeit noch die Vollständigkeit ihrer Überlieferung festzustellen ist; 229 sind bisher erfasst. Jeder enthielt eine oder mehrere Meldungen aus einem einzigen der vorher in einem Abschnitt behandelten Gebiete, die durch Verwendung von farbigem Papier unterschieden wurden: grün für «Allgemeine Stimmung und Lage», rot für «Kulturelle Gebiete», blau für «Volkstum und Volksgesundheit», gelb für «Verwaltung und Recht», weiss für «Wirtschaft».

Wem die Berichte zugeleitet wurden, steht nicht genau fest. Die Ausfertigungen wurden nicht gezählt, so dass auch die Auflage unbekannt bleibt. Dass die Meldungen Hitler nicht erreichten, hat Ohlendorf in Nürnberg ausgesagt.<sup>38</sup> Himmler, Heydrich und dessen Nachfolger Kaltenbrunner wurden sie als den unmittelbaren Vorgesetzten des SD selbstverständlich vorgelegt. Dass Bormann mit der Parteikanzlei, Lammers als Chef der Reichskanzlei, das Reichsjustizministerium, das Reichsfinanzministerium und der Reichsschatzmeister der NSDAP zu den Empfängern gehörten, ergibt sich aus deren Akten.<sup>39</sup> Goebbels und Reichsleiter Rosenberg erwähnten SD-Berichte in ihren Tagebüchern.<sup>40</sup> Die Vorlage bei Göring und im Reichsinnenministerium ist durch Zeugenaussagen in Nürnberg belegt. Man wird daher annehmen können, dass alle Reichsminister und alle Reichsleiter der NSDAP die Meldungen bezogen haben. Wenn höhere Beamte aus fachlichen Gründen informiert werden mussten, erhielten sie Ausschnitte über ihr Gebiet, z.B. der Chef eines Amtes im Reichserziehungsministerium nur Meldungen über Schulangelegenheiten.<sup>41</sup> Da alle SD-Berichte als «Geheim» gekennzeichnet und, wie ein Aufdruck hervorhob, «nur zur persönlichen Information des Empfängers» bestimmt

liegen sie zum erheblichen Teil im Bundesarchiv vor. – 38. Am 8. 10. 1947 (Anm. 20), S. 514. – 39. U.a. Bundesarchiv NS 6/244, R 43II/451, R 22 Gr. 5/401, R 2/24241, Sammlung Schumacher 463. – 40. Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942-43. Herausgegeben von Louis P. Lochner. 1948. S. 220, 303 u. ö.; Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Herausgegeben von Hans G. Seraphim. 1964 (dtv). S. 139. – 41. Bundesarchiv R 21/724.

waren, konnten sie nicht weitergegeben werden und wurden wohl in der Regel vernichtet, wenn sie nicht mehr aktuell waren.

Die Empfänger sollten durch die Meldungen vor allem über die Wirkung von ihnen veranlasster Massnahmen unterrichtet und auf Missstände in ihrem Kompetenzbereich hingewiesen werden, mit deutlicher Kritik wurde daher nicht gespart. Lediglich die Einstellung der Bevölkerung zur NSDAP, der «Volksgenossen» zu den «Parteigenossen», wurde sehr vorsichtig behandelt; nur verschleiert wurden in der zweiten Hälfte des Krieges verbreitete Vorwürfe gegen das Versagen der NSDAP gemeldet, die u.a. in politischen Witzen einen Niederschlag fanden. Diese Zurückhaltung reichte schon in die Vorkriegszeit zurück: ein Befehl Heydrichs vom 8. Dezember 1935 hatte Ermittlungen in Parteiangelegenheiten untersagt.<sup>42</sup> Trotzdem hatten einige Gauleiter das Gefühl einer «Beschnüffelung» durch den SD als «Partei-Überwachungsorganisation»<sup>43</sup>, nicht ganz zu Unrecht, waren doch etwa die Wirtschaftsreferenten der Abschnitte im Dezember 1940 auf gefordert worden, Äusserungen der Gauleiter besonders über Pläne für die Nachkriegszeit zu melden.<sup>44</sup> Zwar versicherte Himmler beruhigend, der SD habe «nach wie vor den strikten Befehl, sich mit internen Parteiangelegenheiten nicht zu befassen»<sup>45</sup>, mancher im SD wollte aber nicht einsehen, dass negative Erscheinungen nur auf allen anderen «Lebensgebieten», doch nicht in der Partei aufgezeigt werden sollten. Dagegen musste sich Ohlendorf in einer Rede vor höheren SD-Führern am 31. Oktober 1944 besonders wenden; er sprach von seiner «unerhört grossen Sorge» wegen kritischer Berichte über die Partei, nach denen es scheinen könne, sie sei «etwas Negatives oder Gegnerisches» und es gehe «mit dem Führer und dem Reichsführer und der SS gegen den Bürokratismus der Partei».<sup>46</sup>

Derartige Rücksichten wurden bei der Darstellung der Wirkung der Propaganda nicht genommen. Zum Abschnitt «Kulturelle Gebiete» gehörten regelmässige, meist wöchentliche Berichte über die «Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung» und über die Aufnahme der Wochenschau. Sie vertieften die Angaben, die schon unter «Allgemeines» über die Stimmung der Bevölkerung gemacht wurden, indem sie die Mittel kritisch betrachteten, die diese Stimmung beeinflussen sollten. Das Ergebnis war für Goebbels, der das Volk mit seiner Propaganda lenken zu können glaubte, häufig unerfreulich, zeigten die Berichte doch, welches Mass von unabhängiger Meinung

42. Bundesarchiv Sammlung Schumacher 457. – 43. So Gauleiter Weinrich von Kurhessen im Januar 1943 an Bormann, der die Beschwerde am 2. 2. 1943 an Himmler weitergab (Bundesarchiv NS 19/186). – 44. Bundesarchiv NS 29/336. – 45. Im Amt III des Reichssicherheitshauptamtes entworfenes Schreiben an Bormann vom 18. 3. 1943 (Bundesarchiv NS 19/186). – 46. Stenographisches Protokoll der Rede im Bundesarchiv R 38/990.



sich die Objekte der Propaganda bewahrt hatten und wie sie es verstanden, die Nachrichten der Presse und des Rundfunks auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Die hier wiedergegebenen Meldungen über die Reaktion auf die Berichterstattung zu Beginn des Norwegenfeldzuges, über die russische Annektion Bessarabiens, die Luftschlacht über England, Stalingrad und die Rationskürzungen 1942 können als Beispiele für viele gelten.<sup>47</sup> Goebbels reagierte empfindlich und soll in einer seiner Pressekonferenzen gesagt haben, die SD-Berichte seien geeignet, auch in führenden Kreisen der Partei und des Staates defaitistische Auffassungen zu verbreiten.<sup>48</sup> Seine Tagebücher zeigen, dass er die Berichte sorgfältig zu studieren pflegte.<sup>49</sup>

Die wiederholte offene Kritik an der Propaganda macht es andererseits wahrscheinlich, dass auch die Meldungen über positive Wirkungen von Filmen, Rundfunksendungen und Presseartikeln als zuverlässig gelten können. Sie bestätigten vor allem die überragende Bedeutung der Wochenschau als Propagandamittel, das nur noch von einem einzigen anderen übertroffen wurde, nämlich den Reden Hitlers. Sie allein waren nach dem Urteil des SD in der Lage, die Stimmung des Volkes nachhaltig zu verändern, wenn auch für immer kürzere Zeiträume.<sup>50</sup>

Vom Propagandaministerium gelenkt wurden auch Filmproduktion, bildende Kunst, Theater, Literatur und Musik. Während die Meinung der Kinobesucher über neue Filme regelmässig behandelt wurde, waren den anderen genannten Gebieten und dem volkstümlichen kulturellen Veranstaltungswesen nur gelegentlich Berichte gewidmet, die u.a. mehrfach auf das niedrige Niveau der Darbietungen der Organisation «Kraft durch Freude» hinwiesen.

Bei der Berichterstattung über kulturelle Anlegenheiten konnte der SD aber ausserdem auf die Erfahrungen seiner ersten Jahre zurückgreifen, fielen darunter doch die Kirchen, denen er früher als Gegnern seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, und die Wissenschaft, um die sich schon Höhn vor Ohlendorfs Eintritt gekümmert hatte. Meldungen über die Kirchen waren daher recht häufig, und zwar unter dem gewohnten Gesichtspunkt ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, wobei die katholische Kirche stärker berücksichtigt wurde als die evangelischen. Sie lieferten zahlreiche Beispiele für den Mut, mit dem Christen beider Bekenntnisse sich über staatliche Anordnungen und den Druck der Parteifunktionäre hinwegsetzten und selbst in Zeiten militärischer Erfolge ihrer Überzeugung vom notwendigen Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft Ausdruck gaben.<sup>51</sup> Besonderes Interesse zeigten sie für die erfolg-

47. Unten S. 61 f., 84, 105 ff., 326, 331, 244 f. – 48. Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Ministerialdirektors im Propagandaministerium Hans Fritzsche im Ohlendorf-Prozess, Bundesarchiv All. Proz. 1 XXVII P 2, S. 23. – 49. Anm. 40, vgl. auch Sommerfeld (Anm. 4), S. 59. – 50. Vgl. unten etwa S. 433, 442-445. – 51. Z.B. unten S. 78 f. Eine besondere Publikation aller

reichen Bemühungen der Kirchen, die Jugend für sich zu gewinnen und die Absonderung der Juden, Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen zu sabotieren. Gerade auf diesem Gebiet lässt sich auch die Zusammenarbeit zwischen SD und Gestapo feststellen, wenn in Einzelfällen vermerkt wurde, «staatspolizeiliche Massnahmen» seien eingeleitet, oder etwa 1940 in Koblenz gemeinsam die Gottesdienste überwacht und die Kirchen auf verbotene Schriftenstände überprüft wurden.<sup>52</sup>

Unter den Meldungen aus der Wissenschaft, für die nicht zuletzt die in den SD-Arbeitsgemeinschaften vereinigten Hochschullehrer das Material lieferten, waren diejenigen zahlreich, die auf Missstände infolge von Verwaltungsmassnahmen hinwiesen. Die Auswirkungen der Schliessung der Hochschulen bei Kriegsbeginn und die möglichen Folgen einer Einschränkung der Forschung aus Gründen des «totalen Krieges» wurden nachdrücklich geschildert und auf das Zurückbleiben der deutschen naturwissenschaftlichen Forschung gegenüber den USA und Russland aufmerksam gemacht. Den Mangel an Nachwuchs für Hochschullehrer und die Abwanderung von Professoren in die Wirtschaft führte man auf die Missachtung der geistigen Leistung in der Propaganda zurück. Ein Absinken der Leistungen wurden mehrfach auch im Schulwesen festgestellt; die Anforderungen der Hitlerjugend und staatlicher Stellen an Schüler und Lehrer sollten dafür mit verantwortlich sein.

Die Meldungen über «Volkstum und Volksgesundheit» behandelten vorwiegend Angelegenheiten deutscher Minderheiten in fremden Siedlungsgebieten und von Ausländern im deutschen Machtbereich. Soweit sie nicht mehr als Berichte «aus dem Reich» aufzufassen sind, wurden sie für die Auswahl nicht berücksichtigt. In der Art wie der Abschnitt «Allgemeines» für das engere Reichsgebiet unterrichteten sie in grösseren Abständen und besonders in den ersten Kriegsjahren über die Stimmung in eingegliederten und angegliederten Gebieten; aus den eingegliederten Ostgebieten (Danzig-Westpreussen, Warthegau, Oberschlesien) liegen 10, dem Generalgouvernement 11, dem Protektorat Böhmen-Mähren 27, aus Untersteiermark, Südkärnten und Oberkrain 11, Eupen-Malmedy 4, Lothringen 9, dem Elsass 12 und Luxemburg 17 derartige Berichte vor. Mit ganz wenigen Ausnahmen wurden Vorgänge in den besetzten Gebieten nicht erwähnt, weil zumindest in den letzten Kriegsjahren regelmässig besondere «Meldungen aus den Niederlanden», «Meldungen aus Norwegen» usw. von den dortigen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD erstattet wurden.<sup>53</sup> Die Berichterstattung über deutsche Minderheiten be-

Meldungen über die Kirchen, von denen hier nur sehr wenige wiedergegeben werden, ist beachtet. – 52. Bundesarchiv NS 29/332. – 53. Von diesen Serien sind nur die «Meldungen aus den besetzten Ostgebieten» und aus den Niederlanden zu erheblichen Teilen bisher bekannt geworden, von den «Meldungen aus Norwegen» gibt es noch eine grössere Anzahl, von allen anderen nur

fasste sich mit der Umsiedlung der Deutschen aus dem Baltikum, Galizien und Wolhynien 1939/40 und daraus sich ergebenden Problemen sowie mit der Lage der Volksdeutschen in Böhmen und Mähren, im Generalgouvernement, Jugoslawien (später differenziert für Kroatien, Slowenien, Banat, Batschka und Baranja), Ungarn (30 z.T. sehr umfangreiche Berichte), Rumänien, der Slowakei, ferner der Nordschleswiger (12 Berichte) und einmal sogar der Deutschen in Paraguay. Von den fremden Minderheiten im Reich wurden die Dänen in Südschleswig, Tschechen im Sudetengau, Slowenen und Kroaten in Kärnten und der Steiermark, Polen in Oberschlesien und Westpreussen mehrfach, Kaschuben, Wenden und Wallonen vereinzelt behandelt.

Besondere, mit den Jahren zunehmende Aufmerksamkeit widmete der SD den nach Deutschland deportierten ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen. Ihre Stimmung und Arbeitsleistung wurde verzeichnet, aber auch nicht verschwiegen, dass Klagen über den Bruch bei der Anwerbung gemachter Versprechungen und schlechte Behandlung durch Funktionäre berechtigt waren. Andererseits wurde durchweg festgestellt, dass trotz aller nationalsozialistischer Erziehung das «Rassenbewusstsein» der Bevölkerung noch nicht genug gefestigt war, so dass das Verbot des privaten Umgangs mit Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen weithin unbeachtet blieb.<sup>54</sup> Über die Juden, ihre Verfolgung und ihren Untergang findet sich dagegen unter dem Titel «Volkstum» nur ein Bericht über verzweifelte Versuche von «Mischlingen», ihre aussereheliche Abstammung von nicht jüdischen Vätern nachzu weisen. Jüdische Angelegenheiten wurden in den «Meldungen aus dem Reich» auch sonst nur selten und dann stets unter juristischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Gesichtspunkten erörtert. Gegenüber den Berichten zu Volkstumsfragen traten diejenigen über Volksgesundheit stark zurück. Sie befassten sich teilweise mit sehr speziellen Problemen, etwa dem «Verbot des Blutspendens durch Reichsbahnarbeiter», und verdienen Interesse nur da, wo sie Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten und Heilmitteln aufzeigten und vor der Öffentlichkeit verheimlichte Tatsachen wie die Ausbreitung von Infektionskrankheiten erwähnten.

Die Berichte aus dem Lebensgebiet «Verwaltung und Recht» wurden im Reichssicherheitshauptamt von den beiden Referenten für «Verfassung und Verwaltung» und «Rechtsleben» bearbeitet. Unter den Beiträgen über die Verwaltung sind einige Schwerpunkte festzustellen. Schon zu Anfang des Krieges und dann immer wieder wurde berichtet, dass sie ungemein kompliziert und zersplittert sei und dadurch an Wirksamkeit verliere; zahlreiche Beispiele belegten, dass ganz einfache Entscheidungen nur getroffen

werden konnten, wenn eine Vielzahl von Instanzen den Sachverhalt an Hand zahlloser Anträge und Formulare geprüft hatte. Auf derselben Linie lagen die wiederholten Klagen über unübersichtliche, schlecht formulierte Rechtsvorschriften. Alle Bemühungen um eine Vereinfachung der Verwaltung wurden kritisch verfolgt.

Die Lage im öffentlichen Dienst bildete nicht selten den Gegenstand von Berichten. Die Auswirkungen der Kritik Hitlers, führender Parteifunktionäre und der Presse am Beamtentum wurden geschildert, die zu einer Vertrauenskrise und Nachwuchsmangel führen könnten. Mehrfach wurden die wirtschaftliche Lage der Beamten oder einzelner Gruppen und bestimmte Fragen des Besoldungs- und Tarifrechts behandelt. Die Bearbeiter der Berichte glaubten andererseits gelegentlich feststellen zu müssen, dass bewährte Nationalsozialisten in der Verwaltung nicht in dem Masse gefördert würden, das sie meinten beanspruchen zu können.

Häufiger als die Meldungen über die Verwaltung waren diejenigen aus der Justiz, von denen die meisten der Wirkung der Rechtsprechung gewidmet waren. Das Material dafür erhielt der SD wohl weniger von den allgemeinen Vertrauensleuten in der Bevölkerung als von besonders verpflichteten Richtern und Anwälten. Ausserdem waren die Justizbehörden verpflichtet, ihm auf Anfragen wie einer staatlichen Behörde Auskunft zu erteilen.<sup>55</sup> Der Sachbearbeiter für Verwaltung und Recht bei einem SD-Leitabschnitt, ein jüngerer Gerichtsassessor, hat in Nürnberg ausgesagt, ein Landgerichtsdirektor habe ihm regelmässig Stellungnahmen zu wichtigen Strafverfahren übermittelt und sei auch unmittelbar vom Reichssicherheitshauptamt zu Gutachten aufgefordert worden, z.B. über die als zu milde angesehenen Urteile des Sondergerichts Saarbrücken.<sup>56</sup>

Was die juristischen Mitarbeiter des SD in ihren Berichten zu berücksichtigen hatten, wurde ihnen in einem Vortrag dargelegt, der am 1. September 1941 als «Arbeitsanweisungen für die Bearbeitung des Lebensgebiets Recht» allen beteiligten Stellen in Sicherheitspolizei und SD zugeing.<sup>57</sup> Darin hiess es, die Arbeit müsse in erster Linie von der Erkenntnis bestimmt werden, dass die «Rechtswirklichkeit stets im Einklang mit den politischen und weltanschaulichen Grundsätzen des Nationalsozialismus stehen muss». Ziel sei es, «im Rechtsleben auftretende Mängel im Interesse des Volksganzen mit beseitigen zu helfen». Als Mangel galt freilich nicht so sehr, dass die Anwendung des Begriffs vom «gesunden Volksempfinden» zu einer Willkür führte, die jede Rechtssicherheit beseitigte<sup>58</sup>, viel-

55. AV des Reichsministers der Justiz vom j. 8. 1942 in: Deutsche Justiz 1942 S. 521. – 56. Nürnberger Dokument NG 911. – 57. Bundesarchiv R 58/990. – 58. Das Problem der Rechtssicherheit und der richterlichen Unabhängigkeit wurde im Oktober 1942 in einem ‚Beitrag zur Aussprache über Lebensgebietfragen‘ speziell behandelt, den Peter Schneider in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 4. 1956. S. 399-422, veröffentlicht und kommentiert hat.

mehr sollten die Mitarbeiter «Strafurteile erfassen, die gesundem Volksempfinden gröblich widersprechen» – solche Fälle «zu reparieren», sei das Reichssicherheitshauptamt mit Erfolg in der Lage. Dabei war nicht nur an die Überprüfung durch das Reichsgericht mit Hilfe der berichtigten Nichtigkeitsbeschwerde gedacht, der Verfasser verwies auch auf die Exekutionen zu milde bestrafte Verbrecher und die Behandlung polnischer Zivilarbeiter durch die Geheime Staatspolizei. Er begründete sie damit, dass «die Justiz es bisher nicht fertiggebracht hat, die Rechtsprechung eindeutig auf die politischen Erfordernisse der Sicherung unserer Volkordnung einzustellen».

Die Beiträge über das Rechtswesen in den «Meldungen aus dem Reich» entsprachen diesen Grundsätzen. Sie waren mehr als eine objektive Unterrichtung über die Aufnahme von Urteilen in der Bevölkerung, bei Anwälten und Richtern. Ihr Ziel war es, die Rechtsprechung, vor allem im Strafrecht, immer mehr von den gesetzlichen Normen zu lösen und politischen Prinzipien zu unterwerfen. Es dürfte mit auf sie zurückzuführen sein, dass vom Reichsjustizministerium die Lenkung der Rechtsprechung eingeführt wurde, wenn sie auch negative Reaktionen der Betroffenen auf die Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit nicht verschwiegen.<sup>59</sup> Die Tendenz wird deutlich sichtbar etwa in den hier wiedergegebenen Kritiken an den Gerichten, die es wagten, auch Juden Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, oder wenn es hiess, die Bevölkerung sei empört, weil Polen nicht schon allein wegen ihrer Nationalität höhere Strafen erhielten als Deutsche in vergleichbaren Fällen – dieselbe Bevölkerung, die nach Berichten im Teil «Volkstum» trotz aller Strafandrohungen Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern ihre harte Behandlung nach Kräften erleichterte.<sup>60</sup> Darum mussten auch die Urteile des Volksgerichtshofes unter dem Präsidium Freislers dem Bearbeiter dieses Lebensgebietes vorbildlich erscheinen, und die Strafsenate der Oberlandesgerichte sollten als Ergebnis eines Vergleichs ihrer Rechtsprechung mit der des Volksgerichtshofes die ohnehin auf Fälle geringerer Bedeutung beschränkte Zuständigkeit in politischen Strafsachen an die «personell besser», d.h. mit besseren Nationalsozialisten besetzten Sondergerichte verlieren.<sup>61</sup> Diese Verschärfung der politischen Justiz sollte eintreten, als die Stimmungsberichte schon deutlich erkennen liessen, dass die Mehrheit des Volkes nicht mehr an den Endsieg glaubte und, wer wegen Wehrkraftzersetzung vor Gericht stand, nur ausgesprochen hatte, was sehr viele dachten.

Über die «Meldungen aus dem Reich» hinaus leitete der SD dem Reichs-

59. Nr. 314 der «Meldungen aus dem Reich» bei Martin Broszat, Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 6. 1958. S. 439-443; vgl. unten S. 402 ff. - 60. Unten S. 138 ff., 215 ff., 188 ff., dazu die in Anm. 34 zitierten Stellen. - 61. Unten S. 460 ff.

Justizministerium noch Äusserungen zu einzelnen Urteilen zu, die seinen Vorstellungen von nationalsozialistischer Justiz nicht entsprachen. Es ist jedoch bezeichnend, dass von 59 Urteilen, die daraufhin von November 1942 bis März 1944 überprüft wurden, nur 13 auch von Minister Thierack, der gewiss kein Vorkämpfer des Rechtsstaates war, für unhaltbar erklärt und ihre Aufhebung veranlasst, in allen anderen Fällen aber die Entscheidung der Richter gebilligt wurde.<sup>62</sup> Thierack wehrte sich auch gegen den in den «Meldungen aus dem Reich» erhobenen Vorwurf, die Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege sei nicht durchgreifend genug, betonte aber andererseits, der Inhalt der Berichte sei ein «wertvolles Mittel zur Lenkung der Rechtspflege gewesen».<sup>63</sup>

Nicht frei von Tendenzen war auch die Berichterstattung über die Wirtschaft. Sie beruhten einmal darauf, dass Ohlendorf als Geschäftsführer der Reichsgruppe Handel eigene wirtschaftspolitische Ziele verfolgte, die nicht mit den Vorstellungen anderer massgeblicher Männer in Verwaltung und Partei übereinstimmten. Auf Grund seiner Stellung an der Spitze eines Verbandes, in dem überwiegend Klein- und Mittelbetriebe zusammengefasst waren, musste Ohlendorf für die Förderung und Erhaltung des Mittelstandes eintreten. Er musste sich daher einerseits gegen eine Politik wenden, die Grossbetriebe begünstigte, andererseits gegen die Beschränkung der unternehmerischen Initiative und Verantwortung durch Massnahmen, die von sozialistischen Ideen beeinflusst waren. Beides hat sich auf die Meldungen ausgewirkt. So wurde z.B. mehrfach zu der von Speer als Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion geförderten «Rationalisierung und Konzentrierung der Industrie» sehr kritisch Stellung genommen, und noch als Angeklagter in Nürnberg warf Ohlendorf Speer vor, seine «Selbstverantwortung der Wirtschaft» habe einzelnen Unternehmern Staatsautorität gegenüber ihren Konkurrenten verliehen.<sup>64</sup> Zahlreich waren die Klagen über die Rüstungsbetriebe, die Arbeitskräfte horteten, während das selbständige Handwerk unter Einberufungen und Stilllegungen zu leiden hatte, nachdem es schon vorher durch die Organisation der Erteilung staatlicher Aufträge und der Bewirtschaftung benachteiligt worden sei. Der Gegner auf der anderen Seite war Ley mit der Deutschen Arbeitsfront, in dessen Plänen für eine allgemeine Alters- und Krankenversicherung Ohlendorf Vermassungs- und Kollektivierungstendenzen sah, die er gemeinsam mit dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und dem Reichsgesundheitsführer Dr. Conti zu bekämpfen suchte.<sup>65</sup> Ebenso wehrte er sich gegen Angriffe auf den Einzelhandel im

62. Bundesarchiv R 22 Gr. 5/XXIII-4. – 63. Schreiben an Kaltenbrunner vom 1. 12. 1942 und 18. 3. 1943, Bundesarchiv R 22 Gr. 5/401, 401 a. – 64. Aussage vom 8. Oktober 1947 (Anm. 20), S. 516. – 65. Eidesstattliche Erklärung eines leitenden Mitarbeiters Ohlendorfs im Nürnberger Prozess. Bundesarchiv All. Proz. 1 XXVII P 2 Dokument Ohlendorf 10. Belege dafür auch in Handakten SAwerin-Krosigks, R 2/24248.

offiziellen Organ der SS, dem «Schwarzen Korps», worauf ihm seine Vorliebe für die «Erhaltung und Förderung der Mittelstandsexistenzen» vorgeworfen wurde.<sup>66</sup>

Eine gewisse Färbung ist zum anderen den Berichten über den Arbeitseinsatz vor allem der Frauen, der unverhältnismässig oft behandelt wurde<sup>67</sup>, und über die Wirkung der Massnahmen zur totalen Kriegführung nicht abzuspüren. Dort wurde die Wirklichkeit am Begriff einer idealen «Volksgemeinschaft» gemessen, in der alle freiwillig dieselben Entbehrungen auf sich nehmen sollten, und die Enttäuschung darüber, dass es sie nicht gab, sondern stattdessen sogar «klassenkämpferische» Äusserungen zu verzeichnen waren, war zu spüren.

Von diesen Einschränkungen abgesehen, entsprach das Bild, das die «Meldungen aus dem Reich» von der deutschen Wirtschaft zeigten, wohl der Wirklichkeit. Es war das Bild einer Wirtschaft, die mit zahllosen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die zum Teil durch Mängel in der Verwaltung noch vergrössert wurden. Einen breiten Raum nahmen die Schilderungen der Engpässe auf den einzelnen Gebieten ein: die ungenügende Vorbereitung des Verkehrswesens auf den Krieg, die schon im Winter 1939/40 zu einer Krise führte<sup>68</sup>, der dadurch bedingte Rückgang der Leistung des Bergbaus mit seinen Auswirkungen auf die Energieversorgung der ganzen Industrie, das «überspannte Formularwesen» und die «mangelnde Abstimmung der Anordnungen der Hauptvereinigungen und Wirtschaftsverbände auf die praktischen Erfordernisse». Auch die in der Landwirtschaft auftretenden Mängel wurden nicht verschwiegen: an Saatgut, Düngemitteln, Maschinen und Geräten, nicht zuletzt Arbeitskräften infolge der Einberufungen zur Wehrmacht, die unbefriedigenden Erlöse infolge der Festpreise.

Beträchtlich war schliesslich der Anteil derjenigen Meldungen aus der Wirtschaft, die sich mit der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern befassten, sei es, dass sie ganz allgemein «Stimmen zur Ernährungslage» und zur Durchführung der Bewirtschaftung Wiedergaben, sei es, dass die Lage bei einzelnen Erzeugnissen dargestellt wurde. Weitaus am häufigsten wurde über die Missstände bei der Obst- und Gemüseversorgung berichtet, die zuerst zu einem umfangreichen Schleichhandel führten, in der Häufigkeit folgten Nachrichten über die Belieferung mit Kartoffeln und Fleisch, dann über die Zuteilungen von Brot und Getreideerzeugnissen, Fett und Milchprodukten, Tabakwaren, Eiern, Zucker und Süsswaren. Bei den Verbrauchsgütern interessierten vor allem die Textilknappheit und die Mängel bei der Versorgung mit Schuhen und Leder für Schuhreparaturen.

66. Briefwechsel aus dem Jahre 1942, Bundesarchiv R 58/951. – 67. Unten S. 148, 150, 181, 343, 352, 363 ff., 470. – 68. Unten S. 24 ff.

Diese Berichte ergänzten und bestätigten die Angaben, die der allgemeine Teil der «Meldungen aus dem Reich» über die Stimmung der Bevölkerung enthielt, indem sie die dort geschilderte geringe Begeisterung für den Krieg, die Unzufriedenheit und den Pessimismus aus den Versorgungsschwierigkeiten erklärten. Dasselbe galt für die ebenfalls im Abschnitt «Wirtschaft» erörterte Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklung von Löhnen und Gehältern, zur Sozialversicherung und Kriegsvopferversorgung und zum Mangel an Wohnungen. Vor allem liessen aber die in der zweiten Hälfte des Krieges mehrfach vorgelegten, im Reichsfinanzministerium wohlbeachteten Berichte über Inflationsangst, Geldentwertung und Flucht in Sachwerte erkennen, dass ein beträchtlicher Teil des Volkes das Vertrauen in die Führung verloren hatte.<sup>69</sup>

Im gleichen Mass, in dem der SD berichtete, wie das Vertrauen schwand und die Stimmung sich verschlechterte, wuchs bei den Männern um Hitler, die sich die drohende Niederlage nicht eingestehen wollten, die Kritik am «Defaitismus» der Berichte. Sie erzwangen schliesslich, dass sie fast ganz eingestellt werden mussten. Die Zeiten, als Göring die Meldungen Punkt für Punkt im Ministerrat für die Reichsverteidigung besprochen hatte, waren nun vorüber.<sup>70</sup> Goebbels fand, die Wirkung seiner Rede über den totalen Krieg am 18. Februar 1943 sei nicht gebührend gewürdigt worden, und am 17. April 1943 notierte er<sup>71</sup>: «Der SD-Bericht bringt mehr Stärkereien. Er erregt überhaupt in letzter Zeit mein allgemeines Missfallen. Er ist gänzlich unpolitisch und wird durchaus ungesiebt an die zuständigen Stellen herangetragen. Daraus entsteht eine gewisse Gefahr; denn die meisten Leser dieser SD-Berichte haben nicht das politische Unterscheidungsvermögen, um eine Nebensächlichkeit von einer Hauptsache zu unterscheiden.» Er wollte die «an sich guten Materialunterlagen des SD» mit den Meldungen seiner Reichspropagandaämter verbinden, die es nicht wagen, ihn zu kritisieren. Daraus wurde nichts, dafür konnte Goebbels am 12. Mai feststellen, Himmler sei «jetzt bereit, den SD-Bericht einstellen zu lassen, da er auf die Dauer defaitistisch wirkt»; er solle jedoch einen Sonderbericht erhalten.<sup>72</sup>

Nach dieser Intervention Goebbels' hörte die Berichterstattung zwar nicht auf, sie war aber wohl der Anlass, die «Meldungen aus dem Reich» ab Juni 1943 durch die «SD-Berichte zu Inlandsfragen» zu ersetzen, die anscheinend nur einzeln dem jeweils fachlich interessierten Ressort zugänglich gemacht wurden. Die Angriffe auf den SD gingen aber weiter und

69. Unten S. 32, 177, 304 f., 381, 496 f. Bundesarchiv R 2/24250. – 70. Angaben Heydrichs in einer Konferenz mit seinen Amtschefs am 19. September 1939, Bundesarchiv R 58/825. – 71. Tagebücher (Anm. 40), S. 303. – 72. Ebda. S. 340, vgl. auch die Angaben Kerstens (Anm. 3) vom 2. September 1943 über sein Gespräch mit Ohlendorf, S. 253, und Ohlendorfs Aussage in Nürnberg (Anm. 20).



fanden nun bei Himmler, der ihn noch im März 1943 verteidigt hatte<sup>73</sup>, eher Rückhalt. Im September 1943 beklagte sich Ohlendorf bei Kersten: Himmler lehne Berichte ab, dass Führerreden kritisch aufgenommen würden, am liebsten möchte er die Berichterstatter zur Verantwortung ziehen; in einem Brief an Kaltenbrunner habe er die Auflösung des Inlandnachrichtendienstes angedroht.<sup>74</sup> Ein Zeichen für Himmlers Meinung über den SD war auch seine Reaktion, als ein Bericht Einwände gegen die von ihm angeordnete Ernennung der Polizeiverwaltungsbeamten zu Offizieren vorgebracht hatte: er halte es «geradezu für eine groteske Unmöglichkeit, dass dieser nationalsozialistisch sein wollende und sollende SD» diese Massnahmen als «unnötige Uniformänderung» bezeichne.<sup>75</sup>

Vielleicht war es auch Himmlers Absicht, den SD mit «nützlicheren» Aufgaben zu beschäftigen, als er nach seiner Ernennung zum Reichsinnenminister im September 1943 Zuständigkeiten von Reichsinnenministerium und vom Hauptamt Ordnungspolizei auf das Amt III des Reichssicherheitshauptamtes übertrug.<sup>76</sup> Es wurde dadurch zur Ministerialinstanz für Vereins- und Versammlungsrecht, Waffenrecht, allgemeines Polizeirecht, Presserecht, Anwendung und Durchführung des Reichsbürger- und Staatsangehörigkeitsrechts (mit Ausnahme der Eichmann zugewiesenen Abberkennung der Staatsangehörigkeit) und zum Partner des Justizministeriums in allen Fragen des allgemeinen und des politischen Strafrechts. Wenig später, im November 1943, verlegte Ohlendorf seine Haupttätigkeit in das Reichswirtschaftsministerium; als Ministerialdirektor wurde er Stellvertreter des Staatssekretärs und Leiter der Abteilung «Allgemeine Wirtschaftspolitik»<sup>77</sup>, behielt aber die Leitung des SD-Inland, über dessen zunehmende Erfolglosigkeit er kaum Zweifel haben konnte.

Im Sommer 1944 war es dann Bormann, der die Berichterstattung in der bisherigen Form zum Erliegen brachte. Er teilte die Meinung eines seiner Mitarbeiter in der Parteikanzlei, «die V-Männer des SD kommen offenbar nur in negative Kreise»<sup>78</sup>, und bezeichnete die Meldungen als Sprachrohr des Defaitismus.<sup>79</sup> Am 27. April 1944 beschwerte er sich bei Himmler, dass der SD die fachliche Qualifikation und die politische und weltanschauliche Haltung der höheren Beamten der allgemeinen Verwaltung begutachten wolle, was allein den Hoheitsträgern der Partei zustehe<sup>80</sup>; seit langem war aber bei Ernennungen in der staatlichen Verwal-

73. Oben Anm. 45. – 74. Aufzeichnung Kerstens (Anm. 3) zum 4. 9. 1943, S. 234, und die dort zitierten Äusserungen Himmlers über Ohlendorf, S. 260 f. – 75. Bundesarchiv All. Proz. 1 XXVII P 3, Dokument Ohlendorf 33. Schreiben Himmlers an Ohlendorf vom 31. Oktober 1943. – 76. Erlasse vom 7. und 24. September 1943, Bundesarchiv R 58/240. – 77. Staatssekretär war Franz Havler, der Präsident der Reichsgruppe Handel, dem Ohlendorf bisher als Geschäftsführer zur Seite gestanden hatte. – 78. Randvermerk vom 5. 12. 1943 auf einem SD-Bericht, Bundesarchiv NS 6/244. – 79. Eidesstattliche Erklärung eines Regierungsrates aus der Parteikanzlei im Nürnberger Prozess, Bundesarchiv All. Proz. 1 XXVII P 2, Dokument Ohlendorf 25. – 80. Bundesarchiv NS 19/280.

tung der SD beteiligt worden.<sup>81</sup> Endlich verboten Bormann und Ley allen Funktionären der NSDAP und der DAF die Mitarbeit im SD, so dass Ohlendorf am 13. Juni 1944 Kersten erklärte, nun seien ihm «die Hände in einer Weise gebunden», dass er nicht viel mehr unternehmen könne.<sup>82</sup> Die letzten «SD-Berichte zu Inlandsfragen» liegen aus dem Juli 1944 vor, sie sind demnach um diese Zeit eingestellt worden.

Damit hatte die regelmässige Unterrichtung der Führung über die Stimmung und die Reaktion des Volkes auf politische und militärische Ereignisse ihr Ende gefunden, weil die massgeblichen Männer die Wahrheit nicht hören wollten. Nur gelegentlich wurden noch bis zum Zusammenbruch Meldungen zu bestimmten Problemen vorgelegt, darunter über den Bau von Befestigungen an den Reichsgrenzen und über die Evakuierung der Bevölkerung aus den Kampfgebieten im Westen und Osten.<sup>83</sup> Bormann protestierte auch dagegen und beanstandete, «von irgendwelchen gänzlich unverantwortlichen Leuten» würden Vorwürfe erhoben, während die Verantwortlichen nicht gefragt würden, mit denen er die Parteifunktionäre meinte, deren Versagen gemeldet wurde.<sup>84</sup> Einige dieser letzten Berichte, deren Thema die «völlige innere Auflösung der Führung» gewesen sein soll, waren es, die als einzige Hitler erreicht haben.<sup>85</sup> Es ist freilich eine müssige Frage, ob die «Meldungen aus dem Reich» Hitler hätten beeinflussen können, wenn er sie regelmässig zur Kenntnis genommen hätte; denn grundsätzlich widersprach es seinem Sendungsbewusstsein wie jedem totalitären Herrschaftssystem, auf die Meinung der Beherrschten Rücksicht zu nehmen. Nicht als Instrument für die Führung des nationalsozialistischen Deutschland, wie Ohlendorf wollte, hatte die Meinungsforschung des SD ihren wahren Wert – sie gewinnt ihn erst als Quelle für das Leben und Verhalten eines Volkes unter der Diktatur.

81. Beispiele finden sich in Akten des Reichsinnen-, Reichsjustiz- und Reichspropagandaministeriums im Bundesarchiv. – 82. Aufzeichnung Kerstens (Anm. 3) vom 14. 6. 1944, S. 264. – 83. Einzelne an den Reichsschatzmeister der NSDAP gerichtete, nicht mehr vervielfältigte Ausfertigungen, die letzte von November 1944, im Bundesarchiv, Sammlung Schumacher 463; Akten des Amtes III über die Stimmung in den vom Feind bedrohten Gebieten aus dem Winter 1944/45 Bundesarchiv R 58/976. – 84. Schreiben an Kaltenbrunner vom 4. April 1945, Bundesarchiv R 58/976. – 85. Aussage Ohlendorfs in Nürnberg am 8. Oktober 1947 (Anm. 20), S. 515.

## Quellen und Darstellungen

Die «Berichte zur innenpolitischen Lage», «Meldungen aus dem Reich» und «SD-Berichte zu Inlandsfragen» befinden sich sämtlich im Bundesarchiv in Koblenz unter den Nummern 144-194 des Bestandes R 58 Reichssicherheitshauptamt.

Sie vollständig zu veröffentlichen, verbot ihr Umfang von mehreren tausend Seiten. Nicht wenige Meldungen, vor allem aus der Wirtschaft, können auch kein dauerndes Interesse beanspruchen, und in den allgemeinen Stimmungsberichten waren Wiederholungen unvermeidlich. So schien es gerechtfertigt, eine Auswahl zu treffen, für die zwei Kriterien massgeblich waren: zum einen, alle Meldungen aufzunehmen, deren Inhalt deshalb von Belang ist, weil sich in ihnen die wichtigsten Ereignisse des Zweiten Weltkrieges spiegeln oder sie wesentliche neue Erkenntnisse über die innenpolitische Lage vermitteln, zum anderen, wenigstens Beispiele für die Behandlung häufig wiederkehrender Themen vorzulegen, um doch ein Bild des Ganzen entstehen zu lassen. Soweit es möglich und nötig war, wurde der Inhalt ausgelassener Meldungen in den Anmerkungen berücksichtigt, auf Regesten, die des Umfangs wegen doch nicht von allen hätten gebracht werden können, dagegen verzichtet. Grundsätzlich wurde jeweils der Text eines ganzen Abschnitts mit den zugehörigen Überschriften ungekürzt wiedergegeben. Abgesehen von der Korrektur offensichtlicher Schreibfehler und der Interpunktion blieben Sprache und Stil unverändert.

Für die Einleitung und Kommentierung wurden weitere Akten des genannten Bestandes herangezogen, der auch Vorakten des SD-Hauptamtes und des Geheimen Staatspolizeiamtes enthält, sowie folgende weitere Bestände des Bundesarchivs:

- NS 6 Stellvertreter des Führers / Parteikanzlei der NSDAP
- NS 19 Persönlicher Stab Reichsführer SS
- NS 29 SD-Abschnitt Koblenz
- R 2 Reichsfinanzministerium
- R 22 Reichsjustizministerium
- R 43 Reichskanzlei
- R 60 II Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof
- R 62 Geschäftsführende Reichsregierung Dönitz
- Sammlung Schumacher
- ZSg 109 Sammlung Oberheitmann
- All. Proz. 1 xxvii Protokolle und Dokumente des Prozesses gegen Ohlendorf  
u.a. vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg
- Die Sammlung Schumacher wurde im amerikanischen Document Center

Berlin aus Schriftstücken verschiedener Provenienzen zusammengestellt; ihr wurde auch der nicht zur Serie der «SD-Berichte zu Inlandsfragen» gehörende Bericht von Anfang Juli 1944 entnommen. Die Sammlung Oberheitmann besteht aus den «Vertraulichen Informationen» für die Presse, die täglich auf der Pressekonferenz der Reichsregierung ausgegeben und vom Reichspropagandaamt Hessen-Nassau in Frankfurt den Zeitungen im Gau mitgeteilt wurden; sie wurde vom Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, dessen Eigentum sie ist, dem Bundesarchiv zur Verfügung gestellt.

Wesentliche Quellen für die Geschichte des SD finden sich ferner in:

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946 (Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache). 42 Bde. 1947-1949 (insbes. Bd. xx, S. 207-289; Bd. XLII, S. 433-472).

Auf Darstellungen der Entwicklung des SD ist in Anmerkung 10 zur Einleitung hingewiesen.

Unentbehrlich für die Kommentierung waren folgende Veröffentlichungen, deren häufige Benutzung nicht in jedem Einzelfall belegt wird: Keesings *Archiv* der Gegenwart. Jg. 1939-1944. Wien 1940 ff.

Das *Archiv*. Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur. Herausgegeben von Alfred-Ingemar Berndt. Nr. 68-119. Berlin Oktober 1939 bis März 1944 (Sonderausgabe unter dem Titel: Deutschland im Kampf. 116 Nrn. Berlin 1939-1944).

*Domarus*, Max, Hitler – Reden und Proklamationen. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 2 Untergang (1939-1945). Neustadt a. d. Aisch 1963.

*Dokumente* deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegssachgeschädigte, Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung. Herausgegeben vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bd. 1. Bonn 1958. Beiheft 1, Aus den Tagen des Luftkrieges und des Wiederaufbaues. Erlebnis- und Erfahrungsberichte. 1960. Beiheft 2, Der Luftkrieg im Spiegel der neutralen Presse. 1962.

*Jacobsen*, Hans Adolf, 1939-1945. Der 2. Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Mit 8 Karten und Skizzen, 6 Spitzengliederungen. 5. Auflage Darmstadt 1961.

*Philippi*, Alfred und Ferdinand Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941-1945. Ein operativer Überblick. Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung. Stuttgart 1962.

*Rüge*, Friedrich, Der Seekrieg 1939-1945. 2. Auflage Stuttgart 1956.

*Schmitz*, Hubert, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. Dargestellt an dem Beispiel der Stadt Essen. Herausgegeben von der Stadtverwaltung. Essen 1956.

*Tippelskirch, Kurt v.*, Geschichte des Zweiten Weltkrieges. 3. Auflage  
Bonn 1959.

Zahlreiche weitere Darstellungen spezieller Themen aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges sind in den entsprechenden Anmerkungen genannt; verzeichnet sind sie sämtlich auch in der Bibliographie zur Zeitgeschichte, zusammengestellt von Thilo Vogelsang (Beilage zu den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte. Im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg. Stuttgart 1953 ff.).

## Abkürzungsverzeichnis

BDM	Bund Deutscher Mädel
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
KdF	NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude»
KLV	Kinderlandverschickung
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PK	Propagandakompanie
RAF	Royal Air Force
R-Betrieb	Rüstungsbetrieb
RGBL	Reichsgesetzblatt
SD	Sicherheitsdienst Reichsführer SS
SHD	Sicherheits- und Hilfsdienst
SS	Schutzstaffel
Uk.	unabkömmlich (zum Wehrdienst)
VB	Völkischer Beobachter
VO	Verordnung
WHW	Winterhilfswerk

## **Berichte zur innenpolitischen Lage**

9. Oktober 1939 (Nr. 1, Auszug)

### 1. Allgemeine Stimmung und Lage

Die Führerrede<sup>1</sup> hat den Glauben an ein Nachgeben Grossbritanniens und Frankreichs, aber auch die Bereitschaft zum weiteren Einsatz für den Fall, dass der Krieg fortgesetzt werden muss, verstärkt. Aus den Meldungen über den Eindruck der Rede auf die Allgemeinheit geht hervor, dass auch der einfachste Mann die vom Führer entwickelten Gedankengänge, welche die aussenpolitischen und militärischen Massnahmen des Reiches erklären sollten, verstanden hat. Das allgemeine Interesse ist nunmehr auf das Verhalten Grossbritanniens und Frankreichs gerichtet.

Die Anfahrtstrassen zur Reichstagsitzung waren verhältnismässig gering besetzt. Bedauert wurde, dass diesmal nicht wie bei früheren Reichstagsitzungen längs der Anfahrtstrassen Lautsprecher aufgestellt waren. – Missfallen erregte, dass während der Führerrede die Bauarbeiten am Königs-Platz nicht eingestellt wurden. – Die Tatsache, dass keine offizielle Anordnung über den Gemeinschaftsempfang der Führerrede bekannt wurde, veranlasste einige Betriebsführer dazu, keinen Gemeinschaftsempfang anzusetzen. In einigen Betrieben liessen die Betriebsführer nur 2 bis 3 Mann die Rede anhören, damit diese später ihren Arbeitskameraden das Wichtigste mitteilen sollten. – In Berlin wurde festgestellt, dass in einzelnen Gastwirtschaften während der Rede weiterbedient und verzehrt wurde.

Die Beflaggung der Häuser wurde nach dem Aufruf des Propagandaministeriums in allen Teilen des Reiches durchgeführt.<sup>2</sup> Da in vielen Orten Unklarheit über den Termin bestand, war z.T. schon mehrere Tage vor dem endgültigen Aufruf geflaggt. Bei dem später durchgegebenen Termin war die Besetzung von Warschau schon so als eine Selbstverständlichkeit angesehen, dass die Beflaggung keiner inneren Hochstimmung der Bevölkerung mehr entsprach.

Die Rückkehr der im Osten eingesetzten Truppen in die Garnisonen des Reiches wurde fast überall von der Bevölkerung mit grosser Begeisterung gefeiert. Die Truppen wurden vielfach durch Blumen geschmückt, und es wurden an sie Zigaretten, Obst usw. verteilt. Meldungen über einen besonders herzlichen Empfang zurückkehrender Truppen liegen aus Danzig<sup>3</sup>,

Zu Nr. 1

1. Am 6. Oktober vor dem Reichstag, Wortlaut in: Das Archiv, Oktober 1939. S. 842-860, in Auszügen mit Kommentar bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'377-1'393. Hitler gab darin einen Überblick über die Erfolge in Polen und machte den Westmächten ein Friedensangebot, über dessen Unannehmbarkeit er nicht im Zweifel sein konnte. – 2. Eine siebentägige Beflaggung der Häuser war schon vorher angeordnet, aber erst am 3. Oktober bekanntgegeben worden, dass sie vom 4. bis 10. erfolgen solle. – 3. In Danzig waren im Sommer



Allenstein, Elbing, aus verschiedenen schlesischen Orten, aus Reichenberg und aus Wien vor.

In einigen Teilen des Reiches liess die Partei Geld- oder Büchersammlungen für die Truppen durchführen. In Hessen-Nassau fügte Gauleiter Sprenger<sup>4</sup> den ersten Büchersendungen an eingezogene Parteigenossen persönliche Schreiben bei.

Unter Parteimitgliedern, die in W-Betrieben<sup>5</sup> beschäftigt sind und oft eine Arbeitszeit von täglich 12-14 Stunden haben, ist eine Missstimmung darüber vorhanden, dass sie weiterhin zur Partearbeit (Bearbeitung der Volkskartei<sup>6</sup>, Sammlung von Altmaterial u. dgl.) herangezogen werden. Im Hinblick auf die ausserordentliche berufliche Belastung wird der Wunsch einer generellen Befreiung dieser Personen vom Parteidienst während der Kriegsdauer gewünscht.

## II. Gegner

Wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz<sup>7</sup> und sonstigen staatsfeindlichen Verhaltens, insbesondere wegen Verbreitung von Greuelnachrichten und Abhörens ausländischer Sender<sup>8</sup>, wurden von der Staatspolizei festgenommen: in Berlin 13 Personen, in Dortmund 12, in Graz 9, in Kiel 5, in Düsseldorf, Karlsruhe, Magdeburg, Stuttgart und Wien je 4, in Chemnitz, Köln und Schwerin je 3 Personen.

In Karlsbad und Berlin erhielten Fabrikarbeiter Hetzschreiben aus Prag, die eine kommunistische Umdichtung des Horst-Wessel-Liedes zum Inhalt hatten. – In Köln und Heidelberg wurden bei der Leerung von Briefkästen zahlreiche Zettel gefunden, in denen gegen den Führer und gegen Reichsminister Goebbels gehetzt wird. Es ist unbekannt, aus welchen Kreisen diese Zettel stammen.

Anlässlich des Erntedankfestes erklärte der katholische Pfarrer N. in Heidenau/Bezirk Dresden, dass der Geist des Teufels in Gestalt der Führer dieser Erde vorhanden sei. Es sei nicht von Gott gewollt, dass sich

Noch zu Nr. 1

1939 ein SS-Wachsturmbann Eimann und ein Totenkopf-Sturmbann Götze (SS-Heimwehr Danzig) aufgestellt worden, die gegen die polnischen Stützpunkte in der Stadt gekämpft hatten und dann im rückwärtigen Heeresgebiet eingesetzt worden waren. – 4. Jakob Sprenger, geb. 1884, seit 1927 Gauleiter, 1933 Reichsstatthalter in Hessen, gest. 1943 (Selbstmord). – 5. Wehrbetriebe, die für den Bedarf der Wehrmacht arbeiteten. – 6. Die Volkskartei sollte Angaben über Wohnung, Familienstand, Ausbildung und Beruf aller deutschen Staatsangehörigen nach Geburtsjahrgängen aufnehmen (Verordnung vom 21. 4. 1939, RGBl. I S. 823). – 7. Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform vom 20. 12. 1934 (RGBl. I S. 1'269), das alle denkbaren Äusserungen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus unter Strafe mit Einschluss der Todesstrafe stellte. – 8. Das Abhören ausländischer Sender war durch die Verordnung über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1'683) verboten; darüber C. Latour in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte n. 1963. S. 418-435. –

Menschen bekämpften, auch nicht, dass in Deutschland Menschen hungern und frieren. Das Volk führe gedankenlos alles aus, was ihm von den Grossen ins Ohr geflüstert werde, gleich, ob es zum Guten oder Bösen ausgehe. Die Denkenden nützten die Gedankenlosigkeit der Völker zur Verwirklichung ihrer Pläne aus. Sie wollten nicht dienen, sondern herrschen, nicht beten, sondern angebetet werden. Der katholische Kaplan M. in Oberdufhausen / Kreis Hünfeld erklärte in einer Predigt: «Die Gefahr des Bolschewismus ist immer noch gross, sie ist durch die Verbrüderung Stalins und Hitlers vergrössert worden. Ich fordere Euch auf, nicht mit Bajonetten und anderen Waffen, sondern mit dem Rosenkranz zu kämpfen.» (In beiden Fällen wurde die Staatspolizei verständigt.)

## II. Kulturelle Gebiete

2. *Schule und Erziehungswesen.* Um dem fast in allen Teilen des Reiches vorhandenen Mangel an Lehrkräften zu steuern, konnten zum Teil Ersatzkräfte aus den Kreisen der pensionierten Lehrer, der verheirateten, aus dem Lehrberuf bereits ausgeschiedenen Lehrerinnen und geeignete Laienkräfte herangezogen werden. Unklar ist aber zum Teil noch die Frage, aus welchen Etatmitteln diese Kräfte zu bezahlen sind, wie hoch die Vergütungssätze liegen usw. Eine generelle Zusammenfassung der dafür bestehenden Richtlinien und ihre Bekanntgabe erscheint zweckmässig. Der noch grösste Lehrkräftemangel besteht für den besetzten polnischen Raum. Die Schulverwaltung Danzigs erliess einen Presseaufruf, wonach sich Personen im Alter von 17 bis 26 Jahren, die sich für die Lehrberufe befähigt halten, melden sollen, nach 6wöchigen Kursen bereits zum praktischen Einsatz als Hilfskräfte in den Schuldienst kommen und bei Bewährung und weiteren Kursen endgültig für das dortige Gebiet übernommen werden sollen. Wie im Altreich der Lehrerbstand aussieht, dafür ein Beispiel: Von den etwa 7'500 Volksschullehrern in Württemberg sind 2'300 zum Heeresdienst eingezogen. 70 Prozent stehen also noch zur Verfügung. Bei den Fachschulen sind von 850 Lehrern 230 eingezogen. Die Durchführung des Schulbetriebes ist also mit gewissen Beschränkungen gewährleistet. Generell wird der Wunsch laut, dass Lehrkräfte, soweit sie noch bei der Hilfspolizei einberufen sind, von dort freigegeben werden. – In Wien wird es nach wie vor als besonders störend empfunden, dass die Lehrer zur Ausgabe der Bezugscheine herangezogen werden. – Als eine neue Frage taucht die Einordnung der zahlreichen Kinder der Evakuierten in den Schulen der Bergungsgebiete auf, die zum Teil wegen Klassenüberfüllung und Lehrkräftemangel kaum durchführbar ist. Andererseits ist unter diesen Jugendlichen, soweit sie noch nicht in einen ord-

nungsgemässen Schuldienst eingegliedert wurden, eine ziemliche Verwahrlosung (Diebstähle usw.) festzustellen.<sup>9</sup>

3. *Gesundheitswesen.* Im ganzen Reichsgebiet werden zu Hunderten die NSV-Kindergärten eingerichtet. Diese Massnahme wird von der Bevölkerung, vor allem von den minderbemittelten Schichten, als eine vorzügliche soziale Hilfsmassnahme sehr begrüsst. – Mehr und mehr häufen sich die Klagen, dass die zum Einsatz kommenden ausländischen Arbeiter zum Teil ausserordentlich verlaust sind und das Ungeziefer in die Betriebe, Baracken usw. einschleppen. Diese Plage wird u.a. aus den Hermann-Göring-Werken gemeldet. Das Lager iv in Gebhardshagen sei z.B. völlig verlaust. Die Errichtung einer Entlausungsbaracke mit den erforderlichen Geräten wird dringend gewünscht. – Unter den Westwallarbeitern sind die Geschlechtskrankheiten im Steigen begriffen. Es wird angeregt, unter ihnen alle Erfahrungen der Wehrmacht für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Anwendung zu bringen. – Bezüglich des Ärztemangels wird aus verschiedenen Reichsteilen die Anregung übermittelt, dass zwischen den jeweiligen Wehersatzinspektionen und den Gauärztführungen<sup>10</sup> eine enge Zusammenarbeit hergestellt werden müsse. Die Gauärztführung und die Reichsärztführung haben genaueste Übersichten über ärztzpersonal, Krankenhäuser, Sanatorien, Heime, Apothekenwesen, Seuchenlage, Krankheitsanfälle usw., so dass von dort am besten angegeben werden kann, wo Ärzte, Krankenhäuser usw. freigegeben werden können. Durch eine solche enge Zusammenarbeit sei es möglich, fast sämtliche bisher auftauchenden Schwierigkeiten der Arztversorgung örtlich zu vermeiden. – Aus Österreich kommt die Anregung, die dringend notwendige Lösung der Zigeunerfrage jetzt durch rücksichtslose Unterbringung der Zigeuner in geschlossenen Lagern zur Durchführung zu bringen. Die Zigeuner sind bekanntermassen besonders durch Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten verseucht, betätigen sich in den Grenzgebieten von jeher als Schmuggler und sind auch in nachrichtendienstlicher Hinsicht im Hinblick auf fremde Nachrichtendienste ein Gefahrenherd. Ausserdem wünscht die Bevölkerung eine Ausschaltung dieses asozialen Elementes.<sup>11</sup> – Die spinale Kinderlähmung hat sich in der Provinz Schleswig-Holstein nunmehr fast über das gesamte Gaugebiet ausgebreitet. Zahlenmässig hält sie sich jedoch seit mehreren Wochen auf dem gleichen Stand.

Noch zu Nr. 1

geschichte II. 1963. S. 418-435. – 9. Über Verwahrlosungserscheinungen bei Jugendlichen wurde im Winter 1939/40 noch mehrfach berichtet, so am 18. 10. über die Einweisung von 159 Jugendlichen aus Karlsruhe in eine «Betreuungsstätte». – 10. Gageschäftsstellen des NS Deutschen Ärztesbundes auf die unzureichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung wurde in den Meldungen immer wieder mit Beispielen hingewiesen. – 11. Über die Anfänge der Verfolgung der Zigeuner, von denen viele in Konzentrationslagern umkamen, vgl. Buchheim in: Gutachten des

4. *Presse und amtliche Nachrichtenübermittlungen.* Presse, Rundfunk und Filmwochenschaugestaltung werden im ganzen Reichsgebiet im allgemeinen sehr positiv und wesentlich günstiger als vor dem 1. September aufgenommen. Folgende Einzelfragen stehen noch offen: Es geht das Gerücht um, dass im amtlichen Heeresbericht dann, wenn Verluste auf deutscher Seite bei Kampfberichten nicht bekanntgegeben werden (Flugzeuge, U-Boote usw.), diese wahrscheinlich so beträchtlich gewesen seien, dass man sie verschweige. Es wird behauptet, dass die deutsche Presse im Wesentlichen nur immer das für uns Günstige zitiere. Als z.B. nach der Führerrede Pressestimmen der Feindmächte nicht gebracht wurden, führte dies sofort zu falschen Gerüchtebildungen über völlige Ablehnung der Führerrede in Frankreich, England usw. Immer wieder hört man unter Bezugnahme auf die Göring-Rede<sup>12</sup> Äusserungen, dass das deutsche Volk politisch reif genug sei, um negative Geschehnisse und Entwicklungen auf sich zu nehmen, ja das Bedürfnis habe, die Sorgen und Kämpfe der Staatsführung zu teilen. Die negative Auswirkung dieser Sachlage zeige sich in der starken Nachfrage nach den eingeführten Presseorganen der neutralen Länder.<sup>13</sup> – Bezüglich der Gefallenenanzeigen wurde z.T. die etwas unwürdige Einfügung in den Satzspiegel der Zeitungen beanstandet (z.B. Gefallenenanzeigen gerade neben dem Vergnügungsanzeiger). Es wurde ausserdem der Vorschlag gemacht, dass für die Gefallenen der minderbemittelten Kreise die entsprechenden Betriebe, Parteiformationen oder Behörden würdige Anzeigen bringen möchten, damit die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Grössenaufmachung der Todesanzeigen möglichst ausgeglichen werden können. – Verschiedentlich wurde angeregt, über Polen irgendwelche Industriekarten mit der Einzeichnung der Bodenschätze usw. zu bringen, da die Frage der Verbreiterung der deutschen Wirtschaftsbasis durch die Einbeziehung des besetzten polnischen Raumes ausserordentlich stark diskutiert wird.

Noch zu Nr. 1

Instituts für Zeitgeschichte. 1938. S. 51-60, und Döring in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7. 1959. S. 418-428. – 12. Am 9. September hatte Göring in einer Rundfunkrede aus den Berliner Borsig-Werken gesagt, das deutsche Volk habe Anspruch auf vollstes Vertrauen, und er werde ihm nie ein X für ein U vormachen (Das Archiv. September 1939. S. 742). – 13. Ausländische Presseerzeugnisse durften grundsätzlich eingeführt werden, doch war es möglich, bestimmte Zeitungen ganz oder einzelne Nummern zu verbieten und dadurch ihre Verbreitung zu verhindern. Nach dem Bericht vom 23. Oktober 1939 (Nr. 7) stieg allein in Frankfurt der Absatz einer einzigen Schweizer Zeitung seit August von 150 auf 5'000 Exemplare täglich.

11. Oktober 1939 (Nr. 2, Auszug)

## 1. Allgemeine Stimmung und Lage

Die allgemeine Spannung auf die Stellungnahme der Westmächte zur Führerrede<sup>1</sup> führte in den letzten Tagen dazu, dass sich in einer besonders auffallenden Weise zahlreiche Gerüchte bildeten, die vielfach durch ausländische Lügennachrichten veranlasst wurden. Gestern vormittag tauchte insbesondere fast schlagartig in allen Teilen des Reiches das Gerücht auf, die englische Regierung und der englische König hätten abgedankt, und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Strassen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen von Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. Auf einem Wochenmarkt im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg verweigerten die Käufer weitere Eintragungen in die Kundenlisten mit dem Bemerkten, dass das nunmehr nach dem Kriegsende überflüssig sei. Auch in der Berliner Universität wurde am Schluss einer grossen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlasste die Studenten zu Begeisterungskundgebungen, und sie wurde nach der Vorlesung sehr schnell in Universitätskreisen weiterverbreitet. Auf dem Berliner Vorortbahnhof Heinersdorf durchkommende Truppentransporte wurden von der Bevölkerung mit den Worten begrüsst: «Ihr könnt nach Hause fahren, der Krieg ist aus!» An der Berliner Börse führten die Gerüchte zu einer starken Nachfrage in Reichsanleihen. Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge.<sup>2</sup> – Die Verbreitung des Gerüchtes über das ganze Reichsgebiet wurde noch dadurch beschleunigt, dass Postdienststellen sich untereinander in Telegrammen und Anrufen die Nachricht durchgaben. So teilte ein Telegraphenbeamter des Telegraphenhauptpostamtes Berlin gegen 10.30 Uhr im Anschluss an die Durchgabe eines Telegrammes das Gerücht im Wortlaut als eine den Tatsachen entsprechende Meldung einem Beamten des Telegraphenamtes in Reichenberg mit. Von

Zu Nr. 2

1. Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober wurde zuerst vom französischen Ministerpräsidenten Daladier in einer Rundfunkrede am 10. Oktober und am 12. Oktober von Chamberlain vor dem Unterhaus zurückgewiesen, doch hatte schon eine Reuter-Erklärung noch am 6. Oktober keinen Zweifel an der Ablehnung gelassen. – 2. In den folgenden Berichten vom 13., 16., 20. und 23. Oktober wurden weiterhin Gerüchte über Friedensverhandlungen verzeichnet, die als Hinweis ge-

Beamten des Reichenberger Telegraphenamtes wurde die Meldung an verschiedene Postämter weitergegeben. Von den Postämtern Reichenberg und Rumburg verbreitete sich die Nachricht bei verschiedenen Kreisleitungen der Partei und Behördendienststellen weiter. Von der Bevölkerung Reichenbergs und Rumburgs wurde sie daher als Wahrheit angenommen. In ähnlicher Weise wurde das Gerücht von den Post- und Telegraphenämtern in Idar-Oberstein, Baden-Baden und Graz empfangen und verbreitet. Eine entsprechende Nachrichtenvermittlung unter Beamten verschiedener Dienstorte wurde in letzter Zeit auch innerhalb der Eisenbahnverwaltung festgestellt. Es erscheint daher notwendig, die Benutzung amtlicher Nachrichtenmittel zur privaten Verständigung der Beamten verschiedener Dienstorte genauer zu kontrollieren bzw. zu regeln.

Die Entstehung der Gerüchte von einem Rücktritt der englischen Regierung und von einem Waffenstillstand wurden teilweise durch die Kombinationen gefördert, die im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Eröffnung des Kriegs-Winterhilfswerkes getroffen wurden. Insbesondere wirkte es sich aus, dass stellenweise die Nachricht, der Führer werde am Nachmittag sprechen, sich schon vor der offiziellen Bekanntmachung herumsprach. Daraufhin wurde vielfach angenommen, dass der Führer in seiner Rede die angebliche neue politische Lage behandeln werde. Da der Termin zur Führerrede erst um 14.20 Uhr durch den Rundfunk der Bevölkerung bekanntgegeben wurde, konnten die Mittagsblätter die Meldung nicht wiedergeben. Die Rede wurde daher nur von einem Teil der Bevölkerung angehört, und in Berlin fanden sich an den Zufahrtstrassen zum Sportpalast nur wenige Menschen ein, die den Führer begeistert begrüßten.<sup>3</sup>

18. Oktober 1939 (Nr. 5, Auszug)

### III. Kulturelle Gebiete

Das kulturelle Leben in Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass sich allmählich in allen kulturellen Gebieten, entsprechend dem durch die Kriegsverhältnisse gegebenen Rahmen, eine in sich gleichmässige geordnete Entwicklung abzeichnet. Generell trifft zu, dass es die Bevölke-

Noch zu Nr. 2

deutet wurden, wie stark in der Allgemeinheit der Wunsch nach Frieden sei, wenn auch von einer Kriegsmüdigkeit nicht gesprochen werden könne; erst am 25. Oktober hiess es, die Gerüchte seien verstummt. – 3. Hitler eröffnete mit dieser Rede am 10. Oktober das Kriegswinterhilfswerk und betonte wiederum seine Friedensbereitschaft (Wortlaut in: Das Archiv, Oktober 1939. S. 861-863, und bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'395-1'398)

nung sehr begrüsst, wenn ein möglichst ausgebautes Kulturleben zur Durchführung kommt, da die kulturellen Veranstaltungen ein aufnahmeberechtigtes gutes Publikum finden. Die Gesamtstimmung ist so aktivistisch, dass die Veranstaltungen, die in irgendeiner Form die deutsche Auseinandersetzung mit den Gegnern berühren, sei es im Film, in der Presse, im Rundfunk, im Vortragswesen, im Schrifttum und dergleichen, den stärksten Zuspruch finden. So kommt es z.B. im ganzen Reichsgebiet beim Ablauf der Wochenschauen in den Lichtspieltheatern zu spontanen Beifallskundgebungen; so wird im Rundfunk die allabendliche Entlarvung der englischen Greuelhetze und Lügenmeldungen wärmstens begrüsst; so wird auf dem Buchmarkt vornehmlich nach politischem Schrifttum besonders im Hinblick auf England, Frankreich und Russland und Weltkriegsschrifttum gefragt; so ist im Pressewesen trotz des verringerten Zeitungsumfanges aus dem starken Bedürfnis nach aktueller Nachrichtenübermittlung die bestehende Auflagenhöhe der Zeitungen erklärlich. Dabei muss hervorgehoben werden, dass es, wie die eingegangenen Meldungen zeigen, vor allem die Landbevölkerung besonders dankbar begrüsst, wenn sie mehr als bisher durch entsprechende Veranstaltungen der Gaufilmstellen oder durch die einzelnen Landeswanderbühnen oder durch gute Redner oder durch die Veranstaltungen des Deutschen Volksbildungswerkes am politischen und kulturellen Leben der Gegenwart teilnehmen kann.

Diese Gesamtlage schliesst nicht aus, dass örtlich eine Reihe von Schwierigkeiten in den einzelnen Lebensbereichen noch ungelöst sind und der Klärung bedürfen:

Bezüglich des Filmwesens bildet im ganzen Reichsgebiet nach wie vor die Absetzung des Filmes «Das ist Polen» das Gesprächsthema.<sup>1</sup> Es erscheint angebracht, dass, wenn dies möglich ist, eine aufklärende Presse-notiz die Gemüter beruhigt, bzw. die Inaussichtstellung eines neuen Filmes mit diesem Sachinhalt das gesteigerte Verlangen nach diesem Stoff befriedigt. Von der Land- und Kleinstadtbevölkerung wird bedauert (so vor allem aus der Gegend um Linz), dass die gezeigten Wochenschauen veraltet sind und ein Alter bis zu zwei Monaten aufweisen. Spielfilme und Theaterstücke, die keinerlei inneren Bezug zum Zeitgeschehen haben, bzw. diesem entgegenlaufen, werden beanstandet (so kommen aus Wittenberg Klagen über amerikanische Filme, aus Stettin über die Aufführung von Kotzebues «Kleinstädtern» usw.). In Württemberg wurde es nicht verstanden, warum die Gaufilmstelle in Stuttgart die Aufführung von

Zu Nr. 5

1. Näheres über den Film war nicht festzustellen; ein früherer Mitarbeiter der Ufa glaubt sich erinnern zu können, dass er gar nicht zur Vorführung freigegeben wurde, weil er zu wenig «heroische war und der Kontrast zwischen Vorkriegsaufnahmen aus Polen und den Bildern von

Schmalfilmen mit Schmalfilmgeräten durch die Kreisdienststelle von KdF<sup>2</sup>, wodurch die Bedürfnisse kleiner Ortschaften hätten befriedigt werden können, nicht genehmigt hat.

Das Verbot des Abhörens ausländischer Sender wird nach eingehenden Meldungen in der letzten Zeit mehr und mehr durchbrochen, und zwar weniger von politischen Gegnerkreisen als vielmehr von politisch besonders interessierten Personen. Dabei wird die Meinung vertreten, dass ein guter Nationalsozialist diese Sendungen ruhig anhören könne, dass sie ihm wirklich nichts anhaben könnten, im Gegenteil seine Erbitterung und seinen Kampfgeist gegen die Feindmächte sogar stärkten. So wurden z.B. verschiedenerorts in Österreich die Sendungen des sogenannten «Österreichsenders» Lyon besprochen, als lächerlich und albern bezeichnet. Nach wie vor wird der italienische Rundfunk viel abgehört.

20. Oktober 1939 (Nr. 6, Auszug)

#### IV. Verwaltung und Recht

Die langsame Arbeit vieler Verwaltungsbehörden wird von der Bevölkerung insbesondere mit Rücksicht darauf bemängelt, dass die deutsche Presse sich in letzter Zeit des Öfteren mit der schleppenden Verwaltungsarbeit der englischen Behörden befasst hat. In einem besonders kennzeichnenden Fall wurde gemeldet, dass 28 Briefe notwendig waren, um das Gesuch eines Maurers zu erledigen, der wegen eines Bruchleidens um Freigabe vom Arbeitsamt bat.<sup>1</sup>

Eine sehr gute Aufnahme in der Bevölkerung hat die zweite Verordnung zur Durchführung der VO über Massnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege gefunden.<sup>2</sup> Hiernach werden für die Beurkundung, die amtliche Verwahrung, Eröffnung und Rückgabe eines Testaments keine gerichtlichen Gebühren erhoben, wenn es aus Anlass einer Einberufung des Erblassers zur Wehrmacht errichtet worden ist. In Verfahren der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit wird die Vornahme einer gerichtlichen Handlung von der Vorauszahlung der Kosten nicht mehr abhängig gemacht, wenn der Zah-

Noch zu Nr. 5

den Zerstörungen unerwünschte Wirkungen hätte haben können. – 2. NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude», die Organisation der Deutschen Arbeitsfront zur «Freizeitgestaltung».

Zu Nr. 6

1. Derartige Klagen wurden häufig vorgebracht, vor allem wurde die Zersplitterung der Verwaltung im Sonderzweige und deren mangelnde Koordinierung kritisiert, die «ernste Schäden für die Volksgemeinschaft befürchten lasse (Nr. 10 vom 10. Oktober 1939). – 2. Vom 4. Oktober 1939



lungspflichtige dartut, dass er infolge der besondern Verhältnisse, die sich aus der gegenwärtigen politischen Lage ergeben, zur Auszahlung nicht imstande ist.<sup>3</sup>

Bezeichnend für die gesunde Auffassung der Bevölkerung bezüglich einer energischen Verbrechensbekämpfung ist, dass das Zuchthausurteil gegen die Teltower Sparkassenräuber in der Bevölkerung als viel zu milde scharf kritisiert worden ist. Man hatte nahezu allgemein erwartet, dass die Täter zum Tode verurteilt würden. Die Nachricht, dass sie später erschossen wurden – in der Presse begründet wegen tätlichen Widerstandes – fand daher eine positive Aufnahme.<sup>4</sup> Dieser Einzelfall ist der Anlass zu einem nicht veröffentlichten Erlass des Reichsministers der Justiz vom 16. 10. 39, wonach zur Erhöhung der Schlagkraft der Strafrechtspflege in seinem Ministerium ein Sonderreferat für die zur Zuständigkeit der Sondergerichte gehörenden Strafsachen eingerichtet worden ist. Entsprechende Referate sind bei den Generalstaatsanwälten gebildet worden. Aufgabe dieser Sonderdezernate ist es, dafür zu sorgen, dass vor allem die Verordnung gegen Volksschädlinge<sup>5</sup> in voller Schärfe zur Anwendung gebracht wird.

Es wird in Kürze ein neues bedeutendes Strafgesetz ergehen, das folgende Grundgedanken enthalten soll:

1. Das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens<sup>6</sup>, nach welchem derjenige mit dem Tode bestraft wird, der es unternimmt, einen Richter, Staatsanwalt oder Polizeibeamten pp. zu töten, soll auch Anwendung finden, wenn sich die Tat gegen eine Zivilperson richtet, die den in Frage stehenden Beamten bei ihrer Amtshandlung behilflich war. Ob die Zivilperson zur Hilfe aufgefordert war oder nicht, soll dabei keine Rolle spielen.

2. Gegen alle Täter, die ein Gewaltverbrechen gegen eine Person begehen, soll die Verhängung der Todesstrafe möglich sein.

3. Die versuchte Handlung soll bezüglich des Strafrahmens der vollendeten gleichgestellt werden.<sup>7</sup>

Im oberschlesischen Industriegebiet soll die kleine Kriminalität, die in den ersten Kriegswochen stark zurückgegangen war, wieder im Ansteigen begriffen sein. Insbesondere seien Einbrüche in Lebensmittelgeschäfte

Noch zu Nr. 6

(RGBl. I S. 1'994). – 3. Ausserdem schränkte die Verordnung das Recht zur Beschwerde gegen Kostenentscheidungen ein. – 4. Über die Erschiessung von Verbrechern auf Befehl Hitlers und Himmlers durch die Polizei vgl. Broszat in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6. 1958. S. 390 bis 443; über die Bankräuber Latacz und Jacobs, die am 30. September den Raub versucht hatten, am 13. Oktober vom Sondergericht Berlin zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und am 14. Oktober auf Befehl Hitlers erschossen worden waren, dort S. 411 ff. – 5. Vom 5. September 1939 (RGBl. I S. 1'679); sie bedrohte Plünderung, Brandstiftung und gemeingefährliche Verbrechen und alle Straftaten unter Ausnutzung des Kriegszustandes (z.B. der Verdunkelung) mit der Todesstrafe oder hohen Zuchthausstrafen. – 6. Vom 13. Oktober 1933 (RGBl. I S. 723). – 7. Die hier ange-

und Gaststätten festzustellen. Dies werde einerseits auf eine Zuwanderung krimineller Elemente aus Ostoberschlesien, zum anderen aber auch darauf zurückgeführt, dass infolge zahlreicher Abkommandierungen von Beamten ins besetzte Gebiet kleinere Vergehen nicht immer mit dem gebotenen Nachdruck hätten verfolgt werden können.<sup>8</sup>

6. November 1939 (Nr. 12, Auszug)

## V. Wirtschaft

Auf dem Gebiete der Wirtschaft befassen sich die Meldungen nach wie vor in der Hauptsache mit dem Bewirtschaftungssystem für Textilien und Schuhe.<sup>1</sup> Mit wachsender Ungeduld wird von der Bevölkerung die Ausgabe der Reichskleiderkarte erwartet, deren Erscheinen für Anfang November angekündigt wurde. Wie von amtlicher Seite verlautet, soll diese nunmehr am xj. 11. ausgegeben werden. Inzwischen ist sowohl von seiten der Textilwirtschaft wie auch von Verwaltungsstellen und aus den Reihen der Bevölkerung auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich aus der Neuordnung der Spinnstoffbewirtschaftung ergeben können. Abgesehen davon, dass Kleidungsstücke wie Mäntel nach wie vor nur gegen besondere Bezugschein geliefert werden sollen, wird befürchtet, dass durch die Kleiderkarte die Ware in falsche Kleiderschränke wandert. Es bestehe die begründete Annahme, dass jeder seine Kleiderkarte restlos ausnutzen werde, auch wenn kein dringender Bedarf vorliege, so dass damit die Warenlenkung immer mehr der Kontrolle entgleite. Ohne auf Einzelheiten näher einzugehen, soll hier nur hervorgehoben werden, dass gegen den Entwurf der Karte bereits viele Fachleute Stellung genommen haben, und zwar meist mit dem Hinweis, dass besonders der Bedarf der Arbeiterschaft durch das vorgesehene Punktsystem nicht gedeckt werden könne. Vielfach wird der Erwartung Ausdruck gegeben, dass bei Ausgabe der Karte die bereits auf Bezugschein bezogenen Spinnstoffwaren an-

Noch zu Nr. 6

kündigten Vorschriften wurden durch die Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939 (RGBl. I S. 2'378) eingeführt; über sie wurde in Nr. 30 vom 18. 12. 1939 ein besonderer Bericht erstattet. – 8. Bis 1940 enthielten die Berichte regelmässig Angaben über die Entwicklung der Kriminalität; am 15. Dezember 1939 (Nr. 29) wurde z.B. ein Ansteigen der Raubüberfälle im Schutz der Dunkelheit trotz der angedrohten hohen Strafen, der Einbrüche in Lebensmittelgeschäfte, der Diebstähle und Lebensmittelfälshungen verzeichnet.

Zu Nr. 12

1. Textilien und Schuhe wurden seit Kriegsbeginn nur gegen Bezugschein ausgegeben, die bei den Wirtschaftsämtern zu beantragen waren. Die Verordnung über die Verbrauchsregelung für Spinnstoffwaren vom 14. November 1939 (RGBl. I S. 2'196) behielt das nur für Schuhe, Mäntel

gerechnet werden. Auf der anderen Seite wird jedoch auf die Auswirkungen hingewiesen, die ein solches Anrechnen zur Folge haben könnte. Abgesehen davon, dass nicht alle Bezugsscheinstellen einen Überblick über die ausgegebenen Scheine haben, würden auch Härten dadurch entstehen, dass Anrechnungen auch in den Fällen vorgenommen würden, in denen ein dringendes und oft zusätzliches Bedürfnis (Krankheit, Schwangerschaft usw.) für den Antrag vorlag. Inzwischen greift die Missstimmung innerhalb der Bevölkerung über die unzureichende Zuteilung bzw. die totale Sperre in der Bezugsscheinausgabe immer weiter um sich. Diese wird auch durch die Tatsache gefördert, dass ein grosser Teil der Geschäfte über reichliche Läger z.B. in Oberbekleidung verfügen.<sup>2</sup>

Noch kritischer ist die Lage hinsichtlich der stimmungsmässigen Auswirkungen der mangelnden Schuhversorgung. Die Stimmung innerhalb der Landbevölkerung ist – wie u.a. aus Württemberg gemeldet wird – geradezu katastrophal infolge der absolut ungenügenden Zuteilung von Arbeitsschuhen an die bäuerliche Bevölkerung. Bei den Ernährungsämtern dieses Gebietes gehen täglich Drohbriefe schlimmster Art ein. Aber auch aus anderen Teilen des Reiches wird gemeldet, dass der derzeitige Zustand in der Textil- und Lederversorgung in zunehmendem Masse zu scharfen Zusammenstössen zwischen der Bevölkerung und den Verwaltungsstellen führt und vielfach Streitereien zur Folge hat. Hinzu kommt, dass die mit der Ausstellung der Scheine betrauten Personen es vielfach an dem notwendigen Verständnis fehlen lassen und in taktloser Form Anträge zurückweisen bzw. unsachliche und nicht zu rechtfertigende Begründungen für die Ablehnung heranziehen. Aus der Fülle der vorliegenden Meldungen soll nur ein Beispiel angeführt werden: In Hildesheim beantragte ein Mann für seine Kinder Bettinlett, das auf Grund des Bedürfnisses auch genehmigt wurde. Nach einigen Wochen wollte derselbe Mann für sich zwei Kragen beantragen. Diese wurden mit dem Hinweis abgelehnt, dass er erst vor drei Wochen Bettinlett bekommen habe! Es wird allenthalben der Wunsch ausgesprochen, dass an den Bezugsscheinstellen nach Möglichkeit ausgebildete Beamte den Verkehr mit den Antragstellern und die Bearbeitung der Anträge übernehmen.

Auf dem Lebensmittelmarkt halten trotz der Erhöhung des Butterkontingents die Klagen insbesondere aus den Industriegebieten über die ungenügende Fettzuteilung (Margarine, Speiseöl, Schmalz) weiterhin an. Als besonders schwierig wird die Lage nach wie vor für kinderreiche

Noch zu Nr. 12

und Berufskleidung bei, während die Kleiderkarte dem Verbraucher durch ein Punktsystem die Wahl liess, welche Gegenstände er bis zu einem bestimmten Umfang anschaffen wollte. – 2. Nach späteren Berichten hielt die Unzufriedenheit mit der Textilversorgung im weiteren Verlauf des Winters an. –

Familien bezeichnet, da für Kleinkinder (bis zu 6 Jahren) ausser Butter keinerlei Speisefette zugeteilt werden und demzufolge die notwendigsten Zutaten für die Speisenzubereitung fehlen.<sup>3</sup>

8. November 1939 (Nr. 13) Anlage

### Räumung der westlichen Grenzzone<sup>1</sup>

Die Auswertung aller nunmehr vorliegenden Meldungen über die Räumung der westlichen Grenzzone ergibt, dass zwar die allgemeine Organisation der Freimachung im Allgemeinen gut vorbereitet war, aber die Durchführung teilweise stark versagt hat. Als eine der Hauptursachen dafür wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass mit der Durchführung der Freimachung nicht einheitlich überall dieselben Stellen beauftragt worden seien. Als Folge davon habe sich oft ein völlig programmwidriger Verlauf der Freimachung ergeben, wobei die Leidtragenden die Rückgeführten waren. Im Zusammenhang mit der Erörterung des Ablaufs der Freimachung wurde stellenweise verbreitet, der Führer habe die Überstürzung der Räumung der roten Zone<sup>2</sup> beanstandet.

Beim Weitertransport der Flüchtlinge aus ihren Sammel- und Stopgebieten in die endgültigen Bergungsgebiete haben vor allem ungenügende Aufklärung über die Dauer der Räumung und über Transportfragen, mitunter rigoroses Verhalten der Transportleiter gegenüber Kranken und sonst beschränkt Transportfähigen, unfreundliche Aufnahme durch die Quartiergeber sowie unzureichende Mitnahme von Kleidern und sonstigen Gebrauchsgegenständen aus der Heimat veranlasst, dass bereits während der Durchführung der Transporte in manchen Fällen bis zu 80 Prozent der Rückgeführten eigenmächtig den Transport verlassen und sich entweder wieder in die Heimatgebiete oder mit unbestimmtem Ziel auf die «wilde Wanderschaft» begeben haben. Zur Beseitigung dieser wilden Wanderer in den Räumungs- und auch in den Bergungsgebieten sind bereits entsprechende Massnahmen von den zuständigen Stellen getroffen. Von Kreisen der mit dem Weitertransport befassten Stellen wird

Noch zu Nr. 12

4. Schon im Bericht Nr. 3 vom 13. Oktober war eine Beeinflussung der Stimmung durch die geringen Fettzuteilungen gemeldet worden, entsprechende Angaben, die auch auf die schlechte Qualität eingelagerter Fette hinwiesen, kehrten immer wieder.

Zu Nr. 13

1. Der Bericht fasste zahlreiche vorhergehende Mitteilungen über die Evakuierung der Bevölkerung aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet hinter dem Westwall zusammen, die bereits auf Mängel hingewiesen hatten. – 2. Das Grenzgebiet war in eine rote und eine grüne Zone ein-

allgemein hervorgehoben, dass eine Besserung schon dann erreicht werden könnte, wenn man die Tätigkeit der Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Bürgermeister und Verbindungsmänner nicht durch zu viele Anordnungen einschränken, sondern ihnen mehr Möglichkeiten zu freier Entscheidung in eigener Verantwortung geben würde. Es könnten dann viele Härten vermieden werden.

Die Unterbringung der von der Bevölkerung vielerorts sogenannten «Räumlinge» in den Bergungsgebieten leidet über die allgemein bestehenden Erschwernisse der Lebensführung hinaus häufig unter der Unfreundlichkeit bzw. dem wirtschaftlichen Unvermögen der quartiergebenden Bevölkerung einerseits und dem anmassenden, anspruchsvollen und auch wenig rücksichtsvollen Verhalten der rückgeführten Bevölkerung andererseits. Im Allgemeinen wird von Reichs wegen dringend eine einheitliche Festlegung und Vereinfachung der Berechnung der Quartier- und Unterhaltsgelder für notwendig gehalten, da die Sätze im Einzelnen so verschieden seien, dass besonders die männlichen Rückgeführten immer dorthin abwandern, wo der Unterstützungssatz am höchsten ist.<sup>3</sup> Diese Massnahme und die allmähliche Zusammenführung der auseinandergerissenen Familien sowie eine allgemeine Verbesserung der Unterbringung ist nach Ansicht fast aller beteiligten Partei- und Verwaltungsstellen allein geeignet, die auch in den Bergungsgebieten stark um sich greifende wilde Abwanderung auf die Dauer zu unterbinden und die Stimmung zu beruhigen: denn in einzelnen Bergungsorten befänden sich nurmehr 11 – 20 Prozent der Rückgeführten.

Die soziale und kulturelle Betreuung der Rückgeführten in den Bergungsgebieten leidet nach den Meldungen vor allem an der mangelnden Zusammenfassung der mit diesen Aufgaben betrauten Stellen. So war es nicht zu verhindern, dass eine grosse Anzahl Rückgeführter sich vor der Arbeit – besonders auf dem Lande – drückte, während der eigenmächtige Arbeitsplatzwechsel vielfach von Dienststellen der Reichsbahn durch Ausgabe von Fahrscheinen und von den Räumungs- und Transportdienststellen durch falsche Verteilung der Rückgeführten auf Stadt- und Landgebiet begünstigt und hervorgerufen worden sei. Die Aktion zur Zurückholung der Winterkleidung aus den Räumungsgebieten hat nach den Meldungen in vielen Fällen durch mangelnde Organisation erheblich zur illegalen Abwanderung beigetragen. In einzelnen Gebieten sei noch nicht bekannt, dass eigenmächtiges Abwandern den Verlust der Familienunterstützung nach sich ziehe. In der Ostmark wird bedauert, dass die Gratis-

Noch zu Nr. 13

geteilt, die zu verschiedenen Zeiten zu räumen waren. – 3. Die Zahlung von Unterstützungen an Evakuierte war grundsätzlich in der Räumungs-Familienunterhaltsverordnung vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1'761) geregelt.

lieferung der örtlichen Presse an die Flüchtlinge verboten sei. Im Übrigen erfolge nur teilweise Belieferung mit der Parteipresse. Als besonderes Problem hat sich nach den Meldungen die Behandlung der rückgeführten Juden herausgestellt. Ihre Aufnahme sei meist abgelehnt worden. Es werden zentrale Anweisungen hierzu vermisst. Im Übrigen wird den Meldungen zufolge das Verhältnis der rückgeführten zur einheimischen Bevölkerung teilweise durch asoziale und gegnerische Elemente getrübt, welche Gerüchte über angeblich wüste Zustände im Räumungsgebiet verbreiten. Zeitweilig ist es zu illegaler Versammlungstätigkeit der Rückgeführten – besonders in Hessen – gekommen. Sie konnte meist rechtzeitig unterbunden und die Versammlungs- und Schulungstätigkeit der Partei gesteigert werden. In Einzelfällen haben sich die Rückgeführten sehr erbittert gezeigt, in denen sie von der einheimischen Bevölkerung als «Saarfranzosen, Stockfranzosen und Zigeunervolk» bezeichnet wurden. In vielen Fällen ist bekannt geworden, dass rückgeführte Frauen ihren Männern an der Front über die ihnen widerfahrenen Schwierigkeiten geschrieben haben. Diese Schilderungen sollen teilweise begreiflicher Weise verbitterte Stimmung bei den betreffenden Truppenteilen ausgelöst haben.

Folgende Verbesserungsvorschläge sind in den Meldungen von den verschiedensten Seiten angeregt worden:

1. Beseitigung des Gebots der Geheimhaltung aller vorbereitenden Massnahmen. Dieses Gebot wird als die tiefste Ursache dafür angesehen, dass die Freimachung überhaupt nicht genügend vorbereitet werden konnte.
2. Mit der Freimachung muss einheitlich im ganzen Reich eine einzige Stelle verantwortlich betraut werden, der die Vorbereitung und Durchführung obliegt.
3. Die Vorbereitung soll nach Art der beim Militär gebräuchlichen Methoden des Quartiermachens durchgeführt werden.
4. Bei den Vorbereitungen für die Belegung sei darauf zu achten, dass eine gleichmässige Verteilung gewährleistet ist und dass die soziale Stellung der Rückzuführenden sowie landsmannschaftliche Gegensätze, Lebensweise und Lebensstandard Berücksichtigung finden.
5. Familien dürfen durch die Unterbringung nicht zerrissen werden. Mitglieder einer Gemeinde sollen möglichst in einer Ortschaft oder in einem Bezirk Unterbringung finden.
6. Grenzgebiete sind als Aufnahmegebiete auszuscheiden, um nicht feindlicher Propaganda bei Auftreten von Mängeln allzu leicht Stoff zu bieten.

10. November 1939 (Nr. 14, Auszug)

## 1. Allgemeine Stimmung und Lage

Das ganze deutsche Volk stand gestern unter dem Eindruck des gegen den Führer gerichteten Attentats Versuches.<sup>1</sup> In allen Teilen der Bevölkerung wurde mit leidenschaftlicher Ergriffenheit über dieses Geschehnis gesprochen. In vielen Schulen wurde der Choral «Nun danket alle Gott» gesungen. Verschiedene Betriebsführer gaben ihrer Gefolgschaft von dem Attentat in Betriebsappellen Kenntnis. Besonders beunruhigt war die Allgemeinheit im Laufe des gestrigen Vormittags, ehe die näheren Angaben über die Auswirkungen des Attentats bekannt wurden. Überall tauchten Gerüchte auf, z.B. darüber, dass der Führer schwer verletzt worden sei, und dass verschiedene führende Männer der Partei und des Staates getötet worden seien. Als im Laufe des Tages nähere Angaben zu dem Attentatsversuch bekannt wurden, wurde allgemein über alle daraus sich ergebenden Probleme gesprochen. Mit Erbitterung wurde über die Engländer und Juden, die im Wesentlichen als Hintermänner des Attentates angesehen werden, gesprochen. In einigen Orten kam es zu Demonstrationen gegenüber Juden. Allgemein wird nunmehr gehofft, dass der Führer in Zukunft sich nicht mehr derartigen Gefahren aussetzen werde, wie er es in letzter Zeit oftmals getan habe. Weiterhin erwartet man nunmehr verschiedentlich Vergeltungsmassnahmen gegen alle Staatsfeinde und nach aussen hin einen schlagartigen Angriff gegen Grossbritannien. Vielfach – besonders in der Arbeiterschaft – wurde in den Gesprächen geäussert, man solle in England «keinen Stein mehr auf dem anderen lassen» oder Göring solle jetzt durch die deutschen Flieger «London in Schutt und Asche legen lassen». In der Freude, die über das Misslingen des Attentates zum Ausdruck kam, zeigten sich ein eindeutiges, die Gemeinschaft verbindendes Gefühl der Dankbarkeit gegen die Vorsehung und die Stärke des Vertrauens, das der Führer überall, auch in den Kreisen der früheren marxistischen Arbeiterschaft, besitzt.<sup>2</sup> – Die Rede des Führers<sup>3</sup> wurde, da sie erst sehr spät angekündigt wurde, nur von einem verhältnismässig kleinen Teil der Bevölkerung gehört. Sie wurde

Zu Nr. 14

1. Im Bürgerbräukeller in München, wo Hitler wie in jedem Jahr am Abend des 8. November zur Erinnerung an den Putsch von 1923 vor der «Alten Garde» gesprochen hatte, war ein Sprengkörper explodiert, bald nachdem er den Saal verlassen hatte; dabei waren 7 Personen getötet und 23 schwer verletzt worden. – 2. Im Gegensatz dazu enthielten nahezu alle Berichte seit Oktober Nachrichten über verstärkte Aktivität marxistischer und kommunistischer Widerstandsgruppen. – 3. Wortlaut in: Das Archiv. November 1939. S. 981-990, und bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'403-1'415; Hitler hatte die Rede zu scharfen Angriffen auf Grossbritannien benutzt.

mit grosser Begeisterung aufgenommen. Erfreut war man insbesondere über die überlegene Zuversicht, mit welcher der Führer zu unserer Haltung gegenüber Grossbritannien sprach. Die Pressenachrichten über den Inhalt der Rede traten gegenüber den Meldungen über das Attentat stark in den Hintergrund.

## II. Gegner

In der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1939 wurde in Berlin im Geschäft der Firma Photo-Hoffmann, Kochstr. 10, eine Schaufensterscheibe mit einem Stein zertrümmert. In dem Fenster waren ausschliesslich Bilder des Führers ausgestellt. Diese Tatsache sprach sich in der Berliner Bevölkerung teilweise verhältnismässig schnell herum.

22. November 1939 (Nr. 19, Auszug)

### 1. Allgemeine Stimmung und Lage

Die Mitteilung von der Ergreifung des Attentäters von München<sup>1</sup> wurde der Öffentlichkeit erstmalig in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch durch den Rundfunk bekanntgegeben. Allgemein bekannt wurde die Nachricht erst durch die Zeitungen vom Mittwochmorgen. Ihr Eindruck auf die Öffentlichkeit war ungeheuer stark. Auch in den letzten Tagen noch wurde, besonders angeregt durch die Wochenschauen der Lichtspieltheater, das Münchener Attentat in der Bevölkerung vielfach besprochen, wobei auch zahlreiche Gerüchte, die z.T. unsinnige Verdächtigungen bezüglich der Täterschaft enthielten, in Umlauf kamen. Die nunmehr erfolgte Bekanntgabe des Ergebnisses der bisher durchgeführten Untersuchungen wirkte sich, soweit bisher festgestellt werden konnte, stimmungsmässig sehr gut aus. Die Mitteilung, dass Auftraggeber des Attentates der britische Geheimdienst gewesen sei<sup>2</sup>, und die Nachricht von der Festnahme der Angehörigen des britischen Geheimdienstes an der

Zu Nr. 19

1. In einer Bekanntmachung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 21. November (in: Das Archiv. November 1939, S. 1'026 f.) wurde mitgeteilt, dass Georg Elser als Attentäter festgenommen worden sei und ein Geständnis abgelegt habe. Ein Prozess gegen ihn fand nicht statt, er kam in ein Konzentrationslager, wo er gegen Kriegsende erschossen wurde. – 2. Nach der in Anm. 1 zitierten Bekanntmachung der Intelligence Service, als Organisator wurde Otto Strasser bezeichnet. In Wahrheit ergaben die kriminalpolizeilichen Ermittlungen, die nach dem Krieg bekannt wurden, dass Elser den Anschlag mit grosser Sicherheit allein geplant und



holländisch-deutschen Grenze<sup>3</sup> haben die feindliche Stimmung gegen Grossbritannien, die sich schon in den letzten Tagen in der Erwartung eines baldigen Angriffs gegen England äusserte<sup>4</sup>, verstärkt.

1. Dezember 1939 (Nr. 23, Auszug)

## II. Gegner

In der Ostmark versuchen die Marxisten, die am 23. November in Kraft getretene neue Bestimmung über die Tarifordnung in der Metallindustrie zu gegnerischer Propaganda auszunutzen. – Die KPÖ gab am 27. 11. 1939 ein Flugblatt heraus, in dem diese Tarifordnung zum Anlass genommen wird, gegen die Reichsregierung zu hetzen. Der Arbeiterschaft wird geraten, in allen Betrieben Aufklärung zu fordern, an die DAF-Funktionäre Anfragen und Proteste zu richten und die Arbeitsleistungen herabzudrücken. Daneben wird in den Betrieben der Metallindustrie in der Ostmark von Seiten der KPÖ offen zu passivem Widerstand gegen die kriegswirtschaftlichen Massnahmen aufgefordert. Die Fabrikwände wurden mit kommunistischen Parolen wie: «Nieder mit dem Hitlerismus!» oder «Proletarier aller Länder vereinigt Euch!» beschmiert.<sup>1</sup> (Staatspolizeiliche Massnahmen sind eingeleitet.)

Gegnerische Propaganda (im Wesentlichen durch Verteilung von Flugzetteln) wurde in Lohr a. M., Burg Lengenfeld, Gelnhausen (Hessen-Nassau), Bad Kreuznach, Hacking (Ostmark), Aschaffenburg, Nürnberg, Donauwörth, Konstanz, Berlin, Halle, Bodenbach und Freiwaldau festgestellt.

Aus dem Gau Salzburg wird gemeldet, dass die im Land herumziehenden Patres der aufgelösten Klöster in Salzburg und Radstadt die Bevölke-

Noch zu Nr. 19

durchgeführt hat; gelegentliche Behauptungen, er habe einer kommunistischen Gruppe angehört, sind nicht hinreichend begründet. – 3. Unter massgeblicher Beteiligung des späteren Chefs des SD-Auslandsnachrichtendienstes, Schellenberg (vgl. Delarue, Geschichte der Gestapo. 1964. S. 197 ff.) waren die englischen Offiziere Best und Stevens in eine Falle gelockt und nach Deutschland gebracht worden. – 4. Gerüchte über eine bevorstehende Offensive im Westen mit Durchmarsch durch Holland und Belgien wurden erstmals am 27. Oktober gemeldet (Nr. 9), damit verbanden sich Gerüchte über die geplante Evakuierung der Bevölkerung von Trier, Karlsruhe und Offenburg. In der Tat hatte Hitler am 9. Oktober in seiner Weisung Nr. 6 für die Kriegführung Vorbereitungen für einen baldigen Angriff ohne Rücksicht auf die belgische und niederländische Neutralität befohlen, als erster Angriffstermin war der 25. November vorgesehen, er wurde immer wieder und schliesslich auf Frühjahr 1940 verschoben (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 132 f., 672 f.). Ende November wurde erzählt, die Offensive bleibe aus, weil die Feinde gewarnt worden seien (Nr. 22 vom 29. 11.).

Zu Nr. 23

1. Durchweg ergibt sich aus den Meldungen vom Winter 1939/40, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich relativ stärker war als im übrigen Reichsgebiet. –

rung – besonders bäuerliche Kreise – durch Hetzreden und defaitistische Äusserungen beunruhigten. – Der kath. Pfarrer W. aus Flemming musste festgenommen werden, da er während des Gottesdienstes polnische Gefangene vor katholischen Deutschen bevorzugt hatte. Der katholische Pfarrer C. in Schellen (Kreis Rössel) musste ebenfalls festgenommen werden, weil er sich in würdeloser Weise mit polnischen Kriegsgefangenen abgab und sich andererseits geweigert hatte, für deutsche Offiziere Quartiere zur Verfügung zu stellen.<sup>2</sup> – Der Bekenntnispfarrer E. in Hundsbach (Kreis Kreuznach) wurde festgenommen, weil er in seiner Predigt u.a. äusserte:

Die Not und das Elend, die das deutsche Volk im Augenblick nach aussen durchzumachen hat, ist gar nicht zu vergleichen mit der Not und dem Kampf, den die evangelische Kirche zu bestehen hat. ... Der Gott unserer Kirche ist der Judengott Jakobs, zu dem ich mich bekenne. ... Im Jahre 1932 stand ich in Saarbrüchen mit 3'000 treuen Evangelischen zusammen. Seit dieser Zeit sind immer mehr von dem evangelischen Glauben abgefallen.

Unter den in der Kirche anwesenden Soldaten entstand durch diese Äusserungen eine Beunruhigung. E. verlas im Anschluss an seine Predigt die Namen der in Polen gefallenen Geistlichen und betete für diese. Der anderen in Polen gefallenen Soldaten gedachte er dabei nicht.

### **Defaitistische Haltung katholischer Kreise**

Die defaitistische Haltung verschiedener katholischer Kreise kommt neuerdings wieder in Predigten der katholischen Geistlichkeit zum Ausdruck. So erklärte z.B. in einer Predigt ein Geistlicher in Fulda, dass die gewaltigen Leistungen unserer Technik, Wissenschaft und Industrie, vor denen man eine geradezu religiöse Ehrfurcht hätte, dereinst vernichtet würden. Wo sich heute die gewaltigen Hochbauten unserer Städte emporreckten, würde dereinst ein Gewirr von Säulenresten und Trümmern zu finden sein. Die Drähte unserer Hochspannungsleitungen würden in Fetzen herunterfallen, Lokomotiven verrosten. Neben den Resten der Eisenbahnschienen würden zertrümmerte Flugzeuge wie tote Vögel auf der Erde liegen. Die Folge dieser Predigt war eine ausserordentlich pessimistische Stimmung der Kirchgänger.

Noch zu Nr. 23

2. Ähnliche Bemühungen katholischer Geistlicher um polnische Kriegsgefangene wie überhaupt eine gute Behandlung von Polen in katholischen Gegenden wurden mehrfach gemeldet.

4. Dezember 1939 (Nr. 24, Auszug)

## 1. Allgemeine Stimmung und Lage

Der Krieg zwischen der Sowjetunion und Finnland<sup>1</sup> wird jetzt in der Öffentlichkeit allgemein besprochen. Zumeist wird die Haltung Finnlands als unklug und unverständlich bezeichnet, doch wird vielfach das finnische Volk bedauert, und es werden Befürchtungen geäußert, dass die Besten des finnischen Volkes beseitigt werden würden, und dass der Kommunismus immer mehr an Macht gewinnen werde. Es zeigt sich, dass die in den letzten Jahren erfolgte Aufklärung des deutschen Volkes über die Gefahren eines Vordringens der Sowjetunion an die Ostsee nicht wirkungslos blieb, und dass andererseits die Tatsache, dass die finnische Politik in den letzten Jahren nicht immer deutschfreundlich war, in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist.<sup>2</sup>

Das Ausbleiben grösserer Kampfhandlungen hat die Bildung von *Gerüchten* verstärkt. Folgende Gerüchte werden jetzt besonders verbreitet: Die holländische Königin bzw. der belgische König forderten deutsche Waffenhilfe an. Einige Mitglieder der holländischen Regierung widersetzten sich dem Plan, den Durchmarsch deutscher Truppen durch Holland zu gestatten. An der holländischen Küste ist deutsche Flak eingesetzt. Am Westwall befinden sich Sowjettruppen. Die deutsche Offensive gegen Frankreich wird durch einen Vorstoss durch die Schweiz bzw. durch die Umklammerung von der Schweiz und von Holland her erfolgen. Deutsche Gebirgstruppen stehen an der französischen Grenze, in den Alpen und in den Pyrenäen zum Einsatz bereit. Deutsche Truppen befinden sich in südlichen Gegenden (Sizilien, Spanien, Afrika). Zwischen dem Reich und der Sowjetunion ist vereinbart worden, Rumänien aufzuteilen. Russische U-Boote sind (im Austausch gegen die «Bremen»)<sup>3</sup> Deutschland zur Verfügung gestellt worden. Generaloberst von Brauchitsch dankte wegen Meinungsverschiedenheiten, die er hinsichtlich der Kriegsführung mit dem Führer gehabt habe, ab bzw. er trägt sich mit der Absicht, abzudanken.

Zu Nr. 24

1. Am 30. November hatte die Sowjetunion Finnland angegriffen, nachdem ihre territorialen Forderungen abgelehnt worden waren. – 2. Am 7. Dezember wurde eine amtliche deutsche Erklärung zum russisch-finnischen Konflikt abgegeben, die den skandinavischen Staaten eine zu starke Bindung ihrer Politik an Grossbritannien vorwarf, so dass sie keine Unterstützung von Deutschland erwarten könnten (Das Archiv. Dezember 1939. S. 1'106 ff). – 3. Der Schnelldampfer «Bremen» hatte nach Kriegsausbruch von Amerika aus die englische Blockade durchbrochen und Murmansk erreicht. –

## II. Gegner

In der letzten Zeit nahmen die Meldungen über staatsfeindliche Beschriftungen von Häusern usw. zu. Die Inschriften haben fast ausschliesslich eine mehr oder weniger betonte kommunistische Tendenz. Da bisher nicht festgestellt werden konnte, dass kommunistische Gruppen im Reich arbeiten, muss angenommen werden, dass es sich lediglich um die Tätigkeit einzelner Kommunisten handelt.<sup>4</sup>

Im Waldviertel in Niederdonau machte sich eine verstärkte legitimistische Propaganda bemerkbar<sup>5</sup>, die durch konfessionelle Kreise gestützt wurde.

In letzter Zeit wurde eine bedeutend regere Tätigkeit der Bibelforscher in der Obersteiermark festgestellt. Die Arbeit der Bibelforscher ist in der Ostmark besonders in Industriegebieten festzustellen. Vorgefundene Unterlagen weisen auf Verbindungen nach Graz, Wien und anderen grossen Städten der Ostmark hin.

Wiederum wurde ein durch in der Landwirtschaft eingesetzte polnische Kriegsgefangene verübter Sabotageakt festgestellt. In Königshofen in Franken wurden zwei polnische Kriegsgefangene festgenommen, weil sie beim Dreschen absichtlich Steine in die Getreidegarben gesteckt hatten, um die Dreschmaschine zu beschädigen.

Gegnerische Propaganda (im Wesentlichen durch Verteilung von Flugzetteln) wurde in Köln, Kiel, Döbeln, Breslau, Suhl, Nürnberg und Crimmitschau festgestellt.

## V. Wirtschaft

Auf dem Gebiete der Wirtschaft befassten sich die Meldungen in den letzten Tagen vorwiegend mit der Kohlenversorgung und den damit im Zusammenhang stehenden Transportschwierigkeiten.<sup>6</sup> Die zahlreichen Nachrichten lassen erkennen, dass die Kohleanlieferung für die Existenz vieler Handwerks- und Industriebetriebe von immer entscheidenderer Bedeutung wird.

Noch zu Nr. 24

4. In den bisherigen Meldungen über die kommunistische Aktivität war diese Einschränkung nicht enthalten. – 5. Auch nach anderen Berichten fand die Forderung nach Restauration der habsburgischen Monarchie in Österreich immer neue Anhänger; so war am 17. November die Verhaftung von 98 Mitgliedern der legitimistischen «Kampffront» in Innsbruck gemeldet worden. – 6. Erstmals waren am 15. November (Nr. 16) die Schwierigkeiten in der Kohlenbelieferung erwähnt worden, die auf dem Mangel an Transportmöglichkeiten beruhen. Auch für den Transport von Lebensmitteln fehlten Waggons. –

### Transportschwierigkeiten hemmen Kohlenversorgung

Die ausreichende Kohlenversorgung hängt in erster Linie von dem Abtransport von den Gruben und den Anlieferungsmöglichkeiten zu den einzelnen Verbrauchern ab. Die Gruben können ihre riesigen Vorräte zu meist nicht abtransportieren (dadurch Gefahr von Haldenbränden) und müssen deshalb Feierschichten einlegen. Beispielsweise wurden an der Saar von 14 noch in Betrieb befindlichen Schachtanlagen in den ersten Wochen des November 38 Feierschichten eingelegt, wodurch ein Förderausfall von 88'000 t entstand. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat musste im November allein 1,2 Millionen t Kohle einlagern, da nur 50 bis 60 Prozent der Normalforderung an Waggons trotz erhöhter Anforderungen – vor allem durch den Export – seitens der Reichsbahn gestellt werden konnten. In den anderen Kohlengebieten ist der Prozentsatz der gestellten Waggons den Meldungen zufolge eher noch niedriger. Aus der See- und Binnenschiffahrt werden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bunkerkohle gemeldet. So wird z.B. aus Ostpreussen berichtet, dass Kohlen für Bunkerzwecke, insbesondere zur Bebunkerung der Küsten- und Binnenschiffahrt, nicht vorhanden sind. Die Binnenschiffahrt hätte aushilfsweise aus anderen Kohlenbeständen versorgt werden müssen, doch seien derartige Aushilfslieferungen nicht mehr möglich. Es bestehe dadurch die Gefahr, dass in Kürze die gesamte Schleppschiffahrt Ostpreussens zum Stillstand komme. Da der Wasserweg ohnehin nicht in der Lage sei, den Ausfall der Reichsbahn zu ersetzen – es fehlt nicht nur an Kahnraum, sondern auch die Wasserstrassen, Schleusen usw. sind teilweise dem starken Verkehr nicht gewachsen müsse bei einem evtl. stark einsetzenden Frost und einer Vereisung der Flüsse infolge Waggonmangels mit weiteren Stockungen gerechnet werden. Es wird dabei in Wirtschaftskreisen darauf hingewiesen, dass nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch ohne Ausbruch des Krieges mit starken Transportschwierigkeiten zu rechnen gewesen wäre.

Wie die Auslandspresse – und insbesondere die der Feindstaaten – deutsche Verkehrsschwierigkeiten aufgreift, um sie als Propaganda gegen Deutschland in gehässiger Weise auszuschlachten, zeigen die nachfolgend wiedergegebenen kurzen Auszüge. Der «Daily Telegraph», London, schreibt in seiner Nummer vom 26. 10. 1939 unter der Überschrift «Transportsorgen der Nazis» u.a.:

Offizielle deutsche Berichte beweisen, dass die Naziregierung in dem Wunsche, die Herstellung von Kriegsmaterialien bis zum Äussersten zu steigern, wozu ihr jedoch die Rohstoffe und die notwendigen Arbeitskräfte fehlen, eine Dummheit begangen hat, indem sie einen wesentlichen Faktor der Kriegsführung bis zu einem gefährlichen Grad in einen

baufälligen Zustand verfallen liess. Anstatt den Wagenbestand der Eisenbahn seit 1932 alljährlich durch 10'000 Wagen zu erneuern, hat die Deutsche Reichsbahn innerhalb von sechs Jahren nur den Bau von 13'000 Wagen in Auftrag gegeben. Die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven war im Jahre 1929 24'089, im Jahre 1938 war der Gesamtbestand auf 20'711 zurückgegangen, und in den ersten Monaten des Jahres 1939 sind weitere 500 oder 600 Lokomotiven verschrottet und nicht ergänzt worden ...

Im «Journal de Genève», Genf, heisst es in Nr. 316 vom 16. 11. 39:

Das rollende Material der Deutschen Reichsbahn ist weder unterhalten noch ausreichend erneuert worden. Um das abzustellen, war vor Ausbruch des Krieges für die Jahre 1940 bis 1943 der Bau von 2'000 Lokomotiven, 10'000 Personenwagen und 112'000 Güterwagen vorgesehen. Das waren die einzigen Massnahmen, die es gestatteten, das Gleichgewicht zwischen den sich vermindernenden Transportmitteln und den tatsächlich sich seit 10 Jahren ständig vermehrenden Transporten herzustellen. Nun ist aber die Herstellung des für die Eisenbahn notwendigen Materials sehr schwierig geworden. Die Zahl der Lokomotivfabriken ist Ende des Jahres 1938 von 21 auf 9, die der Waggonfabriken von 70 auf 35 heruntergegangen ...

### Auswirkungen der Transport- und Kohlenlage in der Industrie

Den Anforderungen der Industrie auf Waggons für Kohle wird an einzelnen Orten – wie u.a. Halle meldet – nur noch durchschnittlich mit 35 Prozent entsprochen, wobei zu berücksichtigen sei, dass in dieser Quote sowohl der Industriebedarf wie auch die Hausbrandversorgung mit enthalten sei. Gas- und Elektrizitätswerke sowie reine Rüstungsbetriebe bereiten sich darauf vor, ihren Betrieb einzuschränken. So war z.B. die Stadt Luckenwalde, die eine starke Industrie und daher einen täglichen Bedarf von 150 t hat, Ende November ohne Kohle, so dass die Wehrmacht sämtliche verfügbaren Lastwagen zum Abtransport von Kohle bereitstellte, um den notwendigen Bedarf einigermassen sicherzustellen. Von den Auswirkungen werden – wie die einzelnen Meldungen zeigen – alle Gegenden des Reiches und fast alle Sparten der Industrie betroffen. Im Bezirk Weimar musste eine Stanzmesserfabrik (W-Betrieb) ihren Fabrikationsbetrieb wegen völlig ungenügender Anfuhr und später gänzlichem Ausfall von Kohlenlieferungen einstellen. Im Bezirk Kassel waren zwei grössere Stuhl- und Möbelfabriken gezwungen, ihren Betrieb zeitweise zu schliessen, weil ein weiteres Auf-Lagernehmen der Fabrikate nicht mehr möglich war und trotz genehmigter Frachtbriefe ein Abtrans-

port infolge Wagenmangels nicht erfolgen konnte. Zwei Werke einer Heraklit-Plattenfabrik in Süddeutschland mit einer Gesamtbelegschaft von 700 Arbeitern liegen seit 8 Tagen still, weil eine Versorgung mit notwendigem Rohmaterial (Magnesit und Kieserit) wegen unzulänglicher Transportverhältnisse nicht gelang. Eine Rohstoffbelieferung wird auch in Zukunft immer wieder Hemmungen erfahren, weil auch inzwischen die liefernden Betriebe von sich aus wegen Abfuhrschwierigkeiten zu Stilllegungen schreiten mussten. Verschiedenste Produktionsbetriebe der ostbayerischen Gebiete (insbesondere Ziegeleien und Zementwerke), deren Kohlenbedarf meist aus schlesischen Gruben gedeckt wurde, sehen auf Grund stockender Zufuhren in Kürze Stilllegungen in grösserem Ausmass voraus. Württembergische und bayerische Zementwerke haben Auftragscheine zur Belieferung kriegswichtiger Baustellen (in Wolftratshausen) zurückgegeben, weil während deren Laufzeit von 8 bis 14 Tagen keine entsprechenden Wagen zu erhalten waren.

### **Unzureichende Kohlenversorgung im Bäckerhandwerk**

Neuerdings tauchen auch Klagen der Bäcker über ungenügende Kohlenzuteilung auf. In Fachkreisen wird angenommen, dass die Transportschwierigkeiten in absehbarer Zeit nicht abnehmen werden und somit die Gefahr besteht, dass noch weitere Kreise des Bäckerhandwerks, die z. Z. noch Vorräte haben, von diesen Schwierigkeiten erfasst werden und dann Betriebseinschränkungen vorgenommen werden müssen. Eine rechtzeitige Abhilfe sei hier dringend notwendig, da sonst die Brotversorgung ins Stocken geraten würde. Aus Baden wird z.B. berichtet, dass die Bäcker nur für ihren Privatbedarf Kohlen und Briketts erhalten, aber nicht für ihre Betriebe. Eine Verknappung mache sich erst jetzt bemerkbar, da die einzelnen Betriebe seither noch Kohlenvorräte gehabt hätten. Wenn den Handwerksstätten nicht bald Kohlen zugeteilt würden, so seien einige Bäckereien gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. In Gronau/Kreis Hanau sah sich der Bürgermeister gezwungen, um die Fortführung des Bäckereibetriebes aufrecht zu erhalten, private Kohlenvorräte zu beschlagnahmen. Über Schwierigkeiten bei den Bäckereien gingen weiterhin Meldungen aus Bayern, Thüringen und aus der Reichshauptstadt ein. In Berlin erscheint die Verknappung – wie aus Fachkreisen bekannt wird – besonders schwierig. Rund hundert Bäckereien (im Stadtbezirk Steglitz allein 13) seien hier ohne Vorräte, so dass jeden Tag die Gefahr bestehe, dass diese Betriebe mangels Kohlen nicht mehr backen können. Auch Breslau meldet, dass die Versorgung mit Braunkohlenbriketts so schwierig sei, dass bei weiterer Verknappung mit der Stilllegung von Bäckereien gerechnet werden müsse.

### Versorgungsschwierigkeiten mit Hausbrandkohle

Über die Schwierigkeiten in der Versorgung mit Hausbrandkohle laufen täglich neue Meldungen ein, die erkennen lassen, dass noch eine Verschärfung der bereits mehrfach gekennzeichneten Lage<sup>7</sup> eingetreten ist. Von den aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Nachrichten sollen die nachfolgenden zur Kennzeichnung der Situation angeführt werden: Aus Stettin wird berichtet, dass die an der See und oderabwärts liegenden Gemeinden darüber klagen, dass seit Tagen keine Kohle mehr zu erhalten sei. Auch in Stettin selbst sind viele Einzelhandlungen in der Belieferung ausgefallen, so dass der Kern der Stadt (die früher «rote Altstadt») ungenügend mit Kohle versorgt wird. In Schneidemühl ist der grösste Teil der dort ansässigen Kohlenhändler seit dem 25. 11. ohne Briketts. Das Kohlsyndikat in Schneidemühl führt die mangelnden Anlieferungen auf die Transportlage zurück. Aus Elbing wird gemeldet, dass die Kohlenversorgung der Bevölkerung sowohl in Elbing wie in Marienwerder völlig unzureichend sei und zu grösster Beunruhigung Anlass gebe. Ca. 60 Prozent der Elbinger Bevölkerung sei ohne Brennmaterial. Schwerin berichtet, dass ausser den bereits bestehenden Schwierigkeiten weitere Differenzen dadurch aufgetreten sind, dass die Kohलगrosshandlungen von den Letztverteilern Hausbrandlieferscheine, die ab 1. 12. 1939 zur Einführung gelangen, aber noch nicht im Besitze der Einzelhändler sind, verlangen. Im Kreise Parchim erhalten die ansässigen 86 Kohlenhändler auf Grund dieser Tatsache z. Z. keine Lieferung. In Wismar soll der Vorrat der Kohlenhandelsgesellschaft nur noch 15 t gegenüber 1'000 t der Vorjahrszeit betragen. Alle übrigen Läger seien vollkommen geräumt. Dieses Gebiet wurde früher mit der billigeren englischen Kohle beliefert. Kiel meldet, dass die Kohlenläger des Kreises Pinneberg so gut wie leer sind. Bei Eintreten starken Frostes wird in diesem Gebiet mit ernstesten Auswirkungen gerechnet. In Kiel selbst ist eine Entspannung dadurch eingetreten, dass in den letzten Novembertagen zwei Dampfer mit oberschlesischer Kohle eingetroffen sind. In Wilhelmshaven ist die Versorgungslage weiterhin kritisch; für die Aussenrandsiedlungen müssen dringend Kohle und Koks herangeschafft werden. Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, sollen die dortigen Kohlenhändler jeweils einen Kohlenvorrat für zwei bis drei Wochen auf Lager haben, um bei erneut auftretenden Transportschwierigkeiten die Versorgung schliessen zu können. Diese Anordnung wird als undurchführbar angesehen, da z. Z. jeweils nur der augenblickliche Bedarf angeliefert werden kann. Weitere Klagen über die schlechte Belie-

Noch zu Nr. 24

7. Über mangelhafte Versorgung der Haushalte war bisher aus Allenstein, Kiel, Koblenz, Wiesbaden und Berlin berichtet worden. –



ferung mit Brennstoffen liegen aus Hildesheim, Halle, Weimar, Würzburg und Frankfurt/O. vor. Auch für die Reichshauptstadt bildet die Kohlenversorgung ein ernstes Problem, das zu einer baldigen Lösung drängt. Den Nachrichten zufolge sei zwar beabsichtigt, bis Weihnachten 20'000 t Hausbrandbriketts einzulagern, was einen Vorrat für eine Woche darstellen würde. Jedoch sei die Reichsbahn noch am 29. 11. 39 nur imstande gewesen, von 1'000 benötigten Waggons 25 Wagen täglich zu stellen. Von den letztgenannten Wagen seien 20 für die Belieferung der Industrie und nur 5 für die Anfuhr von Hausbrandkohle bestimmt gewesen. Die Tatsache, dass in Auswirkung der Transportstodungen von ca. 3'600 Kohleneinzelhändlern Berlins ca. 2'000 ohne Kohlenvorräte sind, führt zu starken Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung. Es wird von Fachkreisen darauf hingewiesen, dass die derzeitigen Zustände nur durch schnelle und umfassende Massnahmen behoben werden können. Im Einzelnen werden in den Meldungen folgende Regelungen für notwendig erachtet:

1. Zur Entlastung der Verschiebebahnhöfe sei es – vor allem in Berlin – notwendig, dass die von den Kohlenrevieren nach den Bestimmungs-orten abgefertigten Züge nach Möglichkeit so zusammengestellt werden, dass sie jeweils einen geschlossenen Transport für einen Bahnhof bilden.

2. Um eine sofortige Ausladung sicherzustellen, sei die Möglichkeit zu prüfen, ob auf den Bestimmungsbahnhöfen eine Erleichterung der Verdunkelungsmassnahmen durchgeführt werden könne, damit die Kohlenzüge nachts zum Revier zurückrollen können.

3. Zur Sicherstellung einer rechtzeitigen Entladung der Kohlentransporte und der beschleunigten Anfuhr zu den Handelslägern sei ausserdem ein Mehreinsatz an Arbeitskräften erforderlich.

4. Für die Reichshauptstadt müsse der Kraftfahrzeugbestand des Kohleneinzelhandels auf mindestens 50 Prozent des Normalbestandes (z. Z. sind es 30 Prozent) erhöht werden, um sowohl die Anlieferung zu den Lägern wie auch die Verbraucherversorgung sicherzustellen. Ebenso sei es erforderlich, dass die notwendigen Mengen an Treibstoff zur Verfügung gestellt würden, da ein erheblicher Mangel an Betriebsstoffen für Dieselmotoren und Trecker bestehe.<sup>8</sup>

Noch zu Nr. 24

8. Über die weitere Verschärfung der Situation vgl. unten Nr. 37.

## Meldungen aus dem Reich

15. Dezember 1939 (Nr. 29, Auszug)

## V. Wirtschaft

**Auswirkungen des Aufrufes von Lebensmittelzuteilungen im Reich**

Von verschiedenen Seiten wird angeregt, dass die Veröffentlichung einer rationierten Warenzuteilung nur dann erfolgt, wenn die Verteilung bis zum Grosshandel bereits durchgeführt ist und die Lagerbestände gewährleisten, dass tatsächlich der Verbraucherschaft der zustehende Anteil verausgabt werden kann. Geklagt wird darüber, dass die von den Zentralstellen ausgehende statistische Auswertung der Warenbestände und die Zuteilung auf den Verbraucher meist nicht die aus dem örtlichen Verbrauch sich rechtfertigenden Lagerbestände berücksichtigen. Z.B. seien Erbsen, Bohnen und Linsen zur Verteilung aufgerufen worden, ohne dass vorher eine Kontrolle stattgefunden habe, ob auch die erforderliche Warenmenge im gesamten Reichsgebiete zur Ausgabe bereit stände. Da der Verbrauch an Hülsenfrüchten im Rheinland von jeher besonders gross war, bestand dort auch eine entsprechende Lagerhaltung. Süddeutschland verbrauchte dagegen bisher nur geringe Mengen, so dass die Lagerbestände stets knappgehalten wurden und nach der mit der Kartenpflicht gegebenen Umlagerung im Lebensmittelverbrauch zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. Hinzu kommt, dass der gebietliche Ausgleich zwischen Anforderung und Lieferung durch die bestehenden Transportschwierigkeiten weitgehend verschärft wird. Unter der Bevölkerung ruft es jeweils Unzufriedenheit hervor, wenn die Warenmengen dann trotz Aufrufs nicht im erforderlichem Umfange zur Verfügung stehen. Obwohl die gleichmässige Verteilung der Verbrauchsgüter im gesamten Reichsgebiete am gerechtesten erscheint, dürfte es sich nach Anregungen aus der Verbraucherschaft als zweckmässig erweisen, den gebietlichen Verbrauchsgewohnheiten soweit möglich Rechnung zu tragen, wie dies z.B. hinsichtlich der Mehlzuteilung für die süddeutsche Bevölkerung bereits geschehen ist. Die Anwendung der reichseinheitlichen Käsezuteilung wird z.B. im Erzeugungsgebiet Allgäu als besondere Härte empfunden. Aus der Südmark<sup>1</sup> wird gemeldet, dass ein beträchtlicher Bedarf an Polenta (Maisgriess), dem Hauptnahrungsmittel der dortigen Bevölkerung, bestehe. Den Nachrichten zufolge könne der Normalverbraucher z. Z. 5½ kg je Monat beziehen, der tatsächliche Bedarf liege jedoch zwischen 9 bis 10 kg. Eine Umstellung auf andere Nahrungsmittel sei der ärmeren Landbevöl-

Zu Nr. 29

1. Die Bezeichnung Südmark war sonst nicht üblich, vermutlich ist Südösterreich oder die südliche Steiermark gemeint. –

kerung mit Rücksicht auf die damit verbundene Erhöhung der Lebensunterhaltskosten nicht immer möglich.<sup>2</sup>

### Ausverkauf im Handel mit nicht bewirtschafteten Waren

Die grosse Kauftätigkeit der vergangenen Wochen hat dazu geführt, dass vornehmlich in den Gebieten West- und Süddeutschlands mit einem Totalausverkauf in verschiedenen Branchen des Einzelhandels gerechnet wird. Aus Düsseldorf wird hierzu gemeldet, dass in den letzten Tagen in ganz aussergewöhnlichem Umfange Gegenstände aller Art von der Bevölkerung aufgekauft worden sind. Es handle sich in erster Linie um Möbel, Porzellan, Haushaltsgeräte, Radioapparate, Pelze sowie Waren des täglichen Bedarfs. Die teuersten und wertvollsten Gegenstände wären teilweise von Personen erworben worden, die sich unter normalen Verhältnissen derartige Anschaffungen keineswegs leisten würden. Des weiteren ist aufgefallen, dass Gegenstände angeschafft wurden, die z. Z. noch gar nicht benötigt werden. So wurde u.a. festgestellt, dass beispielsweise Kinderwagen von Personen gekauft wurden, die noch nicht einmal verheiratet sind und die Wagen für Mai, September, Oktober 1940 auf Abruf bereithalten lassen! In Koblenz konnte eines der grössten Porzellan-geschäfte während der letzten Tage den Ansturm der Käufer nur dadurch regeln, dass das Geschäft zeitweilig geschlossen wurde. Den Meldungen ist zu entnehmen, dass es sich überwiegend um ausgesprochene Angstkäufe handelt. Ähnliche Nachrichten liegen aus Wiesbaden und Stuttgart vor. Stuttgart berichtet, dass während des ersten Verkaufssonntags (10. 12. 39) ein Teil der Läden wegen Ausverkaufs geschlossen war, was unter der ländlichen Bevölkerung, die an diesem Tage Weihnachtseinkäufe tätigen wollte, Missstimmung hervorgerufen habe. Bei all den überstürzten Käufen wird auch hier als Hauptursache die Furcht vor einer Geldentwertung gesehen.<sup>3</sup> Teilweise hat die Bevölkerung dieser Befürchtung offen Ausdruck verliehen. (Nachrichten liegen aus Düsseldorf, Koblenz, Wiesbaden und Stuttgart vor.) Meldungen aus Berlin besagen, dass im Zentrum der Stadt einige Geschäfte der Lederwaren- und Geschenkartikelbranche am letzten Sonntag nicht geöffnet hatten und andere bereits durch Aushang

Noch zu Nr. 29

2. In ähnlicher Weise war schon am 15. November anlässlich einer bevorstehenden Erhöhung der Butter- bei Verminderung der Margarine- und Speisefettzuteilung auf Klagen aus minderbemittelten und kinderreichen Familien hingewiesen worden, dass sie die Rationen nicht bezahlen könnten. – 3. Bereits im Oktober war eine gewisse «Flucht in die Sachwerte» festgestellt worden (Nr. 9 vom 27. 10.), die Ankündigung von der Einziehung der alten 2-Reichsmark-Stüde und der Mangel an Hartgeld verstärkten die Befürchtungen vor einer Inflation, die besonders aus Schlesien, Baden, Hessen und Thüringen gemeldet wurden (Nr. 28 vom 13. 12.). Der Einstellung der Bevölkerung zum Wert des Geldes widmete die SD-Berichterstattung auch weiter besondere Aufmerksamkeit.

angekündigt haben, wegen «Umbauten» usw. an den nächsten beiden Sonntagen geschlossen halten zu müssen, um sich dem Verkauf zu entziehen. Aus verschiedenen Branchen des Handels wird der Wunsch laut, den letzten Verkaufssonntag wegfällen zu lassen. Da es jedoch wegen der Kaufmöglichkeit der Landbevölkerung und vor allem wegen der Lebensmittelbeschaffung nicht angebracht erscheint, den Verkaufssonntag am 24. 12. 1939 allgemein ausfallen zu lassen, wird angeregt, gegen die Geschäfte, die von sich aus aus irgendeinem Vorwand nicht offenhalten, nicht einzuschreiten.

20. Dezember 1939 (Nr. 31, Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Nachricht von der Versenkung des Panzerschiffes «Graf Spee» kam für die Allgemeinheit überraschend.<sup>1</sup> Die Art und Weise, wie die Presse in den letzten Tagen über den Kampf der «Graf Spee» vor der La-Plata-Mündung berichtet hatte, führte dazu, dass ein grosser Teil der Bevölkerung die Lage des Schiffes völlig falsch beurteilte. So stellte z.B. der «Dresdner Anzeiger» vom 15. 12. in dick gedruckter Überschrift fest: «Graf Spee‘ unbeschädigt». Und die «Preussische Zeitung» vom gleichen Tage brachte die Schlagzeile: «Keine Kampfspuren auf ‚Admiral Graf Spee‘». Verschiedentlich wurde deshalb angenommen, dass das deutsche Panzerschiff kampffähig und auch wieder zu weiteren Seefahrten bereit sei. Viele hatten jedoch die Nachricht über das Seegefecht vor der La-Plata-Mündung, insbesondere über das Ausmass der Beschädigungen der «Graf Spee» und des englischen Kreuzers «Exeter», von vornherein mit Vorbehalt aufgenommen, und sie empfanden die Mitteilung von der Versenkung des deutschen Panzerschiffes als eine Rechtfertigung ihrer Bedenken. Die Anordnung des Führers selbst, das Schiff zu versenken, wurde fast allgemein verstanden und in keiner Weise kritisiert.<sup>2</sup> – Die Meldungen von dem deutschen Luftsieg über der Nordsee<sup>3</sup> haben den

#### Zu Nr. 31

1. Am 13. Dezember war die «Graf Spee», die im Atlantik operiert hatte, von drei englischen Kreuzern stark beschädigt worden und hatte den neutralen Hafen von Montevideo aufgesucht. Um einerseits der Internierung in Uruguay, andererseits der sicheren Vernichtung durch englische Schiffe zu entgehen, war das Schiff am 17. Dezember auf offener See von der Besatzung versenkt worden. Vgl. Powell, Die Schicksalsfahrt der «Graf Spee». 1957. – 2. Ergänzend wurde am 22. Dezember gemeldet (Nr. 32), gegenüber dem zunächst beobachteten Stimmungsrückschlag setze sich die Meinung durch, ein Prestigeverlust sei besser, als die Besatzung des Schiffes in einem aussichtslosen Kampf geopfert zu haben. – 3. Über der Deutschen Bucht waren am 18. Dezember von 52 englischen Flugzeugen, die Wilhelmshaven angreifen wollten, laut Wehrmachtbericht 34 abgeschossen worden. –

Rückschlag in der Stimmung, der nach den letzten Meldungen über das Schicksal der «Graf Spee» eintrat, aufgehalten. – Die Rede des italienischen Aussenministers<sup>4</sup> hat bei einem grossen Teil der Allgemeinheit die Zweifel an der italienischen Einstellung gegenüber dem Reich verringert<sup>5</sup>; politisch interessierte Kreise kritisieren jedoch an der Rede, dass sie nicht eindeutig genug die Übereinstimmung der italienischen und der deutschen Aussenpolitik festgestellt habe. Vereinzelt ist behauptet worden, die deutsche Presse habe nicht den ganzen Wortlaut der Rede veröffentlicht.

8. Januar 1940 (Nr. 37, Auszug)

## V. Wirtschaft

### **Kohlenmangel beeinflusst stark die Stimmung der Bevölkerung**

Weitaus der grösste Teil der eingegangenen Nachrichten der letzten Tage befasst sich nach wie vor mit dem Mangel in der Hausbrandversorgung.<sup>1</sup> Die neuesten, z.T. alarmierenden Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet lassen erkennen, dass bei weiterem Anhalten der derzeitigen Versorgungsschwierigkeiten Unruhen grösseren Ausmasses auftreten werden. Die Stimmung in der Bevölkerung, namentlich in den Grossstädten, in denen der Mangel besonders empfindlich ist, wird in den vorliegenden Berichten als ausserordentlich gespannt dargestellt. So wird z.B. aus Hamburg gemeldet, dass bei den Dienststellen der Partei wie in den staatlichen Verwaltungsstellen Äusserungen getan wurden, die auf eine starke Missstimmung in der Bevölkerung schliessen lassen. U.a. wurden Bemerkungen laut, wie «dass man nicht wieder hungern und frieren wolle wie im Weltkriege. Damals habe man erst im dritten Kriegsjahr frieren müssen, jetzt sei es schon nach einem Vierteljahr ebenso schlimm. Man habe eben einen Krieg ohne genügende Vorbereitungen angefangen ...» Ein Bericht aus Chemnitz besagt, dass sich die Kohlenhändler nicht anders zu helfen wussten, als ihre Kunden an den Kohlen-Grosshändlerverband zu verweisen, damit von dort aus eine Kohlenzuteilung an die einzelnen Verbraucher erfolgt. Daraufhin hätten sich bei der genannten Stelle stür-

Noch zu Nr. 31

3. Graf Ciano hatte am 16. Dezember in der italienischen Kammer die Politik Deutschlands verteidigt. – 5. Die schon früher in den Berichten verzeichneten Zweifel an der Zuverlässigkeit Italiens hatten sich im Dezember besonders in Österreich verstärkt (Nr. 27 vom 11. 12).

Zu Nr. 37

1. Vgl. den Bericht vom 4. Dezember oben S. 24 ff. –

mische Szenen abgespielt, da nur die vordringlichsten Fälle hätten genehmigt werden können. In Kassel, wo der Kohlenmangel so stark ist, dass Hausbrand nur noch pfund- und stückweise abgegeben wird, hat die Tatsache, dass die Schwierigkeiten lediglich auf das Fehlen der notwendigen Transportmittel zurückzuführen sind<sup>2</sup>, zu starker Verbitterung in der Arbeiterschaft geführt. Es wird hier befürchtet, dass diese Misstimmung bei Anhalten dieses Zustandes weiter um sich greift; ähnlich wird die Lage in Liegnitz dargestellt. Eine Nachricht aus Rostock besagt, dass in der Bevölkerung grosser Unwille darüber herrscht, dass in Anbetracht der Kohlennot die Theater und Lichtspielhäuser waggonweise mit Kohle versorgt werden, während eine Belieferung der ärmeren Bevölkerung nicht möglich sei.<sup>3</sup> Als besorgniserregend wird die Mangellage nach wie vor in den Regierungsbezirken Köslin und Schneidemühl bezeichnet. In Erfurt wurden, den vorliegenden Meldungen zufolge, in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr wie auch in den letzten Tagen Kohlenwagen von der Bevölkerung auf der Strasse angehalten, wobei die Bevölkerung eine drohende Haltung einnahm, so dass die Polizei eingesetzt werden musste, um zu verhindern, dass die Kohlenwagen gestürmt wurden. Aus Nord-Bayern wird berichtet, dass die Kohlenversorgung in Hof, Bayreuth und Ansbach in den letzten Tagen katastrophale Ausmasse angenommen habe. So könne z.B. in Hof seit einigen Tagen pro Familie nur noch ein halber Zentner Kohle für eine Woche abgegeben werden. In Bayreuth und Coburg werde in den nächsten Tagen mit grösseren Stilllegungen gewerblicher Betriebe gerechnet, falls nicht rechtzeitig Kohlenlieferungen erfolgen würden. Die gleichen Verhältnisse werden aus Ostpreussen gemeldet. In Königsberg waren eine Reihe von Haushaltungen sogar während der Weihnachtsfesttage ohne den geringsten Vorrat von Kohle. Die Kohlenhändler erklärten sich dort ausserstande, eine Belieferung durchzuführen, da die benötigten Fahrzeuge nicht zur Verfügung stehen würden. Die eingeleitete Sonderaktion für in Not geratene Haushaltungen erbrachte insofern nur einen Teilerfolg, als auch hierbei nur die Hälfte der notwendigen Fahrzeuge gestellt werden konnte. Sowohl in den ostpreussischen Landgemeinden wie auch in anderen ländlichen Gebieten des Reiches wirkt sich der Kohlenmangel besonders deswegen stark aus, weil in diesen Gebieten früher überwiegend mit Holz gefeuert wurde, das jetzt nicht mehr in dem notwendigen Umfange zur Verfügung steht. In der Reichshauptstadt rechnet die Bevölkerung auf Grund der Presse-

Noch zu Nr. 37

2. Der Bergbau musste einen grossen Teil seiner Produktion auf Halde nehmen, was der Bevölkerung nicht verborgen bleiben konnte. – 3. Am 19. Februar (Nr. 55) wurde ergänzend berichtet, dass auch Kirchen reichlich mit Kohlen versorgt worden seien, während andererseits am gleichen Ort Schulen wegen Kohlenmangels geschlossen waren. –

Veröffentlichung vom 7. 1. 1940, wonach für Berlin zusätzlich Züge gestellt werden, sehr mit einer Besserung der Versorgungslage.<sup>4</sup>

12. Januar 1940 (Nr. 39, Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Stimmung in der Industriearbeiterschaft, die bisher im Allgemeinen gut war, wird jetzt teilweise durch die Mängel in der Kartoffel- und vor allem in der Kohlenversorgung ungünstig beeinflusst.<sup>1</sup> In den Betrieben der Rüstungsindustrie wirkte sich die Rede des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine<sup>2</sup>, Grossadmiral Dr. h.c. Raeder, stimmungsmässig gut aus. Besonders beachtet wurde die Bezeichnung des Rüstungsarbeiters als Kriegskameraden. Aus Bayern wird berichtet, dass dort bei den Arbeitern, die unter dem Einfluss der katholischen Geistlichkeit stehen<sup>3</sup>, vielfach eine pessimistische Einstellung zum Krieg zu bemerken ist. Aus Wien wird mitgeteilt, dass die Stimmung in den Arbeiterbezirken gut ist. Die letzten Strassensammlungen der NSV hatten u.a. in dem Arbeitervorort Floridsdorf besonders hohe Ergebnisse. Es wirkten sich dort auch die politische Schulungsarbeit der DAF und die Verschickung von Arbeiterkindern und -frauen in Winterlager stimmungsmässig positiv aus. Auffällig schlecht ist in Wien die Stimmung in dem besonders von Tschechen durchsetzten x. Bezirk.<sup>4</sup>

Bei den Westwallarbeitern herrscht teilweise Verstimmung darüber, dass das Westwall-Ehrenzeichen<sup>5</sup> an Politische Leiter, SA-Führer usw. sofort verliehen wurde, auch wenn diese die Voraussetzungen der Verleihung kaum erfüllten, während Arbeiter mit langer Dienstzeit am Westwall das Ehrenzeichen zum grossen Teil bis heute noch nicht erhalten haben.

Noch zu Nr. 37

5. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt, am 26. Januar (Nr. 45) wurde zwar für das übrige Reichsgebiet eine Entspannung bei der Hausbrandbelieferung festgestellt, in Berlin aber bestanden nach wie vor grosse Unterschiede in der Versorgung. Im Februar kam es zu einer erneuten Verschärfung des Kohlenmangels, der zu einer Verschlechterung der Stimmung besonders in den Briefen an Soldaten im Feld führte (Nr. 57 vom 23. Februar).

Zu Nr. 39

1. Über die Stimmung der Arbeiterschaft war bisher berichtet worden, dass eine gewisse Unzufriedenheit über angebliche Willkür bei der Zuteilung von Lebensmittelkarten für Schwer- und Langarbeiter bestehe, dass Dienstverpflichtete über schlechte Entlohnung und Unterbringung klagten und die Zahl der Krankmeldungen gestiegen sei. – 2. Am 8. und 9. Januar vor den Arbeitern der Kriegsmarinewerften Kiel und Wilhelmshaven (Auszug in: Das Archiv. Januar 1940.

6. 1'309 f.). – 3. Ein Beispiel für eine katholische Predigt oben S. 21, vgl. auch unten S. 39 f., 77 f. – 4. In Wien lebten 1939 rd. 56'000 Tschechen, über deren Lage wie überhaupt über die Stimmung der tschechischen Minderheit im Sudetengau und über die Verhältnisse im Protektorat, wo im Oktober grosse Kundgebungen gegen die deutsche Herrschaft stattgefunden hatten, regelmässig berichtet wurde. – 5. Das Schutzwallehrenzeichen war am 2. August 1939 (RGBl. I S. 1'365) gestift-



### Örtliche Beunruhigung der Bevölkerung durch Nichtbekanntgabe militärischer Ereignisse

In den letzten Wochen sind immer wieder Meldungen eingegangen, wonach dadurch starke Beunruhigung unter der Bevölkerung einzelner Landstriche entstand, dass militärische Ereignisse, bei denen die Bevölkerung Zeuge sein konnte, weder in der allgemeinen, noch in der Ortspresse gebracht wurden. Folgende Beispiele seien herausgegriffen:

Vor einigen Wochen wurden zwei feindliche Aufklärer über dem Bodenseegebiet von deutscher und schweizerischer Seite beobachtet. Diese beiden Flugzeuge wurden von deutscher Flak bei Friedrichshafen beschossen. In der Presse wurde von diesem Vorfall nichts erwähnt. – Ende November musste ein deutsches Jagdflugzeug, das bei einem Luftkampf in der Nähe der Grenze einen Kühlerschuss erhielt, in der Nähe von Hainfeld an der Weinstrasse notlanden. Der Pilot sprang mit Fallschirm ab. Die Maschine war zertrümmert. In der Presse war keine Mitteilung darüber zu finden. – Bei Kandel/Pfalz wurden zwei deutsche Jagdflugzeuge von einem feindlichen Jäger zur Notlandung gezwungen. Einwohner der Umgebung leisteten die erste Hilfe. Eine Mitteilung in der Presse erfolgte nicht. – Bei einem Luftkampf über Pirmasens wurden drei deutsche Jagdmaschinen abgeschossen. Ein Hauptmann konnte sich durch Fallschirmabsprung retten, die beiden Piloten der anderen Flugzeuge fanden den Tod. Über den Vorfall brachte die Presse ebenfalls keine Meldung. – Über einen Flakbeschuss in der Nacht vom 5. auf 6. 11. 1939 in Ansbach erfolgte auch in den lokalen Zeitungen kein Bericht. – Vom Abschuss eines feindlichen Flugzeuges bei Sankendorf meldete die Presse, dass dieses Flugzeug nur Flugblätter an Bord gehabt hätte, obwohl sich angeblich ein Teil der einheimischen Bevölkerung davon überzeugt hatte, dass in Wirklichkeit Brandbomben mitgeführt worden waren – Von einem Angriff englischer Bomber auf Wilhelmshaven berichtete die Presse, dass er abgewehrt worden sei, während ein Teil der Einwohner behauptete, die Flugzeuge in 4'000 bis 5'000 Meter Höhe mitten über der Stadt gesehen zu haben. – Nach den Mitteilungen der Presse wurden englische Flugzeuge beim Angriff auf Borkum durch die Küstenabwehr zur Umkehr gezwungen. Im Gegensatz dazu behauptete die Küstenbevölkerung, dass von deutscher Seite nicht geschossen worden sei. – Als Folge dieser Berichterstattung entstanden alsbald Gerüchte über diesen Luftangriff, die dessen Bedeutung und Erfolg stark übertrieben. So war von einem schweren Bombardement der Insel Borkum und ihres Feldflughafens die Rede, wobei 10 Flugzeuge

Noch zu Nr. 39  
tet worden, um Personen auszuzeichnen, die am Bau der Befestigungsanlagen beteiligt waren. –

vernichtet und die Mannschaftsbaracken mit Maschinengewehren beschossen worden seien.<sup>6</sup>

15. Januar 1940 (Nr. 40, Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Vermutungen, die in der Bevölkerung über die Dauer des Krieges angestellt werden, gehen jetzt vielfach dahin, dass noch in diesem Jahre der Krieg beendet sein werde.<sup>1</sup> Im ganzen Reich ist das Gerücht im Umlauf, der Führer habe sich anlässlich der Weihnachtsfeiern in den Bunkern in diesem Sinne über die Dauer des Krieges geäußert. Weiter bezieht man sich in diesem Zusammenhang auf den Neujahrsaufruf des Führers an die Partei<sup>2</sup> und auf die Anordnung des Führers, mit den Vorbereitungen für die diesjährige deutsche Kunstausstellung zu beginnen.<sup>3</sup> Auch wird gerüchweise behauptet, der Führer habe Frau Winifred Wagner auf deren Anfrage mitgeteilt, die Vorbereitungen für die nächsten Bayreuther Festspiele könnten beginnen<sup>4</sup>, da der Krieg noch in diesem Jahr aufhören werde.

Von der Umsiedlung der Südtiroler wird im Allgemeinen wenig gesprochen.<sup>5</sup> In politisch interessierten Kreisen und in der Bevölkerung der Ostmark erregte die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse Aufsehen. Man hatte im Allgemeinen nicht damit gerechnet, dass so viele Südtiroler für das Reich stimmen würden. In der Ostmark wird verschiedentlich gegen Italien Stimmung gemacht mit den Behauptungen, dass dieses die Auswanderung der Südtiroler behindere und dass es die Befestigungen an

Noch zu Nr. 39

6. Im März erfolgte daraufhin in der gesamten deutschen Presse eine «Aufklärungsaktion» unter dem Motto «Warum steht das nicht in der Zeitung?».

Zu Nr. 40

1. Nach den Friedensgerüchten im Herbst 1939 war erstmals wieder am 10. Januar von Kombinationen über einen baldigen Friedensschluss die Rede, die u.a. mit dem überraschenden Rücktritt des englischen Kriegsministers Hore-Belisha am 5. Januar begründet wurden. – 2. Vom 1. Januar 1940 (Wortlaut in: Das Archiv. Januar 1940. S. 1'324-1'326); darin hatte es geheissen: «Möge das Jahr 1940 die Entscheidung bringen.» – 3. «Aufruf an die bildenden Künstler Grossdeutschlands» vom 7. Januar 1940 (Auszug bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'445). – 4. Die Bayreuther Aufführungen von Opern Wagners fanden in den ersten Kriegsjahren wie üblich im Sommer, jedoch vor einem ausgewählten Publikum von Soldaten, Verwundeten und Rüstungsarbeitern statt; über ihre Wirkung liegen besondere Berichte vom August 1940 und 1941 und September 1943 vor. – 5. Das deutsch-italienische Vertragswerk vom 21. Oktober 1939 (es wurde als Ganzes nicht veröffentlicht) über die Umsiedlung der Südtiroler, die nicht für Italien optierten, wurde in Österreich stark kritisiert; ein Flugblatt, das vor der Aufgabe der Heimat warnte, war schon in Nr. 17 vom 17. November mitgeteilt worden. Zum Südtirolproblem allgemein Latour, Südtirol und die Achse Berlin-Rom 1938-1945. 1962 = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5.

der Brenner-Grenze weiter ausbaue. – Soldaten der Westfront teilten an Angehörige mit, der Führer habe auf die persönliche Frage eines Soldaten zu der Stellung Italiens in diesem Kriege geantwortet, er hätte Mühe gehabt, den Duce vom Kriege zurückzuhalten.

19. Januar 1940 (Nr. 42, Auszug)

## II. Gegner

Während der katholische Klerus in den ersten Kriegsmonaten ziemlich zurückhaltend war, hat er sich in den letzten Monaten, vor allem unter dem Einfluss der päpstlichen Enzyklika vom 27. 10. 1939<sup>1</sup>, aktiver gezeigt. Die Haltung der Priester in verschiedenen Teilen des Reiches zeigt dabei eine so starke Übereinstimmung, dass zentrale Weisungen vorliegen müssen. Es wird daher nachstehend eine zusammenfassende Darstellung der bisher bekannt gewordenen Vorgänge gegeben, aus denen einheitliche kirchliche Richtlinien erkennbar werden:

1. Aus verschiedenen Meldungen über Äusserungen, vor allem in internen kirchlichen Kreisen, bei Dekanatskonferenzen usw. (teilweise bereits berichtet)<sup>2</sup>, geht hervor, dass in mehreren Fällen Teile des katholischen Klerus erklärten, sie würden es begrüßen, wenn Deutschland den Krieg verlieren würde. Von einem Sieg Frankreichs und Englands erhoffe man dabei eine Aufteilung Deutschlands in katholische Staaten, wie Österreich, Bayern, die Rheinlande usw. (Staatspolizeiliche Massnahmen sind jeweils eingeleitet.)

2. Seit dem Vertrag mit Russland wird in Gesprächen etc. der Geistlichen der Nationalsozialismus weitgehender noch als bisher dem Bolschewismus gleichgestellt. Nach kirchlicher Ansicht ist dieser Vertrag lediglich deshalb zustande gekommen, weil die Reichsregierung sich herbeigelassen habe, die bisher in Konzentrationslagern festgehaltenen führenden Kommunisten, wie Thälmann, auf freien Fuss zu setzen.<sup>3</sup>

Zu Nr. 42

1. Die Enzyklika *Summi pontificatus*, die erste von Papst Pius XII., in der er seine Besorgnisse anlässlich des Kriegsausbruches schilderte und tadelte, dass in einzelnen Ländern geglaubt werde, der Staat sei von den christlichen, moralischen Normen völlig unabhängig; er warnte die Sieger vor der Versuchung der Gewalt. – 2. U.a. war eine Äusserung des Freiburger Erzbischofs Gröber wiedergegeben worden, dass es Katholiken verboten sei, zum Krieg zu hetzen; Kriege würden geführt, wenn man glaube, dadurch das Reich vergrössern zu können (Nr. 26 vom 8. 12.). – 3. Gerüchte über innenpolitische Folgen des deutsch-russischen Pakts vom August 1939 waren im Winter 1939/40, wie die Berichte zeigten, weit verbreitet: u.a. war die Rede davon, das Verbot der KPD solle aufgehoben werden und die antikommunistischen Stellen in Hitlers «Mein Kampf» würden nicht mehr gedruckt; statt einer Entlassung von Kommunisten aus deutscher

3. Wie bereits berichtet, hören katholische Theologen in verschiedenen Teilen des Reiches ausländische Sender ab.<sup>4</sup> Die darin verbreiteten Nachrichten werden innerhalb des Klerus kolportiert und besprochen. (Staatspolizeiliche Massnahmen sind jeweils eingeleitet.)

4. Durch schlechte Witze wird innerhalb des Klerus versucht, das Ansehen der Reichsregierung und der führenden Persönlichkeiten von Staat und Partei zu erschüttern.

5. In Predigten, Vereinsvorträgen und sonstigen Ansprachen bemühte man sich, den Gläubigen darzulegen, dass der Krieg eine Strafe Gottes für die «sittliche Verkommenheit des deutschen Volkes» sei.<sup>5</sup>

31. Januar 1940 (Nr. 47, Auszug)

### III. Kulturelle Gebiete

#### Auswirkungen der Presse

In letzter Zeit hat die deutsche Presse während einer in politischer und militärischer Hinsicht verhältnismässig ruhigen Zeit Aufsätze zu Themen gebracht, die nicht direkt mit den aktuellen Tagesereignissen verbunden waren, sondern tiefere geschichtliche Gründe des deutschen Kampfes in einem grösseren Sach- und Geschichtszusammenhang aufzeigten.<sup>1</sup> Diese Aufsätze, insbesondere der Vergleich des Westfälischen Friedens mit dem Diktat von Versailles unter dem Gesichtspunkt der stets gleichbleibenden französischen Kontinentalpolitik und die Darstellung der Kriegsziele Frankreichs im Anschluss an die Bücher des französischen Historikers

Noch zu Nr. 42

Haft kam es aber zur Übergabe antistalinistischer deutscher Emigranten aus der Sowjetunion an die Gestapo. – 4. Laut einer Meldung vom 6. November (Nr. 12) wurde z.B. eine Verstärkung der «defaitistischen Flüsterpropaganda» in Paderborn darauf zurückgeführt, dass dort 1'000 katholische Theologiestudenten in Privatquartieren untergebracht seien. – 5. Das Thema wurde in einem längeren Bericht «Nachteilige Einflussnahme der katholischen Seelsorge auf die Gesamtstimmung» am 22. April erneut behandelt (Nr. 80); darin wurde besonders beim Erzbischof von Freiburg und den Bischöfen von Münster und Eichstätt unveränderte Gegnerschaft festgestellt, während andere sich zurückhielten.

Zu Nr. 47

1. Dafür lagen genaue Anweisungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vor, die in den täglichen Pressekonferenzen und durch «Vertrauliche Informationen» der Reichspropagandaämter erteilt wurden; Sammlungen dieser Sprachregelungen befinden sich im Bundesarchiv. Darin heisst es z.B., der Parole der Neujahrsbotschaft Hitlers vom «Kampf gegen die jüdischen und reaktionären Kriegshetzer in den kapitalistischen Demokratien» sei Nachdruck zu verleihen, das vom Deutschen Nachrichtenbüro gelieferte Material, Englisches Kriegsziel – Vernichtung des deutschen Volkes, sei gut herauszustellen, bei Erinnerungen an den Dreissigjährigen

Jacques Bainville<sup>2</sup> sind mehreren Meldungen zufolge in der Öffentlichkeit besonders günstig aufgenommen worden. Die Meldungen stimmen sinn- gemäss in der Feststellung überein, dass heute auch längere Abhandlungen oder Leitartikel, die an das Fassungsvermögen der Leser höhere Anforder- ungen stellen als der blosse Nachrichteninhalt der Zeitungen, auf eine breite Wirkung rechnen können, wenn sie entsprechend formuliert seien. Die durch die Kriegslage politisch aktivierte Bevölkerung verwende auch beim Fehlen politischer und militärischer Grossereignisse einen entsprechen- den Teil ihrer Zeit zur politischen Unterrichtung aus der Presse und fühle sich besonders angesprochen, wenn an Tagen, an denen der Wehrmachts- bericht «keine besonderen Ereignisse» melde, solche materialgesättigten grösseren politischen und geschichtlichen Zusammenhänge dargestellt werden.<sup>3</sup>

In der Bevölkerung werde z. Z. in gegenseitigen Unterhaltungen immer noch viel die Frage besprochen, mit welchen Argumenten Deutschland den englischen Vorwurf, dass durch die Errichtung des Protektorats die Mün- chener Abmachungen gebrochen worden seien, zurückweisen könnte. Es ist in diesen Meldungen angeregt worden, der Bevölkerung im Zusammen- hang mit dem amtlichen deutschen Weiss-Buch<sup>4</sup> durch entsprechende Arti- kel noch einmal weitere Argumente für die entscheidende und endgültige Wendung Englands zu einer deutschfeindlichen und kriegstreiberischen Politik unmittelbar nach München an die Hand zu geben, aus denen die Schaffung des Protektorats als eine notwendige Folge der politischen und militärischen Einkreisungstaktik ersichtlich wird.

### **Einzelmeldungen aus Presse und Schrifttum**

1. Aus Parteikreisen wird darauf hingewiesen, dass z. Z. in mehreren Zeitungen, auch in der Parteipresse, immer wieder Anzeigen zu finden seien, aus denen in untaktischer Form Mangel an bestimmten Verbrauchs- gütern offen abgelesen werden kann. Mit Anzeigen wie beispielsweise «Wegen Futtermangel verkaufe ich sofort zwei gute Milchkühe» (siehe

Noch zu Nr. 47

Krieg dürften aber keine Landkarten gebracht und die Abtrennung der Niederlande nicht erwähnt werden (Vertrauliche Informationen vom 13., 17. und 24. 1. 1940). – 2. Jacques Bainville (1879-1936) gehörte zur faschistischen Action Française; in mehreren Werken hatte er Bismarck und das deutsch- französische Verhältnis behandelt. – 3. Zu den Themen, die von der Presse auf Grund der «Vertraulichen Informationen» im Februar berücksichtigt werden mussten, gehörten «Plutokratie» und erneut «Westfälischer Frieden». – 4. Vom Auswärtigen Amt wurden 1939 zwei Weissbücher veröffentlicht: am 7. September «Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise», am 12. Dezember «Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges» mit 482 Aktenstücken, die die Schuld Englands am Kriege beweisen sollten (Wiedergabe des Inhalts: Das Archiv. Dezember 1939. S. 1'137-1'159). –

Zeitung «Oberschlesischer Wanderer» vom 23. 1. 1940) werde der feindlichen Propaganda wirksames Material in die Hand gespielt.<sup>5</sup>

2. Das Interesse der Bevölkerung an den politischen Ereignissen kommt in einer starken Nachfrage nach den neuerscheinenden politischen Büchern und Schriftenreihen über das Gegenwartsgeschehen zum Ausdruck. Dabei wird bedauert, dass in Presse und Rundfunk Ankündigungen, Besprechungen und empfehlende Hinweise auf Bücher erfolgen, die in den Buchhandlungen noch nicht bekannt oder zumindest noch nicht erhältlich sind. So seien beispielsweise in letzter Zeit das Archivwerk «Deutschland im Kampf» und die England-Schriftenreihe des Zentralverlages der NSDAP viel gefragt worden. Ausserdem besteht in Hörerkreisen der Wunsch, dass bei Besprechungen, die im Rahmen der Sendung «Aus dem Zeitgeschehen» erfolgen, Verlags- und Preisangaben der empfohlenen Bücher gemacht werden.

3. In der letzten Zeit wurden an verschiedene Privatpersonen Werbesprospekte für okkultistische Schriften und Broschüren versandt. In fast allen Fällen stammen diese Prospekte von altreichsdeutschen Verlagen (z.B. Buchversand K., Dresden A 21). Die Werbeschriften sind geschickt aufgemacht und vor allem auf die ländliche Bevölkerung und auf Arbeiterkreise abgestimmt.

7. Februar 1940 (Nr. 50, Auszug)

#### IV. Verwaltung und Recht

##### **Die Entwicklung des Strafrechts im Kriege.**

(Zusammenfassung der seit Kriegsbeginn eingegangenen Meldungen.)<sup>1</sup>

1. *Die Anpassung der Strafgesetze.* Die Anpassung der Strafgesetze an die besonderen Erfordernisse der Kriegszeit ist nach den vorliegenden Meldungen mit der Aufstellung neuer Tatbestände und mit der Verschärfung der Strafdrohungen einer grossen Zahl schon bestehender Strafgesetze stimmungsmässig wie in der sachlichen Wertung durch die Bevölkerung und von Seiten des Berufsstandes der Rechtswahrer im Allgemeinen

Noch zu Nr. 47

4. Daraufhin wurden durch die «Vertrauliche Information» Nr. 28/40 schon am 2. Februar derartige Anzeigen sofort untersagt.

Zu Nr. 50

1. Die Berichte hatten bisher u.a. die Anwendung der Volkssdiadlingsverordnung, das Verfahren vor den Sondergerichten, Vereinfachungsmöglichkeiten in der Justiz, die Rechtsprechung gegen Plünderer behandelt. –

günstig aufgenommen worden. Dies gilt auch für die Fassung der Straftatbestände, die wie z.B. bei dem Begriff des Volksschädlings in der VolksschädlingsVO oder in der KriegswirtschaftsVO nach Ansicht der Bevölkerung eine lebensnahe Anschauung der Verbrechertypen zugrunde lege. Kritik am Aufbau der Strafmassnahmen im Ganzen werde nur von einem kleineren Teil der Rechtswahrer insoweit geübt, dass die Fülle der einzelnen Verordnungen – RundfunkVO<sup>2</sup>, VolksschädlingsVO mit zwei DurchführungsVO<sup>3</sup>, KriegswirtschaftsVO<sup>4</sup>, GewaltverbrecherVO<sup>5</sup>, VO zum Schutze der deutschen Wehrkraft<sup>6</sup>, VO gegen jugendliche Schwerverbrecher<sup>7</sup> – eine systematische Anordnung und den Einbau in ein geschlossenes System nicht erkennen lassen würde. Trotzdem seien wie beim § 4 der GewaltverbrecherVO mit seiner Anerkennung des Willensstrafrechtes grundsätzliche Anschauungen des neuen Strafrechts zum Ausdruck gekommen und beanspruchten entgegen ihrer Unterbringung in einer VO mit beschränktem Anwendungskreis Gültigkeit für das Gesamtgebiet des Strafrechtes. Zahlreicher werde jedoch, wie in den Meldungen zum Ausdruck kommt, die Meinung vertreten, dass die Praxis eben in Kauf nehmen müsse, zunächst sowohl mit dem «Notbehelf rechtsähnlicher Tatbestände» (Analogiebestimmung) zu arbeiten, als auch sich der Unbequemlichkeit zahlreicher strafrechtlicher Einzelbestimmungen ausgesetzt zu wissen.

Der Wegfall der notwendigen Strafmilderung für Versuch und Beihilfe und die Gleichstellung dieser Begehungsformen des Verbrechens mit der vollendeten Tat (§ 4 Gewaltverbrechen) wird durchweg begrüßt. Besonders geschieht dies in der Ostmark, die darin eine Anerkennung der dort schon lange entwickelten Rechtsgedanken<sup>8</sup> sieht. Es wird aber öfter zum Ausdruck gebracht, dass die vorgesehene Möglichkeit der schärferen Bestrafung von Versuch und Beihilfe doch nur auf die im Kriege unumgänglich strengere Bewertung gemeinschaftswidrigen Verhaltens hinziele und vielleicht keine endgültige und dauernde Planung des Gesetzgebers zeige.

Noch zu Nr. 50

2. Vgl. Anm. 8 zu Nr. 1. – 3. Vgl. Anm. 5 zu Nr. 6; die Durchführungsverordnungen vom 7. September 1939 (RGBl. I S. 1'700) und vom 27. September 1939 (RGBl. I S. 1'987) regelten die Zuständigkeit für die Anordnung des Vollzugs der Todesstrafe durch Erhängen sowie ihre Anwendung im Protektorat Böhmen und Mähren und schlossen ihre Anwendung bei Antragsdelikten aus. – 4. Vom 4. September 1939 (RGBl. I S. 1'609); Abschnitt I bedrohte jeden, der böswillig die Dekkung des lebenswichtigen Bedarfs der Bevölkerung gefährdete, mit Zuchthaus oder Gefängnis und in schweren Fällen mit der Todesstrafe. – 5. Vgl. oben Anm. 7 zu Nr. 6. – 6. Vom 25. November 1939 (RGBl. I S. 2'319), sie stellte Wehrmittelbeschädigung, Störung eines wichtigen Betriebes, Teilnahme an wehrfeindlichen Verbindungen, verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen und Gefährdung der Wehrmacht befreundeter Staaten unter hohe Strafen. – 7. Vom 4. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2'000); danach konnten Jugendliche unter 16 Jahren nach dem Strafrecht für Erwachsene bestraft und damit auch zum Tode verurteilt werden. – 8. Nach Meinung österreichischer Juristen, die in Nr. 28 wiedergegeben war, war das alte österreichische Strafrecht kompromissloser und schärfer als das «mit den Schwächen der liberalistischen Zeit behaftete» deutsche. –

2. *Die Rechtsprechung der Gerichte.* Über die Rechtsprechung der Gerichte und die Arbeit der Staatsanwaltschaften wird im Allgemeinen in der Bevölkerung in zustimmendem Sinne gesprochen. Die Bevölkerung sieht in der Veröffentlichung zahlreicher Urteile mit harten Strafen in der Presse die Tatsache, dass die Gerichte die zur Aburteilung gelangenden Verbrechen und Vergehen im Kriege besonders streng beurteilen und mit entsprechender Härte durchgreifen. Diese Härte gegenüber Verbrechern, die den Krieg für ihre Handlungen ausnutzen, finde ausserordentliche Zustimmung. Dies ist auch der Grund, warum gelegentlich, vor allem zu Beginn des Krieges, vorkommende milde Urteile in der Bevölkerung kein Verständnis fanden, da diese einen starken Schutzwall gegen das Verbrechen, besonders im Kriege, aufgerichtet zu sehen wünscht.

Einzelne Gerichte und Staatsanwaltschaften haben nach Äusserungen von Fachjuristen von sich aus jedoch nur zögernd die harten Bestimmungen der Kriegsgesetze zur Anwendung gebracht, vor allem in denjenigen Fällen, in denen ihnen nicht zwingend die Anwendung vorgeschrieben war. So z.B. wurde der § 4 der VolksschädlingsVO (Ausnutzung des Kriegszustandes als Strafschärfungsgrund für alle Straftaten) nur zögernd zur Anwendung gebracht, weshalb einzelne während der Verdunkelung begangene tätliche Beleidigungen und Verletzungen der Frauenehre nur auf die Anwendbarkeit des § 2 der VolksschädlingsVO (Verbrechen bei Fliegergefahr) geprüft wurden, der nach der DurchführungsVO vom 7. 9. 1939 Antragsdelikte ausschliesst.

Wie notwendig eine weite Auslegung des § 4 der VolksschädlingsVO ist, zeigt ein derzeit anhängiges Verfahren, in dem ein Jude unter Anklage steht, der die deutschblütige Mutter eines von ihm erzeugten Kindes zu überreden versuchte, einen im Felde gefallenen Soldaten als Vater ihres Kindes anzugeben. Die Rassenschande als die eigentlich strafbare Handlung ist nun zweifellos nicht unter Ausnutzung des Kriegszustandes verübt worden, so dass für die Rassenschande nur die verhältnismässig geringe Freiheitsstrafe des Blutschutzgesetzes<sup>9</sup> zur Anwendung kommen konnte. Da es sich jedoch bei der jetzigen Tat des Juden um eine besonders verwerfliche Handlung unter Ausnutzung des Kriegszustandes im Anschluss an ein Verbrechen handelt, so muss nach Ansicht von verschiedenen mit dem Fall befassten Rechtswahrern zu einer gerechten Sühnung zur Strafdrohung des § 4 der VolksschädlingsVO gegriffen werden, die in ihrem Strafrahmen von Zuchthaus bis zur Todesstrafe reicht.<sup>10</sup>

Noch zu Nr. jo

9. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1\*146), eines der Nürnberger Rassengesetze, sah für Männer bei Vergehen gegen das Verbot des ausserhehlichen Verkehrs zwischen Juden und Deutschen Gefängnis- oder Zuchthausstrafe vor. – 10. Im Jahre 1942 wurde in der Tat ein Jude vom Sondergericht Nürnberg wegen Rassen-



Besondere Beachtung findet in der Bevölkerung selbst die Rechtsprechung zu der VO über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen. Die Urteile werden viel besprochen und hohe Zuchthausstrafen als gerecht angesehen.<sup>11</sup>

Der verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen (besonders der Geschlechtsverkehr) nach der Wehrkraft-Schutzverordnung ist, obwohl bisher nur die rassenbiologisch begründeten Strafbestimmungen des Blutschutzgesetzes ein Verbot des Geschlechtsverkehrs über die Tatbestände des Strafgesetzbuches hinaus kannten, doch sofort in der Anschauung weiter Kreise als selbstverständlich strafwürdiges Verhalten von schwerwiegender Bedeutung gewertet worden.<sup>12</sup> Die ergangenen Urteile wurden in der Strafhöhe als durchaus gerechtfertigt empfunden.

Schliesslich hat auch die VO gegen jugendliche Schwerverbrecher zustimmenden Wiederhall gefunden. Die geistige und sittliche Entwicklung der kurz vor der Strafmündigkeitsgrenze (18 Jahre) stehenden jugendlichen Kriminellen wurde auch bisher weitgehendst so angesehen, dass ein wesentlicher Unterschied der Altersklassen nicht anerkannt worden war. Bei der Bevölkerung wie im Berufsstand wird daher vielfach die Meinung gehört, dass die Gleichstellung der jugendlichen Schwerverbrecher mit Erwachsenen durchaus gerechtfertigt sei.

9. Februar 1940 (Nr. 51, Auszug)

### III. Kulturelle Gebiete

#### **Zunehmender polnischer Sprachgebrauch in Oberschlesien und Ostpreussen**

In der Bevölkerung Oberschlesiens herrscht Erregung darüber, dass in diesem Gebiet noch immer ohne Beschränkung polnisch gesprochen werden darf. Die Bevölkerung hatte erwartet, dass der Gebrauch der polnischen Sprache zumindest in dem bisherigen Oberschlesien weitgehenden Einschränkungen unterworfen würde.

Noch zu Nr. 50

schände nach § 4 der Volksschädlingsverordnung zum Tode verurteilt (Abdruck des Urteils bei Staff, Justiz im 3. Reich. 1964. S. 194 ff.). – 11. In Nr. 39 der Meldungen war am 12. Januar allerdings berichtet worden, die Urteile würden in der Bevölkerung noch als milde angesehen, z.B. die Bestrafung eines Angeklagten, der wochenlang ausländische Sender abgehört und die Nachrichten verbreitet hatte, zu ‚nur 2 Jahren Zuchthaus‘. – 12. Es wurden hohe Zuchthausstrafen verhängt, doch wirkten sie, wie die Meldungen Nr. 44 vom 24. Januar festgestellt hatten, wenig abschreckend; kurz nach der Bestrafung einer Frau im Kreis Neidenburg zu 6 Jahren Zuchthaus wegen wiederholten Geschlechtsverkehrs mit einem polnischen Kriegsgefangenen habe eine andere ira Nachbarkreis Osterode (Ostpr.) wegen desselben Delikts verhaftet werden müssen.

Besondere Verstimmung rief die Tatsache hervor, dass Urlauber und Angehörige des Reichsarbeitsdienstes selbst in Uniform polnisch sprechen. Im oberschlesischen Industriegebiet (Gleiwitz/Oberschl.) wurde wiederholt beobachtet, dass Weltkriegsteilnehmer an die Betroffenen herantraten und sich den Gebrauch der polnischen Sprache verbat. Desgleichen wurde festgestellt, dass Frauen, die vom Winterhilfswerk betreut werden, hartnäckig ihre Einkäufe in polnischer Sprache tätigen, obwohl ihnen die Verkäuferinnen nur deutsch antworten. Da auch in Oppeln/Oberschl. ähnliche Beobachtungen gemacht wurden, beschloss die DAF, von sich aus eine Aufklärungsaktion durchzuführen, die sich besonders an Handel und Handwerk wenden soll. Den Geschäftsinhabern und deren Angestellten soll es eindringlich zur besonderen Pflicht gemacht werden, ausschliesslich die deutsche Sprache zu gebrauchen.

In oberschlesischen Erzieherkreisen wird die Ansicht vertreten, dass durch den freien Gebrauch der wasserpolnischen Sprache das Leistungsniveau der Schülerschaft herabgedrückt wird. Die Schuljugend, insbesondere auch auf dem flachen Land, bedient sich ausserhalb der Schule vielfach der wasserpolnischen Sprache<sup>1</sup>, weil diese auch zu Hause in der Familie gesprochen wird. Bemerkenswert ist dabei, dass es vorwiegend junge Mädchen und Frauen sind, die das Wasserpolnisch sprechen und somit nach Ansicht der Erzieherkreise ihren ersten erzieherischen Einfluss auf ihre Kinder bzw. Geschwister geltend machen. Auch in Oppeln spricht vielfach die in Autobussen über Land fahrende Bevölkerung polnisch. Von den Autobusschaffnern wurde bisher hiergegen nicht eingeschritten. Ein weiterer Übelstand liegt darin, dass im Industriegebiet unter Tage fast ausschliesslich wasserpolnisch gesprochen wird. Selbst die Steiger sprechen polnisch. Der Gebrauch der polnischen Sprache führt auch des Öfteren zu erregten Szenen auf Wochenmärkten usw., die sogar in Einzelfällen in Gewalttätigkeiten ausarteten.

In diesem Zusammenhang wird auch aus dem Reg.-Bez. Allenstein berichtet, dass der masurische Sprachgebrauch<sup>2</sup> weiter zunimmt.

Im Hultschiner Ländchen, Kreis Ratibor/Oberschl., werden in Bezug auf tschechisch-mährische Sprache dieselben Klagen laut.<sup>3</sup>

Zu Nr. 51

1. Das Wasserpolnische war ein mit deutschen Wörtern durchsetzter slawischer Dialekt. – 2. Bei der Volkszählung von 1925 hatten noch 41'375 Personen das Masurische, eine dem Polnischen verwandte slawische Mundart, als Muttersprache angegeben. – 3. Das Hultschiner Ländchen hatte von 1919 bis 1938 zur Tschechoslowakei gehört.

14. Februar 1940 (Nr. 53, Auszug)

## III. Kulturelle Gebiete

**Stimmen zu laufenden Filmen<sup>1</sup>**

Der Film «Feldzug in Polen»<sup>2</sup> findet nach zahlreichen Meldungen aus der Reichshauptstadt das stärkste Interesse der Bevölkerung. Die Vorstellungen sind zum grössten Teil bis auf den letzten Platz ausverkauft, und zahlreiche Besucher müssen wegen der Überfüllung zurückgewiesen werden. In fast allen Lichtspielhäusern kam es bei den besonders eindringlichen Szenen zu spontanen Beifallskundgebungen. Eifrige Filmbesucher, die während des Polenfeldzuges keine Wochenschau versäumten, bemerken zwar, ohne dass dies eine Kritik sein soll, dass der Film eine geschickte Zusammenstellung des Wochenschaumaterials darstelle; diejenigen aber, die nicht alle Wochenschauen kannten, bringen zum Ausdruck, dass dieser Film für sie seit Kriegsbeginn das stärkste Filmserlebnis gewesen sei. Für die verschiedenartige Erlebnisweise der Kriegssituation ist es kennzeichnend, dass es am Ende der Vorstellung mehrfach zu Debatten in der Richtung kommt, dass es die einen als richtig empfinden, den Film in ernster Haltung entgegenzunehmen, dass andere darüber empört sind, dass nicht das ganze Haus sich in spontanen Beifallskundgebungen zusammenfinde. Dafür ein Beispiel: In einer Zwiesprache erregte sich eine Frau über die Tatsache, dass immer nur ein kleiner Teil des Publikums seinen Beifall bezeugt habe. Der sie begleitende Mann erwiderte: «Dafür ist die Sache zu ernst, wir brauchen keinen Hurra-Patriotismus!» Die Frau entgegnete ziemlich heftig: «Das ist egal, Sieg ist Sieg!»

Der Film «Mutterliebe»<sup>3</sup> bildet, Meldungen aus allen Teilen des Reiches zufolge, ein weitverbreitetes Gesprächsthema der Bevölkerung. Die Stimmen lassen sich auf keinen einheitlichen Nenner bringen. Neben den zahlreichen Zustimmungen werden Stimmen der Kritik vor allem in folgender Richtung laut: Es handele sich bei der dargestellten Familie um keinen Normalfall deutschen Familienlebens, sondern um eine Familie mit fast schwererziehbaren Kindern, deren Schicksal offenbar aus dramatischen

Zu Nr. 53

1. Über die Aufnahme neuer Filme wurde regelmässig berichtet, ausserdem wurden Sonderberichte über die Wirkung von einzelnen bedeutenden Filmen erstattet; sie liegen vor für «Bismarck», «Friedrich Schiller», «Feuertaufe», «Ich klage an» (siehe unten S. 207 ff.), «Der ewige Jude», «Ohm Krüger», «Der Postmeister», «Sieg im Westen», «Wunschkonzert». – 2. Der Film war aus Aufnahmen der Propagandakompanien zusammengestellt und suchte neben der Darstellung der militärischen Ereignisse die Kriegsschuld der Gegner zu beweisen. Über seine Aufnahme ausserhalb Berlins wurde am 6. März (Nr. 62) festgestellt, sie sei besonders in Grenzgebieten, in Westpreussen und Posen und überall auf dem Land sehr gut gewesen, während in Grossstädten kritisiert werde, dass er nur Wochenschauaufnahmen verbunden habe. – 3. Ein Film von Gustav

Rücksichten in dieser Weise konstruiert wurde. Diesem Tatbestand gegenüber argumentieren Mütter, dass solchen Kindern gegenüber mit wesentlich strengeren Erziehungsmethoden vorgegangen werden müsse; argumentieren Mädchen und BdM-Kreise, dass hier das Schicksal der deutschen Mutter mit zu tragischer Schwermütigkeit belastet würde; argumentieren Nationalsozialisten, die sich ein stark ausgeprägtes Rassebewusstsein zu eigen machten, dass eine so starke Verschiedenheit einzelner Kinder und ihrer Entwicklungen innerhalb einer Familie nicht biologisch, sondern allenfalls dramatisch-literarisch möglich sei.

Aus Hamburg wird gemeldet, dass in Programmen der Vorstadtkinos die grosse Zahl alter und neuer ausländischer Filme auffalle und nicht die Zustimmung der Bevölkerung finde. Insbesondere wird daran Kritik geübt, dass die in Amerika als Deutschenhetzerin bekannte Jeanette Mac Donald in den gegenwärtig gezeigten amerikanischen Filmen auftrete.

Aus Reichenberg wird mitgeteilt, dass der dort aufgeführte Film «Im Trommelfeuer der Westfront»<sup>4</sup> deswegen auf Ablehnung stiess, weil er einerseits nur Schrecknis, Tod und Verderben des Krieges ohne eine tiefere Sinngebung behandle und Licht und Schatten völlig gleichmässig, ja fast zugunsten der Feindseite, verteile. Die deutschen Soldaten würden darin als alte, bärtige, ausgemergelte und erschöpfte Gestalten auftreten.

Aus den neuen Ostgauen wird gemeldet, dass die dortigen Deutschen es begrüessen würden, wenn die Einrichtung von Lichtspieltheatern mit stärkerer Beschleunigung durchgeführt werden könnte. Hohensalza habe beispielsweise überhaupt kein festes Lichtspielhaus. Auch aus der Ostmark laufen Meldungen ein, dass z. Z. die bestehenden Bedürfnisse nach Filmvorführungen nicht überall befriedigt werden könnten. So seien beispielsweise in Graz die fünf Kinos der Stadt oft schon tagelang vorher ausverkauft.

Noch zu Nr. 53.

Uicky mit dem Prädikat «staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvolle; Käthe Dorsch spielte darin eine Witwe, die ihre vier Kinder unter materiellen Schwierigkeiten aufzieht. – 4. Kriegs-Dokumentarfilm über den Ersten Weltkrieg, der 1935 unter Verwendung authentischer Aufnahmen hergestellt und als «staatspolitisch wertvoll, volksbildend» eingestuft worden war (Bauer, Deutscher Spielfilm-Almanach 1929-1950. S. 334).

16. Februar 1940 (Nr. 54, Auszug)

## V. Wirtschaft

**Anhaltende Produktionsbeschränkung in der Industrie**

Gegenüber den aus früheren Meldungen über Betriebsstillegungen<sup>1</sup> erkennbaren Auswirkungen der Transporthemmnisse muss den Nachrichten aus allen Reichsgebieten zufolge festgestellt werden, dass eine wesentliche Lageverbesserung bisher noch nicht verzeichnet werden kann. Neben der unzureichenden Kohlenversorgung, die alle Industriezweige am härtesten getroffen hat, hat der ungenügende Abtransport anderer notwendiger Rohstoffe Betriebsstockungen zur Folge gehabt (z.B. Schliessung von Giessereien infolge Ausbleibens von Formsandlieferungen, dadurch Stokungen im vordringlichen Lokomotivenbau usw.). Die mehr oder minder grosse Entfernung vom Versorgungsgebiet war für eine Mangellage in bestimmten Rohmaterialien nicht immer ausschlaggebend. So haben den Meldungen zufolge in letzter Zeit in Thüringen, in einem Gebiet, das einem Kohlenrevier benachbart ist, allein von 239 grösseren Unternehmen (je über hundert Gefolgschaftsmitglieder) 107 Betriebe (darunter ein Drittel W-Betriebe) in der Hauptsache wegen Kohlenmangel stillgelegt. Ähnliche Verhältnisse bestehen, nach zahlreichen Einzelmeldungen zu schliessen, in allen Reichsgauen, wo naturgemäss Schwankungen der Beschäftigungslage täglich nach oben und unten gegeben sind. Wenn einzelne Werke bevorzugt angeliefert bekamen, hatten wieder andere ihre Vorräte soweit aufgebraucht, dass eine bisher vermiedene Betriebsbeschränkung nun dort notwendig wurde. Die für mehrere Betriebe eines engeren Umkreises eingelegten Kohlensonderzüge sind oft sehr verkleinert angekommen; ferner konnten die von Betriebsstätten zur Versorgung der Bevölkerung vordringlich abgegebenen Mengen meist nicht rechtzeitig und nicht ausreichend ersetzt werden. Auf welche Art die bereits auf den Weg gebrachten Kohlen ihren Bestimmungsort verfehlten, zeigt als Beispiel die Einzelmeldung eines grossen Werkes in Thüringen, das einen grossen Teil der Kohlensendungen aus Schlesien erhält. Der Bürgermeister der Stadt Glogau teilte der Firma auf einer Postkarte, deren Druck auf Vervielfältigung mit gleichem Wortlaut schliessen lässt, folgendes mit: «Infolge Heisslaufens der Achsen konnte der für Sie bestimmte Waggon Kohle Nr ... nicht weitergeleitet werden und gelangte hier zur Ausladung.»

Zu Nr. J4

1. In den Meldungen vom 8. Januar (Nr. 37) waren als stillgelegt oder von unmittelbarer Stilllegung bedroht genannt worden: Ziegeleien in Mitteldeutschland, Zigarrenfabriken bei Erfurt, zwei Kaliwerke, Brauereien, Sprengstoffabriken, eine Eisenhütte in Thale.

23. Februar 1940 (Nr. 57, Auszug)

### III. Kulturelle Gebiete

#### **Aufnahme der Berichterstattung über die deutschen Erfolge in der Seekriegsführung**

Nach Meldungen aus Stuttgart, Allenstein, Weimar, Breslau, Chemnitz und Hamburg haben die laufenden Veröffentlichungen von Verlusten der feindlichen Handelsschiffahrt<sup>1</sup> in einzelnen Kreisen die Bevölkerung dazu angeregt, Vergleiche mit den deutschen Erfolgen in der Seekriegsführung des Weltkrieges in den Jahren 1916 bis 1918 zu ziehen. Zum Vergleich wird beispielsweise das Buch «Zeebrügge» von K. Barth herangezogen, in dem auf Seite 32 gesagt werde, dass von April bis Juni 1917 2,2 Millionen und im darauffolgenden Vierteljahr weitere 1,5 Millionen Schiffstonnage versenkt wurden. Die Schlussfolgerungen, die daran geknüpft werden, gehen in der Richtung, dass im Weltkrieg ebensoviel, ja mehr feindliche Schiffstonnage vernichtet wurde und dadurch doch keine Niederlage Englands herbeigeführt worden sei. Es wird in diesen Bevölkerungskreisen schliesslich die pressepropagandistische Auswertung der gegenwärtigen Erfolge als eine Überbewertung gekennzeichnet.<sup>2</sup>

Im gleichen Umfang werden Erörterungen darüber angestellt, inwieweit die Feindstaaten, insbesondere England, in der Lage seien, die entstandenen Verluste durch Neubauten und Schiffskäufe wieder aufzufüllen. Aus Stuttgart wird gemeldet, dass in diesem Zusammenhang ein Leitartikel der «Württembergische Zeitung» vom 9. 2. 1940, in dem mitgeteilt wurde, dass Norwegen in diesen Tagen 1,5 Millionen Brutto-Register-Tonnen Tankschiffsraum in englische Konterbande habe übergehen lassen, dahingehend besprochen wird, dass England offenbar die Möglichkeit habe, seine Schiffsverluste durch Schiffskäufe völlig auszugleichen.

Besonders begrüsst werden von der Bevölkerung statistische Gesamtzusammenstellungen, die in einer anschaulichen Form die Grösse der englischen und der alliierten Verluste im Vergleich zu den deutschen Gesamtverlusten sichtbar machen. Aus Innsbruck wird in diesem Zusammenhang berichtet, dass unter der dortigen Landbevölkerung die Rundfunkmit-

Zu Nr. 57

1. Der Wehrmachtbericht vom 8. Februar hatte die Verluste der feindlichen und neutralen Handelsschiffahrt durch Massnahmen der Kriegsmarine von Kriegsbeginn bis Ende Januar mit 409 Schiffen mit 1'493'431 Bruttoregistertonnen angegeben; weitere Erfolge, auch der Luftwaffe, waren am 10., 11., 15., 18. und 21. Februar gemeldet worden. – 2. Die Vertraulichen Informationen für die Presse hatten die Behandlung der Erfolge im Seekrieg schon am 8. Februar sehr detailliert geregelt und die in den Kommentaren zu verwertenden Gedankengänge genau angegeben. –

teilung, dass die italienische Zeitung «Tevere» in einem Artikel die Versenkung von stündlich 1'000 Tonnen feindlichen Schiffsraums durch Deutschland festgestellt habe, als besonders anschaulich empfunden wurde.

### Ablehnung der Werbemethoden der NS-Presse in Süddeutschland

Aus München wird gemeldet, dass die Methoden der gegenwärtigen Werbeaktion für die NS-Presse von der Bevölkerung des Gaues ausgesprochen unfreundlich aufgenommen wurden. Die von Seiten der Ortsgruppen an jeden Volksgenossen gerichtete Aufforderung, einen Fragebogen auszufüllen, in dem er anzugeben hat, ob er Parteigenosse und Leser des «Völkischen Beobachters» ist, stiess auf heftige Ablehnung. Bei den Volksgenossen entstand zum Teil der Eindruck, als ob die politische Führung wünsche, dass allein noch der VB gelesen und andere Zeitungen abbestellt werden sollen.<sup>3</sup> Die grosszügige Verwendung von Werbeblättern, mit denen fast jeder Haushalt bedacht wurde, ist mit dem Hinweis beanstandet worden, dass diese Methode kaum mit den gegenwärtigen Anweisungen zur Papierersparnis in Einklang zu bringen sei. Im Kreis Miesbach versuchten die Werber, den Meldungen zufolge, die Bürgermeister zum Bezug einer nach Kopfzahl der Einwohner bestimmten Menge von NS-Zeitungen beinahe zu zwingen. An den Werbeformularen wurde von Parteigenossen und Nichtparteigenossen in gleicher Weise beanstandet, dass die höchsten Wertbegriffe und Ideale der nationalsozialistischen Weltanschauung als Mittel für wirtschaftliche Werbemethoden verwendet wurden. Ein solches Werbeexemplar endet beispielsweise mit den Worten:

Sollte Dir aber das Opfer zu «gross» erscheinen (etwa, weil Du «sowieso schon so viel tust», oder weil Du es vorziehst, etwa Deine Zeitung auf Staatskosten im Büro zu lesen), so erinnere Dich an das Wort des Führers:

«Vergiss nie, dass die Freiheit eines Volkes das höchste Gut auf dieser Erde ist, dass es ohne diese kein Leben gibt und dass ihr Verlust nicht durch Reden, aber auch nicht allein durch Arbeit, sondern nur durch opfervollen Kampf wiedergutmacht werden kann.»

Diese Werbeform wurde als eine würdelose Entwertung höchster Führerworte abgelehnt.

Noch zu Nr. 57

3. Ähnliche Klagen wurden am 18. März aus den eingegliederten Ostgebieten, besonders Oberschlesien, aus Tirol und Heilbronn gemeldet.

28. Februar 1940 (Nr. 59, Auszug)

### III. Kulturelle Gebiete

#### Auswirkungen der Berichterstattung über den «Altmark»-Fall in Presse und Rundfunk

Nach Meldungen aus allen Reichsteilen wurde die Art der Berichterstattung über den «Altmark»-Fall ausserordentlich begrüsst.<sup>1</sup> Es wurde vor allem die Schnelligkeit der Berichterstattung und das ergänzende Zusammenspiel zwischen offiziellen Pressemeldungen, Augenzeugenberichten, Bildfolgen in den Zeitungen und Rundfunkreportagen ehrlich anerkannt. Überall wuchs die Stimmung in der Bevölkerung innerhalb von 48 Stunden so an, dass allgemein eine deutsche militärische Aktion erwartet wurde. Man erinnerte sich einerseits an die Beschiessung des Hafens von Almeria im Spanienkrieg<sup>2</sup> und dachte andererseits, dass damit das Stichwort für die Frühjahrsoffensive gegeben sei. Als diese Geschehnisse ausblieben, die Berichterstattung aber trotzdem weiterlief, zeigten sich sehr schnell nach Meldungen aus der Pfalz, Pommern, Thüringen, Braunschweig, dem Rheinland, Sachsen, Schlesien, dem Sudetengebiet, Lüneburg und Baden ausgesprochene Ermüdungserscheinungen, die zum Teil in eine Kritik an der Berichterstattung übergingen. Diese Kritik wurde praktisch wieder aufgefangen durch die Führer-Rede<sup>3</sup> und man hörte mehr und mehr Überlegungen wie: «Der Führer wird schon wissen, wann und wo er loslegt.»

#### Verkitschung von Feldpostkarten

Verschiedene Meldungen besagen, dass ausgesprochen kitschige Feldpostkarten in verstärktem Umfang in den Handel gebracht werden. So werden beispielsweise als Feldpostkarten die Fotografien bekannter Filmdarsteller und sogenannte «Soldatenliebepostkarten» in Umlauf ge-

Zu Nr. 59

1. Nachdem die britische Regierung am 6. Januar erklärt hatte, sie würde den deutschen Schiffsverkehr in norwegischen und schwedischen Hoheitsgewässern unterbinden, war am 16. Februar das Versorgungsschiff «Altmark» im Jössingfjord von einem britischen Zerstörer gekapert worden, wobei mehrere Besatzungsmitglieder getötet worden waren. Der Vorfall bestärkte Hitler in seiner Entscheidung, Norwegen zu besetzen; die Vorbereitungen hatten im Dezember begonnen, am 2t. Februar erging die Weisung für die operativen Massnahmen (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 65; vgl. Knackstedt in: Wehrwissenschaftliche Rundschau. 9. 1959. S. 391-411, 466-486). In der Presse musste die englische Völkerrechtsverletzung «unter grösster Aufmachung» behandelt werden (Vertrauliche Informationen vom 17. bis 19. Februar). – 2. Zur Vergeltung für einen Angriff republikanischer Flugzeuge auf das Panzerschiff «Deutschland» hatten deutsche Seestreitkräfte am 31. Mai 1937 den spanischen Hafen Almeria beschossen. – 3. Am 24. Februar in München zum



bracht. Auf diesen schiessen «dauergewellte» Mädchen «schmucken» jungen Soldaten die Pfeile der Liebe ins Herz; eine blumenübersäte Wiese, ein Bootssteg oder eine lauschige Bank im Park bilden den Hintergrund.

Im Operationsgebiet liegt ein gesteigerter Bedarf an Feldpostkarten vor und da das Angebot an guten, aber billigen Karten verhältnismässig gering sei, würde auf diese obengenannten Produkte zurückgegriffen. Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, z.B. Reproduktionen guter, rassisch einwandfreier Mädchen- und Frauenköpfe aus der betreffenden Landschaft, Köpfe aus der deutschen Geschichte, der Führerschaft von Bewegung und Wehrmacht oder aus dem Kunstschaffen der Gegenwart als Feldpostkartenserien auszudrucken.

15. März 1940 (Nr. 66, Auszug)

### I. Allgemeines

Der Besuch des Reichsaussenministers von Ribbentrop beim Papst hat in der Öffentlichkeit starke Überraschung hervorgerufen. Er wird vor allem in katholischen Gegenden auffallend häufig besprochen und hat stellenweise Anlass zu verschiedenen Gerüchten und Kombinationen über den Inhalt der Besprechungen im Vatikan, besonders zu dem Gerücht über eine Friedensvermittlung des Papstes, gegeben. In katholischen Kreisen werden der Papstbesuch des Reichsaussenministers und das Glückwunschtelegramm, welches der Führer dem Papst zur Wiederkehr des Krönungstages schickte, vereinzelt als ein Erfolg des Vatikans angesehen.<sup>1</sup> – Der Abschluss der sowjetrussisch-finnischen Friedensverhandlungen ist in der Allgemeinheit mit grosser Freude begrüsst worden. Aus fast allen vorliegenden Meldungen geht hervor, wie sehr bei den Gesprächen in der Bevölkerung über diesen Friedensschluss die noch immer in der Allgemeinheit vorhandene Sympathie für das finnische Volk zum Ausdruck kommt.<sup>2</sup>

Noch zu Nr. 59

20. Gedenktag der Verkündung des Parteiprogramms, in der Hitler die Politik der Westmächte scharf angegriffen und sein gutes Verhältnis zur Sowjetunion betont hatte (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1464 ff.).

Zu Nr. 66

1. Ribbentrop war am 11. März von Pius XII. zu einem Gespräch über das Verhältnis des Nationalsozialismus zur katholischen Kirche empfangen worden; er hatte erklärt, Hitler halte grundsätzlich eine Einigung für möglich, der Zeitpunkt sei aber noch nicht gekommen (Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie D. Bd. 8. 1961. S. 704 ff.). – 2. In dem am 12. März in Moskau abgeschlossenen Frieden hatte Finnland die karelische Landenge und die Wiborger Bucht sowie andere Gebiete abgetreten und der Sowjetunion einen Flottenstützpunkt und Transitrechte einräumen müssen.

Die aussenpolitische Auswirkung der Beendigung des russisch-finnischen Krieges und die dazu von der deutschen Presse gegebenen Erläuterungen werden von der deutschen Öffentlichkeit gut verstanden. In diesem Zusammenhang werden auch wieder verschiedentlich Friedenshoffnungen geäußert, da man vereinzelt annimmt, der Führer werde grössere militärische Auseinandersetzungen mit den Westmächten letzten Endes doch durch eine diplomatische Aktion verhindern.<sup>3</sup> – Trotz derartiger Friedensgerüchte wird nach wie vor von einem grossen Teil der Bevölkerung der baldige Beginn einer Frühjahrsoffensive als sicher angenommen, und die jetzt fast im ganzen Reich verbreiteten Gerüchte über eine baldige Sperrung des gesamten Personenverkehrs der Reichsbahn werden hiermit in Verbindung gebracht.

Die Rede Reichsleiter Rosenbergs an die deutsche Jugend wurde in der Allgemeinheit verhältnismässig wenig beachtet.<sup>4</sup> In nationalsozialistischen Kreisen ist bedauert worden, dass die Ankündigung der Rede nur in geringem Umfange bekannt wurde. Soweit die Rede gehört worden ist, wurde es begrüsst, dass einmal von der Partei aus zu dem Problem einer Verwilderung der Jugend Stellung genommen wurde.<sup>5</sup>

In der feindlichen Flugblattpropaganda, die sich in den letzten Tagen weiterhin in Nordwest- und Westdeutschland bemerkbar machte<sup>6</sup>, ist ein neues Flugblatt mit folgendem Text aufgetaucht:

#### Warum

Warum gab es schon 1938 Butter- und Eierknappheit?

Warum sinken seit 1934 die Reallöhne?

Warum wurdet Ihr durch die «Hitlersiege» nicht reicher?

Warum musste es zum Krieg kommen?

Weil die herrschende Nazi-Clique seit 7 Jahren den Krieg vorbereitete!

#### Kämpft

Ihr wirklich für die Aufrechterhaltung dieses Systems der Zwangsarbeit für Mann und Frau?

Noch zu Nr. 66

3. Wie am 18. März gemeldet wurde, nahmen derartige Gerüchte in allen Teilen des Reiches noch zu; sie stützten sich u.a. auf die Europa-Reise des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles. Leitartikel über die Notwendigkeit einer militärischen Entscheidung würden wenig beachtet. – 4. Rosenberg, der «Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP», hatte die Leitung der geistigen Betreuung der Jugend im Krieg übernommen und deshalb am n. März im Rundfunk über «Volkskameradschaft» gesprochen. – 5. Die bereits oben Nr. 1 Anm. 9 erwähnte Verwilderung der Jugend hatte ausserdem die Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend vom 9. März (RGBl. I S. 499) veranlasst, die den Aufenthalt im Freien nach Einbruch der Dunkelheit und den Besuch von Gaststätten und Vergnügungsveranstaltungen beschränkte und bei Verstössen Haftstrafen vorsah. – 6. Über die feindliche Flugblattpropaganda, die durch Ballons bis nach Ostdeutschland und Österreich getragen wurde, wurde im ersten Kriegsjahr regelmässig mit Wiedergabe von Beispielen berichtet; sie wurde im Allgemeinen als wenig wirksam bezeichnet.

Für tägliche Hinrichtungen, Entrechtung aller Arbeitenden, die Verelendung des Mittelstandes?

Kämpft Ihr wirklich für den 10-Stunden-Tag, für «freiwillige» Zwangsabgaben und die Allmacht der Gestapo?

Glaubt

Ihr

wirklich das Märchen, dass andere Völker Euch überfallen, vernichten und ausrotten wollen, weil Eure Machthaber von «deutschem Sozialismus» reden. Erst bei Kriegsausbruch hat die NSDAP plötzlich ihr «sozialistisches Herz» entdeckt. Denn jetzt brauchen sie Euch!

England kämpft nicht um das deutsche Volk zu vernichten, sondern gegen ein System der Versklavung und dauernden Friedensbedrohung.

Und wofür kämpft Ihr?

18. März 1940 (Nr. 67, Auszug)

V. Wirtschaft

### **Klagen der Bevölkerung über die Abgabe von Mangelware**

Aus dem gesamten Reichsgebiet liegen Meldungen vor, die besagen, dass in der Bevölkerung grosse Missstimmung über die Schwierigkeiten beim Einkauf bezugscheinfreier Waren besteht. Hierbei handelt es sich vor allem um Nahrungs- und Genussmittel, Gemüse, Obst und Südfrüchte –, die für die tägliche Ernährung genau so wichtig sind, wie die der Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel.

In fast allen Meldungen wird darauf hingewiesen, dass besonders die berufstätigen Frauen, die ihre Einkäufe regelmässig erst in den Abendstunden tätigen können, darüber Klage führen, dass sie ausser den kartenpflichtigen Lebensmitteln keine andere Ware mehr erhalten können. Auch ein grosser Kreis von Hausfrauen, die nicht über genügend Zeit verfügen, um sich zum Teil stundenlang nach irgendwelchen knappen Waren anzustellen, sei davon betroffen. In den Nachrichten heisst es weiter, dass, obwohl der Einzelhandel vielfach dazu übergegangen sei, zum Zwecke einer gerechten Verteilung von Mangelware die Stammkundschaft gegenüber den Laufkunden bevorzugt zu bedienen, sich immer wieder Unzulänglichkeiten nicht nur mit der Kundschaft, sondern sehr oft auch mit den Aufsichtsbehörden ergeben würden. Während in vielen Fällen auch von amtlichen Stellen der Standpunkt gebilligt werde, knappe Waren in erster Linie der Stammkundschaft zuzuteilen, um damit dem Hamster-

Unwesen entgegenzutreten, würde andererseits von manchen Dienststellen die Auffassung vertreten, dass die Geschäftsleute jedem nachfragenden Verbraucher die verlangte Ware zu verkaufen hätten. Diese Einstellung gehe davon aus, dass die Geschäftsleute den Begriff «Stammkunde» sehr oft mit dem sogenannten «besseren oder guten Kunden», der nach der Höhe seiner Einkäufe bewertet wird, gleichsetzen würden. Dieselben Erscheinungen herrschen – nach Meldungen aus Köln, Duisburg, Mülheim, Krefeld und Gelsenkirchen – auf den Grossmärkten. So heisst es z.B. in einer Meldung aus Köln, dass es nach den Äusserungen von Gemüsehändlern gegenwärtig sehr schwer sei, ohne Schmiergelder Gemüse auf dem Kölner Grossmarkt zu erhalten. Für Obst und Südfrüchte (Apfelsinen) müssten Überpreise gezahlt werden, die sich je nach Grösse des Warenpostens richteten. Ausserdem würde von den Einzelhändlern verlangt, dass diese knappe bzw. bewirtschaftete Lebensmittel, wie Butter, Eier und dgl., den Grosshändlern als zusätzliche Gegenleistung für deren Lieferungen anbieten. Die gleichen Erscheinungen sind u.a. auch auf dem Duisburger Grossmarkt beobachtet worden, wo die Grosshändler z.T. gleichfalls ihre Lieferungen davon abhängig machten, ob die Geschäftsleute Geflügel, Butter und Seife mitbringen. Teilweise würden die Waren überhaupt nicht auf den Grossmarkt gelangen, sondern unter der Hand verschoben werden (Einzelfälle wurden durch Eingreifen der örtlichen zuständigen Stellen erledigt).

Auf Grund dieser Auswirkungen wird von der Verbraucherschaft, vor allem aber von den Kreisen, die infolge ihrer Berufstätigkeit an bestimmte Einkaufszeiten gebunden sind, die Forderung erhoben, auch Gemüse, Obst und andere Mangelware in die Bewirtschaftung einzubeziehen, zumindest in der Form, wie es bei der Abgabe von Wild, Geflügel und Fischen gehandhabt wird, dass nämlich von den Einzelhandelskaufleuten entweder Kundenlisten angelegt oder bestimmte Lebensmittelkarten abgestempelt werden. Mit dieser Regelung, die sowohl aus Verbraucher- wie auch aus Einzelhandelskreisen vorgeschlagen wird, könne einerseits eine gerechte Verteilung durchgeführt und andererseits das unnötige Schlangestehen – wie es neuerdings vielfach wieder bei Abgabe von Süsswaren festgestellt werden musste – unterbunden werden. Einer Meldung aus Dortmund zufolge sind dort bereits mit der neuen Bezugsperiode sogenannte Stammkarten für den Einkauf bezugsscheinfreier Waren ausgegeben.

5. April 1940 (Nr. 73, Auszug)

## V. Wirtschaft

**Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung**

Die Versorgung der Bevölkerung, vorwiegend in Industriegebieten und Grossstädten, mit Speisekartoffeln wird nach wie vor als unzureichend bezeichnet.<sup>1</sup> Den Meldungen zufolge vermögen die Zufuhren vielfach nicht den dringendsten täglichen Bedarf zu decken. Der betroffene Teil der Bevölkerung empfinde den Mangel um so drückender, als die Kartoffel bei der herrschenden jahreszeitlichen Gemüseverknappung als unentbehrliches Nahrungsmittel angesehen würde. In der Reichshauptstadt führt der Mangel zu grossen Schlängenbildungen, vor allem vor den Ständen der Wochenmärkte. Aus Wien wird gemeldet, dass in der gesamten Provinz Verknappungserscheinungen festzustellen sind. Die Aufbringung sei innerhalb einer Woche um  $\frac{4}{5}$  gesunken. Die Anlieferungen aus dem Altreichsgebiet erfolgten ausserordentlich schleppend. Ähnlich sei die Lage in Salzburg. In einer Meldung aus Aachen heisst es, dass dort eine einigermassen einheitliche und ausreichende Versorgung nicht mehr durchgeführt werden könne. Es sei z. Z. nicht immer möglich, mehr als ein Pfund je Kopf und Woche der Verbraucherschaft zur Verfügung zu stellen. Leipzig meldet, dass die Versorgung im Ganzen gesehen bisher noch verhältnismässig gut gewesen sei. Verschiedene Geschäfte hätten 5 Tage keine Nachlieferung bekommen. Weiterhin komme hinzu, dass der tägliche Kartoffelbedarf in Leipzig von rd. 1500 Zentnern vor dem Kriege auf rund 5'000 Zentner z. Z. gestiegen sei. Demgegenüber würden die täglichen Zufuhren nur 500-1'000 Zentner betragen.

Zu Nr. 73

1. Am 15. und 31. Januar und am 28. Februar war bereits darüber berichtet worden, u.a. dass in manchen Städten die Wochenrationen auf ca. 2 Pfund je Person gesunken seien. Als Gründe waren die Transportschwierigkeiten, starker Frost, aber auch angeführt worden, dass Kartoffeln im Allgemeinen noch nicht auf Lebensmittelkarten zugeteilt würden, so dass Verbraucher mit eingekellerten Kartoffeln ihren Vorrat durch Zukaufen zu verlängern suchten.

10. April 1940 (Nr. 75, Auszug)

## I. Allgemeines

Die militärische Besetzung Dänemarks und Norwegens hat im ganzen deutschen Volk einen ungeheuren Eindruck gemacht und ausnahmslos begeisterte Zustimmung gefunden.<sup>1</sup> Hierzu hat vor allem das Ausmass und die Schnelligkeit der deutschen Massnahmen beigetragen. Wenn die Bevölkerung auch infolge der fortlaufenden deutschen Veröffentlichungen über die Neutralitätsverletzungen der Westmächte, insbesondere nach dem Altmark-Zwischenfall, Gegenmassnahmen erwartet hatte, so ist doch die Überraschung besonders über den Umfang der Aktion gross.<sup>2</sup> Die Ereignisse wurden überall in Stadt und Land, an den Arbeitsplätzen und auf den Strassen lebhaft besprochen, und mit Spannung erwartete man die Meldungen über den weiteren Verlauf der Ereignisse. Das Vertrauen zur Kriegsführung hat allgemein eine weitere Stärkung erfahren, und die Spannung infolge der Ungewissheit über die weitere Kriegsführung hat sich gelöst. Äusserungen wie: «Der Führer war mal wieder schneller als die Westmächte» sind überall zu hören. Die Massnahmen werden auch als Beweis dafür angesehen, dass die entscheidende Initiative in diesem Kriege ausschliesslich bei Deutschland liegt.

Allgemein beschäftigt man sich mit den Fragen, wie sich Amerika<sup>3</sup> zu den Ereignissen verhalten wird und ob Holland und Belgien<sup>4</sup> nun noch «neutral» bleiben können. Bei der Durchführung der Aktion rief die Tatsache, dass deutsche Truppen auch im nördlichsten Norwegen bei Narvik landeten, ohne dass dies von den Engländern verhindert werden konnte, Verwunderung hervor. Als eines der wichtigsten Ergebnisse der deutschen Massnahmen sieht man vor allem die Verkürzung des Weges nach Scapa Flow an, da man den Satz, Deutschland werde Norwegen nicht zum Ausgangspunkt für kriegerische Aktionen gegen die Westmächte machen, im deutschen Memorandum nach Norwegen kaum beachtete.

Zu Nr. 75

1. Am 9. April hatte die Besetzung Dänemarks und die Landung deutscher Truppen in Norwegen (Narvik, Dronheim, Stavanger, Bergen, Christiansand, Oslo) begonnen; die norwegischen Truppen leisteten Widerstand. Vgl. über die Geschichte des Feldzugs: Hubatsch, Weserübung. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, 1960. – 2. Deutsche Vergeltungsmassnahmen gegen die Verletzung norwegischen und dänischen Hoheitsgebiets durch die englische Flotte waren schon im März von der Bevölkerung auf Grund der anhaltenden Meldungen der Presse darüber erwartet worden, wie die Meldungen vom 31. März festgestellt hatten. – 3. Das Verhältnis zu Amerika beschäftigt die Öffentlichkeit nach den Meldungen vom 5. und 8. April ohnehin; besonders in der älteren Generation wurden Befürchtungen über einen Kriegseintritt der USA geäussert. Die deutsche Presse hatte Ende März auf Anweisung «die kriegstreiberische Tätigkeit der amerikanischen Botschafter in Europa» (Vertrauliche Information Nr. 75/40 vom 30. 3.) behandelt, die aus den vom Auswärtigen Amt veröffentlichten «Polnischen Dokumenten zur Vorgeschichte des Krieges» hervorgehen sollte. – 4. Gerichte, dass bei einer

Durch diese Ereignisse sind alle anderen Fragen in den Hintergrund getreten und die sonst üblichen Debatten über wirtschaftliche Sorgen und Beschränkungen verstummt.

15. April 1940 (Nr. 77, Auszug)

### 1. Allgemeines

Die schweren Kämpfe im Norden halten die Bevölkerung in grösster Spannung<sup>1</sup>, und man ist überzeugt, dass die Engländer nunmehr ihre überlegene Seemacht einsetzen werden, um gleichfalls Truppen in Norwegen zu landen, vertraut aber dabei auf die entscheidende Bedeutung unserer Luftwaffe. Mit grösster Anteilnahme wird jede Meldung über weitere Verstärkungen unserer Truppenverbände in Norwegen und Dänemark verfolgt. Es lässt sich der einhellige Wunsch des gesamten Volkes feststellen, die neuen Positionen im Norden so auszubauen und zu sichern, dass sie für England uneinnehmbar sind. Man glaubt zwar, dass Deutschland infolge der englischen Überlegenheit zur See noch grössere Verluste erleiden wird, man erkennt aber andererseits mehr und mehr in weiten Bevölkerungskreisen die grosse strategische, wirtschaftliche und politische Bedeutung des deutschen Vorgehens.

Neben der gespannten Erwartung über den Ausgang der See-Operationen im Norden, deren Heftigkeit und mehrtägige Dauer aus den Rundfunkmeldungen entnommen wird, stehen an erster Stelle die Erörterungen über die zukünftigen Auswirkungen der deutschen Aktion. Auf militärischem Gebiet sieht man in Norwegen eine vorzügliche Basis für See- und Luftangriffe gegen die englischen Industriegebiete und gegen Scapa Flow.<sup>2</sup> Als wirtschaftliche Auswirkung erhofft man eine fühlbare Schwächung der englischen Lebensmittelversorgung, ohne dass jedoch eine genauere Kenntnis von der wirklichen wirtschaftlichen Struktur und den Handelsbeziehungen zwischen Norwegen und England bisher verbreitet ist. Andererseits glaubt man fest, dass nunmehr die gesamten Fischereierzeugnisse Norwegens und die landwirtschaftlichen Produkte Dänemarks ihren Weg nach Deutschland nehmen werden, und man erwartet in weiten Bevölkerungsschichten dadurch in naher Zeit eine Erhöhung der Fettzutei-

Noch zu Nr. 75

Offensive im Westen Holland und Belgien besetzt werden würden, waren schon im November 1939 (oben Nr. 19) und im Februar (Nr. 49) verzeichnet worden.

Zu Nr. 77

1. Inzwischen waren englische Truppen bei Narvik gelandet, weitere Landungen in Mittelnorwegen folgten in den nächsten Tagen. – 2. Die englische Flottenbasis. –

lung. Auch über die politischen Auswirkungen werden überall lebhaftere Unterhaltungen geführt. Man sieht auf diesem Gebiet den Haupterfolg in dem moralischen Eindruck auf die übrigen neutralen Staaten, insbesondere auch auf Holland, Belgien und den Südosten. Es müsse auch dort – so folgert man – einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, dass England selbst auf dem Meer solchen blitzartigen deutschen Aktionen nicht gewachsen sei.

Die bisher bekanntgegebenen deutschen Verluste vermochten die zurechtstehende und stolze Stimmung nicht zu drücken, obwohl man gerade Verluste von Kriegsschiffen in Anbetracht der geringen Zahl unserer Einheiten als besonders bitter empfindet.<sup>3</sup> Man weist bei dem Verlust der Kreuzer «Karlsruhe» und «Blücher» allgemein darauf hin, dass es nicht England sei, das die Kreuzer versenkt habe, sondern Norwegen, und empfindet die Beschlagnahme nordischer Kriegsschiffe als eine gerechte Sühnemassnahme.

### III. Kulturelle Gebiete

Aufnahme der Nachrichtenübermittlung durch Presse und Rundfunk anlässlich der Besetzung Norwegens und Dänemarks

Aus fast allen Reichsteilen liegen Meldungen vor, die übereinstimmend feststellen, dass der gegenwärtige Grosseinsatz der Nachrichtenmittel in Presse und Rundfunk das Vertrauen der Bevölkerung zu diesen wesentlich gefestigt hat. Der aktuellen und laufenden Unterrichtung durch Presse und Rundfunk ist allgemein Lob gezollt worden, der Nachrichten hunger der Bevölkerung konnte im Ganzen befriedigt werden; sie fühlte sich ausreichend unterrichtet. Die mehrmaligen Wiederholungen der einzelnen Meldungen wurden zwar von Einzelnen mit einiger Enttäuschung, aber doch allgemein mit Verständnis aufgenommen und eingesehen, dass dies mit Rücksicht auf die übrigen Volksgenossen erforderlich sei.

Während die Nachrichtenübermittlung am 9. 4. den Nachrichten hunger in ausreichendem Masse stillte, war nun den Meldungen zufolge am 10. 4. das allgemeine Interesse so wachgerüttelt, dass vielerorts das Radio durchgehend angestellt blieb, dass man auf Sondermeldungen lauerte, sich auf die Zeitungsausgaben stürzte und z.T. mehr an Sondermeldungen, Be-

Noch zu Nr. 77

3. Ausser dem schweren Kreuzer «Blücher» und dem leichten Kreuzer «Karlsruhe» war auch der leichte Kreuzer «Königsberg», ferner 13 Transporter, zwei grosse und ein kleiner Tanker und mehrere Geleitschiffe versenkt worden, vor Narvik gingen 5 Zerstörer verloren (Rüge, Der Seekrieg 1939-1943. 1934. S. 71 f.).



richten und Schilderungen erwartete, als tatsächlich gegeben wurde. Der zusammenfassende Bericht des OKW, der dann am Mittag des 10. April bekanntgegeben wurde, schaffte für viele geäusserte Fragen, insbesondere aber über den Stand der deutschen Operationen in Norwegen, Klarheit, über die, wie aus Sachsen, Tirol und dem Rheinland gemeldet wird, infolge der als spärlich bezeichneten Meldungen Ungewissheit und Besorgnis entstanden war. Die offene und eindeutige Sprache des Wehrmachtsberichtes wurde überall lobend anerkannt. Vor allen Dingen ist die offene Zugabe des Verlustes der beiden deutschen Kreuzer, so sehr auch der Verlust selbst bedauert wurde, als ein Beweis für die unbedingte wahrheitsgetreue Berichterstattung der Wehrmachtberichte hoch gewertet worden und hat bei noch vorhandenen Zweiflern das Vertrauen endgültig hergestellt. Der grösste Teil der Bevölkerung hoffte auf weitere Sondermeldungen und Berichte und liess die Rundfunkempfänger eingeschaltet. Die inzwischen in der Presse veröffentlichten ersten PK-Berichte wurden wegen ihrer schnellen Übermittlung gelobt, zum kleinen Teil in München wegen angeblich zu propagandistischer Färbung etwas kritisiert. Die durch den Rundfunk gesendeten Reportagen fanden noch grösseres Interesse, wobei nach Meldungen aus Schwaben und Württemberg geäussert wurde, dass die Übermittlung von Erlebnisberichten, bei denen einzelne Soldaten an das Mikrophon geholt werden und berichten, den Hörer die Ereignisse noch unmittelbarer empfinden liesse, als die Schilderungen des Rundfunksprechers. Das in der Presse veröffentlichte Kartenmaterial stiess auf besonderes Interesse und war nach mehrfachen Meldungen dringend erforderlich, um der Bevölkerung eine konkrete Anschauung der Grösse der Operationen zu vermitteln.

Nach dem Abflauen des ersten Eindruckes wird jetzt in äusserst starkem Masse der Wunsch nach ausführlichen Erlebnisschilderungen, besonders über die Operationen in Norwegen, über den Untergang der beiden deutschen Kreuzer und über die Durchführung des Nachschubs, laut. Daneben besteht ein gleich starkes Bedürfnis nach Bildberichten.

17. April 1940 (Nr. 78, Auszug)

### 1. Allgemeines

Nachdem die überraschende deutsche Aktion in Dänemark und Norwegen der allgemeinen Stimmung und Zuversicht einen starken Auftrieb gegeben hatte, hat in den letzten beiden Tagen diese hervorragende Stimmung eine gewisse Beeinträchtigung erlitten. Die Ursache liegt einmal in

der zunehmenden Überzeugung, dass Norwegen durch seinen Widerstand und seine Mobilmachungsversuche sowie durch die Haltung seines Königs und der norwegischen Regierung als Feindstaat anzusehen ist und dass die deutsche Wehrmacht schwere Kämpfe im Norden, z.T. gegen einen vielfach überlegenen Gegner zu bestehen hat. Zum anderen liegt die Ursache in einer zunehmenden Ungeduld der Bevölkerung über die als «unklar und zurückhaltend» empfundene Berichterstattung der Lage in Norwegen. Man ist enttäuscht, dass die bisherigen Meldungen weder eine klare Übersicht über die innerpolitische Lage Norwegens, noch über die militärische Lage gestatten.<sup>1</sup>

Als allgemeine Folge machte sich eine Verstärkung der Gerüchtebildung in negativem Sinne bemerkbar. Die Verluste werden, besonders bei Narvik, als sehr hoch angenommen. Ausserdem verbreitete sich das Gerücht, dass die angeblich zu Truppentransporten benutzte «Bremen» sowie die «Gneisenau» und «Scharnhorst» torpediert oder durch Bomben schwer beschädigt worden seien. Vor allem wächst durch die Gerüchte auch die Befürchtung, dass unsere Marine durch die hohen Verluste den norwegischen Stützpunkten auf die Dauer keinen ausreichenden Schutz gewähren könne, man hofft aber, besonders auch im «Fall Narvik», auf einen Ausgleich durch die Luftwaffe.<sup>2</sup>

Trotz dieser stimmungsmässigen Beeinträchtigung ist die Grundhaltung der Bevölkerung zu der skandinavischen Aktion nach wie vor begeistert. Man glaubt allgemein, dass selbst mit schweren Verlusten die Aktion im Norden nicht zu teuer bezahlt worden ist, wenn es gelingt, Norwegen zu befrieden und sich dort an zahlreichen Stützpunkten festzusetzen. Bedenken gegen die beträchtliche Verlängerung der Front durch die 2'000 km lange norwegische Küste sind nur vereinzelt zu hören; es werden im Gegenteil vielfach die kühnsten Erwartungen an das Gelingen der Aktion und das Heranrücken Deutschlands an den Atlantik geknüpft.

Zu Nr. 78

1. Die Wehrmachtberichte liessen den Umfang des besetzten Gebietes nicht erkennen, aus den Angaben über schwere Kämpfe vor Narvik, dessen Hafeneinfahrt von englischen Seestreitkräften blockiert wurde, war aber zu schliessen, dass dort grössere Verluste eingetreten waren und ein Erfolg noch zweifelhaft war. – 2. Der Bericht über «Auswirkungen der Presse- und Rundfunkberichterstattung über die militärische Lage bei Narvik» vom gleichen Tag hob die Stimmungskrise noch stärker hervor; die heftige Kritik an den zu geringen Informationen ziehe die im OKW-Bericht enthaltenen anderen Meldungen ebenfalls in Zweifel mit der Begründung, die Nichtbekanntgabe von Verlusten habe gezeigt, dass auch der OKW-Bericht propagandistischen und taktischen Erwägungen unterworfen sei. Die umlaufenden Gerüchte über deutsche Schiffsverluste kamen der Wahrheit (oben Anm. 3 zu Nr. 77) übrigens recht nahe. Die Stimmung besserte sich erst wieder unter dem Einfluss der ersten Wochenschau über die Kämpfe in Norwegen (Meldungen vom 29. 4.).

29. April 1940 (Nr. 83, Auszug)

## 1. Allgemeines

Mit grossem Interesse wurde die Ernennung des Gauleiters Terboven<sup>1</sup> zum Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete zur Kenntnis genommen und im Hinblick auf das bisherige Verhalten Norwegens allgemein begrüsst. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird aus diesem Akt die Schlussfolgerung gezogen, dass Norwegen seine Selbständigkeit verloren habe und auch nach dem Kriege die politische, militärische und wirtschaftliche Einflussnahme Deutschlands bestehen bleibe.<sup>2</sup>

Die fortlaufenden Veröffentlichungen italienischer Kommentare zu den politischen Ereignissen und die sich häufenden Reden italienischer führender Persönlichkeiten beschäftigen anhaltend die Bevölkerung mit der Haltung Italiens.<sup>3</sup> Nach wie vor erhofft man in den nächsten Wochen den Eintritt Italiens in den Krieg und nur ganz vereinzelt werden Zweifel am Eingreifen Italiens laut. In Wien war das Gerücht im Umlauf, dass einer Rundfunkmeldung zufolge Italien Frankreich den Krieg erklärt habe.

Die deutsche Veröffentlichung zum polnischen «Schwarzbuch» fand nicht die Zustimmung, die den Warschauer Dokumenten entgegengebracht worden war.<sup>4</sup> Vor allem ist man nicht überall damit einverstanden, dass in diesem Dokument Massenerschiessungen grundsätzlich bestritten werden. Vielfach hätten Urlauber aus Polen über solche Erschiessungen berichtet<sup>5</sup>, und es sei ja nicht mehr als recht und billig, dass die Mörder der Volksdeutschen ebenso wie die Heckenschützen erschossen worden seien. Die neue deutsche Stellungnahme schade nach Ansicht vieler Bevölkerungsteile der Glaubwürdigkeit der deutschen Propaganda im In- und Ausland.

Zu Nr. 83

1. Josef Terboven, geb. 1898, Gauleiter von Essen und Oberpräsident der Rheinprovinz, gest. 1945 (Selbstmord). – 2. Das Verhältnis zwischen Reichskommissar und norwegischen Zentralbehörden blieb zunächst unklar; nachdem die bisherige Regierung mit dem König das Land verlassen hatte, hatte der Führer der schwachen norwegischen Nationalsozialisten (Nasjonal SAMLING) und frühere Kriegsminister Quisling einen Verwaltungsrat gebildet, der im September durch kommissarische Staatsräte ersetzt wurde; erst 1942 durfte Quisling eine «nationale» Regierung bilden. – 3. Beschlüsse der italienischen Regierung zur Erweiterung der Vorbereitungen für eine Mobilisierung und eine Rede Mussolinis vom 21. April, die Parole sei «Arbeiten und Rüsten». – 4. Die deutsche Stellungnahme war in der offiziellen Deutschen Diplomatisch-Politischen Information enthalten und wurde von der Presse wiedergegeben. – 5. Über den Terror der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, der Gestapo und des «Selbstschutzes» in Posen, Westpreussen und dem Generalgouvernement 1939/40, dem ausser Juden vor allem Angehörige der polnischen Intelligenz zum Opfer fielen, vgl. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945. 1961. S. 38-48, 182 f. = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2, ferner Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. 1964. S. 74 ff.

3. Mai 1940 (Nr. 84, Auszug)

## V. Wirtschaft

## Stimmen aus der Bevölkerung zur Ernährungslage

Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird gemeldet, dass in der Bevölkerung vielfach das Gerücht verbreitet werde, wonach mit einer Kürzung der Fleisch- und Fettportionen zu rechnen sei, wobei u.a. die Fleischration auf 400 bzw. 350 g wöchentlich für den Normalverbraucher herabgesetzt würde.<sup>1</sup> Hierzu wird aus Berlin, Nürnberg und Halle gemeldet, dass in Zusammenhang mit dieser Gerüchtebildung allgemeine Klagen über die Lebensmittelversorgung laut würden.

Wie aus nahezu allen Gebieten des Reiches gemeldet wird, ist die Gemüseversorgung auch weiterhin Gegenstand ständiger Klagen seitens der Bevölkerung. Abgesehen von der geringen Zufuhr werde vor allem die ungleichmässige Verteilung beanstandet. Ausserdem seien gegenwärtig die Preise für Frühgemüse derart hoch, dass es nur einem kleinen Kreis der Verbraucher möglich sei, dieses erste Gemüse zu erstehen. Aus Aachen, Kassel und Kattowitz wird dazu gemeldet, dass besonders Klage darüber geführt werde, dass die Versorgung der Kinder mit Frühgemüse bisher versage. In diesen wie auch in anderen Meldungen wird zum Ausdruck gebracht, dass sich dieser Tatbestand unter den jungen Müttern und kinderreichen Familien, wo die Frauen kaum die Zeit und Möglichkeit haben, sich stundenlang nach Gemüse anzustellen, sehr ungünstig auswirke. Es wird angeregt, für eine Zuteilung, die die Kopffzahl der Familie bzw. die Kinder berücksichtigt – ähnlich wie sie jetzt für die Reichshauptstadt angeordnet ist – Sorge zu tragen.<sup>2</sup>

14. Mai 1940 (Nr. 87, Auszug)

## 1. Allgemeines

Der plötzliche deutsche Einmarsch in Belgien und Holland kam für die Bevölkerung überraschend. Eine Besetzung, insbesondere Hollands, war zwar seit Kriegsbeginn als notwendig und wahrscheinlich diskutiert

Zu Nr. 84

1. Diese Gerüchte bewahrheiteten sich vorerst nicht. – 2. Die Gemüseversorgung blieb weiter unzureichend; z.B. wurde am 23. Mai gemeldet, dass in Wien acht Tage lang überhaupt kein Gemüse auf den Markt gelangt und es bei der Verteilung vorhandener Vorräte zu Ausschreitungen gekommen sei. Der Verkauf von Obst und Gemüse auf Lebensmittelkarten wurde erst später eingeführt.

worden<sup>1</sup>, aber die propagandistisch starke Hervorhebung der englisch-französischen Massnahmen im Mittelmeer<sup>2</sup> hatte in der letzten Zeit den Blick der Bevölkerung auf den Südosten und Italien gelenkt.<sup>3</sup> Die anfängliche Begeisterung hat sich nach der Bekanntgabe des Aufrufes des Führers an die Soldaten des Westtheeres in einen tiefen Ernst gewandelt. Die Worte des Führers, dass nun die Stunde der Entscheidung gekommen sei, haben die Bevölkerung erkennen lassen, dass die im Westen beginnenden Kämpfe grösste Opfer fordern werden. Wenn auch ein tiefer Ernst und Sorge bei den Müttern und Frauen um ihre Angehörigen im Felde spürbar geworden ist, so ist doch die Grundstimmung in der Bevölkerung fest und zuversichtlich. Aus allen Meldungen lässt sich erkennen, dass die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieses schweren Schrittes und der dadurch bedingten Opfer innerlich überzeugt ist. Zweifel an dem Endsieg des nunmehr begonnenen Kampfes konnten nirgends festgestellt werden.

Die zur Begründung des deutschen Schrittes veröffentlichten Memoranden und die damit verbundene deutsche Propaganda haben nach den vorliegenden Meldungen in ihrer klaren Beweisführung sehr überzeugend gewirkt.<sup>4</sup> Es wird dabei betont, dass man sich über die Einstellung Belgiens niemals irgendwelchen Illusionen hingeeben habe, dass jedoch die Veröffentlichungen über Holland – insbesondere die sicherheitspolizeilichen Feststellungen<sup>5</sup> – stärksten Eindruck gemacht haben. Aus den Gesprächen der Bevölkerung sei zu entnehmen, dass diese Veröffentlichungen nicht nur als ein Akt geschickter Propaganda empfunden werden, sondern dass die Ansicht besteht, dass hier ein «durch und durch falsches Spiel gegenüber dem deutschen Volk» aufgedeckt worden ist. Man glaubt daher auch, dass ein englisch-französischer Angriff über Holland und Belgien durchaus im

Zu Nr. 87

1. Am 10. Mai hatte die deutsche Offensive im Westen durch Belgien, Luxemburg und die Niederlande begonnen, während die Truppen an der deutsch-französischen Grenze zunächst in ihren Stellungen blieben. Die Verletzung der Neutralität der 3 Staaten wurde damit begründet, dass sie Vorbereitungen Englands und Frankreichs für einen Angriff auf Deutschland durch ihr Gebiet geduldet hätten. Über Vorbereitung und Verlauf des Feldzugs vgl. Jacobsen, Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzugs 1939-1940. 1936, und Dokumente zum Westfeldzug 1940. 1960 = Studien und Dokumente zur Geschichte des zweiten Weltkriegs 2 a und 2 b. – 2. Ab 3. Mai hatte die Presse in grosser Aufmachung angebliche Pläne Englands zur Ausweitung des Krieges im Mittelmeerraum behandeln müssen (Vertrauliche Informationen Nr. 102/40 ff.). – 3. Nach den Meldungen vom 9. Mai hatten die Gespräche über ein baldiges Kriegsende erneut zugenommen, besonders stark war das Gerücht verbreitet, im Herbst werde der «Reichsparteitag des Friedens» abgehalten. – 4. Veröffentlicht wurde das deutsche Memorandum an Belgien und die Niederlande, das erst übergeben worden war, nachdem deutsche Truppen die Grenzen überschritten hatten, ferner ein Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht an die Reichsregierung vom 4. Mai, der Material über die angebliche Zusammenarbeit der belgischen und holländischen Generalstäbe mit den Gegnern Deutschlands für einen Angriff zusammenstellte, und ein Bericht des Reichsministers des Innern vom 29. März über die Tätigkeit des englischen Geheimdienstes in beiden Ländern (Wortlaut in: Das Archiv. Mai 1940. S. 194-212). – 5. Sie beriefen sich auf die Ermittlungen anlässlich der Entführung der englischen Offiziere Best und Stevens aus Holland

Bereich des Möglichen gelegen habe und dass es der Führer «erst gar nicht darauf habe ankommen lassen». Diese unterschiedliche Einstellung gegenüber Belgien und Holland machte sich auch in der Beurteilung der militärischen Vorgänge bemerkbar. Während man nicht daran gezweifelt hatte, dass Belgien – verstärkt durch englisch-französische Truppen – heftigsten Widerstand leisten würde, glaubten Teile der Bevölkerung zunächst noch, dass der holländische Widerstand nur zum Schein und daher nur ein anfänglicher und unbedeutender sein würde. Inzwischen werden aber durch die entsprechenden Veröffentlichungen der Presse und des Rundfunks beide Länder als aktive «Feindstaaten» angesehen.

Wenn sich die Bevölkerung auch darüber klar ist, dass es dieses Mal nicht in dem Tempo vorwärts gehen kann wie im Falle des Polenfeldzuges und Norwegens, so wird doch jede Erfolgsmeldung des Rundfunks mit Spannung und mit einer gewissen Ungeduld erwartet. Besonders freudige Überraschung löste die schnelle Einnahme des starken belgischen Forts Eben Emael und die Gefangennahme der Besatzung aus.<sup>6</sup> Die Bombenangriffe auf offene Städte des Ruhrgebietes<sup>7</sup> und vor allem auf Freiburg<sup>8</sup> haben allgemein Empörung ausgelöst und im letzten Falle Hassgefühle gegen Frankreich hervorgerufen. Man erwartet fest, dass nunmehr jede derartige Handlung sofort entsprechend vergolten wird.

Besonders tiefen Eindruck hat wieder der persönliche Einsatz des Führers in allen Bevölkerungskreisen gemacht. Es wird hierzu übereinstimmend aus dem ganzen Reich gemeldet, dass diese Mitteilung im ganzen Volk Besorgnis um das Leben des Führers ausgelöst habe. Wenn diese Meldung auch das Vertrauen auf einen erfolgreichen Ausgang der Operationen im Westen allgemein gestärkt hat, so wird andererseits betont, dass es für Deutschland zurzeit nur einen Schicksalsschlag geben könne, nämlich den Verlust des Führers.

Den militärischen Ereignissen gegenüber sind alle anderen politischen Vorgänge an Interesse in der Bevölkerung zurückgetreten. Die Umbildung der englischen Regierung<sup>9</sup> wurde daher weniger beachtet, als es sonst der

Noch zu Nr. 87

durch den SD im November (oben Nr. 19 Anm. 3). – 6. Eben Emael gehörte zur Festung Lüttich und war schon am 10. Mai im Zusammenwirken von Luftlandtruppen und Erdverbänden genommen worden. – 7. Nachdem bereits im April einzelne englische Flugzeuge Bomben auf kleinere deutsche Orte geworfen hatten, war im Wehrmachtbericht vom 15. April erklärt worden, der Feind habe damit den Luftkrieg gegen unverteidigte Orte ohne militärische Bedeutung eröffnet; diese und die folgenden schwachen Angriffe, die nur geringen Schaden anrichteten, waren mit dem schweren deutschen Luftangriff auf Rotterdam am 14. Mai, bei dem erhebliche Verluste unter der Bevölkerung eintraten, nicht zu vergleichen. – 8. Die deutsche Propaganda legte den Angriff, bei dem am 10. Mai 13 Kinder ums Leben gekommen waren, französischen (zuweilen auch englischen) Flugzeugen zur Last und bezeichnete ihn auch später noch als Beginn des feindlichen Bombenterrors, obwohl sich herausstellte, dass die Bomben irrtümlich von deutschen Fliegern abgeworfen worden waren (Hoch in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 4. 1936. S. 115-144). – 9. Premierminister Chamberlain war am 9. Mai abends zurückgetreten, und Churchill, bisher

Fall war. Man sieht darin nur ein weiteres Zeichen der inneren Unsicherheit dieser Länder und hat dies ohne Spannung zur Kenntnis genommen. Ebenso wenig fand die Besetzung Islands durch englische Truppen grösseres Interesse.<sup>10</sup> Stärker wurde dagegen besonders auch in Südwestdeutschland die Mobilmachung der Schweiz beachtet. Man glaubt in der Bevölkerung, dass sich Deutschland die provokatorische Haltung der Schweiz auf die Dauer nicht gefallen lässt und dass hier ganz von selbst einmal die Abrechnung kommt.<sup>11</sup> Reisende aus der Schweiz berichten, dass es in Zürich beim Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien und Holland zu wüsten Beschimpfungen und Demonstrationen gegen Deutschland gekommen sei. U.a. sei es auch zu Demonstrationen vor dem deutschen Generalkonsulat gekommen. Diese Gerüchte trugen wesentlich zur Verschärfung der allgemeinen Stimmung gegen die Schweiz bei.

### Einzelmeldungen

Westen: Die Bereiche Aachen, Koblenz, Darmstadt und Neustadt a. d. W. melden, dass die bisher erfolgten Bombenangriffe auf offene Städte und Dörfer zwar allgemein Empörung ausgelöst haben, aber bisher keine ernsthafte Beunruhigung unter der Bevölkerung einschliesslich der betroffenen Städte hervorgerufen hätten. Koblenz meldet jedoch, dass Erregung darüber bestehe, dass im Falle des Abwurfs von Bomben bei den Städten Boppard, Eisenheim, Breitenheim kein Alarm und am 12. 5. vormittags in Koblenz selbst nur durch einzelne Sirenen Alarm gegeben worden sei. Die Bevölkerung empfinde dies als ein Versagen des zivilen Luftschutzes.<sup>12</sup> Es sei dadurch in Koblenz auch eine gewisse Beunruhigung unter den Frauen festzustellen, die durch Redereien in den Geschäften und in den Strassenbahnen noch verstärkt würde.

Noch zu Nr. 87

Erster Lord der Admiralität, hatte am 10. Mai die Führung der Regierung übernommen. – 10. Island, das mit Dänemark in Personalunion verbunden war, hatte sich am 11. April für die Dauer der deutschen Besetzung Dänemarks für unabhängig erklärt; britische Truppen waren dort zur Verhinderung eines möglichen deutschen Angriffs am 10. Mai gelandet. – 11. Vgl. auch unten Nr. 91. Die militärischen Bedrohungen der Schweiz im 2. Weltkrieg sind behandelt von Kurz in: Allgemeine Schweizer Militärzeitung. 117. 1951. S. 757-792. – 12. Über die Wirkung feindlicher Luftangriffe wurden in den folgenden Wochen regelmässig Einzelmeldungen vorgelegt, in denen immer wieder von Kritik an der unzureichenden Luftverteidigung und vom Versagen des Warnsystems berichtet wurde.

Nr. 88 vom 16. Mai 1940 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Der von der ganzen Bevölkerung mit Spannung verfolgte schnelle Vormarsch der deutschen Truppen in Belgien und Holland hat in erster Linie die Zuversicht auf ein baldiges Kriegsende wesentlich verstärkt. Durch die unerwarteten grossen Erfolge glaubt man wieder vielfach an ein siegreiches Kriegsende noch in diesem Herbst. Geradezu dramatisch wurden von der Bevölkerung die zahlreichen Sondermeldungen am Abend des 14. Mai<sup>1</sup> aufgenommen und begrüsst. Während zu Beginn der Offensive in der Bevölkerung überwiegend die Meinung vertreten wurde, dass es dieses Mal nicht so schnell wie in Polen oder Norwegen vorwärts gehen werde, meinen jetzt weite Bevölkerungskreise, dass es auch im Westen einen «Blitzfeldzug» gibt. Insbesondere glaubt man allgemein, dass es der deutschen Luftwaffe gelungen ist, sich von vornherein eine Überlegenheit im westlichen Luftraum zu sichern. Grosse Überraschung und freudigen Stolz haben die Sondermeldungen über die Eroberung und Durchbrechung stärkster belgischer und selbst französischer Befestigungsanlagen hervorgerufen.

Die Frage nach den deutschen Verlusten ist, bedingt durch den überwältigenden Eindruck der letzten Ereignisse, vorläufig mehr in den Hintergrund getreten. Vereinzelt schon in der Heimat eingetroffene Meldungen über den Heldentod ihrer Angehörigen haben die Stimmung in der Bevölkerung bisher nicht in negativer Weise zu beeinflussen vermocht.

Einen weiten Raum in den Unterhaltungen der Bevölkerung über das Vorgehen der deutschen Truppen nimmt die Erwähnung neuartiger Kampfmittel ein. Die entsprechenden Meldungen in Presse und Rundfunk haben zu zahlreichen Gerüchten Anlass gegeben.<sup>2</sup> Überwiegend wird behauptet, dass es sich bei diesem Kampfmittel um ein Gas handle, das für längere Zeit betäubende Wirkung ausübe.

Im Zusammenhang mit der Kapitulation Hollands und der Flucht der holländischen Königsfamilie sowie der holländischen Regierung wurde die Flucht des Prinzgemahls besonders beachtet und die Haltung des deutschen Prinzen als Landesverrat bezeichnet.<sup>3</sup> Überhaupt ist die Verbitte- rung über das Verhalten Hollands nach wie vor wesentlich grösser als gegenüber Belgien, da man Holland vielfach nicht nur als einen neutralen Staat angesehen hatte, sondern infolge der Heirat eines deutschen Prinzen

Zu Nr. 88

1. Über die Kapitulation von Rotterdam und der niederländischen Streitkräfte in der Provinz Holland sowie über die Versenkung von 2 Kreuzern und 1 Zerstörer; die Kapitulation der niederländischen Gesamtstreitkräfte wurde am 15. Mai abgeschlossen. – 2. Es handelte sich dabei vor allem um die Verwendung von Lastenseglern zur Landung von Truppen aus der Luft. – 3. Prinz Bernhard von Lippe-Biesterfeld, seit seiner Hochzeit 1937 Prinz der Niederlande. –



mit der Thronfolgerin auch als ein befreundetes Land. Vielfach ist es auch der Bevölkerung aufgefallen, dass die Rundfunkmeldungen auf holländisch auch für einen Nichtkenner der Sprache verständlich sind und man sieht dies als ein weiteres Argument dafür an, dass es sich hier eigentlich um einen dem deutschen Volk verwandten Stamm handelt.

Auf aussenpolitischem Gebiet richtet sich das Interesse der Bevölkerung ausschliesslich auf die Haltung Italiens.<sup>4</sup> Man glaubt vielfach, dass der Zeitpunkt des Eintritts in den Krieg nunmehr für Italien gekommen sei und erhofft sich durch einen solchen Eintritt eine Entlastung der deutschen Westfront. Aus einigen Gegenden wird gemeldet, dass sich schon ein gewisser Unwille bemerkbar mache, dass Italien noch immer mit dem Eintritt in den Krieg zögere. Es werden zwar allgemein die englandfeindlichen Reden und Demonstrationen beachtet, aber es wird hierzu mit einer gewissen Geringschätzung geäussert, dass doch jetzt die Zeit der Reden vorbei sei. Italien wolle anscheinend erst in den Krieg eintreten, wenn er gewonnen sei.

Nr. 91 vom 27. Mai 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Mit unermüdlicher Anteilnahme und Spannung verfolgt das ganze deutsche Volk die Entwicklung der grossen Einkreisungsschlacht in Flandern und Artois. Die Hinweise der Presse und des Rundfunks, dass sich notwendigerweise in einem so ungeheuren Raum und bei einer derartigen Masse eingeschlossener Truppen zeitweilig das Tempo der Entwicklung verlangsamen müsse, wurden von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung mit vollem Verständnis aufgenommen, ohne zu irgendwelchen negativen Gerüchten Anlass zu geben. Besonders Weltkriegsteilnehmer unter der Bevölkerung weisen darauf hin, dass die Franzosen keine Polen seien und dass man eine Kapitulation wohl kaum erwarten könne. Es müsse dort sicher wieder um jeden Schritt Boden und um jede Stellung gekämpft werden. Alle Erörterungen über den weiteren Verlauf der Einkreisungsschlacht lassen jedoch den festen Glauben an einen bevorstehenden grossen deutschen Sieg erkennen.<sup>1</sup>

Noch zu Nr. 88

3. Italien trat erst am 10. Juni, 12 Tage vor dem Waffenstillstand mit Frankreich, in den Krieg ein; in Deutschland hielt man das weitgehend für zu spät und versprach sich wenig von dem in der Propaganda mit Vorschusslorbeeren bedachten Bundesgenossen (Meldungen vom 13. Juni).

Zu Nr. 91

1. Das Ende der Kämpfe in Flandern, wo englische, französische und belgische Truppen seit dem 24. Mai eingeschlossen waren, wurde am 4. Juni nach der Einnahme von Düinkirchen vom

Die Frage nach der Grösse der deutschen Verluste ist infolge der Meldungen, dass der Feind hartnäckigen und verzweifelten Widerstand leiste, etwas mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt. Vielfach wundert man sich in der Bevölkerung, dass bisher so wenig Verluste bekannt wurden und dass die Zeitungen nur eine geringe Anzahl von Todesanzeigen bringen. Vereinzelt wird hierzu gerüchteweise erzählt, die Presse habe Anweisung, Todesanzeigen nur in geringem Umfange zu bringen.<sup>2</sup> Ebenso lägen bei den Postämtern zahlreiche Benachrichtigungen für Familien über den Heldentod ihrer Angehörigen, die vorerst nicht bestellt werden dürften. Im Allgemeinen wird jedoch in den Meldungen betont, dass bisher die Verlustfrage noch immer weniger besprochen wird als während des Polenfeldzuges.

Die im letzten Wehrmachtbericht gemeldeten Landungen von Gebirgsjägern in Narvik durch Fallschirmabsprung haben freudigen Widerhall gefunden, da man sich trotz der entscheidenden militärischen Vorgänge im Westen lebhaft mit dem Schicksal der deutschen Truppen in Narvik beschäftigt hatte. Man glaubt jetzt, dass sich die Truppen um Narvik solange halten können, bis von Süden her mit ihnen Verbindung aufgenommen worden ist. Bestärkt wurde die Bevölkerung in dieser Ansicht durch die wiederholten Erfolgsmeldungen der deutschen Luftwaffe gegenüber feindlichen Kriegsschiffen im Raume von Narvik in den letzten drei Tagen.<sup>3</sup>

Die in den Berichten des OKW gemeldete Überfliegung und Bombardierung westdeutscher Städte wird in der Bevölkerung allgemein stark beachtet. Man vermisst jedoch nähere Angaben über die Auswirkungen, insbesondere auch über die Verluste an Menschenleben. Diese Tatsache hat zu einer ausserordentlich starken Gerüchtebildung über die Auswirkungen der feindlichen Bombenangriffe auf deutsche Städte geführt. Zu diesen übertriebenen Gerüchten soll auch besonders das Zugpersonal der Züge, die Westdeutschland berühren, beitragen. Eine weitere Ursache für diese übertriebene Gerüchtebildung liege vor allem in Briefen, die Volksgenossen im ganzen Reichsgebiet von Verwandten aus Westdeutschland erhalten und die ebenfalls zu starken Übertreibungen führen.<sup>4</sup>

Noch zu Nr. 91

Oberkommando der Wehrmacht gemeldet; es war jedoch nicht gelungen, den Abtransport des englischen Expeditionskorps nach England zu verhindern. – 2. Eine derartige Anweisung ist in den «Vertraulichen Informationen» für die Presse im Mai 1940 nicht zu ermitteln; es wurde allerdings verfügt, dass für jeden Gefallenen nur eine Anzeige der Angehörigen und keine Nachrufe von Betrieben, Vereinen u. dgl. erscheinen dürfe. – 3. Die Kämpfe mit den in Narvik gelandeten englischen Truppen dauerten noch bis zum 8. Juni; am 10. Juni kapitulierten die letzten norwegischen Streitkräfte. – 4. Die Wirkung der Angriffe war in der Tat noch nicht gross; der Abwurf von über 200 Bomben im Raum Aachen in der Nacht zum 22. Mai war als besonders

## Einzelmeldungen

In Süd- und Südwestdeutschland wird noch immer im Zusammenhang mit Truppenverschiebungen in Richtung auf die Schweizer Grenze die Frage der Haltung der Schweiz besprochen. Gerüchteweise wird in der Bevölkerung erzählt, dass die Hauptmasse der Schweizer Truppen von der deutschen zur französischen Grenze verlegt worden sei, da man in Schweizer Militärkreisen eine Entlastungsoffensive General Weygands nach Süddeutschland durch die Schweiz befürchte.<sup>5</sup>

Aus Aachen wird gemeldet, dass englische Flieger Flugblätter abwarfen mit folgendem Inhalt: «Wir kommen von jetzt ab jede Nacht wieder, bis wir Euch kleingekriegt haben.» Aus Dortmund und Münster wird berichtet, dass das Gerücht umläuft, wonach englische Flieger Flugblätter abgeworfen haben sollen, die ankündigten, dass die bisherigen Bombenangriffe nur eine Anfangsmassnahme der britischen Luftwaffe darstellten. 5'000 englische Flieger ständen zum Einsatz gegen das Ruhrgebiet bereit. Die Angriffe würden künftig in grösstem Massstabe und unter Anwendung von Gasbomben erfolgen. Des Weiteren sollen englische Flieger die Bevölkerung des Ruhrgebietes aufgefordert haben, das Industriegebiet innerhalb von drei Tagen zu räumen. Eine Bestätigung der Flugblattabwürfe konnte bisher nicht erlangt werden. Diese Gerüchte sind jedoch ausserordentlich stark verbreitet und werden überall in den Strassenbahnen, Eisenbahnen, in den Geschäften und auf der Strasse erzählt und haben zu einer gewissen Beunruhigung der Bevölkerung beigetragen.

Nr. 92 vom 30. Mai 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Neben den entscheidenden militärischen Vorgängen in Nordfrankreich und Belgien<sup>1</sup> beschäftigt sich die Bevölkerung am lebhaftesten mit dem völkerrechtswidrigen Verhalten der französischen und englischen Kriegsführung gegenüber deutschen Kriegsgefangenen und Fallschirmjägern und mit den angedrohten deutschen Gegenmassnahmen.<sup>2</sup> Die Nachrichten von

Noch zu Nr. 91

heftiger Angriff bezeichnet worden (Meldungen vom 23. Mai). – 5. Anfang Juni rechnete die Bevölkerung in Südwestdeutschland mit dem baldigen Einmarsch in die Schweiz, nachdem Truppenansammlungen im Bodenseegebiet festgestellt worden sein sollten (Meldungen vom 10. Juni). Ähnliche Gerüchte wurden in den weiteren Kriegsjahren noch mehrmals verzeichnet.

Zu Nr. 92

1. Vgl. Anm. 1 zu Nr. 91. – 2. Bald nach Beginn der Offensive war behauptet worden, deutsche

der Ermordung und Misshandlung deutscher Flieger durch französische Soldaten haben überall tiefste Empörung ausgelöst. Die von Generalfeldmarschall Göring angeordneten Vergeltungsmassnahmen wurden daher mit grosser Genugtuung aufgenommen, und man ist überzeugt, dass der Generalfeldmarschall nicht zögern wird, die angedrohten Gegenmassnahmen rücksichtslos durchzuführen. In zahlreichen Meldungen kommt jedoch zum Ausdruck, dass man in erster Linie Träger der französischen Intelligenz, insbesondere verantwortliche Offiziere erschossen solle, denn allein hierdurch würde die verantwortliche Führerschicht Frankreichs getroffen. Der einfache französische Soldat, der womöglich für die Anordnungen seiner Vorgesetzten büssen müsse, sei doch letzten Endes nicht der eigentlich Schuldige.

Die Bevölkerung beschäftigt sich in zunehmendem Masse mit Kombinationen über den weiteren Verlauf des Krieges. Vielfach wird angenommen, dass nach Beendigung der Schlacht in Flandern Frankreich bereit sein werde, einen Sonderfrieden abzuschliessen, da andernfalls der Vormarsch nach Süden und die Besetzung des Industriegebietes von Paris sicher sei. Man sieht dies vielfach nur noch als eine Art Abschluss der militärischen Niederwerfung Frankreichs an und glaubt, dass dann die Basis zum Angriff gegen England gesichert ist. Diese Ansicht der Bevölkerung wird besonders durch die zahlreichen Pressenotizen über Sicherungsmassnahmen der englischen Behörden im eigenen Land verstärkt.

Nr. 94 vom 6. Juni 1940 (Auszug)

## VI. Gegner

Die jetzt abschliessend vorliegenden Meldungen zum Fronleichnamstag lassen allgemein die Feststellung zu, dass in sämtlichen Teilen des Reiches die Verordnung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung<sup>1</sup>

Noch zu Nr. 92

Fallschirmjäger seien in belgischen oder holländischen Uniformen abgesprungen, und der französische Ministerpräsident Reynaud hatte angeordnet, sie bei Gefangennahme standrechtlich zu erschiessen; das Oberkommando der Wehrmacht hatte daraufhin am 13. Mai angekündigt, für jeden erschossenen Fallschirmjäger würden 10 französische Gefangene erschossen. Am 28. Mai hatte die deutsche Presse den Bericht eines Luftwaffenoffiziers, der aus französischer Gefangenschaft befreit worden war, über seine grausame Behandlung durch marokkanische Soldaten und französische Gendarme wiedergegeben. In dem Befehl Görings vom 28. Mai war angedroht worden, für jeden ermordeten deutschen Flieger fünf und, falls der Deutsche beim Absprung mit dem Fallschirm in Luftnot beschossen worden war, fünfzig gefangene französische Flieger zu erschiessen.

Zu Nr. 94

1. RGBl. I S. 742; als Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung hatte der Reichsinnenminister ein Weisungsrecht gegenüber allen obersten Behörden der zivilen Verwaltung mit

vom 7. 5. 1940 über die Verlegung des Fronleichnamstages als staatlichen Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften auf Sonntag, den 26. 5. 1940 von Kirche und Bevölkerung einfach sabotiert wurde. Die Verordnung war sofort nach ihrem Erlass in den katholischen Bevölkerungskreisen Gegenstand lebhafter Diskussionen und wurde allgemein von der Geistlichkeit dahin ausgelegt, dass der Fronleichnamstag am Donnerstag kirchlicher gesetzlicher Feiertag sei und von der katholischen Bevölkerung gehalten werden müsse. Der Bischof von Fulda<sup>2</sup> stellte sich sogar auf den Standpunkt, dass eine solche Verlegung nur durch die Kirche bzw. den Papst selbst vorgenommen werden könnte, eine Einmischung des Staates in diesen gesetzlichen und höchsten Feiertag der katholischen Kirche unzulässig und die staatliche Verordnung nicht massgebend wäre. Auch das bischöfliche Ordinariat Seckau<sup>3</sup> liess sich dahin aus, dass die Aufhebung dieses kirchlichen Feiertags nur in Übereinstimmung mit dem päpstlichen Nuntius möglich wäre. Sinngemäss kam diese Stellungnahme auch in kirchlichen Kanzelankündigungen, in Zeitschriften, Amtsblättern und auf Werbeplakaten zum Ausdruck. Besonders klar formulierte es ein Geistlicher mit folgenden Worten: «Fronleichnam ist und bleibt für uns ein hoher Feiertag. Sein Besuch ist Pflicht; wer die Kirche nicht besucht, begeht eine Sünde. Es darf nicht gearbeitet werden. Die Prozession ist am Donnerstag verboten, sie muss am Sonntag stattfinden, aber der Feiertag bleibt für uns doch bestehen. Es ist Gottesdienst wie immer ...»

Das bischöfliche Ordinariat Passau scheute sich nicht, sogar «vaterländische Gründe» für die Nichtbeachtung der Verlegungsordnung anzugeben. So nahm dieses Ordinariat zu einem vom Oberbürgermeister von Passau aus verkehrspolizeilichen Gründen erlassenen Verbot der üblichen Fronleichnamsprozession wie folgt Stellung:

«Wir sind von staatlicher Seite gerade in letzter Zeit dringend ermahnt worden, in der Kriegszeit alles zu vermeiden, was als eine Beeinträchtigung der Volksstimmung und als eine Schwächung oder Durchbrechung der inneren Geschlossenheit der Bevölkerung aufgefasst werden könnte. Eine so weitgehende Einschränkung der in Passau so beliebten Fronleichnamsprozession würde aber eine solche Störung bedeuten. Daher sind wir schon aus vaterländischen Gründen zwingend veranlasst, uns entscheidend gegen die Durchführung der angedrohten Einschränkungen und Verbote auszusprechen.»

Auch einzelne Geistliche konnten nicht umhin, eindringlich darauf hinzuweisen, «dass gerade in diesem Jahre eine möglichst geschlossene Teilnahme der Gemeinden wegen der durch den Krieg geschaffenen grossen Lücke notwendig sei, um diesen höchsten katholischen Feiertag auch nach

Noch zu Nr. 94  
Ausnahme der Wirtschaftsverwaltung. – 2. Seit 1939 Johannes Baptist Dietz.-3. In der Steiermark.

aussen hin als das Herzstück des katholischen Glaubens zu dokumentieren.»

Die einheitliche Stellungnahme fast sämtlicher kirchlicher Instanzen führte schliesslich dazu, dass der Fronleichnamstag besonders auf dem Lande und dort wieder vorwiegend in den überwiegend katholischen Gemeinden nach wie vor als kirchlicher Feiertag begangen wurde und die Arbeit an diesem Tage liegen blieb.

Nr. 95 vom 10. Juni 1940 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

Die scharfe Sprache der Propaganda gegenüber Frankreich hat allgemein den Eindruck erzeugt, dass Frankreich nicht mehr geschont wird.<sup>1</sup> Alle Berichte lauten dahingehend, dass die Propaganda gegen Frankreich eingeschlagen und im Verlauf der letzten Woche einen vollkommenen Umschwung in der Stimmung gegenüber Frankreich bewirkt hat. Der Grossteil der Bevölkerung ist hellhörig genug, hinter den fast schlagartig einsetzenden Berichten der Presse und des Rundfunks die Absicht der Propagandaführung zu erkennen. Die Zahl der kritischen Fragen, warum man erst jetzt mit derartigem Greuelmaterial herauskomme, und der Stimmen, die die Berichte als aufgebauscht und gefärbt bezeichnen, sind aber sehr gering. Die Schwenkung der deutschen Propaganda wird empfunden als im Einklang stehend mit der natürlichen Entwicklung unseres Verhältnisses zu Frankreich. Dies bringe der Leitartikel des «Schwarzen Korps»: «Wir haben es satt»<sup>2</sup> gut zum Ausdruck (Danzig). Er beschleunigte die Umstellung dort, wo allein der jüden- und englandhörigen Oberschicht die Schuld beigemessen und die Hoffnung genährt wurde, dass sich das französische Volk dieser Clique im Wege der Revolution entledige (z.B. München). So kündigt ein Verlag ein neues Frankreichbuch noch jetzt wie folgt an: «Wenn man von Frankreich spricht, muss man unterscheiden zwischen dem französischen Volk-----und der führenden Schicht...» Demgegenüber setzt sich die Meinung durch, dass «ein Volk, das sich diese Führung gefallen lässt, nicht mehr wert ist, als diese Führung selbst» (Chemnitz). Auch die früher oft anzutreffende nachsichtige Anschauung,

Zu Nr. 95

1. Am 30. Mai hatten die deutschen Zeitungen die Weisung erhalten, «die Volksstimmung auf die grosse Endauseinandersetzung mit Frankreich vorzubereiten und täglich dieses Thema zu behandeln» (Vertrauliche Informationen Nr. 124/40). – 2. Nr. 23 vom 6. Juni; ausgehend von einer Serie von André Germain im «Schwarzen Korps» 1935 war darin ausgeführt worden, dass Frankreich zu einer «völkischen Wiedergeburt» im Sinn des Nationalsozialismus nicht fähig sei;

dass Frankreich nur willen- und instinktloses Anhängsel Englands sei, ist unter der Fülle des in den letzten Tagen von Presse, Rundfunk und Film ausgebreiteten Materials geschwunden. Frankreich wird fast überall auf eine Linie mit England gestellt. Die die Erinnerung an die Rheinlandbesetzung weckenden Artikel werden stark aufgegriffen und in der Ostmark, wo die Ereignisse jener Zeit noch nicht zum politischen Wissen des einzelnen Volksgenossen gehörten, besonders beachtet. Wesentlich verschärft wurde die Haltung auch der Frauen durch die Bildstreifen, die die verschiedenen Typen der französischen Hilfsvölker vorführten. Eine einfache Frau äusserte im Anschluss an PK-Kurzberichte über französische Untaten an deutschen Soldaten: «Das ist ja mit Blut kaum wieder gutzumachen.» Frankreich müsse einen ewigen Denkkzettel erhalten.

Mit grösster Aufmerksamkeit werden die Berichte über die Behandlung der Gefangenen, abspringender Flugzeugbesatzungen usw. durch den Feind und auf deutscher Seite gelesen, gehört und miteinander verglichen. Alle Meldungen über einen zuvorkommenden Umgang mit französischen und englischen Gefangenen seitens der deutschen Wehrmacht lösen regelmässig starke Erregung aus.<sup>3</sup> Aus einer Stadt, wo in Wort und Bild über das Eintreffen eines Verwundeten-Transportes berichtet wurde, und wobei sich ergab, dass 3 Belgier und 1 Neger die gleiche Verpflegung wie die Deutschen erhielten, verlautet: «Man versteht eine solche besondere Herausstellung angesichts der Greuelthaten Farbiger an deutschen Gefangenen nicht und sieht vereinzelt auch einen Gegensatz der Propaganda.» Äusserungen der Art, dass man kein Verständnis dafür habe, wenn gefangene Offiziere alle Bequemlichkeiten genössen, beziehen sich meist auf die weitverbreiteten Schilderungen der Zeitschrift «Der Adler».<sup>4</sup> Auch im Hinblick; auf das immer wieder als Beispiel angezogene Bild des Generals Giraud<sup>5</sup> in deutscher Gefangenschaft werden die auslandspropagandistischen Motive nur zum geringen Teil gesehen oder gar abgelehnt. Der Franzose habe kein Recht mehr, anständig behandelt zu werden. Gerade gegenüber gefangenen Offizieren müsse hart durchgegriffen werden, denn sie seien für die Handlungen der Soldaten verantwortlich (z.B. Frankfurt, Dessau).

Mit in diesem Zusammenhang sind die Vergeltungsmassnahmen in einem ausserordentlichen Masse in das Blickfeld beinahe der Gesamtheit

Noch zu Nr. 95

die deutsche Wehrmacht werde dem «ewigen Störenfried» ein Ende bereiten. – 3. In anderen, häufigeren Meldungen wurde demgegenüber geklagt, dass die Bevölkerung Kriegsgefangene zu freundlich behandle und die Strafbestimmungen über verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen wenig beachtet würden. – 4. Die unter Mitwirkung des Reichsluftfahrtministeriums herausgegebene Illustrierte hatte am 14. 5. 1940 einen Bildbericht über die ersten in Norwegen gefangenen Engländer gebracht. – 5. Er hatte die französische 7. Armee befehligt; im April 1942 konnte er aus der Gefangenschaft fliehen und sich später den Alliierten in Nordafrika anschliessen. –

des Volkes gerückt. Die Warnungen an Frankreich und die Androhung von Gegenmassnahmen wurden seinerzeit mit grösster Befriedigung aufgenommen und wirkten beruhigend. Nachdem die Presse in zunehmendem Umfang über die täglich weitergehenden Bombardierungen deutscher Städte und über die Verluste in der Zivilbevölkerung, Greuel an Gefangenen und abspringenden Fliegern berichtet, Meldungen über Vergeltungsmassnahmen aber ausbleiben, greift eine ziemliche Unruhe Platz. «Immer wieder kommt man auf das Ausbleiben der angekündigten Vergeltungsmassnahmen zu sprechen» (Darmstadt, Frankfurt, usw). Es möchte «nicht soviel gedroht, sondern gehandelt werden» (Allenstein). Stimmen aus Industriebetrieben besagen: «Man begreife nicht, warum Deutschland noch zögert» (Stettin). Man möge nicht mehr von Gegenmassnahmen sprechen, solange sie nicht ergriffen werden (Liegnitz). Die Verlautbarungen des Generalfeldmarschalls seien als Zeichen dafür aufgefasst worden, dass mit der deutschen Humanitätsduselei Schluss gemacht werde (Posen). Mit Bezug auf die Vergeltungsmassnahmen wurde anderwärts geäussert: «Daran glauben wir nicht mehr» (Kiel). Deutschland lege eine unbegreifliche Langmut an den Tag (Hamburg).

Der im Zusammenhang mit dem Bericht über den Mord der Franzosen an Deutschen und Deutschfreundlichen gegebene Hinweis, dass entsprechende Repressalien bereits eingeleitet sind, wurde sehr beachtet. An diese Notizen wird verschiedentlich die Vermutung geknüpft, dass in Wirklichkeit bereits Vergeltungsmassnahmen im Gange sind, Presse und Rundfunk darüber nur nichts brächten. In einem Bericht über die Auswirkung einer Meldung, die in Pommern unter der Überschrift «Deutsche Flieger von Schwarzen ermordet» erschien und keine Angaben über deutsche Vergeltungsmassnahmen enthielt, heisst es: «Der Bevölkerung erschien der dargestellte Tatbestand eindeutig genug, um gleich die entsprechenden Vergeltungsmassnahmen durchzuführen. Es wird berichtet, dass z.B. in Greifswald und Gollnow Soldatenfrauen darüber empört sind, dass deutsche Soldaten immer wieder Opfer solcher Gesinnung werden, ohne dass eine entsprechende Vergeltung bekannt wird.» Aus einem anderen Gau wird geschrieben: «Zu den von der Reichsregierung angekündigten Gegenmassnahmen für Misshandlung oder Erschiessung von deutschen Soldaten wird in der Bevölkerung betont, dass künftighin bei Meldungen über solche französischen Untaten gleichzeitig auch der Umfang der erfolgten Vergeltungsmassnahmen bekannt gegeben werden müsse, um somit auch tatsächlich eine abschreckende Wirkung auf die Franzosen auszuüben». Den aus Intelligenzkreisen kommenden Einwand, dass deutsche Massnahmen die Lage der deutschen Gefangenen noch mehr verschlechtern könnten, will man nicht gelten lassen, da sich machtmässig das Reich heute jede Verschärfung erlauben könne.



Gegen die Annahme, dass Vergeltungsmassnahmen schon ergriffen wurden, wird andererseits vorgebracht, dass Presse und Rundfunk dann bestimmt darüber berichtet hätten (Nürnberg). Man erinnert sich an die Beschiessung Hagenaus.<sup>6</sup> Als wesentlich muss ein Bericht über die Haltung insbesondere der Arbeiterschaft zu dieser Frage gelten, in dem es heisst: «Es ist überraschend, wie die Bevölkerung auf die immer wieder angekündigten Vergeltungsmassnahmen wartet, und wenn ruhigere Gemüter darauf hinweisen, dass der Führer dann vergelten werde, wenn er es für notwendig und richtig erachte, und dass das gewaltige Geschehen im Westen letzten Endes insgesamt eine Vergeltung allergrössten Ausmasses sei, dann antwortet man halb erbost, halb beschämt: «Dann sollen sie es nicht in die Zeitung setzen oder dauernd im Rundfunk davon reden.» In Presse und Rundfunk gemachte Andeutungen, dass jede einzelne Untat genau verzeichnet und am Schluss die Rechnung präsentiert wird, haben bisher kaum Widerhall gefunden. Nach allgemeinen Beobachtungen ist das Volk seit der vergeltenden Beschiessung von Almeria<sup>7</sup> daran gewöhnt, dass der Ankündigung unverzüglich die Ausführung folgt. Der Eindruck der Schilderungen über die Handlungsweise insbesondere der Schwarzen ist so gross, dass die Allgemeinheit in ihren Vorstellungen von den zu ergreifenden Vergeltungsmassnahmen bezüglich Art und Umfang sehr weit geht.

Nr. 99 vom 24. Juni 1940 (Auszug)

## VI. Gegner

### Kriegserfolge und Gegnertätigkeit

Nach übereinstimmenden Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet ergibt sich zurzeit zu dieser Frage folgendes Bild:

Unter dem Eindruck der grossen politischen Ereignisse und im Banne der militärischen Erfolge hat sich im gesamten deutschen Volke eine bisher noch nicht erreichte innere Geschlossenheit und enge Verbundenheit von Front zu Heimat herausgebildet. Der Tätigkeit der Gegnergruppen ist überall der aufnahmefähige Boden entzogen. Alles schaut dankbar und mit Vertrauen auf den Führer und seine von Sieg zu Sieg eilende Wehr-

Noch zu Nr. 95

6. Hagenau im Elsass war von deutscher Artillerie als Vergeltung für die Beschiessung von Rastatt durch die Franzosen beschossen worden (OKW-Bericht vom 17. 5. 1940). – 7. Vgl. oben Anm. 2 zu Nr. 59 –

macht. Gegnerisches Wirken stösst überall auf scharfe Ablehnung. Der überwiegend verbreitete gesunde Abwehrwille der Bevölkerung verschliesst sich wirksam hetzerischen und miesmacherischen Einflüssen. Man beachtet sie entweder gar nicht oder lehnt sich empört dagegen auf.

Ein weiteres Moment für die allgemeine Abnahme der Gegnertätigkeit liegt in der fruchtbaren Auswirkung der in den Kriegsgesetzen angedrohten schweren Strafen und in dem schnellen Zugreifen der staatlichen Exekutive.

Innerhalb der früher kommunistisch und marxistisch eingestellten Kreise kann von einer organisierten Gegnertätigkeit nicht mehr die Rede sein. Hier haben die Kriegserfolge besonders lähmend gewirkt und grösstenteils Ansätze zu gegnerischen Einflüssen im Keime erstickt. Nur mehr vereinzelt kommt es noch zu völlig unbedeutenden Meckereien, Wandbeschmierungen, Verbreitung ausländischer Nachrichten oder Verteilung von Hetzschriften und -zetteln.

Einen gewissen defaitistischen Einfluss üben lediglich noch bestimmte kirchliche Kreise aus. Durch die Kriegserfolge ist die Tätigkeit dieser Gruppen nicht völlig gehemmt; es kann sogar eine gewisse Zunahme der Aktivität festgestellt werden. Wenn auch nach aussen hin Zurückhaltung bewahrt bleibt, so wird doch von diesen Kreisen versucht, die Kriegslage dazu auszunutzen, den verringerten Einfluss auf weltanschauliche Gebiete zurückzugewinnen. Vielfach lässt sich deutlich die Absicht dieser Gruppen erkennen, eine gewisse pessimistische Stimmung in die Bevölkerung hineinzutragen. Defaitistische Gerüchte wie z.B. solche, die den Krieg als eine «Strafe Gottes» oder als «schwere Prüfung» hinstellen, werden häufig in Umlauf gesetzt, und die Frage nach der Ursache dieses Krieges und der jetzigen «Not der Menschen» unter Hinweis auf das Jenseits beantwortet. Besonders geschickt verstehen es diese Kreise, die grössere Aufgeschlossenheit des Volkes in der jetzigen Zeit dadurch für ihre Zwecke nutzbar zu machen, dass sie sich bei ihren Anhängern durch ihren «Troost an die Bedrängten» grösseren Zuspruch verschaffen. Dabei kommt wesentlich zustatten, dass durch die Nöte des Krieges die Aufnahmebereitschaft für derartige Parolen in gewissen Bevölkerungskreisen zugenommen hat. Eine gewisse Gefahr stellt auch die Tatsache dar, dass die defaitistische Tätigkeit bestimmter kirchlicher Kreise, wie aus zahlreichen Meldungen zu ersehen ist, infolge ihrer geschickten Tarnung bei einem grossen Teil der Anhängerschaft oft gar nicht als solche erkannt wird. Besondere Mühe verwendet man auf die Einflussnahme bei den Soldaten, insbesondere den Verwundeten, sowie auf die Seelsorge der Jugend, da man glaubt, dass infolge der Einziehung der meisten HJ-Führer zum Wehrdienst wieder erfolgreichere Aussichten für die Ausweitung der Jugendarbeit bestehen und hier verlorene Positionen wiedergewonnen werden können.

Kennzeichnend für diesen negativen Einfluss besonders der katholischen Kirche<sup>1</sup> sind die in den «Meldungen aus dem Reich» mehrfach angeführten Beispiele des 1. Mai und des Fronleichnamstages<sup>2</sup>, sowie des katholischen Jugendtages. Während der 1. Mai als staatlicher Feiertag von Seiten der katholischen Kirche nicht entsprechend beachtet wurde, feierte man den Fronleichnamstag trotz der staatlichen Anordnung über seine Verlegung ebenso ostentativ an dem ursprünglichen Tag.

Insgesamt lassen die Meldungen erkennen, dass bestimmte Kreise der Geistlichkeit beider Konfessionen es nicht nur bewusst an der positiven Einstellung zu dem entscheidenden Lebenskampf des deutschen Volkes fehlen lassen, sondern darüber hinaus versuchen, durch erhöhte Propaganda die Kriegslage für eigene Zwecke auszunützen.<sup>3</sup>

Nr. 100 vom 27. Juni 1940 (Auszug)

#### 1. Allgemeines

Die stürmische Begeisterung der letzten Wochen hat sich angesichts der Waffenstillstandsverhandlungen und der jetzt eingetretenen Waffenruhe in eine mit stiller, stolzer Freude und Dankbarkeit für Führer und Wehrmacht gezeichnete Feierstimmung gewandelt.<sup>1</sup>

Besonderen Ausdruck fand diese tiefe Freude bei der Durchgabe der Nachricht vom Inkrafttreten des Waffenstillstandsvertrages.<sup>2</sup> Noch in der Nacht wurden überall die Flaggen gehisst, viele Volksgenossen eilten auf die Strassen und Plätze, um sich an etwaigen Dankeskundgebungen zu beteiligen. Teilweise mussten sie enttäuscht wieder nach Hause gehen, da von keiner Seite entsprechende Anstalten getroffen waren, was man eigentlich erwartet hatte. Nur wenige liessen sich die nächtliche Feierstunde entgehen, sogar in Luftschutzkellern wurde die Sendung abgehört, da zur besonderen Empörung der Bevölkerung gerade um diese Stunde die Engländer mit ihren Flugzeugen angriffen.

Zu Nr. 99

1. Die erfolgreichen Bemühungen der Kirchen um die Jugenderziehung gehörten zu den häufig wiederkehrenden Themen der Berichterstattung. – 2. Oben Nr. 94. – 3. Ergänzungen mit zahlreichen Beispielen für Äusserungen katholischer und evangelischer Geistlicher brachten besondere Anlagen zu den Meldungen vom 4. und 15. Juli 1940.

Zu Nr. 100

1. Zwischen dem 5. und 17. Juni hatten die deutschen Armeen das französische Heer geschlagen und waren über Paris hinaus nach Süden vorgedrungen; am 18. Juni war das Waffenstillstandsangebot des neuen französischen Ministerpräsidenten Marschall Pétain eingegangen. – 2. Er war am 22. Juni in Compiègne abgeschlossen worden, wo Deutschland 1918 kapituliert hatte, und am

An den Waffenstillstandsbedingungen<sup>3</sup> wird grundsätzlich keine Kritik geübt, da man sie zu sehr als Werk des Führers empfindet und achtet, dem man in grenzenlosem Vertrauen das fernere Geschick Deutschlands in die Hände legt. Wenn Stellung zu den Bedingungen genommen wird, so nur, um den vielleicht etwas zu grossen Edelmut hervorzuheben. «Die Franzosen hätten – so wird geäussert – schon eine grössere Strafe verdient.» Teilweise wird auch der Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, dass sie nichts über Gebietsabtretungen und über die Kolonialfrage enthielten. Dazu wird gemeldet, dass diese Einstellung wesentlich darauf zurückzuführen sei, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht genügend Klarheit darüber herrsche, dass diese Waffenstillstandsbedingungen noch kein Friedensvertrag sind. Soweit die Aufnahme mit vollem Verständnis erfolgte, werden die Bedingungen als «hart, aber gerecht und ehrenvoll», «keineswegs rachsüchtig», «so wie sie nur ein anständiger Gegner stellen kann», «geeignet zur dauernden Verständigung mit Frankreich beizutragen», gut aufgenommen und begrüsst. Ein Beweis für die mangelnde Klarheit der Bevölkerung über den wahren Charakter der Waffenstillstandsbedingungen ist auch die Tatsache, dass über den Punkt, der die französische Flotte betrifft, eifrig debattiert wurde.<sup>4</sup> Man wundert sich, dass die Flotte nicht ausgeliefert zu werden braucht und tröstet sich lediglich damit, dass «wir wohl die Flotte nicht benötigen». Andererseits wird lebhaft erörtert, wo sich denn die französische Kriegsflotte befinde, wie sie sich vom englischen Kommando lösen, ob sie überhaupt im Falle eines Auslieferungsbefehls übergeben werden könnte.

Überwiegend bestand zunächst die Hoffnung, der Führer beginne den Angriff gegen England sofort.<sup>5</sup> Dabei herrscht die Meinung vor, dass der Krieg gegen den Engländer, der bei weitem kein so guter Soldat sei wie der Franzose, nicht allzulange dauern werde, es werde höchstens mit 6 Wochen gerechnet. Besonders hartnäckig hält sich der Glaube an grosse Überraschungen, die noch bevorständen. Die verschiedensten Gerüchte sind in Umlauf: «Neue Bomben, die so schwer seien, dass ein einzelnes Flugzeug jeweils nur eine mitnehmen könne, lägen bereit», «Turbinenflugzeuge mit über 1'000 km Stundengeschwindigkeit würden eingesetzt»,

Noch zu Nr. 100

25. Juni in Kraft getreten. – 3. Zwei Drittel Frankreichs mit der ganzen Atlantikküste und Paris blieben von deutschen Truppen besetzt, die französische Armee war, soweit sie nicht schon in Kriegsgefangenschaft war, bis auf einen schwachen Rest zu demobilisieren, die französische Regierung verpflichtete sich, alle feindseligen Handlungen zu unterlassen und in ihrem Gebiet zu verhindern (Wortlaut in: Das Archiv. Juni 1940. S. 315-318). – 4. Sie sollte mit Ausnahme derjenigen Einheiten, die zum Einsatz in den französischen Kolonien freigegeben wurden, unter deutscher und italienischer Kontrolle abgerüstet werden; Deutschland verpflichtete sich, sie nicht zum Kampf gegen England zu verwenden und auch bei einem Friedensschluss keine Auslieferung zu verlangen. – 5. In den weiteren Meldungen vom Sommer 1940 wurde die feste Überzeugung von

«2'000 Stukas stünden am Start», «eine Unzahl von Panzer- und Kriegsschiffseinheiten warteten auf den Schlag gegen England», «riesige Geschütze seien schon verladen», «die grau angestrichenen Schiffe Bremen und Europa würden demnächst ausfahren», «Segelflugzeuge, die schon bei der Erkämpfung des Forts Eben Emael sich bewährt hätten, würden sich auch hier wieder beteiligen».<sup>6</sup>

Auch mit Irland beschäftigt sich die Volksmeinung sehr rege.<sup>7</sup> Man erwartet baldigst, dass Irland an Deutschland das Ansuchen um militärischen Schutz stellen werde und dass dieses dann auch noch als Sprungbrett für den Grossangriff diene. Auch die Möglichkeit, dass Englands Regierung nach Kanada fliehe, und die Fortsetzung des Krieges unter dieser Bedingung ist schon in den Kreis der Erörterungen einbezogen worden. Mit einer gewissen Furcht rechnet gerade die von den englischen Bombenangriffen bisher heimgesuchte Bevölkerung damit, dass England in seiner letzten Verzweiflung zum Giftgaskrieg schreiten werde. Diese Befürchtungen wurden bekräftigt durch die seit Wochen schon umlaufenden Gerüchte, die Engländer hätten Flugblätter mit folgendem Inhalt abgeworfen: «Wir sind unser acht und kommen jede Nacht, kommt ihr mit Stukas, kommen wir mit Gas!»

Die kritischen Stimmen gegen Italien wollen nicht verstummen, und es wird erneut dazu gemeldet, dass die Aufklärung über die bisher notwendige mittelbare militärische Unterstützung durch Italien noch viel umfassender werden müsse.<sup>8</sup> Besonders kritische Beobachtung fand die Meldung vom «Grossangriff an der Alpenfront», der ausgerechnet während der Waffenstillstandsverhandlungen durchgeführt werden sollte. Allgemein hat man diese Meldung belächelt und als «einen Treppenwitz der Weltgeschichte» bezeichnet. Immer wieder wird betont, dass Italien zu einem billigen Sieg ohne besondere Leistung gekommen sei. In gewissen Intelligenzkreisen bezeichnete man das Verhalten des Führers gegenüber Italien als einen geschickten Schachzug, da sich die Wut des französischen Volkes weniger gegen den deutschen Sieger als gegen den unverdienten Nutzniesser des deutschen Sieges richten werde. Ein fruchtbares Ergebnis sei auch, dass die Schwäche Italiens erneut bewiesen wurde. Ein anderer Gedankengang propagiert die Abtretung eines Landstreifens

Noch zu Nr. 100

einem bevorstehenden Angriff auf England und der Rückschlag der Stimmung, als dieser ausblieb, deutlich sichtbar. – 6. Ausserdem war noch von «flüssiger Luft mit Elektronenstaub», «Todesstrahlen» und «doppelrumpfigen Flugzeugen» (die tatsächlich später eingesetzt wurden) die Rede (Meldungen vom 24. 6.) – 7. Die deutsche Propaganda gegen England hatte die Unterdrückung der Iren, z.B. in Spielfilmen, sehr in den Vordergrund gestellt; Erinnerungen an den irischen Aufstand im ersten Weltkrieg mochten ebenfalls zu derartigen Spekulationen anregen. Immerhin blieb Irland bis 1945 neutral. – 8. Italien hatte mit Frankreich am 24. Juni einen Waffenstillstand abgeschlossen; in der Bevölkerung war die Beteiligung Mussolinis an den Folgen der deutschen Siege als ein Akt deutscher Grosszügigkeit aufgenommen worden, von dem man

Italiens an Deutschland, um diesem bei Triest den Zugang zur Adria und zu den Kolonien zu ermöglichen.

Das allgemeine Interesse hat sich noch nicht von der Schweiz abgewendet. Man kann es diesem Staat nicht verzeihen, dass er zum Sammelbecken aller unruhigen Elemente geworden ist, dass von hier aus jahrelang die grösste Hetze gegen Deutschland betrieben wurde. Immer wieder wird die Forderung erhoben, «die Schweiz müsse noch geschluckt werden», «die Schweiz dürfe bei der Neuordnung Europas nicht übergangen werden».

In Nordschleswig und in nördlichen Teilen Schleswig-Holsteins rechnen die Bewohner damit, dass Nordschleswig entweder ganz oder mit Ausnahme des Amtes Hadersleben am 28. Juni in das Reich zurückgegliedert werde. Überall seien schon dazu Vorbereitungen im Gange.<sup>9</sup> Am 27. Juni soll der dänische König und am 28. Juni der Führer sprechen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein anderes Gerücht, wonach der Führer am 28. Juni von Versailles aus zur Welt sprechen werde.

Nr. 102 vom 4. Juli 1940 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

Auswirkungen und Aufnahme der allgemeinen Propaganda, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 2. 7. bis 4. 7. 1940

1. Das Interesse an Presse und Rundfunk ist in den letzten Tagen noch mehr abgeklungen. Jeder Volksgenosse wartet auf die Nachricht vom Beginn des Kampfes gegen England, den man sich gemeinhin als eine rücksichtslose vergeltende Unternehmung mit dem Ziel der Vernichtung Englands vorstellt. Der Sondermeldung des Rundfunks über die Besetzung der englischen Kanalinseln stand man vielfach etwas ratlos gegenüber. Vereinzelt wurde die Meldung so ausgedeutet, dass der Kampf schon begonnen habe und die Landung in England bereits im Gange sei (z.B. Graz). Um so grösser war die Verwunderung, dass die Morgenzeitungen nicht einmal die Sondermeldung wiederholten. In verschiedenen Gauen wurden die Schriftleitungen mit Anfragen bestürmt und die verschieden-

Noch zu Nr. 100

Zugeständnisse in Südtirol erwartete (Meldungen vom 24. Juni). – 9. In der Nordschleswigfrage hielt Hitler sich sehr zurück, eine Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse erfolgte während des Krieges nicht. Über die deutsche Minderheit in Dänemark liegen in den Meldungen aus dem Reich zwölf besondere Berichte vor.

sten Mutmassungen angestellt, wobei die häufigste war, dass man die Inseln wieder habe aufgeben müssen (z.B. Innsbruck). Erst der OKW-Bericht beseitigte diese Befürchtungen, liess aber das Gefühl zurück, dass die Teilaktion gegen die Kanalinseln mit der Sondermeldung des Rundfunks und dem Schweigen der Morgenpresse undurchsichtig sei. – Der erwartete Abschlussbericht über die Schlacht in Frankreich wurde mit Anteilnahme aufgenommen. Im Vordergrund standen für jeden Volksgenossen von vornherein die Zahlen über unsere Verluste.<sup>1</sup>

2. Die verhältnismässig grösste Aufmerksamkeit fand in der Berichtszeit noch immer die Meldung vom russischen Vorgehen in Bessarabien.<sup>2</sup> Die Notiz, dass Rumänien von der englischen Garantieerklärung abrückte, löste meist Heiterkeit aus. Man glaubt, dass der Balkan einschliesslich der Türkei insgesamt Rumänien auf diesem Wege der völligen Abwendung von England folgt. In Arbeiterkreisen (Schlesien) wurde häufig geäussert, es sei Zeit gewesen, dass «die Rumänen eins auf die Schnauze kriegten» («falsches Pack»). Rumänien werde nur wieder los, was es früher zusammengestohlen habe (z.B. Dresden). In Europa vollziehe sich eben ein «Grossreinemachen», eine vollständige Staatenumwälzung (Allenstein). In weiten Kreisen will man sich jedoch mit den «lakonischen Feststellungen» der Presse und des Rundfunks zum neuen russischen Schritt nicht zufriedengeben (Karlsruhe).

Man wünsche sich nunmehr nähere Auskunft über die Tendenzen der russischen Politik. Vielfach wird die Frage nach dem Schicksal der Volksdeutschen in der Bukowina gestellt. Die UdSSR nutze augenscheinlich die Situation, die das Reich im Westen binde, brutal aus (z.B. Neustadt a. d. W.). Der neue Schritt stelle offensichtlich einen Missbrauch der deutsch-russischen freundschaftlichen Abmachungen dar (z.B. Liegnitz). Man könne sich nicht vorstellen, dass dies auf die Dauer gut gehe.<sup>3</sup> Die

Zu Nr. 102

1. Schlussbericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 2. Juli (in: Das Archiv, Juli 1940, S. 364-367); die Verluste waren mit 27'074 Gefallenen, 18'384 Vermissten, 111'034 Verwundeten angegeben. – 2. Die Sowjetunion hatte Rumänien Ende Juni gezwungen, Bessarabien und die Nordbukowina, die bis 1918 zu Russland gehört hatten, abzutreten. Deutschland hatte sich bereits am 23. 8. 1939 in dem Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (Wortlaut u.a. bei Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 119 f.) damit einverstanden erklärt ebenso wie mit der Annektion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion, die zur gleichen Zeit in mehreren Etappen erfolgte. – 3. Gerüchte über Spannungen zwischen Deutschland und Russland waren erstmals im Mai verzeichnet worden (Meldungen vom 3. Mai), bei dem russischen Vorgehen gegen die Randstaaten war starkes Misstrauen in weiten Bevölkerungskreisen und vereinzelt Befürchtungen vor einer endgültigen Auseinandersetzung festgestellt worden. Diese Furcht steigerte sich im Juli und führte zu Gerüchten über umfangreiche militärische Vorbereitungen gegen die Sowjetunion und sogar von einer bereits erfolgten Besetzung des Generalgouvernements durch russische Truppen; sie legte sich auch trotz Hitlers beruhigender Erklärungen vom 19. Juli (unten Nr. 107) nur wenig (Meldungen vom 18. Juli, 19. September, 3. Oktober, 16. Dezember 1940). Hitler erwog seit Ende Juli, die Sowjetunion anzugreifen und damit den letzten möglichen Bundesgenossen Englands auf dem Festland auszuschalten (Auszug aus dem Tagebuch Haiders bei Jacob-

«nebensächliche» Behandlung der Angelegenheit in der Presse sei ein Zeichen dafür, dass Russlands Handlungsweise auch der Reichsregierung nicht angenehm ist. Die Mitteilung über das russische Ultimatum an Rumänien habe wie eine «kalte Dusche» gewirkt. Dass das Reich in diesem Falle mit Russland nicht einverstanden gewesen sei, wird häufig daraus geschlossen, dass Rundfunk und Presse über die russische Aktion erst berichteten, nachdem sie schon im vollen Gange war (z.B. Berlin). Nachteilig wirkte sich auch hierbei wieder aus, dass die russischen Massnahmen bereits vorher als Gerücht in ziemlichem Umfange verbreitet waren (z.B. Düsseldorf). In Berlin wird in diesem Zusammenhang darauf Bezug genommen, dass die «Warschauer Zeitung» schon einen Tag früher berichtet habe. Vereinzelt wird mit einiger Kritik wieder die Meinung vertreten, dass die Führung wichtige Nachrichten vorenthalte bzw. zurückstelle. Dabei spielt eine Rolle, dass der fremdsprachige Nachrichtendienst der deutschen Sender offenbar in zunehmendem Masse abgehört und mit dem deutschsprachigen Dienst verglichen wird und dann bestimmte Meldungen des Fremdsprachendienstes in Umlauf gebracht werden. In Frankfurt/Main will man beobachtet haben, dass das Ultimatum der Sowjetunion an Litauen im französischsprachigen Nachrichtendienst vom 15.6. kam und erst später vom deutschen Nachrichtendienst gebracht wurde. In Weimar will man aus dem holländischsprachigen Nachrichtendienst vom 14. 6. bereits 2 Tage vor der Veröffentlichung in der Presse von dem Interview des Führers mit dem amerikanischen Journalisten v. Wiegand<sup>4</sup> Kenntnis erhalten haben.

3. Im Süd westen des Reiches haben Artikel wie der von Hauptschriftleiter Neuscheler im «Führer» und das «Politische Tagebuch» in der «Bodensee-Rundschau», die mit der früheren Haltung der Schweiz und dem plötzlichen Umschwung in der Stellung zu Deutschland ins Gericht gehen, sehr starken Anklang gefunden. Anknüpfend an das Vorgehen der Russen im Baltikum und gegen Rumänien wird im gesamten Reich gehofft, dass bei der Bereinigung der europäischen Verhältnisse auch mit der Schweiz «friedlich abgerechnet» werden möchte.

4. Durch das Vorgehen Russlands hellhörig geworden, werden jetzt vielfach auch die knappen Presseberichte über Japan mit Aufmerksamkeit verfolgt. Japan habe mit seinen Aspirationen auf den europäischen Besitz im Fernen Osten und im Stillen Ozean offenbar dieselbe Absicht wie Russland, die derzeitige europäische Lage auszunutzen.<sup>5</sup>

5. Der bis vor kurzem noch sehr lebhaft Wunsch nach näherer Unter- richtung über die Stellung der Vereinigten Staaten ist allgemein zum

Noch zu Nr. 102

sen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 161). – 4. Hitler hatte Wiegand am 15. Juni in seinem Hauptquartier empfangen und sich zur Politik gegenüber den USA geäußert (Wortlaut des Interviews bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1\*524-1\*526). – 5. Erst im Sep-



Schweigen gekommen. Aus den Presseberichten der letzten Woche habe man sich, so wird geäußert, nunmehr ein einigermaßen klares Bild machen können. Es stehe wohl fest, dass eine bedeutende Opposition gegen Roosevelt einen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ausschliesse.

6. Es hat sich nach und nach herumgesprochen, dass die Waffenstillstandsbedingungen noch nicht, wie dies in einer ausserordentlichen Breite angenommen worden war, gleichbedeutend mit den Friedensbedingungen sind. Übereinstimmend wird berichtet, dass die Bedeutung der einzelnen Vertragspunkte noch immer stark erörtert wird. Der einfachere Volksgenosse wisse nicht, was er aus dem Text entnehmen solle und könne (z.B. Bayreuth). Nur in Intelligenzkreisen greife allmählich die Auffassung Platz, dass der Waffenstillstandsvertrag für die künftigen Friedensverhandlungen «alles offenlasse». Es wird durchweg angenommen, dass nach Abschluss der Wiesbadener Besprechungen der Waffenstillstands-Kommission doch noch nähere Erläuterungen über den Waffenstillstandsvertrag kommen.

7. Allgemein wird beobachtet, dass die Stimmung gegenüber Frankreich und das Interesse an den Berichten der Presse aus dem französischen Gebiet in den letzten Tagen sehr abgeebbt ist. Aus den «milden» Waffenstillstandsbedingungen und aus den häufigen Verlautbarungen der Presse und des Rundfunks, dass das französische Volk ebenfalls zu den von England Betroffenen gehört, will man vielfach schliessen können, dass Frankreich am Ende ausser Elsass-Lothringen kaum etwas verliert und dass vom Führer eine rasche Regelung angestrebt wird, die ein lang dauerndes friedliches Nebeneinanderleben Deutschlands und Frankreichs bringen soll. Viele Volksgenossen meinen, dass ihnen durch die Art, wie mit den Franzosen verkehrt und wie über Frankreich berichtet wird, jetzt ein «gewisses Verständnis» für diese Auflösung des französisch-deutschen Gegensatzes abgewonnen werden soll (z.B. Dessau). Mit den Berichten über die Ermordung deutscher Flieger, den Greuelthaten der Kolonialtruppen usw. habe die deutsche Propaganda während der Kampfhandlungen wohl etwas übertrieben, nachdem jetzt in PK- und Frontberichten die Tapferkeit des französischen Soldaten häufig anerkannt werde (z.B. München, Stuttgart, Berlin). Andererseits verstehe man dann nicht, wenn weiter von Mordthaten französischer Soldaten an belgischen Zivilisten berichtet werde (z.B. Berlin) oder die Presse Aufsätze wie den von Ettighofer «Die Schlüssel des Forts Asmi&res» bringe, in dem von den sadistischen Quälereien der Franzosen im Weltkrieg die Rede sei. Die Anerkennung der Franzosen und des neutralen Auslandes für das ritterliche Verhalten der deutschen Wehrmacht sei gewiss sehr schön, aber verdient hätten es die Franzosen ebensowenig wie die Polen (z.B. Liegnitz). Als kleines Beispiel für eine unterschiedliche Charakteristik der Franzosen wird aus verschiedenen Städten angeführt, dass in einem Rundfunk-

gespräch vom 24. 6. zwischen einem Kriegsberichter und einer Werkstatt-Kompanie die Konstruktion der französischen Fahrzeuge als überholt bezeichnet worden sei; eine Weiterverwendung des französischen Materials könne nicht in Frage kommen, da die französische Heeresmotorisierung auf dem Stand von 1925 stehengeblieben sei. Am gleichen Abend habe Oberstleutnant Hesse mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die deutsche Wehrmacht in der französischen eine modernst ausgerüstete Armee vor sich gehabt habe, die auch in der Bewaffnung und in der Motorisierung erstklassig war (Braunschweig, Frankfurt/M., Stuttgart).

8. Der allgemeinen Stimmung entsprechend wird vielfach geäußert, dass die Presse im Vergleich zu Frankreich über England «viel zu wenig» bringe. Was erscheint, wird von allen Volksgenossen Zeile für Zeile gelesen, wobei man aber wünscht, dass über allgemeine und bekannte Feststellungen, wie die, dass England nun allein stehe, hinausgegangen werden möchte. Aus Berichten über die wachsende Unsicherheit in England und über Anzeichen einer Auflösung, wie sie sich in Frankreich vollzogen habe, stärkt man sich durchweg in der Meinung, dass es mit England ebenso rasch gehen werde wie mit Frankreich. Die Kampfkraft der englischen Soldaten wird gemeinhin wesentlich geringer als die der Franzosen eingeschätzt. Für die Landung in England und den Kampf auf der englischen Insel habe der Führer bestimmt wieder seinen besonderen Plan und besondere Waffen bereit.<sup>6</sup> Nur vereinzelt wird eingewendet, dass bei allem Vertrauen in die deutsche Kriegsführung ein übertriebener Optimismus fehl am Platze sei (z.B. München). Von einer Angst der Engländer könne, wie die trotz schärfster deutscher Warnungen durchgeführten englischen Bombenangriffe auf das Reichsgebiet zeigten, nicht die Rede sein (z.B. Innsbruck). Der Engländer habe sich nach allen Erfahrungen der Geschichte in kritischen Situationen immer als sehr stur und zäh gezeigt (z.B. Allenstein). Es erscheine bedenklich, wenn die Masse der Volksgenossen England gegenüber in den gleichen Fehler ver falle, den alle bisherigen Gegner des Reiches der deutschen Wehrmacht gegenüber gemacht hätten, nämlich die Auseinandersetzung als ein Kinderspiel zu betrachten.

9. Die Bombenangriffe der Engländer auf das Reichsgebiet sind, nachdem die militärischen Aktionen in Frankreich abgeschlossen und alle Blicke ausschliesslich auf England gerichtet sind, zum täglichen Gesprächs-

Noch zu Nr. 102

tember 1940 besetzte Japan Französisch-Indochina. – 6. Hitler ordnete die Vorbereitungen einer Landung in England mit Weisung Nr. 16 vom 16. Juli an (Unternehmen «Seelöwe»), sie sollte jedoch erst erfolgen, wenn die englische Luftwaffe niedergezwungen war (Weisung Nr. 17 vom 1. August), was in der Schlacht über England scheiterte. Vgl. Klee, Das Unternehmen Seelöwe. 1958; ders., Dokumente zum Unternehmen Seelöwe. 1959 = Studien und Dokumente zur Geschichte des 2. Weltkrieges 4 a und 4 b. –

Stoff geworden.<sup>7</sup> Die Berichte der Presse und des Rundfunks haben in den Gebieten, die von den Angriffen nicht betroffen werden, vor allem die Wut gegen England und den Wunsch nach einer «wirklichen» Vergeltung im Wege der Bombardierung englischer Städte auf den Höhepunkt gebracht. Der Artikel «Fliegeralarm oder nicht?» hat in Verbindung mit aufklärenden Rundfunksendungen und Glossen der Presse gegen übertreibende Gerüchte nach nunmehr vorliegenden genaueren Feststellungen in den nur gelegentlich von englischen Luftangriffen berührten Gebieten beschwichtigend gewirkt. Dagegen ist in den Bereichen, die beinahe täglich von englischen Bombern angeflogen werden, um diesen Artikel und über die Form, in der Presse und Rundfunk sich mit dem Luftschutz, dem Flugwardienst, der Flugabwehr, den Einzelheiten der Durchführung und des Erfolgs bzw. Misserfolgs solcher Angriffe beschäftigten, eine heftige Diskussion entbrannt. Kennzeichnend für den Rahmen, in dem sich diese Erörterungen bewegen, ist insbesondere ein Bericht aus dem Ruhrgebiet (Dortmund). Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung sei durch die feindlichen Fliegerangriffe auch jetzt in ihrem Kern nicht beeinträchtigt. Z.T. nehme man sie mit Humor hin, was beispielsweise in dem Abendgruss «Ich wünsche Ihnen eine splitterfreie Nacht» zum Ausdruck komme. Dass es den feindlichen Fliegern nunmehr gelinge, auch am Tage in grösseren Verbänden durchzustossen, habe jedoch Verwunderung hervorgerufen. Anfangs habe man einem am Tage erfolgenden Alarm kaum glauben wollen, und die Bevölkerung sei nur schwer zu bewegen gewesen, die Luftschutzkeller aufzusuchen. Die Erfolge der englischen Flieger seien vom militärischen Standpunkt aus gesehen sehr gering, und der Sachschaden und der Verlust an Menschenleben seien auch im Verhältnis zu der Zahl der abgeworfenen Bomben minimal. Die seelisch-körperliche Zermürbung der Bevölkerung nehme aber stark zu. In der Zeit, in der man gewusst habe, dass bei einem Fliegerangriff alarmiert wird, sei man ruhiger gewesen. Nach dem Artikel «Fliegeralarm oder nicht?» kenne man sich weniger als je aus. Jeder mache jetzt noch mehr als bisher seinen eigenen Alarm. Wenn es der Sinn gewesen sei, klarzumachen, dass der Produktionsprozess nicht durch dauernde Alarme unterbrochen werden dürfe, so stehe dem entgegen, dass in zahlreichen Betrieben die Arbeiter

Noch zu Nr. 102

7. Die Wehrmachtberichte hatten in der zweiten Junihälfte und Anfang Juli fast täglich englische Luftangriffe auf Nord- und Westdeutschland gemeldet, als Ziel aber nur am 2. Juli Kiel genannt. Die Meldungen aus dem Reich hatten über die Wirkung von Bombenabwürfen in Dortmund, Höchst, Offenbach, Soest, Köln, Düsseldorf, Speyer, Neuss, Osnabrück, Münster berichtet und die Schäden im Allgemeinen als gering bezeichnet; erheblichere Schäden hatte es danach lediglich im Raum Düsseldorf, bei den Farbwerken in Höchst und in Münster gegeben, im Koblenzer Bereich hatte man in der Zeit vom 1. bis 3. Juli 202 Sprengbomben, 138 Brandbomben und 79 Minen gezählt, die drei Personen verletzt und für etwa 1 Million RM Sachschaden angerichtet hatten.

von sich aus während der Arbeitszeit dauernd nach feindlichen Fliegern Ausschau halten oder Betriebe ihren eigenen Beobachtungsdienst und ihren eigenen Alarm eingeführt hätten. Man beschäftige sich sehr stark mit früheren Verlautbarungen, dass kein Feindflieger in das Ruhrgebiet gelangen werde. Man habe sich dann beruhigen lassen durch die Erklärung, dass die feindlichen Flieger einzeln und nur nachts kämen und ihre Bomben aus grossen Höhen und planlos abwürfen, wobei der Kampf von den Engländern in gemeiner Weise gegen Frauen und Kinder geführt werde. Demgegenüber mache man jetzt die Feststellung, dass der Feind auch tagsüber in grösseren Gruppen anfliege und seine Bomben aus niedrigster Höhe auf Industrieanlagen usw. anbringe. Die Drohungen der Presse und des Rundfunks, dass dem Feind am Tage ein heisser Empfang bereitet werde, seien gegenstandslos geworden durch die Tatsache, dass englische Flieger lange Zeit über ihren Zielen kreuzen, sich der Flakabwehr entzögen und sich auch gegen deutsche Jäger mit Erfolg zur Wehr setzten. Man will Berichte, in denen die englische Luftwaffe als feige bezeichnet werde, nicht mehr gelten lassen, sondern billige auch dem Feinde zu, dass seine Flieger Schneid besässen. Verlautbarungen, die in ihrer Grundlinie auf eine Rechtfertigung des Luftschutzes oder eine besondere Anerkennung der Flak hinausliefen, stossen auf Ablehnung. Die gesamte Diskussion gipfelt schliesslich immer wieder in dem Wunsch, endlich mit den längst angekündigten Vergeltungsmassnahmen gegen England ernst zu machen. Von Kumpels aus dem Ruhrgebiet wird dieser Wunsch immer wieder in den Satz geprägt «Hermann soll seinen Taubenschlag mal ordentlich aufmachen».

Nr. 107 vom 22. Juli 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Nachricht von der Einberufung des Reichstages bestätigte erlösend die schon seit Wochen darüber umlaufenden Gerüchte. Die Führerrede wurde mit grösster Spannung erwartet.<sup>1</sup> Noch einmal lebten in den Gesprächen über den mutmasslichen Inhalt der Rede die zahlreichen Gerüchte und Vermutungen auf. Am meisten besprochen wurden dabei die Fragen: Ultimatum an England, Friedensverhandlungen mit England, Beginn des

Zu Nr. 107

1. Wortlaut der Rede vom 19. Juli bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'540-1'559. Hitler hatte nach einem Überblick über den Frankreichfeldzug, den er mit der Bekanntgabe von Görings Ernennung zum Reichsmarschall und der Beförderungen in der hohen Generalität beschlossen hatte, die günstige Lage Deutschlands auf allen Gebieten geschildert und nochmals an England appelliert, den Krieg zu beenden. –

Grossangriffs gegen England, Balkanfrage und Verhältnis zu Russland.<sup>2</sup> In allen Schichten der Bevölkerung hinterliess die Rede des Führers ausnahmslos einen gewaltigen Eindruck, sie wurde überall mit Ergriffenheit und Begeisterung aufgenommen. «Die Führerrede wirkte wie ein reinigendes Gewitter.»<sup>3</sup>

In den Erörterungen über die Rede werden einige Punkte von der Bevölkerung immer wieder besonders hervorgehoben. Am eindringlichsten wirkte der letzte Appell an die Vernunft. «Das neue Friedensangebot an England war die Überraschung der Stunde.» Aus den vorliegenden Meldungen ergibt sich übereinstimmend, dass das Friedensangebot an England als dem eigentlichen Kriegshetzer und Schuldigen an diesem Kriege als «fast zu grosszügig und grossmütig» angesehen wird. Überwiegend glaubt man jedoch, dass dieser Appell ohne Wirkung bleiben und in «echt englischer Überheblichkeit» abgelehnt werden wird, so dass England doch noch seine verdiente Strafe erhalten werde. Vielfach wurden auch Befürchtungen geäussert, dass im Falle einer Verschonung Englands in wenigen Jahren in Europa ein neuer Krieg ausbrechen werde. In politisch interessierten Kreisen wird geäussert, dass der Führer nach Möglichkeit die Vernichtung Englands vermeiden wolle, da der völlige Zusammenbruch des englischen Weltreiches nicht absehbare weltwirtschaftliche und weltpolitische Schwierigkeiten zur Folge haben würde.

Der Teil der Führerrede, der das Verhältnis Deutschlands zu Russland behandelte, fand neben dem Friedensangebot stärkste Beachtung. Die Betonung des guten Verhältnisses zu Russland und die sachliche Klarstellung der gegenwärtigen Lage wirkte beruhigend und war besonders dazu angetan, die Unsinnigkeit der Gerüchtemacherei wieder einmal sinnfällig unter Beweis zu stellen. Die Gerüchte über Russland sind dadurch verstummt.

Die Herausstellung Italiens hat ihre Wirkung nicht verfehlt. War schon durch die letzten Erfolge der Italiener die Haltung wesentlich italienfreundlicher geworden, so trug diese Würdigung durch den Führer nur noch dazu bei, die positive Einstellung des deutschen Volkes zu Italien zu festigen.<sup>4</sup>

Ungeteilten Beifall fand die Beförderung und Auszeichnung der erfolgreichen Heerführer. Am meisten erfreute die Ehrung Görings und seine Ernennung zum Reichsmarschall. Einhellig sieht man darin die verdiente Anerkennung für die ungeheuren Verdienste, die gerade Göring sich um

Noch zu Nr. 107

1. Hitler hatte erklärt, das deutsch-russische Verhältnis sei endgültig festgelegt, die beiderseitigen Interessen abgegrenzt. – 3. Hitlers Drohungen, das englische Weltreich werde zerstört, wenn England nicht nachgebe, waren allerdings, wie die späteren Meldungen zeigen, vielfach als Ankündigung eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs aufgefasst worden, so dass Enttäuschung eintrat, als dieser ausblieb. – 4. Bereits am 1. August wurde aber wiederum gemeldet, dass die

den Aufstieg Deutschlands und seine Siege erworben habe. Besonders fiel der Bevölkerung die hohe Anzahl von Feldmarschällen auf.<sup>5</sup> Im Rahmen des Rechenschaftsberichtes über die militärischen Operationen wurde die ehrende Erwähnung der Helden von Narvik mit besonderem Beifall begrüsst. Fast in einem Atemzug mit der Verleihung des Grosskreuzes an Reichsmarschall Göring nannte man die Ehrung General Dietls, des «Helden von Narvik».

Die Erwähnung der inneren Front und ihrer Arbeitsleistungen fand in allen Kreisen, besonders aber bei den Rüstungsarbeitern dankbare Aufnahme. «Der Führer hatte die Notwendigkeit und Bedeutung der Arbeit in der Heimat vor dem ganzen Volke bestätigt, so dass wir uns in keiner Weise vor unseren Kameraden an der Front zu schämen brauchen.»

Grossen Eindruck machten auch die Ausführungen über die Rüstungsstärke und die unerschütterliche Wirtschaftslage Deutschlands. Gerade von diesen Worten des Führers ging eine besonders beruhigende Wirkung aus. Die dadurch erneut bestätigte absolute Produktions- und Nahrungssicherheit steigerte nur noch die ohnehin grosse Zuversicht des deutschen Volkes.

Besonders in Parteikreisen nahm man mit Genugtuung die Stelle der Rede auf, in der der Führer die wichtige Schlüsselstellung der Partei hervorhob und auf die Tatsache besonders einging, dass ohne die Partei all das nicht möglich gewesen wäre, was in den letzten Jahren geschaffen wurde, und dass auch die Wehrmacht ihren jetzigen Stand nur der jahrelangen Vorarbeit der Partei verdanke.

In Kreisen des Reichsnährstandes und der Bauernschaft ist aufgefallen, dass der Führer mit keinem Wort auf das deutsche Landvolk und seine Führung eingegangen ist, und es wird gemeldet, dass Bauernführer und ehrenamtliche Mitarbeiter des Reichsnährstandes z.T. ihrer Enttäuschung offen Ausdruck verliehen.

Die Abschlussworte Görings fanden dankbarste Aufnahme und wurden als «allen Volksgenossen wie aus dem Herzen gesprochen» einstimmig gewürdigt.<sup>6</sup>

Noch zu Nr. 107

italienischen Kriegsberichte mit Zweifel aufgenommen würden; erst die Besetzung Britisch-Somalands durch italienische Truppen (Abschlussbericht vom 24. August) hob das italienische Ansehen wieder. – 5. Zu Generalfeldmarschällen befördert worden waren v. Brauchitsch, v. Rundstedt, Ritter v. Leeb, v. Bode, List, v. Kluge, v. Witzleben, v. Reichenau, Keitel, Milch, Sperrle, Kesselring. Dietl war General der Infanterie geworden und hatte als erster das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhalten. – 6. Als Präsident des Reichstages hatte Göring in seinem Schlusswort von den «Gefühlen des Dankes und der Hingabe» an Deutschlands grössten Feldherrn und Staatsmann gesprochen, die das ganze Volk durchtobten. (Stenographische Berichte, 5. Sitzung.)

Nr. 110 vom 29. Juli 1940 (Auszug)

## V. Wirtschaft

**Klagen über Obst- und Gemüseversorgung**

Die Obstversorgungslage wird im Reich stellenweise als gut, aber überwiegend als sehr schlecht und mangelhaft bezeichnet. In Berlin hat sich die Lage durch verstärkte Zufuhren und durch die angeordnete Verkaufslenkung wesentlich gebessert. Köln meldet, dass die früher gewohnte Beschickung der Stadtmärkte fast vollkommen ausgefallen sei und der ausserordentliche Bedarf der Haushaltungen zur Einmachzeit nicht hätte gedeckt werden können. Abgesehen hiervon – und von dem Mangel an Einweckgläsern – würde das Einwecken von Obst für den grössten Teil der Bevölkerung aber auch durch die hohen Obstpreise sehr erschwert.

In den Meldungen aus fast allen Gebieten des Reiches werden die Obstpreise unterschiedlich in der Höhe, aber auch übereinstimmend als zu hoch bezeichnet. In den Meldungen aus Köln heisst es, dass in der Bevölkerung, vor allem bei den Arbeiterfrauen, in den letzten Tagen zunehmend Klagen über zu hohe Obst- und Gemüsepreise geführt würden. Man sei der Meinung, dass die Arbeiterfrauen bei den heutigen Obstpreisen nicht daran denken könnten, wie in früheren Jahren oder auch noch zusätzlich Obst einzumachen. Aus Hannover wird berichtet, dass die Obst- und Gemüsepreise durchweg doppelt so hoch lägen wie im Vorjahr. Erdbeeren und Himbeeren, die fast nur im Schleichhandel zu haben seien, kosteten 80 und 90 Pfennige das halbe Kilo. Liegnitz führt die hohen Preise des Beerenobstes auf die festgesetzten Spannen zurück. Deshalb würden Blaubeeren auch direkt vom Pflücker an den Verbraucher verkauft, wobei der Pflücker einen Preis von 35 Pf bis 55 Pf erziele, während die Händler mit Rücksicht auf den niedrigeren festen Abnehmerpreis von den Pflückern keine Beeren mehr erhielten. Auch Dessau meldet, dass die Beerenernte zwar reichlich, die Beschickung der Märkte aber trotzdem sehr gering sei, und führt diesen Mangel auf eine Durchbrechung und nicht einheitliche Durchführung des Absatzweges zurück.

Die gleichen Klagen mit derselben Begründung werden auch in der Gemüseversorgung geführt. Der Mangel an Gemüsen wirke sich bei dem zweifellos grösseren Bedarf gegenüber der Vorkriegszeit allmählich bei der Bevölkerung stimmungsmässig ungünstig aus. Kiel berichtet, dass sich dort auf dem Wochenmarkt sehr unliebsame Vorkommnisse ereignet hätten. Die Frauen hätten die Zufahrtsstrassen zur Stadt aufgesucht und die Wagen der Erzeuger schon am Stadtrand bestürmt. Diese direkten Erzeugerverkäufe an den Verbraucher müssten auch als ein wesentlicher

Störungsfaktor in der Obst- und Gemüseversorgung angesehen werden, sie seien aber zum Teil auf das Verhältnis von Erzeuger- und Kleinhandelspreis zurückzuführen. So wird in einer Meldung aus Tilsit z.B. der Erzeugerpreis für den Zentner Zwiebeln mit 6,20 RM angegeben, während der Verkaufspreis im Handel 14,- RM betrage.

In Darmstadt sei festgestellt worden, dass auf anderen Wochenmärkten Obst und Gemüse wesentlich billiger zu erhalten sei als im eigentlichen Erzeugergebiet. Von solchen gebietlichen Preisschwankungen wird auch aus dem Ruhrgebiet gemeldet. So soll die Obstversorgung in Gelsenkirchen äusserst schlecht sein, während in den Nachbarstädten des Rheinlandes reichlich Obst angeboten würde. Die Gelsenkirchener Preisüberwachungsstelle habe hierzu mitgeteilt, dass diese Umstände ihren Grund in der unterschiedlichen Preisfestsetzung zwischen dem Rheinland und Westfalen habe. Im Rheinland läge der Preis für Obst 10-15 Prozent höher als in Westfalen. Aus diesem Grunde würden vom Obsthandel des Ruhrgebietes für Westfalen bestimmte Gemüse und Obstladungen zum Essener Grossmarkt umdirigiert, um dort höhere Preise erzielen zu können. Nach den Berichten sei die Stadt Essen mit Obst völlig übersättigt, während in Gelsenkirchen und anderen westfälischen Orten täglich Hunderte von Hausfrauen an den Marktständen und in den Geschäften um Obst Schlange stehen müssten. Allgemein wird in den Meldungen betont, dass das Hauptaugenmerk auf eine einheitliche Preisfestsetzung wie auch auf eine Eindämmung der bisher erlaubten Aufkäufe von Gartenbauerzeugnissen seitens der Verbraucher unmittelbar beim Erzeuger gerichtet werden müsse.<sup>1</sup>

### Auswirkungen der nächtlichen Fliegerangriffe auf die Produktion

Infolge der andauernden nächtlichen Fliegeralarme<sup>2</sup> mehren sich die Meldungen über Produktionsausfälle. Die Ausfälle infolge direkter Fliegerwirkungen sind nach wie vor verhältnismässig gering, selbst die zunächst im Falle der öl- und Treibstoffherstellungsstätten in Misburg und Dollbergen bei Hannover gemeldeten Beschädigungen haben sich in ihrem Umfange, vor allem den zeitlichen Produktionsausfall betreffend, nicht bestätigt. Es konnte bereits ein Teil des Betriebes wieder in Gang gesetzt werden. Um so stärker sind aber die mittelbaren Folgen der andauernden

Zu Nr. 110

1. Ergänzend wies ein weiterer Bericht vom 15. August 1940 darauf hin, dass vielfach angeliefertes Obst und Gemüse in den Geschäften verderbe, weil es erst nach Eingang der Rechnung verkauft werden dürfe, ohne die der Abgabepreis nicht festgesetzt werden dürfe. In vielen anderen Meldungen kam ebenfalls zum Ausdruck, wie das deutsche Bewirtschaftungs- und Marktlenkungssystem schon in diesem frühen Stadium des Krieges oft schlecht funktionierte. – 2. Zwi-



Luftangriffe infolge Übermüdung der Arbeiter. So meldet Dortmund einen Rückgang der Förderung des dortigen Bergbaues infolge Übermüdung und Nachlassens der Spannkraft. Viele Gefolgschaftsmitglieder hätten bis zu den Zechen weite Anmarschwege zurückzulegen, infolgedessen bliebe ihnen nach Ende des Alarms nur kurze Zeit zum Schlafen. Häufiges Verschlafen der Gefolgschaftsmitglieder sei die Folge, was zu einer Vermehrung der Fehlschichten führe. Auch die Aufmerksamkeit der Gefolgschaftsmitglieder leide darunter, so dass sich bereits zusätzliche Unfälle ereigneten. Einige Zechen seien dazu übergegangen, soweit Verladung und Versand es gestatten, die Mittagschicht zu verstärken.

Bei den Grossgasverbrauchern mussten regelmässig Gasspartage und zeitweilig auch Sonntagsarbeit eingelegt werden, weil die Hauptentgasung der während des Alarms gedämpften Koksöfen erst etwa 3 Stunden später wieder einsetzt, so dass die Tagesverbrauchsspitzen nicht immer voll gedeckt werden können.

Auch Düsseldorf berichtet, dass u.a. die Firma Norton in Wesseling infolge der Fliegerangriffe dazu übergehen musste, nur noch zwei Schichten arbeiten zu lassen, der tägliche Produktionsausfall betrage 20 Prozent gegenüber der früheren Leistung. Der Bezirk Bielefeld meldet u.a., dass eine Vollzähligkeit der zur Arbeit antretenden Gefolgschaftsmitglieder kaum noch in Frage käme. Im Allgemeinen seien Ausfälle von 20 bis 25 Prozent üblich. Etwa 30 Prozent der ausserhalb der Betriebsorte wohnenden Arbeitskräfte, die mit der Bahn zur Arbeitsstelle kommen, verpassten den ersten Zug und würden erst Stunden später an ihren Arbeitsplätzen erscheinen. Bei der Firma Rave & Co. in Rheda hätten wiederholt Arbeiterinnen, die über ihren Maschinen eingeschlafen seien, geweckt werden müssen. Die Werkberufsschule derselben Firma konnte an verschiedenen Tagen nicht durchgeführt werden, weil bis zu 80 Prozent der Lehrlinge nicht erschienen waren. In den Meldungen wird allgemein zum Ausdruck gebracht, dass viele Arbeitskräfte infolge Schlafmangels und Aufregung durch Bombenabwürfe feindlicher Flieger derart körperlich und seelisch angegriffen seien, dass sie Ausspannungen ärztlich verordnet bekämen und die Firmen Urlaub gewähren müssten. Eingehende Berechnungen hätten ergeben, dass in Auswirkung der nächtlichen Alarme die allgemeinen Leistungen vieler Betriebe um 30 bis 43 Prozent vermindert seien. Von Betriebsführern wird dazu ausgeführt, dass unter allen den genannten Umständen den Betrieben der besonders gefährdeten Gebiete

Noch zu Nr. 110

sehen dem 10. und 25. Juli hatten die Wehrmachtberichte täglich, ausser am 11. und 17., nächtliche Luftangriffe auf das Reichsgebiet gemeldet; die Schäden wurden als gering bezeichnet, was mit den Angaben in den Meldungen aus dem Reich übereinstimmt, für die ein Angriff auf Hamburg am 4. Juli, bei dem 50 Flugzeuge beteiligt waren und der 16 Tote und 2; Verletzte gefordert hatte, als Grossangriff galt.

eine einwandfreie Betriebsfertigungsvorausrechnung nicht möglich sei und die täglichen Produktionsergebnisse fast ausschliesslich von täglichen Zufällen abhängig wären.

Nr. 111 vom 1. August 1940 (Auszug;

#### V. Wirtschaft

### **Stimmen aus der Bevölkerung zur Ernährungslage – ungünstige Aufnahme der Neufestsetzung der Brotrationen**

Nach erfolgter Ausgabe der Lebensmittelkarten und zu Beginn der neuen Bezugsperiode sind aus weiten Kreisen der Bevölkerung Stimmen laut geworden, die sich mit der Neufestsetzung der Brotration befassen, die allgemein als eine Verschlechterung der Ernährungsgrundlage angesehen wird.<sup>1</sup> Die bereits vor einigen Wochen erfolgte Ankündigung über die Neuregelung in der Brotzuteilung hat den vorliegenden Meldungen zufolge durchweg eine ungünstige Aufnahme gefunden, da hierbei die Erhöhung der Brotration für Jugendliche der Altersklassen von 10 bis 20 Jahren stark hervorgehoben wurde, während demgegenüber die mengenmässig grössere Einschränkung für Normalverbraucher einschliesslich der Schwer-, Lang- und Nachtarbeiter nur ganz nebensächlich behandelt wurde.

In den Stimmungsberichten der vergangenen Monate und Wochen<sup>2</sup> ist hinsichtlich der Ernährungsgrundlage übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden, dass die Brotration von den Werktätigen, einschliesslich derjenigen Gruppen, die eine Sonderbehandlung erfahren haben, wie Schwer-, Lang- oder Nachtarbeiter, als unzureichend angesehen wird. Unzureichend deshalb, weil diese Verbraucher infolge verlängerter Arbeitszeit oder Nacharbeit überwiegend auf die Brotverpflegung angewiesen sind. Ein gewisser Ausgleich wurde früher dadurch erzielt, dass von diesen Kreisen im grossen Umfange Kuchen und sonstiges Feingebäck als Ausgleich für die mangelnden Brotmengen und Aufstrichmittel (Fleischwaren und Fette) verzehrt wurden. Diese Möglichkeit wurde bereits nach Einführung der sogenannten Kuchenkarte (Reichsbrotkarte B) praktisch hinfällig.

Zu Nr. 111

1. Die wöchentliche Brotzuteilung für Normalverbraucher betrug ab 29. 7. noch 1'750 statt vorher 1'900 g; auch die Zulagen für Schwerarbeiter wurden entsprechend gekürzt, und nur die 10- bis 20jährigen erhielten wöchentlich 200 g mehr (unveröffentlichte Statistik der Lebensmittelzuteilungen; Bundesarchiv, R 24/623). – 2. So am 3. und 23. Mai.

Die vorliegenden Meldungen der letzten Tage besagen ausnahmslos, dass die nunmehr in Kraft getretene Kürzung der Brotrationen, insbesondere bei der Arbeiterbevölkerung, eine gewisse Beunruhigung ausgelöst habe. Im Zusammenhang damit werden, wie es in verschiedenen Berichten heisst, immer wieder Zweifel laut, die auf den Gegensatz zwischen den offiziellen Verlautbarungen über die Versorgungsgrundlage und die tatsächlichen Gegebenheiten hinweisen. Vielfach habe – wie in den Meldungen weiter hervorgehoben wird – die Auffassung bestanden, dass durch den erfolgreichen Abschluss der Operationen im Westen eine teilweise Auflockerung der Lebensmittelbewirtschaftung erfolgen würde. Andererseits würden jedoch in weiten Kreisen der Bevölkerung Befürchtungen laut, dass durch die Niederlagen der westeuropäischen Länder und die damit verbundenen wirtschaftlichen Störungen und Erschütterungen an die deutsche Ernährungswirtschaft neue und belastende Anforderungen gestellt werden. Vorwiegend sei es auf diese Überlegungen zurückzuführen, wenn Bild- und Presseveröffentlichungen über den Einsatz der NSV und anderer Hilfsorganisationen zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung in Belgien und Frankreich auf starke Zurückhaltung und teilweise offene Ablehnung bei der deutschen Bevölkerung stossen würden.

Nr. 114 vom 12. August 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Bei den Erörterungen der Bevölkerung über den mutmasslichen weiteren Verlauf des Kriegsgeschehens stellen sich in der letzten Zeit immer deutlicher zwei Meinungen heraus.<sup>1</sup> Die einen halten nach wie vor daran fest, dass England vom Beginn des eigentlichen Kampfes an in wenigen Wochen niedergeworfen sei und der Krieg in diesem Jahre noch zu Ende gehe. Die anderen dagegen, deren Zahl mit jedem Tag weiteren Wartens zunimmt, befürchten, dass sich der Krieg bis zum nächsten Jahre hinziehen werde. Bei solchen Befürchtungen spielen die Erwägungen über die Bedeutung der Witterungsverhältnisse eine entscheidende Rolle. Diese Volksgenossen denken an die im September eintretende Nebel- und Regenwetterperiode und glauben, wenn bis zu ihrem Eintritt der Krieg noch

Zu Nr. 114

1. In den Meldungen vom 8. August (Nr. 113) war von einer gewissen Unsicherheit in der Beurteilung des weiteren Kriegsverlaufs berichtet worden, zumal in weiten Kreisen das Gerücht von der Absage des Reichsparteitages umlaufe. Aus den Wehrmachtberichten von Ende Juli/Anfang August war zu entnehmen gewesen, dass die deutsche Luftwaffe regelmässig Hafenanlagen, Flug-

nicht entschieden sein sollte, werde es noch zu einem zweiten Kriegswinter kommen. Nur sehr vereinzelt wird die Ansicht geäußert, dass man vielleicht für die Landungsoperationen gerade die Nebel des Herbstes abwarten möchte, um unter ihrem Schutz ungehindert Vorgehen zu können. Häufig hört man auch als Erklärung für den Aufschub des Grosskampfes, dass offenbar beabsichtigt sei, England durch die Fortsetzung der Blockade auf die Knie zu zwingen oder zumindest die Zermürbungstaktik solange anzuwenden, bis das Feld für die letzte militärische Grossabrechnung reif sei. Die Version eines lange währenden Blockade- und Handelskrieges wird darauf gestützt, dass der Führer Verluste und Opfer so weit wie möglich ersparen wolle. Ein Teil der Bevölkerung sucht sich den Aufschub damit zu erklären, dass vielleicht umfangreichere Vorbereitungen, als ursprünglich angenommen wurde, notwendig gewesen seien.

Stark beachtet wird, wie in verschiedenen Meldungen verlautet, dass auf Urlaub weilende Soldaten, auch Offiziere, die Ansicht geäußert haben sollen, der Krieg werde noch eine ganze Weile dauern, man solle sich ja keine falschen Hoffnungen machen. Solche Äusserungen erweckten Verwunderung und beeinträchtigten die Zuversicht auf ein baldiges Kriegsende.<sup>2</sup>

Im Grossen und Ganzen ist die allgemeine Stimmung nicht beeinträchtigt. Überwiegend heisst es in den Meldungen, dass die Stimmung trotz der Befürchtungen eines zweiten Kriegswinters gut und zuversichtlich sei. Dabei trage viel zu dieser Zuversicht der unbedingte Glaube an den Führer und die Richtigkeit seiner Entschlüsse bei. Allerdings mehren sich jene Stimmen, die Angst vor möglichen neuen Entwicklungen, unter Hinweis z.B. auf das immer unfreundlicher werdende Verhalten Amerikas<sup>3</sup>, haben. Eine grosse Rolle spielt bei all diesen Besorgnissen insbesondere die Versorgungs-lage. Ein zweiter Kriegswinter werde wegen der unzulänglichen Kohlenversorgung, mit der man sich jetzt wieder zunehmend beschäftigt, und des bereits spürbaren Mangels an Schuhen bedeutend schlechter ausfallen als der vergangene.<sup>4</sup> Durch die Sondermeldungen vom 8. und

Noch zu Nr. 114

plätze und Fabriken in England bombardierte, dass es dabei aber häufiger zu heftigen Luftkämpfen gekommen war. Hitlers Weisung Nr. 17 vom 1. August für die Führung des Luft- und Seekrieges gegen England (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 163) hatte verlangt, die englische Luftwaffe möglichst bald niederzukämpfen und dann den Luftkrieg insbesondere gegen Lebensmittellager im Innern des Landes zu führen. – 2. Nach Hitlers Rede zur Eröffnung des 2. Kriegswinterhilfswerks vom 4. September (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1575 ff.), in der er sich ohne Grund betont optimistisch äusserte, konnten die Meldungen demgegenüber feststellen, die feste Hoffnung auf ein Kriegsende noch 1940 verbreite sich immer mehr (Nr. 121 vom 5. September). – 3. U.a. hatten die USA England die Lieferung von 3'000 Militärflugzeugen monatlich ab 1941 zugesagt (Erklärung des Finanzministers Morgenthau vom 25. Juli) und bereiteten die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vor (Kriegsminister Stimson über die Gefahren eines deutschen Angriffs im Heeresausschuss des Senats am 1. August). – 4. Unter den Meldungen über wirtschaftliche Verhältnisse nehmen die Klagen über völlig unzureichende Ver-

11. August über erhöhte Tätigkeit der deutschen Luftwaffe und Flotte und über die neuen grossen Erfolge gegen England ist jedoch allgemein die Stimmung wieder optimistischer hinsichtlich des Kriegsendes geworden.<sup>5</sup> Die Sondermeldungen wurden mit herzlicher Freude begrüsst. Die Hoffnungen, dass es vielleicht doch bald losgehen werde, wurden neu belebt.

Im innerpolitischen Geschehen hat die Einführung der Zivilverwaltung in den Gebieten Elsass, Lothringen und Luxemburg grössere Beachtung gefunden.<sup>6</sup> Die Berufung von Chefs der Zivilverwaltung wurde allgemein begrüsst, da man darin die Vorbereitungen für die künftige Eingliederung dieser Gebiete in das Reich sieht. Die Tatsache, dass für Elsass-Lothringen getrennte Verwaltungen geschaffen wurden, wurde besonders deshalb beachtet, weil man daraus erkannte, dass die einzelnen Gebiete stärker mit den ihnen entsprechenden Altreichsteilen verbunden werden sollen.

Nr. 118 vom 26. August 1940 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Angesichts der zunehmenden Verluste der deutschen Flugzeuge<sup>1</sup> beschäftigt sich die Bevölkerung in steigendem Masse mit dem Kräfteverhältnis der Luftwaffen beider Länder. Man gesteht zu, dass die Engländer doch besser und hartnäckiger sein müssen, wie man es bisher immer annahm und herausstellte. Die Einflüge englischer Bomber weit in das deutsche Hinterland und ihre Flüge sogar bis Oberitalien wurden überall mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Man beginnt sich auch zu

Noch zu Nr. 114

sorgung mit Schuhen und die Schwierigkeiten, Schuhe repariert zu bekommen, einen besonders breiten Raum ein. – 5. Es war gemeldet worden, dass Schnellboote aus einem Geleitzug 3 Schiffe und die Luftwaffe aus einem anderen 12 Schiffe versenkt hatten (8. August), sowie dass der Kriegshafen Portland erfolgreich bombardiert worden sei (11. August). – 6. Erlasse Hitlers vom 8. August 1940; Chefs der Zivilverwaltung, die Hitler direkt unterstanden und ihrerseits alle Zweige der Verwaltung kontrollierten, wurden für Lothringen der Reichstatthalter in der Westmark (Pfalz und Saarland) und Gauleiter Bürckel (Sitz Saarbrücken), für das Elsass der Reichstatthalter in Baden und Gauleiter Robert Wagner (Sitz Strassburg) und für Luxemburg der Gauleiter des Mosellands (Reg.-Bez. Koblenz und Trier) Simon.

Zu Nr. 118

1. Die Luftschlacht über England hatte am 13. August mit Grossangriffen der Luftflotten 2 und 3 begonnen, bei denen am 15./16. August 1'786 deutsche Flugzeuge eingesetzt worden waren. Die Wehrmachtberichte vom 14. bis 25. August hatten den Verlust von insgesamt 168 deutschen Flugzeugen eingestanden und die Zahl der abgeschossenen Feindflugzeuge wesentlich höher angegeben; nach den englischen Berichten verlor die deutsche Luftwaffe allein am 15. August 144

fragen, wie viele Flugzeuge die Engländer denn noch auf Lager haben, wenn sie nach so empfindlichen Verlusten immer noch leistungsfähig sind. Auch wundert man sich über die vielen Piloten, die ihnen zur Verfügung stehen. Demgegenüber beachtet man bei den deutschen Verlusten weniger den Verlust des Materials als den der Besatzungen.

Auf innerpolitischem Gebiet werden seit Monaten immer wieder die gleichen Klagen laut. Die kältere Witterung der letzten Tage gab den vorhandenen Besorgnissen neue Nahrung. An der Spitze aller Nöte der Bevölkerung steht in immer steigendem Masse die bisher unzulängliche Kohlenversorgung. In allen Berichten kehrt seit Monaten die Meldung wieder, dass man einen zweiten Kriegswinter deswegen befürchtet, weil man keine Kohlen habe. Neben dieser Hauptsorge wird in allen Teilen des Reiches unvermindert über steigende Preise im Allgemeinen, über zu hohe Obst- und Gemüsepreise im Besonderen geklagt. Ferner werden Schwierigkeiten in der Schuhversorgung lebhaft besprochen. Besonders ist die Bevölkerung darüber ungehalten, dass man Schuhe überhaupt nicht bescholen lassen könne oder mindestens 6-8 Wochen darauf warten müsse, weil einmal nicht genügend Schuhmacher da seien und diese wenigen wiederum nicht genug Sohlleder hätten. Auch bei Reparaturen anderer Art, z.B. Kleider, Uhren, müsse man mit überaus langer Wartezeit rechnen. Grossen Unmut lösen auch weiterhin die Phantasiepreise für Holzschuhe aus, um so mehr als die billigen zumeist vergriffen sind.<sup>2</sup>

#### Anlage zu Nr. 121 vom 5. September 1940

Nach einer Meldung aus Stuttgart ist im dortigen Bereich ein neuer Kettenbrief in Umlauf.<sup>1</sup> Während die bisher bekanntgewordenen Kettenbriefe einen mehr oder weniger harmlosen Inhalt hatten, fällt dieser neue Kettenbrief durch seinen ausgesprochen staatsfeindlichen Inhalt auf. Er trägt unter dem Datum 11. 8. 1940 Nr. 1 als Kopf und Unterschrift:

Noch zu Nr. 118

Maschinen und vom 8. bis 21. August insgesamt 709 (Rundfunkansprache des Luftfahrtministers Sir Archibald Sinclair am 22. August). Über den Verlauf der Kämpfe im Einzelnen vgl. McKee, Entscheidung über England. Die Luftschlacht 1940. 1960. Sie endeten mit einem eindeutigen deutschen Misserfolg, wenn auch die Angriffe noch bis Mai 1941 fortgesetzt wurden; am Ende waren 4'383 deutsche Flugzeuge vernichtet oder zu mehr als 10% beschädigt (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 27). – 2. Vgl. zur Preisentwicklung unten Nr. 143.

Zu Nr. 121

1. Ein besonderer Bericht vom 18. Juli 1940 (Anlage zu Nr. 106) hatte sich bereits mit dem weitverbreiteten Kettenbriefunwesen befasst, das in allen Teilen Deutschlands beobachtet worden sei. Es wurden Briefe neutralen oder religiösen Inhalts («Gruss aus Lourdes») in Umlauf gesetzt, die jeder Empfänger vier- oder neunmal abschreiben und anonym an Bekannte oder willkürlich

«Alemannische autonomistische Bewegung: P. G. S.» und besteht aus einem Begleitschreiben und dem eigentlichen Kettenbrief.<sup>2</sup> Das Begleitschreiben hat folgenden Wortlaut:

«Alemannen, Alemanninnen! Wenn wir Ihnen heute diesen Brief senden, so setzen wir voraus, dass Sie ein guter Alemanne sind, der sein Volk und sein Land liebt. Von unserer Bewegung haben Sie sicherlich noch nichts gehört, denn sie blühte bisher noch im Verborgenen. Doch nun wollen wir heraus mit unserer Idee, und Sie sollen uns dabei helfen. Unsere Idee muss jeder Alemanne kennen. Als guter Alemanne werden Sie bestimmt uns Ihre Hilfe nicht versagen. Sie sollen beiliegenden Kettenbrief und dieses Begleitschreiben innerhalb sieben Tagen nach Empfang siebenmal genau abschreiben (ohne jede Änderung) hand- oder maschinenschriftlich und ihn an sieben Personen weitergeben, evtl. verstellen Sie Ihre Handschrift. Sie können diese Briefe mit der Post versenden oder in Briefkästen stecken, ganz wie Sie wollen. Aber Vorsicht vor Spitzeln und Denunzianten. Mit keinem Menschen darüber sprechen, auch nicht mit Ihrem Vertrautesten. Aber auch keine übertriebene Angst. Also nochmals: Kettenbrief und dieses Begleitschreiben innerhalb sieben Tagen siebenmal abschreiben und weitergeben. Bist Du ein guter Alemanne, wirst Du die Erfüllung dieser Aufgabe als Deine Pflicht betrachten.

Alemannische autonomistische Bewegung 11. 8. 1940 P. G. S. – Keine englische Propaganda.»

Der Text des eigentlichen Briefes lautet:

«Wir Alemannen und Alemanninnen lieben unser Land und unser Volk sehr. Aber wir lieben Land und Volk, wie sie waren und noch grösstenteils sind, aber nicht so, wie man sie heute haben will und, leider, zum kleinen Teil schon sind. Kennen Sie die Bestrebungen der Reichsregierung? Es soll keine deutschen Stämme mehr geben, keine Schwaben, keine Bayern usw. mehr, nur noch Deutsche. Die Eigenarten der Stämme sollen sich immer mehr verwischen. Die Massnahmen zu diesem Zwecke sind so geschickt und raffiniert, dass man sie kaum merkt. Man durchsetzt unser Land mit Nicht-Alemannen durch Versetzung von Beamten, Heranziehung von

Noch zu Nr. 121

aus dem Adressbuch gegriffene Anschriften weiterschicken sollte, damit ihm und seinen Angehörigen kein Unglück geschehe. In der Presse wurde vor dem Unfug gewarnt und mit staatspolizeilichen Massnahmen gedroht. – 2. Die Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof eröffnete ein Verfahren gegen Unbekannt wegen der Verbreitung dieses und noch zwei weiterer Kettenbriefe der Alemannischen autonomistischen Bewegung, die im September auftauchten; am 29. September wurden allein in Stuttgart neben 373 derartigen Briefen noch etwa 500 Flugblätter erfasst, in denen unter einer Flagge mit weissem Kreuz auf grünem Grund ein freier alemannischer Staat mit Presse-, Meinungs-, Religions- und Wirtschaftsfreiheit gefordert wurde. Am 22. Dezember 1940 wurde der Verfasser in Frankfurt verhaftet, als er einen Rest des Briefes Nr. 5 versenden wollte, und bereits am 28. Januar 1941 zum Tode verurteilt (Akten der Oberreichsanwaltschaft im Bundesarchiv, R 60 II/55).

Arbeitskräften, die sich hier sesshaft machen sollen, usw. Sogar Bauern aus Norddeutschland usw. will man ansiedeln. Den kulturellen Hochstand unseres Alemannen-Volkes verdanken wir nicht der Befruchtung von der Berliner Zentrale, sondern die starken Kräfte unseres Volkes wurzeln in unserer Eigenart und in der Liebe zu unserem Heimatland. Die alemannische autonomistische Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, das alemannische Volk zwischen Lech und den Vogesen zusammenzufassen zu einem selbständigen neutralen Staat: Alemannien. Das Ziel ist hoch und hehr und nicht unerreichbar. Jeder Alemanne muss mithelfen, und jeder kann es, indem er diesen Kettenbrief weitergibt. Alemanne, denke einmal darüber nach, was unser Ziel für uns bedeutet. Sind wir nicht schon von jeher ein freiheitsliebendes Volk gewesen? Stecht nicht jeder Alemanne in einer Zwangsjacke? Alemanne, es muss anders werden, und darum helfe mit, unsere Idee im alemannischen Volk zu verbreiten. Jeder Alemanne muss unsere Idee kennen. Zu Hunderten geht dieser Brief ins alemannische Land, zu Tausenden wird er vervielfältigt werden, tu auch Du das Deine.»

Nr. 128 vom 30. September 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hat der Abschluss des Dreimächtepaktes<sup>1</sup> allgemein vollkommen überrascht, da niemand eine derartige Entwicklung der Lage voraussah. Die Ankündigung im Rundfunk löste die verschiedensten Kombinationen aus. In erster Linie wurde nach der vorausgegangenen regen diplomatischen Tätigkeit der Achse und Spaniens ein Sondervertrag mit Spanien, z.B. der Kriegseintritt Spaniens oder die künftige Aufteilung Afrikas vermutet. Häufig erwartete man auch die Meldung, dass deutsche Truppen in England gelandet seien. Ferner beschäftigten sich die Volksgenossen mit den Annahmen, England habe Deutschland die Kapitulation und den Frieden angeboten, «in Berlin werde bereits geteilt», deutsche und italienische Truppen seien in die Schweiz einmarschiert<sup>2</sup> oder Japan und Frankreich hätten England den Krieg erklärt.

Zu Nr. 128

1. Er war am 27. September in Berlin zwischen Deutschland, Italien und Japan abgeschlossen worden (RGBl. II S. 280, Text auch bei Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. S. 169 f.). Die Partner hatten darin ihre Zusammenarbeit bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa und im gross-ostasiatischen Raum vereinbart und sich auch militärische Unterstützung zugesichert, falls einer von einer Macht angegriffen werde, die nicht in den europäischen Krieg oder den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt sei (Der geheime deutsch-japanische Notenaustausch zum Drei-



In allen Gesprächen der Bevölkerung über die Bedeutung des Dreimächtepaktes war einhellig die Meinung vertreten, dass der Pakt in erster Linie eine Warnung und eindeutige Spitze gegen Amerika sei. Dabei wird überwiegend die Ansicht geäußert, dass der im Falle einer Wiederwahl Roosevelts mit Bestimmtheit erwartete Kriegseintritt der Vereinigten Staaten jetzt in Frage gestellt sei, da Amerika sich hüten werde, die Gefahr eines Zweifrontenkrieges auf sich zu nehmen. Mit Bewunderung stellt die Bevölkerung fest, dass der Führer auch hier wieder den richtigen Zeitpunkt gewählt hat, um Amerika vom Kriege fernzuhalten. Vereinzelt nur äussern sich die Volksgenossen, dass die USA trotzdem sich am Kriege beteiligen werden. Jedoch ist die Furcht vor dieser Entwicklung bedeutend geringer geworden, da Amerika sich ja in erster Linie vor Japan schützen müsse. Deshalb wird dieser Pakt auch als besonderer Schlag gegen England angesehen, dem dann die Vereinigten Staaten nicht mehr weiter helfen könnten.

Über die Auswirkungen des Paktes gegenüber Russland ist sich die Bevölkerung grösstenteils nicht im Klaren. Das Misstrauen, das man schon immer und gerade in letzter Zeit im besonderen Masse der Sowjetunion entgegenbrachte, ist keinesfalls geschwunden.<sup>3</sup> Die Meinungen über die künftige Haltung Russlands gehen nach wie vor sehr auseinander. Von den meisten wird das freundschaftliche Verhältnis zu dem östlichen Nachbarn auch weiterhin angezweifelt. Diese sehen in dem Pakt trotz der ausdrücklichen Erklärung, dass er die Beziehungen zu Russland nicht berühre, eine in zweiter Linie gegen Russland gerichtete Massnahme, da dieses in letzter Zeit eine zu bedrohliche Haltung angenommen habe. Einige fragten sich verwundert, warum man Russland nicht gleich beteiligt habe, und suchten sich dafür die Erklärung, dass die deutsch-russischen Beziehungen also doch nicht so ungetrübt seien. Andere fürchten, Russland sei nicht mit dem Pakt einverstanden, werde sich bedroht fühlen und sich an die Vereinigten Staaten anlehnen. Schliesslich wird bezweifelt, ob Russland das Vordringen Japans im Osten so ohne weiteres hinnehme, zumal es mindestens Interessen in Indien geltend machen werde. Demgegenüber wird von einem geringeren Teil der Bevölkerung die Meinung geäußert, der Russlandkonflikt sei jetzt beigelegt, Russland sei mit dem Pakt einverstanden, werde demnächst beitreten und sei dadurch fester denn je an Deutschland gebunden.<sup>4</sup>

Noch zu Nr. 128

mächtepakt s. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 5. 1957. S. 182 ff.). – 2. Nach einer Meldung vom 29. August herrschte in der Bevölkerung Empörung wegen der von der deutschen Propaganda herausgestellten Überfliegung Schweizer Gebiets durch englische Flugzeuge. – 3. In Art. 5 des Vertrages wurde erklärt, dass er in keiner Weise den gegenwärtigen politischen Status zwischen einem der Partner und Sowjetrussland berühre. Über die Furcht vor einem Krieg mit Russland siehe oben Nr. 102 und 107. – 4. Am 3. Oktober (Nr. 129) wurden neue Gerüchte über Verschie-

Auch mit Japan setzen sich die Volksgenossen in ihren Diskussionen eingehend auseinander. Da in letzter Zeit eher eine Entfernung Japans von der Achsenpolitik, begründet nicht zuletzt durch sein Vorgehen in Indochina<sup>5</sup>, angenommen wurde und Japan in den Hintergrund getreten zu sein schien, war seine plötzliche Erwähnung bei der Ankündigung des Staatsaktes eine völlig unerwartete Überraschung. Im Grossen und Ganzen bringt man Japan Vertrauen entgegen, insbesondere setzt die Bevölkerung grosses Vertrauen in seine Wehrmacht und glaubt bestimmt, dass diese östliche Grossmacht in der Lage sein werde, Amerika erheblich zuzusetzen. Nur vereinzelt wurden Bedenken geäussert, ob Japan die Situation nicht allzusehr ausnütze, und wurde das Schlagwort von der «Gelben Gefahr» in die Debatten geworfen. Dann hiess es wieder, Japan könne uns nicht viel nützen, da es durch den Chinakampf zu sehr ausgeblutet sei, es habe allein den Vorteil, da nach Ablauf des Handelsvertrages mit Amerika seine Beziehungen zu diesem Lande immer gespannter geworden seien. Auch rassische Bedenken wurden erhoben. Vor allem ist sich die Bevölkerung in ihren breiteren Schichten nicht im Klaren über den Begriff des «grossasiatischen Raumes»<sup>6</sup> und fragt z.B., ob auch Niederländisch-Indien und Australien dazu gehören.

Durch den Besuch Suners in Berlin waren die Erwartungen der Bevölkerung zunächst darauf gerichtet, dass irgendeine Abmachung mit Spanien zustande kommen würde.<sup>7</sup> Um so mehr war man dann erstaunt, dass Spanien mit keinem Worte in dem neuen Dreimächtepakt erwähnt wurde. Diese Tatsache legte man vielfach dahin aus, dass Spanien ebenso wie Ungarn und Mandschukuo wohl als achsenfreundliche Macht angesehen werde, aber eben nur als Macht zweiten Ranges. Vielfach erklärte man die Sunerbesprechung als eine glänzende Tarnung der völlig geheimgebliebenen Vorbereitungen zu diesem Militärbündnis. Allgemein wird aber ein baldiger Vertragsbeitritt Spaniens und seine Kriegserklärung an England erwartet.

Über die Auswirkungen des Paktes für England werden kaum Erörterungen angestellt. Man hält eine noch grössere Isolierung Englands als selbstverständlich und freut sich über diese bisher grösste diplomatische Niederlage der Engländer. Überwiegend erhofft man sich eine Beschleunigung des englischen Zusammenbruches. Es ist besonders bezeichnend

Noch zu Nr. 128

bungen von Truppen in den Osten, den Bau eines Ostwalls und über Verhandlungen Ribbentrops in Moskau gemeldet. Auch in einem englischen Flugblatt wurde darauf hingewiesen, dass 1 Million deutscher Soldaten an der russischen Grenze aufmarschiert seien. – 5. Nach Verhandlungen mit der französischen Regierung hatte Japan mit deren Einverständnis am 23. September Truppen in Indochina einrücken lassen. – 6. Gemeint ist hier der in Art. 2 erwähnte «grossasiatische Raum», in dem Japans Führung anerkannt wurde. – 7. Seit Juli bemühte sich die deutsche Führung, Spanien zum Eintritt in den Krieg und zur Beteiligung an einem Angriff auf

für die derzeitige Einstellung des deutschen Volkes zur Weltmacht England, dass es kaum interessiert, was die Briten zum Pakt sagen werden, da England jetzt schon überwiegend als zweitrangige Macht angesehen werde.

Die Frage, ob der Pakt eine Beschleunigung des Krieges oder eine Ausweitung oder Verlängerung bedeute, wird offengelassen. Fast neigt die Volksmeinung mehr zur Annahme, dass die Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende gestiegen seien. Ein Grossteil der Bevölkerung erwartet jetzt in den nächsten Tagen den Grossangriff auf England. Dazu wird gesagt, dass man nun wisse, warum Deutschland bis jetzt noch gewartet habe. Erst habe man den Pakt unter Dach bringen wollen, jetzt könne es ernstlich losgehen. Daneben tritt die andere Meinung etwas zurück, dass nun der Krieg erst recht länger dauere und ein zweiter Kriegswinter unvermeidlich sei. Vereinzelt geben sich sogar Volksgenossen der Hoffnung hin, dass eine Landung gar nicht mehr nötig sei, da England jetzt seine Friedensfühler ausstrecken müsse.

Insgesamt ergeben die Meldungen, dass der Pakt stimmungsmässig sehr günstig aufgenommen worden ist. In allen Bevölkerungsschichten wurde sein Abschluss freudig begrüsst. Die etwas uneinheitlich gewesene allgemeine Stimmung<sup>8</sup> ist erneut gefestigt und zuversichtlich geworden. Der Pakt wird als grösster Erfolg der deutschen Aussenpolitik angesehen und als Spitzenleistung der Geheimdiplomatie bewundert. Da der Führer bei seiner Unterzeichnung persönlich zugegen war, misst man schon deswegen dem Vertrag eine besondere Bedeutung bei. Fast überall hört man allerdings in den Gesprächen, besonders der einfacheren Bevölkerungskreise, dass man noch nicht im Klaren sei über die Bedeutung des Paktes in seinen Einzelheiten. Mit Spannung wird die Stellungnahme des Auslands erwartet.

Noch zu Nr. 128

Gibraltar zu veranlassen, für den seit August Operationspläne ausgearbeitet wurden (später als «Unternehmen Felix» bezeichnet). Am 16. September war der spanische Innenminister Suner in Berlin gewesen, am 23. Oktober trafen sich Hitler und Franco in Hendaye an der spanisch-französischen Grenze. Franco lehnte die militärische Unterstützung Deutschlands wegen der noch nicht überwundenen Folgen des Bürgerkrieges ab (vgl. auch Trevor-Roper in: *Der Monat*, 5. 1952/53, S. 625-634). – 8. Sie war in den Meldungen vom 26. September auf das Ausbleiben der entscheidenden Angriffe gegen England und die Aussicht auf einen zweiten Kriegswinter zurückgeführt worden.

Nr. 130 vom 7. Oktober 1940 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

**Auswirkungen und Aufnahme der allgemeinen Propaganda,  
Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 4.10. bis 7.10.1940**

Aus den Gauberichten der letzten Woche ergibt sich, dass sehr grosse Teile der Bevölkerung eine völlig verständnislose und geradezu unerzogene Haltung an den Tag legen, die insbesondere auch in den Stellungnahmen zur Berichterstattung der Presse und des Rundfunks zum Ausdruck kommt.

1. Vielfach wird berichtet, dass die Spannung nach dem Abschluss des Dreimächtepakts bereits wieder abgeflaut ist. Nur vereinzelt wird anerkannt, dass die Presse in einer durchaus erschöpfenden Weise auf die Bedeutung dieses Ereignisses eingegangen sei.<sup>1</sup> Es überwiegt die Ungeduld darüber, dass auch jetzt der «grosse Schlag» gegen England nicht gekommen sei (z.B. Allenstein). Die Leute gingen schon wieder auf andere Themen über (z.B. Dresden). Selbst das Interesse am militärischen Geschehen habe in einer bedauerlichen Weise nachgelassen. Die Bevölkerung mache sich ungern und widerstrebend mit dem Gedanken eines zweiten Kriegswinters vertraut, wobei die alltäglichen Sorgen, insbesondere die um Brennmaterial durchaus in den Vordergrund rückten. Sehr häufig kommt der Gedanke zum Vorschein, der Dreimächtepakt zeige, dass sich der Krieg ins Riesige ausdehnt (z.B. Nürnberg). Was Sowjetrussland anbetrifft, so ist man nach den neueren Erklärungen der «Iswestija» beruhigt.<sup>2</sup> Grosse Beachtung hat auch der Abschluss des Eisenbahnabkommens<sup>3</sup> gefunden (z.B. Königsberg, Innsbruck, Würzburg). Der Beruhigung wirkten jedoch die dauernden Gerüchte über nach dem Osten rollende Truppentransporte entgegen (z.B. Dessau). Über die Folgen, die der Dreimächtepakt für die Haltung der Vereinigten Staaten haben könnte, werden die verschiedensten Vermutungen angestellt. Grosse Aufmerksamkeit wird den Meldungen über die Flottenaktivität der USA im Stillen Ozean geschenkt (z.B. Salzburg, Schwerin, Leipzig). Die USA stünden augenscheinlich auf dem Standpunkt, der Ozean ist gross und

Zu Nr. 130

1. Die Presse hatte betonen müssen, dass der Pakt sich gegen niemand richte, und russische und amerikanische Kommentare gebracht, nach denen er in beiden Ländern ohne Beunruhigung aufgenommen worden sei; ausserdem hatten sich viele Artikel mit Japans Stellung in Ostasien und seiner Staatsform befasst. – 2. Am 30. September hatte die Prawda, am 1. Oktober die Iswestija die Russland-Klausel des Dreimächtepaktes als Bekräftigung des deutsch-russischen Nichtangriffsvertrags interpretiert. – 3. Es regelte ab 1. Oktober die Abwicklung des Verkehrs auf den Grenzbahnhöfen und den Personenverkehr. –

Deutschland ist weit. Deutschland und Italien brauchten im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefürchtet zu werden. Wenn die USA mit Japan ernst machten, könne es mit unserer Verpflichtung zur Hilfeleistung an Japan zu peinlichen Situationen kommen.

2. Von den Berichten über die deutschen Angriffe auf England haben die über stosstruppartig durchgeführte Angriffe einzelner Maschinen auf wichtige Rüstungswerke die grösste Anteilnahme erweckt (z.B. Karlsruhe, Bielefeld).<sup>4</sup> Am stärksten geht die Bevölkerung noch immer bei den PK-Berichten mit. Besonderen Eindruck machte der Bericht «Von englischen Jägern gejagt – Verwundeter Oberleutnant schießt Sunderland-Flugboot ab». Der Bericht habe die Schwierigkeiten und die Gefahr eines solchen Unternehmens, wie es der Angriff auf die Motorenwerke in Bristol darstellt, so recht erkennen lassen. Sätze wie: «Kennen Sie das Gefühl, das einen beschleicht, wenn man sich gegen einen unsichtbaren Gegner wehren soll? Es hat nichts mit Angst zu tun, beileibe nicht, viel eher mit ohnmächtiger Wut, durchsetzt mit beschämender Hilflosigkeit... Aber offengestanden, die Jäger sind uns lieber als die Flak» haben die Ansicht mancher Volksgenossen über die Wirkung der Flak erheblich korrigiert. Eine eindringliche Wirkung wird weiterhin den Bildern über die in England erzielten Schäden zugeschrieben, vor allem denen, die der «VB» veröffentlicht (z.B. Innsbruck, Berlin). Die Nahaufnahmen zerstörter Strassenzüge, einzelner Gebäudekomplexe usw. seien das, was die Masse habe sehen wollen.<sup>5</sup>

Eine ausserordentlich grosse Zahl von Volksgenossen meckert jedoch über eine «Gleichförmigkeit» der täglichen Berichte. Man sei es nun schon gewohnt zu erfahren, dass die letzten Angriffe noch stärker waren als die vorangegangenen und dass sie wiederum verheerende Wirkung gezeitigt hätten (z.B. Dessau, Bielefeld, Koblenz, Augsburg, Königsberg). Man frage sich ungeduldig, wie lange dieser Zustand der täglichen Angriffe noch andauern solle (z.B. Karlsruhe). Nach dem Ausspruch des Führers: «Beruhigt Euch, er kommt»<sup>6</sup>, habe man auf die baldige Endaktion gegen England gewartet. Tatsächlich aber werde der Kampf gegen England in

Noch zu Nr. 130

4. In den Wehrmachtberichten waren einzelne angegriffene Objekte genannt worden, z.B. Spitfire-Montagewerk Woolstone (27. September). – 5. Nachdem die deutschen Luftangriffe auf England zunächst nur militärischen Zielen gegolten hatten, war am 7. September mit Angriffen auf London begonnen worden, die der Wehrmachtbericht vom 8. September als Vergeltung für die britischen Nachtangriffe bezeichnet hatte. Vorher hatte Hitler in einer Rede zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes am 4. September angekündigt, er werde die englischen Städte ausradieren (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'574-1'583, Anm. 474 zum Begriff der Vergeltung). Am 12. und 16. September hatten die Meldungen aus dem Reich berichtet, dass die Vergeltungsangriffe das Hauptgesprächsthema bildeten und nachdrücklich die Bombardierung von Wohnvierteln gefordert werde, dass aber auch eine gewisse Enttäuschung zu verzeichnen sei, weil die englischen Angriffe mit Beginn der «Vergeltung\* nicht sofort aufgehört hätten. – 6. In der in Anm. 5 zitierten Rede. –

erster Linie von der Presse und mit einem grossen Aufwand an starken Worten bestritten (z.B. Berlin). Es sei doch offensichtlich, dass die Presse sehr stark aufgetragen habe. Man denke an Überschriften wie «London brennt an allen Ecken», «Londons Luftwaffe verblutet unaufhaltsam», «Tod und Verderben in London», «Das Leben in London unerträglich». Man wundert sich, dass es die Londoner trotzdem aushielten (z.B. Dessau). Es sei augenscheinlich nicht so, wie es die deutsche Presse aus ausländischen Berichten übernommen habe, dass nämlich die Zustände in London schon die in Warschau oder Rotterdam überträfen (z.B. Frankfurt/Main). Vereinzelt wurde die Meldung darüber, dass die Engländer ihre Flugplätze in das Innere verlegen mussten, als gewichtiger Erfolg und Anzeigen einer planmässigen Zerstörung gewertet (z.B. Schwerin, Allenstein). öfter wird davon gesprochen, dass nach den Berichten der Presse von der englischen Luftwaffe eigentlich nicht mehr viel übrig sein dürfte (z.B. Breslau). Das Verhältnis der täglichen Abschusszahlen wird häufig regelrecht mies gemacht (z.B. Dresden).<sup>7</sup>

Die polemische Auseinandersetzung mit den englischen Lügen, dass Deutschland einen Landungsversuch unternommen habe, der mit grossen Verlusten zurückgeschlagen worden sein soll, hat haltlose Teile der Bevölkerung zu Äusserungen veranlasst wie «Es werde schon etwas daran sein». Selbst die Zahl von angeblich 60'000 Ertrunkenen hat für diese Leute nicht genügt, um die Unsinnigkeit der englischen Behauptungen ins rechte Licht zu rücken (z.B. Darmstadt, Dresden, Frankfurt/Main). In Salzburg stützt man sich dabei auf Erzählungen von Fronturlaubern, dass Le Havre unter sehr heftigen englischen Angriffen zu leiden habe. Auch in Hamburg hatten Fronturlauber über sehr grosse Verluste an der Küste berichtet, worauf von Volksgenossen geäussert wurde: «Die lügen, und wir lügen eben auch.» «Das sei eben im Kriege so.»

Ständige Meckereien werden an Meldungen über die Beschiessung bzw. Bombardierung von Geleitzügen an der englischen Ostküste bzw. im Kanal angeknüpft. So beispielsweise in Allenstein an eine Veröffentlichung der «Allensteiner Zeitung» vom 2. x. 1940 «Die Blockade schliesst Englands Tore», die mit einer Karte der «ab 17. August gesperrten Seewege» verbunden war.<sup>8</sup> So lückenlos wirksam sei unsere Blockade offenbar noch lange nicht (auch Salzburg).

3. Aus Neustettin wird berichtet, dass der erste englische Einflug in der

Noch zu Nr. 130

7. Nach den Wehrmachtberichten vom 19. bis 28. September kamen auf 238 abgeschossene feindliche Flugzeuge 80 eigene Verluste, dagegen hatte der englische Heeresbericht allein für den 27. September den Abschuss von 133 deutschen Flugzeugen gemeldet. Die hohen deutschen Verluste wurden in Deutschland durch die Sendungen ausländischer Rundfunkanstalten bekannt, die – wie die Meldungen vom 21. Oktober feststellen mussten – wieder in stärkerer Masse abgehört wurden. –

8. Am 17. August war von Deutschland die totale Blockade Englands verkündet worden, so dass

Nacht vom 1. zum 2. 10. 1940 dort den grössten Eindruck machte und zum beherrschenden Tagesgespräch wurde. Die Engländer hätten augenscheinlich mehr Reserven, als man dies nach den Berichten der Presse und des Rundfunks habe annehmen können (auch Nürnberg, Würzburg usw.). England ergänze die Verluste entweder aus der eigenen Produktion oder durch die grossen amerikanischen Lieferungen. Sonst könne bei 1'134 Abschüssen während der letzten vier Wochen eine solche englische Aktivität nicht mehr möglich sein (z.B. Würzburg, Weimar). Als Beweis für die Richtigkeit der Vermutung, dass Amerika in grossem Stile liefert, wurde das durch die Presse gegangene Bild herangezogen, dass die Unterschrift trug: «Englands Flieger müssen umlernen, englische Kampfflieger vor einem amerikanischen Havard-Flugzeug, mit dessen Eigenheiten sie sich vertraut machen» (auch Berlin).

Nach allem schein es, als ob die englischen Luftangriffe auf das Reichsgebiet noch Monate dauern sollten (z.B. Leipzig). Wenn auch die Presse davon spreche, dass die Berliner Kinder freiwillig verschickt würden, so handele es sich dabei doch offensichtlich um eine getarnte Zwangsevakuierung (z.B. Salzburg, Liegnitz, Braunschweig, Potsdam, z.T. immer noch Berlin).<sup>9</sup> In Bayreuth werden 40'000 Hamburger Kinder erwartet. Die vom stellvertretenden Berliner Gauleiter gegebenen Erklärungen werden ebenfalls in Zweifel gezogen und behauptet, dass «bessere Kreise» schon seit einiger Zeit zur Erholung in der Bayrischen Ostmark seien. In Schlesien, wo man Berliner Kinder erwartet, wird gleichfalls davon gesprochen, dass die Führung offenbar noch sehr schwere Schläge erwarte. Die «Evakuierung luftgefährdeter Grossstädte» sei ein Zeichen dafür, dass der Krieg «noch viel Sorgen» bringen werde. Eine gewisse positive Wirkung haben nur die Meldungen über das besonders entwickelte Abwehrverfahren der Nachtjäger und der Flak, das den Gegner an der planmässigen Durchführung seiner Angriffe verhinderte, gehabt (z.B. Koblenz, Königsmberg, Braunschweig).

Ebenso wie die Meldungen über die Kinderverschickung haben die mündlichen und schriftlichen Berichte über Wirkungen englischer Bombenangriffe eine der Propaganda ausserordentlich abträgliche Psychose erzeugt. So würden beispielsweise in Baden-Baden von Kurgästen, die «Erholung von den nächtlichen Fliegerangriffen suchten», ständig «Kriegserlebnisse» zum Besten gegeben, die allmählich zu einem erheblichen Miss-

Noch zu Nr. 130

auch neutrale Schiffe im Seegebiet um die britischen Inseln damit rechnen mussten, versenkt zu werden. – 9. Da englische Flugzeuge seit Ende August regelmässig Bomben auf Berlin geworfen hatten, war den Eltern von Kindern zwischen 3 und 14 Jahren von der NS Volkswohlfahrt angeboten worden, sie auf dem Land unterzubringen. Diese Massnahme hatte, da gleichzeitig in einigen Stadtteilen Gasmasken ausgegeben worden waren, zu starker Beunruhigung und wilden Gerüchten geführt (Meldungen vom 30. September). –

trauen in die Berichterstattung der Presse und des Rundfunks geführt haben. In Dresden haben Berliner, die bei Verwandten Unterkunft gesucht haben, die Behauptung verbreitet, in Berlin seien Anzeichen einer unbekanntes Seuche vorhanden, die wahrscheinlich durch englische Flieger hervorgerufen worden sei. Unter den Kindern herrsche eine ungeheure Keuchhustenedemie, man müsse alle Kinderkrippen und Kinderheime auflösen und die Kinder evakuieren. Viele Strassen in Berlin wiesen grosse Bombenkrater auf, zahlreiche Häuser seien eingestürzt.<sup>10</sup> Da demnächst in Dresden und Umgebung Hamburger Kinder eintreffen sollen, hat man vielfach schon Sorge, diese Kinder wegen der ebengenannten Ansteckungsgefahr aufzunehmen. In Salzburg hat man aus Berliner Briefen entnommen, dass die Bevölkerung der Reichshauptstadt «mit den Nerven schon ganz fertig sei» (auch Innsbruck). Täglich stürben alte Leute im Luftschuttkeller vor Aufregung an Herzschlag, und die Kinder wollten schon nicht mehr in die Keller, weil sie sich davor fürchteten, die Toten zu sehen. Die Bevölkerung zeige sich durch diese «Erlebnisberichte», die im Gegensatz zur Berichterstattung der Presse und des Rundfunks stehen, zum Teil erheblich beeindruckt. Desgleichen wird in Nürnberg auf Grund von Erzählungen, Briefen Berliner Verwandter, Berichten von Reisenden usw. verbreitet, dass nicht nur zivile Ziele getroffen würden und grössere Schäden angerichtet seien. Mit nörgelnder Kritik wird jede Presse- und Rundfunkmeldung über englische Einflüge untersucht. So habe der 7-Uhr-Nachrichtendienst vom 1. 10. über den nächtlichen Luftangriff auf Berlin berichtet, dass der an zivilen und militärischen Anlagen angerichtete Schaden unbedeutend sei, während der OKW-Bericht vom militärischen Schaden nicht mehr gesprochen habe (z.B. Augsburg). Die Presse habe kürzlich mit Londoner Berichten polemisiert, in denen es hiess, dass «eine gewisse Anzahl» von Personen getötet sei. Auch die deutsche Berichterstattung bediene sich doch derartiger unbestimmter Formulierungen (z.B. Liegnitz). Oder: Die deutsche Presse habe die englischen «Bombenerfolge in Berlin» glossiert, die die Engländer trotz starker Bewölkung gesehen haben wollten. Auch der deutsche OKW-Bericht habe kürzlich besagt, dass trotz vielfach geschlossener Wolkendecke die Wirkung der deutschen Abwürfe meist einwandfrei beobachtet werden konnte.

4. In ihrer inneren Haltlosigkeit nehmen zahlreiche Volksgenossen einen geradezu unerträglichen Standpunkt ein. Man könne die Berichte, dass von den Engländern nur Krankenhäuser, Kinderheime, Laubenkolo-

Noch zu Nr. 130

10. Während die Wehrmachtberichte die Wirkung der Bombenabwürfe im Allgemeinen als recht unbedeutend hinstellten, waren die in Berlin angerichteten Schäden in der Presse hervorgehoben worden, um wohl die Berechtigung der deutschen Bombardierung Londons in der Öffentlichkeit nachzuweisen (Meldungen vom 12. September). –



nien usw. angegriffen werden, schon nicht mehr lesen (z.B. Innsbruck, Salzburg, Allenstein). Man rege sich über die «gemachte Entrüstung» der deutschen Presse nur noch auf. Im Anschluss an die in der Presse wiedergegebene Mordaufforderung des Oberst Wedgwood<sup>11</sup> wurde gefragt, ob denn wir von den Engländern etwas anderes erwartet hätten. Ausserdem sei Krieg, und wir machten es genau so (z.B. Perlin, Potsdam). Wir sollten selbst den «totalen Krieg» noch viel entschiedener betreiben. Alle Hinweise auf Schwächen bei den Engländern würden von vielen Volksgenossen nur noch als «Propaganda» empfunden (z.B. Allenstein). Die Meldung darüber, dass sich die Engländer in Gibraltar selbst die Affen dienstbar machten, sei als ein ganz schlechter Witz angesehen worden, der nicht einmal ein polemisches Aufgreifen rechtfertige (z.B. Würzburg).

Nr. 140 vom 11. November 1940 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Bevölkerung steht nach den eingegangenen Meldungen stark unter dem Eindruck der Rede des Führers in München<sup>1</sup>, die «wie eine Erlösung» gewirkt habe und zusammen mit dem bevorstehenden Molotow-Besuch die innenpolitischen Angelegenheiten in den Hintergrund treten liess.<sup>2</sup> Übereinstimmend wird zum Ausdruck gebracht, dass die als begründeter denn je empfundene Siegeszuversicht des Führers sich auch auf den letzten Volksgenossen übertragen habe. Das Hauptinteresse in den Ausführungen konzentriert sich auf die militärischen und aussenpolitischen Momente. Starken Eindruck hinterliess die Erklärung des Führers über die in seiner Hand liegende unvorstellbare Rüstungsreserve und höchste Produktionskapazität der Welt<sup>3</sup>, die allgemein als eine eindeutige Warnung an Nordamerika aufgefasst wurde, während die von der Autorität des Führers getragene Versicherung der militärischen Unantastbarkeit der deutschen Mächtekoalition auf alle Bevölkerungsteile ausserordentlich beruhigend

Noch zu Nr. 130

10. Die deutsche Presse veröffentlichte im September-Oktober mehrfach englische Äusserungen, in denen die rücksichtslose Bombardierung deutscher Städte und, wie von dem Labourpolitiker Oberst Wedgwood, besonders Berlins gefordert wurde (z.B. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.9. und 3.10. 1940).

Zu Nr. 140

1. Am 8. November vor der «Alten Garde» in München; Auszug bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'601-1'608. – 2. Als innenpolitische Angelegenheiten, die die Bevölkerung bewegten, waren in den letzten Meldungen die unzureichende Fettzuteilung und die Furcht vor Kohlenmangel im Winter genannt worden. – 3. Hitler hatte die amerikanischen Rüstungsanstrengungen verhöhnt und u.a. erklärt, die deutschen Rüstungsreserven seien so ungeheuer, dass auf manchen Gebieten die Produktion eingestellt werden müsse, weil sie nicht

wirkte. Der als unabänderlich bezeichnete Entschluss, es zu keiner Kompromisslösung mehr kommen zu lassen, wurde in seiner Tragweite voll erkannt und mit ernster Begeisterung aufgenommen. Der Gesamteindruck der Führerrede wird in allen Meldungen als gewaltig und von nachhaltiger Wirkung auf die Haltung des gesamten deutschen Volkes bezeichnet.

Nächst der Führerrede tritt die Ankündigung des Besuches des Aussenkommissars Molotow in der Reichshauptstadt in den Vordergrund des Interesses. Man ist davon überzeugt, dass Deutschland nach wie vor nicht nur auf militärischem, sondern auch auf diplomatischem Gebiet alleiniger Träger der Initiative ist und wertet das bevorstehende aussenpolitische Ereignis als klaren Beweis für das Scheitern sämtlicher Beeinflussungsversuche der Feindpropaganda in Richtung eines deutsch-russischen Konfliktes. Eine aktive Einschaltung der Sowjetunion an der Seite des Dreimächteblockes wird erwartet.<sup>4</sup> Reges Interesse wendet man der Frage zu, wie sich wohl rein äusserlich der Empfang Molotows in Berlin gestalten werde. Die mit ausserordentlicher Gelassenheit vorausgesehene Wiederwahl Roosevelts steht seit der Führerrede ausserhalb des allgemeinen Interesses.

Regere Beachtung findet die Irlandfrage. Durch die Äusserung Churchills und de Valeras<sup>5</sup> hellhörig geworden, rechnet man sogar verschiedentlich mit einer überraschend erfolgenden Besetzung Irlands durch deutsche Streitkräfte, um England wieder einmal zuvorzukommen. Man stützt sich bei dieser Annahme einer Umklammerung der britischen Insel auf die Worte des Führers: «Wir wollen einmal sehen, wer in einigen Monaten blockiert sein wird!»

Der immer wieder gemeldeten Unzufriedenheit über den langsamen Verlauf der italienischen Operationen in Griechenland<sup>6</sup>, die man bereits mit dem russisch-finnischen Kriege zu vergleichen geneigt ist, stehen als ausserordentlich stimmungsförderndes Moment die mit Genugtuung aufgenommenen Blockadeerfolge der deutschen Kriegsmarine gegenüber.<sup>7</sup> Man gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die nunmehr wirksame offensichtliche Erweiterung der deutschen Operationsbasis zur See eine wesentliche

Noch zu Nr. 140

mehr unterzubringen sei. – 4. Der russische Ministerpräsident und Aussenminister war am 12. und 15. November bei Hitler und legte den Anspruch der Sowjetunion auf einen verstärkten Einfluss in der Türkei, Bulgarien und Rumänien dar (Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schmidt über die Unterredung bei Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 178-182; vgl. auch: Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, herausg. von Carroll und Epstein. 1948). – 5. Der irische Ministerpräsident hatte am 8. November nachdrücklich die Neutralität Irlands betont, nachdem Churchill die Bedeutung der süd- und westirischen Häfen für den Schutz der Atlantikroute erwähnt hatte. – 6. Am 28. Oktober hatte Italien von dem 1939 annektierten Albanien aus Griechenland mit der Begründung angegriffen, die griechische Regierung unterstütze England; da die italienischen Truppen gegen den griechischen Widerstand jedoch nicht vorankamen, hatte Hitler schon Anfang November befohlen, eine deutsche Entlastungsoperation vorzubereiten. – 7. Am 6. November hatte der Wehrmachtbericht die Versenkung von 1'308'600 BRT feindlichen Handelsschiffsraums in den Monaten September und Oktober bekanntgegeben.

Verschärfung des Handelskrieges gegen England und damit fühlbare Rückwirkungen auf die Verteidigungslage der Insel zeitigen wird.

Nr. 143 vom 21. November 1940 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### **Stimmen zur Ernährungslage und zur Preisentwicklung bei den Lebensmitteln**

In den Meldungen der letzten Zeit ist übereinstimmend hervorgehoben worden, dass die Bevölkerung gegenwärtig sich sehr stark mit der Frage der Lebensmittelversorgung beschäftigt und die in den letzten Wochen und Monaten eingetretenen Veränderungen in den Lebensmittelzuteilungen zum Teil mit einer gewissen Besorgnis verfolgt.<sup>1</sup> Ausgangspunkt für diese Besorgnisse seien die in der letzten Zeit zutage getretenen Schwierigkeiten in der Fleisch- und Fettzuteilung, die Kürzung der Brotrationen, die unzulängliche Belieferung der Märkte mit Gemüse und Obst, wie auch der nahezu völlige Ausfall von Wild, Geflügel und Fischanlieferungen. Wie es in den Berichten weiter heisst, werde auch die auf diesen Warengeländen zu beobachtende Preisentwicklung mit wachsender Unruhe verfolgt. Es werde nicht nur darüber geklagt, dass bei verschiedenen Lebensmitteln direkte Preiserhöhungen eingetreten seien, sondern vornehmlich darüber, dass die bereits seit längerer Zeit festzustellende Tendenz der Qualitätsverschlechterung bei gleichbleibenden Preisen anhalte.

Zur Frage der Brotversorgung sei festzustellen, dass, wie es in den Meldungen z.B. aus Berlin, Leipzig, Chemnitz, Frankfurt/O., Dessau u.a. heisst, die Klagen über die unzureichenden Rationen wieder im Zunehmen begriffen seien. Es werde in der Bevölkerung nicht verstanden, dass die im Sommer dieses Jahres erfolgte Kürzung auch für die Wintermonate aufrechterhalten bleibe, zumal es an Ausgleichsmöglichkeiten wie erhöhtem Obst- und Gemüseverzehr fehle. Im Zusammenhang mit diesen Meldungen wird darauf hingewiesen, dass es sicherlich zweckmässig sei, wenn das bereits früher einmal geltende Verbot des Frischbrotverkaufes wieder erlassen würde. Im Hinblick auf den geforderten Verbrauch von Vollkornbrot sei die vielerorts festgestellte Tatsache zu beachten, dass

Zu Nr. 143

1. Normalverbraucher erhielten ab 21. Oktober statt 173,63 nur 137,3 g Butter und Butterschmalz wöchentlich, dafür wurde die Margarinezuteilung von 46,88 auf 81,88 g erhöht (unveröffentlichte Statistik der Lebensmittelzuteilungen im Bundesarchiv, R 24/623). –

gerade im Hinblick auf den gewünschten Verzehr von Vollkornbrot die gegenwärtigen Rationen als ungenügend angesehen würden, da das Vollkornbrot viel schneller verbraucht würde als andere Brotsorten.

In Bezug auf die Fleischversorgung und die Zuteilung von Schlachtfetten seien in den letzten Wochen in nahezu allen Gebieten des Reiches erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten, die sich auch in stimmungsmässiger Hinsicht sehr nachteilig auswirkten. So habe auch vor allem der starke Mangel an Schweinefleisch dazu geführt, dass verschiedentlich die den Verbrauchern zustehenden Schlachtfette wie Speck und Schweineschmalz nicht zur Verteilung gelangen konnten. So heisst es z.B. in einer Meldung aus Potsdam, dass es keine Seltenheit sei, dass die Verbraucher auf ihre Fettabschnitte mitunter wochenlang nicht beliefert werden könnten, weil weder Speck noch Schmalz in der erforderlichen Menge bei den Fleischern anfallt bzw. zur Anlieferung gelange. Ähnliche Feststellungen sind den vorliegenden Berichten zufolge in anderen Gebieten getroffen worden. Übereinstimmend wird hervorgehoben, dass diese Schwierigkeiten besonders bei der Arbeiterschaft Verstimmung hervorgerufen haben.<sup>2</sup> Besonders ungünstig wirke sich der Schweinefleischmangel auf die Herstellung von Wurst aus. In allen Gebieten werde daher über die ständige Verschlechterung der Wurst geklagt, obwohl nach wie vor die Höchstpreise für die einzelnen Wurstsorten zur Anrechnung gelangten. Vom Fleischerhandwerk werde dahingehend Stellung genommen, dass es auf Grund der unzureichenden Schweineanlieferungen unmöglich sei, eine Qualitätsverbesserung vorzunehmen. Schliesslich sind im Zusammenhang mit den von der Bevölkerung beobachteten Schwierigkeiten in der Fleisch- und Fettversorgung Gerüchte aufgetaucht, wonach die bisher zur Verteilung gelangten Fleisch- und Fettrationen eine weitere Kürzung erfahren würden. So heisst es darüber in einer Meldung aus Weimar, dass diesem Gerücht zufolge die bisherige Fleischration für Normalverbraucher von 500 auf 300 Gramm und die Butterzuteilung von 125 auf 80 Gramm wöchentlich herabgesetzt würde. Da durch diese Gerüchte zeitweise Unruhe hervorgerufen wurde, wird angeregt, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären.

Zur Fettversorgung wird noch gemeldet, dass die im Oktober erfolgte Kürzung der Fettration um 30 g eine sehr kritische Beurteilung der Versorgungslage bei der Bevölkerung ausgelöst habe. Gewisse Missstimmung habe es erregt, dass diese Kürzung in keiner Weise bei der Veröffentlichung der Lebensmittelzuteilungen Erwähnung gefunden habe. Ebenso habe die seit Oktober im Gange befindliche Zuteilung von Butter-

Zu Nr. 143

2. Darüber wurde am 9. Dezember ein besonderer Bericht vorgelegt, der die Verhältnisse im mitteleuropäischen Industriegebiet schilderte, wo Schweinefleisch kaum, Wurst nur an manchen Tagen und in schlechter Qualität zu kaufen seien und die Schmalzanteile nicht geliefert würden. Mitte Dezember wurden Gerüchte über eine erneute Kürzung der Fleischrationen verbreitet. —

schmalz nach allgemeinen Feststellungen wenig Anklang gefunden. Namentlich in West- und Norddeutschland werde über die Qualität dieses ausschliesslich für Koch- und Backzwecke zu verwendenden Fettes geklagt. Besonderen Anstoss habe bei der Bevölkerung jedoch die Preisfestsetzung des Butterschmalzes erregt, da es im Hinblick auf die beschränkte Verwendungsfähigkeit als unbillig angesehen werde, dass für dieses Erzeugnis 30 Pf mehr als für Butter bezahlt werden müsse. Eine längere Zuteilung dieses Erzeugnisses werde als Verteuerung der Lebenshaltung und von der minderbemittelten Bevölkerung als nicht tragbar angesehen.

Die unzureichende Versorgung mit Gemüse und Obst wirkt sich, wie es in allen Meldungen heisst, in stimmungsmässiger Hinsicht besonders ungünstig aus. Im Hinblick auf die kürzlich beschlagnahmte Apfelernte und die zwischenzeitlich bekanntgewordene Verbrauchsregelung werde allgemein befürchtet, dass in den Wintermonaten eine völlig unzulängliche Versorgung mit Frischobst erfolge, die in Anbetracht der sonstigen Ernährungslücken zu gesundheitlichen Störungen führen könne.

Im Zusammenhang mit den Klagen über die Fleisch- und Fettversorgung wird in den vorliegenden Meldungen besonders auf die Missstände verwiesen, die bei Wild und Geflügel gegenwärtig an der Tagesordnung seien. Die hierbei beobachteten Missstände treffen den Meldungen zufolge auf das gesamte Reichsgebiet zu. Mit wachsender Unzufriedenheit werde von der Bevölkerung festgestellt, dass die Grossstädte überhaupt nicht oder nur unzulänglich mit Geflügel versorgt würden. Der Grund hierfür sei darin zu suchen, dass die Erzeuger fast ausnahmslos das Geflügel nicht mehr als Schlacht-, sondern als Zuchtgeflügel absetzen würden, wobei sie unbedenklich höhere Preise fordern könnten, die von den Interessenten ohne Weiteres gezahlt würden. Es könne allgemein beobachtet werden, dass in den Tageszeitungen immer wieder Anzeigen erschienen, in denen Zuchtgeflügel (Gänse, Enten und Hühner) zu unverhältnismässig hohen Preisen angeboten würden. Die Bevölkerung erblicke hierin eine Umgehung der Kriegswirtschafts- und Preisstoppverordnungen. Wie in den diesbezüglichen Meldungen weiterhin ausgeführt wird, habe sich auf dem Geflügelmarkt ein umfangreicher Schleichhandel entwickelt. Die festgesetzten Höchstpreise für Wild und Geflügel würden nur auf dem Papier stehen, da sie keineswegs seitens der Verkäufer und Händler Beachtung finden. So werde z.B. für Hühner 10,- RM bis 15,- RM und für Gänse bis zu 50,- RM gefordert und bezahlt. In einer Meldung aus Augsburg werden die derzeitigen Verhältnisse auf dem Geflügelmarkt dahingehend gekennzeichnet, dass trotz aller Vorstellungen vieler Stellen, u.a. auch örtlicher Ernährungs- und Wirtschaftsämter, eine Abstellung dieser unhaltbaren Zustände bisher noch nicht erfolgt sei. Eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse werde darin gesehen, dass das gesamte Schlacht-

und Zuchtgeflügel beschlagnahmt wird, um eine ordnungsgemässe Bewirtschaftung zu erreichen. Der Zweck dieser Bewirtschaftung soll nicht darin gesehen werden, etwa genaue Ansprüche der Verbraucher festzulegen, sondern es soll hierdurch vor allem erreicht werden, dass die Mengen, die überhaupt da sind, über den legalen Handel geleitet werden. Auch in anderen Meldungen wird zum Ausdruck gebracht, dass nach übereinstimmender Äusserung aller interessierten Stellen auf diesem Gebiet – wenn überhaupt in diesem Jahr eine Besserung der Verhältnisse noch möglich sei – schnell eingegriffen werden müsse, da der Schleichhandel bzw. der direkte Bezug und die «Vorbestellungen» beim Erzeuger immer mehr überhand nehmen würden. Abgesehen von den durch diese Erscheinung in Bedrängnis geratenen Geflügelhändlern, die so gut wie keine Käufe und Verkäufe mehr tätigen könnten, sei eine Bewirtschaftung im Interesse einer Preiskontrolle und einer einigermassen gerechten Verteilung unbedingt erforderlich. Jedenfalls sei die Verstimmung der Bevölkerung über die derzeitigen Verhältnisse – im Besonderen über die Preisentwicklung – ausserordentlich gross. Das gleiche gelte in Bezug auf die Versorgung der Hotels und Gaststätten mit Geflügel und Wild. Genau wie im Vorjahre würden vornehmlich von der Arbeiterbevölkerung die Feststellungen getroffen, dass in den Gaststätten der Grossstädte Wild- und Geflügeessen an der Tagesordnung seien, die aber auf Grund der hohen Preise lediglich den bessergestellten Bevölkerungsschichten zugute kämen.

Zusammenfassend ist zur Frage der Ernährungslage und Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln festzustellen, dass diese gegenwärtig einen wesentlichen Faktor für die allgemeine Stimmung darstellt.<sup>3</sup>

Nr. 145 vom 28. November 1940 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### Zum laufenden Filmprogramm

1. Nach übereinstimmenden Berichten aus dem ganzen Reich findet der Film «Jud Süß» eine anhaltend ausserordentlich zustimmende Aufnahme. Das Urteil über einen Film sei selten so einheitlich gewesen wie

Noch zu Nr. 143

3. Bereits am 30. September waren zu einer Rundfunkmeldung, die Preissteigerung bei Lebensmitteln betrage nur 4%, Äusserungen von Hausfrauen wiedergegeben worden, dass die Preise ausser bei Kartoffeln, Zucker und Brot zwischen 30 und 100% gestiegen seien. Über den Handel mit Geflügel wurden am 2. Dezember weitere Beispiele vorgelegt, wonach stellenweise für 1 Pfund Gänsefleisch 10,- RM geboten wurden.

bei dem Film «Jud Süß», der zwar in der realistischen Darstellung abscheuerregender Episoden ungewöhnlich weitgehe, dabei aber künstlerisch vollauf überzeugend gestaltet und von einer Spannung sei, «die einen nicht loslässt».<sup>1</sup> Wie sich der Film als Ganzes stimmungsmässig auswirke, komme in der spontanen Äusserung zum Ausdruck: «Man möchte sich die Hände waschen.» In Meldungen aus Leipzig, Breslau, Oppeln, Salzburg, Potsdam, Reichenberg, Karlsruhe, Troppau, Dortmund u.a. wird darauf hingewiesen, dass man in Eltern- und Erzieherkreisen die Frage, ob es gut sei, die Jugend in diesen Film zu führen, mit Rüdesicht auf seine ausserordentlich starke psychologische Nachwirkung fast durchweg verneint.

Übereinstimmend wird gemeldet, dass bei diesem Film zum Unterschied von der Mehrzahl der anderen laufenden Spielfilme in erster Linie die schauspielerischen Leistungen hervorgehoben und besprochen werden, die – wie es in einer Meldung aus Nürnberg heisst – «beängstigend echt» seien, soweit sie die Darstellung von Juden betreffen.<sup>2</sup> Gerade in dieser Hinsicht sei «Jud Süß» ungleich stärker und überzeugender als der Film «Die Rothschilds» (Berlin). Unter den Szenen, die von der Bevölkerung besonders beachtet werden, wird – ausser der Vergewaltigungsszene – der Einzug der Juden mit Sack und Pack in die Stadt Stuttgart genannt. Im Anschluss gerade an diese Szene ist es wiederholt während der Vorführung des Filmes zu offenen Demonstrationen gegen das Judentum gekommen. So kam es z.B. in Berlin zu Ausrufen wie «Vertreibt die Juden vom Kurfürstendamm! Raus mit den letzten Juden aus Deutschland!»

Uneinheitlich sei die Einstellung der Bevölkerung zu der Person des Herzogs von Württemberg. Nach bisher beobachteten Stellungnahmen überwiege die Ansicht, dass der Herzog fast ebenso verdammungswürdig wie der Jud Süß sei und dass sein Tod seine gerechte Strafe sei, die leider etwas zu früh komme, so dass er über die notwendige Einstellung zum Jud Süß und zum Judentum überhaupt nicht mehr habe belehrt werden können.<sup>3</sup>

2. Das nunmehr völlige Ausbleiben der Tran- und Helle-Filme<sup>4</sup> sei – nach Meldungen aus Wien, Schwerin, Allenstein, Karlsruhe, Oppeln, Kiel, Stuttgart, Dresden, Bayreuth, Linz, Dessau, Frankfurt/Main, Berlin,

Zu Nr. 145

1. Der unter der Regie von Veit Harlan hergestellte Film sollte am Beispiel des württembergisdien Finanzrats Josef Süß-Oppenheimer (1692-1738), der auf Druck der Landstände in einem anfechtbaren Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, die Ausbeutung des deutschen Volkes durch das Judentum darstellen. Vgl. dazu Pardo-Schiffner, Jud Süß, Historisches und juristisches Material zum Fall Veit Harlan. 1949. – 2. Die Titelrolle hatte Ferdinand Marian gespielt. – 3. Herzog Karl Alexander von Württemberg hatte Oppenheimer begünstigt; erst nach seinem Tod 1737 war der Prozess möglich. – 4. In diesen mit den Wochenschauen ver-

Neustadt a. d. W., Bielefeld u.a. – allgemein bedauert worden. Man erinnere sich noch der zuletzt dargestellten Begebenheiten im Luftschutzkeller, die mit einer von den ersten Filmen dieser Art her gewohnten Zustimmung aufgenommen worden seien, und man habe seinerzeit vielfach die Hoffnung geäußert, dass die Tran- und Helle-Filme nun wieder «aktueller, schmissiger» und dabei in erzieherischer Hinsicht durchschlagender würden. Nach Äusserungen aus der Bevölkerung würden sich gegenwärtig sicherlich wieder mehr Fragen ergeben, die in einer den Tran- und Helle-Filmen ähnlichen Art in aufklärenden Kurzfilmen zur Sprache gebracht werden könnten (z.B. NSV-Kinderverschickung, Kohlenversorgung, zeitweilige Lieferungsschwierigkeiten einzelner Nahrungsmittel, zeitliche Einschränkung im abendlichen Veranstaltungswesen, Diskussionen und Gerüchte über Amerikas Einstellung zum Krieg<sup>5</sup>, Flugblätterabwürfe durch englische Flieger über dem Reichsgebiet, Einstellung gegenüber Kriegsgefangenen, unzweckmässige und ungenügende Verdunklung, fremdsprachliche Nachrichtensendungen, Schwierigkeiten in der Schuhversorgung<sup>6</sup>, Obstverteilung, strafbare Preissteigerung<sup>7</sup> u.a. m.).

3. Nach zahlreichen Meldungen aus allen Teilen des Reiches, vor allem aus Berlin, Süd- und Westdeutschland, sei in den letzten Wochen ein teilweise erhebliches Nachlassen des Interesses an den Wochenschauen festzustellen. Im Allgemeinen empfinde man die gegenwärtigen Wochenschauen als «zu lang». Eine Diskussion über einzelne Wochenschauberichte sei zur Zeit nur selten zu beobachten. Fast nur ausgesprochen sensationell wirkende Bilder (z.B. Zweikampf zwischen Jagdfliegern, Abwurf von Bomben über englischem Gebiet, Versenkung feindlichen Schiffsraums) werden von der Bevölkerung stärker beachtet.

Gleichbleibend grösstes Interesse wird darüber hinaus allen Aufnahmen des Führers entgegengebracht. Es sei geradezu so, dass eine Wochenschau ohne Bilder des Führers nicht für vollwertig gehalten werde. Man wolle immer sehen, wie der Führer aussehe, ob er ernst sei oder lache. Dagegen äussere man sich allgemein sehr enttäuscht, dass man seit langer Zeit im Rahmen der Wochenschau nicht auch die Stimme des Führers habe hören

Noch zu Nr. 145

bundenen Kurzfilmen hatten die Schauspieler Ludwig Schmitz und Jupp Hussels das «fälsdie» und «richtige» Verhalten in Alltagssituationen dargestellt. Die Aufnahme einzelner Streifen war mehrfach behandelt worden, zuletzt am 29. August mit der Feststellung, sie drohten zur humoristischen Einlage herabzusinken und ihre propagandistische und erzieherische Wirkung zu verlieren. – 5. Im Dezember wurde nach längerer Pause wieder berichtet, dass verschiedentlich mit einer Beteiligung Amerikas am Krieg gerechnet werde (Nr. 148). – 6. In den besonders häufigen Meldungen über den Mangel an Schuhen und Leder für Reparaturen war u.a. berichtet worden, dass Arbeiter von Festungsbaustellen in grosser Zahl infolge schlechten Sdiuhwerks arbeitsunfähig geworden seien (Nr. 129 vom 3. Oktober) und dass Bergarbeiter, weil ihre Sdiuhe wochenlang nicht geflickt werden konnten, provozierend in Filzpantoffeln an den Zechentoren erschienen seien (Nr. 127 vom 26. September). – 7. Vgl. Nr. 143; die Presse brachte Meldungen über hohe Geldstrafen für Verkäufer und Käufer von Geflügel zu überhöhten Preisen.



können (Reichenberg, Halle, Nürnberg, München, Karlsbad, Augsburg, Allenstein, Schwerin, Kiel, Breslau, Graz, Neustadt a. d. W., Salzburg, Stuttgart, Aachen, Dresden, Darmstadt, Bayreuth, Troppau, Koblenz, Dessau, Weimar u.a.).

Nach zahlreich vorliegenden Meldungen wird die gelegentliche Vorführung der wichtigsten und eindrucksvollsten Kriegswochenschauen vom Feldzug im Westen immer ausserordentlich gut aufgenommen. Besonders in Landgebieten bekundet die Bevölkerung nach wie vor grösstes Interesse an diesen Wochenschauen. Dort, wo diese Kriegswochenschauen bisher im Zusammenhang noch nicht wieder aufgeführt worden seien, werde eine baldige Aufführung gewünscht (Dessau, Kassel u.a.).

Nr. 152 vom 9. Januar 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Haltung der Bevölkerung zu Beginn des neuen Jahres war nach den Meldungen aus allen Teilen des Reiches im Wesentlichen bestimmt durch die allgemeine Siegeszuversicht, die von der Neujahrsbotschaft des Führers ausging. Besonders die Worte des Führers: «Das Jahr 1941 wird die Vollendung des grössten Sieges unserer Geschichte bringen» standen überall im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen.<sup>1</sup> Die nach den Feiertagen anhaltende rege Tätigkeit der deutschen Luftwaffe und Marine, besonders die neuen Erfolge der deutschen Kriegsschiffe im Stillen Ozean<sup>2</sup> wirkten sich ebenfalls sehr günstig auf die Zuversicht der Bevölkerung aus. Der Beginn des neuen Jahres wurde nach den Meldungen überall zum Anlass genommen, über die weitere Entwicklung des Krieges neue Erörterungen anzustellen. Dabei wurde die Möglichkeit einer im Frühjahr erfolgenden Landung deutscher Truppen in England erneut erwogen. Die in letzter Zeit erfolgten umfangreichen Einberufungen zur Wehrmacht, ferner die nach Erzählungen von Soldaten angesetzte Urlaubssperre ab 1. 2. 1941 wurden allgemein dahin gedeutet, dass grössere militärische Entscheidungen unmittelbar bevorstehen.

Je mehr die deutschen Erfolge in den Gesprächen der Volksgenossen hervorgehoben und freudig gewürdigt werden, um so mehr begehnen die

Zu. Nr. 152

1. Hitler hatte einen Aufruf an die NSDAP (Wortlaut in: Das Archiv, Januar 1941. S. 984 bis 988) und einen Tagesbefehl an die Wehrmacht gerichtet, der mit dem zitierten Satz schloss (ebda, S. 951). – 2. Im Indischen und Stillen Ozean operierten deutsche Hilfskreuzer, das OKW hatte am 2. Januar bekanntgegeben, dass einer davon 10 Schiffe mit 64'155 BRT versenkt habe. –

italienischen Misserfolge offener Ablehnung.<sup>3</sup> Wenn auch die Entsendung deutscher Lufteinheiten nach Italien als Zeichen der Hoffnung auf baldige Entscheidung im Mittelmeer begrüßt wurde, hat diese Massnahme andererseits wieder wesentlich dazu beigetragen, die Einstellung gegen den italienischen Bundesgenossen zu verschlechtern. Der Fall Bardias vertiefte die Missstimmung noch weiter.

Vor den Feiertagen sorgten sich sehr viele Volksgenossen um eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und den an den Feiertagen üblichen Sonderzuteilungen. Die fast überall noch rechtzeitig erfolgte Zuteilung solcher Lebensmittel und besonders begehrter Artikel löste allgemeine Zufriedenheit aus.<sup>4</sup> Übereinstimmend äusserten sich nach den Meldungen die Volksgenossen, fast nicht gemerkt zu haben, dass man eine zweite Kriegsweihnacht feiere. Soweit Befürchtungen über die Versorgungslage laut wurden, befassten sich diese, bedingt durch die anhaltende Kälteperiode, in erster Linie mit der immer noch im Vordergrund stehenden Sorge um ausreichende Kohlenzuteilungen. Die Volksgenossen sind nicht ganz sicher, ob die restlichen Zuteilungen auch wirklich rechtzeitig erfolgen können.

Nr. 156 vom 23. Januar 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

Versuche der Konfessionen, die Weihnachtsstimmung der Bevölkerung propagandistisch für ihre Zwecke auszunutzen

Die zahlreichen kirchlichen Veranstaltungen in der Adventszeit, zu Weihnachten, Silvester, Neujahr und am Fest der Heiligen Drei Könige waren, abgesehen von zwei Meldungen, nach denen einmal ein auffällig schwacher Besuch (Troppau) und zum anderen ein durchschnittlicher Besuch (Bielefeld) festgestellt wurde, infolge der ausgiebigen kirchlichen Propaganda in Wort und Schrift von Volksgenossen aller Bevölkerungs-

Zu Nr. 152

3. Die Italiener hatten Teile von Albanien räumen müssen, in Libyen hatten englische Truppen im Dezember 4 italienische Divisionen vernichtet, waren nach Westen bis Bardia vorgedrungen und belagerten Tobruk, das am 22. Januar kapitulierte; im Januar befahl Hitler daraufhin die Vorbereitungen für die Entsendung deutscher Panzertruppen nach Nordafrika. – 4. Die Sonderzuteilungen betragen z.B. in Essen 75 g Bohnenkaffee für Erwachsene, 125 g Schokolade und 1 kg Äpfel für alle Verbraucher, Marzipan war noch nicht bewirtschaftet. (H. Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950, dargestellt am Beispiel der Stadt Essen. 19J6. S. 457).

schichten und Altersstufen sehr gut besucht (München, Berlin, Nürnberg, Würzburg, Stettin, Darmstadt, Hohensalza, Wien). München meldet enorme Besucherzahlen, die teilweise so gross waren, dass die Menge noch vor den Kirchentüren stehen musste.

Es war zunächst auffallend, dass vor und während der Weihnachtszeit zahlreiche Gerüchte auftauchten: es würden alle Klöster beschlagnahmt<sup>1</sup>, es sei zu befürchten, dass in nächster Zeit auch Kirchen als Weihstätten für die «Irrlehren» Rosenbergs beschlagnahmt werden würden (Linz, Kattowitz), die konfessionellen Waisenhäuser sollten in die Verwaltung der Braunen Schwestern<sup>2</sup> übergehen, die Reichsregierung wolle in absehbarer Zeit die Kultgegenstände der Kirchen, wie Kelche, Leuchter, Monstranzen usw. für Rüstungszwecke einziehen (Kattowitz), es würden nicht nur alle Kirchen geschlossen, sondern auch ein grosser Teil der Geistlichen vertrieben werden (Graz), in der Landshuter Gegend wurde gerüchtweise verbreitet, der Führer habe an den Papst ein Schreiben gerichtet mit der Bitte, er möge die deutschen Bischöfe anweisen, für den Sieg der deutschen Waffen zu beten; es wird berichtet, dass dieses Gerücht in der stark konfessionell gebundenen Bevölkerung die Siegeszuversicht beeinträchtigt hätte (Bayreuth).

Der Höhepunkt der weihnachtlichen Kirchenpropaganda wurde in den Predigten erreicht. In den Hirtenbriefen, Predigten, Männer- und Familienabenden wurde der angeblichen «Entweihung des Weihnachtsfestes» der Kampf angesagt und die «Irrlehren» der Gegenwart gebrandmarkt. Erzbischof Dr. Gröber nahm in seinem Weihnachtshirtenbrief z.B. Stellung gegen «Behauptungen, die der christlichen Weihnacht den Boden entziehen wollen» (Karlsruhe).

. . . Kein Grosser und Gewaltiger dieser Welt, kein Nero, kein Trajan, kein Decius und kein Aurelian, auch kein Diokletian und kein Julian haben es verhindern können. Sowenig es dem Herodes gelungen ist, durch seine Henker ohne Mitleid und Gewissen den «neugeborenen König der Juden» zu ermorden, ebensowenig ist es diesen blutdürstigen Cäsaren oder irgendeinem anderen geglückt, Weihnachten endgültig zu entweihen und den Glauben an das Christkind im Bewusstsein der Menschen auszulöschen. Auch jene, die es heute versuchen, werden vielleicht den Klang der Weihnachtsglocken dämpfen und durch einen unheiligen Lärm vertuschen, aber nicht dauernd zum Schweigen bringen können.

Zu Nr. 156

1. Ab Mitte Dezember 1940 bis Sommer 1941 wurden zahlreiche Klöster beschlagnahmt, teils als «staatsfeindliches Vermögen», teils zur Unterbringung von Umsiedlern oder Parteidienststellen; ein Protest Kardinal Bertrams vom 22. April 1941 bei Reichsminister Lammers (Bundesarchiv, Akten der Reichskanzlei R 43 II/1271 a) zählte 11 Objekte auf, bei Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. 1946. S. 149 ff., weitere Nachweise. – 2. Die Angehörigen der NS-Schwesternschaft, die 1934 von der NS-Volkswohlfahrt gebildet worden war, wurden nach ihrer Tracht als braune

Der Dompropst Dr. D. im Dom zu Münster (Münster):

Man behauptet heute, das Weihnachtsfest entbehre jeder geschichtlichen Unterlage, dass Jesus überhaupt nicht gelebt hätte. Man versucht, dem Weihnachtsfest eine andere Bedeutung beizumessen . . . Vor mehreren Jahren ist ein Buch geschrieben worden, das den Mythos der heutigen Zeit behandelt.<sup>3</sup> Sein Verfasser hat sich den Mantel der Gelehrsamkeit umgelegt, den er vor kurzem hat ablegen müssen, weil seine Nachweisungen sich als unwahr bewiesen haben . . .

Der Domprediger D. am Neujahrmorgen im Wiener Dom (Wien):

. . . Der Kampf ist für den modernen Menschen besonders schwer, denn es sind viele Götzen entstanden, so z.B. der Götze des Blutes, der sogenannten Gemeinschaft des Fleisches usw. Diese Götzen müssen gestürzt werden, zuerst in unserem Herzen . . . Der Friede, den der Herr uns schenkt, ist ein wahrer, ewiger Friede, kein fauler Friede, jener von dieser Welt...

Ein Kapuzinerpater in Salzburg (Salzburg):

. . . Andere Religionen sind um Euch, ja man vergöttert Blut und Rasse. Dies alles wird vergehen und nichts wird mehr sein an dem Tag, an dem Jesus kommt auf den Wolken, um die Menschheit zu richten. Dann werden all die anderen zu seinen Füßen liegen und knirschen, aber Ihr werdet Euch freuen und je grösser Eure Freude, um so grösser wird der Schmerz der anderen sein. Was sind in diesen Stunden Eure Schmerzen und Leiden? Nichts . . .

Der Dechant in Saarburg (Koblenz):

. . . Die Kirche ging ungeschwächt aus allen Kämpfen hervor. Man mag sie unterdrücken und verfolgen, sie habe Verheissung, dass die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen. Die traurigen Gestalten, die sich an der Kirche vergreifen, müssen erfahren, dass die Kirche bleibt und dass keine Verfolgung sie zu vernichten vermag . . .

Der Pfarrer S. in Thundorf begann seine Predigt mit folgenden Worten (Würzburg):

Mit dem Ende des alten Jahres will ich nun auch mein Priestergewand ablegen und meine Theologie an den Nagel hängen. Ich will Euch nicht mehr länger betrügen! In Eurem Bauernblatt stand, dass die Geburt Jesu ein Märchen sei. Euer Bauernblatt muss es ja wissen. Die Freude des Weihnachtsfestes, die Geburt des Lichtes und die christliche Weihnachtszeit sei aus dem Germanischen gekommen. Das blaue, sternenbedeckte Gewand Marias sei nichts anderes als der blaue Horizont und das Jesus-

Noch zu Nr. 156

Schwester bezeichnet. – 3. Alfred Rosenbergs «Der Mythos des 20. Jahrhunderts»; es war bereits 1934 auf den Index gesetzt worden, und mehrfach hatten katholische Autoren die Unwissenschaftlichkeit seiner Angriffe gegen das Christentum nachgewiesen, z.B. Erzbischof Gröber im Hand-

kind nichts mehr als die Sonne. Denken denn diese Weibsbilder, die solches schreiben, dass wir unsere 14 Jahre Studium versoffen haben? Denken sie denn, dass wir 48jährigen unser Volk betrügen? Unser Leben einem Irrsinn opfern? Das ist ein grosser Frevel gegen Gott. Diese Geschöpfe sollen ihre Politik treiben, aber nicht unser Allerheiligstes angreifen . . .

Für die Behandlung dieser Frage in der Kirchenpresse mag ein Beispiel aus dem Sonntagsblatt «Glaube und Heimat» genügen (Koblenz):

. . . Eine Weihnachtsfeier ohne Weihnachtsgeschichte ist ein grotesker Unsinn, und Weihnachten umdeuten und ihm einen menschlichen, allzu menschlicher Phantasie entsprungenen Sinn unterschieben, nun ja, das kann man tun. Man sollte nur so ehrlich sein, sich einzugestehen und es auch anderen nicht zu verschweigen, dass man mit diesem Experiment an die Stelle ewiger Werte flüchtige Worte setzt.

Am Tage der Heiligen Drei Könige war eine ähnliche Lage festzustellen wie an den Herbstfeiertagen (Allerseelen, Allerheiligen, Buss- und Betttag usw.).<sup>4</sup> Aus katholischen Gebieten wird gemeldet, dass die Arbeit auf dem Lande fast vollständig ruhte (Würzburg, Graz). Für das Gebiet Oberbayern wird berichtet, dass von einer Abschaffung des Feiertages nichts zu merken gewesen sei (München).

Nr. 158 vom 30. Januar 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Meldungen zur Höhe der Renten aus den Pflichtrentenversicherungen

Die Rentenhöhe der Pflichtrenten Versicherungen (Invaliden-, Knappschafts-, Angestellten- und Unfallversicherungen) wird nach hier vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches allgemein als äusserst unzureichend angesehen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Nationalsozialismus die 7 Millionen Erwerbslosen und weitgehend die Kurzarbeit beseitigt habe, wodurch das Arbeitseinkommen des deutschen Volkes von Jahr zu Jahr gestiegen sei, und dass den Schaffenden die durch den Krieg auferlegten Lasten (Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit, Urlaub, Kriegssteuern, Lohnstop usw.) nach und nach erträglicher gestaltet worden seien. Neuerdings kämen auch die aus dem Jahr 1931 stammen-

Noch zu Nr. 156

buch der religiösen Gegenwartsfragen 1937 (vgl. Neuhäusler, a. a. O. Teil 2. S. 198 ff. – 4. Wie schon Fronleichnam (oben Nr. 94) waren auch diese Feiertage auf den folgenden Sonntag verlegt worden.

den Gehaltskürzungen für die Beamten zum grössten Teil in Fortfall.<sup>1</sup> Weiterhin habe der Führer die Rückzahlungspflicht der bis 1935 erhaltenen Wohlfahrtsunterstützungen aufgehoben. So sei dem deutschen Volk im Rahmen des möglichen geholfen worden. Nur die Empfänger von Renten aus den Pflichtrentenversicherungen warten – wie es in den Meldungen weiter heisst – dringend auf eine Besserung ihrer Lage. Sie hätten immer noch unter der Last des «Brüningsabzuges»<sup>2</sup> zu leiden.

Die Ursache der schwierigen Lage der Pflichtrentenempfänger wird in den Meldungen in der Hauptsache in den nachfolgenden Punkten gesehen:

1. Die Lebenshaltungskosten seien seit 1933 gestiegen. So betrage der Indexunterschied im Einzelnen:

Gesamtindex	Jan. 1933: 117,2	Dez. 1940: 130,8	Unterschied = 13,6
Index für			
Ernährung	Jan. 1933: 111,3	Dez. 1940: 126,6	Unterschied = 15,3
Index für			
Bekleidung	Jan. 1933: 106,9	Dez. 1940: 148,3	Unterschied = 41,4

Bei der Beurteilung der Indexunterschiede wäre darauf hinzuweisen, dass die Erhöhungen der Indizes für Ernährung und Bekleidung die kleinsten Einkommen schwerer trifft als die grösseren, was aus dem Gesamtindex weniger klar ersichtlich ist.

2. Die bisherige Rentenfestsetzung werde, gemessen am Lebensstand des deutschen Volkes, als unzureichend angesehen. Aus den eingegangenen Meldungen sollen einige Auszüge wörtlich wiedergegeben werden:

«Wie soll ein Invalidenrentner mit Frau in einer Stadt leben, wenn die monatliche Rente 30,- RM beträgt und hiervon für zwei kleine Zimmer 16,80 RM Miete zu zahlen seien? Mehr als 48 Jahre habe ein solcher Rentner, der sich in einem Alter von über 65 Jahren befinde, dem deutschen Volke durch seine Arbeit gedient, und jetzt? Die Hilfe der NSV wird zwar angenommen, aber die Leute wollen keine Almosen, sondern ihr Recht. Sie meinen, dass ihnen das heute zum Teil wiedergegeben werden könnte, was sie durch Krieg, Inflation und Brüningsche Notverordnung verloren hätten.»

«Warum müssen wir Altersrentner den Betrag zwischen Fürsorgetätigkeit und Altersrente beim Wohlfahrtsamt beantragen und dort abholen? Geändert wird an diesem Unterschied durch die Einschaltung einer neuen Behörde doch nichts. Warum können hier nicht durch Verwaltungsverein-

Zu Nr. 158

1. Durch die von Reichskanzler Brüning veranlassten Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930 und 5. 6. 1931 (RGBl. I S. 517 bzw. 279) waren die Gehälter der Beamten um 6% und dann nochmals um 4-8% gekürzt worden, die zweite Kürzung wurde 1940 durch unveröffentlichten Erlass aufgehoben. – 2. Notverord-

fachung Kosten gespart und diese Ersparnisse den Versicherungsträgern mit der Pflicht, die Renten zu erhöhen, zugewiesen werden? Warum setzt man bei solch alten Leuten, die im Arbeitseinsatz nicht mehr verwendbar sind, die Mindestrente nicht mindestens gleich dem Fürsorgersatz?»

«In Urlaub befindliche Soldaten, die selbst für eine eigene Familie zu sorgen haben, fragen, warum man ihre alten Eltern vergesse: «Sollen wir von unserem Geld, das wir selbst gebrauchen, auch noch unsere Alten unterhalten?» Diese Meinung wird auch von zahlreichen anderen Volksgenossen vertreten. Dabei komme allgemein zum Ausdruck, dass sie ihren Eltern gern helfen wollen. Mehr als 10,- RM bzw. 15,- RM im Monat könnten sie aber oft mit Rücksicht auf die eigene Familie ihren Eltern nicht zukommen lassen. Dies sei schon bei ihrem kleinen Einkommen oft ein sehr grosses Opfer. Hier müsste – so wird weiter berichtet – der Staat eingreifen.»

Aus der Ostmark, dem Sudetengau und den eingegliederten Ostgebieten liegen Meldungen darüber vor, dass Klage über die Rentenhöhe geführt werde, die sich aus der Währungsumstellung auf Reichsmark ergebe. Der Geldumrechnungskurs, der den Rentenumrechnungen zugrunde liege, sei zu einem Zeitpunkt festgesetzt worden, da die Kaufkraft erheblich höher gelegen habe. In der Folgezeit hätten sich aber die Preise dem Stand des Altreichs angeglichen (höher geworden!). Auch die Löhne seien nachgekommen; die Kaufkraft der Renten sei daher erheblich gesunken. Da die Renten allgemein als die niedrigsten Einkommen gelten, müsse hier, um die grösste Not zu beseitigen, ein Ausgleich erfolgen. Die Grösse der Not wird beispielsweise aus einem kleinen Gebirgsort des Landkreises Joachimstal dargestellt. In diesem Ort leben 15 frühere Waldarbeiter bzw. ihre Witwen, die 35-40 und mehr Jahre ihre Pflicht in der Arbeit erfüllt hätten. Trotz der Teuerung bekommen diese immer noch das gleiche Ruhegeld wie in der früheren Tschechoslowakei, nur umgerechnet in Reichsmark. In 5 Fällen – so wird weiter dargestellt – betrage die Altersrente 15,12 RM – 15,72 RM monatlich; die hochbetagten Witwen bekämen in 9 Fällen 2,76 RM – 6,31 RM monatlich, können also ohne andere nennenswerte Unterstützung gar nicht leben.

Als weitere ungerechtfertigte Härte wird nach den Meldungen der Fortfall der kleinen Unfallrenten im Alter angesehen. Wenn auch mit der geringfügig verminderten dauernden Arbeitsunfähigkeit nicht immer Lohnbussen verbunden seien, so beginne die Notlage oft dort, wo im

Noch zu Nr. 158

nungen von 1930, 1931 und 1932, von denen die letzte «zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung» bereits vom Kabinett v. Papen ausgegangen war, hatten die Leistungen aller gesetzlichen Versicherungen, besonders durch Anrechnungen beim Zusammentreffen mehrerer Ansprüche, beschränkt. –

Alter bei unzureichender sonstiger Rente und ohne weitere Einkünfte auch die kleinen Unfallrenten fortfallen. Unter den Betroffenen sei man der Meinung, dass der Verlust eines jeden Gliedes oder die Beeinträchtigung irgendeines Organes im Alter besonders empfunden werde. Die sich hieraus ergebenden Rentenfolgerungen unterblieben aber vielfach wegen Rechtsunkenntnis der Betroffenen und seien wohl auch deshalb erfolglos, weil infolge anderer Gebrechen die Auswirkungen der Unfallschäden auf die Arbeitsfähigkeit oft zurücktreten. Es werde deshalb der Wunsch geäußert, die kleinen Unfallrenten dann wieder aufleben zu lassen, wenn sonstige ausreichende Renten bzw. Einkünfte nicht vorhanden seien. Aus den Gebieten der früheren Tschechoslowakei wird hierzu noch besonders gemeldet, dass die Unfallrentenbescheide gegen Deutsche aus politischen Gründen sehr niedrig ausgefallen seien, so dass eine Nachprüfung dieser Bescheide auf Grund einer neueren Untersuchung dringend gewünscht werde. In einer Einzelmeldung wird noch darauf hingewiesen, dass die Rentenverbesserung ihren Sinn verliere, wenn sich bei einem unzureichenden Fürsorgerichtsatz (z.B. in Rosenberg/Oberschl. 12,- RM monatlich für 1 Person) die Verbesserung infolge der Anrechnung auf den vom Wohlfahrtsamt gezahlten Betrag nicht auswirke (Fürsorgerichtsatz weniger Rente und sonstige Einkünfte = Betrag, der vom Wohlfahrtsamt gezahlt wird). Es seien daher entweder die niedrigsten Fürsorgerichtsätze nachzuprüfen oder aber eine Anrechnung der Rentenverbesserung dürfe auf den vom Wohlfahrtsamt gezahlten Betrag nicht erfolgen.

In den Meldungen wird übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass die Propaganda mittels Presse, Rundfunk und Versammlungen für eine grosszügige Altersversorgung des deutschen Volkes<sup>3</sup> durch die Beibehaltung der Rentenkürzungen (Notverordnungen) sehr beeinträchtigt werde. Besonders aus den betroffenen Kreisen seien immer wieder Äusserungen wie die nachstehende zu hören: «Versprecht für die Zukunft keine Mindestrenten in Höhe von monatlich 80,- RM oder Durchschnittrenten von 120,- RM bis 110,- RM oder Höchstrenten von 250,- RM, sondern beseitigt zuerst die Rentenkürzungen des Brüningsystems.»<sup>4</sup>

Noch zu Nr. 118

3. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, hatte im Februar 1940 von Hitler den Auftrag zur Vorbereitung einer umfassenden Altersversorgung für das deutsche Volk erhalten; im Oktober 1940 hatte er den Entwurf des ersten Abschnittes vorgelegt und darüber in einem Artikel im «Angriff» berichtet (Auszug in: Das Archiv. Oktober 1940. S. 671-673). Seine Ankündigung eines «gesicherten Lebensabends» war in der Presse häufig dem Elend der Arbeitsunfähigen im kapitalistischen England gegenübergestellt worden. — 4. Ein ähnlicher Bericht über Missstände in der Kriegsopferversorgung wurde am 3. Februar vorgelegt, Ergänzungen dazu am 29. Mai 1941. Die Rentenkürzungen wurden durch Gesetz vom 24. Juli 1941 (RGBl. I S. 443) aufgehoben, so dass die Ruhegelder um 6,- RM, die Hinterbliebenenrenten um 4,- bis 5,- RM stiegen; gleichzeitig wurden andere Verbesserungen eingeführt. Über die «freudige Aufnahme» dieser Massnahmen wurde am 8. September 1941 berichtet.



Nr. 159 vom 3. Februar 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Das allgemeine Stimmungsbild steht gegenwärtig vollkommen im Zeichen der Führer-Rede.<sup>1</sup> Aus allen Gauen des Reiches wird übereinstimmend gemeldet, dass die richtungweisende und auch für den einfachsten Volksgenossen klar verständliche Rede stärkste Beachtung fand und mit ihrem begeisterten Widerhall der Zuversicht der Bevölkerung den bisher grössten und entscheidendsten Auftrieb gab.

Die Erwartungen auf den Inhalt der Rede waren diesmal besonders hochgespannt. Man vermutete in erster Linie die Herausstellung parteipolitischer und programmatischer Fragen. Die Rede selbst hatte dann alle Erwartungen weit übertroffen. In allen Teilen des Reiches geht die einhellige Meinung dahin, dass dies die beste Rede des Führers in diesem Kriege gewesen sei. Alte Parteigenossen zogen Vergleiche mit den grundsätzlichen Führerreden der Kampfzeit.

Alle Zweifel hinsichtlich der Fortführung des Krieges, alle Besorgnisse, die in den letzten ruhigeren Tagen etwas überhand zu nehmen drohten, wurden durch die siegeszuversichtlichen und siegesgewissen Ausführungen des Führers restlos zerstreut.<sup>2</sup> Der von der Rede ausstrahlende, unerschütterliche Glaube des Führers an den Endsieg und die ausdrücklich noch einmal besonders betonte feste Überzeugung, das deutsche Volk noch in diesem Jahre zum Endsieg führen zu können, bannte allen Kleinmut.<sup>3</sup> In vielen Meldungen war zu lesen, dass sich Volksgenossen die Rede zwei- und dreimal anhörten.

Vor allem der zweite Teil der Rede hat die Zuhörer aufhorchen lassen. Selten wurden bei einer Führerrede so viele Einzelheiten herausgegriffen und in den Gesprächen immer wieder erörtert und zitiert, wie bei dieser Rede.

Die Ausführungen über die Aufrüstung Deutschlands in den letzten Jahren hatten in allen Teilen des Reiches eine grossartige Wirkung. Aus der Erklärung, dass der Grad unserer Aufrüstung noch nicht allgemein bekannt sei, wurde vielfach die während des Krieges schon des Öfteren gerüchtweise auf getauchte Vermutung wieder herausgelesen, dass unsere Wehrmacht noch besondere «Geheimwaffen» besitze und anwenden werde.<sup>4</sup>

Der durch den Führer für das Frühjahr angekündigte «beginnende» U-Boot-Krieg wird allgemein mit Spannung und Freude erwartet. Immer

Zu Nr. 119

1. Rede zum Jahrestag der «Machtergreifung» am 30. Januar im Berliner Sportpalast; Auszug bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'657-1'664. – 2. Hitler hatte u.a. gesagt, der Nationalsozialismus werde die kommenden Jahrtausende der deutschen Geschichte bestimmen. – 3. Hitler hatte vorsichtiger formuliert, das Jahre 1941 werde das geschichtliche Jahr einer grossen Neuordnung Europas sein. – 4. Vgl. oben Nr. 100, Anm. 6, unten Bericht

wieder werden die Worte zitiert, dass jedes Schiff, welches vor die deutschen Torpedorohre komme, angegriffen werde.

Die Worte, dass die deutsche Kriegsführung bei ihren strategischen Plänen «jede erdenkliche Möglichkeit» in Rechnung gestellt habe, wirkten sehr beruhigend und wurden immer wieder hervorgehoben und zitiert. In diesem Zusammenhang fand die eindeutige Warnung an die Vereinigten Staaten um so mehr Beachtung, als die Haltung Amerikas in letzter Zeit in allen Bevölkerungskreisen eifrig besprochen wurde.<sup>5</sup>

Besonders freudigen Beifall löste die Abrechnung mit England aus. Immer wieder heisst es in den Erörterungen der Volksgenossen, dass sich der Führer diesmal in der humorvoll-drastischen Art, wie er die Feindmächte mit Hohn und Spott überschüttete, selbst übertroffen habe. Sehr gut gefiel beispielsweise die Antwort des Führers auf die englische Behauptung, er habe im Jahre 1940 sieben Fehler gemacht. Grossen Eindruck hinterliessen auch die Worte, in denen der Führer betonte, dass die Engländer ihm, wenn sie auf dem Festland landen wollten, den Termin und Ort bekanntgeben sollten, damit er dann das betreffende Gebiet «räumen» lassen könnte.

Viel beachtet wurde auch die Betonung des unverändert guten Verhältnisses zu Mussolini und Italien. Es wurde allgemein anerkannt, dass der Führer sehr offen über die italienischen Misserfolge sprach und sich trotzdem so für Italien einsetzte.<sup>6</sup> Durch diese herzlichen Äusserungen über den Achsenpartner wurde auch die ablehnende Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem italienischen Bundesgenossen wieder etwas gemildert. Andererseits las man aus dieser Haltung des Führers heraus, dass die italienischen Niederlagen nur von untergeordneter Bedeutung sein könnten.

Sehr oft kam in den Meldungen auch zum Ausdruck, dass man sich frage, warum der Führer nicht auf Russland zu sprechen kam, um so mehr als er diesmal alle Staaten von Bedeutung gestreift habe. Dabei wurden die in der Presse bekanntgegebenen Handelsbesprechungen Russlands mit Amerika einbezogen, um das immer noch vorhandene Misstrauen gegen diesen «unsicheren Partner» neu aufleben zu lassen.<sup>7</sup>

Noch zu Nr. 159

vom 1. Juli 1943. – 5. In den Meldungen vom 16. Januar war festgestellt worden, die Auffassung, dass mit einem Kriegseintritt der USA zu rechnen sei, greife infolge der Meldungen von amerikanisch-japanischen Spannungen mehr um sich; die ZerreiSSung der Flage vor dem deutschen Generalkonsulat in San Franzisko durch amerikanische Soldaten am 18. Januar hatte die entsprechenden Befürchtungen noch verstärkt. – 6. Am 19. und 20. Januar hatten sich Hitler und Mussolini in Salzburg getroffen, und Hitler hatte seine Pläne für den Feldzug gegen Griechenland entwickelt. – 7. Gründe für deutsch-russische Spannungen sah man vor allem in der deutschen Balkanpolitik, besonders gegenüber Rumänien, das am 23. November 1940 wie vorher Ungarn dem Dreimächtepakt beigetreten war und der Entsendung deutscher «Lehrtruppen» (in Stärke einer Panzerdivision) zugestimmt hatte; zur Vorbereitung des Angriffs auf Griechenland gestand Bulgarien im Februar den Einmarsch deutscher Truppen zu und schloss sich am 1. März dem Dreimächtepakt an (Meldungen vom 17. März).

Nr. 174 vom 27. März 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt steht nach übereinstimmenden Meldungen in allen Gauen des Reiches im Mittelpunkt aller politischen Gespräche.<sup>1</sup> Trotzdem gerüchtweise schon lange dieser Beitritt vermutet wurde, kam das Ereignis im gegenwärtigen Zeitpunkt weiten Bevölkerungskreisen überraschend. Da England und Amerika sich in besonders auffälliger Form um diesen Staat bemüht hatten, wurde der neue diplomatische Erfolg der deutschen Aussenpolitik als doppelt schwere Niederlage der westlichen Demokratien mit Freude und Genugtuung begrüsst. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Bevölkerung dabei den Zugeständnissen, die Jugoslawien in Wien gemacht wurden.<sup>2</sup> Noch mehr als bisher konzentrieren sich in Auswirkung dieses neuen Staatsaktes die Erwartungen und Vermutungen der deutschen Bevölkerung auf die Entwicklung in Griechenland und der Türkei. Bei der Türkei erregte die Erneuerung des Nichtangriffspaktes mit Russland und die dabei besonders herausgestellte Neutralitätsversicherung grosses Aufsehen.

Neben dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt rückt der Besuch des japanischen Aussenministers Matsuoka immer mehr in das Interesse der Bevölkerung.<sup>3</sup> In der Reichshauptstadt selbst beherrschte die Ankunft Matsuokas das gesamte Stimmungsbild. Die von der Bevölkerung gemachte Beobachtung, dass die Vorbereitungen der Reichshauptstadt zu diesem Empfang ein grösseres Ausmass annahmen als bei bisherigen während des Krieges erfolgten Staatsbesuchen, bekräftigten die vielfach geäusserten Vermutungen, dass ganz aussergewöhnliche politische Ereignisse im Gefolge dieses Besuches zu erwarten seien. Auch im übrigen Reichsgebiet werden zahlreiche Vermutungen an diesen Besuch geknüpft. Als günstiges Zeichen wird auch gewertet, dass sich Matsuoka mehrere Tage in Berlin aufhält.

Die meisten Vermutungen über die Mission Matsuokas in Deutschland richten sich auf eine endgültige Bereinigung aller Gegensätze zwischen Russland und den Achsenmächten.<sup>4</sup> Nahezu in allen Meldungen nimmt das Russlandthema einen grossen Raum ein (Aachen, Berlin, Braun-

Zu Nr. 174

1. Am 25. März hatten Ministerpräsident und Aussenminister Jugoslawiens in Wien den Beitritt zum Dreimächtepakt unterschrieben, am 27. März wurden sie durch einen Staatsstreich gestürzt. – 2. Deutschland hatte die jugoslawischen Grenzen garantiert und versichert, es werde keine Forderungen nach dem Durchmarsch deutscher Truppen stellen. – 3. Er hatte am 12. März Japan verlassen und am 24. in Moskau mit Stalin und Molotow verhandelt, am 26. traf er in Berlin ein. – 4. Am 4. März hatte die russische Regierung in einer veröffentlichten Erklärung die bulgarische Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen missbilligt. –

schweig, Dresden, Halle, Kiel, Klagenfurt, Leipzig, Kattowitz, Münster, Schwerin, Würzburg). In den östlichen Teilen des Reiches steht die Russlandfrage fast völlig im Vordergrund. Immer neue Gerüchte und Vermutungen tauchen auf, allerdings regten sich sofort wieder Bedenken, da der Aufenthalt Matsuokas in Moskau nur sehr kurz gewesen sei. Immer wieder richten sich bei den neuen politischen Ereignissen die Blicke auf Russland und werden Fragen gestellt, was Russland dazu sagen, wie es sich verhalten werde. Gerade bei den Ereignissen auf dem Balkan rief das Schweigen Russlands überall Zweifel hervor. Vergeblich suchte man in den Pressemeldungen nach irgendwelchen Stellungnahmen der Sowjetunion. Dazu kommen – wie schon mehrfach erwähnt – die laufenden Beobachtungen von Truppenverschiebungen an der ganzen Ostgrenze und dem Bau des Ostwalles, die den Kombinationen Nahrung geben. Die Vermutungen der deutschen Volksgenossen richten sich weniger darauf, dass Russland noch während der Auseinandersetzung mit England Deutschland in den Rücken falle, als vielmehr darauf, dass nach der Niederbringung Englands eine grosse Auseinandersetzung mit Russland komme. In diesem Zusammenhang werden die deutschen Aktionen auf dem Balkan vielfach auch schon als strategische Vorbereitungen zu dieser Auseinandersetzung angesehen. Die ständig zunehmenden Gerüchte über Russland beschäftigen sich in letzter Zeit vordringlich mit Molotow und Stalin. So heisst es u.a., Molotow sei inzwischen entlassen oder zurückgetreten, da er sich Deutschland gegenüber zu freundlich und zu weich gezeigt habe (Braunschweig, Kassel), Molotow wolle den weniger deutschfreundlichen und jüdischen Einflüssen ausgesetzten Stalin stürzen und finde dabei nach diesen Gerüchten sogar die Unterstützung deutscher Truppen (Dresden, Thorn).

Trotz der Ausrichtung der Bevölkerung auf das aussenpolitische Geschehen finden die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen immer stärkere Beachtung. Die zunehmenden Erfolge deutscher See- und Luftstreitkräfte im Atlantischen Ozean wurden mit dankbarer Freude und grosser Begeisterung aufgenommen.<sup>5</sup> Besondere Freude löste die Nachricht über den erfolgreichen Einsatz eines deutschen Schlachtschiffverbandes im Nordatlantik aus.

Durch die Herausstellung des deutschen Afrika-Korps in den Zeitungen und die Auszeichnung seines Kommandeurs wurde die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auch wieder mehr auf Afrika gelenkt.<sup>6</sup> Dabei

Noch zu Nr. 174

5. Ende Februar und im März hatten die Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau» erfolgreich im Atlantik gegen Geleitzüge und Einzelschiffe operiert (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 130). – 6. Die ersten deutschen Heeresverbände unter dem damaligen Generalleutnant Rommel waren Mitte Februar in Nordafrika eingetroffen; Rommel hatte noch vor seinem ersten Angriff, der am 24. März begann und bis Anfang April zur Rückgewinnung der Cyrenaika führte, das

wurde auch mehrfach die Frage gestellt, warum in letzter Zeit wesentliche Meldungen von diesem Kriegsschauplatz nicht erfolgen. Der Rücktritt Grazianis von seinen sämtlichen Ämtern ist allgemein stark beachtet worden. Dem Hinweis, dass er auf eigenen Wunsch zurückgetreten sei, wurde kein Glauben geschenkt.

Auf innenpolitischem Gebiet findet das sich ziemlich hartnäckig erhaltende Gerücht von einer mit der nächsten Zuteilungsperiode zu erwartenden Kürzung der Fleischration auf 400 Gramm immer weitere Verbreitung (Braunschweig, Chemnitz, Danzig, Karlsruhe, Leipzig).<sup>7</sup>

Nr. 175 vom 31. März 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Der Staatsstreich in Jugoslawien hat die Bevölkerung, welche noch unter dem Eindruck des zu diesem Zeitpunkt überraschend gekommenen Beitritts zum Dreimächtepakt stand, ziemlich verwirrt.<sup>1</sup> Die in allen hier vorliegenden Meldungen betonte Unklarheit nahezu aller Bevölkerungskreise über diese Vorgänge bedingte eine allgemein uneinheitliche Stellungnahme und eine gewisse Unsicherheit, die in unzähligen Vermutungen ihren Niederschlag fand. Mehrfach kommt in den Meldungen zum Ausdruck, dass ein Teil der Volksgenossen zum ersten Male seit Monaten befürchtet, dass eine bedenkliche Lage eingetreten sei und im Gefolge dieses als Prestigeverlust der Achsenmächte bezeichneten Vorgangs neuer Auftrieb bei den Feindmächten und ihren Anhängern sich erschwerend auswirken werde. Demgegenüber trösten sich aber ebenso viele Volksgenossen mit dem unbedingten Vertrauen, das sie in den Führer und seine bisher stets erfolgreiche Politik setzen und glauben, dass auch diese Entwicklung «einkalkuliert» sei und der Führer schon den richtigen Ausweg finden werde. In der gleichen Weise verteilen sich auch die übrigen Argumente in völlig positive und solche weniger zuversichtlichen Inhalts. So sagen

Noch zu Nr. 174

Eichenlaub zum Ritterkreuz für seine Leistungen im FrankReichfeldzug erhalten. Marschall Graziani war als Generalstabschef durch Roatta, als Oberbefehlshaber in Nordafrika durch Garibaldi ersetzt worden. – 7. Die Kürzung von 500 g auf 400 g wöchentlich für Normalverbraucher wurde erst mit Beginn der 24. Zuteilungsperiode am 2. Juni vorgenommen.

Zu Nr. 175

1. In der Nacht vom 26. zum 27. März hatte der Luftwaffengeneral Simowitsch nach langer Vorbereitung den deutschfreundlichen Prinzregenten Paul und die bisherige Regierung abgesetzt und sich von dem minderjährigen König Peter zum Ministerpräsidenten ernennen lassen. Die neue Regierung zog den Beitritt zum Dreimächtepakt zwar nicht zurück, an ihren Sympathien für die Westmächte war aber nicht zu zweifeln. Hitler erliess noch am 27. März die Weisung Nr. 25, in

die einen Volksgenossen, die jetzige Entwicklung in Jugoslawien sei ein deutliches Anzeichen dafür, dass Amerika und England die Jugoslawen doch noch überredet hätten, und geben dabei einer gewissen Enttäuschung und Entmutigung unverhohlen Ausdruck. Dem stehen wieder Meinungen gegenüber, dass selbst diese Entwicklung programmässig sei und auf deutsche Einwirkung zurückgehe, um auf diese Weise die den Jugoslawen gemachten Zugeständnisse umgehen zu können. Die Vertreter dieser Meinungen begrüßen daher die jetzige Lage in Jugoslawien mit einer gewissen Genugtuung, da nun dem Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien nichts mehr im Wege stehe. Diesen Einmarsch erwarten allerdings auch alle übrigen Volksgenossen mit der gleichen Spannung, wenn auch, wie es in zahlreichen Meldungen heisst, nicht verkannt werde, dass die Besetzung Jugoslawiens wegen seiner vielen Gebirge keine leichte Sache sei und zum anderen die Serben vom Weltkrieg her als gute Soldaten bekannt seien und daher mit einem längeren Krieg dort zu rechnen sei. In allen Bevölkerungskreisen macht sich einhellig eine gewisse Verbitterung gegen die jugoslawische Bevölkerung, vor allem die Serben und Slowenen breit. Die Betonung der deutschfreundlichen Haltung der Kroaten fand überall starke Beachtung. Viele Volksgenossen rechnen in Auswirkung der Ereignisse in Jugoslawien mit Rückwirkungen auf Griechenland, die Türkei und Russland. Da sich die Bevölkerung ohnehin immer intensiver mit der Russlandfrage beschäftigt, gab das neue Geschehen erst recht wieder Anlass, besorgt nach der Haltung Russlands zu fragen.<sup>2</sup> Da bis jetzt die Nachrichten vom Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien ausgeblieben sind, wird vielfach die Auslegung gebraucht, dass vielleicht doch noch versucht werde, eine vertragliche Klärung herbeizuführen.

Neben dem jugoslawischen Staatsstreich ist der Besuch Matsuokas, an dem die Bevölkerung anfänglich sehr regen und herzlichen Anteil nahm, in den Hintergrund getreten. Vereinzelt wurden Befürchtungen geäussert, dass diese neue Entwicklung die Besprechungen mit Matsuoka ungünstig beeinflussen könnte. Die einzelnen Besprechungen anlässlich des Staatsbesuches fanden im Allgemeinen keine stärkere Beachtung. Lediglich der Abendempfang, den der deutsche Reichsaussenminister zu Ehren Matsuokas im Hotel Esplanade veranstaltete, machte dabei eine Ausnahme. Hier waren es vor allem die Worte Ribbentrops: «Wir wissen heute schon, dass der Krieg für Deutschland und seine Verbündeten gewonnen ist – am Ende dieses Jahres wird es, glaube ich, die ganze Welt wissen»,

Noch zu Nr. 175

der er den Angriff auf Jugoslawien vorzubereiten befahl (Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945. 1962. S. 106 ff.). – 2. Die Sowjetunion schloss am 5. April einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien, der als deutliche Warnung an Deutschland

die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt dazu beitragen, die allgemeine Zuversicht zu stützen.<sup>3</sup>

Nr. 176 vom 3. April 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Stimmen zur Ernährungslage und Lebensmittelversorgung

Nach der Mehrzahl der vorliegenden Meldungen sind bei der Versorgung mit Lebensmitteln insgesamt gesehen keine grösseren Mängel aufgetreten; lediglich in bestimmten Artikeln hätte zum Teil starke Verknappung, die zwar vielfach örtlich begrenzt ist, eine gewisse Unzufriedenheit in der betroffenen Bevölkerung hervorgerufen.<sup>1</sup> In den Meldungen wird hervorgehoben, dass zwar allgemein Verständnis dafür herrsche, dass gewisse nicht besonders lebensnotwendige Lebens- und Genussmittel kaum oder nur nach sehr langem Anstehen zu haben seien, dass jedoch die zeitweilige Verknappung auch nur einer einzigen wichtigen Ware in den betroffenen Gebieten das Vertrauen in die Versorgungslage in Mitleidenschaft ziehe.

So wird aus Augsburg gemeldet, dass in dem westlichen Allgäu grössere Schwierigkeiten in der Schweinefettversorgung beständen. In den Monaten Januar, Februar und März 1941 sei so gut wie gar kein Schweinefett an die Verbraucher verteilt worden. Die Lage habe sich aber weiterhin verschlechtert, und die Metzger hätten die Verbraucher von Monat zu Monat mit späteren Lieferungen vertröstet, die aber dann ausgeblieben seien. Die Fleischer hätten die fehlenden Mengen stets gutgeschrieben, wodurch die noch zu liefernden Rückstände sich laufend vergrösserten. Eine Zusammenstellung dieser Rückstände in der 20. Verpflegungsperiode ergebe bei 26 Metzgereibetrieben des Stadt- und Landkreises Lindau eine Menge von 70 Zentnern Schweinefett, für die die Verbraucher bereits ihre Marken abgeliefert hätten. (Dies entspricht angeblich einer Menge für

Noch zu Nr. 175  
gedacht war. – 3. Hitler hatte den japanischen Aussenminister am 27. und 28. März empfangen und ihm einen Angriff auf Singapore empfohlen, vor dem Krieg mit den USA gewarnt und durchblicken lassen, dass die deutsch-russischen Beziehungen sich verschlechtert hätten; Matsuoka hatte jede feste Zusage für eine Beteiligung Japans am Krieg abgelehnt (Aufzeichnungen des Dolmetschers Gesandter P. Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne. 1954. S. 539 ff.).

#### Zu Nr. 176

1. Neben weit verbreiteten Gerüchten über weitere Rationskürzungen waren in den ersten Monaten 1941 Klagen über die unterschiedliche Versorgung von Grossstädten und Landgemeinden, z.B. mit Obst, und über die schlechte Qualität der zugeteilten Eier und Gemüsekonserven gemeldet worden. –

55'000 Verbraucher in einer Zuteilungsperiode.) Wie es in der Meldung weiter heisst, hätten diese Zustände in den Metzgerläden bereits zu unliebsamen Auseinandersetzungen geführt und die Stimmung in der Bevölkerung beeinträchtigt. Wie aus Fachkreisen verlautete, seien diese Missstände auf die Anlieferung von ausschliesslich minderwertigen Mager-schweinen zurückzuführen, aus denen nur 6-10 Prozent Fett heraus-gewirtschaftet werden könnten.

Wie Stuttgart meldet, herrsche im Gau Württemberg bereits seit drei Monaten eine andauernde Zwiebelknappheit und die Klagen der Haus-frauen, vor allem aber der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Zwie-beln für Hausschlachtungen dringend benötigten, nähmen unangenehme Formen an. Hierbei werde auch erwähnt, dass die Lage am Zwiebelmarkt ähnlich wie im Jahre 1940 sei, als die Zwiebeln bis zur Genehmigung der Verteilung auf Händlerlagern hätten festgehalten werden müssen und dabei je nach Lagerort zu 25-50 Prozent verdorben wären.

In einer Meldung aus Nürnberg wird u.a. angeführt, dass die Bildung von Schlangen vor Fischhandlungen und Pferdemetzgereien in der letzten Zeit einen bedenklichen Umfang erreicht habe. In diesem Zusammenhang wird auf die «Meldungen aus dem Reich» vom 13. 3. 1941 verwiesen, in denen auf die besondere Lage hinsichtlich der Versorgung der Bevöl-kerung mit Pferdefleisch eingegangen ist.<sup>2</sup> Vor einer Nordsee-Verkaufs-stelle hätten vor einigen Tagen über 1'000 Personen gestanden, die in einer Zehnerreihe den Gehsteig sowie den Zugang zu fünf anderen Ge-schäften versperrten. Teilweise seien die Anstehenden durch den Kraft-fahrverkehr gefährdet worden. Bei einer anderen Menschenansammlung dieser Art sei eine drohende Schlägerei nur mit Mühe verhindert worden, während in einem weiteren Fall fünf Polizeibeamte zur Herstellung der Ruhe hätten einschreiten müssen. Über das Anstehen vor Pferdemetzge-reien wird berichtet, dass sich in der letzten Zeit einzelne Leute bereits am vorhergehenden Tage um 20 Uhr angestellt hätten, um dann auch wirklich am nächsten Tage zu dem begehrten markenfreien Pferdefleisch zu gelangen. Dass sich Leute ab früh 3 oder 4 Uhr bei Pferdemetzgereien anstellten, sei weder in Nürnberg noch Fürth mehr eine Seltenheit.

Noch zu Nr. 176

2. Darin war festgestellt worden, dass erhebliche Mengen Pferdefleisch im Schleichhandel an Gaststätten abgesetzt wurden.



Nr. 178 vom 10. April 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die grossen Erfolge der Offensive in Griechenland, Jugoslawien und Nordafrika, gegen die englische Insel und englische Schiffe haben die Erwartungen bei weitem übertroffen.<sup>1</sup> Die Sondermeldungen des 9. April lösten immer neue Wellen der Begeisterung aus. Überall wurde unseren siegreichen Soldaten Dank und Bewunderung gezollt. Die Bevölkerung hatte durch die vorausgegangene Aufklärung über die schwierigen Verhältnisse im Südosten für die erste Woche noch nicht mit solchen Erfolgen gerechnet.

In allen Gesprächen befasste man sich bei Beginn der Operationen in Jugoslawien und Griechenland mit der vermutlichen Dauer dieser Unternehmen. Dabei gingen die meisten Meinungen, trotz der bekannten schwierigen Verhältnisse, dahin, dass auch dieser Feldzug, genau wie in Norwegen, in spätestens zwei Wochen beendet sei. Nur eine Minderzahl von Volksgenossen rechnete mit einer längeren Kriegsdauer, aber auch nur von höchstens 6-8 Wochen, und nur ganz wenige Meldungen enthielten Befürchtungen über eine Ausdehnung des Krieges auf nicht absehbare Zeit. Völlig einheitlich kommt in allen Meldungen die unbedingte Zuversicht zum Ausdruck, dass der deutsche Sieg im Südosten wie auch an allen übrigen Fronten errungen wird.

Auch mit dem politischen Geschehen in Jugoslawien beschäftigen sich die Volksgenossen sehr intensiv. Der Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen Jugoslawien und Russland hat nach den Meldungen in weiten Bevölkerungskreisen starke Beachtung gefunden und grosses Befremden ausgelöst. Durch diesen Pakt wurde die ohnehin schon äusserst umfangreiche Gerüchtbildung um Russland noch erheblich verstärkt.<sup>2</sup>

Man kann nicht glauben, dass Russland tatenlos der Vernichtung Jugoslawiens zusieht, und wartet, wie es übereinstimmend in allen Meldungen zum Ausdruck kommt, täglich auf den Beginn einer deutsch-russischen Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang wird auch die Stellung Russlands der Türkei gegenüber viel besprochen, wobei auch der Türkei allgemein starkes Misstrauen entgegengebracht wird.

Viel Überraschung und Erstaunen hat nach zahlreichen Meldungen die

Zu Nr. 178

1. Der Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland hatte am 6. April begonnen; bereits am 9. April war die Einnahme von Marburg, Nisch und Saloniki, der Durchbruch durch die griechische Metaxaslinie und die Kapitulation der griechischen Truppen östlich des Vardar, gleichzeitig der Vormarsch deutscher und italienischer Truppen in der Cyrenaika und die Versenkung mehrerer Schiffe vor der englischen Küste gemeldet worden. – 2. Am 3. April war als Gerücht verzeichnet worden, dass im Frühsommer mit einer deutschen Offensive gegen Russland zu rechnen sei. –

Notiz ausgelöst, dass Jugoslawien beim Eintritt zum Dreimächtepakt Saloniki versprochen worden war.

Nach den Luftangriffen auf ungarische, rumänische und bulgarische Städte, bei denen die gemeldete Luftabwehr dieser Länder mit Genugtuung begrüsst wurde, erwarten viele Volksteile täglich den Kriegseintritt dieser Staaten.<sup>3</sup> Dabei wird vor allem auf Ungarn hingewiesen, das Jugoslawien gegenüber die meisten Forderungen habe. Das besondere Interesse der Bevölkerung wendet sich dem Schicksal der in Griechenland stehenden englischen Truppen zu. So beschäftigen sich anlässlich des Bekanntwerdens der Landung englischer Truppen in Saloniki verschiedene Vermutungen damit, dass diese Landung von Deutschland absichtlich geduldet wurde, um möglichst viele englische Soldaten in die «südosteuropäische Falle» zu locken.

Neben dem Balkangeschehen wurden die deutschen Erfolge in Nordafrika nach wie vor mit Aufmerksamkeit und grösster Begeisterung verfolgt. Dabei wird gerade dem deutschen Afrikakorps besonders herzliche Bewunderung entgegengebracht in Erkenntnis der grossen Schwierigkeiten, mit denen unsere Soldaten dort zu kämpfen haben. Die Lage in Italienisch-Ostafrika wird allgemein für aussichtslos gehalten, man hat sich jedoch bis zu einem gewissen Grade auch damit abgefunden und hofft, dass auch hier eine günstige Wendung durch den Einsatz deutscher Truppen eintreten werde.<sup>4</sup> Je grösser die deutschen Erfolge auf jenen Kriegsschauplätzen, wo bisher Italiener gekämpft hatten, werden, desto mehr steigt die Entrüstung und Abneigung gegen die Italiener. Man fragt sich allgemein mit einer gewissen Verbitterung, was die italienischen Soldaten in den langen Monaten nur getan haben.<sup>5</sup> Bei den meisten Gesprächen der Volksgenossen über diese Frage wird der Unterschied in der Bewaffnung und Ausrüstung zwischen deutschen und italienischen Truppen nicht erwähnt, ist auch fast allgemein unbekannt.

Der Grosseinsatz der deutschen Luftwaffe gegen die englische Insel und englische Schiffe hat die Überzeugung bekräftigt, dass die deutsche Frühjahrsoffensive an allen Fronten mit der gleichen Heftigkeit und unter Einsatz stärkster Kräfte begonnen habe.<sup>6</sup>

Noch zu Nr. 178

3. Ungarn liess am 11. April Truppen in das von ihm beanspruchte jugoslawische Gebiet zwischen Donau und Theiss und der Baranya einmarschieren, bulgarisches Militär besetzte am 19. April Teile von Thrazien und Mazedonien. – 4. Vom 19. Januar bis 6. April 1941 hatten englische und Commonwealth-Truppen fast ganz Äthiopien, Eritrea, Italienisch- und Britisch-Somaliland erobert, während das deutsche Afrikakorps sich der ägyptischen Grenze näherte. – 5. Ausser der Niederlage in Ostafrika wurde vor allem das Versagen der italienischen Flotte, die in mehreren Gefechten starke Verluste erlitten hatte, sehr kritisch aufgenommen und vereinzelt schon die Besorgnis ausgesprochen, Italien sei bald am Ende seiner militärischen Kräfte (Meldungen vom 3. April). – 6. Dass man immer noch an eine Landung in England glaubte, zeigen auch die Meldungen vom 12. Mai (unten Nr. 185). –

Das sonstige politische Geschehen hat nur am Rande Beachtung gefunden. So wurden die von Amerika an England und seine Verbündeten wiederholt erteilten neuerlichen Zusagen, alle erdenkliche Hilfe zur Verfügung zu stellen, als praktisch wertloses Versprechen gewertet. Einhellig wird überall die Meinung vertreten, dass bei der jetzigen Situation selbst ein offener Kriegseintritt Amerikas nicht mehr viel ändern könne.

Die Reise Matsuokas wird jetzt wieder mit etwas grösserer Aufmerksamkeit verfolgt. So beschäftigte sich die Bevölkerung besonders mit der nochmaligen Rückkehr Matsuokas nach Berlin und dessen Empfang beim Führer. Auch sein Aufenthalt in Moskau wird lebhaft besprochen.<sup>7</sup>

Nr. 180 vom 22. April 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Meldungen über die Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin in Industriebetrieben

Nach wie vor gehen zahlreiche Meldungen ein, die zum Problem der Arbeitsmoral, deren Ursachen und Bekämpfung Stellung nehmen.<sup>1</sup> Allgemein wird darauf hingewiesen, dass in der letzten Zeit keine wesentliche Steigerung der Fälle von Disziplinlosigkeiten eingetreten sei und in Bezug auf die Gesamtzahl der Beschäftigten auch kein Grund vorhanden sei, von einer schlechten Stimmung oder Haltung der Arbeiterschaft zu sprechen. So heisst es in einigen Meldungen, z.B. aus Frankfurt/M., Stettin und Karlsbad, wörtlich: «Im grossen und ganzen kann von einer Lockerung der Arbeitsdisziplin und einem schlechten Verhalten gegen die Betriebsgemeinschaft nicht in dem Sinne gesprochen werden, dass davon das gesamte Wirtschaftsleben ernstlich bedroht sei.» «Stimmung und Arbeitsmoral sind im Allgemeinen gut, negative Meldungen in letzter Zeit zurückgegangen.» «Zahl der Strafverfahren wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin im letzten Vierteljahr nur unwesentlich verändert.»

Wie aus einer Reihe anderer Meldungen hervorgeht, sind die Ausfälle

Noch zu Nr. 178

6. Nach einem Besuch in Rom hatte Matsuoka am 4. April nochmals Hitler aufgesucht, dessen erneute Andeutungen eines deutsch-russischen Konflikts ihn veranlassten, auf der Rückfahrt am 13. April in Moskau einen russisch-japanischen Nichtangriffsvertrag abzuschliessen.

Zu Nr. 180

1. Es war bisher gelegentlich von einer Zunahme der Krankmeldungen, Unzufriedenheit über unterschiedliche Massstäbe bei der Gewährung der Lebensmittelzulagen für Lang- und Schwerarbeiter und Klagen von Dienstverpflichteten über verringerte Entlohnung berichtet worden. –

durch übermässiges und ungerechtfertigtes Krankfeiern oder einfach durch unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit – speziell vor und nach den Feiertagen – in einzelnen Fällen durchaus beachtlich. Daneben wird auch weiterhin verschiedentlich ein freches und anmassendes Verhalten gegen Vorgesetzte gemeldet.

Als Ursache werden in den Meldungen die verschiedensten Gründe angegeben. Vielfach wird das persönliche Verhalten des Betriebsführers und seiner Einstellung zu den sozialpolitischen Belangen seiner Gefolgschaft als wesentlicher Faktor für das Auftreten von Disziplinlosigkeiten grösseren Ausmasses angesehen. So meldet z.B. Karlsbad: «Wenn in manchen Betrieben Differenzen und Spannungen zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft vorliegen, so sind häufig die Betriebsführer selbst daran schuld, weil sie oft nicht das entsprechende Geschick besitzen und Widersetzlichkeiten geradezu provozieren.» Frankfurt/Main: «Über die Motive der Straffälligkeit ist erfahrungsgemäss die Feststellung zu machen, dass fast ausschliesslich soziale Missstände zum Arbeitsvertragsbruch führen. Nicht zuletzt ist oft die Verständnislosigkeit der Betriebsführer gegenüber den Sorgen des Arbeiters die unmittelbare Veranlassung zum Vertragsbruch.» Würzburg: «Die Arbeitsmoral im einzelnen Betrieb ist in auffälliger Weise abhängig von den mehr oder minder guten Eigenschaften der Betriebsführung.»

Als weiteres Hauptargument für eine mangelnde Arbeitsmoral in den letzten Jahren wird in den Meldungen die Anspannung der Arbeitseinsatzlage angegeben. Einmal würde infolge des Arbeitskräftemangels auch der letzte arbeitsfähige Mensch (Arbeitsscheue und Asoziale) erfasst, der vorher nie daran gedacht habe, durch regelmässiges Arbeiten seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Während früher jeder, der seinen Arbeitspflichten nicht genügend nachkam, ohne Weiteres aus dem Betrieb entfernt worden sei, ist man heute bestrebt, so lange wie möglich jede Arbeitskraft zu erhalten, da der Betrieb nie wisse, ob er Ersatz für einen entlassenen Arbeiter erhalte. Hierdurch habe sich bei den Arbeitern allmählich das Gefühl der Unentbehrlichkeit herausgebildet, aus dem sich die an und für sich schon moralisch minderwertigen Arbeitskräfte das Recht für eine gewisse Freizügigkeit in dem Einsatz ihrer Arbeitskraft herleiten. Hierzu heisst es in einigen Meldungen:

Würzburg: «Die angespannte Arbeitseinsatzlage bringt es in ständig zunehmendem Masse mit sich, dass das Gefolgschaftsmitglied seine eigene Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit im Betrieb erkennt und dadurch eine gewisse Lockerung der Arbeitsdisziplin herbeiführt.»

Graz: «Von klageführenden Stellen wird immer wieder ins Feld geführt, dass die Arbeitsämter bei der angespannten Arbeitseinsatzlage nicht mehr in der Lage seien, geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.»

Salzburg: «Der Arbeiter weiss, dass er sich gar nicht so unanständig und unmoralisch benehmen kann, um nicht doch vom Betriebsführer wie ein rohes Ei behandelt zu werden.»

In diesem Zusammenhang wird auch verschiedentlich auf die Stelleninsetrate in den Zeitungen hingewiesen. Durch die dauernden Stellenangebote für Fachkräfte würde den betreffenden Kräften vor Augen geführt, wie dringend sie heute benötigt würden, was dazu führe, dass viele in ihren Betrieben überhöhte Ansprüche und Rechte geltend machen würden.

Als weitere wesentliche Momente, die auf die Dauer die Stimmung in den Betrieben beeinflussen, werden die Lohnfrage und die anstrengenden Arbeitsbedingungen angeführt. So meldet z.B. Würzburg: «Die Stimmung der Arbeiterschaft ist im Allgemeinen etwas gedrückt. Die Gründe hierfür liegen einerseits in den anstrengenden Arbeitsbedingungen, die gekennzeichnet werden können durch Länge der Arbeitszeit, schwierige Wegeverhältnisse bei auswärtigen Arbeitern und Behinderung hinsichtlich der vorhandenen Verpflegung. Auf der anderen Seite sind die Lohnverhältnisse in vielen Fällen nicht mehr als günstig zu bezeichnen, da die Lebensmittel- und Haushaltungskosten merklich gestiegen sind. Auch die Frage der Berufskleidung und der manchmal auftretenden Mängel an Arbeitsschuhen<sup>2</sup> trägt oftmals zur Verstimmung in der arbeitenden Bevölkerung bei.»

Halle: «Eine gewisse Unlust von Arbeitern wird auch vielfach mit Überarbeitung zu begründen sein. Wenn man bedenkt, dass ein grosser Teil der Arbeiter oft stundenlang noch im verdunkelten Zug, Omnibus oder Strassenbahn sitzen muss, bis er sein Ziel erreicht hat, so ist die Stimmung der Arbeiter durchaus z.T. erklärlich.»

Während in den vorhergehenden Fällen das Vorbild der Betriebsführer und ihr Einwirken auf die Arbeiterschaft schlimmere Auswirkungen meistens verhindern konnte, wird demgegenüber die dringende Notwendigkeit schärferer Massnahmen bei absichtlichen und böswilligen Disziplinosigkeiten betont.

Bezüglich der Strafverfolgung wird in den verschiedensten Meldungen, wie z.B. aus Berlin, Frankfurt/Oder, Bayreuth, Halle, Bremen und Karlsbad, immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass zwischen der Tat und der Sühne eine zu lange Zeitspanne liege. Dadurch könne einmal der Betreffende in der Zwischenzeit weiterhin unbegründet der Arbeit fernbleiben, und andererseits würde durch eine derartige verspätete Bestrafung das Moment der Abschreckung auf die übrige Gefolgschaft fortfallen. Aus diesem Grunde sollen, wie u.a. Augsburg meldet, verschiedene Grossbetriebe dazu übergegangen sein, Massnahmen dahin zu ergreifen, ähnliche Vorkommnisse durch Zuweisung in eigens hierfür vorgesehene

Noch zu Nr. 180

2. Vgl. oben Nr. 145 Anm. 6. –

Erziehungslager zu regeln, wobei eine Einschaltung des Reichstreuhanders dann von vornherein überflüssig wäre. (Wird generell geregelt im Einnehmen mit den neuerrichteten staatspolizeilichen Erziehungslagern.)<sup>3</sup>

Einheitlich wird in den Meldungen für den bewussten Arbeitsbummelanten eine wirkungsvolle Bestrafung verlangt, die aber nach Möglichkeit der Tat auf dem Fusse zu folgen habe. So heisst es in einer Meldung aus Bremen: In normalen Zeiten könnte eine Einrichtung, den Mann durch erzieherische Methoden zu bessern, grundsätzlich begrüsst werden; in Kriegszeiten, wo jedes Versäumnis und Entschlusslosigkeit grössten Schaden nach sich ziehen kann, sollte ein anderer Massstab angelegt werden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, einen bewussten Arbeitsbummelanten und Pflichtsäumigen auf aller kürzestem Wege und so wirkungsvoll zur Rechenschaft zu ziehen, dass einmal der Produktionsgang nicht durch seine Bummelerei beeinträchtigt wird, zum anderen die Belegschaft des Werkes nicht den Eindruck gewinnt, im Kriege könne jeder nach seiner Neigung handeln. Von den pflichtbewussten und verantwortungsbewussten Betriebsführern bis hinunter zu den Meistern werde die Forderung erhoben, die für die Kriegsverhältnisse «unerträglichen Lücken und schlechten Erziehungsmassnahmen durch einen kürzeren, wirkungsvolleren Weg zu ersetzen», der solchen absichtlich der Arbeit fernbleibenden Elementen zur eindeutigen Belehrung der eigenen Person und als abschreckendes Beispiel zur Verhinderung etwaiger Nachahmungen in der Öffentlichkeit dienen müsste. Die bisherigen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten seien zumeist unzureichend und der vorgeschriebene Weg zu lang und zeitraubend, um eine schnelle Abhilfe zu gestatten.

Nr. 181 vom 25. April 1941 (Auszug)

#### IV. Verwaltung und Recht

##### Die Juden im Rechtsverkehr

Nach Meldungen ist die Rechtsstellung der Juden in verschiedener Hinsicht noch nicht immer in einer dem gesunden Volksempfinden entsprechenden Weise geregelt. Es werden Fälle gemeldet, in denen die bestehende

Noch zu Nr. 180

3. Die Arbeitserziehungslager wurden durch Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 28. Mai 1941 eingerichtet für «Arbeitskräfte, die die Arbeit verweigern oder in sonstiger Weise die Arbeitsmoral gefährden». Die Dauer der Haft konnte bis zu 16 Tagen betragen, war ihr Zweck dann nicht «erfüllt», erfolgte Einweisung in ein Konzentrationslager. Die Häftlinge wurden vom Lager aus in privaten Betrieben eingesetzt (Allgemeine Erlassammlung der Sicherheitspolizei und des SD).

Rechtspraxis von der Bevölkerung lebhaft kritisiert wird und in denen man gerade im Hinblick auf den Krieg eine baldige Änderung wünscht,

Breslau meldet, dass beim dortigen Landgericht umfangreiche und umständliche Arbeiten für die Ehescheidungsprozesse ausgewanderter Juden durchgeführt werden müssten, die dem Staat ausserdem grosse Kosten verursachten. Nach § 606 Abs. 2 der Zivilprozessordnung ist, wenn der Ehemann ein Deutscher ist und im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, für Eheprozesse das Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Ehemann seinen letzten Wohnsitz hatte. Handele es sich nun bei einem «Deutschen» um einen ausgewanderten Juden, der aus irgendwelchen Gründen die deutsche Staatsangehörigkeit noch besitze, so führe diese Bestimmung dazu, dass z.B. ein jüdisches Ehepaar, das irgendwohin in die Welt ausgewandert ist und bis zur Auswanderung in Breslau gewohnt hatte, seinen Ehescheidungsprozess vor dem Landgericht in Breslau führen müsse. In Richterkreisen werde bereits vielfach nicht verstanden, dass deutsche Gerichte überhaupt noch in Sachen tätig werden müssten, in denen beide streitenden Parteien Juden sind und durch jüdische Konsulanten vertreten werden (so auch Berlin).<sup>1</sup> Noch grösserem Unverständnis begegne aber die Tatsache, dass das Deutsche Reich den Juden seine Gerichte sogar kostenlos zur Verfügung stelle, wenn die Voraussetzungen für die Bewilligung des Armenrechts gegeben seien. In solchen Fällen, die durchaus nicht selten seien, würden dann auch noch den jüdischen Konsulanten die staatlichen Armenanwaltsgebühren ausgezahlt. Ausserdem würden aber eine Reihe anderer Behörden mit Arbeit belastet, so z.B. die deutschen Konsulate im Ausland, die Bescheinigungen über die finanzielle Lage der jüdischen Eheleute auszustellen hätten, oder inländische Stellen, die wegen notwendig werdender Rückfragen Niederschriften aufnehmen müssten usw. Dass es sich hier nicht nur um Einzelfälle handle, beweise die Zahl jener Prozesse, die mit 30 im Jahre allein in Breslau nicht zu hoch angegeben sei.

Nach anderen Meldungen (z.B. Düsseldorf) werden nach wie vor Forderungen jüdischer Gläubiger gegen deutschblütige Schuldner vollstreckt. Danach gehen bei den Gerichtsvollziehern noch laufend Anträge ein von

1. jüdischen Gläubigern, denen die Forderungen auf Grund eines Rechtsgeschäfts mit deutschblütigen Schuldnern zustehen;
2. jüdischen Gläubigern, die die Forderungen von anderen jüdischen Gläubigern, die teils ausgewandert sind, erworben haben;

Zu Nr. 181

1. Ein Teil der jüdischen Rechtsanwälte, die ihren Beruf auf Grund der j. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. 9. 1938 (RGBl. I S. 1'403) nicht mehr ausüben durften, war als Konsulanten zur Vertretung von Juden zugelassen worden. —

3. von deutschblütigen Gläubigern, die die Aussenstände jüdischer Unternehmungen käuflich erworben haben;

4. von deutschblütigen Gläubigern, die die Forderungen aus jüdischen Konkursmassen erworben haben;

5. von deutschblütigen Gläubigern, die jüdische Aussenstände übernommen haben, um eigene Ansprüche gegen das betreffende jüdische Unternehmen zu decken;

6. von deutschen Inkassogemeinschaften oder Gesellschaften, die die Einziehung von Forderungen gewerbsmässig betreiben und zwar teils im eigenen Namen auf Grund formeller Abtretungen, teils im Namen der jüdischen Gläubiger.

Es sei eine Ausnahme, wenn derartige Vollstreckungsanträge einmal abgelehnt würden. Im Allgemeinen werde die Vollstreckung durchgeführt, weil die Gerichte bisher noch keine Handhabe hätten, sie zu verhindern.

Demgegenüber wird z.B. in einer Meldung aus Weimar darauf hingewiesen, dass bei der Geltendmachung von Forderungen deutschblütiger Gläubiger gegenüber jüdischen Schuldnern vielfach Härten aufgetreten seien, die bei den Betroffenen um so weniger Verständnis fänden, als im umgekehrten Falle die Vollstreckung wegen der besseren Vermögensverhältnisse der deutschblütigen Schuldner meist ohne Weiteres möglich sei. Durch das Ausscheiden der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben sei es häufig vorgekommen, dass jüdische Schuldner behaupteten, zur Begleichung ihrer Geschäftsschulden nicht mehr in der Lage zu sein. Es sei unbillig, den deutschblütigen Gläubigern in allen solchen Fällen entgegenzuhalten, sie seien an dem Forderungsausfall selbst schuld, weil sie mit Juden Geschäfte gemacht hätten. In zahlreichen Fällen sei es wegen der Monopolstellung der Juden im Handel gar nicht zu vermeiden gewesen, mit ihnen Handel zu treiben. Von mittleren oder kleinen Unternehmen werde daher immer wieder darüber geklagt, dass das Reich bisher noch keinen Ausgleich geschaffen habe. Man verstehe nicht, aus welchen Gründen das Judentum zum Schaden der deutschen Geschäftswelt durch das Einfrierenlassen der Judenschulden ein unverdientes Geschenk erhalte. Aus jenen Kreisen komme deshalb der Vorschlag, das Judentum in Deutschland in seiner Gesamtheit für den Ausfall jener Geschäftsschäden haften zu lassen.

Dieser zurzeit noch ungeklärte Rechtszustand werde, wie in anderen Meldungen (z.B. Berlin) angeführt wird, mit der zuvorkommenden Behandlung verglichen, die deutsche Gerichte Juden etwa bei der Frage angeidehen liessen, ob Pensionsverträge, die vormals jüdische Firmen mit ihren jüdischen Angestellten abgeschlossen hätten, von den arischen Nachfolgefirmen erfüllt werden müssten. Nur vereinzelt und gegen die Recht-



sprechung des Reichsgerichts würden Klagen jüdischer Angestellter auf Erfüllung jener Verträge abgelehnt.<sup>2</sup>

Nr. 183 vom 5. Mai 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

In grossem Umfang befassen sich die Volksgenossen weiterhin mit Russland. Zu den verschiedensten Gerüchten, in denen u.a. von dem Ausbruch einer Revolution in Russland zwischen den Parteigängern Stalins und Molotows gesprochen wird, wurde beispielsweise geäussert, «Sie sehen ja, in den Zeitungen steht nichts mehr über Russland. Es muss also etwas Wahres daran sein» (z.B. Wien, Karlsruhe, Weimar, Liegnitz, Frankfurt/Main, Oppeln, Troppau, Dessau, Allenstein, Breslau, München, Graz, Dresden, Halle, Karlsbad, Braunschweig, Augsburg, Linz, Berlin, Katowitz).<sup>1</sup> Bei den Vermutungen über einen baldigen Krieg gegen Russland stehe häufig die Auffassung im Hintergrund, dass die deutsche Wehrmacht in ihrer heutigen Stärke auch Russland aus dem Felde schlägt, dass aber damit das Kriegsende sich immer weiter hinausschiebe.

Auch die Meldungen über den Kriegsausbruch im Irak<sup>2</sup> würden, wenn auch keineswegs von der Gesamtheit, so doch von einer grösseren Anzahl von Volksgenossen unter dem Gesichtspunkt gesehen, dass England durch eine immer weitere Ausweitung des Krieges den deutschen Endsieg hinauszögern wolle, bis die USA-Hilfe einmal wirksam werde. Solange England nicht auf seiner Insel getroffen werde, habe es noch viele Möglichkeiten dieser Art. Leipzig meldet einzelne Stimmen, in denen es heisst, dass es offenbar Englands Absicht sei, «Deutschland sich wieder einmal totsiegen zu lassen». Münster verzeichnet Äusserungen aus der Bevölkerung, die der Befürchtung Ausdruck geben, Deutschland werde durch die weitere Kriegsausweitung allmählich geschwächt. «Wir werden alle Leute infolge der vielen Länderbesetzungen einziehen müssen. Die 60jährigen Männer und Frauen können aber nicht die innere Front halten.» «Wir

Noch zu Nr. 181

2. Ein weiterer Bericht über «Die Juden im Rechtsverkehr» wurde am 17. Juli 1941 vorgelegt; darin wurde kritisiert, dass ein Arbeitsgericht einem Juden einen Urlaubsanspruch zuerkannt habe und Juden das Armenrecht bewilligt werde.

Zu Nr. 183

1. Nach dem siegreichen Abschluss des Feldzugs in Jugoslawien und Griechenland, dessen Truppen am 21. und 23. April kapituliert hatten, war zunächst ein Rückgang der Russlandgerüchte festgestellt worden (Meldungen vom 25. April). – 2. Seit dem 3. Mai befand sich der Irak, in dem eine nationalistische Regierung mit Hilfe der Armee im April die Macht ergriffen hatte, im Krieg mit Grossbritannien, das unter Berufung auf einen älteren Vertrag dort Truppen gelandet hatte; die Kämpfe, in denen Deutschland und Italien die von der irakischen

können uns leicht zu Tode besetzen wie Napoleon, der an dieser Kräftezersplitterung zugrunde ging.» «Wir wollen unsere Kolonien holen; wir können jedoch nicht ganz Afrika besetzen. Man sieht überhaupt nicht mehr klar, die Besetzung Englands ist nun wieder in weite Ferne gerückt. Der Krieg dauert noch Jahre. Es ist schwerer als wir dachten.» Es werde häufiger die Frage gestellt, was nun nach dem siegreichen Abschluss des Balkan-Krieges kommen werde und wann der Krieg zu Ende geht (z.B. Schwerin, Stuttgart, Potsdam, Neustadt). Dresden gibt einzelne Arbeiterstimmen wieder, wie: «Wir siegen dauernd, und am Ende gewinnen noch die Engländer.» Ähnliches berichtet Graz aus Arbeiterkreisen und aus der katholischen Bevölkerung. Auch Liegnitz meldet verschiedene Stimmen, in denen die Bevölkerung Vergleiche zu der Entwicklung 1914-1918 zieht. Wir hätten damals auch dauernd gesiegt, und England warte auch heute darauf, die Entwicklung hinzuschleppen, bis es einmal entscheidend zu seinen Gunsten vorgehen könne. Halle berichtet, dass alle Meldungen militärischer und politischer Art von zahlreichen Volksgenossen ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt betrachtet würden, ob sie sich auf die Dauer des Krieges verkürzend oder verlängernd auswirken könnten: «Was nützen uns alle Siege, wenn es den Engländern immer wieder gelingt, den Kriegsschauplatz in andere Gebiete zu verlegen.» Diese Volksgenossen sprächen schon mit einem gewissen Pessimismus davon, dass der Krieg auch in diesem Jahr nicht zu Ende komme. Oppeln verzeichnet ähnliche Einzelercheinungen in der Landbevölkerung. Vor allem von Bauersfrauen, die durch die Abwesenheit des Mannes, die Einziehung der männlichen Hilfskräfte, die schlechte Witterung u.a. stark belastet würden<sup>3</sup>, könne man häufig hören: «Wenn bloss endlich Schluss wäre!», «Wenn bloss der verfluchte Krieg endlich zu Ende wäre» usw.

Viel besprochen wurden in Verbindung mit der allgemeinen Weltlage und der weiteren Entwicklung des Krieges auch die Meldungen aus den Vereinigten Staaten. Allgemein sei die Sympathie für Lindbergh gross.<sup>4</sup> Schwankend ist die Meinung, ob sich Roosevelt nach dem Ausgang des Balkan-Krieges mehr zurückhalten müsse oder die Hilfe für England gegen die Volksmeinung verstärkt durchsetze (z.B. Frankfurt/M., Kassel, Bayreuth, Karlsruhe, Schwerin, Neustadt, Innsbruck, Leipzig, Braunschweig, Hamburg, Köln, Linz, Wien, Dresden, Aachen, Halle, Kiel, Oppeln).

Noch zu Nr. 183

Regierung erhoffte Unterstützung nicht leisten konnten, dauerten bis zum 31. Mai, der Ministerpräsident floh nach Deutschland. – 3. Über Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft war schon mehrfach berichtet worden. – 4. Der bekannte Ozeanflieger Oberst Lindbergh führte eine Kampagne gegen die Unterstützung Englands durch die USA; zuletzt hatte er in einer Versammlung am 24. April erklärt, eine Minderheit wolle Amerika in einen Krieg treiben, für den es nicht gerüstet sei.

Nr. 185 vom 12. Mai 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Im Vordergrund des Interesses steht nach zahlreichen übereinstimmenden Meldungen aus allen Gebieten gegenwärtig die Russlandfrage. Die Gerüchtebildung, auf die in den letzten «Meldungen aus dem Reich» ausführlich eingegangen worden ist<sup>1</sup>, nimmt immer grössere Ausmasse an. Die Nachricht von der Ablösung Molotows durch Stalin im Vorsitz des Rats der Volkskommissare wurde allgemein als Bestätigung der vorausgegangenen Gerüchte über bestehende Differenzen zwischen Stalin und Molotow angesehen und trug erheblich zur weiteren Verstärkung dieser Gerüchtebildung bei. Das Ausbleiben weiterer Meldungen nach der kurzen Meldung von der Abberufung Molotows brachte nicht nur ein gewisse Enttäuschung und wurde viel besprochen, da man die Abberufung Molotows nicht zugunsten der Beziehungen Deutschlands mit Russland auslegt und jetzt noch sicherer mit ernsthaften Verwicklungen rechnet. Trotz der Eindeutigkeit der Meldung hält sich ziemlich hartnäckig das Gerücht, Molotow sei auch seines Postens als Aussenkommissar enthoben worden. In allen Meldungen kommt dabei zum Ausdruck, dass sich die Bevölkerung über die wirkliche Stellung Molotows im Klaren ist.

Zu den ohnehin schon zahlreichen Gerüchten treten täglich neue, immer genauere Angaben werden gemacht; so erzählt man sich nach verschiedenen Meldungen, dass 30, 100, ja 180 Divisionen deutscher Truppen an der russischen Grenze bereitstünden<sup>2</sup> und dass in Finnland 100'000 deutsche Soldaten seien. Auch Termine für den Beginn der Russlandoffensive werden genannt: überwiegend wird dabei vom 20. Mai gesprochen. Zahlreiche Gerüchte befassen sich immer noch mit einer angeblichen Volksabstimmung in Russland. Dabei heisst es einerseits, diese Volksabstimmung habe schon stattgefunden und sei mit 60 Prozent für Molotow und 40 Prozent für Stalin ausgefallen, andere Gerüchte handeln von einer unmittelbar bevorstehenden Volksabstimmung.

In verschiedenen Teilen des Reiches – allerdings zunächst noch nicht allgemein – wird davon gesprochen, dass Deutschland der eigentliche Urheber der Spannung mit Russland sei (Frankfurt/M., Halle). Russland bekomme für seine Lieferungen keine Devisen, sondern hochwertige

Zu Nr. 185

1. Am 8. Mai: «Russlandgerüchte und ihre Auswirkungen»; zu ihnen gehörte u.a., es seien 400'000 Arbeiter am Ostwall eingesetzt, die Truppe habe schon Russlandkarten erhalten, deutsche Frauen hätten das Generalgouvernement bis 1. April verlassen müssen, in Finnland seien deutsche Truppen eingetroffen. – 2. Tatsächlich waren bis zum 20. Mai 120 Divisionen aufmarschiert, die bis zum Beginn des Feldzuges auf 153 verstärkt wurden (Jacobsen, 1939-1945. J. Aufl. 1961. S. 39). Der Termin vom 20. Mai entsprach Hitlers Weisung Nr. 21 vom 18. 12. 1940, nach der

Maschinen, Deutschland könne aber diese Maschinen bald nicht mehr entbehren und werde diese Lieferungen einstellen. Russland werde dann die Lieferungen von Öl und Getreide verweigern. Da aber Deutschland im kommenden Winter fast ganz Europa zu ernähren habe, sehe es sich gezwungen, die Ukraine und die russischen Ölfelder sicherzustellen. Eine andere Version lautet ähnlich: die deutschen Erntevorräte gingen zur Neige, von einer kommenden Ernte sei nicht viel zu erwarten, Deutschland müsse daher in den Besitz der ukrainischen Getreidefelder kommen. Der Angriff müsse aber schon im Mai beginnen, da in der Ukraine bereits im Juni die Ernte gebohren werde und dann die Gefahr bestehe, dass das Getreide von den Russen durch Brand vernichtet werde. Nach einer dritten Version sei geplant, die Ukraine auf 99 Jahre zu pachten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Gerücht anlässlich des Führerbesuches in Danzig, wonach sich der Führer auf hoher See mit Molotow getroffen habe, um den deutsch-russischen Konflikt wie im Jahre 1939 auf diplomatischem Wege zu beseitigen.

Weitere Gerüchte befassen sich mit einer angeblichen Aufstellung von Freiwilligen-Bataillonen in Berlin, die aus Angehörigen der Baltenstaaten rekrutiert werden sollen.

Demgegenüber fehlt es aber auch nicht an Meinungen, dass Russland nicht feindlich gegen Deutschland eingestellt sein könne.

Über die Urheberschaft von Russlandgerüchten enthalten die Meldungen einige aufschlussreiche Feststellungen. Einer Meldung aus Breslau zufolge wird dort von Zeitungsträgern und -trägerinnen die Nachricht verbreitet, dass polnische Grenzdörfer mit Waffen und Munition von Russland versorgt worden seien und in diesen Gegenden bereits Unruhen im Gange seien.

Wie zahlreiche Meldungen bestätigen, bekommen aber die Russlandgerüchte am meisten Nahrung aus den Briefen der Soldaten, die an der russischen Grenze eingesetzt sind.

Allgemein grösste Befriedigung und lebhaften Beifall hat die vom japanischen Aussenminister Matsuoka abgegebene äusserst deutliche Erklärung hervorgerufen, wonach Japan im Falle einer Einmischung Amerikas in den Krieg gegen Deutschland seinen Pflichten als Achsenpartner sofort nachkommen werde.<sup>3</sup>

Die Möglichkeit einer bevorstehenden Invasion in England wird gegenwärtig wieder etwas eifriger besprochen. So heisst es neuerdings, dass die

Noch zu Nr. 185  
die Vorbereitungen am 15. Mai abgeschlossen sein sollten, der Krieg mit Jugoslawien hatte die Planung um 4 Wochen verschoben. – 3. Diese Erklärung wurde am 8. Mai in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten abgegeben; umgekehrt hatte Hitler am 4. April Matsuoka versichert, Deutschland werde sich auf die Seite Japans stellen, wenn es zu einem amerikanisch-japanischen Krieg komme.

deutschen Truppen in Frankreich jetzt schon – nach anderen Versionen ab 18. Mai – Urlaubssperre hätten, dass im Aachener Bereich Fallschirmtruppen zusammengezogen würden; sogar Termine werden genannt, am häufigsten der 21. Mai. Vereinzelt Meldungen zufolge wird vom Einsatz sogenannter «verlorener Formationen» oder besonderer aktiver Freiwilligen-Formationen bei der Invasion gesprochen.

Die zunehmend knapper werdende Tabakversorgung wirkt sich teilweise ungünstig aus. Bei allem Verständnis für die berechnete Bevorzugung der kämpfenden Truppe gibt man dem Wunsche Ausdruck, die Heimatfront darüber nicht allzusehr zu benachteiligen, da diese als Rückgrat der Front doch auch wertvolle Dienste leiste und manchmal noch angespannter arbeite als manche Einheiten unserer Truppen, die nicht im unmittelbaren Einsatz stehen.<sup>4</sup> Vor allem diejenigen Arbeiter der Rüstungsindustrie, die erheblich über die normale Arbeitszeit tätig sind, empfinden diese Verknappung als starke Entbehrung. Von diesen Arbeitern wird teilweise beanstandet, dass ausländische Arbeiter noch gut mit Zigaretten versorgt würden.

Die Gerüchte von angeblich bevorstehenden allgemeinen Kürzungen der Fleisch-, Fett- und Brotportionen wollen nicht verstummen, um so mehr als jetzt die Kürzung der Fleischportionen für Selbstversorger veröffentlicht wurde.<sup>5</sup> Ferner wird trotz ausdrücklicher gegenteiliger Erklärungen der Presse weiterhin von einer bevorstehenden Ungültigkeitserklärung der Kleiderkarte und der künftigen Abgabe von Textilwaren auf Bezugscheine gesprochen.

Nr. 186 vom 15. Mai 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hatte die erste amtliche Verlautbarung zum Fall Hess grosse Bestürzung hervorgerufen.<sup>1</sup> In der Parteigenossenschaft herrschte tiefe Niedergeschlagenheit. Fast alle Meldungen brachten zum Ausdruck, dass die Mitteilung zu-

Noch zu Nr. 185

3. Ähnliche Berichte über Missstände bei der Zuteilung von Tabakwaren, deren Produktion höher war als vor Kriegsausbruch, die aber erst ab 1942 auf Raucherkarten abgegeben wurden, wurden noch mehrfach vorgelegt. – 5. Die Kürzung der Fleischzuteilung von 500 auf 400 g wöchentlich trat am 2. Juni in Kraft, Fett- und Brotzuteilungen blieben unverändert.

Zu Nr. 186

1. Am 10. Mai war der Stellvertreter des Führers und Reichsminister Rudolf Hess aus eigenem Antrieb nach England geflogen, weil er glaubte, einen Frieden zwischen Deutschland und England vermitteln zu können. Er wurde zum Kriegsgefangenen erklärt und 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt. In einer ersten Erklärung vom 12. Mai hatte die NSDAP mitgeteilt,

nächst von Parteigenossen wie von anderen Volksgenossen wegen des grossen Vertrauens zu Hess nicht geglaubt worden ist.

Im Anschluss an die erste parteiamtliche Erklärung setzte in allen Gegenden des Reiches und gleichzeitig auch in den besetzten Gebieten eine Flut von Gerüchten und Vermutungen ein, wie es bisher kaum bei einem anderen Ereignis der Fall gewesen ist.<sup>2</sup>

Einheitlich aber beweisen alle Meldungen die ausserordentliche und tief empfundene Anteilnahme des deutschen Volkes in allen seinen Gruppen und Berufen an dem Schicksalsschlag, der vor allem den Führer getroffen habe, «dem auch keine Härte des Schicksals erspart bleibt». Neben diesem Mitgefühl ist es in verstärkter Masse der Glaube und das Vertrauen jedes einzelnen Volksgenossen zum Führer, der gerade bei solchen Ereignissen, wie alle Meldungen bestätigen, der Bevölkerung den letzten entscheidenden Halt und den Glauben an eine siegreiche Beendigung des Krieges gibt.

Nr. 188 vom 22. Mai 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Meldungen zur Ernährungslage – Stimmungsmässige Auswirkung der Kürzung der Fleischration

In den letzten Meldungen aus dem Reich wurde bereits auf die stimmungsmässige Auswirkung der Kürzung der Fleischrationen hingewiesen.<sup>1</sup> Wie neue Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet besagen, hat diese allgemein eine gewisse Missstimmung, z.T. aber auch Besorgnis in Teilen der Bevölkerung im Hinblick auf die Gesamternährungslage aufkommen lassen. Vereinzelt würden aber auch Stimmen laut, die den Erläuterungen

Noch zu Nr. 186

Hess habe sich in geistiger Zerrüttung eines Flugzeugs bemächtigt und sei damit vermutlich abgestürzt, erst am 13. Mai war seine Ankunft in England dem deutschen Volk bekanntgegeben worden (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2 1963. S. 1715 f.; über Hess zuletzt Fest in: Das Gesicht des 3. Reiches. 1963. S. 237 ff.). – 2. Zu den am 16. Juni wiedergegebenen Gerüchten über weitere Krisenerscheinungen in der Partei gehörten: Reichsernährungsminister Darré sei zurückgetreten (er wurde am 23. Mai 1942 entlassen), der Flugzeugfabrikant Messerschmitt (Hess hatte eine Messerschmittmaschine benutzt), der Gauleiter von Franken Julius Streicher und Graf Helldorf (der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtete Berliner Polizeipräsident) seien verhaftet worden, Rosenberg, Darré, der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren Frh. v. Neurath und der Münchener Gauleiter Wagner seien bereits erschossen.

Zu Nr. 188

1. Vgl. oben Nr. 183 Anm. 4. Als erste Reaktion war am 19. Mai eine gewisse Gleichgültigkeit gemeldet worden, da die Nachricht nach den lange vorher umlaufenden Gerüchten keine Neuigkeit mehr war. –

und Begründungen der Presse Verständnis entgegenbringen.<sup>2</sup> Wenn auch diese Kürzung nur für die Sommermonate in Aussicht gestellt sei, was allerdings vielfach angezweifelt werde, und durch die grössere Gemüsezufuhr eine Ausweichmöglichkeit gegeben sei, so werde jedoch darauf hingewiesen, dass es zur Herstellung kräftiger Gemüsespeisen an einer dementsprechenden Fettzuteilung mangle. Nachdem in einzelnen Gebieten die Verstimmung über die in der vorletzten Versorgungsperiode vorgenommene Bezugsbeschränkung der Weizenerzeugnisse verschiedentlich noch anhalte, seien jetzt bereits vereinzelt Stimmen zu verzeichnen, die beim Vergleich mit den Fleischrationen des Weltkrieges besagten, dass es nunmehr «genau wie damals» sei. Im Zusammenhang damit würden sich erneut Gerüchte im Umlauf befinden, wonach eine Bewirtschaftung des Pferdefleisches und auch der Kartoffeln in Aussicht stehe.<sup>3</sup> In der Annahme, dass die Vorräte für die Versorgung der besetzten Feindgebiete stark in Anspruch genommen würden, werde allgemein die Auffassung vertreten, dass zuallererst die Ernährung des Reiches sichergestellt werden müsse, während man «lieber die Feinde hungern lassen» möge. Insbesondere fühle sich, den Meldungen zufolge, die Arbeiterschaft durch die Kürzung der Fleischrationen betroffen. In Kreisen der Rüstungsarbeiter werde geäußert, dass Überstunden nun nicht mehr im bisherigen Umfang geleistet werden könnten, da sie bei der Kürzung der ohnehin schon knappen Fleischrationen keine Mehrarbeit leisten könnten. Arbeiterfrauen gäben z.B. ihrem Unwillen wie folgt Ausdruck: «Wir und unsere Kinder sehen in der Woche schon überhaupt kaum Fleisch, da man alles dem schwer arbeitenden Mann zugute kommen lässt.» Auch in folgender Äusserung findet die auf Grund der Kürzung herrschende Stimmung ihren Niederschlag: «Die bisher verlangten Opfer habe man gern gebracht; jetzt sei es aber bald genug. Man schreibe so viel über die Plutokraten in England, bei uns herrschen aber ähnliche Verhältnisse. Leute, die Geld haben, können sich heute noch alles besorgen und essen sich in den Gaststätten satt.<sup>4</sup> Für diese Leute bedeutet die Lebensmittelkarte lediglich eine Ergänzung ihrer Ernährung.» Des Weiteren würden die zu Beginn des Krieges

Noch zu Nr. 188

2. Die Presse musste in ihren Kommentaren hervorheben, dass die Kürzungen in erhöhtem Bedarf der Wehrmacht, wachsender Zahl der Schwer- und Schwerstarbeiter und Versorgung der unentbehrlichen ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen begründet seien und der tatsächliche Fleischverbrauch steige; die deutsche Fleischration sei nach wie vor die höchste Europas und sie werde auch voll geliefert (Vertrauliche Informationen Nr. 120/41 vom 14. 5.). – 3. Nachdem bereits im Winter 1940/41 die Einkellerungskartoffeln rationiert worden waren, wurden Kartoffeln in einigen Gebieten ab 2. Juni 1941 auf Lebensmittelkarten ausgegeben und zwar 2'500 g wöchentlich (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. 1956. S. 398). – 4. In Gaststätten wurden Mahlzeiten nur gegen Lebensmittelmarken abgegeben, doch musste auch ein markenfreies sogenanntes Stammgericht angeboten werden. Klagen über schlechte Qualität des Gaststättenessens wurden erst 1942 häufig gemeldet.

seitens der massgeblichen Stellen ergangenen Erklärungen über das Vorhandensein sehr grosser Lebensmittelvorräte, wonach das deutsche Volk auf keinen Fall zu hungern brauche, einer Kritik unterzogen. Die Kürzung der Fleischration beweise, wie es heisst, schlagend das Gegenteil. «Es sei einfach nicht zu fassen, dass z.B. in Italien die Bevölkerung besser mit Lebensmitteln versorgt werde, und es müsste bestimmt möglich sein, aus den von uns beherrschten Ländern Vieh nach Deutschland einzuführen.» Eine andere Äusserung, die ebenfalls in Arbeiterkreisen zu hören sei, sei: «Da hat man uns erzählt, die Mengen sind so klein, damit wir 5 Jahre aushalten, und dabei reicht es schon jetzt nicht mehr.»

Eine äusserst scharfe Kritik erfahre aber in einer ganzen Anzahl der vorliegenden Meldungen die Tatsache, dass den Kriegsgefangenen vielfach Schwer- und Schwerstarbeiterzulage zugebilligt seien. Es wäre doch allgemein bekannt, mit welcher Trägheit die Gefangenen zumeist ihre Arbeiten verrichten würden. In drastischen Redewendungen würde eine Abhilfe gerade dieser als untragbar erklärten Zustände gefordert.

Im Zusammenhang mit der Rationskürzung wird von denjenigen Volksgenossen, die ausschliesslich auf Gaststättenverpflegung angewiesen sind, allgemein der Wunsch geäussert, dass die Gaststättenbetriebe mehr jo-Gramm-Gerichte herstellen sollten als bisher.

Nr. 189 vom 26. Mai 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Meldungen über den bisherigen freiwilligen Arbeitseinsatz der Frauen<sup>1</sup>

Mit Bezug auf die oft geringe Arbeitsbereitschaft bisher nicht berufstätiger Frauen sind Meldungen aus Würzburg, Münster, Neustadt a. d. W., Halle, Aachen, Dresden, Leipzig, Allenstein, Tilsit, Linz, München, Thorn, Karlsruhe, Augsburg, Düsseldorf, Oppeln, Innsbruck, Frankfurt/Main, Klagenfurt, Dortmund, Weimar, Braunschweig, Dessau, Bielefeld und Frankfurt/Oder eingegangen. Abgesehen von örtlichen Einzelerfolgen bringen die Berichte insgesamt zum Ausdruck, dass auch nach der Führerrede bisher Meldungen zur freiwilligen Übernahme eines Arbeitsplatzes noch nicht im erwarteten Masse erfolgt seien. Die in Frage kommenden

Zu Nr. 189

1. Es gibt kaum ein Thema, das in den Meldungen aus dem Reich so häufig behandelt wurde wie dieses. Der erste Bericht über «Schwierigkeiten bei der Frauenarbeit» stammt vom 18. Dezember 1939, weitere waren in regelmässigen Abständen gefolgt, und auch später wurde fortgesetzt darüber geklagt, dass die deutschen Frauen trotz aller Propaganda nur wenig bereit waren, in Fabriken für den Endsieg zu arbeiten. –



Frauen warten anscheinend auf einen weiteren Aufruf, welcher die Einzelheiten der in der Führerrede erwähnten geplanten Massnahmen enthält.<sup>2</sup>

Über die geringen Erfolge schreibt z.B. Dresden, dass von 1'250 zu einer Werbeveranstaltung geladenen Frauen nur 600 erschienen seien, von denen wiederum sich nur 120 zur Übernahme eines Arbeitsplatzes bereit erklärt hätten, wobei allerdings der grössere Teil es vorgezogen hätte, unter Anführung verschiedenster Gründe die vorherige Zusage zurückzuziehen. Ebenso wird aus Braunschweig berichtet, dass der bisherige Erfolg im Hinblick auf die Werbung zum freiwilligen Arbeitseinsatz der Frauen «verschwindend gering» sei und dass sich nur wenige freiwillig gemeldet hätten. Aus Leipzig wird nach einem Bericht vom 13.5.1941 u.a. ausgeführt, dass sich die erste, bisher einzige Frau am 8. 5.1941 beim dortigen Arbeitsamt gemeldet hätte. In Halle wären von 120 zu einer Werbeveranstaltung eingeladenen Frauen nur 40 erschienen, von denen nur 20 zusagende Erklärungen abgegeben hätten. Auch aus einem Bericht aus Weimar geht hervor, dass Meldungen von Frauen zur freiwilligen Übernahme eines Arbeitsplatzes bisher nicht vorliegen. Ebenso sind in Dortmund nach übereinstimmenden Meldungen aus dem ganzen Berichtsbezirk bisher keine praktischen Erfolge bezüglich des freiwilligen Arbeitseinsatzes der deutschen Frau bekannt geworden. Es heisst z.B. in diesem Bericht, dass die Arbeitsfreudigkeit der Frauen, die bisher noch nicht im Arbeitsprozess stehen, sich in keiner Weise gehoben hätte. Von 223 meist kinderlosen vorgeladenen Frauen habe man nur 17 für einen halbtägigen Arbeitseinsatz gewinnen können. Aus Aachen wird berichtet, dass bezüglich des Frauenarbeitseinsatzes in der Bevölkerung immer noch eine «abwartende Haltung» eingenommen werde. In Halle seien von 87 Frauen, welche die Zelluloidfabrik Eulenburg als Ehefrauen eingezogener Gefolgschaftsmitglieder zur Arbeit aufgefordert hätte, nur insgesamt 5 Frauen zur Übernahme einer ganztägigen und 5 zur Übernahme einer halbtägigen Arbeit «nach langem Hin und Her und ausführlichem Zureden seitens der Betriebsführer» bereit gewesen. Von den übrigbleibenden 77 Frauen konnten nur wenige berechtigte Gründe gegen die Annahme einer Arbeit anführen. Auch in Tilsit hätte man bisher einen erwähnenswerten Erfolg nicht feststellen können. Endlich heisst es in einer Meldung aus Karlsruhe, dass man zwar dem Minister für Bewaffnung und Munition aus dem Pforzheimer Bezirk 3'000 Arbeitskräfte auf Grund freiwilliger Meldungen zur Verfügung gestellt habe, dass jedoch nach der daraufhin erfolgten Anforderung von 2'000 dieser Kräfte nur 24 freiwillig zum Einsatz ausserhalb des Berichtsbezirks bereit gewesen seien.

Noch zu Nr. 189

2. Im Anschluss an seinen Bericht über den Balkanfeldzug im Reichstag am 4. Mai hatte Hitler von den deutschen Frauen und Mädchen einen zusätzlichen Beitrag für die Kriegswirtschaft gefordert (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'708). –

Wie oben bereits angedeutet, wird als Hauptgrund für das bisher zahlenmässig geringe Ergebnis der Freiwilligenwerbung zum Frauenarbeits-einsatz angeführt, dass die meisten Frauen nunmehr, bevor sie sich entscheiden, auf die näheren Anweisungen bzw. Ausführungsbestimmungen warteten.<sup>3</sup> Dazu wird z.B. aus Allenstein gemeldet, dass in dieser Gegend die Frauen nunmehr darauf warteten, zur Arbeit gerufen zu werden. Ähnliche Meldungen liegen aus Dresden, Münster, Dessau und Thorn vor.

In einigen Berichten wird darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung erwarte, dass insbesondere die Frauen sozial bessergestellter Kreise mit gutem Beispiel vorangehen. Soweit bisher Meldungen erfolgt seien, handle es sich fast ausschliesslich um Frauen aus einfachen Verhältnissen, während vielfach Frauen aus bessergestellten Kreisen eine Unzahl von Gründen Vorbringen würden, die gegen ihren Einsatz sprechen. So sei beobachtet worden, dass unter den 12 Frauen aus Linz und Umgebung, die sich zum Arbeitseinsatz gemeldet hätten, nur Frauen aus einfachen Verhältnissen gewesen wären. Die Männer dieser Frauen seien: Hilfsarbeiter, Fleischhauergehilfe, Spengler, Schlosser, Müllergehilfe, Monteur, Tischler, Zimmermann, Briefträger, Beamter bei der Landesversicherungsanstalt.

Nach wie vor wird in den Meldungen darauf hingewiesen, dass die Anrechnung eines Teiles des Lohnes auf den Familienunterhalt einen mangelnden Anreiz für die Familienunterhalt<sup>4</sup> beziehenden Frauen bietet, eine Arbeit zu übernehmen (Beispiel Frankfurt/Oder, Dortmund, Oppeln, Dresden). Insbesondere wird aber neuerdings stärker hervorgehoben, dass die Frauen, die sich freiwillig zur Halbtagsbeschäftigung gemeldet haben, befürchten, nach kurzer Zeit zwangsmässig zur Ganztagsarbeit herangezogen zu werden. Dazu heisst es z.B. aus Bielefeld, dass die Firmen diese Massnahme unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als R-Betrieb ergriffen, wobei die Frauen natürlich nicht wagten, sich diesen Forderungen zu widersetzen, aber stimmungsmässig ungünstige Rückwirkungen deutlich feststellbar seien. Bezeichnend für das Misstrauen der nicht im Berufsleben stehenden Frauen bezüglich der Nichteinhaltung der Versprechungen der Dienststellen und Unternehmungen über ihre Arbeitsbedingungen ist auch eine Meldung aus Dresden, in der wiedergegeben wird, dass auch dort für Halbtagsbeschäftigung vorgesehene Frauen schliesslich ganztägig beschäf-

Noch zu Nr. 189

3. Besondere Anweisungen für die Dienstverpflichtung von Frauen blieben aus; die angekündigten Massnahmen beschränkten sich auf eine verstärkte Propaganda für freiwillige Meldung. – 4. Nach § 9 der zum Einsatz-Familienunterhaltsgesetz vom 26. Juni 1940 (RGBl. I S. 911) ergangenen Verordnung vom selben Tag (ebda) erhielten die unterhaltsberechtigten Angehörigen von Einberufenen keine Leistungen, wenn sie «den notwendigen Lebensbedarf aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen» konnten. Über Missstände bei der Festsetzung und Auszahlung der Unterhaltsbeträge wurde in den Meldungen mehrfach berichtet. –

tigt würden, wobei angedeutet wird, dass damit das System der Freiwilligkeit durchbrochen wäre und dass man von dieser Methode im Volksmund als von einer «Bauernfängerei» spräche.

Der Vielzahl der hier vorliegenden Meldungen ist zu entnehmen, dass die bisherige Methode der Freiwilligenwerbung als noch nicht erfolgversprechend angesehen wird, und dass man, wenn man dieses Prinzip aufrecht erhalten wolle, einen diesbezüglichen Aufruf und zentrale Anweisungen für notwendig erachte, um wenigstens einen Teilerfolg zu erzielen.<sup>5</sup>

Nr. 192 vom 9. Juni 1941 (Auszug)

### I. Allgemeines

In den Meldungen aus allen Teilen des Reiches kommt zum Ausdruck, dass die Bevölkerung nach dem Abschluss der Kämpfe auf der Insel Kreta<sup>1</sup> weiterhin in grosser Spannung auf entscheidende Ereignisse wartet, da die günstige Jahreszeit zu der vom Führer angekündigten Entscheidung angebrochen sei. Durch den ersten Fliegerangriff auf Alexandrien<sup>2</sup> wurde die Ansicht bestärkt, dass sich die deutschen Kräfte vom Mittelmeer aus zum Vorderen Orient und nach Afrika hin konzentrieren würden. In den Gesprächen wird die deutsche Machtbasis im Mittelmeer mit Stolz und Befriedigung erörtert.

In Erkenntnis der Lage – unterstützt durch das gute veröffentlichte Kartenmaterial – ist die Bevölkerung allgemein davon überzeugt, dass die Position des deutschen Afrikakorps durch den Stützpunkt Kreta stärker wurde und auch die Sorge um den Nachschub geringer geworden sei. Der scheinbare Stillstand in den Kämpfen auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz wird jetzt vielfach als eine taktische Massnahme angesehen, die ihre Erklärung in der Nachschublösung durch die Eroberung der Insel Kreta gefunden habe.

Im Verfolg der Ereignisse im Irak wird von der Bevölkerung die Tatsache, dass das irakische Volk trotz der scharfen englischen Gegenmassnahmen den Kampf nicht aufgibt, für die allgemeine Lage als günstig

Noch zu Nr. 189

4. Am 26. Juni und n. August wurde der Frauenarbeitseinsatz erneut behandelt und festgestellt, dass berufstätige Frauen versuchten, der Arbeit fernzubleiben, weil nicht alle Frauen herangezogen würden; Pläne, alle Frauen erneut zu verpflichten, die früher einmal in Arbeit gestanden hätten, seien heftig als ungerecht kritisiert worden. Vgl. im Übrigen unten Nr. 356.

Zu Nr. 192

1. Am 20. Mai waren Fallschirmjäger in Kreta gelandet und hatten zusammen mit auf dem Seeweg nachgeführten Heeresverbänden die von englischen Truppen verteidigte Insel unter hohen Verlusten bis zum 1. Juni erobert. – 2. In der Nacht zum 5. Juni (OKW-Bericht vom 6. Juni). –

angesehen, da dadurch stärkere Truppenverbände der Engländer gebunden sind.<sup>3</sup> Viele Volksgenossen rechnen mit einer baldigen deutschen militärischen Unterstützung.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Irak wird auch die Einstellung Russlands zu den vermuteten deutschen Hilfemassnahmen und den weiteren Kriegsabsichten im Vorderen Orient eingehend besprochen. In der Bevölkerung hat sich die Auffassung weiterhin verstärkt, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland besser geworden sei.<sup>4</sup> Abgeleitet wird diese Annahme einerseits durch günstig lautende Gerüchte und zum anderen durch die Meldung, dass Russland die diplomatischen Beziehungen zu der emigrierten griechischen Regierung abgebrochen habe. Nach zahlreichen Meldungen hält sich ferner hartnäckig das Gerücht, dass Stalin und ein Vertreter der türkischen Regierung nach Deutschland kommen würden, um dem Dreimächtepakt beizutreten. Auch seien bereits deutsche Truppen durch die Ukraine auf dem Wege nach dem Irak.

Die Mitteilung über die Verleihung des Ritterkreuzes an den 1. Artillerieoffizier der «Bismarck» erregte insofern allgemein grosse Freude, als die Bevölkerung die Hoffnung daran knüpft, dass ein Teil der Besatzung des versenkten Schlachtschiffes sich zu retten vermocht habe.<sup>5</sup> Es besteht vielfach der Wunsch, in einer amtlichen deutschen Verlautbarung Näheres zu erfahren.

Nach übereinstimmenden Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet nahm die Bevölkerung den Tod des Exkaisers Wilhelm II. im Allgemeinen ohne besondere Teilnahme auf.<sup>6</sup> Die Jugend nahm den Tod des ehemaligen Kaisers als rein geschichtlichen Abschluss einer vergangenen Zeit auf, die ältere Generation zeigte in ihren Äusserungen eine gewisse Zurückhaltung. Nur vereinzelt hat es Verwunderung ausgelöst, dass der Kaiser nicht in Deutschland beigesetzt wurde.

Noch zu Nr. 192

3. Obwohl im Irak schon am 31. Mai ein Waffenstillstand abgeschlossen worden war, musste die deutsche Presse diesen Rückschlag als «zeitlich bedingt» hinstellen, er bedeute «keine Aufgabe der Position» (Vertrauliche Informationen Nr. 135/41 vom 31. 5.). – 4. Die Sowjetunion bemühte sich unmittelbar vor dem deutschen Angriff, eine Zuspitzung der Gegensätze zu vermeiden; noch am 14. Juni veröffentlichte die Agentur TASS eine Erklärung über die gewissenhafte Erfüllung des deutsch-russischen Vertrages durch beide Seiten. – 5. Die «Bismarck», neben der «Tirpitz» das grösste deutsche Kriegsschiff, war am 27. Mai von überlegenen englischen See- und Luftstreitkräften im Atlantik versenkt worden, nachdem sie drei Tage vorher westlich Island den gleich grossen Schlachtkreuzer «Hood» vernichtet hatte (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 133 ff.). – 6. Wilhelm II. war am 4. Juni in Doorn in Holland im Alter von 82 Jahren gestorben; Hitler hatte den Angehörigen sein Beileid ausgesprochen und deutsche Generale und Truppen an der Beisetzung teilnehmen lassen.

Nr. 194 vom 16. Juni 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

**Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 13. bis 16.6.1941**

In einer ganzen Anzahl von Einzelberichten wird neuerdings darauf hingewiesen, dass alle Meldungen der Presse und des Rundfunks von den Volksgenossen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt betrachtet würden, ob sie sich für die Dauer des Krieges verkürzend oder verlängernd auswirken könnten. Auch die Ereignisse in Syrien machten wahrscheinlich ein deutsches Eingreifen nötig und bedeuteten vielleicht eine weitere Verzettelung des Krieges.<sup>1</sup> England verstehe es, den Krieg in immer neue Gebiete zu tragen, die von der englischen Insel immer weiter entfernt seien. Auch mit günstigen Entscheidungen im Vorderen Orient und in Ägypten sei der Krieg noch nicht zu Ende. Man erkenne zwar die Stetigkeit der Erfolge der Seekriegsführung im Atlantik an, doch treffe man in der Bevölkerung häufig auf die Meinung, dass England trotz schwerster Schläge einfach nicht umzubringen sei und die USA-Hilfe nach und nach doch noch wirksam werden könne. Die Erwartungen seien darauf gerichtet, dass das «Rätsel» der derzeitigen Kriegslage mit kriegsentscheidenden Schlägen gegen England gelöst werde (z.B. Berlin, München, Dresden, Frankfurt/M., Leipzig, Karlsruhe, Chemnitz, Bielefeld, Bayreuth).

Das Fehlen von Meldungen über Russland wirkt sich nach übereinstimmenden Berichten aus allen Reichsteilen noch immer in einer starken Gerüchtbildung aus. Es werde fest geglaubt, dass deutsche Truppen bereits seit einiger Zeit durch Russland marschieren. Man halte es für möglich, dass Stalin demnächst nach Berlin kommt u.ä. Die Möglichkeit eines Konfliktes mit Russland liege z. Z. mit Ausnahme eines Teils der Berliner Volksgenossen und der Bevölkerung der Ostgaue ganz ausserhalb der politischen Kombinationen (z.B. Münster, Leipzig, Augsburg, Linz, Troppau, Braunschweig, Dresden, Bielefeld, Karlsruhe). Dabei wird die Meldung vom Abschluss eines langfristigen Handelsabkommens zwischen Japan und Sowjetrußland verschiedentlich als günstiges Zeichen herangezogen (z.B. Kattowitz).

Die Berichte über die Besuche ausländischer Staatsmänner sind, da man über den Gegenstand und das Ergebnis der Besprechungen nichts erfahre,

Zu Nr. 194

1. Englische Truppen waren am 8. Juni zusammen mit französisch-gaullistischen Streitkräften in das der Vichy-Regierung unterstehende Mandatsgebiet eingedrungen, weil deutsche Flugzeuge, die den irakischen Aufstand unterstützt hatten, dort zwischengelandet waren; die französischen Truppen leisteten Widerstand, der am 14. Juli mit einem Waffenstillstand beendet wurde.

trotz guter Aufmachung in der Presse wenig beachtet worden.<sup>2</sup> Man nehme diese Besuche als selbstverständliches Zeichen dafür hin, dass der Führer die Geschicke Europas in der Hand habe und dass sich die Führer kleinerer Staaten bei ihm Instruktionen holten (z.B. Berlin, Frankfurt/M., Koblenz, Kattowitz, Linz, Braunschweig, Chemnitz, Karlsruhe, Karlsbad, Augsburg, Kiel, Oppeln, Weimar, Innsbruck, Graz). Im Zusammenhang mit dem Besuch von Pavelitsch wird wiederum der Wunsch nach einer Karte ausgesprochen, die die neuen Staatsgrenzen Kroatiens enthält.<sup>3</sup>

Sehr grosse Anteilnahme hat die Meldung über den Heldentod des Admirals Lütjens<sup>4</sup> insofern gefunden, als nunmehr über sein Schicksal Gewissheit bestehe. Die Frage nach der übrigen Besatzung sei aber damit von neuem gestellt worden (z.B. Bayreuth, Braunschweig, Posen, Linz, Chemnitz, Dresden, Innsbruck, Breslau, Bielefeld, Köln, Koblenz, Weimar). Sehr viel Gedanken habe man sich in der Bevölkerung bereits um die Mitteilung gemacht, dass Korvettenkapitän Schneider auf Vorschlag von Flottenchef Lütjens das Ritterkreuz verliehen worden ist (z.B. Kiel, Oppeln, Dessau, Hamburg, Dresden usw.).

Unter Hinweis auf die Berichterstattung über den Untergang der «Bismarck» stossen sich viele Volksgenossen an der Polemik der deutschen Presse, dass England seine Verluste zur See nur lückenhaft oder überhaupt nicht bekannt gibt. Auch zu dem zusammenfassenden Bericht des OKW, bei dem von den Volksgenossen mit besonderem Interesse auf die Verlustzahlen gesehen wurde, wurde ungläubig geäussert, dass nur die drei U-Boote unserer erfahrensten Kommandanten verloren sein sollten<sup>5</sup> (z.B. Kiel, Berlin, Posen, Frankfurt/M., Karlsruhe).

Noch zu Nr. 194

2. Hitler hatte sich am 2. Juni am Brenner mit Mussolini getroffen, am 6. Juni den kroatischen Staatschef Pavelitsch, am 7. Juni König Boris von Bulgarien, am 12. Juni den rumänischen Regierungschef General Antonescu empfangen (vgl. Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'722 ff.). – 3. Der unabhängige Staat Kroatien war im April gebildet worden; unter dem italienischen Herzog von Spoleto als künftigem König wurde er von der faschistischen Ustascha beherrscht, räumlich entsprach er etwa dem ehemals österreichisch-ungarischen Teil von Jugoslawien, soweit dieser nicht von Italien und Ungarn annektiert wurde. – 4. Als Flottenchef hatte Admiral Lütjens sich an Bord seines Flaggschiffs «Bismarck» befunden. – 5. In einem Bericht über die Kampferfolge gegen England in den ersten vier Monaten 1941 vom 11. Juni waren die Verluste der Kriegsmarine mit 1 Torpedoboot, 3 Unterseebooten und 3 kleineren Fahrzeugen angegeben worden; der Untergang der Boote der erfolgreichsten Kommandanten Korvettenkapitän Kretschmer, Kapitänleutnant Schepke und Korvettenkapitän Prien war schon am 25. April und 23. Mai mitgeteilt worden. Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 126, gibt allein für März 1941 den Verlust von 4 Booten an.

Nr. 196 vom 23. Juni 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hat die Nachricht über den Ausbruch des Krieges mit Russland unter der Bevölkerung grösste Überraschung hervorgerufen, vor allem der jetzige Zeitpunkt der Offensive im Osten.<sup>1</sup> Hierzu trugen vor allem die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Verständigung Deutschlands mit Russland und einem Besuch Stalins im Reich bei, die bei vielen die Überzeugung hervorgerufen hatten, dass eine Auseinandersetzung nicht mehr zu erwarten sei. Andererseits haben die Gerüchte auch bewirkt, dass die Spannungen mit Russland weitestgehend bekannt waren, so dass der Beginn der militärischen Aktionen eine ausgesprochene Schockwirkung nicht hervorrief. Lediglich die ersten Frühmeldungen wurden mit einer gewissen Bestürzung aufgenommen, da viele in ihrer Aufregung zunächst lediglich die Tatsache des Kriegszustandes mit Russland aufgenommen hatten. Die mehrfache Wiederholungen des Aufrufes des Führers und die Erklärungen des Reichsaussenministers, wie die Extrablätter mit den Texten, führten dann bald unter der Bevölkerung zu ruhigen Überlegungen.<sup>2</sup> Im Laufe des Sonntagnachmittags und noch mehr in den Abendstunden hat sich dann übereinstimmend die Überzeugung durchgesetzt, dass die Reichsregierung nicht anders handeln konnte, als die «gemeine Handlungsweise» Russlands mit den Waffen zu beantworten. Besonders stark war das Mitgefühl mit dem Führer, der so lange Zeit seinem Volke gegenüber schweigen musste. Seine Geduld und sein opferbereites Entgegenkommen werden als übermenschlich bezeichnet. Besonders beeindruckt war man von den Worten des Aufrufs:

«Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich offen sprechen kann» und «Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen». Die offene und umfassende Aufklärung über die wahre Haltung Russlands und die Hintergründe, die zu einem militärischen Vorgehen zwangen, wurden allgemein anerkannt, einerseits weil die Unterrichtung sofort erfolgte, andererseits weil die Folgerichtigkeit und Beweiskraft der Darstellung voll überzeugten.

Grosses Aufsehen erregte vielfach die Feststellung des Führers, dass die verräterischen Umtriebe der sowjetrussischen Machthaber das Reich durch die Bindung deutscher Streitkräfte im Osten seit 1940 daran gehindert

Zu Nr. 196

1. Der Angriff hatte am Sonntag, dem 22. Juni begonnen. – 2. Der Aufruf Hitlers bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'727 ff.; Ribbentrops Note in: Das

hätten, dem Krieg im Westen radikal ein Ende zu bereiten. Russland sei also im Wesentlichen Schuld daran, dass der Krieg in diesem Jahr noch nicht beendet werden könne.

Besondere Entrüstung haben die vier Fragen Molotows ausgelöst.<sup>3</sup> Die Antworten des Führers werden als überragend bezeichnet. Die bisherigen Zugeständnisse an Russland, die doch oft kaum verständlich gewesen wären, würden einmal davon zeugen, dass der Führer Friedensabsichten trug und zum andern, dass der Führer von dem Willen beseelt war, dem deutschen Volke unnötige Blutopfer zu ersparen.

Mit Stolz wird ferner die Feststellung getroffen, dass der Führer frühzeitig die wahren Absichten Russlands und auch Englands erkannt habe. Wenn Deutschland jetzt die Waffen sprechen lasse, dann sei dies eine notwendige Folgerung, um die Pläne und Machenschaften der eigentlichen Gegner zu zerstören. Zu einer Auseinandersetzung mit Russland wäre es nach Ansicht vieler Volksgenossen eines Tages doch gekommen. Jetzt stände die grosse Kriegsmaschine der Deutschen und Verbündeten bereit, später wäre es vielleicht schwerer gewesen, den inzwischen immer stärker gewordenen Gegner endgültig zu vernichten. «Jetzt geht alles in einem Aufwaschen» ist die in einem Satz zusammenfassende Stellungnahme vieler Volksgenossen. Eine Zusammenarbeit mit dem «hinterhältigen, bolschewistischen Russland» sei auf die Dauer doch niemals möglich. Die Bevölkerung ist sich der Schwere und Tragweite dieses Kampfes bewusst, vorherrschend ist aber eine ruhige, gefasste Zuversicht. Ängstliche Gemüter äussern zwar, es werde grosse Schwierigkeiten haben, diese riesigen Räume zu erobern. Letzten Endes kommt aber doch immer wieder das grosse Vertrauen zu der Unüberwindlichkeit deutschen Soldatentums zum Ausdruck.

Freudig werden von der Bevölkerung die finnischen Verbündeten begrüsst, weniger die rumänischen Streitkräfte, die «sicher auch nicht viel mehr taugen» würden als die übrigen auf dem Balkan. Finnland habe ja bewiesen, dass schon eine kleine gut ausgebildete Streitmacht genüge, um die Russen für eine gewisse Zeit in Schach zu halten. Jetzt, wo der bestausgebildete Soldat der Welt Russland gegenüberstehe, wäre ein Sieg gewiss. Vielfach werden schon Erörterungen darüber angestellt, wie lange der Krieg mit Russland dauere. Die Mutmassungen gehen bisher nicht über 3 Monate hinaus.

Die Erklärung Italiens, dass es sich mit Russland im Kriegszustand fühle, wurde grösstenteils als selbstverständlich hingenommen. Viele Volksgenossen fragten in diesem Zusammenhang nach einer Äusserung Japans.

Noch zu Nr. 196

Archiv. Juni 1941. S. 156-166. – 3. Hitler hatte in seinem Aufruf über das Gespräch mit Molotow am 12./13. November 1940 (oben Nr. 140 Anm. 4) berichtet, dieser habe freie Hand gegenüber Rumänien, Finnland, Bulgarien und der Türkei gefordert.



Dieses Schweigen wird verschiedentlich dahingehend gedeutet, dass Japan mit Rücksicht auf die Absichten Amerikas schweigen müsse, um gegebenenfalls diesem Gegner mit allen Mitteln entgegenzutreten zu können.

An Argumenten, auf die sich eine positive Beurteilung der Lage bei den Volksgenossen stützt, sind vorwiegend folgende bisher festgestellt worden:

Der Hinweis auf den erfolgreichen Widerstand Finnlands. – Hoffnung auf die innerpolitische Umwälzung Russlands. – Das ausserordentliche Vertrauen in die deutsche Wehrmacht, in ihre Führung durch den Führer. – Die endliche Klärung der Lage und zwar nicht nur hinsichtlich des als unerträglich bezeichneten ungewissen Wartens, sondern vor allem auch im Hinblick darauf, dass die bolschewistische Bedrohung Europas nunmehr endgültig beseitigt werde. –

Der Ausfall der erschossenen roten Generäle<sup>4</sup> werde sich zu Deutschlands Gunsten bemerkbar machen. – An einer solch riesigen Front, deren Bekanntgabe gleichfalls stärksten Eindruck machte, werde die deutsche militärische Führung mit glänzenden Überraschungen arbeiten können.

Negativ wirkende Äusserungen in den verschiedenen Teilen des Reiches sind bisher folgende:

Allgemein vor allem die als offenkundig bezeichnete Verlängerung des Krieges. – Befürchtungen hinsichtlich der Ernährungslage (die möglicherweise durch neue Massen von Kriegsgefangenen noch erschwert werde). – Bei Frauen vor allem die Sorge um bevorstehende neue Opfer an Menschenleben. – Sorgen über «asiatische Methoden» der Roten in der Kriegführung und Behandlung etwaiger deutscher Kriegsgefangener. – Erwägungen, dass jetzt wohl auch für Amerika der Zeitpunkt seines Eintritts in den Krieg gekommen sei.<sup>5</sup> –

Die Befürchtung, dass nun England Zeit haben werde, neue Kräfte zu sammeln, wurde durch die Erfolgsmeldungen über englische Luftstreitkräfte und über Angriffe auf englische Versorgungshäfen zerstreut.

Noch zu Nr. 196

4. Den ‚Säuberungen‘ Stalins waren 1937 einige tausend Offiziere der Roten Armee, an der Spitze die Marschälle Tuchatschewski und Blücher zum Opfer gefallen; verschiedentlich wurde behauptet, vom Sicherheitsdienst der SS sei dem russischen Geheimdienst belastendes Material zugespielt worden. – 5. Die Warnungen Roosevelts an Deutschland führten dazu, dass im Juli 1941 bereits allgemein mit einem unmittelbar bevorstehenden Kriegseintritt der USA gerechnet wurde (Meldungen vom 17. und 28. 7.).

Nr. 197 vom 26. Juni 1941 (Auszug)

## I. Allgemeines

Die inzwischen weiter eingegangenen Meldungen zum Krieg mit Russland bestätigen einhellig, dass die anfängliche Nervosität und besonders bei Frauen festgestellte Bestürzung nur wenige Stunden angehalten hat und durch die umfassende Aufklärung einer allgemein ruhigen und zuversichtlichen Haltung Platz gemacht hat. Die Stimmung der Bevölkerung hat soweit umgeschlagen, dass heute Russland als militärischer Gegner fast allgemein sehr gering eingeschätzt wird. In einigen Meldungen wird sogar von einer «offensichtlichen Unterschätzung» des Gegners gesprochen. Diese Beurteilung der militärischen Kraft Russlands wurde bestärkt durch die mit grösster Spannung gehörten PK-Berichte, ferner damit begründet, dass Russland durch die deutsche Offensive überrascht worden sei, auch würden die russischen Kampfgebiete geländemässig keine grossen Schwierigkeiten bieten. Russland habe ferner keine grossen Befestigungsanlagen, da bisher nichts darüber berichtet worden sei. Hinzu komme noch die Minderwertigkeit des russischen Soldaten, der bereits im Krieg mit Finnland mit der Pistole im Rücken habe vorwärts getrieben werden müssen. Weit verbreitet sind Meinungen, die von einem bevorstehenden Zerfall der Sowjetunion sprechen; so wird nicht nur der Abfall der baltischen Staaten, sondern auch der der Ukraine und Weissrusslands vielfach bereits als eine Selbstverständlichkeit angesehen.

Der militärische Sieg über Russland in kurzer Zeit ist bei diesem Krieg so sehr Allgemeingut jedes einzelnen Volksgenossen wie noch bei keinem der bisherigen Feldzüge. Die Zuversichtlichkeit weitester Volkskreise ist so stark, dass sich die Wetten, die bereits an mehreren Orten abgeschlossen wurden, nicht mit dem Ausgang befassen, sondern nur noch mit den Terminen, dabei ist die zurzeit meist gehörte Frist für die Beendigung des Krieges der Zeitraum von 6 Wochen. Diese Siegeszuversicht war auch der beste Nährboden für die Verbreitung zahlreicher Gerüchte über ein erfolgreiches Vordringen der deutschen Truppen. Bereits am Dienstag konnte man in öffentlichen Gesprächen hören, dass 1700 Flugzeuge vernichtet seien, am Mittwoch war diese Zahl bereits auf über 2'000 Flugzeuge angestiegen. Ferner wollten die Gerüchte wissen, dass Brest-Litowsk, Lemberg, Libau, Petsamo, Murmansk und Odessa bereits genommen seien. Von anderen wurde von über 100'000 russischen Gefangenen gesprochen und verbreitet, dass der Sender Wilna bereits als PK-Sender sich gemeldet habe. Den Sondermeldungen wird daher mit fiebrhafter Spannung entgegengesehen. Alle Meldungen besagen, dass das Schweigen des OKW über das Vordringen der Truppen allgemein verstanden wird und nir-

gends zu irgendwelchen Zweifeln an einem erfolgreichen Vordringen im Osten Anlass gegeben hat. Alle Bevölkerungsteile haben die Notwendigkeit für dieses Schweigen verstanden und warten mit grosser Disziplin und Zuversicht auf die amtlichen Mitteilungen.<sup>1</sup>

Während in allen Teilen des Reiches militärisch keinerlei Sorgen besprochen werden, tauchen hier und da Befürchtungen in der Bevölkerung auf, dass es ausserordentlich schwer sei, den russischen Raum zu sichern und zu verwalten, wobei immer wieder auf den überall herrschenden Menschenmangel hingewiesen wird. Verhältnismässig selten ist bisher der Hinweis auf das Schicksal Napoleons, der an der Weite des russischen Raumes gescheitert sei.

Die starke Herausstellung einer geheimen Übereinkunft zwischen England und Russland hat in einigen Fällen dazu geführt, dass geäussert wurde, die Engländer hätten also nach wie vor eine ausgezeichnete Aussenpolitik und seien auch auf diesem Gebiet keineswegs, zu unterschätzen.

Dem Kriegseintritt der Slowakei wurde wenig Beachtung entgegengebracht. Die Fähigkeiten des Generals Antonescu als Befehlshaber der deutschen und rumänischen Truppen im rumänischen Bereich werden vielfach von der Bevölkerung angezweifelt. Es besteht vereinzelt die Ansicht, dass der Führer Antonescu Gelegenheit geben wolle, sich zu bewähren, damit er später als Staatsmann um so gefestigter auf seinem Platze stehe. Befremdend wirkt auf viele Volksgenossen die zögernde Haltung Ungarns. Die Ungarn hätten bisher von den deutschen Erfolgen nur Vorteile gehabt, ohne irgendwie eine offensichtliche freundliche Haltung gezeigt zu haben. Die Redewendungen sind teilweise sehr scharf, z.B.: «Die Zigeuner wollen nicht kämpfen, sondern nur erben und schikanieren», «Die gehören auch noch liquidiert», «Das sind schöne Bundesgenossen».

Mit ausserordentlicher Spannung wird in allen Volkskreisen die Reaktion Japans auf den Russlandkrieg erwartet. Immer wieder tritt die Meinung auf, dass das japanisch-sowjetische Abkommen nicht nur durch die Formulierung des Dreimächtepaktes, sondern auch mit der deutschen Entscheidung und ihrer Begründung hinfällig geworden sei.<sup>2</sup> Die Vorgänge im Osten haben die Gesamteinstellung der Bevölkerung gegenüber England in ein neues Stadium des Hasses und der Erbitterung gesteigert. Mit erneuter Sehnsucht wird der Tag erwartet, an dem es endgültig gegen die

Zu Nr. 197

<sup>1</sup> Die ersten Erfolge im Osten wurden nach mehrfacher Ankündigung am 29. Juni vom Oberkommando der Wehrmacht bekanntgegeben und dabei die Einnahme von Brest-Litowsk und der Vormarsch auf Lemberg und Minsk bestätigt, die Zahl der Kriegsgefangenen mit mehr als 40'000, der vernichteten feindlichen Flugzeuge mit 4'107 angegeben. – <sup>2</sup> Die japanische Regierung vermied eine klare Stellungnahme zum deutsch-russischen Krieg; am 8. August betonte der Nachfolger Matsuokas als Aussenminister, Admiral Toyoda, die Aktivität der Partner des Dreimächtepaktes sei auf ihre jeweiligen Gebiete beschränkt.

Insel geht. Mit Genugtuung wird die Feststellung getroffen, dass die Luftwaffe in ihren Angriffen auf England nicht nachgelassen hat. Besondere Anerkennung finden die laufend durchgegebenen Meldungen über zahlreiche Abschüsse englischer Maschinen. Die von Churchill an Russland versprochene Hilfe wurde allgemein mit Humor aufgenommen. Dazu werde es nun nicht mehr kommen. Es wird in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, wie England sich diese Hilfe denke. Englands Ziel, Deutschland einen neuen Gegner gegenüberzustellen, sei zwar erreicht, aber die Abrechnung mit Russland hätte früher oder später doch kommen müssen. Die stetigen englischen Luftangriffe im Westen des Reiches werden als Auswirkung der amerikanischen Hilfe gewertet, wobei England jetzt Zeit gewinne, seine Basis zu verstärken. Um so schwieriger werde es später sein, England in kürzester Zeit zu vernichten.

Meldungen über Anzeichen einer illegalen Betätigung gegnerischer Kreise seit Beginn des Krieges mit Russland durch Flugschriften, Häuseraufschriften usw. liegen bisher nur aus Wien und Graz vor.

Nr. 200 vom 7. Juli 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Bevölkerung beschäftigt sich auch weiterhin vorwiegend mit dem Kampfverlauf im Osten.<sup>1</sup> Verschiedentlich wird gemeldet, dass die Nachrichten von diesem Kriegsschauplatz nicht die gleiche Begeisterung hervorrufen wie im vergangenen Jahr die Meldungen von der Westfront. Die Ursachen hierfür liegen darin, dass ein siegreicher Vormarsch von der durch militärische Erfolge verwöhnten Bevölkerung einfach erwartet wird. Ferner liegen sie darin, dass die zurückgelegten Entfernungen nicht mit den Entfernungen im Westen verglichen werden, sondern – teils unbewusst – mit der Weite des russischen Raumes, so dass viele das Ziel noch nicht zu erkennen vermögen.

Vielfach mähen sich die Volksgenossen schon Gedanken über die zukünftige Aufteilung des russischen Raumes. Man nimmt an, dass nach dem Vorstoss der deutschen Truppen bis zum Ural die einzelnen Bereiche des

Zu Nr. 200

1. Bis Anfang Juli waren Ostgalizien, Teile der Ukraine und Weissrusslands, Litauen und der grösste Teil Lettlands besetzt, starke russische Kräfte in Kesselschlachten vernichtet worden, so dass der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Haider, schon am 3. Juli in sein Tagebuch geschrieben hatte, es sei nicht zuviel behauptet, dass der Feldzug gegen Russland innerhalb 14 Tagen gewonnen wurde (Jacobsen 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 252). –

eroberten Gebietes zwar selbständig bleiben, aber zu einem deutschen Schutzgebiet zusammengefasst würden.

Nach einer neuerdings aufgetauchten Version über die mutmassliche Beendigung des Russland-Feldzuges heisst es, dass nach der Besetzung Moskaus eine von Deutschland abhängige Regierung in Russland gebildet werde und damit der Krieg zu Ende sei.

Die Aufstellung von Freiwilligen-Korps für den Kampf gegen den Bolschewismus in fast allen Ländern Europas wurde überall sehr günstig aufgenommen<sup>2</sup>, jedoch ist die Meinung vorherrschend, dass es sich in erster Linie um eine propagandistische Aktion handle und weniger um eine wirkungsvolle militärische Unterstützung Deutschlands.

Verschiedentlich wird von den in Spanien aufgestellten Freiwilligen-Verbänden angenommen, dass diese Truppen gar nicht für Russland bestimmt seien, sondern dass es sich hier um eine versteckte Vorbereitung zur Eroberung Gibraltars handle.

Die angekündigte Hilfeleistung Italiens gegen Russland gibt erneut Anlass zum Aufleben der in letzter Zeit etwas zurückgegangenen negativen Äusserungen über die Italiener. Kennzeichnend für die Einstellung der Bevölkerung ist folgende Äusserung: «Wenn die Italiener noch lange Paraden machen<sup>3</sup>, ist der Krieg gegen Russland aus! In Deutschland macht man erst nach dem Sieg Paraden.»

Wie wiederholt in allen Meldungen zum Ausdruck kommt, beschäftigt sich die Bevölkerung seit Beginn des Russlandfeldzuges stark mit der Haltung Japans. Die ständigen Regierungsbesprechungen, von denen nähere Einzelheiten nicht bekannt wurden, lösten zahlreiche Vermutungen aus.<sup>4</sup> So heisst es unter anderem: Japan halte sich solange zurück, bis Amerika in den Krieg eintrete, oder die Japaner hätten lediglich die Aufgabe, einen Teil der russischen Kräfte an der Ostgrenze zu binden und eine grosse japanische Aktion stehe bevor. Nur wenige Volksgenossen zweifeln an der Zuverlässigkeit Japans und argumentieren damit, dass durch die Niederringung Russlands unter Umständen japanische Interessengebiete berührt werden.

Die Versorgung mit Kartoffeln, Gemüse und Obst wird nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Gegenden des Reiches immer wieder als

Noch zu Nr. 200

2. Zu den auf deutscher Seite kämpfenden rumänischen (12 Divisionen, 4 Brigaden), finnischen (rd. 18 Divisionen), ungarischen (3 Brigaden), slowakischen (2 Divisionen, 1 Brigade) und italienischen (ab August 3 Divisionen, später eine Armee) Truppen kamen Freiwilligenverbände aus Frankreich, Spanien (sogenannte «Blaue Division»), Belgien, den Niederlanden und den skandinavischen Staaten (später in der SS-Division Wiking). – 3. Am 16. Juni hatte Mussolini die erste für den Einsatz im Osten bestimmte italienische Division feierlich verabschiedet. – 4. Seit dem 16. April 1941 verhandelte eine deutsche Delegation unter Ministerialdirektor Wohlthat von der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan in Tokio über die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen, besonders über Gummilieferungen (Documents on German Foreign Policy).

noch unzureichend empfunden.<sup>5</sup> (Aachen, Augsburg, Berlin, Bayreuth, Bielefeld, Braunschweig, Chemnitz, Dessau, Frankfurt/M., Halle, Hamburg, Karlsruhe, Königsberg, Kattowitz, Leipzig, Liegnitz, Reichenberg, Stettin, Stuttgart, Weimar, Wien, Würzburg u.a.). Vor allem die Kartoffelknappheit verursacht besonders in Arbeiterkreisen grosse Schwierigkeiten. Arbeiterfrauen wüssten oft nicht mehr, was sie kochen sollten, da bei der in diesen Kreisen ohnehin bestehende Brotknappheit ein Ausgleich mit Brot nicht mehr möglich sei. Vielfach werde in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass bei der Kürzung der Fleischrationen mitgeteilt worden sei, im Sommer sei als Ausgleich genügend Gemüse vorhanden.

Der Umtausch von Brotmarken in Zuckermarken wirkt sich nicht allgemein positiv aus. Aus Arbeiterkreisen, die einen erheblichen Brotverbrauch haben und mit ihren Rationen schlecht auskommen, wird in diesem Zusammenhang mit einer gewissen Verärgerung auf besser gestellte Kreise hingewiesen, die viel in Lokalen essen und auch sonst die Möglichkeit haben würden, sich zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen und sich jetzt auch noch zusätzlich Zuckerrationen beschaffen könnten. Viele Familien, die einen starken Brotverbrauch haben, erhielten bisher von der NSV oder von Verwandten und Bekannten überzählige Brotmarken, dies falle nun weg. Andererseits werden vielfach von Leuten, die Brotmarken umtauschen können, Bedenken geäussert, dass es sich bei dieser Aktion darum handle, festzustellen, in welchem Umfang eine Einschränkung der Brotmarken möglich sei.

Nr. 205 vom 24. Juli 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 22. bis 24.7.1941**

1. Für das letzte Wochenende waren allgemein Sondermeldungen erwartet worden.<sup>1</sup> Verschiedentlich wird gemeint, dass inzwischen eingetretene Erfolge noch zurückgehalten würden. Häufiger gelangt man auf Grund der

Noch zu Nr. 200

Series D. Bd. 12. 1962. S. 683, Bd. 13. 1964. S. 450). – 5. Besonders die Kartoffelknappheit – in Essen z.B. konnten von der vorgesehenen Wochenmenge von 2'500 g nur 750-2'000 g ausgegeben werden – beeinträchtigte nach Meldungen vom 30. Juni die sonst günstige Stimmung (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. 1956. S. 398).

Zu Nr. 205

1. Der Wehrmachtbericht hatte am 17. Juli ein «gewaltiges Ringen um die Entscheidung» gemeldet, vom 18. Juli an war aber – abgesehen von der Bekanntgabe der Eroberung von Smolensk –

Darstellungen der Presse und des Rundfunks zu dem Schluss, dass die Kämpfe sehr zäh und schwer sind. Die Umgliederungen in der politischen und militärischen Führung der Sowjetunion<sup>2</sup> gelten jedoch als Zeichen dafür, dass der Zusammenbruch nicht mehr aufgehalten werden könne (z.B. München, Hamburg, Breslau, Stuttgart, Bayreuth, Weimar, Frankfurt/M., Düsseldorf, Prag, Innsbruck, Linz, Aachen, Frankfurt/Oder, Troppau).

2. Die Volksgenossen wurden auf die V-Aktion in grossem Umfange durch die Ausführungen von Hans Fritzsche am Sonntagabend aufmerksam.<sup>3</sup> Verschiedentlich wurden seine Ausführungen über den deutschen Sieg als Vorbereitung auf ganz grosse sehnlich erwartete Sondermeldungen aufgefasst und die Volksgenossen hätten vielfach noch bis in die Nacht vor den Rundfunkapparaten gesessen. Alles habe sich den Kopf zerbrochen über den Sinn und das Ziel dieser Propaganda. Auch wo die Presse am Montag darauf eingegangen sei, habe man sich nicht schlauer gefühlt. Die Aufnahme ist im ganzen Reichsgebiet gekennzeichnet durch völliges Unverständnis, so dass grosse Teile der Bevölkerung, die überhaupt nichts damit anzufangen wussten, sehr bald interesselos daran vorbeigingen, der Rest lehnte die Propaganda-Aktion in drastischer Weise ab.

In der Vielzahl der Äusserungen hiess es zumeist: «Wozu der ganze Rummel». Die Ausführungen von Hans Fritzsche wurden mit Aussprüchen bedacht wie: Für dieses «Siegesgeheul» sei es doch viel zu früh, wir hätten doch sonst nicht den Drang nach «Vorschusslorbeeren».

Am Montag ist die V-Aktion dann stellenweise humoristisch behandelt worden. Die Arbeiter begrüsst sich in den Betrieben mit «Viktoria», um sich dann darüber lustig zu machen.

Es wurde in Unkenntnis der Hintergründe die Frage gestellt, warum man als Zeichen der Einigung Europas gegen den Bolschewismus das Zeichen «V» gewählt habe und nicht das Hakenkreuz, den Buchstaben «S» oder die Sigrune.<sup>4</sup> Viktoria sei doch ein Fremdwort und ausserdem hafte dem Wort aus dem Weltkrieg noch der Geruch bürgerlich-nationaler Kriegsbegeisterung an.

Noch zu Nr. 20J

nur in allgemeinen Wendungen von planmässigem und erfolgreichem weiterem Vorgehen die Rede gewesen, das allerdings die sowjetische Front in «zusammenhanglose Gruppen» zerrissen habe. – 2. Am 19. Juli hatte Stalin neben dem Vorsitz im Rat der Volkskommissare auch das Amt des Volkskommissars für die Verteidigung (Verteidigungsminister) von Marschall Timoschenko übernommen. – 3. Der Ministerialdirigent, später -direktor im Reichspropagandaministerium Fritzsche sprach während des Krieges mit Ausnahme einer Zeit als Kriegsberichterstatter 1942 regelmässig im Rundfunk zur Lage (vgl. Springer, Es sprach Hans Fritzsche. 1949). Die mit seinem Vortrag und einer Presseanweisung (Vertrauliche Informationen Nr. 186/41) am 20. Juli eingeleitete Kampagne, den Buchstaben V als Symbol für den deutschen Sieg zu verwenden, beschränkte sich im Wesentlichen auf die besetzten Gebiete, z.B. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21. 7.: «Das V als Zeichen europäischer Siegesgewissheit», ab 22. 7. durfte nur noch im Innern der Blätter darüber berichtet werden. – 4. Die Sigrune war aus dem SS-Symbol und dem Abzeichen des Deutschen Jungvolks allgemein bekannt.

In vielen Orten wurde gemeint, man müsse mitmachen, und man wunderte sich, dass nirgends etwas geschah. So wollte beispielsweise ein Bürgermeister ebenfalls ein erleuchtetes «V» aufziehen. So setzte sich allmählich die Meinung durch, das Ganze sei wohl mehr für die besetzten Gebiete bestimmt. Dazu wurde in der Regel die Ansicht geäußert, man wisse doch, dass dort «keine reine Liebe» für Deutschland herrsche. Dass eine solche Aktion von der Bevölkerung der besetzten Gebiete «spontan» in die Wege geleitet sein sollte, wollte man einfach nicht glauben. Das sei doch «Regie».

Vereinzelte wussten Volksgenossen aus Briefen von Soldaten, dass in den besetzten Gebieten von der Gegenseite überall ein «V» an die Wände geschmiert wird u.ä. Von diesen Volksgenossen wurde gemeint «Goebbels hat Wind bekommen, dass die Engländer so etwas machen wollten<sup>5</sup>, nun hat er ihnen den Wind aus den Segeln genommen». Soweit diese Erkenntnis durchgedrungen ist, wurde die V-Aktion als ein ausserordentlich geschickter «Dreh» bezeichnet. (Gleichlautende Meldungen liegen aus allen Teilen des Reiches vor.)

3. Die Meldung von der Bombardierung Moskaus wurde stark beachtet und mit grosser Genugtuung aufgenommen.<sup>6</sup> Die PK- und Frontberichte, über die in Moskau angerichteten Zerstörungen fanden grösstes Interesse. Verschiedentlich wunderte man sich, dass die Bombardierung Moskaus nicht als Sondermeldung bekanntgegeben worden ist, nachdem in letzter Zeit Nachrichten in dieser Form gebracht worden sind, die nicht in dem Masse ein aktuelles und die Bevölkerung aufrüttelndes Ereignis dargestellt hätten. (Halle, Königsberg, Leipzig, Nürnberg, Dresden, Posen, Troppau, Bayreuth, Wien, Stuttgart, Königsberg, Chemnitz, Frankfurt/M., Innsbruck.)

### Zur Aufnahme der Wochenschau vom 19. bis 26. Juli 1941

Nach Berichten aus allen Reichsgebieten hält in der Bevölkerung das starke Interesse für die Wochenschau vom östlichen Kriegsschauplatz unvermindert an. Zahlreiche Meldungen sprechen von überfüllten Sondervorstellungen der Wochenschau (Kattowitz, Leipzig, Kiel u.a.). Vielfach wird geäußert, dass die neue Wochenschau das beinahe Unmögliche vollbracht habe und ihrer Vorgängerin<sup>7</sup> gleichwertig sei. Allgemein wird

Noch zu Nr. 20j

5. Churchill benutzte das Symbol der zwei gespreizten Finger für V = victory. – 6. Am 22. Juli hatte der Wehrmachtbericht erstmals die Bombardierung militärischer und Versorgungsanlagen in Moskau als Vergeltung für russische Luftangriffe auf Bukarest und Helsinki gemeldet. – 7. Diese war nach den Meldungen vom 17. Juli als die beste aller bisher gezeigten Kriegswochenschauen bezeichnet worden; sie hatte u.a. Bilder von den in Lemberg gefundenen ermordeten Gefangenen der GPU und von Panzergefechten gebracht. –



betont, dass die Bilderfolge trotz ihrer Länge keineswegs ermüdend, sondern vielseitig und spannend sei. Einzelnen Berichten zufolge wird die neue Wochenschau in ihrer elastisch gehaltenen Fülle als noch gelungener bezeichnet (Berlin, Neustettin u.a.). Der schon lange von den Filmbesuchern geäusserte Wunsch, auch einmal die verbündeten Nationen im Kampf zu sehen, ging diesmal in Erfüllung.

Den Anfangsbildern von den Freiwilligenmeldungen in Dänemark, Norwegen, dem Aufmarsch in Holland, der Kundgebung in Spanien usw. wurde, wie einheitlich berichtet wird, grosse Beachtung geschenkt, da sie von der Schliessung der europäischen Front gegen den Bolschewismus einen vorzüglichen Eindruck vermittelt hätten. Allerdings wurde im Anschluss an diese Aufnahmen des Öfteren die Frage gestellt, wann denn diese Verbände endlich zum Kampf eingesetzt würden. Der finnische Einsatz wird besonders anerkannt; man erkenne den Finnen den grösseren Kampfwert als den übrigen Verbündeten zu, wie sich überhaupt für Finnland starke Sympathie zeige.

Die grösste Aufmerksamkeit hätten, wie aus allen Berichten zu entnehmen ist, die Aufnahmen von den bolschewistischen Kriegsgefangenen beansprucht. Immer wieder sei die Bevölkerung entsetzt von den gezeigten Verbrechertypen. Die Greuelthaten der GPU und der bolschewistischen Soldateska gegenüber der Zivilbevölkerung seien nachhaltig und lebhaft besprochen worden.<sup>8</sup> Stark beeindruckt sei man von den ungeheueren Gefangenenzahlen und der gewaltigen Beute an Kriegsmaterial. Im Zusammenhang mit den Bildern, auf denen die Gefangenen zu sehen sind, seien häufig Gedanken laut geworden, die sich mit der ernährungspolitischen Belastung Gross-Deutschlands durch die Gefangenen beschäftigten. Vor allem interessiert man sich stark für das Schicksal der mehrmals gezeigten Flintenweiber, die man, nach Ansicht vieler Volksgenossen, unmöglich als Kriegsgefangene ansehen könne, und immer wieder hört man den Wunsch, solche Typen nicht am Leben zu lassen. Mit lebhafter Zustimmung wurden die Bilder von der Inhaftierung der am Mordwerk beteiligten Juden aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, dass mit diesen noch viel zu loyal umgegangen würde.<sup>9</sup> Die Bildfolgen vom Zwangseinsatz der Juden zu Aufräumungsarbeiten seien überall mit grosser Freude aufgenommen worden. Nach einer Meldung aus Lothringen hätten diese

Noch zu Nr. 205

8. Gezeigt wurden Bilder von ermordeten lettischen Nationalisten in Riga. – 9. In Riga wie überall in den besetzten russischen Orten waren die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD längst dabei, die Juden zu vernichten. Aus den Ereignismeldungen UdSSR, die nach ihren Meldungen im Reichssicherheitshauptamt zusammengestellt wurden, ergibt sich z.B. für Riga, dass unmittelbar nach dem Einrücken der Kommandos 400 Juden «liquidiert» und am 4. Juli nochmals 100 Juden für 20 ermordete deutsche Kriegsgefangene erschossen wurden (Ereignismeldung Nr. 15 vom 7. Juli, Bundesarchiv R 58/214). Vgl. Henkys, Die nationalsozialistischen

Szenen vielfach sogar bei der lothringischen Bevölkerung Zustimmung gefunden (Metz). Die Lynchjustiz der Rigaer Bevölkerung an ihren Peinigern werde mit aufmunternden Ausrufen begleitet.<sup>10</sup>

Die Reichhaltigkeit und klare Gliederung der Wochenschau wird von der Bevölkerung dankbar begrüsst. Gerade die Eindringlichkeit der gezeigten Aufnahmen mache den Besuchern die Schwere der Kämpfe im Osten klar und lasse sie leichter den Sinn des Kampfes verstehen. So vermitteln die Aufnahmen ein tiefwirkendes Bild von den Geländeschwierigkeiten, den ungeheuren Strapazen, denen unsere Truppen ausgesetzt sind, dem Elan und der Tapferkeit, mit welcher unsere Soldaten kämpfen und siegen, und der Hartnäckigkeit des Gegners.

Sehr gut angeklungen haben diesmal besonders die Bildstreifen, die unsere Soldaten während der Marschpause zeigen, weil sie gewünschte Abwechslung und Entspannung in das ernste und kampferfüllte Kriegsgeschehen, mit dem sich die Vielzahl der Bilder beschäftigt, bringen. Mit besonderer Spannung werden die Zeitlupenaufnahmen vom Angriff der deutschen Kampfgeschwader verfolgt. Auch fand man grossen Gefallen an den Bildern, die den Angriff roter Flugzeuge auf einen finnischen Flugplatz zeigen, da man in diesen auch den Feind in der Aktion zu sehen bekam. Die Kartenskizzen werden von den Volksgenossen immer wieder wegen ihrer Anschaulichkeit hervorgehoben. Man glaubt allerdings, dass hierbei auch die Entfernungen angedeutet werden sollten.

Nach Äusserungen der Bevölkerung besteht der Wunsch nach Bildern von den Kämpfen der Kriegsmarine in der Ostsee; auch erwarte man weitere Aufnahmen vom Durchbruch durch die Stalin-Linie, vor allem, weil die Presseberichte über die neue Wochenschau besonders auf die Aufnahmen der Durchbruchskämpfe hingewiesen hatten. Einheitlich wird berichtet, dass die Bevölkerung den Wunsch äussert, den Führer, der dieses gigantische Ringen zum Schutze Europas überlegen leite, möglichst bald in seinem Hauptquartier zu sehen.<sup>11</sup>

Noch zu Nr. 205

Gewaltverbrechen. 1964. S. 112 ff. – 10. Die Einsatzgruppen überliessen den Judenmord vielfach der aufgehetzten Bevölkerung oder bildeten Exekutionskommandos aus landeseigenen Kräften, z.B. wurde aus Kowno gemeldet, dort seien «insgesamt 7'800 Juden teils durch Pogrom, teils durch Erschiessungen von litauischen Kommandos erledigt» worden (Ereignismeldung UdSSR Nr. 19 vom 11. Juli). – 11. Dieser Wunsch wurde in der Wochenschau vom 9.-16. August (Nr. 33/1941) erfüllt.

## Nr. 208 vom 4. August 1941 (Auszug)

## I. Allgemeines

Das Warten auf Sondermeldungen von neuen grösseren Erfolgen an der Ostfront, die bisher noch in keinem Feldzug so lange ausgeblieben seien, bewirkt allmählich ein Absinken der erwartungsvollen Stimmung der Bevölkerung.<sup>1</sup>

Dabei sind es in erster Linie die Gerüchte über angeblich sehr hohe Verluste unserer Truppen, die alle Kreise der Bevölkerung anhaltend beschäftigen. So heisst es beispielsweise schon seit einiger Zeit, dass bei den Postanstalten zahlreiche Todesnachrichten zurückgehalten würden und dass die Zeitungen jeweils nur eine bestimmte Zahl von Anzeigen veröffentlichen dürften, ferner dass die Lazarette in den Ostgebieten schon seit einiger Zeit überfüllt wären. Fast in allen Gegenden des Reiches sind Gerüchte im Umlauf, dass gerade jene Truppen, die in den betreffenden Gegenden zur Aufstellung gekommen sind, besonders starke Verluste erlitten hätten oder ganz aufgerieben worden seien. Stark verbreitet sind auch Gerüchte, dass es der Roten Armee gelungen sei, den deutschen Vormarsch weitgehendst zum Stehen zu bringen.<sup>2</sup>

Aus dem meist negativen Inhalt der umlaufenden Gerüchte muss geschlossen werden, dass viele Volksgenossen wieder annehmen, durch Abhören ausländischer Sender Einzelheiten und genauere Nachrichten erfahren zu können.

## II. Kulturelle Gebiete

**Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 1. bis 4. August 1941**

1. Das längere Ausbleiben genauerer Meldungen über den Fortgang der Kämpfe im Osten wird von der Bevölkerung mit z.T. etwas bedenklichen Gesichtern besprochen. Die schon mehrfach angekündigten Erfolge liessen noch immer auf sich warten. Es wird häufig die Meinung laut, dass der Feldzug bisher nicht so verlaufen sei, wie man dies auf Grund der Berichte zu Beginn der Operationen habe annehmen können. Man habe sich an die Darstellung gehalten, dass die Sowjetunion ein Koloss auf

Zu Nr. 208

1. Das erfolgreiche Ende der Schlacht um Smolensk wurde erst am 6. August vom Oberkommando der Wehrmacht bekanntgegeben. – 2. Diese Gerüchte trafen nicht ganz zu, immerhin aber hatten die Russen mit neu herangeführten Kräften die 4. Panzerarmee bei Jelnja in harte

tönernen Füßen sei und dass es nur eines Anstosses von aussen bedürfe, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Die Hoffnung darauf, dass die innere Auflösung den Sieg erleichtert, sei anfangs recht gross gewesen. Schon vor vielen Tagen habe man der Presse entnehmen können, dass die sowjetische Führung zu planvollen Aktionen nicht mehr in der Lage sei und dass sie ihre letzten Reserven nach vorn geworfen habe. Nunmehr habe man den Eindruck, dass die Sowjets über Menschen und Material in Hülle und Fülle verfügten und dass der Widerstand immer grösser geworden sei und ein Mass an Erbitterung erreiche, das mit keinem unserer bisherigen Gegner verglichen werden könne. Vereinzelt wird befürchtet, dass sich ein Stellungskrieg entwickelt, öfter wird davon gesprochen, dass uns die Sowjets wohl manchen örtlichen Gewinn wieder abgenommen haben könnten (z.B. Kiew soll nach Gerüchten bereits in deutscher Hand gewesen sein).<sup>3</sup> Aus der Zahl der Todesanzeigen, unter denen sich viele bekannte Namen finden (Gauleiter Leopold, die Söhne von führenden Männern aus Partei, Staat und Wehrmacht usw.), aus den PK- und Frontberichten und aus Schilderungen in vielen Feldpostbriefen wird mit Sicherheit angenommen, dass die Verluste doch höher sind als in den bisherigen Feldzügen.

Das Vertrauen in den Sieg über die Sowjetunion ist zwar in keiner Weise berührt, aber die Frage nach der Dauer der Operationen im Osten sei im Rahmen der grösseren Frage nach der Länge des Gesamtkrieges doch recht stark. Eine günstige Wirkung hätten die Hinweise, dass Geländegewinne zunächst nicht entscheidend seien, sondern die Einkesselung und Vernichtung des Gegners und seines Materials. Aufklärend und beruhigend wirkten alle in Aufsätzen und durch Kartenskizzen gebrachten Erläuterungen, die die Entfernungen im Osten verdeutlichten, die bisherigen Marschleistungen, die Ausdehnung der gewonnenen Räume usw. In diesem Zusammenhang wird bereits auf die am Sonnabend und Sonntag (Leitartikel von Zierke) im «Völkischen Beobachter» erschienenen Beiträge Bezug genommen<sup>4</sup>, dgl. auf den Aufsatz von Reichsminister Dr. Goebbels im «Reich».<sup>5</sup> Von einsichtigen Volksgenossen wird gemeint, dass über die geographischen Gegebenheiten dieses Feldzuges an plastischen Skizzen und Vergleichszahlen, unter denen sich die Masse etwas vorstellen kann, nicht genug gebracht werden könne. Gut aufgenommen wurde auch der Überblick über «Die Schlacht bei Smolensk» im «VB» vom

Noch zu Nr. 208

Abwehrkämpfe verwickelt; erst Anfang Oktober wurde die deutsche Heeresgruppe Mitte wieder offensiv. – 3. Am 11. Juli war die 13. Panzerdivision etwa 20 km an Kiew herangekommen, musste jedoch auf Weisung Hitlers wieder zurückgehen, weil die nachfolgende Infanterie zu weit zurückgeblieben war (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 62). – 4. Völkischer Beobachter Nr. 214 vom 2. August mit der Schlagzeile «So weit wie von Kassel nach Königsberg» über den von deutschen Truppen im Osten bisher eroberten Raum. – 5. Das

30. 7., der die Langwierigkeit derartig grosser Einkesselungen herausgestellt habe.

Aus den Berichten über die von der Sowjetunion bereitgestellten Menschen- und Materialmassen ergebe sich immer mehr die Grösse der Aufgabe, die Deutschland über die anfänglichen Erwartungen hinaus zu erfüllen habe. In den Äusserungen über PK- und Frontberichte mischen sich Bewunderung und Bedauern über den kämpferischen Einsatz, die ungeheuren Strapazen und die Opfer unserer Soldaten. Bei vielen Volksgenossen macht sich die Empfindung von der Grausamkeit dieses Krieges und des Krieges überhaupt breit.

Zur Gesamtberichterstattung wird geäussert, dass sie einen klaren Überblick über den Stand der Operationen, vor allem darüber, wie die Front verläuft, nicht zulasse. Die einzelnen Erfolgsmeldungen über die Vernichtung von Panzern, Flugzeugen usw. ordneten sich diesmal nicht in ein Bild der Lage ein. Ohne Beziehung dazu könne der Volksgenosse ihre Bedeutung nicht abschätzen, und er freue sich darüber nicht so wie z.B. über den Abschuss von 20 Flugzeugen am Kanal. Die Einzelmeldungen stellten nicht wie in früheren Feldzügen Tagesergebnisse dar, die man zusammenzählte, so dass man beispielsweise ständig in der Gesamtzahl der Gefangenen einen Anhaltspunkt für die erzielten Fortschritte erhielt. Auf den vielfach ausgehängten Karten werde diesmal vergeblich versucht, die Frontlinie mit Kordeln festzulegen. Petersburg und Kiew zeigten sich auf solchen Karten verschiedentlich seit Tagen als fast völlig eingekreist. Die Lage in den Kampfgebieten sei offenbar noch so wenig fest, dass man nicht sagen könne, der oder jener Ort sei so in unserer Hand, dass man ihn nennen könnte. Um so mehr freue man sich, aus PK-Berichten ab und zu Einzelheiten (z.B. die Einnahme von Dorpat) zu erfahren. (Bayreuth, Innsbruck, Kattowitz, Wien, Schwerin, Leipzig, Braunschweig, Frankfurt/M., Karlsruhe, Neustettin, Augsburg, Breslau, Troppau, Allenstein, Hamburg, Nürnberg, Linz, Saarbrücken, Halle, Dresden.)

2. Die Berichte über das Scheitern der englischen Entlastungsoffensive<sup>6</sup> wurden im Allgemeinen günstig aufgenommen. Stellenweise wurde die Aufnahme durch Gerüchte beeinträchtigt, dass die Zerstörungen im Westen doch grösser seien, als es Presse und Rundfunk wahrhaben wollten. Vereinzelt ist die Besorgnis über grössere englische Luftangriffe so gross, dass gefragt wird, ob wir uns eine herausfordernde Glossierung der englischen

Noch zu Nr. 208

Reich Nr. 31 vom 3. August; unter dem Titel «Um die Entscheidung» hatte Goebbels dem deutschen Volk versichert, es habe allen Grund, dem weiteren Verlauf der militärischen Operationen mit festem Vertrauen und absoluter Siegesgewissheit entgegenzuschauen, im Augenblick werde um die grossen Entscheidungen gerungen. – 6. Als solche wurden die im Juli verstärkten englischen Luftangriffe, die sich besonders gegen militärische Ziele in Frankreich und Norwegen gerichtet hatten, bezeichnet.

Offensivabsichten leisten könnten, da wir doch im Osten noch alle Hände voll zu tun hätten. Die Mehrzahl der Volksgenossen stellt jedoch mit Genugtuung fest, dass wir im Westen so stark oder, wie erzählt wird, durch bisher im Osten eingesetzte Verbände schon wieder so verstärkt sind, dass von englischer Seite keine wirkliche Gefahr drohen kann. Eindruck haben in diesem Zusammenhang die Meldungen über die Abwehr der Angriffe auf den Norden Norwegens und Finnlands gemacht. Die deutsche Luftabwehr sei an allen Stellen auf dem Posten.

Nr. 213 vom 21. August 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Über die neuen, grossen Erfolge der deutschen Truppen in Süd-Russland, insbesondere die Versenkung, Beschädigung und Eroberung zahlreicher Einheiten der russischen Schwarzen-Meer-Flotte, herrscht allgemeine Freude, ohne jedoch die Grundhaltung der Bevölkerung wesentlich zu beeinflussen.<sup>1</sup> Trotz Zuversicht in die Überlegenheit der deutschen Kriegführung und die unvergleichliche Kampfkraft der deutschen Wehrmacht, die einen endgültigen Sieg Deutschlands nie in Frage stelle, bereitet die Dauer des Krieges, vor allem die wider alles Erwarten grosse Zähigkeit des russischen Widerstandes und die angeblich geringer werdende Aussicht, diesen Krieg in absehbarer Zeit, vielleicht sogar noch vor Ablauf dieses Jahres, beenden zu können, weiten Kreisen der Bevölkerung steigende Sorge. Die schwindende Hoffnung, dass trotz aller angeblichen Beobachtungen über intensive deutsche Vorbereitungen einer Landung in England diese noch vor dem Winter durchgeführt werde, und die Schlussfolgerung, dass sich England im Winter mit Hilfe Amerikas wieder gut erholen werde, ferner die anhaltende Ungewissheit über die Haltung Amerikas und die ständigen Befürchtungen, dass sich die Vereinigten Staaten in Irland, Portugal und an der afrikanischen Westküste festsetzen werden, sind wesentliche Grundlage für die abwartende Haltung der Bevölkerung. Dazu kommen die Auswirkungen der englischen Luftangriffe<sup>2</sup>, bei denen die hohen Abschussziffern ohne wesentliche eigene Verluste mit grosser Genugtuung aufgenommen wurden, andererseits aber zu dem Schluss führten, dass die Engländer dann auch mit dementsprechend

Zu Nr. 213

1. Am 18. August war die Besetzung der Ukraine bis zum Dnjepr mit Ausnahme kleiner Brückenköpfe gemeldet worden. – 2. Nach den Angaben im Wehrmachtbericht waren englische Luftangriffe auf das Reichsgebiet in den Nächten nach dem 2., 3., 5., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 14.,

vielen Flugzeugen einfliegen müssten und daher in ihrer Kampfkraft eher stärker als schwächer geworden seien. Neben diesen politischen und militärischen Erwägungen bildet nach wie vor ein Hauptstimmungsmoment die Versorgungslage. Vor allem ist es nach den wiederkehrenden Meldungen aus allen Gauen des Reiches die weiterhin anhaltende, vielfach unzulängliche Versorgung mit Gemüse und Obst, die neben den laufenden militärischen und politischen Ereignissen die Bevölkerung immer wieder sehr rasch in ihren Bann zieht.<sup>3</sup>

Bei den Gesprächen über die weitere Entwicklung des russischen Kampfgeschehens im südrussischen Raum befasst sich die Bevölkerung im besonderen Masse mit der Sicherstellung der russischen Ölquellen im Gebiet von Baku. Die Volksgenossen erwarten in nächster Zeit den Einmarsch englischer Truppen im Iran und hoffen, dass die deutschen Truppen den Engländern und Russen dort zuvorkommen werden.<sup>4</sup>

Das Einfliegen russischer Flugzeuge in das Reichsgebiet<sup>5</sup> liess das Gerücht aufkommen, dass die Russen keine Bomben abwerfen, dafür aber Fallschirmspringer landen, die den Auftrag haben, Sabotageakte zu verüben: z.B. Scheunen anzustecken, das Vieh zu vergiften u.a. Diese Saboteure seien ausgerüstet mit deutschen Lebensmittelmarken; angeblich seien schon einige dieser Agenten verhaftet worden.

Seit einiger Zeit spielen angeblich bevorstehende Gasangriffe der RAF wieder eine grössere Rolle:

Gerüchten aus Kiel zufolge habe die Luftwaffe auf der Insel Sylt umfangreiche beschleunigte Vorbereitungen für einen eventuellen Gasangriff der Engländer getroffen, es hätten bereits Einsatzübungen stattgefunden.

Nach einer Meldung aus Klagenfurt haben dort Gerüchte Besorgnis erregt, dass in Norddeutschland Luftschutzkeller auf Gasdichte ausgebaut sowie der Neubau von gasdichten Luftschutzkellern beschleunigt werde.

In Düren (Bereich Aachen) haben Kontrollgänge von Amtsträgern des Luftschutzbundes, ob die für Gasangriffe erforderlichen Medikamente vorrätig seien, in der Bevölkerung Beunruhigung ausgelöst.

Noch zu Nr. 213

16., 17., 18., 19. August erfolgt. – 3. Darüber waren bereits am 7. und 25. Juli besondere Berichte vorgelegt worden, weitere folgten am 25. August und 1. September 1941; aus ihnen ergibt sich, dass die geringe Lieferung von Obst und Gemüse die durch die Rationskürzungen bei Fleisch schon beeinträchtigte Stimmung noch verschlechterte und es zu «unerfreulichen Szenen» vor Gemüsegeschäften gekommen war und dass ein erheblicher Teil der Obsterte unmitttelbar trotz Verbots vom Erzeuger an den Verbraucher zu Überpreisen verkauft wurde, weshalb bei manchen Erfassungsstellen das Angebot gegenüber 1940 um mehr als 50% zurückgegangen sei. – 4. Die Besetzung des Irans durch Engländer und Russen begann am 25. August; sie wurde mit der Abwehr einer deutschen Bedrohung begründet. – 5. In den OKW-Berichten war von wirkungslosen Angriffen einzelner russischer Flugzeuge auf Nord- und Ostdeutschland gesprochen worden; in den späteren Kriegsjahren sprangen häufiger russische Agenten, z.T. deutsche Kommunisten, mit Fallschirmen über Polen und Ostdeutschland ab, im August 1941 wird dergleichen in den «Ereignismeldungen UdSSR», die auch besondere Vorkommnisse im Reichsgebiet erfassten, nicht erwähnt.

In Siegen (Bereich Frankfurt/M.) läuft das Gerücht um, dass sich die Bevölkerung in nächster Zeit ab 21 Uhr in die fertiggestellten Bunker begeben müsse, da mit Gasangriffen zu rechnen sei.

Nr. 217 vom 4. September 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Der Beginn des 3. Kriegsjahres hat bei der Bevölkerung vielfach zu eingehenden Betrachtungen über die gegenwärtige Kriegslage geführt. Während die Erfolge der beiden ersten Kriegsjahre von allen Volksgenossen rückhaltlos anerkannt werden, sind bei einem Teil der Bevölkerung in den Erörterungen über den augenblicklichen Stand und den weiteren Verlauf des Krieges Anzeichen einer gewissen Beklemmung unverkennbar, die in Äusserungen Widerhall finden, wie: «Wer hätte im vergangenen Jahr gedacht, dass der Krieg so lange dauern werde», oder «Wie lange wird der Krieg noch dauern, ein Ende ist noch immer nicht abzusehen.»<sup>1</sup> Verwöhnt durch den schnellen Verlauf der bisherigen Feldzüge, die in Soldatenbriefen im Vergleich zu dem gegenwärtigen harten Ringen im Osten als «KdF-Fahrten» bezeichnet werden, und unter dem Einfluss der im Laufe der Kriegsjahre stärker in Erscheinung tretenden Verknappungserscheinungen in der Versorgungslage<sup>2</sup>, verfolgen viele Volksgenossen den ihrer Ansicht nach schon zu lange dauernden Feldzug im Osten mit einem gewissen Unbehagen. Die bisher vereinzelt zum Ausdruck gekommene Meinung, dass der deutsche Vormarsch im Osten nur noch sehr langsam vorwärts gehe, gewinnt immer mehr an Boden.

Die anlässlich der Einnahme der Stadt Wiborg<sup>3</sup> durch finnische Streitkräfte erfolgte Auszeichnung des Feldmarschalls Mannerheim mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes fand starke Beachtung. Einzelne Volksgenossen, die zu wissen glauben, dass an den Erfolgen der Finnen auch deutsche Streitkräfte massgeblich beteiligt waren, sehen in der Herausstellung der finnischen Leistungen im OKW-Bericht vom 31. 8. 1941 und der besonderen Auszeichnung des finnischen Heerführers gewissermassen eine Verbeugung Deutschlands gegenüber Finnland mit der Absicht, die

Zu Nr. 217

1. Bereits in einigen vorangehenden Berichten war ein gewisser Pessimismus in der Beurteilung der Lage festgestellt worden. – 2. Neben der im Vergleich zu 1940 niedrigeren Zuteilung von Lebensmitteln, die nach einer Meldung aus Düsseldorf vom 25. August schon Arbeiter zu Streikdrohungen veranlasst hatte, wurde vor allem die Knappheit an Textilien und Lederwaren als Grund für Stimmungsrückgänge gemeldet. – 3. Wiborg, das Finnland an die Sowjetunion hatte abtreten müssen, war am 30. August zurückerobert worden.



Finnen über die Rückeroberung der 1940 an Russland verlorenen Gebiete hinaus zu weiterem Einsatz gegen den Bolschewismus anzuspornen. Die Erfolge der finnischen Truppen gaben gleichzeitig aber auch in weiten Kreisen der Bevölkerung Anlass, Vergleich mit den Leistungen der italienischen Bundesgenossen zu ziehen, die in diesem Zusammenhang erneut eine wenig günstige Beurteilung erfuhren. So äusserten sich einige Volksgenossen etwa sinngemäss: «Wenn die Italiener ebenso tapfer wie die Finnen wären, dann wäre der Krieg bald zu Ende.»

Besonders in den luftgefährdeten Gebieten des Westens rechnet die Bevölkerung noch immer mit dem Angriff auf die britische Insel in diesem Jahr. Die Annahme, dass der Führer der Gefährdung der tagtäglich feindlichen Luftangriffen ausgesetzten rheinischen Städte nicht mehr länger Zuseher werde, bestärkt die Bevölkerung in ihrer Hoffnung. Geradezu mit Hartnäckigkeit klammern sich die Volksgenossen in diesen Gebieten an jedes aufkommende Gerücht, das die Erfüllung ihres Wunsches in den Bereich der Möglichkeit stellt, wie z.B.: Verlegung des Führer-Hauptquartiers vom Osten nach dem Westen, Bereitstellung von Fallschirmjägern und Luftlandetruppen am Kanal, Urlaubssperre für diese Einheiten, vermehrte Landeübungen an der Kanalküste usw.

Nr. 218 vom 8. September 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 5. bis 8.9.1941**

1. Von den Volksgenossen wird stark beachtet, dass in den Berichten über die Kämpfe im Osten ständig dieselben Wendungen wiederkehren wie: «In dreitägigem heissen Ringen ...», oder «In harten Kämpfen ...», «Nach starkem Widerstand . . .», «Stark ausgerüstete Panzerverbände des Feindes», «Unter Einsatz starker Panzerkräfte und zahlreicher schwerer Waffen neue feindliche Angriffe» u.ä. Die Bevölkerung werde mehr und mehr bedrückt davon, dass der Widerstand der Sowjets augenscheinlich nicht nachlässt und der Feind offenbar noch immer über grosse Materialreserven verfügt. Es wird nun häufiger davon gesprochen, dass wir den Gegner unterschätzt hätten. Die Volksgenossen zeigten sich bei weitem nicht mehr so selbstsicher wie in den ersten Wochen des Krieges. Die Einzelmeldungen über Kämpfe und Erfolge an Abschnitten der Gesamtfront liessen keinen zusammenhängenden Überblick zu und würden daher ohne

freudige Bewegung aufgenommen. Man will im Ganzen schliessen, dass sich das Tempo des Vormarsches verlangsamt habe. Mit Besorgnis wird davon gesprochen, dass von einzelnen Abschnitten der Front, insbesondere vom mittleren Abschnitt in Richtung Smolensk, seit längerem Meldungen ausgeblieben sind.<sup>1</sup> Auch am Dnjepr sei offenbar ein Stillstand eingetreten<sup>2</sup>, wobei die Berichte über immer erneute Angriffsversuche der Sowjets mit Staunen gelesen werden. Alle Hinweise auf Schwierigkeiten, mit denen unsere Wehrmacht in ausserordentlichem Masse zu kämpfen hat, wirkten z. Z. nicht mehr aufklärend und beruhigend, sondern bestärkten die Masse der Bevölkerung darin, dass der Feldzug im Osten in diesem Jahr nicht mehr abgeschlossen werde. Der Winter mit seinen Erschwerungen für die kämpfende Front wie für die Heimat beherrsche immer mehr Denken und Fühlen. Zumeist seien die Gespräche auf den Ton abgestimmt «Die armen Soldaten». Die Stimmungslage der Bevölkerung wird z. Z. weniger durch die öffentlichen Führungsmittel als von diesen Gedanken um die Ostfront und die hundert kleinen Tagessorgen bestimmt. (Frankfurt/O., Kattowitz, Hamburg, Breslau, Dresden, Wien, Frankfurt/M., Innsbruck, Karlsruhe, Kiel, Braunschweig, Leipzig, Bayreuth, Halle, Schwerin, Klagenfurt, Tilsit, Stuttgart, Nürnberg, Thorn, Liegnitz).

2. Vertieft wird die Gesamtaufnahme der Meldungen und Berichte über den Kampfverlauf im Osten durch die täglichen Anzeigen vor allem für gefallene Führer der Partei und sonstige verdiente Männer. So hat beispielsweise im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder die Nachricht vom Heldenod des SA-Obergruppenführers Manthey grosses Bedauern ausgelöst. Aber auch einzelne Ortschaften und Gemeinden weisen eine steigende Zahl von Gefallenen auf. So beispielsweise an einem Ort 23 Gefallene, bei einer Einwohnerzahl von rund 3'000. Die Frage nach unseren Verlusten ist überall sehr gross.<sup>3</sup> (Hamburg, Wien, Dresden, Leipzig, Halle, Bayreuth, Münster, Frankfurt/Oder, usw.)

3. Eine gewisse Auflockerung in positiver Hinsicht brachte die Meldung, dass sich Petersburg unter deutscher Artillerieeinwirkung befindet.<sup>4</sup> Dort gehe es offenbar vorwärts. Die Berichte über die Leistungen der Finnen werden durchweg anerkennend besprochen, nur vereinzelt wird gemeint,

Zu Nr. 218

1. Dort wurde die Offensive auf Moskau vorbereitet, die am 2. Oktober begann und die Entscheidung bringen sollte. – 2. Seit dem 22. August war die Schlacht bei Kiew im Gang, die zur Einkesselung starker russischer Verbände führte, sich aber noch bis zum 24. September hinzog. – 3. Zahlreiche Gerüchte, die durch Feldpostbriefe genährt wurden, waren über die Höhe der Verluste im Umlauf, z.B. von der Vernichtung ganzer Regimenter und von 60% Ausfällen bei der SS-Leibstandarte Adolf Hitler (Meldungen vom 14. Juli und 25. August). – 4. Der Wehrmachtbericht vom 5. September, der auch die fortschreitende Einschliessung der Stadt gemeldet hatte, hatte sie korrekt Leningrad genannt. –

dass man ihre Mitwirkung nicht so an die grosse Glocke hängen sollte. Man wisse doch, dass die Finnen nicht allein gekämpft hätten. (Innsbruck, Wien, Linz, Braunschweig, Dresden, Karlsruhe, Hamburg, Breslau, Frankfurt/Main, Münster, Bayreuth, Schwerin, Klagenfurt, Leipzig, Halle, usw.)

4. Verschiedentlich befasst sich die Bevölkerung weiterhin mit dem Beginn des dritten Kriegsjahres. Die von der Presse gebrachten Aufsätze hätten im Rückblick auf das bisher Erreichte nichts Neues sagen können und einen konkreteren Ausblick auf den weiteren Fortgang vermissen lassen. Man erinnere sich noch vielfach daran, dass im vergangenen Jahr der Führer im Sportpalast sprach und den Engländern zurief: «Beruhigt Euch, er kommt!»<sup>5</sup> Damals habe man gemeint, dass der Krieg 1940/41 zu Ende gehe. Nunmehr stehe man vor einem neuen Kriegsjahr und Kriegswinter, mit neuen Fronten und neuen Kriegsausweitungen. Immer wieder könne man Äusserungen hören wie «Wer hätte gedacht, dass der Krieg so lange dauert», «Nun haben wir schon über die Hälfte des Weltkrieges hinter uns», «Jetzt dauert der Krieg schon zwei Jahre, und es ist noch kein Ende abzusehen». (Hamburg, Halle, Dresden, Linz, Aachen, Karlsruhe, Frankfurt/Oder, Leipzig, Schwerin, Braunschweig, Kattowitz).

In den Meldungen wird dazu verschiedentlich angeregt, dass die Volksgenossen wieder einmal kräftig aufgerüttelt und nachdrücklich darauf hingewiesen werden müssen, warum und wozu Deutschland diesen Krieg kämpfen muss und was er über die Last dieser Generation hinweg für die künftigen Geschlechter bedeutet.

5. Uneinheitlich besprochen werden die Meldungen über die Seekriegsführung. Die Ausführungen von Kapitänleutnant Keil «Was machen unsere U-Boote?» haben dort, wo sie in der Presse erschienen sind, als klare Auskunft günstig gewirkt.<sup>6</sup> Es wurde begrüsst, dass damit wieder eine für die meisten Volksgenossen brennende Frage offen aufgegriffen wurde. Ein Teil der Bevölkerung verschliesst sich allerdings nach wie vor dem Argument, dass die Ozeane leerer geworden sind. Man meint, dass sich England im Zusammenwirken mit USA auf der Nordroute einen stark gesicherten Verkehr geschaffen hat und dass die Abwehr der U-Boote sehr wirkungsvoll geworden ist.

Die Meldungen über die englischen Tonnageverluste des letzten Monats wurden teils mit Äusserungen kommentiert wie «Das ist eigentlich noch eine ganze Menge» oder «Diesmal haben wir mehr Glück gehabt», teils stellt man nur fest, dass die Verluste der Engländer geringer geworden

Noch zu Nr. 218

5. Oben Nr. 130, Anm. 5 und 6. – 6. Der Rückgang der Versenkungsziffern ab Juli 1941 war die Folge einer verbesserten Geleitzugtaktik der Engländer, bei der in stärkerem Mass Flugzeuge eingesetzt wurden (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 169 ff.).

sind, und ist der Auffassung, dass die Blockade allein nicht dazu führe, England zu überwinden. (Kattowitz, Braunschweig, Linz, Frankfurt/Main, Schwerin, Innsbruck, Halle, Bayreuth, Köln, Dresden, Breslau, Aachen, Hamburg).

Nr. 219 vom 11. September 1941 (Auszug)

#### V. Wirtschaft

#### Weitere Meldungen über Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung und Klagen über die derzeitigen Brotrationen<sup>1</sup>

Während sich nach neuen Meldungen die Versorgung mit Kartoffeln infolge nunmehr ausreichender Anlieferungen von Frühkartoffeln im grössten Teil des Reiches gebessert hat, werden nach wie vor erhebliche Klagen aus Aachen, Dresden, Dortmund, Frankfurt/Main, Leipzig, Frankfurt/Oder, Graz und Salzburg laut. Die Zuteilungen seien dort äusserst gering und betrügen teilweise nur  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  oder 1 kg je Kopf und Woche. (Aachen, Dortmund, Dresden.) Die Verkaufsstände auf den Märkten dieser Gebiete seien von ständig grösser werdenden Menschenschlangen belagert; unliebsame Auftritte und Zwischenfälle seien nicht selten. Die derzeitigen Schwierigkeiten, die denen im Juni und Juli d. J. kaum nachstünden, würden sich jetzt aber in einer ungleich stärkeren ungünstigen Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung auswirken. Seinerzeit, bei Beginn der Frühkartoffelernte, sei es verhältnismässig einfach gewesen, der Bevölkerung die Gründe der Verknappung klar zu machen. Heute sei dies aber ausserordentlich schwierig. Der Kartoffelmangel, insbesondere sein Anhalten über die Frühkartoffelernte hinaus, bilde – den Meldungen zufolge – den Gegenstand allgemeiner Besorgnis für die Zukunft. Diese Sorgen würden durch das verschiedentlich auftretende Gerücht, dass Kartoffeln in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen werden sollen, erheblich verschärft. Als Folge dieser Gerüchte sei in den Landgebieten bereits ein Hamstern von Frühkartoffeln festzustellen, ungeachtet dessen, dass Frühkartoffeln zur Einlagerung nicht geeignet sind. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden, dass die Stadtbevölkerung bei den

Zu Nr. 219

1. Neben der Behandlung dieses Themas im allgemeinen Teil der Meldungen (oben Nr. 200, 213) waren darüber am 16. Juni, 30. Juni und 28. Juli besondere Berichte vorgelegt worden; danach hatten in mehreren Orten Menschenmengen vor Ernährungsämtern die zusätzliche Zuteilung von Brot gefordert, wobei gedroht wurde, die Kinder nicht mehr zur Schule und in die Lehre zu schicken. –

Bauern, die gerade mit dem Ausmachen der Frühkartoffeln beschäftigt seien, anstehen und sich teilweise sogar selbst beim Aushacken beteiligten.

Wie weiter aus Dresden gemeldet wird, habe das Fehlen von Futterkartoffeln ebenfalls zur Verknappung der Speisekartoffeln beigetragen, weil viele Kleintierzüchter in Ermangelung sonstiger Futtermittel grosse Mengen von Speisekartoffeln durch Verfüttern der menschlichen Ernährung entzogen hätten.

Dem Bericht aus Graz zufolge beständen in den zuständigen Kreisen ernste Befürchtungen bezüglich der Winterversorgung mit Kartoffeln, nachdem die Frühkartoffelernte die erwartete Entlastung der Versorgungslage nicht gebracht habe. Obgleich die Steiermark früher ein Überschussgebiet gewesen sei, wären jetzt Zuschüsse dringend erforderlich, da sich die Ostmärker infolge des Krieges mehr als erwartet an den Verzehr von Kartoffeln gewöhnt hätten und der Bedarf gegen früher um das drei- bis vierfache gestiegen sei. Durch die heimische Ernte könne der jetzige Kartoffelbedarf schätzungsweise nur zu einem Drittel bis höchstens zur Hälfte gedeckt werden.

Wie aus Fachkreisen verlautet, beständen wegen der Transportregelung für die einzukellernden Winterkartoffeln bereits heute Bedenken, da die Reichsbahn nur offene Wagen für Kartoffeltransporte freigebe. Wenn die Qualität der Kartoffeln infolge des raschen Verbrauchs gegenwärtig auch nicht in Mitleidenschaft gezogen werde, so sei doch für den Herbst zu befürchten, dass von den in offenen Waggons transportierten und deshalb jeder Witterung ausgesetzten Einkellerungskartoffeln ein grosser Teil verderben würde, zumal viele Keller wegen der Luftschutzmassnahmen nicht genügend gelüftet werden könnten. Es erscheine deshalb notwendig, darauf hinzuweisen, dass für die künftigen Kartoffeltransporte nur gedeckte Wagen verwendet werden, falls nicht langanhaltendes trockenes Wetter herrsche.

Wie in den Berichten hervorgehoben wird, hat die Kartoffelknappheit in verschiedenen Teilen des Reiches, vor allem in den von der Knappheit besonders betroffenen Gebieten, zu einer starken Erhöhung des Brotverbrauches geführt. In der Bevölkerung, die die Höhe der derzeitigen Brotrationen an sich schon vielfach als unzureichend bezeichnet habe, seien hierüber neuerdings verstärkte Klagen laut geworden. Arbeiterkreise und insbesondere Familien mit Kindern zwischen 6-18 Jahren würden immer wieder erklären, dass die Zuteilung zu gering sei und sie damit nicht auskommen könnten. Eine Verschärfung sei in den letzten Monaten noch durch die Umtauschmöglichkeit von Brot- in Zuckermarken eingetreten, so dass den betroffenen Kreisen nunmehr zusätzliche Brotmarken seitens der NSV nicht mehr in der erforderlichen Höhe zufließen würden. Zum Teil sei es vorgekommen, dass bereits mehrere Tage vor Beginn einer

Versorgungsperiode einzelne Familien keine Brotabschnitte mehr gehabt hätten. So habe man in Klagenfurt beobachten können, dass Kinder bei Bäckern und Gastwirten die markenfreie Abgabe von Brot erbitten, während es in Düsseldorf vorgekommen sei, dass Mütter kinderreicher Familien Fleisch- gegen Brotmarken getauscht hätten. In diesem Zusammenhang errege es – verschiedenen Meldungen zufolge – in der Bevölkerung Missfallen, dass den im Reich arbeitenden Polen auch die Kuchenkarte wie einem deutschen Normalverbraucher zustehe, während diese den deutschen Kindern vorenthalten werde.

Wie in den Meldungen weiter zum Ausdruck gebracht wird, würde in der Bevölkerung vielfach der Hoffnung nach einer Erhöhung der Brotationen vor allem für Jugendliche Ausdruck gegeben, da sich nach Auffassung dieser Kreise der gegenwärtige Mangel auf die Dauer sowohl gesundheitlich als auch stimmungsmässig ungünstig auswirken dürfte.<sup>2</sup>

Nr. 224 vom 29. September 1941 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Gerüchte über Vermögensabgabe, Sperrung von Sparguthaben – Inflationbefürchtungen

1. Nach Meldungen aus Würzburg, Koblenz, Köln, Halle, Dessau, Dresden und Frankfurt/Main sind seit Juni d. J. Gerüchte über eine Vermögensabgabe bzw. eine teilweise Beschlagnahme der Sparguthaben in Umlauf.<sup>1</sup> Bei den Sparkassen seien Anfragen beunruhigter Kunden eingegangen. Im Kreise Trier sei anlässlich der Versteigerung eines Weinberges in weiten Kreisen erzählt worden, dass der über dem behördlichen Schätzungswert liegende Preis nicht ausgezahlt worden sei, der Differenzbetrag zwischen Schätzungs- und Versteigerungspreis sei vielmehr behördlicherseits einbehalten worden. Nach einem Bericht aus Frankfurt/Main sind bis in die letzte Zeit hinein bei Versteigerungen offensichtlich Überpreise gezahlt worden. Diese vielerorts zutage tretende Neigung,

Noch zu Nr. 219

2. Weder wurde die Brotation erhöht, noch besserte sich die Kartoffelversorgung in den nächsten Monaten, worüber am 3., 10., 17. November und 1. und 15. Dezember berichtet wurde.

Zu Nr. 224

1. Nachdem zu Beginn des Krieges mehrfach von Inflationsangst berichtet worden war (oben Nr. 29), hatte diese anscheinend unter dem Eindruck der deutschen Erfolge im Westen nachgelassen; von nun an wurde sie wieder häufiger verzeichnet und zum Gegenstand besonderer Berichte gemacht, von denen der nächste bereits am 20. Oktober folgte und zunehmende Zweifel an der

beim Erwerb von Sachwerten nach dem Preis nicht zu fragen, wird durch Gerüchte wie die oben erwähnten genährt.

Wenn auch diese Gerüchte über die Beschlagnahmung bzw. Sperrung von Sparguthaben und über die Erhebung einer Vermögensabgabe oder die Einführung eines neuen Erbschaftssteuergesetzes nach den hier vorliegenden Meldungen (z.B. aus Köln, Dessau und Münster) nicht zu Abhebungen von Spargeldern geführt haben, so ist doch seit Juni eine Verminderung der Einzahlungen festzustellen. Nach einer Meldung aus Münster ist in der dortigen Gegend das Gerücht über eine vollständige Sperrung der Sparkonten verbreitet, besonders bei der ländlichen Bevölkerung, die dem Einfluss der Kirche stark unterliegt. Obwohl die Tagespresse bereits Anfang August Ausführungen von Staatssekretär Reinhardt über die Unsinnigkeit der Gerüchte von einer Erhöhung der Erbschaftsteuer gebracht hat<sup>2</sup>, haben sich nach einer Meldung aus Stuttgart diese Gerüchte in einzelnen Teilen Württembergs bis Anfang September hartnäckig gehalten. Es wird daher in verschiedenen hier vorliegenden Meldungen als wünschenswert bezeichnet, dass die Presse mehr als bisher durch entsprechende Ausführungen diesen Gerüchtebildungen entgegenzutreten möge.

2. Die Angst vor einer kommenden Inflation ist in der Bevölkerung nach hier vorliegenden Berichten hier und da, wenn auch bisher nur in schwachem Ausmasse, vorhanden. So wird z.B. aus Dresden berichtet, dass in einem Kaufangebot über ein Grundstück eine Wertsicherung auf der Grundlage des Index der Lebenshaltungskosten eingebaut war. Dazu hat der Regierungspräsident in Dresden/Bautzen entschieden, dass es bei Grundstückskäufen keine gleitenden Preise geben darf. Im Bezirk von Bielefeld wird in Handwerker- und Angestelltenkreisen die Besorgnis vor einer Inflation damit begründet, dass die Grossindustrie angeblich mit allen Mitteln versuche, ihr Bargeld in Sachwerten anzulegen. So seien beispielsweise Maschinen und auch Grundstücke gekauft worden, die z. Z. gar nicht verwendet werden könnten. Wie aus Bayreuth gemeldet wird, herrscht in dortigen landwirtschaftlichen Kreisen die Auffassung, dass auch die Steigerung der Aktienkurse mit dem Streben nach Sachwerten zusammenhänge.

3. In allen Berichten kommt zum Ausdruck, dass einmal die Gerüchtebildung mehr als bisher bekämpft, dass zum anderen aber auch gegen

Noch zu Nr. 224

Wertbeständigkeit der Sparguthaben feststellte. – 2. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium nahm mehrfach zu währungspolitischen Fragen Stellung; so hatte er am 22. August die Erhöhung der Steuern für Kapitalgesellschaften begründet und hielt am 30. Oktober eine Rundfunkrede über das steuerbegünstigte «Eiserne Sparen», bei dem die eingezahlten Beträge für die Dauer des Krieges unkündbar waren.

tatsächliche Erscheinungen, die derartige Gerüchte zu bestätigen scheinen, mit grösstem Nachdruck vorgegangen werden müsste. Hinsichtlich der Inflationsgerüchte bietet z.B. die fortgesetzte Erhöhung der Aktienkurse der Bevölkerung die Möglichkeit, auf eine «Flucht in die Sachwerte» der grossen Kapitalbesitzer, die angeblich die kommende Entwicklung am besten voraussehen können, hinzuweisen.

Nr. 226 vom 6. Oktober 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Im Vordergrund des Gesamtinteresses steht naturgemäss nach Meldungen aus allen Teilen des Reiches die Führerrede.<sup>1</sup>

Dass der Führer als Vertreter der Front sprach und trotz wichtiger Ereignisse an der Ostfront nach Berlin gekommen ist, wurde mit innerer Anteilnahme und freudiger Bewegung aufgenommen. Die Rede selbst war zu diesem Zeitpunkt nicht erwartet worden. Obwohl die Führerrede zur Eröffnung des Winterhilfswerkes im September vermisst worden war, wirkte die Nachholung überraschend. Vielfach war daher die Meinung vertreten, dass der Führer eine entscheidende Antwort zu den amerikanischen Kriegsumtrieben geben werde. Um so nachhaltiger wirkte es daher, dass der Führer diese Frage nicht anschnitt: «Nun weiss Roosevelt, wie wenig Bedeutung der Führer ihm zumisst!»

Den stärksten Eindruck hinterliess die Ankündigung, dass seit 48 Stunden erneut Operationen grossen Stils im Gange seien in Verbindung mit dem Satz: «Dieser Gegner ist bereits gebrochen und wird sich nie mehr erheben.»<sup>2</sup> Diese neuen Operationen wurden in engstem Zusammenhang gebracht mit der Bemerkung des Führers über Molotow: «Wenn Herr Molotow morgen oder übermorgen nicht mehr in Moskau sein wird» und – wie gleichlautende Meldungen aus allen Teilen des Reichs besagen – dahin aufgefasst, dass die neuen Aktionen unmittelbar auf die Einkreisung Moskaus abzielen. Diese Auslegung fand um so mehr Glauben, als die mehrfach berichteten Gerüchte über eine neue Kesselschlacht um Moskau an sich schon so weit verbreitet waren, dass die Bevölkerung zum Teil Moskaus Fall als bevorstehend ansah.<sup>3</sup>

Zu Nr. 116

1. Am 3. Oktober zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks im Berliner Sportpalast; Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1738-1767. – 2. Am 2. Oktober hatte die Heeresgruppe Mitte die Offensive begonnen, die nach Hitlers Weisung Nr. 33 vom 6. September 1941 zur Eroberung von Moskau führen sollte. – 3. Die Gerüchte über neue Kessel-



Ebenso nachhaltig wirkten diejenigen Stellen der Rede, die einen Schluss auf die Kriegsdauer ermöglichten. Wie die Meldungen übereinstimmend bestätigen, hat die grosse Mehrzahl der Volksgenossen nach dieser Rede eingesehen, dass der Krieg noch länger dauern wird. Dabei wird hingewiesen auf den Satz: «Und hinter dieser Front baut sich bereits die neue Verwaltung auf<sup>4</sup>, die dafür sorgen wird, dass, wenn dieser Krieg länger dauert, diese riesigen Gebiete der deutschen Heimat und den uns Verbündeten nützen werden» und ferner auf die Äusserung über die besseren Waffen des nächsten Jahres.

Tiefen Eindruck hinterliessen auch die Worte des Führers, dass er aus diesem Krieg als ein noch viel fanatischerer Nationalsozialist zurückkehren werde und ihm die Erfüllung des Parteiprogramms jetzt noch wichtiger erscheine als am ersten Tage. Man sah hierin eine Ankündigung des Führers, dass der Tag kommen werde, an dem er sich wieder vorwiegend mit innerpolitischen Fragen befassen wird.

Die vorstehend behandelten drei Fragen – neue Operationen im Osten, Kriegsdauer und Verwirklichung des Nationalsozialismus – stehen in den Meldungen über die Aufnahme der Führerrede aus allen Reichsteilen eindeutig im Vordergrund. In ihnen vor allem sieht die Bevölkerung eine offene Behandlung gerade der Themen, die sie gegenwärtig am stärksten interessiert. Die Zuversicht, mit der der Führer sprach, seine Ruhe und Selbstsicherheit haben überall tiefen Eindruck gemacht.

Von den weiteren in der Rede behandelten Fragen wurden vor allem noch folgende von der Bevölkerung viel besprochen:

1. Die Worte des Führers über den heldenhaften Einsatz der Soldaten, vor allem der Infanterie, in Verbindung mit der Hervorhebung der Verdienste der Heimat. Niemand sei vergessen worden. Gerade die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes wären über die Anerkennung ihrer Leistungen in der Heimat besonders befriedigt. Stimmungsmässig günstig ausgewirkt hat sich ferner die Erwähnung der arbeitenden Frauen.<sup>5</sup>

2. Die Hervorhebung der Finnen unter den Verbündeten fand besondere Zustimmung, auch die Erwähnung der Rumänen (Hervorhebung

Noch zu Nr. 116

schlachten bewahrheiteten sich insofern, als es gelang, starke russische Verbände bei Wjasma und nördlich und südlich von Brjansk einzuschliessen und bis zum 13. bzw. 20. Oktober zu vernichten. – 4. In den westlichen Teilen der besetzten russischen Gebiete wurde, abgesehen von Galizien, das zum Generalgouvernement kam, und dem Bezirk Bialystok, der dem Oberpräsidenten von Ostpreussen unterstellt wurde, eine deutsche Zivilverwaltung eingerichtet; ihre Spitze bildete das von Rosenberg geleitete Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, darunter standen die Reichskommissariate Ostland (mit den Generalbezirken Litauen, Lettland, Estland, Weissruthenien = Weissrussland) und Ukraine, die sich in Generalbezirke und Kreisgebiete gliederten; die östlich davon liegenden rückwärtigen Armee- und Heeresgebiete wurden von der Wehrmacht verwaltet. – 5. Hitler hatte von den bewunderungswürdigen Leistungen der deutschen Frauen und Mädchen gesprochen, die Millionen von Männern ersetzten. Vgl. oben Nr. 189.

Antonescus) und die Betonung der Freundschaft mit Mussolini. Mit feinem Gefühl wurde verstanden, dass mit der Hervorhebung der Finnen und der Rumänen zugleich eine Bewertung der Leistungen der anderen Verbündeten ausgesprochen war.

3. Der erneut verkündete Entschluss des Führers, mit England bis zur Entscheidung zu kämpfen, fand überall grösstes Einverständnis. Trotz der vor der Führerrede umlaufenden Gerüchte, dass nach der Niederwerfung Russlands an England ein neues Friedensangebot gemacht werde, wurden keinerlei Stimmen laut, die nach der Führerrede für ein solches Friedensangebot eintraten.

Besonders in den bombenbedrohten Gebieten, darüber hinaus aber gleichfalls im ganzen Reich, fanden auch die Feststellungen des Führers, dass England den Krieg noch gründlich kennenlernen würde, grosse Beachtung.

Nr. 228 vom 13. Oktober 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 10. bis 13.10.1941**

1. Aus allen Teilen des Reiches wird übereinstimmend berichtet, dass die auf dem Tagesbefehl des Führers<sup>1</sup> und auf den Ausführungen des Reichspressechefs<sup>2</sup> aufbauende Berichterstattung und Gestaltung der Presse grösste Überraschung hervorgerufen und ein befreiendes Aufatmen bewirkt habe. Die Schlagzeilen wie «Ostfeldzug entschieden – Der Bolschewismus militärisch erledigt» hätten mehr ausgesagt, als die Bevölkerung je zu hoffen gewagt habe. Es sei für die Volksgenossen einfach unfasslich, dass der Krieg gegen den Bolschewismus schon endgültig entschieden sein solle.

Durchweg wurde beobachtet, dass die Wirkung bei den Volksgenossen mehr nach innen gerichtet ist und fast nirgends Anlass zu Kundgebungen der Begeisterung wurde. Vielfach wurde im Gegenteil festgestellt, dass die Bevölkerung sich der Darstellung der öffentlichen Führungsmittel und

Zu Nr. 228

1. Hitler hatte ihn bei Beginn der Offensive am 2. Oktober an die Soldaten der Ostfront gerichtet und darin bereits verkündet, der Gegner solle, «noch vor dem Einbruch des Winters zerschmettert» werden. (Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'756 f.) – 2. Am 9. Oktober hatte der Reichspressechef und Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Dr. Dietrich vor der in- und ausländischen Presse erklärt, infolge der Einschliessung

der Freude über die Zerschmetterung des Gegners im Osten nur zögernd überliess. Schon kurz nach Beginn des Feldzuges hätten Presse und Rundfunk einmal davon gesprochen, dass die Sowjetunion kurz vor dem Zusammenbruch stehe, alle Reserven in den Kampf geworfen habe u. ä., und es sei dann doch nicht so leicht gewesen. Viele Volksgenossen, die sich noch nicht ganz getrauten, daran zu glauben, dass die Entscheidung bereits errungen worden ist, warteten mit Spannung auf die weiteren Meldungen, die die siegesgewisse Grundhaltung der Presse und des Rundfunks Zug um Zug bestätigten und es zur Gewissheit machten, dass die angekündigte Zerschlagung des Gegners tatsächlich erfolgt.<sup>3</sup>

Dass «die Volksgenossen noch an sich halten», sei darauf zurückzuführen dass der Reichspressechef und im Anschluss daran die Presse und der Rundfunk der endgültigen Vernichtung und den Meldungen des OKW nach Ansicht grosser Teile der Bevölkerung vorausgeeilt sei. Die Volksgenossen bemühten sich gegenseitig klarzumachen, dass die «Propaganda» dies bestimmt nicht getan hätte, wenn sich der Führer seiner Sache nicht ganz sicher wäre. Verschiedentlich wird gemeint, dass der Vorgriff der Presse und des Rundfunks auf den endgültigen Untergang der bolschewistischen Armee aussenpolitische Gründe habe, um die Vereinigten Staaten im letzten Augenblick vom Kriegseintritt abzuschrecken.

Der Zurückhaltung grosser Teile der Bevölkerung, die sich in das plötzliche Ereignis der Entscheidung im Osten erst hineinzuwenden versuchen, stehen in den Meldungen aus den Gauen einzelne Äusserungen eines leichtfertigen Optimismus gegenüber. Solche Volksgenossen dächten an ein Ende ähnlich dem des Frankreichfeldzuges mit Waffenstillstand und baldiger Rückkehr der Männer von der Front. Etwa in dem gleichen Umfang seien übertrieben bedenkliche Stimmen zu hören, dass der Weg bis zum Ural noch sehr weit sei, der Bandenkrieg noch lange dauern könne usw.

Noch zu Nr. 228

mehrerer russischer Armeen sei die Sowjetunion «militärisch erledigt»; es bestehe kein Zweifel, dass die gesamte sowjetische Front zertrümmert sei (Auszug in: Das Archiv, Oktober 1941, S. 564 bis 566). – 3. Das siegreiche Ende der Kesselschlachten bei Brjansk und Wjasma wurde am 18. Oktober durch Sondermeldung bekanntgegeben; danach waren über 70 feindliche Divisionen vernichtet und 657'948 Gefangene gemacht worden.

Nr. 232 vom 27. Oktober 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

In einem Teil der Bevölkerung hatte auf Grund der Ausführungen des Reichspressechefs, dass der Feldzug im Osten bereits entschieden sei, ein übertriebener Optimismus Platz gegriffen. Die Worte Dr. Dietrichs und die Stellungnahme der Presse hierzu waren von einzelnen Volksgenossen wörtlich aufgefasst und in der Form ausgelegt worden, dass mit dem Zusammenbruch des Bolschewismus in wenigen Tagen zu rechnen wäre und grössere Kampfhandlungen kaum noch stattfinden würden; die sofortige Beendigung aller Kampfhandlungen wurde jedoch nicht erwartet. Nachdem nun aber trotz Vernichtung der «letzten voll kampffähigen» russischen Divisionen noch immer an einzelnen Teilen der Front heftige Kämpfe im Gange sind, seitens der Sowjets nach wie vor härtester Widerstand geleistet wird und in den letzten Tagen insbesondere vom mittleren und nördlichen Frontabschnitt grössere Erfolgsmeldungen nicht bekanntgegeben wurden, zeigt sich jetzt bei vielen Volksgenossen eine gewisse Enttäuschung.<sup>1</sup>

Die Meldungen von den ersten Schneefällen im Osten haben ebenfalls dazu beigetragen, der bisher sehr optimistischen Stimmung der Bevölkerung einen Dämpfer aufzusetzen. Mit Besorgnis wird besonders der im nördlichen Frontabschnitt kämpfenden Soldaten gedacht, die in den von den Sowjets zerstörten Städten und Dörfern nun schutzlos dem Winter ausgesetzt seien.

Starke Beachtung fand jedoch die Meldung, dass deutsche Truppen den Verteidigungsgürtel von Moskau durchbrochen haben und bis auf 60 km zur russischen Hauptstadt vorgestossen sind. Aus den letzten Wehrmachtsberichten, die keine näheren Anhaltspunkte über den Stand der Kampfhandlungen um Moskau enthielten, wurde vielfach der Schluss gezogen, dass die russische Hauptstadt vorläufig lediglich eingekreist und von jeder Zufuhr abgeschnitten werde.<sup>2</sup>

Die Absetzung Timoschenkos<sup>3</sup> und weiterer sowjetischer Befehlshaber wurde als Zeichen der Unsicherheit der russischen militärischen Führung und des fortschreitenden Zerfalls der bolschewistischen Streitkräfte gewertet.

Zu Nr. 232

1. Die Heeresgruppe Mitte hatte bis Mitte Oktober die Linie Kaluga-Borodino-Kalinin erreicht und sich damit Moskau bedrohlich genähert, als schwere Schneefälle und anschliessend eine Schlammperiode den weiteren Vormarsch hemmten. – 2. Seit dem 23. Oktober, als der Durchbruch durch die äussere Verteidigungsstellung Moskaus gemeldet worden war, hatte der OKW-Bericht nur noch die Kämpfe im Südabschnitt erwähnt, wo am 24. Oktober Charkow erobert worden war und das Donezgebiet besetzt wurde. – 3. Marschall Timoschenko, dem die bei Wjasma

Angebliche zahlreiche Neu-Einberufungen und Untersuchungen auf Tropentauglichkeit liessen in verschiedenen Teilen des Reiches die Vermutung aufkommen, dass in den kommenden Wintermonaten entscheidende Kämpfe im vorderen Orient oder im Mittelmeerraum ausgetragen werden. In diesem Zusammenhang wird erneut gerüchtweise von der angeblichen Bereitstellung grösserer deutscher Truppenkontingente an der französisch-spanischen Grenze zu einem Angriff auf Gibraltar gesprochen.

Besondere Freude und Genugtuung löste die Zulassung von Feldpostpäckchen bis zu 1'000 Gramm aus.<sup>4</sup> Vor allem von den Angehörigen der an der Ostfront kämpfenden Soldaten, denen jetzt warme Wollsachen für die kommende kalte Jahreszeit geschickt werden können, wurde diese Massnahme dankbar aufgenommen.

Nr. 235 vom 6. November 1941 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Trotz Anerkennung der überragenden Leistungen der deutschen Truppen und der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich dem deutschen Vormarsch entgegenstellen, besteht immer noch in weiten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Enttäuschung, dass sich die endgültige Zerschlagung des Bolschewismus nicht mit der erhofften Schnelligkeit vollzieht und sich ein Ende des Ostfeldzuges noch nicht absehen lasse. In den Erörterungen der Volksgenossen über die militärische Lage im Osten wird stets die Frage aufgeworfen, wie überhaupt eine Beendigung des Krieges gegen Russland möglich sei. Auf der einen Seite wird die Unmöglichkeit eines Friedens oder Waffenstillstandes mit Stalin eingesehen, andererseits hält man es aber auch für ausgeschlossen, den gesamten russischen Raum mit deutschen Truppen zu besetzen, da diese hierzu gar nicht ausreichen würden.

Neben Gedankengängen dieser Art zeigt sich als weiteres stimmungsbeeinträchtigendes Moment die Tatsache, dass vom mittleren und nördlichen Frontabschnitt keine grösseren Erfolge gemeldet wurden und nahezu in jedem Wehrmachtbericht und allen sonstigen Meldungen vom östlichen Kriegsschauplatz von der unverändert zähen und harten Widerstands-

Noch zu Nr. 232

und Brjansk vernichteten Armeen unterstanden hatten, war vor Moskau am 23. Oktober durch General Schukow ersetzt worden und seinerseits an der Südfront an die Stelle von Marschall Budjonny getreten. – 4. Bisher hatten nur Feldpostpäckchen im Gewicht bis zu 100 g versandt werden dürfen.

kraft der Bolschewisten gemeldet wird.<sup>1</sup> Man kann es vielfach nicht verstehen, dass die deutschen Truppen nach der Vernichtung der 260 bestausgerüsteten sowjetischen Divisionen nun plötzlich nicht rascher vorwärts kommen, nachdem die Russen angeblich nur noch über unzulänglich ausgebildete und ausgerüstete Truppen verfügen und auch früher schon grosse witterungsbedingte Schwierigkeiten gemeistert wurden.

Mit grosser Verwunderung werden auch die sich stetig wiederholenden Ausfallversuche der eingeschlossenen Sowjets aus Leningrad aufgenommen. Das Ausbleiben weiterer Erfolgsmeldungen von dem Kampfabschnitt um Moskau gibt der Bevölkerung ebenfalls viel zu Überlegungen Anlass, um so mehr, als bereits vor 14 Tagen gemeldet wurde, dass deutsche Truppen 60 km vor Moskau stehen. Ein Teil der Volksgenossen beginnt im Hinblick auf die schlechten Witterungsverhältnisse im Osten sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass in nächster Zeit auf dem nördlichen und mittleren Frontabschnitt kaum noch mit grösseren Fortschritten gerechnet werden könne. Lediglich vereinzelt wird die Meinung vertreten, dass sich im mittleren Frontabschnitt grössere Ereignisse anbahnen, da das OKW «nach alter Taktik» von diesem Teil der Front schon längere Zeit keine Nachricht mehr bekanntgegeben habe.

Da sich das Interesse der Bevölkerung vorwiegend auf den mittleren Frontabschnitt konzentriert, fand der erfolgreiche Fortgang der Kampfhandlungen auf der Insel Krim nicht überall starke Beachtung.<sup>2</sup> Viele Volksgenossen wiesen jedoch auf die stark ausgebauten Verteidigungslinien und die schon jetzt verhältnismässig hohe Gefangenenzahl der Sowjets hin, die erkennen liessen, welche Bedeutung dieser wichtigen Schlüsselstellung am Schwarzen Meer von den russischen Führungsstellen beigemessen worden sei. Aus der bereits vollzogenen Spaltung des Gegners in zwei Gruppen zieht man den Schluss, dass die Einnahme der Insel Krim nur mehr eine Frage von wenigen Tagen sei. Der endgültigen Einnahme wird insofern besondere Bedeutung beigemessen, als man in der Insel Krim eine besonders günstige Basis für die zu erwartenden Operationen im Kaukasus sieht und sich besondere Auswirkungen auf die zukünftige Haltung der Türkei verspricht.

Besonders grosse Genugtuung löste die Sondermeldung über die erfolgreiche Zusammenarbeit der U-Boot- und Luftwaffe im Kampf gegen die britische Schiffstonnage aus.<sup>3</sup> Verluste, die England zugefügt werden, er-

Zu Nr. 235

1. Besonders waren russische Angriffe aus dem Raum von Leningrad, im Übrigen aber ein erfolgreicher deutscher Vormarsch auf der Krim gemeldet worden. – 2. Am 1. November war Simferopol, am 3. November Feodosia eingenommen und schon über 53'000 Gefangene eingebracht worden. – 3. U-Boote hatten im Atlantik 11 Handelsschiffe und einen Zerstörer, Kampfflugzeuge 3 Handelsschiffe versenkt (Sondermeldung vom 4. Oktober). –

fahren in der Bevölkerung stets eine besonders hohe Bewertung, weil jeder Volksgenosse von der Erkenntnis durchdrungen ist, dass dieser Gegner mit allen verfügbaren Kräften bestrebt ist, seine Rüstung auf den Höchststand zu bringen, um einem deutschen Schlag wirksam begegnen zu können. Vielfach wurde der neue Erfolg der U-Boot- und Luftwaffe gegen die feindliche Schiffstonnage als «guter Anfang» für den Monat November bezeichnet. Gerüchtweise wird erzählt, dass zurzeit Hunderte von deutschen U-Booten in den Häfen bereitliegen und auf einen in nächster Zeit bevorstehenden Grosseinsatz warten würden.

Die Entgegnung der Reichsregierung auf die Rooseveltischen Fälschungsmanöver fand starke Beachtung.<sup>4</sup> In der Adressierung der Note an die neutralen Staaten sehen viele Volksgenossen die ersten Anzeichen für eine bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung Deutschlands mit Amerika. An die Möglichkeit, dass ein aktives Eingreifen Amerikas in den Krieg aufzuhalten sei, glaubt nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung. Viele Volksgenossen erwarten tagtäglich die offizielle Eröffnung der Feindseligkeiten und äussern sich dahin, dass sich der jetzige Zustand vom tatsächlichen Kriegszustand kaum noch unterscheide. In erster Linie wird mit einem See- bzw. Wirtschaftskrieg gerechnet, dessen Folgen sich aber weniger in Deutschland als vielmehr in den besetzten Ländern durch verstärkte Versorgungsschwierigkeiten auswirken würden. Die einzige Möglichkeit einer wirksamen amerikanischen Hilfeleistung für England wird nahezu ausschliesslich in einer erhöhten Lieferung amerikanischer Flugzeuge und sonstigen Materials gesehen.

Starke Beachtung fand auch die amerikanische Forderung nach englischen Stützpunkten. Einzelne Volksgenossen halten es für ausgeschlossen, dass England den amerikanischen Forderungen nachgeben werde und sehen in der zu erwartenden englischen Ablehnung die erste Möglichkeit einer Trübung der englisch-amerikanischen Beziehungen.<sup>5</sup>

Nach zahlreich vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches ist seit einiger Zeit eine starke Gerüchtewelle im Gange, die sich mit angeblichen innerpolitischen Schwierigkeiten in Italien befasst. So seien u.a. im italienischen Volk auffallende Anzeichen der Kriegsmüdigkeit und der

Noch zu Nr. 235

4. Der amerikanische Präsident hatte am 28. Oktober in einer Rede behauptet, aus einer geheimen deutschen Landkarte gehe hervor, dass Deutschland Südamerika auf fünf von ihm abhängige Staaten aufteilen wolle, und ein Dokument der Reichsregierung enthalte den Plan, nach einem Sieg alle bestehenden Religionen zu beseitigen; ausserdem hatte er deutsche U-Boote beschuldigt, zwei amerikanische Zerstörer angegriffen zu haben. Die Reichsregierung hatte dazu am 1. November eine Erklärung abgegeben, in denen die Vorwürfe als unsinnig und absurd bezeichnet wurden; amerikanische Marinebehörden hätten zugegeben, dass die beiden Zerstörer englische Schiffe bei der Bekämpfung der U-Boote unterstützt hätten. – 5. Nachdem England 1940 den USA für die Lieferung von Zerstörern Stützpunkte in Westindien verpachtet hatte, war am 30. Oktober 1941 eine Meldung aus Washington dementiert worden, die USA forderten von England, ihnen alle

Unzufriedenheit gegen das faschistische Regime erkennbar.<sup>6</sup> Neben bereits früher gemeldeten Gerüchten über täglich zunehmende Spannungen zwischen faschistischen und königstreuen Kreisen, ferner über italienische Bemühungen, mit England zu einem Sonderfrieden zu kommen, tauchte neuerdings in verschiedenen Teilen des Reiches das Gerücht auf, dass die Befestigungsanlagen am Brenner erheblich ausgebaut würden.

Auch auf dem Gebiet der Versorgung beginnt eine verstärkte Gerüchtebildung um sich zu greifen. In erster Linie handelt es sich um das Gerücht, dass in der kommenden Versorgungsperiode die Zuteilung an Fleisch um 100 Gramm gekürzt werde. Dieses Gerücht hat in der Bevölkerung Unruhe ausgelöst, um so mehr, als zahlreiche Volksgenossen bereits im vergangenen Monat Rückgängigmachung der im Frühjahr des Jahres erfolgten Kürzung erhofften, da damals zugesagt worden sei, dass die Fleischzuteilung mit dem Antritt des Winters wieder auf den früheren Stand erhöht werde.<sup>7</sup>

#### IV. Verwaltung und Recht

##### Meldungen zur strafrechtlichen Behandlung von Polen

In den «Meldungen aus dem Reich» vom 21. 8. und 25. 9. 1941 wurde über eine Reihe von Strafurteilen berichtet<sup>8</sup>, durch die Polen wegen Körperverletzung gegen deutsche Volksgenossen verurteilt wurden und deren mildes Strafmaß in der Bevölkerung lebhafte Kritik hervorgerufen hat. Auch Meldungen der letzten Zeit lassen erkennen, dass die Strafjustiz noch nicht allenthalben die von den Volksgenossen erwartete Härte gegen polnische Rechtsbrecher zeigt. Es sind zwar Urteile gegen Polen bekannt geworden, die bei der Strafzumessung berücksichtigen, dass Polen bei Straftaten gegen deutsche Volksgenossen eine ausgesprochen harte und abschreckende Behandlung verdienen. Das Sondergericht Bielefeld beispielsweise hat verschiedentlich Polen wegen Beleidigung und Körperverletzung begangen gegenüber deutschen Volksgenossen unter Anwen-

##### Noch zu Nr. 235

überseeischen Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. – 6. Nach der Zusammenkunft Hitlers und Mussolinis vom 25.-28. August im Osten war das Gerücht verbreitet, Mussolini habe um Hilfe gebeten, weil Italien den steigenden Kriegsanforderungen nicht mehr gewachsen sei und schon einen Separatfrieden mit England erwäge (Meldungen vom 1. September). – 7. Die Fleischzuteilung blieb bis April 1942 unverändert (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. 1956. S. 423). – 8. Berichte über «Kritik an Strafurteilen wegen Körperverletzung bei Beteiligung polnischer Volkszugehöriger» und «Zur Objektivität deutscher Gerichte bei der strafrechtlichen Behandlung fremdvölkischer oder nichtdeutscher Staatsangehöriger»; darin war auch kritisiert worden, dass Deutsche bestraft worden seien, weil sie Polen handgreiflich «zurechtgewiesen» hatten. –



dung des § 4 der Volksschädlingsverordnung<sup>9</sup> zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Demgegenüber stehen jedoch Urteile insbesondere von Amtsgerichten, denen die Bevölkerung wegen ihrer als unangebracht bezeichneten Milde verständnislos gegenübersteht und die sie wegen der unausbleiblichen Folgen auf die allgemeine Disziplin der Polen lebhaft kritisiert. Durch Presseveröffentlichungen über solche Urteile, die mit Veröffentlichungen über ausreichende Bestrafungen abwechseln, besteht nach den Meldungen in der Bevölkerung der Eindruck, dass manche Richter bei der strafrechtlichen Behandlung von Polen noch immer unsicher sind und anscheinend die politische Notwendigkeit einer durchaus unterschiedlichen rechtlichen Behandlung von polnischen Volkszugehörigen gegenüber deutschen Volksgenossen nicht zu sehen scheinen.

Nach einer Meldung aus Münster erschien dort eine Notiz über die Verurteilung eines polnischen Sittlichkeitsverbrechers. Dieser Pole hatte sich an einem fünf- und einem siebenjährigen Mädchen unsittlich vergangen. Er wurde von einem Gericht in Münster zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Einige Tage später erschien in einer anderen Tageszeitung desselben Bereichs eine Mitteilung über ein Urteil des Sondergerichts Essen. Der Pole hat sich nach der Pressemeldung gegenüber Frauen und Kindern in einem ärgerniserregenden unsittlichen Aufzuge gezeigt. Er wurde vom Sondergericht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, ausserdem wurde seine Entmannung angeordnet.

Während nach der Meldung die Bestrafung im zweiten Falle von der Bevölkerung für angemessen gehalten werde, obwohl der Staatsanwalt hier die Todesstrafe beantragt hatte, werde das Urteil des Gerichts in Münster als «völlig unzureichend» abgelehnt.

Nürnberg meldet ein Urteil des Amtsgerichts Rosenheim, das im «Völkischen Beobachter» vom 24. 10. 1941 veröffentlicht war. Danach hat sich ein polnischer Landarbeiter den Anordnungen seines Arbeitgebers widersetzt. Als er deshalb zur Rede gestellt wurde, machte er dem Bauern gegenüber Anstalten zu Tätlichkeiten. Er holte zu einem Schläge aus und traf die im selben Augenblick hinzukommende Bäuerin so schwer an der Hand, dass ihr ein Fingerknochen gespalten wurde. Das Amtsgericht Rosenheim verhängte eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. In der Meldung wird demgegenüber auf ein als gerecht empfundenes Urteil des Sondergerichts Nürnberg hingewiesen, wonach ein polnischer Landarbeiter, der in einem plötzlichen Wutanfall mit einem Messer nach dem zwölfjährigen Mädchen eines Landwirts gestochen und dieses an der Hand erheblich verletzt hatte, zum Tode verurteilt worden ist.

Noch zu Nr. 23J

9. Oben Nr. 6 Anm. 5. –

Auch in Rechtswahrerkreisen nimmt man vielfach eindeutig gegen Urteile wie die des Amtsgerichts Rosenheim Stellung. Man sagt, die Auswirkung eines solchen Fehlurteils, gegen das der Pole ausserdem noch Berufung und Revision einlegen könne, liesse sich auch nicht durch Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde oder des ausserordentlichen Einspruchs vor dem Reichsgericht hinfällig machen, weil ein derartiges Verfahren oft sehr lange Zeit beanspruche.<sup>10</sup> Solche Urteile könnten überhaupt nicht ergehen, wenn sich manche Richter mehr über die politischen Voraussetzungen ihrer Tätigkeit im Klaren wären, statt zu sehr auf eine falsch verstandene «Unabhängigkeit» zu pochen.

Köln meldet ein Urteil des Amtsgerichts Bonn. Vor diesem Amtsgericht hatte sich ein Pole wegen gefährlicher Körperverletzung gegenüber einem Gutsverwalter zu verantworten. Dieser Pole hatte dem Gutsverwalter mit einem Spaten über den Kopf geschlagen, so dass jener eine schwere Kopfverletzung davontrug und ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Der Gutsverwalter hatte sich mit mehreren Polen wegen ihrer Arbeitsunwilligkeit herumstreiten müssen. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung leisteten verschiedene Polen Widerstand. Um seine Autorität zu wahren, versetzte der Verwalter einem von ihnen eine Ohrfeige, woraufhin dieser dann mit dem Spaten auf den Verwalter einschlug.

Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Urteil lautete entsprechend. In der Urteilsbegründung wird u.a. ausgeführt: «Was das Strafmass angeht, so ist dem Angeklagten zugute zu halten, dass er durch die von F. verabreichte Ohrfeige erregt war.»

Dieses Urteil hat nach der Meldung wie bereits in allen früher geschilderten Fällen in der Landbevölkerung erheblichen Unwillen hervorgerufen. Man befürchtet, dass diese Strafe sich nunmehr unter den Polen herumsprechen und keinerlei Eindruck auf sie machen werde, ja, dass sie im Gegenteil geeignet sei, die Polen immer von neuem zu Widersetzlichkeiten gegen sie beaufsichtigende deutsche Volksgenossen anzureizen.

In den vorliegenden Meldungen wird übereinstimmend ausgeführt, dass die Verurteilung von Polen zu Gefängnisstrafe unter den augenblicklichen Verhältnissen hinsichtlich des Strafzwecks völlig ergebnislos bleiben müsste. Wie aus zahlreichen hier vorliegenden Meldungen hervorgeht, empfinden die Polen den Vollzug derartiger Freiheitsstrafen fast stets als angenehme Unterbrechung ihrer Arbeit. Aus zahlreichen Äusserungen

Noch zu Nr. 235

10. Auf Grund des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches vom 16. September 1939 (RGBl. I S. 1841) konnte der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht gegen jedes rechtskräftige Strafurteil binnen einem Jahr Einspruch einlegen, und der Besondere Senat des Reichsgerichts hatte darüber zu entscheiden, wobei in der Regel das Urteil verschärft wurde (vgl. Staff, Justiz im Dritten Reich. 1964. S. 22J ff.). –

von Polen ist zu entnehmen, dass sie sich im Gefängnis sehr wohl fühlen. Sie berichten nach der Verbüßung ihrer Strafe lobend von der guten Verpflegung und heben hervor, dass sie nur leichte Arbeiten zu verrichten brauchten. Bezeichnend dafür ist eine Pressenotiz in der «Neuen Leipziger Tageszeitung» vom 19. 10. 1941, die aus Goslar über die Verurteilung zweier Polen wegen verbotenen Glücksspiel berichtet. Es heisst darin wörtlich: «Sie wurden zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, worüber sie gar nicht traurig waren. Einer der Angeklagten erklärte: deutsches Gefängnis ist gut! – Deutsches Gefängnis ist besser als polnisches Hotel».»

Nr. 237 vom 13. November 1941 (Auszug)

1. Allgemeines

In den Städten steht im Vordergrund des allgemeinen Interesses die Führerrede vom Vorabend des 9. November.<sup>1</sup> Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hat ihre Nichtübertragung im Rundfunk vielfach grosse Enttäuschung hervorgerufen, da viele Volksgenossen, nachdem sie sich in den letzten Wochen in ihren Erwartungen hinsichtlich des weiteren Verlaufes des Ostfeldzuges enttäuscht sahen<sup>2</sup>, geradezu das Bedürfnis empfunden hatten, wieder einmal die Stimme des Führers zu hören und aus seinen Worten neue Kraft zu schöpfen. Die

Noch zu Nr. 235

11. Derartige Berichte dürften dazu beigetragen haben, dass am 4. Dezember 1941 die Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten erging (RGBl. I S. 759); sie ermöglichte die Todesstrafe für alle Angriffe auf Deutsche und deutsche Einrichtungen, sah als Freiheitsstrafe nur Straflager vor und verwies alle Verfahren, soweit sie nicht vor den Amtsrichter kamen, vor die Sondergerichte, neben die noch Standgerichte treten konnten, nahm den Verurteilten Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten und schloss die Vereidigung polnischer und jüdischer Zeugen aus. Zahlreiche Beispiele für die darauf einsetzende Terrorjustiz wurden nach dem Krieg in den Documenta Occupationis Teutonicae Bd. 5 aus polnischen Archiven veröffentlicht. Eine weitere Verschärfung der Verfolgung von Straftaten von Polen auch im Altreich trat 1943 ein, als sie von der Justiz auf die Geheime Staatspolizei übertragen wurde, die die Taten «nicht unter dem Gesichtswinkel der justizmässigen Sühne, sondern der polizeilichen Gefahrenabwehr» zu sehen hatte (vgl. Dokument 316 L in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg. Bd. 38. 1949; Broszat in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 6. 1958. S. 402).

Zu Nr. 237

1. Wie üblich in München vor der «Alten Garde»; Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'771-1'781. – 2. Im Mittelabschnitt der Ostfront begann erst am 17. November ein neuer deutscher Angriff, dessen erste Erfolge am 19. bekanntgegeben wurden, der aber nach wenigen Tagen stecken blieb. In den Meldungen vom 30. Oktober war berichtet worden, dass nur noch ein geringer Teil der Bevölkerung mit einer Entscheidung im Osten für 1941 rechte und eine Eroberung des Kaukasus erwarte.

letzte Führerrede hat durch die Nichtübertragung im Rundfunk nicht annähernd die gleiche Tiefenwirkung und stimmungsmässigen Auswirkungen erzielt, wie dies bei früheren Reden der Fall war. Besonders vom Lande werden nachhaltige stimmungsmässige Auswirkungen nur in geringem Umfange gemeldet.

Trotzdem hat die Rede des Führers auch dieses Mal in weiten Kreisen der Bevölkerung einen starken Eindruck hinterlassen und zu einer weiteren Festigung der allgemeinen Zuversicht auf die auch weiterhin günstige Entwicklung des Krieges und den Endsieg geführt. In den Erörterungen wurden vor allem die unbedingte Siegeszuversicht des Führers und die Klarheit seiner Stellungnahme zu den die Volksgenossen in letzter Zeit besonders bewegenden Fragen hervorgehoben.

Starken Eindruck hinterliessen die Ausführungen des Führers über den Kampf gegen den Bolschewismus. Die Aufzählung der Verluste der Sowjets und der Hinweis, dass sich von solchen Verlusten keine Armee der Welt in absehbarer Zeit wieder erholen könne und auch die grössten Lieferungen Englands und Amerikas diese Verluste nicht auszugleichen imstande seien, haben die noch vorhandenen Befürchtungen einzelner Volksgenossen vor den Folgen einer amerikanischen Hilfe für Russland weiter zerstreut und weite Kreise in der Überzeugung bestärkt, dass der Bolschewismus tatsächlich bereits vernichtend geschlagen und seine endgültige Niederwerfung nicht mehr aufzuhalten sei. Durch die Versicherung im Zusammenhang mit der Einnahme Leningrads, dass kein deutscher Soldat unnötigerweise geopfert und in diesem Kriege auf Prestige-Erfolge verzichtet werde, hat der Führer der Bevölkerung und insbesondere den Angehörigen der im Osten eingesetzten Soldaten aus dem Herzen gesprochen. Gleichzeitig haben diese Worte erreicht, schlagartig alle Erörterungen der letzten Tage über die immer noch nicht erfolgte Einnahme Leningrads oder Moskaus verstummen zu lassen. Als besonders wesentlicher Teil der Führerrede wurden auch die Sätze bewertet, in denen der Führer zum erstenmal unmissverständlich herausstellte, dass nunmehr der Osten in seiner unermesslichen Fruchtbarkeit, mit seinem grossen Reichtum an Bodenschätzen und Erzen in den Dienst Europas gestellt werde. Aus diesen und den weiteren Ausführungen über die Übervölkerung des Westens, nicht nur des deutschen, sondern des gesamten europäischen Westens, seien klar die Kolonisationsziele des Führers im Osten zu erkennen gewesen.

Ebenso nachhaltig wirkten diejenigen Stellen der Rede, die sich mit Amerika befassten. Die Gegenüberstellung der Kräfteverhältnisse zwischen Deutschland und Amerika, wonach für Deutschland 250 Millionen Menschen in Europa arbeiten, während dem Gegner nur 125 Millionen zur Verfügung stehen, hat dazu beigetragen, die vereinzelt in letzter Zeit aufgetauchten Bedenken hinsichtlich eines evtl. amerikanischen

Kriegseintritts wesentlich abzuschwächen.<sup>3</sup> Die Feststellung des Führers, dass Deutschland auch im Falle des Kriegseintritts Amerikas nicht geschlagen werden könnte, wurde von vielen als einer der bedeutsamsten Sätze der Führerrede angesprochen. Nicht allgemein verstanden hat man die Stellungnahme des Führers zum Schiessbefehl Roosevelts.<sup>4</sup> Während seine Worte: «Einen deutschen Offizier, der sich nicht wehrt, stelle ich vor ein Kriegsgericht» grosse Begeisterung auslösten, sind die aussenpolitischen Notwendigkeiten für den Befehl an die deutschen Schiffe, nur dann auf amerikanische Schiffe zu schiessen, wenn sie angegriffen werden, nicht in allen Teilen der Bevölkerung erkannt worden. Hierzu wurde vielfach geäussert, dass dadurch Amerika die neutralitätswidrige Versorgung Englands mit Lebensmitteln und vor allem mit Kriegsmaterial doch erleichtert werde.

Vereinzelt wurde die Zurückhaltung des Führers gegenüber den USA als notwendige Rücksicht auf Japan ausgelegt. Der Führer wolle offenbar den Zeitpunkt des Angreifens Japan selbst überlassen. In diesem Zusammenhang wurde aber auch vielfach mit Verwunderung festgestellt, dass der Führer Japan in seiner Rede mit keinem Wort erwähnt habe. Einzelne Volksgenossen glaubten bereits daraus den Schluss ziehen zu können, dass Japans Haltung den Führer enttäuscht habe. Mit um so grösserer Spannung wird deshalb der angekündigten Sondersitzung des japanischen Reichstages entgegengesehen.<sup>5</sup>

Den stärksten Eindruck hinterliessen die Andeutungen des Führers über die unerschöpfliche deutsche Kriegsrüstung, die in der Feststellung gipfelten: «Sie werden staunen, mit was wir eines Tages antreten.» Diese Worte haben zu den verschiedenartigsten Kombinationen geführt, was der Führer wohl damit gemeint haben könne. Übereinstimmend ist jedoch die Auffassung, dass es sich bestimmt wieder um eine sensationelle Überraschung für den Gegner handeln werde.

Die Worte des Führers über die Tarnung mit der Religion haben besonders in katholischen Gebieten des Reiches starke Beachtung gefunden.<sup>6</sup> Bei den nationalsozialistischen Volksgenossen wurden die Ausführungen

Noch zu Nr. 237

3. Hitler hatte nur die 125 Millionen Amerikaner mit den 250 Millionen im Reich und den besetzten Gebieten verglichen, ein Vergleich zwischen diesen 250 Millionen und der Einwohnerzahl des Britischen Weltreichs und der Sowjetunion zusammen wäre ungünstiger ausgefallen. – 4. Roosevelt hatte bereits am 12. September 1941 einen Befehl bekanntgegeben, dass amerikanische Kriegsschiffe auf deutsche und italienische U-Boote und Überwasserstreitkräfte in den der Verteidigung Amerikas dienenden Gewässern schiessen könnten. – 5. Vom 15. bis 20. November behandelte der japanische Reichstag die aussenpolitische Lage; die Erklärungen der Regierung und seine Beschlüsse machten die Bereitschaft zu einem Krieg mit den USA deutlich. – 6. Hitler hatte behauptet, im Deutschen Reich sei kein Priester jemals wegen seiner Glaubensgrundsätze verfolgt worden, sondern nur dann, wenn er sich in Staatsgrundsätze einmischte; das hätten immer nur sehr wenige getan, die grosse Mehrzahl stehe hinter dem deutschen Staat. Aus den zahlreichen Meldungen über die ungünstige Beeinflussung der Stimmung durch die Konfessionen ergibt sich ein anderes Bild. Vgl. auch oben Nr. 106, unten Nr. 240.

des Führers als die letzte Warnung an diejenigen kirchlichen Kreise aufgefasst, die trotz des Krieges durch Predigten und Hirtenbriefe zu einer Verhetzung des Volkes beitrugen. Vereinzelt wurde die Bezeichnung der Lügen Roosevelts über den angeblichen deutschen Plan zur Abschaffung der Konfessionen als «Dummheiten oder Kindereien» auf die Konfessionen als solche bezogen. Der überwiegende Teil der katholischen Bevölkerung richtete jedoch das Hauptaugenmerk auf jene Sätze, in denen der Führer zum Ausdruck brachte, dass in Deutschland jeder nach seiner eigenen Fassung selig werden könne. Man schloss teilweise daraus, dass die in den letzten Monaten gegen die Kirche gerichteten Massnahmen, wie Kruzifixentfernung aus den Schulen, Schliessung von Klöstern usw., gar nicht auf Veranlassung – vielleicht sogar ohne Wissen – des Führers erfolgt seien. Die Tatsache, dass der Staat jährlich 900 Millionen Reichsmark den verschiedenen Kirchen zur Verfügung stellt, hat in allen Kreisen grosses Erstaunen hervorgerufen.

Mehreren Meldungen zufolge bedauerten viele Volksgenossen, dass die Führerrede keinen Hinweis über die voraussichtliche Dauer oder weitere Entwicklung des Krieges enthalten habe. Die Bevölkerung habe geradezu nach Stellen gesucht, die irgendwelche Anhaltspunkte in dieser Richtung bieten konnten. Der Satz des Führers: «Der Krieg kann dauern, solange er will, das letzte Bataillon auf dem Felde wird ein deutsches sein», liess zwar die unbedingte Siegeszuversicht des Führers abermals erkennen, vermochte aber der allgemeinen Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende keine Nahrung zu geben, im Gegenteil, diese Worte erweckten den Eindruck, dass der Führer selbst noch mit einer längeren Kriegsdauer rechne.

Die militärischen und politischen Ereignisse und sonstigen stimmungsbeflussenden Erscheinungen des täglichen Lebens fanden durch die Führerrede in den letzten Tagen kaum grössere Beachtung. Eine Ausnahme bildeten lediglich die hohen Verluste der Engländer bei ihren letzten Einflügen ins Reichsgebiet. Aus den hohen Abschusszahlen von 27 britischen Flugzeugen allein in der Nacht vom 7. zum 8. November wurde der Schluss gezogen, dass die Engländer mit zahlreichen Flugzeugen (die Schätzungen belaufen sich auf 300-600 Flugzeuge) eingeflogen seien und noch immer über erhebliche Reserven an Flugzeugen und Bedienungsmannschaften verfügen. Vielfach gab man auch der Vermutung Ausdruck, dass England während des Ostfeldzuges seine dezimierten Bestände an Flugzeugen durch amerikanische Lieferungen ergänzt habe. Die grossen Erfolge der deutschen Abwehr wie auch die jüngsten Ausführungen des Führers über die Gründlichkeit der von ihm getroffenen Abwehrmassnahmen haben das Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung vertieft.

Nr. 240 vom 24. November 1941 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

**Versuche der Kirchen, die judengegnerische Haltung der Bevölkerung durch die konfessionelle Gegenarbeit zu untergraben**

Die Polizeiverordnung des Reichsministeriums des Innern vom 1. September 1941, die den Juden verbietet, sich in der Öffentlichkeit ohne den sichtbar auf der linken Brustseite des äussersten Kleidungsstückes zu tragenden Judenstern zu zeigen<sup>1</sup>, hat nicht nur in den grösseren Städten hinsichtlich der grossen Zahl der Juden in der Bevölkerung Überraschung ausgelöst, sondern auch das Kirchenvolk auf die zahlreichen getauften Juden, die sich unter den Besuchern der Sonntagsgottesdienste befinden, aufmerksam gemacht.

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung wurden an den darauffolgenden Sonntagen verschiedene Kirchenbesucher bei ihren Ortsgeistlichen vorstellig. Sie verlangten, dass die Juden nicht mehr die gemeinsamen Gottesdienste besuchen dürften und dass man von ihnen nicht verlangen könne, dass sie neben einem Juden die Kommunion empfangen sollen.

Die Haltung der Geistlichkeit der Bekenntnisfront wird gekennzeichnet durch ein Flugblatt, das von einer Stadtvikarin in Breslau verfasst und in verschiedenen Teilen des Reichsgebietes verbreitet wurde:

Es ist Christenpflicht, sie (die Juden) nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschliessen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche wie die anderen Gemeindeglieder und bedürfen des Trostes aus Gotteswort besonders.

Für die Gemeinde besteht die Gefahr, dass sie sich durch nicht wirklich christliche Elemente irreführen lassen, dass sie die christliche Kirche durch unchristliches Verhalten gefährden. Es muss ihnen hier seelsorgerisch etwa durch Hinweis auf Luk. 10, 25-37 («Wer ist dein Nächster?») und Matth. 25, 40 («Was ihr einem von diesen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan!') geholfen werden.

Zugleich erfolgten praktische Ratschläge zur Lösung dieser Frage:

Es wäre zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstredner usw. sich dieser gekennzeichneten Gemeindeglieder besonders annehmen und ihnen, wenn nötig, Plätze anzuweisen zu hätten. Even-

Zu Nr. 240

1. RGBI. I S. 547; schon am 9. Oktober war gemeldet worden, die Verordnung sei überwiegend begrüsst, in katholischen und bürgerlichen Kreisen aber auch mit Mitleid aufgenommen

tuell wären auch besondere Plätze in jedem Gottesdienst vorzusehen, um sie davor zu bewahren, von unchristlichen Elementen fortgewiesen zu werden.

Damit das aber nicht als unevangelische Absonderung aufgefasst werden kann, ist es notwendig, dass treue Gemeindeglieder (z.B. Gemeindeglieder, Frauenhilfe, Pfarrhaus) auch auf diesen Bänken neben und unter den nichtarischen Christen Platz nehmen. Es ist auch zu überlegen, ob nicht diese gekennzeichneten Christen in der ersten Zeit von Gemeindegliedern zum Gottesdienst abzuholen wären.

Inzwischen hat sich das evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien infolge der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und der Stellungnahme der Partei gezwungen gesehen, von diesem Schreiben, dass angeblich ohne seine Einwilligung verbreitet wurde, Abstand zu nehmen. Eine ähnliche Beurteilung dieser «Behandlung der Judenchristen» aus anderen Teilen des Reiches ist bis jetzt nicht erfolgt.

In katholischen Gemeinden der grösseren Städte tauchte der Plan auf, die jüdischen Katholiken zu einer Judenchristengemeinde mit eigenem Gottesdienst zusammenzufassen, um jede Belästigung der übrigen Katholiken zu vermeiden. Diese Lösung, die sowohl aus Kreisen der Bevölkerung, wie vereinzelt auch von Klerikern vorgeschlagen wurde, veranlasste den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz Kardinal Bertram<sup>2</sup> in einem Rundschreiben (17. 9. 1941) besonders Stellung zu nehmen zum Erscheinen der Juden in Kirchen und kirchlichen Gebäuden, wie auch zu Aussiedlungsaktionen:

Die Auswirkungen der Polizeiverordnung hinsichtlich der Haltung des katholischen Volkes zu den in Gottesdiensten erscheinenden Katholiken jüdischer Abstammung werden in den verschiedenen Orten verschieden sein, namentlich wegen des starken oder geringeren Einflusses der in der öffentlichen Meinung verbreiteten Auffassungen.

1. Zu vermeiden sind daher übereilte Anweisungen, die für jüdische Katholiken als verletzend angesehen werden können, z.B. Einführung besonderer Judenbänke, Trennung bei Spendung der heiligen Sakramente, Einführung von Sondergottesdiensten.

2. Anordnung einer Absonderung der Nichtarier ist gegen die christliche Liebe. Sie ist daher solange als möglich zu vermeiden. Die Pfarrer werden diesen Katholiken empfehlen, möglichst die Frühgottesdienste zu besuchen.

3. Eine Mahnung (an die Kirchenbesucher) zur brüderlichen Gesinnung und Meidung jeder geringschätzigen Behandlung der mit dem

<sup>2</sup>Noch zu Nr. 240

und es sei von mittelalterlichen Methoden gesprochen worden. Ein zusammenfassender Bericht über ihre Wirkung unten Nr. 256. – 2 Erzbischof von Breslau von 1914 bis 1945.



Stern gekennzeichneten katholischen Nichtarier ist erst dann erwünscht, wenn sich Störungen bemerkbar machen.

4. Erst wenn sich grössere Schwierigkeiten ergeben sollten (Fernbleiben der Beamten, Parteigenossen und anderer, ostentatives Verlassen der Gottesdienste) ist mit den katholischen Nichtariern selbst die Abhaltung von Sondergottesdiensten zu erwägen.

5. Falls eine Mahnung sich als notwendig erweisen sollte, könnte folgender Wortlaut in Anwendung kommen:

In Anbetracht der Schwierigkeiten, welche für die in Deutschland wohnenden Juden durch die Polizeiverordnung vom 1. 9. 1941 eingetreten sind, werden die Katholiken ermahnt, die jedem Christen schuldige Rücksicht auch den Christen jüdischer Abstammung zu erweisen gemäss den Grundsätzen, die St. Paulus als Christenpflicht verkündet hat: Ein jeder, der an Christus glaubt, wird nicht zu schänden werden. Denn es gibt keinen Unterschied zwischen Juden und Griechen; denn ein und derselbe ist der Herr über alle, reich für alle, die ihn anrufen.

Ihr alle, die Ihr auf Christus getauft seid, habt Christum angezogen, da gilt nicht mehr Jude oder Heide, da gilt nicht Sklave oder Freier, denn Ihr alle seid eins in Christus Jesus.

In ähnlicher Weise wandte sich Kardinal Innitzer<sup>3</sup> an den Klerus der Ostmark. Auch er lehnt die Kennzeichnung der Juden, obwohl sie durchaus mittelalterlich-christlicher Tradition entspricht, ab, ebenso die Zusammenfassung der jüdischen Katholiken zu besonderen judenchristlichen Gemeinden mit eigenen Kirchen und Kirchendienst, weil diese Massnahme als Konzession an die nationalsozialistische Rassenlehre aufgefasst werden könnte. Vorsprachen von Gläubigen in den Pfarrkanzleien wegen Entfernung der Juden aus den Kirchen seien scharf abzulehnen und die Petenten zu belehren, dass die Kirche bei ihren gottesdienstlichen Handlungen keine Rassenunterschiede machen dürfe. Gleichzeitig liess der Kardinal unter Hinweis auf die Aussiedlungsaktion die Priester auffordern, für die jüdischen Glaubensgenossen, die gezwungen werden, demnächst Wien zu verlassen, zu beten. Danach ist, trotzdem die Juden in letzter Zeit sehr zahlreich, anscheinend abordnungsweise in die Kirchen entsandt werden, wohl um das Mitleid der Kirchenbesucher zu erregen, auf Grund der Stellungnahme der beiden Kardinäle mit einer Absonderung der Juden im Gottesdienst und beim Sakramentsempfang von kirchlicher Seite aus nicht zu rechnen.

Noch zu Nr. 240

3. 1932 bis 1955 Erzbischof von Wien.

Nr. 246 vom 15. Dezember 1941 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die Führerrede ist von allen Volksgenossen mit grosser innerer Anteilnahme aufgenommen worden und hat überall das Gefühl der Sicherheit und Stärke des Reiches hinterlassen.<sup>1</sup>

Die Kriegserklärung an die USA kam keinesfalls überraschend und wurde vielfach als offizielle Bestätigung eines in Wirklichkeit bereits bestehenden Zustandes gewertet. Lediglich in bäuerlichen Kreisen wurden ganz vereinzelt Stimmen der Überraschung und einer gewissen Besorgnis über das Hinzukommen eines weiteren Gegners laut. Die Schaffung klarer Fronten, wie ein Teil der Bevölkerung die neue Lage charakterisierte, hat – vor allem nach den überragenden Erfolgen des japanischen Bundesgenossen – den meisten Meldungen zufolge entspannend und erlösend gewirkt. Mit Genugtuung wurde vielfach zum Ausdruck gebracht, dass im Gegensatz zum Weltkrieg diesmal Deutschland die Initiative ergriffen und dadurch dem Ausland gegenüber überzeugend seine Stärke und unbedingte Siegesgewissheit unter Beweis gestellt habe.

In den Erörterungen über die Führerrede wurde insbesondere die sachliche und überlegene Sprache des Führers hervorgehoben, die auch dem einfachen Mann aus dem Volke eine klare Vorstellung über die augenblickliche Lage, von der unbedingten Notwendigkeit der Kriegserklärung an die USA und des gegenwärtigen Krieges überhaupt vermittelt habe.

Die Herausstellung der Vorgeschichte zum gegenwärtigen Krieg<sup>2</sup> durch den Führer wurde zunächst mit einem gewissen Erstaunen aufgenommen, aber auf Grund der später folgenden Ausführungen und zur Darstellung des von dem Führer entworfenen Gesamtbildes der Lage Europas sogar für erforderlich gehalten. Die ausführliche Stellungnahme des Führers zum deutsch-amerikanischen Verhältnis hat die Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugt, dass als einzige Antwort auf die Rooseveltischen Einmischungsversuche in Europa nur die Kriegserklärung an die USA möglich sei. In diesbezüglichen Erörterungen wurde immer wieder hervorgehoben, dass Deutschland den USA nie das Geringste in den Weg gelegt habe und die Kriegsschuld somit einzig und allein auf Seiten der USA liege, die fortgesetzt Rechtsbrüche gegenüber Deutschland begangen und dadurch den Krieg vom Zaun gebrochen haben.

Zu Nr. 246

1. Nachdem Japan am 8. Dezember mit dem Überfall auf Pearl Harbor den Krieg mit den USA begonnen hatte, hatte Hitler am n. Dezember vor dem Reichstag die deutsche Kriegserklärung an die USA verkündet; Wortlaut der Rede bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2, 1963, S. 1'794-1'811. – 2. Hitler hatte versucht, den amerikanischen

Auch die Stellen der Führerrede, die sich mit dem Krieg und den Deutschland von Amerika drohenden Gefahren befassten, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Besonders die Eröffnung des Führers, dass von Kirkenes bis zur spanischen Grenze völlig unangreifbare U-Boot-Basen angelegt worden seien, hat allgemein beruhigt und gleichzeitig zu Vermutungen geführt, dass nunmehr der vom Führer bei früheren Gelegenheiten angekündigte Grosseinsatz deutscher U-Boote erfolgen werde. Über die Auswirkungen des Kriegszustandes mit Amerika für Deutschland kann sich die Bevölkerung zunächst noch keine klare Vorstellung machen. Man rechnet in erster Linie mit einer defensiven Kriegsführung und einem langjährigen und schleppenden Überseekrieg. In diesem Zusammenhang wird gerüchtweise von der bereits erfolgten Verlegung des Führerhauptquartiers wie auch von einer Verlagerung des Schwergewichts des Krieges vom Osten nach dem Westen gesprochen.

Besondere Beachtung und allgemeinen Anklang fand die Abrechnung des Führers mit Roosevelt, wobei es teilweise Verwunderung erregte, dass der bisherige Weltfeind Nr. 1 Churchill von Roosevelt abgelöst worden sei. Mit tiefer Befriedigung und mit Stolz wurde die Gegenüberstellung des Lebensweges des Führers als Arbeiter und Soldat bis zur Übernahme der Führung des deutschen Reiches und jenes des von Geburt an für eine führende Staatsstellung prädestinierten Roosevelt aufgenommen. Die Ausführungen des Führers über die Neuordnung Europas und der ganzen Welt nach dem Kriege durch die Staaten des Dreimächtepaktes hinterliessen ebenfalls einen tiefen Eindruck.<sup>3</sup>

Die Zusammenfassung des Verlaufs des Ostfeldzuges und die Herausstellung der stolzen Siege und Erfolge der deutschen Wehrmacht vermittelten eindrucksvoll die Grösse der geschichtlich einmaligen Leistung. Die Hervorhebung, dass die schwerste Last des Kampfes der Infanterist zu tragen habe, wurde als verdientes Lob allgemein begrüsst. Die bekanntgegebenen Verlustzahlen während des gesamten russischen Feldzuges wurden gegenüber den schweren sowjetischen Verlusten und auf Grund der vom Führer angestellten Vergleiche mit den Opfern der Volksdeutschen unter polnischer Herrschaft und den Verlustzahlen in der Sommeschlacht des Weltkrieges als sehr niedrig empfunden.<sup>4</sup> Die Bevölkerung hatte mehreren Meldungen zufolge mit weit höheren Verlustziffern gerechnet. In den Erörterungen über die Verluste wurde jedoch vielfach zum Ausdruck gebracht, dass sich die Verlustzahlen an Toten seit Anfang November fast

Noch zu Nr. 246

Präsidenten Roosevelt als den Verantwortlichen auch schon für den Ausbruch des Krieges 1939 hinzustellen. – 3. Die «Neuordnung» war in dem von Hitler mitgeteilten Bündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 11. Dezember vorgesehen, in dem die Partner sich verpflichtet hatten, keinen Separatfrieden mit den USA und England zu schliessen. – 4. Hitler hatte die deutschen Verluste vom 22. Juni bis 1. De-

verdoppelt haben, woraus der Schluss gezogen wurde, dass die Kämpfe der letzten Wochen besonders schwer gewesen sind. Das Ansteigen der Gefallenenzahlen in letzter Zeit hat um so grösseres Erstaunen ausgelöst, als nach der seinerzeitigen Eröffnung durch den Reichspressechef<sup>5</sup> allgemein angenommen worden war, dass der Bolschewismus entscheidend geschlagen sei und Kampfhandlungen grösseren Ausmasses kaum noch zu erwarten seien.<sup>6</sup> Einen breiten Raum nahmen in den Erörterungen ebenfalls die bekanntgegebenen Verwundetenzahlen ein, die vielfach als sehr hoch bezeichnet werden.

In Parteikreisen wurde die Hervorhebung und Anerkennung der Arbeit der Partei durch den Führer mit besonderer Genugtuung begrüsst.

Die scharfen Worte des Führers gegen eventuelle Versuche gewisser Kreise, die innere Front zu stören, fanden starke Beachtung. Vielfach wurde angenommen, dass der Führer hiermit den politischen Katholizismus, namentlich den Bischof von Münster<sup>7</sup>, gemeint habe. Die vom Führer angekündigten rücksichtslosen Massnahmen gegen irgendwie geartete Störungsversuche der inneren Front fanden bei dem grössten Teil der Bevölkerung grossen Anklang und haben gleichzeitig die Hoffnung geweckt, dass nunmehr mit rücksichtsloser Schärfe gegen den immer mehr um sich greifenden Tausch- und Schleichhandel wie auch gegen jede Übertretung der Kriegswirtschaftsbestimmungen vorgegangen werde.<sup>8</sup> Vereinzelt wurden Erörterungen darüber angestellt, ob sich nicht das Ausland auf Grund der scharfen Warnungen falsche Vorstellungen von der inneren Lage machen könne.

Die Feststellung des Führers, dass ein Jahr grösster Entscheidungen vergangen sei, aber auch ein Jahr grösster Entscheidungen vor dem deutschen Volk liege, hat in der Bevölkerung die Auffassung aufkommen lassen, dass der Krieg noch lange dauern und noch grosse Opfer von jedem einzelnen fordern werde. Nach der vielfach im Laufe des nächsten Jahres erwarteten Niederringung Englands und der Sowjetunion verspricht man sich jedoch eine Beruhigung des Kontinents, wenn auch der Krieg in der übrigen Welt noch seine Fortsetzung finden werde. Das Fehlen jeglichen Hinweises in der Rede des Führers über den weiteren Verlauf des Krieges oder ein vermutliches Kriegsende hat ebenfalls die Ansicht bestärkt, dass

Noch zu Nr. 246

zember 1941 mit 162'314 Gefallenen und 33'334 Vermissten angegeben. – 5. Oben Nr. 228. – 6. Inzwischen hatten die Russen, die bereits Ende November die deutschen Truppen wieder aus Rostow vertrieben hatten, am 6. Dezember vor Moskau angegriffen und drängten die deutsche Front zurück. – 7. Graf v. Galen, seit 1933 Bischof von Münster, hatte sich mehrfach besonders mutig öffentlich gegen nationalsozialistische Massnahmen gewandt, z.B. gegen die Ermordung der Geisteskranken; sein «Hirtenwort über Bolschewismus und Nationalsozialismus» war am 29. September als Anlage zu den Meldungen aus dem Reich wiedergegeben worden. – 8. Dem zunehmenden Tausch- und Schleichhandel war ein besonderer Bericht vom 4. September gewidmet gewesen; er hatte zahlreiche Beispiele dafür gebracht, dass vor allem auf dem

der Krieg noch lange dauern werde, und durch die überragenden Erfolge der Japaner bereits aufgekommene Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende wieder in den Hintergrund treten lassen.

Das Zusatzabkommen zum Dreimächtepakt, namentlich jener Punkt, dass keine der vertragschliessenden Mächte ohne gegenseitiges volles Einverständnis einen Sonderfrieden oder Waffenstillstand schliessen dürfe, fand im Hinblick auf die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über angebliche innerpolitische Schwierigkeiten in Italien und italienische Bestrebungen nach einem Sonderfrieden mit England starke Beachtung.<sup>9</sup>

Neben der Führerrede und der in ihr enthaltenen Kriegserklärung Deutschlands an die USA stehen die militärischen Ereignisse im Fernen Osten weiterhin im Vordergrund des Interesses. Mit uneingeschränkter Anerkennung und aufrichtiger Begeisterung werden vielfach die einzigartigen Erfolge der Japaner besprochen, wobei jedoch allmählich in den Erörterungen die Meinung aufkommt, dass es sich um anfängliche Überraschungserfolge der Japaner gehandelt habe und sich während des weiteren Kriegsverlaufes Erfolge dieses Ausmasses kaum mehr so leicht erringen lassen werden.<sup>10</sup> Die Auswirkungen der japanischen Anfangerfolge werden jedoch vielfach als ausschlaggebend für die weitere Kriegführung im Pazifik angesehen.

Die Kämpfe in Nordafrika werden nach wie vor mit grosser Anteilnahme verfolgt.<sup>11</sup> Auf Grund der kurzen und knappen Meldungen der Wehrmachtberichte wird vielfach angenommen, dass die augenblickliche Lage des deutschen Afrika-Korps wenig günstig sei. Nachdem im Wehrmachtbericht zunächst von Kämpfen südwestlich, dann westlich von Tobruk die Rede war, wird vielfach der Vermutung Ausdruck gegeben, dass das deutsche Afrika-Korps die Belagerung von Tobruk aufgegeben habe und ein Teil der deutschen Truppen eingekesselt worden sei. Mit anhaltender Spannung werden neue Meldungen über den weiteren Verlauf der Kämpfe in Nordafrika erwartet.

Infolge der grossen militärischen Geschehnisse im Fernen Osten und der kurzen Meldungen im Wehrmachtbericht über nur örtliche Kampfhandlungen werden die Kämpfe an der Ostfront von einem grossen Teil der Bevölkerung nur noch am Rande verfolgt. Grössere Beachtung fan-

Noch zu Nr. 246

Land Waren für Lebensmittel geboten und gefordert würden. Die Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung vom 25. März 1942 (RGBl. I S. 147) stellte den Tauschhandel in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes unter Strafe. – 9. Vgl. oben Nr. 235 Anm. 6. – 10. In den ersten Kriegstagen waren japanische Truppen bereits auf den Inseln Guam und Wake, auf den Philippinen und in Malaya gelandet, waren in Thailand einmarschiert und rückten von China aus gegen Hongkong vor. – 11. Es war den deutschen und italienischen Truppen nicht gelungen, das seit der Offensive im Frühsommer belagerte Tobruk zu erobern, als ein englischer Angriff, der am 18. November begonnen hatte, sie erneut zum Rückzug aus der Cyrenaika zwang; bei Sollum und Bardia eingeschlossene Verbände konnten sich bis Januar halten.

den lediglich die Meldungen, dass die Sowjets nach wie vor mit starken Kräften heftige Gegenangriffe unternehmen. Hierin sehen viele Volksgenossen erneut eine Bestätigung ihrer Annahme, dass von einem Nachlassen der sowjetischen Kampfkraft noch immer nicht die Rede sein könne.

Nr. 248 vom 5. Januar 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Der Aufruf zur Sammlung von Wintersachen hat in allen Bevölkerungsschichten eine grosse Spendebereitschaft ausgelöst und steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses.<sup>1</sup> Übereinstimmend wird gemeldet, dass der Aufruf allgemein grösstes Erstaunen hervorgerufen habe, nachdem in der Presse und in verschiedenen Wochenschauen bis in die letzte Zeit immer wieder auf die gute und ausreichende Versorgung der Soldaten mit Winterkleidung hingewiesen worden sei. Der Aufruf sei die eindeutige Bestätigung dafür, dass die Erzählungen von Fronturlaubern oder die Mitteilungen aus Feldpostbriefen<sup>2</sup> über Mangel an einer der russischen Kälte Rechnung tragenden Ausrüstung zutreffend gewesen und nicht, wie eigentlich auf Grund der gegenteiligen Propaganda anzunehmen gewesen wäre, längst hinfällig geworden seien. In diesem Zusammenhang wurden vielfach Stimmen der Verwunderung darüber laut, dass die Sammlung nicht schon im Spätsommer durchgeführt worden sei. Der jetzige Zeitpunkt für die Wintersachensammlung wurde von allen Volksgenossen als reichlich spät empfunden und daraus gefolgert, dass es um die Winterausrüstung der Soldaten schlecht bestellt sein müsse. In Anbetracht der Dringlichkeit der Sammlung der für die Soldaten benötigten Wintersachen wurde nunmehr an den verschiedenen Sammlungen (wie Sammlungen von Schallplatten, Flaschen, Grammophonen, Buntpapier, Material für Bastelarbeiten usw.) scharfe Kritik geübt, da diese Sammelgegenstände im Verhältnis zur Winterkleidung der Truppe als völlig zweitrangig angesehen werden.

Zu Nr. 248

1. Durch die Erfolge der russischen Offensive im Mittelabschnitt, die die deutsche Front zurückgeworfen und noch im Dezember an einigen Stellen durchbrochen hatte, war deutlich geworden, dass die Ausrüstung der Wehrmacht für einen Winterfeldzug unzulänglich war (vgl. für den Verlauf der Operationen Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland. 1962. S. 102 ff.). In dieser Situation hatte Goebbels sich entschlossen, unter Ausnutzung der Weihnachtsstimmung am 20. Dezember das deutsche Volk aufzurufen, Winterausrüstungsgegenstände zu spenden (Wortlaut in: Das Archiv. Dezember 1941. S. 777-781). – 2. Bereits am 10. November und 8. Dezember war in den Meldungen über Feldpostbriefe aus dem Osten berichtet worden, in denen über unzureichende Winterbekleidung, Ausbleiben des Nachschubs, mangelhafte Verpflegung, ausserdem über

Überall hört man den Wunsch der Volksgenossen, dass die so reichlich gespendeten Gegenstände auf schnellstem Wege an die Front geschafft werden möchten, und zwar in die vordersten Linien, damit nicht etwa in erster Linie die Etappe, sondern vor allem der kämpfende Soldat gut versorgt werde.

Im gleichen Zusammenhang wurde vielfach die Frage aufgeworfen, in welcher Form die Verteilung der gesammelten Wollsachen erfolgen werde und ob diese in Anbetracht der Dringlichkeit der Versorgung der Truppen mit Winterausrüstung direkt an den einzelnen Soldaten ausgeliefert oder in den Kammerbestand der Einheiten übernommen würden. Bei der Verteilung an den einzelnen Soldaten ohne entsprechende Erfassung durch die Wehrmacht bestehe die Gefahr, dass die unter grössten persönlichen Opfern des Einzelnen gespendeten Sachen nach Ablauf des Winters in den Besitz der einzelnen Soldaten oder dessen Angehöriger übergehen oder auch auf anderen Wegen der Wehrmacht verloren gehen.<sup>3</sup>

Die Übernahme des Oberbefehls über das Heer durch den Führer hat nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches stärkste Überraschung hervorgerufen.<sup>4</sup> Ein vielfach an Bestürzung grenzendes Erstaunen herrschte in weiten Bevölkerungskreisen darüber, dass der Wechsel im Oberbefehl des Heeres gerade in der Zeit härtester Kämpfe an allen Fronten und ausgerechnet vor den Weihnachtsfeiertagen vorgenommen wurde. Hierin wurde vielfach der Beweis gesehen, dass den Führer nur Gründe von tiefgehender Bedeutung und grösster Tragweite zu diesem Schritt bewogen haben könnten. Das als Grund für den Rücktritt des bisherigen Oberbefehlshabers angeführte Herzleiden wurde allgemein als nicht glaubhaft bezeichnet. In der Nichterwähnung des Namens des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch in dem Aufruf des Führers und in dem Fehlen von Worten der Anerkennung für die bisher geleisteten Dienste sehen weite Kreise eine Bestätigung dieser Annahme.<sup>5</sup>

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Übernahme des Oberbefehls des Heeres durch den Führer setzte über die tatsächlichen Gründe der Aberufung von Brauchitsch ein grosses Rätselraten ein. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung brachte die Massnahme des Führers mit dem Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels zur Sammlung von Wintersachen

Noch zu Nr. 248

hohe Verluste geklagt worden war; entsprechende Briefstellen wurden rasch weitererzählt. – 3. Um derartige Befürchtungen zu zerstreuen, brachten die Wochenschauen im Januar Aufnahmen von der Verteilung der Wollsachen an Soldaten, die zum Teil aber als gestellt empfunden wurden. Bilder finnischer Einheiten in ihrer besseren Ausrüstung veranlassten kritische Vergleiche. – 4. Am 19. Dezember hatte Hitler sich selbst an die Stelle Brauchitschs gesetzt, der am 7. und 17. Dezember seine Entlassung beantragt hatte. Als Oberbefehlshaber des Heeres glaubte Hitler seine Strategie des Haltens um jeden Preis, die er am 20. Dezember in einer Weisung an die Heeresgruppe Mitte niederlegte (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 286 f.), am besten durchsetzen zu können. – 5. Wortlaut des Aufrufes Hitlers an die Soldaten des Heeres und der Waffen-SS vom

für die Soldaten der Ostfront in Zusammenhang und vermutete, dass Generalfeldmarschall von Brauchitsch vom Führer für die mangelhafte Versorgung der Soldaten mit Winterkleidung verantwortlich gemacht worden sei, um so mehr, als der Aufruf des Führers, der vom 19. 12. 1941 datiert war, erst nach der Bekanntgabe des Aufrufs von Reichsminister Dr. Goebbels der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Vielfach wurde angenommen, dass der Aufruf zur Wintersachensammlung den Zweck hatte, die Bevölkerung zunächst auf die vorhandenen Schwierigkeiten im Osten vorzubereiten, um ihr erst dann den Wechsel des Oberbefehls des Heeres bekanntzugeben. Generalfeldmarschall von Brauchitsch habe das Rüstungspotential und die Widerstandskraft der Sowjets unterschätzt und es in Verkennung der tatsächlichen Lage unterlassen, rechtzeitig Vorbereitungen für einen Winterfeldzug zu treffen. Diesen Schluss zogen viele Volksgenossen auch aus den als beinahe «beschwörend» empfundenen Worten des Führers in seinem Aufruf: «Was ich für Euch tun kann, meine Soldaten des Heeres und der Waffen-SS, in der Fürsorge und in der Führung, wird geschehen.» In diesem Zusammenhang hinterliess auch der Hinweis des Führers, dass er selbst zweimal verwundet worden sei und zu erblinden drohte, jedoch den Glauben an die deutsche Wiedererhebung nicht aufgegeben habe, tiefsten Eindruck.

Ein anderer Teil der Bevölkerung vermutet, dass die Übernahme des Oberbefehls des Heeres durch den Führer auf die angeblich bedrohliche Lage an allen Teilen der Front zurückzuführen sei. Neben Stimmen einer aufrichtigen Besorgnis und starken Mitgefühls für den Führer, der zu den vielseitigen auf ihm lastenden Aufgaben nun auch noch den Oberbefehl über das Heer selbst übernommen habe, wurden aber auch aus allen Teilen der Bevölkerung Stimmen der Genugtuung laut, dass der Führer nunmehr auch die Befehlsgewalt über das Heer in seiner Hand konzentriert habe. Das Vertrauen zum Führer ist so unerschütterlich, dass die anfängliche Bestürzung über den Rücktritt des bisherigen Oberbefehlshabers des Heeres bald einer zuversichtlicheren Beurteilung der Lage Platz machte und dieses Ereignis heute schon weitgehend in den Hintergrund getreten ist.

Einen nicht so freudigen Widerhall wie der Aufruf zur Wintersachensammlung fand zunächst der Appell zur Ablieferung von Skiern und Skiausrüstungen – insbesondere in Bayern, Schwaben, Tirol, Salzburg und anderen Wintersportgebieten –. Vielfach wurden Zweifel über die unbedingte Notwendigkeit der Sammlung in diesem alle Kreise umfassenden Ausmass geäussert. Auch fehlte es nicht an Stimmen, die darauf hinwiesen, dass bis zum Abtransport der Skier an die Front und schliesslich



bis zu einer auch nur einigermaßen genügenden Beherrschung des Skilaufes durch vorher ungeübte Soldaten soviel Zeit vergehe, dass in diesem Winter kaum ein Einsatz von mit Skiern ausgerüsteten Truppen möglich sei. Trotz dieser Bedenken hätten dann aber schliesslich insbesondere die skifahrenden «kleinen Leute» dem Aufruf Folge geleistet und von ihren Skiern, die nicht nur ihr «Ein und Alles», sondern darüber hinaus oftmals einen Teil ihres kleinen Privatvermögens darstellten, schweren Herzens Abschied genommen. Im Gegensatz hierzu stehe die ablehnende Haltung der Wintersportgäste in Winterkurorten, die vielfach auf jede nur erdenkliche Art und Weise eine Umgehung der Ablieferung ihrer Skiausrüstung zu erreichen versuchten. So seien nach einer Meldung aus dem Walsertal und aus Oberstdorf verschiedene Wintersportgäste an Wehrmachtsangehörige herantreten mit der Bitte, ihre Skier auf der Bahn mitzunehmen, um sie dann – am Bestimmungsort angelangt – schliesslich wieder in Empfang zu nehmen.

Die oft «undurchsichtigen» und wenig günstigen Nachrichten aus dem Osten und aus Afrika und die nur in ganz geringem Umfang in Erfüllung gegangenen Hoffnungen auf Urlaub der an der Front befindlichen Angehörigen lasteten vielfach drückend auf vielen Familien. Zu der Angst um das Befinden des Einzelnen gesellte sich die weiten Kreisen zur Gewissheit gewordene Befürchtung, dass sowohl im Osten wie auch in Afrika Kämpfe grössten Ausmasses im Gange sind und die feindlichen Kräfte trotz erbitterten Widerstandes der deutschen und verbündeten Truppen beachtlichen Raumgewinn erzielen konnten.

Verstärkt wurde diese Annahme durch zahlreiche Gerüchte über erhebliche Rückzugsbewegungen der deutschen Truppen an allen Abschnitten der Ostfront. So wurde z.B. vereinzelt über den Rahmen eines umlaufenden Gerüchtes hinaus behauptet, dass der Ring um Leningrad von den Bolschewisten gesprengt und die Verbindung mit Moskau wiederhergestellt worden sei. Ferner sollen Kalinin, Kaluga und auch im südlichen Frontabschnitt verschiedene bereits eroberte Städte von den deutschen Truppen wieder aufgegeben worden sein.<sup>6</sup>

Eine erhebliche Beunruhigung löste allgemein die Nachricht über die Landung sowjetischer Truppen auf der Krim aus. Aus der erfolgreichen Landung der Bolschewisten bei Feodosia und der Zurückeroberung dieser Stadt wurde vielfach gefolgert, dass damit auch der östlich von Feodosia gelegene Teil der Krim mit der strategisch wichtigen Stadt Kertsch verloren sei. Der gleiche Schluss wurde auch aus der Meldung, dass deut-

Noch zu Nr. 248

6. Kalinin war Mitte Dezember, Kaluga ebenfalls noch vor Ende 1941 verlorengegangen, auch im Süden der Ostfront war die Front zurückgedrückt worden; schon am 10. Dezember hatte der russische Heeresberidn gemeldet, dass die Eisenbahnlinien Leningrad-Moskau und Leningrad-

sche Flugzeuge sowjetische Transporter in der Strasse von Kertsch bombardiert haben, gezogen, da andernfalls in der schmalen Strasse von Kertsch die Transporter von deutscher Artillerie unter Feuer genommen worden wären.<sup>7</sup>

Die militärische Lage in Nordafrika wird von der Bevölkerung – insbesondere nach dem Fall von Benghasi – ebenfalls als äusserst ungünstig angesehen.<sup>8</sup> Vereinzelt sah man bereits den ganzen nordafrikanischen Kriegsschauplatz als für die Achsenmächte verloren an. Auch wurden bereits Befürchtungen über die Möglichkeit einer Invasion der britischen Streitkräfte auf Sizilien, Sardinien und Süditalien geäussert. Erst mit der Bekanntgabe der Abwehrrfolge der deutsch-italienischen Truppen im Raum von Agedabia ist wieder eine zuversichtlichere Beurteilung der Lage eingetreten, wenn auch nach wie vor noch Stimmen der Befürchtung laut werden, dass das Afrika-Korps mangels entsprechenden Nachschubs an Menschen und Material dem Drude der britischen Streitkräfte auf die Dauer nicht standzuhalten vermöge.

Mehrfach wurden Fragen laut, ob der Führer auch zum diesjährigen Weihnachtsfest eine Frontfahrt zu seinen Soldaten unternommen habe und warum gegebenenfalls keine Veröffentlichungen darüber erfolgt seien.

Der Neujahrsaufruf des Führers<sup>9</sup> an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht hat aufs tiefste beeindruckt. Insbesondere habe die Herausstellung des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Bolschewismus einerseits und dem Nationalsozialismus und Faschismus andererseits noch einmal in überzeugender Weise die Hintergründe dieses Krieges ins Gedächtnis zurückgerufen und das deutsche Volk in der Überzeugung bestärkt, dass es zwischen diesen Weltanschauungen keinen Kompromiss geben kann, sondern nur den Kampf bis zur endgültigen Entscheidung. In den Erörterungen der Bevölkerung wurde vielfach zum Ausdruck gebracht, dass der diesjährige Neujahrsaufruf des Führers im Gegensatz zum vorjährigen, in welchem für das Jahr 1941 die Entscheidung angekündigt worden sei, keinerlei Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung und eventuelle Dauer des Krieges enthalten habe. Man schliesst daraus auf den Ernst der Lage und versucht sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass der Krieg noch schwere Kämpfe an allen Fronten und

Noch zu Nr. 248

Murmansk wieder unter Kontrolle seien. – 7. Der grösste Teil der auf der Krim stehenden deutschen Verbände war durch die Belagerung von Sewastopol gebunden, so dass die am 26. und 29. Dezember gelandeten russischen Divisionen nur wenig Widerstand gefunden hatten; ein deutscher Gegenangriff, bei dem Feodosia wieder eingenommen wurde, besserte die Lage schon in der zweiten Januarhälfte. (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 115). – 8. Rommel hatte mit dem Afrikakorps bis Mersa-el-Brega an der Grossen Syrte zurückgehen müssen, konnte diese Stellung aber halten. – 9. Der Wortlaut beider vom 31. Dezember 1941

härteste Opfer von jedem Einzelnen erfordere. In diesem Zusammenhang fand der Satz in dem Aufruf des Führers an die Wehrmacht, dass der Feind versuche, im Winter 1941/42 das Schicksal zu wenden und dass dieser Versuch scheitern «müsse und werde», eine besonders starke Beachtung.

Anlage zu Nr. 251 vom 15. Januar 1942

### Zur Aufnahme des Films: «Ich klage an»<sup>1</sup> in der Bevölkerung

Wie aus allen vorliegenden Berichten hervorgeht, hat der Film «Ich klage an» im ganzen Reichsgebiet stärkste Beachtung gefunden. Allgemein ist festzustellen, dass der Film durch eine sehr starke Mundpropaganda in der Bevölkerung empfohlen und besprochen wurde. Kennzeichnend für das Aufsehen, das dieser Film in der Bevölkerung erregte, ist, dass er vielfach in Städten, wo er noch nicht aufgeführt war, bereits, auch in der einfacheren Bevölkerung, als Film geschildert wurde, den man sich unbedingt ansehen müsse. Die schauspielerischen Leistungen wurden allgemein begeistert anerkannt, der Inhalt des Films hat sehr stark zum Nachdenken angeregt und lebhaftere Diskussionen ausgelöst.

Der Film «Ich klage an» zeigt eine doppelte Problematik auf. Als Hauptthema wird das Problem der Tötung auf Verlangen im Falle einer unheilbaren Erkrankung zur Diskussion gestellt. In der Nebenhandlung findet die Frage der Beseitigung lebensunwerten Lebens ihre Darstellung. In den hier aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen zeigt sich, dass der grösste Teil der deutschen Bevölkerung der Tendenz des Films grundsätzlich, wenn auch mit manchen Vorbehalten, zustimmt, dass man schwerleidende Menschen, für die es keine Heilung mehr gibt, auf einem durch Gesetze vorgezeichneten Wege einem rascheren Tode zuführen möge. Auch bei einem Teil an sich konfessionell Gebundener kann diese Feststellung gemacht werden.

Die Stellungnahme der Kirche sowohl der katholischen als auch der evangelischen ist meist völlig ablehnend. Wie berichtet wird, machen die

Noch zu Nr. 248

datierten Aufrufe (von demjenigen an das deutsche Volk nur der wesentliche Teil) bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1820-1822.

Zu Nr. 251

1. Der unter der Regie von Wolfgang Liebeneiner gedrehte Tobis-Film, der die Prädikate „Künstlerisch besonders wertvoll und volksbildend“ erhalten hatte, schilderte den Fall der unheilbar kranken Frau eines Mediziners, die von ihrem Mann Gift zur Erlösung von qualvollen Schmerzen erbittet und erhält, und das darauf folgende Strafverfahren gegen diesen und seine

katholischen Geistlichen durch Hausbesuche den Versuch, einzelne Volksgenossen vom Besuch des Films abzuhalten mit der Begründung, es handle sich um einen Hetzfilm gegen die katholische Kirche oder einen Propagandafilm des Staates, in dem die Ermordung erblich Belasteter gerechtfertigt werden solle.

Die katholische Geistlichkeit hat diesen Film verschiedentlich nur indirekt angegriffen und ihn, wie aus Äusserungen hervorgeht, als so gut bezeichnet, dass er gefährlich werden könne und «verlockend wie die Sünde sei». Trotz dieser eindeutigen Ablehnung in katholischen Kreisen wird mehrfach darüber berichtet, dass im katholischen Lager tatsächlich eine Spaltung der Auffassung durch den Film hervorgerufen sei, wobei der eine Teil die Frage bejahte, ob einem Menschen das Leben genommen werden könne, wenn bei besonders schweren Fällen einer Erkrankung durch ein Gremium von Ärzten eine unheilbare Krankheit festgestellt worden sei und die Tötung als eine Wohltat für beide Teile angesehen werde. Der andere Teil dagegen spricht im Zusammenhang mit dem Film nach wie vor von einem «Mord».

In allen Berichten, soweit sie aus überwiegend katholischen Gebietsteilen des Reiches kommen, wird darauf hingewiesen, dass die bekannten Äusserungen des Bischofs Clemens August von Münster<sup>2</sup> vielfach als Grundlage bei Diskussionen über den Film genommen wurden, wobei verschiedentlich sogar erklärt wurde, der Film stelle den Versuch dar, die Massnahmen des Staates, nun, nachdem sie der Bischof angegriffen habe, zu rechtfertigen.

So wurden z.B. folgende Äusserungen erfasst:

Der Film ist ganz interessant; aber da geht es genau so darin zu wie in den Irrenanstalten, wo sie jetzt die Tollen alle kaputt machen.

Über diese Sache kann man denken, wie man will, aber wer gibt eine Garantie dafür, dass damit kein Missbrauch getrieben wird. Wenn solche Gesetze erst einmal eingeführt sind, dann werden die Regierenden leicht Persönlichkeiten, die sich missliebig gemacht haben, aus irgendeinem Grunde durch eine Kommission für unheilbar erklären lassen, und dann werden sie beseitigt. Und wenn sonst einer Einfluss und Geld genug hat, Menschen zu besprechen, dann ist rasch einer für unheilbar erklärt.

In evangelischen Kreisen ist die eindeutige Ablehnung nicht ganz so stark festzustellen. Zwar wird auch immer wieder erklärt, dass das

Noch zu Nr. 251

Auseinandersetzung mit einem befreundeten Arzt über das Problem der Sterbehilfe. – 2. Graf Galen (oben Anm. 8 zu Nr. 246); seine Predigt vom 3. August 1941 gegen den Mord an Geisteskranken bei Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. 2. Teil. 1946. S. 364-369; dort auch andere Beispiele für den kirchlichen Widerstand gegen die sogenannte Euthanasie, der schliesslich dazu

Leben, das Gott geschenkt habe, auch nur wieder von Gott genommen werden könne und dürfe.

Aber auch positive Stellungnahmen von kirchlicher Seite wurden hier bekannt. So z.B. sprach sich der Superintendent von Bautzen wie folgt aus:

Sache des Staates wird es sein, den Missbrauch auszuschliessen, die Verantwortung auf sich zu nehmen und die liebevolle Ausführung am qualvoll Unheilbaren zu sichern. Das alles wird leichter sein als die Durchführung des Erlösens selbst. Ich muss als Christ den Film bejahen. Aus Ärztekreisen wird meist eine positive Einstellung zu den aufgeworfenen Problemen bekannt. Insbesondere sind es die jüngeren Ärzte, die voll und ganz, bis auf wenige konfessionell gebundene, einverstanden sind.

Bedenken – bei trotzdem grundsätzlicher Bejahung – werden besonders von den älteren Ärzten erhoben. Die Propaganda in breiterer Öffentlichkeit wird vielfach von Ärzten als ein Fehlgriff angesehen.

Teilweise wird die Frage aufgeworfen, ob die ärztliche Diagnose in Grenzfällen wirklich genügend gesichert sei, um ein Leiden für unheilbar zu erklären.

Z.B. seien häufig von allen Ärzten aufgegebene Schwerkranke doch noch für Jahre hinaus gebessert worden. Von diesen Fällen, so wird betont, wisse jeder Arzt und jedes Krankenhaus zu berichten.

Andere Ärzte verweisen auf die Erfahrung, dass der Mensch, besonders aber schwerkranke und alte Menschen, den unbedingten Wunsch nach dem Tode nur dann aussprechen, wenn sie durch stärkste Schmerzen einige Zeit in tiefste Verzweiflung geraten. Dagegen legten diese Kranken in schmerzfreien Augenblicken einen bewundernswerten Lebensmut an den Tag und hofften bis zum Ende auf eine Besserung.

Auch hinsichtlich der im Film propagierten Ärztekommision werden Bedenken geäussert: Jeder der Ärzte einer Kommission müsste unabhängig von den anderen den Kranken untersuchen. Dies würde zu einer unnötigen seelischen Belastung des Kranken führen, der durch die mehrfachen Untersuchungen von der beabsichtigten Massnahme erfahren würde.

Nach dem Dafürhalten vieler Ärzte könnte man es dem Verantwortungsgefühl des deutschen Arztes allein überlassen, wann es Zeit sei, helfend einzugreifen. Praktisch gesehen, bestehe heute bereits eine solche Sterbehilfe. Viele Ärzte nähmen von sich aus, wenn keinerlei Aussicht

Noch zu Nr. 251

führte, dass die mit einem auf den 1. 9. 1939 zurückdatierten Erlass Hitlers eingeleitete «Vernichtung lebensunwerten Lebens» ab September 1941 stark eingeschränkt wurde; vgl. dazu Mitscherlich-Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit*. 1949. (auch: Fischer-Bücherei 1960) und Henkys, *Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*. 1964. S. 61-66). –

auf Besserung bestehe und der Patient grosse Schmerzen zu erleiden habe, eine grössere Dosierung der in Frage kommenden Mittel vor und erzielen dadurch auch schon jetzt eine schmerzlose Tötung.

Gerade von Juristen wird jedoch eine gesetzliche Verankerung derartiger ärztlicher Handlungen für dringend erforderlich gehalten. Die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der juristischen Seite ergeben, werden als sehr gross angenommen, da es kaum möglich sei, alle in Frage kommenden Krankheitsfälle gesetzlich zu erfassen und andererseits die Medizin Fortschritte mache und heute unheilbare Krankheiten morgen als heilbar bezeichnet werden können.

Die breite Masse des deutschen Volkes hat fast durchweg bejahend zu den angeschnittenen Problemen Stellung genommen, wobei folgende Punkte nach den Meldungen als wesentlich herausgestellt wurden:

1. Als unerlässliche Voraussetzung wird die Beiziehung einer Ärztekommision unter Beisein des Hausarztes verlangt zur Feststellung, ob eine Unheilbarkeit eines Leidens vorliege.

2. Teilweise wird die Frage gestellt, ob man die Sterbehilfe in allen Fällen durchführen dürfe, da trotz des sicher zu berechnenden Endes ein kranker Mensch häufig noch produktive Arbeit leiste.

3. Gleichfalls unerlässlich für die Durchführung der Euthanasie müsse die Zustimmung des Kranken selber und bei unzurechnungsfähigen Geisteskranken die Einwilligung seiner Angehörigen sein.

4. Auf alle Fälle müsse ein strenger Massstab angelegt werden, damit keine Übergriffe vorkämen; auf keinen Fall dürfe man aber die Entscheidung einem Einzelnen überlassen.

5. In den meisten vorliegenden Äusserungen wird nur dem Arzt das Recht zuerkannt, durch seinen Eingriff die Sterbehilfe herbeizuführen.<sup>3</sup>

Durchweg steht der einfache Arbeiter positiver zu der im Film angeregten Abänderung des bestehenden Gesetzes als Volksgenossen aus intellektuellen Kreisen. Dies findet nach den Meldungen darin seine Begründung, dass die sozial schlechter gestellten Schichten der Bevölkerung naturgemäss stärker an ihre eigene finanzielle Belastung denken. Vielfach werden dem Film überhaupt materielle Tendenzen unterschoben, so dass der Gedanke einer Befreiung eines schwerleidenden Menschen von seinen Qualen selbst in den Hintergrund tritt. Lediglich von ärztlicher Seite wird die Filmhandlung allgemein in diesem Sinne ausgelegt.

Die vorliegenden negativen Stimmungsäusserungen zu den im Film angeschnittenen Problemen befinden sich weitaus in der Minderzahl und

Noch zu Nr. 251

2. Die hier gestellten Forderungen waren bei dem Mord an über 80'000 Geisteskranken in den Jahren 1940/41 keineswegs erfüllt worden, wie die Nachkriegsprozesse gegen die daran beteiligten Ärzte der «Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten» erwiesen haben.

können ausser von klerikaler Seite auch nicht als grundsätzlich ablehnend werden.

Zusammenfassend ergibt sich aus dem zahlreichen vorliegenden Material, dass im Allgemeinen die Durchführung der Euthanasie bejaht wird, wenn ein Ausschuss von mehreren Ärzten unter gleichzeitiger Einwilligung des unheilbar Erkrankten und seiner Angehörigen entscheidet.

Die allgemeine Bejahung gipfelt in der Zustimmung zu den Worten des Majors im Film:

Der Staat verlangt zwar von uns die Pflicht zu sterben, dann muss er uns auch das Recht zum Sterben geben!

Nr. 253 vom 22. Januar 1942 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### Beeinträchtigung der öffentlichen Führungsmittel

Aus einer Vielzahl von Meldungen und Einzelberichten geht hervor, dass die öffentlichen Führungsmittel in ihrer Wirkung z. Z. sehr wesentlich beeinträchtigt sind. Unter den verschiedenen Gründen wird in erster Linie angeführt:

Die Volksgenossen hätten das Gefühl, dass bei negativen Vorgängen die öffentlichen Führungsmittel stets ein «offizielles Gesicht» wahren. Es habe sich deshalb der Zustand herausgebildet, dass in solchen Lagen weite Volkskreise nicht mehr die Presse als die beste Unterrichtsquelle ansehen, sondern aus Gerüchten, Erzählungen von Soldaten und Leuten mit «politischen Beziehungen», Feldpostbriefen und dergleichen sich «ihr Bild» zusammenbauten, wobei oft die unsinnigsten Gerüchte mit erstaunlicher Kritiklosigkeit übernommen würden.

Auch über die Ursachen und Folgerungen der Wollsammlung als einem Geschehnis, das im zivilen Sektor die gesamte Bevölkerung seit Kriegsbeginn wohl am stärksten berührt habe, hätten die öffentlichen Führungsmittel in dem Sinne das «offizielle Gesicht» gewahrt, dass sie zu den Fragen über angebliche organisatorische Mängel der Winterplanung, über den späten Zeitpunkt der Sammlung – Fragen, die in aller Munde waren – eine klärende Stellungnahme nicht gegeben hätten. Aus der ohne Dank erfolgten Verabschiedung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch<sup>1</sup> hätten die Volksgenossen eine mittelbare Beantwortung der vielen

Zu Nr. 253

1. Oben Nr. 248 Anm. 4. –

für wichtig gehaltenen Fragen herausgelesen, wer nun für die mangelhafte Winterausrüstung an der Ostfront verantwortlich sei. Es wird weitgehend argumentiert, dass die Vorbereitungen auch für einen normalen Wintereinbruch nicht ausgereicht hätten.

In zahlreichen Gerüchten hat sich weiterhin herumgesprochen, dass auch der Generalfeldmarschall von Rundstedt abgelöst und durch Generalfeldmarschall von Reichenau ersetzt worden sei<sup>2</sup>, und dass weiterhin Generalfeldmarschall von Bock nicht mehr auf seinem Posten sei.<sup>3</sup> Die Notiz über die Operation, der sich von Brauchitsch unterzogen hat, und die herzlichen Wünsche des Führers für baldige Genesung hätten daher ausserordentlich überrascht. Der Hinweis auf den Erholungsurlaub, den Generalfeldmarschall von Brauchitsch nunmehr noch brauche, eröffne beinahe die Möglichkeit, dass er eines Tages wieder zurückkomme. Dasselbe gelte für die Meldung, dass Generalfeldmarschall von Rundstedt den Führer beim Staatsbegräbnis für den Generalfeldmarschall von Reichenau vertritt<sup>4</sup>, nachdem den Gerüchten zufolge von Reichenau soeben erst den Befehl von Generalfeldmarschall von Rundstedt übernommen haben sollte. Die Überraschung werde schliesslich vervollständigt durch das neue Bild, das Generalfeldmarschall von Bode nach einem kurzen Genesungsurlaub zusammen mit dem Führer zeige. Nunmehr könne sich die Bevölkerung auf die Woll- und Wintersachensammlung und ihre Ursachen «überhaupt keinen Vers mehr machen». Vor allem tauche erneut die Frage auf, wer für die Lage unserer Soldaten verantwortlich zu machen sei. Oder es werden Vermutungen darüber angestellt, warum die nach den Gerüchten eben «abgesägten Generalfeldmarschälle» plötzlich wieder so freundlich behandelt bzw. im Fall Bock zurückgeholt würden. Der Volksgenosse sage, dass nun aus dem Durcheinander von dem, was man «höre» und dem, was in der Zeitung stehe, nicht mehr herauszufinden sei.

Im Zusammenhang mit den Berichten vor, während und nach der Winter- und Wollachensammlung spielen nach vielfältigen Feststellungen die Feldpostbriefe und Berichte der Soldaten eine grosse Rolle. Von vielen Soldaten würden ohne Hemmung geradezu haarsträubende Geschichten über auszustehende Strapazen, Kälte, schlechte Verpflegung, Bekleidung usw. in die Heimat berichtet. Soldaten, die aus innerer Haltung über ihre schweren Erlebnisse an der Front zurückhaltend erzählen, weil sie wissen, dass man es dort doch nicht begreifen und nur den Kopf hängen

Noch zu Nr. 253

2. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd war schon am 30. November von Hitler abgelöst worden, weil er es für Wahnsinn erklärt hatte, die Front bei Rostow um jeden Preis zu halten (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'785 ff.). – 3. Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, am 18. Dezember durch Generalfeldmarschall v. Kluge ersetzt, weil er sich gesundheitlich der Leitung des Kampfes gegen die russische Offensive nicht gewachsen fühlte. – 3. Rundstedts Nachfolger v. Reichenau war am 17. Januar an den Folgen eines Schlaganfalls



lassen würde, werde eher weniger geglaubt. Sie müssten sich häufig sagen lassen, «wenn Du so etwas erzählst, hast Du die Front bestimmt nicht gesehen». Einem Unteroffizier, der mit dem EK I ausgezeichnet ist, der unter Vermeidung alles Schaurigen und Scheusslichen einen positiv gehaltenen Bericht über seine Kriegserlebnisse gab, wurde mehrfach entgegengehalten «wir verstehen nicht, wie Du dann das EK bekommen hast». Dabei wurde verschiedentlich die Erfahrung gemacht, dass gerade solche Soldaten zu grosszügigen Übertreibungen neigen, die der vordersten Front noch fernstehen und irgendwo hinter der Front oder gar in einer Heimatgarnison Dienst tun.

Aus einer gewissen Renommiersucht heraus werde mit übertriebenen Erzählungen geprahlt. In der Heimat werte man solche Soldaten oft als Frontkämpfer und man nehme ihre Schauergeschichten als die wirkliche und wahrheitsgetreue Schilderung. Durch diese Sachlage werde die Wirkung der Presse und des Rundfunks und insbesondere auch der Filmwochenschauen stark herabgesetzt. In den verschiedensten Reichsgebieten wurde beobachtet, dass Volksgenossen den gezeigten Darstellungen nicht mehr glauben wollen und freiweg erklären, dass es sich bei den betreffenden Aufnahmen um besonders ausgewählte handle. So setzte beispielsweise in einem Aachener Lichtspieltheater anlässlich der Vorführung einer Wochenschau in der Nachweihnachtszeit bei den Bildern, die die Zubereitung von Pelz- und Kleidungsstücken für Soldaten zeigten und das Schlachten eines Schweines durch unsere Soldaten, ein Gemurmel ein: «das stimmt ja nicht, unsere Soldaten frieren. Die bekommen ja nur Pferdefleisch» u.ä. Umgekehrt liefen die verschiedensten Erfahrungen darauf hinaus, dass die Familien und besonders Frauen ihre Sorgen in einer völlig aufgebauchten Form bis in alle Einzelheiten an die Front schreiben, wobei insbesondere die Partei für jede kleine Schwierigkeit verantwortlich gemacht und ständiger Kritik unterzogen werde. Frontsoldaten, die auf Urlaub kamen, hätten ihrer Verwunderung über die verhältnismässig guten Allgemeinverhältnisse in der Heimat Ausdruck gegeben, wobei sie besonders auf die, wenn auch nicht gerade üppige, so doch im Vergleich zum Weltkrieg weit besser geregelte Ernährungslage hingewiesen hätten.<sup>5</sup> Nach den Briefen, die man ihnen aus der Heimat geschickt hätte und die dort von Kamerad zu Kamerad weitergereicht würden, hätte man annehmen können, dass in der Heimat tolle Zustände herrschten, und sie wären mit dem festen Vorsatz in den Urlaub gekommen, hier «einmal ordentlich auf den Tisch zu hauen».

Noch zu Nr. 253

gestorben, Bock trat nach seiner Erholung an seine Stelle. – 5. Demgegenüber waren in dem Bericht über die Zunahme des Tauschhandels vom 4. September 1941 Äusserungen wiedergegeben worden von der Art: «Der Schwindel ist heute schon wieder genauso angewachsen, wie dies im

Bei vielen Volksgenossen und bei den Soldaten sei es seit Beginn des Winters langsam zu Gewohnheit geworden, allen kleinen Tagesdreck, sämtliche Verärgerungen und jeden persönlichen Kummer von sich zu geben und mit übertriebenen allgemeinen Schlussfolgerungen zu versehen.

In den meisten vorliegenden Meldungen wird angeregt, dass die öffentlichen Führungsmittel von der «glattpolierten» Art ihrer Berichterstattung wenn irgend möglich abgehen möchten, um für die Wintermonate eine starke volkserzieherische Wirkung in den Vordergrund zu stellen.

Es müsse möglich sein, den Volksgenossen immer wieder am konkreten Beispiel des täglichen Lebens klarzumachen, was Haltung im Kriege bedeutet. In dieser Richtung, so wird häufig betont, habe der Artikel von Reichsminister Dr. Goebbels über «Das Opfer» sehr erzieherisch gewirkt.<sup>6</sup> Notwendig erscheine es klarzumachen, dass derjenige, der in einer entstellten und übertreibenden Form an die Front oder in die Heimat berichtet, die innere Widerstandskraft schwäche und damit unbewusst dem Feind in die Hand arbeite. Die Soldaten, die von dem Kampf im Osten nach Hause berichteten, müssten wissen, dass man sich daheim niemals ganz in ihre Lage versetzen könne und daher das, was draussen in der kameradschaftlichen Anlehnung innerhalb der Kompanie ertragen wird, ganz anders und als sehr bedrückend und besorgniserregend empfinde. Umgekehrt sei die Verbreitung des täglichen Kleinkrams in der Heimat, insbesondere aber die Gerüchtemacherei durch Briefe an die Front, ähnlich gesinnungsmässig strafwürdig wie das Abhören ausländischer Sender. Es käme jetzt darauf an, dass nationalsozialistische Werte auf die tägliche Lebenssituation des einzelnen Volksgenossen umgesetzt wurden. Gepaart mit dem guten Beispiel der sauberen Haltung und rücksichtslos auf die Kriegsverhältnisse zugeschnittenen Lebensführung aller sichtbar in der Öffentlichkeit stehenden Männer werde dies für die kommenden Monate eine feste Stütze der Heimat sein.<sup>7</sup>

Noch zu Nr. 253

Weltkrieg der Fall war.» – 6. In: Das Reich, Nr. 52 vom 28. 12. 1941; unter dem Titel «Was ist ein Opfer?» hatte Goebbels die wirklichen Opfer der Frontkämpfer und der Hinterbliebenen von Gefallenen mit den blossen Einschränkungen der Mehrheit der Zivilisten in der Heimat verglichen. – 7. Über Korruptionserscheinungen und entsprechende Gerüchte unten Nr. 271.

Nr. 255 vom 29. Januar 1942 (Auszug)

## IV. Verwaltung und Recht

**Die Juden im Rechtsverkehr<sup>1</sup>**

Je vollständiger sich die Ausschaltung der Juden aus dem gesamten Volksleben vollzieht, um so unwilliger wird nach zahlreichen Meldungen von Volksgenossen und Rechtswahrern die Notwendigkeit empfunden, dass deutsche Gerichte nach wie vor rein jüdische Angelegenheiten mit Kosten- und Zeitaufwand behandeln müssen.

So wird z.B. aus Würzburg gemeldet, dass ein Amtsgericht langwierige Ermittlungen nach den unbekanntem Erben eines verstorbenen Juden habe anstellen müssen, dessen Nachlass von wenigen hundert Mark nur wieder Juden zugutegekommen sei. In der gleichen Meldung wird auf Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die zahllosen Eintragungen jüdischer Gläubiger, die meist verstorben oder mit unbekanntem Ziel ausgewandert sind, im Grundstücks- und Kreditverkehr entständen. Es werde eine Gesamtbereinigung der Grundbücher von jüdischen Eintragungen (auch Zwangseintragungen) vorgeschlagen.

Nach anderen Meldungen haben deutsche Gerichte jüdische Vermögensinteressen vielfach bei Vormundschaften über jüdische Mündel und bei Pflgschaften, insbesondere Abwesenheitspflgschaften, zu wahren, wobei es sich oft um schwierige vermögensrechtliche Angelegenheiten handelt (München). Ebenso werde beanstandet, dass deutsche Gerichte nach nationalsozialistischem Eherecht eine jüdische Ehe (etwa wegen Verweigerung der Fortpflanzung) scheiden oder gar den deutschen Ehemann einer Jüdin zur Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft verurteilen müssten (Wien). Auch die derzeitige Regelung des Armenrechts für Juden (vgl. darüber «Meldungen aus dem Reich» vom 25. 4., 17. 7. und 27. II. 1941)<sup>2</sup> wird nach den Meldungen immer wieder als völlig unbefriedigend bezeichnet (Würzburg, München, Hamburg usw.).

In den Meldungen kommt zum Ausdruck, dass die augenblickliche Regelung von Rechtsverhältnissen von Juden, soweit sie insbesondere deren Rechtsstellung im bürgerlichen Recht betrifft, noch sehr weitgehend nicht

Zu Nr. 255

1. Nach den oben wiedergegebenen Meldungen Nr. 181 war dieses Thema noch am 17. Juli und 27. November 1941 behandelt worden; spätere Berichte dieser Art liegen nicht mehr vor, weil die darin gemachten Vorschläge zur weiteren Benachteiligung der Juden durch ihre Deportation in die Vernichtungslager hinfällig wurden. – 2. In den Meldungen vom 27. November war kritisiert worden, dass nicht alle deutschen Gerichte dem Beispiel einzelner unterer Gerichte folgten, Juden das Armenrecht grundsätzlich zu versagen, ja dass sogar ein Oberlandesgericht eine entsprechende Entscheidung eines Landgerichts aufgehoben habe. –

mit der politischen Stellung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland übereinstimmt. Der Richter müsse deshalb häufig gegen seine politische Überzeugung entscheiden. Auf der einen Seite sei zwar anerkannt, dass das Recht in Einklang mit den politischen Notwendigkeiten stehen müsse. Auf der anderen Seite verlange man aber vom Richter, dass er sich bei seinen Entscheidungen ans Gesetz halte. Setze er sich auf Grund seiner politischen Überzeugung darüber hinweg, müsse er damit rechnen, dass seine Entscheidungen von den Instanzgerichten aufgehoben oder vom Gesetzgeber selbst nicht gebilligt würden. Dieser Umstand hemme ihn nicht nur in seiner Entscheidungsfreudigkeit, sondern setze ihn auch ständigen Missdeutungen bei politischen Stellen und in der Bevölkerung aus; denn politisch denkende Volksgenossen könnten es sich heutzutage einfach nicht mehr erklären, dass Juden beispielsweise noch immer im Armenrecht klagen könnten, ja dass ihnen überhaupt noch nahezu der gleiche Rechtsschutz gewährt werde wie deutschen Volksgenossen.

Es wird deshalb nach den Meldungen immer dringlicher eine möglichst baldige Anpassung der Rechtsstellung der Juden auch in bürgerlich-rechtlicher Hinsicht an die politischen Gegebenheiten gefordert. Auch im Hinblick auf die sich immer schwieriger gestaltenden Personalverhältnisse in der Justiz sei es nicht mehr zu verantworten, die deutsche Rechtspflege im bisherigen Umfang auch Juden zur Verfügung zu stellen. Hierin liege eine Vereinfachungsmöglichkeit, deren Ausnutzung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in Fachkreisen und in der Bevölkerung lebhaft begrüßt werden würde.

Nr. 256 vom 2. Februar 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Schon die Ankündigung, dass der Führer auch in diesem Jahre am 30. Januar zum deutschen Volk sprechen werde, wurde von der gesamten Bevölkerung mit grösster Anteilnahme und freudiger Bewegung aufgenommen, um so mehr, als auf Grund der schweren Kämpfe der letzten Wochen und der vielfach noch immer vorherrschenden unklaren Vorstellungen über die tatsächliche Lage im Osten<sup>1</sup> viele Volksgenossen geradezu das Bedürfnis hatten, wieder die Stimme des Führers zu hören, um aus

Zu Nr. 256

1. Die russische Offensive war im Januar in allen drei Abschnitten der Front fortgesetzt worden und hatte endlich Hitler nach langem Widerstreben gezwungen, den Rückzug auf kürzere Linien zu genehmigen (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 107 ff.). –

seinen Worten neue Kraft und Zuversicht zu schöpfen. Die Führerrede selbst<sup>2</sup> hat in allen Bevölkerungskreisen stärksten Eindruck hinterlassen und die durch die Sondermeldungen der letzten Tage<sup>3</sup> wieder im Ansteigen befindliche Stimmung weiterhin in positivem Sinne beeinflusst. Nur vereinzelt wurde gemeldet, dass die Führerrede insofern etwas enttäuscht habe, als viele Volksgenossen – in Verkenennung der vielen aktuellen geschichtlichen Parallelen – weniger einen der Wiederkehr des 30. Januar Rechnung tragenden Überblick der Geschichte der NS-Bewegung erwartet hatten, sondern vielmehr nähere Ausführungen über den bisherigen und den vermutlich weiteren Verlauf des Kampfes gegen den Bolschewismus und über die bevorstehenden politischen und militärischen Ereignisse. Einige Volksgenossen hatten sogar die Erwartung ausgesprochen, dass der Führer dem deutschen Volke nähere Aufklärungen über die noch immer einzelne Kreise in erhöhtem Masse beschäftigenden Fragen nach den tieferen Hintergründen des Falles Brauchitsch oder des Aufrufes zur Wintersachensammlung geben werde. Trotz dieser Einschränkung hat die Führerrede auch in diesen Kreisen einen starken Widerhall gefunden und dazu beigetragen, die Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang des Krieges zu festigen.

Mit tiefer Befriedigung vernahm das deutsche Volk aus dem Munde des Reichsministers Dr. Goebbels, wie gut und frisch der Führer aussähe.<sup>4</sup> In den kurz danach folgenden humorvoll einleitenden Worten des Führers, dass jeder vor dem Forum spreche, das ihm am geeignetsten erscheine und dass sein Forum das deutsche Volk sei, glaubten die Volksgenossen die Bestätigung dafür zu sehen, dass sich der Führer «in bester Form» befinde. Durch die Art der Einleitung seiner Rede habe es der Führer verstanden, sofort das gesamte deutsche Volk in den Bann seiner Worte zu ziehen.

Die Erinnerung an den schweren Kampf der Bewegung vor der Machtergreifung und die besondere Anerkennung, die der Führer in diesem Zusammenhang seinen alten Kämpfern zuteil werden liess, wurden – insbesondere von Parteigenossen – mit tiefer Dankbarkeit aufgenommen und vielfach auch für notwendig empfunden, da das deutsche Volk nur zu leicht vergesse, wem es in erster Linie den Aufstieg und die Macht des heutigen Deutschlands verdanke. Neben den Parteigenossen ist aber auch der weitaus grösste Teil der Bevölkerung den Ausführungen des Führers über den Kampf der Bewegung um die Macht mit grossem Interesse und Verständnis gefolgt, um so mehr, als vielfach Stimmen laut wurden, dass

Noch zu Nr. 256

2. Am 30. Januar hatte Hitler zum Jahrestag der ‚Machtergreifung‘ im Berliner Sportpalast gesprochen; die wesentlichen Teile bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1826-1834. – 3. Darin waren am 26. und 29. Januar Erfolge deutscher U-Boote vor der nordamerikanischen Küste gemeldet worden. – 4. Als Gauleiter von Berlin hatte Goebbels die

dieser Teil der Führerrede keine Wiederholung seiner früheren diesbezüglichen Ausführungen dargestellt, sondern der Führer dieses Mal ein völlig neues Bild über den Kampf und die Geschichte der Bewegung entworfen habe. Starken Eindruck hinterliessen die Erwähnung der schweren Schicksalsschläge, die der Bewegung in der Kampfzeit widerfuhr, und insbesondere jene Stellen, in denen der Führer davon sprach, dass Siege jeder Schwächling ertragen könne, Schicksalsschläge hingegen nur die Starken, die dadurch nur um so stärker würden. Durch den Hinweis des Führers auf den schweren Kampf der Bewegung vor der Machtergreifung, der trotz zahlreicher Rückschläge schliesslich doch noch zum Siege führte, habe sich mehreren Meldungen zufolge einem grossen Teil der Bevölkerung der Gedanke aufgedrängt, eine Parallele zu dem heutigen Kampf Grossdeutschlands zu ziehen. Hierbei seien die meisten Volksgenossen zu dem Schluss gekommen, dass die heutige Lage des deutschen Volkes, gemessen an den Schwierigkeiten, die der Führer in der Kampfzeit bis zum endgültigen Siege des Nationalsozialismus zu überwinden hatte, überhaupt keinen Vergleich zulasse. Durch die Erwähnung der Schwere des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung um die Macht ist es dem Führer nach den Meldungen gelungen, das deutsche Volk davon zu überzeugen, dass der heutige «ungleich leichtere» Kampf Grossdeutschlands gegen seine Feinde nur durch den Sieg gekrönt werden könne. Die Worte des Führers über die früheren politischen Gruppen<sup>5</sup> wurden teilweise als Angriffe gegen die früheren politischen Gegner missverstanden und auch nicht für erforderlich angesehen, nachdem heute das ganze deutsche Volk an der Front und in der Heimat seine Einsatzbereitschaft für den Führer und den Nationalsozialismus unter Beweis stelle.

Mit besonderer Freude und Genugtuung wurde die Auseinandersetzung des Führers mit Churchill und Roosevelt aufgenommen. In seinen diese beiden mit den härtesten Worten der Verachtung strafenden Ausführungen habe der Führer in überzeugender Weise seine ausserordentliche Sicherheit und Überlegenheit unter Beweis gestellt. Nur ein Mann wie der Führer, dessen persönliche Lebenshaltung ohne Tadel und somit Vorbild für das gesamte deutsche Volk sei, könne sich erlauben, in dieser persönlichen Form mit den Kriegstreibern Churchill und Roosevelt abzurechnen. Nur er allein habe das Recht, die Minderwertigkeit und Schwächen seiner Gegner vor aller Welt herauszustellen.

Die erneute Anprangerung des Judentums und die Herausstellung des alttestamentarischen Satzes: «Auge um Auge und Zahn um Zahn» wurden dahingehend gedeutet, dass der Kampf des Führers gegen das Juden-

Noch zu Nr. 256

Kundgebung zu eröffnen und zu schliessen. – 5. Hitler hatte in seinem Überblick über die «Kampfzeit» die bürgerlichen und sozialistischen Parteien und ihre Politiker verächtlich apostrophiert. –

tum mit unerbittlicher Konsequenz zu Ende geführt und schon bald der letzte Jude vom europäischen Boden vertrieben werde.<sup>6</sup>

Das grösste Interesse wurde nach übereinstimmenden Meldungen jenem Teil der Führerrede entgegengebracht, der die Lage im Osten zum Gegenstand hatte. In tiefer Dankbarkeit habe das deutsche Volk die Worte des Führers aufgenommen, dass die Umstellung im Osten vom Vorwärtskrieg auf die Verteidigung gelungen sei und es den Bolschewisten nicht mehr gelingen werde, die Chance des Winters für sich auszunutzen. Einen besonders nachhaltigen Eindruck hinterliess die Feststellung des Führers, dass der schwerste Teil im Kampf gegen den Bolschewismus bereits überschritten sei. Jene Stellen der Rede, in welchen der Führer sein Bereitsein zur Übernahme jeglicher Verantwortung, die allein ihn auch zur Übernahme des Oberbefehls des Heeres veranlasst habe, zum Ausdruck brachte, lösten in weiten Kreisen eine tiefe Ergriffenheit und gleichzeitig ein felsenfestes Vertrauen in den Führer aus. Die unbedingte Siegeszuversicht, die gerade aus diesen Worten des Führers sprach, beeindruckte das gesamte deutsche Volk auf das Nachhaltigste. Vielfach nahm der Hinweis des Führers, dass er die volle Verantwortung für den Feldzug im Osten selbst tragen wolle, den vereinzelt im Zusammenhang mit dem Fall Brauchitsch noch immer verbreiteten Gerüchten die letzte Spitze.

Das Bekenntnis des Führers, dass er der erste Musketier des Reiches sei, fand allgemein begeisterte Zustimmung und hat das Vertrauen zum Führer noch verstärkt, weil man die Gewissheit hat, dass der Führer die Sorgen und Leiden der Soldaten aus eigenem Erleben kennt und alles tun wird, um deren Lage – soweit irgend möglich – erträglich zu machen. Durch die vielfach als besonders «treffend und glücklich» bezeichnete Gegenüberstellung der heutigen Lage Deutschlands und jener, die Friedrich der Grosse zu meistern hatte, habe der Führer die Zuversicht des deutschen Volkes auf den Endsieg weiterhin bestärkt.

Die Ausführungen des Führers, dass er nicht sagen könne, wann der Krieg zu Ende gehe, haben nur in vereinzelt Fällen Enttäuschung hervorgerufen, nachdem sich der Grossteil des deutschen Volkes bereits mit dem Gedanken an eine längere Kriegsdauer vertraut gemacht hatte. Die Worte des Führers jedoch, dass er nicht wisse, ob der Krieg in diesem Jahre noch zu einem siegreichen Ende geführt werden könne, haben andererseits bei vielen Volksgenossen die Hoffnung geweckt, dass es dem

Noch zu Nr. 256

6. Wie bereits am 30. Januar 1939 hatte Hitler «die Vernichtung des Judentums» als Ergebnis des Krieges bezeichnet. Die letzten Vorbereitungen dafür waren 10 Tage vor seiner Rede in der sogenannten Wannsee-Konferenz vom 20. Januar getroffen worden, nachdem bereits im November 1941 die Deportationen deutscher und tschechischer Juden nach Riga, Kowno und Minsk begonnen hatten, wo sie teils sogleich erschossen wurden, teils noch in Ghettos Zwangsarbeit leisten mussten (Reitlinger, Die Endlösung, 1936, S. 101 ff.; das Protokoll der Wannsee-Konferenz auch

Führer vielleicht doch noch gelingen werde, ein siegreiches Kriegsende schon in diesem Jahre herbeizuführen.

Starke Beachtung fand der Aufruf des Führers an das deutsche Volk zur Schaffung von Waffen und Munition. Hierzu wurden unter Hinweis auf frühere Ausführungen des Führers, dass die deutschen Munitionsvorräte so gross seien, dass eine Produktionseinschränkung vertretbar geworden sei, vereinzelt Stimmen der Verwunderung laut.<sup>7</sup> Der angebliche Widerspruch zwischen den früheren und heutigen Ausführungen des Führers wurde als Beweis für die Schwere der letzten und der noch bevorstehenden Kämpfe im Osten gewertet.

Die besondere Anerkennung, die der Führer in seiner Rede Generaloberst Rommel und dem tapferen Deutschen Afrika-Korps zuteil werden liess, war der Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen, um so mehr, als Rommel auf Grund seiner neuerlichen Erfolge in Afrika<sup>8</sup> und vor allem der Eroberung Bengasis in den Augen der Bevölkerung noch mehr als bisher an Ansehen und Volkstümlichkeit gewonnen hat.

Die aufklärenden Worte des Führers, dass die Versenkungszahlen der U-Boote in den letzten Monaten nur deshalb so stark zurückgegangen seien, weil die USA willkürlich durch Deklarationen immer weitere Teile des Atlantik als ihr Hoheitsgebiet erklärten, erregten vielfach Erstaunen. Nachdem jetzt keine Gefahr einer Neutralitätsverletzung mehr besteht, rechnet man mit dem vom Führer in einer seiner früheren Reden angekündigten Grosseinsatz deutscher U-Boote. In den letzten Erfolgen der deutschen U-Boot-Waffe an der amerikanischen Küste sieht man bereits den Auftakt zu weiteren, noch grösseren Erfolgen im Kampf gegen die feindliche Schiffstonnage.

#### IV. Verwaltung und Recht

##### **Zur Auswirkung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941**

Nach nunmehr aus allen Teilen des Reiches (Berlin, Weimar, Darmstadt, Würzburg, Nürnberg, Frankfurt/Main, Breslau, Oppeln, Bielefeld, Wiesbaden, Fürth, Bremen, Braunschweig, Augsburg, Schwerin, Halle, Königsberg, Dessau, Hamburg, Köln, Koblenz, Stettin, Katto-

Noch zu Nr. 236

bei Hofer, Der Nationalsozialismus. 1957 [Fischer-Bücherei]. S. 303 f.). – 7. Oben Nr. 140. Die deutsche Rüstungsindustrie erreichte ihre höchste Leistung übrigens erst 1944 (vgl. die Zahlen bei Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 562 f.). – 8. Am 21. Januar hatte Rommel nur mit deutschen Kräften angegriffen; er konnte bis Anfang Februar die Hälfte der Cyrenaika zurück-



witz, Leipzig, Neustettin, Dresden, Karlsruhe, Linz, München) vorliegenden Meldungen hat sich der Erlass der Verordnung über die Kennzeichnung der Juden in der Bevölkerung im Allgemeinen günstig ausgewirkt. Es wird überall betont, dass diese Verordnung einem lange gehegten Wunsch weiter Bevölkerungskreise, besonders an Plätzen mit noch verhältnismässig zahlreichen Juden, entsprochen habe.

Aus den Meldungen ergibt sich allerdings auch übereinstimmend, dass die Sonderbehandlung der mit Deutschblütigen verheirateten Juden<sup>9</sup> in der Bevölkerung Befremden und Unwillen hervorgerufen habe. Die in der Verordnung vorgesehenen Ausnahmen seien von Volksgenossen sogar vielfach als eine «halbe Massnahme» kritisiert worden. Insbesondere hätte man überall die Feststellung machen können, dass in der Allgemeinheit eine radikale Lösung des Judenproblems mehr als jeder Kompromiss Verständnis findet und dass in weitesten Kreisen der Wunsch nach einer klaren äusseren Scheidung zwischen dem Judentum und den deutschen Volksgenossen besteht. Bezeichnend sei es, dass vielfach in der Kennzeichnungsverordnung nicht etwa eine abschliessende Massnahme, sondern erst ein Auftakt zu weiteren einschneidenden Verordnungen mit dem Ziel einer endgültigen Bereinigung der Judenfrage erblickt wird.

Gerade die Ausnahmebestimmungen der Kennzeichnungsverordnung habe der Erörterung der Judenfrage in der Öffentlichkeit einen starken Auftrieb gegeben.

Die in diesem Zusammenhang geäusserten kritischen Argumente seien einmal grundsätzlicher Art, zum anderen befassten sie sich mit den praktischen Auswirkungen der Ausnahmebestimmungen.

So werde – wie es in den Meldungen heisst – die getroffene Regelung, wonach bestimmte Juden von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind, insofern nicht verstanden, als dadurch die durch die Nürnberger Gesetze<sup>10</sup> festgelegte Personengruppe der Juden und Mischlinge in zwei neue Gruppen geteilt würde. Damit sei die rassische Gesetzgebung aber noch komplizierter geworden als bisher.

Man müsse auf Grund der Kennzeichnungsverordnung nunmehr folgende Einteilung treffen:

1. Gekennzeichnet:

1. Volljuden (mit 4 oder 3 jüdischen Grosseltern teilen)
2. «Halbjuden», im mosaischen Glauben erzogene Mischlinge 1. Grades, sog. Geltungsjuden.

Noch zu Nr. ZIÄ

gewinnen. – 9. Nach § 3 der Verordnung (oben Nr. 240 Anm. 1) brauchten Juden, wenn aus ihrer Ehe mit Nichtjuden Kinder hervorgegangen waren, und jüdische Ehefrauen auch bei kinderloser Ehe den gelben Stern nicht zu tragen und durften ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen. – 10. Das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, beide vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1\*146). –

## II. Nicht gekennzeichnet:

1. Volljuden in «privilegierter Ehe» (Mischehe)
  - a) männliche Volljuden bei Vorhandensein von ehelichen Abkömmlingen,
  - b) weibliche Volljuden 1) bei Vorhandensein von ehelichen Abkömmlingen,  
2) während der Dauer einer kinderlosen Mischehe.
2. «Halbjuden», nicht mosaich erzeugene Mischlinge 1. Grades,
3. Mischlinge 2. Grades.

Wie in den Meldungen durchweg zum Ausdruck kommt, stehe eine solche Einteilung der jüdischen Personengruppe auf Grund der Kennzeichnungsverordnung im Widerspruch zu der bisherigen Rassegesetzgebung, die eine in Bezug auf die Rechtsstellung eingeteilte Stufenleiter vom Volljuden zum Arier auf Grund des jeweiligen arischen Blutsanteils kenne. Es sei nunmehr so, dass gewisse Volljuden nicht gekennzeichnet seien, während Mischlinge 1. Grades mit einem joprozentigen arischen Blutsanteil gekennzeichnet seien und somit eine mindere Rechtsstellung als jene Volljuden hätten.

Wenn dies auch vielleicht von geringerer Bedeutung ist, so könne jedoch die Tatsache nicht übersehen werden, dass auf diese Weise durch die Kennzeichnungsverordnung Gesichtspunkte in die Rassengesetzgebung hineingebracht worden seien, die keinerlei rassenpolitische Grundlage hätten.

Bisher sei nur an einer Stelle der Nürnberger Gesetze von den rassistischen Gesichtspunkten abgewichen worden. Bei der Unterteilung der Gruppe der Halbjuden in die den Juden gleichgestellten «Geltungsjuden» und jüdischen Mischlinge 1. Grades spielten Fragen wie die Zugehörigkeit zur mosaichen Religion, der Erziehung im jüdischen Sinne usw. eine Rolle. An dieser Stelle sei eine Abweichung von allein rassistischen Erwägungen vielleicht noch vertretbar.

Unverständlich, so heisst es immer wieder in den Meldungen, sei jedoch vom Standpunkt einer konsequenten nationalsozialistischen Rassenpolitik die Sonderbehandlung von Volljuden, die mit Ariern verheiratet sind. Die Volksgenossen wiesen stets darauf hin, dass die nationalsozialistische Schulung das Volk zu der Erkenntnis habe kommen lassen, dass die Judenfrage eine Rassenfrage sei. Der Grundsatz «Jud' bleibt Jud'» sei hier von ausschlaggebender Bedeutung. Die Ehe mit einem Arier habe daher – rassistisch gesehen – genau so wenig Einfluss auf den jüdischen Teil wie z.B. die christliche Taufe. Sie könne daher auch nicht zur Grundlage einer Privilegierung bestimmter Juden genommen werden. Wenn als Begründung für die Ausnahme in der Kennzeichnung des jüdischen Ehepartners

in Mischehen angeführt werde, diese sei mit Rücksicht auf den arischen Ehepartner getroffen worden, so müsse darauf hingewiesen werden, dass die Artvergessenheit solcher Arier, die – wie es heisst – «legalisierte Rassenschande» trieben, eine Rücksichtnahme nicht verdiene. Im Gegenteil, so werde vielfach geäußert, müssten solche artvergessenen Arier ebenfalls gekennzeichnet werden. Seien aber die Ausnahmebestimmungen aus Achtung vor dem deutschen Blut im Mischling erlassen, so läge eine erhebliche Inkonsequenz insofern vor, als der gleiche arische Blutsanteil auch in den gekennzeichneten sogenannten «Geltungsjuden» vorhanden sei. Überhaupt könnten bei der Behandlung der Juden auf Grund der Rassegesetzgebung nur Wertmassstäbe angelegt werden, die in der Person des jeweiligen Juden selbst begründet sind.

Aber selbst ohne diese Überlegungen beständen gegen die Ausnahmebestimmungen des § 3 der Polizeiverordnung insofern Bedenken, als ihre Fassung sehr weit sei und daher auch Möglichkeiten umfasse, denen jede sittliche und moralische Voraussetzung fehle, wie folgendes Beispiel zeige:

Ein Jude hat sich im Jahre 1915 mit einer Arierin verheiratet. Aus dieser Ehe ist 1916 ein Kind hervorgegangen. Bereits 1916 hat sich der Jude von der Arierin getrennt und nicht wieder geheiratet. Um die Arierin und das Kind hat sich der Jude seit seiner Trennung nicht mehr gekümmert. Dennoch braucht er den Judenstern nach § 3, Buchstabe a der VO, nicht zu tragen, weil er einmal mit einer Arierin verheiratet war. Es kommt hier sogar noch hinzu, dass das Kind die Vaterschaft des Juden zu bestreiten versucht.

Was die praktischen Auswirkungen der Kennzeichnungsverordnung im Hinblick auf die Ausnahmebestimmungen des § 3 anbelangt, so sind nach den Meldungen Erfahrungen gemacht worden, die die Gefährlichkeit der Ausnahmebestimmungen aufzeigten. Das Ziel der Kennzeichnungsverordnung, dazu beizutragen, eine saubere Trennung zwischen Juden und Deutschblütigen und eine dementsprechende Behandlung in der Öffentlichkeit herbeizuführen, sei nur zum Teil erreicht worden. In gewisser Hinsicht könne man sogar von einer gegenteiligen Wirkung der Kennzeichnungsverordnung sprechen.

Während vor Inkrafttreten der Kennzeichnungsverordnung jeder Volksgenosse selbst darauf acht gegeben habe, nicht in Berührung oder Verkehr mit Juden zu kommen, und auf Grund des durch die jahrelange nationalsozialistische Schulung geweckten Rassebewusstseins sowie einer in diesem Zusammenhang gewonnenen Urteilsfähigkeit im Allgemeinen eine erfolgreiche Abwehrstellung gegen das Judentum bezogen habe, habe nunmehr durch die Kenntlichmachung der Juden kraft Gesetzes der Staat selbst diesen Schutz des Volksgenossen erhöhen wollen. Da jetzt jeder darauf achte, ob jemand durch den gelben Stern gekennzeichnet und da-

mit Jude ist, entgehe ihm um so eher der nicht gekennzeichnete Jude. Ferner habe die Kennzeichnung als Jude dem nicht gekennzeichneten Teil der Judenschaft erhebliche Vorteile verschafft. Rechtlich habe sich zwar die Stellung dieser Juden nicht geändert, doch massten sich die nicht gekennzeichneten Juden heute bereits wieder Rechte an, die ihnen nicht Zuständen, jedoch in Unkenntnis der wahren Sachlage erreichbar wären.

Nach den Meldungen komme es nicht selten vor, dass sich die nicht gekennzeichneten Juden besonders herausfordernd benähmen und sich manchmal sogar als Arier bezeichneten. Weiter sei festzustellen, dass sich diese Juden in zunehmendem Masse bereits wieder in das deutsche Kulturleben einschlichen und Theater, Kinos, Kaffeehäuser usw. besuchten. Auch als Hamsterer von Mangelwaren hätten sich die nicht gekennzeichneten Juden in vielen Fällen betätigt. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr sei auch darin zu erblicken, dass dem nicht gekennzeichneten Juden die Tarnung leicht gemacht sei, dass er sich daher unauffällig unter deutsche Volksgenossen mischen und dadurch nicht für jüdische Ohren bestimmte Dinge erfahren könne. Als Nachrichtenübermittler innerhalb der Judenschaft seien solche Vertreter der jüdischen Rasse auf jeden Fall gut geeignet. Schliesslich seien auch Anzeichen dafür vorhanden, dass die nicht gekennzeichneten Juden ihre Sonderstellung ausnützten und für die gekennzeichneten Juden Besorgungen erledigten.

Nach einigen Meldungen habe die Nichtkennzeichnung bestimmter Juden bei einer Anzahl von Volksgenossen sogar zu der Folgerung geführt, dass ein Verkehr mit solchen Juden gestattet sei. In nicht wenigen Fällen habe man diese Juden den Ariern gleichgesetzt aus dem Rückschluss heraus, dass Juden ja gekennzeichnet seien. Auch sei es böswilligen Deutschblütigen nunmehr leicht gemacht, ungestört mit Juden zu verkehren. Schliesslich müsse noch auf die grosse Gefahr der erhöhten Rassenschande hingewiesen werden. In Kreisen besonders der Parteigenossenschaft seien die Ausnahmebestimmungen deshalb häufig auch «Privilegierung der Rassenschande» genannt worden.

Schwierigkeiten seien auch insofern entstanden, als die Tatsache, dass ein Jude von der Kennzeichnung ausgenommen ist, nicht ohne Weiteres nachkontrollierbar ist, da die Kennkarte des Juden noch keinen entsprechenden Vermerk enthält.<sup>11</sup> Von der Kennzeichnungspflicht nicht ausgenommene Juden könnten sich daher, wenn man sie auf der Strasse wegen Nichttragens des Judensterns anhalte, darauf berufen, jener privilegierten Gruppe von Juden anzugehören. Dass sich infolge mangelnder Kontrollmöglichkeiten Juden verschiedentlich der Kennzeichnungspflicht entzögen, sei durch erfasste Äusserungen aus jüdischen Kreisen bekannt.

Noch zu Nr. 256

11. Juden waren seit 1938 verpflichtet, eine Kennkarte bei sich zu tragen und zu einem nicht-

In der grossen Zahl der vorliegenden Meldungen kommt übereinstimmend zum Ausdruck, dass die bisher getroffenen Massnahmen nicht als endgültig angesehen würden. Insbesondere wird allgemein erwartet, dass sämtliche Sonderbestimmungen zugunsten der Juden und der jüdischen Mischlinge und der mit ersteren ehelich verbundenen Arier baldmöglichst aufgehoben werden. Auch sei zu wünschen, dass die jüdischen Wohnungen eine entsprechende Kennzeichnung erhielten. Am meisten würde jedoch eine baldige Abschiebung aller Juden aus Deutschland begrüsst werden.<sup>12</sup>

Nr. 261 vom 19. Februar 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Das Kampfgeschehen an der Ostfront, das durch die grossen militärischen Erfolge der Japaner<sup>1</sup> und die geglückte Kanaldurchquerung der deutschen Kriegsschiffe<sup>2</sup> etwas in den Hintergrund getreten war, steht wieder in dem Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Die Lage an der Ostfront wird infolge der Meldungen über das Nachlassen der strengeren Kälte und der nach allgemeiner Annahme nun verminderten Strapazen für die deutschen Truppen sowie der Meldungen über die Einkesselung und Vernichtung grösserer bolschewistischer Truppenteile als günstiger angesehen.<sup>3</sup> In den neuen erfolgreichen Gegenaktionen der deutschen Truppen sieht man ein Zeichen dafür, dass die Aktivität der deutschen Soldaten keineswegs nachgelassen habe, sondern wieder verstärkt auflebe. Weitgehendst trägt auch die Hoffnung auf den immer näherkommenden Frühling zu der allgemein zuversichtlicheren Beurteilung der Lage bei.

Noch zu Nr. 256

jüdischen Vornamen den Vornamen Israel bzw. Sara zu führen. – 12. Über den Beginn der Deportationen oben Anm. 6, die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen wurde am 16. März 1942 angeordnet (Jüdisches Nachrichtenblatt vom 3. 4. 1942). Die hier geäusserte Kritik an der Befreiung der Partner privilegierter Mischehen von den Kennzeichnungspflicht richtete sich gegen das Reichsinnenministerium, auf dessen Betreiben sie in die Verordnung aufgenommen worden war (vgl. den Bericht des zuständigen Referenten des Ministeriums, Ministerialrat Dr. Lösener, und die von ihm veröffentlichten Dokumente in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 9. 1961. S. 302 ff.).

Zu Nr 261

1. Japanische Truppen hatten im Januar und Anfang Februar Malaya erobert (am 15. Februar hatte Singapur kapituliert), rückten in Burma vor und waren dabei, die Philippinen und Niederländisch-Ostindien zu besetzen. – 2. Am 12. Februar waren die Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau», der schwere Kreuzer «Prinz Eugen» und Begleitschiffe durch die Strasse von Dover aus Brest, das durch Luftangriffe zu stark gefährdet war, nach Deutschland verlegt worden, wo «Scharnhorst» aber wenig später durch Bombenschäden verwendungsunfähig wurde (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 203 ff.). – 3. Im Mittelabschnitt war es gelungen, durchgebrochene

Trotzdem haben die Berichte des OKW über heftige Angriffe starker russischer Verbände und die erfolgreiche Abwehr durch verhältnismässig schwache deutsche Verbände in weiteren Kreisen ein beklemmendes Gefühl und eine gewisse Bedrückung aufrechterhalten, vor allem aus der Sorge um das Schicksal der kämpfenden Soldaten heraus, da viele Feldpostbriefe auch von hohen deutschen Verlusten bei diesen Kämpfen in die Heimat gemeldet haben. Überhaupt besagen die Meldungen aus allen Teilen des Reiches, dass die Anteilnahme am Kampfgeschehen im Osten vorwiegend durch die Anteilnahme der Angehörigen am Schicksal ihrer an der Front stehenden Soldaten beherrscht wird. Immer wieder machen Erzählungen über starke und zahlreiche Frostschäden die Runde und auch Berichte über angebliche schlechte Ernährung der Soldaten an einzelnen Frontabschnitten. Das besorgte Warten auf Feldpost ist daher in den letzten Wochen stärker denn je zu einem Kennzeichen bei vielen Millionen deutscher Volksgenossen geworden. Dabei wird es als besonders bedrückend empfunden, dass die Zustellung der Feldpost ausserordentlich lang dauert und nicht selten 10 Wochen und mehr in Anspruch nimmt. Die eingehenden Feldpostbriefe enthalten inzwischen jedoch zunehmend eine günstigere Darstellung der Gesamtlage an der Ostfront.

Die Meldungen über das Erlebnis oder die Verbreitung von Erzählungen über das Eintreffen von Lazarettzügen aus dem Osten haben wieder etwas zugenommen. Insbesondere wird auch aus der Reichshauptstadt berichtet, dass die hier durchfahrenden Züge bei der Bevölkerung grosses Aufsehen erregten. Der Anblick der Verwundeten sei als «mehr als mit-leiderregend» empfunden worden, die Soldaten würden oft als schrecklich abgemagert geschildert und hätten vielfach derart abgerissene Uniformen, dass sie kaum mehr als deutsche Soldaten zu erkennen seien. Gerade diese Schilderungen und Erlebnisse mit den Lazarettzügen haben wesentlich mit dazu beigetragen, die Sorge und Bedrückung der Angehörigen der an der Ostfront stehenden Soldaten zu vermehren.

Was den weiteren Kampfverlauf im Osten anbetrifft, so werden nach allen vorliegenden Meldungen grössere Operationen für die nächste Zeit nur im südlichen Frontabschnitt erwartet. Aus allen Gebieten wird jedoch gemeldet, dass die Bevölkerung derzeit davon spricht, dass seitens der Führung Vorbereitungen von hohem Ausmass für eine Frühjahrsoffensive getroffen worden seien. Als Termin für das Anlaufen der neuen Angriffe werden die Tage Ende April bis Anfang Mai angesehen.<sup>4</sup>

Die erfolgreiche Durchfahrt der deutschen Kriegsschiffe durch den Kanal, die erst weniger beachtet wurde, später jedoch unter dem Einfluss

Noch zu Nr. 261

russische Verbände einzuschliessen (Wehrmachtberichte vom 14., 16., 17., 18. Februar). – 4. Die deutsche Offensive begann am 8. Mai 1942, beschränkte sich aber auf den Südschnitt der Front

der Nachrichten, die die moralische Auswirkung dieser Tat auf England selbst aufzeigten, in ihrer Bedeutung erkannt worden war, hat Begeisterung und Verwunderung ausgelöst. Vielfach wird die Frage aufgeworfen, was diese risikoreiche Fahrt der Kriegsschiffe aus dem Atlantik in die Nordsee zu bedeuten habe. Teilweise wird vermutet, dass es eine Generalprobe für den künftigen Angriff auf England gewesen sei, andere sehen darin die Ankündigung von See-Operationen auf der englisch-amerikanischen Zufahrtsstrasse nach Murmansk, wieder andere nur den Rückzug der Schiffe aus der ersten Bombenlinie. Vereinzelt hat der glückliche Ausgang des Unternehmens den Eindruck erweckt, dass England ausserordentlich hohe Schiffsverluste erhalten haben müsse, wenn es nicht einmal mit seiner Flotte die eigenen Küsten schützen und die Durchfahrt habe verhindern können. Alle Meldungen stimmen aber darin überein, dass man in diesem Erfolg der deutschen Kriegsmarine einen starken Prestigeverlust für England erblickt, der nach der Kapitulation Singapurs nicht nur das Vertrauen des englischen Volkes zu seiner Flotte, sondern auch die Stellung Churchills tiefgreifend erschüttert habe.

Die Kampfergebnisse im Fernen Osten werden weiterhin mit Interesse verfolgt. Die erfolgreichen Angriffe der japanischen Streitkräfte auf Sumatra, unter Einsatz von Fallschirmtruppen, waren erneut Anlass zur anerkennenden Bewunderung der als immer wieder erstaunlich bezeichneten Leistungen der Japaner. Aus der Zahl der bei der Kapitulation von Singapur gemachten Gefangenen schliesst man, dass durch diesen Ausfall Australien kaum in der Lage sein werde, einem Angriff der Japaner grösseren Widerstand entgegenzusetzen. In der Landung von Fallschirmtruppen bei Palembang sehen viele den nächsten Schritt zum Angriff auf Australien, wobei es vor allem Bewunderung erregt, dass es die Japaner stets verstehen, unter geschickter Ausnützung ihrer Erfolge sofort wieder die Voraussetzungen für die Einleitung neuer Erfolge zu schaffen. Mit dem Fall Ranguns wird in Kürze gerechnet, obwohl der starke englisch-chinesische Widerstand an diesem Frontabschnitt nirgends unterschätzt wird, da die Bedeutung der Burmastrasse für das Durchhalten Tschunking-Chinas allgemein gesehen wird.<sup>5</sup>

Auch die Nachricht vom Eindringen deutscher U-Boote in das Karibische Meer, die Beschiessung der Ölraffinerien auf Curacao und die Versenkung weiterer Schiffe vor Amerika ist allgemein mit Freude und Befriedigung aufgenommen worden. Die Durchbrechung der Stützpunktkette der USA wird strategisch sehr hoch bewertet, da dadurch bewiesen worden sei, dass der Zufahrtsweg zum Panama-Kanal durch deutsche

Noch zu Nr. 161  
(unten Anm. 4 zu Nr. 289). – 5. Die chinesische Kuomintang-Regierung unter Tschiang Kai-schek war von den Japanern, mit denen sie seit 1937 Krieg führte, nach Tschunking vertrieben worden und

Seestreitkräfte jederzeit gestört werden könne. Immer wieder wird auch die Frage aufgeworfen, wieso es den deutschen U-Booten möglich sei, soweit vom Mutterland derartige Operationen durchzuführen. Man ist dabei vielfach der Ansicht, dass die deutschen U-Boote geheime Stützpunkte im Atlantik haben müssten, da der Aktionsradius der U-Boote beschränkt sei.<sup>6</sup> In den Aktionen selbst sieht man weniger einen wirkungsvollen militärischen Erfolg als einen erneuten Schlag gegen das Prestige der USA, insbesondere gegenüber den südamerikanischen Staaten.

Der Kampf in Nordafrika wird gleichfalls mit Interesse verfolgt, wobei jedoch die Meldungen von diesem Kriegsschauplatz als «reichlich kurz» bezeichnet werden. Es wird daher allgemein angenommen, dass Generaloberst Rommel vor Tobruk auf zähen feindlichen Widerstand gestossen sei, andererseits wird diese Ruhe als «Ruhe vor dem Sturm» bezeichnet, was auf starke Vorbereitungen der Panzerarmee Afrika schliessen lasse.

Zusammenfassend betonen die Meldungen aus allen Teilen des Reiches, dass die anhaltenden militärischen Erfolge der Achsenmächte auf allen Kriegsschauplätzen sich günstig auswirkten und vor allem den Glauben an eine siegreiche Beendigung des Krieges weiter festigten, dass aber andererseits die täglichen Sorgen sowohl um die Angehörigen im Felde, wie um die Beschaffung der täglichen Ernährung und Versorgung bedrückend wirken und keine rechte Freude aufkommen liessen.

Nr. 264 vom 2. März 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Nach den hier vorliegenden Meldungen halten sich in den Gebieten mit überwiegend ländlicher Struktur sowie den kleinen und mittleren Städten das Interesse an den militärischen Ereignissen und die Beschäftigung mit Versorgungsschwierigkeiten ungefähr die Waage, während in den grösseren Städten und vor allem in den Grossstädten die Versorgungsschwierigkeiten alles andere überlagern.<sup>1</sup> Die Beurteilung der militärischen Lage ist überall fest und zuversichtlich, die grossen Erwartungen

Noch zu Nr. 261

wurde von Indien aus über die Burmastrasse versorgt; Anfang Mai drangen japanische Truppen bis an ihren Ausgangspunkt vor. – 6. Die Boote erhielten Brennstoff und Vorräte von grossen Versorgungs-U-Booten auf offener See (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 197).

Zu Nr. 264

1. Im Winter 1941/42 waren besonders Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kartoffeln und Leder für Schuhreparaturen aufgetreten und mehrfach in den Meldungen behandelt worden; da-



über gewaltige und entscheidende Aktionen der deutschen Wehrmacht im Frühjahr sind allgemein. Die Gespräche über militärische Ereignisse haben jedoch in den Städten fast überall solchen über die eigenen täglichen Sorgen und Nöte weichen müssen.

Beim Kampfgeschehen im Osten steht immer noch die Anteilnahme der Volksgenossen am Los ihrer im Osten eingesetzten Angehörigen im Vordergrund. Das Interesse am eigentlichen Kampfgeschehen ist dieser Sorge gegenüber gering. Man hat sich ein Bild über die Hauptkampflinie gemacht, das in den einzelnen Gebieten des Reiches zwar starke Abweichungen voneinander zeigt, aber man rechnet zuversichtlich damit, dass Rückzugsbewegungen nicht mehr stattfinden, sondern dass von den jetzigen Stellungen in einigen Wochen die Frühjahrsoffensive vorgetragen werden soll. Häufig neigt man auch zu der Ansicht, dass in kürzester Frist die Krim vom Feinde gesäubert und der erste Grossangriff über das Donezbecken hinaus zum Kaukasus vorgetragen werde. Vielfach wird geäußert, dass mit solchen Operationen noch vor Eintreten der Schneeschmelze zu rechnen sei, da die Strassen in Russland bis Juni verschlammmt und unpassierbar seien.

Die vermutlichen deutschen Verluste in den Abwehrschlachten des Winters bilden gleichfalls immer noch ein Gesprächsthema, das sich sehr oft auf Feldpostbriefe stützt, in denen starke Verluste der Kompanie des Briefsdiereibers verallgemeinert werden. In einigen Gebieten Mitteldeutschlands wird in den umlaufenden Gerüchten die Zahl der deutschen Verluste in den Winterschlachten mit 400'000 bis 600'000 Mann angegeben. Insgesamt gesehen haben jedoch die negativen Auswirkungen der Feldpostbriefe aus dem Osten nachgelassen, die Briefe seien durchschnittlich zuversichtlicher geworden.

Die weiteren Erfolge der deutschen U-Boote führten erneut zur bewundernden Anerkennung der deutschen U-Boot-Besatzungen.<sup>2</sup> In der «planmässigen» Versenkung von Tankern will man vereinzelt einen Erfolg der deutschen Spionage sehen.

Das Interesse am Kampfgeschehen in Ostasien ist im Allgemeinen unvermindert gross, doch melden bereits einige Bereiche (vor allem Wien), dass die Kämpfe der Japaner nicht mehr so stark beachtet werden wie anfangs; die Bevölkerung reagiere nurmehr auf besonders sensationelle Erfolgsmeldungen aus dem Fernen Osten. Die Hauptstossrichtung der Japaner wird derzeit in der Eroberung Burmas gesehen.

Der Attentatsversuch auf Botschafter Papen hat nicht nur Entrüstung hervorgerufen, sondern starke Vermutungen über die Haltung der Türkei

Noch zu Nr. 264

neben hatten einzelne Berichte die Auswirkungen des Mangels an Tabakwaren, Arzneimitteln, Körperpflegemitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs behandelt. – 2. Die Versenkungs-

ausgelöst.<sup>3</sup> Vielfach wird das Attentat als Beweis dafür angesehen, dass Papens Arbeit positiven Erfolg gezeigt habe, so dass England und Sowjetrussland sich gezwungen gesehen hätten, Papen zu beseitigen.

Auf dem Versorgungssektor wirken sich immer stärker die Gerüchte über eine Kürzung der Lebensmittelrationen von der 35. Zuteilungsperiode ab aus; dies um so mehr, als auf Grund der derzeitigen Kartoffel- und Gemüseknappheit die bisherige Zuteilung schon für zu gering angesehen wird (Berlin, Halle, Dortmund, Weimar, Wien, Frankfurt/Main, Braunschweig, Dresden, Köln und Bayreuth).<sup>4</sup> Eine leichte stimmungsmässige Entlastung auf Grund der Bekanntgabe, dass in der 34. Zuteilungsperiode Kürzungen nicht vorgenommen werden, ist dagegen nur vereinzelt aufgetreten. (Meldungen liegen nur vor aus: Augsburg, Breslau, Königsberg.) Aus dem Rheinland und Süddeutschland kommen Meldungen über Klagen der Hausfrauen, dass die Qualität des Mehls sehr nachlasse und dass auch die Bäcker deshalb Schwierigkeiten äusserten.

An Einzelfragen der Versorgung steht die Kartoffelbelieferung beherrschend im Vordergrund. Es sind dabei nicht nur die geringen zugeteilten Mengen, die beanstandet werden, sondern auch die Qualität der gelieferten Kartoffeln. (Besonders eindringliche Meldungen liegen vor aus: Berlin, Posen, Halle und Frankfurt/Main.) In einer Meldung aus der Reichshauptstadt – ähnlich in anderen Berichten – heisst es: «Das Gefühl, sich nicht mehr satt essen zu können, weil einfach nicht genügend Nahrungsmittel beigeschafft werden können, bedrückt vor allem die arbeitenden Volksgenossen, von denen in den Betrieben hohe Leistungen verlangt werden; es bedrückt aber auch die Hausfrauen, auf denen die Last der Versorgung ihrer Familie ruht und die sich täglich aufs Neue stundenlang – noch dazu sehr oft vergeblich – auf Märkten und in Läden bemühen müssen, einige wenige, teilweise schlechte Kartoffeln oder einige Kohlrüben oder angefrorenen Weisskohl zu beschaffen.»

Gerade die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung haben dazu geführt, dass in den Grossstädten von der Bevölkerung nach einem «Schuldigen» gesucht wird. Die Ursachen hierfür liegen teilweise darin, dass die städtische Bevölkerung die Folgen der Kälte für den Antransport der Kartoffeln ebensowenig erkennt wie die Gefahren, die ein vorzeitiges öffnen der Kartoffelmieten mit sich bringen kann. Sie liegen aber auch

Noch zu Nr. 264

Ziffern waren von 116'000 BRT im Dezember 1941 auf 470'000 BRT im Februar 1942 gestiegen. (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 196). – 3. Auf den früheren Reichskanzler, den Botschafter in Ankara v. Papen hatte ein russischer Agent am 24. Februar ein Pistolen- und Bombenattentat verübt, ihn aber nur leicht verletzt; darüber und seine Politik in der Türkei v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse. 1952. S. 550ff. – 4. Vgl. unten Nr. 270 über die Wirkung der tatsächlich vorgenommenen Kürzungen. –

darin, dass auf Grund früherer Mitteilungen die deutsche Kartoffelversorgung als an sich ausreichend angesehen wird, so dass man den Fehler in der Organisation der Kartoffelversorgung sucht. So heisst es z.B. in einer Meldung aus der Reichshauptstadt: «Vielfach ist die Rede davon, dass in den verantwortlichen landwirtschaftlichen Stellen zu viele Theoretiker und Bürokraten und zu wenig Praktiker sitzen; vor lauter Überorganisation sei man nicht mehr dazu gekommen, die Kartoffeln rechtzeitig aus dem Boden zu holen.»<sup>5</sup>

Der Mangel und teilweise das völlige Fehlen von Gemüse, Fischen, Hülsenfrüchten, Eiern und Kindernährmitteln habe im Ruhrgebiet und in Süddeutschland nach den vorliegenden Meldungen in der Berichtszeit eine Stimmungsverschlechterung zur Folge gehabt.

Auf dem Gebiet der Kohlenversorgung brachte das Abflauen der Kältewelle eine Erleichterung; die neu einsetzende Kältewelle hat die Mangelerscheinungen, insbesondere im Norden und Osten des Reiches wieder spürbarer werden lassen. Meldungen über anhaltende stimmungsmässige Auswirkungen der Kohlenversorgungslage liegen insbesondere vor aus: Berlin, Wien, Frankfurt/Main, Königsberg, Kiel, Braunschweig und Posen. Besonders schlecht sei die Kohlenversorgung des Harzgebietes. Die Besorgnisse der dortigen Bevölkerung seien gross, da die Vorräte zu Ende gehen und neue Anlieferungen nicht zu erwarten seien.<sup>6</sup>

Nr. 267 vom 12. März 1942 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### Tendenziöse Zeitkritik der Konfessionen

Wie aus allen Teilen des Reiches berichtet wird, benützen die Konfessionen in den letzten Monaten in immer stärkerem Masse die durch den Krieg gebotene Zurückhaltung von Staat und Partei in innerpolitischen und weltanschaulichen Fragen, um durch ausführliche Stellungnahmen

Noch zu Nr. 264

5. Ein Beispiel für Planungsfehler bei der Kartoffelbewirtschaftung hatten die Meldungen vom 1. Dezember 1941 gebracht: die Hauptvereinigung Kartoffelwirtschaft habe das Angebot deutscher Genossenschaften in Kroatien abgelehnt, 1'000 Waggons Kartoffeln zu liefern, weil der Preis zu hoch gewesen sei, obwohl er für die Steiermark nur wenig über dem für die nun aus dem Altreich gelieferten Kartoffeln gelegen habe. – 6. Ein besonderer Bericht vom 5. März schilderte vor allem den Kohlenmangel in Ostpreussen, Brandenburg und im Regierungsbezirk Düsseldorf als besorgniserregend; in Insterburg sei bereits das Kokslager der Gasanstalt gestürmt worden, im Kreis Braunsberg hätten bei 20 Kindern Frostschäden festgestellt werden müssen, und in Frankfurt/Oder habe Polizei die Kohlenstelle des Wirtschaftsamtes schützen müssen.

zum Zeitgeschehen Stimmung und Haltung der Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies gehe bis zur böswilligen Kritik und wirke sich auf die Geschlossenheit und Einsatzbereitschaft grosser Teile der Bevölkerung schädigend aus.

1. Gegenstand der Predigten und Inhalt vieler amtlicher Schreiben und kirchlicher Amtsblätter bilde seit Wochen die zurzeit ablaufende Glockenaktion.<sup>1</sup> Sie sei vom Klerus nicht zum Anlass genommen worden, die kirchlich gesinnte Bevölkerung durch eine sachliche Aufklärung im Sinne eines freudigen Einsatzes und willigen Verständnisses zu beeinflussen, sondern um durch «Glockenabschiedsfeiern», «Abschiedsgeläute» und Bemerkungen wie: «Man vergreift sich an Dingen, die dem Volke heilig sind», jede Einsicht in die kriegsbedingte Notwendigkeit dieser Massnahme zu verhindern und die Gläubigen mehr oder weniger offen gegen Staat und Partei aufzuhetzen.

Es ist das letztmal in diesem Jahr, dass die Glocken läuten, und wer weiss, wie es im kommenden Jahr aussehen wird. Es wird wie im Weltkrieg werden, auch da mussten die Glocken abgeliefert werden, und es war ganz eigen, dass sich von diesem Tag an die Erfolge in Niederlagen verwandelten.

(Aus der Predigt eines katholischen Geistlichen)

Die Kirchenglocken sind nun abgenommen worden, aber das Geläute wird in unserem Herzen weiterklingen. Das kann man uns nicht rauben!

(Aus der Predigt eines evangelischen Geistlichen)

In ähnlicher Weise äusserte sich Erzbischof Gröber, Freiburg, in einem Hirten Schreiben, das von allen Kanzeln verlesen wurde (veröffentlicht im Amtsblatt vom 16. Januar 1942). In diesem Schreiben versucht Gröber in die Herzen seiner Zuhörer den Verdacht einzupflanzen, die Glocken seien nur heruntergeholt worden, um die christliche Kirche noch vor den Feiertagen absichtlich zu berauben und mundtot zu machen. Als Beweis dafür könne es dienen, dass die Glocken noch heute «in Schmutz und Schnee begraben» auf ihren Abtransport warteten. Die Einziehung der Kirchenglocken werde von den Geistlichen als eine Spitze gegen die Konfessionen bezeichnet. Ihre Ablieferung sei durchaus nicht notwendig gewesen, da Deutschland, den Angaben der deutschen Propaganda zufolge, nach den bisher siegreich bestandenen Feldzügen ungeheure Materialvorräte erbeutet hätte. Es sei zur Genüge bekannt, dass die Regierung mit Vorliebe zuerst an die Klöster und Kirchen herangehe.

Zu Nr. 267

1. Nach einer Anordnung der Reichsstelle für Metalle waren von November 1941 an innerhalb eines halben Jahres alle Kirchenglocken bis auf eine für jede Gemeinde und mit Ausnahme der künstlerisch und historisch wertvollen als Rohmaterial abzuliefern; über die Reaktion der Bevölkerung war bereits am 2. Februar berichtet worden, u.a. über Demonstrationen bei An-

2. Besondere Unruhe hätten in der Bevölkerung die durch eine geschickte kirchliche Propaganda in allen Teilen des Reiches bekanntgewordenen Gerüchte um Oberst Mölders hervorgerufen.<sup>2</sup> In dem Bemühen, besonders hervorragende Soldaten propagandistisch herauszustellen, hatte sich die katholische Kirche auch der Persönlichkeit dieses Fliegerhelden bemächtigt mit dem Hinweis, nur der Katholizismus bringe solche überragende Gestalten hervor. Die grössten Helden seien auch stets die besten Katholiken gewesen, ein Zeichen, dass sich Heldentum und Christentum durchaus vereinigen liessen. Als Beweis für diese Behauptung wurde nach dem Tode Mölders ein angeblicher Brief desselben an den Propst von Stettin in Umlauf gesetzt, der sich bei der staatspolizeilichen Nachprüfung als Fälschung erwies und ebenso wie andere Verleumdungen und Unwahrheiten von der Mutter Werner Mölders' mit Empörung zurückgewiesen wurde:

Der Brief ist nicht von meinem Sohne geschrieben und auch gar nicht sein Stil. Ich habe mich schon sehr aufgeregt darüber, aber ich bin ja machtlos. Auch ist an mich in der ganzen schweren Zeit so viel an Verleumdungen und Unwahrheiten herangetreten, dass ich es nicht für möglich gehalten habe, dass es solche Menschen gibt.

Der Verbreitung des gefälschten Briefes war bereits die Ausstreuung zahlreicher Gerüchte vorangegangen, nach denen Oberst Mölders aus Protest gegen angebliche staatsfeindliche Massnahmen gegen Geistliche und Klöster keine Feindflüge durchgeführt habe, dass er nicht durch einen Unfall, sondern durch Eingreifen der SS («weil er als Katholik der Führung im Wege gestanden habe») getötet worden sei, dass er den katholischen Bischof von Münster aus dem Konzentrationslager geholt habe<sup>3</sup>, dass ihn der Führer wegen seiner konfessionellen Haltung nicht mehr bei einem Empfang beachtet habe, was er sich so zu Herzen genommen habe, dass er mit seinem Flugzeug absichtlich verunglückte, also Selbstmord begangen habe, usw.

Nach übereinstimmenden Meldungen wird diese kirchliche Propaganda bei der grossen Zuneigung, die Oberst Mölders bei der Bevölkerung genossen hat, von den Volksgenossen, die konfessionell nicht oder nicht unbedingt gebunden sind, mit grosser Empörung aufgenommen, und es wird im Hinblick auf die notwendige Wahrung der Ehre und der Reinhaltung des Bildes deutscher Helden ein scharfes Vorgehen verlangt.

3. Weitere Gerüchte, die den Zweck verfolgen, die Bevölkerung mit Misstrauen gegen den Führer, den Staat und die Partei zu erfüllen,

Noch zu Nr. 267

kunft der Abnahmekommissionen und Behinderung ihrer Tätigkeit. – 2. Der bis dahin erfolgreichste deutsche Jagdflieger war am 22. November 1941, bald nach seiner Ernennung zum Inspekteur der Jagdflieger, beim Absturz eines Kurierflugzeugs getötet worden. – 3. Über Bischof

beschäftigen sich mit einem angeblichen Befehl, der allen Angehörigen der SS bzw. der Waffen-SS gegeben worden sei, im Falle einer Verwundung, die eine unheilbare Krankheit zur Folge habe, den Freitod zu suchen.<sup>4</sup> Es habe sich ein SS-Mann, der infolge einer Verwundung im Osten an einer unheilbaren Krankheit litt, auf Befehl seines vorgesetzten SS-Führers selbst getötet. (Tatsächlich ergab sich in einem namentlich genannten Fall, dass der SS-Mann entgegen den Behauptungen durch einen Artillerievolltreffer gefallen war.)

Besonders grosse Ausmasse nehme die konfessionelle Zersetzungpropaganda durch fortlaufende anonyme Versendungen von Hetzpredigten einzelner Bischöfe, von Prophezeiungen, Kettenbriefen und staatsfeindlichen Aufrufen an. Wenn auch die Prophezeiungen und Kettenbriefe weniger beachtet würden, so zeige doch die Verbreitung von aufwiegelnden Predigten der Bischöfe beachtliche Rückwirkungen. Es hätten sich zum Beispiel viele Volksgenossen geweigert, an der Röntgenreihenuntersuchung teilzunehmen, da sie nach den Hetzpredigten des Bischofs von Münster und des Bischofs von Trier u.a. eine Ausscheidung (Euthanasie) als «unproduktive» Menschen befürchteten. Auch der Hirtenbrief des Bischofs von Münster über die Kinderlandverschickung, nach dem die Kinder in den Lagern ohne jede kirchlich-religiöse Betreuung verblieben, habe einen deutlichen Rückgang in den Meldungen zur erweiterten Kinderlandverschickung zur Folge gehabt.<sup>5</sup>

4. Besonders zahlreich seien Äusserungen in Predigten und Hirtenbriefen wie auch Gerüchte, die sich unter konfessionellen Gesichtspunkten mit den Kriegseignissen beschäftigen. So sei in der Westmark im Anschluss an eine Konferenz der Geistlichkeit die Behauptung verbreitet worden, dass unter der Hand in geheimen Berichten von allen Geistlichen beider Konfessionen eine zuverlässige Zusammenstellung über die tatsächliche Zahl der Gefallenen des Krieges gemacht worden sei. Nach diesen Berichten ergebe sich, dass das Altreich seit 1939 über 1 Million Gefallene zu verzeichnen habe. Da man diesen Berichten die Angaben der Presse gegenüberstelle, werde daraus der Schluss gezogen, dass man den deutschen Nachrichten nicht trauen dürfe und dass das Volk aus den Berichten des OKW nicht die Wahrheit erfahre.

Noch zu Nr. 267

Graf Galen, der nicht verhaftet wurde, oben Nr. 246 Anm. 8 und 251 Anm. 2; nach den Angaben von Thorwald, *Die ungeklärten Fälle*, 2. Aufl. 1950. S. 116 ff., hatte Mölders den Bischof durch einen Offizier um den Wortlaut seiner Predigten gebeten, um mit den Offizieren seines Geschwaders bei Hitler oder Göring zu seiner Unterstützung vorstellig zu werden, ausserdem sei ein Brief von Mölders an Göring verbreitet worden, in dem er gegen die Tötung der Geisteskranken protestierte. – 4. Ein derartiger Befehl Himmlers ist nicht nachzuweisen, er ist auch wenig wahrscheinlich. – 5. Durch die NS-Volkswohlfahrt, die schon vor dem Krieg erholungsbedürftige Kinder betreut hatte, wurden seit September 1940 alle Kinder aus luftkriegsgefährdeten Gebieten, deren Eltern das wünschten, kostenlos auf dem Land untergebracht und zwar

Mit besonderer Vorliebe würden in Kleruskreisen nach wie vor Gerüchte über einen bevorstehenden politischen Zusammenbruch und Kriegsmüdigkeitserscheinungen in Italien<sup>6</sup> in Umlauf gebracht.

Alle Schwierigkeiten und Mangelercheinungen im Reich, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, würden von klerikalen Kreisen der nationalsozialistischen Bewegung zugeschoben mit der Begründung, dass dieser Krieg eben ein nationalsozialistischer Krieg sei. Dagegen sehe man in Roosevelt und Churchill Verteidiger des Christentums. Es wurden Darstellungen in Umlauf gebracht wie:

Die USA werden ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus in Form der Blockade und Feindunterstützung bis zur Vernichtung weiterführen, wenn dieser Kampf auch viele Jahre dauern sollte. Ausschlaggebend für die Einstellung der USA ist nicht zuletzt die Haltung des Nationalsozialismus gegenüber den christlichen Kirchen.

Auch die religiöse Mentalität der Engländer werde immer wieder, besonders im Zusammenhang mit den aufgehobenen Feiertagen, der Bevölkerung gegenüber als nachahmenswertes Vorbild herausgestellt. So las z.B. ein Pfarrer den Kirchenbesuchern eine Geschichte eines englischen Schriftstellers vor, die mit folgenden Worten endete:

Wir Engländer sind reich geworden, indem wir am Sonntag nicht arbeiteten. Die Sonntagsruhe hat uns mit Wohltaten überhäuft; wenn am Sonntag die Arbeit ruht, arbeitet Gott für die Menschen. Die Engländer sind reich, weil sie sich jahrhundertlang am Sonntag der Ruhe hingeben.

5. Mit allen Mitteln werde versucht, die Gläubigen bei der Kirche zu halten. Immer wieder wurden Äusserungen von Geistlichen erfasst wie:

Es ist auffallend, dass, seit die Aktion gegen das Kreuz in der Schule durchgeführt wurde, so viele Leute in Russland gefallen sind.<sup>7</sup> Es ist verständlich, wenn Angehörige unserer Gemeinde, die die Kirche nicht mehr besuchen oder aus der Kirche ausgetreten sind, des göttlichen Schutzes nicht mehr teilhaftig werden und seitdem unaufhörlich vom Unglück verfolgt sind.

Gott wird seiner Kirche immer helfend beistehen. Und es ist bemerkenswert, dass alle diejenigen, die die Kirche bekämpfen, wie z.B. der

Noch zu Nr. 267

teils bei Pflegeeltern, überwiegend aber in Lagern, in denen Schulklassen zusammenblieben. Vor allem in den Lagern war eine religiöse Erziehung nicht vorgesehen; die Kritik daran war schon in einem Bericht vom 27. März 1941 behandelt worden. Andererseits schilderte ein Bericht vom 23. März 1942 die erfolgreichen Gegenmassnahmen beider Kirchen, die sich durch Briefe und Besuche auf die Kinder einzuwirken bemühten, und besonders Versuche, evangelische Kinder in katholischen Gebieten durch Pflegeeltern zum Übertritt zum Katholizismus zu beeinflussen. Vgl. unten den Bericht vom 18. November 1943. – 6. Am 9. März war gemeldet worden, es werde einzeln erzählt, Mussolini habe heftig gegen die katholische Kirche und das Königshaus zu kämpfen. – 7. Über die Entfernung der Kruzifixe aus den Klassenzimmern in Bayern 1941 vgl. Neu-

verstorbene Reichsminister Kerrl<sup>8</sup>, immer wieder eines plötzlichen Todes sterben!

Allen, die sich vom Glauben abwandten, wird auch im Kampf kein Schutz zuteil. Der Soldat, der einen Rosenkranz bei sich trägt und ihn fleissig betet, den schützt auch der Herrgott im Kriege. Es fallen immer am meisten die, die keinen Glauben haben.

Derartige Gerüchte und Äusserungen werden nicht auf einzelne Geistliche, sondern auf Richtlinien höchster kirdilicher Stellen zurückgeführt. Es habe sich eine höhere kirchliche Persönlichkeit in folgender Weise geäußert:

Die Hoffnungen des Klerus stützen sich auf die entschiedene Schwächung Deutschlands durch den Krieg mit dem Kommunismus, auf die Gegensätze zwischen Wehrmacht und Partei und auf den Ausfall Italiens.

Die schwächste Seite Deutschlands ist seine Wirtschaftslage, die zwangsläufig zu einem Zusammenbruch führen muss. Auch der Vatikan rechnet fest mit dem Zusammenbruch des Reiches, der durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eingeleitet wird. Alle Institutionen der Kirche sind diesem Plan dienstbar zu machen. Man muss die Bauern dafür gewinnen, die Landprodukte zurückzuhalten und die Erzeugung zu verringern, um dadurch Unzufriedenheit wegen der schlechten Ernährungslage zu erregen. Der erste Partner der Achse, der zusammenbrechen wird, ist Italien.

6. Der Hauptkampf der Konfessionen aber richtet sich gegen die nationalsozialistische Weltanschauung. Jede Gelegenheit, jedes Zeitgeschehen werde benützt, um die Bevölkerung im Sinne der christlichen Lehre zu schulen und ihr damit Kampfmittel gegen den Nationalsozialismus an die Hand zu geben. Ständig werde darauf hingewiesen, dass «die überwiegende Mehrheit der kämpfenden Soldaten gläubige Christen seien, dass man nicht damit rechnen dürfe, diese Männer in Kampf und Tod zu schicken für Dinge (gemeint ist die nationalsozialistische Weltanschauung), die ihrer heiligsten Überzeugung entgegenstünden, um sie nach ihrer Rückkehr vor vollendete Tatsachen, vor etwas Fertiges, Antichristliches zu stellen», dass die Front über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet werden müsse, dass die Kirche trotz der Glaubenskämpfe nicht überwältigt werden könne.

Es hat schon öfter grosse Könige gegeben. Sie alle haben mächtige Reiche geschaffen. Diese Könige sind längst tot. Ihre Reiche bestehen nicht mehr, aber einer ist, dessen Reich heute noch besteht und dessen Werke unvergänglich sind. Es ist Christus unser Herr und Gott...

Noch zu Nr. 267

hausier, Kreuz und Hakenkreuz. Teil 1. 1946. S. 119. – 8. Hanns Kerrl, seit 1935 Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, war am 13. Dezember 1941 im Alter von 54 Jahren plötzlich gestorben.



Auf Christus vertrauen, und wir werden durchhalten! Durch verräterische Judasseelen ist Christus und seine Kirche schon oft verraten worden, kam schon mancher Priester ins Gefängnis. Aber immer trug dies nur dazu bei, das Reich Gottes zu vergrössern.

Die Kirche wurde fast zwei Jahrtausende verfolgt. Trotzdem ihr keine Wehrmacht zur Verfügung stand, konnte sie nicht überwältigt werden. Und die Kirche wird bis auf den heutigen Tag verfolgt. Wiederum sagen ihre Feinde: Töte die Kirche, reisst Christus vom Kreuz!

Nun ist Deutschland in seinen schwersten Zeiten auf dem besten Wege durch die Monopolisierung religiös-weltanschaulicher, nationalsozialistischer Lehren sich zu spalten und damit einen schlechten Dank (durch Angriff auf das Christentum) jenen Millionen deutscher Menschen abzustatten, die als treue Christen evangelischer und katholischer Konfessionen für das Vaterland kämpfen und verbluten.

(Erzbischof Gröber, Freiburg)

Wir leben heute in einer Zeit des grössten Fortschritts. Es werden grosse Paläste gebaut und viele Flugzeuge erzeugt. Aber das alles sind nur weltliche Dinge, die wieder vergehen müssen. Wenn Du einmal in die Ewigkeit gehen musst, wird nicht viel gefragt werden, wieviel Paläste hast Du gebaut, wieviel Flugzeuge hast Du geschafeln, sondern nur, was Du für Dein Seelenheil getan hast. Brüderlichkeit, die auf die Worte Blut, Rasse, Volk und Nation aufgebaut ist, wird, wenn es darauf ankommt, immer versagen. Alle Menschen sind gleich, haben den gleichen Weg und das gleiche Ziel. Auch Christus kannte keinen Unterschied.

Es stehen sich jetzt zwei verschiedene Richtungen des Atheismus gegenüber. Auf der einen Seite der Bolschewismus, verbunden mit dem Weltfreimaurertum, und auf der anderen Seite der heidnische Nationalsozialismus. Beide sind in ihren Grundtendenzen vollständig einig. Ist denn wirklich nur die Sprache der einzige Trennungsgrund zwischen uns und den Russen? Haben sich Tausende der besten unseres Volkes dafür geopfert, weil wir dasselbe erstreben wie der Bolschewismus?

Ist es eine vaterländische Tat, das deutsche Volk seines christlichen Glaubens gerade jetzt zu berauben, wo Tausende in der Heimat den Verlust ihrer Väter, Söhne und Brüder nachweisbar kraft dieses Glaubens in tapferer Ergebenheit ertragen?

Wie vermögen wir den Bolschewismus zu überwinden, wenn wir unsere eigene religiöse Weltanschauung in Verwandtschaft mit der seinigen bringen?

Ich glaube doch lieber an eine Sache, die zwei Jahrtausende eingehend lehrhaft und im Leben erprobt worden ist, als an ein Neues, das noch tief in den Windeln liegt und – wer weiss – vielleicht bald in den Windeln

stirbt. Ungezählte religiöse Weltanschauungen liegen schon auf solchen Kinderfriedhöfen begraben.

Ich glaube lieber an eine Sache, die wirklich Millionen Menschen glücklich macht, als an eine andere, die erst ein solches Glück verheisst. Dabei steht es ausserhalb der Erörterung, dass das wahre Glück des Menschen nicht im Wohlstand oder nur in der Grösse seines Volkes beruht.

Es stünde schlimm um die Schärfe des deutschen Geistes, wenn er in einem ganzen Jahrtausend nicht darauf gekommen wäre, dass das Christentum zu seiner Art nicht passe. Dabei meine ich das wahre Christentum und nicht jenes, das Nichtwischer und Halbwischer oder Fälscher als Christentum ausgeben.

Die Weltgeschichte lehrt: «Nicht am Christentum gingen und gehen die Völker und Menschen zugrunde, sondern am Gegenteil davon. Möge sich das nicht in unserem Volk schrecklich erproben.

(Erzbischof Gröber, Freiburg: Zur religiös-weltanschaulichen Lage.)

Diese Fragen, die immer wieder in Predigten und Hirtenbriefen aufgeworfen würden, hätten bereits vielfach zu einer entsprechenden Einstellung grosser Teile des katholischen Bevölkerungsteiles geführt. Nicht selten werde zum Ausdruck gebracht, dass die katholischen Männer an der Front den Kampf gegen die Kirche nicht mitmachten. Wenn sie eines Tages von der Front heimkehren, würden sie die Kirche bis zum letzten verteidigen. Die Kirche aber werde durch diese Angriffe nur noch stärker und geschlossener.

Was niemand verstanden hat, das hat Hitler glänzend verstanden, nämlich die Kirche zu einen. Früher war man lax und faul. Heute sind die Kirchen überfüllt und die darinnen sind, das sind die Glaubensstarken. Die Herren, die die Kirche zu bekämpfen glauben, die wissen gar nicht, welchen Gefallen sie damit der Kirche erweisen. Je mehr man uns bekämpft, ob blutig oder unblutig, desto mehr gewinnen wir. Gerade das macht uns stark und härter und weil wir bekämpft werden, ist der Bestand garantiert. Auch in Russland ist die Kirche grösser als zuvor. Nach aussen wurde sie unterdrückt, dafür ist sie heimlich im Glauben stark geblieben.

Nr. 269 vom 19. März 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Nach den nunmehr aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen zur Führerrede anlässlich des Heldengedenktages<sup>1</sup> haben die Worte des Führers bei der Bevölkerung einen starken Widerhall gefunden.

Den stärksten und zweifellos nachhaltigsten Eindruck hinterliess der Satz in der Führerrede: «Wir wissen aber eines schon heute: Die bolschewistischen Horden, die die deutschen und die verbündeten Soldaten in diesem Winter nicht zu besiegen vermochten, werden von uns in dem kommenden Sommer bis zur Vernichtung geschlagen sein!» Diese Worte des Führers haben die von dem grössten Teil des deutschen Volkes getragene Hoffnung, dass der Bolschewismus noch in diesem Jahre vernichtend geschlagen werde, ausserordentlich gefestigt. Zahlreiche Volksgenossen brachten in diesem Zusammenhang sinngemäss zum Ausdruck, dass sich der Führer niemals in dieser Weise geäussert hätte, wenn er nicht selbst die restlose Überzeugung und Gewissheit habe, dass sich seine Voraussage bewahrheiten werde. Nur von einzelnen Volksgenossen wurden unter Hinweis auf die Unberechenbarkeit des sowjetischen Kräftepotentials und ähnliche Voraussagen der deutschen Kriegführung im vergangenen Jahr Zweifel laut, ob es tatsächlich noch in diesem Jahr gelingen werde, den Ostfeldzug zu einem siegreichen und endgültigen Abschluss zu bringen.<sup>2</sup>

Die Ausführungen des Führers, «dass der bolschewistische Koloss in weitem Abstand von den gesegneten Gefilden Europas seine endgültige Grenze finden werde», lösten ebenfalls starke Beachtung aus. Vielfach glaubte man aus diesen Worten einen gewissen Widerspruch zu den kurz vorher erfolgten Ausführungen des Führers, «dass die bolschewistischen Horden in dem kommenden Sommer bis zur Vernichtung geschlagen werden» und vereinzelt sogar die Erkenntnis zu lesen, dass es niemals gelingen werde, den Bolschewismus gänzlich zu zerschlagen. In welcher Form und vor allem, wo die vom Führer angekündigte zukünftige Grenzziehung erfolgen werde, beschäftigt weite Kreise in starkem Masse, wobei der Gedanke an den Bau eines gewaltigen Ostwalls – ähnlich dem Westwall – vorherrschend ist.

Mit tiefer Dankbarkeit für die heldenhaften Leistungen des deutschen Soldaten und verstärkter Zuversicht auf die weitere Entwicklung des Ostfeldzuges wurden die Worte des Führers «vom härtesten Winter seit 140

Zu Nr. 269

1. Wortlaut der Rede, die Hitler am 15. März beim Staatsakt im Berliner Zeughaus gehalten hatte, bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'848-1'832. – 2. Nach

Jahren», «von dem grausamen Schicksal, von dem die deutschen und die verbündeten Soldaten auf ihren inneren Wert gewogen wurden», und dass, «was immer in der Zukunft das Schicksal auch noch bringen mag, es nur leichter sein kann als das, was hinter uns liegt!» aufgenommen.

Die Schlussworte des Führers, «dass die Jahre des Kampfes trotz allem kürzer sein werden als die Zeit jenes langen und gesegneten Friedens, der das Ergebnis des heutigen Ringens sein wird», wurden vielfach so verstanden, dass selbst der Führer das Kriegsende nicht voraussehen könne und es noch in unabsehbarer Ferne liege. Hiervon wurden weite Kreise nachhaltig beeindruckt, da dadurch die von vielen gehegte Hoffnung auf ein eventuell doch noch baldiges Kriegsende nahezu schwand.

In verschiedenen Meldungen wurde über Äusserungen von Angehörigen gefallener Soldaten des Inhalts berichtet, dass der Führer in seiner Rede der Heldenehrung nur sehr kurz Rechnung getragen habe. Um so wohlthuender habe man in diesen Kreisen nach der eigentlichen Rede die in so herzlichem Ton geführte Unterhaltung des Führers mit verwundeten Soldaten empfunden, die seine innere Verbundenheit mit jedem einzelnen Soldaten und auch seine genaue Kenntnis von jedem Ort und jeder Schlacht des Ostfeldzuges in überzeugender Weise unter Beweis gestellt habe. In diesem Zusammenhang verdient die sinngemäss für einen grösseren Kreis zutreffende Äusserung eines Volksgenossen festgehalten zu werden, der seinen Eindruck in den Worten zusammenfasste: «Am Mikrophon war der Führer in erster Linie Staatsmann und Soldat», in seiner Unterhaltung mit den Verwundeten nur ‚Mensch und Kamerad‘.»

Im Vordergrund des Interesses stehen die sich in allen Teilen des Reiches immer mehr verdichtenden und in weiten Kreisen der Bevölkerung bereits als feststehende Tatsache hingenommenen Gerüchte über bevorstehende weitere erhebliche Kürzungen in der kommenden Zuteilungsperiode, die einen grossen Teil der Bevölkerung in einem derartigen Masse beschäftigten, dass sogar die letzte Führerrede keinen grösseren Stimmungsaufschwung auszulösen vermochte.<sup>3</sup> Besonders unter den schwerarbeitenden Volksgenossen habe wegen der zu erwartenden Massnahme eine erhebliche Beunruhigung Platz gegriffen, die vielfach in einer steigenden Verbitterung gegen die Kreise Ausdruck finde, denen Mangel und Not auch heute noch ein kaum gekannter Begriff sei,<sup>4</sup> da diese das erforderliche Geld, die

Noch zu Nr 269

den vorangehenden Meldungen vom 16. März wurde die Lage im Osten weiter «mit einer gewissen Beunruhigung» betrachtet, da sich «die Überzeugung allenthalben durchgesetzt» habe, «dass die Sowjetunion immer noch über riesige Reserven an Menschen und Kriegsmaterial verfüge». – 3. Die weit verbreiteten Gerüchte über die Rationskürzungen waren schon am 23. Februar, 2., 5. und 9. März behandelt worden; vgl. die folgende Nummer. – 4. Am 9. März war festgestellt worden, die schwierige Versorgungslage gebe teilweise Veranlassung zu verallgemeinerten Angriffen auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von denen behauptet werde, sie litten keine

nötigen Beziehungen und zumeist auch genügend Zeit hätten, um sich entsprechende Mangelware zu beschaffen.

In den vorliegenden Meldungen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade der jetzige Termin, wo weder grosse militärische Erfolge, die den einzelnen Volksgenossen seine persönlichen Sorgen und Nöte im Hinblick auf die unvergleichlichen Leistungen und grossen Entbehrungen der Soldaten an der Front leichter ertragen liessen, zu erwarten seien, noch mit der Möglichkeit einer Erhöhung der Kartoffelzuteilung durch Öffnung der Kartoffelmieten oder eine Verbesserung der Versorgungslage durch Gemüse gerechnet werden könne, der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für eine erneute Kürzung der Lebensmittelzuteilung sei.

Das Interesse der Bevölkerung am militärischen Geschehen wird durch die täglichen Ernährungssorgen und die Frage, ob eine weitere Lebensmittelkürzung in der kommenden Zuteilungsperiode erfolge oder nicht, in den Hintergrund verdrängt. Lediglich die Angehörigen von im Kampf stehenden Soldaten verfolgen die militärischen Kampfhandlungen mit grösserem Interesse, jedoch zumeist nur insoweit, als sie sich auf Grund der anhaltenden Angriffsversuche der Bolschewisten, der gemeldeten erneut eingetretenen Kältewelle und der grösseren Umfang annehmenden Gerüchte über zahlreiche deutsche Verluste an der Ostfront in stetiger Sorge um das Schicksal ihrer Angehörigen befinden. Die immer wieder erwartete Bekanntgabe der deutschen Verluste habe auf Grund der in letzter Zeit in der Presse zahlreicher erschienenen Gefallenenanzeigen (Augsburg, Karlsruhe, Königsberg, Schwerin) die Meinung aufkommen lassen, dass der Stellungskrieg im Osten während des Winters weit grössere Opfer gefordert habe als die Offensive des vergangenen Jahres.<sup>5</sup>

Die erfolgreiche Tätigkeit der deutschen U-Boote in den feindlichen Gewässern ist noch immer Gegenstand anerkennender Bewunderung und von Vermutungen, wie es den deutschen U-Booten möglich sei, ohne Stützpunkte einen derartigen Aktionsradius zu erzielen. In der Beförderung des Befehlshabers der U-Boot-Flotte, Dönitz, zum Admiral<sup>6</sup> sieht man aus diesem Grunde eine verdiente Anerkennung der heldenhaften Leistungen der deutschen U-Boot-Männer.

Durch den britischen Bombenangriff auf die türkische Stadt Milas in Anatolien ist die Türkei erneut in den Vordergrund des Interesses

Noch zu Nr. 269

Not, weil sie grosse Jagdreviere oder landwirtschaftliche Besitzungen hätten, auf alle Fälle aber mit Kohlen, Kartoffeln und Gemüse reibungslos beliefert würden. – 5. Der Gesamtverlust des deutschen Ostheers vom Beginn des Feldzugs bis Ende März 1942 betrug 1'107'830 Tote, Verwundete und Vermisste = 35% seines Bestandes (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland, 1962, S. 109); davon waren nach den Angaben Hitlers vom 11. Dezember 1941 bis 1. Dezember 733'046 gefallen bzw. verwundet worden oder vermisst. – 6. Vizeadmiral Dönitz war am 14. März zum Admiral befördert worden, 9 Monate später wurde er Grossadmiral und Nach-

gerückt.<sup>7</sup> Die Frage, wie die Haltung der Türkei gegenüber den kriegführenden Staaten sich nunmehr entwickeln und auf welche Seite sie sich schlagen werde, beschäftigt weite Kreise der Bevölkerung. Vereinzelt wird der britische Bombenüberfall auf Milas im Zusammenhang mit dem russischen Vorgehen in Iran als britischer Druck auf die Türkei angesehen.

Nr. 270 vom 23. März 1942 (Auszug)

### I. Allgemeines

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hat die Bekanntgabe der Herabsetzung der Lebensmittelzuteilungen<sup>1</sup> grosse Enttäuschung ausgelöst und insbesondere in Arbeiterkreisen zu einer nicht unbeträchtlichen Beunruhigung geführt. Wenn auch bereits seit Wochen von zu erwartenden Kürzungen gesprochen wurde, so hatten dennoch weite Kreise bis zur offiziellen Bekanntgabe immer noch die Hoffnung, dass es sich – wie schon so oft – auch dieses Mal nur um ein Gerücht handle. Um so enttäuschter war man deshalb, als die im Umlauf befindlichen Gerüchte nunmehr doch zur Tatsache wurden. In mehreren Meldungen wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Bekanntgabe der «einschneidenden» Lebensmittelkürzungen auf einen grossen Teil der Bevölkerung geradezu «niederschmetternd» gewirkt habe, und zwar in einem Ausmasse wie kaum ein anderes Ereignis während des Krieges. Wenn man sich im Allgemeinen auch darüber im Klaren sei, dass sich das deutsche Volk zur Erringung des Endsieges dieser neuen Situation anpassen müsse, so habe man bisher doch verhältnismässig wenige Stimmen feststellen können, die der erneuten Herabsetzung<sup>2</sup> der Lebensmittelzuteilung uneingeschränkt das erforderliche Verständnis entgegenbrächten. Insbesondere nehme die Arbeiterschaft der Grossstädte und Industriegebiete, die häufig schon die seitherige Versorgung als reichlich knapp ansah, nach den bisherigen Feststellungen vielfach eine Stellungnahme ein, die jegliches Verständnis für die Notwendigkeit der neuen Massnahme vermissen las-

Noch zu Nr. 269

folger von Raeder als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Erfolge der deutschen U-Boote waren durch Sondermeldungen am 11. und 14. März und in mehreren Wehrmachtberichten bekanntgegeben worden. – 7. Am 16. März hatten zwei englische Flugzeuge, die die italienischen Inseln des Dodekanes angreifen sollten, irrtümlich 12 Bomben auf Milas geworfen.

Zu Nr. 270

1. Für Normalverbraucher wurde die Fleischzuteilung ab 6. April von wöchentlich 400 auf 300 g, die Butterrations von 150 auf 123 g, die Zuteilung an Margarine von 96,87 auf 65,62 g, die Brotmenge von 2'250 auf 2'000 g herabgesetzt (Unveröffentlichte Tabellen des Statistischen Reichsamtes). – 2. Über die früheren Rationskürzungen oben Nr. 111, 143, 176. –

sen. Die Stimmung in diesen Bevölkerungskreisen sei auf einem im Verlauf des Krieges bisher noch nicht festgestellten Tiefstand angelangt. Zahlreiche Volksgenossen hätten ihrer Enttäuschung in ironisierenden Äusserungen über die angeblich sichergestellte deutsche Versorgungslage und vereinzelt sogar in unverhohlenen Andeutungen über die Minderung ihrer zukünftigen Arbeitsleistungen Ausdruck gegeben. Besonders hart würden die neuen Einschränkungen von den Hausfrauen empfunden, denen es infolge des Mangels an Kartoffeln und Gemüse nahezu unmöglich sei, ihre Familien ausreichend zu ernähren.

In den vorliegenden Meldungen wird nahezu einheitlich darauf hingewiesen, dass insbesondere die Kürzung der Brotration von allen Bevölkerungskreisen als besonders hart empfunden worden sei, um so mehr, als die Kartoffelverknappung keinerlei Ausgleichsmöglichkeit zulasse. Auch die Kürzung der Fettzuteilung ist Gegenstand erheblicher Kritik, während die Streichung von 100 g Fleisch noch am leichtesten verschmerzt wird. Die erhöhte Zuteilung von  $\frac{1}{8}$  Pfd. Käse wurde fast einheitlich als «sehr kleines Pflaster» gewertet.<sup>3</sup>

Im Zusammenhang mit der bekanntgegebenen Lebensmittelkürzung beschäftigt sich die Bevölkerung wieder in zunehmendem Masse mit der Frage nach der Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lebensmittel und sonstiger Mangelware.<sup>4</sup> Mit grosser Verbitterung wird – insbesondere in Arbeiterkreisen – davon gesprochen, dass sich ein grosser Teil der sogenannten bessergestellten Kreise auf Grund ihrer Beziehungen und ihres grösseren «Geldbeutels» zusätzlich zu den ihnen zustehenden Lebensmitteln irgendwelche Mangelware verschafft. Vielfach wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass nach dem Inkrafttreten der neuen Lebensmittelzuteilung der Tausch- und Schleichhandel eine noch stärkere Ausbreitung als bisher finden werde. Auch fehlt es nicht an Äusserungen, die sich gegen die Lebensführung einzelner Persönlichkeiten richten, denen angeblich nach wie vor Wild, Geflügel und sonstige Mangelware zur Verfügung stände.

Die militärischen Meldungen der letzten Tage wurden durch die Bekanntgabe der Lebensmittelkürzungen nahezu vollkommen in den Hintergrund verdrängt. Lediglich die Meldungen über die Lage im Osten fanden grössere Beachtung.<sup>5</sup> Mit steigender Sorge wurden vor allem die Nachrichten von der anhaltend starken Kälte und den unaufhörlichen Angriffen der Bolschewisten aufgenommen. Die Bekanntgabe der hohen sowjetischen Panzer- und Flugzeugverluste wurden als Beweis heftiger

Noch zu Nr. 270

3. Bisher waren in der Versorgungsperiode von 4 Wochen 250 g Käse zugeteilt worden, nun 312,5 g. – 4. Vgl. oben Nr. 246; nach den dort Anm. 6 erwähnten «Meldungen über zunehmenden Tausch- und Schleichhandel vom September 1941 wurden im Schleichhandel für 1 kg Butter 20,-RM, für ein Ei bis zu 1,- RM, für 500 g Zucker 0,80 RM geboten und enthielten 70% aller Paketsendungen aus der Gegend von Linz bewirtschaftete Lebensmittel. – 5. Die Wehrmachtberichte hatten

Kämpfe gewertet. Beachtung fand auch die Besetzung des Iran durch die Bolschewisten.

Nach den vorliegenden Meldungen aus den Westgebieten des Reiches haben die heftigen Luftangriffe der Engländer in letzter Zeit zu einer grösseren Beunruhigung der Bevölkerung geführt.<sup>6</sup> Besondere Besorgnis sei vor allem durch das Abwerfen phosphorgefüllter Kanister ausgelöst worden, die starke Brände hervorgerufen hätten und denen gegenüber sich die Bevölkerung ziemlich hilflos fühle. Den bekanntgegebenen Verlustmeldungen bei Fliegerangriffen schenke man keinen rechten Glauben mehr, da angeblich nur die in Luftschutzkellern getöteten Personen gezählt, jedoch die Zahl der Vermissten und Verschütteten nicht einbezogen würde. Vielfach wurde auch Klage geführt über einen angeblich verspäteten Einsatz des SHD<sup>7</sup> und über die Dauer der Bergungs- und Aufräumungsarbeiten.

## 11. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 20. bis 23.3.1942**

Die Tatsache der Kürzung der Lebensmittelzuteilungen hat in der Berichtszeit alle anderen Ereignisse überdeckt. Bereits die in den letzten Tagen häufiger gebrachten Hinweise auf Verknappungserscheinungen und Lebensmittelkürzungen in England seien in Verbindung mit den umlaufenden Gerüchten als «sanfte Vorbereitung» aufgefasst worden.<sup>8</sup> Häufig habe man Szenen beobachten können wie die, die sich bei der Lektüre der «Berliner Volkszeitung» vom 18. 3. 1942 in der U-Bahn abspielte: Der eine Volksgenosse reichte dem anderen seine Zeitung mit der Schlagzeile «Verkürzung der Rationen in England» und fragte «Merkst Du was?» worauf der andere antwortete «Nachtigall, ick hör' dir trapsen». Diese Art der Vorbereitung auf ungünstige Ereignisse und Entwicklungen liege im Rahmen der Erfahrungen, die die Volksgenossen seit langem mit der Propaganda gemacht hätten. Die nunmehr erfolgte Bestätigung dessen, was in den letzten Wochen über bevorstehende Kürzungen herum-

Noch zu Nr. 270

Abwehrkämpfe vor allem vom Südabschnitt der Ostfront gemeldet. – 6. Das Oberkommando der Wehrmacht hatte in seinen Berichten nur vereinzelte Angriffe mit geringen Verlusten zugegeben; eine neue Phase des Luftkriegs begann erst am 28./29. März 1942 mit dem Übergang zum Flächenbombardement (Dokumente deutscher Kriegsschäden Bd. 1. 1958. S. 32). – 7. Sicherheits- und Hilfedienst, eine zu Beginn des Krieges vorwiegend aus älteren Wehrpflichtigen des Einsatzortes aufgestellte Hilfspolizei zur Bekämpfung der Folgen von Luftangriffen. – 8. Am 17. März hatte die Presse die Weisung erhalten, Äusserungen des englischen Ernährungsministers Lord Woolton über



gesprochen worden ist, beeinträchtigt nach den gemachten Beobachtungen erneut das Verhältnis zu den öffentlichen Führungsmitteln und verstärkte die Glaubwürdigkeit des Gerüchts und aller nicht offiziellen Nachrichtenquellen.

Trotz des allmählichen Einrichtens auf die Lebensmittelkürzungen habe die nunmehr erfolgte Veröffentlichung eine starke Wirkung auf alle Kreise der Bevölkerung. Die zahlreichen und immer bestimmter gehaltenen Gerüchte und die, wie es von den Volksgenossen verstanden wurde, indirekten Vorbereitungen durch die Presse hätten in jedem Fall einen Rest an Hoffnung gelassen, dass die als sehr weitgehend empfundenen Kürzungen doch nicht eintreten würden. Die Masse der Volksgenossen sei durch die Tatsache der Kürzung in einem Masse berührt, dass sie die von der Presse gebrachten Kommentare und Begründungen nicht in Ruhe lesen und in sich aufnehmen könne. Die Volksgenossen wollen sich zahlreicher früherer Veröffentlichungen entsinnen, die sämtlich auf der Linie gelegen hätten, dass die Ernährungslage in Deutschland in diesem Kriege unbedingt und für alle Fälle gesichert sei und dass der Krieg in dieser Hinsicht fünf, zehn und mehr Jahre dauern könne. Es sitze die Erinnerung fest, dass nach früheren Veröffentlichungen die Ernten Europas zur Verfügung stünden und dass die Ernteergebnisse immer und überall günstig gewesen seien. Der Propaganda wird der Vorwurf gemacht, dass sie mit dem jetzigen Hinweis auf die Ungunst der Witterung während der beiden letzten Jahre und auf die aus diesem Grunde nur durchschnittlichen Ernten Mühe habe, ihre bisherige «Schönfärberei zu entschuldigen» und dem Volke die wirkliche Situation klarzumachen. Das Argument, dass den Finnen kameradschaftlich geholfen werden müsse, wird für nicht so gewichtig angesehen. Selbstverständlich müssten die Finnen unterstützt werden, aber nach dem bisherigen Bild einer gesicherten Ernährungslage Deutschlands könne es nicht in dem Masse in die Waagschale fallen, wenn wir den wenigen Millionen Finnen zusätzlich Brotgetreide lieferten. Die Notwendigkeit, auch andere Länder und die besetzten Gebiete mit zu versorgen, gehe der Mehrzahl der Volksgenossen wenig ein. Man habe keine Vorstellung davon, dass diese anderen Länder und Gebiete für die Gesamtentscheidung des Krieges und die deutsche Rüstungskapazität nicht ausgelassen werden könnten. Hinsichtlich der Versorgung der auslän-

Noch zu Nr. 270

eine bevorstehende Kürzung der Fleischrationen zu beachten, am 18. März war eine «gute sachliche Hervorhebung» der Meldungen über neue Einschränkungsmassnahmen in England empfohlen worden, und am 19. März waren die Richtlinien für die «Propagandaaktionen wegen der Kürzung der Lebensmittelrationen» ergangen; darin hiess es: «Alles in allem ist es Aufgabe der deutschen Presse, die Zuversicht der Bevölkerung zu stärken und ihr klar zu machen, dass wir diese Senkungen nicht durchführen, weil nichts da ist, sondern weil wir eine systematische Volkswirtschaft bis zur siegreichen Beendigung des Krieges betreiben.» (Vertrauliche Informationen Nr. 70-72/42)

dischen Arbeiter und der Kriegsgefangenen wird in der Arbeiterschaft immer wieder die Meinung vertreten, dass deren Leistungen in keinem Verhältnis zu den Verpflegungssätzen ständen.

Über die Meldungen zur Lebensmittellage in England werde nunmehr in verstärktem Masse diskutiert. Die Presse bringe niemals wirkliche Vergleichszahlen, sondern nur unbestimmte Vergleiche wie die, dass England nur etwa  $\frac{1}{3}$  der Menge des Fleisches von 1917 bekomme u.a. Zum Teil könne man zwischen den Zeilen ablesen, dass die blockierten Engländer noch besser dastünden als das blockadefreie Reich. So wurde beispielsweise von Berliner Volksgenossen auf das «12-Uhr-Blatt» vom 20. 3. 1942 verwiesen, in dem es hiess «In verschiedenen wichtigen Nahrungsmitteln erhält er bereits weniger als der Deutsche. Und dabei stehen die britischen Zuteilungen oftmals nur auf dem Papier.»

Der Propaganda gegenüber wird erneut der Wunsch nach grösserer Offenheit geäussert. Man hoffe, dass der Führer oder Hermann Göring einmal zur Ernährungslage sprächen, damit man genau zu erfahren bekomme, wie es damit wirklich bestellt ist.

Nr. 271 vom 26. März 1942 (Auszug)

#### IV. Verwaltung und Recht

##### **Meldungen über die stimmungsmässigen Auswirkungen der Strafrechtspflege<sup>1</sup>**

Unter den aus allen Gauen des Reiches in grosser Zahl vorliegenden Meldungen über Stimmungsäusserungen der Bevölkerung zur Kriegsstrafrechtspflege überwiegen weitaus diejenigen, die sich auf die strafrechtliche Verfolgung der Verstösse gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen beziehen. Aus diesen Meldungen geht übereinstimmend hervor, dass die Bevölkerung dieses Gebiet der Kriegsstrafrechtspflege ausgesprochen kritisch beobachtet und dass alle in diesem Zusammenhang auftretenden Erscheinungen die Haltung der Bevölkerung zum Kriege wesentlich zu beeinflussen vermögen. Von den wiederholten Worten des Führers und anderer führender Persönlichkeiten ausgehend, dass in diesem Kriege die

Zu Nr. 271

1. Meldungen unter diesem Titel waren bereits am 18. Dezember 1941 und am 19. März 1942 vorgelegt worden, ein weiterer folgte am 13. April; sie befassten sich u.a. mit der unterschiedlichen Höhe der Strafe in gleichartigen Fällen und mit der unzureichenden Berichterstattung der Presse. Die Meldungen, die dem Justizministerium – ergänzt durch Unterlagen über Einzelfälle – vorgelegt wurden, bereiteten die spätere «Steuerung der Strafrechtspflege» vor (oben Nr. 386, vgl. auch die Einleitung). –

Lasten gerecht auf alle verteilt werden müssten, dass keiner an diesem Kriege gewinnen dürfe und dass alle, die sich gegen diese Forderungen vergingen, rücksichtslos und ohne Ansehen der Person zur Rechenschaft gezogen würden, nimmt die Bevölkerung jedes Strafurteil, das diesen Grundsätzen gerecht wird, mit uneingeschränkter Zustimmung auf. Immer wieder wird gemeldet, dass die Bevölkerung stets nur ihrer Meinung nach zu milde Urteile kritisiere, selbst härteste Urteile dagegen regelmässig begrüsse.

Eine zusammenfassende Betrachtung der Meldungen zum strafrechtlichen Einschreiten bei Verstössen gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen ergibt ein nahezu für das ganze Reichsgebiet einheitliches Stimmungsbild. Die Meldungen stimmen darin überein, dass in dieser Hinsicht von einer gewissen Vertrauenskrise gesprochen werden könne. Gerade der Schleichhandel und die Schiebergeschäfte seien typische Kriegerserscheinungen, die den Volksgenossen in der Heimat in grossem Masse beschäftigen und von ihm zum Massstab des Vertrauens gegenüber dem Staat gemacht würden. In demselben Masse, wie der Staat diesen Erscheinungen gegenüberübertrete, verhalte sich das Vertrauen des Einzelnen zur Strafrechtspflege. Ein zögerndes Vorgehen gegen diese Kriegerserscheinungen bewirke auch ein Absinken des Vertrauens.

Die Beobachtungen der Bevölkerung im täglichen Leben bewiesen, dass es immer noch und immer wieder Volksgenossen gebe, die es verständen, ihre eigene Lage durch allerlei Geschäfte und Schiebungen zu verbessern. Insbesondere seien die vielen über die Lebenshaltung höhergestellter Persönlichkeiten im Umlauf befindlichen Gerüchte geeignet, bei den Volksgenossen den Eindruck zu erwecken, dass es diesen, überhaupt den bessergestellten Kreisen, auf Grund des «Vitamin B»<sup>2</sup> gelinge, sich besser durch den Krieg zu helfen als die Masse des Volkes. Die Ansicht, dass in diesen Kreisen in grossem Umfange geschoben werde, sei fast Allgemeingut weiter Kreise des Volkes geworden. Dass andererseits aus diesen Kreisen niemand gefasst werde und dass diese Schiebungen nicht unterbunden würden, werde ebenso fast allgemein behauptet. Die Vermutung, dass hier mit zweierlei Mass gemessen werde, führe zu einer Spaltung der Volksgemeinschaft, zur Abnahme des Vertrauens in eine gerechte Verteilung aller Lasten des Krieges und darüber hinaus zu einem Absinken der Moral insofern, als der einfache Volksgenosse nunmehr das Recht für sich in Anspruch nehme, seinerseits ebenfalls zu schieben.

Die Auffassung, dass der Staat den Schiebungen höhergestellter Persönlichkeiten nicht mit der erforderlichen Schärfe gegenüberübertrete und dass in dieser Hinsicht mit zweierlei Mass gemessen werde, sei insbesondere in der arbeitenden Bevölkerung allgemein verbreitet. Nicht immer könnten

Noch zu Nr. 271

2. Bezeichnung der Umgangssprache für «Beziehungen». –

freilich die Volksgenossen, wenn sie nach den Gründen für diese Auffassung gefragt würden, tatsächlich auch Beispiele anführen, die solche Ungerechtigkeiten bestätigen würden. Es dürfe jedoch nicht übersehen werden, dass sich im Laufe des Krieges weiter Kreise der Bevölkerung ein ständig wachsendes Misstrauen bemächtigt habe.

Jedes Strafverfahren gegen Kriegswirtschaftsverbrecher werde deshalb hinsichtlich des Strafmasses und aller Begleitumstände genauestens verfolgt. Aus zahlreichen Meldungen ist zu ersehen, dass jedes als zu milde empfundene Urteil etwa gegen Schwarzschlächter oder Lebensmittelschieber sofort misstrauische Äusserungen in der Bevölkerung auslöse. Es heisse dann regelmässig, der Grund für die milde Strafe könne nur der sein, dass an den Verfehlungen des Angeklagten einflussreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mitbeteiligt gewesen seien und man deshalb den Angeklagten habe schonen müssen, um die «Grossen» nicht mit in das Verfahren hineinzuziehen.

Ein dafür bezeichnendes Beispiel, das, wie zahlreiche aus anderen Meldungen zu entnehmende Beispiele gleicher Art bestätigen, allgemein Bedeutung hat, wird aus Aachen gemeldet. Danach wurden 21 Angeklagte in einem Verfahren wegen Schwarzschlachtungen abgeurteilt. Wegen der sehr beträchtlichen Mengen, die von den Hauptbeteiligten beiseitegeschafft worden waren, habe sich die Bevölkerung wochenlang mit den Hintergründen dieses Falles beschäftigt und lebhaft über das voraussichtliche Strafmass diskutiert. Man habe mindestens 1 Todesurteil erwartet, sei aber von vornherein sehr skeptisch eingestellt gewesen, weil die tollsten Gerüchte über die angebliche Beteiligung höhergestellter Persönlichkeiten im Umlauf gewesen seien. Tatsächlich habe nun zwar der Staatsanwalt die Todesstrafe gegen den Hauptangeklagten beantragt. Das Gericht habe jedoch nur auf 5 Jahre Zuchthaus erkannt, so dass die Bevölkerung nunmehr der festen Überzeugung sei, es sei nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die auffällige Abweichung zwischen dem Strafantrag des Staatsanwaltes und dem Urteilsspruch des Gerichtes könne man sich nur durch eine entsprechende Beeinflussung des Gerichtes erklären. So erheblich könne die Beurteilung der Straftat durch den einen Juristen von der durch den anderen nicht abweichen; da sei irgend etwas nicht in Ordnung. Ohne dass zunächst tatsächliche Anhaltspunkte für eine ungerechte Verfahrensweise festgestellt worden sind, sei in der Bevölkerung noch immer die Meinung vertreten, das milde Urteil könne nur auf die «Patenschaft» gewisser Kreise zurückzuführen sein, die laufend Abnehmer des schwarzgeschlachteten Fleisches gewesen seien und die deshalb ein Interesse an einer möglichst milden Bestrafung der Angeklagten hätten haben müssen.

Andererseits sei festzustellen, dass jedes Urteil, das auch vor den sogenannten «Grossen» nicht haltmache, jeweils wie ein reinigendes Gewit-

ter wirke und die Haltung der Bevölkerung mit einem Schlage festige. Chemnitz meldet beispielsweise, dass in einem umfangreichen Fettschiebungsprozess der Hauptangeklagte, ein Ehrenzeichenträger der Partei, zum Tode verurteilt und kurz darauf auch hingerichtet worden sei. Seit diesem Zeitpunkt sei das Gerede in der Bevölkerung, es werde mit zweierlei Mass gemessen, die Parteigenossen und sonstigen einflussreichen Persönlichkeiten könnten sich alles leisten, und es sei eben genau wie im vorigen Kriege, «die Kleinen hänge man, die Grossen lasse man laufen», merklich verstummt. Man habe jetzt wieder viel mehr Vertrauen zur Gerechtigkeit des Staates.

Aufs Ganze gesehen ist allerdings aus den Meldungen zu ersehen, dass die Beispiele für ein als ungerecht empfundenenes Vorgehen denjenigen nahezu gleichkommen, in denen rücksichtslos durchgegriffen worden ist. Teilweise sei freilich die Bevölkerung über die wirklichen Zusammenhänge eines Strafverfahrens nicht hinreichend unterrichtet und gelange deshalb manchmal zu Fehlschlüssen. Das sei aber im Wesentlichen auf immer wiederkehrende Beobachtungen der einzelnen Volksgenossen im täglichen Leben zurückzuführen, die berechtigten Anlass für eine misstrauische Einstellung böten. Das Misstrauen habe sich in der Bevölkerung auf Grund der verschiedensten Wahrnehmungen schon so tief eingefressen, dass sie auf jede Verwicklung höhergestellter Persönlichkeiten in unsaubere Geschäfte mit Vermutungen über eine angebliche Vertuschung, mit Gerüchten über eine wahrscheinliche Rückendeckung durch führende Persönlichkeiten oder über angebliche Eingriffe in schwebende Strafverfahren usw. reagiere.

Berlin meldet beispielsweise solche Erscheinungen im Zusammenhang mit der Beteiligung einer Reihe namhafter Schauspieler an Butterschiebungsgeschäften. Diese Schauspieler haben nach der Meldung von einem Theaterangestellten, der zusammen mit einem Tonregler des gleichen Theaters, einigen Reichsbahnbediensteten und einem Gastwirt erhebliche Mengen Butter beiseite geschafft hatte, solche Butter ohne Bezugsberechtigung in teilweise nicht unerheblichen Mengen (bis zu 55 kg) bezogen. Die Urheber der Butterschiebungen sind mit Ausnahme des Gastwirts, der eine hohe Zuchthausstrafe erhalten hatte, sämtlich zum Tode verurteilt worden. Gegen die betroffenen Schauspieler schwebt ein Verfahren, das noch nicht abgeschlossen ist.

Bereits jetzt befänden sich Gerüchte im Umlauf, nach denen aus der langen Dauer der Ermittlungen auf eine angebliche Niederschlagung des Verfahrens geschlossen werde. Wiederum könne man hören, dass mit den guten Beziehungen, die jene Schauspieler zu führenden Stellen besäßen, aus dem Verfahren wahrscheinlich nichts werde. Die kleinen Leute seien ja schon einen Kopf kürzer gemacht worden, die «Grossen» aber kämen,

wenn es ganz schlimm für sie ausliefe, allenfalls mit einer grösseren Geldstrafe davon. Wie in zahlreichen anderen Fällen wird auch in diesem Zusammenhang gemeldet, in der Bevölkerung entstehe regelmässig, beinahe zwangsläufig, der Eindruck, dass heutzutage ganz glatt nur noch Strafverfahren gegen den «kleinen Mann» abliefen. Bei den «Grossen» genüge es bereits, dass den Behörden deren gute Beziehungen nur bekannt zu sein brauchten, um sie zu einem vorsichtigen Vorgehen zu veranlassen.

Zusammenfassend ergibt sich aus den zahlreichen übereinstimmenden Meldungen aus dem ganzen Reichsgebiet für die Einstellung der Bevölkerung zur Strafverfolgung von Volksgenossen, die sich gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen verstossen, folgendes:

Die Bevölkerung verlange gegen jede Art strafbarer Beeinträchtigung von Kriegsinteressen ein rücksichtsloses Vorgehen. Sie erwarte aber vor allem auch, dass in dieser Hinsicht gerecht, d.h. ohne Rücksicht auf gute Beziehungen politischer oder anderer Art vorgegangen werde. Sobald Zweifel entstünden, dass rücksichtslos eingeschritten werde, oder dass Schiebungen irgendwelcher Art, die Leute mit guten Beziehungen begünstigen, stillschweigend geduldet würden, verkehre sich die Wirkung der Todesurteile in das Gegenteil. Sie würden dann als krasse Ungerechtigkeit empfunden. Darüber hinaus verliere dadurch die Bevölkerung jedes Vertrauen zur Staatsführung und die Haltung der Bevölkerung im gegenwärtigen Kriege werde in höchst bedenklicher Weise beeinträchtigt.<sup>3</sup>

Nr. 273 vom 2. April 1942 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 31.3. bis 2.4.1942**

1. Der Aufsatz «Offene Aussprache» von Reichsminister Dr. Goebbels<sup>1</sup> ist nach den nunmehr aus dem gesamten Reichsgebiet vorliegenden Berichten überall mit grosser Aufmerksamkeit gelesen worden. Vielfach sei

Noch zu Nr. 271

3. Am 23. April, 14. Mai und 4. Juni 1942 wurde das Thema der Urteile wegen Kriegswirtschaftsverbrechen nochmals behandelt und zwar am Beispiel der Todesurteile gegen einen Geschäftsmann in Weimar und den Direktor eines Braunschweiger Werks, von denen nur das erste sofort vollstreckt worden sei, so dass die günstige Wirkung des zweiten verfliegen sei.

Zu Nr. 273

1. In «Das Reich» Nr. 13 vom 29. März 1942; Goebbels hatte sich darin gegen die Beschönigung und Bagatellisierung der Kürzungen gewandt und den Gedanken der «gerechten Verteilung»

er als «längst fällig» erwartet worden. Es sei wirklich einmal an der Zeit gewesen, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. In Bezug auf die Begründung der Lebensmittelkürzungen werde von den Volksgenossen jedoch immer wieder auf frühere Darstellungen der deutschen Versorgungslage durch führende Persönlichkeiten oder in der Presse verwiesen, wobei stets von sehr guten Ernteergebnissen die Rede gewesen sei. Dass es jetzt darum gehe, einen «Anschluss an die nächste Ernte» zu finden, werde teilweise als sehr bedrückend empfunden. Man sei überrascht, dass unsere Ernährungslage so schwierig geworden sei. Dem Hinweis auf Einschränkungen in England begegne man sehr zurückhaltend, da über den Umfang der dortigen Rationierungen keine näheren Angaben gemacht würden. Es wird vielfach gemeint, dass die deutsche Propaganda um diesen Punkt «wie die Katze um den heißen Brei» herumgehe, und gefolgert, dass die Versorgung in England «doch noch besser sein müsse als bei uns».

Das in dem Aufsatz sehr ansprechende Verständnis für die Lage der breiten Masse des Volkes sei in der Wendung: «Wir sehen manchmal am Abend unsere Arbeiter in den Strassen- und U-Bahnen sitzen» unter Berliner Arbeitern vielfach als «gutgemeint» aufgefasst worden. Unter dem «wir» könnten eigentlich nur Regierungsmitglieder gemeint sein, die aber wohl kaum die Strassenbahn oder U-Bahn benutzen würden.

Allgemein habe das Interesse der Bevölkerung weniger den Ausführungen über die Notwendigkeit der Kürzungen als vielmehr der Kampfansage gegen den Tausch- und Schleichhandel gegolten.<sup>2</sup> Ihr werde durchweg lebhaft zugestimmt, doch sei überall eine starke Erwartung insbesondere der Arbeiterschaft zur Frage der konsequenten Durchführung der angekündigten Massnahmen zu beobachten. Äusserungen wie: «Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube» kehrten immer wieder und steigerten sich teilweise zu recht krassen Bemerkungen. Dabei werde von den Volksgenossen häufig auf eine bisher angeblich bessere Lebenshaltung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Bezug genommen. Man erwarte, dass sich alle ohne Unterschied den gleichen Lebensbedingungen unterstellten. Vielfach heisse es in den Unterhaltungen der Volksgenossen «Die Herren da oben haben gut reden», denn sie brauchten ja wohl nicht mit den gewöhnlichen Wochenrationen auszukommen. Dabei werde häufig von sogenannten «Diplomatenzuweisungen» gesprochen.

2. Im Zusammenhang mit dem Artikel «Offene Aussprache» habe die Bekanntgabe der Urteile gegen Lebensmittelschieber<sup>3</sup> überall Beachtung und Zustimmung gefunden.

Noch zu Nr. 273

in den Mittelpunkt gestellt. – 2. Je stärker die Belastung der Allgemeinheit sei, desto schärfer müsse «ohne Gnade und rücksichtslos», auch mit der Todesstrafe, gegen Schieber und Schleichhändler durchgegriffen werden, hatte Goebbels erklärt. – 3. Bei den Urteilen, die nach den Ver-

3. Nach verschiedenen Meldungen würden die jetzt mehrfach in den Zeitungen gebrachten guten Ratschläge zur Verwendung der neuen Lebensmittelrationen heftiger Kritik unterzogen. So habe beispielsweise die Notiz «Kann man Fleisch strecken» im «Angriff» vom 25. 3. insbesondere in Arbeiterkreisen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Man sei der Ansicht, dass der Verfasser ein «Küchenstrategie» sei, der von den Sorgen der Hausfrauen und von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung hätte. Als Streckmittel, um Wurst zu sparen und Butter durch verschiedene Zusätze zu verlängern, schlage er Tomatenmark, Meerrettich, Senf und Küchenkräuter vor. Ihm sei anscheinend nicht bekannt, dass es diese Dinge überhaupt nicht gebe (Berlin). Ähnliche Stimmen liegen auch zu Ausführungen der «Rheinischen Landeszeitung» vom 23. 3. «Wie teilen wir unsere Fettration ein» und «Wie kommen wir mit der Fleischration aus» vor sowie zu «Was mache ich mit der neuen Fleischration» in der Treuenbrietzer Zeitung «Der Streiter» vom 26. 3. 1942.

4. Die Berichte über den englischen Bombenangriff auf Lübeck<sup>4</sup> sind mit starker Anteilnahme gelesen worden. Vielfach werde der Wunsch nach einer abschliessenden Bekanntgabe der Todesopfer sowie nach Bildern über den Umfang der Zerstörungen an Bauten und Kunstschatzen geäussert.

5. Bei der Meldung über den britischen Landungsversuch bei St. Nazaire sei die schnelle Bekanntgabe dieses Angriffes anerkennend vermerkt worden.<sup>5</sup> Vielfach stosse jedoch der Ausdruck «verhaftet» im Zusammenhang mit der Gefangennahme von Engländern auf Ablehnung. Bei einer Truppe wie diese Engländer, die ihren Auftrag mit Schneid und Todesmut durchzuführen versuchten, könne man nicht ironisch von «verhaften» sprechen.<sup>6</sup> Man empfinde diese Ausdrucksweise zum Teil als Herabsetzung der Abwehrleistung der eigenen Soldaten.

Noch zu Nr. 273

traulichen Informationen für die Presse ohne besonderen Kommentar wiederzugeben waren, handelte es sich um zwei Todesurteile des Sondergerichts Königsberg gegen 2 Schwestern eines Kinderkrüppelheims, die zugeteilte Lebensmittel verschoben hatten, um ein Rostocker Todesurteil gegen einen Metzger wegen Schwarzschlachtungen und ein Urteil des Sondergerichts Bielefeld über 15 Jahre Zuchthaus gegen einen Lebensmittelhändler, der Waren zu Überpreisen ohne Marken verkauft hatte (Münchener Neueste Nachrichten Nr. 90 vom 31. März 1942). – 4. Am 28./29. März, bei dem erstmals ein Flächenbombardement erfolgt war; der Angriff hatte 320 Tote und 785 Verletzte gefordert und 1'044 Wohnhäuser zerstört, nur 50 Tote und 200 Verletzte waren zugegeben, dafür aber die Zerstörung von Kulturdenkmälern in der Presse gross herausgestellt worden (Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft, 1960. S. 363, 2. Beiheft, 1962. S. 89, 91). – 5. In der Nacht zum 28. März hatten englische Truppen versucht, den U-Boot-Stützpunkt Saint Nazaire zu zerstören, was zum Teil gelungen war (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. S. 206 f.). – 6. In dieser Bezeichnung kündigte sich bereits an, dass die deutsche Führung die feindlichen Sabotagetrupps nicht als Soldaten anerkennen wollte: der sogenannte «Kommandobefehl» Hitlers vom 18. Oktober 1942 ordnete an, dass ihre Angehörigen «niederzumachen» oder der Sicherheitspolizei (zur Erschiessung) zu übergeben seien (Wortlaut bei Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 585 ff.).



Nr. 277 vom 20. April 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Das in weiten Kreisen der Bevölkerung zunehmende Interesse an den militärischen und aussenpolitischen Ereignissen, das vor allem in lebhafteren Erörterungen über die Kriegslage und die zu erwartenden militärischen Operationen an den verschiedenen Fronten Ausdruck findet, lässt erkennen, dass die während des Winters von einem grossen Teil der Bevölkerung an den Tag gelegte abwartende Haltung gegenüber dem Kriegsgeschehen überwunden ist. Durch das Ausbleiben grösserer militärischer Erfolgsmeldungen<sup>1</sup> und die Ungewissheit über den Beginn und das Ausmass der vom Führer angekündigten Frühjahrsoffensive wie auch durch die noch nicht annähernd absehbare Dauer des Krieges, beschäftigt sich die Bevölkerung jedoch noch immer in erheblichem Masse mit den täglich fühlbarer werdenden Versorgungsschwierigkeiten.

Die nunmehr nahezu aus sämtlichen Teilen des Reiches gemeldeten Gerüchte über weitere Kürzungen<sup>2</sup>, die angeblich bereits in der kommenden Zuteilungsperiode in Kraft treten würden, beunruhigen die Bevölkerung nachhaltig und bewirken vielfach, dass die Versorgungsfrage aufs neue in den Mittelpunkt aller Erörterungen gestellt wird. Die bereits vor Bekanntgabe der letzten Zuteilungsänderungen geäusserten Befürchtungen, dass sich die Kürzung der Brotration am fühlbarsten auswirken werde, sehen die meisten Volksgenossen nach Ablauf der zweiten Woche der jetzigen Zuteilungsperiode als bestätigt an. Nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in Angestelltenkreisen wird immer wieder geäussert, dass die Erhaltung des augenblicklichen Leistungsstandes bei der jetzigen Ernährungslage ohne ernstliche Gesundheitsschädigung auf längere Dauer unmöglich sei.

Die angespannte Versorgungslage hat bei einem Teil der Volksgenossen dazu geführt, dass sie beginnen, die militärische Lage und vor allem auch die Kriegsaussichten unter dem Gesichtswinkel der Lebensbedingungen zu betrachten und vielfach dabei zu dem Schluss kommen, dass dadurch Deutschland hinsichtlich Dauer und Führung des Krieges gewisse Grenzen gesetzt seien. Auch wurden verschiedentlich Zweifel an der überlegenen deutschen Rüstungskapazität mit der Begründung geäussert, dass England mit Unterstützung der USA im Laufe der Zeit den Unterschied im Rü-

Zu Nr. 277

1. Wegen der Schlammperiode kam es im April noch nicht zu grösseren Kampfhandlungen, in örtlichen Kämpfen wurden jedoch nach den Angaben des Wehrmachtberichts Erfolge erzielt und den russischen Truppen erhebliche Verluste zugefügt. – 2. Darüber war schon am 9. und 16. April berichtet worden, u.a., dass man die Einführung einer Feldküchenverpflegung für die gesamte Bevölkerung befürchte und dass die Fleischrationen um 50 oder 100 g, die Fettzuteilung um 50 g

stungspotential mehr und mehr aufholen werde. Besonders die USA hätten noch reichlich unerschlossene Reserven, während Deutschland nur die beschränkte Möglichkeit bliebe, durch Rationalisierungsmassnahmen eine Erhöhung seiner Rüstungsproduktion zu erreichen. Zur Erhärtung dieser Ansicht wird auf die trotz schwerster Schläge ungebrochene Aktivität der RAF<sup>3</sup> hingewiesen, während umgekehrt das Ausbleiben deutscher Vergeltungsangriffe gegen England zu Bedenken Anlass gebe. In Erörterungen dieser Art wird jedoch anerkannt, dass die Ursache in der ungeheuren Länge der Ostfront und in der notwendigen Sicherung der Westküste und der Front im Norden liegen könne. Aus dieser Erkenntnis heraus sehe man für den Fall, dass es gelinge, den Bolschewismus in diesem Jahre vernichtend zu schlagen, der weiteren Kriegsentwicklung mit um so grösserer Zuversicht entgegen.

Der Beginn der vom Führer angekündigten Offensive im Osten wird geradezu mit Ungeduld erwartet. Die gemeldeten erfolgreichen Angriffe mit der Inbesitznahme mehrerer Orte, der Erbeutung zahlreicher Waffen, der hohen Zahl von Gefangenen und vor allem die auffallend grossen sowjetischen Verluste werden als erste Anzeichen der sich entwickelnden Offensive gewertet. Vielfach haben die Erfolge Überraschungen ausgelöst, da man grössere Kampfhandlungen wohl am klimatisch günstigeren Südbschnitt, nicht aber in der Mitte oder im Norden der Front erwartet hatte.

Stärkere Beachtung fand in nahezu allen Kreisen die Regierungsumbildung in Frankreich.<sup>4</sup> Vielfach wurde als Ursache dieser Massnahme der französischen Regierung ein gewisser deutscher Druck vermutet, der in der letzten Führerrede anlässlich des Hinweises auf den Prozess in Riom<sup>5</sup> sichtbaren Ausdruck gefunden habe. Über die zukünftigen Auswirkungen der französischen Regierungsumbildung vermag man sich noch keine rechten Vorstellungen zu machen. Überwiegend herrscht die Auffassung vor, dass mit einer positiveren Einstellung der Franzosen wie auch der anderen Völker in den besiegten und besetzten Ländern zum Reich in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei. Der Wille zur Mitarbeit für die Schaffung eines neuen Europa müsste von Deutschland mit mehr oder minder starkem Druck erzwungen werden. Ein anderer Teil der Bevölkerung gibt sich indessen der Hoffnung hin, dass die französische Regierungsumbildung eine Anlehnung Frankreichs an die Politik der Achsenmächte zur Folge haben werde, wobei man insbesondere der Ernennung Darlans

**Noch zu Nr. 277**

vermindert werden sollten, was jedoch nicht eintrat. – 3. Die britische Royal Air Force. –

4. Am 18. April hatte Marschall Pétain die Leitung der Regierungsgeschäfte und des Innen- und Ausenministeriums unter seiner Autorität als Staatschef dem früheren Ministerpräsidenten Laval übertragen. – 5. Dort verhandelte ein französisches Gericht seit dem 19. Februar gegen die früheren Ministerpräsidenten Daladier und Blum, den Oberbefehlshaber bei Kriegsausbruch Gamelin und andere; sie wurden beschuldigt, bei der Vorbereitung Frankreichs auf den Krieg versagt zu

zum Oberbefehlshaber der gesamten französischen Wehrmacht erhöhte Bedeutung beimass<sup>6</sup> und sogar bereits mit dem Gedanken eines eventuellen Kriegseintritts Frankreichs an der Seite der Achsenmächte spielt.

Die in letzter Zeit verstärkte Tätigkeit der englischen Luftwaffe<sup>7</sup> hat in weiten Teilen des Reiches zu einer erhöhten Beunruhigung der Bevölkerung geführt, die durch Gerüchte über die Anwendung neuartiger Sprengbomben von angeblich verheerender Wirkung verstärkt wurde.

### Einzelmeldung

Der Luftangriff auf Augsburg am 17. 4. 1942 hat nach vorliegenden Meldungen unter der Bevölkerung auch der benachbarten Gaue erhebliches Aufsehen erregt, da der Einflug der britischen Flieger am Tage und dazu noch bei wolkenlosem Himmel erfolgte und rasch bekannt wurde. Die Bevölkerung Augsburgs zeigte sich bei dem Fliegeralarm um 19.45 Uhr ausserordentlich überrascht und war allgemein der Auffassung, dass es sich nur um einen Probealarm handeln könne. Geschäfte, Gaststätten und Strassen leerten sich nur sehr langsam. Die Ordnungsorgane hatten alle Mühe, die Volksgenossen zum Aufsuchen der Luftschutzkeller zu veranlassen. Erst mit dem Einsetzen des Abwehrfeuers und der Detonierung der ersten Bomben wurde sich die Bevölkerung bewusst, dass es ernst war. Der feindliche Luftangriff auf Augsburg wirkte sich insofern stimmungsmässig aus, als man es nicht begreifen könne, dass ein grosser Verband schwerer englischer Bomber ohne Jagdschutz am Tage nach stundenlangem Anflug über die besetzten Gebiete und das Reichsgebiet ungehindert sein Ziel erreicht. Es sei geradezu als beschämend empfunden worden, dass Augsburg, in der ganzen Welt als die Produktionsstätte der besten Jagdflugzeuge<sup>8</sup> bekannt und umgeben von zahlreichen Flugplätzen, keinen Jagdschutz gehabt hätte. Auch die Flaksicherungen in und um Augsburg seien nach Ansicht der dortigen Bevölkerung ungenügend gewesen. Die an allen wichtigen Punkten aufgestellten Flaktürme seien entweder unbesetzt gewesen oder der Angriff müsse derart überraschend gekommen sein, dass die Abwehrgeschütze nicht mehr hätten in Tätigkeit treten können. Einem grossen Teil der Bevölkerung wurde bekannt, dass

Noch zu Nr. 277

haben. Der mehrfach vertagte Prozess wurde im April eingestellt. Hitler hatte in seiner Rede am 15. März kritisiert, dass nicht die Schuld der Angeklagten am Ausbruch des Krieges untersucht werde. – 6. Admiral Darlan (1881-1942), vor dem Krieg Oberbefehlshaber der französischen Marine, hatte als designierter Nachfolger Pétains seit Januar 1941 die wichtigsten Ministerien geleitet und trat nun als Oberbefehlshaber unmittelbar unter den Staatschef. – 7. In den Wehrmachtberichten waren Luftangriffe auf Westdeutschland, Hamburg und Augsburg mit «ewigen Verlusten» der Zivilbevölkerung zugegeben worden. – 8. Dort befanden sich die Messerschmitt-Flugzeugwerke.

mehrere Einheiten der um Augsburg stationierten Flak abtransportiert werden sollten und bereits auf Güterwagen oder den Verladerampen des Güterbahnhofes verladebereit standen. In diesem Zusammenhang werden seitens der Bevölkerung immer wieder Vermutungen geäußert, dass der Angriff der britischen Flieger auf Verrat zurückzuführen sei. Den englischen Piloten selbst bringe man nach den vorliegenden Meldungen soldatische Achtung entgegen für ihr als schneidig bezeichnetes Anfliegen der vorgesehenen Ziele und ihre «genau berechneten Bombenabwürfe», die nahezu ausschliesslich kriegswichtige Anlagen zum Ziel genommen und getroffen hätten. In kaum 100 Meter Höhe seien die schweren Bomber in kurz aufeinanderfolgenden Wellen unter Ausnutzung des toten Winkels in das Abwehrfeuer der Flak hineingeflogen. Wie es in den vorliegenden Meldungen weiter heisst, habe unmittelbar nach dem erfolgten Angriff eine starke Gerüchtebildung über die Zahl der Opfer und das Ausmass der Sachschäden eingesetzt, die durch die Tatsache, dass die örtliche Presse am nächsten Tage keinerlei Angaben über den erfolgten Luftangriff brachte, eine erhebliche Steigerung erfahren habe.

Nr. 279 vom 27. April 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Nach den bisher vorliegenden Meldungen hatte die Ankündigung der Einberufung des Reichstages im gesamten deutschen Volk grosse Überraschung ausgelöst, da sie völlig unerwartet kam. Lediglich in Berlin war durch die Absage der Vorstellungen in der Krolloper und durch die Anwesenheit des Führers seit Samstag gerüchtweise davon gesprochen worden, dass der Reichstag zusammentrete. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Einberufung des Reichstages setzte ein grosses Rätselraten ein in der Überzeugung, dass bei den augenblicklichen gewaltigen Vorbereitungen zur Frühjahrsoffensive<sup>1</sup> nur ein «Ereignis von grösster Bedeutung und besonderer Tragweite» den Führer zu dieser Massnahme veranlassen könnte. Man sah aus diesem Grunde dem Beginn der Reichstagssitzung mit geradezu fiebriger Spannung entgegen und erging sich in zahlreichen Erörterungen über die vermutlichen Beweggründe. Hierbei wurden in erster Linie genannt: Ein Abkommen mit der Türkei<sup>2</sup>, ein Ultimatum

Zu Nr. 279

1. Am 5. April hatte Hitler mit der Weisung Nr. 41 als Ziel der vorbereiteten Offensive die Einnahme von Leningrad und den Durchbruch in den Kaukasusraum bestimmt (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 121 ff.). – 2. Die Gestaltung der deutsch-türkischen

an Schweden, Friedensabschluss mit Frankreich, dessen Beitritt zum Antikominternpakt, vereinzelt sogar aktiver Kriegseintritt Frankreichs an der Seite der Achsenmächte oder ein abschliessender Bericht über den bisherigen Verlauf des Winterfeldzuges unter Bekanntgabe der deutschen Verluste.

Der Eröffnung der Reichstagssitzung durch Reichsmarsdiall Göring wurde mit geradezu atemlosem Schweigen und – wie es in einzelnen Meldungen heisst – mit einem gewissen Gefühl der Beklommenheit gefolgt.

Die Führerrede<sup>3</sup> selbst wurde von allen Volksgenossen mit tiefster innerer Anteilnahme aufgenommen und hat trotz aller nicht bestätigten vorhergegangenen Vermutungen über die eventuellen Gründe der Einberufung des Reichstages und einer dadurch bedingten gewissen Enttäuschung bei dem gesamten deutschen Volk das Gefühl uneingeschränkten Vertrauens zum Führer und in die Zukunft hinterlassen. Der erste Teil der Führerrede, der die geschichtliche Entwicklung des Zustandekommens des heutigen Völkerringens zum Gegenstand hatte und schliesslich in der Feststellung gipfelte, dass der Schlüssel zur Weltgeschichte in der Rassenfrage zu suchen sei, begegnete vor allem in politisch interessierten Kreisen grösserem Interesse und wurde dahingehend kommentiert, dass der Führer diesesmal in seinen grundsätzlichen und geschichtlichen Ausführungen «sich selbst übertroffen» und durch das tiefe Erleben im letzten Winter «über sich selbst hinausgewachsen» sei. Die «unvergleichliche Art», in welcher er die britisch-amerikanischen Ermutigungen bei Konferenzen und Kamingesprächen glossierte und sie den deutschen Ermutigungen auf allen bisherigen Schlachtfeldern gegenüberstellte, wurde allgemein als wirkungsvollste Stelle der Rede empfunden.

Starken Eindruck hinterliess die Feststellung des Führers, dass im Osten Europas der Kampfplatz liege, auf dem die Entscheidung in diesem Kriege fallen wird und ferner, dass der augenblickliche Weltkampf im vergangenen Winter entschieden worden sei. In diesem Zusammenhang hätten nach bisher vereinzelt vorliegenden Meldungen aber auch viele Volksgenossen mit einer gewissen Enttäuschung auf jene Stellen der Führerrede verwiesen, in welchen der Führer ausführte, dass er Vorsorge getroffen habe, dass die deutsche Reichsbahn in dem kommenden Winter – ganz gleich, wo er uns findet – ihrer Aufgabe besser gerecht werde als im vergangenen. Hieraus sei der Schluss gezogen worden, dass der Kampf im Osten – entgegen der bisher von dem allergrössten Teil der Bevölkerung vertretenen Hoffnung – nicht vor dem nächsten Winter beendet werden könne.

Noch zu Nr. 279

Beziehungen beschäftigte die öffentliche Meinung, wie sich aus zahlreichen Meldungen ergibt, sehr stark, wobei vielleicht die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf im Ersten Weltkrieg mitspielte. – 3. Wortlaut der Rede vom 24. April, in der Hitler neue Vollmachten verlangt hatte,

Tiefste innere Anteilnahme und erneutes Vertrauen in die Kraft der Persönlichkeit des Führers haben jene Worte ausgelöst, in welchen er davon sprach, dass er es im vergangenen Winter als seine Ehrenpflicht angesehen habe, seinen Namen mit dem Schicksal der Armee zu verbinden und sich als Soldat verantwortlich für die Führung dieses Kampfes zu fühlen.

Besondere Genugtuung und Freude löste auch diesesmal wieder das Lob aus, das der Führer der Tapferkeit, der Treue und Einsatzbereitschaft des deutschen Soldaten zollte. Die erneute Hervorhebung, dass die schwerste Last des Kampfes der Infanterist zu tragen hatte, wurde in diesem Zusammenhang besonders begrüsst. Auch die erstmalige Hervorhebung der stets gleichen und vorbildlichen Tapferkeit der SS-Divisionen<sup>4</sup> und SS-Polizeiverbände<sup>5</sup> durch den Führer wurde als verdient empfunden. Nicht minderen Anklang fand die Anerkennung, die er dem japanischen Bundesgenossen, dem finnischen Waffengefährten und der Spanischen Division zuteil werden liess.

Starke Beachtung fand die Erwähnung des Führers, dass er während des vergangenen Winters in dem einen oder anderen Falle dort, wo die Nerven brachen, der Gehorsam versagte oder mangelndes Pflichtbewusstsein bei der Meisterung der Aufgaben in Erscheinung trat, rücksichtslos und hart zufassen musste. In diesen Worten sahen viele Volksgenossen eine Bestätigung der anlässlich des Rücktritts des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch aufgetauchten Gerüchte über Versagen einzelner militärischer Stellen oder ungenügende Vorbereitung des Winterfeldzuges.

Tiefe Genugtuung lösten vor allem in den luftgefährdeten Gebieten die an die Adresse Englands gerichteten unmissverständlichen Worte des Führers aus, dass in Zukunft wieder Vergeltungsflüge für den feindlichen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung erfolgen werden.<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang gab man aber auch vielfach der Verwunderung Ausdruck, aus welchem Grunde wohl bisher Vergeltungsmassnahmen unterblieben seien.

Die Ausführungen des Führers über die deutsche U-Boot-Waffe und vor allem die Eröffnung, dass die Zahl der deutschen U-Boote von Monat zu Monat wachse und bereits die Höchstzahl der U-Boote des Weltkrieges

Noch zu Nr. 279

bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1865-1876. – 4. Die Waffen-SS war im Laufe des Krieges aus den vor dem Krieg gebildeten bewaffneten und kasernierten SS-Verbänden, der SS-Verfügungstruppe und SS-Totenkopfverbänden, entstanden und wuchs durch Bildung immer neuer Divisionen auch aus ausländischen Freiwilligen schliesslich auf die Stärke einer Armee, ohne die angestrebte Stellung als vierter Wehrmachtteil zu erreichen; vgl. Hausser, Waffen-SS im Einsatz. 1953, aber auch Reitlinger, Die SS. Tragödie einer deutschen Epoche. 1957. – 5. Bei Kriegsausbruch waren Polizeibataillone zur Sicherung im rückwärtigen Heeresgebiet aufgestellt worden, die später zu SS-Polizeiregimentern zusammengefasst wurden; bei den russischen Durchbrüchen waren sie auch an der Front eingesetzt worden (vgl. Tessin in: Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936-1945. 1957 = Schriften des Bundesarchivs Nr. 3). – 6. Bereits einen Tag

weit hinter sich gelassen habe, wurden mit grosser Freude aufgenommen und liessen vielfach die Hoffnung aufkommen, dass die deutschen U-Boote in Zukunft noch in weit grösserem Umfange als bisher zum Einsatz gegen die feindliche Schiffstonnage gelangen.

Das weitaus grösste Interesse fand jener Teil der Führerrede, in welchem der Führer vom deutschen Volk die Ermächtigung forderte, überall dort, wo nicht bedingungslos im Dienste der grösseren Aufgabe gehandelt werde, sofort einzugreifen und entsprechend handeln zu dürfen. Zu den einzelnen Ausführungen des Führers hierzu wurden vielfach Stimmen laut, dass die scharfen und unerbittlichen an die Justiz und Verwaltung gerichteten Worte des Führers zweifellos tiefere Ursachen haben müssten, wenn er sie vor dem Reichstag und somit vor aller Welt zur Sprache bringe.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang wurde auch mit Verwunderung die Frage gestellt, aus welchem Grunde wohl der Führer nochmals eine besondere Ermächtigung verlange, da er doch bereits als Führer und Reichskanzler des deutschen Volkes alle Macht in seiner Person vereinigt halte. Diese Frage führte vielfach zu der beruhigenden Feststellung, dass der Führer über alles, was im deutschen Volke vorgehe, unterrichtet werde und mit diesen Worten nur noch einmal eine letzte Warnung an alle diejenigen Volksgenossen richten wollte, die auch heute noch glauben, ihre Haltung nicht den Erfordernissen des Krieges anpassen zu müssen. Unter diesem Gesichtspunkt fand der zweite Teil der Führerrede insbesondere in einfacheren Kreisen begeisterten Widerhall in der Hoffnung, dass nunmehr gegen alle Volksgenossen – unabhängig von Person und Stellung – rücksichtslos durchgegriffen werde, sofern sie nicht ihre Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft erfüllen. In den Worten des Führers sah man vielfach die unerbittliche Kampfansage gegen jede Art der Korruption und Pflichtvergessenheit. Mit seinen Worten über Justiz und Beamtentum habe der Führer – wie es in einigen Meldungen wörtlich heisst – einem grossen Teil des Volkes aus der Seele gesprochen, da einige in letzter Zeit veröffentlichte Gerichtsurteile ebenfalls nicht das Verständnis der breiten Masse gefunden hätten.<sup>8</sup> Vereinzelt wurde bereits zu der dem Führer zuerkannten Ermächtigung geäussert, dass dieser Beschluss vermutlich in der nächsten Zeit seine ersten Auswirkungen durch

Noch zu Nr. 279

nach Hitlers Rede hatte der Wehrmachtbericht vom 25. April gemeldet, als Vergeltung für wiederholte englische Luftangriffe sei Exeter mit schwerer Wirkung bombardiert worden. – 7. Hitler hatte in erster Linie die Justiz wegen zu milder Urteile angegriffen. Für seine Ansichten über nationalsozialistische Rechtsprechung sehr aufschlussreich sind seine Äusserungen bei einem Tischgespräch am 20. August 1942, die Grudmann in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12. 1964. S. 86-101, veröffentlicht und kommentiert hat. – 8. Hitler hatte in seiner Rede einen Fall erwähnt, bei dem ein Ehemann nur zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil seine früher von ihm misshandelte Frau in einer Irrenanstalt wahrscheinlich an den Folgen der Misshandlungen gestorben war. Beispiele für die Kritik Hitlers an einzelnen Urteilen bei Broszat in:

die Absetzung einiger führender Persönlichkeiten und durch mehrere Verurteilungen zeitigen werde.

Die Ausführungen des Führers über die wohlerworbenen Rechte und Ansprüche fanden ebenfalls lebhafte Zustimmung. In Arbeiterkreisen wurde hierzu vielfach geäußert, dass nunmehr die Sonderrechte der Beamten für die Dauer des Krieges in Wegfall gerieten und alle Schaffenden gleichgestellt seien. Vereinzelt wurde aber auch die Adresse des Führers an die Beamten dahingehend ausgelegt, dass damit für die Kriegsdauer auch jeglicher Urlaubsanspruch von Arbeitern und Angestellten hinfällig geworden sei.

Zusammenfassend wird die Führerrede als richtungweisend und gewissermaßen als letzter Appell des Führers an das deutsche Volk zur Zusammenfassung und Umstellung aller verfügbaren Kräfte auf die Notwendigkeiten des Krieges gewertet und hat gleichzeitig dadurch das gesamte deutsche Volk in seinem Vertrauen und seiner Zuversicht auf den Endsieg gestärkt. Die Frage nach den tieferen Ursachen der harten und schweren Kritik des Führers in dem zweiten Teil seiner Rede und nach den Auswirkungen der ihm zuerkannten Ermächtigung bewegt jedoch den weitaus grössten Teil der Bevölkerung aufs nachhaltigste.<sup>9</sup>

Nr. 289 vom 4. Juni 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die verstärkte Angriffstätigkeit der britischen Luftwaffe auf deutsche Städte, insbesondere der Terrorangriff auf Köln<sup>1</sup>, haben im gesamten deutschen Volk Bestürzung ausgelöst und stehen zahlreichen Meldungen

Noch zu Nr. 279

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 6. 1958. S. 419 ff. – 9. Im Anschluss an die Rede hatte der Reichstag formell beschlossen, Hitler könne «ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein», jeden Deutschen «mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln» zur Pflichterfüllung anhalten und «bei Verletzung dieser Pflichten mit der ihm gebührenden Sühne» belegen (RGBl. I S. 247). Eine erhebliche Verschärfung der Strafjustiz trat ab August 1942 ein, als der bisherige Präsident des Volksgerichtshofes Dr. Thierack das Reichsjustizministerium übernahm, das seit dem Tod von Minister Gürtner 1941 vom dienstältesten Staatssekretär Schlegelberger geleitet worden war; er erhielt durch Führererlass vom 20. August (RGBl. I S. 535) besondere Vollmachten zum Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege auch unter Abweichung vom bestehenden Recht.

Zu Nr. 289

1. Mit dem Angriff auf Köln am 30./31. Mai, bei dem erstmals 1'000 Flugzeuge eingesetzt worden waren, hatte der Luftkrieg sich erneut verschärft, 460 Menschen waren getötet, 500 schwer verletzt worden (Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft, 1960. S. 203 ff., 363; 2. Beiheft, 1962. S. 93 ff.). Am 18. Juni wurde ein besonderer Bericht «Zur Lage nach dem Terrorangriff auf Köln» vorgelegt. –



zufolge im Mittelpunkt aller Gespräche und Erörterungen der Volksgenossen. In der Erinnerung an frühere Meldungen über feindliche Luftangriffe auf Kiel, Lübeck, Bremen, Rostock usw., in denen meist «unbeträchtliche Sachschäden» oder «geringe Verluste» unter der Zivilbevölkerung gemeldet waren, während die betreffenden Städte angeblich teilweise ganz erhebliche Zerstörungen aufzuweisen und Opfer zu beklagen gehabt hätten, glaubt man aus der Mitteilung des OKW, dass der britische Terrorangriff auf Köln bedeutende Schäden und Zerstörungen in der Innenstadt verursacht habe, entsprechende Schlüsse auf die Grösse und Wirksamkeit des letzten feindlichen Luftangriffs ziehen zu können. Demzufolge bewegten sich teilweise die Vermutungen der Volksgenossen über die Höhe der Schäden und Opfer auf einer der Wirklichkeit in keiner Weise mehr Rechnung tragenden Ebene.

Nach mehreren Meldungen, insbesondere aus den bereits schon mehrfach von feindlichen Fliegern heimgesuchten Gebieten, ergeht sich ein Teil der Bevölkerung in ernsten Befürchtungen, dass die britische Luftwaffe ihre Terrorangriffe mit gleicher Heftigkeit fortsetzen und nunmehr auch noch andere deutsche Städte angreifen werde, um mangels anderer Möglichkeiten wenigstens auf diese Weise einen Beitrag zur Entlastung der Sowjets zu leisten.

Aus der Berichterstattung über die hohen Abschussziffern an feindlichen Flugzeugen sei nicht zu erkennen, ob die Engländer bei ihren Einflügen prozentual hohe oder geringe Verluste gehabt hätten, weshalb noch nähere Einzelheiten über die Stärke der eingeflogenen Verbände erwartet werden.

Die Vergeltungsangriffe der deutschen Luftwaffe auf Canterbury<sup>2</sup> haben zunächst allgemein Genugtuung ausgelöst. Nachdem jedoch bekannt wurde, dass diese Stadt nur etwa 24'000 Einwohner habe und ohne grössere kriegs- oder wehrwirtschaftliche Bedeutung sei, wurden vielfach Stimmen der Enttäuschung laut, die äusserten, dass von einer Vergeltung «im tatsächlichen Sinne des Wortes» nur zum Teil gesprochen werden könne, trotz der Tatsache, dass Canterbury der Sitz des berüchtigten deutsch-feindlichen britischen Erzbischofs<sup>3</sup> ist. Durch die Wiederholung des deutschen Vergeltungsangriffs auf Canterbury habe sich die Bevölkerung in ihrem Eindruck insofern bestärkt gefühlt, als vielfach die Meinung vertreten wurde, dass der erste deutsche Angriff nur mit schwächeren Kräften ausgeführt worden sei, da anderenfalls diese kleine Stadt der

Noch zu Nr. 289

2. Die Angriffe auf Canterbury am 31. 5./1. 6., 1./2. 6. und 2./3. 6. mit «Sprengbomben schweren und schwersten Kalibers sowie Zehntausenden von Brandbomben» (OKW-Bericht vom 3. Juni) wurden ausdrücklich als Vergeltung für Köln bezeichnet. – 3. Als Nachfolger des im Januar zurückgetretenen Erzbischofs Gordon Lang war seit dem 23. April 1942 Dr. Temple im Amt. –

deutschen Luftwaffe kaum noch ein lohnendes Ziel für einen zweiten Angriff geboten hätte.

Die abwartende Haltung vieler Volksgenossen gegenüber dem militärischen Geschehen im Osten hält nach wie vor an.<sup>4</sup> Noch immer lässt ein grosser Teil der Bevölkerung die der tatsächlichen Grösse der letzten Erfolgsmeldungen angemessene Aufgeschlossenheit vermissen. Wenn auch die verschiedenen Sondermeldungen unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe eifrig besprochen wurden, so kann noch immer nicht von einer anhaltenden günstigen Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung gesprochen werden.

Die Meldungen der letzten Tage von der Ostfront werden mehreren Berichten zufolge in weiten Kreisen nahezu kommentarlos zur Kenntnis genommen. Es sei festzustellen, dass die Wirkung der zuerst vielfach als überraschend hoch empfundenen Gefangenen- und Beutezahlen nach dem Abschluss der Schlacht um Charkow allmählich an Nachhaltigkeit eingebüsst habe, da den Volksgenossen das richtige Erkennen der Tragweite dieser Zahlen auf die weitere Entwicklung des Ostfeldzuges fehle. In den hohen Gefangenen- und Beutezahlen sehe man jetzt vielfach nur den Beweis für die nahezu unerschöpflichen Menschen- und Materialmassen der Sowjets. Immer mehr dränge sich vielen Volksgenossen im Hinblick auf die bereits vorgeschrittene Jahreszeit die Frage auf, wann die Offensive im Grossen beginne und ob es in den zur Verfügung stehenden Sommermonaten gelingen werde, die Sowjets vernichtend zu schlagen.

Bei Betrachtungen dieser Art treten erneut Gerüchte über den Bau eines Ostwalles in den Vordergrund mit der Begründung, dass der ursprüngliche Plan der deutschen Kriegführung, in die Weite des russischen Raumes einzudringen und ihn zu besetzen, fallen gelassen worden sei.

Stärkere Beachtung findet der Kampf der Achsenstreitkräfte auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz.<sup>5</sup> Nachdem die erste Meldung von einem günstigen Verlauf der Angriffsoperationen sprach, war allgemein ein zügiges Vorgehen der deutschen und italienischen Truppen und die baldige Bekanntgabe von Sondermeldungen erwartet worden. Das Ausbleiben auch von Nachrichten wie etwa «die Kämpfe nehmen einen günstigen Fortgang» oder «einen planmässigen Verlauf» gab bereits vereinzelt zu Vermutungen über Schwierigkeiten der Offensive Anlass. Vielfach wurde in den Erörterungen der Volksgenossen darauf hingewiesen, dass

Noch zu Nr. 289

4. Die deutschen Angriffe hatten am 8. Mai auf der Krim begonnen, wo bis zum 15. Mai die feindlichen Kräfte bis auf Sewastopol zerschlagen waren, vom 17. bis 28. Mai waren im Raum Charkow 27 Divisionen und 15 Panzerbrigaden eingekesselt und vernichtet worden (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 123). – 5. Am 26. Mai hatte Rommel angegriffen, war nach Anfangserfolgen aber zum Stehen gebracht worden; erst am 12. Juni konnte er die Offensive fortsetzen. –

der italienische Wehrmachtbericht im Gegensatz zum deutschen Einzelheiten früher bringe und ausführlicher auf die Kampfhandlungen eingehen. Die Meldung über die erfolgreiche Abwehr britischer Gegenangriffe lasse die Annahme berechtigt erscheinen, dass sich der Widerstand der britischen Truppen als unerwartet stark und hartnäckig erwiesen habe und es zu einem Stillstand der Fronten gekommen sei. Im Vertrauen auf die schon mehrfach bewiesenen strategischen Fähigkeiten des Generalobersten Rommel hofft jedoch der grösste Teil der Bevölkerung weiterhin auf einen erfolgreichen Verlauf der Angriffsoperationen der Achsenstreitkräfte in Nordafrika. Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Gefangennahme des Generals der Panzertruppen Cruewell wurde vielfach die Befürchtung laut, dass der wegen seines Schneides und Draufgängertums bekannte Generaloberst Rommel in eine ähnliche Situation geraten und für die weitere Kriegführung der Achsenmächte in Nordafrika ausfallen könnte.

Die Unterzeichnung eines Kreditabkommens zwischen Deutschland und der Türkei hat vielfach starke Beachtung gefunden, da man nach dem Abschluss dieses Abkommens glaubt, das Rätselraten um die Haltung der Türkei endgültig als beendet betrachten zu können.<sup>6</sup> Das Abkommen wird allgemein als Symptom dafür gewertet, dass sich die Türkei nunmehr endlich für einen Anschluss an die Achsenmächte entschieden habe, anderenfalls der Führer niemals seine Einwilligung zur Lieferung von Kriegsmaterial an die Türkei erteilt hätte. Man ergeht sich bereits in kühnen Vermutungen über die ersten Auswirkungen dieses Abkommens wie z.B. Durchmarschrecht für die deutschen Truppen und erzählt sich gerüchtweise erneut von dem angeblich bereits vollzogenen Grenzübertritt deutscher Truppen.

Die Meldungen auf dem Ernährungssektor bewegen sich noch immer in dem bereits in den «Meldungen aus dem Reich» aufgezeigten Rahmen.<sup>7</sup> Nach wie vor wirken sich der Brotmangel, die für Arbeiterfamilien als zu hoch bezeichneten hohen Gemüsepreise und die Rationierung der Magermilch, die von zahlreichen Hausfrauen durch Herstellung von Mehlspeisen als wertvoller Beitrag zur Verbesserung der angespannten Ernährungslage empfunden worden war, stimmungsmässig aus. Die Hausfrauen würden oft nur noch die eine Sorge kennen, wie sie den Hunger ihrer Familienangehörigen nach schwerer Tagesarbeit befriedigen sollten. In Arbeiter-

Noch zu Nr. 289

6. Der Vertrag sah eine von Deutschland zu begebende Anleihe von 100 Millionen RM zur Finanzierung deutscher Rüstungslieferungen vor, für die die Türkei vor allem das für Kriegsmaterial wichtige Chrom zu liefern hatte. (Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*. 1952. S. 553). – 7. In den Meldungen vom 11. Mai (ähnlich 7. Mai und 1. Juni) waren vielfach aufgetretene Äusserungen wiedergegeben worden, dass man in militärischer Hinsicht beruhigt in die Zukunft schaue, dass das Volk bei der angespannten Versorgungslage aber schwerlich noch mehrere Jahre durchzuhalten vermöge.

kreisen sei verschiedentlich eine verstärkte Zunahme der Klagen über ein dauerndes Hungergefühl zu verzeichnen.

Wie es in einigen Meldungen heisst, haben die Hinweise in der Presse, dass vorerst keine weiteren Lebensmittelkürzungen zu erwarten seien, beruhigend gewirkt.

Nr. 295 vom 29. Juni 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Das Kampf geschehen auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz wird mit anhaltendem Interesse verfolgt.<sup>1</sup> Nach der Bekanntgabe der Wiedereroberung von Fort Capuzzo, Sollum, Halfaya und Sich el Barani gaben Volksgenossen vor allem ihrer Freude darüber Ausdruck, dass der Sieg von Tobruk von Generalfeldmarschall Rommel voll und ganz ausgenutzt werden konnte und die verbündeten Streitkräfte ihre Operationen weiterhin planmässig und unaufhaltsam fortsetzen.

Hinsichtlich der Lage an der Ostfront hält die gespannte Nervosität der Bevölkerung an. In den Gesprächen wird immer wieder der Sorge darüber Ausdruck gegeben, dass noch keine Anzeichen der seit langem erwarteten grossen Offensive zu erkennen seien.<sup>2</sup> Die Volksgenossen glauben vor allem feststellen zu müssen, dass eigentlich keine Zeit mehr zu verlieren sei, wenn noch in diesem Jahre eine Entscheidung im Osten erzwungen werden soll. Ein Teil der Bevölkerung vermutet bereits, dass es auch in diesem Jahre nicht mehr gelingen werde, den Bolschewismus vernichtend zu schlagen. Nicht selten wird an Erörterungen dieser Art die Befürchtung geknüpft, dass die deutschen Truppen während des vergangenen Winters so erhebliche Einbussen an Menschen und Material erlitten hätten, dass vorerst nicht daran gedacht werden könne, eine wirksame Grosseffensive auf der gesamten Frontbreite durchzuführen. In diesem Zusammenhange wird immer häufiger von der angeblichen Errichtung eines Ostwalles gesprochen, der nach einigen Frontberichtigungen in Angriff genommen werde, um dem deutschen Soldaten die Möglichkeit zu geben, über den zu erwartenden neuen Kriegswinter ohne so bedeutende Schäden wie im vergangenen hinwegzukommen. Als Beweis für diese Vermutung wird die aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldete vermehrte Verpflichtung

Zu Nr. 295

1. Am 22. Juni hatte die englische Besatzung von Tobruk in Stärke von 25'000 Mann kapitulieren müssen, am 24. Juni hatte die Masse der deutsch-italienischen Truppen die Grenze nach Ägypten überschritten. – 2. Die Massnahmen an der Ostfront hatten sich im Juni wesentlich darauf beschränkt, die Ausgangspositionen für die Offensive im Südabschnitt zu verbessern (Philippi-

von Baufirmen für den Osten, die weiten Bevölkerungskreisen bekannt geworden sei, gewertet. Auch Feldpostbriefe, die angeblich über den Ausbau und die Befestigung der zurzeit von den deutschen Truppen bezogenen Stellungen an einigen Teilen der Front berichten, trugen zur Bekräftigung dieser Auffassung bei.

Die Kämpfe um Sewastopol nehmen in den Betrachtungen der Volksgenossen einen breiten Raum ein.<sup>3</sup> Vielfach wird als erstaunlich bezeichnet, dass sich diese Festung bei einem mit derart starken Kräften vorgetragenen Ansturm deutscher und rumänischer Truppen so lange halten kann. Wenn sich auch die Erkenntnis der naturgegebenen Verteidigungsmöglichkeiten und der bis ins letzte ausgebauten Befestigungsanlagen immer mehr durchsetzt, so werden dennoch aus dem hartnäckigen Widerstand der Besatzung vielfach Rückschläge auf eine «ungebrochene zähe Kampfkraft der Bolschewisten» gezogen und dementsprechend der weitere Verlauf des Ostfeldzuges aus einer wenig zuversichtlichen Perspektive gesehen.

Die Betonung der günstigen Lage und ungeheuren Stärke der Festung Sewastopol in den Wehrmachtberichten hat in verstärktem Masse zu Befürchtungen geführt, dass die angreifenden deutschen Truppen schon jetzt einen beträchtlich hohen Ausfall an Offizieren und Mannschaften aufzuweisen hätten, der bis zur endgültigen Einnahme noch eine erhebliche Steigerung erfahren dürfte. Verschiedentlich wird Sewastopol im Hinblick auf die als sehr gross vermuteten deutschen Verluste bereits als «zweites Verdun» bezeichnet.

Die beiden Sondermeldungen von den neuerlichen Erfolgen der deutschen U-Boote<sup>4</sup> lösten wieder grosse Freude und Genugtuung aus, um so mehr als in der einen Sondermeldung von einer verstärkten Abwehr und besonders stark gesicherten Geleitzügen berichtet wurde. Aus der Tatsache, dass trotzdem die Versenkungen in einer derartigen Höhe und mit Gleichmässigkeit anhalten, schliesst man auf die hohe Leistungsfähigkeit der deutschen U-Boote und ihrer Besatzungen. Den tapferen U-Boot-Männern wird uneingeschränkte Anteilnahme für ihren aufopferungsvollen Einsatz und ihre einzigartigen Erfolge gezollt. Die Auffassung, dass die laufenden Versenkungen feindlichen Handelsschiffsraumes einen entscheidenden Faktor in der deutschen Gesamtkriegsführung darstellen, beginnt sich jetzt bei einem grösseren Bevölkerungskreis durchzusetzen. Nach wie vor wird jedoch häufig die Frage nach der den Alliierten – wenn auch nur annähernd – noch zur Verfügung stehenden Tonnage laut.

Noch zu Nr. 295

Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 124 ff.). – 3. Nach der Vertreibung der russischen Truppen von der übrigen Krim hatte am 7. Juni der Angriff auf die von 9½ Divisionen verteidigte Festung begonnen, die unter Einsatz schwerster Artillerie bis zum 4. Juli genommen wurde. – 4. Im Atlantik und im Karibischen Meer waren Schiffe mit insgesamt 219'000 BRT ver-

Aus verschiedenen Teilen des Reiches, vor allem aber aus den Westgebieten, wird gemeldet, dass die anhaltenden britischen Terrorangriffe auf deutsche Städte mit wachsender Besorgnis verfolgt werden und erhebliche Beunruhigungen auslösen.<sup>5</sup> In den luftgefährdeten Städten des Westens habe diese bereits zu einer vermehrten Abwanderung – vor allem von Frauen und Kindern bessergestellter Volksgenossen – auf das Land geführt. Vielfach tauche in den Gesprächen immer wieder die bange Frage auf, wann nun die eigene Stadt an der Reihe wäre, da die Briten anscheinend systematisch eine deutsche Stadt nach der anderen vernichten wollten. Im Anschluss an solche Erörterungen wird oft Kritik an den deutschen Vergeltungsschlägen geübt, die vielfach als nicht umfangreich und wirksam genug angesehen werden, solange sie nur gegen kleinere oder mittlere Küsten- oder Industriestädte gerichtet seien. Man fragt sich, ob die deutsche Luftwaffe im Westen nicht mehr Schlag um Schlag vergelten und grössere Städte wie z.B. London, Bristol, Plymouth oder Manchester angreifen könne. Solange dies nicht geschehe, werde die RAF ihre Terrorangriffe auf deutsche Städte fortsetzen. Vereinzelt wurde bereits zum Ausdruck gebracht, dass die deutsche Luftüberlegenheit im Westen scheinbar im Schwinden begriffen sei und die von der deutschen Propaganda als bedeutungslos dargestellte «zweite Front» nun doch allmählich Wirklichkeit zu werden beginne. Die besonders hervorgehobenen hohen Abschusszahlen feindlicher Flugzeuge wurden mehrfach von Volksgenossen nur als Beweis der Stärke der einfliegenden britischen Verbände angesehen. Dem Argument, dass die britischen Erfolge teuer erkaufte seien, wurde vielfach entgegengestellt, dass die vernichteten Feindflugzeuge und ihre Besatzungen in keinem Verhältnis zu den angerichteten Schäden an Menschen und Sachwerten stünden.

Trotz der durch die Erfolge in Nordafrika bedingten Zunahme des Interesses am militärischen Geschehen wird die Stimmung und Grundhaltung der Bevölkerung nach wie vor durch die Schwierigkeiten auf dem Ernährungssektor bestimmt.<sup>6</sup> Vorliegenden Meldungen zufolge waren in der letzten Woche der abgelaufenen Zuteilungsperiode viele Familien tagelang ohne Brot und hatten durch die ebenfalls «mehr als angespannte Kartoffelversorgung» kaum die Möglichkeit, sich einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Von Volksgenossen, die auf Gaststättenverpflegung angewiesen sind, wurden vor allem Klagen darüber gemeldet, dass sie mit ihren Fettmarken nicht ausreichen und am Ende der Zuteilungs-

Noch zu Nr. 295

senkt worden (Wehrmachtberichte vom 24. und 28. Juni). – 5. Nach Köln war am 1./2. Juni Essen, am 25. Juni Bremen von starken Verbänden bombardiert, ausserdem Emden und Osna-brück angegriffen worden. – 6. Am 15., 18., 22. und 25. Juni war schon über Brotmangel und schlechte Brotqualität, zu geringe Kartoffelzuteilungen und fettlose Mahlzeiten berichtet worden. –

periode auf die markenfreien Stammgerichte angewiesen sind, die jedoch oft schon eine halbe Stunde nach Beginn der Essensausgabe ausverkauft seien.

Aus nahezu sämtlichen Teilen des Reiches, vor allem aus den Grossstädten und den dichtbesiedelten Industriegebieten wird gemeldet, dass die Klagen über die unzureichende Obst- und Gemüseversorgung immer ernster werden und ständig zunehmen.<sup>7</sup> Es sei den Volksgenossen vielfach unverständlich, dass in der jetzigen Jahreszeit nicht mehr Obst und Gemüse auf den Markt komme. Als Gründe würden allgemein Missstände und Überorganisation im Verteilerapparat angenommen, wofür man angeblich täglich neue Beweise erhalte, wie z.B. Anhäufung von Eiern, Gemüse und Obst bei den Zentralsammelstellen, die vermutlich mangels entsprechender Transportmittel nicht den Kleinverteilern zugeführt werden könnten und schliesslich dem Verderb anheimfielen.

Nr. 298 vom 9. Juli 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die beiden Sondermeldungen vom 7. 7. 1942 haben überall grösste Freude ausgelöst und das Interesse weiterer Kreise auf das militärische Geschehen gelenkt.<sup>1</sup> Vor allem bei dem männlichen Teil der Bevölkerung haben die neuen stolzen Erfolge der deutschen Kriegsführung zu einer weiteren Vertiefung der bereits durch den Siegeszug Rommels in Nordafrika und den Fall Sewastopols angebahnten aufgelockerteren und zuversichtlicheren Stimmung geführt, während bei den Frauen noch immer die Sorgen und Nöte des Alltags – insbesondere die anhaltenden Ernährungsschwierigkeiten – vorherrschen. Beiden gemeinsam ist jedoch eine in letzter Zeit verstärkt feststellbare Anfälligkeit Flüsterparolen gegenüber, die sich bei den Männern in einer grösseren inneren Bereitschaft für nahezu ausschliesslich durch ihre Gehässigkeit wirkende politische Witze und bei den Frauen in einer auffallenden Leichtgläubigkeit von irgendwelchen Gerüchten und «dunklen» Prophezeiungen zeigt.

Unter den militärischen Ereignissen löste vor allem die Sondermeldung von der Zerspaltung und Vernichtung des englisch-amerikanischen

Noch zu Nr. 295

7. «Unhaltbare Zustände auf den Märkten und in den Gemüsegeschäften» waren Thema eines besonderen Berichts vom 6. Juli; danach war es in grösseren Städten oftmals zu tätlichen Auseinandersetzungen vor Geschäften gekommen, bei denen Polizei eingesetzt worden war.

Zu Nr. 298

1. Die Sommeroffensive hatte am 28. Juni begonnen und am 4. und 6. Juli mit dem Übergang über den Don und der Einnahme von Woronesch einen ersten Erfolg erzielt. –

Grossgeleitzuges im Eismeer grösste Freude aus. In der Tatsache, dass die Alliierten 38 mit Tanks, Flugzeugen, Munition und Lebensmitteln beladene Transportschiffe unter besonders starkem Geleit nach Archangelsk zu bringen versuchten, sah man vielfach die ersten Anzeichen dafür, dass die Sowjets in ihren Möglichkeiten, den Kampf fortzusetzen, doch schon weit mehr «angeschlagen» seien, als man bisher annehmen konnte. Scheinbar seien die Sowjets nicht mehr in der Lage, Kriegsmaterial in ausreichendem Umfange zu erzeugen, und ferner durch den Verlust der Ukraine in erhebliche Versorgungsschwierigkeiten geraten. England und Amerika seien jetzt entweder gezwungen, die Sowjets trotz der grossen Gefährdung der Transportschiffe durch die deutsche U-Boot- und Luftwaffe weiterhin mit Kriegsmaterial zu unterstützen oder aber Gefahr zu laufen, dass die Widerstandskraft ihres Bundesgenossen erlahme und sich schliesslich der Hauptstoss des Krieges gegen das britische Mutterland richte. Mit Genugtuung stellte man auch vielfach fest, dass der zersprengte und vernichtete Grossgeleitzug für Archangelsk bestimmt war, in der Annahme, dass der weit näher gelegene Hafen Murmansk durch die laufenden Angriffe der deutschen Luftwaffe schon in erheblichem Umfange beschädigt worden sei.

In den Erörterungen der Volksgenossen über die Vernichtung des Geleitzuges im Eismeer kam abschliessend vielfach zum Ausdruck, dass dieser neue Erfolg in überzeugender Weise die kriegsentscheidenden Auswirkungen des Kampfes der deutschen U-Boot- und Luftwaffe gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt unter Beweis stelle.

Die Einnahme von Woronesch und die Überschreitung des Don fanden ebenfalls starke Beachtung und wurden zumeist als Bestätigung dafür angesehen, dass die deutsche Offensive nunmehr ins Rollen gekommen und das Gesetz des Handelns jetzt ausschliesslich wieder in deutsche Hand übergegangen sei.<sup>2</sup> Vielfach gab man der Genugtuung Ausdruck, dass entgegen der von vielen gehegten Befürchtungen die Schlagkraft und der Angriffsschwung der deutschen Truppen während des langen Winters keine Einbusse erlitten haben. Aus der Stossrichtung des deutschen Angriffs glaubt man vielfach das Bestreben der deutschen Führung zu erkennen, einer eventuellen Flankenbedrohung des deutschen Hauptangriffs gegen den Kaukasus vorzubeugen. Vereinzelt wurde auch die Vermutung laut, dass man durch die Spaltung des bei Woronesch vorgetriebenen Keiles nach Norden und Süden Umgehungen und Einkesselungen weiter westwärts stehender russischer Verbände durchzuführen beabsichtige. Hieran knüpfte

Noch zu Nr. 298

2. Das traf hinsichtlich des gewonnenen Raumes zwar zu, es war jedoch nicht mehr gelungen, grosse feindliche Verbände einzuschliessen und zu zerschlagen (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 135). –



man im Zusammenhang mit der Feststellung, dass mit der Überschreitung des Don grössere feindliche Gebiete erreicht worden seien, die im vergangenen Jahr noch nicht in deutscher Hand waren, die Hoffnung auf die Wiederholung ähnlich grosser Kessel- und Vernichtungsschlachten wie im vergangenen Jahr.

Mit einer gewissen Besorgnis werden inzwischen die Ereignisse auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz verfolgt. Durch den bisherigen Siegeszug Rommels verwöhnt, hatte man sich nach dem gemeldeten erfolgreichen Durchbruch durch die El-Alamein-Stellung der Hoffnung hingeeben, dass Alexandria in wenigen Tagen fallen werde.<sup>3</sup> Nachdem diese Meldung bisher ausblieb – im Gegenteil erneut von hartnäckigen Kämpfen um die El-Alamein-Stellung berichtet wurde – zeigt man sich jetzt bis zu einem gewissen Grade verwundert und befürchtet, dass es den Engländern unter Heranziehung entsprechender Verstärkungen doch noch gelingen sei, den Vormarsch der deutsch-italienischen Truppen vor Erreichung des Nildeltas zum Stillstand zu bringen. Vielfach rechnet man aber auch mit einem neuerlichen Täuschungsmanöver Rommels.

Nach übereinstimmenden Meldungen aus nahezu allen Teilen des Reiches halten die Klagen über die unzureichende Versorgung mit Obst und Gemüse noch immer an. Nur ganz vereinzelt wurde berichtet, dass in der Gemüseversorgung eine leichte Besserung eingetreten sei. Weiter Bevölkerungskreise habe sich über die ungenügende Versorgungslage eine tiefe Verbitterung bemächtigt, die durch die jahreszeitlich bedingte Verknappung in der Kartoffelversorgung eine weitere Steigerung erfahre. Mit dem Mangel an Fleisch, Fett und Mehl würde man sich in Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Einschränkungen abfinden; dass man aber in der jetzigen Zeit bei der verhältnismässig guten Obst- und Gemüseernte diese Nahrungsmittel zum grossen Teil entbehren müsse, könne niemand begreifen. Aus diesem Grunde richte sich die Empörung der Bevölkerung in erster Linie gegen den Verteilerapparat, der durch «unsachgemässe Massnahmen» die Schuld daran trage, dass grosse Mengen Gemüse und Obst dem Verderb anheimfielen und somit der Volksernährung verlorengingen.

Wie aus mehreren Meldungen – insbesondere aus Grossstädten und den dicht besiedelten Industriegebieten – hervorgeht, häufen sich insbesondere in Arbeiterkreisen die Klagen über ständiges Hungergefühl. Bei der jetzigen fettarmen Ernährung könne man – vorausgesetzt, dass es bei der als vollkommen unzureichend angesehenen Brot- und Kartoffel-

Noch zu Nr. 298

3. Die deutschen und italienischen Truppen standen zwar seit dem 30. Juni 70 km vor dem Nildelta und hatten in die El-Alamein-Stellung eindringen, sie aber nicht durchbrechen können, weil ein grosser Teil der Panzer nicht mehr einsatzfähig war und die Engländer Verstärkungen heranzführten.

Zuteilung überhaupt möglich sei – doppelt soviel essen als früher, ohne aber nur entfernt vor allem auf eine längere Zeitdauer das Gefühl des Gesättigtseins zu haben. In diesem Zusammenhang wird von den Volksgenossen vielfach auch über eine angebliche rapide Gewichtsabnahme gesprochen, die man an sich selbst und seinen Bekannten feststelle. Während noch im vergangenen Jahr derartige Feststellungen von humorvollen Äusserungen über den Verlust «überflüssigen Fettes» begleitet waren, wird nunmehr vielfach gesagt, dass die Gewichtsabnahme bereits ein spürbares Nachlassen der körperlichen Kräfte verursache und bei gleichbleibender Ernährungslage in Zukunft erhebliche Gesundheitsstörungen zu befürchten seien. In einer steigenden Anzahl der Ohnmachtsanfälle von Männern und Frauen in Fabrikbetrieben und von Frauen beim Schlangenstehen oder auf offener Strasse glaubt man die ersten Auswirkungen der augenblicklich unzureichenden Ernährung zu sehen.

Nr. 302 vom 23. Juli 1942 (Auszug)

### I. Allgemeines

Das Kampfgeschehen im Osten wird mit grosser Anteilnahme und vielfach in hoffnungsvoller Erwartung auf bevorstehende grössere Erfolgsmeldungen verfolgt. Insbesondere richtet sich das Interesse auf den Vorstoss der verbündeten Truppen im Gebiet des Don und Donez, von dem sich einzelne Volksgenossen die Möglichkeit einer entscheidenden Wendung im weiteren Verlauf des Ostfeldzuges versprechen. Aus der Bekanntgabe der Einschliessung Rostows und des zügigen Vorgehens in Richtung Stalingrad schliesst ein Teil der Bevölkerung, dass die Operationen im südlichen Frontabschnitt weit günstiger stehen, als aus dem Wehrmachtbericht und den sonstigen amtlichen Nachrichten direkt zu erkennen ist.<sup>1</sup>

Von der Entwicklung im südlichen Teil der Ostfront verspricht man sich eine erhebliche Verbesserung der Rohstoffversorgung und auch einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfes, wodurch es Deutschland ermöglicht würde, den Krieg auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Im Hinblick auf die Lage in der Mitte und im Norden der Ost-

Zu Nr. 302

1. Die Lage war in Wahrheit weniger günstig, weil es der russischen Führung gelungen war, ihre Verbände einigermassen intakt zurückzuführen und unter Ausnutzung der Weite des Raumes bei Stalingrad eine neue Front aufzubauen, während Hitler im Glauben, einen geschlagenen Gegner zu verfolgen, die deutschen Kräfte zwischen Stalingrad und dem Kaukasus verzettelte (Weisung Nr. 45 vom 23. Juli; Philippi-Heim, *Der Feldzug gegen Sowjetrussland*. 1962. S. 143 ff.). –

front<sup>2</sup>, vor allem auf die täglichen Meldungen über ständig neue Angriffsversuche der Sowjets und anhaltend schwere Abwehrkämpfe an diesen Frontabschnitten hält man es jedoch vielfach für unwahrscheinlich, dass das zügige Fortschreiten der Operationen im Süden allein die Sowjetführung zu einer Aufgabe des Kampfes veranlassen könnte. Bestärkt werden die Volksgenossen hierin durch die von einem grossen Teil der Bevölkerung vertretene Ansicht, dass im mittleren und nördlichen Frontabschnitt das «Gesetz des Handelns» anscheinend in den Händen der Sowjets liege und das «auf der Stelle treten» bzw. die Haltung der augenblicklichen Stellung der deutschen militärischen Führung aufgezwungen sei. Unter dem Eindruck dieses Gesichtspunktes drängt sich den Volksgenossen immer wieder die Frage auf, wie überhaupt im Osten eine Entscheidung herbeigeführt und ob der Bolschewismus wohl jemals vernichtend geschlagen werden könne. Hierin wird nach den Meldungen auch der Grund gesehen, weshalb selbst grössere Erfolgsmeldungen einen Teil der Bevölkerung nicht so nachhaltig zu beeindrucken und zu einem tieferen Mitgehen zu bewegen vermögen.<sup>3</sup>

Zu einer zuversichtlichen Betrachtung der Lage im Osten tragen besonders die Erzählungen von Urlaubern und die vielfach sehr optimistisch gehaltenen Feldpostbriefe aus dem Osten bei, die von einer ständigen Zunahme der sowjetischen Überläufer, von einer erheblichen Desorganisation ganzer sowjetischer Verbände und der Verwendung von halbwüchsigen Burschen und alten Männern berichten, die zumeist über eine ganz ungenügende militärische Ausbildung verfügten. Hieraus schöpft man dann vielfach die Hoffnung, dass die schweren deutschen Schläge im vergangenen und auch in diesem Jahr dock nicht ohne fühlbare Auswirkung auf die bisher oft für «unerschöpflich» gehaltenen sowjetischen Menschenreserven geblieben seien.

In zunehmendem Masse beschäftigt sich die Bevölkerung mit der Möglichkeit der Errichtung einer zweiten Front durch die Feindmächte, und zwar vor allem auf Grund der angeblich in grösserem Umfange erfolgten Truppenverschiebungen nach dem Westen.<sup>4</sup> Man ist zumeist der Überzeugung, dass ein evtl. Landungsversuch der Briten und Amerikaner sofort im Keime erstickt werde und nickt die geringsten Aussichten auf Erfolg habe. Im Gegensatz hierzu sind die Befürchtungen vor einer verstärkten

Noch zu Nr. 302

2. Dort hatten die Russen am 5. Juli nördlich von Orel und bei Staraja Russa am 17. Juli angegriffen, ohne jedoch wesentliche Erfolge zu erzielen. – 3. Demgegenüber wurde in den Meldungen über die Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propagandalenkung vom gleichen Tag festgestellt, häufig beginne sich die Hoffnung zu verstärken, dass es noch vor Einbruch des Winters gelingen werde, «die Bolschewisten fertig zu machen und entscheidend zu schlagen». –

4. Verschiedentlich wurden diese Gerüchte noch mit einer angeblich geplanten deutschen Landung in England verbunden, für die alle Einheiten der Waffen-SS sowie Fallschirmjäger in Frankreich

Angriffstätigkeit der feindlichen Luftwaffe in den kommenden Monaten in weiten Bevölkerungskreisen noch immer sehr gross und fanden durch die letzten feindlichen Luftangriffe im Norden und Westen des Reiches neue Nahrung.

Die Sorge um die Lage auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz hält bei dem grössten Teil der Bevölkerung noch immer an.<sup>5</sup>

Neben den Klagen über die trotz der meist guten Obsternte als vollkommen unzureichend bezeichnete Obstversorgung geht aus den vorliegenden Meldungen nahezu übereinstimmend hervor, dass die Bevölkerung – vor allem jedoch Arbeiterkreise – mit der augenblicklichen Brotzuteilung nach wie vor nicht auskomme. Der Mangel an Brot mache sich ganz besonders seit der vergangenen Woche bemerkbar und habe in zahlreichen Familien mit mehreren berufstätigen Angehörigen infolge Vorriffs und restlosen Verbrauchs ihrer Brotmarken für die jetzige Zuteilungsperiode zu Notständen geführt, die in Anbetracht der ebenfalls vielfach noch angespannten Kartoffelversorgung oft kaum einen Ausweg zulassen und die Hausfrauen vor die unlösbare Frage stellten, wie sie ihre Angehörigen sättigen sollen. Die Nervosität und Missstimmung vieler Hausfrauen wachse von Tag zu Tag und beginne sich immer mehr auch auf ihre Familienangehörigen zu übertragen, so dass in weiten Bevölkerungskreisen das Interesse am militärischen und politischen Geschehen durch die Sorgen und Nöte des Alltags, vor allem jedoch durch die anhaltenden Ernährungsschwierigkeiten, zurückgedrängt worden sei. Mit den grössten Besorgnissen sehe man jetzt schon dem kommenden Winter entgegen. Immer häufiger werde die Frage aufgeworfen, wie man diesen bei gleichbleibenden Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten überstehen solle, da sich schon jetzt bei zahlreichen Volksgenossen Müdigkeits- und Schwächeerscheinungen in erheblichem Umfange zeigen würden.

Mehreren Meldungen zufolge wird die Bevölkerung in letzter Zeit erneut durch Gerüchte über bevorstehende Änderungen der Lebensmittelzuteilungen beunruhigt. Während in den verschiedensten Städten des Reiches und auch in Berlin gerüchtweise von neuerlichen Kürzungen einzelner Nahrungsmittel – hier Brot oder Fett, dort Fleisch oder Zucker – gesprochen wird, besagen andere Gerüchte in Berlin, dass es in der 40. Zuteilungsperiode 100 Gramm Fleisch mehr gäbe und dafür die Fettrationen gekürzt würden oder aber die Fleischration würde durch entsprechende Beimischung zur Wurst in versteckter Form um 50 Gramm verringert.

<sup>5</sup> Noch zu Nr. 302

und Holland bereitstünden (Meldungen vom 10. August). – 5. Am 10. Juli war der Versuch gescheitert, die englischen Stellungen bei El Alamein zu durchbrechen, ab 15. Juli hatten englische Gegenangriffe die deutsch-italienische Front eingedrückt.

Nr. 304 vom 30. Juli 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die augenblickliche Stimmung der Bevölkerung ist nach zahlreich vorliegenden Meldungen durch eine erhebliche Unterschiedlichkeit gekennzeichnet, da sich die massgeblichen Stimmungsfaktoren – Kriegsgeschehen, feindliche Luftangriffe und Versorgungslage – immer stärker und verschiedenartiger bei dem einzelnen Volksgenossen entsprechend seiner Grundhaltung und dem unmittelbaren Betroffensein auszuwirken beginnen. Nur ein Teil der Bevölkerung nimmt grösseren Anteil am militärischen Geschehen und lässt sich – vor allem durch die Erfolge im Süden der Ostfront – nachhaltiger beeindrucken.<sup>1</sup> Diese Volksgenossen verfolgen die weitere Entwicklung im Osten mit anhaltendem Interesse und geben vielfach der Überzeugung Ausdruck, dass sich an diesem Frontabschnitt in absehbarer Zeit weitere grosse Erfolge anbahnen, die eine baldige Entscheidung im Osten herbeiführen, wenn nicht sogar von kriegsentscheidender Bedeutung sein werden. Aus den Meldungen von der Überschreitung des Don in breiter Front und von der Einnahme der Städte Nowotscherkask und Bataisk schliessen andere Volksgenossen auf einen weiterhin günstigen und planmässigen Verlauf der Kampfhandlungen im Süden und vermuten, dass die deutsche Kriegsführung nach Abriegelung des Kaukasus bis zur Wolga vorstossen, an deren für eine Verteidigung besonders geeigneten westlichen Ufer Halt machen und nach Durchführung entsprechender Operationen im Norden und in der Mitte der Ostfront einen Ostwall von Astrachan bis Archangelsk erbauen lassen werde. Mit der Erreichung dieses Zieles finde dann der Ostfeldzug einen vorläufigen Abschluss.

Diesem in Bezug auf das militärische Geschehen teilweise sehr optimistisch eingestellten Teil der Bevölkerung stehen jene Volksgenossen gegenüber, die sich über die weitere Entwicklung und eventuelle Möglichkeiten des Krieges, vor allem der Kriegsdauer, keine rechte Vorstellung machen können, deshalb die militärischen Ereignisse ohne tiefere Anteilnahme zur Kenntnis nehmen und sich in erster Linie von den Sorgen und Lasten des Alltags, den Ernährungsschwierigkeiten und den Befürchtungen vor verstärkten feindlichen Luftangriffen beeinflussen lassen. Selbst grössere Erfolgsmeldungen vermögen nur vorübergehend diese Volksgenossen aus ihrem Beiseitestehen am militärischen Geschehen herauszuheben und bei

Zu Nr. 304

1. Nach dem Ende der ersten Phase der Offensive richteten sich die Angriffe der Heeresgruppe B gegen Stalingrad und die Wolga, während die Heeresgruppe A nach Süden vorstossen und den Kaukasus erobern sollte, beide erwiesen sich jedoch für die ihnen jeweils gestellte Aufgabe

ihnen das Gefühl der Freude oder gar Begeisterung auszulösen. Trotz der vorhandenen klaren Erkenntnis der Notwendigkeit des unbedingten Durchhaltens beginnt in diesen Bevölkerungskreisen der sehnliche Wunsch nach dem baldigen Kriegsende immer stärker Einfluss zu gewinnen. Einzelnen Meldungen zufolge häufen sich unter den von den Lasten und Entbehrungen des Krieges besonders hart betroffenen Volksgenossen der luftgefährdeten Gebiete und Grossstädte Äusserungen, die unverkennbar auf eine allmählich aufkommende Kriegsmüdigkeit schliessen lassen. Wie stark der Wunsch nach einem baldigen Kriegsende verbreitet ist, zeigt auch die aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldete grosse Empfänglichkeit weiter Bevölkerungskreise für die erneut wieder im Umlauf befindlichen, inhaltlich oft erheblich voneinander abweichenden Gerüchte und Prophezeiungen<sup>2</sup>, z.B. über das Versiegen oder Überlaufen der Quelle von Lourdes oder dem angeblich vor einiger Zeit erfolgten Tod der Therese Neumann aus Konnersreuth<sup>3</sup>, die im Sterbebett geäussert habe, ein, zwei oder drei Monate nach ihrem Tod oder im August oder September d. J. ginge der Krieg zu Ende.

Die verstärkte Angriffstätigkeit der britischen Luftwaffe auf deutsche Städte bei Tag und Nacht bildet in allen Teilen des Reiches neben der Versorgungslage und dem Kampf geschehen im Osten eines der Hauptgesprächsthemen der Bevölkerung und hat deren Besorgnisse über eine weitere Zunahme der Einflüge britischer Bomber ins Reichsgebiet vertieft. Aus der Zahl von abgeschossenen Feindflugzeugen anlässlich des Luftangriffes auf Hamburg schloss man wieder auf einen entsprechend grossen Umfang der angerichteten Schäden und Menschenverluste. Die Befürchtungen vor einer weiteren Verschärfung der feindlichen Luftangriffstätigkeit beschränken sich im Gegensatz zu den vergangenen Monaten nicht nur auf die städtische, sondern greifen in zunehmendem Masse auch auf die ländliche Bevölkerung über, die neben ihrem Leben vor allem um die mögliche Vernichtung ihres ganzen Hab und Gutes und der kommenden Ernte bangt. Zahlreiche Volksgenossen geben in diesem Zusammenhang erneut ihrer Verwunderung über das Ausbleiben von entsprechenden Vergeltungsangriffen und der Befürchtung Ausdruck, dass die Beherrschung des Luftraumes im Westen nicht mehr in deutscher Hand sei.

Noch zu Nr. 304

als zu schwach (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland. 1962. S. 145 f.). – 2. Schon mehrfach, zuletzt am 2. April, war in Berichten über «Konfessionellen Wunderglauben als Propagandamittel der Kirchen» über Prophezeiungen geklagt worden, die als Kettenbriefe verbreitet würden; darin, z.B. im angeblichen «Testament eines fliehenden Mönchs aus dem 17. Jahrhundert» und der «Vision der Gräfin Pillante, Prinzessin von Savoyen», werde der Sieg des Christentums nach hartem Kampf mit den Anhängern des «verbogenen Kreuzes» verkündet, z.T. mit genauer Angabe der Dauer des Kampfes. – 3. Sie war durch die seit 1926 bei ihr regelmässig auftretenden Stigmatisierungen weit bekannt, starb jedoch erst lange nach dem Krieg. –

Die Klagen der Bevölkerung über die Versorgungsschwierigkeiten bewegen sich noch immer im Rahmen der in den letzten Meldungen dargelegten Ausführungen. Hinsichtlich der Obst- und Gemüseversorgung wurde aus verschiedenen Grossstädten (Berlin, Wien, München u.a.) eine stark unterschiedliche Belieferung der Geschäfte in den einzelnen Stadtbezirken gemeldet. Während einerseits den Kaufleuten in diesem oder jenem Stadtbezirk Gemüse und Obst in grösseren Mengen zugeteilt werde, erhielten andererseits Geschäfte mitten in der Stadt oder in einem entlegenen Stadtteil, z.B. in Siedlungen, eine derart geringe Zuteilung, dass nur ein Teil der Hausfrauen beliefert werden könne und ein anderer wieder mit leeren Händen nach Hause gehen müsse.

Zahlreichen Meldungen zufolge (Berlin, Stettin, Danzig, Leipzig, Wien, München, Würzburg, Bayreuth, Düsseldorf) häufen sich in letzter Zeit die Gerüchte über angebliche Umgehung der verschiedenen Bewirtschaftungsbestimmungen durch führende Persönlichkeiten. Die Gerüchte sprechen zumeist von den persönlichen Beobachtungen irgendeines Handwerkers (Installateur, Elektriker, Anstreicher) anlässlich von Reparaturarbeiten in Häusern von führenden Persönlichkeiten, wo die betreffenden Handwerker grössere Mengen von bewirtschafteten Lebensmitteln gesehen haben wollen. Durch die genauen Ortsangaben und durch Schilderungen von Einzelheiten erwecken die Gerüchte den Anschein der Glaubwürdigkeit und fallen bei einem Teil der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden.

### Einzelmeldung

Nach vorliegenden Meldungen aus Hamburg steht die Bevölkerung Hamburgs noch vollkommen unter dem Eindruck des schweren Luftangriffs in der Nacht vom 26. auf den 27. 7. 1942, der alle sonstigen Ereignisse politischer und militärischer Art in den Hintergrund verdrängt habe.<sup>4</sup> Der Angriff sei nicht unerwartet gekommen, da man schon seit geraumer Zeit mit einem britischen Grossangriff auf Hamburg gerechnet habe. Im Vertrauen auf die starke Abwehr habe sich jedoch bei einem Teil der Bevölkerung ein gewisses Sicherheitsgefühl eingestellt. Der schwere Luftangriff in der Nacht vom 26. zum 27. 7. habe deshalb im Hinblick auf die umfangreichen Zerstörungen in einzelnen Stadtteilen eine um so gedrücktere Stimmung und tiefe Niedergeschlagenheit ausgelöst.

Noch zu Nr. 304

4. Bei diesem von über 500 Flugzeugen vor allem mit Brandbomben durchgeführten Angriff, der mehrere hundert Todesopfer gefordert hatte, waren erstmals die eingesetzten Feuerwehren der Lage nicht mehr Herr geworden, er war in seinen Wirkungen jedoch kaum mit den genau ein Jahr später folgenden Angriffen zu vergleichen, bei denen 40'000 Menschen getötet wurden (Dokumente deutscher

Allgemein gross sei die Enttäuschung über die als «ungenügend empfundene» Abwehr gewesen. Immer wieder würden Stimmen des Unverständnisses laut, dass der feindliche Luftangriff überhaupt derartige Formen annehmen konnte. Man könnte es vielfach nicht verstehen, dass einer so grossen Stadt wie Hamburg keine Nachtjäger zur Verfügung gestanden hätten. Nach allgemeiner Ansicht hätte gerade der Einsatz von Nachtjägern bei der guten Arbeit der Scheinwerferbatterien die grössten Aussichten auf Erfolg gehabt. In ihrer ersten Erbitterung über das Fehlen von Nachtjägern liessen sich vielfach Volksgenossen zu Äusserungen des Inhalts hinreissen, wie z.B.: «Erst müssen Hunderte von unschuldigen Frauen und Kindern ihr Leben lassen, dann erhält Hamburg Nachtjäger!» Vereinzelt wurde auch die Ansicht vertreten, dass Hamburg bisher durch Nachtjäger geschützt gewesen wäre, diese jedoch erst vor kurzer Zeit abgezogen worden seien. Der Abzug der Nachtjäger und die angebliche Verringerung der Flak seien den Engländern verraten worden.

Die Mitteilung über den Abschuss von 37 Flugzeugen fand bei der Bevölkerung Hamburgs keinen Glauben und führte vereinzelt zu kritischen Äusserungen über die Glaubwürdigkeit des deutschen Wehrmachtberichtes, da es bei dem offensichtlichen «Versagen» der Flak im Hamburger Bereich niemals zutreffen könne, dass auch nur eine annähernd so hohe Zahl feindlicher Flugzeuge abgeschossen worden sei. Einzelne Volksgenossen stellten in diesem Zusammenhang die Frage, seit wann Hamburg am Kanal liege, da die 37 Flugzeuge günstigstenfalls am Kanal abgeschossen worden seien.

Die anlässlich des Luftangriffs in der Nacht vom 26. zum 27. 7. angerichteten Schäden in Hamburg und die erheblichen Verluste an Menschenleben haben in verstärktem Umfange die Forderung nach Vergeltung laut werden lassen. Immer wieder sei von Volksgenossen die Frage erhoben worden: «Wann ist England endlich keine Insel mehr?» oder «Wann werden die englischen Terrorangriffe tausendfach vergolten und die englischen Städte ausradiert?».<sup>5</sup> Nur ein Teil der Bevölkerung habe Verständnis dafür, dass im Hinblick auf die starke Anspannung der Luftwaffe im Osten und auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz z. Z. keine Vergeltungsangriffe in grösserem Umfange durchgeführt werden können. Der Hass gegen England hat allgemein in der Bevölkerung Hamburgs eine erhebliche Steigerung erfahren.

Noch zu Nr. 304

Kriegsschäden. 1. Beiheft, 1960. S. 366, 369; 2. Beiheft. 1962. S. 112). – 5. Am 4. September 1940 hatte Hitler in einer Rede gedroht, Englands Städte würden ausradiert, wenn die Luftangriffe auf Deutschland fortgesetzt würden. Die Aktivität der deutschen Luftwaffe, die vorwiegend im Mittelmeer über Malta eingesetzt war, beschränkte sich gegenüber England im Sommer 1942 auf die Bombardierung kriegswichtiger Ziele u.a. in Birmingham durch kleinere Verbände.



Das Verhalten der Bevölkerung während und nach dem Luftangriff war nach den vorliegenden Meldungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vorbildlich. Durch die grosse Anzahl von Schadenstellen konnte die Luftschutzpolizei nicht überall sofort eingesetzt werden. An deren Stelle ergriffen spontan und unaufgefordert Volksgenossen aller Bevölkerungskreise die ersten Hilfsmassnahmen, indem sie ältere Personen, Frauen und Kinder aus den zerstörten Häusern retteten und in Sicherheit brachten, ferner gefährdete Wohnungen ausräumten und sich tatkräftig an den Löscharbeiten beteiligten. Ein anderer Teil der Bevölkerung bewaffnete sich mit Werkzeugen aller Art, um Baracken, Zäune und dgl. umzulegen und dadurch die Ausdehnung des Feuers zu verhindern oder versuchte bis zum Eintreffen der Feuerlöschpolizei mit sonstigen Mitteln dem Feuer Einhalt zu gebieten.

Besonders in Arbeitervierteln habe die Bevölkerung zahlreiche Beweise vorbildlicher Hilfsbereitschaft und wirklicher Volksgemeinschaft geliefert. Einfache Arbeiterfrauen hätten z.B. aus ihren kargen Beständen Kaffee gekocht und Brot oder sonstige Lebensmittel zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise noch einen weiteren Beitrag zur Linderung der ersten Not der bombengeschädigten Volksgenossen zu leisten. In den vorliegenden Meldungen wurde im Besonderen der tapferen Haltung der Frauen und Mädchen Anerkennung gezollt, die sich überall freiwillig zu jeglicher Arbeit zur Verfügung stellten und bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht erfüllten.

Unter der Bevölkerung wurde allgemein anerkannt, dass seitens der zuständigen Stellen und Behörden während und nach dem Luftangriff sofort alle erforderlichen Massnahmen zur Beseitigung der ersten Schwierigkeiten getroffen worden waren.

Die von den feindlichen Fliegern abgeworfenen Flugblätter des Inhalts: «Stürzt Hitler, dann habt Ihr Frieden und ein Land, in dem Milch und Honig fliesst!», haben bei der Bevölkerung nicht den geringsten Eindruck hinterlassen und wurden vielfach als «dummer und blöder» Beeinflussungsversuch der feindlichen Propaganda belacht.

Nr. 306 vom 6. August 1942 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### Die Sicht Japans in der Bevölkerung

Seit dem Kriegseintritt Japans und insbesondere seit seinen überraschend schnellen und weitgreifenden Erfolgen im ostasiatischen Raum befassen sich, wie aus immer wiederkehrenden Berichten hervorgeht, viele Volksgenossen in allen Schichten in zunehmendem Masse mit den tieferen Gründen, die das japanische Volk in die Lage versetzen, trotz des jahrelangen Chinakrieges auch den neuen Krieg mit erstaunlicher Schlagkraft zu führen. Über ein oberflächliches Gerede von der «gelben Gefahr» hinaus geht es den Volksgenossen zumeist darum, in die geistig-seelische Verfassung der Japaner einzudringen, in der sie stärker als im materiellen Kriegspotential das Geheimnis des japanischen Vordringens sehen. Die Meldungen aus den verschiedensten Reichsteilen lassen dabei erkennen, dass überall da, wo in Zeitung, Zeitschrift, Buch, Film, Vorträgen usw. versucht wurde, darüber Hinweise zu geben, dies von der Bevölkerung begrüsst worden ist. Der Umstand, dass in Japan eine nicht-christliche religiös-weltanschauliche Grundhaltung Leben, Politik und kriegsmässigen Einsatz formt und bestimmt und offenbar grosse Erfolge aufweist, führe vielfach zu Vergleichen mit der weltanschaulich-religiösen Situation im Reich selbst. Insgesamt liessen sich dabei gewisse Entwicklungen im Japanbild der deutschen Volksgenossen beobachten, die allmählich einer gewissen Korrektur bedürfen.

Bei aller Anerkennung für die grosse militärische Leistung Japans werde der Kriegseinsatz des Verbündeten offenbar schon im äusseren Umfang für wesentlich grösser gehalten, als er es tatsächlich sei. Die Volksgenossen hätten bei der Betrachtung des von Japan in Ostasien geführten Krieges zumeist nicht mehr das richtige Mass, dass allein das deutsche Ostheer mit Millionen von Männern zahlenmässig weit über den Umfang der japanischen Einsätze hinausgehe.<sup>1</sup> Es habe sich für einen grossen Teil der Bevölkerung der Blick dafür verwischt, wie verschieden – ohne dass damit die Erfolge der Japaner herabgemindert würden – die Kriegsschauplätze in Ostasien von denen seien, auf denen die Achsenmächte kämpften, und welcher Gegner im Vergleich zu den Millionenmassen allein der Roten Armee dort auftritt. Insbesondere aber habe sich aus den Berichten über

Zu Nr. 306

1. Bei Ausbruch des Krieges im Fernen Osten standen 51 japanische Divisionen rund 12-14 Divisionen Englands, der USA und Niederländisch-Indiens gegenüber (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 87), während am 22. Juni 1941 im Osten 133 deutsche Divisionen aufmarschiert und

die Kampfesführung der Japaner weithin ein Bild des japanischen Soldaten herausentwickelt, das der Leistung unserer eigenen Soldaten nicht mehr gerecht werde. Für die bisherige Anschauung, dass der deutsche Soldat der beste der Welt sei, hätten z.B. die Schilderungen über die japanischen Schwimmer, die die Minen vor Hongkong beseitigten, oder über die japanischen Flieger, die sich in Todesverachtung mit ihrer Bombenlast wortwörtlich auf die feindlichen Schiffe stürzten<sup>2</sup>, oder über die japanischen Spezial-U-Boote einige Verwirrung gebracht. Die Feststellung, dass es bei uns ein solches beabsichtigtes und bewusstes Opfer (z.B. für die Vernichtung eines Schlachtschiffes) nicht gebe, habe z.T. zu so etwas wie «Minderwertigkeitskomplexen» geführt. Der Japaner stelle sich sozusagen als «Germane im Quadrat» dar. Man meine, dass beim Japaner noch heute Eigenschaften anzutreffen seien, die bei uns vor langen Jahrhunderten von den Helden der Sage berichtet werden. Neben schlagwortartigen Redereien von einer «gelben Gefahr» verbreite sich ein gewisser Pessimismus, dass in Japan noch die Fülle der Kraft wirke, die einmal unsere Geschichte gekennzeichnet habe, deren mythische Grösse dem gegenwärtig von uns selbst geführten Kampf nicht in eben dem Masse wie dem Japaner zuerkannt wird, dass sich die christlichen Jahrhunderte vielleicht «doch nicht wieder gutmachen» liessen und dass sich die japanische Macht einmal gegen uns wenden könne.

Von diesem Standpunkt aus werde Japan oft unter dem Blickwinkel betrachtet, inwieweit es Vorbild für uns selbst sein könne. Fragen der weltanschaulichen und religiösen Neuordnung würden beim Vergleich mit Japan sehr lebhaft angestossen. Eine gewisse Unsicherheit über den eigenen Weg und die eigenen Möglichkeiten und Leitbilder könne dabei nicht mehr übersehen werden. Verschiedentlich wird angeregt, die deutschen Grundwerte und die Wesenszüge unseres Volkes stärker herauszustellen. Man könne dies ohne Abwertung des japanischen Bundesgenossen in der Richtung tun, dass geschildert wird, wie für uns und die Menschen Europas unserer Art entsprechende andere Massstäbe gelten müssen und dass darin verschiedene Verhaltensweisen und Leistungen begründet sind, die keineswegs als Wertunterschiede zu deuten sind.

Auf die Fremdartigkeit des japanischen Handelns werde in einer Anzahl von Aufsätzen bereits hingewiesen, aber die Hinweise seien meist so gehalten, dass sie auf die Volksgenossen gefühlsmässig die eingangs aufgezeigte Wirkung hätten. So habe z.B. der «Illustrierte Beobachter»<sup>3</sup> in der Folge 22 bis 26<sup>4</sup> eine Aufsatzreihe von Albert Kropp unter Mitwirkung von Dr. Miyazawo gebracht «Tenno – Heika – Banzai». Darin hiess es:

Noch zu Nr. 306

56 auf anderen Kriegsschauplätzen eingesetzt waren (ebda. S. 39). – 2. Diese sogenannten Kami-kaze-Flieger wurden vor allem gegen Ende des Krieges propagandistisch stark herausgestellt. – 3. Die wöchentliche Illustrierte im Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. – 4. Vom 28. Mai bis 25. Juni; die Autoren beriefen sich ausdrücklich auf wissenschaftliche Veröffent-

Da schlummern im Unterbewusstsein Kräfte, die unheimliche Dynamik bergen. Triebkräfte, die zu Taten befähigen, die unsere Bewunderung erregen müssen und uns doch oftmals fremd bleiben.

Oder:

... Und die Flugzeugbesatzungen, die sich als «lebendige Bomben» empfanden? – Menschen, die Teil des verderbenbringenden Eisens mit Sprengstoffen wurden, Teil einer toten Materie?!

Der japanische Bericht spricht von Selbstvernichtung! Selbstvernichtung?! – Welch ein Geist! –

Was für eine Kampfauffassung! ...

Die Fülle der wiedergegebenen Lebens- und Sterbensregeln aus der Geschichte der Samurais und der Gegenwart des «Bushido-Geistes»<sup>5</sup> spreche erdrückend für die Japaner, wenn aus Sätzen und Beispielen wie:

Von altersher gilt es in Japan als eine grosse Schande, in Gefangenschaft weiterzuleben, eher soll man sterben

Der Japaner aber kämpft nicht um der Pflicht willen, sondern um sein Leben aufzuopfern

... Nein, mein Sohn geht in den Kampf, um den Heldentod zu finden, nicht um lebend heimzukehren ...

schliesslich gefolgert werde:

Diese Einstellung ist der wahre Grund, warum Japan bisher keinen

Krieg verloren und auch im gegenwärtigen Krieg Gross-Ostasiens wundervolle Erfolge errungen hat.

U.a. wird in dem Aufsatz gesagt:

Es mögen im gegenwärtigen Kriege – anders als in alten Zeiten – gewisse Fälle nicht zu vermeiden sein, in denen man gefangen genommen wird; man mag durchaus der Ansicht sein, man brauche nicht unbedingt zu sterben, sobald man nur mit den hochentwickelten neuzeitlichen Waffen seine Pflicht, ja sein Äusserstes getan hat, und man nütze seinem Lande vielmehr, indem man am Leben bleibt und seine Bestimmung – sei es im Kriege oder im Frieden – erfüllt. Eine solche Anschauung hat eine gewisse Berechtigung; der japanische Soldat indes denkt anders: Wenn er in der Schande der Gefangenschaft weiterlebt, so bedeutet dies, dass er nicht bis zum Tode gekämpft hat, dass er noch die Möglichkeit gehabt hat, weiter zu kämpfen, und er ist von tiefem Bedauern darüber erfüllt, dass er für Tenno, Vaterland und Volk nicht bis zum Tode gekämpft hat. Es ist überhaupt nicht denkbar, dass der Soldat ins Leben zurückkehrt. Immerhin schrecke gerade dieser Aufsatz mit anderen Beispielen ab,

Noch zu Nr. 306

lichkeiten über Japan, u.a. auf Karl Haushofers «Japan baut sein Reich», und auf eine Sammlung «Japanische Heldengeschichten aus alter und neuer Zeit» von Rolf Italiaander. – 5. Wörtlich «Ritterweg», die Ethik der japanischen Ritter.

die Haltung der Japaner in allen Teilen als vorbildlich auch für uns zu empfinden, z.B. mit der Schilderung des Gefreiten Takemori, der im Kampf in «eine Art Raserei» gerät:

Verwirrung! Ist das Fleisch und Blut, dieser Krieger mit den blutunterlaufenen Augen, dessen wilde Schreie wahnsinnig machen? – Oder ist es ein Dämon? Der Dämon rast... Angst, Schrecken wird zur minutenlangen Erstarrung, dann zu panikartiger Bewegung: Fort aus dem Reich des Dämons! – Es wird Flucht daraus. Takemori rennt. Das Gewehrbajonett – wie ein alter Samurai seine Lanze vor sich haltend –, zu dem nächsten Feindhaufen. Tote und Verwundete kennzeichnen seinen Weg, den Weg des Tod- und Verderbenbringers, des einzelnen stürmenden Gefreiten Takemori.

Fraglich bleibe aber, ob auf diese «Amokläuferei» der Begriff «heldisches Vorgehen» anzuwenden sei, wie dies vom Verfasser geschehe. Unmenschlich wirkten für unsere Art vor allem die japanischen Frauen, von denen eine zum Abschied sagt:

Ja, kämpfe tapfer, sehr tapfer, und stirb einen ruhmvollen Tod!

Hier könne und dürfe sich der Verfasser des Aufsatzes die Frage nicht versagen:

Kann das wirklich eine Frau sagen?

Andere Wesenszüge stärkten wieder den Eindruck der Vorbildlichkeit auch für uns, so, wenn es heisst:

Lügen heisst: sich selbst schänden. Man nennt die Lüge nicht Sünde, sondern Schwächezeichen, und somit ist der Lügner ehrlos.

Als um so fremdartiger müsse von unserem Standpunkt aus die Selbstentleibung bezeichnet werden, die in allen Einzelheiten geschildert wird und von der der Verfasser sagt:

Die Erziehung zur Todesverachtung und Selbstbeherrschung erreicht ihren Höhepunkt im Kult der Selbstentleibung. In ihm liegt der Glaube: Wer freiwillig um soldatischer Ehrbegriffe in den Tod geht, erwirbt die gleichen Verdienste um die Nation als der Soldat, der in der Schlacht fällt. Beide Gefallenen sind dem Japaner gleicher Heldenverehrung wert ... Und wer sich selbst entleibt hat, wäscht sich von allen Verfehlungen frei ...

Es überwiege jedoch der Eindruck des Beispielhaften mit Formulierungen wie

ein tiefgewurzelt religiöses Empfinden, das schwerlich seinesgleichen findet.

Beherrschend bleibe für den Leser der Eindruck der absoluten inneren Geschlossenheit Japans.

Und wenn gegenteilige Einflüsse von aussen auch noch so stark waren, Japan überwand sie.

Schicksalhafter Instinkt von Führern und Volk liessen den Japaner nur das für ihn selbst Passende im Sinne einer weiteren, verfeinernden Entwicklung und in der Linie des alles überragenden Buschidogeistes annehmen. Es ersparte dem japanischen Menschen vieles Unheil; nicht das allein, es führte ihn unbeschädigt durch alle schweren Stürme seiner Geschichte, die er seit Öffnung seines Landes an den Westen zu bestehen hatte. Diese innere Haltung geleitete ihn schliesslich in die sieghafte Zeit des Jahres 1941.

Gerade aus dem naheliegenden Vergleich mit der europäischen Entwicklung, die uns vieles Unheil nicht erspart hat, ergebe sich für viele Volksgenossen das Bild, dass Japan ohne inneren Bruch geblieben sei, dass das gesamte japanische Volk noch heute einheitlich geprägt sei und der japanischen Gegenwart eine mythische Grösse verleihe, die sich bei uns nur mit der Vorstellung längst vergangener historischer Epochen verbinde.

In einzelnen Meldungen wird vermutet, dass die Japaner selbst ein solches in seiner Selbstsicherheit und Macht respekteinflössendes, kritisches Volksgenossen aber nach und nach als etwas «romantisch» erscheinendes Bild vom Land und Volk Japans nicht ungern verbreitet sehen. Dabei wird z.B. bei einem Buch wie dem von Kitayama «Westöstliche Begegnung» (Verlag Walter de Gruyter) anerkannt, dass es wie kaum ein anderes geeignet ist, in die Eigenheiten des japanischen Lebens, in das Werden der japanischen Geistesverfassung, in die geschichtliche Entwicklung einzuführen und zu zeigen, wie Japan noch immer fremde weltanschauliche, kulturelle und wissenschaftliche Einflüsse von aussen eingeschmolzen hat. Das Buch löse aber bei vielen Volksgenossen die Frage aus, ob der japanische Weg nicht auch für uns gangbar sei und japanische Erziehungsmethoden auch in unseren militärischen Erziehungsplan eingebaut werden können.

Das Gefühl der inneren Schwäche Europas werde gerade durch das zum Verständnis Japans ausgezeichnete Buch von Kitayama verstärkt. Kitayama spreche vom abendländischen Menschen als von einem in sich gespaltenen und bekräftige dies durch Hinweise auf den Sündenfall, die griechische Tragödie usw. In dem ganzen Buch würden die nationalsozialistischen Kräfte einer Neuordnung auf germanisch-deutscher Grundlage überhaupt nicht erwähnt. Im Vergleich zu Japan erscheine Europa als ein von den Kräften verschiedenster Art hin und her gerissener Erdteil. Wenn diesem Erdteil das in sich geschlossene, fest in seine Tradition eingebettete Asien eindrucksvoll gegenüber gestellt werde, so sei es nicht verwunderlich, auf welche Seite sich beim Leser die Waage einer «westöstlichen Begegnung» neige. Besonders bei den Teilen der Bevölkerung, die im Nationalsozialismus noch immer keine geistige Fundierung er-

blicken und nach einer festen Grundlage des Lebens suchen, mache das in dem Buch von Kitayama, aber auch in zahlreichen anderen Veröffentlichungen gezeichnete Bild Japans ohne die klare und positive Gegenüberstellung unserer eigenen Wertmassstäbe einen immer stärkeren Eindruck.

Nr. 309 vom 17. August 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Im Vordergrund des Interesses stehen die grossen militärischen Geschehnisse der letzten Woche.<sup>1</sup> Vielfach wird die völlige Besetzung des Kaukasusgebietes nur noch als eine Frage der Zeit angesehen, in der Überzeugung, dass die Widerstandskraft der Sowjets an diesem Frontabschnitt durch den Verlust bedeutender Diquellen, eines grossen landwirtschaftlichen Produktionsgebietes und schliesslich durch die Gefährdung des Nachschubs für ihre Südarmee in ihrem Lebensnerv entscheidend getroffen sei. Während bisher die durch den günstigen Verlauf der Operationen im südlichen Frontabschnitt aufgekommene Hoffnungen sich hinsichtlich der Gesamtentwicklung des Ostfeldzuges durch die anhaltend schweren Abwehrkämpfe im Norden und in der Mitte nicht recht durchzusetzen vermochten, werden jetzt letztere nur noch als vergebliche Entlastungsversuche der Sowjets und die errungenen Erfolge im Süden vielfach als für den Ostfeldzug, vereinzelt sogar als für den gesamten Kriegsverlauf entscheidend gewertet.

Die siegreiche Beendigung der grossen Vernichtungsschlacht westlich Kalatsch hat grosse Freude ausgelöst, um so mehr, als dadurch bereits vereinzelt geäusserte Bedenken über den Ausgang dieser Kämpfe entkräftet wurden und der Weg nach Stalingrad, dem vermutlich nächsten Ziel der deutschen Operationen an diesem Teil der Front, freigeworden sei.<sup>2</sup> Die Zahl der eingebrachten Gefangenen wird im Verhältnis zu dem erbeuteten Material als nicht sehr hoch angesehen und gab vereinzelt zu der Vermutung Anlass, dass sich stärkere sowjetische Kräfte durch rechtzeitigen Rückzug der Umklammerung und somit der Gefangennahme entziehen konnten.

Zu Nr. 309

1. Zwischen dem 10. und 16. August hatten die Wehrmachtberichte die Einnahme von Krasnodar, Maikop und der Hauptstadt des Kalmückengebiets und die Vernichtung einer eingeschlossenen russischen Armee im grossen Donbogen, ferner Erfolge von Unterseebooten im Atlantik gemeldet. –

2. Die Kämpfe bei Kalatsch hatten die deutschen Operationen verzögert, so dass die 6. Armee und die 4. Panzerarmee erst am 23. August aus nicht sehr günstigen Positionen zum Angriff auf

Starken Eindruck hinterliess der Bericht über die deutschen Gesamterfolge seit Beginn der Frühjahrsoffensive.<sup>3</sup> Die Zahl der Volksgenossen, die den Zusammenbruch Sowjetrusslands noch in diesem Jahr für möglich hält, ist ständig im Steigen begriffen. Bestärkt zeigt sich die Bevölkerung in dieser Annahme durch Gerüchte über ein Waffenstillstandsangebot Stalins oder ein Ultimatum der Sowjets an die Alliierten zur sofortigen Errichtung einer zweiten Front und durch die von vielen Volksgenossen ausgesprochene Vermutung, dass Sowjetrussland in der Erkenntnis, dass England und Amerika zu schwach seien, um eine zweite Front als Entlastung zu errichten, kapitulieren und zu Friedensverhandlungen bereit sein werde.<sup>4</sup>

Die Sondermeldung über die erfolgreiche Bekämpfung eines stark gesicherten feindlichen Geleitzuges im Mittelmeer hat grosse Freude ausgelöst. Mit besonderer Genugtuung wurde vermerkt, dass sämtliche Tanker versenkt wurden und keines der Transportschiffe seinen Bestimmungsort in Ägypten erreicht hat. Aus der starken Sicherung des Geleitzuges wurden entsprechende Rückschlüsse auf seinen Wert und seine Wichtigkeit gezogen, da die Briten anstatt des zwar langen, aber dafür sicheren Weges um das Kap der Guten Hoffnung den gefährlicheren durch das Mittelmeer gewählt hatten. Vielfach gab die Versenkung des feindlichen Geleitzuges aber auch wieder Anlass zu folgenden Fragen:

1. Wie viele feindliche Geleitzüge ihr Ziel ohne wesentliche Einbusse erreichen;
2. wie gross das Verhältnis der versenkten Schiffe zur Gesamttonnage des Feindes sei, und
3. welches ungefähre Verhältnis zwischen den laufenden Versenkungen und den neuen Schiffsbauten der feindlichen Werften bestehe?

Durch den Erfolg im Mittelmeer wird auch der Kampf in Nordafrika wieder lebhafter erörtert. Auf Grund angeblicher Mitteilungen aus Feldpostbriefen oder von Urlaubern wurde bereits seit einiger Zeit gerüchlicherweise davon gesprochen, dass mehrere deutsche Geleitzüge wohlbehalten in Afrika eingetroffen seien und Generalfeldmarschall Rommel durch grosse Transportflugzeuge noch immer laufend Verstärkungen an Menschen und Material erhalte. Man vermutet deshalb, dass die augenblickliche Kampfpause in Nordafrika nichts anderes als «die Ruhe vor dem grossen Sturm» sei.<sup>5</sup>

Noch zu Nr. 309

Stalingrad antraten konnten (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 158 ff.). –

3. OKW-Bericht vom 12. August, darin war u.a. die Zahl der Gefangenen mit 1'044'741, die der abgeschossenen Flugzeuge mit über 5'300 angegeben worden. – 4. Gerüchte über russische Friedensfühler wurden auch am 13. und 20. August gemeldet; sie wurden durch Churchills Besuch in Moskau vom 13.-18. August bestärkt, der als Versuch gedeutet wurde, Stalin davon abzuhalten. – 5. Der Angriff erfolgte in der Nacht vom 30. zum 31. August, konnte jedoch von den englischen



Die feindlichen Luftangriffe auf das Reichsgebiet beschäftigen die Volksgenossen nachhaltig und lassen auf Grund von zumeist übertriebenen Erzählungen von bombengeschädigten Volksgenossen über das Ausmass der feindlichen Luftangriffe in weiten Bevölkerungskreisen das drückende Gefühl einer zunehmenden Unsicherheit aufkommen.<sup>6</sup> Mehreren Meldungen zufolge sind die Befürchtungen der Volksgenossen in den Städten, die bisher von feindlichen Luftangriffen verschont waren, weit grösser, als in den schon mehrfach von feindlichen Fliegern angegriffenen.

In den luftgefährdeten Städten des Westens, die oft mehrmals in der Nacht Luftalarm haben, wird seitens der Bevölkerung immer wieder der Wunsch nach einer zusätzlichen Lebensmittelzuteilung geäussert. Besonders kinderreiche Mütter klagen darüber, dass sie bei der augenblicklichen Zuteilung ausserstande seien, den nach Beendigung des nächtlichen Luftalarms sich stets einstellenden Hunger ihrer Kinder zu stillen.

Die Bekanntgabe der Lebensmittelzuteilung für die kommende Versorgungsperiode hat vielfach Enttäuschung ausgelöst, da man auf Grund der seit Wochen umlaufenden Gerüchte eine Erhöhung der Brot- und Fleischrationen erwartet hatte, um so mehr, als diesen Gerüchten nicht entgegengetreten worden war. Die Umstellung von der Fett- auf Margarineversorgung wird allgemein als nachteilig empfunden und käme einer Kürzung der Fettration gleich, da Margarine viel weniger ergiebig sei, als Schlachtfett, Öl oder Butter.<sup>7</sup>

Aus mehreren Teilen des Reiches wird über den ständig zunehmenden Urlaubsreiseverkehr – vor allem der Frauen – geklagt, die vielfach die erforderliche Rücksichtnahme auf die Kriegsverhältnisse und oft jegliche Selbstdisziplin vermissen liessen. So wird aus Bayern, Tirol und Salzburg gemeldet, dass dort nicht nur die bekannten Kurorte, Sommerfrischen usw. weit über den Friedensdurchschnitt hinaus überfüllt seien, sondern auch ganz entlegene Bauerndörfer und Gehöfte, die früher niemals von Sommergästen aufgesucht worden seien. Auf Grund von Unterhaltungen und Gesprächen dieser Urlauber könne die Feststellung getroffen werden, dass bei vielen nicht die Erholungsbedürftigkeit Triebfeder ihrer Reise gewesen sei, sondern die Absicht, gut versorgt zu sein, und die Hoffnung, in den abgelegenen Bauerngemeinden diese oder jene bewirtschafteten Waren «unter der Hand» zu erhalten. Die zahlenmässige Übervölkerung dieser abgelegenen Gemeinden bedeute bei der durch die

Noch zu Nr. 309

Truppen abgewehrt werden und wurde am 6. September eingestellt; der Mangel an Treibstoff infolge unzureichenden Nachschubs zwang dann zum Verzicht auf grössere Operationen. – 6. Stärkere Angriffe hatten sich in der ersten Augushälfte gegen Düsseldorf, Duisburg, Osnabrück und Mainz, wo nach den Angaben des OKW-Berichts «Brände von grossem Umfang» entstanden waren, gerichtet. – 7. Die Butterzuteilung für 4 Wochen wurde ab 24. August von 575 g auf 500 g gekürzt, die Zuteilung von 50 g Öl und 61,3 g Schlachtfette fiel weg, dafür gab es statt 125 g nun

schwierigen Transportverhältnisse schon an und für sich grossen Knappheit an Verbrauchsgütern eine starke Belastung für die einheimische Bevölkerung und erzeuge vielfach starke Missstimmung.<sup>8</sup>

## II. Kulturelle Gebiete

### Das Russlandbild in der Bevölkerung

In letzter Zeit gehen aus den verschiedensten Reichsgebieten und aus allen Bevölkerungsschichten zahlreiche Einzelmeldungen ein, wonach sich die Bevölkerung in ständig grösserem Umfang um ein zusammenhängendes Bild von der Sowjetunion, dem Lande, seinen inneren Verhältnissen, von den Menschen, ihrer inneren und äusseren Existenz, bemüht. Dabei wird zumeist zum Ausdruck gebracht, dass sich alle bisherigen Vorstellungen im Laufe des Krieges gegen die Sowjetunion vielfach verschoben haben und eine Reihe von Widersprüchen bestehe, für die man kaum eine befriedigende Erklärung habe.

1. Unsere frühere Propaganda gegen die Sowjetunion habe herausgestellt, dass das kommunistisch-bolschewistische System vom Judentum errichtet worden sei als ein System ungeheurer Unterdrückung und Verelendung der gesamten russischen Bevölkerung. Herausgestellt wurde insbesondere der Unterschied zwischen bolschewistischer Ideologie und Agitation und der Wirklichkeit in der Sowjetunion. Diese Propaganda erzeugte die Vorstellungen, die neuerdings in der Ausstellung «Das Sowjet-Paradies» als richtig und zutreffend bestätigt und unterstrichen worden sind.<sup>9</sup> Gerade die Soldaten hätten dieses Bild in ihren Schilderungen immer wieder erhärtet. Das Bild der Sowjetunion und seiner Menschen sei grau in grau das einer furchtbaren Verkommenheit und eines entsetzlichen Elends. Nun höre man gerade in der einfacheren Bevölkerung vielfach Stimmen wie diese: «Und in diesem schrecklichen Land sollen nach dem Krieg deutsche Menschen siedeln!» – «Es kann einen auch schon gar nichts locken, dorthin zu gehen!» – «Und selbst, wenn sie mich zwingen würden – dahin kriegen sie mich nicht!»

Noch zu Nr. 309

325 g Margarine (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939 bis 1950. 1956. S. 450). In den von Luftangriffen betroffenen Gebieten wurden ab September 1942 Zusatzkarten über 50 g Fleisch wöchentlich ausgegeben (ebda. S. 147 f.). – 8. Über Missstände im Fremdenverkehr war schon früher berichtet worden, so am 31. Juli 1941 ebenfalls über Versorgungsschwierigkeiten in Kurorten und Sommerfrischen und zuletzt am 29. Juni, dass die vorgeschriebene Abstempelung der Kleiderkarte bei Anmeldung in einer Fremdenverkehrsgemeinde, die mehrfache Urlaubsreisen in einem Jahr verhindern sollte, meist nicht durchgeführt werde. – 9. Die Wanderausstellung war am 8. Mai in Berlin vom Staatssekretär im Propagandaministe-

2. Dieses Bild der Sowjetunion sei das eines grossen Durcheinanders gewesen. Man erinnere sich der jahrelangen eindrucksvollen Berichte über die Desorganisation, beispielsweise in der Landwirtschaft und im Verkehr, über das Versagen der Fünfjahrespläne auf industriellem Gebiet usw. Bereits in den ersten Monaten des Krieges gegen die Sowjetunion habe sich in diesem Punkt das Gefühl herausgebildet, dass wir einer gewissen Täuschung zum Opfer gefallen seien. Die grosse Masse der Waffen, ihre technische Qualität, die riesige Industrialisierung seien der erste verblüffende Eindruck gewesen, der gegen wesentliche Argumente des bisherigen Bildes von der Sowjetunion gestanden habe. Auch von den Soldaten sei aus eigener Kenntnis berichtet worden, dass neben der Primitivität und mitten im grauen Elend der Massen Grossbauten, riesige Industriewerke amerikanischen Formats, Kraftwerke usw. errichtet worden seien. Man frage sich, wie hat das der Bolschewismus alles zustande gebracht? «Es muss hier doch auch positive Kräfte geben?»

3. Die Menschen der Sowjetunion seien als tierisch, viehisch, animalisch hingestellt worden. Im Kommissar und Politruk werde dieser Mensch zum «Untermensch» schlechthin. Die Berichte über die Greuelthaten, die in den ersten Monaten des Ostfeldzuges gegeben wurden,<sup>10</sup> verfestigten die Meinung, dass es sich bei den Angehörigen der Feindarmee um «Bestien» handele. Es wurde mit Sorge gefragt, was wir mit diesen «Tieren» in Zukunft anfangen wollten. Viele Volksgenossen stellten sich vor, dass sie radikal ausgerottet werden müssten. Zusammen mit Meldungen über die Gewalttaten entflohener russischer Kriegsgefangener bildete sich eine gewisse Angst davor heraus, dass diese Gestalten und Typen in grösserer Zahl in das Reichsgebiet kommen könnten und gar als Arbeitskräfte Verwendung finden sollten. –

Dem stehe nun heute schon für viele Volksgenossen das geistige und charakterliche Verhalten der Tausende von Ostarbeitern gegenüber.<sup>11</sup> Gerade in Arbeiterkreisen werde festgestellt, dass diese Russen doch oft recht intelligent, anständig, schnell in der Auffassung selbst komplizierter maschineller Bearbeitungsvorgänge seien. Viele lernten recht rasch die deutsche Sprache und seien offenbar auch schulisch gar nicht so schlecht vorgebildet. Diese Erfahrungen hätten das bisherige Bild vom Menschen aus dem Osten zwiespältig gemacht.

Noch zu Nr. 309

rium Gutterer in grossem Rahmen eröffnet worden. – 10. Vgl. oben Nr. 205. – 11. «Zur Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den russischen Arbeitskräften» wurde am 25. September ein besonderer Bericht aus Dortmund vorgelegt; danach war man allgemein erstaunt über den Bildungsstand der russischen Arbeiter, da man fast nur Analphabeten erwartet habe; die Behandlung der Russen und vor allem der Russinnen werde eingehend erörtert und löse besonders bei Frauen Mitleid aus.

4. Das Menschentum des Ostens werde im Grossen und Ganzen als rassisch minderwertig bezeichnet. Vielfach hätten Typen der Mongolen und Turkvölker dabei Verwendung gefunden, um den tierischen Charakter des Soldaten der Sowjetarmee bildlich und anschaulich herauszustellen. Dem stünden zahlreiche Erzählungen von Soldaten entgegen, dass gerade diese Mongolen und Turkvölker gute Soldaten seien, oft sauberer und intelligenter als die anderen und dem Bolschewismus keineswegs restlos verfallen. Auch unter den Muschiks gebe es sehr viele grosse, blonde und blauäugige Menschen, und viele Berichte aus der Ukraine gingen dahin, dass die Menschen dort im Vergleich zu Deutschland zwar ebenfalls unerhört primitiv seien und ebenso primitiv in ihrer Lebensweise, aber gesund, oft gutmütig, arbeitsam und erfreulich im Erscheinungsbild.

5. Im besonderen Masse befassen sich die Volksgenossen mit der Kampfkraft der Roten Armee, die neben der nach Umfang und Qualität erstaunlichen Rüstung die zweite grosse Überraschung dargestellt habe. Es werde bis heute die kämpferische Verbissenheit immer wieder aus der Angst vor der Pistole der Kommissare und Politruks erklärt. Gelegentlich werde die Nichtachtung des Lebens auch aus dem animalischen Grundcharakter des Menschentums im Osten gedeutet. Es mische sich jedoch immer wieder die Vermutung ein, dass der blosser Zwang eine solche bis zur Todesverachtung gehende Kampfleistung nicht hinreichend erklären könne. Verschiedentlich stosse man immer wieder auf die Meinung, dass der Bolschewismus eine Art fanatischen Glaubenseifers zuwege gebracht habe. Vielleicht seien viele Menschen in der Sowjetunion, namentlich der jüngeren Generation, doch der Auffassung, dass Stalin ein grosser Politiker sei. Zumindest habe der Bolschewismus, ganz gleich mit welchen Mitteln, grosse Teile der russischen Bevölkerung mit unerbittlicher Konsequenz durchdrungen. Gerade Soldaten wollten feststellen, dass eine solche organisierte Zähigkeit beim Russen während des Weltkrieges nie anzutreffen gewesen sei. Sicher sei das Menschentum im Osten aus rassisch-völkischen Gründen von uns sehr verschieden, aber hinter der Kampfkraft des Feindes stehe wohl doch eine Art Vaterlandsliebe, eine Art Mut und Kameradschaft und eine Nichtachtung des Lebens, die auch beim Japaner zwar fremdartig sei, aber anerkannt werden müsse.

6. Man mache sich weiterhin viel Gedanken über den Raum, die Landschaft und das Klima im Osten. In dieser Hinsicht sei das Bild noch verhältnismässig einheitlich. Seine Hauptzüge seien die Endlosigkeit und Eintönigkeit der russischen Weite, des russischen Winters, verkommene Dörfer, missgestaltete Städte usw. Jedermann frage sich, wer in dieses Land gehen solle. Irgendeinen Anreiz könne man aus dem bisherigen Russlandbild etwa bezüglich der Landschaft nicht entnehmen. Eine künf-

tige Tätigkeit im Osten erscheine schon heute vielen als eine «Strafversetzung».

Insgesamt sei bei allen diesen Erörterungen vielfach der Gedanke anzutreffen, dass man Russland und seine Menschen nicht auf einen Nenner bringen könne. Wir hätten bis zum Krieg sehr wenig über die wahren Verhältnisse in Russland gewusst, und wir wüssten, wie dies aus den zum Teil widersprechenden Aussagen, Begriffen und Vorstellungen geschlossen werden müsse, im Grunde genommen immer noch sehr wenig. Ja, es erscheine sogar immer schwieriger, ein zuverlässiges Bild davon zu gewinnen, was an einzelnen Faktoren russisch und vorsowjetisch sei, was der bolschewistischen Zeit zugeschrieben werden müsse, was auf eine Befreiung vom Bolschewismus zurückzuführen sei, was allgemein russisch ist, was symptomatisch, was lediglich Einzelfeststellung, die nicht auf alle Menschen und den gesamten Raum angewendet werden kann. Es besteht die Auffassung, dass das frühere einheitliche Bild mit der vielschichtigen Wirklichkeit nicht oder nicht mehr übereinstimme, und der Wunsch, unter dem Gesichtspunkt der künftigen Aufgaben, die grossen Teilen des deutschen Volkes im Osten erwachsen, ein diese Widersprüche klärendes Tatsachenbild vom Raum und von den Menschen im Osten zu gewinnen.

Nr. 310 vom 20. August 1942 (Auszug)

### III. Volkstum

#### **Beeinflussung fremdvölkischer Arbeitskräfte durch die katholische Kirche**

Aus allen Teilen des Reiches wird berichtet, dass die katholische Kirche immer wieder versuche, durch Ansetzung von Sondergottesdiensten oder individuelle Einzelbetreuung Einfluss auf die ausländischen Arbeitskräfte zu gewinnen.<sup>1</sup>

Die in der Verordnung des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten<sup>2</sup> geschaffene Möglichkeit, jeweils den ersten Sonntag des Monats und die höchsten kirchlichen Festtage für die religiöse Betreuung der Polen zu benutzen, habe sich dahingehend ausgewirkt, dass die Polen daraus ein Gewohnheitsrecht gemacht hätten und regelmässig an den

Zu Nr. 310

1. Nachdem bereits zu Beginn des Krieges über die Betreuung polnischer Kriegsgefangener durch katholische Geistliche berichtet worden war (vgl. oben Nr. 23), wurde die Aufmerksamkeit des SD erst jetzt infolge des verstärkten Einsatzes ausländischer Zwangsarbeiter auf diese Frage gerichtet: weitere Berichte folgten am 1. Oktober und 23. November 1942. – 2. Nicht veröffentlicht; die Bestimmungen wurden in einem Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 10. 9. 1943

Gottesdiensten teilnahmen ohne Rücksicht darauf, dass bei ihrem Arbeitgeber dringende Arbeiten Vorlagen.

Die Einführung der Sondergottesdienste für die Zivilpolen werde von diesen auch dazu benutzt, an Sonntagen unerlaubte Besuche von Städten und Dörfern durchzuführen, Zusammenkünfte abzuhalten und ihre Erfahrungen auszutauschen. Als Folge dieser Zusammenkünfte, so heisst es z.B. in einer Meldung aus Bayreuth, nähmen Arbeitsplatzwechsel, Unzufriedenheit, Beschwerden bei den Arbeitsämtern über die Behandlung und Verpflegung usw. stark zu. Weiter erregen die Polen Unwillen dadurch, dass sie an aufgehobenen kirchlichen Feiertagen in Sonntagskleidern umherliefen, sich auffallend und frech benähmen, während die deutsche Bevölkerung ihrer kriegsbedingten Mehrarbeit nachgehen müsse. In diesem Zusammenhang heisst es in einem Schreiben eines Landrates an ein katholisches Pfarramt u.a.:

Ein deutscher Geistlicher sollte es von sich aus ablehnen, für Angehörige eines derartigen Volkes (Polen) Gottesdienste zu halten. Polnische Aufwiegler und Geheimbündler versuchen ständig, die in Deutschland zur Arbeit eingesetzten Polen aufzuhetzen und zu Sabotageakten zu organisieren. Die Schaffung der Möglichkeit des Zusammenkommens einer grösseren Anzahl Polen leistet diesem hinterhältigen Treiben Vorschub. Eine Überwachung der Polen ist fast unmöglich, da Überwachungsorgane, die die polnische Sprache beherrschen, fehlen. Es besteht hinreichender Anlass anzunehmen, dass das Zusammenkommen der Polen in den Gottesdiensten ebenfalls zu Besprechungen darüber verwendet wird, wo dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft Schwierigkeiten bereitet und Schaden zugefügt werden kann. Soviel an mir liegt, werde ich dieses Treiben zu unterbinden versuchen. Ein deutscher Geistlicher, dem das Seelenheil der Polen höher steht als das Wohl seiner deutschen Volksgenossen und seines Volkes, mag in das Generalgouvernement auswandern. Dort kann er sich dann für die Polen hinreichend betätigen. – Jeder Pfarrer kann auch weiterhin, solange die jetzigen Bestimmungen bestehen, die Gottesdienste abhalten, wenn er dies für unerlässlich hält und vor seinem deutschen Gewissen verantworten kann. In welchem Masse katholische Geistliche sich sogar über die für den Gottesdienst Fremdvölkischer getroffenen Bestimmungen hinwegsetzen, zeigt folgender Fall:

In Görlitz forderte der Kaplan K., der in der Kapelle des Karolus-Krankenhauses amtiert, Polen auf, an allgemeinen Gottesdiensten für die deutsche Zivilbevölkerung teilzunehmen. Hierbei machte er die Polen

Noch zu Nr. 310

(Allgemeine Erlasssammlung der Sicherheitspolizei und des SD) betr. Behandlung der im Reichsgebiet befindlichen Arbeitskräfte polnischen Volkstums erneuert. –

jedoch darauf aufmerksam, dass sie, wenn sie die Messe besuchen wollten, das «P»-Abzeichen<sup>3</sup> abnehmen müssten, das sie ja nachher wieder anstecken könnten.

Aus dem Kreis Griesbach<sup>4</sup> wird berichtet, dass an einem Feiertag anlässlich eines abgehaltenen Sondergottesdienstes für alle Polen eine General-Absolution ohne vorherige Beichte erteilt worden ist. Den wegen des Fortfalles der Ohrenbeichte bei dieser General-Kommunion erregten Bauern erklärte der Pfarrer von H., dass diese General-Absolution bei den Polen denselben Wert habe wie die General-Absolution bei den Soldaten.

Unter dem Einfluss der katholischen Kirche und unterstützt und gefördert durch das Eintreten der katholischen Geistlichkeit für ihre ausländischen Glaubensbrüder nähmen bereits viele katholische Volksgenossen, vor allem auf dem Lande, den Ausländern gegenüber eine immer entgegenkommendere Haltung an. Immer wieder würden katholische Priester der ländlichen Bevölkerung den kirchlichen Grundsatz vor Augen halten: «Was Ihr den ärmsten meiner Brüder getan habt, das habt Ihr auch mir getan.» Es sei daher verständlich, wenn vor allem die ländliche Bevölkerung, die noch sehr stark unter dem Einfluss der katholischen Geistlichen stehe, getreu der Weisung der Geistlichen den Polen als Bruder ansähe. So wird z.B. aus Stockheim bei München berichtet, dass eine Frau von ihrer Kleiderkarte 40 Punkte einem Polen abgegeben habe. Zur Rechenschaft gezogen, gab sie zur Antwort, sie sei doch auch katholisch und habe nicht unrecht gehandelt. In einer Meldung aus dem Landkreis Dachau heisst es: Ein polnisches Ehepaar bekam ein Kind und fand, als man zur Taufe in die Kirche ging, dort ein Paket eines unbekanntenen Volksgenossen mit der Aufschrift: «Für den armen kleinen Polen.» Im Paket waren 3 m Windelstoff, eine grosse Menge Wolle und andere Dinge.

Neuerdings versuchen katholische Geistliche, die Ostarbeiter auch in ihre Betreuung zu nehmen. So wird z.B. aus Dortmund berichtet: Ein russischer Zivilarbeiter, der wegen Diebstahls eine Nacht in die Strafzelle des Lagers Oberbrügge eingesperrt worden war, hatte sich erhängt. Da in Oberbrügge die Beisetzung der Leiche nicht möglich war, wurde mit der Verwaltung des katholischen Friedhofes in Brügge Verbindung aufgenommen, zumal einige Russen beobachtet haben wollten, dass der Selbstmörder die Angewohnheit gehabt habe, sich gelegentlich zu bekreuzigen. Daraufhin erschien der katholische Pfarrer aus Brügge, um festzustellen, ob der Erhängte auch römisch-katholischer Religion gewesen sei. Es fanden sich einige Russen, die dem Pfarrer den römisch-katho-

Noch zu Nr. 310

3. Auf Grund einer Polizeiverordnung vom 8. März 1940 (RGBl. I S. 555) mussten alle im Reich eingesetzten polnischen Arbeitskräfte auf ihrer Kleidung ein 2½ cm grosses P deutlich sichtbar richtete sich Anfang September gegen Duisburg und Frankfurt. (Fehlzeile im Druck...)

lischen Glauben des Selbstmörders und auch ihren eigenen so anschaulich bewiesen haben, dass am folgenden Tage die Einsegnung der Leiche durch den Pfarrer vorgenommen wurde. Diejenigen Russen, die bei dieser Gelegenheit sich ihres katholischen Glaubens erinnerten, begleiteten die Leiche und nahmen sogar einen von dem katholischen Gärtner M. in Oberbrügge hergestellten Kranz mit. Bei seinem Besuch im Lager fragte der katholische Pfarrer, ob die Russen, die die Leiche zu begleiten wünschten, keine besseren Kleidungsstücke anzuziehen hätten. Daraufhin haben diese für die Beerdigung ihre neuen blauen leinenen Arbeitsanzüge angelegt. Wie es weiter in dem Bericht heisst, sei es begreiflich, dass die katholische Bevölkerung an dem Verhalten des katholischen Pfarrers sich ein Beispiel nehme und sich so der Abstand zu den russischen Arbeitskräften immer mehr verringere.<sup>5</sup>

Nr. 311 vom 24. August 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Der missglückte Landungsversuch der Briten und Amerikaner bei Dieppe hat die gesamte Bevölkerung in einem Masse beeindruckt, wie kein anderes Ereignis zuvor in diesem Jahr.<sup>1</sup> Wenn auch durch die Reise Churchills nach Moskau<sup>2</sup>, die zumeist auf ein von Stalin den Alliierten gestelltes Ultimatum zur Errichtung der zweiten Front zurückgeführt wurde, wieder in verstärktem Masse die Möglichkeiten einer feindlichen Invasion in Betracht gezogen wurden, so hatte man doch nicht damit gerechnet, dass Churchill so schnell und plötzlich einen Landungsversuch auf dem europäischen Festland durchführen lassen werde. Vielmehr hatte man erwartet, dass Churchill Stalin von den Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens überzeugen und ihn mit verstärkten Luftangriffen auf deutsche Städte verträsten werde. Die Nachricht von der Landung britisch-amerikanischer Truppen bei Dieppe kam deshalb den meisten Volksgenossen

Noch zu Nr. 310

4. Die Bestattung von verstorbenen Ostarbeitern wurde durch Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 8. 5. 1943 geregelt; danach war die Mitwirkung von Geistlichen nicht zugelassen, die Zahl der teilnehmenden Ostarbeiter zu begrenzen.

Zu Nr. 311

1. Am 19. August hatten englische und kanadische Streitkräfte in Stärke einer Division versucht, nordöstlich der Seine-Mündung einen Brückenkopf zu bilden, waren aber noch am selben Tag von den örtlichen deutschen Truppen zurückgeschlagen worden, wobei 1'500 Mann in Gefangenschaft gerieten; der Zweck des Unternehmens war wohl in erster Linie, deutsche Truppen in Frankreich zu binden und Erfahrungen mit amphibischen Operationen zu sammeln. – 2. Vgl. oben Nr. 309 Anm. 4. –



überraschend und hat durch die gleichzeitig bekanntgegebene erfolgreiche Abwehr dieses Unternehmens unter Aufzählung näherer Einzelheiten allgemein grösste Freude ausgelöst, die einzelnen Meldungen zufolge nahezu an Begeisterung grenzte.

In anschliessenden lebhaften Erörterungen wurde zumeist der Bewunderung über die Stärke der deutschen Abwehr und die Schnelligkeit, mit welcher der feindliche Invasionsversuch zurückgeschlagen werden konnte, Ausdruck gegeben. Erstaunen erregte jedoch vielfach, dass es dem Feinde gelungen ist, eine grössere Anzahl Panzer an Land zu bringen. Trotz dieser Einschränkung hat das Vertrauen der Volksgenossen zu den deutschen Abwehrmassnahmen an der Kanalküste eine so grosse Festigung erfahren, dass ein Teil der Volksgenossen davon überzeugt ist, dass sich die Briten und Amerikaner wieder «blutige Köpfe» und schliesslich die Gewissheit von der Aussichtslosigkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit der deutschen Wehrmacht holen werden. Allgemein bedauert wurde, dass es nicht möglich war, mehrere von den in Reserve gehaltenen feindlichen Transportern und Kriegsschiffen zu versenken.

Mit grosser Spannung sieht man den unmittelbaren Auswirkungen des missglückten Landungsversuches der Briten und Amerikaner auf die Sowjets entgegen. Man vermutet, dass Stalin trotz des kläglichen Zusammenbruchs des ersten feindlichen Landungsversuches Churchill weiterhin zur Errichtung der zweiten Front anspornen werde und rechnet deshalb mit weiteren feindlichen Invasionsversuchen. Auf Grund der den Alliierten bei Dieppe erteilten Abfuhr nimmt man vielfach an, dass der nächste feindliche Landungsversuch nicht mehr an der von der deutschen Wehrmacht besetzten Atlantikküste, sondern vermutlich über Portugal, Spanien oder Norwegen versucht werde. Die Überzeugung, dass auch diese Unternehmen keine Aussicht auf Erfolg haben, ist nahezu Allgemeingut.<sup>3</sup>

Das Interesse an dem Vormarsch im Süden der Ostfront wurde durch den missglückten Landungsversuch der Briten und Amerikaner vorübergehend in den Hintergrund gedrängt, um so mehr, als im Osten in den letzten Tagen keine «sichtbaren» Fortschritte zu verzeichnen waren. Mehrfach wollen Volksgenossen sogar die Feststellung gemacht haben, dass sich das Tempo des Vormarsches im Süden – vor allem im Kaukasusgebiet – infolge der dort herrschenden Hitze, des unwegsamen Geländes, der Nachschubschwierigkeiten und nicht zuletzt infolge der ungeheuren starken Beanspruchung der deutschen Truppen in den letzten Wochen und des an vielen Stellen immer noch aufflackernden zähen Widerstandes der Bolschewisten stark verlangsamt habe. Vereinzelt führt man das lang-

Noch zu Nr. 311

3. Diese Überzeugung trug zur «schockartigen Wirkung» der Landung in Nordafrika (unten

samere Vorgehen im Kaukasus auch auf die Notwendigkeit zurück, den nach Süden vorgetriebenen Offensivkeil nach beiden Seiten hin zu erweitern und zu sichern, um die Gefahr einer Abriegelung zu vermeiden.<sup>4</sup>

Mit zunehmender Aufmerksamkeit, vielfach aus dem Gefühl einer gewissen Besorgnis heraus, wird die Entwicklung im mittleren und nördlichen Frontabschnitt verfolgt, da noch immer keine Anzeichen dafür vorlägen, dass die bolschewistische Widerstandskraft nachlasse.<sup>5</sup> Aus den täglich gemeldeten, unter dem Einsatz schwerster Waffen vorgetragenen sowjetischen Angriffen an diesem Frontabschnitt und aus den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Abwehrschlacht bei Rschew, insbesondere der gemeldeten Vernichtung von 1068 Panzerkraftwagen, glauben verschiedentlich Volksgenossen wieder den Schluss ziehen zu müssen, dass die Sowjets noch immer über entsprechende Reserven an Kriegsmaterial verfügen. Lediglich die ultimativen Forderungen Stalins nach Errichtung der zweiten Front verhindern, dass derartige Gedankengänge tiefer Fuss fassen, und bestärken die Volksgenossen gleichzeitig in der Hoffnung, dass die bolschewistische Widerstandskraft doch schon erheblich «angeschlagen» sei.

Die Einflüsse sowjetischer Flugzeuge im Osten des Reiches haben vielfach Überraschung ausgelöst und zu der Vermutung geführt, dass es sich hierbei um die von den Amerikanern gelieferten Fernkampfbomber handle und es trotz alle Abwehrmassnahmen der deutschen U-Boot- und Luftwaffe immer wieder einigen Geleitzügen, zumindest aber einigen Transportschiffen gelinge, russische Häfen zu erreichen.<sup>6</sup> Grössere Bedeutung wird jedoch den Störfügen der sowjetischen Luftwaffe nicht zugemessen.

Im Gegensatz hierzu sind die britischen Luftangriffe auf deutsche Städte im Westen und Nordwesten des Reiches trotz des Nachlassens der feindlichen Angriffstätigkeit in den letzten Tagen noch immer Gegenstand grosser Besorgnis, da man in Kürze wieder eine verstärkte Aktivität erwartet.<sup>7</sup> Besonders in den von feindlichen Luftangriffen zuletzt betroffenen Gebieten zeigt sich die Bevölkerung noch stark durch die Folgen der

Noch zu Nr. III

Nr. 334) bei. – 4. Am 18. August war der Vormarsch im Kaukasus stecken geblieben und kam auch Anfang September nicht mehr wesentlich weiter (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 150 ff.). – 5. Brennpunkte des Kampfes in der Mitte und im Norden der Ostfront, wo die deutsche Kraft nicht mehr für Offensiven ausreichte, lagen bei Leningrad, am Wokhow, im Raum Denjansk südöstlich des Ilmensees, bei Rschew und Orel; die beharrlichen russischen Angriffe, die durch Partisanen im Hinterland unterstützt wurden, trafen die deutschen Truppen zum Teil in unvorteilhaften Positionen, die Hitler sich weigerte aufzugeben. – 6. Etwa die Hälfte des von den USA der Sowjetunion gelieferten Kriegsmaterials ging über Wladiwostok-Sibirien, ohne von deutschen Angriffen bedroht zu sein; auf dem langwierigen Weg über Persien, den ein knappes weiteres Viertel nahm, gingen etwa 8 der Ladungen verloren, während auf der gefährlichsten, aber kürzesten Route durch das Eismeer 79% der Ladungen, besonders im Winter, ihr Ziel erreichten. (Rüge, Der Seekrieg 1939-1941. S. 210). – 7. Sie richtete sich Anfang September gegen Duisburg und Frankfurt.

letzten schweren Angriffe beeindruckt. Durch die mehrmaligen Luftalarme bei Tag und Nacht machen sich vor allem in Arbeiterkreisen in zunehmendem Masse Ermüdungs- und Ermattungserscheinungen bemerkbar. Die sich häufenden Luftalarme bei Tage wirken sich auch bei den Hausfrauen stark nachteilig aus, die hiervon sehr oft beim Einkauf überrascht werden und schliesslich den nächsten Luftschutzkeller aufsuchen müssen, während die Kinder vielfach unbeaufsichtigt zu Hause in den Wohnungen sind. Auch die Fertigstellung der Mahlzeiten wird dadurch erheblich verzögert.

Nr. 314 vom 3. September 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Der Eintritt in das vierte Kriegsjahr löste nach vorliegenden Meldungen bei der Allgemeinheit keine besonderen Stellungnahmen aus. Lediglich ein Teil der Volksgenossen nahm den Beginn des vierten Kriegsjahres zum Anlass eingehender Betrachtungen über die gegenwärtige Lage und die vermutlich weitere Entwicklung des Krieges. Die Einstellung des Gross- teiles der Bevölkerung ist nach Ablauf von drei Kriegsjahren vielfach durch eine gewisse Resignation gekennzeichnet, die teilweise sogar in stärkerem Masse Anzeichen einer Kriegsmüdigkeit zeigt und vielfach in Äusserungen des Inhalts Ausdruck findet: «Wer hätte nach den grossen Erfolgen zu Beginn des Krieges daran gedacht, dass der Krieg einen derartigen Verlauf nehmen und solange dauern werde?» oder «Wie lange wird der Krieg noch dauern? Ein Ende ist noch immer nicht abzusehen!» oder «Was wird uns noch alles bevorstehen?»<sup>1</sup> Die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten, drei Jahre Einschränkungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens, die an Heftigkeit und Umfang ständig zunehmenden feindlichen Luftangriffe, die Sorgen um das Leben der Angehörigen an der Front und nicht zuletzt die Blutopfer der Soldaten an der Front und der in der Heimat feindlichen Luftangriffen zum Opfer gefallenen Zivilbevölkerung sind Faktoren, die einen immer grösseren Einfluss auf die Stimmung weiter Bevölkerungskreise ausüben und immer mehr den Wunsch nach einem baldigen Kriegsende auftreten lassen.

Die Zunahme der feindlichen Luftangriffe an Stärke und Ausdehnung, vor allem die letzten Angriffe auf den Südwesten des Reiches (Nürnberg,

Zu Nr. 314

1. Am 31. August war gemeldet worden, die Hoffnung auf einen baldigen militärischen Zusammenbruch des Bolschewismus habe vielfach der Überzeugung weichen müssen, dass die Sowjetunion nur durch einen Zermürbungskrieg besiegt werden könne, dessen Ende noch nicht entfernt

Augsburg und München) haben in mehreren Gauen des Reiches eine starke Beunruhigung weiter Bevölkerungskreise ausgelöst, die durch zahlreiche, zumeist übertriebene Gerüchte und Erzählungen von bombengeschädigten Volksgenossen, vor allem Frauen, über das Ausmass der angerichteten Schäden eine ständige Steigerung erfährt. Nicht minder tragen zur Beunruhigung Gerüchte über angeblich abgeworfene englische Flugblätter des Inhalts bei, wonach die Engländer in Köln ihr «Lehrlingsstück»<sup>2</sup>, in Mainz ihr «Gesellenstück»<sup>3</sup> geleistet hätten und demnächst in Frankfurt/Main oder in einer anderen Stadt ihr «Meisterstück» vollbringen würden. In den Gauen Franken und Bayern spricht man gerüchtweise u.a. davon, dass die Briten beabsichtigen, in absehbarer Zeit sämtliche nationalsozialistischen Traditionsstätten und Kulturbauten zu vernichten. Nürnberg habe bereits einen Vorgeschmack bekommen, demnächst kämen München, Bayreuth und Coburg an die Reihe. In Tübingen wird zurzeit gerüchtweise von dem Abwurf feindlicher Flugblätter des Inhalts gesprochen: «Thüringen und Hessen werden auch nicht vergessen!» Diese oder ähnliche Gerüchte haben in zahlreichen Städten geradezu zu einer allgemeinen Angstpsychose vor feindlichen Luftangriffen geführt, die sich naturgemäss stark auf die Betrachtung der sonstigen militärischen Ereignisse und der allgemeinen Lage überhaupt auswirken. Die Bevölkerung warte einzelnen Meldungen zufolge geradezu jede Nacht auf einen feindlichen Grossangriff. Teilweise hätten Volksgenossen ihr gesamtes Hab und Gut zu ihren Verwandten aufs Land gebracht oder auf verschiedene Wohnungen bei Verwandten und Bekannten verteilt, in der Hoffnung, auf diese Weise wenigstens einen Teil ihres Besitzes vor der Vernichtung retten zu können.

Das in mehreren Städten des Reiches eingeführte neue Warnsignal für Luftgefahr<sup>4</sup> wurde vor allem in jenen luftgefährdeten Gebieten, die bisher von feindlichen Flugzeugen lediglich überflogen wurden, ohne dass Bombenabwürfe erfolgten, mit Genugtuung aufgenommen, da dort – sofern keine unmittelbare grössere Luftgefahr bevorstehe – nunmehr das Leben wieder seinen gewohnten Gang weitergehen könne. Vielfach gab diese neue Massnahme aber auch zu Befürchtungen Anlass, dass man höheren Orts in Zukunft vermutlich mit einer starken Zunahme feindlicher Luftangriffe rechne, die im Hinblick auf die schweren Schädigungen des gesamten Wirtschaftslebens die Beibehaltung der bisherigen Regelung nicht mehr ermöglicht hätten.

Noch zu Nr. 314

abzusehen sei. – 2. Bei dem Angriff vom 30./31. Mai, oben Nr. 289. – 3. Am 12./13. August. Über einen angeblichen englischen Geheimplan der 50 deutschen Städte, die systematisch vernichtet werden sollten, berichtet der ehemalige Generalinspekteur der Feuerschutzpolizei Hans Rumpf in: Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft, 1960. S. 366. – 4. Erlass vom 21. August 1942; das Signal verlangte erhöhte Aufmerksamkeit, stellte aber luftschutzmässiges Verhalten anheim, es wurde als Vorwarnung angesehen (Hampe, Der Zivile Luftschutz im 2. Weltkrieg. 1963. S. 308).

Infolge Ausbleibens grösserer Erfolgsmeldungen vom Süden der Ostfront – mit Ausnahme der wenig beachteten Einnahme von Anapa am Schwarzen Meer – hat das unmittelbare Interesse der Bevölkerung am gegenwärtigen Kampfgeschehen nachgelassen.<sup>5</sup> Auf Grund der Heftigkeit der Kämpfe um Stalingrad beginnt man bereits Vergleiche mit dem harten Ringen um Sewastopol zu ziehen und gedenkt in banger Sorge der hohen Blutopfer, die die Eroberung dieser militärisch und wirtschaftlich wichtigen Stadt noch kosten werde. Die harten Abwehrkämpfe bei Rschew und Kaluga sind noch immer Gegenstand starker Beachtung und auch ernster Besorgnisse über die vermutliche Höhe der deutschen Verluste. Die Offenheit, mit welcher die deutsche Kriegsführung Geländeverluste im Kampfabschnitt von Rschew zugegeben hat, hat mehreren Meldungen zufolge bei einem Teil der Bevölkerung Genugtuung ausgelöst und damit die bereits verschiedentlich verbreiteten Gerüchte über gelungene Einbrüche der Sowjets in die deutschen Linien entkräftet.

Nr. 316 vom 10. September 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die harten Kämpfe um Stalingrad stehen nach wie vor im Vordergrund des Interesses weiter Bevölkerungskreise.<sup>1</sup> Man erwartet den Fall dieser Stadt seit Tagen sehnlichst, um so mehr als man sich davon eine Wende des Russlandkrieges noch in diesem Jahr verspricht, insbesondere aber eine für uns günstige Rüdewirkung auf die Angriffe der Sowjets bei Rschew und Kaluga. Mehr und mehr werden erstaunte Stimmen laut, dass in diesem Jahr um jede russische Stadt so viel härter gekämpft werden müsse als im Vorjahr, wobei man es kaum glauben will, dass z.B. Stalingrad von den Bolschewisten tatsächlich zur Festung ausgebaut sei. Man könne nicht annehmen, dass diese weit im Osten liegende Stadt ursprünglich von den Sowjets befestigt gewesen sei, um so mehr glaubt man aus den Meldungen über das befestigte Stalingrad entnehmen zu können, dass die Sowjets immer noch ganz erhebliche Reserven an Menschen und Material

Noch zu Nr. 314

5. Der Angriff in Richtung Stalingrad hatte am 23. August begonnen und war bis zum 31. August relativ gut vorangekommen, nahezu in jedem Wehrmachtbericht waren erfolgreiche Kämpfe im Raum Stalingrad und am 31. August eine Annäherung von Süden bis auf 25 km Entfernung gemeldet worden.

Zu Nr. 316

1. Am 3. September war eine Infanteriedivision bis auf 8 km an den Stadtkern herangekommen, am nächsten Tag hatte die 4. Panzerarmee die südwestlichen Vororte erreicht, seitdem

herbeizuführen in der Lage sind, was die Härte der Kämpfe sowohl an der Wolgafront als auch im mittleren Abschnitt der Front beweise.

Zur vordringlichsten Frage vieler Volksgenossen ist es geworden, ob die Russen in diesem Jahr noch entscheidend geschlagen werden können oder nicht. Diese Fragestellung beherrscht weite Bevölkerungskreise und hat die vielfach uneinheitliche Beurteilung der militärischen Lage noch deutlicher hervortreten lassen, welche derzeit immer noch zwischen übertriebenem Optimismus und starkem Pessimismus schwankt. Wenn auch der Glaube an den Endsieg nach wie vor nicht erschüttert ist, so werden doch mehr und mehr Stimmen laut, die mit Angst von einem zweiten russischen Kriegswinter sprechen, wobei insbesondere die Erwägung bestimmend ist, dass damit die Zeit für unsere Gegner arbeite, die ihre Rüstungskapazität weiter vergrössern könnten, während wir alles daransetzen müssten, um die Front zu halten. Man meint dabei insbesondere die USA, denen es dadurch gelänge, den bisherigen Abstand gegenüber den Achsenmächten allmählich aufzuholen.

Die Versenkungen feindlicher Tonnage werden gegenwärtig verhältnismässig wenig beachtet. Die «montägliche Sondermeldung» über das Versenkungsergebnis der Vorwoche wird mehr und mehr als regelmässig und selbstverständlich angesehen. Vielfach wird sie nur dahin bewertet, ob im laufenden Monat die durchschnittlichen 600'000 bis 800'000 BRT Zusammenkommen.<sup>2</sup>

Die anhaltenden schweren englischen Luftangriffe auf west- und südwestdeutsches Gebiet werden von der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches sehr ernst genommen und bilden den Hauptgesprächsgegenstand, der vielfach alle Erörterungen über sonstige militärische und politische Ereignisse völlig überschattet.<sup>3</sup> Die teilweise erheblichen Zerstörungen in bereits zahlreichen deutschen Städten werden als sehr bedenkliche und folgenschwere Kriegerscheinung angesehen und immer mehr als eine «zweite Front» bewertet. Die völlige Konzentration der deutschen Luftwaffe, insbesondere der deutschen Bomber im Osten und im Mittelmeer sowie die kriegsentscheidende Bedeutung dieses Einsatzes der deutschen Verbände ist nur verhältnismässig wenigen Volksgenossen wirklich bewusst. Sehr vielen bleibt daher das Ausbleiben grosser Vergeltungsangriffe gegen englische Städte nicht nur unbegreiflich, sondern wird vielfach

Noch zu Nr. 316

wurde versucht, die Stadt durch fortgesetzte Angriffe, die auf erbitterten Widerstand stiessen, einzunehmen (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 160). – 2. In der zweiten Hälfte 1942 erreichten die Erfolge der U-Boote, von denen im September erstmals 100 gleichzeitig im Atlantik eingesetzt waren, ihren letzten Höhepunkt mit monatlich mehr als 500'000 BRT versenkten Schifftraums und relativ geringen eigenen Verlusten (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 226 ff.). – 3. Nach Frankfurt und Duisburg war am 10./11. September Düsseldorf erneut das Ziel eines grossen Angriffs gewesen, bei dem 100'000 Brandbomben gefallen waren. –

sogar als sichtbarer Rückgang der Stärke unserer Luftwaffe angesehen, wobei dann die Ansicht vertreten wird, dass sich das frühere Verhältnis umgekehrt habe und zurzeit die englische Luftwaffe der unseren überlegen sei. Da die Bedrohung aus der Luft für alle Teile der Bevölkerung im Nordwesten, Westen und Südwesten des Reiches zu einer ununterbrochenen Sorge geworden ist, empfinden nicht unbeträchtliche Teile der Bevölkerung in Verkennung der Tatsache, dass der Krieg gegen England zurzeit im Osten geführt wird, die Sorge um ihr eigenes Schicksal stärker und bringen daher wiederholt zum Ausdruck, dass es ihnen nicht verständlich sei, warum die Führung des Reiches gewissermassen stillschweigend zusehe, wie die Feinde im Westen eine schöne Stadt nach der anderen systematisch zerstören, während die deutschen Soldaten im Osten «doch nichts weiter als zerschossene russische Städte und weite Steppengebiete» eroberten. Immer wieder wird auch aus den bombenbedrohten Gebieten gemeldet, dass die Bevölkerung dort nicht verstehen könne, dass die englischen Terrorangriffe nicht sofort vergolten würden. Die Zahl derer, die immer wieder darauf hinweisen, dass die Bevölkerung abwarten solle, bis die deutsche Luftwaffe wieder einsatzbereit sei, ist gegenüber den anderen Stimmen noch in der Minderheit. Die negativen Stimmen sind aber auch deshalb stimmungsmässig wirksamer, weil sich die Bevölkerung gegenüber den englischen Luftangriffen weitgehendst schutzlos fühlt und annimmt, dass die Angriffe mit fortschreitender Jahreszeit an Zahl und Heftigkeit noch zunehmen werden.

Nach den vorliegenden Meldungen nehmen zurzeit auch die verschiedensten Gerüchte wieder stark zu. So werden in mehreren Teilen des Reiches Gerüchte erzählt von einer Verwundung des Führers, von einer Erkrankung Rommels, von einem Flugzeugabsturz des Reichsführers-SS<sup>4</sup>, von einem von uns abgelehnten Friedensangebot der Sowjets<sup>5</sup>, von Diplomatenzulagen in Lebensmitteln, die bereits jeder höhere Parteiführer vom Kreisleiter aufwärts erhalte, usw.

Neben diesen Fragen stehen die sogenannten «Alltagsorgen», besonders unter den Frauen. In der Hauptsache befassen sich die Klagen nach wie

Noch zu Nr. 316

4. Am 21. September wurden erneut Gerüchte über Tod und Krankheiten Himmlers und Rommels sowie des Generalfeldmarschalls Milch verzeichnet. – 5. Das Gerücht über ein russisches Friedensangebot, das zuerst im August (oben Nr. 309) aufgetaucht war, erwies sich als hartnäckig: angeblich waren bereits russische Parlamentäre im Führerhauptquartier eingetroffen, Papen und Molotow hätten in der Türkei verhandelt, auf Urlaubsscheinen für Fronturlauber sei vermerkt, wo sie sich im Fall eines Waffenstillstandes zu melden hätten (15. Oktober); später wurde zugesetzt, Hitler habe Stalins Angebot abgelehnt, was kritisiert wurde (26. Oktober). Erst am 5. November konnte ein merklicher Rückgang der Gerüchte auf Grund «der Aufklärungstätigkeit der Partei» gemeldet werden. Tatsächliche russische Friedensfühler im Dezember 1942 und 1943 in Schweden behauptet der ehemalige Ministerialdirigent im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete Dr. Kleist in seinem Buch: Zwischen Hitler und Stalin. 1950. S. 230 ff.

vor mit der schlechten Qualität des Brotes, wobei zunehmend auf die sich einstellenden Folgeerscheinungen (Verdauungs- und Magenstörungen, Ermüdungserscheinungen usw.) hingewiesen wird, welche den Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit weiter Bevölkerungskreise nachhaltig beeinflussen würden. Insbesondere macht sich ungünstig bemerkbar, dass durch die Ernährungslage die körperlichen Reserven vieler arbeitender Volksgenossen aufgebraucht sind und demzufolge eine gewisse nervöse Reizbarkeit zunimmt.

Daneben werden Befürchtungen über die Versorgung mit Winterkohle geäußert, deren Anlieferung in verschiedenen Gegenden des Reiches nur schleppend vor sich gehe. Weitere Klagen werden besonders im Osten des Reiches (Schlesien, Ostmark), aber auch Brandenburg, über einen gewissen Mangel an Salz und zum Teil auch Essig geführt, der wegen des Einmachens von Sauerkraut und Gurken augenblicklich besonders empfunden werde.

Nr. 321 vom 28. September 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Das Ringen um Stalingrad wird nach wie vor von allen Volksgenossen als das entscheidende Ereignis der Ostfront betrachtet.<sup>1</sup> Aufs tiefste besorgt harre das Volk in seiner Gesamtheit mit zunehmender, nervöser Ungeduld der Stunde, die die erlösende Nachricht von dem Fall dieser Stadt bringen werde. Die Volksgenossen trösteten sich – den Berichten zufolge – von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag und von Wochenende zu Wochenende.

Umlaufende Gerüchte, «die Stadt sei bereits vollständig in der Hand der deutschen Truppen», würden immer wieder Glauben finden.

In sehr breitem Umfange beschäftigte man sich mit dem bisherigen Verlauf der Kämpfe und ihren Erfolgsaussichten der nächsten Zeit.

Die Schlacht um Stalingrad dauere nun – so werde vielfach festgestellt – schon länger als der ganze Feldzug im Westen. Dieser Kampf sei wohl der erbittertste und blutigste, der je stattgefunden habe, und finde in der ganzen deutschen Geschichte kaum einen Vergleich. In den aufkommenden Befürchtungen äussere sich aber auch vermehrt der bedrückende Gedanke,

Zu Nr. 321

1. Bis zum 20. September waren der Stadtkern, der südliche Stadtteil Zarizyn und das nördliche Geschäftsviertel fast ganz eingenommen worden, doch drohte der Angriff wegen Mangels an Kräften zu «versanden», während der russische Widerstand in den Industrievierteln im Norden durch Zuführung frischer Kräfte immer erbitterter wurde (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 161). –



die strategisch so wichtige Stadt könne vor Einbruch des Winters, zur Errichtung der notwendigen, günstigen Riegelstellung an der Wolga, nicht mehr eingenommen werden.

Die schwierigen Operationen der deutschen Heeresverbände im Nordwesten des Kaukasus, die harten Kämpfe am Terek, am mittleren und nördlichen Abschnitt der Ostfront sind nach der Meinung vieler Volksgenossen ebenfalls Anzeichen einer augenblicklich schwierigen Gesamtlage im Osten<sup>2</sup>, die immer stärker unter dem Gesichtspunkt eines baldigen Einbruches des russischen Winters gesehen werde.

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 25. 9. bis 28.9.1942**

1. Aus den Meldungen ergibt sich übereinstimmend, dass das Hauptinteresse aller Volksgenossen nach wie vor sehr stark («wie hypnotisiert») auf die Berichte und Mitteilungen über den Kampf um Stalingrad gerichtet ist. Es wird beachtet, dass sowohl in den Übersichten des OKW wie insbesondere in den PK-Berichten der Presse und des Rundfunks mehr und mehr Einzelheiten über die Schwere dieses Kampfes gebracht werden<sup>3</sup>, und es bilde sich die Auffassung heraus, dass von den Sowjets in Stalingrad ein Widerstand geleistet werde, der von der Führung in diesem Ausmasse nicht erwartet worden sei. Während das immer offenere Eingehen der Presse und des Rundfunks auf diese Kampfplage sich auf das Verhältnis der Volksgenossen zu den Führungsmitteln durchaus positiv auswirke, werde die Entwicklung als solche als stark bedrückend empfunden. Dabei werde, was den Kampf um die Stadt angeht, nicht daran gezweifelt, dass der Widerstand der Sowjets eines Tages doch gebrochen werde. Aber im Hinblick auf den herannahenden Winter wirkt sich nach Meinung der Volksgenossen der hartnäckige Kampf um Stalingrad ausserordentlich auf die für dieses Jahr erwarteten Gesamtfortschritte an der Ostfront aus.

2. Stark besprochen wurde das Eingreifen Japans in die U-Boot-Schlacht im Atlantik.<sup>4</sup> Es sei zwar erst ein U-Boot, das in einen deutschen

Noch zu Nr. 321

2. Im Norden der Ostfront hatte am 27. August eine russische Offensive südlich des Ladogasees begonnen, die zwar bis Ende September abgewehrt werden konnte, aber den geplanten Angriff auf Leningrad unmöglich machte, und im Mittelabschnitt dauerte die Schlacht um Rschew an. – 3. Auf Grund der Tagesparole des Reichspressechefs vom 16. September (Vertrauliche Informationen Nr. 248/42) hatte die Presse zu berücksichtigen, «dass das strategische Ziel der Sperrung der Wolga und der Ausschaltung Stalingrads als Rüstungs- und Verkehrszentrum praktisch erreicht ist und der endgültige Besitz der Stadt eine Zeitfrage des Ausgangs der in den Strassen und Häuserblocks im Gang befindlichen längeren Vernichtungsschlacht ist». – 4. Am 25. September hatte das Ober-

Stützpunkt eingelaufen sei, und man müsse die Erfolge abwarten. Für viele Volksgenossen sei die Meldung jedoch ein neues Zeichen der japanischen Aktivität. Man habe bereits die Meinung hören können, dass Japan schon «gesättigt» und offenbar nicht gewillt sei, sich im gemeinsamen Ringen noch besonders zu exponieren.<sup>5</sup>

3. Der übrige Presseinhalt und die allgemein-politischen Meldungen des Rundfunks stünden demgegenüber in der Anteilnahme der Bevölkerung weit zurück. Es besteht z. Z. in allen Kreisen der Bevölkerung wieder verstärkt die Neigung, die Nachrichtengebung ganz allgemein zu erörtern. Dabei werde immer wieder geäußert, dass alles, was in der Zeitung steht, und was der Rundfunk bringt, «berechnet» sei. Es werde «auch zugeteilt, was man wissen darf».

Die weitgehende missmutige Zurückhaltung gegenüber dem politischen Nachrichtenstoff betreffe beispielsweise die Darstellung über die auf der Gegenseite herrschenden Differenzen. Man entnehme wohl daraus, dass die Sowjets in ihrem Ton nach und nach schärfer werden, und man glaube auch an ihre Unzufriedenheit mit den Verbündeten, aber man sei wenig überzeugt, ob dies Auswirkungen auf die Kriegsführung der Gegenseite haben werde, die uns praktisch fühlbar entlasteten.

4. Auch während der ersten Bildveröffentlichungen, die den Führer bei der Verleihung von Auszeichnungen im Führerhauptquartier zeigten, seien die Gerüchte über seine Verletzung bzw. seine Erkrankung zunächst noch weiter umgelaufen. In der allgemein gedrückten Stimmung über den Kriegsverlauf dieses Herbstes seien diese Gerüchte häufig mit einer auffallenden Stupidität weitergegeben und das Bildmaterial in seiner Aktualität nicht beachtet worden. Erst die Berichte und Bilder vom Empfang des stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten und des kroatischen Staatsführers im Führerhauptquartier<sup>6</sup> hätten die Sinnlosigkeit der widersprechenden Redereien offensichtlich gemacht und eine gewisse Beruhigung erzwungen.

Noch zu Nr. 321

kommando der Wehrmacht mitgeteilt, dass japanische und deutsche U-Boote wie schon bisher im Indischen Ozean so nun auch im Atlantik zusammenwirkten und ein japanisches Boot einen deutschen Stützpunkt angelaufen habe. – 5. Wie die Meldungen zeigten (z.B. am 7. September), beschäftigte man sich vielfach kritisch mit der Frage, warum Japan nicht in den Krieg mit der Sowjetunion eingreife. – 6. Mihai Antonescu war am 23. September, der kroatische Poglavnik Dr. Pavelitsch am folgenden Tag empfangen worden.

Nr. 323 vom 5. Oktober 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die abschliessend aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen über die Aufnahme der Führerrede anlässlich der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1942/43 bestätigen übereinstimmend die allgemein nachhaltige Wirkung.<sup>1</sup> Neben der restlosen Zerstreuung der in letzter Zeit um die Person des Führers kursierenden Gerüchte<sup>2</sup>, die bei einem Teil der Volksgenossen Glauben gefunden, bei einem anderen Teil eine gewisse Beunruhigung ausgelöst hatten, hat sich vor allem die aus seinen Worten sprechende Zuversicht und unbedingte Siegesgewissheit sehr günstig ausgewirkt. Mehrfach war von Volksgenossen nach der Führerrede der Wunsch zum Ausdruck gekommen, dass der Führer doch öfter zum deutschen Volke sprechen möge, da man durch seine Worte wie durch kein anderes Ereignis innerlich aufgerichtet werde und neuen Mut erhalte.<sup>3</sup>

Als bedeutendste Stelle der Führerrede wird nach wie vor jener Teil angesehen, in welchem der Führer davon sprach, dass das deutsche Volk seine schicksalschwerste Prüfung im Winter 1941/42 überstanden hat. Von nicht minder nachhaltiger Wirkung waren auch die Ausführungen über den Ausbau und die Erschliessung des eroberten Ostraumes, die bei zahlreichen Volksgenossen grosse Hoffnungen auf eine bereits in nächster Zeit sich auswirkende Verbesserung der allgemeinen Versorgungs- und Ernährungslage aufkommen liessen. Vereinzelt ist man sogar der Überzeugung, dass durch den wirtschaftlichen Aufbau im Osten in absehbarer Zeit wieder «friedensähnliche Zustände» eintreten könnten, die es dem deutschen Volke ermöglichen, den Krieg ohne grössere Einschränkungen bis zu einem siegreichen Ende durchzustehen.

Lediglich die Stellungnahme zu den Angriffen des Führers gegen Churchill, Roosevelt und anderen führenden Persönlichkeiten auf der Feindseite ist nach vorliegenden Meldungen uneinheitlich. Während die Angriffe des Führers bei vielen Volksgenossen, vor allem durchweg in Arbeiterkreisen, eine zustimmende Aufnahme gefunden haben, sind verschiedentlich aus bürgerlichen und Intelligenzkreisen Stimmen des Inhalts laut geworden, dass es der Führer «nicht nötig habe, sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen». Nach wie vor bildet die Tatsache, dass der Führer Stalin nicht so scharf angegriffen hat wie Churchill, Roosevelt

Zu Nr. 323

1. Hitler hatte am 30. September im Berliner Sportpalast gesprochen; Wortlaut der Rede bei Dömarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1913-1924. – 2. Vgl. oben Nr. 316. – 3. Hitler hatte bedauert, dass er nicht häufiger zum deutschen Volk sprechen könne, weil er sich

und andere Gegenstand reger Erörterungen, die vielfach den von einem Teil der Bevölkerung seit Wochen geäußerten Vermutungen über die Möglichkeiten einer Verständigung mit Sowjetrußland neue Nahrung gaben.

Zusammenfassend besagen die eingegangenen Meldungen zur Führerrede, dass sie im Gegensatz zu früheren Reden weniger kommentiert wurde, dafür aber den einzelnen Volksgenossen – teils unbewusst – um so nachhaltiger beeindruckte. Wenn auch der Führer keinerlei konkrete Angaben über die weitere Entwicklung des Kriegsgeschehens machte, sind doch die in letzter Zeit vermehrt geäußerten Besorgnisse nahezu zum Schweigen gebracht worden und haben einer ruhigeren und zuversichtlicheren Betrachtung der allgemeinen Lage Platz gemacht. Als treffendes Beispiel kann die Beurteilung des Kampfgeschehens um Stalingrad durch die Volksgenossen angesehen werden.<sup>4</sup> Das vor der Führerrede festgestellte tägliche und stündliche Rätselraten über den endgültigen Zeitpunkt der Einnahme dieser Stadt hat nach der Führerrede plötzlich ein Ende gefunden und ist bisher nicht wieder neu aufgelebt.

## V. Wirtschaft

### Gerüchte über den Wert der Reichsmark und Verfügungsbeschränkung bei Spareinlagen

Der Zuwachs an Spareinlagen, der im Deutschen Reich in den letzten Monaten insgesamt rund 1 ½ Mrd. RM monatlich betrug, wird als ein Beweis für das im Ganzen unerschütterte Vertrauen zur deutschen Währung und zur Erhaltung des Preisgefüges bzw. sogar zu einer Preissenkung nach dem Kriege angesehen.<sup>5</sup> Jedoch sind Zeichen für eine gewisse Nervosität auf diesem Gebiet vorhanden. Als ein solches wertet man z.B. die rasche Verbreitung von Gerüchten anlässlich der Einziehung der Rentenbanknoten zu 10,-, 50,-, 100,- und 1'000,- Rentenmark zum 30. 9. 1942.<sup>6</sup> Hierzu wird aus Frankfurt/Oder von, vor allem auf dem Lande, verbreiteten Gerüchten berichtet, wonach die Umtauschbeträge auf Eiserne

Noch zu Nr. 323

«mehr mit Handeln und mit Taten» beschäftigen müsse. – 4. Nach den Wehrmachtberichten von Anfang Oktober musste der Eindruck entstehen, dass täglich neue Teile der Stadt erobert würden und daher die endgültige Einnahme abzusehen sei. – 5. Diesem positiven Urteil entspricht es, dass 1942 noch keine Meldungen über Inflationsangst vorgelegt worden waren, von der zu Beginn des Krieges und in den späteren Jahren häufiger berichtet wurde (vgl. oben Nr. 224). – 6. Seit 1939 waren auf Grund von Krediten der Rentenbank an das Reich nochmals Rentenbanknoten ausgegeben worden, wie sie 1924 zur Überwindung der Inflation vor der Einführung der Reichsmark in Umlauf gewesen waren; mit Bekanntmachung vom 13. August 1942 hatte die Reichsbank die genannten Werte zum Umtausch aufgerufen.

Sparkonten<sup>7</sup> einzuzahlen wären und alle grösseren Reichsbanknoten ausser den Rentenmarkscheinen zu einem bestimmten Termin plötzlich für ungültig erklärt werden sollten. In der Gegend von Dortmund wurde bei der Einziehung der Rentenbankscheine in einzelnen Kreisen geäussert, dass nunmehr das einzig wertbeständige Geld eingezogen würde. Als Ursache des Aufrufes wurde teilweise das Horten grösserer Bargeldbeträge vermutet. Aus Frankfurt und aus Dortmund wird gemeldet, dass die Verlautbarungen in der Presse der Bevölkerung keine ausreichende Aufklärung gegeben haben. Man sei vielfach der Ansicht, dass manche Gerüchtbildung durch eine besser durchdachte Behandlung solcher Fragen in der Presse vermieden werden könne.

Aus Stuttgart wird weiterhin über zahlreiche Anfragen, insbesondere älterer Leute, bei den Sparkassen über den Wert des Papiergeldes berichtet. In Biberach und Friedrichshafen hätten Gerüchte über Geldentwertung einen ziemlichen Umfang angenommen. Die Landbevölkerung dieser Gegenden versuche die Einnahmen aus dem Obstverkauf so schnell wie möglich für irgendwelche Waren wieder auszugeben. Der Weg zur Sparkasse werde z.T. mit einem gewissen Misstrauen angetreten. Auch hier finden sich Stimmen, dass eine Aufklärung zweckmässig wäre. In der Gegend von Linz taucht das Gerücht von einer kurz bevorstehenden allgemeinen Geldabstempelung und einer Abwertung bzw. Beschlagnahmung von Guthaben im Zusammenhang mit der Einziehung der Rentenbanknoten wieder auf.

Wie eine Anzahl von Meldungen (Bayreuth, Danzig, Dresden, Reichenberg, Neustettin, Graz, Saarbrücken, Weimar und Würzburg) sagen, sind dort in den letzten Monaten vereinzelt Inflationsgerüchte aufgetaucht. Es wird hervorgehoben, dass vornehmlich in katholischen ländlichen Kreisen eine gewisse Inflationsangst verbreitet sei. Von einfachen Volksgenossen wird den Meldungen zufolge oftmals auf Grundstückskäufe wohlhabender und angesehener Personen hingewiesen und dazu bemerkt, dass diese Leute doch wohl nicht ganz ohne Grund ihr Geld in Sachwerten anlegten. Wie aus Dortmund berichtet wird, seien Briefe von Frontsoldaten, in denen von einer bevorstehenden Beschlagnahme der Sparguthaben gesprochen wurde, die Quelle einzelner Redereien gewesen.

Die gleichfalls teilweise auf Soldatenbriefe zurückgehenden Gerüchte über die Beschlagnahmung von Sparguthaben Gefallener sind in der letzten Zeit zurückgegangen, was wohl auf die entsprechenden Verlautbarungen in Parteikorrespondenzen und Frontzeitungen zurückzuführen ist. Doch werde in den letzten Wochen noch aus Bayreuth, Frankfurt/Main und Karlsruhe von Anfragen wegen der Behandlung von Sparguthaben

Noch zu Nr. 323

7. Die darauf steuerbegünstigt einbezahlten Beträge mussten bis Kriegsende festgelegt werden.

berichtet. So teilte ein Sparkassenbeamter in der bayrischen Ostmark folgendes mit:

Ein Urlauber, dessen Einheit am Ilmensee steht, kam vor einigen Tagen zu mir und beantragte die Umschreibung seines Guthabens auf seine Eltern. Nach den Beweggründen gefragt, gab er mir zur Antwort, es wurde ihm von seinem Feldwebel empfohlen, da das Geld vom Reich beschlagnahmt würde, falls ihm etwas zustossen sollte.

Einem aus Baden festgestellten Gerücht lag ein Einzelfall zugrunde, in dem die zuviel gezahlte Besoldung eines gefallenem Unteroffiziers von dessen Eltern aus seinem Sparguthaben zurückerstattet wurde. Auf die gleiche Ursache – Rückzahlung von Gehaltsteilen – gehen die in Frankfurt/Main festgestellten Vorgänge zurück, wo Urlauber ihre Spargelder abheben bzw. auf andere Namen umschreiben lassen wollten. Hier wurde gesagt, dass es ein schlechter Dank sei, wenn der Staat die Ersparnisse von gefallenem Soldaten den Hinterbliebenen abnehme. Diese Vorgänge wurden von gegnerischen Kreisen mit entsprechender Verdrehung zu einer derartigen Gerüchtebildung erfolgreich ausgebeutet.

Es wird in den Meldungen zum Teil die Auffassung vertreten, dass eine verstärkte Aufklärung in entsprechender Form günstig wirken würde. Auch ein Hinweis auf die unveränderten erbrechtlichen Bestimmungen sowie die Steuervergünstigung beim Nachlass von gefallenem Soldaten wird in Anbetracht der mehrfach beobachteten Anfragen bei Notaren usw. für angebracht gehalten.

Nr. 324 vom 8. Oktober 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Rede des Reichsmarschalls zum Erntedanktag hat nach den aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen einen besonders nachhaltigen Eindruck gemacht und die günstigen Auswirkungen der vorangegangenen Führerrede verstärkt.<sup>1</sup>

Vor allem habe die volkstümliche Art, in der der Reichsmarschall zum deutschen Volk sprach, weite Bevölkerungskreise stark angesprochen und insbesondere auch die Frauen zu einer positiven Stellungnahme veranlasst. Allgemein wird gemeldet, dass auch politisch wenig interessierte Volksgenossen und selbst weltanschauliche Gegner von dieser Rede nachhaltig beeindruckt worden seien und feststellten, dass «Göring mit einer

Zu Nr. 324

1. Göring hatte am 4. Oktober im Sportpalast auf einer Erntedankkundgebung der NSDAP gesprochen; Wortlaut der Rede in: Das Archiv. Oktober 1942. S. 643-659. –

ausserordentlichen Selbstsicherheit» gesprochen habe. Einfache Volksgenossen gaben ihren Gesamteindruck mit den Worten wieder: «Göring sprach zum Herzen und zum Magen.»

Sehr starke Beachtung fanden allgemein die ehrfürchtigen und herzlichen Worte, die der Reichsmarschall über den Führer und sein Feldherrn-genie, seine Arbeit und sein Verantwortungsbewusstsein sagte.

Am häufigsten wird naturgemäss das Schwergewicht der Rede des Reichsmarschalls in den «realen» Ankündigungen über die künftige Versorgungslage gesehen. Neben der Erwähnung der bereits früher bekanntgegebenen erhöhten Rationsmengen<sup>2</sup> war es vor allem die Ankündigung einer Sonderzuteilung für Weihnachten, die in allen Kreisen grosse Freude und dankbare Erwartung auslöste. Die ausführliche Darstellung der immer besser werdenden Ernährungslage des Reiches hat in der Bevölkerung allgemein die Vorstellung verdichtet, dass wir in unseren Ernährungsschwierigkeiten «über den Berg» seien und das Schlimmste überwunden hätten.

Die Mitteilung von der Aushändigung eines Lebensmittelpaketes an die Fronturlauber beim Überschreiten der Grenze hat – besonders unter den Frauen – einen äusserst starken Widerhall hervorgerufen.<sup>3</sup> Diese Geschenkpakete würden vielfach als eine «echte Frontbetreuung» empfunden und als Dank des Führers an seine Soldaten angesehen. Nach vereinzelt vorliegenden Meldungen sind bereits in den letzten Tagen in der Heimat eingetroffene Urlauber mit derartigen Geschenkpaketen versehen gewesen und mit grossem Jubel von den Angehörigen empfangen worden. Gerade die sofortige Verwirklichung der Paketaktion hat wesentlich dazu beigetragen, die Rede des Reichsmarschalls zu unterstreichen.

Auch in der Landbevölkerung hat die Rede des Reichsmarschalls einen starken Widerhall ausgelöst, einmal wegen der damit verbundenen Ehrung des Landvolkes durch die Auszeichnung besonders bewährter Bauern und Landarbeiter, vor allem aber durch die anerkennenden Worte, die der Reichsmarschall für die schwere und aufopferungsvolle Arbeit der deutschen Bauersfrau gefunden habe.<sup>4</sup>

In der Arbeiterschaft wurden von den Ausführungen des Reichsmarschalls die Herausstellung des deutschen Bergmannes mit besonderem Interesse aufgenommen. Man erblickt darin allgemein eine Würdigung der Leistungen nicht nur des Bergarbeiters, sondern auch des Rüstungs-

Noch zu Nr. 324

2. Ab 19. Oktober wurde die Brotzuteilung wieder auf den Stand vor dem 6. April, 2'250 g wöchentlich erhöht; die Fleischzuteilung stieg um 50 g in der Woche. Für Weihnachten wurden Sonderzuteilungen an Fleisch und Mehl versprochen. – 3. Das Paket erhielt 1 kg Mehl, 1 kg Hülsenfrüchte, 1 kg Zucker, 500 g Butter und eine grosse Dauerwurst. – 4. Göring hatte die Landfrauen besonders angesprochen, weil ihm die Folgen der Einberufung der meisten Landwirte und Landarbeiter für die Produktion bekannt waren, die auch in den Meldungen mehrfach behandelt wurden. –

arbeiters. Besonders freudig wurde die Mitteilung über die Verbesserung der Rentenversorgung<sup>5</sup> der Bergarbeiter in den davon betroffenen Kreisen aufgenommen, während sich bei den Schwerarbeitern der Hüttenindustrie eine gewisse Enttäuschung zeigte, da sie in diese Besserstellung nicht eingeschlossen wurden.

Die Worte des Reichsmarschalls für die Lage in den luftgefährdeten Gebieten wurden besonders von der Bevölkerung im Nordwesten und Westen des Reiches mit Dankbarkeit aufgenommen, wobei die Anerkennung der tapferen Haltung der Bevölkerung durch die Sonderzulage besonders wohlthuend empfunden wurde.<sup>6</sup> In vielen Gebieten des Reiches, teilweise sogar in Wien, München und in der Ostmark ist sofort die Frage gestellt worden, welche Gebiete als «luftgefährdet» gelten und dementsprechend die Zulage erhalten sollen.

Die ausdrückliche Versicherung des Reichsmarschalls, dass die Vergeltungsangriffe gegen England kommen werden, sobald es die militärische Lage im Osten gestatte, ist überall mit Genugtuung aufgenommen worden. In den luftgefährdeten Gebieten hofft man jedoch, dass dieser Zeitpunkt bald kommen möge. Vereinzelt wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, die Engländer könnten diese Ankündigung mit einem verschärften Luftterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung beantworten.

Gegenüber den durchweg zustimmenden Äusserungen wurden vereinzelt andere Stimmen erfasst, die in der Rede des Reichsmarschalls eine Stellungnahme zur Dauer des Krieges vermissen. Hieraus glaubt man teilweise den Schluss ziehen zu können, dass alle Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Feldzuges im Osten und des Krieges überhaupt zunächst unerfüllt bleiben müssten. Ferner will man auch, ähnlich wie bei der Führerrede festgestellt haben, dass bei der kritischen Wertung der Gegner «Stalin verhältnismässig glimpflich weggekommen sei, während Churchill und Roosevelt auch vom Reichsmarschall eine starke Abfuhr» erhalten hätten.

Zusammenfassend besagen die vorliegenden Meldungen, dass die Rede des Reichsmarschalls besonders dazu beigetragen hat, das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die deutsche Kriegsführung zu festigen und die Besorgnisse vieler Volksgenossen um die Ernährungslage zu zerstreuen. Es wurde verschiedentlich geäußert, dass die Führung des Reiches von den «Sorgen des kleinen Mannes» tatsächlich eingehend unterrichtet sei und es sich angelegen sein lasse, zu helfen, wo es nur möglich sei.

Die Erörterungen über das allgemeine Kriegsgeschehen, insbesondere über die harten Kämpfe an der gesamten Front im Osten sind z. Z. weit-

Noch zu Nr. 324

5. Die Leistungen der Knappschaftsversicherungen wurden durch Verordnung vom 4. Oktober 1942 (RGBl. I S. 369) wesentlich verbessert; die Renten konnten bis auf 80% des Durchschnittsverdienstes steigen. – 6. Wöchentlich betrug sie 50 g Fleisch.



gehendst in den Hintergrund getreten.<sup>7</sup> Lediglich das stetige Vordringen an der Kaukasusfront wird derzeit mit eingehenderem Interesse verfolgt. Auch die Mitteilung über die Versenkung eines amerikanischen Schlachtschiffes durch ein italienisches U-Boot hat grosse Befriedigung ausgelöst und vielfach Bewunderung für diese Leistung unseres italienischen Bundesgenossen hervorgerufen.<sup>8</sup>

Nr. 325 vom 12. Oktober 1942 (Auszug)

### III. Volkstum

#### Zur Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen

Der umfangreiche Einsatz von Kriegsgefangenen im Reichsgebiet ist immer wieder Gegenstand zahlreicher Erörterungen in der Bevölkerung.

Die verschärften Bestimmungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen, die sich vor allem an die Wachmannschaften richten, seien mit Genugtuung aufgenommen worden.<sup>1</sup> Das vielfach freche und arbeitsunlustige Verhalten der Kriegsgefangenen sei von der Bevölkerung bisher häufig einer oftmals zu grosszügigen und milden Behandlung seitens der Wachmannschaften zugeschrieben worden.

Gleichzeitig kommt in den Berichten aber zum Ausdruck, dass das Problem damit nicht gelöst sei. Wenn auch ein Grossteil der Kriegsgefangenen nunmehr härter angefasst werde, so gäbe es auf der anderen Seite einen zahlenmässig ebenfalls grossen Teil, der seine Pflicht tue und keinen Anlass zu Beanstandungen gebe. Gerade von dieser Gruppe würden jedoch im besonderen Masse die volkspolitischen Gefahren ausgehen, da diese Kriegsgefangenen meist auf Grund ihrer ohnehin schon vorhandenen Bewegungsfreiheit und des Ansehens, das sie sowohl beim Arbeitgeber als auch bei der Bevölkerung genossen, viel eher und weit mehr dem deutschen Menschen näher kämen als die Elemente, die sich von vornherein ablehnend und feindselig verhielten. Dort, wo das Verhalten der Kriegsgefangenen

Noch zu Nr. 324

6. Die Kämpfe um einzelne Strassenzüge in Stalingrad und der Angriff im Kaukasus wurden im Oktober auf ausdrückliche Weisung Hitlers fortgesetzt, obwohl inzwischen eine Front entstanden war, die bei einer russischen Gegenoffensive äusserst gefährdet war (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland. 1962. S. 166). – 8. Die früher gemeldete Kritik an Italien war anscheinend verschwunden und lebte erst nach den Niederlagen in Nordafrika wieder auf.

Zu Nr. 325

1. Am 24. August hatte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD einen Befehl des OKW betr. Hebung der Arbeitsleistung aller Kriegsgefangenen und Verhalten der Wachmannschaften mitgeteilt (Allgemeine Erlassensammlung der Sicherheitspolizei und des SD); darin wurden die Wach-

keinen Anstoss biete, sondern diese durch Arbeitsfreudigkeit und anständiges Verhalten sogar Anerkennung vor allem in bäuerlichen Kreisen erringen, werde der volkstumsmässige Abstand immer mehr verringert. Der immer noch weitgesteckte Rahmen der Behandlungsvorschriften und hie und da auftretende Toleranz würden dem Kriegsgefangenen reichlich Möglichkeit bieten, mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere mit deutschen Frauen zusammenzukommen, wobei auch der deutsche Volksgenosse im guten Glauben, diese Kriegsgefangenen müssten bevorzugt behandelt werden, von sich aus ein weiteres tue und die bei ihm eingesetzten Kriegsgefangenen oftmals wie deutsche Arbeitskräfte behandle. Wenn dann nodi, besonders bei Frauen, ein gewisses Mitleidgefühl hinzukomme, würde ein Abstand überhaupt nicht mehr eingehalten. So berichtet z.B. Bayreuth, dass einem bei einem Gastwirt eingesetzten Kriegsgefangenen die Möglichkeit gegeben wurde, dauernd und ungehindert an den Bierhahn zu gehen und zu trinken. Die Wirtin habe sich hierzu geäussert: «Er hat halt Durst, der arme Kerl.» Als dem gleichen Gefangenen einmal zwei gebratene Tauben vorgesetzt wurden, habe die Wirtin erklärt: «Das ist der Anton, unser Gefangener, ein seelenguter Mensch. Wissen Sie, er mag halt kein Schweinefleisch, das kann er nicht vertragen. Ich habe ihm deshalb heute zwei Tauben gebraten. Er ist doch ein Mensch und ein so braver Kerl.»

Auch die vielen Fälle des Geschlechtsverkehrs mit Kriegsgefangenen könnten nicht allein durch die tagtägliche gemeinsame Arbeit erklärt werden, sondern hätten ihren Grund mit darin, dass deutsche Volksgenossen den notwendigen volkspolitischen Abstand vergässen, nachdem die Kriegsgefangenen durch ihre Arbeit und ihr sonstiges Verhalten Anerkennung und Vertrauen errungen hätten.<sup>2</sup> Es sei doch auffallend, dass die Mehrzahl der Frauen, die sich mit Kriegsgefangenen abgaben, aus erbbiologisch und sozial einwandfreien Familien stammen würden und eine rechtzeitige Erziehungsarbeit sicher nicht vergeblich wäre. Von einer Minderwertigkeit der Familie könne nur in Einzelfällen, vor allem in grösseren Städten, gesprochen werden.

Es sei auch auffällig, wie gerade aus Landgebieten berichtet wird, dass die Kriegsgefangenen sowohl über Verhältnisse im Reich sehr gut informiert seien als auch über Vorgänge, die von deutschen Soldaten von der Front nach Hause berichtet werden. Der Grund hierfür liege in der Tatsache, dass insbesondere französische Kriegsgefangene durch die bessere Behandlung in einen persönlichen Kontakt mit ihren Arbeitgebern gekommen

Noch zu Nr. 325

mannschaften dafür verantwortlich gemacht, dass die zur Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen ihre Arbeitskraft voll einsetzen und Bummelei bestraft wurde. – 2. Trotz der harten Strafdrohungen nahm das «unwürdige Verhalten Deutscher gegenüber Fremdvölkischen», wie ein Bericht vom 10. Juni 1943 feststellen musste, gerade auf sexuellem Gebiet noch zu.

seien. Sie nähmen, da sie inzwischen die deutsche Sprache erlernt hätten, an den Familienunterhaltungen teil und seien auch zugegen, wenn die Erlebnisse der Angehörigen an der Front an Hand von Feldpostbriefen besprochen würden. Dadurch erführen sie auch Vorgänge, die nicht zur Kenntnis von Kriegsgefangenen kommen dürften und von diesen möglicherweise zu Spionagezwecken benutzt werden könnten.

In einem Bericht wird in diesem Zusammenhang auf die Absicht einer zersetzenden Tätigkeit besonders der britischen Kriegsgefangenen hingewiesen. Das sture Festhalten und hartnäckige Glauben an den Endsieg Englands sei geeignet, auf weltanschaulich nicht gefestigte Volksgenossen mit der Zeit eine gewisse Wirkung auszuüben.

So seien folgende Äusserungen bekannt:

Wartet nur, wenn ihr bald nichts mehr zu essen habt, dann kommen wir. (Neumarkt)

Bald ich Bauer und du Knecht. (Französischer Kriegsgefangener gegenüber seinem Arbeitgeber. Landshut.)

Der Krieg ist noch nicht zu Ende und im letzten Krieg haben auch erst die Deutschen gesiegt, zuletzt waren sie doch die Unterlegenen. (Weiden)

Im Beisein ihres französischen Geistlichen erklärten Kriegsgefangene (Selb): Die Deutschen haben doch angeblich 12 Millionen Russen gefangen, sollen die arbeiten.

Es könne zwar noch nicht beobachtet werden, dass derartige Äusserungen die Haltung der deutschen Bevölkerung beeinträchtigen. Es müsse aber bedacht werden, dass die Länge der Kriegsdauer, die Wechselfälle des Krieges und die damit immer mehr steigende Nervenbelastung des einzelnen Volksgenossen für feindliche Beeinflussungen anfällig machten und derartige negative Äusserungen zu einer Stimmungsverschlechterung beitragen könnten.

Es komme hinzu, dass die Kriegsgefangenen die Möglichkeit hätten, mit den ihnen aus der Heimat zugeschickten Liebesgabensendungen, die meist Genuss- oder Lebensmittel enthielten, die im Reich verknappt oder überhaupt nicht mehr erhältlich seien, eine mit der Zeit nicht unwirksame Propaganda zu treiben. Gerade der Umstand, dass diese Sendungen im Interesse unserer eigenen Kriegsgefangenen auch weiterhin zugelassen werden müssten, bedinge aber, dass stärkere Erziehungsmassnahmen gegenüber der deutschen Bevölkerung einsetzten. Es sei würdelos, wie sich deutsche Volksgenossen benähmen, um z.B. nur ein Stückchen Schokolade zu erhalten. Hierzu wird berichtet:

Ein kriegsgefangener Engländer, der wegen Unpässlichkeit am Bahnhof in Leoben zu einer NSV-Schwester geführt wurde und von ihr eine Medizin erhalten hatte, überreichte ihr offenbar als Gegenleistung eine grosse Tafel Schokolade, die die Genannte aber nicht annahm. Der

Kriegsgefangene warf später die Tafel Schokolade auf einen im Wartesaal stehenden Tisch, und die im Wartesaal befindlichen Volksgenossen stürzten sich wie Wilde auf die Tafel Schokolade. Der Kriegsgefangene aber ging mit stolz erhobenem Haupt und befriedigtem Lächeln vom Tatort ab.

Vielfach wird auch berichtet, dass sich Jugendliche, vor allem Schüler und Schülerinnen, an Kriegsgefangene heranmachen und sie um Süßigkeiten anbetteln.

Die bisherigen Bemühungen, die volkspolitischen Gefahren des Kriegsgefangeneneinsatzes abzuwehren, seien nicht ausreichend. So seien z.B. in der Presse, vor allem für die Landbevölkerung, kaum Artikel zu finden, die sich mit den Gefahren und der Abwehr des fremden Volkstums befassen. Auch im Rundfunk sei diese Frage seit langem nicht mehr behandelt worden. Die Möglichkeit einer Aufklärung durch den Film oder eine ansprechende Plakatpropaganda werde so gut wie gar nicht ausgeschöpft. Auch die Mundpropaganda durch die Redner der Partei sei nicht imstande, sich in dem Masse, wie es die Dringlichkeit des Problems erfordere, durchzusetzen.

Nr. 328 vom 22. Oktober 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Nachricht über die einsetzende Schlechtwetterlage an der Ostfront gab vielen Volksgenossen Veranlassung, die militärische und politische Lage zu Beginn dieses Winters mit der Lage zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr zu vergleichen. In den darüber vorliegenden Meldungen wird allgemein hervorgehoben, dass eine Wiederholung der zahllosen Schwierigkeiten an der Ostfront im Winter 1941/42 für ebenso unmöglich gehalten wird wie die besonderen Schwierigkeiten auf bestimmten Versorgungsgebieten in der Heimat. Aus Feldpostbriefen und Urlaubererzählungen wird geschlossen, dass die Vorbereitungen für den kommenden Winter diesmal sehr früh einsetzten und teilweise abgeschlossen sind. Übereinstimmend wird auch gemeldet, dass überall die feste Zuversicht vorhanden ist, dass die Erfahrungen des letzten Winters dazu dienen, durch entsprechende Planung und Vorbereitung allen zu erwartenden Ereignissen von vornherein begegnen zu können.

Hinsichtlich der Beurteilung der militärischen Lage kommen jedoch die vorliegenden Meldungen nicht zu einem ebenso günstigen Ergebnis. Die Ursache hierfür liegt darin, dass die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit in den Winter 1941/42 hineinging mit der festen Erwar-

tung, dass im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers die Sowjetunion endgültig geschlagen werde und dass vielleicht sogar schon 1942 der entscheidende Schlag gegen England geführt werden könne. Bei Abschluss der grossen Operationen des Sommers 1942 konnten jedoch derart weit gespannte Hoffnungen in der Bevölkerung für das kommende Jahr nicht mehr festgestellt werden, vor allem, da man die Erfolge des Feindes im Winter noch vorwiegend auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse zurückführte, inzwischen jedoch glaubt, aus den Kämpfen des Frühjahrs und Sommers einen Einblick in die ausserordentlichen Reserven und die grosse Kraft der Sowjetunion erhalten zu haben. Die Entwicklung der Kämpfe um Stalingrad hat diesen Verlust vieler Illusionen einzelner Volksgenossen über die Sowjetunion scheinbar bestätigt.<sup>1</sup>

Die überaus starken und wiederholten Offensiven der Russen im mittleren und nördlichen Abschnitt haben allgemein die Überzeugung gefestigt, dass Russland immer noch gewaltige Mensdienmaterial-Reserven heranzuführen in der Lage sei. Der Kampf an der Ostfront sei zu einem grossen Teil im Stellungskrieg erstarrt und Stalingrad insbesondere habe sich zu einem zweiten Verdun entwickelt. Ähnlich festgefahren sei offenbar die Lage an der nordafrikanischen Front.<sup>2</sup> Hier haben allerdings die Meldungen über die anhaltenden Bombenangriffe auf Malta aufhorchen lassen, die vielfach als Vorbereitung einer neuen Offensive Rommels gewertet werden. Trotzdem wird aus allen Teilen des Reiches gemeldet, dass insbesondere noch unter der Nachwirkung der Reden des Führers und des Reichsmarschalls<sup>3</sup> überall eine feste Zuversicht vorhanden ist, dass wir auch an der Ostfront weiter siegreich sein werden, aber man rechne heute mit sehr langwierigen, verlustreichen und harten Kämpfen.

Im Zusammenhang damit wird nach den vorliegenden Meldungen erneut wieder die Frage nach der Kriegsdauer gestellt. Im Gegensatz zum Vorjahr glauben derzeit weite Bevölkerungskreise, keine optimistischen Erwartungen hegen zu dürfen. Vielen Volksgenossen sei aufgefallen, dass unsere Einstellung zum Krieg sich in diesem Jahr mehr und mehr von einem «wir werden siegen» zu einem «wir müssen siegen» verlagert habe. Man habe sich im Jahre 1942 mehr und mehr an den Krieg gewöhnt und auf eine längere Kriegsdauer eingerichtet, obwohl noch verhältnismässig oft gehört werden kann, dass der Krieg nicht mehr lange dauern könne, denn «das halten wir nicht noch einen Winter aus». In allen Kreisen besteht dagegen begreiflicherweise der Wunsch, der Krieg möge recht bald ein Ende nehmen. Ein deutliches Anzeichen dafür sind die immer

Zu Nr. 328

1. Vgl. die Meldung über das «Russlandbild in der Bevölkerung» oben Nr. 309. – 2. Dort hatten starke englische Luftangriffe, die die Versorgung der deutsch-italienischen Streitkräfte weiter erschwerten, die Offensive vorbereitet, die am 23. Oktober anlieft. – 3. Vgl. oben Nr. 323,

noch in allen Teilen des Reiches mit grosser Intensität verbreiteten Gerüchte über angebliche Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Deutschland und der UdSSR.<sup>4</sup> Vielfach finden diese Gerüchte Glauben, werden jedoch auch sehr oft mit «es ist zu schön, um wahr zu sein» kommentiert. Auch eine immer noch weithin vorhandene innere Bereitschaft zu einem «Kompromissfrieden» wird häufig gemeldet, dies um so mehr, als nur sehr wenige Volksgenossen eine wirkliche Vorstellung von den eigentlichen Kriegszielen haben und viele meinen, dass die Bewältigung der besetzten riesigen Ostgebiete über unsere Kräfte hinausgehe.<sup>5</sup> Auch glaubt man häufig, dass die Feindschaft der Völker in allen besetzten Gebieten ein starkes Gewicht besitze. Vielfach wird geglaubt, dass es insbesondere in den besetzten Gebieten im Westen, wie Holland, Belgien, Frankreich, ja selbst in Luxemburg und Elsass-Lothringen, aber auch im Protektorat und Generalgouvernement regelmässig zu sehr wirksamen Aktionen gegen das Reich gekommen sei.<sup>6</sup> Von einem «neuen Europa» seien wir heute weiter entfernt als vor einem Jahr.

In den Erörterungen der Volksgenossen nimmt die Situation, wie sie durch die Zunahme der englischen Luftangriffe im Westen geschaffen wurde, vor allem aber die Furcht vor einem weiteren Ansteigen dieser Angriffe einen ausserordentlichen Umfang ein. Das Verständnis auf Grund der Erklärungen des Reichsmarschalls, dass die militärische Kraft in der Luft im Augenblick nicht zersplittert werden kann, hat sich zwar allgemein durchgesetzt und damit auch die Erkenntnis, dass alle Wünsche nach Vergeltung zunächst zurückgestellt werden müssen. Trotzdem liegt auf der Bevölkerung im Norden und Nordwesten des Reiches die Schwere und Häufigkeit der englischen Luftangriffe sehr stark und führt dort wie auch im gesamten Reichsgebiet zu einer Häufung derjenigen Stimmen, die glauben, dass solche schweren Angriffe nurmehr eine befristete Zeit ausgehalten werden könnten.

Besonders günstig schneidet jedoch bei den Vergleichen der Bevölkerung mit der Lage im Vorjahre unsere Ernährungssituation ab. Es zeigt sich immer mehr, dass die Bedeutung der Erhöhung der Brot- und Fleisch-

Noch zu Nr. 328

324. – 4. Vgl. oben Nr. 316 Anm. 5. – 5. In seiner Rede vom 30. September hatte Hitler deutlich gemacht, dass er eine ständige Besetzung der im Osten eroberten Gebiete beabsichtigte. – 6. Aufschluss über den Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft geben die seit 1941 vom Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes laufend ausgegebenen «Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse». Im Oktober 1942 wurden darin gemeldet: 18 Sabotageakte, die Verhaftung von 19 reichsdeutschen Sozialisten und Kommunisten, 47 österreichischen Kommunisten, von 125 Angehörigen der tschechischen kommunistischen und 32 der nationaltschechischen Widerstandsbewegung und 17 sonstigen Tschechen, von 82 Führern einer weissrussischen Partisanenorganisation, 273 polnischen Widerstandskämpfern, ferner von 3 katholischen Geistlichen wegen Unterstützung von Kriegsgefangenen, einer Gruppe von 33 Personen wegen Austauschs von Nachrichten feindlicher Sender, schliesslich die Erfassung von 65 verschiedenen illegalen polnischen Schriften (Bun-

ration weniger in der dadurch tatsächlich erfolgten Besserung der Ernährungssituation gesehen werden muss, als darin, dass die Bevölkerung allgemein hierin einen völligen Wendepunkt der gesamten Ernährungs- und Versorgungssituation erblickt und insbesondere auf Grund der Rede des Reichsmarschalls überzeugt ist, dass diese Wendung nicht nur eine bleibende ist, sondern sich auch auf anderen Gebieten, insbesondere hinsichtlich der Fettzuteilung und der Versorgung mit Obst, auf längere Sicht gesehen auswirken wird.

Unter den Tagesereignissen stehen derzeit nach den vorliegenden Meldungen die zahlreichen Verletzungen der Genfer Konvention durch die Engländer im Vordergrund des Interesses und haben in weiten Bevölkerungskreisen starke Empörung hervorgerufen.<sup>7</sup>

Ausser der völkerrechtswidrigen Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen hat auch die Bombardierung eines Verbandsplatzes der deutschen Truppen in Nordafrika dazu beigetragen, den Hass gegen England und die britischen Kriegsmethoden zu steigern. Die vom OKW gezogene Folgerung, dass die britische Regierung keinen Wert mehr darauf lege, die Genfer Konvention aufrechtzuerhalten, wird als richtig und notwendig angesehen. Die Nachricht, dass auch Japan bereits dazu übergegangen ist, gegen völkerrechtswidrige Handlungen mit drastischen Gegenmassnahmen einzuschreiten, hat die Gedanken an eine Verschärfung der Methoden der Kriegsführung vermehrt. Gespannt wartet man auf die Reaktion der britischen Regierung zur letzten deutschen Erklärung und stellt die Frage nach den deutscherseits einzuleitenden Gegenmassnahmen. Bei vielen Volksgenossen, besonders unter den Frauen, ist eine zunehmende Sorge festzustellen, dass die Methoden der Kriegsführung immer schärfere Formen annehmen und es schliesslich doch noch zur Anwendung von Giftgasen komme.

Die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels in München<sup>8</sup> hat eine starke Beachtung nicht nur in München selbst, sondern in allen Teilen des Reiches gefunden. Während man in München ziemlich ungehalten ist und eine derartige «Philippika gegen München» als nicht notwendig empfindet, ist

Noch zu Nr. 328

des Archiv, R 38/208). – 7. Am 7. Oktober hatte das Oberkommando der Wehrmacht mitgeteilt, dass gefangene deutsche Soldaten bei dem Landungsunternehmen von Dieppe und bei einer Kommandoaktion auf der Kanalinsel Sercq gefesselt worden seien; zur Vergeltung waren am 8. Oktober 1'376 englische Kriegsgefangene in Fesseln gelegt worden, was von englischer Seite mit der Fesselung der gleichen Zahl deutscher Gefangener beantwortet worden war. In einer besonderen Erklärung des OKW vom 16. Oktober waren die englischen Verletzungen des Kriegsrechts bei der Behandlung von Schiffbrüchigen und Gefangenen dargestellt worden. – 8. Goebbels hatte am 18. Oktober auf einer «Grosskundgebung» vor der Feldherrnhalle gesprochen (Wortlaut in: Das Archiv, Oktober 1942, S. 612-615) und die Münchener aufgefordert, «an nationaler Opferbereitschaft, an hoher patriotischer Gesinnung, an Stärke und Ausdauer allen anderen Städten ein Beispiel zu geben».

man nach den vorliegenden Meldungen aus anderen Teilen des Reiches vielfach erfreut, dass den Münchnern einmal von berufener Seite die «Meinung gesagt» worden sei. Besonders in Nord- und Westdeutschland ist man deshalb befriedigt, weil man aus Erzählungen von Bombengeschädigten, die in Süddeutschland waren, weiss, dass sie dort teilweise mit Ausdrücken wie «Bombenheinis», «Bombenweiber» u.a. tituiert worden seien. Vielfach ist in Nord- und Mittelddeutschland die Meinung aufgetaucht, dass die Stimmung der Münchner Bevölkerung besonders schlecht sein müsse, so dass Reichsminister Dr. Goebbels persönlich nach München gefahren sei.

Nr. 334 vom 12. November 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Durch die neuesten Ereignisse in Nordafrika sind die Auswirkungen der Führerrede<sup>1</sup>, die zunächst überwiegend eine beruhigende und zuversichtliche Beurteilung der gesamten Lage begründet hatten, nach den nunmehr aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen bereits in starkem Masse überlagert worden, da das Interesse der Bevölkerung sich fast ausschliesslich auf die einzelnen militärischen Geschehnisse der Kriegsschauplätze in Nordafrika konzentrierte.

Vor allem die Landung der Amerikaner in Französisch-Nordafrika<sup>2</sup> habe bei der gesamten Bevölkerung gewaltiges Aufsehen erregt und zum Teil schockartig die Stimmung beeinflusst. Über den Ernst der Situation seien die Ansichten noch unterschiedlich. Während ein Teil der Bevölkerung in dem Landungsversuch der Briten und Amerikaner eine Bedrohung der Panzerarmee Rommels sieht und weitere Operationen unserer Gegner auf diesem Kriegsschauplatz für sehr schwierig hält, will ein anderer Teil der Volksgenossen darin die Errichtung der «zweiten Front» erkennen und sich in dieser Ansicht durch den deutschen Einmarsch in die bisher unbesetzten Gebiete Frankreichs bestärkt sehen.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang werde auch angenommen, dass man dem französischen Widerstand in Nordafrika keine besondere Bedeutung bei-

Zu Nr. 334

1. Wie üblich am 8. November in München (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1933-1944); Hitler hatte darin u.a. erklärt, Deutschland habe 1918  $\frac{1}{4}$  vor 12 kapituliert – er höre grundsätzlich immer erst 5 Minuten nach 12 auf. – 2. Am 8. November waren amerikanische und englische Truppen bei Algier und Oran sowie in Marokko bei Casablanca gelandet und wurden laufend verstärkt; der von der Vichy-Regierung befohlene französische Widerstand war nur kurz. – 3. Er hatte am 11. November morgens begonnen, gleichzeitig



messen dürfe, da der französische Widerstand wohl nur der Form halber erfolge, denn die Franzosen würden innerlich immer noch mehr zu den Amerikanern und Engländern hinneigen als zu Deutschland. Die gesamte bisherige Haltung Frankreichs gegenüber dem amerikanisch-britischen Überfall auf Nordafrika habe einheitlich keine Befriedigung aufkommen lassen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Vichy und den USA und der befohlene Widerstand gegen die amerikanische Invasion wird vielfach nur als ein Scheinmanöver angesehen. Der deutsche Einmarsch in das unbesetzte Frankreich und nach Korsika werde als notwendige und rechtzeitige Gegenmassnahme des Führers gewertet. Das Vertrauen in die deutsche Schlagkraft zur Abwehr der beabsichtigten amerikanischen Invasion in Südfrankreich und der damit verbundenen Bedrohung Deutschlands im Westen durch die Errichtung einer «zweiten Front in Europa» sei uneingeschränkt vorhanden. Daneben erwarte man, dass deutsche und italienische Truppen auch in Tunesien einmarschieren, um damit einem geplanten Angriff der Amerikaner auf Libyen in den Rücken unserer Afrikatruppen zuvorzukommen.<sup>4</sup>

In sehr starkem Umfang hat sich die Bevölkerung mit Einzelheiten des britisch-amerikanischen Aufmarsches im Mittelmeer beschäftigt und erhebliche Kritik an dem italienischen Bundesgenossen geübt.<sup>5</sup> Man frage sich insbesondere, wie es den Amerikanern gelungen ist, durch die Meerenge von Gibraltar mit derartig starken Schiffsverbänden zu gelangen, ohne dass diese Operationen von den italienischen Fernaufklärern rechtzeitig bemerkt worden seien. In diesem Zusammenhang werde auch die Frage erhoben, wo denn eigentlich die immer so stark gepriesene italienische Flotte geblieben sei. Vielen Volksgenossen sei dadurch auch zum Bewusstsein gekommen, dass die von Italien immer behauptete vollständige Beherrschung des Mittelmeeres als dem «mare nostrum» nicht zutrefte, denn es sei unverständlich, weshalb Italien diese sich einmalig bietende Gelegenheit nicht ergriffen habe, um das amerikanisch-britische Unternehmen wirksam zu stören und gleichzeitig dabei die feindliche Kriegsflotte empfindlich zu treffen.

Die Nachrichten von dem Rückzug der deutsch-italienischen Panzerarmee habe bei vielen Volksgenossen ernüchternd gewirkt und zu Vergleichen mit den verschiedenen «siegreichen Rückzügen» der Engländer

Noch zu Nr. 334

waren italienische Verbände eingerückt und auf Korsika gelandet; als Begründung war der französischen Regierung mitgeteilt worden, dass durch die feindlichen Landungen in Nordafrika die Voraussetzungen des Waffenstillstandsabkommens von 1940 hinfällig geworden seien. – 4. Die ersten deutschen Truppen waren schon am 10. November auf dem Luftweg in Tunesien eingetroffen; im Laufe des November konnte dort eine deutsch-italienische Front gegen die aus Algerien vorrückenden englischen Verbände gebildet werden. – 5. Am 23. November wurden

geführt.<sup>6</sup> Angesichts der britisch-amerikanischen Landung in Französisch-Nordafrika betrachte man die Lage der Achsenstreitkräfte in Ägypten und Libyen als äusserst besorgniserregend. Man habe zwar noch immer starkes Vertrauen in die Kriegskunst des Generalfeldmarschalls Rommel, der sicher noch auf irgendeine Weise der englischen Offensive wirksam Einhalt gebieten werde. Man glaube hierbei an irgendeine «Finte» Rommels und weise auf seine früheren militärischen Erfolge in Nordafrika hin. Die italienischen Verluste bei der englischen Offensive in Nordafrika würden als sehr hoch bezeichnet, wobei auch gerüchtweise von sehr starken deutschen Verlusten an Menschen und Material gesprochen werde. Auch hierzu seien viele Volksgenossen der Ansicht, dass die italienischen Truppen irgendwie versagt haben müssten, da ein deutscher Rückzug in diesem Ausmass nicht möglich sei, wenn alle Befehle der Führung strengstens befolgt würden.

Zusammenfassend lässt sich gegenwärtig nach den aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen feststellen, dass die Bevölkerung die Lage als zuungunsten Deutschlands verändert ansieht. Die Überzeugung, dass die neuesten Ereignisse zwar nicht kriegsentscheidend, aber kriegsverlängernd wirken, habe sich fast allgemein durchgesetzt. Der Glaube an den Endsieg sei nach wie vor nicht erschüttert, wozu insbesondere die zuverlässliche und von tiefem Glauben an das deutsche Volk getragene Rede des Führers beigetragen habe.

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 9. bis 12. November 1942**

1. Durch die Ereignisse der letzten Tage ist die Anteilnahme der Bevölkerung für die Meldungen in der Presse und dem Nachrichtendienst des Rundfunks ausserordentlich angestiegen. Von den Nachrichten von Französisch-Nordafrika und unserer Front in Ägypten seien alle anderen Meldungen, ja selbst die Berichterstattung über die Führerrede, überschattet worden. Bei dem Heissshunger, mit dem die Nachrichten erwartet werden, und im Hinblick auf die Tragweite der Geschehnisse in Französisch-Nordafrika seien den Volksgenossen die Meldungen (vor dem Aufruf

Noch zu Nr. 334

erneut Gerüchte über Spannungen zwischen Mussolini und dem Königshaus gemeldet, auf die das italienische Versagen zurückgeführt wurde. – 6. Die englische Offensive, die am 23. Oktober begonnen hatte, hatte Rommel am 4. November nach starken Ausfällen zum Rückzug aus Ägypten gezwungen. –

des Führers an das französische Volk)<sup>7</sup> zu zurückhaltend gewesen. Es sei der Eindruck entstanden, als versuchten wir uns durch die Behandlung der Ereignisse in der Presse davon zu distanzieren, als ob davon nur Frankreich und weniger die Achsenmächte betroffen wären. Dieser Eindruck sei vor allem dadurch entstanden, dass zunächst fast ausschliesslich Nachrichten aus französischen Quellen in den Zeitungen veröffentlicht wurden. Die offizielle französische Berichterstattung werde jedoch nicht für voll genommen, da sie die wahre Einstellung der Bevölkerung doch wohl kaum zum Ausdruck bringe.

Die «sittliche Entrüstung der deutschen Propaganda» werde – wie die Berichte nahezu einhellig zum Ausdruck bringen – von den Volksgenossen kritisch beurteilt. Es gehe eben in diesem Kriege um reine Machtauseinandersetzungen.

2. In der Einstellung der Volksgenossen gegenüber der Nachrichtenvermittlung von den Kämpfen unseres Afrika-Korps habe sich nach Berichten aus dem Reichsgebiet insoweit wenig geändert, als immer noch zum Teil Kritik daran geübt werde. Wohl häufen sich die Stimmen der Anerkennung dafür, dass die Berichterstattung um vieles offener sei, als beim ersten Rückzug des Afrika-Korps.<sup>8</sup>

3. Die Meldungen vom Kampfgeschehen im Osten seien in den letzten Tagen nahezu unbeachtet geblieben, obwohl der OKW-Bericht an erster Stelle die Kampfhandlungen in Russland anführt.<sup>9</sup>

Nr. 336 vom 19. November 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die Vorgänge in Nordafrika sind nach wie vor allgemeiner Gesprächsstoff.<sup>1</sup> Die Lage des Afrika-Korps wird als äusserst ernst, teilweise als die ernsteste seit Kriegsbeginn, angesehen. Besonders bedrückt sind Volksgenossen, die Angehörige beim Afrikakorps haben. Viele Volksgenossen stellen die Frage nach den Ursachen des Rückzuges der deutsch-italie-

Noch zu Nr. 334

7. Vom 11. November (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1947 ff.); den Franzosen wurde darin versichert, die deutschen Soldaten kämen nicht als Feinde, sondern wollten die französischen Grenzen gegen anglo-amerikanische Bedrohung schützen. – 8. In den Wehrmachtberichten war der Rückzug offen zugegeben worden; ihm konnte auch entnommen werden, dass er schon bis zur libysch-ägyptischen Grenze geführt hatte. – 9. Kämpfe im westlichen Kaukasus und am Don sowie Stosstrupptätigkeit in Stalingrad.

Zu Nr. 336

1. Es war nicht möglich gewesen, in der Cyrenaika eine neue Front aufzubauen, erst an der Mersa-el-Brega-Stellung an der Grossen Syrte kam der englische Angriff noch einmal für wenige

nischen Streitkräfte in Nordafrika, bei dem vor allen Dingen die Geschwindigkeit überrascht hat, mit welcher Tobruk und Derna planmässig geräumt wurden. Vielfach wird geglaubt, dass hierbei die italienische Infanterie versagt und riesige Verluste erlitten habe. Teilweise werden gerüchtweise Verlustzahlen genannt, die zwischen dreissig- und neunzigtausend Mann schwanken. Viele Volksgenossen haben jedoch unverändert die Hoffnung, dass es der Feldherrnkunst des Generalfeldmarschalls Rommel «irgendwie» gelingen werde, den feindlichen Vormarsch in Libyen zum Stehen zu bringen, und glauben daher mit unerschütterlichem Vertrauen an ihn, wenn auch die Sorge um sein persönliches Schicksal in der Schlacht sehr gross ist. Vereinzelt werden aber auch Gerüchte verbreitet, wonach Rommel sich nicht in Afrika, sondern in einem Berliner Krankenhaus befinde.

Die Vorgänge in Französisch-Nordafrika werden weiterhin mit grösstem Interesse verfolgt.<sup>2</sup> Nach dem Einmarsch deutsch-italienischer Truppen in Tunesien wurde zumeist eine ruhigere Beurteilung der Lage gemeldet. Unter dem Gesichtspunkt dieses Einmarsches wird auch der Rückzug Rommels inzwischen bei einer Reihe von Volksgenossen als strategische Massnahme angesehen, um für das deutsch-italienische Afrikakorps eine bessere Nachschubbasis zu ermöglichen. Hinsichtlich der Lage in Französisch-Nordafrika selbst sieht man jedoch gegenwärtig mangels genauerer Nachrichten nicht klar.

Viele Volksgenossen äussern verstärkt ihre Kritik an Italien, welches nicht habe verhindern können, dass Engländer und Amerikaner mit einer derartig starken Truppenmacht in Französisch-Nordafrika gelandet seien. Gleichzeitig werden aus allen Teilen des Reiches Besorgnisse weiter Bevölkerungsteile über die Gefahr gemeldet, die drohe, wenn es den Feinden gelinge, Italien abzuspalten, insbesondere auch durch Verstärkung der angeblichen Kriegsmüdigkeit des italienischen Volkes durch starke Luftangriffe.

Die Meldung von der Teilmobilisierung in Spanien hat zumeist Aufsehen erregt und aufgetauchte Zweifel über die Haltung Spaniens abgebremsst.<sup>3</sup> Obwohl Spanien infolge der Nachwirkungen des Bürgerkrieges nicht in der Lage sei, aktiv einzugreifen, so wird doch vielfach die Hoffnung ausgesprochen, dass wenigstens die Fronten sich jetzt völlig klären würden.

Neben diesen militärisch wichtigen Ereignissen, die das Interesse der Bevölkerung fast vollständig in Anspruch nehmen, hat auf innerpoli-

Noch zu Nr. 336

Wochen zum Stehen. – 2. Der französische Widerstand war schon am 12. November eingestellt worden, nachdem Admiral Darlan, der designierte Nachfolger des Staatschefs Pétain, sich in Algier in einer Erklärung auf die Seite der Amerikaner gestellt hatte. – 3. Am 16. November hatte General Franco die Minister der Wehrmachtteile ermächtigt, Einheiten auf Kriegsstärke zu

tischem Gebiet die Ankündigung über die Ausgestaltung der 4. Reichskleiderkarte bei einem grossen Teil der Bevölkerung eine gewisse Bestürzung hervorgerufen.<sup>4</sup> Die Einbeziehung kleinster Bedarfsgegenstände in das Punktsystem wird heftig kritisiert. Über die Lieferung von Männeroberkleidung auf Bezugschein sind die Ansichten geteilt, es überwiegen jedoch die ablehnenden Stimmen, vor allem von solchen Volksgenossen, die sich bisher bei der Beschaffung neuer Anzüge zurückgehalten hatten. Diese meinen, dass der anständige Volksgenosse jetzt «wieder einmal» das Nachsehen habe. Die Abgabe von Kinderschuhen auf Kleiderkarten wurde dagegen nahezu einhellig begrüsst, obwohl man auch oft der Meinung ist, dass die Kinder innerhalb eines Jahres mehr als ein Paar Schuhe benötigten und dann eine Neuanschaffung wohl nicht bewilligt werden würde. Bei der Kleiderkarte insgesamt wird besonders auf die verlängerte Laufdauer und die geringe Punktzahl hingewiesen und daraus der Schluss gezogen, dass die Versorgungslage mit Spinnstoffen doch erheblich angespannter sei, als man dies bisher aus Reden und Zeitungsaufsätzen glaubte schliessen zu können.

Die Ankündigung der Sonderzuteilung für Weihnachten hat die negativen Auswirkungen der Kleiderkarte auf dem Textilsektor nicht ganz abzufangen vermocht.<sup>5</sup> Man freut sich jedoch allgemein, dass die von Reichsmarschall Göring angekündigte Sonderzuteilung auch tatsächlich erfolgt und erblickt darin einen erneuten Beweis dafür, dass die Ernährungslage im 4. Kriegsjahr sich günstiger gestalten wird. Vielfach wird angeregt, dass die Sonderzuteilungen, insbesondere an Mehl, Butter und Zucker baldigst zur Ausgabe gelangen, weil viele Volksgenossen sehr gern damit Gebäck für Feldpostpäckchen, die bis Ende November 1942 aufgeliefert werden müssen, hersteilen wollen. Besonders begrüsst wurde auch die angekündigte Zuteilung von Spirituosen und die Ausgabe von Wein für Lang- und Schwerarbeiter. Lediglich die Raucher haben eine besondere Zuteilung an Rauchwaren für Weihnachten vermisst. Alles in allem hat gerade die Weihnachts-Sonderzuteilung bei vielen Volksgenossen manche drückenden Alltagsorgen vergessen lassen.

Noch zu Nr. 336

bringen, um die spanische Integrität zu sichern. – 4. Die 4. Reichskleiderkarte war für die Zeit vom 1. 1. 1943 – 30. 6. 1944 vorgesehen; am 30. November 1942 und 8. Februar wurden über ihre Wirkung noch besondere Meldungen vorgelegt, die das auch aus anderen Berichten sich ergebende Bild von Mängeln in der Textilversorgung und daraus resultierender Unzufriedenheit verstärken. – 5. Die Zuteilung betrug in Essen z.B. 50 g Bohnenkaffee und 0,7 l Spirituosen für Erwachsene, 200 g Fleisch, 125 g Butter, 500 g Weizenmehl, 250 g Zucker, 125 g Hülsenfrüchte, 62,3 g Käse, sowie 125 g (für Kinder 250 g) Süsswaren (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 17. bis 18.11.1942**

1. Die Berichterstattung über Französisch-Nordafrika wird von einem grossen Teil der Volksgenossen als nicht übersichtlich genug empfunden.<sup>6</sup> Es sei daraus nicht zu entnehmen, ob die Franzosen in Nordafrika eigentlich noch Widerstand leisteten oder nicht. Das Ausbleiben führte zu einer Kritik der Nachrichtengebung über Nordafrika. Diese sei durch die Meldungen über die Erfolge unserer Kampfflieger und U-Boote nur abgemildert. Vielfach werde wieder gehofft, dass es gelingen würde, den feindlichen Nachschub zu unterbinden und dadurch das Unternehmen der Amerikaner zu zerschlagen. Die Berichterstattung darüber sehe man jedoch als zu optimistisch an, wenn in den Berichten von einem «Aufräumen durch unsere U-Boote und Kampfflieger» oder von «furchtbaren Schlägen» gesprochen werde.

Die Meldung von der Landung deutscher und italienischer Streitkräfte in Tunesien habe eine beruhigende Wirkung ausgeübt, weil man von ihr eine Besserung der Lage Rommels erwarte. Die Berichte über einen Stimmungsrückschlag in den USA und in England, wie überhaupt Nachrichten über innerpolitische amerikanische Verhältnisse, begegnen einer starken Zurückhaltung<sup>7</sup>, und es werden Tatsachenmeldungen von den Kriegsschauplätzen bevorzugt. Die Meldung, dass Darlan<sup>8</sup> nun doch ein Verräter sei, habe die Volksgenossen durchweg nicht überrascht. Man habe alle Meldungen von Anfang an mit Vorbehalt aufgenommen und stelle gleichsam mit Genugtuung fest, dass man «das richtige Gefühl gehabt» habe. Die Meldung habe endlich Klärung in die bisherigen widersprechenden Meldungen gebracht. Häufig wird der Nachrichtengebung zur Last gelegt, dass sie erst davon sprach, dass die mit Darlan gezeichneten Befehle Fälschungen der Engländer seien, und nun «damit herausrücken» müsse, dass Amerikaner und Engländer Darlan doch auf ihre Seite gezogen hätten.

2. Die Nachrichten von den Kämpfen unseres Afrikakorps werden nicht ohne Besorgnis verfolgt. Die Volksgenossen gewöhnten sich nur schwer an die Formulierung «planmässige Räumung» oder «erfolgreiches Absetzen», und es werde nach wie vor darüber geäussert, dass sie an die briti-

Noch zu Nr. 336

Verbrauchsgüter 1939-1930. 1956. S. 457). – 6. Die deutsche Presse war angewiesen worden, bei der Behandlung der Ereignisse in Nordafrika mit «grösster Behutsamkeit» vorzugehen (Tagesparole des Reichspressechefs vom 14. 11., Vertrauliche Informationen Nr. 294/42). – 7. Anweisungen zur bevorzugten Behandlung solcher Themen liegen aus der fraglichen Zeit nicht vor. –

8. Über Darlan oben Nr. 277 Anm. 6. –

sehe Nachrichtengebung erinnerten. Dass anlässlich der Räumung von Tobruk diese Stadt als nicht mehr so bedeutend für uns bezeichnet wurde, habe die Volksgenossen oft zu kritischen Äusserungen über unsere Nachrichtengebung geführt, wenn auch anerkannt wurde, dass die Meldung nicht «versteckt» gebracht wurde. Trotz aller Versuche, die Ereignisse in der Darstellung nicht so stark wirken zu lassen, seien die Volksgenossen von dem Tempo der Räumung sehr beeindruckt und bereits geneigt zu fragen, wie Rommels seinerzeitige Erklärungen in Berlin vor der Presse<sup>9</sup> mit der neuen Entwicklung zusammenstimmten.

3. Durch die in den letzten Tagen immer häufiger werdende Herausstellung der «eisernen Ruhe und gefassten Haltung» des italienischen Volkes seien vielfach die Volksgenossen unsicher geworden und äusserten Befürchtungen, dass in Italien nicht alles in Ordnung sein könne. Man könne es sonst nicht verstehen, dass gerade angesichts einer Kriegssituation, in die wir nach Ansicht eines grossen Teiles der Bevölkerung vor allem durch das militärische Versagen des italienischen Bundesgenossen geraten seien, die Italiener in einer Art herausgehoben würden, die in keinem Verhältnis zu ihren Waffentaten stehe. Vielfach werde die Besorgnis laut, dass sich die Briten und Amerikaner für ihre als «zweite Front» empfundene Aktion den schwächsten Punkt der Achse ausgesucht hätten und Italien vielleicht dem Druck nicht werde standhalten können. Man könne wahrnehmen, dass viele Volksgenossen nicht bereit seien, die Amerikaner für die militärischen Dilettanten zu halten, als die sie bisher mehrfach bezeichnet wurden.

Nr. 338 vom 26. November 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Ereignisse im Mittelmeerraum stehen noch immer im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Nachdem ein weiterer Rückzug der deutsch-italienischen Panzerarmee nicht gemeldet wurde, besteht vielfach die Hoffnung, dass Generalfeldmarschall Rommel die für eine Verteidigung offenbar günstige Position bei El Agheila werde ausnützen können. Die Mehrzahl der Volksgenossen vermag die Vorgänge im Mittelmeerraum immer noch nicht klar zu übersehen und beurteilt daher die derzeitige Kriegslage mit einem Gefühl des Unbehagens. Bei vielen herrscht eine gewisse Gedrücktheit und Besorgnis, da sie mit den Vorgängen «nicht

<sup>9</sup> Noch zu Nr. 336

9. Rommel hatte am 3. Oktober angekündigt, er werde Ägypten erobern.

mehr ganz fertig» werden und eine unbestimmte Gefahr fürchten, sie aber nicht richtig zu erfassen vermögen.

Die Kriegslage an der Ostfront, die gegenüber den Ereignissen in Afrika zurückgetreten war, wird wieder allgemein interessiert verfolgt und besprochen.<sup>1</sup> Auch hier wollen viele Volksgenossen die Feststellung gemacht haben, dass sich die Lage verschlechtert habe. Vor allem die Meldung über den Einbruch der Russen in die Verteidigungsfront im Donbogen und südwestlich Stalingrad hat vielfach alarmierend gewirkt, da gerade in diesem Frontabschnitt eine ruhige Weiterentwicklung erwartet worden war und ferner ein massierter russischer Einsatz in diesem Ausmass nicht mehr für möglich gehalten wurde. Der starke Einsatz russischer Panzer, wie er aus den Abschusszahlen zu entnehmen war, hat vielfach die Vermutung über «offenbar unerschöpfliche feindliche Reserven» wieder belebt. Viele Volksgenossen stehen unter dem Eindruck, dass die russische Offensive und die britisch-amerikanische Offensive in Afrika als gleichzeitige Aktionen anzusehen seien und einen Teil eines «gigantischen Planes zur Niederwerfung der Achsenmächte» bildeten. In diesem Gedanken sieht man die Lage gegenwärtig als sehr schwierig an, insbesondere, weil die Gleichzeitigkeit der Aktionen als «Zwei-Fronten-Krieg» zu werten sei. Viele Angehörige sind über das Schicksal der im Raum von Stalingrad kämpfenden Truppen in Besorgnis und fürchten teilweise sogar, dass unsere Truppen bei Stalingrad eingekesselt werden könnten.<sup>2</sup> Diese Befürchtungen konnten durch die Mitteilung vom Einsatz eines neuen Flammenwerferpanzers und eines neuen Maschinengewehrs mit 3'000 Schuss pro Minute nicht völlig beseitigt werden, obwohl man sich allgemein freut, dass mit Hilfe dieser Waffen unseren Feinden nach dem Führerwort «Hören und Sehen vergehen werde».<sup>3</sup>

Wie bereits in den «Meldungen aus dem Reich» Nr. 337 berichtet, beunruhigen gegenwärtig viele Gerüchte die Bevölkerung.<sup>4</sup> In den verschiedensten Gegenden des Reiches werden ausser den bereits gemeldeten noch folgende Gerüchte verbreitet:

1. Der Luftangriff auf Stuttgart vom 22. 11. 1942 habe dem Führer oder dem Reichsmarschall gegolten, welche mit ihren Sonderzügen z. Z.

Zu Nr. 338

1. Am 10. November hatte die grosse russische Offensive begonnen und gleich am ersten Tag die Front der 3. rumänischen Armee durchbrochen. – 2. Das war bereits geschehen: am 23. November hatten die nördlich und südlich von Stalingrad angetretenen russischen Armeen sich bei Kalatsch vereinigt und damit die deutsche 6. Armee und Teile der 4. Armee eingeschlossen; Hitler hatte ihnen am 22. befohlen, sich einzuriegeln und Ersatz von aussen abzuwarten. Der Wehrmachtbericht hatte sich zunächst darauf beschränkt, von schweren Abwehrkämpfen zu sprechen, am 24. November aber einen Einbruch «in die Verteidigungsfront am Don» zugegeben. – 3. Hitlers Bemerkung in der Rede vom 8. November, die deutschen Ingenieure und Forscher hätten nicht geschlafen, hatte erneut «ein grosses Rätselraten» um die neuen Waffen hervorgerufen (Meldungen vom 9. November). – 4. Über innenpolitische Spannungen in Italien (oben Nr. 334 Anm. 5),



des Angriffs den Stuttgarter Hauptbahnhof passieren sollten. Nach einer Version habe der Sonderzug noch rechtzeitig in Geislingen an der Steige zurückgehalten werden können, nach einer anderen Version habe der Sonderzug Stuttgart bereits zwei Stunden vor dem Alarm wieder verlassen (Stuttgart, Augsburg).

2. Der Führer sei durch Frankreich gefahren, um Pétain zu überreden, gegen England und USA den Krieg zu erklären.

3. Laval sei in München beim Führer gewesen und habe die Mobilisierung der gesamten französischen Armee nach Abschluss eines Militärpaktes mit Deutschland angeboten.<sup>5</sup> Der Führer habe im Bewusstsein der eigenen Stärke zunächst abgelehnt.

4. Reichsführer-SS halte sich in der Schweiz auf, weil er Differenzen mit dem Führer gehabt habe. Sein Flugzeug sei abgestürzt, wobei der Pilot getötet, er selbst aber mit dem Leben davongekommen sei (Königsberg).

5. Reichsführer-SS sei durch einen Splitter in die Lunge verletzt. Bei einem Attentatsversuch auf den Führer habe er sich schützend vor ihn gestellt (Königsberg).

6. General Franco habe seine Truppen gegen Deutschland mobilisiert und die spanisch-französische Grenze besetzt, um einem Durchmarsch der deutschen Truppen durch Spanien entgegenzutreten zu können.

7. Rommel sei mit 10'000 Mann seines Afrikakorps in britische Gefangenschaft geraten.

8. Rommel habe eigenhändig eine Anzahl italienischer Offiziere erschossen, die im Besitze verräterischer Papiere gewesen seien. Marschall Balbo sei früher ebenfalls in Verhandlungen mit den Engländern gestanden und habe die Absicht gehabt, «König von Libyen» zu werden. Dabei sei er mit voller Absicht von deutschen Fliegern abgeschossen worden.<sup>6</sup>

9. Weihnachten 1942 sollen keine Weihnachtsbäume an die Allgemeinheit verkauft werden: lediglich Familien mit 2 oder mehr Kindern sollen einen Weihnachtsbaum erhalten.

10. Die Kaninchenhalter, welche bei der allgemeinen Viehzählung am 3. 12. 1942 Kaninchen haben, sollen bei der Weihnachtssonderzuteilung ausgeschlossen werden, bzw. kein Fleisch erhalten.

Im Hinblick auf das näherrückende Weihnachtsfest beginnen manche täglichen Sorgen, welche infolge der besseren Versorgungslage und den angekündigten Weihnachtssonderzuteilungen nicht mehr so stark in Er-

Noch zu Nr. 338

Friedensverhandlungen zwischen Molotow und Ribbentrop in der Türkei, die Entwicklung eines neuen Flugzeugtyps mit einer Geschwindigkeit von über 1'000 Stundenkilometern. – 5. Am 10. November hatte Hitler den französischen Ministerpräsidenten in Anwesenheit des italienischen Ausenministers empfangen, um ihm die deutschen Massnahmen gegen die Landung in Nordafrika mitzuteilen. – 6. Er war im Juni 1940 über Tobruk abgestürzt.

scheinung getreten waren, wieder einen breiteren Raum, besonders bei den Frauen, einzunehmen. Hierbei wird vielfach über eine besonders starke Warenverknappung geklagt, die es unmöglich mache, seinen Angehörigen zu Weihnachten eine kleine Freude zu bereiten. Viele kleinere Geschenkartikel, aber auch praktische Kleinigkeiten des täglichen Gebrauchs (Toilettenartikel, Rasierklingen, Briefpapier, Lederwaren, Geschirr u. dgl.) seien fast kaum oder nur mittels sogenannter «Beziehungen» erhältlich. Andererseits hat die Warenverknappung vielfach zu einer gewissen «Kaufwut» geführt, wobei viele Frauen einfach alle greifbaren Waren kaufen, ganz gleich, ob sie dafür Verwendung haben oder nicht. Dabei lassen sie sich davon leiten, dass es auf dem Gebiet der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfes immer schlechter werde und im nächsten Jahr noch weniger Kaufmöglichkeiten bestünden.

Nr. 344 vom 17. Dezember 1942 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Lage an der Ostfront wird nach den übereinstimmend aus allen Teilen des Reiches hier vorliegenden Meldungen von der Bevölkerung nach wie vor ernst, insgesamt jedoch ruhig beurteilt, nachdem bisher die russische Offensive aufgehalten und grössere Gegenstösse unternommen wurden. Auch der Erfolg der Kesselschlacht im Raum von Toropez hat wesentlich zur Beruhigung beigetragen.<sup>1</sup> Lediglich hinsichtlich der im Raum von Stalingrad kämpfenden Truppen besteht nach wie vor grosse Besorgnis, um so mehr, als Stalingrad in den letzten Wehrmachtberichten nicht mehr genannt wurde.<sup>2</sup> Gerüchtweise wird in zahlreichen Teilen des Reiches erzählt, dass die im Raum von Stalingrad stehenden deutschen Truppen mit etwa 80'000 bis 100'000 Soldaten völlig eingeschlossen seien<sup>3</sup>, wodurch die Befürchtung, Stalingrad könne dadurch doch zu einem «zweiten Verdun» werden, erneut aufgetaucht ist. Zuversichtlich und beruhigend wirken aber die in der Bevölkerung verbreiteten Erzählungen von Fronturlaubern, dass der Feind vorwiegend ganz junge unausgebildete oder alte Männer einsetze und dass auch die Qualität seiner Waffen bedeutend

#### Zu Nr. 344

1. Dort war die seit dem 24. November gegen die Heeresgruppe Mitte gerichtete russische Offensive zunächst abgeschlagen worden. – 2. Am 12. Dezember hatte die Armeegruppe Hoth einen Angriff zur Befreiung der 6. Armee begonnen, der jedoch durch neue russische Angriffe erheblich gestört wurde; an den Fronten des Kessels selbst fanden im Dezember nur geringere Kampfhandlungen statt. – 3. Die genaue Zahl steht heute noch nicht fest, es dürften rund 250'000 Mann gewesen sein (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 183).

schlechter geworden sei. Vereinzelt wirken sich jedoch auch Erzählungen von Fronturlaubern nachteilig aus, die ungünstigere Nachrichten von der Ostfront verbreiten und verallgemeinern, während es sich in Wirklichkeit nur um einen begrenzten Raum handelt.

Der anhaltend starke Einsatz der Russen an Menschen und Material, der besonders aus den gemeldeten hohen Panzerabschussziffern sichtbar wird, hat in der Bevölkerung andererseits die Ansicht weiter verstärkt, dass Sowjetrussland noch immer unerschöpfliche Reserven habe, die ausserdem durch zusätzliche Materiallieferungen aus den USA verstärkt würden. Aus diesem Grunde glaubt man vielfach nicht, dass Sowjetrussland bald am Ende seiner militärischen Kraft angelangt sei, um so mehr, als sich die Meinung durchsetzt, dass die russische Kriegsproduktion der Uralindustrie auf «hohen Touren» laufe.

Die militärische Lage in Nordafrika wird nach den in letzter Zeit erfolgten konkreten Angaben in den Wehrmachtberichten von der Bevölkerung aufmerksam verfolgt, wenn auch die Volksgenossen vielfach sich noch kein genaueres Bild machen können.<sup>4</sup> Die Lage auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz wird daher abwartend, jedoch zuversichtlich betrachtet. Mehr und mehr beginnt sich die Meinung durchzusetzen, dass unsere Truppen im Raum von Tunis und Bizerta einen starken Brückenkopf gebildet haben, der für die Stellung der Achsenstreitkräfte auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz von entscheidender Bedeutung sei, insbesondere weil hierdurch die Beherrschung des Mittelmeeres an der schmalsten Stelle zwischen Sizilien und Nordafrika möglich sei. Mit Spannung wartet man auch allgemein darauf, dass der Name des Generalfeldmarschalls Rommel wieder einmal genannt werde, um dadurch die um die angebliche Krankheit oder Gefangennahme Rommels umlaufenden Gerüchte, die die Bevölkerung beunruhigen, bestätigt oder widerlegt zu sehen.

Die Antwort des Marschalls Pétain auf den Brief des Führers wurde allgemein als «reichlich spät und nichtssagend», teilweise auch als «anmassend» bezeichnet.<sup>5</sup> Pétain habe mit seiner späten und unhöflichen Antwort kein Verständnis für die deutsche Haltung gezeigt und kein Zeichen von Freundlichkeit erkennen lassen. Viele Volksgenossen glauben daher, dass jeder Grossmut gegenüber Frankreich unangebracht sei und Frankreich keine Rücksichtnahme verdiene. Im Übrigen hat das ohnehin

Noch zu Nr. 344

4. Ein neuer englischer Angriff am 11./12. Dezember hatte Rommel zum weiteren Rückzug in die Buerat-Stellung am Westrand der Grossen Syrte gezwungen. – 5. Auf Hitlers Erklärungen anlässlich des Einmarsches in das unbesetzte Frankreich hatte der französische Staatschef am 5. Dezember geantwortet; zu dem Angebot Hitlers für eine deutsch-französische Zusammenarbeit war darin nur bemerkt, die französische Regierung werde in aller Loyalität eine Politik verfolgen, die es ihr gestatte, die Zukunft ihres Landes in einem organisierten Europa zu sichern.

schon geringe Ansehen des Marschalls Pétain bei der deutschen Bevölkerung hierdurch weiter gelitten.

Der bereits berichtete Mangel an Waren aller Art hat sich mit dem näherrückenden Weihnachtsfest noch verstärkt und in der Bevölkerung teilweise zu Unverständnis, teilweise zu Kritik geführt. Einerseits glauben viele Volksgenossen, dass sich dadurch die schwierige Lage offenbare, in der sich Deutschland z.Z. befinde, da die Fabrikation wichtiger Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfes ausserordentlich eingeschränkt sei, andererseits, dass die Verteilung der Waren durch Geschäftsleute und Verkaufspersonal nicht gerecht und gleichmässig erfolge. In den Geschäften ereignen sich zum Teil infolge grossen Andranges des Käuferpublikums unliebsame Szenen und Auseinandersetzungen zwischen Verkäufer und Käufer. Die z. Z. zur Ausgabe gelangenden Sonderzuteilungen für Weihnachten lösen dagegen weiterhin bei der Bevölkerung Freude aus und tragen zur Festigung des Vertrauens in die deutsche Ernährungslage bei. Der Umstand, dass die Bevölkerung gegenwärtig darauf bedacht ist, ihre Sonderzuteilung an Lebensmitteln noch vor Weihnachten einzukaufen, hat jedoch teilweise zu einer Warenverknappung und zu einem starken Andrang in Lebensmittelgeschäften geführt, da die Verkaufsstellen noch nicht alle genügend Vorräte besitzen, um sämtlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Besonders aus Kleinstädten wird berichtet, dass die Einzelhändler nicht genügend Vorräte auf Lager haben, wodurch die Freude an den Weihnachtssonderzuteilungen bei vielen Volksgenossen abgeschwächt werde.

Zusammenfassend besagen die vorliegenden Meldungen, dass die Bevölkerung im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest den politischen und militärischen Ereignissen z. Z. weniger Interesse entgegenbringt und eine gewisse Gleichgültigkeit offenbare. Die lange Kriegsdauer mit ihrer zunehmenden Belastung, die in der Bevölkerung vielfach aufgekommene Angst vor der erst «1943 voll anlaufender, amerikanischen Kriegsmaschine» und die gegenwärtig stark in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten auf dem Warenmarkt, insbesondere die «Leere in den Geschäften» liessen die sonst übliche weihnachtliche Stimmung bisher nicht im gleichen Masse wie in den Vorjahren aufkommen.

Nr. 346 vom 29. Dezember 1942 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Nach den aus allen Teilen des Reiches übereinstimmend vorliegenden Meldungen wurden allgemein die Festtage in ernster und zuversichtlicher Haltung begangen. Man benutzte sie sowohl zur Erholung und Entspannung als auch zur Besinnung im Kreise der Familie, wobei die enge Verbindung mit den im Felde stehenden Angehörigen überall zum Ausdruck kam. Grosse Freude bereitete der Umstand, dass verhältnismässig viele Urlauber, zum Teil unerwartet, die Feiertage im Kreise ihrer Familie verbringen konnten.

Soweit Erörterungen zur politisch-militärischen Lage gemeldet wurden, galten diese mehr den grundsätzlichen Fragen nach der Dauer des Krieges und der Schwere der noch zu bringenden Opfer. Vielfach wurden auch Vergleiche mit der Situation zu Weihnachten 1917 und dem vorjährigen Weihnachtsfest angestellt, wobei allgemein die Überzeugung zum Ausdruck kam, dass die heutige Lage zumindest in versorgungsmässiger Hinsicht weitaus günstiger sei.

Die Rundfunkansprache von Reichsminister Dr. Goebbels zum Weihnachtsabend hat allgemein angesprochen.<sup>1</sup> Die vorliegenden Meldungen besagen einheitlich, dass der Minister den richtigen Ton getroffen und zu Herzen gehend geredet habe.

Besonders günstig hat sich vor und während der diesjährigen Weihnachtsfeiertage die derzeitige Ernährungslage auf die Bevölkerung ausgewirkt, die durch die Weihnachtssonderzuteilungen, vor allem aber durch deren im Allgemeinen reibungslos verlaufene Anlieferung zu den Festtagen noch einmal jedem spürbar wurde. Die Weihnachtssonderzuteilungen hatten den meisten Familien Gelegenheit gegeben, während der Weihnachtstage besonders gute und ausreichende Mahlzeiten einzunehmen, um so mehr als auch die von vielen Hausfrauen für das Fest aufgesparten Fleischmarken anstandslos beliefert worden sind. Auch die durch die Sonderzuteilungen ermöglichte Herstellung von Weihnachtsgebäck hat überall zur Vergrösserung der allgemeinen Zufriedenheit und zu einer entsprechenden Weihnachtsstimmung beigetragen. Die «weihnachtliche Fürsorge» der Führungsstellen und das sichtbare Bemühen, für das Weihnachtsfest alles nur Mögliche bereitzustellen, wurde allgemein dankbar anerkannt und oft mit rührenden Worten besprochen.

Zu Nr. 346

1. In seiner gefühlsbetonten Rede hatte Goebbels vor allem an die Frauen appelliert. –

Die zahlreichen in der Heimat eingetroffenen Urlauber mussten überall ausführlich über ihre Erlebnisse und ihre Ansichten über die militärische Lage, vor allem an der Ostfront berichten. Während aus vielen Urlauberezählungen der Eindruck entstand, dass die Sowjets bald am Ende ihrer militärischen Kraft sein müssten, da sie schon allenthalben in grossen Aufgeboten Kinder, Greise und Frauen an der Front einsetzten und jetzt ihre «letzten verzweifelten Anstrengungen» machen würden, berichteten andere Urlauber, dass die Russen mit ungeheuren Mengen von Kriegsmaterial, z.T. amerikanischer Herkunft angriffen. Eine gewisse Beruhigung hat die Erwähnung von harten Kämpfen bei Welikije Luki im Wehrmachtbericht hervorgerufen, da man diesen Ort weit hinter der Frontlinie glaubte und daraus schliesst, dass die Sowjets in diesem Teil der Front Erfolge errungen haben.<sup>2</sup> Auch die Gerüchte um die bei Stalingrad eingeschlossenen deutschen Divisionen haben sich weiter verstärkt und teilweise nun doch zu ernstern Besorgnissen geführt.<sup>3</sup> Ausserordentlich gut und beruhigend wirkten allgemein Urlauberezählungen von der diesjährigen reichlichen und guten Winterausrüstung unserer Truppen.

Aufsehen hat die Nachricht von der Ermordung des Admirals Darlan hervorgerufen.<sup>4</sup> Die Volksgenossen betonten in ihren Gesprächen mit Genugtuung, dass diesen Verräter sein Schicksal ereilt habe. Vielfach hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass England an der Ausschaltung dieses Mannes interessiert gewesen sei und den Mord veranlasst habe. Andererseits glaubt man aber auch, dass durch die Beseitigung Darlans der unmittelbare Konfliktstoff zwischen England und den USA ausgeschaltet worden sei, was sich auf die weitere Kriegführung in Nordafrika auswirken müsse. Mehr noch als an dem Fall Darlan und der Frage seiner Nachfolgerschaft besteht bei der Bevölkerung Interesse an dem Verlauf der Front in Tunesien und den Aussichten für die Verteidigung dieses Brückenkopfes, den man nach wie vor als ausschlaggebend für die Position der Achsenstreitkräfte in Afrika ansieht.

Noch zu Nr. 346

2. Welikije Luki, an der Nahtstelle der Heeresgruppen Nord und Mitte, war von durchgebrochenen russischen Verbänden eingeschlossen und durfte auf Befehl Hitlers nicht aufgegeben werden. – 3. Die Gerüchte von der Einschliessung der 6. Armee hatten sich inzwischen durch Briefe von Stalingradkämpfern zur Gewissheit verdichtet (Meldungen vom 21. Dezember), während der Wehrmachtbericht sie nicht zugab und erst am 16. Januar erkennen liess, indem er davon sprach, die deutschen Truppen stünden dort «seit Wochen in heldenmütigem Abwehrkampf gegen den von allen Seiten angreifenden Feind». Vgl. hierzu Murawski, Der deutsche Wehrmachtbericht 1939-1945 2. Aufl. 1962. S. 120 f., 744 ff. (Schriften des Bundesarchivs 9). – 4. Darlan war am 24. Dezember von einem Gaullisten ermordet worden.

Nr. 349 vom 11. Januar 1943 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Während die Winterkämpfe im Osten zunächst nur Besorgnisse um das persönliche Schicksal der beteiligten Soldaten auslösten, wurde im allgemeinen trotz der gemeldeten Abwehrkämpfe die gesamte Kampfplage im Osten mit ruhiger Sicherheit betrachtet. Die vorliegenden Meldungen besagen jedoch nunmehr, dass die anhaltenden schweren Abwehrkämpfe zu einer zunehmenden Beunruhigung geführt haben.<sup>1</sup> Die anfängliche Sicherheit, dass unsere Soldaten im Osten dank der diesjährigen guten Winterausrüstung, gut ausgebauten Winterstellungen und nicht zuletzt wegen des bisher relativ milden Winterwetters den erwarteten Winterangriffen gerüsteter gegenüber treten werden als im vorigen Jahr, wird mehr und mehr überschattet durch die aus den Meldungen zur Kriegslage erkennbare russische Angriffswucht an der gesamten Ostfront. Die Auswirkungen dieser Nachrichten werden noch verstärkt durch zahlreiche Gerüchte über Einschliessungen starker deutscher Kräfte an verschiedenen Abschnitten der Front, die vereinzelt auch in Feldpostbriefen eine gewisse Bestätigung finden, ferner durch Gerüchte über den angeblich gelungenen Einbruch verschiedener Stosskeile der Russen in die deutsche Abwehrfront.<sup>2</sup> Alle Gerüchte und Erzählungen dieser Art finden deshalb eine besonders willige Verbreitung und Aufnahme, weil man in ihnen die näheren Einzelheiten für die in den Wehrmachtberichten oder PK-Berichten enthaltenen «Andeutungen» sieht.<sup>3</sup> Mit besonderer Sorgfalt werden aber auch alle amtlichen Berichte gelesen, insbesondere soweit diese Ortsangaben enthalten.

So schwer und vielfach auch ernst die Belastungsprobe auch dieses Winters für die Ostfront meist beurteilt wird, so wenig bestehen irgendwelche Befürchtungen über einen Zusammenbruch unserer Ostfront. Die Entwicklung der Kampfplage im Osten wird aber deshalb von vielen Volksgenossen als beunruhigend empfunden, weil sie glauben, dass die ausserordentliche Belastung der Ostfront bald beseitigt werden müsse, um im Westen einen grösseren Aufmarsch durchführen zu können. Sehr häufig

Zu Nr. 349

1. Als Schwerpunkte der Kämpfe ergaben sich aus den Wehrmachtberichten von Anfang Januar neben Stalingrad und dem «Dongebiet» Welikije Luki, der Raum südlich des Ilmensees, die «Kandalakschafront» und der Kaukasus. – 2. Ende Dezember war nicht nur der Entlastungsangriff in Richtung Stalingrad gescheitert, sondern die deutsche Heeresgruppe am Don sah sich selbst von der Gefahr der Einschliessung bei Rostow bedroht; Hitler hatte sich ausserdem entschliessen müssen, die Heeresgruppe A aus dem Kaukasus zurückzunehmen (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 191, 202). – 3. Zu diesen Andeutungen gehörte etwa, dass im Allgemeinen gemeldet wurde, die erbitterten feindlichen Angriffe seien gescheitert, abgewehrt worden usw., während gelegentlich nur festgestellt wurde: «An verschiedenen Abschnitten der

findet man die Ansicht, dass, während wir im Osten unser Material und unsere Menschen einsetzen müssen, die Engländer und Amerikaner Zeit hätten, in aller Ruhe ihre Truppen auszubilden und ihr Material anzuhäufen, um sie dann frisch in den Entscheidungskampf zu werfen. Dies sei, auch wenn die amerikanische Produktion nicht überschätzt würde, eine für die Kriegsentscheidung wichtige Tatsache, weshalb man hofft, im Osten bald zu einem Abschluss zu kommen. Diese Wünsche und Hoffnungen sind es, die viele Volksgenossen durch die Meldungen von den anhaltenden Abwehrkämpfen und die Gerüchte über die Kampfentwicklung im Osten enttäuscht sehen. Dies ist auch der Grund, warum alle Meldungen über die tatsächlich noch vorhandene russische Produktionskraft und die russischen Menschenreserven so eingehend besprochen werden.

Die wirklichen Entscheidungen dieses Krieges, vor allem aber den endgültigen Sieg sehen viele Volksgenossen heute daher nicht mehr im Gewinn oder Verlust einzelner Schlachten, sondern in der langfristigen Entwicklung der Kriegseignisse auf den Hauptkriegsschauplätzen. Während daher vielfach den Meldungen über einzelne Gefechte, Schlachten oder sonstigen Kriegseignissen gegenüber eine gewisse Gleichgültigkeit zu beobachten ist, sucht die Bevölkerung andererseits nach allen Unterlagen und Angaben, die einen Überblick über den Gesamtverlauf der Front und den Stand der Kämpfe an den einzelnen Frontabschnitten geben, der es ihnen ermöglichen soll, sich ein wirkliches Gesamtbild zu machen. Es werden auch derzeit mehr und mehr in der Bevölkerung grundsätzliche Fragen der Kriegsführung erörtert. Parallel damit hat sich die Erkenntnis vertieft, dass die Dauer des Krieges nicht abzusehen ist, vor allem aber hat sich auch die Erkenntnis weitgehendst durchgesetzt, dass der Krieg unter allen Umständen vom deutschen Volk durchgestanden werden muss.

Auch die Entwicklung des Kampfes in Nordafrika wird von dieser grundsätzlichen Blickrichtung her gesehen.<sup>4</sup> Es interessiert auch in Nordafrika die Volksgenossen meist nicht der Gewinn oder der Verlust eines einzelnen Stützpunktes, wohl aber alle Meldungen, die geeignet sind, über Frontverlauf, Kampfkraft und Stärke des Gegners und der eigenen Truppe sich ins Bild zu setzen. Da hierüber kaum Mitteilungen erfolgen, vielfach gar nicht erfolgen können, besteht vielfach eine Ungewissheit und daraus wachsend oft auch eine erneute Besorgnis über die Entwicklung der Lage in Nordafrika. Man glaubt häufig wieder an eine «Ruhe vor dem Sturm» und daran, dass sich die Gegner Zeit lassen wollen, bis ihre materielle Überlegenheit so gross sei, dass diese zum Erfolge führe.

Noch zu Nr. 349

Front erlitten die Sowjets bei der Fortsetzung ihrer Angriffe hohe Verluste» (4. Januar) oder: «Die schweren Abwehrkämpfe im Dongebiet halten an» (5. Januar). – 4. Rommel bereitete dort den Rückzug aus Tripolitanien vor.



Auch bei den Meldungen über die Erfolge unserer U-Boote stehen heute nicht mehr die Erfolge im Einzelnen im Vordergrund, sondern die Stetigkeit dieser Erfolge und die Höhe der monatlichen Gesamtversenkungsziffern. Eine Ausnahme machte jedoch die letzte Sondermeldung über die Versenkung von 13 Tankern, da diese erstmalige Vernichtung einer ganzen Tankerflotte als grundsätzlich und sehr bedeutungsvoll für den Kriegsverlauf gewertet wurde. Diese Sondermeldung fand daher grosse Beachtung und hat erneut dankerfüllte Anerkennung für die «tapferen U-Boot-Männer» ausgelöst. Die Volksgenossen sind sich des Wertes gerade dieser Art Schiffe bewusst und sehen in diesem Erfolg den erneuten Beweis dafür, dass die Hoffnungen auf den kriegsentscheidenden Anteil, der dem Kampf der U-Boote gegen die feindliche Tonnage zukomme, berechtigt seien.

Im Westen des Reiches wirken sich die nunmehr wieder regelmässig erfolgenden Terrorangriffe der feindlichen Luftstreitkräfte stimmungsbelastend aus.<sup>5</sup> Die Luftangriffe, die besonders in den letzten Tagen auf verschiedene Städte erfolgten, lösten besonders in den davon betroffenen Stadtteilen erhebliche Bedrückung aus. Namentlich sind es die Frauen, bei denen sich wiederholt fast verzweifelte Stimmen über das Ausmass der Luftangriffe und der dadurch bedingten Zukunftsaussichten bemerkbar machten. Allgemein wird im Westen darüber geklagt, dass der Fliegeralarm zu spät gegeben werde und dass sofort nach dem ersten Sirensignal der Flakbeschuss einsetze und gleichzeitig die ersten Bomben fielen. Im Ruhrgebiet wird daher vielfach der Wunsch geäussert, dass die Alarmierung frühzeitiger erfolge, selbst auf die Gefahr hin, dass einmal blinder Alarm gegeben werde. Frauen weisen darauf hin, dass sie sonst nicht in der Lage seien, ihre Kinder anzuziehen und die notwendigsten Sachen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Besorgte Stimmen werden in den betroffenen Gebieten auch darüber laut, dass die Flaksicherung angeblich in letzter Zeit bedeutend vermindert worden sei. Vereinzelt behaupten die Volksgenossen, schon Post von den verlegten Flakseinheiten aus Mailand und Turin erhalten zu haben. Eisenbahnflak sei überhaupt nicht mehr zu beobachten. Andere Volksgenossen wiederum wollen wissen, dass die als Ersatz für die abgezogenen Batterien in Aussicht genommenen Einheiten im letzten Augenblick nach Frankreich verlegt worden seien. Solche und ähnliche Gerüchte sind Allgemeingut der Bevölkerung im Westen. Die Auswirkungen der Fliegerangriffe zeigten sich auch darin, dass in den frühen Abendstunden die Gaststätten stark geleert sind und

Noch zu Nr. 349

5. Mit der Beteiligung amerikanischer Luftstreitkräfte an den Angriffen begann Anfang 1943 eine neue Phase des Luftkriegs, bei der nicht nur die Masse der abgeworfenen Bomben nochmals vergrössert wurde, sondern auch neue Taktiken und Ausrüstungen die Wirksamkeit erhöhten (Dokumente deutscher Kriegsschäden. Bd. 1. 1958. S. 34 ff.).

ein starker Zustrom zu den Luftschutzbunkern einsetzt. Schon um 18 oder 19 Uhr sind die grossen Bunker in beträchtlichem Masse von Frauen und Kindern gefüllt, die dort einen etwaigen Fliegeralarm abwarten und erst gegen 21 oder 22 Uhr die Luftschutzräume wieder verlassen. Ferner wird in diesen Gebieten von der Bevölkerung darüber Klage geführt, dass die Bombengeschädigten trotz ihrer Ausweise nicht mehr die notwendigsten Dinge des Bedarfes erhalten könnten, so dass teilweise gefordert wird, dass die in den Geschäften weniger luftgefährdeter Gebiete vorhandenen Vorräte – wenigstens zum Teil – an die luftgefährdeten Städte im Westen des Reiches abgegeben werden sollen.

Nr. 351 vom 18. Januar 1943 (Auszug)

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 15. bis 18. Januar 1943**

Die Meldungen aus den verschiedensten Reichsteilen lassen durchweg erkennen, dass sich die Bevölkerung zurzeit nur mit wenigen Hauptfragen und Ereignissen beschäftigt, mit der weiteren Entwicklung des Krieges, mit der Lage an der Ostfront und in Nordafrika und mit dem Krieg zur See. Aus der Zeitung und aus dem Nachrichtendienst des Rundfunks werde nur das entnommen, was dazu dienen könne, sich über diese Fragen ein klareres Bild zu machen.

1. Über die politische Seite des Krieges, über die Ursachen und Urheber des Krieges, über Wesen und Handlungsweise unserer Feinde und über die hetzerische Führungsclique Englands und der USA sei in den zurückliegenden Jahren fast alles schon einmal gesagt worden. Was noch darüber geschrieben und gesprochen werde, empfinde der Grossteil der Volksgenossen als wenig neu und – im Vergleich mit den genannten Hauptfragen – als am Rande liegend. Aus dieser Einstellung heraus, dass alles Interesse auf die Brennpunkte militärischer Entscheidungen gerichtet ist, würden Aufsätze mehr oder weniger überschlagen wie «Skandal um Roosevelts Australienminister – ein Gangster deckt den anderen», «200 Prozent für Rüstungshyänen in Roosevelts Schieberparadies», «Roosevelt – Marionette eines Juden», «Machtgier der USA erneut bewiesen», oder «USA wollen erste Weltmacht werden».<sup>1</sup> Beispielsweise werde zu dem letzten Thema bestenfalls lakonisch geäussert «Wozu darüber herum-

Zu Nr. 351

1. Die Vertraulichen Informationen für die Presse hatten im Januar mehrfach die Behandlung amerikanischer Themen vorgeschrieben, z.B. anlässlich von Roosevelts Jahresbotschaft an

streiten? Wenn der Krieg entschieden ist, dann wird sich ja zeigen, wer die Weltherrschaft hat und wer nicht».

2. Ein wirkliches Mitgehen der Bevölkerung sei bei den Kommentaren zur Seekriegführung festzustellen. Ohne in Optimismus zu verfallen, folge man vollauf der in Presse und Rundfunk gegebenen und durch Stimmen der Feindseite unterstrichenen Darstellung, dass dem U-Boot-Krieg eine ausserordentliche, vielleicht entscheidende Bedeutung für die gesamte Kriegführung zukommt.<sup>2</sup>

Stark berührt fühle man sich durch den ernsten Ton und die Zurückhaltung, die Presse und Rundfunk allgemein dem Krieg gegenüber anwendeten. Immer wieder wird rückblickend kritisiert, dass unsere Berichterstattung in Bezug auf den Verlauf des Krieges und in der Bewertung unserer Erfolge lange Zeit hindurch so abgestimmt gewesen sei, als ob wir «den Sieg schon in der Tasche» hätten. Teile der Bevölkerung gewöhnten sich daher nur widerstrebend an eine Redeweise, die von jedem das Letzte fordere. Sie erinnere an Churchills Ankündigung von «Blut und Schweiß und Tränen»<sup>3</sup>, mit der die Engländer von vornherein in eine sture Haltung hineingebracht worden seien, die aber seinerzeit von uns ironisch überlegen abgehandelt worden sei. Es sei Zeit klarzumachen, und der Grossteil der Bevölkerung nehme es positiv auf, dass der Einzelne sich wieder persönlich mitverantwortlich fühle für den Ausgang des Krieges.

Verschiedentlich werden die Ausführungen von Dittmar (11. 1.) über «Die Ostfront an der Jahreswende» weiter besprochen, dass die Sowjets rücksichtslos alle Kräfte mobilisiert haben und dass auch bei uns entsprechende Einschränkungen erfolgen müssten.

Vor allem aber habe der Aufsatz von Reichsminister Dr. Goebbels «Der totale Krieg» beeindruckt, zumal in der Aufmachung der Wochenzeitung «Das Reich» mit der Zeichnung von Mjölfnir und der Schlagzeile «Totaler Krieg – kürzester Krieg».<sup>4</sup> Im Bereich von Frankfurt/Main wurde es begrüsst, dass das «Frankfurter Volksblatt» vom 16. 1. den Aufsatz übernahm. Der arbeitenden Bevölkerung, besonders den im Arbeits-

Noch zu Nr. 351

den Kongress und von «Enthüllungen» der Saturday Evening Post über einen Juden Rosenmann als «wirklichen Machthaber hinter Roosevelt», andererseits aber Zurückhaltung bei der Erörterung von Spannungen zwischen den Westmächten verlangt, damit keine falschen Hoffnungen geweckt würden. – 2. Die Presse war angehalten zu sorgen, «dass die pessimistischen Äusserungen der Feindseite insbesondere über U-Boote und Schiffsbaufragen nicht durch übertriebene Aufmachung und Kommentierungen zu falschen Schlüssen beim Leser führen» (Vertrauliche Informationen Nr. 17/43 vom 18. Januar). – 3. In seiner ersten Unterhausrede als Premierminister hatte Churchill am 13. Mai 1940, drei Tage nach dem Beginn der deutschen Offensive im Westen, gesagt: «Ich habe nichts zu bieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß» (Reden 1938-1940. 1946. S. 321). – 4. Das Reich Nr. 3 vom 17. Januar 1943. Die Schlagzeile lautete «Alle Kraft für den Sieg», der zitierte Satz stand unter der dreispaltigen Zeichnung; sie zeigte im Mittelpunkt einen vorstürmenden Mann in Zivil mit geballter Faust und hochgeschobenen Hemdsärmeln, unter ihm kleiner marschierend Soldaten (dabei ein Verwundeter), Rüstungsarbeiter, einen Bauern, Wehr-

einsatz stehenden Frauen sei es aus dem Herzen gesprochen, dass den schmarotzenden Nichtstuern, Leuten, die trotz Krieg keine ihrer Friedensgewohnheiten aufgeben wollen, «auf den Pelz gerückt» wird.<sup>5</sup> Es reiche aber wohl kaum, diese «Aussenseiter der Nation» mit Worten anzuprangern. Mit gut Zureden und mit Verachtung strafen sei nichts getan. Man hoffe, dass nunmehr durch die Führungsstellen Konsequenzen gezogen würden. Beispielsweise liessen sich die Vergnügungsreisenden kaum in der Form aus dem Verkehr entfernen, dass Soldaten und kriegsmässig fahrende Volksgenossen sie aus den Zügen werfen (z.B. Berlin, Stettin, Saarbrücken, Frankfurt/Main, Stuttgart, Weimar, Schwerin).

4. Über Nordafrika machte sich jeder, da die «spärlichen» militärischen Meldungen keine Übersicht vermittelten, selbst sein besorgtes und im grossen Durchschnitt wenig zuversichtliches Bild. Der Name des Mannes, von dem trotz des Rückschlages ein starkes Vertrauen ausgehen würde, wenn man fest wüsste, dass er noch da ist, werde nicht mehr genannt.<sup>6</sup> Nur vereinzelt wurde ein Pressebericht («Der Feind stand vor den Toren von Tunis», 14. 1.) stärker beachtet, der das Wettrennen um Tunis eindrucksvoll geschildert habe und das bestätige, was man sich inzwischen habe denken können: dass wir nämlich nicht Tunesien besetzt halten, sondern lediglich einen Brückenkopf mit Tunis und Biserta.<sup>7</sup>

5. Am stärksten verselbständige sich die Meinungsbildung über die Lage an der Ostfront. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung begnüge sich noch mit den Meldungen der Presse und des Rundfunks und folge noch den gegebenen Darstellungen. Dabei hat stellenweise der PK-Bericht von Oswald Zenkner über die heldenhaften Abwehrkämpfe im Raum von Stalingrad grössere Beachtung gefunden. Ebenso der Aufsatz von General der Artillerie Paul Hasse: «Winterkrieg im Vorjahr und heute» (z.B. «Mitteldeutsche Nationalzeitung» vom 13. x. und «Stuttgarter NS-Kurier» vom 13. 1.), der offen über die Schwächen unserer Abwehrstellung gesprochen habe, aus dem sich ergeben habe, dass Einbrüche in grosse Leerräume erfolgt sind, der aber in aller Sachlichkeit das ruhige Gefühl vermittelt habe, dass die Kampfplage absolut beherrscht wird. Auch der von Oberstleutnant Soldan im «VB»<sup>8</sup> gegebene Überblick «Der Feldzug im Osten», der die Leistungen auf beiden Seiten nüchtern gegeneinanderstelle, zwingt an sich in der grösseren Übersicht zu einer ruhigen Beurteilung der Lage.

Noch zu Nr. 351

machthelferinnen. – 5. Goebbels hatte wiederum schärfste Massnahmen gegen «Faulenzer und Parasiten» angekündigt. Seine These war: «Der Feind will uns total vernichten. So lasst uns also total Krieg führen, um total zu siegen.» – 6. Entgegen allen Gerüchten, die wohl damit zusammenhängen, dass er sich bei Beginn der englischen Offensive im Oktober in einem Sanatorium aufgehalten, aber sofort sein Kommando wieder übernommen hatte, war Rommel weiterhin in Nordafrika. – 7. Das traf nicht zu, die deutsch-italienischen Truppen standen vielmehr zunächst auf einer Linie, die im Norden etwa 60 km westlich Biserta am Mittelmeer begann und über Fonduk, Faid bis in den Raum von Gafsa über 300 km südlich davon reichte. – 8. Völkischer Beobachter. –

Allgemein wird anerkannt, dass die Berichterstattung der Presse und des Rundfunks diesmal die Härte der Kämpfe zum Ausdruck bringe. Sie gebe jedoch keine klaren Aufschlüsse über die militärische Situation. In den Meldungen sei sicher nichts enthalten, was nicht stimmt, aber es werde auch nicht alles gesagt. In zunehmendem Masse werden Vergleiche mit dem Vorjahr angestellt. Wie es wirklich aussieht, werde man wohl wiederum erst dann erfahren, wenn alles mehr oder weniger glücklich vorüber sei. Die Unklarheit der Meldungen und die «indirekte» Bekanntgabe ungünstiger Entwicklungen erziehe beinahe dazu, ständig zwischen den Zeilen zu lesen. Dass Stalingrad abgeschnitten ist, habe man aus der Presse dadurch erfahren, dass die deutschen Truppen dort «von allen Seiten angegriffen» werden, und dass die Lage ernst ist, ergebe sich aus dem Sprachgebrauch, dann das Heldentum unserer Soldaten besonders herauszustellen. Während «direkt» fast immer gesagt werde, dass alle Angriffe erfolgreich abgewehrt würden, sei die Aufgabe bestimmter Gebiete daraus zu erschliessen, dass z.B. vom Terek-Abschnitt nicht mehr gesprochen werde, sondern sehr weitläufig von Kämpfen zwischen Kaukasus und Don.<sup>9</sup> Wenn es darum gehe, dass wir alle siegen oder sterben, dann wolle man durch die Nachrichtengebung nicht geschont werden, sondern die volle Wahrheit hören.

In dieser Weise forme sich beim Grossteil der Bevölkerung die Vorstellung von der Lage im Osten aus eigenen Überlegungen und Schlüssen, bei denen an den Wortlaut der Presse- und Rundfunknachrichten nur mehr angeknüpft werde und mit denen man Lücken in der Berichterstattung (fehlende Ortsangaben und Hinweise auf den Frontverlauf) zu schliessen versuche. Der Mangel an letzter Gewissheit über die täglich verzeichneten schweren Abwehrkämpfe, ganz gleich, ob diese Gewissheit besser oder noch schlimmer wäre, als man denkt, verursache eine immer stärkere Beklemmung und einen schweren seelischen Druck, insbesondere bei den Volksgenossen, die Angehörige an der Ostfront haben. Als völlig vertrauenswürdig würden nur die Mitteilungen angesehen, die unmittelbar von der Front kämen. Von den Feldpostbriefen und den Berichten von Fronturlaubern gehe daher zurzeit der tiefste Einfluss aus. Diese Mitteilungen seien je nach der Lage in dem Abschnitt, den der betreffende Soldat übersehe, sehr unterschiedlich, und der Austausch dieser Frontnachrichten zusammen mit eigenen Gedankengängen und Berichten der Presse und des Rundfunks führe zu einer z.T. weit auseinandergehenden und insgesamt unsicheren Meinungsbildung. Wenn die Lage im Osten von grossen Teilen der Bevölkerung jetzt mit ungleich grösserer Besorgnis als vor einer Woche betrachtet werde, so sei dies darauf zurückzuführen, dass die jetzt

Noch zu Nr. 351

9. Die Heeresgruppe A wurde aus dem Kaukasus in den Kubanbrückenkopf zurückgeführt. –

eintreffenden Feldpostbriefe überwiegend sehr ernst und teilweise düster lauteten. So heisse es z.B. in einem Feldpostbrief, der Silvester «Im Kessel von Stalingrad» geschrieben worden ist:

Wann dieser Brief in Ihre Hand kommt, weiss ich nicht. Hoffentlich kommt er überhaupt an. In welcher Situation ich mich dann befinde, ist auch noch nicht zu sagen. Ich befürchte das Schlimmste. Augenblicklich befinde ich mich im Feldlazarett, 5 km hinter der Front. Es ist ein dunkler Bunker, und wir frieren. Es gibt kein Holz hier, und die Kameraden reissen die letzte Verschalung von den Wänden, damit wir in unserem Öfchen ein bissdien Temperatur erreichen können. Wir sind vollkommen verlaust, und das Ungeziefer lässt uns kaum schlafen. Seit Wochen kaum gewaschen, denn es ist auch kein Wasser hier ... Für ein Lazarett unmöglich, aber es geht nicht anders. Das Schrecklichste jedoch ist der Hunger, der peinigt. Morgens und abends eine Scheibe Brot, mittags eine dünne Wassersuppe, ein wenig Beikost, das ist alles. Zu Weihnachten haben wir uns bloss ein Brot gewünscht. Wir haben es nicht bekommen, nur eine Tafel Schokolade. Es wird wohl das elendste Weihnachten in meinem Leben sein ... Nun ist es hier so, dass nur schwere Fälle mit Flugzeugen wegtransportiert werden. Alle leichteren Fälle bleiben da. Wer ausgeheilt ist, wird wieder vorn eingesetzt... Ich sehe mich schon wieder im Schneeloch stetzen und frieren . . . Hier kommen jeden Tag Erfrierungen an und zwar nur Erfrierungen dritten Grades, die schon Blasen an den Füssen oder Fingern haben und schon schwarz werden. Die Truppen hier müssten alle ersetzt werden, aber es kommen ja keine neuen rein, alles wartet darauf, dass der Kessel gesprengt wird, was immer nur noch Tage dauern soll, aber keiner glaubt daran.<sup>10</sup> Und zuweilen bis 250 Kälte hebt die Stimmung beim Landser auch nicht. Es wird wahrscheinlich noch längere Zeit dauern, und die Truppe ist auch schon ziemlich ausgemergelt, was wird bloss noch werden ...

Volksgenossen, die auf die zwar ernste, aber im ganzen Zuversicht ausstrahlende Berichterstattung der Zeitungen Bezug nehmen, wurde von Fronturlaubern z.B. erklärt «Lass mi aus mit dem Zeitungsgeschmier, geh' selber 'naus und schau Dir den Laden an». (Augsburg.)

Verschiedentlich wird beobachtet, dass die Einwürfe des sowjetischen Störsenders in die deutschen Nachrichtensendungen, z.B. vom Massengrab Stalingrads, aus dem kein deutscher Soldat mehr herauskommen werde, in der weitgehend unsicheren Stimmungslage verwirrend wirkten. Von dem sowjetischen Sprecher würden Geschehnisse und Ortsangaben

Noch zu Nr. 351

10. An Silvester bestanden dafür keine Aussichten mehr, nachdem die Entlastungsoffensive gescheitert und die deutsche Front schon 250 km vom Kessel entfernt war (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 196a. S. 191).

erwähnt, über die sich in der Zeitung nichts Aufklärendes finde. Darüber hinaus müsse vermutet werden, dass ausländische Rundfunksender zur Zeit wieder stärker abgehört würden. Beispielsweise haben sich in Breslau wiederum zwei Fälle ereignet, in denen der Moskauer Sender bekanntgegeben haben soll, dass in einem Fall der Vater, im anderen Fall der Mann aus einer Breslauer Familie in bolschewistische Gefangenschaft geraten sei. Während die betreffenden Familienangehörigen sonst etwa 4 bis 5 anonyme Zuschriften erhielten, in denen sie von der Mitteilung des Moskauer Senders in Kenntnis gesetzt werden, seien jetzt in dem einen Fall über 20, in dem anderen Fall über 40 Benachrichtigungen erfolgt.

Eine grosse Zahl von Volksgenossen äussere im rückblickenden Vergleich auf den schweren Ostwinter 1941/42 das Empfinden, dass die Vorbereitung und Ausrüstung unserer Soldaten für diesen Winter zwar sehr viel besser gewesen sei, dass aber auch die Sowjets aus den Erfahrungen des Vorjahres Folgerungen gezogen hätten und dass die Kämpfe eine Härte und Ausdehnung annehmen, die keinen grossen Unterschied zur Lage des vergangenen Winters mehr erkennen lasse. Häufig wird gemeint, dass die Kämpfe im Osten sich zu einer Entscheidungsschlacht zuspitzten. Je nach den zugrunde gelegten Informationen und Überlegungen wird eine mehr oder weniger starke Besorgnis geäussert, ob wir mit unseren Reserven an waffenfähigen Männern gegen die sowjetischen Massen an Menschen und Material auf die Dauer ankommen könnten, oder die leise Hoffnung, dass die gegenwärtigen Kämpfe doch zur entscheidenden Schwächung der Bolschewisten führten. Der Grossteil der Bevölkerung wage es nicht mehr, Rückschlüsse auf die Widerstandskraft der Sowjets zu ziehen, wenn sie Meldungen lese wie die über «Moskau im zweiten Kriegswinter» (Zeitungen vom 15. 1.) oder über Litwinows Hilferuf an die USA-Farmer (15. 1.). Der Rest, der sich noch an die Darstellungen der Presse halte oder günstige Mitteilungen von der Front und anderswoher habe, knüpfe daran die vorsichtige Erwartung, dass es mit dem Sowjetstaat doch bald aus sein könne, wenn es ihm in diesem Winter nicht gelinge, die verlorengegangenen Ernährungsgebiete zurückzugewinnen. Allgemein wird aus den hohen Verlusten an Panzern und auch an Flugzeugen immer wieder entnommen, dass die Sowjets weiterhin über eine starke Rüstungsindustrie verfügten und dass wir offenbar nicht in der Lage seien, den Nachschub wirksam zu unterbinden. Das Bild der Bevölkerung über die Lage im Osten weise im Durcheinander der verschiedenen Informationsquellen der Tatsachen und Gerüchte, der verstandsmässigen Überlegungen und Gefühle die verschiedensten Schattierungen auf, vom Vertrauen, dass unsere Führung die Kampfplage trotz aller Schwierigkeiten beherrscht, bis zu sehr starker Sorge und Ungewissheit.

Nr. 352 vom 21. Januar 1943 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die Lage an der Ostfront wird von der Bevölkerung weiterhin als ernst und besorgniserregend angesehen. Aus den Wehrmachtberichten, den zum Teil sehr pessimistischen Erzählungen und Feldpostbriefen der Frontsoldaten und auf Grund der umlaufenden, teils auf Feindnachrichten basierenden Gerüchte glauben viele Volksgenossen darauf schliessen zu müssen, dass z. Z. ein Tiefstand in diesem Kriege erreicht sei. Die augenblicklich im Gange befindlichen grossen Winterschlachten an der Ostfront überträfen an Wucht, Einsatz und Blutopfern erheblich die Kämpfe des vorigen Winters.<sup>1</sup> Besonders bedrückt sind die Angehörigen der in den Kampfabschnitten eingesetzten Soldaten. Diese bangen vor den täglichen Wehrmachtberichten, welche mit ihren teilweise ganz neuartigen Formulierungen<sup>2</sup> die Grösse der Verluste ahnen lassen, sind aber dankbar für die offene Berichterstattung. Die Aufgabe des Stützpunktes Welikije Luki wird immer noch rege besprochen. Wenn auch über die strategische Bedeutung dieses Stützpunktes gemeinhin keine bestimmte Auffassung bestand, so knüpften sich bei den Volksgenossen jedoch ähnliche Vorstellungen daran, wie seinerzeit an Narvik. Das Mislingen eines Entsatzes wirkte daher besonders nachhaltig. Ähnlich verhält es sich mit Stalingrad, welches von vielen Volksgenossen bereits als verloren angesehen wird. Abgesehen von der seinerzeit stark herausgestellten strategischen Bedeutung dieses Platzes wurde seine Eroberung von vielen Volksgenossen als Prestigefrage angesehen, teilweise glaubte man sogar hiervon den entscheidenden Wendepunkt des Krieges erwarten zu können. Die Bemerkung im Wehrmachtbericht vom 20. 1. 1943 über die harten Entbehren der Verteidiger des Raumes von Stalingrad wird von der Bevölkerung so ausgelegt, dass die dort eingeschlossenen deutschen Truppen jetzt auch nicht mehr auf dem Luftwege in ausreichendem Masse versorgt werden können, und hat die Besorgnisse erheblich verstärkt. Wie immer in kritischen Situationen spricht man im Volke wieder vermehrt von einem möglichen Gaskrieg. Teilweise wird der Einsatz von chemischen Kampfstoffen sogar als die einzige Möglichkeit angesehen, die Sow-

Zu Nr. 352

1. Aus den Wehrmachtberichten war zu entnehmen, dass die Situation nicht nur im Süden der Ostfront, von wo u.a. «bewegliche Kampfführung durch Gegenangriffe und hartnäckig verteidigte Stützpunkte» (18. Januar) gemeldet worden war, sondern auch an anderen Abschnitten, vor allem bei Welikije Luki, ungünstig war. Am 12. Januar hatte eine weitere Offensive gegen die ungarische 2. und die italienische 8. Armee südlich Woronesch begonnen; nach wenigen Tagen waren beide eingeschlossen. – 2. Dazu gehörten etwa «beweglich geführte Abwehr» (17. Januar) und «wechselsvolle Kämpfe» (19. Januar). –



jetztruppen niederzuringen. Frontsoldaten sollen mündlich oder schriftlich berichtet haben, dass durch Aufstapelung von «nur auf Befehl des Führers» zu verwendender Munition und durch Ausgabe neuer Gaschutzgeräte bereits die entsprechenden Vorbereitungen getroffen würden.<sup>3</sup>

Wegen der weiteren Entwicklung der Frontlage im Osten sieht der grössere Teil der Bevölkerung noch grosse Schwierigkeiten bevorstehen. Dennoch kann von einer Verzweiflungsstimmung nirgends die Rede sein. Die fast im ganzen Reich umlaufenden Gerüchte über eine neue gewaltige Einziehungswelle<sup>4</sup>, mit welcher die letzten Reserven an frontverwendungsfähigen Kräften erfasst würden, werden zwar in dem Sinne kommentiert, dass die Verluste an der Front sehr gross sein müssten, andererseits steht man aber auch auf dem Standpunkt, dass das deutsche Volk noch gewaltiger Kraftentwicklungen fähig sei. Überhaupt ist in der breiten Schicht der arbeitenden Bevölkerung der Boden für eine Hinwendung zum totalen Krieg auf allen Lebensgebieten durchaus günstig. Vielfach erwartet man zum 30. 1. 1943 eine Führerrede mit der Verkündung entsprechender Massnahmen.<sup>5</sup> Dem Gedanken an grössere Feierlichkeiten anlässlich des 10-Jahres-Tages der Machtübernahme stehen die Volksgenossen – den Berichten aus verschiedenen Reichsteilen zufolge – aber mit Ablehnung gegenüber, besonders unter Hinweis auf die Lage der Verteidiger Stalingrads.

Auch um die nordafrikanische Front machen die Volksgenossen sich weiter grosse Sorgen, wenn auch die Anteilnahme in erster Linie auf die Ostfront konzentriert ist. Die Meldungen von «beweglicher Kampfführung» gaben zu der Befürchtung Anlass, dass die libysche Front zusammenbrechen und der «Brückenkopf» der Achsenmächte in Tunis auf die Dauer dem Druck der von drei Seiten vorstossenden Feindtruppen, deren Zahl als sehr gross – nach einer Meldung auf eine Million – geschätzt wird, nicht standhalten könnte. Das anhaltende Schweigen um Generalfeldmarschall Rommel wirkt nach wie vor bedrückend.

Die letzten Luftangriffe auf westdeutsches Gebiet und vor allem auf Berlin sind in allen Teilen des Reiches stark beachtet worden.<sup>6</sup> Man sieht

Noch zu Nr. 352

3. Dass von deutscher Seite Vorbereitungen für die Verwendung von Giftgas getroffen waren, hat der Rüstungsminister Speer im Nürnberger Prozess ausgesagt; danach wurden in drei Werken die neuen Kampfgase Tabun und Sarin hergestellt, für deren Einsatz Goebbels und Ley im Herbst 1944 eingetreten seien (Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Bd. 16. 1948. S. 576 f.). – 4. Infolge der Einberufungen stieg der Personalbestand der Wehrmacht trotz der Verluste von 8'310'000 im Jahre 1942 auf 9'480'000 Mann 1943 (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 641). – 5. Diese Rede blieb aus, sie wurde durch eine Proklamation Hitlers ersetzt, die Goebbels auf einer Kundgebung im Sportpalast verlas und in der keine Massnahmen zur totalen Kriegführung angekündigt wurden (Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1976), doch ging Goebbels darauf ein. (Vgl. unten Nr. 356). Am 1. Februar wurde eine gewisse Enttäuschung darüber gemeldet. – 6. Am 16.117. Januar hatten etwa 300 viermotorige Bomber den bisher stärksten Angriff auf Berlin geflogen (Berichte in: Dokumente deutscher Kriegsschäden. 2. Beiheft. 1962. S. 129 ff.).

in diesen Angriffen einen Versuch der Feindmächte, die Operationen an den Kampffronten bedeutungsvoll zu unterstreichen und befürchtet, dass im Zuge einer Gesamtplanung die Angriffe in der nächsten Zeit anhalten und an Stärke noch zunehmen werden. Vielfach erwartet man Grossangriffe für den 30. 1. 1943. Der prompte Vergeltungsangriff auf London hat allerdings überall Befriedigung ausgelöst, wenn auch teilweise von den Volksgenossen, besonders im Westen des Reiches, mit einem gewissen Vorwurf darauf hingewiesen wird, dass ein Vergeltungsangriff auf London erst erfolgte, nachdem die Reichshauptstadt nach langer Pause wieder einmal bombardiert worden war. Selbst die schwersten Angriffe auf andere deutsche Städte hätten eine derartige Gegenwirkung nicht auszulösen vermocht. Genugtuung hat überall der gemeldete Abschuss von 22 Feindbombnern bei dem letzten Angriff auf Berlin ausgelöst.

Nr. 354 vom 28. Januar 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Unter dem Eindruck, dass das Schicksal der 6. Armee in Stalingrad bereits besiegelt sei, und in der Sorge um die weitere Entwicklung der Kriegslage ist das ganze Volk z. Z. bis ins tiefste aufgewühlt.<sup>1</sup> Unter den vielen Fragen, die sich aus der veränderten Situation ergeben, bewegt die Bevölkerung vor allem, warum Stalingrad nicht rechtzeitig geräumt oder entsetzt wurde und wie es möglich war, dass die militärische Situation vor einigen Monaten noch als gesichert und bis in die letzten Tage als nicht ungünstig hingestellt werden konnte. Besonders erörtert, und zwar vielfach mit ausgesprochen kritischem Unterton, wird die Unterschätzung der russischen Kampfkraft, durch welche jetzt schon zum zweiten Male eine schwere Krise ausgelöst worden sei. Darüber hinaus befassen sich die Volksgenossen wieder vermehrt mit manchen Entwicklungen im Innern, welche mit dafür ursächlich seien, dass uns der jetzige Schlag so überaus hart treffe. Bei aller Bereitschaft, sich der Totalisierung des Krieges bedingungslos zu unterwerfen, äussern viele Volksgenossen, auch gerade solche, die politisch durchaus gefestigt sind, dass dieser Schritt reichlich spät erfolge. Auch wenn jeder Einzelne den guten Willen habe, in seinem Lebens- und Berufsbereich alles auszuschalten, was für die Erringung des Sieges nicht unbedingt erforderlich sei, wäre es doch fraglich, ob

Zu Nr. 354

1. Am 16. Januar hatte der Wehrmachtbericht gemeldet, in Stalingrad hätten die Verteidiger sich im südlichen und mittleren Teil der Stadtruinen auf engem Raum zusammengeschlossen und

die überaus grosse Komplizierung des gesamten öffentlichen Lebens mit der notwendigen Schnelligkeit und Schärfe – aber auch ohne, dass dabei über das Ziel hinausgeschossen werde – auf das notwendige Mass zurückgeführt werden könne. Vor allem haben die Volksgenossen Zweifel, ob es gelingen wird, die Lasten des Krieges nunmehr auch wirklich auf alle Volksgenossen unterschiedslos zu verteilen. So befürchtet man, dass bei dem kommenden Frauenarbeitseinsatz die Angehörigen der Oberschicht es verstehen werden, sich der Dienstpflicht zu entziehen. Es sei bedauerlich, dass der Führer keine Zeit mehr gehabt habe, sich mit den Verhältnissen in der Heimat intensiv zu befassen. Nach allen vorliegenden Meldungen erwartet die Bevölkerung dringlichst eine Rede des Führers am 30. 1. und erhofft davon Aufschluss über alle diese Fragen.

In der Befürchtung, dass ein ungünstiger Ausgang des Krieges in den Bereich des Möglichen gerückt sei, befassen sich die Volksgenossen ernsthaft mit den Folgen einer Niederlage. Während vereinzelt geäussert wird, dass es «vielleicht nur halb so schlimm» sein würde, ist die überwiegende Mehrheit von der Überzeugung durchdrungen, dass ein Verlust des Krieges dem Untergang gleichkomme.<sup>2</sup> Wenn dieses beängstigende Bewusstsein einerseits auch den Willen, bis zum Letzten durchzuhalten, stärkt, führt es andererseits aber auch dazu, dass viele bereits über die Möglichkeiten eines Ausweges für den äussersten Fall nachdenken und von der letzten Kugel reden, die einem immer noch übrigbleibe, wenn alles zu Ende sei.

Trotz der allgemein sehr schlechten Stimmung und der in manchen Kreisen starken Depressionserscheinungen gewinnt aber nach den Berichten aus allen Reichsteilen die Haltung der Volksgenossen an Festigkeit. Es besteht alle Aussicht dafür, so stellen die vorliegenden Meldungen fest, dass die jetzt mobilisierten inneren Kräfte des Volkes sich in kommenden unmittelbaren Belastungsproben bewähren.

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 26.1. bis 28.1.1943**

1. Die seit Sonntag erfolgende Aufmachung der Presse, die einheitlich in jeder Nummer Leitsätze und Artikel enthält, die sich sämtlich auf das Thema «totaler Krieg» beziehen, wird als ein ausserordentlich radikaler Umbruch im allgemeinen Lagebild dieses Krieges empfunden.<sup>3</sup> Die Pro-

Noch zu Nr. 354

leisteten weiterhin heroischen Widerstand. – 2. Über eine Änderung dieser Einstellung vgl. unten Nr. 359. – 3. Die erste entsprechende Anweisung an die Presse war mit der Tagesparole des

paganda habe mit einem Schlag nunmehr alle Volksgenossen «ins kalte Wasser geworfen». Allgemein wird gemeldet, dass der Grossteil der Bevölkerung die gefährliche Entwicklung im Osten, die man in den letzten Wochen immer stärker herausgespürt hat, mit besorgtem Ernst, aber mit dem Willen erträgt, dass wir den Krieg keineswegs verlieren dürfen und alles tun müssen, was dazu dient, dies zu verhindern. Es besteht weiterhin durchweg ein starkes Vertrauen zur kämpfenden Front und zur militärischen Führung. Die Erörterungen der Volksgenossen bezögen sich aber nun schlagartig auf die Propaganda, die früher das Gefühl der absoluten Unbesiegbarkeit, ja, der im Grunde schon erfolgten Entscheidung hervorgerufen habe, jetzt aber die Heimat geradezu zurechtweise, dass sie sich im Verlass darauf von manchen Bequemlichkeiten nicht früher getrennt habe. Was von der Führung gefordert worden sei, habe die Masse unseres Volkes willig getan. Hunderttausende von Familien hätten Vater und Söhne an der Front oder im bisherigen Krieg schon verloren. Nunmehr werde täglich die Notwendigkeit des totalen Krieges eingehämmert. Die Bevölkerung erwarte aber vielmehr Massnahmen, die die Mobilisierung aller Mittel und Kräfte praktisch zur Folge haben und zu denen man aus der Ernüchterung der letzten Wochen völlig bereit sei.

Das jetzige «Aufdrehen» der Presse wird teilweise schon wieder als «Propaganda» bezeichnet. Die «plötzliche Schwarzmalerei», der Umstand, dass die Nachrichtengebung aus ihrer «Reserve» derartig herausgehe, habe wohl in erster Linie den Zweck, Massnahmen wie die Arbeitspflicht der Frauen zu begründen. Die Lage werde von vielen Volksgenossen, die die «uniforme Alarmaufmachung» als Zweckpropaganda empfinden, bereits mit einer gewissen Gelassenheit betrachtet. Andere Teile der Bevölkerung neigen gerade zum Gegenteil. Wenn die Propaganda in dieser Weise spreche und schreibe, dürfe man gar nicht daran denken, wie es wirklich aussehe. In den erregten, zum Teil mit tiefer Wehmut über das Schicksal der Stalingrad-Kämpfer, zum Teil mit einer gewissen Wehleidigkeit erfüllten Gesprächen würden immer wieder Vergleiche mit dem Vorjahr angestellt. Damals habe die Nachrichtengebung den Eindruck gemacht, als ob die Lage im Osten im Grossen und Ganzen normal sei, und man habe erst nachträglich Klarheit darüber erhalten, wie gross die Gefahr war, und welche Krise man überstanden habe. Stellenweise

Noch zu Nr. 354

Reichspressechefs vom 22. Januar ergangen, zu der am folgenden Tag nähere Ausführungen folgten; darin hiess es: «Der deutschen Presse fällt die besondere publizistische Aufgabe zu, durch ergreifende Schilderung der einzigartigen Opferbereitschaft der Helden von Stalingrad auch den letzten Volksgenossen aufzurütteln, damit er sich einreihet in die grosse Front des entschlossenen Widerstandes und Siegeswillens.» Am 25. Januar war darauf hingewiesen worden, dass dem totalen Krieg in allen Sparten der Zeitung Rechnung getragen werden müsse, auch der Unterhaltungs- und der Sportteil dürften nicht aus dem Rahmen fallen (Vertrauliche Informationen Nr. 21, 22, 23/1943). –

werden mit Verbitterung und zum Teil mit Gehässigkeit alle früheren Verlautbarungen hervorgeholt und besprochen, die sich auf Stalingrad bezogen, oder in denen Parolen gegeben wurden wie die, dass die Zeit für uns arbeite.

2. In diese allgemeinen Erörterungen werden die Meldungen über Nordafrika mit einbezogen. Die Mitteilung von der Aufgabe von Tripolis habe vielfach wie ein Keulenschlag gewirkt.<sup>4</sup> Die viel verhöhnzte zweite Front sei nunmehr im Süden Europas tatsächlich zustande gekommen. Man verstehe es nicht, dass sich die Kommentierung nicht von Redewendungen freimache, in denen es z.B. heisse, dass die Engländer in Afrika ihres Geländegewinnes nicht froh würden.

3. Der Grossteil der Volksgenossen zeige sich aufgeschlossen für eine mannhafte soldatische Ansprache. Wenig aufnahmebereit sei man allgemein für polemische Auseinandersetzungen mit dem Gegner. Im Augenblick wirke alles, was die Gegenseite als uneinig, schwach und lächerlich darstelle, nicht nur nicht überzeugend, sondern erwecke einen starken gefühlsmässigen Widerspruch, der zu entsprechenden Äusserungen der Volksgenossen führt.

Nr. 356 vom 4. Februar 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Meldung vom Ende des Kampfes in Stalingrad hat im ganzen Volke noch einmal eine tiefe Erschütterung ausgelöst.<sup>1</sup> Die Reden am 30. 1. und die Führerproklamation sind diesem Ereignis gegenüber in den Hintergrund getreten und spielen in den ernstesten Gesprächen der Volksgenossen eine geringere Rolle als eine Reihe von Fragen, die an die Vorgänge in Stalingrad geknüpft werden. In erster Linie ist es die Höhe der Blutopfer, nach denen die Bevölkerung fragt. Die Vermutungen bewegen sich in Zahlen zwischen 60'000 und 300'000 Mann.<sup>2</sup> Man rechnet damit, dass der grösste Teil der Kämpfer in Stalingrad gefallen ist. Bezüglich der

Noch zu Nr. 354

4. Nach der Aufgabe von Tripolis am 23. Januar bezogen die Truppen Rommels die von den Franzosen ausgebaute Mareth-Stellung an der libysch-tunesischen Grenze.

Zu Nr. 356

1. Am 2. Februar hatten die letzten deutschen Truppen in Stalingrad formell kapituliert; sie waren nicht Hitlers Befehl gefolgt, kämpfend unterzugehen. In der Öffentlichkeit wurde dagegen durch die Mitteilung des OKW vom 3. Februar der Eindruck erweckt, als seien alle Kapitulationsforderungen abgelehnt worden und als hätten «Generäle, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften Schulter an Schulter bis zur letzten Patrone» gefochten. – 2. Die Zahl der Gefallenen betrug etwa 124'000 Mann, 91'000 Mann gerieten nach russischen Angaben in Gefangenschaft, 25'000 Verwundete und 10'000 Spezialisten waren von der Luftwaffe herausgebracht worden

in russische Gefangenschaft geratenen Truppen schwankt man zwischen zwei Auffassungen. Die einen erklären, die Gefangenschaft sei schlimmer als der Tod, weil die Bolschewisten die lebend in ihre Hände gelangten Soldaten unmenschlich behandeln würden. Andere wiederum meinen, es sei doch ein Glück, dass nicht alle gefallen seien, so sei doch noch Hoffnung, dass später einmal ein Teil von ihnen in die Heimat zurückkehre. Besonders die Angehörigen der Stalingradkämpfer leiden sehr unter diesem Zwiespalt und der sich daraus ergebenden Ungewissheit.

Ferner wird in allen Bevölkerungsschichten die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Stalingrad und die Notwendigkeit der ungeheuren Opfer diskutiert. Im Einzelnen bewegt die Volksgenossen, ob die Bedrohung Stalingrads seinerzeit nicht rechtzeitig erkannt worden sei. Die Luftaufklärung habe doch den Aufmarsch der gegen Stalingrad eingesetzten russischen Armeen feststellen müssen. Auch die Frage, aus welchen Gründen die Stadt nicht geräumt worden ist, solange es noch Zeit war, wird erörtert. Vor allem wird darauf hingewiesen, dass die Kräfte des Gegners unterschätzt worden sein müssten, sonst wäre das Wagnis, Stalingrad auch nach der Umschliessung zu halten, nicht unternommen worden.<sup>3</sup> Die Volksgenossen können es nicht fassen, dass ein Entsatz Stalingrads nicht möglich gewesen ist und haben z.T. für die strategische Bedeutung der Kämpfe mangels genauerer Orientierung über die ganze Entwicklung im Südabschnitt der Ostfront nicht das richtige Verständnis. Zum Teil wird in Zweifel gezogen, dass die Verteidiger von Stalingrad bis zuletzt starke Kräfte des Feindes gebunden haben.

Der dritte Punkt, um den die Gespräche der Volksgenossen z. Z. kreisen, ist die Bedeutung des Kampfes um Stalingrad im gesamten Kriegsverlauf. Allgemein ist die Überzeugung vorhanden, dass Stalingrad einen Wendepunkt des Krieges bedeute. Während die kämpferischen Naturen Stalingrad als Verpflichtung zum letzten Einsatz aller Kräfte an der Front und in der Heimat empfinden, von diesem Einsatz aber auch den Sieg erhoffen, sind die labileren Volksgenossen geneigt, im Fall von Stalingrad den Anfang vom Ende zu sehen. Manche Volksgenossen, die verantwortliche Stellungen bekleiden, auf Grund deren sie über die Lage auf einem bestimmten Sektor tiefere Einblicke haben, sprechen ziemlich ungemindert über die Schwierigkeiten und tragen durch ihre bedenkenvollen Äusserungen zur Lage dazu bei, andere Volksgenossen mit ihrem Pessimismus anzustecken.<sup>4</sup> Aus verschiedenen Reichsteilen wird berichtet, dass

Noch zu Nr. 356

(Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 192 f.). – 3. Dieser Vorwurf war allein Hitler zu machen, der alle Vorschläge der Generalität für einen rechtzeitigen Rückzug aus Stalingrad abgelehnt hatte; er soll seine Verantwortung auch anerkannt haben (ebda. S. 193). – 4. Am 18. Februar wurde erneut mitgeteilt, dass Angehörige höherer Dienststellen auch in untergeordneten Funktionen nach zahlreichen Meldungen eine «Quelle der Beunruhigung weiter

Volksgenossen, die in diesen Tagen aus beruflichen Gründen in Berlin waren, in den dortigen Behörden und Dienststellen teilweise eine ausgesprochen kopfhängerische Stimmung festgestellt hätten.

Im Übrigen gilt die Aufmerksamkeit der Bevölkerung vor allem in der Arbeiterschaft vorwiegend der Durchführung des Arbeitseinsatzes der bisher nicht erfassten Männer und Frauen. Die «weiche» und «inkonsequente Formulierung» der Verordnung vom 27. 1.<sup>5</sup> wird weiterhin abfällig besprochen. Geradezu mit Spannung wartet man auf das Anlaufen dieser Massnahme und insbesondere darauf, ob die Angehörigen der Oberschicht auch wirklich gerecht mit einbezogen werden. Vor allem in den Kleinstädten sprechen die Volksgenossen von bestimmten Frauen, deren Familienverhältnisse bekannt sind, und «lauern geradezu darauf», wie diese Frauen sich zu dem Arbeitseinsatz verhalten werden. Nach den vorliegenden Meldungen ist die Skepsis ziemlich gross. Man glaubt, dass die «Prominenten», wozu in der kleinen Stadt auch die Frau des Bürgermeisters oder des Rechtsanwaltes gerechnet wird, auf irgendeine Weise versuchen würden, sich zu drücken. Die Ärzte würden sicherlich von Frauen überlaufen, die sich ihre Arbeitsunfähigkeit bescheinigen lassen wollen. Im äussersten Fall würden die Frauen, welche man besonders «im Auge habe», sich wohl zum Roten Kreuz melden, was aber nicht als vollgültiger Einsatz angesehen werden könnte. In einer wirklich lückenlosen Durchführung der Massnahmen sieht ein grosser Teil der Bevölkerung geradezu einen Prüfstein für das Vorhandensein einer wirklichen Volksgemeinschaft und für die Entschlossenheit der Führung zu einem unterschiedslosen Einsatz aller. Nach den Meldungen ist die allgemeine Bereitschaft zu jedem notwendigen Einsatz so gross, dass man sofort für bestimmte Gebiete freiwillige Aufrufe erwartet hatte. Z.B. sei für Näharbeit und Arbeit überhaupt, die als Heimarbeit oder jedenfalls von Frauen aus ihren allgemeinen hauswirtschaftlichen Kenntnissen heraus zu leisten sei, eine freiwillige Meldung weit über die Grenzen des Arbeitseinsatz-Erlasses hinaus zu erwarten, wie es überhaupt der inneren Bereitschaft der breiten Bevölkerungskreise entspräche, wenn die notwendigen Massnahmen nicht so sehr durch Erlasse geregelt würden, die immer die

Noch zu Nr. 356

Bevölkerungskreise» seien, u.a. durch den Nachrichtenaustausch von Telefonistinnen bei Ferngesprächen; als Beispiel wurde ein Beamter einer Berliner Reichsbehörde angeführt, der in einem Eisenbahnabteil zu Mitreisenden unter Berufung auf seine Stellung gesagt habe, den Krieg brauchten wir nicht zu verlieren, den hätten wir schon verloren. – 5. Nach dieser Verordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (RGBl. I S. 67) hatten sich alle Männer vom 16. bis 65. Lebensjahr und alle Frauen vom 17. bis 45. Lebensjahr, die nicht schon in einem vollen Arbeitsverhältnis standen oder mehr als 5 Arbeitskräfte beschäftigten oder in der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen voll beschäftigt waren, zum Arbeitseinsatz zu melden. Sie sollten nur in dem Umfang eingesetzt werden, in dem ein dringender Bedarf für Aufgaben im Interesse der Reichsverteidigung bestehe. –

äussersten Ausnahmen mit berücksichtigen müssen und daher zu nicht immer verstandenen Einschränkungen kämen, sondern vielmehr durch den Appell an den freiwilligen Einsatz den gewünschten Erfolg zu erreichen versucht würde.

Die Langsamkeit der Durchführungsmöglichkeit allgemeiner Erlasse könne dazu führen, die augenblickliche psychologische Situation der Bevölkerung in weitem Masse ungenützt vorübergehen zu lassen.

## V. Wirtschaft

### **Erste Stimmen zur Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vom 27.1.1943**

Die bisher vorliegenden Berichte aus vielen Gebieten des Reiches, z.B. Hamburg, Berlin, Graz, Reichenberg, Stettin, Breslau, Danzig, Weimar, Frankfurt/Oder, Halle, Bielefeld, Saarbrücken, Kiel, Zichenau u.a. lassen erkennen, dass die Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vom 27. 1. 1943 besonders von der arbeitenden Bevölkerung zustimmend begrüsst worden ist und in diesen Kreisen eine gewisse Genugtuung ausgelöst hat. Dabei komme allerdings immer wieder das Bedauern darüber zum Ausdruck, dass diese Verordnung nicht bereits früher erschienen ist.<sup>6</sup>

Auffällig erscheint die Tatsache, dass sich die Öffentlichkeit, obgleich in der Verordnung von einer Meldung von Männern und Frauen die Rede ist, ausschliesslich mit dem Einsatz von Frauen beschäftigt. Hieraus könne man ermesen, wie gross das Interesse der Allgemeinheit an einem umfassenden Arbeitseinsatz der Frauen sei. Nach der voraufgegangenen Propaganda zur Kriegslage, die insbesondere ab 24. 1. 1943 in den Leitartikeln der Presse sowie in den ernstesten Schilderungen des Kampfes um Stalingrad zu erkennen gewesen sei<sup>7</sup>, herrschte allgemein die Ansicht vor, dass mit sehr scharfen Arbeitseinsatzmassnahmen zu rechnen sei. Die Bevölkerung habe sich auch – wie die Meldungen besagen – den Notwendigkeiten gegenüber ausserordentlich aufgeschlossen gezeigt. Dies sei besonders deutlich daraus erkennbar geworden, dass sich bereits Frauen, auch ältere Jahrgänge, nach irgendwelchen Arbeitsmöglichkeiten umsahen. So hätten sich z.B. in Saarbrücken bereits am 29. 1. 1943 im Laufe des Vormittags über 50 Frauen bei der Personalstelle der dortigen Hauptpost nach einer Beschäftigung erkundigt. Unter ihnen befanden sich

Noch zu Nr. 356

6. Vgl. dazu die früheren Meldungen über die Notwendigkeit des Frauenarbeitseinsatzes oben Nr. 189. –

7. Vgl. Anm. 3 zu Nr. 354. –



auch Frauen mit Kindern, die den Wunsch äusserten, halbtags beschäftigt zu werden. Am 30. 1. 1943 sprachen abermals über 100 Frauen bei dem Hauptpostamt vor. Vor allem versuchten die Frauen, im leichteren Innendienst Beschäftigung zu finden. Auch am 31. 1. 1943 begann im Laufe des Vormittags der Andrang aufs Neue. Bis 10 Uhr wurden allein über 30 Personen gezählt, so dass man sich gezwungen sah, ein Schild anbringen zu lassen, dass Arbeitskräfte nicht mehr angenommen werden können.

Wie es in den Meldungen heisst, wurden einschneidende Bestimmungen besonders von den bereits seit langem im kriegswichtigen Arbeitseinsatz stehenden Volksgenossen erwartet. Nach Veröffentlichung des Wortlautes der Verordnung sei man jedoch erstaunt gewesen, dass sie so viele Ausnahmen gelten lasse.<sup>8</sup> Das Missfallen hierüber käme in teilweise recht drastischen Äusserungen, wie «Gummi-Verordnung» usw. zum Ausdruck. Es werde vielfach die Frage laut, ob auch tatsächlich alle die Kreise, die es bisher verstanden hätten, «sich vor jedem Arbeitseinsatz zu drücken», erfasst würden. Diese Zweifel seien selbst durch die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels<sup>9</sup>, die in ihren scharfen Formulierungen bezüglich des Frauenarbeitseinsatzes beinahe «fanatisch» begrüsst worden sei, nicht ganz behoben worden.

Aus dem Wortlaut der Verordnung glaubten viele Volksgenossen folgern zu können, dass auch durch diese neue Massnahme noch nicht alle Möglichkeiten des Arbeitseinsatzes der Frauen erschöpft würden. Man vermutet, dass infolge der Altersfestsetzung, der Festsetzung der Kinderzahl sowie der Freistellung von bereits 48 Stunden Arbeitenden sehr viele Lücken entstanden seien, die von arbeitsunwilligen Frauen zur «Drückbergerei» benützt werden könnten. Dass z.B. die Festsetzung des Höchstalters auf 45 Jahre als zu knapp anzusehen sei, gehe daraus hervor, dass in vielen Rüstungsbetrieben der Anteil der Frauen über 45 Jahre bis zu 20 Prozent betrage. Die Formulierung, dass solche Volksgenossen, die bereits 48 Stunden arbeiten, von der Meldung befreit sind, habe schon dazu geführt, dass beispielsweise die Gubener Hutindustrie, die bisher eine 44stündige Arbeitszeit hatte, diese auf 48½ Stunden heraufgesetzt habe. Man glaubt in diesem Fall offen erkennen zu können, dass die Stundenerhöhung lediglich eine taktische Massnahme sei.

Einer Meldung aus Reichenberg zufolge sei die bisherige Propaganda, die auf eine sehr vorsichtige Behandlung der noch nicht im Arbeitsprozess

Noch zu Nr. 356

8. Von der Meldepflicht befreit waren neben den schon voll Beschäftigten Frauen mit einem Kind unter 6 Jahren oder mindestens 2 Kindern unter 14 Jahren, Schüler und Schülerinnen, Geistliche. – 9. Am 30. Januar im Sportpalast anlässlich der Verlesung der Proklamation Hitlers (Wortlaut in: Das Archiv. Januar 1943, S. 904-909). –

stehenden Kreise schliessen lasse, dazu angetan, den Erlass weitgehend zu «verwässern». Es zeigten sich schon jetzt Auswirkungen, die bewiesen, wie unangebracht es sei, den Aufruf in dieser Form abzuschwächen. Bei vielen Arbeitsämtern wurde bereits von Frauen und Mädchen aller Volksschichten vorgeschrien, die zu beweisen versuchten, dass sie für die Erfassung nicht in Frage kommen. Dies sei um so bemerkenswerter, als die Arbeitsämter bisher überhaupt noch nicht zur Meldung aufgerufen hätten. Unter den vorsprechenden Frauen seien heute schon solche feststellbar, die sich durch ärztliches Zeugnis in irgendeine Krankheit «flüchten» würden. In welchem Umfang z.B. seitens der Frauen die «Flucht in die Krankheit» betrieben würde, sei – abgesehen von dem bereits verzeichneten Andrang bei Frauenärzten u.a. – aus einem Rundschreiben eines Kreisärztführers ersichtlich, der an die Ärzte seines Gebietes folgendes schrieb:

Auf Grund vertraulicher Informationen warne ich die Berufskameraden eindringlich vor der vielleicht unbedachten Ausstellung ärztlicher Atteste, insbesondere sog. «Gefälligkeitszeugnisse», die zur Umgehung des soeben verkündeten Arbeitsdienstgesetzes dienen könnten. Auffällige Begehren dieser Art sind mir sofort mit Namen und Anschrift zu melden.

Darüber hinaus werden seitens verantwortungsbewusster Volksgenossen auch an die vielen Möglichkeiten des «Scheineinsatzes» von Frauen bei Verwandten und Bekannten gedacht, der lediglich die Erfüllung der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht «Vortäuschen» könne. Es zeige sich bereits, dass auch Frauen solcher Männer, die in Wechselschicht arbeiten, wie z.B. im Bergbau, für sich eine besondere Behandlung in Anspruch zu nehmen gedenken. In einer Meldung aus Kattowitz heisst es, dass Frauen von Bergarbeitern auf dem Arbeitsamt vorgeschrien hätten mit der Betonung, dass sie nicht arbeiten könnten, da ihre Männer in Wechselschicht ständen und ordentlich gepflegt werden müssten.

Als besonders zu beachtendes Problem stellen fast alle Meldungen heraus, dass bei den Arbeitsämtern in grossem Umfange Anträge auf Lösung des Beschäftigungsverhältnisses solcher Frauen eingehen, die zwar seit mehreren Jahren berufstätig sind, aber nach der jetzt herausgekommenen Verordnung zu dem Personenkreis gehören, der nicht mehr zur Meldepflicht aufgefordert wird (Frauen, die entweder über 45 Jahre alt sind oder ein noch nicht schulpflichtiges oder 2 Kinder unter 14 Jahren haben). Ferner sei verschiedentlich bereits aufgefallen, dass sich Frauen, die unter die Meldepflicht fallen, um ein Pflegekind bemühten, um damit die Voraussetzung zur Freistellung vom Arbeitseinsatz zu erlangen. Es wird in diesem Zusammenhang für dringend notwendig gehalten, gerade den bereits tätigen Frauen gegenüber bezüglich der Notwendigkeit ihrer Weiterarbeit aufklärend zu wirken.

Wie die Meldungen weiter ausführen, ist auch unter den selbständig Berufstätigen, die am 1. 1. 1943 weniger als 5 Gefolgschaftsmitglieder beschäftigten, eine gewisse Beunruhigung entstanden.<sup>10</sup> Man sei sich in diesen Kreisen nicht darüber klar, welche Betriebe die Verordnung umfasse und ob man mit einem allmählichen Abzug der Kräfte, d.h. mit einer Stilllegung «auf kaltem Wege» ohne Einschaltung in die Gemeinschaftshilfe<sup>11</sup> zu rechnen habe. In Fachkreisen herrsche besonders dadurch Unklarheit, dass mehrere Massnahmen gleichzeitig nebeneinanderlaufen und dass auch hier mit sehr vielen «Kann-Bestimmungen» statt «Muss-Bestimmungen» gearbeitet werde.

Einen besonderen Raum nehmen in den Meldungen die Betrachtungen ein, wie die Frauen mit Hausgehilfinnen zu behandeln sind. Es würde nicht verstanden, dass eine Mutter mit einem siebenjährigen Kinde meldepflichtig sei, ohne eine Hausgehilfin zu besitzen, während andererseits eine Frau mit einem fünfjährigen Kinde einsdiesslich Hausgehilfin von der Meldung frei wäre. Man erwarte allgemein, dass in solchen Fällen die Hausgehilfin entzogen werde.

Unklarheit herrsche zurzeit noch bei den Personen, die irgendeine ehrenamtliche Tätigkeit für örtliche Parteistellen, das Rote Kreuz usw. ausübten bezüglich der Wertung ihrer Tätigkeit im Rahmen der Verordnung. Hierzu könne – wie aus Parteikreisen verlautet – festgestellt werden, dass sich viele Frauen aus den sogenannten «besseren Schichten» jetzt plötzlich zur Mitarbeit bei Parteidienststellen meldeten, um auf diese Weise um einen wirklichen Einsatz herumzukommen.

Aus fast allen vorliegenden Berichten ist zu entnehmen, dass der Punkt der Verordnung, welcher die Angehörigen der geistlichen Berufe von der Meldepflicht ausschliesst, zu offenen Missfallensäusserungen geführt habe.<sup>12</sup> Dabei wird teilweise darauf hingewiesen, dass zwar in weiten Bevölkerungsteilen Verständnis für die Notwendigkeit einer besonderen Behandlung der Geistlichen vorhanden sei, dass aber andererseits diese Frage auch in einem internen Begleiterlass hätte geregelt werden können.

Zusammenfassend heben die Berichte hervor, dass auch in Kreisen der Arbeitseinsatzbehörden gewisse Unklarheiten herrschen. Die Verordnung sei im Entwurf geändert und an Dienststellen der unteren Instanzen in verschiedener Fassung weitergegeben worden. Die dadurch entstandene

Noch zu Nr. 356

10. Über die infolgedessen erfolgten oder vorbereiteten Schliessungen von Handelsgeschäften und Handwerksbetrieben und ihre Auswirkungen wurde am 11. März, 1. April und 28. Mai 1943 eingehend berichtet. – 11. Nach der Verordnung über Gemeinschaftshilfe der deutschen Wirtschaft vom 19. 1. 1940 (RGBl. I S. 395) hatten die Inhaber fortbestehender Betriebe einen Teil des Gewinns zur Unterstützung der Inhaber stillgelegter Unternehmen abzuführen. – 12. Ordensangehörige konnten dagegen schon auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1941 dienstverpflichtet werden, über deren im Allgemeinen günstige Aufnahme am 15. De-

Unsicherheit habe sich noch verschärft durch die Uneinheitlichkeit der Kommentare, die teils eine schärfere, teils eine abschwächende Form erkennen liessen.

Den Berichten ist übereinstimmend zu entnehmen, dass die Bevölkerung – und hier vor allem die schaffenden Kreise – gerade bei Durchführung dieser Verordnung eine besondere Gerechtigkeit erwarte. Man erkenne zwar an, dass eine gerechte Durchführung besonders von Reichsminister Dr. Goebbels während seiner Ansprache am 30.1.1943 verkündet worden sei, könne aber nach den bisher im Frauenarbeitseinsatz gemachten Erfahrungen «nicht recht daran glauben». Mit welchem Interesse die Volksgenossen die Durchführung der Verordnung verfolgen, sei z.B. daraus zu erkennen, dass sich verschiedene Arbeiter bereits Adressen von in der Nähe wohnenden Frauen der sogenannten «besseren Schichten» notiert hätten, um festzustellen, ob und in welcher Weise diese Frauen zum Arbeitseinsatz erfasst würden. Derartige «Kontrollabsichten» werden – wie aus einer Meldung hervorgeht – in den öffentlichen Verkehrsmitteln teilweise offen diskutiert. In den vorliegenden Berichten wird deswegen allgemein die Schlussfolgerung gezogen, dass es nicht allein vom arbeitseinsatzmässigen Gesichtspunkt aus nötig sei, die Verordnung mit der angekündigten Schärfe und Gerechtigkeit durchzuführen, sondern dass darüber hinaus eine zu milde Durchführung der Massnahme das Vertrauen des Volkes ganz erheblich beeinflussen würde.<sup>13</sup>

Nr. 357 vom 8. Februar 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Im Mittelpunkt der Gedanken und Gespräche der Bevölkerung steht noch Stalingrad. Der erste Schock ist aber überwunden; auch die Erörterungen über die Ursachen der Niederlage haben etwas nachgelassen. Die Meldung, dass 47'000 Verwundete gerettet werden konnten, hat allgemein Freude und eine gewisse Erleichterung ausgelöst, wenn auch die Verluste auf ein Mehrfaches dieser Zahl bemessen werden. Unter den Angehörigen der Stalingrad-Kämpfer hat die Nachricht von der Bergung der 47'000 Verwundeten allgemein die Hoffnung erweckt, dass gerade ihre Männer

Noch zu Nr. 356

zember 1941 berichtet worden war. – 13. Der Durchführung der Verordnung widmeten die Meldungen weiter ihre besondere Aufmerksamkeit mit der gleichbleibenden Tendenz, auf Ungerechtigkeiten hinzuweisen (11. Februar, 11. März, 5. April, 24. Mai 1943); dabei wurden u.a. «klassenkämpferische Instinkte» festgestellt, andererseits aber auch gezeigt, dass die Industrie häufig nicht in der Lage war, zugewiesene Arbeitskräfte aufzunehmen.

oder Söhne sich darunter befänden. Im Übrigen wird der grosse Kreis von Volksgenossen, die um einen Angehörigen bangen, der in Stalingrad stand, von den Fragen bewegt, wer ist gefallen, wer ist verwundet, wer ist gefangen, und was machen die Russen mit den Gefangenen? In der Ungewissheit um das Schicksal ihrer Männer und Söhne vermögen die Angehörigen der Stalingrad-Kämpfer den Meldungen zufolge aus der «offiziellen Sinnggebung des Opfers»<sup>1</sup> noch keinen Trost zu gewinnen und lehnen zum Teil die Beeinflussungsversuche in dieser Richtung mit der Bemerkung ab, dass «derjenige gut reden kann, welcher niemand bei der 6. Armee gehabt hat».

Die Verluste an Menschen und Material in Stalingrad werden allgemein für schwerwiegender gehalten als der Gebietsverlust. Darüber hinaus sind aber auch die mutmasslichen strategischen Folgen Gegenstand besorgter Erwägungen. Anknüpfend an die kürzliche Meldung, dass in Stalingrad sechs sowjetische Armeen festgehalten worden seien, befürchten die Volksgenossen, dass diese nunmehr frei gewordenen starken Kräfte den Druck am Südabschnitt der Ostfront verstärken, Rostow bedrohen und möglicherweise den Kaukasus abschnüren. Eine Bestätigung dieser Befürchtungen erblickt man im Wehrmachtbericht vom 5. 2. 1943, in welchem von Kämpfen im «Mündungsgebiet des Don» die Rede war. Es sei noch gar nicht abzusehen, so stellt man mit grosser Sorge fest, wann an der Ostfront wieder stabilere Verhältnisse sein und welche Gebiete noch verloren gehen würden. Wenn auch der Kaukasus aufgegeben werden müsse, dann seien alle Anstrengungen des Jahres 1942 vergebens gewesen.<sup>2</sup>

Z. Z. wird wieder viel von der mutmasslichen Dauer des Krieges gesprochen. Die Frage sei heute nicht mehr, wie lange es noch bis zum Siege dauere, sondern wie lange wir den Krieg noch mit Aussicht auf ein günstiges Ende durchhalten könnten. Ein dritter russischer Kriegswinter unter ähnlichen Bedingungen wie die beiden ersten, insbesondere aber hinsichtlich der Kampfkraft des Gegners, sei undenkbar. Im Sommer müsse die Entscheidung im Osten fallen. Die Hoffnungen der Volksgenossen richten sich daher auf die zu erwartende Frühjahrsoffensive, bei der es sich herausstellen werde, ob die Russen wirklich am Ende ihrer Kräfte seien und von deren günstigen Verlauf alles abhängen. In den luftbedrohten

Zu Nr. 337

1. Die Tagesparole des Reichspressechefs vom 3. Februar hatte sie folgendermassen formuliert: «Aus dem unsterblichen Heldentum der Männer von Stalingrad werden sich in der deutschen Nation noch stärker als bisher der Geist und die Kräfte entfalten, die ihr den Sieg sichern, den zu erringen sie jetzt um so fanatischer entschlossen ist»; unter diesem Gesichtspunkt sollte die Presse Stalingrad zum «Mythos» machen (Vertrauliche Informationen Nr. 31/43). – 2. Anfang Februar war die Lage im Süden der Ostfront äusserst bedrohlich, nachdem die russische Offensive, die am 14. Januar begonnen hatte, eine Lücke von 350 km in der deutschen Front aufgerissen hatte, durch die feindliche Truppen an den Flanken der deutschen Armeen vordrangen (Philippi-

Gebieten wird die Ansicht, dass bis zum nächsten Winter die Entscheidung fallen müsse, noch besonders betont, weil die ständigen Luftangriffe mit allen ihren Auswirkungen auf die Dauer unerträglich würden.<sup>3</sup>

Wenngleich die Überlegungen der Volksgenossen z. Z. vorwiegend um das Geschehen an der Ostfront kreisen, so macht man sich doch auch viel Gedanken über die weitere Entwicklung des Krieges mit England und den USA. Ein Teil der Bevölkerung ist allerdings der Ansicht, dass der ganze Krieg im Osten entschieden werde. Viele Volksgenossen aber halten den Kampf gegen die Sowjetunion nur für eine Etappe des gesamten Krieges und sehen mit Beklemmung hinter einem etwa bezwungenen Sowjetrußland die verhältnismässig ungebrochene Macht der Alliierten gegenüber einem dann bedenklich geschwächten Deutschland. Sie setzen grosse Hoffnungen auf den U-Boot-Krieg, während sie die Hilfe der Bundesgenossen äusserst gering einschätzen. Von Japan könne man nicht viel mehr erwarten, nachdem es in dieser kritischen Situation nicht in den Krieg gegen die Sowjetunion eingetreten sei, während die übrigen Verbündeten wertlos seien. Nach Meldungen aus allen Reichsteilen ist z. Z. die Abneigung gegen die Italiener besonders gross. Fast überall ist das Gerücht verbreitet, die italienischen Truppen hätten vor Stalingrad versagt, sie seien bei dem ersten Durchbruchversuch der Russen davongelaufen und hätten deshalb Schuld an der Niederlage. Die Regierungsumbildung in Italien ist weitgehend beachtet worden, die Ablösung des Grafen Ciano im Aussenministerium hat eine gewisse Verwunderung erregt, wurde aber nicht als alarmierend empfunden. Der Duce habe offenbar das Heft noch in der Hand. Nach verschiedenen Meldungen ist allerdings besonders in Süddeutschland das Gerücht verbreitet, der Duce sei schwer krebserkrankt, Professor Sauerbruch, der ihn behandle, habe den Duce bereits aufgegeben und von einer Operation Abstand genommen, weil davon kein Erfolg mehr zu versprechen sei.<sup>4</sup>

Die Bevölkerung rechnet nach der Zusammenkunft zwischen Churchill und Roosevelt in Casablanca<sup>5</sup> und den Besuchen Churchills in der Türkei und auf Cypern vermehrt mit baldiger noch grösserer Aktivität der Alliierten, z.B. mit Landungsversuchen in Norwegen oder an der französischen Atlantikküste, sowie mit grösseren Operationen im Südosten («3. Front»).

Noch zu Nr. 357

Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland. 1962. S. 204). – 3. Neben Berlin waren Düsseldorf und Köln das Ziel stärkerer Nachtangriffe gewesen, während am 27. Januar erstmals ein schwerer Tagesangriff durch amerikanische Flugzeuge erfolgt war, und zwar auf Wilhelmshaven. – 4. Mussolini hatte am 5. Februar selbst das Aussenministerium übernommen und alle anderen Ministerien neu besetzt. Am 11. Februar wurde ergänzend gemeldet, die Mehrheit der Bevölkerung sehe in dieser Massnahme das Zeichen einer schweren Krise; die neue Verwendung Cianos als Botschafter beim Vatikan werde als Vorbereitung für einen vom Papst zu vermittelnden Sonderfrieden Italiens mit den Westmächten gedeutet. – 5. Sie hatte bereits vom 14. bis 26. Januar stattgefunden; auf ihr war die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands er-

Viele Volksgenossen äussern, dass der «Brückenkopf» in Tunesien wohl auch nicht mehr lange gehalten werden könne.<sup>6</sup> Verschiedentlich taucht schon als Schlagwort auf, dass die Front in Tunesien zu einem «zweiten Stalingrad» werden könne.

Bei allen diesen Erwägungen über die militärische Lage suchen die Volksgenossen nach realistischen Anhaltspunkten für eine zuversichtliche Betrachtung der Lage. Im Augenblick könne allein der Glaube an die noch unerschlossenen, freilich aber auch letzten Kraftreserven und an die Gerechtigkeit des Schicksals die Grundlage unseres Durchhaltewillens und die Hoffnung auf den Sieg bilden. In dieser Situation sei die Tatsache besonders bedenklich, dass gerade solche Volksgenossen, denen man auf Grund ihrer gesellschaftlichen oder beruflichen Stellung einen grösseren Weitblick zuspricht und von denen man auch eine besondere Festigkeit der Haltung erwarten müsse, in mehr oder minder offener Weise von ihren Befürchtungen sprechen. Ausgesprochen pessimistische Betrachtungen solcher Leute werden rasch weitergetragen und verstärken die Unsicherheit anderer Volksgenossen durch die Überlegung: «Der muss es ja wissen.» Besonders negativ wirken derartige Erscheinungen, wenn sie von Kreisen ausgehen, die irgendwie der Wehrmacht oder höheren Reichsstellen nahestehen.

Nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung sieht aber die Lage so düster, dass er sich der Apathie hinzugeben geneigt wäre. Selbst solche Volksgenossen, welche nach ihrer eigenen Erklärung an einen Sieg nicht mehr zu glauben vermögen, vor allem aber die Masse der positiv eingestellten Bevölkerung, erwarten mit fast fieberhafter Spannung den weiteren Verlauf der Totalisierungsmassnahmen und den Einsatz ihrer nach wirklich kriegswichtiger Arbeit bzw. zum Frontdienst drängenden Kräfte. Es solle weniger darüber geschrieben, als vielmehr schnell und konsequent gehandelt werden, ist die Meinung, die vor allem in der werktätigen Bevölkerung vertreten wird. Der schlagartig geweckte Wille mitzutun, würde durch den Eindruck gemindert, dass sich die Erfassung der Kräfte bürokratisch anlasse. Die Ankündigung der Schliessung gewisser Einzelhandelsgeschäfte, Handwerksbetriebe, Luxus-Gaststätten u. dgl. hat allgemein Befriedigung ausgelöst, zumal bereits ein Termin angesetzt wurde, bis zu welchem diese Massnahmen abgeschlossen sein sollen und weil diese Anordnung viel schärfer formuliert war als die Verordnung über die Meldepflicht.<sup>7</sup> Nach wie vor wird, vor allem in dem bereits im

Noch zu Nr. 357

hoben worden (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 377 f.). – 6. Diese Befürchtungen eilten einige Monate voraus; denn im Januar und Februar erzielten Deutsche und Italiener in Tunesien noch begrenzte Erfolge. – 7. Wesentlicher Inhalt der Anordnungen des Reichswirtschaftsministers vom 4. Februar in: Das Archiv. Februar 1943. S. 999-1'000. Von der Schliessung betroffen waren

Arbeitseinsatz befindlichen Teil der Bevölkerung, über die mutmasslichen Versuche der «besseren Damen» diskutiert, sich der Arbeitspflicht auf irgendeine Weise zu entziehen. So spricht man – zum Teil mit Recht – davon, dass allenthalben der Versuch gemacht würde, sich schon jetzt ärztliche Atteste für die Befreiung von der Arbeitspflicht zu verschaffen, dass die Arbeitsämter, aber auch direkt gewisse Behörden (Post, Wehrmachtsdienststellen, Wirtschaftsämter usw.) von Frauen überlaufen würden, welche schnell noch «eine angenehme Büroarbeit zu ergattern» suchen, bevor sie «in eine Fabrik gesteckt» würden. Teilweise seien die Frauen durch Ausnützung von Bekanntschaften und «Beziehungen» bemüht, auch noch in den Büros besonders angenehme Arbeitsplätze zu finden, wenn nicht sogar Arbeitsverhältnisse nur zum Schein einzugehen. Nach Meldungen aus allen Reichsteilen fragt man in der Bevölkerung, ob nicht endlich auch die Hausgehilfinnenfrage einer gerechten und befriedigenden Lösung zugeführt werden könne.

Die Inhaber der kleinen Handwerksbetriebe und der von der Schliessung betroffenen Geschäfte machen sich trotz der angekündigten Entschädigung ernste Sorgen um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit nach dem Kriege. Auf dem Lande befürchtet man, dass demnächst auch die letzten deutschen Arbeitskräfte eingezogen und durch Ausländer ersetzt werden, welche schon bis jetzt zahlenmässig in der Mehrheit gewesen seien. Die Anwesenheit so vieler ausländischer Arbeitskräfte wird überhaupt allgemein als Bedrohung der inneren Sicherheit empfunden.

Im Zusammenhang mit der augenblicklichen Kriegslage und den Massnahmen zur Totalisierung des Krieges befassen sich die Volksgenossen auch mit der Frage, ob die derzeitigen Lebensmittelrationen aufrecht erhalten werden könnten. Es wird befürchtet, dass wegen der Gebietsverluste im Osten Kürzungen erforderlich werden müssten. Vor allem macht man sich wegen einer etwaigen Herabsetzung der Brotration grosse Sorgen; mit der augenblicklichen Zuteilung könne man gerade eben auskommen.<sup>8</sup>

Noch zu Nr. 357

u.a. Luxusgeschäfte, Juweliers, ein Teil des Möbel-, Antiquitäten-, Buch-, Tabak- und Spielwarenhandels, Modeateliers, Nachtlokale, Bars, ein Teil der Hotels. – 8. Die Brotration blieb unverändert und wurde im Mai zum Ausgleich für eine Senkung der Fleischzuteilung sogar noch erhöht (vgl. unten Nr. 384).



Nr. 359 vom 15. Februar 1943 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Die Lage an der Ostfront und im Zusammenhang damit auch die Frage nach dem Ausgang des Krieges beherrschen weiterhin die gesamte Bevölkerung, welche versucht, aus Wehrmachtberichten, Feldpostbriefen, Gerüchten, Parolen und «Informationen» über die «wirkliche» Lage an der Ostfront Klarheit zu gewinnen. Die letzten Wehrmachtberichte lösten bei den Volksgenossen abwechselnd Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Front oder neue Besorgnisse aus.<sup>1</sup> Wenn gemeldet wurde, dass der Ansturm der Bolschewisten an Stärke nachgelassen habe, wurden die Volksgenossen zuversichtlicher und hofften, «jetzt haben wir es geschafft». Umgekehrt waren die Auswirkungen, wenn der Wehrmachtsbericht meldete, dass der Druck des Feindes sich verstärkt habe und er mit neuen Kräften angreife. Die Meldungen von der Räumung Krasnodars und von Kämpfen nördlich und östlich von Charkow und nördlich von Kursk wurden nach den vorliegenden Meldungen von den Volksgenossen so ausgelegt, dass die «bolschewistische Lawine» noch nicht zum Stehen gebracht sei. Der Kaukasus müsse nach dem Fall von Krasnodar «abgeschrieben» werden. Mit grosser Sorge wird die Frage erörtert, ob es der Kaukasusarmee gelinge, sich über die Strasse von Kertsch zurückzuziehen. Teilweise fürchten vor allem Angehörige der Soldaten der Kaukasusarmee, dass sich dort ein «zweites Stalingrad» entwickeln könne.<sup>2</sup> Die weitere Entwicklung der Kämpfe im Osten werde meist unter dem Gesichtspunkt besprochen, «dass wir im Frühjahr wieder anfangen müssen, wo wir im Frühjahr 1942 standen». Alle Erfolge und Opfer des letzten Sommers seien vergebens gewesen. Es wird häufig auch für möglich gehalten, dass infolge der Gebietsverluste wieder Kürzungen der Lebensmittellieferungen durchgeführt werden müssten. Weitverbreitet ist die Meinung, dass, wenn es nicht gelinge, im Sommer mit den Russen fertig zu werden, man nicht wisse, wie der Krieg noch gewonnen werden könne, öfter werde sogar die derzeitige Situation mit der von 1918 verglichen. Auch im ersten Weltkrieg hätten wir zuerst immer gesiegt und dann seien die grossen Rückschläge gekommen. Damals wie heute hätte Amerika im Hintergrund gestanden. Die USA hätten «noch gar nicht richtig angefangen», als Deutschland «schon ausgepumpt» gewesen sei.

Zu Nr. 359

1. Gemeldet worden waren einerseits «bedeutende Abwehrerfolge» (11. Februar) und Nachlassen des feindlichen Ansturms (12. Februar), andererseits Verstärkung des Drucks am mittleren Donez (13. Februar). – 2. Im Kubanbrückenkopf konnte das Gros der Heeresgruppe A feste

Die Mehrheit der Bevölkerung setzt nach wie vor einen etwaigen Verlust des Krieges mit dem buchstäblichen Untergang des deutschen Volkes und ganz Europa gleich. Es werden aber aus allen Reichsteilen Erscheinungen gemeldet, die vorerst nur vereinzelt beobachtet wurden, jedoch wegen ihres gefährlichen Charakters beachtet werden müssen:

Aus der Arbeiterschaft höre man die Äusserung, den Arbeitern würde es unter dem Bolschewismus nicht wesentlich schlechter gehen als jetzt. Ältere Arbeiter aus dem früheren roten Lager äusserten, sie hätten unter dem Kaiser, in der Systemzeit und im Dritten Reich schwer arbeiten müssen, und vom Bolschewismus hätten sie nichts anderes, aber wohl auch nichts Schlimmeres zu erwarten, als viel Arbeit und wenig Lohn. Auch die geradezu misstrauische Voreingenommenheit, mit welcher teilweise in der Arbeiterbevölkerung die Einstellung der «oberen Zehntausend» und der «besseren Damen» zur Arbeitspflicht beobachtet bzw. vorhergesagt werde, deute darauf hin, dass klassenkämpferische Gedankengänge, wie sie der z. Z. wieder stärker in Erscheinung tretende Gegner durch Flugblatt-, Schmier- und vor allem Mundpropaganda verbreite, in gewissem Umfange aufgegriffen würden.<sup>3</sup>

Ferner wird aus den westlichen und südlichen Reichsgebieten gemeldet, dass dort Teile der Bevölkerung aller Schichten, besonders katholische und vorwiegend materiell eingestellte – in den Alpengauen auch legitimistische<sup>4</sup> – Personengruppen damit argumentieren, dass diese Gebiete einst zur «anglo-amerikanischen Sphäre» gehören würden. Sie hätten daher nicht soviel zu befürchten, wie die Bevölkerung in Ost- und Norddeutschland, die den Sowjets ausgeliefert sein würde.

Die Meldungen heben ausdrücklich hervor, dass es sich nur um Einzelercheinungen handle. Andererseits sei aber auch nicht zu verkennen, dass diese Zersetzungsversuche eine gewisse Gefahr für labile Volksgenossen darstellten. Nach der Ansicht zuverlässiger Volksgenossen, welche ernsthaft und verantwortungsbewusst bemüht seien, positive Vorschläge zu entwickeln, könnten die Anfänge einer Vertrauenskrise, die z. Z. festgestellt werden müssten, durch kräftige Ansätze der inneren Führung abgefangen werden. Die Bevölkerung verlange nach «entscheidenden Taten» und sei in ihrer überwältigenden Mehrheit bereit, alles dafür einzusetzen. Von den bisher verkündeten bzw. anlaufenden Totalisierungsmaßnahmen

Noch zu Nr. 359

Stellungen gewinnen und über die Strasse von Kertsch versorgt werden. – 3. Die «Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse» hatten im Januar u.a. die Verhaftung deutscher kommunistischer Gruppen in Stärke bis zu 12 Köpfen in Regensburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und von einzelnen Personen wegen kommunistischer Betätigung in Karlsruhe, Gelnhausen, München, ferner eine starke Aktivität getarnter Auslandssender wie «Sturmadler», «SA-Mann Hans Weber» und «Deutscher Volkssender» mitgeteilt. – 4. Über die legitimistische Bewegung oben Nr. 24 Anm. 5.

sei sie noch unbefriedigt. Man könne überall hören, dass «weniger geschrieben und geredet als gehandelt werden solle»; das Entscheidende seien nicht die Stilllegungen selbst, sondern der wirkungsvolle Einsatz der Kräfte. In diesen Stimmen komme nicht nur die Forderung nach einer wirklich umfassenden und möglichst raschen Mobilisierung aller Kraftreserven zum Ausdruck, sondern auch der Wunsch weitester Kreise, dass die seit Stalingrad gewonnene neue innere Einstellung zum Krieg durch die Führung zu einer vollen Auswirkung gebracht werden müsste.

Nr. 361 vom 22. Februar 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels am 18. 2. 1943 ist nach den vorliegenden Meldungen trotz der überraschenden und ziemlich späten Ankündigung von einem grossen Teil der Bevölkerung abgehört worden, darüber hinaus durch die Wiederholung der Übertragung, durch den Abdruck in der Presse und durch die rege Besprechung ihres Inhalts in weiteste Kreise der Bevölkerung eingedrungen.<sup>1</sup> Ihre Wirkung sei, darin stimmen die Meldungen überein, ungewöhnlich gross und im Ganzen sehr günstig gewesen. Die Volksgenossen, die durch die jüngste Entwicklung an der Ostfront, vor allem die alarmierende Nachricht von der Räumung Charkows<sup>2</sup>, wieder an einem Tiefpunkt der Stimmung angelangt gewesen seien, hätten sich nach einer klaren Darstellung der Lage geradezu gesehnt. Die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels habe trotz ihrer sehr offenen Darstellung des Ernstes der Situation entspannend gewirkt und die Zuversicht und das Vertrauen zur Kriegsführung erneut gestärkt. Dr. Goebbels habe es verstanden, eine Begeisterung und «Kampfzeitstimmung» im Sportpalast zu entwickeln, die sich dem Hörer am Rundfunk vermittelt habe.

Die These von der «Gefahr im Verzüge» habe die Befürchtung vieler Volksgenossen, dass von einer Stabilisierung der Ostfront noch nicht die Rede sein könne, dass die Serie der Rückschläge noch nicht zu Ende sei und der Krieg noch manche ernste Wendung nehmen könne, bestätigt. Teilweise seien sich die Volksgenossen erst jetzt über den «furchtbaren Ernst der Lage» klar geworden. Sie seien zwar erschüttert, aber nicht

Zu Nr. 361

1. Vgl. dazu G. Moltmann, Goebbels' Rede zum totalen Krieg. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 12. 1964. S. 13-43. Wortlaut der Rede in: Das Archiv. Februar 1943. S. 975-992. –

2. Der Verlust Charkows war am 18. Februar gemeldet worden, also unmittelbar vor der Rede. –

verzweifelt. Die Bevölkerung sei der Führung dankbar, dass sie endlich ganz offen gesprochen und «reinen Wein eingeschenkt» habe. Vielfach sei allerdings der Wunsch geäußert worden, nunmehr auch – soweit mit der militärischen Geheimhaltung vereinbar – noch mehr konkrete Einzelheiten über die militärische Entwicklung zu erfahren.<sup>3</sup> Vereinzelt sei bemerkt worden, Dr. Goebbels habe die Lage «schwärzer gemalt, als sie sei», um den Totalisierungsmaßnahmen Nachdruck zu verleihen. Bei der Behandlung dieser Massnahmen habe Dr. Goebbels der Bevölkerung «aus dem Herzen gesprochen», wenn auch verschiedentlich festgestellt worden sei, dass seine Ausführungen über die bisher bekannten Massnahmen und Gesichtspunkte nicht hinausgegangen seien und nach wie vor darüber gesprochen werde, dass der totale Krieg «reichlich spät» durchgeführt werde. Die Ankündigung radikalster Durchsetzung der Massnahmen habe überall grösste Zustimmung ausgelöst. Die Zweifel an ihrer gerechten Durchführung in allen Volksschichten seien zurückgegangen, wenn auch immer noch nicht verstummt.

Der letzte Teil der Rede sei uneinheitlich aufgenommen worden. Zwar sei allgemein die Schlagkraft der 10 Fragen<sup>4</sup> hervorgehoben, jedoch von Volks- und Parteigenossen aus allen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, dass der propagandistische Zweck dieser Fragen und Antworten den Hörern und Lesern allzusehr zum Bewusstsein gekommen sei.<sup>5</sup>

In der Bevölkerung werden weiterhin mit grossem Ernst die Fragen besprochen, wo die Front zum Stehen kommen werde, warum Stalingrad sein musste, welche Opfer an Menschen, welche Verluste an Waffen, Material und für die Versorgung wichtiger Gebiete die Rüdzüge kosten würden und welchen Erfolg die Frühjahrsoffensive haben werde. Wie die Meldungen zum Ausdruck bringen, ist der grössere Teil der Bevölkerung geradezu ängstlich bemüht, sich vor Enttäuschungen, die durch eine optimistische Betrachtung der militärischen Lage entstehen könnten, zu bewahren. Die Meinung, dass die gegenwärtigen Rückzüge in den Plan der kommenden deutschen Frühjahrsoffensive einbezogen und daher weniger bedenklich seien, wäre «zu schön, um wahr zu sein». Nur vereinzelt werde die Vermutung geäußert, dass die Bolschewisten möglichst weit von ihren Nachschubbasen weggelockt werden sollten, um sie dann im Frühjahr einzukesseln und endgültig zu vernichten.

Noch zu Nr. 361

3. Die späteren Meldungen ergeben, dass dieser Wunsch nicht erfüllt wurde. – 4. Goebbels hatte die Teilnehmer an der Kundgebung im Sportpalast als «Repräsentanten der Nation» gefragt, ob sie an den endgültigen Sieg glaubten, ob sie entschlossen seien, den Krieg bis zum Sieg fortzusetzen, alle Belastungen, auch löstündiger täglicher Arbeitszeit, auf sich zu nehmen, ob sie den Einsatz aller Frauen und die Todesstrafe für Drüdceberger und Schieber wollten. Am bekanntesten wurde die vierte Frage: «Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?» – 5. Eine Einschränkung

Die meisten Volksgenossen setzten alle Hoffnungen auf die Frühjahrs-offensive, ohne sich schon genauere Feststellungen über deren Ziele und Erfolge machen zu können. Nachdem seitens der Führung jetzt mehrfach zugegeben worden sei, dass die Kampfkraft des Feindes nicht richtig eingeschätzt wurde, frage die Bevölkerung, ob nunmehr Klarheit darüber bestünde, was die Russen noch zu leisten vermöchten. Sehr viele Volksgenossen seien jetzt mehr denn je geneigt, die militärische Stärke der Sowjetunion als unbegrenzt anzusehen.

Die Erfolgsmeldungen aus Tunesien sind überall freudig begrüsst worden, weil sie ein kleines Gegengewicht gegen die sehr ernsten Nachrichten von der Ostfront darstellten.<sup>6</sup> Die Aufmerksamkeit und Anteilnahme gelte aber vorerst noch ungeteilt den Vorgängen im Osten, so dass die militärischen Meldungen von den anderen Fronten, wie auch die sonstigen innen- und aussenpolitischen Nachrichten «nur am Rande vermerkt» worden seien.

Nr. 363 vom 1. März 1943 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Reichsteilen hält die Besserung der allgemeinen Stimmung an.<sup>1</sup> Trotz der vorsichtigen und abwartenden Haltung der Bevölkerung setze sich von Tag zu Tag mehr die Ansicht durch, dass die Stabilisierung der Front jedenfalls im Südabschnitt gelungen und die Initiative wieder auf die deutsche Wehrmacht übergegangen sei. Als besonders eindrucksvoll hätten sich die Meldungen von der Vernichtung einiger russischer Gardekorps einschliesslich ihrer Kommandeure, ebenso alle zahlenmässigen Angaben über die feindlichen Verluste erwiesen.<sup>2</sup> Die Volksgenossen sähen darin einen teilweisen Ausgleich für die deutschen Opfer an Truppen und Heerführern in Stalingrad. Eine klare Vorstellung über den Verlauf der Ostfront und die Richtung der feindlichen wie der eigenen Operationen habe die breite Masse der Bevölkerung aber noch nicht. Dies ergebe sich aus den immer wieder

Noch zu Nr. 361  
dieser Feststellung unten Nr. 364. – 6. Deutsche Panzerverbände hatten amerikanische Truppen angegriffen und ihnen erhebliche Verluste auch an Gefangenen zugefügt.

Zu Nr. 363

1. Sie war am 25. Februar darauf zurückgeführt worden, dass der Wehrmachtbereich vom 23. mitgeteilt habe, die weitgesteckten Ziele des Feindes im Süden der Ostfront seien gescheitert, und dass nach der Goebbels-Rede sich die Überzeugung gefestigt habe, das Volk werde offen über Rückschläge unterrichtet. – 2. So hatte der Wehrmachtbericht vom 28. Februar für die Zeit

geäußerten Befürchtungen, dass die Ukraine verlorengehen könne.<sup>3</sup> «Wenn wir die Ukraine verlieren, dann werden wir wieder hungern müssen, und wie sollen wir dann 10, 12 oder 16 Stunden arbeiten», werde von einfachen Volksgenossen geäußert.

Einen breiten Raum in den nach wie vor sehr lebhaften Erörterungen über die Kriegslage nimmt die kommende Frühjahrsoffensive ein. Hierbei trete zutage, dass ein grosser Teil der Volksgenossen in dieser Offensive den «Endkampf» sehe, von welchem der Ausgang des Ostfeldzuges und damit des ganzen Krieges abhängt. In der Beurteilung der eigenen Aussichten für diesen Kampf seien die Volksgenossen meist sehr vorsichtig und teilweise skeptisch. Immer wieder würde auf die «ungeheuren Menschenreserven der Sowjets» und die «sagenhaften Produktionsstätten im Ural» hingewiesen, wo angeblich hunderttausende Chinesen arbeiteten, während über die Stärke der Wehrmacht und das deutsche Rüstungspotential keine klaren Begriffe beständen.

Die Proklamation des Führers zum Jahrestag der Parteigründung habe, da sie nicht besonders angekündigt und auch nicht durch Rundfunk übertragen wurde, geringere Beachtung gefunden als die anderen Kundgebungen der letzten Wochen.<sup>4</sup> Als wesentliche Neuigkeit sei die Ankündigung des Führers bezeichnet worden, dass nunmehr auch die für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlichen Länder zu Leistungen herangezogen und fremde Leben nicht geschont würden. Die Volksgenossen glaubten, dass Rohstoffvorkommen und Industrie der besetzten Gebiete nunmehr restlos für die deutsche Rüstung eingespannt und auch Zwangsrekrutierungen für die deutsche Wehrmacht vorgenommen würden. Die Siegeszuversicht des Führers sei in der Proklamation sehr wirkungsvoll zum Ausdruck gekommen. Vereinzelt sei aber auch gefragt worden, ob die Voraussage, dass die Feinde «nach diesem Winter die furchtbarste Enttäuschung erleben» würden, auch Wirklichkeit werden könne. Auch die Worte: «Euch allen sind die Umstände bekannt, weshalb es dem Feind im Osten gelungen ist... einen Teil jener Erfolge aufzuheben, die ... im Sommer erkämpft worden sind» hätten insofern nicht durchweg Zustimmung gefunden, als viele Volksgenossen äusserten, dass bei ihnen über die Ursachen der militärischen Entwicklung in diesem Winter keineswegs völlige Klarheit herrsche.

Unter den verschiedenen Fragen, welche von der Bevölkerung im Hinblick auf etwaige ungünstige Entwicklungen erörtert werden, spielt den

Noch zu Nr. 363

vom 20.-26. die russischen Verluste mit über 14'000 gezählten Toten, mehreren tausend Gefangenen, 464 Panzern und Panzerspähwagen, 606 Geschützen angegeben. Es waren das die ersten Erfolge einer am 22. Februar begonnenen Gegenoffensive. – 3. Am 18. Februar war gemeldet worden, dass die Gerüchte über eine bevorstehende Kürzung der Brot-, Fleisch- und Fettrationen auf Grund der Nachrichten von Kämpfen bei Charkow zugenommen hätten. – 4. Wortlaut der

Meldungen zufolge das Problem der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen eine besondere Rolle.<sup>5</sup> Man mache sich grosse Sorge darüber, wie sich die Ausländer verhalten würden, wenn der Krieg in ein kritisches Stadium trete und vom Osten her oder durch eine Landung anglo-amerikanischer Truppen im Westen näher an die Grenzen des Reiches herangetragen werde. Die schadenfrohe, siegesbewusste und zum Teil sogar aufsässige Haltung, welche von einer Reihe von Ausländern, vor allem von Ostarbeitern, seit Stalingrad an den Tag gelegt werde, lasse nach der Ansicht vieler Volksgenossen darauf schliessen, dass die Ausländer nur auf den geeigneten Moment warteten, um durch Sabotage und sonstige feindliche Handlungen im Innern des Reiches Unruhe und Schaden zu stiften. Viele Volksgenossen, vor allem Frauen, leiden nach den Meldungen unter beängstigenden Vorstellungen von der Behandlung, der sie und ihre Kinder möglicherweise von aufständischen Ausländern ausgesetzt sein könnten. Vereinzelt sei bereits festzustellen, dass Volksgenossen sich durch eine entsprechende Behandlung der fremdvölkischen Arbeitskräfte für den äussersten Fall Entgegenkommen zu sichern suchten. In vielen Gebieten ist eine Erzählung verbreitet, wonach eine Ostarbeiterin ihrer Herrin erklärt habe, sie würde wegen der ihr zuteil gewordenen guten Behandlung dafür sorgen, dass ihre Herrschaft, wenn die Bolschewisten ins Land kämen, nicht gefoltert, sondern «gleich erschossen» würde. Aus den nördlichen und östlichen Reichsteilen wird von ernsthaften Überlegungen mancher Volksgenossen berichtet, wie man sich auf einen Einfall der Bolschewisten in diese Gebiete zweckmässig vorbereiten könne. So erwäge man eine Übersiedlung in andere Reichsteile, Kapitalanlagen in süddeutschen Werten – vor allem bayerische Brauereiaktien seien gefragt – u. dgl.

Aus den Alpenregionen wird berichtet, die dortige Bevölkerung stelle mit Unmut fest, dass die Fremdenverkehrsorte weiterhin mit Frauen überfüllt seien, welche nach ihrer ganzen Erscheinung keine erholungsbedürftigen Rüstungsarbeiterinnen sein könnten.<sup>6</sup> Besonders die «Hosenweiber mit Indianerbemalung» seien ein Stein des Anstosses. Auch anderwärts – z.B. in Berlin – fallen die Damen, welche auf der Strasse in Hosen aus besten Herrenanzugsstoffen herumlaufen und auch sonst erkennen lassen, dass sie diese Kleidung nicht aus beruflichen Gründen (wie etwa Schaffnerinnen) tragen müssen, neuerdings wieder besonders unangenehm

Noch zu Nr. 363

Proklamation vom 24. Februar bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1990-1993; Grundgedanke war wieder, dass die Krisen ebenso wie diejenigen der «Kampfzeit» mit dem Sieg des Nationalsozialismus enden würden. – 5. Bereits am 25. Februar war ein besonderer Bericht über «Rückwirkungen der militärischen Ereignisse an der Ostfront auf die im Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte» vorgelegt worden; darin waren die aufgetretenen negativen Erscheinungen als nicht allzu schwerwiegend bezeichnet, eine Lockerung der Disziplin und Arbeitsmoral bei Ostarbeitern vor allem festgestellt worden. – 6. Vgl. oben

auf. Mit besonderer Kritik würden auch Zeitungsinserte, in denen ein Hotel «Empfangsdamen, Maniküren und Pediküren» oder «ältere Dame eine Gesellschafterin» sucht, aufgegriffen. Nach wie vor beobachte die werktätige Bevölkerung mit gespannter Erwartung und Misstrauen die Haltung der besitzenden Schichten. Das Verbot des Reitens im Berliner Tiergarten werde vielfach als Argument dafür vorgebracht, dass die «Oberen immer wieder mit Glacehandschuhen angefasst» würden. Mit einem Verbot des Reitens im Tiergarten sei es nicht getan. Die Besitzer könnten ja ihre Pferde auswärts halten und dort reiten. Das einzig Richtige wäre, die Pferde für die Wehrmacht zu beschlagnahmen und die Reiterinnen schnellstens in Rüstungsfabriken zu stecken. Eine grössere Anzahl von gemeldeten Einzelstimmen lasse erkennen, dass die Bevölkerung den Wunsch habe, über die Ergebnisse der verschiedenen Aktionen (Frauenarbeitseinsatz, Schliessung von Luxuslokalen und Geschäften) laufend unterrichtet zu werden. So sei z.B. angeregt worden, die Schliessung von Lokalen und Geschäften durch einheitliche Schilder kenntlich zu machen, aus denen sich ergebe, dass der Betrieb im Zuge der Totalisierung des Krieges geschlossen und eine bestimmte Zahl von dort bisher beschäftigten Männern und Frauen in die Wehrmacht bzw. in die Rüstungsindustrie überführt worden sei.<sup>7</sup>

Nr. 364 vom 4. März 1943 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### Zur Aufnahme der Kriegswochenschau vom 27.2. bis 5.3.1943

Zuverlässige Beobachtungen lassen erkennen, dass die Wochenschau ihre frühere besondere Volkstümlichkeit unter den Führungsmitteln noch nicht wieder hat erlangen können, wenn auch im Einzelnen die wieder zunehmende Aktualität und Eindringlichkeit der Filmberichterstattung anerkannt wird.<sup>1</sup> Es liegen Feststellungen aus breiteren Bevölkerungskreisen

Noch zu Nr. 363

Nr. 309. – 7. Am 11. März hiess es in «Meldungen über die Geschäftsschliessung im Einzelhandel», diese hätten vielfach nicht dazu geführt, dass einsatzfähige Arbeitskräfte für andere Verwendung frei geworden wären, die Bevölkerung mache sich auch Sorgen, bei einer zu starken Verringerung der Läden noch schlechter versorgt zu werden. Da Ohlendorf neben seiner Stellung als Chef des Inlandsnachrichtendienstes auch Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Handel war, dürfte derartigen Berichten eine gewisse Tendenz nicht abzusprechen sein.

Zu Nr. 364

1. Z.B. war am 4. Februar über die Aufnahme der Wochenschau vom 31. 1. bis 5. 2. gemeldet worden, der Zuschauer gewinne von ihr im Gegensatz zu Presse und Rundfunk den



vor, dass man nicht mehr allein um der Wochenschau willen ins Lichtspieltheater gehe und ihretwegen nicht mehr all die unerquicklichen Begleitumstände, die ein Filmbesuch oft mit sich bringe, wie das Anstehen um die Karten, auf sich nehmen wolle. Jedenfalls liegen spontane Äusserungen zur Wochenschau nurmehr selten vor. Stellungnahmen zu den einzelnen Bildstreifen können im Allgemeinen nur noch gewonnen werden, wenn man einzelne Lichtspieltheaterbesucher auf das Gesehene hin anspricht.

Wenn demzufolge aus hier vorliegenden Berichten hervorgeht, dass die Wochenschau «stimmungs- und meinungsbildend gegenwärtig nicht im Vordergrund stehe», so ist bei den Besuchern der Wochenschau allerdings ein tiefer Eindruck der Bildfolgen von der Sportpalastkundgebung vom 18. 2. 1943 feststellbar.<sup>2</sup> Es wird bestätigt, dass dieser Filmbericht die propagandistische Wirkung der Sportpalastkundgebung noch wesentlich gesteigert und nachträglich auch dort erhöht hat, wo bisher noch Skepsis herrschte. Auch zurückhaltendere Bevölkerungskreise konnten sich der nunmehr im Bilde sichtbaren hinreissenden Wirkung der Rede und ihres spürbaren Widerhalls bei den Teilnehmern der Kundgebung nicht entziehen. Man anerkennt, dass die Kamera alles, was der Redner ausführte, ins Optische übersetzt und die charakteristische «Sportpalast-Atmosphäre» sich damit auch auf die Wochenschaubesucher übertragen habe. Man äusserte, dass ein Wochenschaubesuch selten eine so eindringliche und plastische Ergänzung der Presse- und Rundfunkberichterstattung dargestellt habe. «Die Bilder schlugen hier wirklich Funken. Es ist eben doch etwas ganz anderes, wenn man das alles selbst sieht, das wirkt viel mitreissender als das Wort aus dem Lautsprecher.» Man habe feststellen können, dass hier nicht nur «Rabauken und Hurraschreier» eingeladen gewesen seien, sondern dass die Teilnehmer «wirklich wie zum Sturm aufstanden».<sup>3</sup> Zu der Wirkung trug vor allem die allgemein dankbar begrüßte Wiedergabe der eigenen Worte des Sprechers bei. «Hier ist endlich einmal das gebracht worden, was sich viele Besucher schon längst und immer wieder gewünscht haben: der Redner spricht selbst. Man sieht also, dass es geht...» Es wird allgemein gewünscht, dass bei derartigen Aufnahmen auch in Zukunft nicht ein unbekannter Sprecher, sondern der Redner selbst gehört werden kann.

Wenn die anschliessenden Aufnahmen vom Fraueneinsatz besonders bei weiblichen Besuchern stimmungsmässig vorwiegend gute Auswirkungen gezeigt haben<sup>4</sup>, so deshalb, weil man zu erkennen glaubte, dass es

Noch zu Nr. 364

Eindruck, «als ob wir an allen Fronten Sieger seien». – 2. Wochenschau Nr. 10/631/1943; vgl. dazu Moltmann in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12. 1964. S. 42, der auch Goebbels Tagebuchäusserung wiedergibt, diese Wochenschau sei «eine wahre Meisterleistung optischer Übertragung einer Massenkundgebung». – 3. Nach dem Bericht in «Das Archiv», Februar 1943. S. 990,

auch in der Rüstungsindustrie «leichtere und für Frauen geeignetere Arbeiten» gebe, dass man «nicht schwarz zu sehen brauche, wenn es überall so sei», und dass «ja wohl alles getan werde, um den Übergang zu erleichtern». Misstrauen in die gezeigten Bilder setzte dort ein, wo der Arbeitsinsatz besonders «schmackhaft» gezeigt wurde. Es sei das alles «zu schön, um wahr zu sein». Insbesondere sind die Bilder aus dem Arbeitsamt mit Misstrauen und vorwiegend ablehnend aufgenommen worden. Sei es, dass man es für unmöglich hält, «jede Frau hinsichtlich ihres Arbeitseinsatzes im Plauderton zu beraten». Sei es, dass man allzusehr aus eigener Erfahrung zu wissen glaube, welcher Ton auf den Arbeitsämtern herrsche, um sich von solcher liebenswürdig-individuellen Behandlung, wie sie im Bild gezeigt wird, überzeugen zu lassen.

Nachdem sich die meisten Besucher daran gewöhnt haben, in der Wochenschau nunmehr umfangreichere Bildstreifen aus dem Leben und dem Einsatz der Heimat in interessierenden Ausschnitten zu sehen und eine propagandistische Unterstützung des totalen Kriegseinsatzes durch die Wochenschau aufgeschlossen hinzunehmen, treten die Stimmen mehr zurück, die Kritik daran üben, dass die eigentlichen Frontaufnahmen «zu kurz und nichtssagend» seien. Unter diesem Gesichtspunkt werden die Aufnahmen aus Tunis, selbst in Anbetracht dessen, dass sie kaum eigentliche Kampfbilder zeigen, einigermaßen interessiert aufgenommen.<sup>5</sup> Man anerkennt einen «logischen Aufbau» dieser Bildfolge und bestätigt, dass der Bildbericht aus Tunis den Eindruck hinterlässt, dass es dort «vorwärts und nicht rückwärts geht». Eine beruhigende Wirkung geht von dem, allerdings meist als viel zu kurz empfundenen Bildstreifen aus, der Generalfeldmarschall Rommel zeigt. «Seine Anwesenheit in Tunesien gibt ein Gefühl der Sicherheit» und trägt auch zur Zurückweisung kursierender Gerüchte weiterhin bei. Es wird verschiedentlich berichtet, dass das Erscheinen Rommels im Bilde freudige Zurufe und Beifallklatschen veranlasst hat. Man fragte sich allerdings vereinzelt, ob es sich hier tatsächlich um neuere Aufnahmen handle. Der gezeigte Masseneinsatz von Transportflugzeugen erweckte allgemein Staunen und Zuversicht. «So etwas hatte man sich nicht vorgestellt.» Entsprechende Erläuterungen des Anсagers hätten, so meint man gelegentlich, darauf hinweisen können, dass sich durch die Notwendigkeit des dortigen massierten Einsatzes ein zeit-

Noch zu Nr. 364

hatte sich bei Goebbels' Frage, ob das Vertrauen zu Hitler gläubiger denn je sei, «die Menge wie ein Mann» erhoben und «die Begeisterung der Masse» sich «in einer Kundgebung nicht dagewesenen Ausmasses» entladen; Goebbels hatte mit den Worten geendet: «Nun Volk steh auf, und Sturm brich los!» – 4. Diese Bilder entsprachen einer in den «Meldungen» gegebenen Anregung, der verbreiteten Vorstellung entgegenzutreten, dass Fabrikarbeit besonders schmutzig und anstrengend sei. – 5. Gezeigt wurden ausser der Front bei Gabes Aufnahmen vom Eintreffen von Nachschub und von der Stadt Tunis.-

bedingtes Zurücktreten der Tätigkeit unserer Luftwaffe an anderen Teilen der Gesamtfront erkläre. Etwas primitiv erschienen im Bild gezeigte Befestigungsanlagen in Tunis im Gegensatz zu den Worten des Sprechers: «Damit wird die Front gegen jeden Einbruchversuch abgeriegelt.»

Verhältnismässig geringen Eindruck hinterlassen die Bildstreifen von der Ostfront. Die derzeitige «offene Berichterstattung» von der Härte des Geschehens im Osten wird zwar anerkannt. Es gilt dies insbesondere von den Aufnahmen, die das «planmässige Absetzen vom Feinde» zeigen.<sup>6</sup> Man könne sich jetzt deutlicher vorstellen, was hierunter zu verstehen sei und habe überdies das Gefühl, dass der Rückzug ohne allzu grosse Materialeinbussen vor sich gehe. Auch die Miteinbeziehung der dortigen Bevölkerung in den offensichtlich planmässig verlaufenden Rückzug wirkte sich stimmungsmässig günstig aus. Einmal dahingehend, dass es sich hier wirklich um grossangelegte Bewegungen handle, zum anderen, weil man daraus neuerdings eine Bestätigung dafür sehe, dass es die russische Bevölkerung selbst vorziehe, sich dem Schutz der deutschen Waffen anzuvertrauen und nicht mehr unter das Sowjet-Regime zurückzukehren. Während diese Bildberichte unter den Besuchern in der Heimat starkes Interesse hervorrufen, mehren sich allerdings die Stimmen von Fronturlaubern, die sich über das Gezeigte brüsk und abfällig äussern, indem sie darauf hinweisen, dass das alles keinesfalls so «planmässig» vor sich gehe. Die am militärischen Geschehen innerlich unmittelbar beteiligten Volksgenossen aber verweisen darauf, dass ja nun allerdings gerade jetzt der Wehrmachtbericht wieder Hoffnungen hinsichtlich einer Festigung unserer Ostfront erwecke<sup>7</sup> und demzufolge deprimierende Rückzugsbilder im augenblicklichen Zeitpunkt doch schon wieder überholt wirken. Es sei denn, man verbinde damit eine propagandistische Absicht, nämlich durch «harte» Bildberichte die Notwendigkeit des verschärften Kriegseinsatzes auch den etwa noch zögernden Volksgenossen vorzuhalten.

Die Schlussbilder der Wochenschau vom Abschuss eines Sowjet-Fliegers wirkten auf viele Besucher gerade wegen ihrer technischen Unvollkommenheit besonders «echt». Sie werden als «prima» und gut gelungen bezeichnet. Gelegentlich wird jedoch der Schluss der Wochenschau mit diesem Bildstreifen als zu «abgerissen» empfunden.

Unter den Wünschen für die künftige Gestaltung der Kriegswochenschau steht immer wieder im Vordergrund das dringende Verlangen, den Führer zu sehen. «Nach den hier erfassten Äusserungen zahlreicher Volksgenossen», heisst es in einem Bericht, «wird es für dringend notwendig gehalten, dass der Führer in einer der nächsten Wochenschauen in einem

Noch zu Nr. 364

6. Es wurden u.a. Bilder von Auffangstellungen am Donez und von einem Flüchtlingszug mit Kamelen gebracht. – 7. Oben Nr. 363 Anm. 1 und 2.

grösseren Bildbericht gezeigt wird, nicht zuletzt, um neuerlichen hartnäckigen Gerüchten über eine Erkrankung oder gar Verwundung des Führers wirksam entgegenzutreten». Andere Berichte bestätigen, dass «der Ernst der Lage es unbedingt erfordern würde, dass der Führer sich einmal wieder in der Öffentlichkeit sehen lasse».

All die vorstehend zusammengefassten Äusserungen zur gegenwärtigen Kriegswochenschau stehen, wie eingangs erörtert wurde, augenblicklich allerdings nicht im Mittelpunkt der Gespräche, nachdem infolge der allgemeinen stimmungsmässigen Einstellung weitere Bevölkerungskreise sich gegenüber einer Beeinflussung durch die Wochenschau zurückhalten. Derartige Beobachtungen werden immer wieder bestätigt durch Einzelberichte, aus denen hervorgeht, dass die Wochenschau vielfach gemieden wird. Etwa, wenn aus Wien berichtet wird, dass in einem dortigen Lichtspieltheater, das die Wochenschau nach dem Hauptfilm bringt, schon am Sonntag, also an einem Tag, an dem die neue Wochenschau den meisten Filmbesuchern doch noch unbekannt ist, 40 Prozent der Besucher das Theater nach Schluss des Spielfilms verlassen haben, ohne die Wochenschau sehen zu wollen. Ähnlich berichtet z.B. auch Kattowitz, dass dort ein Fünftel der Besucher das Lichtspieltheater vorzeitig verlässt, ehe die Wochenschau angelaufen ist. In den Sondervorführungen der Wochenschau im Stuttgarter Ufa-Palast am 1. und 2. 3. 1943 sind nur 25-30 Besucher gezählt worden.

Nr. 365 vom 8. März 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Im Stimmungsbild der letzten Tage hielten sich die Erfolge im Süden<sup>1</sup> und die – von der Bevölkerung meist als Rückzüge bezeichneten – Frontverkürzungen<sup>2</sup> an anderen Abschnitten der Ostfront die Waage. Der grössere Teil der Volksgenossen verhalte sich zur militärischen Entwicklung abwartend und frage nicht so sehr danach, wo und wie weit die deutsche Front in der nächsten Zeit noch zurückverlegt werden müsse, sondern ob es in diesem Jahr gelingen werde, die Sowjets endgültig zu bezwingen. Bei diesen Erörterungen klinge stets die Besorgnis durch oder werde sogar offen ausgesprochen, dass ein dritter Kampfwinter im Osten undenkbar sei und deshalb die Entscheidung in diesem Sommer fallen müsse.

Zu Nr. 365

1. Die Erfolge der deutschen Gegenoffensive vom 22. Februar hatten die russische Führung veranlasst, die im Raum Charkow nach Westen vorgestossenen Verbände zurückzuziehen. – 2. Die

Die Meldungen heben hervor, dass es zurzeit schwierig sei, die Haltung und Gesinnung der Volksgenossen zutreffend darzustellen. Auf der einen Seite werde in einer Art und Weise über die Zukunftsaussichten gesprochen, die man als sehr niedergeschlagen und wenig hoffnungsfroh, teilweise sogar als defaitistisch bezeichnen müsse. Jedoch würden viele Volksgenossen, die jetzt davon sprächen, dass schon alles verloren sei, dennoch hundertprozentig ihre Pflicht tun und sich gewiss auch in noch stärkeren Belastungsproben bewähren. Andererseits sei es unverkennbar, dass die gute Haltung mancher Volksgenossen auf dem bewussten Bestreben beruhe, so zu erscheinen, wie man es von ihnen erwarte. Hinter einem äusserlich aufrechten und optimistischen Gebaren würden sie ihre Zweifel und Sorgen verbergen im Bewusstsein der Verpflichtung, durch gute Haltung beispielgebend sein zu müssen. Der Teil der Bevölkerung, welcher trotz klarer Erkenntnis von den bis zur Erringung des Endsieges noch zu bewältigenden Schwierigkeiten sich von den Besorgnissen und Ängsten anderer Volksgenossen nicht anfechten lasse, trete äusserlich am wenigsten in Erscheinung. Diese Volksgenossen würden sich an den Diskussionen über den weiteren Verlauf und den Ausgang des Krieges kaum beteiligen, weil sie solche Erörterungen für zwecklos hielten und in der Erfüllung der jedem übertragenen Pflichten die Garantie dafür erblickten, dass «wir uns durchbeissen werden».

Die bereits einmal gemeldete Tendenz, für den Fall des Kriegsverlustes die Hoffnung auf eine Aufteilung Deutschlands in eine sowjetische und eine anglo-amerikanische Interessensphäre zu setzen<sup>3</sup>, nimmt nach den vorliegenden Meldungen aus den südlichen Reichsgebieten an Verbreitung zu. Auch ausserhalb der legitimistischen Kreise rede man in der Bevölkerung der Alpengaue<sup>4</sup> von einem unter anglo-amerikanischer Protektion zu errichtenden neuen Kaiserreich. Ebenso haben sich die Meldungen gemehrt, wonach die Parole, dass die werktätige Bevölkerung vom Bolschewismus nicht allzuviel zu befürchten habe, nicht ohne Wirkung bleibe.

Seit dem Beginn der Geschäftsschliessungsaktion werden auch häufiger Äusserungen gemeldet, dass der Nationalsozialismus sich in der Praxis immer mehr den bolschewistischen Methoden annähere. In den Kreisen des Bürgertums, die von der Stilllegung einzelner Branchen unmittelbar betroffen werden, prophezeie man den «Untergang des Mittelstandes» zugunsten einer staatskapitalistischen Konzentration der Wirtschaft, von welcher eine kleine Führungsschicht allein den Vorteil haben werde. In diesem Hin und Her der Meinungen würden die Volksgenossen, so heben die Meldungen hervor, unsicher und vermissten vielfach eine klare

Noch zu Nr. 365

Heeresgruppe Mitte hatte ihre Front um 230 km verkürzen können. – 3. Oben Nr. 359. – 4. Statt Österreich oder Ostmark war die Bezeichnung Alpen- und Donaureichsgaue vorgeschrieben.

Anleitung, um mit solchen Fragen innerlich fertig zu werden. Es könne sich niemand eine rechte Vorstellung darüber machen, welche Gestalt das Reich in innenpolitischer, aussenpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach dem Kriege haben würde. Die durch den Krieg auf allen Lebensgebieten bedingten Veränderungen seien so einschneidend, dass der alte Zustand nachher unmöglich wieder hergestellt werden könne. Seitens der Führung werde zurzeit nur der Gedanke des Kampfes um Sein oder Nichtsein herausgestellt. Die Volksgenossen möchten aber darüber hinaus wissen, wie sich ihr Leben gestalten werde, wenn sie aus diesem Krieg nach dem Wort des Führers als «Überlebende»<sup>5</sup> hervorgehen.

Nr. 367 vom 15. März 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die Feststellung im Wehrmachtbericht vom 12. 3. 1943, dass die Hoffnung der Bolschewisten auf eine Wiedergewinnung der Ukraine zunichte gemacht sind, sowie die Nachrichten von den Kämpfen um Charkow bis zur Wiedereinnahme<sup>1</sup> haben bei vielen Volksgenossen die letzten Zweifel an der Stabilisierung der Ostfront und der wiedergewonnenen deutschen Initiative beseitigt. Es habe sich jetzt weitgehend die Auffassung durchgesetzt, dass die gemeldeten Frontverkürzungen wirklich auf einer umfassenden strategischen Planung beruhen und daher keinen Anlass zur Besorgnis bilden könnten. Deshalb sei auch die Aufgabe von Wjasma<sup>2</sup> von der Bevölkerung ohne Erregung zur Kenntnis genommen worden. Es werde bereits erörtert, wie gross die Zahl der Divisionen sein möge, welche durch diese Operationen freigemacht und bei der kommenden Offensive an anderer Stelle eingesetzt werden könnten.

Die Ansichten über die weitere Entwicklung des Krieges im Osten seien jedoch, nach sehr zahlreich erfassten Einzelstimmen zu schliessen, durchweg noch abwartend und vielfach bedenklich. Zwar seien die Volksgenossen allgemein davon überzeugt, dass die angekündigte Offensive grosse Erfolge zeitigen werde. Andererseits glaube man aber, dass im nächsten Winter

Noch zu Nr. 365

4. In der Proklamation zum 30. Januar 1943 (oben Nr. 332 Anm. 5) hatte Hitler von der «Erkenntnis» gesprochen, «dass es in diesem Krieg nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Überlebende und Vernichtete geben kann».

Zu Nr. 367

1. Am 14. März. – 2. Im OKW-Bericht vom 12. März hatte es geheissen, Wjasma sei nach «gründlicher Zerstörung aller kriegswichtigen Anlagen und nach vor Wochen erfolgtem Abtransport der Kriegsgeräte kampflös» geräumt worden. Die Zahl der durch die Frontverkürzung freigeordneten Divisionen betrug 21 (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 207). –

«die Lage wieder auf des Messers Schneide stehen wird, wenn wir nicht früher mit den Russen fertig werden». Eine bezeichnende Äusserung, die in ähnlicher Form aus allen Reichsteilen gemeldet wird, lautet: «Wird es nicht immer ein Pendeln zwischen Erfolgen im Sommer und Rückschlägen im Winter bleiben, bei denen wir und die Russen sich schliesslich erschöpfen und die Engländer und Amerikaner am Ende mit Leichtigkeit Sieger über beide bleiben?»

In der letzten Zeit seien die Diskussionen über die Wehrmachtführung zurückgegangen, aber noch nicht völlig verstummt.<sup>3</sup> Die Gerüchte von der Wiedereinsetzung im vorigen Winter angeblich «kaltgestellter» Generäle nähmen sogar an Verbreitung zu. Am häufigsten würden die Namen von Brauchitsch<sup>4</sup>, Haider<sup>5</sup> und von Bock<sup>6</sup> genannt. Nicht selten würden die jüngsten Erfolge an der Ostfront darauf zurückgeführt, dass «die alten erprobten Generäle wieder am Ruder seien». Sehr verbreitet seien auch Gerüchte von einer Erkrankung des Führers. Der Führer sei in einem Dresdner Sanatorium oder auf dem Obersalzberg. Nach einer anderen Version sollen namhafte Ärzte ins Führerhauptquartier berufen worden sein, um den Führer, der einen Nervenzusammenbruch erlitten habe, zu behandeln. Auch die Verlegung des Heldengedenktages habe Anlass zu Vermutungen über eine Erkrankung des Führers gegeben.<sup>7</sup> Der Führer habe ursprünglich am 13. 3. 1943 zum deutschen Volke sprechen wollen, sei dazu aber noch nicht in der Lage gewesen.<sup>8</sup>

Die Erregung über die «anglo-amerikanische Luftoffensive» habe nach den Angriffen auf München, Stuttgart und Essen zugenommen.<sup>9</sup> Die Bevölkerung befasse sich sehr lebhaft mit diesen Angriffen und erzähle sich von tausenden Toten, zehntausenden Obdachlosen, sowie von der Zerstörung grösserer Industriekomplexe und wichtigsten Rüstungswerken in diesen Städten. Bei der Durchgabe der Wehrmachtberichte interessiere man sich fast überall in erster Linie dafür, «wo sie letzte Nacht gewesen

Noch zu Nr. 367

3. Am 25. Februar war gemeldet worden, dass die Ernennung von Generaloberst Guderian zum Generalinspekteur der Panzerwaffe als Rehabilitierung nach der Entlassung durch Hitler im Dezember 1941 (er hatte selbständig einen Rückzug befohlen) angesehen und in Verbindung mit Spannungen in der Wehrmachtführung gebracht werde. – 4. Der 1941 entlassene Oberbefehlshaber des Heeres übernahm bis Kriegsende keine neuen Funktionen. – 5. Generaloberst Haider hatte im September nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler sein Amt als Chef des Generalstabes des Heeres verloren; auch er wurde nicht wieder verwendet und nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. – 6. Generalfeldmarschall von Bock war schon einmal Ende 1941 seines Kommandos, damals über die Heeresgruppe Mitte, enthoben worden, um wenig später zurückgeholt zu werden; im Juli 1942 hatte Hitler ihn von der Spitze der Heeresgruppe Süd entfernt und gab ihm kein neues Kommando. – 7. Heldengedenktag war jeweils der Sonntag Reminiscere, 1943 der 14. März, die Verlegung auf den 21. März war erst am 12. bekanntgegeben worden; sie wurde von Hitler damit begründet, er habe geglaubt, sein Hauptquartier nicht eher verlassen zu können (Rede vom 21. März). – 8. Nach den Tagebuchnotizen von Goebbels klagte Hitler am 20. März über seine Gesundheit, womit er einen längeren Aufenthalt auf dem Obersalzberg begründete (Doma-rus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1999). – 9. Berichte der neutralen Presse

sind», und erst dann für die sonstigen Nachrichten. In den luftbedrohten Gebieten frage die Bevölkerung täglich mit Bangen: «Kommen wir heute Nacht dran?» Besondere Unruhe stiften die überall verbreiteten Gerüchte von Flugblättern, welche angeblich bei den Angriffen abgeworfen wurden und denen zufolge bis zum Geburtstag des Führers bestimmte Städte – Berlin, München, Nürnberg und mehrere andere werden genannt – «dem Erdboden» oder «Stalingrad gleichgemacht» würden.

Auch über die Tätigkeit gegnerischer Kreise gehen den Meldungen zufolge Gerüchte um, welche die Bevölkerung beunruhigen. So wird in verschiedenen Gebieten des Reiches «von grösseren Demonstrationen Münchner Studenten» gesprochen<sup>10</sup>, ferner erzählt man sich von Schmier- und Flugzettelpropaganda marxistischen Inhalts an öffentlichen Gebäuden in Berlin und anderen Städten.<sup>11</sup> Einige Meldungen heben die Beobachtung hervor, dass die Bevölkerung solchen Erscheinungen offenbar nicht mehr soviel eigene Aktivität entgegensetze, wie früher, z.B. teilweise nicht mehr so prompt für die Entfernung von hetzerischen Schriften usw. Sorge trage oder Flugblätter nicht mehr sofort abgebe, sondern lese und z.T. weitergebe. Mehrfach wird das Feindflugblatt «Illustrierte Geschichte zweier Weltkriege» erwähnt, das weithin bekannt sei, wegen seiner Aufmachung sehr viel Interesse finde und als «sehr geschickt gemacht» bezeichnet werde. Auch spreche die Bevölkerung davon, dass z. Z. feindliche Rundfunksender in grösserer Masse als je zuvor gehört werden. Zwar wolle niemand selbst feindliche Sender abgehört haben oder jemand benennen können, der das tue. Viele Volksgenossen erklärten aber, dass die feindlichen Sender dem Nachrichten hunger der Bevölkerung mehr entgegenkämen als die deutschen, weil sie «weniger Propaganda und Polemiken als konkrete Meldungen» brächten und dass sie vor allem wohl deshalb so viel abgehört würden, weil sie die Namen deutscher Kriegsgefangener brächten.<sup>12</sup> Mit solchen Argumenten werde das Abhören feindlicher Rundfunksendungen geradezu entschuldigt; eine scharfe Ablehnung dieser strafbaren Handlung könne man nur noch selten feststellen.

Noch zu Nr. 367

über die Wirkung der Angriffe auf München am 9./10. und Essen am 12./13. März in: Dokumente deutscher Kriegsschäden. 2. Beiheft. 1962. S. 149-154. – 10. Am 18. Februar hatte der Kreis um die Geschwister Scholl und Professor Huber in der Münchner Universität Flugblätter gegen die nationalsozialistische Herrschaft verteilt; vier Tage später waren Hans und Sophie Scholl und ein Freund schon vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. – 11. Die «Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse» vom 12. März hatten z.B. mitgeteilt, die Staatspolizeistelle Düsseldorf habe 30 verschiedene kommunistische Druckschriften und Flugblätter sichergestellt, wegen deren Verbreitung 61 Personen verhaftet worden seien; weitere Verhaftungen wegen kommunistischer Propaganda seien in Dortmund, Stettin, Magdeburg und Görlitz erfolgt, Flugblätter seien in Chemnitz, Nürnberg, Saarbrücken und Weimar erfasst worden. – 12. Da die im Moskauer Rundfunk verlesenen Listen deutscher Gefangener die einzige Möglichkeit waren zu erfahren, ob ein vermisser Soldat noch lebte, weil die Sowjetunion anders als die Westmächte das Internationale Rote Kreuz nicht unterrichtete, wurden seine Sendungen häufig gehört; am 11. März war



Die drei U-Boots-Sondermeldungen über die Versenkung von insgesamt 282'000 BRT hätten auch bei den Volksgenossen, welche dem U-Boot-Krieg noch immer keine erstrangige Bedeutung beimessen, grossen Eindruck gemacht. Allgemein sehe man in der Serie der U-Boot-Erfolge die erste Auswirkung der Betrauung des Grossadmirals Dönitz mit dem Oberkommando der Kriegsmarine.<sup>13</sup> Eine besondere Hoffnung setze man auf die U-Boote für den Fall, dass die Engländer und Amerikaner demnächst den Versuch machen würden, grössere Landungsunternehmen auf dem Kontinent durchzuführen. Andererseits sehe man aber gerade in der Zunahme der Versenkungsziffern einen Beweis dafür, dass die «Engländer und Amerikaner noch sehr zahlreiche Schiffe auf dem Ozean laufen haben» und die Zahl der Neubauten offenbar auch beachtlich sei.

Die Diskussion über die Massnahmen zur Totalisierung des Krieges haben nach den vorliegenden Meldungen nachgelassen. Die Volksgenossen seien teilweise über den Verlauf der verschiedenen Aktionen enttäuscht. Man erkläre, es habe sich rein äusserlich wenig geändert und der Schwung, von dem die Bevölkerung anfänglich ergriffen war, sei wieder in Gleichgültigkeit und Skepsis verebbt. Von dem Sturm, welcher – nach dem Schlusswort des Reichsministers Dr. Goebbels in der Sportpalastkundgebung<sup>14</sup> – im Volk losbrechen sollte, sei nichts zu merken. Die Wiederaufhebung des Verbotes, Dauerwellen herzustellen, sei vielfach in dem Sinne kommentiert worden, dass die ganzen Massnahmen zum Teil vorzeitig in Angriff genommen bzw. nachträglich durch Intervention aller möglichen Stellen «verwässert» worden seien. Man hege auch vielfach Zweifel, ob die durch den Pflichteinsatz der Frauen und die Geschäftsschliessungen verfügbar gemachten Arbeitskräfte alle an anderer Stelle eingesetzt werden könnten. Angesichts des Rohstoffmangels und anderer betriebstechnischer Schwierigkeiten könnte die entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen vermutlich gar nicht bereitgestellt werden.<sup>15</sup> Nach einer Reihe von Meldungen befassen sich die durch die Geschäftsschliessungsaktion betroffenen Volksgenossen besonders mit der Frage, ob dabei auch wirklich gerecht vorgegangen werde. Häufig würde die Vermutung geäussert, dass die Parteigenossen weniger in Mitleidenschaft gezogen würden als Nichtparteiengenossen. Beziehungen oder auch nur die Energie, mit welcher jemand für die Erhaltung seines Geschäftes eintrete, spielten angeblich eine grosse Rolle bei der Entscheidung, ob ein Betrieb geschlossen werde oder nicht.

Noch zu Nr. 367

berichtet worden, eine Danziger Familie habe durch 4 unbekannte Besucher und 5 anonyme Briefe aus verschiedenen Teilen des Reiches die Nachricht erhalten, ihr Sohn habe über Radio Moskau gesprochen. – 13. Dönitz, der bisherige Befehlshaber der Unterseeboote, hatte am 30. Januar den zum Admiralinspekteur ernannten Grossadmiral Raeder abgelöst. – 14. Oben Nr. 364 Anm. 3. – 15. Vgl. oben Nr. 356 Anm. 13, Nr. 363.

Unter dem Gesichtspunkt des totalen Krieges beobachten die Volksgenossen auch die Ankündigung und Durchführung offizieller Veranstaltungen recht kritisch. So habe man z.B. wenig Verständnis für die Durchführung eines Sportappells sämtlicher Betriebssportwarte eines Gaues, die offizielle Verabschiedung einer Gebietsmädführerin oder die Abhaltung von Schulungslagern und -tagungen unter Heranziehung von auswärtigen Gästen bzw. Teilnehmern.

Nr. 369 vom 22. März 1943 (Auszug)

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 19. bis 22.3.1943**

1. Nach übereinstimmenden Berichten aus allen Reichsteilen ist der Grossteil der Volksgenossen «stutzig gemacht» durch den Umstand, dass nach den düsteren Wintermonaten und den noch in Durchführung begriffenen Massnahmen zum totalen Krieg die bisher ernste Nachrichtengebung in Überschriften, Aufsätzen und Kommentaren täglich mehr von einem «kräftigen Optimismus» durchbrochen werde.<sup>1</sup> Auch Reichsminister Dr. Goebbels sei in seinem Aufsatz «Ceterum censeo» im «Reich» vom 21. 3., der vom Rundfunk am 19. 3. 1943 übertragen wurde, zum ersten Male wieder von der sehr ernststen Linie abgegangen und habe nicht nur einen unbeschwerten und zuversichtlichen Ton angeschlagen, sondern auch bedeutungsvolle Voraussagen gemacht.<sup>2</sup> Besonders habe sich der Satz eingepreßt, der Engländer habe kein Mittel gegen den U-Boot-Krieg;<sup>3</sup> wir aber würden bald ein wirksames Mittel gegen seinen Luftkrieg haben. Der Aufsatz habe in allen Teilen der Bevölkerung ziemlich aufhorchen lassen. In den Meldungen wird jedoch durchweg die Beobachtung wiedergegeben, dass die Volksgenossen nur zögernd folgten und den «neuerlichen Umschwung» in der Propaganda nicht ohne Weiteres mitmachten. In den Erörterungen werde keineswegs bestritten, dass wir endgültig aus dem

Zu Nr. 369

1. In den Tagesparolen des Reichspressechefs ist eine entsprechende Lenkung der Propaganda nicht festzustellen. – 2. «Das Reich», Nr. 12 vom 21. 3. 1943. Grundgedanke des Aufsatzes war, dass Deutschland stellvertretend für Europa den Bolschewismus bekämpfe, dessen Gefahr die Westmächte allmählich auch erkennen würden. Seine Voraussagen hatte er in die Form gekleidet, Deutschland verfüge «noch über eine ganze Menge von Trümpfen», die zu gegebener Zeit ausgespielt würden. – 3. In Wahrheit hatte die englische U-Boot-Abwehr ihre Mittel bereits so verbessert, dass die Verluste in ein immer grösseres Missverhältnis zu den Erfolgen gerieten (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 233 f.).

«verdammten Winter» heraus seien und im Augenblick die Dinge recht günstig stünden. Die Zurückhaltung liege darin begründet, dass schon zum zweiten Male auf einen guten Frühling und Sommer ein trüber und gefährlicher Winter gefolgt sei, dass dieser Winter trotz aller Erfahrungen noch gefährlicher als der vorangegangene gewesen sei, dass niemand sagen könne, ob wir nicht auch im nächsten Winter wieder zum grossen Teil verlieren, was wir in den kommenden Monaten erringen, u. ä.

2. In dieser von zwiespältigen Gedanken und Empfindungen über den Gesamtverlauf des Krieges bestimmten Situation sei den Volksgenossen das Wort des Führers zum Heldengedenktag zur rechten Zeit gekommen.<sup>4</sup> Schon die von der Presse gebrachten Bilder, die den Führer bei einer Lagebesprechung zeigten, seien von allen positiv denkenden Volksgenossen hochofentlich aufgenommen worden, da sie die wilden Gerüchte über eine Krankheit des Führers widerlegten.

Soweit bereits Stimmen über die Gestaltung der Presse zum Heldengedenktag vorliegen, wird in ihnen hervorgehoben, dass die Zeitungen der Bedeutung des Tages in Wort und Bild entsprochen hätten, so z.B. die «Braunschweigische Tageszeitung» vom 20. 3., die in die Mitte der Titelseite die Totenmaske eines Soldaten gesetzt habe, dazu einen Spruch von Walter Flex, darunter stand der letzte OKW-Bericht mit der Überschrift «Bjelgorod im Sturm genommen»; zwei Aufsätze «Im Geiste von Potsdam» und «Ihr Vermächtnis» bildeten den Rahmen. Auch die – ähnliche – Gestaltung der «VB»-Titelseite habe einen würdigen Eindruck hinterlassen.

3. Die Überlegungen und Erörterungen über den Osten seien im wesentlichen bestimmt worden von den Berichten über den Vorstoss im Raum von Charkow wie «Das Kesseltreiben von Charkow» von Kriegsberichterstatter Dr. Schramm («VB» vom 16. 3.), «Charkow – Beispiel deutscher Angriffshärte» von Kriegsberichterstatter Martens («Thüringer Gauzeitung» vom 16. 3.). Auf Grund solcher Berichte würden unsere Aussichten für eine kommende Offensive als durchaus günstig angesehen. Dem Wunsch, möglichst eingehend über die Gesamtlage aufgeklärt zu werden, seien die «Kölnische Zeitung» mit dem Aufsatz «Wahrheit und Dichtung» vom 19. 3. 1943, einer Entlarvung der sowjetischen Lügensondermeldungen, und der «Westdeutsche Beobachter» mit dem Leitartikel «Woher kommen Stalins Massen» von Kriegsberichterstatter Blauborn vom 19. 3. entgegengekommen. Sehr aufschlussreich sei auch der u.a. im «Oberschlesischen Beobachter» vom 18. 3. erschienene Aufsatz «Wie kämpft die Nebeltruppe»

Noch zu Nr. 369

4. Hitler hatte im Berliner Zeughaus gesprochen. Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1'999-2'002. Schon im dritten Satz hatte er erklärt, es sei gelungen, die Krise endgültig zu überwinden, in die das deutsche Heer durch unverdientes Geschick gestürzt

gewesen<sup>5</sup>, zumal man zum ersten Male von dieser Einheit so ausführlich gehört habe. Allgemeine Verwunderung habe der in mehreren Zeitungen gebrachte Aufsatz «Kaukasusfront steht unerschütterlich» (u.a. «Neue Saarbrücker Zeitung» vom 19. 3. und «Oberschlesische Zeitung») ausgelöst, denn den Kaukasus hätten die meisten Volksgenossen mit Ausnahme des Kuban-Brückenkopfes längst abgeschrieben.<sup>6</sup>

4. Der U-Boot-Krieg erscheine den Volksgenossen auf Grund der laufenden Sondermeldungen und besonders der letzten<sup>7</sup> immer bedeutsamer und ausschlaggebender für die Gesamtkriegsführung. Je mehr sich allerdings die Bevölkerung mit der U-Boot-Waffe beschäftige, desto kritischer würden die Presseberichte «studiert», und zwar ausser den OKW-Meldungen und PK-Berichten besonders die statistischen Angaben und Kommentare über den feindlichen Schiffsraum. Recht stark beachtet wurde z.B. die graphische Darstellung über das Verhältnis Schiffsbestand – Versenkung und Schiffsneubauten bei den Feindmächten («Das blieb übrig», «Hamburger Mittagsblatt» vom 12. 3. 1943). Die Gespräche über die Aussichten des U-Boot-Krieges (ob kriegsentscheidend oder nicht) seien dadurch wieder sehr in Fluss gekommen. Im Anschluss an derartige graphische Darstellungen, die auch in illustrierten Zeitungen der letzten Wochen veröffentlicht worden seien, werde festgestellt, dass der Restbestand des feindlichen Schiffsraumes von 21 Mill. BRT ausserordentlich gering sei, wenn man bedenke, dass England vor dem Kriege diese Tonnage allein besessen habe und dass jetzt die Anforderungen an die Handelstonnage noch stark gestiegen seien. Ein unsicherer Faktor sei aber die Höhe der Schiffsneubauten. Wenn es den Feindmächten tatsächlich gelinge, jährlich etwa 8-10 Mill. BRT zu bauen, und wir eine monatliche Versenkungsziffer von 1 Mill. BRT erreichten, werde es immer noch Jahre dauern, bis der jetzige Bestand von 21 Mill. BRT so zusammengeschrumpft sei, dass dem Gegner die weitere Kriegführung infolge Tonnagemangels entscheidend gestört werde.<sup>8</sup>

Von Grosskaufleuten, Angestellten, Beamten usw. werde, insbesondere von Volksgenossen in den Küstenstädten, im Zusammenhang mit solchen Artikeln geäussert, dass der Mangel an Fracht- und Begleitschiffen doch noch nicht so fühlbar sein könne, wie die Presse es darstelle. Einmal habe die Landungsaktion in Marokko und Algier und ebenso die in der Presse

Noch zu Nr. 369

worden sei. – 5. Diese Truppe war mit Raketengeschützen verschiedenen Kalibers ausgestattet, die auf eine Erfindung des Ingenieurs Nebel zurückgingen. – 6. Von einer Kaukasusfront konnte im März kaum gesprochen werden; denn der Kubanbrückenkopf, dessen grösste Ausdehnung 150 km betrug, reichte nur bis in das Vorfeld des Gebirges. – 7. Vom 20. März über die Versenkung von 32 Schiffen mit 204'000 BRT und eines Zerstörers aus einem Geleitzug (nach Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 233 wurden in Wahrheit nur 21 Schiffe mit 141'000 BRT vernichtet). – 8. Diese Versenkungszahlen wurden nie erreicht: im April wurden noch 230'000 BRT, im Mai 300'000 BRT, im Juni nur 96'000 BRT, im Juli nochmals 243'000 BRT, von da an monatlich meist weniger als

nur «ganz versteckt» gemeldete Landung von fünf brasilianischen Divisionen in Afrika<sup>9</sup> gezeigt, dass die U-Boot-Waffe selbst Unternehmungen so grossen Ausmasses nicht habe verhindern können. Andererseits gehe aus den englischen Versicherungsprämien, die für die Englandfahrt immer noch nur 10 Prozent ausmachten, hervor, dass die Verluste und Risiken bei weitem nicht den Umfang angenommen haben könnten, den man auf Grund unserer Propaganda annehmen sollte. Teilweise werde daher in den Artikeln über die Auswirkungen des U-Boot-Krieges für England und die USA ein «Propagandafeldzug» erblickt mit der Absicht, einen «Gegenpol für die bisher ungünstige Entwicklung im Osten» zu schaffen.

In dem Aufsatz «Der Wettlauf mit dem Torpedo» («Hamburger Tageblatt» vom 2. 3. 1943) von Vizeadmiral Pfeiffer sei vor allem die Feststellung, dass den innerhalb der letzten 6 Monate versenkten 4,5 Mill. BRT 3,5 Mill. BRT Neubauten gegenüberstehen, beachtet worden.<sup>10</sup> Hierin sei eine Bestätigung für die noch ganz erhebliche Leistungsfähigkeit der feindlichen Werften zu sehen. Es werde gesagt, dass diese ganz nüchtern vermerkten Zahlen um so grössere Verwunderung hervorgerufen hätten, als noch vor wenigen Wochen eine solche Produktionsfähigkeit der Werften in England und Amerika stark angezweifelt worden sei.

Es werde u.a. über die wahrscheinlich von ausländischen Sendern stammende Angabe diskutiert, dass die Amerikaner täglich acht Schiffe fertigstellen sollen. Man rechne sich aus, dass die Amerikaner nur fünf Schiffe täglich zu produzieren brauchten, um unsere Versenkungszahl aufzuholen, und man komme zu dem Schluss, dass wir die doppelte Zahl feindlichen Schiffsraums versenken müssten, um einen wirklichen Erfolg verzeichnen zu können.

Der (z.B. im «Hamburger Tageblatt» vom 9. 3. 1943) veröffentlichte Bericht über den Hamburger Eichenlaubträger Kapitänleutnant Lassen, der auf vier Feindfahrten 212'544 BRT versenkte, sei verschiedentlich der Anlass zu Fragen nach unseren eigenen U-Boot-Verlusten gewesen. Auch die deutschen U-Boot-Verluste müssten erheblich sein.<sup>11</sup> Da eine höhere Versenkungszahl als 250'000 BRT kaum bekannt sei, müsse befürchtet werden, dass die U-Boote nach vier bis fünf Feindfahrten in der Regel verloren gehen.

Teilweise fühlen sich Volksgenossen in der Berichterstattung zum U-Boot-Krieg nicht einheitlich und genau unterrichtet. Man vergleiche da-

Noch zu Nr. 369

100'000 BRT feindlichen Schiffsraums versenkt (Rüge, ebda). – 9. Brasilien hatte Deutschland am 28. August 1942 den Krieg erklärt; brasilianische Truppen wurden später auf dem italienischen Kriegsschauplatz eingesetzt. – 10. Die 4,5 Millionen BRT beruhen zudem auf Schätzungen, die wirklichen Zahlen lagen viel niedriger, z.B. für die 6 Monate von Dezember 1942 bis Mai 1943 nach den Angaben bei Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954, nur 2,15 Millionen BRT. – 11. Die Verluste waren zunächst noch tragbar, im Atlantik im Februar 14, im März 13, im April 12 Boote, sie stiegen erst im Mai auf 33 Boote und zwangen zur Einschränkung des U-Boot-Krieges (Auszug aus dem Kriegstagebuch des Befehlshabers der U-Boote bei Jacobsen, 1939-1945, 5. Aufl. 1961.

bei auch frühere Veröffentlichungen. So habe z.B. am 28. 10. 1942 die «Westfälische Landeszeitung» die Erklärung des Reichspressechefs gebracht, dass die Feindmächte Ende Oktober 1942 höchstens noch über 21,4 Mill. BRT verfügten, wobei von einem Gesamtbestand von 42 Mill. BRT ausgegangen wurde. Am 11. 3. 1943 brachte dieselbe Zeitung die Mitteilung, dass den Feindmächten jetzt 33,66 Mill. BRT zur Verfügung stünden, wobei eine Gesamttonnage von 55 Mill. BRT angenommen wurde. Am 12. 3. erschien ebenfalls in der «Westfälischen Landeszeitung» ein Artikel mit statistischen Abbildungen, wonach der Restbestand 28,5 Mill. BRT und der ursprüngliche Bestand 62,5 Mill. BRT betrug. Am selben Tage veröffentlichte der «Bochumer Anzeiger» eine Statistik, die besagte, dass von 52 Mill. BRT 21 Mill. geblieben seien. Sehr häufig wird gemeldet, dass solche sich widersprechenden oder unklaren Angaben die Freude über die tatsächlichen Erfolge der U-Boot-Waffe stark beeinträchtigten.

5. Die letzte Nummer des «Schwarzen Korps» habe mit dem Aufsatz «Weshalb so fanatisch», der eine Eingabe einer jungen Berlinerin verarbeitete, weiten Volksschichten, und zwar Arbeitern wie geistig Schaffenden aus dem Herzen gesprochen.<sup>12</sup> Der Artikel wende sich mit Recht gegen die Abwertung hoher, durch den Krieg geheiligter Begriffe und der harten, notwendigen Pflichterfüllung durch ständige Superlative oder «Begriffsverkrampfung». Die Zeitung habe gewissermassen auch eine Lektion an die Kollegen anderer Schriftleitungen gegeben, in denen alle grossen Worte («fanatischer Einsatz», «eherne Herzen», «totaler Krieg» usw.) «mit Gewalt verbraucht» würden.

Nr. 373 vom 5. April 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Die besondere Aufmerksamkeit der Volksgenossen gilt zurzeit den Kampfhandlungen in Nordafrika.<sup>1</sup> Obwohl die Wehrmachtberichte in den letzten Tagen nur schwächere Angriffe des Feindes meldeten, werde in der Bevölkerung vielfach die Ansicht vertreten, dass der «Brückenkopf»

Noch zu Nr. 369

S. 401). – 12. Nr. 11 vom 18. 3. 1943. Der Verfasser hatte kritisiert, dass eine Zeitung in einer kurzen Tagesbetrachtung neunmal das Wort «fanatisch» gebraucht habe und auch sonst von «fanatischem Einsatz» gesprochen werde, wo es um die tägliche Arbeit von Schaffnerinnen und Milchhändlern gehe.

Zu Nr. 373

1. Am 20. März hatten englische Truppen aus Libyen aus angegriffen und die Heeresgruppe

nicht mehr lange zu halten sei. Man spreche schon von einem «Kampf auf verlorenem Posten», von einem drohenden «2. Stalingrad» oder einem «deutschen Dünkirchen». Nach der Meldung, dass Gabes und El Hamma geräumt seien, werde teilweise vermutet, dass die Mareth-Linie<sup>2</sup>, von der man sich seinerzeit so viel versprochen habe, aufgegeben sei. Andere glaubten, dass Rommel mit seiner Armee die Mareth-Linie noch halte, aber nunmehr von drei Seiten eingeschlossen und von den Verbänden in Nordtunesien getrennt sei. Die Übermacht der Feinde werde vielfach darauf zurückgeführt, dass trotz grosser Erfolge der deutschen U-Boote der Nachschub von Truppen und Material für die alliierten Verbände immer noch sehr gross sei. Von einer Niederlage und einem Rückzug aus Nordafrika würden allgemein schwerwiegende Auswirkungen auf die Haltung des italienischen Verbündeten befürchtet. Das Volk in Italien sei kriegsmüde, zudem zerrissen in Faschisten, Anhänger des Königshauses und der päpstlichen Richtung. Mussolini sei der einzige Italiener, auf den man sich noch verlassen könne. Es sei aber zweifelhaft, ob er sich bei zunehmender Verschärfung der militärischen und politischen Lage seines Landes behaupten könne. Nach einem viel verbreiteten Gerücht soll ganz Italien von deutschen Truppen verbänden durchsetzt sein, da auf die italienische Wehrmacht kein Verlass mehr sei.<sup>3</sup>

Aus verschiedenen Anzeichen glaubt die Bevölkerung darauf schliessen zu müssen, dass die anglo-amerikanische Invasion auf den Kontinent im Südosten kommen werde. Die Zusammenkunft zwischen dem Führer und König Boris von Bulgarien werde vielfach als Auftakt eines aktiven Eingriffs dieses Landes in den Kampf auf Seiten der Achsenmächte angesehen.<sup>4</sup> Andererseits sei es nach Ansicht der meisten Volksgenossen jetzt klar, dass die Türkei sich völlig auf die Seite der Gegner geschlagen habe. Nach einigen Meldungen spricht man bereits von einem bevorstehenden Einmarsch deutscher und bulgarischer Truppen in die Türkei, um den Engländern und Amerikanern zuvorzukommen.

Viele Meldungen heben hervor, dass die Volksgenossen die Tagesereignisse weniger für sich betrachten, als zum Ausgangspunkt von Erörterungen über die jetzige Lage und die weitere Entwicklung des Krieges nehmen. Hinsichtlich des Krieges gegen die Sowjetunion habe sich die Auffassung, dass es im Sommer «auf Biegen oder Brechen» gehe und «alles auf eine Karte gesetzt» werden müsse, «weil ein dritter Kampfwinter im Osten einem Verlust des Krieges gleichkomme», geradezu als

Noch zu Nr. 373

Afrika zur Räumung der Mareth-Stellung gezwungen, die Front verlief nun nördlich Gabé's. – 2. Vgl. oben Nr. 354. – 3. Nachdem Hitler vom 7. bis 10. Besprechungen mit Mussolini geführt hatte, wurde am 15. April gemeldet, die Polemik gegen die Italiener habe den Höhepunkt erreicht, wie aus zahllosen Einzeläusserungen in allen Schichten der Bevölkerung zu erkennen sei; ihnen werde «restloses Versagen» vorgeworfen. – 4. Hitler hatte den Zaren am 31. März auf

«fixe Idee» bei vielen Volksgenossen festgesetzt. In der Frage, ob die Bezwingung der Russen bis zum Herbst oder überhaupt gelingen könne, herrsche bei den Volksgenossen z.T. das Gefühl völliger Ungewissheit. Man müsse seine ganze Hoffnung auf überwältigende Offensiv-Erfolge nach Art derjenigen des Sommers 1941 setzen; realistische Anhaltspunkte für eine bereits jetzt eingetretene entscheidende Schwächung der sowjetischen Kampf- und Rüstungskraft habe man nicht. Man wage es einfach nicht mehr, so äusserten viele Volksgenossen, sich in dieser Hinsicht zuversichtlichen Erwartungen hinzugeben. Die hoffnungsfrohe Einstellung anderer Volksgenossen gründe sich vorwiegend auf Feldpostbriefe und Urlaubererzählungen, in denen von ungeheuren Vorbereitungen für die kommende Offensive<sup>5</sup>, insbesondere von riesigem Nachschub an Truppen, Material und neuen Waffen, die Rede sei:

Sie glauben gar nicht, was sich im Osten zurzeit tut, dort entwickelt sich ein Aufmarsch von ungeheuerem Ausmass.

Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was für die Frühjahrsoffensive bereitsteht. Ich kann Dir nur versichern, dass für alles, ob Menschen, Material oder Gespanne, dreifache Reserven vorhanden sind.

Lasst Euch ja zu Hause nicht mürbe kriegen, denn jetzt gehts wieder los, und wenn ich das nächste Mal zu Euch komme, so sieht die gesamte Lage schon ganz anders aus.

Teilweise werde aber auch gegenüber den optimistischen Nachrichten von der Front Zurückhaltung geübt:

Mein Sohn schreibt sehr zuversichtlich vom Osten, dass der Russe in diesem Jahr erledigt wird. Ich wünsche dies ja von ganzem Herzen, aber ich bin alter Weltkriegsteilnehmer und kann es nicht glauben. Ich finde keine Erklärung, wie wir mit diesem Massenaufgebot an Menschen und Material fertig werden wollen. Wir haben zu wenig Leute, und unsere Fronten sind zu lang, besonders wenn womöglich durch eine Invasion im Westen ausserdem noch starke Kräfte gebunden werden.

Viele erfasste Einzeläusserungen liessen den Schluss zu, dass ein grosser Teil der Volksgenossen sich überhaupt nicht recht vorstellen könne, wie der Krieg zu Ende gehen solle. Selbst wenn die Sowjetunion in diesem Jahr entscheidend geschlagen und sogar auch England noch erledigt werde, müsse mit einem jahrelangen Krieg gegen Amerika gerechnet werden. Von der Frage ausgehend «Wie wird Deutschland dastehen, wenn der

Noch zu Nr. 373

dem Obersalzberg empfangen; politische Folgen hatte das Gespräch nicht. – 5. Eine umfassende deutsche Offensive wie 1942 war nach der Niederlage im Winter nicht mehr möglich, es konnte sich nur darum handeln, an begrenzten Abschnitten Erfolge zu erzielen; dafür war seit dem 13. März der Raum von Kursk in Aussicht genommen, wo die russische Front nach Westen vorsprang und Hoffnung bestand, grössere Verbände einzukesseln (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 209 f.). –



Krieg einmal zu Ende ist?», erörtere man teilweise recht bedenklich die Zukunftsaussichten.<sup>6</sup> Angehörige freier Berufe, wie Rechtsanwälte und Ärzte, befürchteten eine Verbeamtung dieser Stände, die Beamtenschaft hingegen mache sich Sorgen wegen der Geringschätzung, die sich im Volke immer mehr gegen sie ausbreite und gegen die sie sich «von oben her» nicht ausreichend geschützt fühle.<sup>7</sup> In den Kreisen der mittleren und kleinen Industrie glaube man gegenüber den allenthalben sich vollziehenden Konzernbildungen und «Kräftekonzentrationen staatskapitalistischer Natur» seine Existenz auf die Dauer in Frage gestellt.<sup>8</sup> Einzelhandel und Handwerkerschaft seien durch die Schliessungsaktion in Aufregung versetzt und fürchteten vielfach das «Ende des Mittelstandes». Häufiger seien auch Volksgenossen um einen teilweisen Verlust ihres Besitzes durch die sicherlich kommenden Steuererhöhungen, aber auch durch die Gerichte von Vermögensabgaben besorgt. In der Teuerung und der zu beobachtenden allgemeinen geringen Bewertung des Geldes erblicke man vielfach Ansätze zu einer Inflation.<sup>9</sup> Das hohe Spendenaufkommen der WHW-Sammlungen werde öfter nicht so sehr als Beweis für die gute Haltung und Opferbereitschaft der Bevölkerung angesehen, sondern als Beweis dafür, «dass das Geld nichts mehr wert» sei.

So seien die Gespräche und Diskussionen der Volksgenossen vielfach durch innere Unsicherheit und Unklarheit über die weitere Entwicklung bestimmt.<sup>10</sup> Labile Naturen liessen sogar oft schon eine starke Mutlosigkeit erkennen, die sich aber nach wie vor mehr in Worten als in Handlungen zeige, da auch diese Volksgenossen in der Arbeit immer noch vollauf ihre Pflicht tun würden. Die Einstellung aber, wie sie in den Äusserungen dieser Menschen zutage trete, veranlasse schon manche positiv und verantwortungsbewusst denkende Volksgenossen zu besorgten Erwägungen, ob die Heimat bei den äussersten Zerreihsproben, die uns zweifellos noch bevorstünden, durchhalten werde. Auch viele Fronturlauber hätten in letzter Zeit erklärt, dass die Stimmung in der Heimat ihnen bedenklich vorkomme. Während die Soldaten, die seit 1939 im Kampf stünden und alles Erdenkliche an Leiden und Entbehrungen mitgemacht hätten,

Noch zu Nr. 373

6. Vgl. oben Nr. 365. – 7. Dazu hatte nicht zuletzt Hitler mit seiner Reichstagsrede vom 16. April 1941 (oben Nr. 279) beigetragen. Über die Einstellung der Bevölkerung zum öffentlichen Dienst liegen einige besondere Meldungen vor, die z.T. ungerechtfertigte Angriffe gegen das Beamtentum kritisieren. – 8. Der vom Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion geförderten Rationalisierung und Konzentration in der Industrie, bei der Aufträge verlagert und Betriebe stillgelegt wurden, waren seit April 1942 mehrere umfangreiche Berichte gewidmet. – 9. Vgl. oben Nr. 323. Ein weiterer Bericht über «Gerichtsbildung und Spareinlagenentwicklung» folgte am 20. Mai, und am 12. Juli wurde die «Einstellung der Bevölkerung zum Wert des Geldes» erneut untersucht; schliesslich wurde die «Flucht in die Sachwerte» am 13. Dezember 1943 nochmals festgestellt. – 10. Am 12. April wurde ergänzend bemerkt, in steigendem Masse würden Äusserungen der Unsicherheit darüber gemeldet, durch welche Aktionen und Unternehmungen der Krieg zu einem siegreichen Ende geführt werden könne; manche Hoffnungen richteten sich auf eine Friedens-

zuversichtlich seien, liessen zu Hause gerade solche Volksgenossen, die bisher vom Krieg kaum etwas gespürt hätten, die Köpfe in einer sehr bedenklichen Weise hängen. Während an der Front aus einer zuversichtlichen Haltung heraus gesungen werde: «Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei, im Dezember der Rückzug, Offensive im Mai»<sup>11</sup>, könne man in der Heimat hören: «... erst geht der Führer und dann die Partei.» Erschreckend sei auch die vielfach festzustellende Ansicht, dass der Bolschewismus wohl halb so schlimm sei. Ob denn das Volk in der Heimat nicht wisse, was jeder Landser draussen in Russland an unvorstellbaren Greueln mit eigenen Augen gesehen habe?

Nr. 377 vom 19. April 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

In den Erörterungen der Bevölkerung zur Gesamtkriegslage sind in den letzten Tagen keine neuen Gesichtspunkte aufgetreten.<sup>1</sup> Die Einstellung vieler Volksgenossen wird den Meldungen zufolge nach wie vor durch eine minder rege Beschäftigung mit den einzelnen Frontereignissen sowie durch bestimmte festgefahrene Ansichten gekennzeichnet:

Im Osten muss die Sommeroffensive die Entscheidung bringen.

In Tunesien steht ein deutsches Dünkirchen bevor.

Im Luftkrieg sind wir z. Z. so gut wie ohnmächtig.

In dieser Situation habe die Nachricht von dem Massengräberfund im Walde von Katyn als sensationelle Neuigkeit einen grossen Teil der Volksgenossen stark beschäftigt.<sup>2</sup> Die zu diesem Ereignis besonders zahlreich vorliegenden Meldungen besagen übereinstimmend folgendes:

1. Die in letzter Zeit bei nicht wenigen Volksgenossen unter der Wirkung von Parolen, wie «die Sowjets sind nicht so schlimm, wie sie hingestellt werden», schwächer gewordenen Gefühle des Hasses und der

Noch zu Nr. 373

Vermittlung durch den Vatikan. – 11. Parodie eines weit verbreiteten Schlagers, in dem der zweite Vers lautete: «auf jeden Dezember folgt wieder ein Mai.»

Zu Nr. 377

1. Nach den Meldungen vom 15. April hatte «die Beunruhigung über die Lage in Tunesien die ganze Bevölkerung ergriffen»; dort waren seit dem 13. April die Reste der sieben deutschen und fünf italienischen Divisionen in einem Brückenkopf von 130 km Nord-Süd- und 60 km West-Ost-Ausdehnung zusammengedrängt. – 2. Am 13. April war bekanntgegeben worden, deutsche Soldaten hätten im Wald von Katyn bei Smolensk in Massengräbern die Leichen von 10'000 bis 12'000 polnischen Offizieren entdeckt, die dort offensichtlich 1940 ermordet worden seien; eine internationale Ärztekommision bestätigte am 30. April diese Angaben. Die Sowjetunion behauptete schon damals und wieder im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, die Offiziere seien erst 1941 von Deutschen erschossen worden, fand damit aber keinen Glauben. Als die polnische Exil-

Angst vor dem Bolschewismus seien wieder stark belebt. Das Schicksal der 12'000 Polen werde als Beispiel dafür betrachtet, wie es grossen Teilen des deutschen Volkes bei einem Sieg der Russen ergehen würde.

2. Unter den Angehörigen der Ostfront-Soldaten, besonders von Offizieren, die seit Stalingrad vermisst sind, herrsche äusserste Besorgnis, dass die Sowjets mit den deutschen Kriegsgefangenen verfahren würden, wie seinerzeit mit den polnischen Offizieren.

3. Im Übrigen erörtere ein grosser Teil der Bevölkerung die Liquidierung des polnischen Offizierskorps unter humanitären Gesichtspunkten und gelange deshalb zu der Schlussfolgerung, es sei «merkwürdig» oder gar «heuchlerisch», dass die deutsche Propaganda nunmehr «ihr Herz für die Polen entdeckt habe». Dabei verweise man einerseits auf die Tatsache, dass von den Polen 60'000 Volksgenossen in Bromberg und anderen Orten gemordet worden sind<sup>3</sup>, andererseits erkläre man, «wir haben kein Recht, uns über diese Massnahme der Sowjets aufzuregen, weil deutscherseits in viel grösserem Umfange Polen und Juden beseitigt worden sind».<sup>4</sup> Mit der letzteren Argumentation werde besonders in intellektuellen und konfessionell orientierten Kreisen gegen die «propagandistische Ausschlachtung» des Fundes im Walde von Katyn geeifert.

4. In gegnerisch eingestellten Kreisen werde, so heisst es in vielen Meldungen, «die ganze Geschichte als ein Ablenkungsmanöver für die nordafrikanische Schlappe» bezeichnet. Die Leichenfunde seien gewiss schon seit längerer Zeit bekannt gewesen. Man habe sich ihre Auswertung auf einen Zeitpunkt aufgespart, wo man dem deutschen Volke «wieder einmal etwas vorsetzen musste, um eine ungünstige Entwicklung zu vertuschen».

5. Die Ansichten über die Wirkung des Falles auf das neutrale und feindliche Ausland seien zunächst noch geteilt. Vielfach verspreche man sich ausserordentlich viel davon, insbesondere eine grundsätzliche Änderung in der anglo-amerikanischen Einstellung zur Sowjetunion.<sup>5</sup>

Die Besuche Antonescus und Horthys auf dem Obersalzberg haben nach den vorliegenden Meldungen keine besondere Überraschung ausgelöst und werden nur wenig besprochen.<sup>6</sup> In den erfassten Stimmen aus der Bevölkerung kommt zum Ausdruck, dass die Besprechungen für

Noch zu Nr. 377

regierung in London sich auf Grund der Nachrichten, die frühere Befürchtungen bestätigten, an das Internationale Rote Kreuz wandte, benutzte die Sowjetregierung das als Vorwand zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. – 3. Im August/September 1939 nach den Behauptungen der deutschen Propaganda; die wirkliche Zahl der – z.T. nach Angriffen auf polnische Truppen aus dem Hinterhalt – in Polen 1939 getöteten Volksdeutschen war wesentlich niedriger; Bierschenk, Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-1939. 1954. S. 381 (Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 10) gibt sie mit 12857, höchstens 15'000 an. – 4. Vgl. oben Nr. 83 und 205 Anm. 10. Die Ermordung der russischen Juden durch die Sicherheitspolizei war demnach in Deutschland in gewissem Umfang bekannt. – 5. Solche Hoffnungen hatte Goebbels mit seinem Aufsatz vom 21. März 1943 (oben Nr. 369 Anm. 2) angeregt. – 6. Der rumänische Staatschef war am 12./13.,

ein Zeichen des Ernstes der Lage gehalten werden; nur vereinzelt sind Vermutungen über bevorstehende aussenpolitische Entscheidungen geäußert worden, von deren Inhalt man sich noch keine Vorstellung machen könne.

Wie einige Meldungen hervorheben, ist es von der gesamten Bevölkerung wohlthuend empfunden worden, dass man in der letzten Zeit mehr über den Führer erfahren habe.<sup>7</sup> Von positiv eingestellten und urteilsfähigen Volksgenossen werde darauf hingewiesen, dass es nicht gut sei, wenn der Führer allzulange «unsichtbar» bleibe. Das Volk wolle sein nahes, persönliches Verhältnis zum Führer dadurch bestätigt wissen, dass es recht oft etwas von ihm mitgeteilt erhalte. Es sei jedoch im Laufe des Krieges eine Seltenheit geworden, wenn einmal ein Bild des Führers in den Zeitungen oder in der Wochenschau erscheine; ebenso verhalte es sich mit den Reden des Führers. Ein Bild des Führers, auf dem man feststellen könne, dass er nicht – wie es einmal gerüchtweise hiess – ganz weisse Haare bekommen habe, wirke auf die Haltung der Volksgenossen positiver als viele Kampfparolen. Es wurde mehrfach vorgeschlagen, den Führer nicht nur bei hochoffiziellen Anlässen und militärischen Besprechungen, sondern öfter auch in seinen persönlichen Lebensverhältnissen – wie früher an der Feldküche oder beim Spaziergang – zu zeigen und z.B. durch Berichte von seinem Tagesablauf oder Wiedergabe von Äusserungen und Aussprüchen den Kontakt zwischen Führer und Volk lebendig zu halten.

## II. Kulturelle Gebiete

### **Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 16. bis 19.4.1943**

Nach übereinstimmenden Berichten aus allen Reichsteilen ist die Anteilnahme an Presse und Rundfunk durch zwei Themen stark aufgelebt: den Massenmord von Katyn und die Berichte über den Atlantikwall.<sup>8</sup> Insbesondere habe das zweite Thema eine beruhigende Antwort auf die militärischen Fragen gegeben, die seit einiger Zeit in der Form besorgter Überlegungen oder von Gerüchten im Volke umgelaufen seien.

1. Die Behandlung des Massenmordes von Katyn hat in der gesamten Bevölkerung einen starken Widerhall gefunden. Auf viele Volksgenos-

Noch zu Nr. 377

der ungarische Reichsverweser am 16./17. April bei Hitler gewesen; bei Horthy hatte Hitler auf Massnahmen gegen die ungarischen Juden gedrängt (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2003 f.). – 7. Von den Besprechungen mit Mussolini am 7.-10. April und mit Antonescu und Horthy waren der Presse Bilder zur Verfügung gestellt worden. – 8. Die «gewaltige Schöpfung» der deutschen Befestigungen an der französischen Küste war seit 13. April von der Presse zu behandeln (Vertrauliche Informationen Nr. 92/43 vom 12. April). –

sen, besonders auf Frauen, hätten die in den Veröffentlichungen mitgeteilten Tatsachen erschütternd gewirkt. Erwähnt werden u.a. Aufsätze wie der in der «Kieler Zeitung» vom 15. 4. «GPU-Mord im Wald von Katyn» oder im «Freiheitskampf» vom 15. 4. «Aufschluss über den Geist der jüdischen Rasse». In der Fülle der Berichte, die sich nach gleichartigen Beobachtungen gegenseitig stark an Wirkung nehmen, wenn sie nicht neue Tatsachen enthalten, habe der Augenzeugenbericht, den Major Balzer im Rundfunk gab, besonders beeindruckt. Viele Volksgenossen hätten bei diesen grauenvollen Schilderungen allerdings «kaum noch hören» können, und insbesondere im Anschluss an diesen Bericht seien viele Stimmen der Besorgnis über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion angetroffen worden. Der Leichenfund von Katyn habe zweifellos allen Kreisen der Bevölkerung erneut Anlass gegeben, über das Vorgehen des Bolschewismus und des Judentums nachzudenken, und viele Volksgenossen äusserten sich mit Abscheu über diese Herrschaftsmethoden, durch die unser Kampf in überzeugender Weise seinen Sinn und seine Berechtigung erhalte.

Der weitaus grössere Teil der Bevölkerung nimmt über die mitgeteilten Tatsachen hinweg dahingehend Stellung, dass die Entdeckung der Massengräber unter dem Gesichtspunkt einer deutschen Auslandspropaganda geradezu ein «Geschenk des Himmels» sei, um unsere Auffassungen über Bolschewismus und Judentum wirkungsvoll zu belegen. Zumeist wird daran die Hoffnung geknüpft, dass es uns mit diesem Material diesmal gelingen könnte, das neutrale und feindliche Ausland weitgehend in unserem Sinne zu beeinflussen. Man lasse daher die Propagandaaktion, in der die Toten von Katyn «nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet werden», «über sich ergehen», und nehme es in Kauf, dass man den Mord von Katyn «in jedem Nachrichtendienst vorgesetzt» bekomme, wobei die Sowjets, die Engländer und die Juden in gleicher Weise mit der Verantwortung belastet würden. Es wird der Propaganda verschiedentlich «mit einem Augenblinzeln» unterstellt, dass «nicht alles haargenau zu stimmen» brauche. Allerdings sprächen die weitgehende Heranziehung der ausländischen Presse, die herbeigeführten Besichtigungen durch Polen und die angeforderte Beteiligung des Roten Kreuzes wie auch das bisher verzeichnete Echo auf Seiten der Bolschewisten, der Engländer und der polnischen Emigrantenregierung in London dafür, dass wir in Bezug auf die Mordtat von Katyn «sehr handfeste» Unterlagen in der Hand hätten.<sup>9</sup> Im Hinblick auf das Ausland sei es wohl notwendig, dass durch Presse und Rundfunk derartig «toll aufgedreht» werde und die Presse Aufsätze in Formulierungen bringe, die man an sich «kaum noch lesen»

Noch zu Nr. 377

9. Seinem Tagebuch hatte Goebbels allerdings anvertraut, dass in den Gräbern von Katyn auch)

könne, so z.B. wenn die «Oberdonau-Zeitung» vom 15. 4. einen weiteren Bericht unter die Überschrift stelle «Die Genickschuss-Organie von Katyn».

Mit einem weiteren Augenblinzeln wird zugestimmt, dass die deutsche Propaganda sich «keine Schwachheit anmerken» lasse, dass sie die toten Polen gegen die Sowjets und die Juden benutze, obwohl wir selbst mit Polen, Juden und Bolschewisten «nicht gerade wählerisch umgegangen» seien. In einer Äusserung dazu heisst es z.B. «Wenn ich nicht wüsste, dass im Daseinskampf unseres Volkes jedes Mittel recht ist, wäre mir diese Heuchelei mit dem Mitgefühl für die ermordeten polnischen Offiziere unerträglich». Es zeige sich, dass, wo solche Gedankengänge auftauchen, mit grosser Gedankenlosigkeit geurteilt werde und selbst von den positiv eingestellten Volksgenossen einfach äussere Gleichsetzungen vorgenommen werden, so dass es die Agitation gegnerischer Kreise verhältnismässig leicht habe, in diesem Punkt einzuhaken, da man, selbst in der Parteigenossenschaft, zumeist keine rechten Argumente in der Hand habe, um auf solche Einwände zu antworten.

2. Die Artikel und Aufsätze zum Atlantikwall hätten an Überzeugungskraft gewonnen, nachdem die Presse mehr wirkungsvolle Bilder gebracht habe, die die gigantische Verteidigungsanlage von der Biskaya bis Narvik in ihrer militärischen Bedeutung vorgeführt hätten. Bilder und Texte hätten die Volksgenossen beruhigt, dass der Feind von Landungsversuchen an den Westküsten Europas abgehalten werde. Nachdem auch im Zusammenhang mit Tunesien auf den Küstenschutz Italiens hingewiesen worden sei, werde nur noch Spanien-Portugal als gefährliche Lücke empfunden. Auf Grund der wenigen Veröffentlichungen könnten sich die Leser kein klares Bild von der tatsächlichen Haltung dieser Länder machen.

3. Die Zurückstellung Tunesiens hinter den Fall von Katyn und die Berichte über den Atlantikwall werde vielfach als Ablenkung bezeichnet.<sup>10</sup> Von den meisten Volksgenossen werde eingesehen, dass Presse und Rundfunk sich über Tunesien aus militärischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müssten. Dennoch sei man «für jedes Wort» dankbar, das etwas Licht in die als undurchsichtig empfundene Lage bringen könne, die im Allgemeinen für viel ernster gehalten werde, als Presse und Rundfunk es jetzt erkennen liessen. Oft vermisse man eine Klärung, wie wir überhaupt zu Afrika stünden. Zwischen dem Kommuniqué über den Mussolini-Besuch, das von der gemeinsamen Sicherung des europäisch-

Noch zu Nr. 377

deutsche Munition gefunden worden sei, was noch aufgeklärt werden müsse (Tagebücher 1942/43, herausg. von Louis P. Lochner. 1948. S. 321). – 10. Die Presse war angewiesen, sich hinsichtlich der Kämpfe in Tunis auf die Meldungen des OKW zu beschränken und Abwehrerfolge nicht in Überschriften herauszustellen (Vertrauliche Information Nr. 103/43 vom 24. April).

afrikanischen Raumes gesprochen habe<sup>11</sup>, und den Artikeln in den verschiedensten Zeitungen, die Afrika als verhältnismässig unwichtig darstellten, sei noch keine Brücke geschlagen worden, so dass die Volksgenossen sich über unser tatsächliches Interesse am «europäisch-afrikanischen Raum» nicht im Klaren seien.

Nr. 381 vom 6. Mai 1943 (Auszug)

### 1. Allgemeines

Nach Meldungen aus allen Reichsteilen glauben die Volksgenossen, dass sich augenblicklich an den Fronten nichts Entscheidendes ereigne, dass hierin aber «über Nacht» eine Änderung eintreten könne. Obwohl viel über eine deutsche Grossoffensive an der Ostfront<sup>1</sup>, einen möglichen Zusammenbruch der Front in Tunesien<sup>2</sup>, über die zu erwartende Invasion der Engländer und Amerikaner auf den Kontinent und über die feindlichen Luftangriffe gesprochen werde, seien die Volksgenossen nicht nervös, sondern ruhig. Indessen komme diese Ruhe bei grösseren Teilen der Bevölkerung nicht so sehr aus einer zuversichtlichen Beurteilung der Zukunftsaussichten, sondern wurzele in einer gewissen Ausweglosigkeit und Überdrüssigkeit. Die sehr starke Beanspruchung der Bevölkerung in den letzten Jahren habe viele abgestumpft, so dass sie nicht mehr so recht «mitzugehen» vermöchten. Manche Volksgenossen wagten es auch nicht mehr, die militärisch-politische Lage eingehend durchzudenken, weil sie glaubten, bei solchen Erörterungen könne man den Mut verlieren. Tatsächlich sei bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung trotz äusserlicher Gelassenheit und tadellosem Verhalten, insbesondere rastloser und opferbereiter Pflichterfüllung in der Arbeit, eine pessimistische Grundtendenz unverkennbar.

Die Stimmung der Volksgenossen ist z. Z. ruhig. Es fehlt Jedoch an der nötigen Überzeugung und dem Glauben an den Endsieg, heisst es in einer Meldung. In gewissen Schichten (Industrielle, Intelligenz, Teile des Bürgertums, Offizierskreise in Heimatdienststellen) rechne man

Noch zu Nr. 377

11. Die Stelle im Kommuniqué vom 11. April lautet: «Der Führer und der Duce gaben ihrer und ihrer Völker harten Entschlossenheit erneut Ausdruck, den Krieg durch den totalen Einsatz aller Kräfte bis zum endgültigen Siege und bis zur völligen Beseitigung jeder zukünftigen Gefahr, die dem europäisch-asiatischen Raume von Westen und Osten droht, zu führen.» (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen, Bd. 2. 1963. S. 2004 f.).

Zu Nr. 381

1. Die im Raum Kursk geplante Offensive hatte am 3. Mai beginnen sollen, wurde aber auf Mitte Juni verschoben, weil dann neue schwere Panzer zur Verfügung stehen sollten. – 2. Der Endkampf in Tunesien hatte am 5. Mai begonnen, die Kapitulation erfolgte am 12. Mai, über

vielfach nur noch mit einem Kompromissfrieden.<sup>3</sup> Jedenfalls könne man nur selten einen Vertreter dieser Schichten hören, der sich mit Überzeugung für die Gewissheit eines hundertprozentigen Sieges einsetze. Allerdings sei auch festzustellen, dass mangels genauer Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Kriegsziele keine klare Vorstellung darüber bestehe, was unter einem «Kompromissfrieden» oder einem «hundertprozentigen Frieden» zu verstehen sei. Trotz oder gerade wegen dieser Unklarheit würden aber Redensarten, wie: «Wir können froh sein, wenn wir mit einem blauen Auge davonkommen!», die man heute so oft hören könne, eine negative Wirkung ausüben, zumal, wenn sie von Volksgenossen geäußert würden, die irgendeine leitende Funktion versehen. Auf nicht immer feststellbaren Wegen, vielfach über Büroangestellte und sonstige Untergebene, Telefonistinnen, Ehefrauen und andere nahestehende Personen, würden solche Äusserungen in breitere Volksschichten kolportiert. Als Argumente für eine derartig vorsichtige oder negative Beurteilung der Kriegsaussichten würden regelmässig folgende vorgebracht: Die «unbekannte Grösse» der russischen Reserven an Menschen und Material, die angeblich erst zu einem Bruchteil erschlossenen bzw. eingesetzten «unbegrenzten Möglichkeiten» der USA einerseits, sowie Rohstoff- und Menschenmangel auf deutscher Seite andererseits. Besonders die angeblichen Versorgungsschwierigkeiten der Rüstungsindustrie, welche durch Hinweis auf gelegentliche Unterbrechungen der Produktion in einzelnen Betrieben wegen vorübergehenden Materialmangels teilweise als bedenklich hingestellt würden, spielten hierbei eine grosse Rolle.<sup>4</sup> Es sei bezeichnend, dass anlässlich der propagandistischen Herausstellung neuer Waffen, z.B. des «Tiger»<sup>5</sup>, in der Bevölkerung fast allgemein die Frage erörtert worden ist, ob wohl die materialmässigen Voraussetzungen für eine Serienproduktion dieser Waffen gegeben seien.

Bei alledem sei sich aber die Bevölkerung völlig darüber im Klaren, dass durchgehalten werden müsse und ein November 1918 sich nicht wiederholen dürfe.

Die Erörterungen über den Gaskrieg nehmen nach Meldungen aus allen Reichsteilen zu. Alle Massnahmen, welche mit dem Gasschutz der Bevölkerung zusammenhängen (Gasmaskenverteilung, Einbau von Gasschleusen in den Luftschutzkellern usw.), würden mit ängstlicher Spannung verfolgt. Auch sprächen sich Äusserungen von Frontsoldaten, welche auf einen möglichen Gaskrieg hindeuten, schnell in der Bevölkerung herum. Das alte

Noch zu Nr. 381

100'000 deutsche Soldaten gerieten in Gefangenschaft. – 3. Vgl. unten den Bericht vom 22. November 1943 «Totaler Sieg, Kompromissfrieden oder Frieden um jeden Preis?» – 4. Entgegen diesen Gerüchten war der Monatsdurchschnitt der Rüstungsproduktion 1943 höher als 1942, bezogen auf Januar/Februar 1942 = 100 betrug die Indexziffer der Gesamtfertigung 222, bei Panzern sogar 330 (Jacobsen, 1939-1943. J. Aufl. 1961. S. 563). – 5. Der neue deutsche Panzer-Typ.



Gericht von Munitionskisten mit der Aufschrift «Nur auf Befehl des Führers zu öffnen!» ist wieder aufgelebt. Ebenso erzählt man sich, dass in den Garnisonen und an der Front in verstärkter Masse Gasschutzübungen abgehalten würden. Ein Soldat schrieb von der Ostfront:

Ich glaube, es liegt etwas in der Luft. Neuerdings müssen wir nämlich zum Essen und Antreten stets die Gasmaske bei uns führen.

Ein anderer Frontsoldat habe seiner Frau geschrieben, sie solle auf jeden Fall dafür sorgen, dass das anderthalbjährige Kind eine Gasmaske erhalte, mehr könne er nicht schreiben.

Der Tod des Stabschefs der SA, Lutze<sup>6</sup>, hat in der Bevölkerung allgemein besondere Anteilnahme für den Führer ausgelöst, der schon wieder einen seiner ältesten Kampfgefährten verloren habe. Man mache sich auch viel Gedanken darüber, dass in den letzten Jahren so viele führende Männer eines nicht natürlichen Todes durch Unfall gestorben seien.<sup>7</sup> Wie bereits bei früheren derartigen Anlässen spreche man auch jetzt wieder in der Bevölkerung davon, ob nicht der Secret Service oder andere feindliche Kräfte bei diesen Unfällen am Werk seien.

Die feindlichen Luftangriffe der letzten Tage haben die westdeutsche Bevölkerung wieder schwer getroffen.<sup>8</sup> Die Meldungen von dorthier betonen aber, dass die Haltung der Volksgenossen nach wie vor tadellos sei. Von Apathie sei nichts zu merken. Nach dem schweren Angriff auf Essen in der Nacht zum 1. 5. sei z.B. beobachtet worden, dass die Volksgenossen am nächsten Morgen in aller Frühe tatkräftig dabei waren, die kleineren Schäden zu beseitigen und dass am Nachmittag überall in den Kleingärten gearbeitet wurde. Bedenklich sei lediglich die Tatsache, dass sich von Angriff zu Angriff die Fälle von Diebstählen in bombengeschädigten Häusern mehren würden.<sup>9</sup> In einer Meldung heisst es:

Bezeidmend ist ein Fall, der sich in Duisburg in der Angriffsnacht vom 27. 4. zugetragen hat. Eine Frau hatte Neugierige zur Hilfeleistung herangezogen, um einen Brand zu löschen. Sie hatte sich von der Nachbarschaft die notwendigen Eimer ausgeliehen. Die Helfer erledigten zwar die ihnen zugeordnete Aufgabe, aber als der Brand niedergekämpft war, verschwanden sie unter Mitnahme sämtlicher Eimer. Die Folge ist, dass die Frau, welche die Eimer auslieh, nun versuchen muss, diese wieder zu beschaffen und zu ersetzen.

Noch zu Nr. 381

6. Am 3. Mai war Viktor Lutze, der 1934 Nachfolger Röhms geworden war, an den Folgen eines Verkehrsunfalls gestorben. – 7. Dazu gehörten Mölders (oben Nr. 267), der Rüstungsminister Todt, General Udet; vgl. über ihren Tod Thorwald, Die ungeklärten Fälle. 2. Aufl. 1932. – 8. Hauptziele der Angriffe im April waren Duisburg, Mannheim-Ludwigshafen und Bremen gewesen, ausserdem aber auch Rostock und Stettin, vgl. Dokumente deutscher Kriegsschäden. 2. Beiheft. 1962. S. 165 ff. – 9. Das, obwohl die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. 9. 1939 (RGBl. I S. 1'679) alle Verbrechen unter Ausnutzung von Fliegergefahr mit Zuchthaus, Plünderung mit dem

Nach Meldungen aus Westdeutschland, aber auch aus anderen Reichsteilen wird in der Bevölkerung davon gesprochen, dass die feindliche Luftoffensive eine Folge der Verkündung des totalen Krieges sei. Viele Volksgenossen verstünden nämlich unter dem totalen Krieg nicht so sehr den totalen Einsatz aller Kräfte für die Rüstung, sondern den Übergang zum totalen Einsatz aller Mittel, auch der äussersten, im Kampf gegen die Feinde. Die Proklamierung des totalen Krieges sei deshalb von vielen Volksgenossen als eine Herausforderung aufgefasst worden, welche nicht ohne Rückwirkung seitens der Gegner bleiben könne. Dieses Missverständnis habe zu einer gewissen Animosität der Volksgenossen gegen die Reichshauptstadt geführt, von welcher aus der totale Krieg verkündet worden ist. Diese Einstellung werde durch einen Vers charakterisiert, der im Industriegebiet bereits verbreitet worden sei:

Lieber Tommy, fliege weiter,  
wir sind alle Bergarbeiter.  
Fliege weiter nach Berlin,  
die haben alle «ja» geschrien.<sup>10</sup>

#### IV. Verwaltung und Recht

##### Zur Bekämpfung des Tauschhandels

Trotz der verschärften Strafdrohungen, die durch die Verordnung vom 25. 3. 1942<sup>11</sup> eingeführt worden sind, nimmt nach den Meldungen der Tauschhandel in der letzten Zeit ständig zu.<sup>12</sup>

Die Bereitschaft zahlreicher Volksgenossen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Tauschgeschäfte einzugehen, sei ganz allgemein festzustellen. Die Bevölkerung habe nicht das Gefühl, dass wirklich unnachsichtig gegen den Tauschhandel eingeschritten werde; denn praktisch habe der Tauschhändler nach der Meinung der Bevölkerung z. Z. nicht viel zu befürchten. Nach dem Erlass der Verordnung vom 25. 3. 1942 sei zwar der Tauschhandel etwas verdeckter und heimlicher betrieben worden. Inzwischen sei man aber zu der Überzeugung gekommen, dass die Gefahr der Entdeckung und der Bestrafung derart gering sei, dass sie in keinem Verhältnis zu den Vorteilen stünde.

Die Bekämpfung des Tauschhandels wird infolgedessen nach sämtlichen Meldungen als unzureichend empfunden. Die strafrechtlichen Bestimmun-

Noch zu Nr. 381

Tod bedrohte. – 10. Auf Goebbels 10 Fragen in der Kundgebung vom 18. 2. 1943 (oben Nr. 361). – 11. Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung (RGBl. I S. 147). – 12. Dieselbe Nummer der Meldungen brachte anschliessend im Abschnitt «Wirtschaft» einen Bericht über

gen (Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung vom 25. 3. 1942 mit AV des RJM vom 1. 4. 1942<sup>13</sup>) seien zwar ausreichend und zweckmässig. Die von den Gerichten ausgeworfenen Strafen seien jedoch vielfach zu niedrig; insbesondere werde es von der Bevölkerung nicht verstanden, wenn für Tauschgeschäfte von Kaufleuten nur Geldstrafen festgesetzt würden. Die Geldstrafe, vor allem wenn sie nur einige hundert Reichsmark betrage, schrecke heute den Gewerbetreibenden nicht. Es müsse daher darauf hingewirkt werden, dass die Fälle, die zur Kenntnis der Gerichte kommen, streng bestraft und die Urteile in der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht würden.

Aufs Ganze gesehen sei freilich das Strafrecht eine mehr oder weniger stumpfe Waffe, weil die Tauschgeschäfte im Allgemeinen nur selten zur Kenntnis der strafverfolgenden Behörden kämen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Tauschhandels sei verschwindend gering und stehe in keinem Verhältnis zu der sehr grossen Zahl der Straftaten. So wird z.B. gemeldet, dass das Sondergericht Hagen seit seinem Bestehen nur zwei Fälle wegen Tauschhandels abgeurteilt habe. Auch andere Meldungen ergeben, dass nur ganz vereinzelte und oft unbedeutende Tauschhandelsfälle zur strafrechtlichen Verurteilung kommen. Dies liege vor allem daran, dass auf eine Mithilfe der Bevölkerung in der Bekämpfung des Tauschhandels kaum zu rechnen sei. Dies habe folgende Gründe:

a) Allgemein habe die Bevölkerung eine Scheu vor Behörden und Gerichten, insbesondere wolle sie nicht gern in derartigen Sachen als Zeugen vernommen werden.

b) Es gäbe z. Z. nur noch wenige Volksgenossen, die nicht irgendwann und irgendwie einmal in Tauschgeschäfte verwickelt gewesen seien. Da sie selbst kein reines Gewissen hätten, scheuten sie sich davor, eine Anzeige gegen andere zu erstatten.

c) Eine gewisse Zurückhaltung der Bevölkerung erkläre sich auch daraus, dass vielfach nicht genau bekannt sei, welche Geschäfte erlaubt seien und welche nicht (Bevorzugung von Stammkunden).

d) Die Tauschenden bildeten einen festen Ring. Im Allgemeinen würden die Geschäfte Zug um Zug abgewickelt. Man vermeide es, schriftliche Aufzeichnungen über diese Geschäfte zu machen. Von den am Tauschhandel Beteiligten werde nur dann Anzeige erstattet, wenn einmal Missstimmung oder Unfrieden entstanden sei.

e) Gerade der nationalsozialistische Staat habe sich mit Energie gegen das Denunziantentum gewendet. Niemand wolle daher gern als «Angeber» angesehen werden und sich damit der Verachtung der Volksgenossen und

Noch zu Nr. 381

Tauschangebote in Zeitungsinserten, in denen versucht wurde, für bewirtschaftete Lebensmittel andere knappe Waren zu erhalten. – 13. Allgemeine Verfügung des Reichsjustizministers in:

dem Verdacht aussetzen, dass er bei seinem Nachbarn nach Verfehlungen herumschnüffele.

f) Es sei bekannt, dass die Anzeigen wegen Tauschhandels häufig aus niedrigen Beweggründen, aus Neid, Missgunst oder Gehässigkeit erstattet würden. Es seien vielfach sehr zweifelhafte Personen, die als Anzeigeerstatte aufträten. Niemand wolle sich gern dem Verdacht aussetzen, dass er selbst aus ähnlichen Beweggründen sich an die Behörden wende.

g) Der Anzeigende habe durch die Anzeige in der Regel nur Nachteile, da die angezeigten Händler ihn künftig auch bei der Versorgung mit freien oder markenpflichtigen Waren in jeder Weise benachteiligen würden. Bei dem Mangel an Arbeitskräften und Waren sei jeder froh, überhaupt etwas zu bekommen, und sei deshalb eher darauf bedacht, sich seine Verbindungen zu erhalten, als sie durch eine Anzeige zu stören.

h) Es komme die Furcht vor einer Bestrafung wegen falscher Anschuldigung hinzu. In der Presse seien mehrfach Urteile veröffentlicht worden, durch die Personen, die auf Grund einer Vermutung Anzeige erstattet hätten, zu empfindlichen Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt worden seien. Nur wenige wagten deshalb eine Anzeige, da es sich fast immer um Vermutungen handle und die Gefahr der eigenen Verurteilung deshalb in Rechnung gestellt werden müsse.

i) Schliesslich sei bisher eine Aufklärung der Bevölkerung über die Strafbarkeit und Verwerflichkeit des Tauschhandels noch nicht in hinreichendem Mass erfolgt. Insbesondere sei noch nicht genügend zur Mithilfe aufgefordert worden.

Sämtliche Meldungen stimmen darin überein, dass die Bekämpfung des Tauschhandels durch behördliche Massnahmen ausserordentlich schwierig sei. In den Berichten werden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die im folgenden ohne Stellungnahme wiedergegeben werden:

a) Der Tauschhandel müsse durch die Propaganda als das angesehen werden, was er wirklich sei, nämlich als ein volksschädliches Verhalten erster Ordnung. Es müsse jedem Volksgenossen klargemacht werden, dass es seine Pflicht sei, derartige Fälle zur Anzeige zu bringen. In diesem Zusammenhang wird die Veröffentlichung von Urteilen wegen falscher Anschuldigung als höchst unerwünscht bezeichnet. Die Anzeigeerstattung müsse durch die NSDAP und angeschlossenen Verbände (NS-Frauenshaft) zu einer moralischen Verpflichtung erhoben werden.

b) Ferner wird eine verschärfte Kontrolle auf Landstrassen und ländlichen Bahnstationen, sowie eine gelegentliche Prüfung der Warenlager

Noch zu Nr. 381

Deutsche Justiz. Jg. 10. 1942. S. 238. Darin wurden die Staatsanwälte angewiesen, Verstösse gegen die Verordnung mit aller Schärfe zu verfolgen und in schweren Fällen § 4 der Volksschädlingsverordnung anzuwenden; die Verfahren waren mit grösstmöglicher Beschleunigung durchzuführen.

und des Wareneingangs und -ausgangs befürwortet. Es wird nicht verkannt, dass dies zu einer unliebsamen Schnüffelei und Spitzelei führen könne. Die Gefahr, die durch den Tauschhandel heraufbeschworen werde, rechtfertige aber diese Massnahmen.<sup>14</sup>

Nr. 384 vom 20. Mai 1943 (Auszug)

## V. Wirtschaft

### Meldungen über die Kürzung der Fleischration

Die bisher aus einzelnen Reichsgebieten, u.a. aus Bayreuth, Berlin, Breslau, Danzig, Dortmund, Frankfurt/Oder, Graz, Halle, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Litzmannstadt und Stettin vorliegenden Meldungen zur Kürzung der Fleischration<sup>1</sup> lassen erkennen, dass sich trotz der seit Wochen umlaufenden Gerüchte die diesbezüglichen Veröffentlichungen äusserst nachteilig und nahezu schockartig ausgewirkt haben. Ein grosser Teil der Volksgenossen hätte eine derartige Wendung in der Lebensmittelversorgung vor allem deshalb für unmöglich gehalten, weil es nach den Worten des Reichsmarschalls mit der deutschen Ernährung nur noch besser, aber nicht mehr schlechter werden könnte. Vielfach werde die Kürzung mit den militärischen Rückschlägen im Osten in Verbindung gebracht, wobei verschiedentlich der Meinung Ausdruck gegeben werde, dass weitere Rationskürzungen folgen würden.<sup>2</sup> Einsichtige Volksgenossen, die allerdings in einer verschwindenden Minderheit seien, gäben demgegenüber jedoch zu verstehen, dass die Herabsetzung der Fleischration, wie die Kürzung im Vorjahre<sup>3</sup>, wohl nur eine jahreszeitlich bedingte Massnahme sei.

Die gleichzeitig in der Presse bekanntgegebene Erhöhung der Rationssätze bei Brot und Fett sei – den Meldungen zufolge – zwar anerkannt worden, dabei werde aber betont, dass die zusätzlichen Mengen einen Ausgleich für das entfallende Fleisch nicht bieten könnten. Die 300 g Brot im Monat bedeuteten 1½ Schnitten pro Woche, und die 12½ g Fett je Woche seien nicht der Rede wert. Auch die in Aussicht gestellte Zucker-

Noch zu Nr. 381

14. Über die weitere Ausbreitung des Schleich- und unerlaubten Tauschhandels vgl. unten den Bericht vom 20. Januar 1944.

Zu Nr. 384

1. Ab 31. Mai wurde sie von 350 g auf 250 g wöchentlich verringert; dafür gab es statt 2'250 g Brot 2'325 g in der Woche und in 4 Wochen 50 g Fett mehr. – 2. Bei den Hauptnahrungsmitteln trat das 1943 noch nicht ein. – 3. Vgl. oben Nr. 270. –

Zuteilung für Einmachezwecke sei ebenfalls unzureichend, da der Bedarf für die Marmeladenherstellung usw. erheblich grösser sei. Die Mehrzuteilung an Nahrungsmitteln werde – den Meldungen zufolge – kaum beachtet und vielfach nur als eine Geste gewertet.

Unter den bewegten Klagen aller Bevölkerungskreise stünden die der Frauen, die z. Z. zum totalen Kriegseinsatz herangezogen würden, im Vordergrund. Diese Volksgenossinnen empfänden es als überaus hart, dass ihnen gerade zu dem Zeitpunkt, wo sie zu besonderen Leistungen herangezogen werden sollen, die Fleischration gekürzt werde. Weiterhin werde von Müttern nachhaltig darüber geklagt, dass den Kleinkindern die bisherige Wochenration von 200 g Fleisch ebenfalls um den vollen Satz gekürzt werde und nunmehr noch 100 g betrage. Diese Menge sei völlig unzureichend, zumal die Mütter von ihren eigenen Rationen auch nichts mehr an die Kinder abzugeben in der Lage wären. – Erbitterung herrsche über die Herabsetzung der Fleischration auch in jenen Bevölkerungskreisen, die keine Sonderzulagen erhielten. Von diesen Volksgenossen werde hervorgehoben, dass von ihnen zwar ständig Mehrarbeit und Überstunden verlangt würden, sie aber mit ihren bisherigen Rationsätzen, insbesondere der Fleischration, auch bisher kein Auskommen gefunden hätten. – Fernerhin würden in ländlichen Gebieten vielfach Stimmen laut, dass es unverständlich sei, für den deutschen Verbraucher die Fleischrationen derart stark herabzusetzen, während die in der Landwirtschaft beschäftigten Polen und anderen fremdvölkischen Zivilarbeiter auf Grund der Selbstversorgung rationen rund und dick würden. Die aus dem Osten stammenden Fremdvölkischen erhielten im Reich eine weit bessere Verpflegung, als sie es von ihrer Heimat her gewöhnt seien. Es sei unerhört, dass diese Ausländer bessergestellt werden als deutsche Männer, Frauen und Kinder.

Wie allen vorliegenden Meldungen zu entnehmen ist, sei vor allem die Art der Veröffentlichung der Fleischrationskürzung äusserst scharf kritisiert worden.<sup>4</sup> Bei der ersten Bekanntgabe hätten zunächst sehr viele Volksgenossen angenommen, dass es für den Ausfall der Fleischration 300 g Brot und 50 g Fett pro Woche mehr geben würde. Die Enttäuschung über die Kürzung der Fleischration sei jedoch später um so grösser gewesen, als die Volksgenossen bei näherem Hinsehen herausgelesen hätten, dass die Zulagen nicht wöchentlich, sondern monatlich gewährt würden. – Beson-

Noch zu Nr. 384

4. In der Tagesparole des Reichspressechefs vom 10. Mai (Vertrauliche Informationen Nr. 115/43) war die Presse angewiesen worden zu betonen, dass es sich nicht um eine Rationskürzung, sondern eine «Rationsverlagerung» handele, die an Kalorienwerten keine Einbusse für die Volksernährung bedeute; aus vorgeschlagenen Überschriften wie «Veränderungen der Lebensmittelrationen, Fleisch gekürzt – beachtlicher Ausgleich durch Brot und Fett» konnten dann leicht Missverständnisse entstehen.

ders kritisiert worden wären auch die Widersprüche in der Begründung der früheren Erhöhung und der jetzigen Herabsetzung der Fleischration. So habe es z.B. in diesbezüglichen Presseveröffentlichungen geheissen: «Um die Rückwirkungen der knappen Frühjahrs- und Sommersorgungsmonate auszugleichen, war es (im Oktober 1942) notwendig, die Fleischrationen wieder zu erhöhen, zumal der Entzug der Gerste ein Anpassen der Viehbestände an die Futterlage erzwang. Hierdurch erfolgte ein starker Eingriff in die Viehbestände ... Die jetzige Kürzung der Fleischration sichert für die Zukunft die ausreichende Versorgung auf dem Brot- und Kartoffelgebiet, denn hierdurch wird ... eine die Versorgung gefährdende Verfütterung von Getreide und Kartoffeln im Tiersektor verhindert.» Von den Volksgenossen werde dazu festgestellt, dass der Mangel an Futtermitteln (Gerste und Kartoffeln) nach dieser Verlautbarung zu jeweils vollkommen verschiedenen Auswirkungen auf die Rationssätze bei Fleisch geführt habe. Im Oktober sei dieser Mangel an Futtermitteln einmal die Ursache einer Rationserhöhung, jetzt aber einer Rationskürzung gewesen. Eine derartige Propaganda verstehe aber kein Mensch mehr.<sup>5</sup>

Nr. 385 vom 24. Mai 1943 (Auszug)

## 1. Allgemeines

Unter den militärischen Ereignissen wird, nach den vorliegenden Meldungen, am häufigsten die derzeitige Entwicklung des Luftkrieges von allen Teilen der Bevölkerung mit grosser Besorgnis besprochen.<sup>1</sup> Die – in ihrem Ausmass oft sehr weit übertriebenen – Auswirkungen des Angriffs auf die Mohne- und Edertalsperre haben sich im gesamten Reichsgebiet sehr schnell herumgesprochen und teilweise die Bevölkerung in grossen Schrecken versetzt, zumal im Wehrmachtbericht die Verluste an Menschen als hoch bezeichnet wurden.<sup>2</sup> Besonders in den ersten Tagen wurden in weiten Teilen der Bevölkerung die unsinnigsten Gerüchte verbreitet, z.B. wurde von 10'000 bis 30'000 Toten gesprochen. Nachdem

Noch zu Nr. 384

4. Im Oktober 1942 war, vor allem durch Görings Rede, der Eindruck erweckt worden, dass die Rationserhöhungen auf den Erträgen der im Osten besetzten Gebiete beruhten (vgl. oben Nr. 324).

Zu Nr. 385

1. Von den Angriffen im Mai waren besonders Essen, Dortmund, Duisburg, Kiel, Flensburg, Wilhelmshaven und Emden betroffen worden. – 2. In der Nacht vom 16. zum 17. Mai hatten englische Flugzeuge die Mauern beider Talsperren zerstört. Die Zahl der Opfer wurde amtlich mit 370 Deutschen und 341 Kriegsgefangenen angegeben (Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 246 vom 20. 5. 1943), im Ausland auf über 4'000 geschätzt (Dokumente deutscher Kriegsschäden. 2. Beiheft

die amtlichen Verlustziffern bekanntgegeben wurden, trat eine gewisse Beruhigung ein, obwohl den mitgeteilten Zahlen vielerorts sehr grosses Misstrauen entgegengebracht wird. Man betrachtet sie aber als Massstab dafür, dass die gerüchtweise verbreiteten Ziffern zu hoch sein müssten. Auch über die durch die Wassermassen verursachten Verwüstungen und die wirtschaftlichen Schäden durch Ausfall der Elektrizität und des Wassers glauben sich weite Bevölkerungsteile durch die umlaufenden Erzählungen unterrichtet und sehen darin einen Beweis für eine «kaltblütige Planung des Luftkrieges im Lager der Feinde». Der Angriff auf die Talsperren habe bewiesen, dass wir aus der Luft mit verhältnismässig geringen Mitteln aufs schwerste getroffen werden könnten. Vielfach werden die angerichteten Zerstörungen, die der Gegner durch einen Angriff auf die Talsperren erzielt habe, als stärker wie die Auswirkungen der Terrorangriffe auf das Ruhrgebiet bezeichnet. Viele Volksgenossen suchen nach einer Erklärung, wie ein derartiger Angriff überhaupt möglich sein konnte; sie befürchten, dass die Sicherung der Talsperren durch Flak und Sperrballone nicht ausreichend gewesen sei.

Auch die Tagesangriffe britisch-amerikanischer Bomberformationen auf norddeutsches Gebiet, insbesondere auf Kiel und Flensburg, haben wesentlich zu einer Stärkung der weitverbreiteten Vermutung beigetragen, dass zurzeit eine feindliche Luftüberlegenheit bestehe, um so mehr, als es sich bei diesen Angriffen um Anflüge in geschlossenem Bomberverband gehandelt habe.<sup>3</sup> In den betroffenen Gebieten sind bis ins Einzelne gehende Erzählungen über die angeblichen Auswirkungen dieser Angriffe in den Werft- und Wohnbezirken sehr stark verbreitet, wodurch die Beunruhigung weiter Bevölkerungskreise zugenommen hat. Dabei wird als besonders schwerwiegend die Tatsache angesehen, dass der Feind jetzt auch bei Tage Industriewerke, Werften und Städte zerstören könne, ohne wirksam daran gehindert zu werden. Angesichts dieser letzten Entwicklung des Luftkrieges ist in der Bevölkerung vielfach ein Gefühl der Schutzlosigkeit aufgekommen, da man glaubt, dass die derzeitige Lage es nicht gestatte, genügende Sicherungsverbände in die luftbedrohten Gebiete zu verlegen und im Übrigen die als der wirksamste Schutz bezeichnete Vergeltung gegen England zurzeit nicht durchgeführt werden könne.

Vielfach wird mit einer weiteren Verschärfung des Luftkrieges gerechnet. Auch die Befürchtung, dass der Gaskrieg doch noch einsetzen könne, ist stärker geworden. Nachdem die USA den Japanern die Anwendung

Noch zu Nr. 385

1962. S. 183); nach Mitteilung des damaligen Inspektors der Feuerschutzpolizei wurde sie nie genau bekannt, Schätzungen von etwa 1'200 Toten im Mohne- und Ruhrtal und zwischen 58 und 300 an der Eder und in Kassel seien vertretbar (Rumpf, Das war der Bombenkrieg. 1961. S. 53). – 3. Die Tagesangriffe wurden fast ausschliesslich von amerikanischen Verbänden unter Einsatz viermotoriger Flugzeuge durchgeführt. –



von Gas vorwerfen und die britisch-amerikanische Luftwaffe durch den Abwurf von Phosphorkanistern und Brandplättchen ja schon längst chemische Kampfmittel zur Anwendung gebracht hätte, sei bis zur tatsächlichen Anwendung von Giftgasen kein allzuweiter Schritt mehr. Im übrigen würde auch unsererseits bestimmt mit der Anwendung von Gas gerechnet, was durch die verstärkte Schulungstätigkeit des Luftschutzes ersichtlich sei.

Die Diskussionen, die noch über die Aufgabe Tunesiens geführt werden<sup>4</sup>, drehen sich hauptsächlich um die Höhe der Verluste und das Schicksal der deutschen Gefangenen. Besonders die Angehörigen von Afrikakämpfern seien in grosser Sorge, erhoffen sich jedoch im Allgemeinen bald ein Lebenszeichen. Im Übrigen wird die englische oder amerikanische Kriegsgefangenschaft als angenehmer empfunden, weil dort die Gefangenen nach den Richtlinien der Genfer Konvention behandelt würden, während über das Schicksal der Kriegsgefangenen in den Händen der Bolschewisten nichts bekannt sei:

Gott gebe, dass mein Sohn in englischer Gefangenschaft ist, denn ich weiss aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges, dass man dort noch immerhin menschlich und anständig behandelt wird, so und ähnlich lauten die Äusserungen betroffener Volksgenossen und sind kennzeichnend für die Einstellung weiter Teile der Bevölkerung.

Mit dem gegenwärtigen Geschehen an der Ostfront befassen sich die Volksgenossen fast gar nicht.<sup>5</sup> Es wird das Ausbleiben jeder Aktion unsererseits festgestellt, während noch im Vorjahre eine Offensive geradezu «fieberhaft» erwartet worden ist. Die Frage vieler Volksgenossen lautet in diesem Jahr meist weniger «wann beginnt die Offensive?», sondern «wird überhaupt eine Offensive in diesem Jahr stattfinden?». Dabei vertritt eine ständig wachsende Zahl von Volksgenossen die Meinung, dass Deutschland in diesem Jahr für eine Ostoffensive nicht stark genug sei und daher der gegenwärtige Verlauf der Ostfront als «Ostwall» gehalten werde.

Das Ausbleiben der «schon zur Gewohnheit» gewordenen U-Boot-Sondermeldungen im Monat Mai wird von den Volksgenossen lebhaft und beunruhigt erörtert, da gerade der Dauerwirkung des U-Boot-Krieges eine wichtige, wenn nicht sogar ausschlaggebende Bedeutung bisher

Noch zu Nr. 385

4. Am 13. Mai hatte das Oberkommando der Wehrmacht das Ende des Kampfes in Afrika gemeldet und zugegeben, dass die deutschen und italienischen Truppen dem Mangel an Nachschub erlegen seien. – 5. Mit Ausnahme von Kämpfen im Kubanbrückenkopf hatten die OKW-Berichte der letzten Wochen von der Ostfront «keine wesentlichen Kampfhandlungen» bekanntgegeben. Die geplante Offensive bei Kursk war wieder verschoben worden, weil Hitler nicht schlüssig war, ob er dafür bereitgestellte 6 Panzerdivisionen nicht nach Italien verlegen müsse, falls dieses unter dem Eindruck der Niederlage in Nordafrika aus dem Krieg ausschiede (Philippi-Heim, Der Feld-

beigemessen wurde. Vielfach wird angenommen, dass die Feindmächte ein neues, sehr wirksames Abwehrmittel zur Anwendung brächten.<sup>6</sup>

Die Gespräche über die Änderungen in der Lebensmittelversorgung sind im gesamten Reichsgebiet weder dem Umfange nach noch dem Gewicht nach zurückgegangen. Nach wie vor wird die Kürzung, besonders in Arbeiterkreisen, als sehr einschneidend empfunden, und von den Frauen sind weiterhin vielfach unbeherrschte Äusserungen zu hören. Auch die Vergleiche der nunmehr vorgenommenen Kürzung mit der Rede des Reichsmarschalls<sup>7</sup> und sonstigen Bekanntmachungen über eine Verbesserung der Versorgung halten an. Bei diesen Vergleichen wird häufig darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu den vielfach gemachten Ankündigungen nunmehr der bisher niedrigste Stand des Krieges in der Fleischversorgung erreicht sei, während die Mehrzuteilung an Brot und Fett dafür keinen Ausgleich darstelle. Statt 100 g Fleisch erhalte man lediglich ein Stück Brot mit Aufstrich.

## V. Wirtschaft

### Meldungen zur Einführung der Sonntagspflichtschichten und zur Erhöhung der Wochenarbeitszeit

In den Kreisen der Arbeiterschaft wird – den Meldungen aus vielen Teilen des Reiches zufolge – eine Erhöhung der Arbeitszeit bei den Behörden und den Angestellten der privaten Wirtschaft<sup>8</sup> an sich zwar durchaus begrüsst, jedoch fürchte der Arbeiter andererseits eine auch für ihn erfolgende weitere Heraufsetzung der Arbeitszeit oder Forderung nach Mehrarbeit (Sonntagsschichten). Vor allem weise der Bergarbeiter darauf hin, dass er bereits mindestens zwei Sonntage im Monat arbeite und Feiertage schon fast nicht mehr kenne. Eine gewisse Missstimmung habe – wie aus Dortmund berichtet wird – in diesem Zusammenhang z.B. die Tatsache hervorgerufen, dass der Bergbau sowohl am Karfreitag als auch am Ostermontag arbeiten müssen, während die übrige Industrie im Wesentlichen geruht habe.

So hätten z.B., wie aus Halle berichtet wird, im Oberröblinger Braunkohlenrevier die mit dringenden Neubauten für den Bergbau beauftragten Baufirmen an beiden Tagen gefeiert. Wenn, so sei in diesem Zusam-

Noch zu Nr. 385

zug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 211). – 6. Vgl. oben Nr. 369, insbes. Anm. 11. Die hohen Verluste waren vor allem das Ergebnis der ständigen Überwachung des Anmarsch- wie des Operationsgebietes aus der Luft; von 118 eingesetzten Booten gingen im Mai 38 verloren (Rüge, Der Seekrieg 1939-1945. 1954. S. 233). – 7. Vom 4. Oktober 1942 (oben Nr. 324). – 8. Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst war bereits durch Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrats für die

menhange von den Bergarbeitern geäußert worden, an diesen Tagen gearbeitet worden wäre, hätte die Fertigstellung dieser Neubauten schon einige Tage früher erfolgen können. Betriebsleiter aus dem Braunkohlenrevier hätten betont, dass ihnen von Seiten der Bergarbeiter der Vorwurf mangelhafter Unterstützung ihrer Belange gemacht worden sei, «da die Rüstungsindustrie, wenn sie vier Tage feiere, doch keine Kohlen benötige und infolgedessen auch dem Bergarbeiter hätte Gelegenheit gegeben werden können, sich von seiner Arbeit, die wohl eine der schwersten überhaupt sei, einige Tage auszuruhen».

Nachdem, wie aus Köln berichtet wird, bereits vor Ankündigung dieser Pflichtschichten an die Gefolgschaften offenkundig gewesen sei, dass der grösste Teil der Bergarbeiter des Aachener Kohlenreviers diesen Schichten nur Ablehnung entgegenbringe, habe man eine Zwischenlösung insofern zu finden gesucht, als man sich bereit erklärte, die Väter, deren Kinder zu Ostern zur Kommunion gingen, gegen Beibringung einer Bescheinigung des zuständigen Pfarrers von diesen Schichten zu befreien. Die Folge dieser Massnahme sei gewesen, dass der grösste Teil der Bergleute – gleichgültig, ob man Kinder zur Kommunion schicken konnte oder nicht – entsprechende Bescheinigungen beigebracht habe.

So seien z.B. auf der Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven/Rhld. von 70 bis 80 Prozent der Gefolgschaft Bescheinigungen, die zur Befreiung von den Osterpflichtschichten berechtigten, vorgelegt worden, von denen aber höchstens 5 bis 8 Prozent begründet gewesen seien.

In Anbetracht dieser Sachlage habe daher die Grubenleitung verfügt, dass alle Bergleute, die ohne anerkannt stichhaltige und unter Beweis zu stellende Gründe den Osterpflichtschichten fernbleiben würden,

1. der Hermann-Göring-Schicht,
2. des hundertprozentigen Zuschlags,
3. der Pleiger-Zuteilung für das erste Halbjahr (36,- RM),
4. der Sonderzuteilung für den Ostermontag,
5. der Sonderzuteilung für den Monat Mai

verlustrig gehen sollten.<sup>9</sup> Der sich aus dem Wegfall dieser Vorteile für die Bergleute ergebende finanzielle Schaden von etwa 60,- RM sei dann für die meisten Veranlassung gewesen, die Pflichtschichten zwangsläufig zu verfahren.

Unter den Bergleuten, wie aber auch in weiteren Bevölkerungskreisen des Aachener Reviers, wo diese Verhältnisse nicht unbekannt geblieben

Noch zu Nr. 385

Reichsverteidigung vom 10. März 1943 (RGBl. I S. 141) auf Stunden wöchentlich bei unterbrochener, 53 Stunden bei durchgehender täglicher Arbeitszeit festgesetzt worden. – 9. Zur Steigerung der Leistung erhielten die Bergarbeiter ausser den Lebensmittelsonderkarten für Schwerarbeiter auch unterschiedliche Lohnzulagen, deren Bezeichnung z.T. auf die dafür Verantwort-

seien, herrsche über die Art und Weise, in der die Osterpflichtschichten «erzungen» worden seien, erhebliche Verärgerung. In Bergarbeiterkreisen selbst nehme man zudem die Tatsache, dass Befreiungen von den Pflichtschichten erst auf Grund pfarramtlicher Bescheinigungen vorgenommen wurden, zum Anlass einer Ironisierung der bisherigen staatlichen Einstellung gegenüber der Kirche. Aussprüche wie

Wir kapitulieren nie, nur vor dem Pastor, –

Zehn Jahre hat man den Pfarrer an die Wand gedrückt, und nun holt man ihn wieder aus der Versenkung, –

Der Bergmannsgruss ist jetzt nicht mehr «Glück auf», sondern «Grüss Gott» oder «Gelobt sei Jesus Christus», –

Der Bergmann ist der erste Arbeiter des Staates, muss seine Glaubwürdigkeit aber erst vom Pfarrer bestätigen lassen, –

hätten die Ansichten der Bergleute deutlich widerspiegelt.<sup>10</sup>

Schon jetzt werde die Frage der Regelung des 2. Pfingsttages für den Bergbau stärkstens besprochen. Vielfach seien die Bergleute an ihre Betriebsführungen herangetreten mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass sie auch einmal zwei aufeinanderfolgende Feiertage frei bekommen könnten. Als Ausgleich seien sie bereit, dafür noch eine weitere Pflichtschicht an einem normalen Sonntag zu fahren.

Sowohl von der Berg- wie auch von der Industriearbeiterschaft werde ferner immer wieder auf die zusätzliche Sonntagsbelastung durch Stalingrad- bzw. Panzerschichten hingewiesen. Gerade im Hinblick hierauf betone man, derartige dauernde zusätzliche Belastungen seien überhaupt nur dann tragbar, wenn

1. genügend Material vorhanden wäre,
2. kein überflüssiger Leerlauf entstände und
3. mehr Lebensmittel zur Verteilung gelangen könnten.

So sähe man zwar die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung ein, bezweifle aber, dass hier der richtige Weg eingeschlagen werde.

Um die Betriebe zur Einführung von Überstunden zu zwingen, seien – wie aus Bayreuth gemeldet wird – die Arbeitsämter dazu übergegangen, den nicht über 48 Wochenstunden beschäftigten Betrieben solange Arbeitskräfte zu entziehen, bis die Betriebe zur Erfüllung des Produktionsprogramms sich gezwungen sähen, die Arbeitszeit zu erhöhen. Ebenso würden neue Zuteilungen von Arbeitskräften so lange nicht vorgenommen, bis die Arbeitszeit entsprechend heraufgesetzt sei. Von den betroffenen Betrieben werde die Möglichkeit einer hierdurch zu erzielenden Lei-

Noch zu Nr. 385

liehen zurückging: So war die Pleiger-Zuteilung nach dem Vorsitzenden der Reichsvereinigung Kohle benannt. – 10. Andererseits hatten die Meldungen mehrfach feststellen müssen, dass kirchliche Feste und Feiern das Leben nach wie vor stark bestimmten, während Parteifeiern oft wirkungslos blieben.

stungssteigerung sehr stark in Zweifel gezogen. So habe z.B. in einem Textilbetrieb der Durchschnittsnutzeffekt der Weber im Oktober 1942 bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche bei 71,4 Prozent gelegen. Unter Berücksichtigung der Überalterung der Gefolgschaft sei dieser Prozentsatz als absolut normal und ausreichend zu bezeichnen. Dagegen habe der Durchschnittseffekt im März 1943 bei einer Arbeitszeit von 52½ Stunden für Frauen und 55 Stunden für Männer 58,7 Prozent ergeben. Es sei hier also statt einer Erhöhung ein Absinken um 12,7 Prozent festzustellen gegenüber dem Nutzeffekt der 48-Stunden-Woche.

Für die Betriebe selbst ergäben sich noch weitere Verluste. So müsse z.B. für die über 48 Wochenstunden hinaus geleistete Arbeitszeit ein Überstundenzuschlag von 25 Prozent gezahlt werden. Ferner müsse der Betrieb für 7 Wochenstunden ein Mehr an Energie- und Betriebsmitteln aufbringen. Der Krankenstand steige durch die körperliche Überanstrengung infolge der langen Arbeitszeit, und es bestehe hierdurch die Gefahr des Ausfalls eines Grossteils der Gefolgschaft in absehbarer Zeit. Schliesslich könnten die Gefolgschaftsmitglieder, die früher eine kleine Landwirtschaft betrieben hätten, diese nicht mehr aufrechterhalten und belasteten nun die Gesamternährung zusätzlich. Eine weitere Belastung des Ernährungssektors sei durch die Ausgabe von Landarbeiterzulagen bedingt.

Grundsätzlich werde – wie alle hier vorliegenden Meldungen übereinstimmend besagen – von der Erhöhung der Arbeitszeit eine Mehrleistung nicht erwartet. Man sei der Ansicht, dass die Heraufsetzung der Arbeitszeit der Angestellten nur eine «schöne Geste» dem Arbeiter gegenüber bedeute und hauptsächlich aus «optischen Gründen» erfolgt sei. Solange nicht durch eine erhöhte Abgabe von Arbeitskräften zum anderweitigen Einsatz eine dann von Fall zu Fall gegebene wirkliche Begründung für eine Arbeitszeiterhöhung vorhanden sei, stehe man dieser weiterhin ohne Verständnis gegenüber.

Nr. 386 vom 28. Mai 1943 (Auszug)

## IV. Verwaltung und Recht

**Aufnahme und Auswirkungen der Lenkung der Rechtsprechung<sup>1</sup>**

Die öffentliche Kritik an der Justiz hatte das Reichsjustizministerium veranlasst, zur Vermeidung von Fehlentscheidungen eine «Steuerung» oder «Lenkung» der Rechtsprechung einzuführen.<sup>2</sup> Zu diesem Zweck war eine umfassende Berichtspflicht über alle irgendwie bedeutungsvollen Anlagen und Urteile angeordnet worden. Nach der Neubesetzung des Reichsjustizministeriums<sup>3</sup> wurde die Lenkung der Rechtsprechung auf eine neue Grundlage gestellt, insbesondere insofern, als neben die Lenkung durch die Staatsanwaltschaft nunmehr in besonderem Masse auch die Lenkung innerhalb der richterlichen Sparte selbst getreten ist. Über die Aufnahme und Auswirkung der Lenkungsmassnahmen ergeben die vorliegenden Meldungen das folgende Bild:

## I

1. Grundsätzlich stünden zwar die Richter jeder Art von Einwirkung auf die Rechtsprechung ablehnend gegenüber. Die Entwicklung der letzten Jahre, das Auftauchen immer neuer Probleme, die schnelle Wandlung in den Erfordernissen der Kriegswirtschaft usw. habe sie indessen in einer ganz überwiegenden Mehrzahl für eine Lenkung der Strafrechtspflege aufgeschlossen gemacht. Vor allem die mit dem Kriegsstrafrecht befassten Richter zeigen nach den vorliegenden Meldungen eine ausgesprochene Lenkungsbereitschaft. So begrüßten es z.B. Sondergerichtsvorsitzende dankbar, wenn ihnen mitgeteilt würde, dass ihre Urteile zum Umgang mit Kriegsgefangenen das richtige Mass treffen<sup>4</sup>, während etwa die Schwarzschlachtungen im vierten Kriegsjahr noch härter bestraft werden müssten. Solchen allgemeinen Hinweisen folgten die Richter willig und begrüßten sie als wertvolle Unterstützung ihrer Arbeit. Richter an kleinen Gerichten, bei denen Kriegsstrafsachen nicht häufig Vorkommen und die auch wenig Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit Berufsgenossen haben, äussern, dass sie durchaus das Bedürfnis hätten, die Auffassungen und Ziele der Staatsführung kennenzulernen, und dass erst die Lenkungs-

Zu Nr. 386

1. Vgl. oben Nr. 271 sowie die Einleitung. – 2. Darüber war erstmals am 3. September 1942 berichtet worden; diese Meldung (Auszug aus Nr. 314) ist von Broszat, Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 6. 1958. S. 439-443, veröffentlicht; vgl. dort auch S. 401 f. – 3. Durch Thierack, bis dahin Präsident des Volksgerichtshofes, im August 1942, oben Nr. 279 Anm. 9. – 4. Der strafrechtlichen Behandlung des Umgangs mit Kriegsgefangenen war ein besonderer SD-Bericht zu Inlandsfragen vom 13. Dezember 1943 gewidmet;

massnahmen ihnen die Möglichkeit gäben, die Rechtsprechung auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erfordernisse auszurichten. Wenn der Richter Gehilfe des Führers sein solle, so müsse er auch die Absichten der Staatsführung kennen.<sup>5</sup> Da dem einzelnen Richter oft der Überblick und die Kenntnis der grösseren Zusammenhänge fehle, könne ihn nur die Lenkung auf entscheidende Gesichtspunkte aufmerksam machen, die er im Einzelfall gar nicht erkennen könne. So werde er z.B. die Straftaten vagabundierender Jugendlicher im Einzelfall von sich aus vielleicht nur milde zu beurteilen geneigt sein, während er den Fall anders ansehe, wenn ihm zur Kenntnis gebracht werde, dass es sich hier um einen von zahlreichen Fällen und damit um ein bedenkliches Symptom der Jugendgefährdung handle.<sup>6</sup> Bei einzelnen Fallgruppen (Behandlung von Volksschädlingen, von Fremdvölkischen, von Feldpostmardern, von Schwarzschlächtern) werde die Lenkung ganz besonders begrüsst, da nur so eine einheitliche Linie in der Strafzumessung erreicht werden könne. Die mangelnde Lenkung habe sich hier in der vergangenen Zeit, z.B. bei der ganz unterschiedlichen Behandlung des Ehebruchs von Kriegerfrauen, sehr ungünstig ausgewirkt (z.T. Einstellung des Verfahrens, z.T. Zuchthausstrafen nach VolksschädlingsVO). Die Notwendigkeit der Lenkung wird daher nach den Meldungen heute allgemein anerkannt.

2. Die Mittel der Lenkung sind verschieden. Die Lenkung vollzieht sich teils generell durch allgemeine Anweisungen, teils durch Anregungen und Weisungen im Einzelfall. In den einzelnen Bezirken weichen die Methoden der Lenkung z.T. erheblich ab.

a) Die Tagungen der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte in Berlin haben auf die Rechtsprechung der unteren Gerichte offenbar nur eine geringe Wirkung geübt. Nach den hierzu vorliegenden Meldungen habe dies seinen Grund darin, dass einzelne Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte in der Übermittlung der in Berlin erhaltenen Richtlinien eine z.T. nur recht geringe Aktivität an den Tag legen. Das in Berlin Gehörte werde oft sehr spät, oft erst viele Monate später und nur lückenhaft und wenig eindringlich weitergegeben. Vereinzelt seien die Berliner Besprechungen auch bagatellisiert worden; man habe mitgeteilt, es sei dort «eigentlich nichts Neues gesprochen worden». In einer Meldung heisst es, der Oberlandesgerichtspräsident habe nur «zu-

Noch zu Nr. 386

vgl. auch oben Nr. 310. – 5. In der Einleitung zu den «Richterbriefen» (unten Anm. 7) hatte Thieradt erklärt: «Wenn der Führer einen anderen mit dem Amt eines Richters belehnt, so bedeutet das, dass dieser nicht nur seine richterliche Gewalt vom Führer ableitet und ihm verantwortlich ist, sondern auch dass Führertum und Richtertum wesensverwandt sind.» (Broszat, a. a. O. Anm. 34). – 6. Die «Verwahrlosung» der Jugend wurde in den Meldungen mehrfach erörtert, so am 19. Dezember 1942 und 5. Januar 1943, darunter wurde auch die Reaktion vieler Jugendlicher auf den von der HJ ausgeübten Zwang verstanden, die sich in der Bildung neuer Gruppen, z.B.

sammenhanglose Bruchstücke der Besprechungen» ohne feste Linie mitgeteilt und sich auf das Vorlesen von Notizen beschränkt, die in keinem inneren Zusammenhang gestanden und deshalb ihren Eindruck verfehlt hätten. Die Lenkung durch Wiedergabe der Berliner Besprechungen trete daher stark zurück.

b) Die Lenkung der Rechtsprechung durch die Richterbriefe<sup>7</sup> wird allgemein als sehr wirkungsvoll bezeichnet und günstig aufgenommen. Die allgemeine Auffassung geht dahin, dass es sich bei den Richterbriefen um die wirkungsvollste Lenkungsmassnahme handle, die gleichzeitig die Weisungsfreiheit des Richters am wenigsten antaste. Vielfach wird der Wunsch ausgesprochen, dass nach Festigung des nationalsozialistischen Richterkorps die Richterbriefe das einzige Mittel der Lenkung werden möchten, während die Lenkung im Einzelfalle zurücktreten solle.

c) Die Lenkung durch Ministerialerlasse wird als wenig günstig bezeichnet; sie sei z.T. nicht einheitlich gewesen. So haben nach einer Einzelmeldung zwei Erlasse über die strafrechtliche Behandlung des Umgangs mit Kriegsgefangenen verschiedenartige Anweisungen gebracht. Zudem entstehe durch den Erlass des Reichsministers der Eindruck einer Weisung an den Richter, die eingehalten werden müsse.

d) Die Lenkung im Einzelfall wird in den einzelnen Bezirken in verschiedener Weise durch Richterbesprechungen und durch Berichte der Richter und Staatsanwälte durchgeführt. Bald steht die eine, bald die andere Art im Vordergrund.

Die Richterbesprechungen, die beim Oberlandesgericht und bei den Landgerichten wöchentlich oder 14tägig durchgeführt werden, haben sich nach anfänglich tastenden Versuchen gut eingespielt und bewährt. Es ist durch diese Besprechungen zum ersten Male gelungen, den Richter aus seiner Vereinzelung herauszulösen und in die Gemeinschaft der Richter und Staatsanwälte seines engeren oder weiteren Bezirks zu stellen. Die Besprechungen spielen sich im Einzelnen so ab, dass die Oberlandesgerichtspräsidenten (Vizepräsidenten, Landgerichtspräsidenten) einige grundsätzliche Richtlinien geben und darauf die Teilnehmer die allgemein interessierenden Fragen vortragen, die sich aus den zur Verhandlung anstehenden Sachen ergeben haben. Es ergebe sich dabei die Möglichkeit eines fruchtbaren Gedanken- und Erfahrungsaustausches. Schon der Meinungsaustausch mit Richtern anderer Gerichte sei sehr wertvoll und biete Anlass

Noch zu Nr. 386

der sogenannten «Edelweisspiraten», und der Neigung zu amerikanischen Schlagern äusserte. –

7. Die «Richterbriefe» wurden seit Oktober 1942 monatlich an alle Richter und Staatsanwälte verteilt; sie enthielten Beispiele von musterhaften und beanstandeten Urteilen zu gleichartigen Straftaten und die Stellungnahme des Reichsjustizministers dazu, die erste Folge z.B. über Straftaten unter Ausnutzung der Verdunkelung, Sittlichkeitsverbrechen an Kindern und Jugendlichen, Deliktenverbrechen eines Juden. –



zur Aufklärung und einheitlichen Ausrichtung. Auch die Vorsitzenden verschiedener Sondergerichte hätten hierdurch erstmalig Gelegenheit, Einblick in die Praxis ihrer Nachbargerichte zu nehmen und die Rechtsprechung einheitlich auszurichten. Die Richterbesprechungen werden daher als zweckmässiges Mittel der Lenkung begrüsst. Sie wirken nicht so sehr durch die Weisungen, die dort erteilt würden, sondern durch die gemeinschaftliche Erörterung der politisch, wirtschaftlich und rechtlich bedeutsamen Fragen; die Erteilung von Weisungen werde im Allgemeinen vermieden. Freilich hinge der Erfolg stark von der Persönlichkeit des Besprechungsleiters ab; eine kleinliche und schulmeisterliche Art der Handhabung könne das Gefühl der Bevormundung und Minderwertigkeitskomplexe bei den Richtern hervorrufen (z.B. Posen, Litzmannstadt, Innsbruck, Wien, München, Weimar, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Berlin, Halle usw.).

In anderen Bezirken steht das Berichtssystem im Vordergrund. Jeder Richter und Staatsanwalt ist gehalten, die Sachen, die er irgendwie für bedeutsam hält und die seiner Auffassung nach für einen Bericht und eine Lenkung in Betracht kommen, auf dem Dienstwege dem Oberlandesgerichtspräsidenten oder dem Generalstaatsanwalt vorzulegen, der gegebenenfalls an das Reichsjustizministerium berichtet. Der Richter verfasst einen «Lagebericht», in dem er die wesentlichsten Momente der Tat und der Täterpersönlichkeit niederlegt. Dieses Berichtssystem ist in einigen Bezirken vorübergehend so ausgedehnt worden, dass dem Landgerichtspräsidenten die Akten sämtlicher zur Verhandlung anstehenden Sadien vorgelegt oder ihm ein Kurzbericht über alle anstehenden Sachen und das beabsichtigte Strafmass übermittelt werden mussten. Auf Grund der Lageberichte findet dann wöchentlich eine Konferenz zwischen den Oberlandesgerichtspräsidenten und dem Generalstaatsanwalt sowie einigen anderen Teilnehmern statt, in der die lenkungsbedürftigen Sachen besprochen und das Ergebnis den Richtern und Staatsanwälten mitgeteilt wird. Die an den Richter ergehende Lenkung steht unter der Bedingung, dass der im Lagebericht mitgeteilte Sachverhalt zutrifft und durch die Hauptverhandlung nicht eine wesentliche Abweichung erfährt. In den Lenkungssachen sollen die Richter mit den Staatsanwälten vor der Verhandlung eine ungefähre Abstimmung über Strafantrag und Urteil erzielen. Die Mängel dieser Art der Lenkung werden von den Meldungen einerseits in der Gefahr einer übersteigerten Berichtspflicht mit nutzlosem Papierkrieg gesehen. So müssen nach einer Meldung die Lageberichte in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden. Über die lenkungsbedürftigen Sachen werden mehrere Register geführt, in denen jede Sache eine Nummer erhält. Nach diesen Registern wird die Behandlung dieser Sache überwacht. Andererseits bestehe bei nicht so weitgespannter Berichtspflicht die Gefahr der Uneinheitlichkeit und Zufälligkeit. Es liege dann am Richter

selbst, ob er berichten wolle. Damit habe er es in der Hand, ob er gelenkt werden wolle oder nicht. Ein ängstlicher und nicht verantwortungsfreudiger Richter werde nach dem Grundsatz »lieber einmal zu viel als einmal zu wenig« in sehr zahlreichen Sachen berichten. Ein oberflächlicher Richter werde die Probleme und Schwierigkeiten gar nicht erkennen. Ein selbstbewusster oder engstirniger Richter werde überhaupt nichts berichten.

Schliesslich werde durch Auswertung der Rechtsprechung eine sogenannte Nachschau gehalten, durch die das Ergebnis der Hauptverhandlung mitgeteilt wird. Die Nachschau erfordere ein umständliches und zeitraubendes Verfahren. Sie sei nur wirkungsvoll, wenn dabei das Ergebnis der einzelnen Hauptverhandlungen zusammenfassend nach grundsätzlichen Gesichtspunkten ausgewertet und den Richtern in mündlichen Besprechungen mitgeteilt werde.

## 11

Gegen die Lenkung der Rechtsprechung, die im Allgemeinen als unbedingt notwendig und begrüssenswert anerkannt wird, werden indessen auch eine Reihe Bedenken vorgebracht.

1. Verhältnismässig selten sind die Stimmen älterer Richter, die die Lenkung schlechthin als einen Eingriff in die Weisungsfreiheit des Richters ansehen und aus diesem Grunde überhaupt ablehnen. Dagegen wird auch von verantwortungsbewussten und auf dem Boden der Bewegung stehenden Richtern vor einer Überspannung der Lenkung gewarnt. Es sei, so wird von diesen hervorgehoben, die eigentliche Aufgabe des Richters, auf Grund der eigenen Erforschung des Sachverhalts und des persönlichen Eindrucks im Ringen um die gerechte Entscheidung nach seiner eigenen Überzeugung zu entscheiden. Er empfinde es daher als bedrückend, wenn nicht seine persönliche Überzeugung, sondern die Meinung Aussenstehender das Urteil massgebend beeinflussen wolle. Solange eine Übereinstimmung der Meinungen zwischen Lenker und Richter bestehe, ergebe sich keine Schwierigkeit. Wenn aber ein Gegensatz eintrete, so fühle sich der gelenkte Richter eingeengt; denn bewusst oder unbewusst liesse er sich von der Autorität der lenkenden Stelle beeinflussen und weiche nicht gern von der Lenkung ab. Die Lenkung könne daher in einzelnen Fällen zu einer gewissen Unsicherheit der Richter führen.

Ernster aber sei noch die Gefahr zu nehmen, die dem richterlichen Ethos durch eine Überspannung der Lenkung drohe. Der Richter müsse vor sich selbst und vor dem Volk die letzte Verantwortung für seine Entscheidung tragen. Jüngere Richter würden nun dazu verführt, sich zu sehr auf die Lenkung zu verlassen und auf die Tatsache, dass ja die lenkende Stelle für sie die Verantwortung trage. Dadurch verleite die Lenkung unter Umständen zur Unselbständigkeit, lähme die Arbeitsfreude und den Willen

zur Verantwortung. Um diese unerwünschte Wirkung zu verhindern, dürften die lenkenden Stellen nicht anordnen, sondern sie müssten versuchen, zu überzeugen und zu erklären, warum so und nicht anders entschieden werden müsse, wodurch nicht eine Entscheidung durch weisungsartige Beeinflussung von aussen, sondern aus freiwilligem Mitgehen ergehe. Sehr krass und etwas einseitig kommen diese Bedenken in den Äusserungen eines Richters zum Ausdruck:

Der wesentlichste und gefährlichste Nachteil der ganzen Lenkungs-einrichtung ist der, dass sich der Richter am Gängelband geführt betrachten kann. Er traut sich nicht mehr, anders zu entscheiden als «programmgemäss». Man kann daher sagen, dass die Hauptverhandlung zum Theater werden möchte, da sich die Beteiligten ja das Ergebnis von vornherein schon ausgemacht haben. Der Richter kann dann auch die Verantwortung moralisch von sich abwälzen und auf diejenigen hinüberschieben, die ihm die Sache in den Mund gesprochen haben. Keinesfalls wird die Persönlichkeit mit ihrem Verantwortungsbewusstsein gepflegt.

Ein anderer Richter meint:

Eine gewisse Unselbständigkeit wird grossgezogen, die sich in späteren Jahren in der Qualität des Richters nachteilig auswirken könnte. Der Richter erkennt bei Uneinigkeit zwischen sich und dem Lenker nicht auf Recht, von dessen Richtigkeit er überzeugt ist, sondern er bringt nur die Ansicht seines Vorgesetzten zum Ausdruck.

Die gleichen Befürchtungen finden sich so oder ähnlich in den Meldungen immer wieder. Es werden in diesem Zusammenhang von Richtern Zweifel geäussert, ob es gelingen werde, unter diesen Umständen die starke Richterpersönlichkeit heranzubilden, wie sie der Reichsjustizminister anstrebe.<sup>8</sup> Die Lenkung könne den Richter dazu verführen, gegen seine eigene Überzeugung den bequemeren Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Ein Landgerichtspräsident äussert hierzu:

Es ist ein Spiel mit Worten, wenn man dem Richter sagt, er müsse selbstverständlich von der Richtigkeit seiner Entscheidung überzeugt sein, wenn man ihm vorher schon sagt, welche Entscheidung man von ihm erwartet.

2. Weitere Bedenken gegen die Lenkung ergeben sich bei Richtern und Staatsanwälten aus der Tatsache, dass die Lenkungsentscheidung eine reine Papierentscheidung sei und meist auf Grund eines notwendig kurzen Aktenauszuges, bestenfalls auf Grund der Akten vorgeschlagen werde. Gerade die Hauptverhandlung aber sei das Kernstück des Prozes-

Noch zu Nr. 386

8. Es gab im Reichsjustizministerium Bestrebungen, die Stellung der Richter dadurch zu heben, dass Bagatellfälle einer Laiengerichtbarkeit unterworfen werden sollten; zur Erörterung dieser

ses und bringe durch den persönlichen Eindruck vom Angeklagten, durch das Ergebnis der Beweisaufnahme und den unmittelbaren Eindruck des Verhandlungsablaufs vielfach entscheidende Gesichtspunkte für eine andere Beurteilung. Das Bild, das die lenkende Stelle dem Lenkungsbericht oder dem Vortrag des Sachbearbeiters entnehme, sei vielmehr schon subjektiv und verzeichnet. Der Eindruck des Akteninhalts sei niemals erschöpfend. Die Lenkung bringe daher die Gefahr einer «Kabinettsjustiz» mit sich und verlagere die Entscheidung auf die Verwaltungs- und Zwischeninstanzen. Diese Instanzen würden aufgebläht und in ihrer Zuständigkeit, in ihren Befugnissen erweitert, obgleich sie, da sie nur Schreibtischarbeit leisten, geringere geistige und seelische Leistungen zu vollbringen hätten als der Richter in der Verhandlung. Auch bestehe die Gefahr, dass weder die lenkende Stelle noch der entscheidende Richter restlos die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen wolle.

3. Vereinzelt knüpft an die Tatsache an, dass auch die lenkende Stelle mit Rücksicht auf die oft gebotene Schnelligkeit gelegentlich irre, Rechtsvorschriften übersehe und teilweise in ihren Lenkungsmassnahmen nicht einheitlich sei. Auch das Reichsjustizministerium wechsele gelegentlich innerhalb kurzer Zeit seine Stellungnahme. Es sei in einem nicht näher bezeichneten Fall gegen den Kommerzienrat D. die Anklage wegen Heimtücke vom Reichsjustizminister genehmigt, das entsprechende Urteil sei dann aber beanstandet und Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt worden, da § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung habe angewandt werden müssen.<sup>9</sup> Derartige Fälle haben sich mehrfach gezeigt. Auch Fälle offener Fehllenkung durch die Behörden werden genannt (Mordanschlag des Grubenarbeiters R. auf Zollstreife: Strafantrag im Wege der Lenkung: 7 Jahre Zuchthaus; Urteil des Sondergerichts Metz zutreffend: Todesstrafe).

### III

Trotz dieser grundsätzlichen Bedenken gegen die Lenkung ist, wie die Meldungen hervorheben, ihre Wirkung im Ganzen gesehen günstig gewesen. Sie habe dazu beigetragen, eine einheitlichere und gerechtere Bestrafung herbeizuführen. Sie habe keineswegs nur eine Verschärfung, sondern teilweise auch eine angemessene Milderung des Strafmasses erzielt und Fehlentscheidungen und unverständliche Urteile verhindern helfen. In der Bevölkerung ist die Tatsache der Lenkung und ihrer Durchführung im Einzelfall fast völlig unbekannt. Sie misst aber nach ihren Wirkungen,

Noch zu Nr. 386

Probleme wurde ein Amt «Rechtsprechung durch das Volk» eingerichtet. – 9. Nach § 5 der Kriegsstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938 (RGBl. 1939 I S. 1'455) wurde «Zersetzung der Wehrkraft» mit dem Tode bestraft, nur in minder schweren Fällen konnte auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden, während das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. 12. 1934 (RGBl. I S. 1'269) Gefängnisstrafen vorsah.

d.h. nach der Gleichmässigkeit des Antrages der Staatsanwaltschaft und des gerichtlichen Urteils sowie nach der Einheitlichkeit im Strafmass, die Güte der Rechtsprechung. Einzelne Meldungen äussern allerdings die Befürchtung, dass eine verstärkte Lenkung ungünstig aufgenommen würde. Das Volk wolle einen weisungsfreien Richter, keinen Vollstrecker von Anweisungen. Es werde jedes Vertrauen zur Justiz verlieren, wenn es auf den Gedanken komme, dass die Richter in bestimmter Weise entscheiden müssten.

Folgende Vorschläge werden gemacht:

Die Lenkung solle unter keinen Umständen weiter ausgedehnt, sondern auf die politisch wichtigen Strafsachen beschränkt werden, in denen die Richter eine Hilfe unbedingt brauchen und sie auch selbst wünschen. Der Kreis der lenkungsbedürftigen Sachen sei z. Z. zu weit gesteckt. Werde die Lenkung aber zu sehr ausgedehnt, so erwecke sie bei den Richtern Widersprüche. Es wird angeregt, er möge noch mehr als bisher vom Mittel der Richterzusammenkunft Gebrauch gemacht werden, insbesondere für die Einzelrichter, die selbst wenig, oft keine Gelegenheit des Meinungs- und Erfahrungsaustausches haben. Die Zuziehung der Bearbeiter von Berufungsbehörden sei zweckmässig. Die wirkungsvollste Art der Lenkung, die bisher noch nicht völlig ersetzt worden wäre, sei noch immer die durch die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft sei die gegebene Lenkungsbehörde. Sie kenne den Sachverhalt in allen Einzelheiten, sei selbst an der Verfolgung und Ermittlung massgebend beteiligt gewesen und besitze durch die Vorbesprechung mit dem Richter, durch die Mitwirkung in der Verhandlung, durch Anklagerede und Strafantrag einen erheblichen Einfluss auf die Rechtsprechung. Die Richter seien im Allgemeinen auch durchaus geneigt, den Anregungen des Staatsanwalts weitgehend zu folgen. Die doppelte Lenkung durch Gerichte und Staatsanwaltschaft sowie die doppelte Berichtspflicht mache überdies unnötige Mehrarbeit.

## **SD-Berichte zu Inlandsfragen**

1. Juli 1943 (grüne Serie)

**Verbreitung zahlreicher Gerüchte über neue Waffen und Abwehrmittel**

Die anhaltenden starken Terrorangriffe der britisch-amerikanischen Luftwaffe auf die Städte Westdeutschlands<sup>1</sup> haben nicht nur in allen Teilen des Reiches eine grosse Erbitterung gegen die englisch-amerikanischen Kriegsmethoden ausgelöst und den Hass gegen England und Amerika verstärkt, sondern auch ganz allgemein den Wunsch nach Vergeltung mit allen Mitteln verbreitet, wobei lediglich über das «Wann» und «Wie» die Meinungen der Bevölkerung auseinandergehen.<sup>2</sup>

Während ein kleinerer Teil der Volksgenossen auf Grund der in den letzten Wochen noch in ihren Auswirkungen verstärkten Terrorangriffe und der bisher nicht erfolgten Vergeltung Zweifel hegt, ob Deutschland überhaupt noch in der Lage sei, die angekündigte Vergeltung tatsächlich durchzuführen, steht jedoch der grössere Teil auf dem Standpunkt, dass die angekündigte Vergeltung tatsächlich auch in Kürze, spätestens zu Beginn des Herbstes, durchgeführt werde. Diese Volksgenossen gründen ihre Ansicht einmal auf die Tatsache, dass führende Persönlichkeiten wiederholt und eindeutig die Vergeltung ankündigten und dies sicher nicht erfolgt wäre, wenn es lediglich «leere Worte» bleiben sollten. Andererseits begründen diese Volksgenossen ihre Hoffnung auf die baldige Vergeltung und die Zuversicht auf ihr Gelingen in den angekündigten, noch im Bau befindlichen neuen Waffen und vor allem auf die darüber in der Bevölkerung verbreiteten Gerüchte.

Diese Gerüchte über die neuen Waffen haben seit einigen Tagen im ganzen Reichsgebiet einen derartigen Umfang angenommen, dass fast jeder Volksgenosse in irgendeiner Weise davon berührt wird. Dabei werden nicht nur bei Gesprächen «unter Freunden», sondern zum Teil offen in Verkehrsmitteln, Gasthäusern usw. auch sehr ins Einzelne gehende Angaben über «neue Waffen» verbreitet, die überall grosse Hoffnung auf das Gelingen der Vergeltung erweckt haben.

Fast einheitlich wird in allen Teilen des Reiches von angeblich entwickelten neuen Geschützen gesprochen, deren Reichweite 200, 400 oder sogar 600 km betragen soll, wodurch eine Beschiessung grösserer Teile

Zum 1. Juli 1943

1. Ziele der Angriffe im Juni waren vornehmlich Städte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewesen, darunter Düsseldorf, Bochum, Wuppertal. In der Nacht vom 28. zum 29. 6. war der Kölner Dom durch Bomben beschädigt worden, was von der Propaganda sehr herausgestellt wurde; «Stimmen zur Bombardierung des Kölner Doms» wurden in einem Bericht vom 8. Juli wiedergegeben. – 2. Von der Vergeltung war seit 1940 viel die Rede gewesen (vgl. oben Nr. 130), nicht zuletzt durch Hitler selbst, der etwa am 8. November 1942 angekündigt hatte, er werde «mit Zins und Zinseszins» zurückschlagen. Andeutungen über neue Waffen hatten nicht gefehlt,

Grossbritanniens möglich sei. Teilweise werden diese Geschütze auch als «Stratosphärengeschütze» bezeichnet. Auch über die Art der Geschosse werden vereinzelt konkrete Angaben verbreitet, insbesondere wird von Geschossen «mit komprimierter Luft» (Pressluft) oder «Raketengeschossen» gesprochen. Mit Hilfe dieser Waffen sei es möglich, englische Städte zu beschossen, und zwar mit einer Wirkung, die mindestens dem britischen Luftterror gleich käme. Daneben wird auch von einem neuen Flugzeugtyp gesprochen, insbesondere von «sechsmotorigen Bombern» und anderen Flugzeugen mit einer Ladefähigkeit für zwei Panzer.

Weiterhin laufen in der Bevölkerung Erzählungen über eine «neuartige Bombe» um, die von einer Grösse sei, dass jeweils nur ein Stück von einem Riesenflugzeug befördert werden könne. Zwölf derartiger Bomben, die auf dem Prinzip der Atomzertrümmerung konstruiert seien, würden genügen, eine Millionenstadt zu vernichten.<sup>3</sup> In anderen Teilen des Reiches wieder werden Gerüchte über sogenannte «Nebelgranaten» mit furchtbarer Wirkung, wodurch weit auseinandergezogene Kompanien auf einen Schlag vernichtet werden könnten, verbreitet.

Neben diesen Angaben über Art und Wirkung neuer Waffen hat sich seit einigen Wochen das Gerücht über den Einsatz von mindestens 1'000 japanischen Fliegern (sogenannte «Todesflieger»)<sup>4</sup> bei der angeblich kommenden Invasion gegen England fast über das gesamte Reichsgebiet verbreitet. Den Meldungen zufolge sollen die japanischen Flieger entweder mit U-Booten oder mit Flugzeugen über die nördliche Route gekommen und in Frankreich oder in Norddeutschland stationiert sein. Gerade dieses Gerücht hat grösste Hoffnungen auf das Gelingen der durch die Gerüchte über neue Waffen und deren Wirkung vielfach bereits als sicher erwarteten Invasion hervorgerufen, da allgemein die Erfolge der japanischen Flieger gegen die amerikanische Kriegsflotte in bester Erinnerung sind. In Kattowitz wurde sogar verbreitet, Japan habe von der Sowjetregierung die Genehmigung erhalten, die sowjetischen Hoheitsgebiete mit japanischen Flugzeugen zur Unterstützung Deutschlands gegen England zu überfliegen, wofür es als Gegenleistung wie bisher das Anlaufen achsenfeindlicher Schiffe in Wladiwostok dulden würde.

Noch zum 1. Juli 1943

z.B. dass sich «unbekannte, einzig dastehende Waffen» auf dem Weg zur Front befänden (Proklamation Hitlers an die Soldaten der Heeresgruppe Süd vom 19. Februar 1943, Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 1989). Diese Propaganda wurde in der zweiten Hälfte 1943 und Anfang 1944 noch gesteigert. – 3. Während die Gerüchte über Ferngeschosse und Raketen 1944 durch die V1- und V2-Waffen bestätigt wurden, war eine militärische Nutzung der Atomkraft durch Deutschland nicht zu erwarten, weil zwar die theoretischen Voraussetzungen bekannt waren, das erforderliche spaltbare Material jedoch fehlte. Es war daher bereits am 6. Juni 1942 beschlossen worden, die Entwicklung einer Atombombe einzustellen und nur die Energiegewinnung durch Atombrenner weiterzubearbeiten (Lusar, Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des Weltkriegs. 4. Aufl. 1962. S. 308). – 4. Vgl. oben Nr. 306. –



Obwohl die Furcht vor einem Gaskrieg in der Bevölkerung sehr gross ist, hat sich die Einstellung zum Gaskrieg seit dem Terrorangriff auf Wuppertal<sup>5</sup> und dessen Auswirkungen, insbesondere der neuerdings von den Engländern nach Erzählungen im ganzen Reichsgebiet dabei angewandte «Phosphorregen» geändert. Die Bevölkerung erblickt in der Anwendung flüssigen Phosphors mehr und mehr bereits den Übergang zum Krieg mit chemischen Kampfmitteln, so dass bis zur Anwendung von Gas kein allzuweiter Schritt mehr sei, insbesondere auch deswegen, weil die Wirkung des flüssigen Phosphors schlimmer als Giftgas sei, da davon weitaus mehr Menschen in Mitleidenschaft gezogen würden, als bei einem tatsächlichen Gasangriff, was die angeblich zahlreichen Augenverletzungen bzw. Erblindungen bei der Bevölkerung in Wuppertal erkennen liessen. In einzelnen Teilen wird auch bereits das Gerücht verbreitet, der Führer habe in einem Ultimatum von England die Einstellung des Phosphorkrieges verlangt, andernfalls Deutschland mit dem Gaskrieg antworte. Dabei wird vereinzelt auch wieder das Gerücht von den Munitionskisten angezogen, die nur «auf Befehl des Führers zu öffnen» seien und angeblich Gasgranaten enthielten.

Neben derartigen Erzählungen und Vermutungen werden aber auch in sehr starkem Masse Gerüchte über angebliche neue englische Abwehrmittel gegen die U-Boote verbreitet.<sup>6</sup> Das Ausbleiben der gewohnten Sondermeldungen über die U-Boot-Erfolge hat diese Gespräche besonders genährt. Während lediglich vereinzelt die Meinung vertreten wird, dass die U-Boot-Waffe gegenwärtig deshalb nicht eingesetzt sei, um den Engländern und Amerikanern Gelegenheit zu geben, die in Afrika gemachten Gefangenen nach Amerika zu transportieren, oder einen Grosseinsatz der U-Boote vorzubereiten, sieht der grössere Teil der Bevölkerung die Ursache darin, dass die Feinde gegenwärtig neue U-Boot-Abwehrmittel anwenden. Dabei wird von «neuartigen Horchgeräten», «Hochfrequenzstrahlen», «Infraroten Strahlen», «Strahlungsspiegel» und einem verstärkten Fliegerüberwachungsdienst gesprochen. Auch hätten die Engländer sehr wirksame «magnetische Wasserbomben». In Zusammenhang mit den feindlichen Abwehrmitteln werden auch vielfach die Erklärungen von Reichsminister Dr. Goebbels gebracht<sup>7</sup>, wonach unsere Ingenieure und Techniker am Werke seien, neue Waffen zu schmieden.

Während noch vor wenigen Wochen der U-Boot-Krieg nahezu allgemein als so gut wie kriegsentscheidend in seinen Erfolgen gewertet wurde,

Noch zum 1. Juli 1943

5. Am 30. Mai, die Zahl der Opfer wurde in der neutralen Presse mit 2'800 Toten angegeben (Dokumente deutscher Kriegsschäden. 2. Beiheft. 1962. S. 200, vgl. auch den Bericht des Leiters einer Luftschutzpolizei-Abt. ebda. 1. Beiheft, 1960. S. 140 ff.). – 6. Vgl. oben, Meldungen aus dem Reich Nr. 369, 385. – 7. Oben Nr. 369 der Meldungen.

hat der Rückgang der Versenkungsziffern der U-Boote in Verbindung mit den Gerüchten über neue und sehr wirkungsvolle Geheimwaffen dazu geführt, dass heute vielfach die Hoffnung auf den Erfolg der kommenden Vergeltung gegen England gesetzt wird, die man vielfach nicht nur in der Anwendung dieser neuen Waffen, sondern in Ausnutzung der Wirkung dieser Waffen in der tatsächlich erfolgenden Invasion der britischen Insel erblickt, auch als wirksamste Gegenwehr gegen einen englisch-amerikanischen Angriff auf französisches Gebiet. Ein solcher Angriff wird allgemein als wenig wirkungsvoll angesehen, da die Meinung vorherrscht, dass die in Frankreich stationierten Truppen ausreichen, um jeden britisch-amerikanischen Invasionsversuch im Keime zu ersticken und im Übrigen gegen herannahende feindliche Schiffe angeblich ein wirksames Abwehrmittel in dem sogenannten «Ölfeurgürtel» bestehe, der von deutschen U-Booten an die Wasseroberfläche gespritzt würde.

Die aufgezeigten Gerüchte, die in den verschiedensten Variationen fast im gesamten Reichsgebiet verbreitet sind, haben einerseits die Hoffnungen auf den Endsieg wieder etwas gefestigt, insbesondere verspricht man sich von ihnen vielfach die baldige totale Niederringung Englands. Andererseits werden von vielen positiv eingestellten Volksgenossen Befürchtungen geäußert, die Feinde könnten durch diese Gerüchte vorzeitig unterrichtet werden und die Möglichkeit haben, entweder die gleichen Waffen gegen uns zur Anwendung zu bringen oder entsprechende Abwehrmassnahmen einzuleiten. Aus dieser Sorge entspringt daher nicht nur der Wunsch nach einer baldigen Anwendung dieser neuen Waffen, sondern auch die Forderung vieler Volksgenossen, diesen Gerüchten durch entsprechende Massnahmen entgegenzutreten.

8. Juli 1943 (grüne Serie)

### **Meldungen über Auflockerungserscheinungen in der Haltung der Bevölkerung**

Die vorliegenden Meldungen weisen allgemein darauf hin, dass viele Volksgenossen unter dem Eindruck des Luftterrors gegen Westdeutschland, ferner der befürchteten Materialüberlegenheit der Feindmächte auch bei kommenden Operationen zu Lande, sowie der Unabsehbarkeit der weiteren Entwicklung auf militärischem Gebiet und des Kriegsendes gedrückt und vielfach nervös seien. Diese Gesamtsituation habe nicht nur viele rein stimmungsmässige Auswirkungen zur Folge, sondern zeige neuerdings verschiedentlich auch Erscheinungen, die auf eine beginnende Än-

derung einzelner Faktoren der Grundeinstellung der Bevölkerung hindeuteten. Als Anzeichen hierfür werden in den Meldungen u.a. folgende Feststellungen angeführt:

1. Die Verbreitung von Gerüchten aller Art habe in den letzten Monaten sehr stark zugenommen. Soweit es sich um Mutmassungen über bevorstehende militärische Operationen u. dgl. handele, sei die Aufgeschlossenheit der Volksgenossen für Gerüchte verständlich. Bedenklich sei aber die Tatsache, dass auch die unsinnigsten und bössartigsten Gerüchte über führende Männer der Partei oder des Staates eine so schnelle Verbreitung finden und sich Wochen und Monate halten könnten.

Als Beispiel aus neuester Zeit wird das Gerücht angeführt, Reichsleiter von Schirach habe versucht, mit seiner Familie in die Schweiz zu flüchten und sei dabei verhaftet oder gar erschossen worden.<sup>1</sup> Dieses Gerücht tauchte Anfang Mai d. J. in den Donau- und Alpengauen auf und machte von dort aus die Runde durch das Reich. Mitte Mai wurde es schon aus Danzig gemeldet.

Selbst einsichtige Volksgenossen, welche sich darüber im Klaren sind, dass die feindliche Propaganda besonders mit Angriffen gegen «Prominente» arbeitet, würden einem derartigen Gerücht gegenüber nicht die selbstverständliche Nichtachtung und Ablehnung an den Tag legen, sondern seien zu einem nicht geringen Teil geneigt, es zumindest für möglich zu halten, dass an dem Gerücht etwas Wahres sei.<sup>2</sup>

2. Ähnlich verhalte es sich mit der Einstellung zu politischen Witzen. Das Erzählen von staatsabträglichen und gemeinen Witzen, selbst über die Person des Führers, habe seit Stalingrad erheblich zugenommen. Bei Gesprächen in Gaststätten, Betrieben und sonstigen Zusammenkünften würden die Volksgenossen sich gegenseitig die «neuesten» politischen Witze erzählen und dabei vielfach keinen Unterschied zwischen solchen einigermaßen harmlosen Inhalts und eindeutig gegnerischen machen. Selbst Volksgenossen, die sich kaum kennen, würden politische Witze austauschen. Offenbar setze man gegenseitig voraus, dass einer heute schon jeden Witz erzählen könne, ohne mit energischer Abfuhr, geschweige denn Anzeige bei der Polizei, rechnen zu müssen. Das Gefühl dafür, dass das Anhören und Weitererzählen politischer Witze eines gewissen Schlages für den anständigen Deutschen und Nationalsozialisten einfach eine Unmöglichkeit ist, sei weiten Kreisen der Bevölkerung und auch einem Teil der Parteigenossenschaft offenbar abhanden gekommen. Witze der fol-

Zum 8. Juli 1943

1. Der ehemalige Reichsjugendführer Baldur v. Schirach war seit 1940 Gauleiter von Wien, was als Degradierung angesehen werden konnte. Offenen Widerstand gegen Hitler hat er nicht geleistet, wohl aber in zunehmendem Mass seine Politik, besonders gegenüber dem russischen Volk, missbilligt (Thorwald, Wen sie verderben wollen. 1952. S. 261 f.). – 2. Vgl. die Gerüchte im

genden Art wurden aus dem ganzen Reichsgebiet gemeldet und sind sehr weit verbreitet:<sup>3</sup>

Nächstens gibt es mehr Butter, weil die Führerbilder entrahmt werden.

Zarah Leander wurde ins Führerhauptquartier verpflichtet, sie muss dem Führer Vorsingen: «Ich weiss, es wird einmal ein Wunder geschehn.»

3. Eine weitere Erscheinung, die nach den Meldungen nicht mehr ausschliesslich auf das «Konto Stimmung» gesetzt werden könne, sei die überall zu beobachtende starke Kritiksucht gegenüber der Führung von Staat und Partei. Viele Volksgenossen würden die Leistungen einzelner Ressorts des Staates oder der Partei in Bausch und Bogen angreifen («Die Partei hat versagt» – «Die Verwaltung ist ein grosses Durcheinander») und mit solchen Behauptungen kaum auf direkten Widerspruch stossen. Die meisten würden dazu gar nichts sagen oder sogar zustimmen. – Ein Teil der Volksgenossen empfinde offenbar einen Angriff auf Einrichtungen des Staates und der Partei oder deren personelle Träger gar nicht mehr als eigene Sache, sondern habe sich innerlich distanziert. Aus dieser Einstellung heraus sei auch die Voreingenommenheit sehr vieler Volksgenossen gegen Massnahmen und Anordnungen der Regierung zu erklären. Gewisse Vorurteile, z.B. die Ansicht, dass die Propaganda nicht oder nur einen Teil der Wahrheit sage, oder dass bei bestimmten Einschränkungsmassnahmen (Freimachung von Wohnraum für Bombengeschädigte, Einsatz von Hausgehilfinnen, Einschränkungen in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) die oberen Schichten des Volkes, vor allem die führenden Kreise, geschont würden, hätten sich in weiten Teilen des Volkes regelrecht festgesetzt.<sup>4</sup> Das Gerücht von der «Diplomatenverpflegung» der führenden Persönlichkeiten sei trotz aller Dementis nicht auszurotten. Ein grosser Teil des Volkes glaube noch immer daran. Bezeichnend ist

folgende Einzelmeldung:

Eine Bomben-geschädigte Frau aus dem Westen hätte sich in Erörterungen über die Kriegslage dahin geäussert, dass die ganzen Misserfolge hätten vermieden werden können, wenn die «braunen Bonzen» nicht in der Heimat, sondern an der Front wären und genau so ihre Pflicht täten wie die roten Kommissare in Russland, die an der Front wären.

Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, dass es ungerecht wäre, diese eine Frau zu verfolgen. Derartige Vergleiche kämen in etwa einem Viertel aller sonst aus anderen Gründen anlaufenden Strafverfahren wegen Heimtücke vor, immer wieder werde von den vollgefressenen Bonzen im Vergleich zu den Kommissaren in Russland, die ihre Pflicht täten, gesprochen. Darüber hinaus sei aber festzustellen, dass

Noch zum 8. Juli 1943

Anschluss an den Englandflug von Hess oben Nr. 186 Anm. 2. – 3. Weitere Witze unten im Bericht vom 16. August. Vgl. allgemein Gamm, Der Flüsterwitz im Dritten Reich. 1963. – 4. Erste Mel-

derartige Redensarten bereits in erheblichen Teilen der Bevölkerung verbreitet werden, es sei daher unhaltbar, diese einzelne Frau strafrechtlich zu belangen, während es nicht möglich sei, in der Masse der Fälle strafrechtlich vorzugehen.

4. Die Meldungen weisen ferner auf die Tatsache hin, dass das Abhören ausländischer Sender offensichtlich seit Monaten stark zugenommen hat. Dies sei schon allein aus der Zahl der anonymen Benachrichtigungen an Angehörige von Soldaten, die seitens der feindlichen Sender als angeblich Kriegsgefangene namhaft gemacht werden, zu schliessen. Es gebe zwar niemand zu, dass er ausländische Sender höre, häufig werde aber in politischen Gesprächen darüber diskutiert, dass in England das Abhören deutscher Sender nicht verboten sei und dass die unzureichende Information des deutschen Volkes durch Presse und Rundfunk die Volksgenossen geradezu der Feindpropaganda in die Arme treibe. Mit solchen Argumentationen entschuldige man das Abhören feindlicher Sender und zeige für Rundfunkverbrecher Verständnis.

5. Auch gegenüber der sonstigen Feindpropaganda zeige die Einstellung eines grossen Teiles der Volksgenossen eine Veränderung. Bei Luftangriffen abgeworfene Flugblätter würden von den Volksgenossen aufgehoben und untereinander besprochen. Wenn sich auch niemand mit dem Inhalt dieser Flugblätter zu identifizieren wage, so könne man doch immer wieder die anerkennende Feststellung hören, dass diese Flugblätter «sehr geschickt gemacht» seien. Daran werde meist noch die Bemerkung geknüpft, dass die deutsche Auslandspropaganda bestimmt nicht so gut sei, die deutsche Propaganda «arbeite ja immer mit dem Holzhammer» u. dgl. mehr.

6. Als Anzeichen einer Verschlechterung der Haltung wird in mehreren Meldungen auch die Tatsache angesehen, dass ein grosser Teil der Volksgenossen in offener undisziplinierter Weise seine Befürchtungen um den Kriegsausgang kundgibt. Man lasse sich vielfach in dieser Beziehung stark gehen und äussere seine Sorgen um den Sieg ohne Rücksicht auf die Wirkung solcher Äusserungen auf andere Volksgenossen, insbesondere auch ohne Rücksicht auf Fronturlauber. Verhältnismässig wenige Volksgenossen gäben sich Mühe, durch ihr gesamtes Verhalten die Zuversicht der Mitmenschen zu stärken. In gewissen Kreisen fürchte man sogar, sich zu blamieren, wenn man den unbeirrbaren Glauben an den Sieg nachdrücklich vertrete und «tute in das allgemeine Horn der Miesmacherei».<sup>5</sup>

7. Die Anwendung des deutschen Grusses sei, so werde von Geschäftsleuten und Beamten mit Publikumsverkehr erklärt, in den letzten Monaten

Noch zum 8. Juli 1943

dungen darüber oben Nr. 271. – 5. Über die Beurteilung der politischen und militärischen Ereignisse im Sommer 1943, die zu dieser Stimmungsverschlechterung führten, geben die in der

auffallend zurückgegangen. Auch sei festzustellen, dass viele Parteigenossen das Parteiabzeichen nicht mehr trügen.

8. In den Meldungen aus den Luftkriegsgebieten wird hervorgehoben, dass es schwierig sei, gewisse Erscheinungen daraufhin zu beurteilen, ob sie als

Ausfluss der dort herrschenden gedrückten Stimmung und Nervosität anzusehen seien oder Rückschlüsse auf eine Verschlechterung der Haltung der Bevölkerung zuliessen.<sup>6</sup> Aus Dortmund wurde folgender Vorfall berichtet: Am 12. 4. 1943 gegen 12.20 Uhr hielt ein Hauptmann der Wehrmacht einen Flaksoldaten in Dortmund-Hörde wegen schlechten Grüssens an. Die resistente Haltung des Soldaten veranlasste den Hauptmann, mit einem zur Hilfe herbeigerufenen Soldaten die Personalien des Angehaltenen festzustellen. Es stellte sich heraus, dass der Soldat desertiert war. Der Hauptmann veranlasste das Nötige, wobei er sich nach einwandfreien Feststellungen völlig korrekt verhielt. Umstehende

Volksgenossen wurden aber des Vorfalles gewahr. Es sammelte sich eine 300-400köpfige Menschenmenge an, die in der Hauptsache aus Frauen bestand. Im Handumdrehen bildeten sich unglaubliche Gerüchte, die sämtlich gegen den Offizier gerichtet waren. Der Offizier habe u.a. den Soldaten mit dem Koppel geschlagen, habe ihn mit Erschiessen bedroht usw. Die Erregung der Menge wuchs ungeheuer schnell, und sie nahm eine so drohende Haltung an, dass der Offizier regelrecht in die Strassenbahn flüchten musste. Aus der Menge kamen erregte Rufe wie: «Pfui, es gibt Revolution! Gebt uns unsere Jungen, gebt uns unsere Männer wieder!» Die Erregung war derart, dass eine Pressenotiz den Vorfall klarstellen musste und in Hörde in einer Versammlung der

Noch zum 8. Juli 1943

roten Serie enthaltenen «Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung» Aufschluss, die teils früher in den «Meldungen aus dem Reich» unter «Allgemeines» gebotene Informationen, teils die Berichte über die Wirkung der Propagandalenkung fortsetzen. Sie wurden erstmals am 17. Juni vorgelegt. Danach wurde vor allem die Entwicklung im Mittelmeerraum mit Sorge verfolgt, wo im Juni die italienischen Inseln Pantelleria und Lampedusa verloren gegangen waren und die Landung in Sizilien unmittelbar bevorstand. An der Lage im Osten wurde nur geringes Interesse festgestellt, da von dort nur örtliche Kämpfe gemeldet wurden. Das änderte sich erst, als am 5. Juli die mehrfach verschobene deutsche Offensive im Raum Kursk begann (Mitteilung im OKW-Bericht vom 7. Juli), die aber schon nach nur geringen Anfangserfolgen am 13. Juli eingestellt werden musste, nachdem der Feind am 12. seinerseits nördlich davon bei Orel angegriffen hatte. – 6. Am 17. 6. war in «Meldungen zu den letzten Terrorangriffen auf Westdeutschland» festgestellt worden, dass sich nur «in kleinerem Massstab Anzeichen einer schlechten Haltung» der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten gezeigt hätten, z.B. ostentatives Grüssen mit «Guten Morgen» statt «Heil Hitler». Gefährlicher sei, dass im übrigen Reichsgebiet Gerüchte über die «gegnerische Einstellung» der Bombengeschädigten verbreitet würden, u.a. in der Form des Witzes, dass ein Berliner einem Essener die Schwere eines Luftangriffs damit habe verdeutlichen wollen, dass noch 5 Stunden hinterher die Fensterscheiben aus den Häusern gefallen seien, worauf die Antwort gewesen sei, das bedeute gar nichts; denn in Essen wären noch 14 Tage nach dem letzten Angriff die Hitlerbilder aus den Fenstern geflogen.

26. Juli 1943 (rote Serie)

### Einstellung der Bevölkerung zur Propaganda über den Bolschewismus

Die bereits zweijährige Dauer des Krieges gegen die Sowjetunion und der in letzter Zeit verstärkte Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter und -arbeiterinnen hat es mit sich gebracht, dass sich die Bevölkerung, ob gewollt oder ungewollt, näher mit dem Bolschewismus auseinanderzusetzen begann und hierbei Unterschiede feststellte zwischen dem Bolschewismus, wie er von unserer Propaganda dargestellt wird, und dem Bolschewismus, wie ihn die Bevölkerung zum kleinen Teil aus den Erzählungen mancher Urlauber, vor allem aber durch die eigenen Erfahrungen im Umgang mit den sowjetischen Arbeitskräften kennengelernt hat.

So hat es, wie in letzter Zeit verschiedentlich berichtet wird, die Propaganda immer schwerer, sich vor allem in den Kreisen der Arbeiter mit einwandfrei überzeugenden Argumenten durchzusetzen und darzulegen, dass der Bolschewismus wirklich die Gefahr ist, als die er immer wieder geschildert wird. Wenn man in der Bevölkerung rein gefühlsmässig als Folge der bisherigen Wirkung der Propaganda dem Bolschewismus auch ablehnend gegenüberstehe, so hätten bestimmte Einzelfeststellungen teilweise die Meinung aufkommen lassen, dass er «doch nicht so schlimm» sei und vielleicht «doch etwas anders ausschau», als er von der Propaganda geschildert werde. Vor allem beginne sich, wohl auch unter der Einwirkung der Feindpropaganda, die Ansicht breit zu machen, dass der Bolschewismus von «den einfachen Volksgenossen, die nichts zu verlieren hätten, gar nichts wolle» und dass «nur die Grossen» von ihm bedroht seien.

Soweit sich Volksgenossen mit dem Bolschewismus beschäftigen, stehen im Mittelpunkt der Erörterungen folgende Tatsachen, von denen man glaubt, dass sie sich mit dem, was die Propaganda sagt, nicht deckten:

1. Die ungeheure Leistung der sowjetischen Industrie, wie sie seit dem Beginn des Ostfeldzuges offenbar werde,
2. Der Fanatismus, mit dem die Bolschewisten kämpfen, lasse darauf schliessen, dass das sowjetische System nicht so verhasst sei, wie man angenommen habe,
3. Das bolschewistische Schulwesen,
4. Das religiöse Leben in der Sowjetunion,
5. Der stark ausgeprägte Familiensinn, wie er bei den im Reich eingesetzten Ostarbeitern und Ostarbeiterinnen festzustellen sei.

Nach den Darstellungen unserer Propaganda, besonders insoweit, als man sich zur Bildung der eigenen Meinung die in zahlreichen Veröffentlichungen (Schilderungen, Tatsachenberichte aus der Sowjetunion Geflohe-

ner, Broschüren und Bücher) vertretenen Ansichten zugrunde gelegt habe, sei man früher zu der Überzeugung gekommen, dass die sowjetische Wirtschaft trotz der «mammuthaften Einrichtungen», der sie sich bediene, anderen Wirtschaftssystemen unterlegen sei. So habe vor allem die Darstellungsweise Albrechts in seinem Buch «Der verratene Sozialismus»<sup>1</sup> in der Annahme bestärkt, dass die bolschewistische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe. Die Ereignisse hätten inzwischen alle diese Vorstellungen überholt. Man habe immer gehört, die Bolschewisten seien «in der Technik unerfahren» und könnten sich ihrer nur mit Hilfe der «Ausländer» bedienen. Jetzt stelle sich heraus, dass sie uns hierin im Umfang und in der qualitativen Leistung fast gleichwertig, in manchem vielleicht sogar überlegen seien. Wenn die bolschewistische Bevölkerung so «stur, stumpf und vertiert sei», wie man vorgebe, dann sei nicht erklärlich, wie die riesigen Rüstungswerke, Stauwerke, die aus dem Boden gestampften Städte und die nicht abzuleugnenden Erfolge der Roten Armee, die nicht allein auf der grossen Menschenmasse beruhen könnten, hätten entstehen können.

Der fanatische Widerstand der Sowjets werde von der Propaganda damit erklärt, dass den sowjetischen Soldaten kein anderer Ausweg bleibe, weil hinter ihnen der Kommissar mit der Pistole stehe. Damit lasse sich aber nicht alles erklären. Auch auf der Gegenseite werde mit einem Fanatismus gekämpft, den man früher nicht erwartet habe. Wenn die Zustände in der Sowjetunion tatsächlich überall so wären, wie sie in unserer Propaganda geschildert werden, dann sei es unvorstellbar, wofür diese Leute kämpften. Über die Lebensbedingungen in der Sowjetunion erhalte man aus Erzählungen von Ostarbeitern Aufschlüsse, die sich mit den Darstellungen unserer Propaganda nicht ganz deckten, den Widerstand der Roten Armee aber näher erklärten. Es sei dies der Eindruck, dass die Bevölkerung der Sowjetunion unter dem Bolschewismus oder trotz des Regimes zumindest in grossen Teilen ganz gut und zufrieden gelebt habe.

Besonders erstaunt seien die Volksgenossen über das in der Sowjetunion teilweise hoch entwickelte Schulwesen, wie z.B. in der Ukraine. Man stelle mit Verwunderung fest, dass die Ostarbeiter das Schreiben und Lesen sehr wohl beherrschten. Erzählungen der Soldaten, dass die schönsten Gebäude in den Orten des Ostens die Schulgebäude seien, veranlassten die Volksgenossen, Vergleiche zu ziehen mit den Unterkünften mancher Schulen im Reich.

Zum 16. Juli 1943

1. Karl I. Albrecht, *Der verratene Sozialismus*. Herausg. von der Antikomintern. Berlin 1943. Albrecht schilderte in diesem erstmals schon vor dem Krieg veröffentlichten Buch vor allem seine Erfahrungen als hoher Funktionär in der russischen Forstverwaltung bis zu seiner Verhaftung durch die GPU 1934 und anschliessenden Rückkehr nach Deutschland. Eine neue Bearbeitung erschien als erster Teil von «Sie aber werden die Welt zerstören» 1954.



Ausschlaggebend für die Beurteilung des Bolschewismus in seinem Verhältnis zur Religion seien die mit den Ostarbeitern gemachten Erfahrungen. Vor allem die kirchlich gebundene bäuerliche Bevölkerung messe diesem Umstand die grösste Bedeutung bei und sei vielfach geneigt, hier Parallelen zu ziehen zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus. Es sei richtig, dass Popen, die gegen den Kommunismus hetzten, hingerichtet wurden; im Übrigen aber hätten sie Religionsfreiheit gehabt. Von der katholisch eingestellten bäuerlichen Bevölkerung wurde in diesem Zusammenhang auf das Verbot der Abendmessen an den beiden verlegten kirchlichen Feiertagen Christi Himmelfahrt und Fronleichnam hingewiesen, welches durch den Hinweis auf den Arbeitseinsatz nicht begründet erscheine. Der Nationalsozialismus sei von allem Anfang an gegen die Kirche gerichtet gewesen, und unsere Propaganda habe daher keinen Grund, sich mit russischen Beispielen zu befassen.

Die Propaganda habe auch immer darauf hingewiesen, der Bolschewismus richte sich gegen die Familie und habe jeden Familiensinn und jedes Zusammengehörigkeitsgefühl zerstört. Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter und -arbeiterinnen dagegen hingen meist mit grösster Liebe an ihren Angehörigen, seien um deren Wohlergehen sehr besorgt und stünden auch in ständiger brieflicher Verbindung mit ihnen.

Auf Grund solcher Feststellungen sei man in weiten Kreisen der Bevölkerung geneigt, unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Kulturstufe der europäischen Völker der Sowjetunion, die von unserer Propaganda in ihren Beurteilungen ausser Acht gelassen würden, Vergleiche zwischen der Lage der arbeitenden Volksgenossen vor und nach der Machtübernahme – wobei die vor der Machtübernahme bestandene Arbeitslosigkeit übersehen wird – und der russischen Völker unter dem Zarismus und dem Bolschewismus zu ziehen. Dabei komme das sowjetische System «nicht immer schlecht» weg.

Vielfach werde gemeint, dass unsere Propaganda, die in der Behandlung der bolschewistischen Frage zu «abstrakt» sei, unter Berücksichtigung der von der Bevölkerung gewonnenen Erfahrungen mit den Ostarbeitern und der Eindrücke aus Frontkämpfererzählungen neue Gesichtspunkte aufwerfen müsse. Es sei dabei zweckmässig, wenn nicht nur die «grossen Zeitungen», wie z.B. «Das Reich», sondern auch vor allem jene Zeitungen, welche die Masse der Volksgenossen erfassen, wie die Gauzeitungen, sich mehr als bisher in lebensnahen und interessanten, von Fremdwörtern möglichst freien Schilderungen mit dem Einfluss des Bolschewismus auf Familie, Schule oder Wirtschaft beschäftigen würden, um die aufgetauchten Fragen und Meinungen überzeugend zu beantworten und zu überwinden.

29. Juli 1943 (grüne Serie)

### Meldungen zum Regierungswechsel in Italien

Die Nachrichten über den Rücktritt des Duce haben nach allen vorliegenden Meldungen auf die Bevölkerung zunächst schockartig gewirkt.<sup>1</sup> Als bald setzten überall, auf der Strasse, in den Geschäften, Gaststätten und Betrieben erregte Erörterungen über die mutmasslichen Auswirkungen dieses Ereignisses ein. Hierbei ist von fast der gesamten Bevölkerung in allen Reichsteilen die Meinung vertreten worden, dass der Faschismus offensichtlich «erledigt» sei.<sup>2</sup> Aus der Tatsache, dass in den Aufrufen des Königs von Italien und Marschalls Badoglio weder der Faschismus noch die Person des Duce erwähnt sei, sowie daraus, dass Mussolini selbst sich mit keinem Wort an das italienische Volk gewandt habe, müsse der Schluss gezogen werden, dass der Faschismus über Nacht zusammengebrochen sei. Diese Überlegungen haben zu ganz verschiedenen Reaktionen geführt. Vielfach werde mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, dass die weit verbreiteten Ansichten über die Unzuverlässigkeit der Italiener und die mangelnde Stabilität des faschistischen Regimes durch die jüngsten Ereignisse ihre Bestätigung erfahren hätten. Vorherrschend ist aber unter den Nationalsozialisten und weiteren grossen Teilen des Volkes eine starke Depression darüber, dass der Sturz eines Regierungssystems von immerhin zwanzigjähriger Dauer binnen weniger Stunden möglich sein konnte. Ausgesprochen oder andeutungsweise sei in allen Gesprächen, so heisst es in den Meldungen, eine Parallele zu Deutschland gezogen worden. Hierbei hat es sich gezeigt, dass ein sehr grosser Teil der Volksgenossen die verfassungsmässigen und staatsrechtlichen Unterschiede zwischen Italien und Deutschland gar nicht kenne. Daher seien zahlreiche Volksgenossen dazu gelangt, eine ähnliche Umwälzung, wie sie sich in Italien vollzogen habe, auch in

Zum 29. Juli 1943

1. Nach der offiziellen Darstellung hatte der König von Italien am 25. Juli die ihm von Mussolini angebotene Demission vom Amt des Regierungschefs angenommen, wobei die Annahme geäussert worden war, dass Mussolini erkrankt sei (Das Archiv. Juli 1943. S. 272). Mussolini war jedoch vom Grossen Rat des Faschismus zum Rücktritt gezwungen und bald darauf verhaftet worden. Der neue Ministerpräsident Marschall Badoglio hatte in einem ersten Aufruf verkündet, der Krieg gehe weiter, und Italien werde seinem gegebenen Wort die Treue halten. Dass Mussolinis Sturz für viele Deutsche nicht unerwartet kam, zeigen die in den Meldungen aus dem Reich seit Jahren wiedergegebenen Gerüchte über die Krise in Italien, zuletzt war am 19. Juli nach den Meldungen über die erfolgreiche Landung der Engländer und Amerikaner auf Sizilien am 10. die Äusserung wiedergegeben worden, Mussolini werde «eines Tages sicher als italienischer Emigrant bei uns landen». – 2. Schon am 27. Juli hatte die italienische Regierung die Auflösung der faschistischen Partei angeordnet. Über die Wirkung dieser Massnahme wurde am 2. August in der grünen Serie ein besonderer Bericht vorgelegt; danach war «der Gedanke, dass die im Reich für unerschütterlich gehaltene Regierungsform sich auch in Deutschland plötzlich ändern könne, sehr weit verbreitet», wobei vereinzelt von der Übernahme der Führung durch die Wehrmacht gesprochen werde. –

Deutschland nicht mehr ausserhalb des Bereiches der Möglichkeiten zu sehen. Auch über die weltanschaulichen Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Faschismus seien sich sehr viele Volksgenossen wenig im klaren. In vielen Gesprächen werde die jüngste Entwicklung in Italien unter dem Gesichtspunkt besprochen, dass die Parteidreinigung dort offenbar zu spät erfolgt sei. Vereinzelt sei die Ansicht geäussert worden, die vielen Wachablösungen hätten wohl dazu geführt, dass der Duce im entscheidenden Augenblick nicht über ein verlässliches Führerkorps hätte verfügen können und verlassen gewesen sei.

Nachdem sich die Bevölkerung grösstenteils mit der Tatsache, dass der Faschismus «sang- und klanglos» verschwunden sei, abgefunden hat, sind bis zur Stunde die Diskussionen über die Frage, ob Italien «aus dem Kriege aussteigen» wird, in allen Reichsteilen und Bevölkerungskreisen noch im Gange. Während unter dem Eindruck der ersten Nachrichten ein grösserer Teil der Volksgenossen geneigt war, anzunehmen, die neue Regierung in Italien werde sich jetzt um einen Sonderfrieden bemühen, ist die Einstellung zu dieser Frage auf Grund der weiteren Meldungen abwartender geworden.<sup>3</sup> Die Mehrheit des Volkes befürchte aber wohl, wie die Meldungen besagen, einen Abfall Italiens von der Achse. Nachdem man durch die Regierungsumbildung die Gerüchte der letzten Monate über Sonderfriedensbestrebungen des Königshauses und die Kriegsmüdigkeit des italienischen Volkes als bestätigt ansehe, glaube man allgemein, dass das Königshaus und der grösste Teil des italienischen Volkes nach einem Sonderfrieden mit den Feindmächten strebe. Ob die Italiener zu diesem Ziel gelangen könnten, sei vorläufig noch völlig offen. In der Anwesenheit deutscher Truppen in Italien sieht man das stärkste Hindernis für derartige Bestrebungen, da «wir niemals freiwillig aus Italien herausgehen» würden. Unter den Frauen und sonstigen Angehörigen der in Italien befindlichen Soldaten herrscht allerdings das Gefühl der Sorge vor, dass die Engländer in Genua landen und ohne Widerstand der italienischen Bevölkerung und Armee den deutschen Truppen in Süditalien den Rückzug abschneiden könnten. Nicht selten werde sogar von der Möglichkeit gesprochen, dass der Führer Italien zu einem besetzten Gebiet machen könnte.

In allen Meldungen wird hervorgehoben, dass in einfachen Volkskreisen, welche über die Ereignisse nicht so intensiv und folgerichtig nachdenken würden, die Hoffnung aufgetaucht sei, der ganze Krieg könne bald zu Ende sein. Bei solchen Frauen, welche nur den einen Wunsch hätten, ihre Männer bald wieder in der Heimat zu haben und die sich über die Folgen

Noch zum 29. Juli 1943

3. Die Sprachregelung für die Presse sah vor, die weitere militärische Zusammenarbeit mit Italien

eines Zusammenbruchs überhaupt keine Gedanken machten, habe man sogar ausgesprochen freudige Gesichter gesehen.

Die Frage nach dem genauen Hergang der Ereignisse, die zur Demissionierung des Duce führten, spielt nach den vorliegenden Meldungen bei den Volksgenossen nur eine drittrangige Rolle. Vor allem möchte man wissen, welche Bedeutung die kürzliche Zusammenkunft des Führers mit Mussolini in Norditalien auf den Gang der Ereignisse gehabt hat.<sup>4</sup> Auch hier werden viele Kombinationen angestellt, die im Allgemeinen darauf hinauslaufen, dass der Führer dem Duce gewisse Forderungen gestellt habe (Abgabe des Oberbefehls über die in Sizilien stehenden italienischen Truppen, Verhaftung des Kronprinzen), mit welchen Mussolini sich beim König nicht habe durchsetzen können.

Die gesamte Bevölkerung, gleichviel wie sie im Einzelnen auf dieses Ereignis reagiere, glaube nach den Meldungen einheitlich, dass der Regierungswechsel in Italien einen neuen Wendepunkt in diesem Kriege darstelle, dessen Auswirkungen vorerst noch in keiner Weise zu übersehen seien. Die Zahl der Volksgenossen, welche auch jetzt noch optimistisch und guten Mutes bleibe, sei gering. Die Mehrzahl sei sehr gedrückt und sehe keinen rechten Ausweg mehr. Ganz gleich, ob Italien den Krieg weiterführe oder nicht, bedeute der Sturz Mussolinis einen gewaltigen Auftrieb für die Feindmächte und eine starke Erschütterung im Gefüge des Drei-Mächte-Paktes. Ob die Türkei jetzt noch neutral bleiben würde, sei sehr zweifelhaft. Auch bei Ungarn und Rumänien, auf welches wir wegen des Öls angewiesen seien, würden sich voraussichtlich ungünstige Auswirkungen für uns ergeben. In den besetzten Gebieten, insbesondere auf dem Balkan, würde der Widerstandswille der Bevölkerung enorm gestärkt, so dass sich die Aussichten für den Sieg im Ganzen sehr wesentlich verschlechtert hätten. Dabei halte man das eventuelle militärische Ausscheiden Italiens für weniger bedeutsam, weil die Italiener ohnehin «kämpferisch nicht viel geleistet haben», während man für die Wirtschaftslage Deutschlands sogar gewisse Vorteile (Wegfall der Kohlenlieferung usw.) für den Fall eines Treubruchs der Bundesgenossen sehe.

Die Nachrichten und Gerüchte über die Luftangriffe auf Essen, Hamburg und Hannover sind nach den vorliegenden Meldungen das einzige, womit sich die Bevölkerung ausser den Vorgängen in Italien näher beschäftigt; die Tatsache, dass weiterhin eine grosse Stadt nach der anderen

Noch zum 29. Juli 1943

«in den Vordergrund zu rücken» (Tagesparole des Reichspressechefs vom 27. Juli, Vertrauliche Informationen Nr. 181/43). “ Am 19. Juli hatten sie sich in Feltre bei Belluno getroffen, und Hitler hatte versucht, den Widerstandswillen Mussolinis zu stärken, der sich bewusst war, dass Italiens Kraft am Ende war (vgl. die bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2'022 f. wiedergegebenen Berichte). –

angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht werde, liege wie ein Alpdruck auf allen Volksgenossen und trage sehr wesentlich dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit zu verstärken.<sup>5</sup>

Wie immer in kritischen Situationen äussern die Volksgenossen den Wunsch, dass der Führer, für den tiefes Bedauern über den neuen Schicksalsschlag geäussert wird, sprechen und das Volk aufrichten möge.<sup>6</sup>

Nachstehend werden eine Anzahl typischer Äusserungen aus der Bevölkerung zu den Ereignissen in Italien wiedergegeben:

Es ist ja seit Wochen schon gemunkelt worden, dass es in Italien böse aussehe, aber ein Mann von solcher Energie streicht doch nicht ohne weiteres vor Viktor Emanuel die Segel. Da muss doch Mussolini klar geworden sein, dass der Faschismus bzw. seine Partei das Spiel verloren hatten.

Es hat ja immer so ausgesehen, als ob der Faschismus sehr schwach auf den Beinen war. Sicherlich sind seine Anstrengungen von dem klerikalen und monarchischen Teil des Volkes dauernd sabotiert worden.

Das sind doch keine Führer, die, wenn das Vaterland in Gefahr ist, zum Teufel gehen. Mussolini hätte zumindest irgendein Kommando übernehmen müssen.

So viel steht fest, die Absetzung Mussolinis bedeutet auch die Ausschaltung der faschistischen Partei und wahrscheinlich auch deren baldige Auflösung. Wenn man eine solche Partei, die in mehr als 20 Jahren gross geworden ist, so ohne Weiteres beiseiteschieben kann, dann wird es auch einmal um die NSDAP übel bestellt sein, wenn die Feinde des Nationalsozialismus den Versuch unternehmen, die Macht an sich zu reissen und den Führer kaltzustellen.

Mussolinis Abgang ist eine schwere Niederlage für den Nationalsozialismus.

Kann Badoglio's Erklärung Glauben geschenkt werden? Der springt ja bei der nächsten Gelegenheit ab und wiederholt den Treuebruch von 1915.

Jetzt können sie unsere Bunker am Brenner bald besetzen und gegen uns kämpfen.

Das ist das Ende. Alle Opfer in dem bisherigen Krieg waren umsonst.

Seit Stalingrad ein Schlag nach dem anderen. Ich glaube nicht mehr daran, dass wir siegen werden.

Noch zum 29. Juli 1943

5. Am 25. Juli hatte eine Serie von schweren Luftangriffen auf Hamburg begonnen, die bis zum 5. August fortgesetzt wurden und insgesamt 40'000 Todesopfer forderten (Dokumente deutscher Kriegsschäden, 1. Beiheft, 1960. S. 368 f., Erlebnisberichte S. 51-140). – 6. Erst im September entschloss sich Hitler auf Goebbels Drängen zu einer Rede, die am 10. September über den Rundfunk gesendet wurde (unten Bericht vom 13. 9. 1943).

Wenn der Krieg nun doch verloren ist, dann sollen sie jetzt Frieden machen, ehe Stuttgart noch einmal bombardiert wird. Da braucht doch nicht noch mehr kaputtzugehen.

Jetzt ist der Krieg schnell aus, allein können wir es nicht mehr halten.

Nun auch das noch, der Führer wird sehr schwer daran tragen, auf sein Haupt kommt ja alles zusammen.

Es tut mir nur der Führer leid.

Was hat den Führer die Freundschaft mit Mussolini schon gekostet, und was hat sie ihm eingebracht?

Wenn der Führer einen Fehler hat, dann ist das seine viel zu grosse Treue, siehe Röhm-Putsch oder das Nichteingreifen in die Parteimisswirtschaft.

Wir können ja nicht verstehen, dass sich die Leute so aufregen, heute wissen wir nun, woran wir sind und das ist gut so. Vielleicht hat der König Emanuel die Truppe besser in der Hand.

Der König wird auch seine Marine einsetzen, von der hiess es ja schon lange, sie wäre königstreu und Mussolini verfüge darüber nicht.

Wenn auch Mussolini und die Partei am Ende sind, den anderen bleibt auch nichts übrig, als den Krieg an unserer Seite fortzusetzen.

Es ist möglich, dass jetzt durch die Militärdiktatur Italien wieder geschlossen kämpft.

16. August 1943 (grüne Serie)

### Wie sieht das Volk die Kriegslage?

Nach den vorliegenden Meldungen aus allen Reichsteilen fühlt sich die Bevölkerung z. Z. einer starken Belastung ihrer seelischen Widerstandskraft ausgesetzt.<sup>1</sup> Die Volksgenossen vermissen reale Anhaltspunkte für den von ihnen geforderten Optimismus. Angesichts des nur von wenigen verstandenen «eisernen Schweigens der Regierung» suchen sie, selbständig ein Bild von der Lage zu gewinnen. Die breite Masse des Volkes sei, so heben die Meldungen hervor, nicht davon überzeugt, dass alle Voraussetzungen des Sieges in unserer Hand sind, sondern sehe die Kriegslage etwa folgendermassen: Wir stehen in der Verteidigung und wehren uns gegen eine erdrückende Übermacht, örtliche Einbrüche in die Festung Europa

Zum 16. August 1943

1. Die Wehrmachtberichte der ersten Augushälfte, in denen von «wechselvollen Kämpfen» im Osten gesprochen und die Aufgabe von Orel zugegeben wurde, liessen erkennen, dass dort die Initiative auf die russische Führung übergegangen war. –

können nicht verhindert werden.<sup>2</sup> Italien fällt ab, sobald ihm von der Gegenseite bestimmte Zugeständnisse gemacht werden. Dann zerbricht die bisherige Front in Italien und entsteht neu am Alpenrande. Damit gerät Süddeutschland und unsere verlagerte Industrie in den Aktionsbereich der feindlichen Luftwaffe. Der Balkan ist gefährdet und damit unsere Ölfuhr. Der ungeheure Materialeinsatz und die scheinbar unerschöpflichen Menschenreserven der Sowjets können im Winter zu einer neuen Katastrophe im Osten führen. Dem Luftterror ist Deutschland – künftig auch die südlichen und südöstlichen Reichsgebiete – wehrlos ausgeliefert. Viele setzen noch grosse Hoffnungen auf die Vergeltung, andere vermögen daran nicht mehr zu glauben. Die Evakuierung von Millionen Menschen, die wiederum bei anderen Millionen einschneidend in die bisher vom Kriege unangetastet gebliebene «private Sphäre der vier Wände» eingreift, kann zu einem führungs- und verwaltungsmässig nicht mehr zu beherrschenden Durcheinander führen.<sup>3</sup>

Aus diesen durchweg recht pessimistischen und trostlosen Erwägungen verlangt, wie aus fast allen Meldungen hervorgeht, das Volk sehnlichst nach einer aufklärenden und ermutigenden Rede des Führers.

Die starke Anfälligkeit für Gerüchte hält an. Die Gerüchte über den Reichsmarschall sind auf Grund der Bildveröffentlichungen schlagartig verstimmt<sup>4</sup>, dafür verbreitete sich das Gerücht von einem anglo-amerikanischen Ultimatum<sup>5</sup> mit der Forderung nach Rücktritt der deutschen Regierung bis 15.8., widrigenfalls Berlin, Leipzig, München und andere Grossstädte «ausradiert» würden wie Hamburg.<sup>6</sup> Dieses Gerücht wird u.a. aus Danzig, Breslau, Dresden, Halle, München, Litzmannstadt, Innsbruck, Berlin, Weimar, Königsberg, Würzburg, Braunschweig und Reichenberg gemeldet.

Nicht nur, dass dieses Gerücht in weiten Kreisen Glauben fand, es wird – den Meldungen zufolge – darüber diskutiert, ob durch einen Regierungswechsel in Deutschland «noch etwas zu retten sei». Ein typisches Vorkommnis wird aus Braunschweig berichtet:

Noch zum 16. August 1943

2. Dazu gehörte Sizilien, das die am 10. Juli gelandeten Engländer und Amerikaner bis Mitte August grösstenteils erobert hatten; in den OKW-Berichten war seit 12. August nur noch von einer ‚Brückenkopfstellung‘ auf der Insel die Rede, deren Räumung am 17. August gemeldet wurde. –

3. Über Schwierigkeiten bei der Unterbringung der aus den Luftkriegsgebieten Evakuierten war am 15. Juli (grüne Serie) ein besonderer Bericht vorgelegt worden; darin wurden vor allem zahlreiche Beispiele für Spannungen zwischen den Evakuierten und der Bevölkerung der Aufnahmegebiete geboten, ausserdem für unzulängliche Organisation und erfolgreiche Weigerung von Besitzern grosser Wohnungen, Räume abzugeben. Vgl. auch unten Bericht vom 18. November 1943. –

4. Hinweise auf den Inhalt dieser Gerüchte sind in den vorliegenden Berichten, deren Vollständigkeit nicht festgestellt werden kann, nicht enthalten; vermutlich bezogen sie sich darauf, dass Göring gestürzt sei, weil er an Hitlers Stelle treten wollte. Hitler spielte in seiner Rede vom 8. November 1943 darauf an. – 5. Derartige Gerüchte wurden wohl durch anglo-amerikanische Proklamationen an das italienische Volk genährt, in denen verstärkte Luftangriffe für den Fall der Fortsetzung des Krieges angedroht worden waren. – 6. Oben Anm. 5 zum 29. Juli 1943.

Zwei Frauen unterhielten sich auf dem Wochenmarkt über die Luftangriffe, von Vergeltung höre man nichts, es gebe wohl keine Mittel dafür. Einige in der Nähe stehende Bahnarbeiter riefen in diese laut geführte Unterhaltung hinein: «Es gibt schon ein Mittel dagegen, unsere Regierung muss weg. Wir müssen eine neue Regierung haben!»

Nicht mehr vereinzelt werde von einer Militärdiktatur als «letztem Ausweg» geredet, wobei Parallelen zu den Ereignissen in Italien gezogen würden, bzw. diese den Gedanken an einen Umsturz in Deutschland erst nahegelegt hätten. (In namentlich erfassten und bezeugten Einzelfällen werden staatspolizeiliche Massnahmen eingeleitet.)<sup>7</sup>

Ein weiteres offenbar auf Gegnertätigkeit zurückgehendes Gerücht besagt, dass Hoheitsträger, höhere Führer der Parteigliederungen und Beamte unter Ausnutzung von Dienstkraftwagen und sonstigen, der Allgemeinheit nicht zur Verfügung stehenden Mitteln ihren Hausrat in Sicherheit brächten.

Das Nachlassen des Deutschen Grusses und das Verschwinden der Parteiabzeichen wird als Tatsache aus verschiedenen Reichsgebieten gemeldet. Mehrfach wurden Träger des Parteiabzeichens angesprochen («Wie, Sie tragen das Ding noch?») oder sogar angepöbelt:

Der Göttinger Oberbürgermeister, der in Hannover in einen von Hamburg kommenden Zug einstieg, wurde, nachdem man sich gegenseitig auf sein goldenes Parteiabzeichen aufmerksam gemacht hatte, angerempelt. Leise wurde gesagt, er sei auch einer von denjenigen, mit denen man noch abrechnen werde. Eine Frau hielt ihm ihren Ärmel unter die Nase, da sässe das Gift drinnen, aber das kenne er wohl nicht. Die Stunde der Abrechnung komme noch, darauf könne er sich verlassen. Eines Tages werde alles heimgezahlt. Sie drehte zum Schluss alles so, als wenn die Engländer diejenigen wären, die die Abrechnung zu erwarten hätten, jedoch war es offensichtlich, dass sie die NSDAP als Urheberin ihres Unglücks meinte.

Mehrfach wurde auch folgender «Witz» gemeldet:

Wer der Partei 5 neue Mitglieder zuführt, darf selbst austreten. Wer 10 neue Mitglieder wirbt, bekommt sogar eine Bescheinigung, dass er nie in der Partei gewesen ist.

Ein schon vor Monaten aufgetauchter Witz hat eine neue Version bekommen:

Tausche goldenes Ehrenzeiden gegen Siebenmeilenstiefel.

Noch zum 16. August 1943

7. Nach einer Meldung vom 23. September 1943 wurden am 21. September über Mitteldeutschland und Niederschlesien feindliche Flugblätter abgeworfen, die einen angeblichen Aufruf des Gauleiters von Ostpreussen Erich Koch enthielten; darin heisse es, Hitler sei in Gefahr, weil die Reaktion ihn beseitigen und durch einen General ersetzen wolle.



30. August 1943 (rote Serie)

## Zur Propaganda gegen die Sowjetunion

### Erörterungen über die Möglichkeit der Beilegung des Kampfes

Die laufenden Hinweise der Presse und des Rundfunks auf Unstimmigkeiten zwischen Stalin einerseits und Roosevelt und Churchill andererseits<sup>1</sup> finden in der breiten Masse der Bevölkerung eine verhältnismässig geringe Beachtung. Im Allgemeinen wird den internen Streitigkeiten auf der Feindseite, auch denen zwischen England und den USA, wenig Bedeutung beigemessen. Im Grunde seien sich die drei grossen Gegner über das Ziel der Niederringung Deutschlands durchaus einig. Ob der eine dabei eifersüchtig darüber wache, dass der andere nicht zu stark in Vorteil kommt, oder ob beispielsweise die Engländer innerhalb der Gegnerfront bereits stark ins Hintertreffen geraten seien, spiele für unsere Lage praktisch kaum eine Rolle.

In letzter Zeit nehmen allerdings die Stimmen zu, die vor allem im Anschluss an die Konferenz von Quebec<sup>2</sup> Kommentare der oben bezeichneten Art unter anderen Gesichtspunkten erörtern. Man gehe von dem Gedanken aus, dass der Krieg bei einem normalen Fortgang kein bzw. kein für uns günstiges Ende nehmen könne. Die bisherige Entwicklung des Ostkrieges lege den Schluss nahe, dass die Sowjetunion von uns nicht so weit geschwächt werden könnte, dass die Bolschewisten den Kampf von sich aus aufgeben. Selbst wenn es zu einer gewissen militärischen Entscheidung komme, werde von den Sowjets durch die von ihnen mit Meisterschaft betriebene Wühlarbeit, die sich z.B. in den ständigen Bandenkämpfen der schon besetzten Gebiete auswirke, eine wirklich befruchtende deutsche Aufbauarbeit und Ausbeutung der errungenen Teile der Sowjetunion weitgehend beeinträchtigt. Andererseits sei ebensowenig daran zu denken, dass bei einem normalen Verlauf die Sowjets uns so schlagen könnten, dass wir die gewonnenen Gebiete wieder räumen müssten. Eine solche Betrachtung, dass weder wir die Sowjets noch die Sowjets uns entscheidend schlagen könnten, dass sich vielmehr beide Fronten im gegenseitigen Kampf aufreiben, lege eigentlich für beide Seiten eine realistische Lösung nahe. Dies gelte um so mehr, wenn man sich vorstelle, dass die fortgesetzte gegenseitige Schwächung den Absichten der Engländer und

Zum 30. August 1943

1. Sie beruhten u.a. auf englischen und russischen Agenturmeldungen, die den Anschein erwecken konnten, die russische Regierung sei von englisch-amerikanischen Verhandlungen ausgeschlossen worden, und die später dementiert wurden. – 2. Dort hatten sich Roosevelt und Churchill vom 11. bis 24. August 1943 getroffen, um Beschlüsse über die weitere Kriegführung und die Beziehungen zu General de Gaulle zu fassen. –

Amerikaner entspreche. Unter diesem Blickwinkel gewinne die in Presse und Rundfunk immer wieder gegebene Kommentierung, dass Stalin über Churchill und Roosevelt enttäuscht sei, vielleicht grössere Bedeutung. Es erscheine glaubhaft, dass Stalin das Verfahren seiner Bündnispartner durchschaut habe, alles zu tun, dass die Sowjets nicht endgültig besiegt werden, aber nicht soviel zu tun, dass sie selbst einen entscheidenden Sieg erringen können. Man stellt sich vor, dass aus dieser Situation heraus Stalin in «eiskalter» Überlegung jenseits aller Gefühle und weltanschaulicher Fragen bereit sein könnte, den Kampf mit Deutschland beizulegen. Auch die deutsche Ostpolitik habe mit dem seinerzeitigen Paktabschluss gezeigt, dass sie zu derartigen «Sprüngen» fähig sei. Sowohl Stalin als auch unserer Führung werde es, wenn ganz nüchterne und primitive Fragen der Existenz der Völker auf dem Spiel stünden, bestimmt möglich sein, alles zurückzustellen, was man jahrelang in unserer Propaganda gegen den Bolschewismus und in der bolschewistischen Agitation gegen den Nationalsozialismus gegeneinander vorgebracht habe.

Auch ein neuer Pakt werde sicher nicht von ewiger Dauer sein. Es werde sich vielmehr darum handeln, dass zunächst einmal England und Amerika endgültig aus dem Krieg herausgeschlagen werden. Es könnte Stalin nicht gleichgültig sein, dass sich die Sowjetunion im Kampf mit Deutschland für die englischen und amerikanischen Interessen zerfleischen soll. Erst wenn England und Amerika ausserhalb des Konfliktes stünden, sei eine klare und echte, vielleicht mit noch viel grösserer Gewalt und Brutalität herbeizuführende Entscheidung darüber möglich, ob Europa vom Bolschewismus oder vom Nationalsozialismus beherrscht wird.

13. September 1943 (grüne Serie)

### **Meldungen zur Führerrede und den Ereignissen in Italien**

Die Meldungen aus allen Teilen des Reiches bestätigen den ersten Eindruck, den die Führerrede und die deutsche Aktion in Italien hervorgerufen hatten: Das Vertrauen des Volkes in seine eigene Kraft, das vorübergehend erschüttert war, ist wiedergekehrt. Das Vertrauen zum Führer ist erneut gestärkt worden.

## Zur Führerrede

Als nachteilig stellte sich die kurzfristige Ankündigung der Führerrede heraus.<sup>1</sup> Bauern, die auf den Feldern oder in den Ställen arbeiteten, versäumten die erste Übertragung der Führerrede, da sie die Ankündigung nicht hörten. In den Städten machte sich die Bevölkerung gegenseitig auf die Ankündigung aufmerksam. Viele Volksgenossen, die beabsichtigt hatten, Vergnügungsstätten zu besuchen, und die sich bereits Eintrittskarten besorgt hatten, verzichteten auf den Besuch, um die Führerrede zu hören. Zurzeit der Führerrede waren die Strassen fast menschenleer.

Die Kürze der Rede wird teilweise beklagt oder doch erstaunt vermerkt. Andererseits wird aber von vielen hervorgehoben, dass gerade die Kürze die Schlagkraft und konzentrierte Wucht der Ausführungen erhöht habe. Der Führer habe in kurzen und knappen Worten alles gesagt, was zu sagen sei. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung hat in der Rede die Antwort auf die brennendsten Fragen gefunden.

Die Rede wurde von der Bevölkerung nicht nur wegen ihres Inhalts mit Spannung erwartet, sondern auch, weil man aus ihr auf die Konstitution und die Stimmung des Führers Rückschlüsse ziehen zu können glaubte. Als man die ruhige sichere Stimme des Führers hörte, der seine Ausführungen in unerschütterlicher Siegeszuversicht machte, übertrug sich diese Ruhe auf viele Volksgenossen. Man erklärte, dass «so lange der Führer seine Nerven behalte», bei uns «alles in Butter sei». Aus vielen Meldungen geht hervor, dass allein schon die Selbstsicherheit, mit der die Rede vortragen wurde, den Glauben an den Sieg gefestigt hat:

Zahlreiche Volksgenossen, die am Donnerstag und Freitag noch schwarz sahen<sup>2</sup>, bekommen einen roten Kopf, wenn man sie daran erinnert.

In letzter Zeit sah es so aus, als würden wir vom Pech verfolgt. Dadurch verloren viele Volksgenossen den Mut. Der ist ihnen jetzt wiedergegeben worden. Wir können glücklich sein, einen Adolf Hitler zu haben.

Besonders besprochene Einzelheiten der Führerrede sind: An erster Stelle die Ankündigung der Vergeltung.<sup>3</sup>

Nun erst, nachdem man diese Ankündigung aus dem Munde des Füh-

Zum 13. September 1943

1. Hitler hatte die Rede auf Tonband gesprochen, das am 10. September abends im Rundfunk übertragen wurde (Wortlaut bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963.

S. 2'033-2'039); zwei Tage vorher hatte Badoglio die bereits am 3. September unterzeichnete Kapitulation Italiens bekanntgegeben. – 2. Am 9. und 10. September auf Grund der Meldungen aus Italien. – 3. Hitler hatte ihr nur zwei Sätze gewidmet: der Feind vermöge die Heimat aus der Luft zu terrorisieren, «allein auch hier sind die technischen und organisatorischen Voraussetzungen im Entstehen, um nicht nur seine Terrorangriffe endgültig zu brechen, sondern durch andere

gers gehört hat, glaubt man wirklich daran. Allerdings wird häufig festgestellt, dass nach den Worten des Führers erst die Voraussetzungen für die Vergeltung geschaffen werden müssten. Mit der Vergeltung in naher Zeit sei also wahrscheinlich nicht zu rechnen, während sie bisher immer als unmittelbar bevorstehend erhofft wurde.

Die innenpolitischen Zustände in Italien seit Kriegsbeginn riefen Erstaunen hervor.<sup>4</sup> Dass Mussolini von Anfang an mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wird jetzt teilweise als Entschuldigung für die zögernden Massnahmen Italiens angesehen, teilweise aber auch als ein Versäumnis Mussolinis bezeichnet. Ihm hätte es in den 20 Jahren seiner Herrschaft gelingen müssen, Italien fester in die Hand zu bekommen, als es der Fall war.

Die Herausstellung des Treueverhältnisses als Grundlage der Beziehungen der Völker wurde als Mahnung an die verbündeten Völker angesehen. So erklärte man teilweise, der Führer habe damit auch Ungarn, von dem das Gerücht geht, es stehe in Unterhandlungen mit den Anglo-Amerikanern, sagen wollen, was man von ihm erwarte.

Die Ausführung, dass der Ausfall Italiens wenig bedeute, wurde, besonders von Soldaten, mit Zustimmung kommentiert.

Lebhaft besprochen wurde, was der Führer über die Partei sagte.<sup>5</sup> Teilweise entstand das Gefühl, dass der Führer, der die Partei in seinen früheren Ausführungen als unantastbar und einwandfrei hinstellte, nunmehr die Partei aufgefordert habe, vorbildlich zu sein. Eine bezeichnende Äusserung:

Wenn alle Parteiführer sich die Worte des Führers zu Herzen nehmen, dann ist viel erreicht.

Die Ausführungen des Führers darüber, dass in Deutschland Vorkommnisse wie in Italien unmöglich seien, da er sich auf seine Marschälle, Admirale und Generale verlassen könne<sup>6</sup>, wurden mit Stolz aufgenommen, wie überhaupt die Rede den nationalen Stolz des deutschen Volkes gestärkt hat.

Dankbar hingenommen wurde, dass der Führer die Heimatfront lobend erwähnte.

Die Bevölkerung beschäftigt sich mancherorts bereits mit der Frage, wann der Führer das nächste Mal sprechen wird, und erklärte, dass das unmittelbar vor dem Einsatz der deutschen Vergeltungsmittel der Fall sein werde.

Noch zum 13. September 1943  
und wirkungsvollere Massnahmen zu vergelten». – 4. Wie Hitler jetzt zugab, hatte Mussolini 1940 nur «unter äussersten Schwierigkeiten durchgesetzt», dass Italien in den Krieg eintrat. – 5. Hitler hatte wörtlich gesagt, die Partei habe «in allem das Vorbild zu sein». – 6. Andererseits hatte Hitler aber auch mitgeteilt, er habe alle Massnahmen getroffen, um Deutschland vor ähnlichen Ergebnissen wie in Italien zu bewahren: die Angehörigen der ehemals regierenden Fürstenhäuser

## Zu den Ereignissen in Italien

Die bisher bekanntgegebenen deutschen Erfolge<sup>7</sup> lassen es der Bevölkerung wahrscheinlich erscheinen, dass keine unangenehmen militärischen Überraschungen mehr aus dem Verrat Italiens zu erwarten sein werden. Die militärische Stärke Italiens war schon immer als äusserst gering angesehen worden. Trotzdem freut man sich darüber, dass in so kurzer Zeit die italienische Armee entwaffnet wurde. Bezeichnend ist, dass man nun wieder – heute im positiven Sinne – Italienwitze erzählt, die die militärische Schwäche Italiens dokumentieren sollen. So erzählt man sich z.B., man hätte einmal den Witz gemacht, der Krieg dauere 2 Jahre und 14 Tage, nämlich 2 Jahre gegen die Anglo-Amerikaner und 14 Tage gegen die Italiener. Man habe dabei aber Italien überschätzt, es seien noch nicht einmal 4 Tage notwendig gewesen. Als sehr richtig habe sich auch der Witz herausgestellt, nach dem der Duce einige Divisionen zur Unterstützung angefordert habe, worauf ihm der Führer geantwortet habe, Italien solle Deutschland lieber den Krieg erklären, dann genüge eine Division.

Sorgen bestehen allerdings, insbesondere bei den Frauen, über das Schicksal der deutschen Truppen in Süditalien. Ausserdem mache man sich Sorgen darüber, dass die Kämpfe in Italien Truppen beanspruchen, die an der Ostfront fehlen werden. Als recht problematisch erweist sich die Stellungnahme der Bevölkerung zu der erwarteten Behandlung des Vatikans.<sup>8</sup> Von weltanschaulich einwandfreien Nationalsozialisten wurde mit Befriedigung von der Übernahme des Schutzes des Vatikans durch deutsche Truppen Kenntnis genommen und erklärt, dass der Vatikan im Schutze der Leibstandarte Adolf Hitler bestimmt als Spionagezentrum ausfallen werde. Ein Offizier erklärte zusammenfassend:

Nun ist der Papst dem Himmler näher als dem Himmel.

Bei den Anhängern der katholischen Kirche ist die Beurteilung ebenfalls

Noch zum 13. September 1943

wurden aus der Wehrmacht entfernt und alle Reichstagsabgeordneten überwacht, nachdem der faschistische Grossrat einen wesentlichen Anteil an Mussolinis Sturz gehabt hatte (Domarus, a. a. O.). In seiner Rede vom 8. November 1943 erwähnte Hitler Gerüchte, «die Generäle» hätten gegen «ihn eine Revolution gemacht». – 7. Schon am 10. September hatte das Oberkommando der Wehrmacht durch Sondermeldung mitgeteilt, dass die italienischen Truppen im Raum von Rom und in Norditalien nach kurzen Kämpfen entwaffnet worden seien und dass auch die italienischen Verbände in Südfrankreich und auf dem Balkan die Waffen niederlegten; am nächsten Tag war die Kapitulation der italienischen Besatzung von Rhodos nach einem deutschen Luftangriff und die Besetzung von Mailand, Turin, Padua und Pola durch deutsche Truppen gemeldet worden. – 8. Die Sondermeldung vom 10. hatte angekündigt, die deutsche Wehrmacht werde den Schutz der Vatikanstadt übernehmen. Die «Stellungnahme katholischer Kreise» dazu wird in einem Bericht der roten Serie vom 7. Oktober behandelt; danach war das Gerücht verbreitet, der Vatikan sei von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler besetzt, und bestanden weiter Befürchtungen, dass es zum Kon-

geteilt. Bei einem Teil der Katholiken ist die Furcht aufgetaucht, dass durch die derzeitigen Ereignisse, insbesondere wenn sich herausstellen sollte, dass der Papst an dem Verrat beteiligt war, ein etwaiger Ruf «Los von Rom» in der deutschen Volks-Widerhall finden könnte. Von anderen Katholiken wird geäußert:

Wenn diese Massnahme ehrlich gemeint ist, so ist sie die wichtigste Voraussetzung für Deutschlands Sieg in diesem Kriege. Man bedenke, die Hälfte der 100 Millionen Deutschen ist katholisch. Uns gilt die Parole «Mit Gott für Führer und Vaterland». Uns ist diese Losung heilig, wir können auf unseren Glauben nicht verzichten und sagen, entweder beides oder keins von beiden. Der Glaube muss immer bleiben. Wenn die deutsche Wehrmacht den Schutz des Vatikans übernommen hat, so muss diese Massnahme auch wirklich dem Schutz dienen.

Dass Badoglio geflohen ist, hat weithin enttäuscht. Man hätte «diesen Lumpen so gern hängen sehen». Viele Volksgenossen hätten genauso gern auch den italienischen König daneben gehängt.

Über die Zukunft Italiens ist man im Allgemeinen der Meinung, dass es als Grossmacht endgültig ausgespielt habe. Die Haltung der ganzen italienischen Nation berechtige sie nicht mehr, in Europa massgebend mitzusprechen:

Die Italiener kommen in Zukunft halt doch nur als Maroniverkäufer und Eseltreiber in Frage.

Die Befreiung des Duce durch einen Handstreich hat grosse Freude hervorgerufen.<sup>9</sup> Solche Aktionen (auch die von Spitzbergen<sup>10</sup>) nimmt man als Zeichen dafür, dass Deutschland im richtigen Augenblick mit Grosszügigkeit improvisieren kann. Gern würde man Näheres über die Umstände dieser Befreiung erfahren. Vereinzelt werden Besorgnisse darüber geäußert, dass nun, nachdem der Duce befreit ist, in Italien nicht mehr mit der gleichen Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden wird, als es möglich gewesen wäre, wenn er in die Hand der Feinde gefallen wäre.

Zusammenfassend lässt sich den Meldungen entnehmen, dass die Stimmung durch die Erfolge in Italien und die Führerrede ruchtartig gehoben wurde.

Noch zum 13. September 1943

flükt mit dem Papst kommen werde, weil die italienischen Kapitulationsverhandlungen mit seiner Vermittlung geführt worden seien. – 9. Fallschirmjäger und ein Kommando des Sicherheitsdienstes hatten Mussolini am 12. September vom Gran Sasso in den Abruzzen, wo er in einem Hotel inhaftiert war, entführt. – 10. Die Schlachtschiffe «Tirpitz» und «Scharnhorst» hatten zusammen mit 10 Zerstörern am 9. September eine Landungsoperation zur Zerstörung der Bergwerke erfolgreich durchgeführt; noch im gleichen Jahr wurde aber «Tirpitz» durch U-Boot-Angriffe gefechtsunfähig, «Scharnhorst» in einem Seegefecht versenkt (Rüge, Der Seekrieg 1939 bis 1941-1954- S. 217 f.).

30. September 1943 (grüne Serie)

### Auswirkungen der deutschen Rückzugsbewegungen im Osten auf die Stimmung

Die nach der Führerrede und der Befreiung des Duce eingetretene gehobene Stimmung ist weiter zurückgegangen.<sup>1</sup> Nachdem die Bevölkerung eine Zeitlang sogar an einen Wendepunkt des Krieges geglaubt hatte, sind jetzt unter dem Eindruck der Räumung weiter russischer Gebiete, deren Besitz vielfach als wichtiger Faktor für den Sieg angesehen wurde, erneut Zweifel am guten Ausgang des Krieges aufgekommen. Es wird gefragt, ob die jüngsten Ereignisse nun wirklich Höhepunkte der Krise darstellten, oder ob man sich noch «auf allerhand gefasst machen müsse».

Hierzu trägt vor allem die Lage an der Ostfront bei.<sup>2</sup> Die Rückzugsbewegungen, die in den letzten Tagen in den Mittelpunkt des Interesses getreten sind, werden zwar mit Fassung aufgenommen; doch ist in vielen Erörterungen starke Besorgnis festzustellen, da die Absetzbewegungen auf übermässigen Feinddruck zurückgeführt werden. Ein Teil der Bevölkerung erblickt in den deutschen Massnahmen ein strategisches Manöver gemäss einem genialen Plan des Führers, der eine Zusammenfassung aller Kräfte vorsehe, um dann im Frühjahr 1944 den entsprechenden Gegenschlag zu führen. «Am Dnjepr muss aber der Rückzug ein Ende haben, sonst sehe auch ich schwarz» lautet allerdings eine immer wiederkehrende typische Äusserung.<sup>3</sup> Neben solchen zuversichtlich gehaltenen Stimmen tritt aber auch die Ansicht auf, die deutsche Ostfront wäre ins Wanken geraten und Deutschland sei nicht mehr stark genug, die eroberten Gebiete zu halten. Zu solchen Auffassungen tragen auch weiterhin Berichte von Frontsoldaten bei, die von einer ungeheuren Überlegenheit der Sowjets sprechen und erzählen, die deutsche Front sei «erbärmlich schwach besetzt». In allen Gesprächen über die Lage an der Ostfront nehmen die Mutmassungen über die Entwicklung im bevorstehenden Winter einen breiten Raum ein. Viele Volksgenossen verweisen auf den Umstand, dass die Russen bis zum Frühjahr 1943 nur im Winter erfolgreich waren. Jetzt hingegen wäre Deutschland schon im Sommer zur Aufgabe wichtiger Rohstoff- und Ernährungsbasen gezwungen worden. Auf ein Erlahmen

Zum 30. September 1943

1. Der Rückgang der Stimmung war erstmals am 23. September gemeldet und besonders mit der im Wehrmachtbericht vom 17. 9. enthaltenen Meldung über eine «grosszügige Frontbegrädigung» im Osten begründet worden. – 2. Im August und September hatten russische Offensiven die Heeresgruppen Süd und Mitte weit nach Westen zurückgeworfen; die von Hitler zu spät und zu begrenzt angeordneten Rückzüge, zu denen auch die Aufgabe des Kuban-Brückenkopfes gehörte, hatten nicht zur Bildung einer stabilen deutschen Front geführt (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 212 ff.). – 3. Inzwischen hatten russische Truppen bereits an

der russischen Kraft vor Einbruch des Winters könne man nicht rechnen. Die Erfolge des Sommers wären zweifellos für die Russen ein grosser moralischer Auftrieb. Sehr wahrscheinlich werde der Feind auch im Winter offensiv bleiben. Im Übrigen werden die wirtschaftlichen Folgen der augenblicklichen Rückzüge (Verlust der Industriegebiete im Donezbecken und möglicher Ausfall der «Kornkammer Ukraine») vielfach mit grösserer Beunruhigung besprochen, als die militärischen Auswirkungen. Neben der Gefährdung der europäischen Ernährungsbasis wird besonders von befürchteten nachteiligen Folgen für die deutsche Rüstungsindustrie gesprochen.

Gegenüber den Ereignissen im Osten ist das Interesse an den Geschehnissen in Italien stark zurückgetreten.<sup>4</sup> Die anfänglichen Erwartungen einer siegreichen Abwehr der anglo-amerikanischen Invasion sind der Überzeugung gewichen, dass den Gegnern die Errichtung einer zweiten Front geglückt sei. Die Volksgenossen sind enttäuscht, weil diese Entwicklung einen ganz anderen als den allgemein erwarteten Verlauf genommen habe, aber keineswegs mutlos. Die Stimmung der Bevölkerung im Hinblick auf den Kampfraum Italien ist nach wie vor zuversichtlich. In politischer Hinsicht herrscht trotz Wiederherstellung der faschistischen Regierung<sup>5</sup> die Meinung vor, man dürfe den Italienern kein allzu grosses Vertrauen schenken. Abgesehen davon könne von dem neuen italienischen Kabinett keine Hilfe für uns erwartet werden, da es zu sehr mit innerpolitischen Problemen beschäftigt sei.

Neben den Ereignissen an den Landfronten hat auch das Wiederaufleben der feindlichen Luftangriffe<sup>6</sup> die Stimmung beeinträchtigt. Seit dem Luftangriff auf Mannheim und Ludwigshafen herrscht in den luftbedrohten Reichsteilen wieder «Fliegerangst». Auch in Gebieten, die bisher nicht bombardiert wurden, werden solche Befürchtungen laut. Selbst sonst zuversichtliche Volksgenossen haben das bedrückende Gefühl, im Luftkrieg einer Übermacht ausgeliefert zu sein, und warten sehnsüchtig auf die «Vergeltung». Dieses Warten auf eine Vergeltung grössten Ausmasses ist für

Noch zum 30. September 1943

mehreren Stellen den Dnjepr überschritten und Brückenköpfe gebildet, die nicht beseitigt werden konnten. – 4. Dort waren englische Verbände in Kalabrien und Apulien im Vormarsch nach Norden gegen nur hinhaltenden deutschen Widerstand, während die im Golf von Salerno gelandeten amerikanischen Truppen in harte Kämpfe verwickelt wurden. – 5. Am 18. September hatte Mussolini in dem deutsch-beherrschten Teil Italiens die sozial-faschistische Republik gegründet; seine Regierungsgewalt wurde aber durch die von den Befehlshabern der deutschen Armeen im Operationsgebiet, von dem später durch Himmler bestellten «Höchsten SS und Polizeiführer Italien» und seinen Verbänden im Hinterland in Anspruch genommenen Rechte beschränkt; Südtirol und die Provinz Belluno kamen als «Operationszone Alpenvorland», Istrien und Dalmatien als «Operationszone Adriatisches Küstenland» unter direkte deutsche Kontrolle. – 6. Aus Hannover und Oldenburg hatte der Wehrmachtbericht vom 23. September «grössere Schäden» gemeldet, während als Folge des Angriffs auf Mannheim und Ludwigshafen am 6. September «erhebliche Zerstörungen» zugegeben worden waren. –



die meisten «der rettende Balken, an den sich jeder zu klammern sucht». Die Diskussionen über den Termin reissen nicht ab. Viele Volksgenossen erklären, wenn die Vergeltung nicht noch im Oktober komme, wäre es zu spät.

Insgesamt ist infolge der Ereignisse an der Ost- und Südfront sowie der Wiederaufnahme der gegnerischen Luftangriffe die Zuversicht auf einen siegreichen Ausgang des Krieges wieder im Sinken begriffen. Die Ansicht, «wir müssen siegen, weil es keinen anderen Ausweg gibt», ist vorherrschend, doch fehlt es häufig an der Überzeugung, dass die Voraussetzungen für einen glücklichen Endsieg gegeben sind. Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung unerschütterlich an einen siegreichen Kriegsausgang glaubt und sich auf das Recht der deutschen Sache, auf die Kraft unserer Weltanschauung und auf eine höhere Gerechtigkeit verlässt. Die Mehrzahl der Volksgenossen wünscht sehnlichst einen Sieg, beurteilt jedoch die Entwicklung wie ein Rechenexempel, stellt die einzelnen ihnen bekannten Tatsachen gegeneinander und gelangt vielfach aus Unkenntnis über die wirklichen Kräfteverhältnisse und infolge grundsätzlicher Überschätzung der gegnerischen Stärke zu einem negativen Resultat.<sup>7</sup> Aus betonter «Objektivität» heraus wird bei jedem Vorgang auch die für möglich gehaltene ungünstige Seite überbewertet. So wird jetzt die Musterung der Jahrgänge 1884-93<sup>8</sup> und die Aushebung der 16jährigen zum Luftwaffendienst<sup>9</sup> als ein Zeichen der «Ausblutung des deutschen Volkes» angesehen und vom «letzten Aufgebot» gesprochen. Oder anlässlich der Kundgebungen zum Jahrestag des Dreimächtepaktes wurde zu der Rede Shigemitsu<sup>10</sup> bemerkt, er habe über Russland kein Wort gesagt. Die Japaner dächten also gar nicht daran, Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus beizustehen. Man solle überhaupt vom Dreimächtepakt kein so grosses Auf-

Noch zum 30. September 1943

7. Über die Kräfteverhältnisse zu Beginn des 5. Kriegsjahres enthält einen Vortrag des Chefs des Wehrmachtführungsstabes, General Jodl, vor den Reichs- und Gauleitern in München am 7. November 1943 nähere Angaben (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 431 ff.); danach standen im Osten 327 Schützen- und 51 Panzerdivisionen den 200 deutschen, 10 rumänischen und 6 ungarischen Divisionen gegenüber, in England waren bereits 11 Panzerbrigaden, 2 Luftlandedivisionen, 7 Fallschirmjägerbataillone und 40-41 Infanteriedivisionen für eine Invasion zusammengezogen, während der Oberbefehlshaber West nach seiner Lagebeurteilung vom 25. Oktober (ebda. S. 423) nur über 27 Divisionen an der Kanal-, Atlantik- und Mittelmeerküste und 6 Panzer- und motorisierte Divisionen, 2 Infanteriedivisionen, die alle noch nicht voll einsatzfähig waren, als Reserven verfügte. – 8. Grundsätzlich bestand Wehrpflicht nach § 4 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (RGBl. I S. 609) nur bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres, im Krieg konnte jedoch nach § 6 «der Kreis der für die Erfüllung der Wehrpflicht in Betracht kommenden Männer» erweitert werden. – 9. Auf Grund einer Anordnung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe und anderer beteiligter Ressorts vom 11. Februar 1943 wurden die älteren Schüler der höheren und mittleren Schulen als Luftwaffen-, später auch Marinehelfer zum unmittelbaren Kriegshilfeinsatz bei der Luftabwehr in der Nähe ihres Heimatortes herangezogen; sie erhielten einen verkürzten Schulunterricht, mit dem sich ein besonderer Bericht vom 22. Juli (rote Serie) befasst hatte. – 10. Der japanische Aussenminister; am 27. September waren Ansprachen der Aussenminister der Mitgliedsstaaten des Dreimächtepaktes über den deutschen Rundfunk verbreitet worden.

sehen mehr machen, denn Italien habe uns verraten, und Japan lasse uns gegen Russland im Stich.

18. Oktober 1943 (grüne Serie)

### Was verspricht sich die Bevölkerung von der «Vergeltung»?

Seit dem Frühjahr spielt die «Vergeltung» in den Gedanken und Gesprächen aller Volksgenossen eine grosse Rolle.<sup>1</sup> Im SD-Bericht vom 4. 10. 1943 wurde aufgezeigt, wie weitgehend sich die Bevölkerung gerüchtweise mit angeblichen technischen Einzelheiten der Vergeltungswaffen und ihrer Wirkung befasst.<sup>2</sup> Nachstehend soll dargelegt werden, welche Entwicklung der Vergeltungsgedanke im Laufe der letzten Monate genommen hat und welche Vorstellungen sich heute damit verknüpfen.

Die Parole von der Vergeltung wurde seinerzeit wie kaum eine politische oder militärische Zielsetzung der Propaganda vom ganzen deutschen Volk mit einmütiger Zustimmung aufgenommen. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Flak und die Nachtjäger einstweilen nicht vermochten, die Heimat vor dem feindlichen Luftterror zu bewahren, erschien die Vergeltung als das einzige Mittel, den Feind zu zwingen, von diesen Angriffen abzulassen. Nur Gegenschläge, welche die Wirkungen der feindlichen Luftangriffe weit in den Schatten stellten, konnten – so war die Ansicht der Volksgenossen – diesen Terror endgültig brechen. Im Rahmen des gesamten Kriegsgeschehens mass man der Vergeltung anfänglich zwar grosse, aber doch nicht entscheidende Bedeutung bei. In den letzten Monaten hat der Vergeltungsgedanke hierin aber einen Bedeutungswandel erfahren. Unter dem Eindruck der ganzen Entwicklung des Krieges seit Stalingrad hat sich der Volksgenossen das Gefühl bemächtigt, dass der Ring der Feinde um Deutschland und die besetzten Gebiete immer enger werde und die Entwicklung unaufhaltsam einer Krise entgegenreibe, aus der ein Ausweg nur durch ein «Wunder» möglich scheint. Und dieses Wunder, die entscheidende Wendung des Krieges, erwartet heute die Mehrzahl der Volksgenossen – in den vom Luftkrieg betroffenen Gebieten sogar nahezu die Gesamtheit – von der Vergeltung. Auch und gerade bei den Volksgenossen, welche durch ihre Siegeszuversicht positiv auf ihre Umgebung wirken und manchem Verzagten und Wankelmütigen das Rückgrat stärken, beruht der Glaube an den Sieg vornehmlich auf

Zum 18. Oktober 1943

1. Vgl. oben die Berichte vom 1. Juli 1943. – 2. Darin wurde folgende Zusammenfassung der Gerüchte gegeben, die ziemlich genau die spätere V2-Waffe beschreibt: «ein auf dem Raketen-

den Hoffnungen, welche sie an den kommenden Einsatz neuer Waffen und Kampfmittel knüpfen. Diese Hoffnungen gehen viel weiter als nur auf eine Unterbindung der Terrorangriffe. Dies ist das mindeste, was man von der Vergeltung erwartet. Vielmehr soll der Gegenschlag dazu führen, dass England binnen weniger Tage oder Wochen aus dem Krieg «herausgeboxt» wird. Dies stellt man sich so vor, dass durch immense Zerstörungen in den grösseren englischen Städten die Voraussetzungen für die Besetzung der Insel geschaffen werden, welche dann zum Waffenstillstand mit England führt. Amerika werde dann, so argumentiert man, kein besonderes Interesse an der Fortsetzung des Krieges haben. Die gesamte Kraft der deutschen Wehrmacht könne anschliessend gegen Russland gerichtet werden, was zu einem baldigen Zusammenbruch der sowjetischen Offensivkraft führen müsse. Wie stark die Haltung grosser Bevölkerungsteile von solchen Gedankengängen beeinflusst wird, zeigt sich in den zahlreich erfassten Äusserungen folgender Art:

Wenn die Vergeltung ausbleibt oder nicht so ausfällt, wie ich mir das denke, dann sehe auch ich keine Möglichkeit mehr, den Krieg zu gewinnen.

Die Zweifel, ob das «Gerede von der Vergeltung nicht nur ein Propagandamanöver zur Einschüchterung des Feindes oder zur Beruhigung des Volkes» sei, stehen ausserhalb der hier aufgezeigten Überlegungen. Wer nicht an die Vergeltung glaubt – das sind aber nur wenige – glaubt auch sonst nicht mehr an den Sieg. Im Übrigen sind die Zweifel an der Vergeltung, die hauptsächlich deshalb auftauchten, weil sie Monat um Monat ausblieb, nach der Erklärung des Führers<sup>3</sup>, dass ihre technischen und organisatorischen Voraussetzungen im Entstehen seien, sehr zurückgegangen. Die Erwartungen sind sogar, gerade weil der Zeitpunkt des Gegenschlages weiter hinausgeschoben zu sein scheint, grösser geworden. Man sagt jetzt, die Vorbereitungen dauern länger, als erwartet, weil sie so umfassend sein müssen, dass die Vergeltung hundertprozentig gelingt und ein Fehlschlag völlig ausgeschlossen ist.

Auf die Tatsache, dass die Vergeltung für sehr viele Volksgenossen der wesentlichste reale Anhaltspunkt der Siegeshoffnung ist, weisen vor allem die Meldungen aus den Luftnotgebieten immer wieder hin. Bezeichnend ist, dass der Versuch der katholischen Kirche, gegen die Vergeltungspropaganda durch Hinweis auf das «Unchristliche» dieses Gedankens zu opponieren, auch von den streng katholischen Volksteilen des Rheinlandes und Westfalens eindeutig abgelehnt wurde. Man hat kein Verständnis für

Noch zum 18. Oktober 1943

prinzip aufgebautes Geschoss von ungeheuren Dimensionen, welches sich durch eigenen Antrieb fortbewege und durch besondere Strahlen zum Ziel gelenkt werde»; die Zielgenauigkeit befriedige noch nicht, Abweichungen bis zu 25 km seien bei Versuchen festgestellt worden. – 3. Anm. 3

diese Haltung des Klerus und verlangt nachdrücklicher als je Rache und Vergeltung.<sup>4</sup> Entscheidend ist aber hierbei auch wieder, dass die «Vergeltung» für die Volksgenossen eben mehr bedeutet als das Wort besagt, nämlich die entscheidende Siegeschance, ohne die man sich einen guten Ausgang des Krieges vielfach nicht mehr denken kann.<sup>5</sup>

11. November 1943 (grüne Serie)

### Meldungen zur Führerrede vom 8.11.1943

Die bisher vorliegenden Meldungen über die Aufnahme der Rede des Führers in München sind aus allen Reichsteilen völlig übereinstimmend.<sup>1</sup> Es habe, so heisst es in den Meldungen, den Volksgenossen einen grossen Auftrieb gegeben, dass der Führer trotz der kritischen Lage an der Ostfront<sup>2</sup> nach München gekommen war, um vor der Alten Garde zu sprechen. Die frische und energische Sprechweise des Führers, die Souveränität, mit welcher er die grossen politischen Zusammenhänge aufzeigte, und die gewaltige Siegeszuversicht, die aus allen seinen Ausführungen sprach, hätten die Volksgenossen überzeugt, dass der Führer, entgegen den vielen umlaufenden Gerüchten<sup>3</sup>, noch ganz «der alte» sei. Die Kraft und die Gläubigkeit des Führers hätten sich auf die Hörer und Leser der Ansprache übertragen und allen Volksgenossen wieder frischen Mut gegeben. In der Belebung des Durchhaltewillens und dem Ansprechen der allgemeinen Kampfsmoral habe die besondere Wirkung der Führerrede gelegen.

Nach den Meldungen hat in allen Reichsteilen die kurze, aber eindeutige Ankündigung der Vergeltung gegen England den grössten Widerhall von allen Ausführungen des Führers gefunden.<sup>4</sup> Die in dieser Hinsicht neuerdings wieder aufgetretenen Zweifel seien beseitigt worden.

Noch zum 18. Oktober 1943

zum Bericht vom 13. September 1943. – 4. Vgl. aber die Meldungen über eine Ablehnung der Vergeltung aus christlichen Motiven unten im Bericht vom 7. Februar 1944. – 5. Weitere «Gerüchte und Kombinationen zur Vergeltung» unten im Bericht vom 27. Dezember 1943.

Zum 11. November 1943

1. Wortlaut der Rede bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2'030 bis 2'059. – 2. Am 7. Oktober hatte eine neue russische Offensive am Dnjepr und Asowschen Meer begonnen. Anfang November waren die deutschen Truppen auf der Krim abgeschnitten, die Dnjeprfront war in einer Breite von 150 km durchbrochen, im Raum Kiew, das am 6. November geräumt worden war, drangen russische Divisionen nach Westen vor, und auch im Bereich der Heeresgruppe Mitte hatte die Front bei Gomel zurückgenommen werden müssen. – 3. In den vorliegenden Berichten vom 27. September und 4. Oktober über umlaufende Gerüchte, unter denen Erzählungen über die Flucht führender Persönlichkeiten aus luftgefährdeten Orten am verbreitetsten waren, sind solche über eine Erkrankung Hitlers nicht verzeichnet, er spielte in der Rede aber darauf an. – 4. «Die Herren mögen es glauben oder nicht, aber die Stunde der Vergeltung

Wenn der Führer das sagt, glaube ich es auch. Der Tommy wird sein Fett schon kriegen.

Jetzt wird's doch was mit der Vergeltung, weil er's selbst gesagt hat.

Besonders in den Luftnotgebieten, wo die Volksgenossen von der Vergeltung die Entscheidung des Krieges erhoffen, haben die Worte des Führers über die Vergeltung grosse Beachtung und freudige Zustimmung gefunden. Es sei bezeichnend, so heisst es in einem Bericht aus Düsseldorf, dass selbst eifrige Katholiken, entgegen den vom Bischof von Münster in dem bekannten Hirtenbrief vertretenen Ansichten<sup>5</sup>, nach der Vergeltung verlangen und erklären, es müsse den Engländern und Amerikanern heimgezahlt werden, was sie der Bevölkerung in Westdeutschland und den anderen Gebieten angetan haben. In einem Bericht aus Hamburg heisst es, die Ankündigung des Führers über die Vergeltung habe geradezu befreiend gewirkt. Die Erklärung, dass die Vergeltung gegen England bevorstünde, während der Führer letzthin nur von den im Entstehen begriffenen Voraussetzungen gesprochen habe, sei mit Begeisterung aufgenommen worden. Auch in Münster ist die Bevölkerung von den Erklärungen über die kommende Vergeltung am stärksten beeindruckt gewesen. Ein Versprechen aus dem Munde des Führers wiege schwerer als alle Erklärungen in Presse, Rundfunk und Kundgebungen der Partei.

Wenn der Führer von der Vergeltung spricht, dann muss sie auch kommen. Denn wir können uns nicht denken, dass der Führer sein Volk mit Phrasen hinhalten will. (Äusserungen von Arbeitern.)

Auch die Verheissung des Führers, dass der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach dem Siege binnen kürzester Frist durchgeführt werde, hat in Westdeutschland, in Hamburg und anderen Luftnotgebieten starken Widerhall gefunden. Vielfach wurde erklärt, wenn der Führer es nicht selbst sei, der den Wiederaufbau in drei Jahren angekündigt habe, würde man an eine solche Versicherung nicht glauben können.

In fast allen vorliegenden Meldungen kommt zum Ausdruck, dass die Worte des Führers über seine religiöse Einstellung<sup>6</sup> von den Volksgenossen stark beachtet und vielfach besprochen worden sind. Die Mehrzahl der Volksgenossen sei durch diese Worte sehr beeindruckt worden, man habe sie verstanden «aus der Lage eines Mannes heraus, der auf der Welt tatsächlich niemand über sich hat», als «Bekenntnis deutscher Gläubigkeit». Von kirchlich gebundenen Volksgenossen seien diese Worte des Führers

Noch zum 11. November 1943

wird kommen! Wenn wir auch im Augenblick Amerika nicht erreichen können, so liegt uns doch, Gott sei Dank, ein Staat greifbar nahe, und an den werden wir uns halten.» – 5. Entsprechende Äusserungen Graf Galens sind wiedergegeben bei Bierbaum, Kardinal von Galen. 1947. S. 57 f.; u.a. hatte er erklärt, «Vergeltung gegen nichtmilitärische Ziele widerstreite nicht nur christlichem Denken, sondern verleugne auch ritterliches Soldatentum, dessen Stolz es sei, nicht primitiven und niedrigen Rachegefühlen zu unterliegen». – 6. Er hatte sich als «tief innerlich religiös» bezeichnet

allerdings ironisiert worden. Es wurden z.B. folgende Äusserungen erfasst:

Heute hat er's wieder mal mit dem Allmächtigen gehabt.

Alleweil redet er vom Herrgott, und wenn dann wirklich was ist,  
dann ist man gegen die Kirche.

Anscheinend geht es auch bei den alten Nazis nicht mehr ohne Gott.

Die Not hat den Führer beten gelehrt.

Unter Parteigenossen habe man darüber diskutiert, ob die religiösen Wendungen in der Ansprache des Führers als «politischer Schachzug» zu erklären seien.

Weiterhin hat die Kampfansage des Führers gegen die inneren Feinde grossen Anklang gefunden.<sup>7</sup> Teilweise seien im Anschluss an die Worte des Führers über die Kriegsverbrecher scharfe Äusserungen gegen einzelne Personen in verantwortlicher Stellung gefallen, die nach Ansicht der Volksgenossen nicht kriegsgemäss leben und eine vorbildliche Haltung vermissen lassen. Die Äusserung, dass die Partei immer noch vorbildlicher zu wirken habe und dass die Last des Kampfes in der Heimat, genauso wie an der Front, am vorbildlichsten von den Parteigenossen getragen werden müsse, sei von zahlreichen Volksgenossen nicht nur als Anerkennung der bisherigen Leistungen der Partei, sondern auch als erneute Mahnung zu noch härterem Einsatz und noch beispielhafterer Lebenshaltung verstanden worden.

Die Erklärungen des Führers über die Lage an der Ostfront wurden von den Volksgenossen als etwas knapp empfunden.<sup>8</sup> Man hätte gerne nähere Einzelheiten über die augenblickliche Situation und die voraussichtliche weitere Entwicklung (Dnjeprlinie, Krim, Winterstellungen, Verluste) vom Führer gehört. Dennoch habe das, was der Führer über die Ostfront sagte, beruhigend gewirkt. Volksgenossen erklärten, es scheine im Osten doch nicht so kritisch zu sein, wie es die Bevölkerung bisher gesehen habe. Wenn es wirklich so schlecht wäre, würde der Führer gar nicht nach München gekommen sein und würde auch nicht so humorvoll habe sprechen können.

Insgesamt ergeben die vorliegenden Meldungen folgendes Bild:

Die Rede des Führers vor der Alten Garde habe die grössten Sorgen der Bevölkerung gebannt und den Glauben und die Zuversicht der Volks-

Noch zum 11. November 1943

und sich «in Dankbarkeit vor dem Allmächtigen» gebeugt, dass er «uns so gesegnet hat». – 7. Wenn an der Front «Zehntausende bester Menschen» fielen, hatte Hitler gedroht, werde er nicht davor zurückschrecken, «einige hundert Verbrecher zu Hause ohne Weiteres dem Tode zu übergeben». Vgl. unten den Bericht vom 2. Dezember 1943. – 8. Er hatte sich darauf beschränkt zu sagen, der Feind werde das letzte Ziel, die deutsche Front zum Einsturz zu bringen, nicht nur nicht erreichen, sondern «wie immer in der Weltgeschichte» werde die letzte Schlacht die Entscheidung bringen. –

genossen gestärkt. Die Energie des Führers, seine ruhige und überlegene Art, die Probleme zu sehen, und vor allem seine unbeirrbarere Siegeszuversicht haben sich auf die Volksgenossen übertragen. Die zahlreichen erfassten Stimmen aus der Bevölkerung ergeben, dass das Vertrauen des Volkes zum Führer unerschüttert ist. Für die Volksgenossen war die Rede ein überzeugender Beweis, dass der Führer in jeder Hinsicht kraftvoll wie je ist und auch weiterhin das Schicksal Deutschlands meistern und den Endsieg herbeiführen wird. Vereinzelt ablehnende Äußerungen zu der einen oder anderen Stelle der Rede des Führers fallen gegenüber den bejahenden und begeisterten Stimmen nicht ins Gewicht. Viele Meldungen betonen, dass auch solche Volksgenossen, die vorher gelegentlich an der Person des Führers Kritik zu üben sich erlaubten, von der Rede sichtlich gut beeinflusst waren und dem auch Ausdruck verliehen.<sup>9</sup>

18. November 1943 (grüne Serie)

### Das Zeitgeschehen und seine Auswirkungen auf Stimmung und Haltung der Frauen

Nach den vorliegenden Meldungen ist die Stimmung unter den Frauen infolge der schweren Kämpfe und der ständigen Rückzugsbewegungen im Osten<sup>1</sup> zwar ruhig, aber doch recht gedrückt. Man wartet mit Sorge ab, was nun mit Russland werden soll. Das Zurückgehen unserer Truppen wird von vielen Frauen mit als Zeichen einer Allgemeinen Schwächung unserer Widerstandskraft gewertet. Andererseits fragen gerade die Frauen sich, zumal im Hinblick auf die Einberufung älterer männlicher Jahrgänge<sup>2</sup> und der Werbung von Flakwaffenhelferinnen<sup>3</sup>, warum so viele Truppen in den Städten des Reiches zu sehen sind und warum diese nicht an die Front geschickt würden.

Am Kriegsgeschehen im Einzelnen nehmen die Frauen weniger Interesse. Besonders die weibliche Jugend zeige sich recht teilnahmslos. Häufig

Noch zum 11. November 1943

9. Unter dem Eindruck des weiteren Rückzuges im Osten, besonders der Räumung von Schitomir, traten die kritischen Stimmen in der Folge stärker in Erscheinung, wie am 18. November berichtet wurde.

Zum 18. November 1943

1. Anlässlich der Nachricht von der Räumung Schitomirs waren Überlegungen angestellt worden, dass diese Stadt «auf dem halben Weg zwischen Stalingrad und Berlin» liege; auch war bekannt geworden, dass die deutschen Truppen auf der Krim abgeschnitten waren (Bericht vom 18. November über «Auswirkungen der schweren Abwehrkämpfe im Osten unter dem Eindruck der Führerrede»). – 2. Vgl. oben Bericht vom 30. September 1943. – 3. Bereits seit 1940 waren Frauen als Nachrichtenhelferinnen des Heeres eingesetzt, zu ihnen waren im Lauf der Jahre Stabshelferinnen, Betreuungshelferinnen, Luftnachrichtenhelferinnen getreten; die Flakwaffenhel-

trete bei den Frauen eine ausgesprochene Kriegsmüdigkeit zutage. Sie sind bestrebt, allem aus dem Wege zu gehen, was die Gedanken zum Kriegsgeschehen hinlenke, so vermeiden sie z.B. entsprechende Radio- oder Film-darbietungen und lassen den politischen Teil der Zeitung unbeachtet. Im Allgemeinen zeigten nur diejenigen Frauen, die nahe Angehörige an den Fronten haben, und Frauen der Intelligenzkreise wesentliches Interesse am politischen Geschehen. Sie verfolgen aufmerksam die Heeresberichte und beachteten z.B. auch die Entwicklung der politischen Lage in Schweden und in der Türkei sowie die Meldungen über die indische Kriegserklärung<sup>4</sup>, die jedoch von den meisten nicht sehr ernst genommen wurde. Dem Neuaufbau in Italien stehen die Frauen allgemein skeptisch gegenüber, denn «das Vertrauen zu allem, was aus Italien kommt, ist restlos geschwunden».

Mit Sorge sähen auch viele Frauen, dass der Zusammenhalt und das gegenseitige Verständnis in ihrer Ehe unter der langen Kriegsdauer zu leiden beginne. Die mit kurzen Unterbrechungen nun schon Jahre andauernde Trennung, die Umgestaltung der Lebensverhältnisse durch den totalen Krieg, dazu die hohen Anforderungen, die jetzt an jeden Einzelnen gestellt werden, formten den Menschen um und erfüllten sein Leben. Der Frontsoldat zeige im Urlaub oft kein Verständnis mehr für die kriegsbedingten häuslichen Dinge und bleibe interesselos gegenüber vielen täglichen Sorgen der Heimat. Daraus ergebe sich häufiger ein gewisses Auseinanderleben der Eheleute. So wiesen Ehefrauen bekümmert darauf hin, dass das sehnlichst erwartete Zusammensein in der schnell vorüberfliegenden Urlaubszeit getrübt worden sei durch häufige Zusammenstösse, die durch gegenseitige Nervosität hervorgerufen wurde. Das trete selbst bei solchen Ehen ein, die früher vorbildlich harmonisch waren.

Auffallend sei, dass viele Massnahmen der Partei und führender Persönlichkeiten von den Frauen in stärkerem Masse als von den Männern kritisiert würden, jedoch stellten sich die meisten Frauen stets hinter die Person des Führers. Allgemein werde von den Frauen immer der Standpunkt vertreten, dass der Führer bestimmt Abhilfe schaffen würde, wenn er alles wüsste.

Die meisten Frauen richteten jedoch ihre Gedanken vorwiegend auf ihre gegenwärtigen praktischen Aufgaben. Von den drängenden Tagesanforderungen bereiteten derzeit die Kartoffelnot<sup>5</sup> und der Gemüse-

Noch zum 18. November 1943

ferinnen wurden zu ähnlichen Aufgaben wie die als Luftwaffenhelfer herangezogenen Schütler verwandt. Über die Wehrmachthelferinnen allgemein Absolon, Wehrgesetz und Wehrdienst 1935-1945. 1960. S. 215 (Schriften des Bundesarchivs 5). – 4. Die von Japan eingesetzte und von Deutschland unterstützte «Provisorische Regierung des freien Indien» unter S. Ch. Bose hatte am 25. Oktober Grossbritannien und den USA den Krieg erklärt; da es Japan nicht gelang, in grösserem Umfang indisches Gebiet zu besetzen, war das völlig wirkungslos, wenn auch gegen Ende des Krieges eine aus kriegsgefangenen Indern gebildete Legion bei der deutschen Wehrmacht kämpfte. – 5. Am 11. November hatte ein besonderer Bericht «eine beachtliche Beunruhigung in der Bevölke-



mangel<sup>6</sup> den Frauen grosse Sorge. Viele Mütter von Heranwachsenden Kindern hätten schlaflose Nächte, denn «sie wüssten oft nicht, was sie auf den Tisch bringen sollten». Als starke Erschwerung der Wirtschaftsführung empfänden die Frauen auch die unterschiedlichen Einkaufszeiten für Lebensmittel und Bedarfsartikel. So wird z.B. geschrieben:

Die Fleischer haben am Montag geschlossen, die Bäcker am Dienstag, die übrigen Kaufleute am Mittwoch und die verschiedenen Einzelhandelsgeschäfte an ganz unterschiedlichen Tagen in der Woche. Die Hausfrau müsste sich von allen Geschäften eine Tabelle anlegen, wenn sie einkaufen gehe, denn oft käme sie vor verschlossene Türen und habe kostbare Zeit verloren. Sehr viele Geschäfte und vor allem die Wirtschaftsämtler hätten nur vormittags geöffnet, so dass Berufstätigen die Möglichkeit genommen sei, ihre Besorgungen zu erledigen.

Nach wie vor klagen die Frauen über eine oft unfreundliche Bedienung in den Geschäften. «Das Einkäufen sei vielfach ein Spiessrutenlaufen, die Geschäftsleute fänden es einfach nicht mehr nötig, auch nur ein Mindestmass an Höflichkeit gegenüber ihren Kunden aufzubringen.»

Die besonderen Klagen der Frauen gelten zurzeit der Sperrung der Kleiderkarte<sup>7</sup>, wobei sie darauf hinweisen, dass die Behebung des Mangels an Strümpfen und Bettwäsche bei der jetzigen kühlen Witterung besonders dringlich geworden sei und dass auch Wollsachen unbedingt beschafft werden müssten. (Inzwischen ist den Wünschen hinsichtlich der Strümpfe durch Freigabe je eines Paares Rechnung getragen worden.)

Mit lebhafter Freude sei von den Frauen die wesentlich erhöhte Mehlezuteilung und die Ankündigung der Weihnachtssonderzuteilungen begrüsst worden, da sie mit diesen Mengen nicht gerechnet hatten.<sup>8</sup> Bedauert werde jedoch, dass kein Fleischzuschuss vorgesehen sei, ferner werde häufig die Erwartung ausgesprochen, dass die Zuwendungen später nicht wieder durch entsprechende Kürzungen eingespart werden müssten.

Die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge sowie das gesamte Kriegsgeschehen werden jedoch überschattet von den

Noch zum 18. November 1943

festgestellt, weil die Zuteilung an Winterkartoffeln nicht nur gegenüber dem Vorjahr verringert worden sei, sondern auch der Tagesbedarf nur äusserst stockend geliefert werde, so dass z.B. Berlin im Oktober 80'000 t Kartoffeln weniger erhalten habe als vorgesehen; der Schleichhandel mit Kartoffeln zu ständig steigenden Preisen nehme zu. – 6. Wie schon 1942 war auch im Sommer 1943 mehrfach berichtet worden, dass grosse Teile der Obst- und Gemüseernte nicht von den Bewirtschaftungsstellen erfasst werden könnten, sondern zu Überpreisen oder im Tausch gegen andere Waren direkt an den Verbraucher gingen. – 7. Um die Fliegergeschädigten bevorzugt mit Textilien versorgen zu können, durften auf Grund einer Anordnung vom 1. August die Kleiderkarten nicht mehr allgemein beliefert werden, obwohl in einzelnen Gebieten ausreichende Vorräte in den Geschäften lagen (Berichte vom 30. 8., 20. 9., 11. 10. 1943). – 8. In Essen wurden zu Weihnachten 1943 noch 125 g Butter, 500 g Weizenmehl, 250 g Zucker, für Erwachsene ausserdem 0,35 l Spirituosen, 50 g Bohnenkaffee und 125 g Süswaren, für Kinder 250 g Süswaren

### Evakuierungsmassnahmen und ihren Auswirkungen<sup>9</sup>

Ein grosser Teil der evakuierten Frauen und Kinder hat in den Aufnahmegebieten eine zufriedenstellende Unterkunft gefunden. Diese Frauen haben sich mit ihrem Los abgefunden und verhalten sich im Allgemeinen ruhig. Ein anderer Teil der Frauen – zahlenmässig vielleicht geringer als die erste Gruppe – ist mit der Art der Unterbringung und den ganzen neuen Lebensbedingungen – mit oder ohne Recht – unzufrieden. Von diesen Frauen werden alle möglichen Behauptungen über die Durchführung der Umquartierung verbreitet, auf die anderen umquartierten Frauen ungünstig eingewirkt und im ganzen Reich eine teilweise falsche Auffassung von der Lage der umquartierten Volksgenossen verbreitet. Im Einzelnen besagen die Meldungen hierüber folgendes: Das Auseinanderreissen der Familien ohne Besuchsmöglichkeiten mit all ihren Begleiterscheinungen wird auf die Dauer sowohl von den Männern, besonders aber von den Frauen, als untragbarer Zustand empfunden. Einmal leide der Mann unter der Trennung, da niemand da sei, der für ihn Sorge und die Wohnung pflege. Das Heimkommen nach schwerer Tagesarbeit in die kalte und einsame Wohnung, das Fehlen der liebenden Fürsorge und einer besseren Ernährung durch die Frau und vor allem das Fehlen des Kinderlachs nehme ihm die Lust und auch die Kraft zur Arbeit. Im besonderen könnte man in Arbeiterkreisen sehr häufig die Bemerkung hören, dass, wenn man Wert darauf lege, ihre Arbeitsfreude und Arbeitskraft zu erhalten, man ihnen die Ehefrauen am Orte belassen sollte. Würde man sie jedoch evakuieren, dann «könnte man ihnen den Buckel herunterrutschen», dann würden sie in Kürze so weit heruntergekommen sein, dass sie gar nicht mehr in der Lage seien, den schweren Anforderungen ihrer Arbeit nachzukommen. Von massgeblichen Stellen der Industrie werden diese Ausführungen insofern unterstrichen, als sie darauf hinweisen, dass schon heute teilweise auf Grund der erfolgten Umquartierungen ein gewisses Nachlassen der Leistungen zu beobachten sei.

Der Vorschlag der Nachbarschaftshilfe, durch die die Ehemänner selbst, aber auch die Wohnung, Gärten und verschiedentlich auch das Viehzeug ihre Betreuung finden sollen, wird als häufig undurchführbar angesehen, da die zurückgebliebenen Frauen grösstenteils vom Arbeitsamt erfasst sind und somit vollauf mit sich und dem eigenen Hausstand zu tun hätten. Im übrigen würden auch durch diese Hilfe Eifersüchteleien bei den Ehefrauen entstehen und viel böses Blut in den Familien geschaffen werden.

<sup>9</sup> Noch zum 18. November 1943 zusätzlich ausgegeben (Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. 1956. S. 457). – 9. Einen Überblick über den Umfang und die Durchführung der Evakuierung aus den Luftkriegsgebieten geben die Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1'958 ff. –

Derartige Befürchtungen würden jedoch nach aussen selten angegeben werden, typisch ist dafür aber die Äusserung einer Arbeiterfrau, die wörtlich erklärte: «Wenn dessen Olle hört, dass ich dem den Ofen anmache, dann ist der Ofen bald kalt, dann kommt sie mit dem nächsten Zug angereist, und wenn sie die ganze Nacht durchfahren und die Reise selbst bezahlen muss.»

Zu den wirtschaftlichen Sorgen kommt die starke seelische Belastung, die eine langandauernde Trennung mit sich bringt.

Vor allem erklären die Ehemänner, dass das Familienleben den einzigen Ausgleich für ihre schwere Arbeit darstelle. Man sollte ihnen nicht auch noch das Letzte nehmen, was überhaupt das Leben noch lebenswert erscheinen lasse. Nicht minder seien aber auch die Ehefrauen einer starken seelischen Belastung ausgesetzt, denn ihrem inneren Bedürfnis entspreche es, im eigenen Heim zu leben, dieses pflegen und für den Mann und die Kinder kochen und sorgen zu können. Für sie sei das Bewusstsein, den Mann allein und unversorgt zu wissen, selber dazu aber als Gast unter fremden Menschen leben und sich jeden Gebrauchsgegenstand erbitten zu müssen, auf die Dauer unerträglich. Man weise öfter auch auf das sexuelle Problem und die Gefahr der Zerrüttung der Ehen hin. (Es liegen auch bereits Meldungen vor, nach denen das sittliche Verhalten der evakuierten Ehefrauen z.T. als alles andere als einwandfrei zu bezeichnen ist.)<sup>10</sup> Als besonders starke und deshalb auf die Dauer unerträgliche Belastung wird jedoch im Allgemeinen die Trennung von den Kindern bezeichnet.<sup>11</sup> Die Sehnsucht der Eltern wie auch der Kinder zueinander würde an allen zehren. Besuchsmöglichkeiten seien kaum oder nur selten gegeben, so dass teilweise schon eine Entfremdung eingetreten sei. Es wird befürchtet, dass diese bei längerem Getrenntsein zur Regel werden könnte.

Ausserdem werden von kirchlich gebundenen Frauen Bedenken dahingehend erhoben, dass es den Kindern an der notwendigen religiösen Betreuung fehlen würde.<sup>12</sup> Man hört gelegentlich sogar die Auffassung, die Umquartierung sei nur dazu aufgezoogen worden, um sie auf diese Weise besser im antikirchlichen Sinne beeinflussen zu können. Umgekehrt würde aber auch von gottgläubigen Frauen die Befürchtung ausgesprochen, dass die Kinder durch Umquartierung in rein katholische Gegenden allzu stark den kirchlichen Einflüssen ausgesetzt und somit in einem von ihnen nicht gewollten Sinne erzogen werden könnten. Es herrsche vor allem bei den

Noch zum 18. November 1943

10. Das «unmoralische Verhalten deutscher Frauen», auch gegenüber Kriegsgefangenen, war Gegenstand eines Berichts vom 13. April 1944. – 11. Die Kinder wurden durch die sogenannte erweiterte Kinderlandverschickung (oben Nr. 267 der Meldungen aus dem Reich) aus den luftgefährdeten Gebieten entfernt. – 12. Vgl. oben Nr. 267; am 21. Oktober war schon in der roten Serie über die konfessionelle Betreuung evakuierter Jugendlicher mit Beispielen für Äusserungen von Bischöfen und katholischen Geistlichen und deren Wirkung berichtet worden. Nach einem dort wiedergegebenen Erlass des Reichserziehungsministeriums vom 25. August 1943 war jedoch vorgesehen, dass an

Müttern die Sorge vor, dass die katholische Kirche in verstärkter Masse versuche, einen Einfluss auf das leicht empfängliche Kindergemüt auszuüben. Es sei schon keine Seltenheit mehr, dass selbst Hitlerjungen, von der Pracht der Aufmachung angezogen, in Prozessionen mitgegangen seien.

Insonderheit von nationalsozialistisch eingestellten Frauen wird der offensichtliche Versuch der katholischen Kirche, ihre Gläubigen auch politisch zu beeinflussen, als eine Qual empfunden, da nunmehr eine jede die andere zu ihrer Weltanschauung zu bekehren versuche und sich dadurch unerfreuliche Spannungen ergäben. Äusserungen von Einheimischen nach Luftangriffen auf München und Nürnberg, wie:

Das verdanken wir Euch Hamburgern. Das kommt davon, weil Ihr nicht in die Kirche geht!  
oder:

Ihr hättet mehr beten sollen!  
werden als Ergebnis der politischen Erziehung durch die katholische Kirche aufgezeigt und gewertet.

Zu den Befürchtungen der Mütter, dass es den Kindern in den Aufnahmehäusern an der notwendigen Pflege und Beaufsichtigung fehle, trete weiterhin die Sorge um ihre gesundheitliche Betreuung.

Nach den vorliegenden Meldungen seien die Verhältnisse in den Aufnahmehäusern vielfach notgedrungen auch nicht dazu angetan, die Abneigung gegen die Umquartierung zu zerstreuen oder gar zu beheben. Der grösste Teil der umquartierten Frauen und Kinder sei in kleinen Dörfern und Landgemeinden unter primitivsten Verhältnissen untergebracht. Mit den Quartierwirten müsste zusammen in einer Küche gekocht werden, was vielfach Anlass zu Reibereien gebe, da man sich gegenseitig in die Kochtöpfe gucke und neidisch würde, wenn der andere Teil etwas Besseres zu essen hätte. Von Familienleben könnte in einer Reihe von Fällen auch nicht gesprochen werden, da verschiedentlich die Kinder nicht alle mit der Mutter zusammen in einem Quartier hätten untergebracht werden können, überdies oft der einzige vorhandene Aufenthaltsraum gemeinschaftlich mit den Quartierwirten benutzt werden müsste.

Die Mühsal, mit der die Beschaffung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände verbunden sei, tue ein übriges, «das Leben in der Fremde» zu erschweren. Die Tendenz der vorliegenden negativen Meldungen wird in dem folgenden Bericht einer umquartierten Frau zum Ausdruck gebracht:

Wir werden von Pontius bis zu Pilatus gejagt, wenn wir etwas uns Zustehendes wollen. Jede Dienststelle wimmelt uns ab und schickt uns zu einer anderen. Zuerst kommen wir zur NSV, die schickt uns zum

Noch zum 18. November 1943  
den aus luftgefährdeten Gebieten verlegten Schulen konfessioneller Religionsunterricht, ggf. auch durch Ortsgeistliche in kirchlichen Räumen weiter erteilt wurde. –

Bürgermeister, wieder zum Ortsgruppenleiter, zum Verbindungsmann für uns Evakuierte, dann geht es zum Landrat, von dort zum Kreisamtsleiter der NSV oder zum Kreisleiter selbst, der uns dann Hilfe verspricht, die aber nicht kommt. Keine Dienststelle will zuständig sein, und wenn sich eine schon einmal für kompetent hält, dann wird ihre Entscheidung von einer anderen wieder umgeschmissen. Jeder hat Angst vor dem anderen, und jeder masst sich grössere Rechte an. Oder ist alles nur eine Kompetenzhändelei zwischen Staat und Partei?

Um Lebensmittel einzukaufen, müssten oft viele Kilometer zurückgelegt werden, auch bei Wind und Wetter, Eis und Schnee. Die Kinder bleiben derweil meist unbeaufsichtigt zu Hause und bildeten somit eine Quelle der Sorge und Unruhe für die Mutter. Hinzu käme die Unterschiedlichkeit des Volkscharakters der einheimischen Bevölkerung gegenüber dem Denken, Fühlen und Handeln der Umquartierten. Die Fälle, in denen es die letzteren besonders schlecht getroffen haben, würden wie ein Lauffeuer kolportiert und eine umquartierungsfeindliche Stimmung auslösen. In den Haussammellisten der NSV für das WHW hätte sie verschiedentlich durch entsprechende Vermerke anstatt der erwarteten Zahleneintragen bereits einen sichtbaren Niederschlag gefunden.

Als einer der wesentlichsten Faktoren, der sich stimmungsmässig und hinsichtlich des Vertrauens zur NSDAP sehr ungünstig auswirke, wird in allen vorliegenden Meldungen die Tatsache bezeichnet, dass selbst trotz Reichsleistungsgesetz<sup>13</sup> oft besitzende Kreise mit einer Vielzahl von Räumen unbehelligt blieben, dagegen die kleinen Leute mit beschränktem Wohnraum zur Aufnahme von Umquartierten gezwungen würden.

Weitere Momente, die gegen eine Umquartierung geltend gemacht würden, sind einmal der Hinweis, a) dass heute kaum noch ein Gau oder das flache Land vor Feindangriffen sicher seien, b) dass mit der Umquartierung die bisherigen Wohnungen endgültig verlorengehen könnten, c) eine Beruhigung der Luftkriegslage zurzeit eingetreten sei.<sup>14</sup>

Alle diese Gründe zusammengenommen seien die Veranlassung dafür, dass die Umquartierten in stärkerer Zahl wieder zurückkehrten und sich mit den bisher dort Verbliebenen weigern würden, sich erneut verschicken zu lassen. Daraufhin sei ihnen z.B. im Gau Westfalen-Süd die Ausgabe der Lebensmittelkarten gesperrt worden, wohl um auf diese Weise die zurückgekehrten Frauen zu zwingen, wieder in die Aufnahmegau zurückzukehren. Die betreffenden Frauen hätten jedoch versucht, die Aushängung der Lebensmittelkarten zu erzwingen. So heisst es z.B. in

Noch zum 18. November 1943

13. Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1'645); es regelte die Pflicht zu Sachleistungen vor allem zu Wehrzwecken (Einquartierungen, Ablieferung von Pferden und Kraftfahrzeugen u. dgl.). – 14. Das traf nur für einen kurzen Zeitraum Ende Oktober/Anfang November zu. –

einem Bericht aus Dortmund, dass am 11. 10. 1943 etwa 300 Frauen in Witten demonstriert hätten, um gegen die Massnahme, die zur Ablehnung der Aushändigung der Lebensmittelkarten führte, öffentlich Stellung zu nehmen. Es sei zu beschämenden Auftritten gekommen, so dass sich die Stadtverwaltung Witten gezwungen sah, die Schutzpolizei zur Wiederherstellung der Ordnung anzurufen. Diese habe sich aber geweigert einzuschreiten, da die Forderung der Frauen zu Recht bestünde und eine Nichtaushändigung der Lebensmittelkarten an zurückgekehrte Volksgenossen keineswegs auf gesetzlicher Grundlage beruhe. Auch in Hamm, Lünen und Bochum sollen sich vor den Ernährungsämtern der Stadtverwaltung scharfe Auftritte abgespielt haben. Erregte Menschenmengen hätten auf die Abfertigung gewartet. Da die Frauen z.T. die Kleinkinder und Säuglinge mitbrachten und die Bergleute teilweise an Stelle ihrer Frauen erschienen, seien nun während der Stunden des Wartens von den Wartenden gegenseitig ihre Erfahrungen in den Aufnahmegauen ausgetauscht und dabei die tollsten Behauptungen aufgestellt worden. Bergleute erklärten, nicht früher wieder einzufahren, bis sie für ihre Familien die notwendigen Lebensmittelmarken beschafft hätten. Frauen hätten erklärt, lieber hier Bombenangriffe zu erdulden, als noch einmal wieder in das zugewiesene Quartier zurückzufahren. Die Bekanntgabe in der Zeitung als auch in der Ausgabestelle am 12. 10. 1943, wonach nicht nur keine Lebensmittelkarten an die Rückkehrer ausgegeben würden, sondern auch die Lebensmittelkarten für sämtliche schulpflichtige Kinder, selbst wenn sie bisher noch nicht evakuiert waren, gesperrt seien, habe zu einer direkten Auflehnung bei den Frauen geführt, die zu allem fähig gewesen seien, ohne die geringste Zurückhaltung oder Vorsicht bezüglich der Folgen walten zu lassen. Gütliches Zureden habe das Gegenteil bewirkt. Die Beschimpfungen amtlicher und führender Personen seien an der Tagesordnung gewesen, Äusserungen, wie:

Die sollen mir nur kommen. Meine Kinder kommen nicht weg, und wenn ich nichts zu essen habe, kann ich mit ihnen zusammen verrecken.

Das wollen wir doch mal sehen, ob ich für die Kinder nichts zu essen bekomme. Ich kann doch meine Kinder noch lassen, wo ich will. Es sind doch noch meine Kinder.

Die vom Ernährungsamt sollen mir erst einmal das Gesetz zeigen, dass die Kinder weg müssen. Wenn es darüber kein Gesetz gibt, und es gibt das nicht, kann man mir niemals die Lebensmittelkarten wegnehmen.

Von oben her kommt das nicht, da ist bloss hier der Bürgermeister und das Ernährungsamt bzw. der Gauleiter dran schuld. Die wollen es wieder wissen, aber denen wollen wir es zeigen.

Sollen uns doch gleich lieber nach Russland schicken, Maschinengewehre auf uns halten, und fertig.

Wenn ich weg bin, soll auch mein Kind weg sein und nicht allein in der Welt sich quälen. Wir bleiben zusammen, das wäre ja noch schöner, können doch nicht mit uns machen, gerade wie sie wollen, es ist doch immer noch freiwillig.

Man sprach auch davon, dass in anderen Gauen, die noch stärker durch Feindflieger heimgesucht seien, wie z.B. die Städte Essen und Köln, eine zwangsweise Evakuierung nicht durchgeführt worden sei und dass die Kinder dort wieder alle zur Schule gehen. Ferner sei betont worden, dass von der Evakuierung doch wieder nur die arbeitende Bevölkerung betroffen wurde, da die Frauen und Kinder der finanziell Bessergestellten in Bädern und Kurhäusern auf eigene Rechnung Unterkunft gefunden hätten.

Da die Behörden entsprechend den ihnen erteilten Anweisungen gegenüber allen Angriffen unerbittlich blieben, sei zu einer List gegriffen worden, indem die Frauen bei den Arbeitsämtern um Vermittlung einer Arbeit nachsuchten. Der geforderte Nachweis, dass sich die Kinder während der Arbeitszeit der Mutter in anderweitiger Obhut befinden, sei von ihnen erbracht worden, wobei unüberprüft bleiben musste, ob dieses nun wirklich der Fall war oder nicht. Daraufhin sei die Vermittlung einer Arbeitsstelle und die Aushändigung der Lebensmittelkarten erfolgt. Auf diese Weise sei von den Frauen ihre Einreihung in die Versorgungsberechtigten jedenfalls erreicht worden. Eine unausbleibliche Folge dieses ständigen Hin und Her sei gewesen, dass verschiedentlich die Kinder 14 Tage lang keine Milch bekommen hätten.

Die Bergarbeiterfamilien hätten sich insofern zu helfen gewusst, als sie auf die Lebensmittelkarten zunächst einmal verzichten zu können glaubten und versuchten, mit den reichlichen Schwerstarbeiterzulagen sich und ihre Familien durchzubringen. Es sei aber von ihnen erklärt worden, falls sie infolge der vielleicht unzureichenden Ernährung ihre Arbeit nicht verrichten könnten, sie eben eine Zeitlang krank feiern müssten.

Auch die Massnahmen, die auf dem Gebiete des Schulwesens getroffen wurden, seien ebenfalls nicht immer geeignet, die Frauen zur Umquartierung zu bewegen. Diese Massnahmen beständen im Wesentlichen darin, dass den Kindern in den Städten keine Möglichkeit zum Schulbesuch gegeben wird und diese somit, wenn sie eine ordnungsmässige Schule besuchen wollen, sich umquartieren lassen müssen. Um den Erfolg dieser Massnahme sicherzustellen, hätten die massgeblichen Stellen weiterhin angeordnet, dass ein Privatunterricht nicht als Erfüllung der Schulpflicht angesehen werden könnte und dass die Kinder die versäumte Schulzeit nachzuholen hätten, wobei sie ausserdem noch, wenn sie länger als drei Monate der Schule ferngeblieben sind, in die nächstniedere Klasse zurückversetzt werden. Die Eltern würden nun zu diesen Massnahmen erklären,

dass es ihnen ganz gleich sei, ob die Kinder auf diese Weise auch noch nach Vollendung des 14. Lebensjahres zur Schule gehen müssten. Sie wollten die Kinder auf jeden Fall am Ort behalten und liessen sich von diesem Entschluss niemals abhalten. Im Übrigen würden wohl, wenn die Kinder 14 Jahre alt seien, in Deutschland so viele Menschen gebraucht werden, dass man von der heute angedrohten Massnahme mit Freuden Abstand nehmen würde. Man könne es also ruhig zunächst einmal darauf ankommen lassen.

In den Meldungen wird darauf hingewiesen, dass die ablehnende Haltung weiter Kreise der Bevölkerung gegen die Umquartierungen nicht deutlicher gekennzeichnet werden könnte als durch die geschilderte Hartnäckigkeit, mit der man alle Massnahmen führender Stellen, die Umquartierungen durchzusetzen, zu sabotieren versuche.

Die Vorschläge und Wünsche der Bevölkerung gehen dahin:

1. Durch die Anlage weiterer Grossbunker und durch eine möglichst weitgehende Unterstützung der Selbsthilfefaktion der Bevölkerung in Gestalt des Stollenbaues für grösstmögliche Sicherheit der Bevölkerung an Ort und Stelle zu sorgen.

2. Die beschädigten Häuser, soweit diese kurzfristig wiederhergestellt werden könnten, durch entsprechenden Einsatz von Arbeitern und Handwerkern sowie durch Beschaffung des notwendigen Materials so schnell wie möglich wieder instand zu setzen.

3. Wenn der auf diese Weise wiedergewonnene Wohnraum nicht ausreiche, in weit stärkerem Masse als bisher vor allem die unterbelegten Wohnungen der bessergestellten Kreise heranzuziehen, auf die bislang angeblich noch immer eine unverständliche Rücksicht genommen worden sei.

4. Könnte auch damit der notwendige Wohnraum noch nicht beschafft werden, dann seien zunächst einmal alle diejenigen umzuquartieren, die in dem Gebiet nichts zu suchen hätten, weil keiner der Familienangehörigen dort beruflich gebunden sei.

5. Der dann noch verbleibende Rest fehlender Wohnungen müsse, wenn es nicht anders ginge, im Wege der Wohnungshilfsaktion gewonnen werden.

6. Dem von Dr. Ley geplanten Wohnungshilfswerk<sup>15</sup> werde in den Bombengebieten meist Vertrauen entgegengebracht. Hierzu werde bemerkt, es müsse auch an eine ausreichende Beschaffung notwendiger Gebrauchsgegenstände, z.B. Kochgeräte, Wascheinrichtungen, Bügeleisen,

Noch zum 18. November 1943

15. Am 9. September 1943 war der «Führererlass» über die Errichtung des Deutschen Wohnungshilfswerks ergangen (RGBl. I S. 533). Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley war in seiner Eigenschaft als Reichswohnungskommissar mit der Durchführung beauftragt worden. Das besondere Ziel war die Errichtung von «einfachen Behelfsheimen» für «Luftkriegsbetroffene», ausserdem sollten Dachgeschosse ausgebaut werden.



Eimer, Besen usw. gedacht werden, weil die vielen Berufstätigen diese Gegenstände meist gleichzeitig in der Freizeit benötigen werden. Nach den Meldungen mache man sich allerdings teilweise auch Gedanken darüber, dass Wohngelegenheiten, die über einen gewissen Grad von Primitivität nicht hinausgehen, Herde für die kommunistische Agitation ergeben könnten.

Diese Wünsche, die meist aus der Arbeiterbevölkerung kämen, würden eine Unterstützung durch massgebliche Leute der Industrie finden, die erklären, dass es im Interesse der Stimmung und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter läge, wenn man möglichst bald dafür sorgen würde, dass die Arbeiter ihre Frauen und Kinder wieder hier hätten. Hierzu sei ausgeführt worden:

Man wollte durch die Evakuierungen dem Arbeitskameraden die

Sorge um die Angehörigen nehmen, um so die Arbeitsfreude und den Arbeitswillen der Männer zu heben. Nach den Erfahrungen sei jedoch oft leider das Gegenteil erreicht worden. Ein Kumpel habe z.B. nach beendeter Schicht erklärt: «Ich denke schon wieder mit Schrecken an den Abend. So lange ich im Betrieb bin, weiss ich nichts davon, aber wenn ich nach Hause komme, habe ich das Grauen. Es fehlen mir dann meine Frau und das Kinderlachen.» Dabei weinte der Mann, ohne sich zu schämen.

Durch die Familienheimfahrten bestünde auch die Gefahr, dass die bisher noch vereinzelt angewendete Praxis – wonach die Männer, ohne sich zu entschuldigen oder sich zu melden, einfach von der Arbeit fortblieben, zu ihren Familien führen und 6 bis 10 Tage dort bleiben würden – bei einem grossen Teil der Leute einreissen könnte.

Zusammenfassend könnte gesagt werden, dass Vorgänge, die die allgemeine Stimmung derart tief beeindruckt und aufgewühlt hätten, bisher noch nicht wahrgenommen worden seien.

22. November 1943 (grüne Serie)

### **Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Totaler Sieg, Kompromissfrieden oder Frieden um jeden Preis?**

Unter den Fragen, mit welchen sich die Bevölkerung seit Kriegsbeginn laufend, aber nicht immer in gleich starkem Masse befasst, steht die Frage nach dem Kriegsende und dem Ausgang des Krieges naturgemäss an erster Stelle. Die Einstellung der einzelnen Volksgenossen zu diesen Fragen ist je nach ihrer Haltung und Gesinnung verschieden. Für die Kriegsmoral des

Volkes insgesamt ist entscheidend, wie sich die Mehrheit der Volksgenossen zu der Forderung der Führung, bis zum totalen Sieg zu kämpfen, einstellt.

1. Wie aus den vorliegenden Meldungen hervorgeht, ist die Bevölkerung von einer tiefen Friedenssehnsucht erfüllt, die in erster Linie von dem Wunsch bestimmt ist, es möchte mit den schweren Blutopfern und den Verwüstungen durch feindliche Terrorangriffe ein Ende haben. Andererseits wird aber vom Frieden im Einzelnen so gut wie gar nicht gesprochen. Die Bevölkerung sei nicht dazu aufgelegt, Voraussagen über den kommenden Frieden zu machen. Sie sei vielmehr derart in den Arbeitsprozess eingespannt und willensmässig auf weitere Entbehrungen eingestellt, dass Vorstellungen über Einzelheiten des Friedens ihr fernlägen. Aus den Ausführungen des Führers am 8. 11.<sup>1</sup> hätten zudem die meisten entnommen, dass noch eine längere Zeit des Kampfes bevorstehe, ehe ein Ende des Krieges abzusehen sei und von einem Frieden gesprochen werden könne. Bezeichnend ist die Äusserung eines Arbeiters:

Über einen künftigen Frieden zu reden, ist noch gar keine Zeit. Gewinnt nur erst den Krieg.

2. Soweit vom Frieden gesprochen wird, handelt es sich meist um Pessimisten, Gleichgültige oder Staatsfeinde, die häufig unter dem Einfluss der Feindpropaganda stehen. Nach der Art der Meinungsäusserungen lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: einmal die verhältnismässig geringe Zahl derer, die für einen Frieden um jeden Preis sind, und zum anderen die erheblich grössere Zahl derer, die zu einem Kompromissfrieden neigen.

Zu den ersteren gehören vor allem diejenigen, die den Krieg bereits für verloren halten. Sie stammen aus allen Kreisen, vorwiegend aber sind es wirtschaftlich schlechtgestellte oder konfessionell stark gebundene Arbeiter und Bauern einerseits, Intellektuelle und Wirtschaftskreise andererseits. Ihre Ansichten gehen meist dahin, dass uns die Feindmächte mit der Zeit kraft ihrer materiellen Überlegenheit erdrücken würden. Deutschland wäre niemals mehr imstande, den Krieg zu gewinnen. Es sei daher höchste Zeit, Schluss zu machen, um weiteres, unnützes Blutvergiessen zu vermeiden.

Solche Elemente geben sich der Hoffnung hin, dass ein verlorener Krieg für uns lange nicht so schlimm sei, wie es die Führung behauptete: Ihre Beweisführung geht meist in der folgenden Richtung:

Die Auffassung, entweder Leben oder totaler Untergang, ist nur Furcht und Angst der führenden Persönlichkeiten, vor allem der Partei. Diese wissen genau, dass sie bei Verlust des Krieges selbstverständlich alle dran glauben müssen.

Zum 11. November 1943

1. Oben Bericht vom 11. November 1943. –

oder:

Wenn wir den Krieg verlieren, dann wird es lange nicht so schlimm,  
wie es uns unsere Führung immer wieder sagt.

oder:

Wenn die den Krieg verloren haben, dann haben wir ihn gewonnen.

Einen konkreteren Inhalt weisen jedoch solche Erwägungen nicht auf.

Sie erschöpfen sich meist in den Gedanken, dass es ohnehin gleich sei, was nachher komme, wenn nur der Krieg erst zu Ende sei.

Soweit seitens der Mütter, Frauen und Bräute von Frontsoldaten nach einem Frieden um jeden Preis verlangt wird, handelt es sich in der überwiegenden Zahl wohl mehr um impulsive, durch die unablässige Sorge um das Leben ihrer Lieben ausgelöste Stosseufzer.<sup>2</sup>

3. Beträchtlich grösser als die Zahl dieser Volksgenossen ist die Zahl derjenigen, die mit einem eindeutigen Sieg des Reiches nicht mehr rechnen. Wenn auch die Mehrheit der Bevölkerung keinesfalls für einen Frieden um jeden Preis ist, so zeigt sich doch nach den vorliegenden Meldungen eine wachsende Bereitschaft für einen Kompromissfrieden.

Die Auffassungen über einen solchen Frieden sind uneinheitlich. Die einen stellen sich auf den Standpunkt, Deutschland müsse so schnell wie möglich, etwa durch Vermittlung des Papstes, der Türkei oder Portugals, einen Ausgleichfrieden mit den Feindmächten herbeizuführen suchen. Andere halten eine Möglichkeit zu solchen Verhandlungen derzeit nicht für gegeben, glauben aber, dass der Krieg nicht anders als durch einen Vergleich zwischen den durch weitere schwerste Kämpfe ausgebluteten Gegnern beendet würde. Volksgenossen, die auf dem Standpunkt stehen, dass Deutschland zwar mit einer der Gegnergruppen fertig werden könne, aber nicht mit beiden zugleich, vertreten entweder den alsbaldigen Abschluss eines Kompromissfriedens mit den Engländern und Amerikanern, um dann mit diesen gemeinsam oder jedenfalls unter ihrer Duldung den Bolschewismus zu erledigen. Umgekehrt wird über einen Kompromissfrieden mit Sowjetrußland debattiert<sup>3</sup>, auf Grund dessen die gesamte deutsche militärische Kraft, vielleicht vereint mit der Russlands, gegen die anglo-amerikanische Mächtegruppe eingesetzt werden könnte.

Besonders Wirtschaftler und Intellektuelle seien vielfach der Meinung, die Achsenmächte sollten nicht auf einem kompromisslosen Frieden bestehen, wenn es die Möglichkeit gebe, einen baldigen Frieden unter Zugeständnissen zu erreichen:

Noch zum 22. November 1943

2. Vgl. den Anfang des Berichts vom 18. November 1943. – 3. Vgl. den besonderen Bericht darüber vom 30. August 1943. –

Wir und unsere Gegner werden froh sein, wenn wir uns am Ende gegenseitig weiterleben lassen.

Je länger der Krieg dauere, um so mehr müsse versucht werden, einen Ausgleich im beiderseitigen Interesse herbeizuführen. Die kämpfenden Völker wären zu stark, als dass der eine oder der andere mit einem «totalen» Sieg aus dem Kampf hervorgehen könne.

Zu diesen Kreisen von «Kompromisslern» sind auch alle die politisch unbelehrbaren Volksgenossen zu rechnen, die nach wie vor behaupten, Deutschland wäre durch den Nationalsozialismus in den Krieg «hineingeschliddert».

4. Sowohl die Volksgenossen, die vom Frieden um jeden Preis reden, wie diejenigen, die einen Kompromissfrieden in der einen oder anderen Form propagieren, haben als gemeinsamen Grundgedanken das Vertrauen in die «Milde» und «Nachsicht» sowohl der Anglo-Amerikaner wie der Bolschewisten. Die schicksalhafte Bedeutung des gegenwärtigen Existenzkampfes unseres Volkes und die weltanschaulichen Hintergründe des Krieges werden von ihnen entweder geleugnet oder aber aus Einfalt nicht erkannt. Gegenüber den ständigen Hinweisen auf diese wesentlichen Grundlagen unseres Kampfes in Presse, Propaganda und den Reden der führenden Männer verhalten sie sich unbelehrbar und lassen sich von der feindlichen Propaganda völlig beeinflussen.

Die Sowjets sind nicht so schlimm, wie sie hingestellt werden. Für eine Liquidierung kommen doch nur die Kapitalisten in Frage.  
(Arbeiter.)

Es werden dann dieselben Verhältnisse eintreten wie 1918. Uns kann es gleichgültig sein, ob der Kommunismus kommt oder nicht. Wir haben früher nicht viel gehabt und werden auch dann nicht viel haben.  
(Arbeiter.)

Was soll uns passieren, wenn die Russen kommen? Nichts. Wir haben ihnen ja nichts getan. Wir haben bisher gearbeitet und werden auch weiter arbeiten. (Landarbeitsfrau.)

Mit den Russen ist das doch gar nicht so schlimm, wie das immer gesagt wird. Die sind auch nur Menschen. Hier arbeiten doch so viele Russen, die einen ordentlichen Eindruck machen. (Arbeiterfrau.)

Die Engländer und Amerikaner werden dafür sorgen, dass der Bolschewismus in Europa nicht überhand nimmt. (Bauer.)

Wenn Amerika den Frieden diktiert, wird es nicht so schlimm werden, die wollen nur ihre Geschäfte dabei machen und brauchen den Deutschen für ihre Kapitalisten. (Industriearbeiter.)

Es wird dann eine ganze Reihe von Bevormundungen aufhören, die die deutsche Wirtschaft jetzt durchzumachen hat. Unter Umständen wird es dann für uns wieder freier und leichter. (Betriebsführer.)

Diese Ansichten werden noch durch die Bereitwilligkeit unterstrichen, auch einen Zerfall der Reichseinheit mit in Kauf zu nehmen. So äusserte ein Grossbauer aus der Gegend von Hamburg:

Es ist ja ganz egal, dann werden wir eben englisch. So wie ich, denken hier viele Bauern.

In ähnlichem Sinne lautet eine Äusserung aus dem Erzgebirge:

Im Falle eines Zusammenbruchs werden wahrscheinlich Teile von Sachsen zur Tschechei kommen. So schlimm wird aber auch das nicht sein.

In konfessionell stark gebundenen Kreisen Süddeutschlands und der Alpen- und Donaugau wird vielfach darauf hingewiesen, das ehemalige Österreich werde mit Bayern zu einer Monarchie unter Otto von Habsburg vereinigt.<sup>4</sup> Bezeichnend hierfür ist der Vers:

Der Dollfuss<sup>5</sup> hat ein Ei gelegt,  
Der Schuschnigg<sup>6</sup> war dabei,  
Der Hitler brüt' es aus,  
Der Otto schlüpft heraus.

Im Westen des Reichsgebietes wird die Vermutung ausgesprochen, dass weite Teile an Frankreich, Belgien und Holland fallen würden. Soweit diese Kreise überhaupt Befürchtungen hinsichtlich des Bolschewismus haben, werden diese von der Hoffnung überdeckt, die Anglo-Amerikaner würden seinem weiteren Vordringen nach Westeuropa ein entschiedenes Halt gebieten:

Die Engländer und Amerikaner werden es gar nicht zulassen, dass die Bolschewisten sich Deutschlands bemächtigen.

Wenn wir den Krieg verlieren, dann kommen die Amerikaner zu uns, und dann wird es uns nicht viel schlechter gehen als früher.

Lediglich Preussen würde zur Bestrafung der Herrschaft der Sowjets preisgegeben.

5. Gegenüber diesen an Zahl verhältnismässig kleinen, aber in ihrer zersetzenden Wirkung auf die übrige Bevölkerung nicht zu unterschätzenden Gruppen hat aber der Grossteil der Volksgenossen das Bewusstsein, dass vor dem kommenden Frieden ein eindeutiger deutscher Sieg stehen müsse; die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der gesunde Kern des deutschen Volkes, ist durch die letzte Rede des Führers<sup>7</sup> wieder erneut in dem Entschluss bestärkt worden, alles für den Sieg zu tun. Soweit sich die Einzelnen überhaupt Gedanken über einen kommenden Frieden machen, stehen neben dem Bedürfnis nach absoluter Ruhe, Mässi-

Noch zum 22. November 1943

4. Der 1912 geborene älteste Sohn des letzten Kaisers von Österreich, dessen Ansprüche von legitimistischen Widerstandsgruppen vertreten wurden. – 5. Der 1934 bei einem nationalsozialistischen Putschversuch ermordete österreichische Bundeskanzler. – 6. Der letzte österreichische Bundeskanzler vor dem «Anschluss»; er befand sich seit März 1938 in Haft. – 7. Die Wirkung dieser Rede hatte nach den Angaben in einem weiteren Bericht vom 18. November bereits nachgelassen.

gung des Arbeitstempos und nach langentbehrten materiellen Genüssen hauptsächlich die Bedenken, dass mit dem Kriegsende keineswegs sofort friedensmässige Zustände eintreten würden. Es werde vielmehr nach dem Kriege ein vermehrter Arbeitseinsatz auf allen Gebieten, insbesondere zum Wiederaufbau der zerstörten Städte, erforderlich sein. Die ältere Generation werde schwerlich noch einmal gute Zeiten erleben. Das Leben der jetzigen Generation werde darin bestehen, unter weiteren Mühen und Opfern für die kommende Generation eine Besserung der Lebensbedingungen vorzubereiten und Deutschland zur führenden und ordnenden Macht in Europa zu gestalten.

2. Dezember 1943 (gelbe Serie)

### Meldungen zur strafrechtlichen Bekämpfung von Zersetzungsversuchen

Mit der zunehmenden Härte des Krieges sind im Laufe dieses Jahres auch die Strafen gegen Zersetzungsversuche einzelner Defaitisten erheblich verschärft worden. In den ersten Jahren dieses Krieges wurden defaitistische Äusserungen teilweise überhaupt nicht, allenfalls nach dem Heimtückegesetz<sup>1</sup> verfolgt, das als Höchststrafe 5 Jahre Gefängnis vorsieht. Neuerdings erblickt man in diesen Äusserungen vielfach ein todeswürdiges Verbrechen, wenn sie, wie es in einer Rundverfügung des Reichsjustizministers heisst, «dem Grossangriff des Feindes auf die innere Front Vorschub leisten, indem sie die Opfer, die der totale Krieg von allen fordert, als sinnlos und nicht länger erträglich hinstellen». Der betreffende Täter wird jetzt insbesondere nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung (Wehrkraftzersetzung) bestraft<sup>2</sup>, einem Straftatbestand, der als regelmässige Strafe die Todesstrafe androht und nur bei minder schweren Fällen Freiheitsstrafe zulässt.

Bereits mit der Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung vom 29. 1. 1943<sup>3</sup> ging die frühere Zuständigkeit für die Abstrafung dieser Verbrechen nach § 5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung von den Sondergerichten auf den Volksgerichtshof über.<sup>4</sup> Hierdurch wurde einem Bedürfnis nach zentraler Sichtung aller einschlägigen Fälle, ins-

Zum 1. Dezember 1943

1. Vgl. oben Berichte zur innenpolitischen Lage bzw. Meldungen aus dem Reich Nr. 1, 50, 99, 386. – 2. Vom 17. August 1938 (RGBl. 1939 I S. 1'455); der angezogene Absatz richtete sich gegen den, der öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zersetzen suchte. – 3. RGBl. I S. 76. – 4. Der Volksgerichtshof war ursprünglich nur für die Aburteilung von Hoch- und Landesverrat zuständig (Gesetze vom 24. April 1934 – RGBl. I S. 341 – und vom 18. April 1936 – RGBl. I S. 369). Durch Verordnung vom 10. Dezember 1941 (RGBl. I S. 776)

besondere aber auch ihrer politischen Bedeutung Rechnung getragen. Minder schwere Fälle kann der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof an den zuständigen Generalstaatsanwalt abgeben, der sie vor den bei einzelnen Oberlandesgerichten bestehenden sogenannten Hochverratssenaten anklagt.

Die bisherige Praxis bei der Verfolgung von Zersetzungsversuchen hat nach den Meldungen vor allem zwei Probleme aufgeworfen:

1. Mangelnde Einheitlichkeit in der strafrechtlichen Beurteilung von Äusserungen, die zum Kriegsgeschehen abträglich Stellung nehmen oder führende Persönlichkeiten des Reichs herabsetzen;

2. Unzulänglichkeiten in der personellen Besetzung der Gerichte, die für die Abstrafung solcher Äusserungen zuständig sind.

Zum ersten Problem ergibt sich aus den Meldungen folgendes: Es werden immer wieder Urteile einzelner Sondergerichte oder Strafsenate bei den Oberlandesgerichten bekannt, deren Strafhöhe in einem offensichtlichen Missverhältnis zu den harten Strafurteilen des Volksgerichtshofes steht. Trotz im Wesentlichen gleichzubewertender Persönlichkeit des Täters und gleichen Tatumständen verurteilen die unteren Gerichte häufiger wegen gleicher oder ähnlicher Äusserungen, die der Volksgerichtshof mit dem Tode bestraft, nach dem Heimtückegesetz, ja selbst nach der Kriegssonderstrafrechtsverordnung lediglich zu mehr oder weniger langen Gefängnisstrafen.

#### Beispiele

Der Volksgerichtshof verurteilte am 23. 8. 1943 den Regierungsrat Dr. K. wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode<sup>5</sup>, weil er in Rostock in der Strassenbahn kurz nach der Regierungsumbildung in Italien gesagt hatte:

So müsse es hier auch kommen; der Führer müsse zurücktreten, denn siegen könnten wir ja nicht mehr, und alle wollten wir doch nicht bei lebendigem Leibe verbrennen.

Das Sondergericht Frankfurt/Main verurteilte am 13. 9. 1943 den als Werkschutzleiter in einem grösseren Betrieb tätigen Kaufmann und Offizier aus dem ersten Weltkrieg P. wegen Vergehens nach § 2 des Heimtückegesetzes unter Anrechnung der Polizei- und Untersuchungshaft zu einem Jahr Gefängnis, weil er im Juni 1943 folgendes geäussert hatte:

#### Noch zum 2. Dezember 1943

war seine Kompetenz auf Spionagefälle, die sonst vom Reichskriegsgericht gehandelt wurden, durch Verordnung vom 21. März 1942 (RGBl. I S. 165) auf Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung zum Schutz der Rüstungswirtschaft ausgedehnt worden. Erst durch diese neuen Aufgaben stieg die Zahl der Angeklagten, die im ersten Halbjahr 1940 noch 581, im ersten Halbjahr 1941 schon 815 betragen hatte (Bundesarchiv R 22/302 fol. 155) auf 3'338 im Jahre 1943, von denen unter dem neuen Präsidenten Freisler 1'662 zum Tode verurteilt wurden (Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals. 3. 1951. S. 237. Jahresbericht Freislers für 1943); 1944 dürfte die Zahl der Verurteilten noch höher gewesen sein. – 5. Das Urteil ist bei Weisenborn, Der laut-

Wir stehen im Herbst, spätestens November dieses Jahres am Brenner. Im nächsten Jahr ist hier im Westen überhaupt nichts mehr. Adolf steht dann hinter der Elbe; er wird den Westen preisgeben, um das Vieh im Osten abzuhalten.

Auf einen Einwand des Angesprochenen:

Was wollen Sie denn, das sind doch alles Nichtskönner; der Göring ist Morphinist, Goebbels Veneriker, Adolf Hysteriker und Choleriker, Keitel eine alte Tante, der schon in Fulda als Regimentskommandeur die Regimentstante hiess.

Er fügte hinzu:

Ein Herr E. habe ihm erzählt, ein Eichenlaubträger sei zum Führer befohlen worden, der Offizier sei aber gar nicht zu Worte gekommen. Adolf habe zwei Stunden auf ihn eingeredet, wie das Hysteriker machen.<sup>6</sup>

Ferner bezeichnete P. Generalfeldmarschall Keitel und Botschafter von Papen als «Hanswurst».

(Die Staatsanwaltschaft hatte in diesem Fall sogar nur 8 Monate Gefängnis beantragt. Vom Reichsjustizminister ist inzwischen bereits Nachprüfung des Urteils im Wege der Nichtigkeitsbeschwerde<sup>7</sup> eingeleitet worden.)

Der Volksgerichtshof verurteilte am 4. 10. 1943 vier Angestellte eines Berliner Wohlfahrtsamtes wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode, weil sie in ihrer Dienststelle ein politisches Hetz- und Zersetzungsge-dicht verbreitet hatten, dessen gemeinste Stellen einer der Angeklagten selbst verfasst hatte. In diesem Gedicht wird behauptet, nächste Mitarbeiter des Führers nähmen an der Lebensmittelrationierung nicht teil. In vornationalsozialistischer Zeit sei es gut gewesen, jetzt aber bekomme man nur «kahle Bolzen». Ausserdem wird das Treuebekenntnis des Volkes zum Führer verächtlich gemacht.

Das Sondergericht Frankfurt/Main verurteilte Mitte Oktober 1943 die in einem Frankfurter Betrieb beschäftigte Stenotypistin Else W. wegen Vergehens nach § 2 des Heimtücke-gesetzes zu 2 Jahren Gefängnis, weil sie im August 1943 drei Arbeitskameraden einen Zettel mit folgendem von ihr daraufgeschriebenen Schmähgedicht auf den Arbeitsplatz gelegt hatte:

Der nach russischer Art regiert,  
Sein Haar nach französischer Mode frisiert,  
Sein Schnurrbart nach englischer Art geschoren,  
Und selbst nicht in Deutschland geboren,

Noch zum 2. Dezember 1943

lose Aufstand. 1953. S. 263-267 veröffentlicht. – 6. Hitlers Neigung zu pausenlosen Monologen bei Besprechungen ist mehrfach belegt, vgl. auch Bullock, Hitler. Dte. Ausgabe 1933. S. 722 f. – 7. Über die Nichtigkeitsbeschwerde als Mittel zur Anfechtung eines Urteils beim Reichsgericht vgl. oben Meldungen aus dem Reich Nr. 235 Anm. 10. –



Der uns den römischen Gruss gelehrt,  
Von unseren Frauen viel Kinder begehrt  
Und selbst keine erzeugen kann,  
Das ist in Deutschland der führende Mann.

(Die Staatsanwaltschaft hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt.)

In den vorstehenden Fällen, die keineswegs vereinzelt dastehen, wird die Unterschiedlichkeit im Strafmass von vornherein durch eine unterschiedliche rechtliche Beurteilung (Wehrkraftzersetzung – Heimtücke) hervorgerufen. Auch bei gleicher rechtlicher Beurteilung als Wehrkraftzersetzung sind aber derartige Unterschiede festzustellen, wie nachstehend Urteile des Strafsenats beim Oberlandesgericht München – ebenfalls nur beispielsweise – zeigen:

Die 51jährige Walburga P. hatte in der Zeit von Oktober 1940 bis Dezember 1942 Hausgenossen gegenüber u.a. folgendes geäußert:

Als sie von einer Dienststelle der Kriegsmarine eine Aufenthaltsanfrage nach ihrem Sohn erhielt, der einrücken sollte:

Die könnten sie am A ... lecken, die sollten ihn selbst suchen; ihr Sohn halte seinen Schädel nicht hin für eine Sache, wo man nicht wisse, wie es hinausgehe und überhaupt für wen ... Ja, man müsse seinen Kindern helfen. Wenn alle Mütter es so machen würden, wäre kein Krieg; dann müssten die ihre Schädel selbst hinhalten.

Des Öfteren:

Sie sei international wie ihr Bub; sie hätten es nicht mit den Hitlerln. Als sie von ihrer Mieterin gefragt wurde, weshalb sie noch keine Hakenkreuzfahne für das Haus gekauft habe, in Gegenwart des Ehemanns der Mieterin:

Was wissen die alten Leute, wie es in der Welt zugehe. Sie sässen auf dem Mond. Der Hitler müsse weg und der Krieg müsse ein Ende haben. Bayern käme von Preussen weg, und eine Hakenkreuzfahne kaufe sie auch nicht erst.

Als ein Esspaket, das sie an ihren wegen Fahnenflucht zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilten Sohn gerichtet war, zurückkam:

Nicht einmal zu essen könne man dem armen Buben schicken. Ihr armer Bub müsse hungern. Die Hitler hätten genug zum Fressen. Diese liefern mit dem dicken Schädel herum, die hätten natürlich keinen Hunger ... usw.

Der 2. Strafsenat beim Oberlandesgericht München verurteilte die P. am 5. 10. 1943 wegen Wehrkraftzersetzung zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Ingenieursehefrau Rosa P. äusserte im März 1943 in einem Geschäft in Immenstadt:

Ich finde, die Geschäftsleute sind, seit Stalingrad für uns verloren ist, viel nachsichtiger.

Auf die Frage der Geschäftsinhaberin nach dem Grund:

Ja, wir wissen doch alle, dass der Krieg für uns verloren ist.

Auf einen Einwand der Geschäftsinhaberin:

Ja, Sie hören natürlich immer nur die eine Seite.

Auf den weiteren Einwand der Geschäftsinhaberin, dass alle Opfer dieses Krieges umsonst gebracht worden wären, wenn die P. recht hätte:

Ja, das sind sie auch. Aber Ihr Mann kommt schon wieder. Die kommen alle wieder, wie sie jetzt hinaus sind. Es geht uns auch nicht schlechter, wenn wir den Krieg verlieren. Unsere Gefangenen kommen dann aus Russland wieder zurück; denn die Russen müssen sie gegen unsere Gefangenen eintauschen.

Die P. wurde am 11. 11. 1943 vom Strafsenat beim Oberlandesgericht München wegen Wehrkraftzersetzung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Insgesamt wird, wie in den Meldungen wiederholt zum Ausdruck kommt, die tiefere Ursache für die mangelnde Einheitlichkeit in der strafrechtlichen Beurteilung der hier in Betracht kommenden Zersetzungsversuche jedoch weniger darin gesehen, dass es einzelnen Richtern nicht gelänge, die jeweils anwendbaren gesetzlichen Straftatbestände wie Heimtücke, Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung usw. logisch-begrifflich richtig voneinander abzugrenzen, als vielmehr darin, dass die entscheidenden Richter teilweise wegen ihrer inneren politischen und weltanschaulichen Einstellung nicht das richtige Strafmaß zu finden imstande seien. Infolgedessen verdiene das zweite der herausgestellten Probleme, nämlich gewisse Unzulänglichkeiten in der personellen Besetzung der zuständigen Gerichte, ganz besondere Beachtung.

Im Einzelnen führen die Meldungen dazu folgendes aus:

Man sei seit dem Wechsel in der Leitung des Reichsjustizministeriums<sup>8</sup> in verstärktem Masse bemüht gewesen, das Fehlen eines politisch und weltanschaulich einheitlich ausgerichteten Richterkorps durch bestimmte Lenkungsmaßnahmen, sei es durch unmittelbare Fühlungnahme der verantwortlichen Behördenleiter mit ihren Richtern, sei es durch die Richterbriefe, auszugleichen.<sup>9</sup> Es sei auch festzustellen, dass es damit zu einem Teil bereits gelungen sei, die Straf rechtsprechung insgesamt auf eine einheitlichere Linie zu bringen, als dies früher der Fall gewesen sei. Andererseits mache sich aber nach wie vor bemerkbar, dass die verschiedenen Lenkungsmaßnahmen kein hinreichendes Mittel darstellten, um die nachteiligen Wirkungen personeller Fehlbesetzungen überhaupt auszuschalten.

Wenn es – wie bei der strafrechtlichen Beurteilung von wehrkraftzersetzenden Äusserungen – auf die eigene innere Einstellung des urtei-

Noch zum 2. Dezember 1943

8. Im August 1942 hatte Thierack das Ministerium übernommen (oben Nr. 279 der Meldungen aus dem Reich, Anm. 9). – 9. Vgl. oben Meldungen aus dem Reich Nr. 386. –

lenden Richters zum Kriegsgeschehen, zum nationalsozialistischen Staat usw. entscheidend ankomme, werde gegebenenfalls auch jede von aussen kommende Lenkung des Richters versagen, weil er bei der Verurteilung gleichzeitig seine eigene innere Überzeugung, seine eigene Siegeszuversicht, sein eigenes Vertrauen in die Führung des Reichs usw. bekennen müsse. Dieses Bekenntnis könne man jedoch nur von Richtern erwarten, die kompromisslose Nationalsozialisten seien. Gerade weil es bei der richtigen strafrechtlichen Einordnung von Versuchen Einzelner, die innere Front zu zersetzen, entscheidend darauf ankomme, die Persönlichkeit des Täters sowie seine mit der Tat verfolgte Absicht politisch richtig zu werten, sei es notwendig, mit dieser Wertung ausschliesslich Richter zu beauftragen, die auf Grund ihrer politischen Bewährung und weltanschaulich klaren Haltung den Mut zu verantwortungsschweren Entscheidungen aufbrächten. Von dieser Auffassung aus wird vielfach die derzeitige Besetzung einzelner Strafsenate bei den Oberlandesgerichten als nicht länger tragbar bezeichnet. Hier seien teilweise noch überalterte und politisch keineswegs aufgeschlossene Richter mit der Abstrafung politischer Straftaten beschäftigt, die dazu keinerlei Voraussetzungen mitbrächten. In München beispielsweise werde einer der beiden Strafsenate von dem Senatspräsidenten W. geleitet, der zwar fachlich als hervorragender Jurist gilt, dem man aber die Eignung zur Leitung eines Strafsenats, der sehr wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung von Zersetzungsversuchen zu erfüllen habe, schon deshalb absprechen müsse, weil er bisher keinerlei Beweise für seine positive Einstellung zum Nationalsozialismus erbracht habe und nicht einmal der Partei angehöre. Das gleiche treffe, wie gemeldet wird, auf den stellvertretenden Vorsitzenden des gleichen Senats, den Oberlandesgerichtsrat E., der in der Systemzeit einmal wenige Monate lang Reichsjustizminister war, als sogenannter «Schnelljustizler» in der Justiz bekannt ist, von 1903 bis 1918 dem Bayerischen Zentrum, von da an bis zur Auflösung der Bayerischen Volkspartei angehört hat und ebenfalls Nichtparteigenosse ist. Die oben wiedergegebene Auffassung, dass es bei der Abstrafung von politischen Straftaten auf die politische Einstellung der urteilenden Richter entscheidend ankomme, wird durch die laufende Rechtsprechung der Strafsenate beim Oberlandesgericht München als im vollen Umfange bestätigt angesehen.

Soweit sich die Meldungen mit der Behebung des zurzeit in verschiedener Hinsicht unbefriedigenden Zustands bei der strafrechtlichen Bekämpfung von Zersetzungsversuchen beschäftigen, ergibt sich folgendes:

1. Eine zentrale Sichtung und Steuerung aller Strafverfahren, die defaistische und sonstige, die innere Widerstandskraft des deutschen Volkes zersetzende Äusserungen zum Gegenstand haben, sei unerlässlich. Auf diese Weise könne in vielen Fällen vermieden werden, dass wie jetzt

einzelne dieser Äusserungen als todeswürdige Verbrechen, andere dagegen als Heimtückeergehen beurteilt würden.

2. Es müsse erwogen werden, ob die derzeitige Zuständigkeit der Strafsenate bei den Oberlandesgerichten für diese Fälle nicht überhaupt zu beseitigen und auf die Sondergerichte zu übertragen wäre.<sup>10</sup> Die Sondergerichte seien personell im Allgemeinen besser besetzt als die Strafsenate bei den Oberlandesgerichten; ausserdem sei ihr Arbeitsgebiet sehr verwandt mit dem des Volksgerichtshofs, so dass es naheliege, ihnen auch die Abstrafung der von diesem als minderschwer abgegebenen Fälle zuzuweisen.

3. Politisch aufgeschlossene Richter und Staatsanwälte regen an, dass ausgesprochene Fehlurteile, die einzelne Richter in politisch bedeutsamen Strafsachen wie den hier behandelten Fällen ergehen lassen, zum Anlass genommen werden, um die verantwortlichen Richter zur Ruhe zu setzen oder aus ihrem Arbeitsgebiet zu entfernen oder ihnen andere, politisch weniger wichtige Aufgaben zuzuweisen. Man betrachte derartige Urteile im gegenwärtigen Zeitpunkt des Krieges nicht mehr als blosses Versagen im Einzelfall, als Gedankenlosigkeit usw., sondern erblicke in ihnen ein bewusstes Abrücken von den von der Staatsführung für notwendig gehaltenen scharfen Abwehrmassnahmen gegen alle Zersetzungsversuche. Ein Richter, der seine innere Einstellung auf diese Weise zum Ausdruck bringe, verdiene es nicht, weiterhin mit Aufgaben betraut zu bleiben, von deren Lösung bis zu einem gewissen Grade der siegreiche Ausgang des Krieges mit abhängt.

13. Dezember 1943 (grüne Serie)

### **Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes; hier: Totaler Krieg**

Ein in weiten Kreisen der Bevölkerung immer wieder lebhaft erörtertes Thema ist die Frage des totalen Krieges. Seit den militärischen Krisen der letzten Monate bis in die jüngste Zeit hinein sind die Stimmen im Wachsen begriffen, die einer angeblich mangelhaften Durchführung des totalen Krieges die Schuld an der gespannten Lage im Osten und an den Klagen vieler Urlauber über Mangel an Waffen und Munition beimessen.<sup>1</sup> Viel-

Noch zum 2. Dezember 1943

10. Das geschah nicht: die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Strafsachen erster Instanz wurde durch die Vierte Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege (vom 13. Dezember 1944. RGBl. I S. 339) ausdrücklich bestätigt.

Zum 13. Dezember 1943

1. Die «Beeinflussung der Bevölkerung durch Feldpostbriefe und Urlaubererzählungen» hatte ein besonderer Bericht der grünen Serie am 11. November 1943 behandelt; darin waren Briefe

fach zeigen sich die Volksgenossen in Anbetracht verschiedener nach ihrer Ansicht «nur halb durchgeführter Massnahmen» verärgert und sehen in dieser Halbheit ein Übel von grundlegender Bedeutung, das ihnen die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang des Krieges stark beeinträchtigt. Bezeichnend für eine solche Einstellung ist die Äusserung:

Wenn wir verlieren, dann haben wir ganz allein die Schuld, denn wir kämpfen ja nur mit der linken Hand.

Es wird behauptet, der Proklamierung des totalen Krieges seien in der Praxis keine so energischen und durchgreifenden Massnahmen gefolgt, wie sie die meisten Volksgenossen erwartet hätten. Der Aufruf zum totalen Krieg sei teilweise nur ein Schlagwort geblieben; viele Möglichkeiten eines totalen Einsatzes seien unausgenützt geblieben.

Nach der Meinung des Volkes muss ein totaler Kriegseinsatz zum Gegenstand haben:

1. Die grösstmögliche Steigerung der Rüstungskapazität,
2. Die laufende Auffüllung und Verstärkung der kämpfenden Truppe mit Wehrfähigen,
3. Den Schutz der Heimat vor Luftangriffen,
4. Die Sicherstellung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Bedarfsgütern.

Daneben dürfe es keine anderen Arbeiten und Aufgaben geben, weil sie nur das auf totalen Krieg eingerichtete Kräftepotential schwächen würden. So seien die Ausführungen von Reichsminister Dr. Goebbels im Sportpalast zu Beginn dieses Jahres verstanden und begrüsst worden.<sup>2</sup>

Der im Kriegseinsatz bereits stehende Volksgenosse stelle jedoch häufig fest, dass gewisse Teile der Bevölkerung von den Totalisierungsmassnahmen nicht erfasst würden und dass es heute noch zahlreiche Einrichtungen gebe, deren Aufgabe auf nebensächlichen und kriegsunwichtigen Gebieten liegen würden. Diese Tatsachen seien nach Ansicht der Volksgenossen mit dafür ursächlich, dass wir an allen Fronten Rückschläge erleiden müssten.

Im Vordergrund der kritischen Äusserungen stehen die UK-Stellungsmassnahmen.<sup>3</sup> Hier stelle sich der grösste Teil der Volksgenossen auf den Standpunkt, dass es mit Ausnahme der Zurückstellung von ausgesprochenen Spezialisten keine UK-Stellungen geben dürfe. In Wirklichkeit sei aber zu beobachten, dass auf vielen Gebieten noch junge Kräfte in der

Noch zum 15. Dezember 1943

wiedergegeben worden, in denen über gewaltige Verluste – Regimenter seien auf Kompaniestärke zusammengeschmolzen – und Mangel an panzerbrechenden Waffen und Munition geklagt wurde. –

2. Vgl. oben Nrn. 361 und 363 der Meldungen aus dem Reich, auch Nr. 381. – 3. Bereits im Juli 1942 war von Kritik an den Gesichtspunkten, nach denen Wehrpflichtige für unabkömmlich erklärt («UK-gestellt») wurden, berichtet worden. Hitler hatte dann am 22. November 1942 den General der Infanterie von Unruh zum Sonderbeauftragten für die Nachprüfung des Kriegseinsatzes ernannt, der bei Behörden und Wehrmachtdienststellen entbehrliche Kräfte erfassen sollte (Jacobsen, 1939-1945. 5. Aufl. 1961. S. 375).

Heimat arbeiteten, die eigentlich zur kämpfenden Truppe gehörten. Nach Meldungen aus zahlreichen Landbereichen würden sich aus den dort zurückgestellten Jungbauern «ganze Bataillone» aufstellen lassen, die heute im Osten fehlten:

Hier in meiner Ortschaft ist immer noch ein Teil wehrfähiger Männer vorhanden. Es handelt sich meist um Bauern. Es darf nicht vergessen werden, dass sich dieser Zustand gerade bei denjenigen Bauersfrauen, die jetzt schon 4 Jahre allein ihren Hof bewirtschaften, stimmungsmässig äusserst negativ auswirkt und oft zu bitteren Klagen führt.

Häufig sind die Volksgenossen auf dem Lande der Ansicht, dass viele Jungbauern ihre UK-Stellungen nur den guten «Beziehungen» z.B. zum Ortsbauernführer zu verdanken hätten.

Auch in der Privatwirtschaft und bei staatlichen und kommunalen Behörden werde vielfach geradezu eine «Hortung von Arbeitskräften» beobachtet, die durch die vorgesetzten Stellen aus Eigennutz unter Hintansetzung des gemeinsamen grossen Zieles erfolgen würden. In einzelnen Betrieben und Behörden befänden sich noch viele, die an einem anderen Arbeitsplatz 100 Prozent mehr leisten könnten, die aber nicht freigestellt würden, weil sie gute und fleissige Arbeiter wären und ihre ohne Weiteres mögliche Abziehung aus Bequemlichkeit oder im Hinblick auf das Nachkriegsgeschäft verhindert würde. Fälle wie die nachstehenden seien keine Einzelercheinung:

Schauen Sie sich einmal richtig um! In allen grösseren Betrieben hocken noch genug abkömmliche Unabkömmliche. In den B.-Werken in G., in den Grossbetrieben der Papier- und Holzbranche im M.-Tal, im St.-Werk in R., im T.-Werk in R., bei der F.-Brauerei. Wenn sie dort alle kaufmännischen Angestellten herausholen würden, das gäbe allein bald ein Bataillon, und dazu sitzen noch viele technische Kontrolleure bei B. und viele Arbeiter in allen Betrieben, die unbedingt abkömmlich sind, aber von den Firmen mit Erfolg zurückgehalten werden. Dazu könnten noch einzelne Betriebsführer einberufen werden, die bestimmt abkömmlich sind, aber ihr Leben unter dem Deckmantel der Unabkömmlichkeit von der Betriebsführung schonen. Ist das totaler Krieg? (Werkmeister.)

An der Front kämpfen sie gegen eine Übermacht, und die Reserven drücken sich in der Heimat herum, weil wohl die Betriebe für die Nachkriegsprofite einen Stamm beieinander halten wollen. Das ist grundfalsch! (Arbeiter.)

Ein etwa 42jähriger bisher UK-gestellter Beamter des gehobenen mittleren Dienstes erhält den Einberufungsbefehl, oder eine weibliche Arbeitskraft, die man nicht missen möchte, soll in die Munitionsfabrik. Dann geht ein Gelaufe und Telefonieren los, mit der höheren Behörde, dem Arbeitsamt, Meldeamt usw., nur weil man dann selbst mehr arbeiten müsste.

In den meisten Fällen wird die Ansicht vertreten, dass die Leistungsfähigkeit vieler Betriebe durch Einberufung der UK-Gestellten nicht beeinträchtigt werde:

Es entspricht eben dem gesunden Volksempfinden, jeden Volksgenossen an der Front und in der Heimat am richtigen Platz zu sehen, was bis jetzt leider noch nicht der Fall ist. (Techniker.)

Oft ist die Ansicht zu hören, dass die Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und viele berufsständische Einrichtungen (z.B. Reichsnährstand), auch die NSDAP und einzelne ihrer Gliederungen, nur oberflächlich erfasst würden. Die Enttäuschung äussere sich vereinzelt in der Behauptung, wer ein Amt bei einer Behörde oder NSDAP habe, werde nicht eingezogen, selbst wenn er kv. geschrieben sei.

Die Kritik macht auch nicht vor den Wehrmachtsdienststellen in der Heimat halt. Es sei eine weitverbreitete Ansicht, dass viele militärische Dienststellen einen Mannschaftsbestand hätten, der im Vergleich zu ihren Aufgaben viel zu hoch sei. Auch stelle die Bevölkerung immer wieder fest, dass verwundete, nicht mehr kriegsverwendungsfähige Soldaten nur sehr schleppend von ihren Truppenteilen entlassen würden. Häufig beklagen sich auch zu Wehrmachtsdienststellen eingezogene Fachkräfte darüber, dass sie durchaus nicht mit Arbeit ausgefüllt seien und entweder bei irgendeiner Einheit «herumbummelten» oder mit nichtigen Arbeiten beschäftigt würden, deren Zweckmässigkeit in keinem Verhältnis zu ihrer beruflichen Fähigkeit stände.

In fast jedem Ort mit Wehrmachtsdienststellen weise die Bevölkerung auch auf Soldaten hin, die es durch Beziehungen zu Vorgesetzten verständen, sich das Leben als Soldat in der Heimat sehr angenehm zu machen. Man spreche offen darüber, dass derartige Zustände wohl nur durch Gegenleistung von Seiten der Soldaten an ihre Vorgesetzten möglich seien und dass hier «eine Hand die andere wasche». So werde in einer schlesischen Stadt von einem bestimmten Wehrmeldeamt als einer «Lieferantenzentrale» gesprochen. Neben vier Kriegsbeschädigten und zwei Marineangehörigen sei diese Dienststelle zu 80 Prozent mit «Lieferanten» besetzt, die aus folgenden Berufen kämen: Zigarettegrosshändler, Generalvertreter für Juno-Zigaretten, Tabakwarengrossist, Zigarettegeschäftsinhaber, zwei Kolonialwarengeschäftsinhaber, Grosskaufmann, Papiergrosshändler, Druckereibesitzer, Spirituosenhändler, Gaststätteninhaber, Herrenmodengeschäftsinhaber, Käse- und Butterhändler. Auch in anderen Reichsteilen werden ähnliche Zustände von der Bevölkerung kritisiert, z.B. bei einer Fluko-Stelle<sup>4</sup> in Bayern, wo über 50

Noch zum 13. Dezember 1943

4. Flugwachkommandostelle der Luftwaffe zur Überwachung des Luftraums. – 5 Vgl. oben die Meldungen aus dem Reich Nr. 356. –

Prozent der Belegschaft aus ortsansässigen Geschäftsinhabern oder Söhnen von Firmenbesitzern beständen.

Besondere Missstimmung ergebe sich weiter im Hinblick auf den Frauenarbeitseinsatz. Hier werde oft von einer angeblichen Unfähigkeit der mit der Organisation des Einsatzes beauftragten Behörden gesprochen. Während einerseits den Behörden vorgeworfen werde, die Frauen teilweise zu rücksichtsvoll zu behandeln, und viele geeignete Frauen nicht zu erfassen, werde auch andererseits gerügt, dass für viele der herangezogenen Frauen gar keine Arbeitsplätze vorhanden seien. Den Volksgenossen erscheine es auf Grund ihrer Betrachtungen so, dass die Zahl der «Nichterfassten» ausserordentlich gross sei. Die Drückebergerei dieser Volksgenossen könne allerdings nicht so hart verurteilt werden, so lange viele führende Persönlichkeiten, die hier vorbildlich handeln müssten, angeblich ihren Einfluss dazu brauchten, um ihre Frauen und Töchter dem Zugriff des Arbeitsamtes zu entziehen. Jedenfalls sei die zu Beginn des Aufrufes zum totalen Krieg oft anzutreffende Bereitwilligkeit der Frauen zum Einsatz jetzt mehr oder weniger verschwunden.<sup>5</sup>

Auch die Geschäftsschliessungsaktion habe keine für die Bevölkerung befriedigenden Ergebnisse gebracht. Im Ganzen gesehen seien nur wenige Geschäfte, und zwar vorwiegend Parfümerien, Süswaren- und Juweliergeschäfte geschlossen worden. In diesem Ausgang der Geschäftsschliessungsaktion könne die Bevölkerung keinen nennenswerten öffentlichen Nutzen erblicken und halte sie daher für verfehlt. Es spreche aus dieser Einstellung u.a. auch ein gewisses Mitleid mit dem «kleinen Mann» mit, der gewöhnlich als erster geopfert zu werden pflege, während die «Grossen» unbehelligt blieben und sich immer zu schützen wüssten. Vor allem werde auf den Zweck der totalen Kriegsmassnahmen, nämlich Arbeitskräfte einzusparen, verwiesen und festgestellt, dass durch die Schliessung von kleineren Geschäften in dieser Hinsicht wenig erzielt worden sei.

Neben der Menschenfrage ist die Zweckmässigkeit des Arbeitseinsatzes häufiges Gesprächsthema. Oft wird die Ansicht vertreten, dass bei dem unzuweckmässigen Einsatz von Menschen und Material, wie es zuweilen selbst bei wehrwirtschaftlich wichtigen Arbeiten festzustellen sei, vom totalen Krieg nichts zu merken sei. Bezeichnend ist dafür die Äusserung eines Marineingenieurs, der darauf hinweist, dass viele Kapitäne völlig entbehrliche Schönheitsreparaturen an ihren Schiffen ausführen liessen. Darüber hinaus sei ein unnötiger Verbrauch von Arbeitskräften und Material auch bei Neubauten, z.B. bei allen Arten von Frachtschiffen, Vorpostenbooten, Minensuchbooten und sonstigen Hilfsbeischiffen festzustellen. Es werde zu wenig Nachdruck auf einfache und kriegszweckmässige Ausführung gelegt:



Überall findet Materialverschwendung statt: an Farben, Tauwerk, Eisen, Holz usw. Man liefert da regelrechte teure Friedensarbeit. Nirgends findet man die Parole: Jedes Kilo überflüssiges Material und jede Stunde unnötige Arbeitskraft müssen gespart werden. Auftraggeber, Unternehmer, Meister und Arbeiter zeigen dafür kein Verständnis.

Auch wird auf örtlich bekannt gewordene Einzelfälle verwiesen, wonach z.B. hochwertige Arbeitskräfte dem Handwerk entzogen werden, um sie an einem Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie zu sehen, auf dem sie nichts von ihren technischen Kenntnissen verwenden könnten.<sup>6</sup> So besagen Meldungen aus Südwestdeutschland:

... Die selbständigen Schlossermeister S., W. und F. wurden vom Arbeitsamt K. trotz Einspruchs der Innung dienstverpflichtet. Sie wurden der Firma S. zugewiesen. Ihre Tätigkeit bestand während dieser Zeit im Putzen und Reinigen von Maschinen, Reparieren von eisernen Garderobenschränken sowie Entladen und Transportieren von Maschinen und Kassenschränken, also Arbeiten, für die keine selbständigen Meister erforderlich sind ...

Wie ich feststellen muss, wird mein dienstverpflichteter Schlosser und Facharbeiter F. mit Arbeiten wie Maschinenputzen und Reparieren von eisernen Spinden beschäftigt, während ich hier für diesen tüchtigen Facharbeiter Schweiss-Lötarbeiten für Aufträge der Sonderstufe SS mit den höchsten Dringlichkeitsstufen vorliegen habe.

Allgemein kritisiert wird auch immer noch das Vorhandensein von Industriezweigen – gleichgültig ob sie im Reich oder den besetzten Gebieten liegen – die sich mit der Herstellung von Geschenk- und Kitschartikeln (Holzsachen, Tonkacheln usw.) befassen. Hier spielen vor allem die Industrie Böhmen und Mährens eine Rolle. Was hier noch an «Tand» und teuren Gegenständen in den Handel gebracht werde, wirke auf die Bevölkerung als Widerspruch zur Totalisierung des Krieges.

Unter Bezugnahme auf den totalen Krieg werden weiterhin die Massnahmen der Wohnraumlenkung häufig gerügt, die angeblich vollständig unzulänglich seien. Dabei werde im Einzelnen auf grosse Villen mit zahlreichen Zimmern hingewiesen, in denen mit Leichtigkeit Wohnräume erfasst werden könnten.<sup>7</sup> Besonders führenden Männern wird dabei nach wie vor der Vorwurf gemacht, nicht mit gutem Beispiel voranzugehen.

In fast allen Teilen der Bevölkerung kehrt häufig die Meinung wieder, dass die Bolschewisten uns in der Konsequenz der Durchführung des totalen Krieges weit überlegen seien.<sup>8</sup> Die Sowjets hätten es in vorbildlicher

Noch zum 15. Dezember 1943

6. Diese Klagen waren schon alt; z.B. hatten sich zwei Berichte vom Januar 1942 und März 1943 mit der «teilweisen Überversorgung der Rüstungsindustrie mit Arbeitskräften» und der «Hortung von Arbeitskräften» befasst. – 7. Vgl. oben den Bericht vom 18. November 1943. – 8. Vgl. die Meldungen über die Einstellung zum Bolschewismus oben Nr. 309 und vom 16. Juli 1943. –

Weise verstanden, wirklich totale Methoden zu entwickeln. Demgegenüber betonen einzelne einsichtige Volksgenossen, dass die russischen Machthaber dies von ihrer primitiven Bevölkerung wohl verlangen könnten, dass aber solche Methoden auf die deutschen Verhältnisse nicht angewendet werden könnten. Eine Nachahmung, etwa die verschiedentlich geforderte Einführung eines Kommissarsystems, käme daher nicht in Frage.<sup>9</sup> Die Sowjetunion habe zwar z. Z. den totalen Krieg am radikalsten organisiert. Dies könne für uns aber niemals ein Vorbild sein, da wir unsere Form des totalen Krieges gemäss unserer Eigenart entwickeln müssten. Immerhin sei auf unserer Linie des totalen Krieges noch sehr viel zu tun.

27. Dezember 1943 (grüne Serie)

### Meldungen über Gerüchte und Kombinationen zur Vergeltung und Invasion

In den letzten Tagen vor Weihnachten bildete die Vergeltung, nach Meldungen aus allen Reichsteilen, den Hauptgesprächsgegenstand der Bevölkerung im militärisch-politischen Bereich.<sup>1</sup>

Nach wie vor stand dabei der Termin des Beginnes der Vergeltung im Vordergrund. Fast allgemein ist die Ansicht, dass die Vorbereitungen für die Vergeltung abgeschlossen seien. Dabei beruft man sich auf Erzählungen von Soldaten und OT-Männern, auf Informationen aus der Rüstungsindustrie, wonach bereits die Umstellung auf neue Fertigungen im Gange sei, und nicht zuletzt auf den bereits sprichwörtlich gewordenen Artikel von Schwarz van Berk im «Reich».<sup>2</sup> Jetzt werde nur noch der psychologisch günstige Zeitpunkt bzw. der Einsatzbefehl des Führers ab-

Noch zum 13. Dezember 1943

9. Sie erfolgte durch die Ernennung von «Nationalsozialistischen Führungsoffizieren» bei der Truppe mit «Führerbefehl» vom 28. Mai 1944 (Allgemeine Heeresmitteilungen S. 183).

Zum 27. Dezember 1943

1. Nach den u.a. vom 29. November und 16. Dezember 1943 vorliegenden Berichten wurde die Stimmung der Bevölkerung Ende 1943 weiter von den Ereignissen an der Ostfront beeinflusst, wo man nach dem Verlust von Gomel und der Bedrohung von Witebsk das Gebiet der ehemaligen baltischen Staaten gefährdet sah und sich um die abgeschnittenen Divisionen auf der Krim sorgte, ferner von den schweren Luftangriffen auf Berlin im November (darüber ergingen mehrere Spezialberichte), von der andauernden Kartoffelknappheit und von der Konferenz Roosevelts, Churchills und Stalins in Teheran; die Lage an der italienischen Front galt als gefestigt. – 2. «Die ungeahnten Folgen», in: Das Reich Nr. 49 vom 5. Dezember 1943. Schwarz van Berk gehörte als Hauptschriftleiter des «Angriff» zu den führenden nationalsozialistischen Publizisten. Er hatte u.a. wörtlich geschrieben: «Die Frage nach dem Termin der Vergeltung hängt nicht mehr von der technischen Vollendung ab, sondern von dem Zweck, der mit ihr erreicht werden soll.» Es gehe darum, «der Zügellosigkeit des Massenmordens durch einen äussersten, sehr drastischen Schlag Einhalt zu gebieten. –

gewartet. Nach Meldungen z.B. aus Berlin, Hamburg und Westdeutschland wurde von einem grossen Teil der Bevölkerung mit dem Beginn der Vergeltung noch vor Weihnachten gerechnet. Es hiess, der Führer habe erklärt, das deutsche Volk werde noch eine schöne Weihnachtsüberraschung erleben. Auch die zum 18. und 20. Dezember in vielen Orten vorgenommenen Einberufungen wurden mit dem Beginn der Vergeltung in diesen Tagen in Zusammenhang gebracht, wie überhaupt die Bevölkerung alle möglichen Kombinationen anstellte, um einen «Beweis» für die Richtigkeit des behaupteten Termins zu erhalten. Auf der anderen Seite wirkten Nachrichten und Verlautbarungen, die mit den hochgespannten Erwartungen nicht zu vereinbaren waren, teilweise ernüchternd, z.B. ein Zeitungsbeitrag, in dem es hiess, «dass mit einer Änderung der Luftkriegslage von heute auf morgen nicht zu rechnen sei» oder Aufforderungen zur Umquartierung von Frauen und Kindern in einzelnen Städten. Teils aber meinten die Volksgenossen, solche Nachrichten und Anordnungen hätten nur den Zweck, das Ausland zu bluffen. Mit der Evakuierung habe es schon seine Richtigkeit. Die Engländer würden unmittelbar nach dem Beginn der Vergeltung mit Grossangriffen kommen, aber die Luft würde ihnen sehr bald ausgehen. Dazu erzählt man sich, in Westdeutschland sei die Bevölkerung aufgefordert worden, sich für einen 60stündigen Aufenthalt im Luftschutzkeller mit dem Nötigsten zu versehen, so lange dauere nämlich die Vergeltung; wenn sie aus dem Keller herauskämen, sei der Krieg zu Ende. Auch von Vorbereitungen zur Aufhebung der Verdunkelung – auch hier wurde Weihnachten als Termin genannt – wollte ein Gerücht wissen.

Die Verknüpfung mit einem nahen Kriegsende ist überhaupt eine neue Note in den Gesprächen und Redereien um die Vergeltung. Seit langem würden von den Volksgenossen erstmalig wieder Termine für das mutmassliche Kriegsende genannt.<sup>3</sup> Vergeltung und Kriegsende werden heute vielfach gleichgesetzt. Als drittes Moment kommt die «Invasion» hinzu, wobei die einen an englisch-amerikanische Landungsversuche im Westen, die anderen an ein deutsches Unternehmen gegen die englische Insel denken.

Vorsichtige Volksgenossen, die sich, schon um nachher nicht enttäuscht zu werden, von der Vergeltungspsychose nicht anstecken lassen wollen und gegen die allgemeinen Erwartungen und Gerüchte misstrauisch sind, rechnen mit dem Einsatz der Vergeltung erst zum Frühjahr. Auch sie stützen sich z.T. auf Informationen von militärischer Seite und aus der Rüstungsindustrie, wonach das Vergeltungsprogramm noch nicht fertig sei, vor allem aber vertreten sie folgende Ansicht: die Vergeltung könne

Noch zum 27. Dezember 1943

3. Über das vorher vorherrschende Gefühl einer unabsehbaren Dauer des Krieges vgl. oben Meldungen aus dem Reich Nr. 373. –

nur dann kriegsentscheidend werden, wenn sie gleichzeitig mit einem deutschen Landungsversuch in England gestartet werde oder aber in ein anglo-amerikanisches Invasionsmanöver «hineinplatze». Solche Operationen seien aber vom Wetter abhängig und daher vor dem Frühjahr nicht möglich. Die Terrorangriffe des Feindes bezweckten u.a., den Führer zu einem verfrühten Losschlagen zu verleiten, der Führer habe eiserne Nerven und werde den richtigen Zeitpunkt abwarten. Nicht wenige Volksgenossen zweifeln sogar völlig an der Vergeltung. Sie sei nichts als ein grossartiges Propagandamanöver der deutschen Führung, das den Zweck verfolge, die Bevölkerung in England zu ängstigen und die anglo-amerikanische Führung zur vorzeitigen Durchführung nicht ganz ausgereifter Invasionspläne zu veranlassen. Daneben gibt es Gegner, die die Vergeltungspropaganda als ein Mittel der Führung bezeichnen, das Volk weiter «bei der Stange» zu halten und den aussichtslosen Krieg noch eine Weile zu verlängern. Aus diesen Kreisen stammen wohl hauptsächlich die Vergeltungswitze, von denen es schon eine ganze Anzahl gibt, z.B.:

Die Vergeltung kommt, wenn an den Altersheimen steht: «Wegen Einberufung geschlossen!»

1950. Besprechung im Führerhauptquartier über den Termin der Vergeltung. Sie wird noch einmal vertagt, weil keine Einigkeit darüber zu erzielen ist, ob die beiden Flugzeuge neben- oder hintereinander fliegen sollen.

Die deutschen Uhrmacher sind zu einer Tagung nach Berlin gerufen worden, um die Zeit für den Vergeltungsschlag reichseinheitlich festzusetzen.

An der deutschen Uhrzeit fehlt eine Stunde: die Stunde der Vergeltung.

Dr. Goebbels wurde in Berlin ausgebombt. Er rettet zwei Koffer auf die Strasse und geht nochmal ins Haus, um andere Sachen zu bergen. Als er wieder herauskommt, sind die beiden Koffer gestohlen. Dr. Goebbels ist sehr unglücklich, weint und klagt. Als man fragt, was denn so wertvolles in den Koffern gewesen sei, antwortet er: «In dem einen war die Vergeltung und in dem anderen der Endsieg!»

Beim letzten Angriff auf Berlin haben die Engländer Heu für die Esel abgeworfen, die noch an die Vergeltung glauben.

In diesem Hin und Her über den Zeitpunkt der Vergeltung überbieten sich die Volksgenossen in Phantasien über die mutmassliche Technik der Vergeltungswaffen. Aus mehreren Gebieten wird das Gerücht von «Gefrierbomben» gemeldet, welche im Umkreis von 5 km eine Kälte von minus 100 Grad erzeugen und alle Lebewesen vernichten (aber nicht die Gebäude, denn es habe ja, wie Schwarz van Berk erklärte, keinen Sinn, «Trümmer mit Trümmer zu vergelten»). Von «Wasserstoff» oder «schwe-

rem Wasser mit 1,6 Atomgewicht» wird gemunkelt<sup>4</sup>, von Gas oder einem ungeheuren Verbrennungsprozess, der durch die neuen Waffen ausgelöst werde. Alle diese Gerüchte laufen darauf hinaus, dass die Vergeltungswaffen zerstörende und vernichtende Wirkungen von unausdenkbarem Ausmass hervorrufen, und zwar binnen kürzester Zeit, demgemäss auch das Kriegsende entsprechend schnell herbeiführen. Die Ansicht, dass die Vergeltung nur die Bedeutung einer grösseren Racheaktion habe, aber schwerlich zu einer Beendigung des Krieges führen werde, wird viel weniger vertreten und mehr in den vom Luftkrieg bisher verschonten Reichsteilen, z.B. im Warthegau, als in den Industriegebieten, wo sich die Bevölkerung mit ihrer ganzen Hoffnung an die Vergeltung klammere.

Die bisher vorliegenden vereinzeltten Meldungen zur Aufnahme der Rede des Reichsministers Dr. Goebbels am Weihnachtsabend besagen, dass die Nichterwähnung der Vergeltung und der Hinweis auf eine militärische Begegnung im Frühjahr für die Vergeltungserwartungen der Volksgenossen eine ziemliche Enttäuschung bedeutet hätten.<sup>5</sup> Man lege die Äusserungen des Ministers als bewusste Gegenpropaganda gegen die übersteigerten Vergeltungshoffnungen der Volksgenossen aus.

20. Januar 1944 (grüne Serie)

### **Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes, hier: Ausbreitung des Schleich- und unerlaubten Tauschhandels und seine stimmungsmässigen Auswirkungen in der Bevölkerung<sup>1</sup>**

1. Die lange Dauer des Krieges hat zu einer allgemeinen Lockerung der strengen Auffassungen über die Verwerflichkeit der zusätzlichen Versorgung der Volksgenossen geführt. Während in den ersten Kriegsjahren noch der Tausch- und Schleichhandel in jeder Form bei den meisten Volksgenossen verpönt war und häufig als Sabotage an der Versorgung des deutschen Volkes abgelehnt wurde, ist die Bevölkerung allmählich immer

Noch zum 27. Dezember 1943

4. Schwerer Wasserstoff wird für Atombomben benötigt; ein Teil der Deutschland davon zur Verfügung stehenden Menge war in Norwegen durch Sabotage vernichtet worden. Die Äusserung Schwarz van Berks, «die Menschheit sei dem Punkt nicht mehr fern, wo sie die halbe Erde in die Luft fliegen lassen könne», bestärkten diese Gerüchte über eine deutsche Atombombe, vgl. aber Anm. 3 zum Bericht vom 1. Juli 1943. – 5. Wortlaut der Rede in: Das Archiv. Dezember 1943.

5. 677-681.

Zum 20. Januar 1944

1. Vgl. dazu die Meldungen zur Bekämpfung des Tauschhandels aus dem Mai 1943 (oben Nr. 381 der Meldungen aus dem Reich), die dieses Thema unter strafrechtlichen Gesichtspunkten behandelt hatten. –

mehr dazu übergegangen, alle nur erdenklichen Mittel und Wege zur Umgehung der Kriegswirtschaftsbestimmungen im Kleinen zu benutzen, ohne sich dabei in den meisten Fällen einer Strafwürdigkeit bewusst zu werden. Weite Kreise, die vordem in diesen Dingen eine strenge Auffassung besaßen, vertreten heute den Standpunkt, es habe gar keinen Zweck, sich darüber Gedanken zu machen, ob diese oder jene Handlung den Gesetzen der Kriegsmoral entspreche, nachdem man täglich an Hunderten von Einzelbeispielen erleben könne, dass «jeder zusehe, wo er bleibe». Die Parolen «Wer eines hat, hat alles» oder «Alles tauscht mit allem» werden heute in einem Ausmass befolgt, dass häufig diejenigen als dumm angesehen werden, die es sich grundsätzlich versagen, von der Möglichkeit einer Aufbesserung des durch die Rationierung bestimmten Lebensstandards Gebrauch zu machen.

Im Wesentlichen haben sich drei Formen einer Versorgung ausserhalb der offiziellen Zuteilungen herausgebildet. Einmal der Tausch von rechtmässig zustehenden verknappten Waren gegen entsprechende andere Waren unter Volksgenossen (z.B. Raucherkarte gegen Brotmarken). Zum anderen ist es der Tauschhandel von verknappten oder rationierten Waren innerhalb bestimmter Gruppen von Geschäftsleuten (Fleischer und Konfektionsgeschäftsinhaber, Spirituosenhändler und Tabakwarenhändler). Als Drittes kommt die bevorzugte Gewährung von Leistungen gegen Lieferung von verknappten oder bezugsbeschränkten Waren, vor allem im Verhältnis zwischen Handwerkern und Privatkunden hinzu.

Die Volksgenossen sprechen heute ganz offen vom «Schwarzen Markt», wo Dinge zu haben seien, wovon der Aussenstehende, insbesondere derjenige, der keine Gegenwerte zu bieten habe, regulär nur selten etwas sehe. Viele Geschäftsleute würden ihre Waren ohne Bezugscheine oder Marken untereinander tauschen, Bauern gegen landwirtschaftliche Produkte die von ihnen gewünschten Gegenstände einhandeln. Es sei z.B. sehr oft festzustellen, dass die Inhaber von Fleischereien ausserordentlich gute und viele neue Kleidungsstücke hätten und andererseits Inhaber von Konfektionsgeschäften reichlich mit Lebensmitteln versehen seien. Dasselbe Bild ergebe sich auch in der bäuerlichen Bevölkerung. (Ein ostpreussischer Bauer hatte sich im Laufe eines Jahres neu zugelegt: 1 Smoking, 1 eleganten Sommeranzug, 1 Strassenanzug, 2 Wintermäntel, 1 Sommermantel, ferner Überhemden, Handschuhe, mehrere Hüte und einige Paar Schuhe.)

Tabakwaren gelten als «neues Geld», für das auf dem Lande, aber auch in der Stadt viel zu bekommen ist. Nach einer Meldung aus einem Alpen- und Donaugau wird dort auf dem Lande für ein Paket Pfeifentabak ein halbes kg Speck oder ein halbes kg Butter, für eine Zigarette 1 Ei gegeben. In ländlichen Gemeinden der Umgebung von Hamburg hat sich ein Tauschhandel angebahnt, der auf Friedenspreisen basiert. Für eine Gans

werden dort z. Z. etwa 3 Flaschen Kognak gegeben. In einigen Städten des Gaues Danzig-Westpreussen kann man für 50 g Fleisch 10 Zigaretten oder für 5 g Fett 1 Zigarette bekommen. Für die städtischen Verhältnisse nennt ein Makler als bezeichnendes Beispiel, dass ihm für eine Schreibmaschine 8 Pfund Kaffee und Bezahlung geboten worden sind.

In Handwerkerkreisen ist es nach zahlreichen Meldungen üblich geworden, diejenigen Kunden bevorzugt abzufertigen, die anstelle von Geld mit Mangelwaren aufwarten können. Selbst alte und ehrenhafte Handwerksmeister liessen heute unverblümt durchblicken, dass sie gegen Tabak, Spirituosen, Nahrungsmittel usw. die gewünschte Reparatur schneller durchführen bzw. Materialien hergeben würden. Einem Apotheker war es beispielsweise nach einem Luftangriff zunächst nicht möglich, einige Fenster in seiner Apotheke ersetzt zu bekommen. Erst nachdem seine Frau mit 2 Päckchen Traubenzucker bei einem Glasermeister vorgesprochen hatte, wurden die Fenster eingesetzt. Wer überhaupt nicht über Tauschmittel verfügt, sei oft nicht in der Lage, für dringend notwendige Arbeiten einen Handwerker zu bekommen.

Auch der Bedarf an den notwendigsten Gegenständen des täglichen Lebens kann zuweilen kaum noch ohne Beziehungen gedeckt werden. Eine ausgebombte Volksgenossin versuchte wochenlang vergeblich, für ihren Sohn Mantel und Anzug auf Bezugschein zu bekommen. Erst durch «Beziehungen» einer Verwandten zu einer Verkäuferin eines Kaufhauses gelangte sie in einen Raum, wo von dem Gewünschten grosse Vorräte vorhanden waren. Wie der Handwerker, so ist auch ein gewisser Teil der Beamtschaft den Angeboten zwecks bevorzugter Abfertigung oder Behandlung ausgesetzt. Ein Oberstudiendirektor aus Hamburg berichtet, dass verschiedene Eltern seinen Lehrern Pakete mitgebracht hätten, um die Einschulung ihrer Kinder zu erreichen. Einem Volksschulrektor in Altona wurden 1'000 Zigaretten angeboten, wenn dafür ein Kind eingeschult werden könnte. Aus Ämtern mit Publikumsverkehr wird von gleichartigen Erscheinungen berichtet.

2. Als einer der wichtigsten Gründe für die Zunahme des Tausch- und Schleichhandels ist festzustellen, dass weite Teile der Bevölkerung gar nicht mehr das Gefühl haben, sich beim «Besorgen» oder «Organisieren» strafbar zu machen. Der Schleichhandel in kleinen Mengen ist heute bei vielen so zur Lebensgewohnheit geworden, dass irgendwelche Bedenken meist mit der Bemerkung abgetan werden:

Wer sich nicht selbst hilft, wird auch nie zu einem Vorteil kommen.

Das Empfinden, dass dadurch der Allgemeinheit etwas weggenommen wird, ist kaum noch vorhanden. Es wird vielmehr der Standpunkt vertreten, dass jeder in den heutigen schweren Zeiten zusehen müsse, sich selbst bestmöglichst durchzubringen, und es sei Sache jedes Einzelnen, aus

den Quellen zu schöpfen, die ihm dazu offenstünden. Im Hinblick auf den im letzten Sommer und Herbst besonders im Schwünge gewesenen Schleichhandel mit Obst<sup>2</sup> waren die Volksgenossen überhaupt der Meinung, dass auf diesem Verbrauchssektor die «Selbsthilfe» der einzige Weg gewesen sei, um überhaupt etwas zu bekommen. Es sei daher ein Gebot der Vernunft gewesen, sich um die Beschaffung von Obst auf Schleichwegen zu kümmern. Vielfach wurde offen die Ansicht ausgesprochen, die angeblich mangelhafte Erfassung und Verteilung des Obstes durch die offiziellen Stellen habe die Bevölkerung dem Schleichhandel geradezu gewaltsam in die Arme getrieben.

Allerdings beschränkt sich diese tolerante Einstellung eindeutig auf jene Formen, die zur Ergänzung der Lebensmittelvorräte des Einzelnen dienen und sich in gewissen Grenzen halten. Niemand sieht es z.B. als ein Vergehen an, sich für seinen häuslichen Bedarf etwas Butter oder Fleischwaren «hinten herum» zu verschaffen. Schiebereien grösseren Ausmasses, die aus reinen Gewinnabsichten erfolgen, werden dagegen scharf verurteilt. Die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zu diesen Fragen wird durch folgende Meldung treffend gekennzeichnet:

Sicher wird von den Volksgenossen der Schleichhandel zum Zweck des Verdienens streng verurteilt. Aber es findet niemand etwas daran, kleine Mengen Butter oder ein paar Eier oder 2 bis 3 kg Mehl für seinen eigenen Gebrauch gegen Geld oder im Tauschhandel zu erwerben. Die Auffassung darüber ist eher die, dass man eigentlich dumm sei, wenn man nicht versuche, sich auf verbotenen Wege etwas zu beschaffen. In diesem Zusammenhang wird auch vielfach die Äusserung des Reichsmarschalls zitiert, es solle grosszügig verfahren werden, da unsere Lage nicht so schlimm sei, dass nun jeder dem anderen in den Topf gucken und ihn beaufsichtigen zu müssen glaube.<sup>3</sup>

Aber auch gegenüber Schleichhandelsgeschäften würden die Behörden nach Ansicht der Bevölkerung vielfach eine duldsame Haltung einnehmen:

Dass der Schleichhandel jetzt blüht, ist allen klar, und dass dagegen von höchsten Stellen rein gar nichts unternommen wird, auch! Man kommt daher zu der Erkenntnis, dass der Schleichhandel von oben her geduldet werde.

Noch zum 20. Januar 1944

2. Am 15. und 22. Juli 1943 war berichtet worden, dass die Verkehrsmittel oft nicht ausreichten, um die Scharen von Städtern zu befördern, die in Obstanbaugebieten Obst gegen Überpreise oder im Tausch für Tabakwaren zu bekommen versuchten, während die entsprechenden Lebensmittelkarten nicht beliefert werden könnten; vielfach sei auch Obst gestohlen und dafür Geld hinterlegt worden. – 3. Göring hatte in seiner Rede vom 4. Oktober 1942 angedeutet, dass nur gegen Schieber und Wucherer hart durchgegriffen werde, nicht aber, wo «der Geist willig und das Fleisch schwach» gewesen sei. –



Der fast ungestört immer mehr anschwellende Schleichhandel lässt die Vermutung aufkommen, dass man heute schon ohne grosses Risiko machen kann, was man will. Damit wird der Kreis jener Volks- und Parteigenossen immer grösser, die sich «hinten herum» alles erreichbare ohne Scheu zu verschaffen trachten.

Aus all diesen Erscheinungen ziehen die Volksgenossen daher vielfach die Folgerung, dass zwar Verbote bestehen, dass diese aber innerhalb gewisser Grenzen übertreten werden dürften. Die Lebensmittel- und Warenrationierung habe sich gut eingespielt und garantiere jedem das Notwendigste, aber eben auch nur dieses. Es werde von oben herab stillschweigend geduldet, dass man sich darüber hinaus für seinen persönlichen Bedarf etwas beschaffe. Zwischen dem offiziell Zugestandenen und dem strafwürdigen Unerlaubten bestehe kein scharfer Trennungsstrich, sondern ein mehr oder weniger breiter Streifen, auf dem man sich je nach Geschick bewege. Dies sei zwar nicht erlaubt, aber «ein jeder tue es und ein jeder wisse es, dass ein jeder es tue»; seitens der Führung – so wird argumentiert – sei sogar das Tauschunwesen in der Gesamtplanung der Bedarfsdeckung mit in Rechnung gesetzt.

Aus dem Glauben, dass zahlreiche führende Persönlichkeiten von Staat und Partei in versorgungsmässiger Hinsicht einen überdurchschnittlichen Lebensstandard haben<sup>4</sup>, leitet ferner die Bevölkerung für sich das Recht zu einer weniger korrekten Handhabung der Kriegswirtschaftsbestimmungen ab.

Zusammenfassend lässt sich über die Einstellung der Bevölkerung zu diesen Fragen folgendes feststellen:

Es besteht allgemein die Ansicht, dass unter wirklich strafbarem Tausch- und Schleichhandel nur die heimliche Verschiebung markenpflichtiger Waren in grösseren Mengen und zu eigennützigen Zwecken zu verstehen sei und dass der kleine «Gefälligkeitsverkehr», der sich auf Beziehungen zwischen Verwandten oder näheren Bekannten gründet, nicht bestraft werden sollte. Diese letztere Meinung bildet sich gerade mit längerer Dauer des Krieges immer mehr heraus. In entsprechender Weise werden auch die Urteile der Strafgerichte über Kriegswirtschaftsvergehen aufgefasst. Die mit zunehmender Dauer des Krieges eingetretene Verschärfung der Rechtsprechung findet bei der Bevölkerung Verständnis.<sup>5</sup> Die von den

Noch zum 20. Januar 1944

4. Derartige Behauptungen wurden immer wieder gemeldet; weitere Kreise zog der Fall eines Berliner Feinkosthändlers, der mehrere Minister und hohe Funktionäre ohne Lebensmittelkarten beliefert hatte. – 5. Die Bestrafung von Kriegswirtschaftsverbrechen war zuletzt am 19. August und 16. Dezember Gegenstand von Berichten gewesen. Darin war allerdings kritisiert worden, dass der Eindruck entstehen könne, gegen die Lieferanten im Schleichhandel werde zwar hart vorgegangen, nicht aber gegen ihre Abnehmer in «einflussreichen Kreisen», z.B. herrsche Empörung, dass ein Augsburgener Fabrikant, der im Lauf von 2 Jahren etwa 5 Zentner Fleisch, ferner Butter, Käse und Zigaretten zu Unrecht bezogen habe, nur zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei.

Sondergerichten in Kapitalfällen erlassenen Todesurteile sowie die harten Strafen gegen typische Kriegsschieber werden meist gebilligt.

2. Entgegen dieser allgemeinen Auffassung vertreten verantwortungsbewusste Volksgenossen und politisch aktive Kreise den Standpunkt, dass auch die bezüglich der Auffassung über leichtere Kriegsvergehen immer nachlässiger werdende Haltung der Bevölkerung aufgefangen werden müsste. Ein Teil von ihnen stellt die Forderung, dass die Auffassungen über Kriegsvergehen nicht streng genug, die Strafen nicht hoch genug sein könnten. Abschreckung müsste das weitgesteckte Ziel sein. Jede Lockerung in der Handhabung der Bestimmungen würde eine Ausdehnung des Bestrebens nach persönlichem Vorteil und eigener Bereicherung zur Folge haben. Die kleinen Vergehen würden sich ohnehin zu einem allgemeinen Warenentzug summieren, der bedenklich hoch sei. Das offene Geheimnis, dass doch Mangelware gegen bewirtschaftete und umgekehrt getauscht und im Kleinen verschoben wird, würde durch eine einzige Kellerrazzia tausendfach bestätigt.

Bezüglich der Verschärfung der Strafbestimmungen wird jedoch überwiegend die Meinung vertreten, dass die Urteile für Kriegsvergehen in der Mehrzahl der Fälle bereits eine Schärfe angenommen hätten, die nicht mehr gesteigert werden dürfe, wenn nicht durch die Gewöhnung an hohe Strafen der Strafzweck einer Erziehung der Volksgesamtheit vereitelt werden solle. In erster Linie sei die Lösung dieses Problems eine moralische und erzieherische Angelegenheit. Deswegen sei neben der unbedingten Durchsetzung des Prinzips der Gerechtigkeit auch in vorliegenden Fällen Vorbeugung das beste Strafschutzmittel. Die NSDAP als das berufenste Organ müsse in Versammlungen, auf Sprechabenden usw. immer wieder auf die Bevölkerung einwirken, wie schändlich es sei, wenn sich ein Volksgenosse auf Kosten anderer bezugsbeschränkte Erzeugnisse unter der Hand besorgen will. Nur ständige Erziehung und Einwirkung auf die moralische Haltung der Bevölkerung werde ein weiteres Absinken der strengen Auffassung von Kriegsvergehen verhindern. Sonst könnte es dahin kommen, dass sich die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem, insbesondere aber zwischen leichtem Vergehen und schwerer Straftat, weiterhin verwischen würden und die Bevölkerung in absehbarer Zeit sich mit einer Selbstverständlichkeit in Bahnen bewegen werde, die von ihr gegenwärtig noch als gemeinschaftswidrig betrachtet würden. Ein energisches Durchgreifen der Führungsstellen werde aber in dieser Hinsicht häufig vermisst:

Während in der Presse und im Rundfunk jeden Tag dem propagandistischen Wirken der Feinde hinsichtlich der militärischen und politischen Lage entgegengewirkt wird, vermissen wir in Versammlungen, Presse und Rundfunk richtunggebende Hinweise der führenden Stellen

zu diesen wichtigsten, die Stimmung ungemein beeinflussenden Tagesfragen. Man habe oft den Eindruck, als wollten die führenden Männer zu diesen heiklen Fragen nicht Stellung nehmen. Es ist aber immer besser, mit offenen Worten einen Missstand zu bekämpfen, als zu warten, bis aus einem glimmenden Brandherd ein offenes Feuer wird.

Es müsse daher propagandistisch mehr herausgestellt werden, dass jede Art von Beschaffung über den Rahmen des gesetzlich Zustehenden hinaus nicht nur einen Verstoß gegen die Kriegsdisciplin der Heimatfront, sondern auch eine Schädigung der Volksgemeinschaft bedeute.

7. Februar 1944 (grüne Serie)

### **Grundfragen der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes; hier: Gefühlsmässige Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Feinden**

Aus den laufenden Meldungen ergibt sich für die innere Einstellung der Bevölkerung zu unseren verschiedenen Gegnern die Feststellung, dass der im deutschen Wesen liegende Hang zur Objektivität und das Bestreben, auch dem Feinde «Gerechtigkeit» angedeihen zu lassen, nach wie vor gegeben ist. Vorherrschend seien vor allem Gefühle des Abscheus, der Verachtung und der Erbitterung. Erst in neuerer Zeit breite sich auf Grund des britisch-amerikanischen Luftterrors auch ein echtes Hassgefühl aus, von dem jedoch nicht alle Bevölkerungskreise und Reichsteile gleichmässig erfasst seien.<sup>1</sup> Hassausbrüche seien in erster Linie unter der vom Bombenterror besonders schwer heimgesuchten Bevölkerung zu beobachten gewesen. In diesen Fällen würden dann allerdings meist alle übrigen Regungen, auch solche konfessioneller Art, von einem unerbittlichen Hass überdeckt. Bezeichnend ist der Auszug aus dem Brief eines Ausgebombten:

... Wenn Du hier durch Rauch und Trümmer gegangen bist, dann hast

Du nur den einen Gedanken: Wie können wir uns nur rächen. Niemand in meinem Leben kannte ich das Gefühl des Hasses. Aber heute kenne ich es auch. Wie kann, wenn es noch einen Gott gibt, er es zulassen, dass so gemordet wird. Denn all das hier ist Mord. Die Japaner machen es schon richtig, wenn sie die abgesprungenen Feindflieger, die eine Stadt angegriffen haben, zum Tode verurteilen.<sup>2</sup> Das ist eine viel zu gelinde

Zum 7. Februar 1944

1. Besonders stark war der Hass in Berlin, das am 22. und 23. November von schweren Angriffen betroffen worden war, und in Leipzig, wo bei einem Angriff am 3. Dezember 2'700 Menschen getötet, 125'000 obdachlos geworden waren («Zusammenfassender Bericht über Stimmung und Haltung der Berliner Bevölkerung während und nach den Grossangriffen» vom 20. Dezember 1943; vgl. Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft 1960. S. 372 ff.). – 2. Am 19. Oktober

Art. Man müsste diese Schurken auf die brennenden Trümmer einer Stadt werfen und sie dort mitverbrennen lassen, oder unter ein Haus, das gesprengt werden muss, anbinden, damit ihnen von den einstürzenden Mauern der Schädel zertrümmert wird.

Dagegen äusserte z.B. eine ausgebombte Künstlerin:

Dass meine ganzen Sachen unwiederbringlich dahin sind, das schmerzt mich. Es ist halt Krieg. Gegen die Engländer, nein, gegen die habe ich nichts. Ich habe schon manchen Engländer persönlich kennengelernt, da gibt es Männer darunter, an denen sich mancher deutsche Mann ein Beispiel nehmen könnte.

Diese Zwiespältigkeit in der Einstellung gegenüber dem Feind ist nach den vorliegenden Meldungen keine Einzelercheinung, sondern zieht sich durch alle Bevölkerungskreise hindurch. Sie zeige sich besonders deutlich bei den Erörterungen der Volksgenossen über die Vergeltung. Der überwiegende Teil der Bevölkerung stehe zwar unverrückbar auf dem Standpunkt, der Führer müsse England unnachsichtig «ausrotten», weil das Leid, das die Engländer über uns gebracht hätten, nur mit Gleichem vergolten werden könne. Demgegenüber würde aber immer wieder geäußert, man solle doch überlegen, dass dabei in England Frauen und Kinder mit zugrunde gehen würden. Wir seien doch Deutsche, die den englisch-amerikanischen Luftterror verurteilen, und dürften uns deshalb gleicher Methoden nicht bedienen.

Wie gegensätzlich diese Auffassungen sind, zeigen folgende zwei Äusserungen:

Es ist furchtbar, sich mit dem Gedanken einer totalen Vernichtung abzugeben. Dort drüben gibt es doch auch Menschen wie bei uns. Ausserdem befinden sich in England auch noch allerhand deutsche Kriegsgefangene. Was wird aus ihnen? Schuld an dem ganzen Krieg haben doch nur die Führer, die sich, wenn es losgeht, doch aus dem Staube machen werden. (Frau eines Beamten.)

Weshalb räuchern wir die Hunde nicht mit Gas aus, damit endlich mal Ruhe ist? (In ähnlich lautenden Wendungen in Arbeiter- und Bauernkreisen vielfach erfasst.)

Auch in konfessionellen Kreisen herrsche hierin keine einheitliche Auffassung. Während die in Westdeutschland schwer heimgesuchte katholische und evangelische Bevölkerung eine unerbittlich harte Vergeltung fordere,

Noch zum 7. Februar 1944

1942 hatte die japanische Regierung erklärt, alle feindlichen Flieger, die sich unmenschlicher Aktionen schuldig machten, hätten bei Gefangennahme mit schweren Strafen zu rechnen; am 22. April 1943 war mitgeteilt worden, mehrere amerikanische Luftwaffenangehörige, die am 18. April 1942 nichtmilitärische Einrichtungen bombardiert hätten, seien von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und einige von ihnen hingerichtet worden. –

teile die christlich eingestellte Bevölkerung in anderen Gebieten Ansichten wie die folgenden:

Haben wir denn überhaupt das Recht, unsere Feinde zu hassen und auszurotten?

Gerade die Feindesliebe ist das Grösste, zu dem man sich durchringen muss. Darauf ruht Gottes Lob.

Bezeichnend ist auch das in katholischen Kreisen verbreitete Gerücht, ein deutscher Erzbischof hätte eine Eingabe mit Unterschriften von prominenten Persönlichkeiten an den Führer mit der Bitte gerichtet, von der Vergeltung Abstand zu nehmen.<sup>3</sup>

Aus der Stellungnahme der Bevölkerung zu England ergibt sich kein einheitliches Bild. Hasserfüllt klingende Äusserungen gegenüber England seien oft mehr Ausdruck einer Verzweiflung oder Entrüstung und der Ansicht, dass in der Vernichtung Englands der einzige Weg zur eigenen Rettung gesehen werde. Der antienglische Hass richte sich ferner mehr gegen Einzelne, etwa gegen den Typ des Luftgangsters oder gegen die plutokratisch-jüdische Führungsschicht, als deren Verkörperung Churchill erscheine, dem aber teilweise auch eine gewissermassen widerstrebende Anerkennung gezollt werde. Gegen das englische Volk in seiner Gesamtheit könne von einem Hass nicht gesprochen werden. Häufig werde argumentiert, das englische Volk sei von seinen Kriegshetzern schuldlos in den Krieg gezogen worden. Eine klare und eindeutig negative Einstellung gegen das englische Volk werde auch häufig durch die Erzählungen von deutschen Kriegsgefangenen des ersten Weltkrieges erschwert, die von einer humanen Behandlung durch die Engländer erzählten. Auch von den jetzigen Kriegsgefangenen seien Schilderungen über vorzügliche Behandlung, insbesondere in den kanadischen Gefangenenlagern, weit verbreitet. Gegen die Ausbreitung eines echten Hassgefühles wirke sich ferner aus, wenn die Bevölkerung gelegentlich die rücksichtsvolle Behandlung abgeschossener englischer Terrorflieger erlebe.<sup>4</sup>

In Intelligenzkreisen sei von einem Englandhass kaum etwas zu spüren. Dies komme besonders in der Stellungnahme zu den führenden Persönlichkeiten in England zum Ausdruck, Churchill würde vielfach sogar als Persönlichkeit gewertet, die «doch etwas könne und sehr ernst zu nehmen sei». Mit den USA als Gegner habe sich der durchschnittliche Volksgenosse weltanschaulich oder politisch noch kaum auseinandergesetzt. Nordamerika liege ihm nicht nur räumlich, sondern auch geistig fern. Der herrschenden Judenclique und Roosevelt werde zwar vielfach ein Hass entgegen-

Noch zum 7. Februar 1944

3. Vgl. oben Anm. 5 zum Bericht vom 11. November 1943 wiedergegebene Äusserungen Bischof Graf Galens. – 4. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber englischen Kriegsgefangenen hatte ein Bericht der blauen Serie vom 12. August 1943 mit dem Ergebnis untersucht, dass ihr Auftreten

gebracht, doch empfinde man gegen den einzelnen Amerikaner wie gegen das USA-Volk höchstens eine «ohnmächtige» Wut, weil sie aus «lauter Habgier und Übermut» in den Krieg eingetreten seien, ohne dass wir ihnen etwas anhaben könnten. Auch hierbei konzentrierten sich die Vorwürfe mehr auf die amerikanische Plutokratie und den «Dollarimperialismus». Gegenüber dem einzelnen Amerikaner überwiege das Gefühl der Verachtung, das aus dem Bewusstsein einer seelischen und kulturellen Überlegenheit komme.

Gegenüber Russland herrscht nach den Meldungen in fast allen Bevölkerungskreisen das Gefühl der Angst vor einem in seiner Mentalität uns fremden und unverständlichen Gegner vor.<sup>5</sup> Während in den ersten Monaten des Ostfeldzuges die Bolschewistenherrschaft den meisten als ein Koloss auf tönernen Füßen erschienen sei, habe sie in der Folgezeit, besonders aber seit Stalingrad, die Vorstellung von etwas Unheimlichem und Schicksalhafterm angenommen. Immer stärker empfinde die Bevölkerung den Russen und sein Land als ein unberechenbares und triebhaftes Element, welches sich mit urgewaltiger Wildheit und Lebenskraft auf Europa zu stürzen drohe und deshalb bis zum letzten vernichtet werden müsse. Dabei bestehe vielfach die Neigung, den anscheinend nicht endenwollenden bolschewistischen Strom von Menschen und Material als Leistung anzuerkennen und dabei immer die Mittel zu übersehen, mit denen diese «Leistung» hervorgebracht wird.

Dem russischen Volk werde die langjährige seelische Versklavung so stark zugute gehalten, dass man es für sein jetziges Verhalten kaum verantwortlich mache, so dass in der Heimat von ausgeprägten Hassgefühlen nicht die Rede sein könne.

Dagegen sind ausgesprochene Hassgefühle in allen Reichsteilen und Bevölkerungsschichten gegen ein Volk, nämlich die Italiener, festzustellen. Unseren eigentlichen Gegnern nehme man im Grunde ihre Feindschaft nicht übel. Sie werde mehr als schicksalhaft empfunden. Doch könne man es den Italienern nie verzeihen, dass sie, die ihre Freundschaft mit uns durch ihre berufenen Vertreter mit grossem Aufwand betont hätten, uns ein zweites Mal so «schmählich» verrieten. Der Hass gegen das italienische Volk entspringe einer innersten Empfindung, die zwar durch die deutsche Propaganda vorübergehend zurückgedrängt war, nach dem 25. 7. 1943 aber spontan wieder zum Durchbruch kam:

Wenn heute das ganze italienische Volk zugrunde ginge, würden wir ihm wahrscheinlich weniger Tränen nachweinen als dem englischen.

Noch zum 7. Februar 1944

der deutschen Bevölkerung das Bild eines starken und absolut siegeszuversichtlichen Gegners vor Augen führe und häufig Erörterungen über die Sinnlosigkeit eines Krieges zwischen zwei «rassisch gleichwertigen» Völkern auslöse. – 5. Vgl. oben die Meldungen aus dem Reich Nr. 309 und den Bericht vom 26. Juli 1943. –

Insgesamt ergibt sich aus den Meldungen, dass Hassgefühle gegen unsere Feinde bisher nur in Ansätzen vorhanden sind. Ein tiefer Hass gehöre nicht zu den Wesenszügen des deutschen Volkes. Bei konkreten Anlässen wie z.B. der Bombardierung des Kölner Doms<sup>6</sup>, dem Abwurf von Bomben mit Langzeitzündern am 24. 12. 1943<sup>7</sup>, der Selbstbezeichnung amerikanischer Piloten als Mörderverein<sup>8</sup> oder wörtlichen Aussprüchen Churchills, Roosevelts oder führender Juden u. dgl. seien zwar Äusserungen des Abscheus und Hasses im Volke zu vernehmen, aber diese Hassgefühle würden meist rasch verblassen und von dem Gefühl einer unabwendbaren und schicksalhaften Notwendigkeit dieses Krieges, der hüben wie drüben unsagbares Elend bringe, überdeckt.

10. Februar 1944 (rote Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Nach den Meldungen aus allen Reichsteilen beschäftigt sich die Bevölkerung sehr stark mit der allgemeinen Kriegslage. Man wisse weniger denn je, wie der Krieg zu einem Ende kommen soll. Der Wunsch, dass der Krieg vorbei sein möchte, und die Einsicht in die Notwendigkeit, dass wir diesen Krieg gewinnen müssen, liessen sich schwerer als jemals zuvor aufeinander abstimmen. Alle Betrachtungen in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, im Betrieb, in gelegentlichen Gesprächen mit anderen Volksgenossen endeten in der resignierten Feststellung, dass eben «weitergemacht werden müsse», ohne dass man wisse, «wie lange das noch gehen soll» und «wie der Schluss aussieht». Z.T. sind die erfassten Äusserungen sehr deprimiert oder bitter. Recht häufig wiederkehrend sind Aussprüche und Ansichten wie:

So schlecht wie jetzt ist die Kriegslage noch nie gewesen.

Wo und wann und mit was wollen wir diesen Ansturm aufhalten?

Nur ein Wunder kann uns noch den Sieg bringen.

Es geht immer mehr bergab.

Ich bin nicht so schnell zu erschüttern. Jetzt beginnt aber die Lage im Osten reichlich ungemütlich zu werden.

Es müsste ein Wunder geschehen, sonst können wir den Krieg wohl nicht gewinnen.

Noch zum 7. Februar 1944

6. Am 28./29. Juni 1943. – 7. Es wurde behauptet, diese Bomben hätten an den Weihnachtstagen explodieren sollen. – 8. Am 21. Dezember 1943 hatte die deutsche Presse berichtet, eine amerikanische Luftwaffeneinheit bezeichne sich als «Murder Inc.».

Es hat alles keinen Zweck. Entweder sind wir in der Lage, bald wieder offensiv zu werden, oder es ist alles umsonst.

Die Zeit arbeitet eben doch gegen uns. Der Russe kann den letzten Asiaten und der Amerikaner den letzten Neger mobilisieren. Es ist leicht gesagt, man soll die Nerven nicht verlieren, aber immer ducken und Schläge hinnehmen, die dauernd stärker werden, das hält keiner aus.

Was wird bloss werden, wenn das so weitergeht? Bald sind die Russen in Lemberg.

Wie soll das nun eigentlich weitergehen im Osten. Wollen wir immer noch den Krieg gewinnen? Ich glaube, wir gewinnen den Krieg mit der Schnauze, auch dann noch, wenn die Russen schon in Berlin sind. Man darf aber nichts sagen. Feind hört mit! –

Die Berichte über die Ostfront beunruhigten die Bevölkerung im stärksten Masse.<sup>1</sup> Vor allem habe die Aufgabe von Rowno und Luzk und die Meldung vom weiteren Vordringen der Sowjets alarmierend gewirkt. Der in vielen Zeitungen erschienene Artikel «Äusserst bizarrer Frontverlauf im Osten» (u.a. im «Nationalblatt» Koblenz v. 4. 2.) habe u.a. auf die «merkwürdige Linienführung und die starke Verzahnung der Front» hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, dass sich hieraus sicherlich Notwendigkeiten ergeben würden, deren Folgen die weiteren Kämpfe bestimmten.<sup>2</sup> Man rechne mit weiteren «Frontbegradigungen» auf einer noch weiter zurückliegenden Linie. Allgemein sei die Frage, wieweit unsere Heerführung eigentlich noch zurückzugehen beabsichtige, oder ob wir schon nicht mehr die Freiheit und Möglichkeit hätten, darüber selbst zu entscheiden. Die rumänischen Ölfelder und insbesondere das Generalgouvernement werden durchweg als stark gefährdet angesehen. Ähnlich wie der vorgenannte Artikel verstärkten auch die Aufsätze «Der Ostkampf im Lichte der Gesamtkriegführung» («Nationalblatt» Koblenz v. 3. 2.), «Wo liegt der Schwerpunkt?» («Leipziger Neueste Nachrichten» v. 4. 2.), «Um das grosse Ziel» («VB» v. 5. 2.) und «Habt acht!» («Brüsseler Zeitung» v. 5. 2.) den Eindruck, dass es im Osten noch weiter zurückgehe.

Zu der allgemeinen Verwirrung, ob wir im Osten nicht wollen oder nicht können oder was sonst los sei, trage es bei, dass die Ostfront, an der einmal der Krieg gegen den Bolschewismus als den – wie man meint – schwersten Gegner schon entschieden sein sollte, in Presse und Rundfunk

Zum 10. Februar 1944

1. Die russische Winteroffensive hatte Weihnachten westlich Kiew begonnen und die deutsche Front rasch in 80 km Breite zurückgeworfen; am 1. Januar hatte Schitomir erneut aufgegeben werden müssen, und erst in der zweiten Januarhälfte hatte der russische Vormarsch östlich von Winniza etwas zurückgeworfen werden können, dafür waren aber die deutschen Armeen in der südlichen Ukraine von Norden bedroht und zwei Armeekorps eingekesselt, am 8. Februar hatte der Dnjepr-Brückenkopf Nikopol «planmässig» geräumt werden müssen. – 2. Die Front verlief in der nördlichen Ukraine mehrere hundert Kilometer weiter westlich als im Süden, Luzk lag



immer nebensächlicher behandelt werde.<sup>3</sup> Jetzt werde der Westen und die zu erwartende Invasion als kriegsentscheidend und als erste Front bezeichnet. Man mache sich voll klar, dass eine gelungene Invasion für uns den Verlust des Krieges bedeuten könne, aber die Volksgenossen fänden keine greifbaren Anhaltspunkte dafür, inwiefern eine Abwehr der Invasion kriegsentscheidend im Sinne eines für uns siegreichen Ausgangs des Krieges sein könne. Ingeheim fürchtet man, dass der Krieg auch nach einer misslungenen Invasion weitergeht und dass die Gegenseite weiterrüstet und es im nächsten oder übernächsten Jahr noch einmal versucht, auf dem Festland Fuss zu fassen. Z.B. in den «Breslauer Neuesten Nachrichten» am 3. 2. unter der Überschrift «Auf kriegsentscheidende Ereignisse gut vorbereitet» werde mitgeteilt, dass wir im Hinblick auf die zu erwartende Invasion planmässig Truppen vom Osten abgezogen hätten und dadurch Gebiete im Osten aufgaben. Die Drohung der Invasion habe uns also im Osten ausserordentlich geschwächt und den Sowjets unvorstellbar gewesene Erfolge ermöglicht. Praktisch hätten wir wieder den Zweifrontenkrieg und alle Hände voll zu tun, um die an Zahl und Material weit überlegenen Feinde an allen Ecken abzuwehren. Unsere Führung und unsere Soldaten seien sicher viel besser, sonst hätten wir den Krieg bei den Chancen der Gegner schon verloren. Aber trotz aller Dummheit und Sturheit rücke uns der Gegner immer näher aufs Fell, und man könne sich nicht vorstellen, wie wir ihn jemals wieder ganz abschütteln könnten, so oft er schon «auf den Deckel gehauen» worden sei und noch werde.

Die Bekanntgabe der Mobilmachung Estlands habe neben der Sorge um das weitere Herannahen der Sowjets etwas Genugtuung ausgelöst, dass Estland aktiv am Kampf gegen den Bolschewismus mitwirken solle.<sup>4</sup> In Bezug auf die Wirksamkeit dieser Unterstützung ist man jedoch im Hinblick auf die Erfahrungen mit den Bundesgenossen recht skeptisch.

Die zahlreichen Veröffentlichungen über die Verfassungsänderung der Sowjetunion seien lediglich am Rande beachtet worden.<sup>5</sup> Als Haupteindruck hat sich eingepreßt, dass die Sowjets wieder ein «ganz gerissenes Manöver» eingefädelt hätten, und z.T. ist man auf die Auswirkungen in Finnland, Rumänien und Bulgarien gespannt. Vereinzelt wird mehr ge-

Noch zum 10. Februar 1944

bereits westlich der russisch-polnischen Grenze von 1939. – 3. Die Tagesparolen des Reichspressechefs vom 1.-10. Februar sahen eine Behandlung der Kämpfe im Osten überhaupt nicht vor; die Presse sollte sich «streng an den OKW-Bericht halten» (Vertrauliche Informationen Nr. 31/44). –

4. Am 3. Februar hatte der Leiter der estnischen landeseigenen Verwaltung, deren Befugnisse unter der deutschen Besatzungsverwaltung des Reichskommissars für das Ostland und des Generalkommissars für Estland nur gering waren, die «Generalmobilmachung» Estlands verkünden dürfen; Esten waren schon länger in der Waffen-SS (Bataillon Narwa) und in 18 Schutzmannschafts-Bataillonen der Polizei eingesetzt. – 5. Sie war am 1. Februar vom Obersten Sowjet beschlossen worden und gab den einzelnen Sowjetrepubliken formell eine gewisse Selbständigkeit in der

wünscht als gehofft, dass die Engländer nun endlich zur Besinnung kommen und die Weltgefahr des Bolschewismus erkennen sollten.

Die Meldungen über den Luftkrieg werden nach wie vor mit starker Anteilnahme verfolgt. Das Nachlassen der starken Bombardierung deutscher Städte werde allerorts als wohltuend empfunden.<sup>6</sup> Grossen Widerhall habe die Mitteilung von dem Einsatz von 900 deutschen Bombern auf London gefunden.<sup>7</sup> Verschiedentlich wird jedoch geäussert, dass es sich um «eine kleine Abzählung» handle, die über die ausbleibende Vergeltung hinwegtrösten solle. Trotz des Abflauens der Grossangriffe dreht sich der Grossteil der Gespräche der Volksgenossen um den Luftkrieg, der den Ausgangspunkt für die meisten Erörterungen über die Kriegslage bildet. Vor allem wird auch der tägliche OKW-Bericht zunächst daraufhin durchgesehen bzw. abgehört, ob Angriffe stattgefunden haben. Zu den Abschusszahlen des Januar ist ein Teil der Bevölkerung der Ansicht, dass 800 Abschüsse auch für den Feind einen ordentlichen Aderlass bedeuteten, während die meisten Volksgenossen sich nicht von der Befürchtung freimachen können, dass die Rüstungskapazität unserer Gegner ausserordentlich gross sei und die Verluste die Kampfkraft nicht wesentlich beeinträchtigten.

Nicht recht verstanden wird, dass in der Presse, z.B. im «VB» v. 4. 2., der «Kindermord von Antwerpen» so gross herausgestellt werde.<sup>8</sup> Die Zahl der getöteten deutschen Kinder gehe sicher in die Tausende und biete mehr Anlass, den Terror der Gegner zu beweisen. Weiter finde man es nicht recht verständlich, dass in dem Aufsatz «Die tätige Hilfe schafft es» («VB» v. 8. 2.) behauptet würde, der Soldat an der Front erhalte durch die Presse ein abgerundetes Bild von den Schäden der Heimat. Die erschienenen Hinweise seien dazu in keiner Weise in der Lage. Das sei auch aus verschiedenen Gründen nicht gut möglich, sondern der Soldat werde sich, genau wie alle Volksgenossen, aus Briefen und Erzählungen von Angehörigen das eigentliche Bild machen. Dann sei es aber nicht sehr klug, in der Zeitung überhaupt derartiges zu behaupten.

Hinweise auf die Invasion finden weiterhin genaueste Beachtung. Es mehrten sich die besorgten Stimmen, dass es sich bei der Invasionsdrohung lediglich um einen «ganz grossen Bluff» handeln könnte, um uns zu veranlassen,

Noch zum 10. Februar 1944

Verteidigung und Aussenpolitik. – 6. Im Januar hatten sich grössere Angriffe gegen Berlin und Magdeburg gerichtet, ausserdem waren am 11. Januar besonders Flugzeugfabriken bombardiert worden; im Februar wurden dann insgesamt 38'000 t Bomben über dem Reichsgebiet abgeworfen, und diese Menge stieg von Monat zu Monat (Dokumente deutscher Kriegsschäden. Bd. 1. 1958.

S. 38). – 7. Am 22. Januar hatte der Wehrmachtbericht erstmals nach langer Pause den Angriff «starker Verbände der deutschen Luftwaffe» auf London gemeldet, dem im Januar ein, im Februar neun, im März acht, im April neun und im Mai drei weitere auf London und Südengland folgten. – 8. Die Luftangriffe auf die besetzten belgischen und französischen Gebiete wurden 1944 zur Vorbereitung der Invasion verstärkt, sie veranlassten den Erzbischof von Mecheln, Kardinal

Truppen von der Ostfront abzuziehen. Eigentlich sei mit der blossen Drohung schon die Forderung Stalins nach Entlastung der Ostfront erfüllt worden. Es sei ein bedrückender Gedanke, dass wir im Osten schwer erkämpfte Gebiete verloren haben, «um uns im Westen auf die Lauer zu legen», und dass womöglich die Engländer und Amerikaner gar nicht kommen.

Hinsichtlich der Haltung Spaniens werden alle Beteuerungen der Aufrechterhaltung der Neutralität mit einer gewissen Skepsis aufgenommen (z.B. «Spanien beugt sich keinem Druck» im «VB» v. 4. 2. oder «Spanien bleibt strikt neutral» im «Kleinen Blatt» Wien v. 5. 2.).<sup>9</sup> Der «gute Wille» Spaniens wird durchweg anerkannt, aber immer wieder auf Argentinien hingewiesen, über dessen Haltung unsere Presse berichtet habe und das schliesslich doch dem Feinddrude erlag. Auf Ungarn wird mit starkem Misstrauen gesehen. U.a. habe der Aufsatz «Jüdische Flüsterpropaganda in Ungarn» im «VB» v. 5. 2. das Augenmerk wieder auf dieses Land gerichtet. Der Bericht habe deutlich erkennen lassen, wie gross der Einfluss des Judentums in Ungarn ist.<sup>10</sup>

Die Berichterstattung über die Kämpfe der Japaner lege den Eindruck nahe, dass sich auch unser östlicher Bundesgenosse stark in die Verteidigung gedrängt sehe.<sup>11</sup> Aufsätze wie «Kampf um Rabaul» (z.B. «Salzburger Zeitung» v. 3. 2.), die die Bedeutung des verlorengegangenen Geländes verkleinerten, finden zumeist starke Ablehnung. Besser angesprochen habe der Artikel «Starkes USA-Aufgebot bei den Marshall-Inseln» («VB» v. 6. 2.), der die Verhältnisse wohl so darstelle, wie sie sind. Im Übrigen lasse die Meldung über die Evakuierung von Frauen und Kindern aus Gross-Tokio («VB» v. 4. 2. «Gross-Tokio auf Luftangriffe vorbereitet») darauf schliessen, dass selbst die Japaner mit schweren Eventualitäten rechneten.

Die Meldungen und Artikel über die Ereignisse in Italien haben die Anteilnahme der Bevölkerung im verstärkten Masse auf die schweren Kämpfe um das Bergmassiv von Cassino und den Landekopf von Nettuno gelenkt.<sup>12</sup> Starke Beachtung fand vor allem die Formulierung im Wehrmachtbericht v. 3. 2., die von hohen Verlusten auf beiden Seiten sprach.

Nicht ohne Besorgnis habe man den PK-Bericht von Lutz Koch «Materialschlacht bei Nettuno» gelesen, (u.a. «Hamburger Fremden-

Noch zum 10. Februar 1944

von Roey, am 21. Mai 1944 zu einem scharfen Protest. – 9. Der spanische Ministerrat hatte am 3. Februar beschlossen, an der Neutralität unter allen Umständen festzuhalten. – 10. In Ungarn wurden am 22. März deutsche Truppen stationiert und der Reichsverweser v. Horthy gezwungen, eine von Deutschland abhängige faschistische Regierung zu berufen. – 11. Seit dem Sommer 1943 hatten die amerikanischen Streitkräfte im Stillen Ozean die Initiative gewonnen, nacheinander mehrere Inseln erobert und der japanischen Flotte aus der Luft schwere Verluste zugefügt; Anfang Februar hatten sie Kämpfe im Osten von Neu-Guinea erfolgreich beendet, einen Teil der Marshall-Inseln besetzt und die starke japanische Stellung in Rabaul auf Neu-Britannien nahezu umklammert. – 12. Die deutschen Truppen in Italien waren allmählich nach Norden gedrängt

blatt» v. 6. 2.), der Rückschlüsse auf die eigenen hohen Verluste zulasse. Die Tatsache, dass es unseren Truppen gelungen sei, starke feindliche Kräfte einzuschliessen, habe vielen bei der Beurteilung der Gesamtlage einen Auftrieb gegeben. Äusserungen, wie es eigentlich den Feinden möglich war, trotz unserer Bombardierungen soviel Material an Land zu bringen, wollten allerdings nicht verstummen. Man fragte sich, ob der erfolgreiche Widerstand gegen das anglo-amerikanische Vorgehen bei Nettuno und Cassino noch lange aufrechterhalten werden könne. Die zurückhaltende Sprache der Kommentare zwingt dazu, vorsichtig zu sein und mit einem weiteren Zurückgehen auch an dieser Front zu rechnen. Einen guten Überblick hätten die Berichte «Landekopf von Nettuno wurde brodelnder Vulkan» («Westfälische Tageszeitung» v. 5. 2.) und der PK-Bericht von Dr. Fritz Meske («Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung» vom gleichen Tage) gegeben.

Die Bestrebungen des Duce zur Wiedererrichtung der italienischen Wehrmacht werden grösstenteils als «blosses Getöse» gewertet.<sup>13</sup> Das italienische Volk habe doch nie richtig mitgemacht und wolle das jetzt erst recht nicht. Hierbei wird örtlich auf einen Bericht des «Westdeutschen Beobachter» v. 6. 2. über die Stimmung in Rom hingewiesen, aus dem dies eindeutig hervorgehe («... während der Geschützdonner von der 40 km entfernten Front über die Strassen und Gassen Roms hallt, während bei Nacht das Mündungsfeuer der Batterien von den hochgelegenen Häusern der Stadt zu erkennen ist, während Tag und Nacht eine Autostunde von Rom entfernt der Kampf um jeden Fussbreit Boden geht, wird in der Stadt selbst täglich in vielen hundert Kirchen Gottesdienst gehalten, spielen täglich 73 Kinos, 8 Theater, die Grosse Oper und leben insgesamt 2 Millionen Menschen der Stadt ihren Alltag wie immer. Die Spannung der ersten Tage hat einer gelangweilten Neugier Platz gemacht, und das Leben verläuft wie im tiefsten Frieden»).

Die Bekanntgabe der Versenkungsziffer für den Monat Januar sei, obgleich sie keinen Vergleich mit den früheren Zahlen aushalte, mit Befriedigung aufgenommen worden, besonders die Versenkung von 28 Zerstörern.<sup>14</sup> Auch die Meldung über die Schiffsversenkungen im Nordmeer und an der afrikanischen Küste werde gewürdigt. In den Gesprächen kommt immer wieder zum Ausdruck, dass unsere U-Boote hoffentlich ihre Tätigkeit wieder voll aufnehmen möchten.

Noch zum 10. Februar 1944

worden, und in ihrem Rücken war am 21./22. Januar bei Nettuno, südwestlich von Rom, ein amerikanisches Korps von 55'000 Mann gelandet. – 13. Nachdem Mussolini schon Ende Dezember 1943 mitgeteilt hatte, dass 14'000 Italiener auf deutscher Seite in Italien kämpften, hatte er am 31. Januar die Wiedererstehung der italienischen Armee verkündet, die von Marschall Graziani geführt wurde. – 14. Im OKW-Bericht vom 1. Februar war für Januar die Versenkung von 31 Handelsschiffen mit 178'000 BRT gemeldet worden.

17. Februar 1944 (grüne Serie)

Meldungen über die stimmungsmässige Reaktion der Volksgenossen auf die derzeitige Kriegslage

Während die Entwicklung an der Südfront auf Grund der letzten Wehrmachtberichte und Nachrichten zuversichtlicher beurteilt wird<sup>1</sup>, sind die Besorgnisse der Volksgenossen um die Ostfront weiterhin sehr ernst.<sup>2</sup> Aus fast allen Reichsteilen wird ein Gerücht gemeldet, wonach am Dnjepr 8 bis 10 Divisionen – die 8. Armee – eingekesselt seien.<sup>3</sup> Auch heisst es Lemberg werde bereits geräumt. Aus Ostoberschlesien wird gemeldet, dass die dortige deutsche Bevölkerung von einer etwa notwendig werden- den «Flucht ins Altreich» spreche.

Bei allen besorgten Äusserungen herrscht jedoch die Hoffnung vor, dass die Lage im Osten, so bedrohlich sie auch sei, dennoch von der deutschen Wehrmacht gemeistert werde, bis die Frühjahrsoffensive, an deren Zustandekommen sich bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung alle Hoffnungen klammern, unter Ausnützung der durch das Vorprellen der Russen entstandenen Frontlage zu riesigen Abschnürungen und Einkesselungen der russischen Armeen führen werde. Hierbei stützen sich viele auf Urlaubererzählungen, die von einer Konzentrierung starker deutscher Truppenmassen bei Lemberg und von einer bereitstehenden riesigen deutschen Panzerarmee sprechen.

Ähnlich, wie es vor einem Jahr nach dem Fall von Stalingrad der Fall war, wird in der Bevölkerung wiederum nach den tieferen Ursachen der ungünstigen militärischen Entwicklung in diesem Winter gefragt. In diesem Zusammenhang ist die Diskussion über den «totalen Krieg», wie die Meldungen aus allen Gauen besagen, erneut in Gang gekommen. Dabei sind es immer wieder die gleichen Argumentationen, die als scheinbarer Beweis dafür vorgebracht werden, dass auf deutscher Seite der Krieg nicht mit der notwendigen Konsequenz geführt werde. Vor allem sind es die angeblich in jedem Ort beobachteten Unterschiede im Arbeitseinsatz der Frauen, die angebliche Hortung von jüngeren kriegsverwendungsfähigen Männern in den Betrieben, sowie in den Dienststellen der Partei und Verwaltung. Die Volksgenossen sind deshalb der Ansicht, dass nur durch eine Zusammenfassung und den rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte

Zum 17. Februar 1944

1. Am 16. Februar begann ein deutscher Gegenangriff bei Nettuno, der jedoch nach bescheidenen Erfolgen am Ende des dritten Tages eingestellt werden musste. – 2. Von dort waren weitere schwere Abwehrkämpfe besonders bei Kriwoi Rog und bei Witebsk und Absetzbewegungen der Heeresgruppe Nord zwischen Ilmen- und Peipussee gemeldet worden. – 3. Eingeschlossen waren westlich Tscherkassy zwei Armeekorps der 8. Armee mit 6½ Divisionen, denen jedoch der Aus-

drohendes Unheil abgewendet werden könne. Folgende Äusserungen sind bezeichnend:

Deutschland kann sich in punkto totaler Kriegführung von Russland manches abschneiden. Dort wird nicht lange gefragt, dort muss jeder. Auch wird beim Arbeitseinsatz der Unterschied zwischen arm und reich bei uns viel zu sehr berücksichtigt.

Der totale Kriegseinsatz steht bei uns auf dem Papier. Wenn er tatsächlich durchgeführt worden wäre, dann ständen die Sowjets heute nicht da, wo sie stehen. Vor lauter Rücksicht auf die besseren Schichten werden wir dann noch eines Tages den Krieg verlieren.

Man muss es Stalin schon lassen, der führt tatsächlich einen totalen Krieg, nicht so wie wir, einen totalen Papierkrieg.<sup>4</sup>

Verschiedentlich werden auch Missstände im Produktionsablauf, die der Bevölkerung zu Ohren kommen, zum Gegenstand heftiger Kritik an der totalen Kriegführung genommen. So nimmt die Bevölkerung einer westfälischen Stadt ohne Kenntnis der eigentlichen Sachlage daran Anstoss, dass auf dem Gelände eines Rüstungswerkes seit Monaten 100 Werfer stehen, die nicht vom OKH abgenommen werden, weil die zu jedem Wagen gehörenden zwei Ersatzreifen bisher noch nicht geliefert wurden. Solche Einzelfälle werden häufig zum Anlass genommen zu beweisen, dass viel zu schwerfällig und bürokratisch gearbeitet werde, so dass sich starke nachteilige Auswirkungen auf die Front ergäben.

In ständig zunehmendem Masse wird auch in der Bevölkerung kritisch über die Verhältnisse in den Fronttruppenteilen und vor allem den rückwärtigen Diensten gesprochen<sup>5</sup>. Durch Feldpostbriefe wird der Bevölkerung ein Bild von Zuständen vermittelt, welches häufig zu Vergleichen mit der Etappe des Ersten Weltkrieges Anlass gibt. Dabei handelt es sich immer um die gleichen Vorfälle, die dann als Zeichen einer beginnenden Demoralisation ausgelegt werden, z.B.: Alkoholische Exzesse in den Stäben, Ausschweifungen mit russischen Weibern, Bevorzugung der Offiziere bei Verteilung von Marketenderware, sinnlose Zerstörung von Lebensmitteln, Waffen und Munition bei den Rückzügen, während die Truppe darbe, und endlich die angebliche personelle Überbesetzung von Kommandostellen der Wehrmacht und Behörden in den rückwärtigen Gebieten.

Noch zum 17. Februar 1944

bruch gelang, allerdings unter hohen Verlusten an Menschen und Material; das wurde im Wehrmachtbericht vom 18. Februar mitgeteilt. – 4. Am 1. Juni 1944 befasste sich ein besonderer Bericht mit «Erörterungen über die Kriegführung Sowjetrusslands als Beispiel für totalen Krieg». –

5. «Kritische Äusserungen über Missstände in der Wehrmacht» gab ein Bericht vom 23. März wieder; darin wurden frühere Vorwürfe über unzweckmässigen Einsatz von Fachkräften und Bevorzugung von Geschäftsleuten wiederholt und von Offizieren behauptet, sie isolierten sich von ihren Leuten und benachteiligten diese vielfach auch bei der Verpflegung.

16. März 1944 (rote Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Nach den Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet ist die Bevölkerung ausserordentlich stark «erschrocken». Man habe mit diesem Vordringen in das Generalgouvernement eigentlich nicht mehr gerechnet gehabt.<sup>1</sup> Die in der letzten Zeit aufgekommene Zuversicht sei mit einem Schlage wieder verfliegen. Die Frage, «was noch werden soll», wird von grossen Teilen unseres Volkes sehr verzagt besprochen. Die neue Entwicklung im Osten, der Luftkrieg und das Warten auf die Invasion führten dazu, dass man «keinen rechten Ausweg aus der verfahrenen Kriegslage» mehr sehe und dass es «immer schwerer» werde, «an einen guten Ausgang des Krieges zu glauben». Im Osten sei der Russe nicht aufzuhalten. Die Engländer und Amerikaner kämen trotz aller Verluste an Bombern und Jägern und würden offenbar nur gelegentlich durch das Wetter behindert. Im Westen würden unsere Kräfte durch die drohende Invasion gebunden, von der «kein Mensch wisse, ob sie wirklich kommt». Im Osten und im Luftkrieg müssten wir uns verteidigen, so gut es gehe, und im Westen müssten wir warten, bis es dem Gegner einfällt, die Invasion zu versuchen. Alle unsere Anstrengungen, die Tapferkeit unserer Soldaten, die Fehler, die die Russen machten, und die Unentschlossenheit und Uneinigkeit, mit der die Engländer und Amerikaner handelten, könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns immer mehr «auf den Leib gerückt» werde und dass wir immer stärker einer Menschen- und Materialüberlegenheit der Feinde ausgesetzt seien. In der tiefen Sorge und Angst über eine solche Entwicklung des Krieges tragen zwar die Volksgenossen die Hoffnung mit sich herum, dass eines Tages etwas ganz Entscheidendes geschieht, das mit einem Schlag die Kriegslage völlig zu unseren Gunsten verändert, ohne dass man wüsste, wie dies erfolgen könnte. Es handelt sich um die vage Vorstellung von dem «grossen Wunder», die sich mit dem Begriff der Vergeltung verbunden hat.

Zu der bedrückenden Auffassung vom ganzen Krieg komme in den luftgefährdeten Gebieten, so in Berlin nach den Tagesangriffen mit dem Abwurf zahlreicher dicht liegender Sprengbomben<sup>2</sup>, eine ausgesprochene Lebensangst, die sich in dem veränderten Verhalten vieler Volksgenossen

Zum 16. März 1944

1. Seit dem 3. März war eine neue russische Offensive im Süden der Ostfront im Gang; nach wenigen Tagen war die deutsche Front an mehreren Stellen durchbrochen, die bereits zum Distrikt Galizien des Generalgouvernements gehörende Stadt Tarnopol war vorübergehend bereits verloren gegangen (OKW-Bericht vom 11. März), und am 15. März hatten die Russen den Bug in einer Breite von 100 km überschritten. – 2. Am 4. und 6. März war Berlin erstmals am Tage von amerikanischen Flugzeugen angegriffen worden, von denen nach Angabe des OKW-Berichts vom

bemerkbar mache. Während man sich bisher in den Nachtangriffen verbittert, nicht frei von Furcht, aber mit einem gewissen Stoizismus in den Kellern geduckt habe, beginne jetzt am hellichten Tag vielfach eine «Rennerei um das Leben» mit der Absicht, es möglichst sicher in stabilen Bunkern unterzubringen.

Die ohnehin gedrückte Stimmung wird durch die vielen sonnenlosen und nasskalten Tage nicht unwesentlich beeinflusst, zumal sie für die Frauen eine vermehrte Sorge um die Gesundheit der Kinder, die «dauernd erkältet» sind, mit sich brächten. Die praktischen Nöte der Frau lägen in der völlig gesperrten Reichskleiderkarte<sup>3</sup>, in den Schwierigkeiten, gerade jetzt Schuhwerk und Kleidung für die Kinder zu ergänzen und in der Knappheit an Kartoffeln und Gemüse, so sehr man anerkennt, dass sich die Führungsstellen bemühen, aus dem augenscheinlich knapper werdenden Haushalt des Reiches den Kartoffelmangel anderweitig auszugleichen und mit anderen «netten» Zuteilungen zu trösten.<sup>4</sup>

Zurzeit habe ein Grossteil der Bevölkerung «die Nase reichlich voll». Es falle schwer, in dieser Zeit, da es «einfach nicht Frühling werden will» und in der Politik und im Krieg «so gar nichts da ist, was einen wieder freier atmen lässt», nicht die Lust zu verlieren, wie bisher seine tägliche Pflicht zu tun.

Im Einzelnen geht aus den Meldungen folgendes hervor:

1. Der Umstand, dass der Führer am Heldengedenktage (12. 3. 1944) nicht, wie in den vergangenen Jahren, selbst gesprochen hat, ist zumeist als Bestätigung dafür angesehen worden, dass sich über die gegenwärtige Kriegslage «nicht viel Gescheites» sagen lässt. Aus der allgemeinen Stimmung heraus ist die Rede von Grossadmiral Dönitz durchweg ohne besonderen Eindruck geblieben.<sup>5</sup> Er habe knapp, zuversichtlich und vertrauenerweckend gesprochen, sehr nüchtern, wie man das von einem guten Soldaten gewohnt sei.

2. Gleichbleibend stark ist das Interesse an dem wöchentlichen Aufsatz von Dr. Goebbels in der Wochenzeitung «Das Reich», sowie an den Vorträgen von Generalleutnant Dittmar. Die Gesichtspunkte, die in dem letzten Aufsatz «In der Bereitschaft» («Das Reich» v. 11. 3. 1944) über den Luftkrieg und über die Chancen Englands in diesem Krieg vermittelt worden seien, seien wieder derart gewesen, dass man in der Unsicherheit

Noch zum 16. März 1944

7. März 140 abgeschossen wurden. – 3. Oben Bericht vom 18. November 1943 Anm. 7. – 4. Ein Bericht der weissen Serie vom gleichen Tag stellte fest, dass infolge der Missernte 1943 die Massnahmen zu einer möglichst gerechten Verteilung der Kartoffeln nicht ausgereicht hätten; aus Sachsen wurden Klagen gemeldet, weil in vier Wochen nur 5 Pfund Kartoffeln je Verbraucher ausgegeben worden seien und die als Ersatz gelieferten Nahrungsmittel und Hülsenfrüchte nicht als gleichwertig angesehen würden. – 5. Wortlaut der kurzen Rundfunkansprache in: Deutschland im Kampf. März 1944. S. 124 f. –



über alles, was zurzeit um uns herum geschieht, eine «kleine Korsettstange eingezogen» erhalte.<sup>6</sup> Auch die Ausführungen von Dittmar am 7. 3. «Rechnung und Gegenrechnung» seien «nicht unbedingt ein Trost», aber seine offene Sprache über alle derzeitigen Schwierigkeiten, seine Sachlichkeit und seine von Fachkenntnis getragene Logik erzeugten ein Vertrauensverhältnis, dass man an massgebender Stelle genau weiss, worum es geht, und bei sorgfältiger Abwägung aller Umstände doch noch Vorteile für uns herausrechnet. Durch solche Aufsätze und Vorträge würden immer wieder die ungünstigen Eindrücke niedergehalten, die die Volksgenossen aus ihrer begrenzten Sicht der Kriegslage erhielten.

3. Der Inhalt der Zeitungen und der politischen Sendungen des Rundfunks, der sich nicht unmittelbar auf unser Schicksal als Volk und Reich beziehe, trete gegenwärtig in der Anteilnahme der Bevölkerung stark zurück. So wird beispielsweise der Preisgabe der polnischen Emigranten in London, der Abschiebung anderer Emigrantenregierungen zugunsten sowjetischer Forderungen, dem Todesurteil gegen Pucheu, dem Einschwenken Englands auf den Partisanenhauptling Tito und ähnlichem eine nur sehr periphere Bedeutung zugeschrieben.<sup>7</sup>

4. Hauptinhalt aller Gespräche über das militärische Tagesgeschehen bildet das Auf und Ab des Luftkrieges. Der Luftkrieg bilde auch für die nicht unmittelbar betroffenen Bevölkerungsteile das «unerschöpfliche Thema». Die Ansichten schwankten immer hin und her, und es gebe auf fast keine der vielen Fragen eine feste Antwort. Nachdem man über die hohen Abschussziffern bei verschiedenen Angriffen befriedigt war und daraus positive Schlüsse zog («Denen wird die Lust, uns anzugreifen, schon noch vergehen» oder «Das sind schöne Erfolge, hoffentlich bleiben sie auch so»), haben die Abschüsse bei den neuen Angriffen einen stimmungsmässigen Rückfall zur Folge gehabt.<sup>8</sup> Es kam hinzu, dass die eigenen Angriffe auf London wieder für einige Zeit unterbrochen waren. In den Erörterungen spielen immer wieder die gleichen Fragen eine Rolle: Ob der Gegner durch die eingetretenen Verluste in seiner Kampfkraft beeinträchtigt wird oder ob er nicht derartige Verluste ohne Weiteres in Kauf nehmen kann, wie gross die Zahl der gegnerischen Verluste im Ver-

Noch zum 16. März 1944

6. Goebbels hatte in seinem Artikel (Das Reich, Nr. 11) wieder Spekulationen über Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion und über eine «revolutionäre Entwicklung» angestellt, der die «Clique der Plutokraten» in England zum Opfer fallen werde. – 7. Der Vormarsch der russischen Truppen hatte die Frage aktuell gemacht, was aus den von den Westmächten anerkannten Exilregierungen der baltischen Staaten werden sollte, die sich gegen deren Annexion durch die Sowjetunion ebenso wehrten wie die polnische Exilregierung gegen die russische Herrschaft in Ostpolen und Galizien; in Jugoslawien unterstützte Grossbritannien die royalistische Widerstandsbewegung, die auch gegen die kommunistischen Partisanen Titos kämpfte. Pucheu war der ehemalige Innenminister der Vichy-Regierung, den ein gaullistisches Kriegsgericht in Algier am 11. März verurteilt hatte. – 8. Nach den Wehrmachtberichten waren bei den

hältnis zur Zahl der eingeflogenen Flugzeuge sei, wie hoch die eigenen Einbußen sein könnten usw.

Bei den jeweiligen Antworten, die man sich darauf zu geben versucht, werden die Darstellungen der Presse und des Rundfunks kaum noch zugrunde gelegt. Während die Zeitungen an dem einen Tag hohe Abschuss-erfolge würdigten, sei es beim nächsten Angriff schon wieder «anders ausgegangen». An dem einen Tag heisse es «Abschuss der 140 Terrorflugzeuge – Bombersterben über Berlin» («VB» v. 8. 3. 1944), und am nächsten Tag müsse man auf ungünstige Abwehrbedingungen hinweisen. Die Zeitungen wüssten eben auch nicht, was sie zur Gesamtlage des Luftkrieges schreiben sollen. Sie könnten sich auch nur an das nackte Ergebnis halten, das an dem einen Tag so und an dem anderen Tag anders sei. Scharfen Widerspruch finde es allerdings, wenn eine Zeitung sich nach Meinung der Volksgenossen mit der Darstellung «überschlägt». So habe beispielsweise die «Württembergische Zeitung» v. 10. 3. 1944 den Abschuss von 9 Feindbomben unter der dreispaltigen Überschrift «Neue Niederlage der USA-Bomber über dem Reich» gebracht. Ganz interessant seien Ausführungen wie die im «VB» v. 10. 3. 1944 «Die Verluste der USA-Bomber», die ein günstiges Bild von der Wirkung der Verluste beim Feind und von der Schlagkraft unserer Abwehr begründeten, oder wie die Erläuterungen in der «Kärntner Zeitung» v. 10. 3. 1944, die unter der Überschrift «Lehren aus der Schlacht um Berlin» eine sachliche Bilanz zu ziehen versuchten. Einhellig sei die Anerkennung und Anteilnahme bei Berichten, die die Tapferkeit unserer Flieger herausstellten, so z.B. der Bericht «Letzter Funkspruch: Achtung! Ich ramme!» («Nationalblatt» v. 8. 3. 1944)-

5. Stark besprochen worden seien die Ausführungen von Reichswirtschaftsminister Dr. Funk v. 11. 3. 1944 über «Unser Geld».<sup>9</sup> Man sehe in ihnen einen Widerspruch, weil Dr. Funk einmal die Sorge, dass der Staat zur Tilgung der Kriegsschuld auf die Sparguthaben zurückgreifen könnte, als unbegründet bezeichnet, und dann wieder ankündigte, dass bei der Aufbringung der Kriegsschuld einmal nach dem Grundsatz verfahren werde «Einer für alle, alle für einen». Wer viel habe, werde stärker herangezogen werden als der, der wenig besitze. Mithin würde also Sparen zu einer Erhöhung des Anteils der Tilgung der Kriegsschuld füh-

Noch zum 16. März 1944

Tagesangriffen auf Berlin am 8. März 112 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden, am 9. März dagegen «infolge besonders ungünstiger Abwehrbedingungen» nur neun. – 9. Funk hatte im Rundfunk gesprochen; u.a. hatte er gesagt, jeder habe die Pflicht, den Wert des Geldes zu achten und die Preis- und Lohnvorschriften zu befolgen, mit denen der Staat die Stabilität der Währung erhalten wolle; die deutsche Kriegsschuldung werde «weder durch eine Konfiskation der Sparguthaben noch durch den Betrug einer Inflation beseitigt werden» (Wiedergabe in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Nr. 71 vom 12. März 1944). –

ren. Die vielerorts bestehenden Inflationsbefürchtungen hätten auch durch diese Rede nicht ganz zerstreut werden können.<sup>10</sup>

6. April 1944 (grüne Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Die Stimmung der Bevölkerung ist zurzeit uneinheitlich. Die Bevölkerung schwankt zwischen der bangen Sorge, dass Schlimmes bevorsteht, und der stillen Hoffnung, dass sich plötzlich alles zu unseren Gunsten ändert. Viele Volksgenossen sind angesichts der gegenwärtigen Lage gänzlich unsicher und ratlos. In der ständigen Unruhe des Wartens auf die Invasion und die Vergeltung sowie auf eine Wendung der Lage im Osten<sup>1</sup> mache man sich viel Gedanken darüber, was geschehen würde, wenn wir jetzt nicht mehr standhalten könnten. Man trage die Frage mit sich herum, ob sich die vielen und schweren Opfer und Leiden, die der Krieg forderte und noch fordern wird, lohnen werden. Besonders die Frauen fühlten sich beschwert von den Sorgen des Alltags und von dem Kummer und dem Schicksal ihrer Angehörigen an der Ostfront und in den Städten, die dem feindlichen Bombenterror<sup>2</sup> ausgesetzt sind. Ostern stehe vor der Türe, und noch zeichneten sich keine entscheidenden Ereignisse ab, die man mit dem Frühling, der endlich zu kommen scheine, erwarte. Die Lage im Osten werde immer bedrohlicher, und keiner wisse, wie sich die Dinge dort gestalten sollen. Zwar schwiegen die Sirenen in den letzten Tagen etwas öfter, aber der Luftkrieg mit seinem Leid und seinem Schrecken laste weiterhin auf den Gemütern.

Trotz der schweren Sorgen und Befürchtungen und der Zweifel, die am Glauben an ein gutes Ende nagen, hofft der grössere Teil der Volksgenossen auf ein rechtzeitiges Eingreifen des Schicksals zu unseren Gunsten,

Noch zum 16. März 1944

10. «Stimmen zu Wert und Kaufkraft der Reichsmark», «Die Spareinlagen und ihre Beeinflussung durch die politisch-militärische Entwicklung und Gerüchtebildung», «Vertrauen der Bevölkerung zur Währung und Flucht in die Sachwerte», «Äusserungen zur Frage der Geldflüssigkeit und der Erhöhung von Steuern und Abgaben» waren bereits am 1. und 18. November, 13. Dezember 1943 und am 3. Februar 1944 die Titel von Berichten der weissen Serie gewesen. Sie hatten gezeigt, dass vor allem der Mittelstand von tiefer Sorge um den Wert seines Kapitalvermögens erfüllt war. Der Umfang der Spareinlagen stehe nicht im Verhältnis zu den gestiegenen Einkommen und geringen Konsummöglichkeiten. Möglicherweise haben diese Berichte Funk, dem Ohlendorf in seinem Amt als Ministerialdirektor, Stellvertreter des Staatssekretärs und Leiter der Abteilung Allgemeine Wirtschaftspolitik unterstand, zu seiner Rede veranlasst.

Zum 6. April 1944

1. Die russischen Angriffe im Süden der Ostfront hatten sich im März fortgesetzt und zum Verlust der Ukraine geführt, in Tarnopol und bei Kamenez-Podolsk waren grössere deutsche Verbände eingeschlossen (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland. 1962. S. 238 ff.).

weil «man einfach nicht glauben kann, dass alles umsonst gewesen sein könnte». Man sehne sich allmählich sehr nach dem Frieden. Kaum jemand aber wolle deswegen den festen Willen, auszuhalten und seine Pflicht zu tun, aufgeben. Sogar diejenigen, die schon vom «verlorenen Krieg» oder einem «Zusammenbruch» reden, hegen im Stillen leise Hoffnungen auf eine Besserung (München, Hamburg u.a.). Man lasse sich auch gern «gut Zureden» und die trüben Gedanken, die einen fortwährend plagten, verscheuchen. Allgemein wird anerkannt, dass unsere Lebensweise gegenüber dem ersten Weltkrieg immer noch besser sei, und dass man im Allgemeinen trotz verschiedener unangenehmer Verknappungen doch noch einigermaßen durchkomme.<sup>3</sup> Wenn es manchmal auch schwer sei, besonders mit den wachsenden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Kleidern und Schuhen für sich selbst und für die Kinder<sup>4</sup> oder von Haushaltsgegenständen<sup>5</sup>, fertig zu werden, so sei dies sicher immer noch besser, als bei einem «Frieden um jeden Preis» jahrelang elend zu «vegetieren». Das Schlimme sei nur, dass sich die Verhältnisse nach und nach verschlechterten und dass «so gar kein Ende abzusehen» sei.

Die aus dem Reich vorliegenden Meldungen ergaben im Einzelnen folgendes Bild:

1. Die Ostfront steht zurzeit im Mittelpunkt aller Erörterungen über den Krieg. Sie werden von der Frage beherrscht, «Warum können wir diesen bolschewistischen Ansturm nicht abwehren?» Besonders der tiefe Einbruch in Bessarabien, die Aufgabe von Tschernowitz, die Kämpfe bei Stanislaw und auf dem Boden des Generalgouvernements hätten aufhorchen lassen und zu der Befürchtung Anlass gegeben, dass die Südfront, die nun «in der Luft hänge», zerbreche.<sup>6</sup> Ängstliche Volksgenossen rechneten bereits mit dem «Schlimmsten». «Wir wehren immer alle Angriffe ab, riegelein Einbruchsstellen ab, bringen den Sowjets schwere Verluste bei,

#### Noch zum 6. April 1944

2. Von den schwersten Angriffen waren im März Frankfurt, Berlin und Nürnberg getroffen worden, am 17. März war Wien zum erstenmal bombardiert worden. – 3. Die Zuteilungen an Brot, Fleisch und Fett waren seit Herbst 1943 unverändert geblieben. – 4. Die mangelhafte Schuhversorgung, über die seit dem ersten Kriegswinter immer wieder berichtet worden war, hatte zuletzt am 24. Januar einen Bericht in der weissen Serie veranlasst. Die Lage hatte sich danach so sehr verschärft, dass auch die wenigen ausgegebenen Bezugscheine für Schuhe, deren Qualität stärkere Beanspruchungen ohnehin nicht zulies und für deren dann notwendige Reparatur das Material fehlte, nicht mehr überall beliefert werden konnten. – 5. In «Stimmen zur Versorgung mit Haushaltsgeräten, Öfen und Möbeln» (vom 6. Januar 1944, weisse Serie) war u.a. gemeldet worden, dass in Hamburg bis Mitte November 1943, also mehrere Monate nach den Luftangriffen, für 400'000 Fliegergeschädigte 20'000 Kochtöpfe zugewiesen worden seien, während andererseits festgestellt werde, dass Wehrmacht und Parteidienststellen in dieser Beziehung reichlich versorgt würden und z.T. sogar grosse Lager mit Haushaltsgegenständen unterhielten. – 6. Die Front festigte sich Anfang April nach dem Verlust von Odessa und verlief dann vom Unterlauf des Dnjestr zum Teil schon auf rumänischem Gebiet westwärts in den Raum von Jassy, dann westlich Tschernowitz nach Norden bis zum Pripjet, um dort wieder weit nach Osten vorzuspringen, wo die Heeresgruppe Mitte noch bei Witebsk stand. –

und trotzdem stehen sie jetzt vor Lemberg und vor dem rumänischen Ölgebiet.» Solche und ähnliche Äußerungen könne man immer wieder hören. Aus den Nachrichten gehe deutlich hervor, dass die Russen weiter im Vormarsch bleiben. Allgemein befürchte man den Verlust der rumänischen und galizischen Ölfelder, auf deren Eroberung es der Gegner offenbar abgesehen habe. Eine Wegnahme dieser für uns wichtigen Gebiete wäre aber, so glaubt man, ein schwerer Schlag, der unsere Kriegsmaschine tödlich treffen könnte. Ohne Öl würden unsere U-Boote und die Luftwaffe lahmgelegt. Das sei aber gleichbedeutend mit einem verlorenen Krieg (Karlsruhe, Braunschweig, München, Berlin, Bayreuth u.a.).

Diese trüben Aussichten aber seien es nicht allein, die die Volksgenossen so niederdrückten. Es komme hinzu, dass man sich mit dem weiteren Vormarsch der Russen über das Schicksal der auf der Krim stehenden Truppen stark beunruhige.<sup>7</sup> Mit der Bedrohung Odessas rücke die Gefahr einer völligen Isolierung der Halbinsel immer näher. Ein gleiches Schicksal spreche man vielfach auch den Verteidigern von Tarnopol, Kowel und Brody zu. Die zahlreichen Gefallenen- und Vermisstenmeldungen der letzten Zeit ergänzten dieses insgesamt sehr düstere Bild.

Gutgesinnte Volksgenossen sprechen sich gegenseitig gut zu. Es will manchem «nicht herunter», dass die Rückschläge im Osten ausschliesslich der starken Überlegenheit der Russen zuzuschreiben seien, sondern sie wollen darauf hoffen, dass sich hinter dem Rückzug unserer Truppen eine feste Absicht der Führung verberge, wie z.B. die, die Rumänen und die Ungarn zu einer intensiveren Beteiligung am Kriege zu zwingen.<sup>8</sup> Man wolle ihnen «das Wasser bis an den Hals steigen lassen» und auch den Neutralen und den westlichen Feinden die Gefahr eines bolschewistischen Sieges zeigen. Es sei ja bekannt, dass wir im Osten noch Reserven hätten, die man bisher nicht in den Kampf geworfen habe. Auch die Tatsache, dass im Mittelabschnitt und im Norden die Front allgemein gehalten werde<sup>9</sup>, lasse erkennen, dass es nicht allein an unserer eigenen Schwäche gegenüber den Sowjets liege, wenn wir so viel für uns bisher wertvolle Gebiete dem Feind überlassen müssten. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung rechne damit, dass wir mit beginnender Besserung des Wetters auch im Osten wieder zum Angriff übergehen. Die offenen Flanken der Russen, wie sie durch die gegenwärtige Offensive entstanden seien, und der Um-

Noch zum 6. April 1944

6. Hitler weigerte sich lange hartnäckig, die auf der Krim 500 km vor der neuen Front zurückgelassenen fünf deutschen und sieben rumänischen Divisionen zurückzuführen. – 8. In Ungarn stand die Regierung seit dem Einmarsch deutscher Truppen im März unter der Kontrolle des Reichsvollmächtigten Veessenmeyer, der rumänische Staatschef Marschall Antonescu blieb bis zu seinem Sturz durch den Staatsstreich des Königs im August 1944 ein zuverlässiger Verbündeter. – 9. Die Heeresgruppe Nord hatte allerdings unter dem Druck einer russischen Offensive in der zweiten Hälfte Januar und im Februar 1944 ihre Stellungen vor Leningrad, am Wolchow und Ilmensee

stand, dass sich der Krieg in Gebieten abspiele, die für uns günstigere Bedingungen aufweisen, dränge diese Ansicht auf. Vielfach glaube man, dass die Karpaten die kommende Widerstandslinie bilden werden («Bis dahin werden wir die Russen lassen und nicht weiter»). Gerüchtweise spreche man auch von einer Befestigung von Bunkerlinien an der Grenze und von einem Ausbau der Weichsel-Nogat-Linie. Bei einem Näherrücken der Front auf diese vermutete Linie rechne man im Osten des Reiches mit starken Luftangriffen, um so mehr, als man von einer Verlegung amerikanischer Bomberverbände nach Russland wissen will (Königsberg).

2. Die Aussichten im Luftkrieg werden von der Bevölkerung nicht günstig beurteilt. Es mache sich vor allem eine Unruhe bemerkbar wegen der häufiger werdenden Bombardierung ländlicher Gebiete. Mit Besorgnis sehe man, dass die feindlichen Bomber nicht nur Industriezentren und grössere Städte angreifen, sondern auch dem Lande immer mehr Schaden zufügen. Bald werde auch der Bauer auf dem Felde bei seinen Arbeiten von den Feindfliegern nicht mehr unbehelligt bleiben. Trotzdem habe man mit grosser Genugtuung und innerer Freude die letzten Erfolge unserer Luftabwehr zur Kenntnis genommen.<sup>10</sup> Befriedigt sei man darüber, dass auch die von Süden heranfliegenden Verbände stärkere Verluste zu erleiden hätten. Allgemein hätten diese Erfolge dem Glauben an die Stärkung unserer Abwehr wieder etwas Auftrieb gegeben, und man hoffe, dass die Abschüsse bei günstigeren Wetterbedingungen noch gesteigert und dadurch allzu häufige Einflüge verhindert werden könnten, örtlich habe man die gegenwärtig erfolgende Evakuierung der Frauen und Kinder aus Hamburg dahin aufgefasst, dass man in absehbarer Zeit wieder mit schweren Angriffen auf Hamburg rechnen müsse.

Als Stellungnahme von fachmännischer Seite habe man die Ausführung von Oberst Hermann im Rundfunk am 1. 4. 1944 dankbar aufgenommen. Die klare Herausstellung der Lage und die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des Luftkrieges bildeten eine wertvolle Grundlage in der Beurteilung der Lage zur Luft.

3. Gespräche um die Vergeltung höre man z. Z. weniger, aber die Hoffnung, dass sie dennoch kommen werde, habe sich bei den meisten Volksgenossen erhalten. Die Vorstellung von der Vergeltung sei schon in den Instinkt übergegangen. Man traue sich nicht mehr, laut davon zu sprechen, aber insgeheim fiebere man dem Tag entgegen, an dem die Verwüstungen unserer Städte und Opfer und Leiden der Bevölkerung «heimgezahlt» werden. Es verstärkten sich auch die Gerüchte, dass der Einsatz der Vergeltungswaffe in nächster Zeit zu erwarten sei. Man spreche

Noch zum 6. April 1944

aufgeben und eine neue Front an der Grenze der baltischen Staaten bilden müssen. – 10. Als «bisher grössten Erfolg» hatte der Wehrmachtbericht vom 31. März den Abschuss von 132 viermoto-

dabei von riesigen Raketengeschossen. Allgemein unterhalte man sich nun weniger darüber, wie die Vergeltung aussehe und wann sie einsetzen soll, sondern darüber, dass sie überhaupt noch kommt. Im Zusammenhang damit würden auch die Meldungen über Zersetzungserscheinungen in England beachtet.<sup>11</sup> Man messe ihnen zwar keine übertriebene und akute Bedeutung bei, aber bei einem wirksamen Einsatz der Vergeltung könne dies vielleicht zum Zusammenbruch Englands beitragen.

4. Der Verlauf der Kämpfe in Italien sei z. Z. das einzige, das einem die Hoffnung lasse, dass «wir es doch noch schaffen» werden.<sup>12</sup> Sie zeigten, dass wir auch weit überlegenen Gegnern gewachsen sind. Man glaube, dass auch eine Invasion im Westen keinen gefährlichen Umfang annehmen könne. Es werde aber vielfach die Frage gestellt, ob der Feind nicht auf Grund seiner Erfahrungen in Italien die von uns erwartete und gewünschte Invasion weiter hinausschiebe oder ganz unterlasse. Schliesslich könne er sich das bei einer weiteren Zerstörung unserer Wohn- und Produktionsstätten und dem weiteren Vormarsch der Russen noch leisten.

Im Zusammenhang mit den Kämpfen in Italien sei auch der Einsatz italienischer Jäger beachtet worden. Man höre aber immer noch nichts von einem Eingreifen der neuen italienischen Armee. Gerüchte wollen wissen, dass einzelne Verbände bei Nettuno und Cassino eingesetzt gewesen seien, dass man sie aber als «nicht hart genug» wieder habe zurücknehmen müssen.

5. Im Zusammenhang mit der Erörterung über die Invasion sei vereinzelt auch das Gerücht aufgetaucht, dass die Feinde in nächster Zeit umfangreiche Luftlandeaktionen gegen die besetzten Gebiete und das Reich durchführen wollten. Zwei Millionen Fallschirmspringer stünden dazu bereit. Auch Russland stelle solche Truppen in grösserer Stärke auf. Man bringe damit auch die Aufforderung der SA zum Wehrschiessen in Verbindung und spreche davon, dass zivile Autokolonnen aufgestellt würden, die im Bedarfsfall Truppen und Material an gefährdete Stellen bringen sollten (Karlsruhe). Ferner werde erzählt, dass unsere Wehrmacht Norwegen räumen wolle. Weitere Gerüchte besagen, dass die holländische Bevölkerung evakuiert werde und die Angehörigen der Zivilverwaltung in das Reich zurückkehrten (Dortmund, Stettin). Osturlauber hätten auf Grund der russischen Frontpropaganda durch Lautsprecher berichtet, dass in Moskau eine «deutschnationale Regierung» aus Offizieren und Soldaten der Stalingradarmee gebildet worden sei.<sup>13</sup>

Noch zum 6. April 1944

rigen Bombern in der vorangegangenen Nacht bei einem Angriff auf Nürnberg gemeldet. – 11. Vgl. Anm. 6 zum Bericht vom 16. März 1944. – 12. Nachdem der Durchbruch aus dem Brückenkopf Nettuno nach Rom nicht gelungen war, hatten die amerikanischen und englischen Armeen ihre Angriffe im März eingestellt und bereiteten eine neue Offensive für Mai vor. – 13. Das «National-

April 1944

6. Neben den politischen und militärischen Ereignissen sei es die Ernährungsfrage, die der Bevölkerung, besonders den Hausfrauen, Sorge bereite. Die zunehmende Kartoffelverknappung wirke sich immer ungünstiger aus. Verschiedene Familien hätten in der letzten Versorgungsperiode schon keine Kartoffel mehr erhalten (Görlitz). Die auf die Kartoffelabschnitte dafür gegebenen Hülsenfrüchte seien zwar sehr willkommen, könnten aber kein Ersatz für dieses wichtige Nahrungsmittel sein, weil es an Zutaten fehle. Dazu kämen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung. Viele Haushalte hätten das Kohlenkontingent des alten Jahres wegen der anhaltenden schlechten Witterung schon überzogen und würden nicht mehr beliefert. Die Unzuträglichkeiten würden sich dadurch noch erhöhen, dass für das kommende Jahr eine weitere Kürzung der Brennstoffzuteilung angekündigt sei. Dazu verlautete, dass demnächst «Kohlenpunktarten» ausgeben würden (Köln).

7. In Stadt und Land bilde das Ausländerproblem den Gegenstand besorgter Gespräche, die eine steigende Verängstigung der Bevölkerung zeigten.<sup>14</sup> Dazu tragen verschiedentlich durch Ausländer verübte Gewalttaten bei. Aus Angst komme besonders die Landbevölkerung den Wünschen der ausländischen Arbeitskräfte nach. Frauen getrauten sich abends nicht mehr allein aus dem Hause oder auch bei Tage nicht mehr, einsame Wege zu gehen (Breslau). Man könne sich leicht «ausmalen», was passieren würde, wenn die vielen Ausländer, die sich bei uns frei bewegen könnten, einmal «aufstehen».

20. April 1944 (grüne Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Die Meldungen vom Süden der Ostfront und insbesondere von der Krim haben die Bevölkerung sehr stark aufgeschreckt und zum Teil in eine Art «Stalingrad-Stimmung» versetzt.<sup>1</sup> Ein neues Unglück für unsere Ostarmee kündige sich an. Vielfach heisst es, dass nicht weniger als 40 Divisionen davon betroffen würden. Dazu komme ein von Tag zu Tag mehr «an den Nerven zerrendes Warten» auf die Invasion,

Noch zum 6. April 1944

komitee Freies Deutschland», an dem sich die in Stalingrad in Gefangenschaft geratenen Generale Paulus und v. Seydlitz unter kommunistischer Führung beteiligten, war schon im Juli 1943 gebildet worden. – 14. Da besonders auf dem Land die Polizeikräfte schwach waren, bestand bereits seit 1942 eine «Land- und Stadtwacht» als Hilfspolizei, die jetzt grössere Bedeutung gewann.

Zum 20. April 1944

1. Am 8. April hatte der russische Angriff auf der Krim begonnen, seit dem 17. April liess der Wehrmachtbericht erkennen, dass dort nur noch Sewastopol gehalten wurde. In den Meldungen



auf die Vergeltung und auf eine Wendung im Osten. Der ersehnte Frühling und eine bessere Witterung hätten endlich ihren Einzug gehalten, aber die grosse Wende bei uns sei noch nicht in Sicht. Viele Volksgenossen zeigten sich allmählich müde unter dem ständigen Druck, durch das Bangen um die Entwicklung im Osten und die immer wieder enttäuschte Hoffnung «auf ein erlösendes Wunder». Vor allem sind die Frauen in grosser Sorge um das Schicksal ihrer Angehörigen an der Front. Allgemein habe man den Krieg «bis obenhin satt». Der Wunsch nach einer baldigen Beendigung sei überall sehr gross. Selbstverständlich soll der Kriegsausgang ein für uns günstiger sein. Gerade davon aber könne man sich überhaupt keine Vorstellung mehr machen.

Grosse Teile der städtischen Bevölkerung haben es aufgegeben, sich ein festes Bild zu machen. Man lasse sich treiben und sage das nach, was man von anderen hört. Sei es, dass «schwarzgemalt» wird, oder sei es, dass einer etwas Hoffnungsvolles findet. Ein Teil rutsche in eine «fatalistische Ergebenheit» in das Schicksal hinein.

Im Vergleich zur Stadt zeigt sich die bäuerliche Bevölkerung durch das eingetretene Frühlingswetter weitgehend abgelenkt vom militärischen und politischen Tagesgeschehen. Sie bekümmert sich fast ausschliesslich um die Feldbestellung. In den Meldungen wird hervorgehoben, dass sie sich in der Bewältigung der durch den Mangel an Arbeitskräften noch schwieriger gewordenen Aufgaben mit grösstem Ernst einsetzt.

Vor allem in den Grossstädten treffe man zurzeit auf eine ganze Menge von Volksgenossen, die zwar bei genauerem Zusehen alle ihre Pflicht tun, aus ihrem Missmut und ihrer Verdrossenheit aber keinen Hehl machen. Von ihnen wird offen dahergeredet, dass es bei einem verlorenen Krieg auch nicht schlimmer sein könne als jetzt. Mehr arbeiten als vom frühen Morgen bis in die späte Nacht könne man nicht, und zu verlieren habe man ohnehin nichts mehr. Was solle einem schon noch passieren?

Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Stimmen über die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 72 Stunden.<sup>2</sup> Das sei bei der gegenwärtigen Verpflegung kaum durchzuhalten. Vor allem wird von den Frauen dagegen gesprochen, denn es gehe immer auf sie, wenn sie bei solchen Anforderungen nicht genug zu essen schaffen können für die Männer. Stellenweise laufen erneut Gerüchte über zu erwartende Kürzungen an den Lebensmittelrationen um (z.B. München).<sup>3</sup>

Noch zum 20. April 1944 über das Ende des Kampfes in Tarnopol hatte es geheissen, «Teile der Besatzung» hätten sich nach Westen durchkämpfen können. – 2. Aus einem Bericht vom 8. Juni 1944 (weisse Serie) ergibt sich, dass die 72-Stunden-Woche nur in der Luftfahrtindustrie am 25. März 1944 eingeführt worden und mit zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen verbunden war. In diesem Bericht wurde auf Missstände infolge der überlangen Arbeitszeit hingewiesen, die den erwarteten Erfolg der Massnahme weitgehend zunichte machten. – 3. Erst im September und Oktober 1944 wurde die Brotzuteilung

Ein weiteres negatives Moment seien die Briefe und Erzählungen von Soldaten, die in Bezug auf die Ostfront nicht mehr die früher einheitlich gezeigte Zuversicht auf wiesen.

Insbesondere hätten solche Soldaten, deren Familien in den östlichen Grenzgebieten wohnen, Sorge um das Wohl ihrer Familie und äusserten in ihren Briefen die Befürchtung, dass bei einem weiteren Vordringen der Bolschewisten Frau und Kinder bei ihrer Abwesenheit Schaden erleiden (z.B. Zichenau).<sup>4</sup>

Aber selbst die Verdrossenen klammerten sich wie die Verzagten im Grunde genommen alle an die Hoffnung auf einen Umschwung. «Im Augenblick steht uns das Wasser wohl bis zum Hals, aber wir werden schon noch einen Pfeil im Köcher haben.» Man erwarte, dass noch im April, spätestens aber im Mai wichtige Entscheidungen eingeleitet werden. Wenn das nicht geschehe, sei allerdings die «Gelegenheit für dieses Jahr wieder vorbei» (z.B. Berlin).

Aus den vorliegenden Meldungen geht im Einzelnen hervor:

1. Obwohl man sich seit längerer Zeit, vor allem seit dem Verlust von Odessa, mit der Möglichkeit einer Räumung der Halbinsel Krim vertraut gemacht hatte, hat die rasch aufeinanderfolgende Aufgabe von Kertsch, Feodosia, Simferopol und die Verlagerung des Kampfgebietes nach Sewastopol einen grossen Schrecken hervorgerufen. Man sei in Angst wegen des schnellen Vordringens der Russen, da man ein Abschneiden grösserer deutscher Einheiten befürchtet.<sup>5</sup> Man hofft zwar, dass es gelingt, den Grossteil der Truppen in Sicherheit zu bringen, doch ist man allgemein überzeugt, dass der Rückzug zu Lande und über See schwere Verluste fordert. Unter den Angehörigen von Soldaten auf der Krim hat das Ausbleiben der Feldpost Anlass zu grossen Beunruhigungen gegeben (z.B. Reichenberg). Es wird durchweg mit einem gewissen Vorwurf gegen die militärische Führung die Frage gestellt, warum die Krim nicht schon früher aufgegeben worden sei, als eine Räumung noch über den Landweg möglich gewesen sei und noch nicht solche Gefahren ausgelöst hätte, wie es nun der Fall sei.

Gleichermassen besorgt sei man um das Schicksal der Verteidiger von Tarnopol. Man glaube, dass nur ein kleiner Teil der eingeschlossenen Truppen sich habe retten können. Eine weitere besorgte Frage sei es, ob die Ungarn und Rumänen standhalten werden. Man zweifle, ob nicht die anglo-amerikanischen Terrorangriffe ihnen «den Rest geben» würden.

Noch zum 20. April 1944

für Normalverbraucher von 9'700 g auf 8'900 g für vier Wochen, die Fettration von 875 g auf 700 g für den gleichen Zeitraum verringert. – 4. Aus August 1944 liegen noch zwei Berichte vor, die die durch Erzählungen von Soldaten gesteigerte Furcht vor einem russischen Einfall in Ostdeutschland behandelten. – 5. Als Hitler endlich den Abtransport aller deutschen und rumänischen

Allgemein würden die Befürchtungen um die weitere Entwicklung an der Ostfront durch Gerüchte und Äusserungen von Fronturlaubern verstärkt, die von einem Wirrwarr an der Südfront und der Vernichtung von Divisionen und dem Verlust des gesamten Materials sprechen. Vielfach seien nur wenige Kompanien übriggeblieben, und man habe das Leben unter Auflösung der geordneten Verbände retten müssen (Königsberg, Kattowitz, Braunschweig, Halle, Bielefeld, Graz u.a.).

2. Die ununterbrochenen Luftangriffe auf das Reich und die verbündeten Südoststaaten beschäftigen die Bevölkerung in starkem Masse.<sup>6</sup> Trotz der vielen erfreulichen Abschussergebnisse lasse sich kein Nachlassen der Angriffe feststellen, und es zeige sich von Tag zu Tag, dass die Anglo-Amerikaner durch ihre Verluste nicht beeindruckt würden. Wesentlich seien wohl auch unsere eigenen Verluste, über die man natürlich keinen Abschluss erhalten könne.

Die neue Methode der Gegner, aus Tiefangriffen heraus die Eisenbahnzüge und auf dem Felde arbeitende Volksgenossen mit Bordwaffen zu beschliessen, beunruhigt immer mehr (z.B. Dessau). Bauern, insbesondere die Frauen, wollten in den luftbedrohten Gebieten nicht mehr gerne zur Feldbestellung hinaus, seit bekannt wurde, dass die feindlichen Flieger ihre Angriffe auch gegen Einzelpersonen richten. Man habe Angst, von Luftangriffen überrascht zu werden (z.B. München). Ausserdem empfindet die Landbevölkerung den Mangel einer geeigneten Warnmöglichkeit als sehr unangenehm (z.B. Augsburg). Die aus dem Drang nach persönlicher Sicherheit entsprungene «Stollenpsychose» greife immer weiter um sich und habe auch das Land erfasst (z.B. Stuttgart). In dem Bestreben, sich «genau zu informieren», würden auch die Volksgenossen immer zahlreicher, die die einzelnen Flaksender abhören, nachdem es sich herumspreche, was die Deckangaben, z.B. die Buchstaben und Zahlen für bestimmte Quadrate auf der Landkarte, bedeuten (z.B. Halle).

3. Die Stimmen, die sich besorgt über die Zukunft unserer Ernährung äussern, nehmen zu. Man frage sich vor allem, wie sich die Versorgung nach dem Verlust der wichtigen Ostgebiete gestalten werde, nachdem aus ihnen nicht nur die Wehrmacht, sondern auch ein Teil der Zivilbevölkerung ernährt worden seien. Gerüchte halten sich hartnäckig, dass in nächster Zeit die Lebensmittelrationen (Fleisch und Butter) gekürzt würden (z.B. Stettin, Kattowitz). Die Kartoffelversorgung werde immer schwieriger, da in vielen Haushaltungen die Vorräte ganz aufgebraucht seien.

Noch zum 20. April 1944

Truppen von der Krim genehmigte, konnten immerhin von Mitte April bis Anfang Mai noch 150'000 Mann auf dem See- und Luftweg gerettet werden (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrussland. 1962. S. 242 ff.). – 6. Die Wehrmachtberichte hatten im April bisher Angriffe auf Budapest (3., 13., 16. 4.), Bukarest (4. und 15. 4.), Ploesti (5. 4.) und Kronstadt (16. 4.) gemeldet

4. Die ausserordentliche Spannung und Nervosität um die erwarteten Ereignisse gibt für zahlreiche Gerüchte einen günstigen Nährboden ab. So findet z.B. die Überzeugung, dass demnächst irgend etwas entscheidend Wichtiges geschehen werde, ihren Ausdruck in dem Gerücht, dass nunmehr der Gaskrieg beginnen werde (u.a. Halle, Zichenau, Berlin). Als Beginn der feindlichen Grossangriffe aus der Luft, die hundert Stunden dauern würden, wurden der 20. 4. und 1.5. genannt.

Stellenweise traten wieder Prophezeiungen und Weissagungen auf. So hat z.B. eine Hellseherin, die sich während der Bahnfahrt durch kleine Experimente auswies, folgendes geäussert: Im April dieses Jahres tritt an der Ostfront das grösste Blutvergiessen aller Zeiten ein, im Mai wiederholt das gleiche sich in England, und im Juni würde es weit und breit keinen Menschen mehr geben, denn 75 Prozent aller europäischen Völker würden durch die nächsten Kriegsereignisse ausgerottet (Zichenau).

Ein weiteres stärker verbreitetes Gerücht besagt, dass der Führer sein Hauptquartier nach dem Westen verlegt habe.<sup>7</sup> Aus verschiedenen Anzeichen, wie z.B. einer angeblich zurückhaltenden Kritik gegenüber England, würden in zunehmendem Masse Folgerungen für eine deutsch-britische Annäherung gezogen. Unter Bezugnahme auf einen tschechischen Hauptschriftleiter heisst es, dass sich auch der Führer vor kurzem in diesem Sinne gegenüber dem Grossmufti geäussert habe (z.B. Stettin).

4. Mai 1944 (grüne Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Am stärksten beschäftigt sich die Bevölkerung gegenwärtig mit dem Luftkrieg.<sup>1</sup> Er beherrscht alle Gemüter und belastet den Glauben an eine Wendung der Lage am meisten. Dagegen haben die letzten Ereignisse im Osten und die augenscheinlich gelungene Stabilisierung im Süden der Front die Ansicht gefestigt, dass wir uns wieder «gefunden» haben und den Russen nun Widerpart halten können.<sup>2</sup> Um so mehr richtet sich die

Noch zum 20. April 1944

und als am stärksten betroffene deutsche Städte Braunschweig, Posen, Stettin, Aachen, Augsburg, Schweinfurt und Rathenow genannt. – 7. Hitler befand sich seit Mitte März auf seinem Berghof bei Berchtesgaden (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2090). Ein Empfang des Grossmufti von Jerusalem im Jahre 1944 ist nicht festzustellen.

Zum 4. Mai 1944

1. Zur Vorbereitung der Invasion richteten die Angriffe sich in stärkerem Mass nicht nur gegen Städte, sondern auch gegen Eisenbahnanlagen und Verkehrsverbindungen. Angriffe auf Schweinfurt und Friedrichshafen sollten die deutsche Rüstungsproduktion treffen. – 2. Die russische Offen-

Aufmerksamkeit aller Volksgenossen auf die erwarteten Ereignisse. Besonders unter dem Druck des sich immer noch steigenden Luftterrors kann man es «kaum erwarten, bis etwas geschieht». Man ist sich einig darüber, «dass es so nicht mehr lange weitergehen kann», und dass die ganze Entwicklung zu einer «Entladung» in nicht zu langer Zeit dränge. Was dazu in den öffentlichen Führungsmitteln gesagt werde<sup>3</sup>, lasse erkennen, dass wir «mit Riesenschritten der grossen Entscheidung» zustreben (Bayreuth, Berlin, Kassel, Linz u.a.). Beängstigende Vorstellungen über das Ausmass der damit verbundenen Luftkriegführung lassen verschiedentlich «recht gemischte Gefühle» darüber aufkommen (z.B. Würzburg). Im Allgemeinen ist man jedoch hinsichtlich der erwarteten grossen Auseinandersetzungen zuversichtlich und sicher, dass der Gegner sich eine Schlappe holen werde. Man sehne den Zeitpunkt herbei, damit endlich eine Befreiung von dem schweren Druck des Luftkrieges komme. In der Hoffnung darauf tue jeder an seinem Platz seine Pflicht und nehme auf «sich, was der Kriegsalltag an Belastungen mit sich bringt». Ein grosser Teil der Volksgenossen macht allerdings sein stoisches Durchhalten mehr und mehr davon abhängig, dass etwas wirklich Entscheidendes geschieht und ein Ende des Krieges einigermaßen abzusehen ist.

Die Ernährung gebe zu wesentlichen Klagen, von der stellenweise herrschenden Kartoffelknappheit abgesehen, keinen Anlass. Bestehen blieben die Kleidersorgen und die Wohnungsprobleme.<sup>4</sup> Das letztere verschärfe sich mit der Ausdehnung des Luftkrieges immer mehr.

Die vorliegenden Meldungen besagen im Einzelnen:

1. Der ununterbrochene Einsatz der feindlichen Luftwaffe macht tiefen Eindruck. Man ist durchweg der Überzeugung, dass mit noch Schlimmerem als bisher zu rechnen ist, wenn die Auseinandersetzung in ihr entscheidendes Stadium tritt. So erzähle man sich, dass die Anglo-Amerikaner mit vielen Tausenden von Flugzeugen ins Reich kämen und dass wir durch einen 100 Stunden andauernden Angriff «erledigt» werden sollen (z.B. Bayreuth). Die Angst, dass nach der Vernichtung grösserer Städte auch kleinere zerstört werden, werde immer grösser. Vor allem sind es die Tiefangriffe, die stark beunruhigen. Man fürchtet für die Feldarbeiten, die Ernte und das Vieh auf der Weide: «Wie soll das werden, wenn das ganze Vieh auf den Weiden ist?» (z.B. Bremen).

Noch zum 4. Mai 1944

sive fand mit schweren Kämpfen am Dnjestr und bei Jassy, die ihr keine weiteren Erfolge brachten, um diese Zeit ihr Ende; ausser vor Sewastopol kam es im Mai nur zu örtlichen Gefechten. – 3. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hatte z.B. vom 23.-30. April 1944 folgende Artikel zur bevorstehenden Invasion gebracht: «Zwang zur Entscheidung.» – «Wettstreit der Drohungen und Warnungen.» – «Im Westen allzeit bereit.» – «Am Vorabend geschichtlicher Entscheidungen.» – «Invasionsbarometer der Westmächte.\*» – «Der Kanal als Kriegsschauplatz.» – «Schattenspiele vor der Invasion.» – 4. Während die Auswirkungen des Wohnungsmangels in den «Meldungen aus

Bei den Frauen mache sich infolge der andauernden Alarme eine wachsende Nervosität bemerkbar. Die durch die Sorge um die Kinder, die Beschaffung der Mahlzeiten und die Erledigung vieler anderer Hausfrauenpflichten unter erschwerten Verhältnissen angespannten Mütter, die Nacht für Nacht in die Bunker müssen, verlören häufig die Ruhe und liessen sich nicht selten zu Äusserungen hinreissen, die ihrem Überdruß an den Beschwerden des Krieges freimütig Ausdruck geben (z.B. Düsseldorf)

«Wo bleibt unsere Abwehr?», ist eine immer wieder gehörte Frage. Sie verstumme auch nicht nach Abschusserfolgen wie bei den Angriffen auf Berlin, München und Friedrichshafen.<sup>5</sup> Ein grosser Teil der Bevölkerung glaubt, dass unsere Abwehr dem Gegner nicht ganz gewachsen ist und dass die höheren Abschusszahlen durch die grössere Zahl der einfliegenden Feindmaschinen bedingt sei (z.B. Kassel). Aus Beobachtungen, dass feindliche Verbände geschlossen weite Strecken des Reiches überfliegen, ohne durch Jäger angegriffen zu werden, will man schliessen, dass «bei uns nicht mehr viel da ist» (z.B. Koblenz, Braunschweig, Würzburg). Nur vereinzelt ist man der Meinung, dass wir die Masse unserer Jagd- und Zerstörerverbände zurückhalten und den Angriffen mit Teilverbänden begegnen, um die Abwehr für die bevorstehenden Kämpfe schlagkräftig zu erhalten. Die Befürchtungen, dass sich die Angriffe auf unsere Rüstung auswirken<sup>6</sup>, ist ebenso allgemein wie die Meinung, dass uns die Gegner aus der Luft «moralisch nicht klein kriegen» (z.B. Saarbrücken).

Oft beklage man sich über den Mangel an Luftschutzräumen für die Zivilbevölkerung und für die Betriebe. In den Betrieben mache sich dieser Mangel dahingehend bemerkbar, dass viele Werksangehörige bei Alarm die Arbeitsstätte verlassen, um sich irgendwo, allein oder in Gruppen, ausserhalb in Sicherheit zu bringen. Dadurch dauere es nach der Entwarnung längere Zeit, bis die Arbeit wieder aufgenommen werden kann (z.B. Stuttgart).

2. Die Führungsmittel haben, unterstützt durch die Tatsache der Tagesangriffe auf militärisch wichtige Ziele, bewirkt, dass die Invasion als unmittelbar bevorstehend angesehen wird. Die Stimmen, die die Invasion für einen Bluff halten, der nur dazu diene, unsere Truppen im Westen zu binden, sind stark zurückgegangen. Vielfach ist man jetzt von der Zwangsläufigkeit einer Invasion überzeugt: «Sie müssen ja kommen, ob sie wollen oder nicht; denn nach den bisherigen Methoden können sie den

Noch zum 4. Mai 1944

dem Reich» mehrfach, zuletzt am 19. April 1943, behandelt worden waren, liegt aus der zweiten Hälfte 1943 und 1944 kein besonderer Bericht darüber vor. – 5. Am 25. April war der Abschuss von 142, am 30. von 129 feindlichen Flugzeugen über dem Reichsgebiet in den vorangehenden 24 Stunden gemeldet worden. – 6. Trotz der Angriffe betrug die Indexziffer der deutschen

## Mai 1944

Krieg ja nicht gewinnen, und den Russen allein möchten sie auch nicht gewinnen lassen» (z.B. Berlin).

In der Meinung, dass die Invasion kommt, werden die Volksgenossen vor allem bestärkt durch die Hinweise des Wehrmachtberichts, dass von uns Schiffsansammlungen an der Süd- und Südwestküste Englands bombardiert wurden, ferner durch die Meldungen über die erneute Besichtigung der Befestigungsanlagen im Westen durch Feldmarschall Rommel und durch Urlaubererzählungen von der Bekämpfung der Verkehrswege durch feindliche Flugzeuge und von «klotzigen Vorbereitungen unsererseits» (Berlin, Breslau, Linz, Kassel, Klagenfurt, Halle, Saarbrücken, Koblenz). Die Schiffsansammlungen der Gegner betrachte man als unmittelbare Invasionsvorbereitung. Häufig sind Gedankengänge wie: «Die Invasion kommt nun doch bald. Mit unseren Angriffen auf Schiffsansammlungen bezwecken wir wohl das gleiche wie die Anglo-Amerikaner mit ihren Angriffen auf unsere Verkehrsanlagen. Wir wollen die Invasion stören und der Feind mit seinen Angriffen unsere Abwehrabsichten durchkreuzen» (z.B. Berlin).

Die Aussicht, dass in nächster Zeit unbedingt eine entscheidende Wendung im Kriegsgeschehen zu unseren Gunsten eintreten müsse, lässt die meisten Volksgenossen einer Invasion mit grossen Hoffnungen entgegensehen. Man spricht von ihr als von der letzten Gelegenheit, das Blatt zu wenden. Eine Angst vor der Invasion ist kaum festzustellen. Man nimmt vielmehr eine schwere Niederlage für den Gegner an. Nur vereinzelt werden Stimmen laut, dass der Atlantikwall vielleicht nicht gehalten werden könne oder dass es ernst werde, wenn mit der Invasion gleichzeitig eine Grosseffensive der Russen einsetze (z.B. Kattowitz). Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre aber auch für diese besonders besorgten Gemüter, dass die Invasion wider alles Erwarten doch nicht kommt. «Hoffentlich kommen sie recht bald, damit die ewige Ungewissheit aufhört. So oder so, kommen muss sie.»

Im Zusammenhang mit dem erwarteten Angriff im Westen tauchen seit einiger Zeit verschiedentlich Gerüchte auf, die davon wissen wollen, dass die Invasion bereits bei Calais begonnen habe. Weiter werde erzählt, dass über Südfrankreich 10'000 englische Fallschirmjäger abgesetzt worden seien, die dort einen Bandenkrieg begonnen hätten. Aus Urlauberkreisen stamme das Gerücht, dass Feindflugzeuge über Frankreich laufend Waffen abwerfen, die zur Ausrüstung der zahlenmässig starken französischen Banden dienten (z.B. Berlin, Würzburg).<sup>7</sup> Auch neuartige U-Boote

Noch zum 4. Mai 1944

Rüstungsproduktion (Januar/Februar 1942 = 100) im Mai 1944 noch 285 und stieg bis zum absoluten Höchststand von 322 im Juli. – 7. Die französische Widerstandsbewegung hatte unter dem Eindruck der deutschen Niederlagen mit englischer Hilfe an Schlagkraft gewonnen und wurde

sollen bei der Invasion eine wichtige Rolle spielen, und unsere Flugzeuge sollen bereits für neue Zwecke umgebaut werden (z.B. Halle).

3. Mit den Erörterungen über die Invasion verbinden sich stets die Gedanken über die Vergeltung. Man zweifle aber stärker als vorher an einem Gegenschlag unsererseits, «weil er schon hätte kommen müssen, wenn wir wirklich eine Vergeltungswaffe hätten». «Das Mass sei längst voll.» Man glaube, dass unser Jagdschutz nicht so auf der Höhe sei, um eine ausschlaggebende Wirkung zu garantieren (z.B. Würzburg). Bis jetzt sei es so gewesen, dass wir von der neuen Waffe immer gesprochen, die Engländer und Amerikaner sie aber angewendet hätten (z.B. Klagenfurt). Das Thema Vergeltung gibt aber immer noch einen ausgiebigen Stoff für Unterhaltungen, vor allem in den Bunkern ab (z.B. Düsseldorf).

4. Die Entwicklung an der Ostfront lässt die dortige Lage weiter mit Ruhe, wenn auch nicht ganz ohne Sorge betrachten. Man hat wieder stärkeres Vertrauen in unsere eigene Kraft gefasst. Die Lage auf der Halbinsel Krim wird allerdings als «hoffnungslos» angesehen.<sup>8</sup> Sie beunruhigt vor allem die Angehörigen der dort kämpfenden Soldaten stark. «Frauen, die Männer oder Söhne auf der Krim wissen oder dort vermuten, sind sehr niedergeschlagen und weinen tagelang» (z.B. Bayreuth, Braunschweig, Bremen, Frankfurt/Oder, Karlsruhe).

Man spreche in der Bevölkerung immer mehr von unseren hohen Verlusten im Osten, die jene des letzten Weltkrieges bereits übersteigen würden. Man mache sich auch Gedanken über das Los der in Gefangenschaft geratenen Soldaten und erwarte Aufklärung über ihr Schicksal. Dazu gingen die widersprechendsten Gerüchte ein. So heisse es, die Gefangenen, vor allem die Angehörigen der SS, würden getötet. Ein andermal erzähle man sich, die Gefangenen hätten es bei den Russen gar nicht so schlecht. Sie dürften auch Briefe schreiben, doch würden diese den Empfängern nicht ausgeliefert. Angeblich würden die Postsäcke von russischen Flugzeugen über der deutschen Front abgeworfen, von den zuständigen Stellen jedoch beschlagnahmt und vernichtet (Halle).

5. Der letzten Zusammenkunft zwischen Führer und Duce hat man grösstenteils keine besondere Beachtung geschenkt (z.B. Düsseldorf, Bremen, Stettin, Linz, Kattowitz, Posen, Litzmannstadt u.a.).<sup>9</sup> Sie ist durchweg hingenommen worden und bildet kaum einen Anlass, sich überrascht zu zeigen (z.B. Wien, Klagenfurt). Man habe kein Vertrauen mehr in die militärische Kraft Italiens. Mussolini sei ein «toter Mann». Man könne ihn nicht wieder aufwecken. Mehr beachtet worden seien die Bil-

Noch zum 4. Mai 1944

1944 besonders in Südfrankreich zu einer Bedrohung der rückwärtigen deutschen Verbindungen. – 8. Die Räumung der Krim war erst am 13. Mai abgeschlossen. – 9. Sie hatten sich am 22. und 23. April im Schloss Klessheim getroffen, Mussolini hatte versprochen, seinen «Kampfeinsatz zu aktivieren» (Text des Kommuniqués bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen, Bd. 2.



der von den neuen italienischen Divisionen, die unter deutscher Führung stehen, und die von Generalfeldmarschall Keitel dem Duce vorgestellt wurden. Vielfach zeige man noch ein Mitgefühl für den Duce persönlich. Man habe an Hand der Aufnahmen festgestellt, dass er «schlecht aussehe» (z.B. Frankfurt/Oder u.a.).

6. Der Tod des Generaloberst Hube wurde allgemein mit grosser Anteilnahme vernommen.<sup>10</sup> Es sei beklemmend, dass «wieder einer der Besten» für uns verloren ist. Auffallend sei auch, dass der Tod Hubes unter Umständen erfolgt sei, die man schon von Flugzeugunfällen von Dr. Todt, Udet und Mölders kenne.<sup>11</sup> Man vermutet daher vielfach einen Sabotageakt (Bayreuth, Stuttgart, Wien, Bremen, Kassel, Berlin u.a.). Viel besprochen wurde es, dass der Tod Hubes erst bekanntgegeben wurde, nachdem bereits die Flaggen der öffentlichen Gebäude halbstock gesetzt waren.

7. Dass der 1. Mai ein Tag der Arbeitsruhe gewesen ist, hat allgemein sehr befriedigt. Da die beiden Feiertage<sup>12</sup> durch keine Kundgebungen unterbrochen wurden, habe man sie ausgiebig benutzt, um sich einmal ordentlich auszuruhen. Dass auch die feindliche Lufttätigkeit an diesen Tagen ruhiger war, habe man als sehr angenehm empfunden (z.B. Linz, Stuttgart, Düsseldorf, Braunschweig u.a.). Teilweise ungünstig habe es sich ausgewirkt, dass vor allem die Grubenarbeiter am 1. Mai ihre Schicht fahren mussten, während andere wichtige Rüstungsbetriebe feierten (z.B. Kattowitz u.a.).

8. Juni 1944 (grüne Serie)

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Der Eintritt der Invasion wird allgemein als Erlösung aus einer unerträglichen Spannung und drückenden Ungewissheit empfunden.<sup>1</sup> Sie bildet fast den einzigen Gesprächsgegenstand. Alles andere tritt demgegenüber völlig zurück.

Die Nachricht vom Beginn der Invasion wurde teilweise mit grosser Begeisterung aufgenommen. Sie kam für die vielen, die wegen des langen Ausbleibens schon nicht mehr daran geglaubt hatten, ganz überraschend.

Noch zum 4. Mai 1944

1963. S. 2'099). – 10. Generaloberst Hube war am 21. April beim Rückflug von einem Empfang bei Hitler, der ihn wegen des von ihm geführten Ausbruchs der 1. Panzerarmee aus dem Kessel Kamenez-Podolsk ausgezeichnet hatte, bei Berchtesgaden mit dem Flugzeug abgestürzt. – 11. Vgl. oben Nr. 381 der «Meldungen aus dem Reich». – 12. Der 30. April war ein Sonntag gewesen.

Zum 8. Juni 1944

1. Die englischen und amerikanischen Truppen waren am 6. Juni zwischen Le Havre und Cherbourg gelandet, der Wehrmachtbericht vom 7. Juni hatte zugegeben, dass es dem Feind

Die Stimmung hat sich mit einem Schlage gewandelt<sup>2</sup> und ist hinsichtlich, des Kommenden zwar ernst, aber sehr ruhig und zuversichtlich. Die Meldungen über den Verlauf der Kämpfe am Atlantik werden mit grösster Spannung verfolgt.

Die Erörterungen um die Invasion drehen sich in der Hauptsache um folgende Fragen: Bringt die Invasion die sehnlichst erwartete Entscheidung? Wird sie ein dauerhaftes Nachlassen der Luftangriffe auf das Reichsgebiet zur Folge haben? Kommt mit der Invasion endlich auch die Vergeltung? Wird unsere «Geheimwaffe» jetzt eingesetzt? Wo werden die Anglo-Amerikaner noch landen? Vielfach verweist man auch auf den Satz in der Erklärung des Führers zur kampflosen Aufgabe von Rom vom 5. 6.: «Das Jahr der Invasion wird dem Gegner an der entscheidendsten Stelle eine vernichtende Niederlage bringen.» Er schein nun schneller Wirklichkeit zu werden, als man gedacht habe. Immer wieder höre man zufriedene Äusserungen wie: «Gott sei Dank, dass jetzt endlich diese ewige Spannung genommen ist» oder «Nun weiss man doch endlich, woran wir sind» oder «Jetzt endlich ist die Entscheidung da. Nun wird man bald sehen, dass nicht alles umsonst war und dass wir noch da sind.» (Berlin, Kiel, Stettin, Breslau, Hamburg, Koblenz u.a.)

Der Beginn der Invasion hat die Nachricht von der Aufgabe Roms völlig überdeckt.<sup>3</sup> Von politisch bewusst denkenden Volksgenossen wird die Feststellung getroffen, dass die Engländer und Amerikaner sich völlig getäuscht haben, wenn sie sich mit dem Beginn der Invasion unmittelbar an den Fall der Hauptstadt des Verbündeten eine besondere psychologische Wirkung auf unser Volk versprochen haben.

Ausserordentlich anerkannt wird die sehr bald einsetzende ausführliche Nachrichtengebung in Presse und Rundfunk. Die Atmosphäre ist gegenwärtig weitgehendst frei von negativer Gerüchtebildung. Sehr stark ist das Gefühl, dass ganz nackt und ohne Rücksicht schnellstens alles das bekanntgegeben wird, was sich militärisch verantworten lässt. Die Meldungen des OKW bilden wieder das Rückgrat der eigenen Meinungsbildung.

Ganz besonders angesprochen fühlt man sich durch den tiefen Ernst, in dem vor allem die Presse über die ganze Schwere der vor uns liegenden Entscheidungen schreibt, wobei keine Unklarheit darüber gelassen wird, dass wir entweder siegen oder als Volk untergehen.

Noch zum 8. Juni 1944

gelungen war, seine Brückenköpfe zu behaupten. – 2. In den vorangehenden Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung vom 1. Juni war von Enttäuschung über das Ausbleiben der Invasion im Mai berichtet worden; die Vorstellung, dass mit dem entscheidenden Waffengang im Westen eine Wendung in der Kriegslage zugunsten Deutschlands eintreten solle, trage dazu bei, die weitere Entwicklung allmählich recht mutlos zu betrachten. – 3. Der neue Angriff auf die deutsche Front in Italien hatte am 11. Mai begonnen, am 25. hatten die von Süden und aus dem Brückenkopf bei Nettuno angreifenden Verbände sich vereinigen können, am 4. Juni hatten die deutschen Truppen hinter Rom zurückgenommen werden müssen. –

Nach dem ersten befreienden Aufatmen über den Beginn der Invasion und in der bei aller Schwere durchweg vorhandenen Zuversicht treten zunächst vereinzelt Gedankengänge auf, die in den nächsten Tagen weiteren Umfang annehmen können.

a) Man hat sich grossenteils die Invasion in ihren Auswirkungen auf den gesamten Reichsraum viel schlimmer vorgestellt und wundert sich beispielsweise darüber, dass seit Beginn der Invasion die Luftangriffe auf das Reichsgebiet aufgehört haben. Die Volksgenossen haben eigentlich damit gerechnet, dass bei Beginn der Invasion eine nochmalige machtvolle Terrorisierung aus der Luft stattfinden würde, und es war die Vorstellung häufig, dass Sabotagetrupps bis weit in das Heimatgebiet hinein abgesetzt werden würden, die gegebenenfalls auch die Zivilbevölkerung nicht schonen würden. Man sei sich noch nicht ganz sicher, ob die Invasion sich wirklich auf den schmalen Streifen an der Atlantikküste konzentriert oder ob nicht noch gewisse Dinge nachkommen.

b) Aus dem Bild einer äussersten Kraftanstrengung der Gegenseite heraus hat die Bevölkerung zu einem grossen Teil erwartet, dass mit dem Beginn des Angriffs der Engländer und Amerikaner einschneidende Massnahmen für das ganze Reich kommen, dass beispielsweise der zivile Eisenbahnverkehr gesperrt wird, dass erhebliche Einschränkungen im Post- und Fernsprechverkehr erfolgen, dass eine allgemeine Urlaubssperre eintritt und ähnliches. Man habe sich eigentlich darauf eingerichtet und innerlich damit abgefunden gehabt, dass mit dem Beginn der Invasion ein wirklich totaler Krieg mit zunächst harten Konsequenzen für die ganze Heimatfront einsetzt. Man könne es noch nicht recht fassen, dass scheinbar das ganze Leben im Reich trotz Invasion normal weiterläuft. Viele Volksgenossen fragten sich, ob wir es uns leisten könnten, der Invasion ohne besondere Massnahmen im Heimatgebiet zu begegnen. Der örtlich auf die Atlantikküste beschränkte Umfang der Operationen schein dies allerdings zu rechtfertigen. Hoffentlich würden nicht später Massnahmen notwendig, die man bei Beginn der sehnlich erwarteten Invasion bis zur äussersten Grenze auf sich genommen hätte, die aber später unter dem Zwang etwaiger ungünstiger Ereignisse, mit denen man auch nach der Schreibweise unserer Führungsmittel immer noch rechnen müsse, schwerer ertragen würden.

c) Natürlich bangen die Teile der Bevölkerung, vor allem die Frauen, die ihre Angehörigen unmittelbar in den schwersten Kämpfen an der Kanalküste wissen, um deren Schicksal, wie sich auch ein Teil der Volksgenossen Gedanken darüber macht, ob die Befestigungen des Atlantikwalls dem massierten Angriff von der See her und aus der Luft standhalten könnten, nachdem es den ersten Wellen des Feindes gelungen ist, sich an einigen Stellen festzusetzen.

Im Einzelnen liegen zu den Ereignissen folgende Äusserungen der Bevölkerung vor:

1. Die Nachricht vom Beginn der Invasion hatte sich teilweise schon vor Bekanntgabe durch den Rundfunk in Wehrmachts- und Parteidienststellen und Behörden herumgesprochen (z.B. Kattowitz). Unter den Volksgenossen sei das Ereignis auch durch Abhören von Auslandssendern (z.B. Nürnberg, Würzburg durch Beromünster) und durch holländische Grenzgänger (z.B. Bielefeld) bekanntgeworden. Im Elsass habe man z.B. Kenntnis gehabt von einem Aufruf des Generals Eisenhower<sup>4</sup>, von beabsichtigten Reden des englischen Königs, de Gaulles, von angeblichen Proklamationen der belgischen und niederländischen Exilregierungen und von einer Aufforderung des Londoner Rundfunks an die französische Bevölkerung, sich «bis zum gegebenen Augenblick» ruhig zu verhalten. Vielfach sei die örtlich angeordnete Sperre für private Ferngespräche und Telegramme aufgefallen. Auch daraus habe man geschlossen, dass «etwas los» sein müsse (z.B. Breslau, Braunschweig, Nürnberg).

Der Grossteil der Bevölkerung erfuhr jedoch den Beginn der Invasion durch die Mitteilung des Rundfunks im ersten Mittagsnachrichtendienst sowie durch Zeitungsanschläge.

Die Meldung habe sich wie «eine Sondermeldung aus alter Zeit» angehört und habe sich mit Windeseile verbreitet. Allenthalben habe man sich um die Rundfunkgeräte versammelt und auf weitere Nachrichten gewartet. Wenn der Rundfunk bis zur Bekanntgabe der Räumung Roms keine besonders interessierten Hörer mehr gehabt hat, so ist nun wieder alles an die Apparate gestürzt. Den «Bericht zur Lage» habe man vor Aufmerksamkeit «geradezu gefressen» (z.B. Stuttgart). Die Ausführungen von Hans Fritzsche hätten stark angesprochen (z.B. Bremen, Breslau, Kiel, Hamburg, Frankfurt/Oder).<sup>5</sup> Seine Sprache sei offen, ernst, entschlossen und zuversichtlich gewesen. Sie habe «Hurraschreier gedämpft und Zaghafte Haltung gegeben». Wenn man auch gerne mehr erfahren hätte, so habe die Mehrzahl der Volksgenossen doch vernünftigerweise noch keine Einzelheiten erwartet. Etwas erstaunt sei man über die Kürze der Mitteilung im Wehrmachtbericht gewesen. Mit Befriedigung habe man dagegen die Ankündigungen von PK-Berichten aufgenommen. Der erste Frontbericht von Dr. Schelkopf habe ein eindrucksvolles Bild von der Schwere der Kämpfe vermittelt (z.B. Breslau, Litzmannstadt). Auch die am Abend durchgegebenen weiteren PK-Berichte hätten grosse Auf-

Noch zum 8. Juni 1944

4. Der alliierte Oberbefehlshaber hatte sich darin an die Franzosen mit der Aufforderung gewandt, die Befreiung in Ruhe zu erwarten. (Eisenhower, *Crusade in Europe*. 1948. S. 248). – 5. Manuskripte der wöchentlichen Kommentare des Ministerialdirektors im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda sind nur bis Februar 1944 in Akten des Ministeriums im Bundesarchiv vorhanden. –

merksamkeit gefunden. Die spärlichen Berichte in den ersten Abendnachrichtendiensten hätten zunächst etwas enttäuscht. Man versteht, dass nach den Meldungen des Rundfunks in den meisten europäischen Hauptstädten durch Sondermeldungen und Extrablätter ein grosses Geschrei gemacht worden ist, während im Reich zunächst nur sehr knappe Meldungen ausgegeben wurden. Mit Ungeduld sind die Zeitungen des folgenden Tages erwartet worden. Man habe sich um die Blätter «gerissen» und jede Zeile genau gelesen, die zum neuen Ereignis enthalten war. Die feste und klare Linie der Kommentare und Leitartikel habe gut eingeschlagen. Begrüsst habe man vor allem auch die meist beigegebenen Kartenskizzen des neuen Kriegsschauplatzes.

2. Das Gefühl, dass es «nun wieder anders wird», habe der gedrückten Stimmung nicht nur einen starken Auftrieb gegeben, sondern auch das Vertrauen in die eigene Kraft und in die Führung gestärkt. So habe die Nachricht, dass die feindlichen Luftlandtruppen z.T. schon beim Absprung erfasst und zahlreiche Fallschirmeinheiten aufgerieben wurden, den Glauben an unsere Abwehrkraft gefestigt. Das Vertrauen zu Generalfeldmarschall Rommel ist gross (z.B. Breslau, Berlin, Kiel, Koblenz). Vor allem aber erkenne man wieder einmal die weitsichtige Planung des Führers. Es habe sich jetzt gezeigt, wie recht der Führer hatte, auf allen Kriegsschauplätzen «kurzzutreten» und alle Kraft auf den entscheidenden Schlag im Westen zu konzentrieren (z.B. Posen, Berlin).

3. In grosser Mehrzahl glauben jetzt die Volksgenossen, dass die Invasion die Entscheidung dieses Krieges und damit ein nicht mehr allzufern Ende des ganzen Krieges bringen wird. Ein kleinerer Teil ist sich nicht ganz sicher, ob der Gegner nicht noch andere «Überraschungen» für uns bereit hält, die dem Krieg wieder eine ganz andere Wendung geben könnten. Nur wenige Volksgenossen sind es, die in den begonnenen Operationen noch nicht das entscheidende Ereignis, sondern ein Scheinmanöver sehen wollen (z.B. Berlin, Hamburg, Linz u.a.).

4. Die Frage, ob und wie weit die neue Lage sich auf den Luftkrieg auswirken wird, wird stark besprochen (z.B. Berlin, Breslau, Kiel). Aus dem Umstand, dass über dem Reichsgebiet Ruhe herrsche, wird meist geschlossen, dass der Gegner seine Luftwaffe anderweitig notwendiger braucht und dass bei ihm die Bäume doch nicht so weit in den Himmel gewachsen sind, dass er gleichzeitig mit der Landung auch noch das Reich bombardiert. Ängstliche Gemüter, vor allem Frauen, trauen aber der gegenwärtigen Ruhe doch nicht und befürchten nach «dem ersten Rummel» am Atlantik verstärkte Angriffe. In Berlin orakelt man sogar von der Möglichkeit einer Landung von Truppen aus der Luft.

5. Nachdem die Invasion begonnen hat, erinnere man sich vielfach der Hinweise der Führungsmittel, dass die Vergeltung bei der Invasion

erfolgen werde, und man knüpfte daran grosse Hoffnungen (z.B. Posen, Bremen, Hamburg, Schwerin, Litzmannstadt, Karlsruhe). Man glaube, dass nun der Augenblick gekommen sei, den seinerzeit Schwarz van Berk in seinem Aufsatz «Die ungeahnten Folgen» im «Reich» als den «psychologisch richtigen» bezeichnet habe (z.B. Berlin). Fast allgemein wird angenommen, dass jetzt unsere «Vergeltungswaffe» eingesetzt werde.<sup>6</sup>

6. In der Erwartung, dass sich die Anglo-Amerikaner für die Invasion sicher irgendwo eine «schwache Stelle» aussuchen würden, habe man sich nicht nur gewundert, sondern ebenso gefreut, dass sie am Atlantik angegriffen haben, an einer Stelle, an der wir sicher sehr stark seien (z.B. Berlin, Bremen). Die Seinemündung habe man offenbar gewählt, weil von hier der nächste Weg nach Paris führe. Die Anglo-Amerikaner würden bestimmt nichts unversucht lassen, dieses Ziel zu erreichen (z.B. Klagenfurt). Vielfach könne man sich nicht vorstellen, dass nach den vielen Ankündigungen der Anglo-Amerikaner über das Ausmass der Invasion die gegenwärtige Landestelle die einzige bleiben solle. Es werde daher angenommen, dass auch an anderen Stellen in Europa Landungsversuche unternommen würden. Vor allem aber halte man es nicht für ausgeschlossen, dass nun auch im Osten neue Operationen beginnen und dass damit an allen Fronten zugleich um die Entscheidung gekämpft werde (z.B. Berlin, Litzmannstadt).<sup>7</sup>

7. Soweit Gerüchte umlaufen, haben diese kaum negativen Charakter. An widersprechenden Erzählungen wurden erfasst: Der Pilot einer deutschen Kuriermaschine der Westfront habe berichtet, dass gleichzeitig mit dem Beginn der Invasion grosse Mengen deutscher Fallschirmjäger in England gelandet seien. Andere wollen wissen, dass die Anglo-Amerikaner auch an anderen Stellen gleichzeitig gelandet seien. Man spreche von Norwegen, Spanien, Südfrankreich und der Deutschen Bucht. Ein «zuverlässiger Mann aus dem RLM»<sup>8</sup> soll gesagt haben, dass in Kirkenes 5'000 Mann feindlicher Invasionstruppen gelandet seien, ferner dass eine Gegeninvasion unsererseits bereits eingeleitet sei. Gerüchtweise erzähle man sich, die besetzten Westgebiete und Westdeutschland hätten Mitteilung erhalten, dass, wenn die Sirenen eine Viertelstunde lang ununterbrochen ertönen, ein deutscher Gasangriff gegen England begonnen habe. Da man

Noch zum 8. Juni 1944

6. Zu dem Artikel von Schlacht van Berk vgl. oben Bericht vom 27. Dezember 1943. Am 16. Mai hatte Hitler den Beginn der Beschiessung Englands mit V-Waffen auf Mitte Juni festgesetzt (Wortlaut des Befehls bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2101). – 7. Die russische Sommeroffensive begann am 9. Juni gegen die finnischen Truppen im Norden, am 22. Juni erfolgte der Angriff auf die Heeresgruppe Mitte, der mit ihrer Zertrümmerung endete, während im Süden und Norden erst am 13. Juli angegriffen wurde. – 8. Reichsluftfahrtministerium und Oberkommando der Luftwaffe. –

mit feindlichen Gegenmassnahmen rechne, hätten die Ortsbauernführer auf dieses Signal hin sämtliches Vieh auf den Bahnhöfen zum Abtransport ins Innere des Reiches bereitzustellen (z.B. Berlin). Nach einem weiteren Gerücht seien 18'000 Flugzeuge im Raume von Paris und Bordeaux gelandet und amerikanische Flugverbände in Rumänien und Bulgarien eingesetzt worden (z.B. Würzburg).

7. Von den militärischen Ereignissen ausserhalb der Invasion fanden die Kämpfe in Italien und die Verlautbarungen der Führungsmittel dazu die stärkste Beachtung. Die Aufgabe Roms stand dabei im Mittelpunkt der Erörterungen. Obwohl man seinen Verlust nach dem Verlauf der vorausgegangenen Ereignisse seit Tagen befürchtet hat<sup>9</sup>, kam er etwas überraschend und löste grossenteils Enttäuschung aus (z.B. Frankfurt/Oder, Kattowitz). Man bedauert immer wieder, dass wir schon soviel bestes Blut in Italien opfern mussten (z.B. Schwerin). Die wichtige Frage in Bezug auf Italien sei jetzt: «Wo wird die Front zum Stehen kommen?» Man nehme an, dass eine Front in Norditalien gehalten werde. Das glaube man aus verschiedenen Stellungnahmen der Presse, wie z.B. aus dem Artikel «Kampf um Strassen» («VB» v. 3. 6.) entnehmen zu können. In ihm werde darauf hingewiesen, dass die deutsche Führung im mittelitalienischen Kriegsschauplatz keinen Ort der Entscheidung sehe und dass die eigentliche Widerstandslinie viel weiter nördlich liege (z.B. Stettin, Berlin). Damit werde freilich die Gefahr der Luftangriffe für die südlichen Reichsteile grösser. Aus der in der gesamten Presse gebrachten Formulierung: «Die Armee Kesselrings ist nach wie vor im Ganzen intakt geblieben, wenn auch die Verbände in der heissen Schlacht manchen tapferen Mann verloren haben» und aus Kriegsberichten wie: «Im Trommelfeuer der Südfront» (u.a. «Kottbusser Anzeiger» v. 1. 6. 1944) oder «Die Eiserne Division» («VB» v. 4. 6. 1944) schliesst man, dass unsere Verluste nicht gering sind.

Die Führererklärung zur Räumung Roms ist allgemein stark beachtet worden. Man habe sich in Gesprächen viel mit der kampflosen Aufgabe Roms beschäftigt. Die Gegner würden sich doch nicht um unsere Vorschläge kümmern, sondern sich alle militärischen Vorteile aus dem Besitz der italienischen Hauptstadt zunutze machen, deren wir uns zur Schonung Roms vor der Zerstörung freiwillig begeben hätten (z.B. Prag, Strassburg, Königsberg, Reichenberg u.a.). Man hätte den Italienern schon eine «saftige Lehre» gegönnt, nachdem die Anglo-Amerikaner auf unsere Kulturdenkmäler ja auch keine Rücksicht nehmen würden. «So machen wir

Noch zum 8. Juni 1944

9. Seit dem 26. Mai war dem Wehrmachtbericht zu entnehmen gewesen, dass die deutschen Armeen in Italien nach Norden gedrängt wurden. Der langsame Rückzug kam im August in der Appennin-Stellung nördlich Florenz zum Stehen.

es immer: Unsere Städte müssen wir uns zerschlagen lassen, aber die Kulturstätte Rom wird von uns geschont.» Mit Spannung verfolge man die künftige Haltung des Papstes, den man nicht für deutschfreundlich halte. Man glaube, dass er sich nun «auf die Gegenseite schlagen» werde (z.B. Berlin, Prag, Breslau, Wien, Schwerin, Reichenberg, Kiel u.a.).

Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Kämpfen tauche erneut die Frage auf, wo denn die von Mussolini neu aufgestellten italienischen Divisionen blieben. Unsere Soldaten müssten immer noch allein die ganze Last des Kampfes tragen, während die Italiener selbst keinen Beitrag zum Schutz des eigenen Landes leisteten (z.B. Nürnberg, Stettin, Prag).

(Ca. 2. Juli 1944)<sup>1</sup>

Einfluss der Gerüchte und militärisch-politischen Kombinationen auf die Stimmung und Meinungsbildung der Bevölkerung seit Beginn der Invasion

Während noch im Mai die verschiedensten Themen Inhalt und Anlass von Gerüchten bildeten<sup>2</sup>» konzentrierte sich nach Beginn der Invasion und Vergeltung auch die Gerüchtebildung auf diese Ereignisse und ihren vermutlichen weiteren Verlauf.

Bereits kurze Zeit nach Beginn der Invasion fand die Ungeduld, die das Ausbleiben eines kriegsentscheidenden Ereignisses hervorrief, ihren Ausdruck in dem Gerücht, die Kämpfe im Westen verliefen nicht nach unseren Wünschen. Die feindliche Luftüberlegenheit sei so gross, dass wir unsere Kräfte nicht schnell genug heranführen könnten. Von Paris ins Reich stehe nur noch eine intakte Bahnstrecke zur Verfügung. In Paris beständen Ernährungsschwierigkeiten. In 7 Departements seien Aufstände ausgebrochen; die Franzosen seien Herren der Lage.<sup>3</sup> Sie zögen Truppen

Zum 2. Juli 1944

1. Der Bericht wurde mit einem undatierten Schreiben, das Kaltenbrunner, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, selbst unterschrieben hat, dem Reichsschatzmeister der NSDAP gleichzeitig mit 3 anderen Berichten «aus den letzten Monaten» übersandt und ging dort am 8. August ein (Bundesarchiv, Sammlung Schumacher Nr. 463). Die Datierung auf Anfang Juli ergibt sich aus der Erwähnung des Todes von Dietl, der erst am 30. Juni bekanntgegeben wurde, während die Ende Juni erkennbaren Erfolge der russischen Offensive im Mittelabschnitt der Ostfront noch nicht berücksichtigt sind. Die vorhandenen SD-Berichte zu Inlandsfragen enden in der grünen Serie am 8. Juni, in der roten schon am 25. Mai, in der blauen am 26. Juni; aus der gelben und weissen Serie liegen noch Berichte vom 24. und 27. Juli 1944 vor. – 2. Die in den vorhandenen Berichten aus dem Mai erfassten Gerüchte hatten sich sämtlich auf die Invasionsvorbereitung bezogen, z.B., dass der Atlantikwall noch nicht ganz fertig sei, dass alle Rheinbrücken bis auf zwei zerstört seien und dass die Evakuierung Hamburgs für den Fall einer Landung an der Nordseeküste vorbereitet werde. – 3. Vgl. Anm. 7 zum 4. Mai 1944. –



ein, die von den Anglo-Amerikanern aus der Luft mit Waffen versorgt würden (z.B. Gespräche in der Eisenbahn). Für die nächste Zeit stehe eine feindliche Landung in Südfrankreich bevor. Auch von bevorstehenden Landungen feindlicher Truppen an der norddeutschen Küste ist die Rede. Die Einwohner von Hamburg und Bremen hätten Anweisung, die Städte zu verlassen, sobald die Kirchenglocken zu ungewöhnlicher Zeit läuteten. Dies sei das Signal für das Nahen der Invasionstruppen. Durch die feindlichen Luftangriffe seien fast unsere sämtlichen Hydrierwerke zerstört.<sup>4</sup> Vereinzelt heisst es, dass wir trotz aller Sparsamkeit mit dem Treibstoff höchstens noch 6 bis 8 Wochen reichen würden.

Vielfach wurde indessen auch kombiniert, wir liessen die Gegner absichtlich Fuss fassen, um ihnen alsdann mit Hilfe unserer neuen Waffen eine entscheidende Niederlage beibringen zu können. Wir würden alsbald neuartige Riesenpanzer und ferngesteuerte Flugzeuge sowie kleine Maschinen einsetzen, die katapultartig von Flugzeugen aus auf die feindlichen Führermaschinen gesteuert würden. Wir hätten auch einen Apparat erfunden, der die Funkverbindungen der Feindflieger ausser Tätigkeit setzen könne. In den Messerschmittwerken in Augsburg sei die Serienproduktion eines neuen Jägers aufgenommen, der eine Geschwindigkeit von 1280 Std/km entwickeln könne und innerhalb von 3 Minuten eine Höhe von 10'000 m erreiche (westfälische Industrielle).<sup>5</sup> Leider sei jedoch dieses Werk durch die feindlichen Luftangriffe zu 90 Prozent zerstört. Es sei neuerdings ein Turbinenflugzeug von hoher Geschwindigkeit konstruiert worden, das von kriegsentscheidender Bedeutung werden könne, denn es fehlten uns nur 1'000 bis 2'000 Jäger (Fliegeroberst im Zuge). Leider aber experimentierte man immer noch an einem geeigneten Fahrgestell herum, anstatt so schnell wie möglich die Massenproduktion aufzunehmen.

Aber auch der Feind habe neue Waffen in Vorbereitung, insbesondere die verschiedensten Arten von Bomben wie Phosphor-, Flammenöl-, Pressluft- und Spiralbomben, ausserdem noch Gleitminen sowie Geschosse sehr grossen Kalibers und Transportflugzeuge mit einem riesigen Fassungsvermögen. Die neuartigen Bomben seien bei Terrorangriffen teilweise schon mit verheerender Wirkung zur Anwendung gelangt. Aussicht, das Kriegsende zu erleben, hätten vielleicht nur 60 Prozent der Bevölkerung (Äusserung von Offizieren in der Bahn).

Noch zum 2. Juli 1944

4. Durch die Angriffe ging 1944 die Erzeugung von Flugbenzin von 156'000 t im Mai auf 52'000 t im Juni, von Kraftfahrzeugbenzin von 126'000 t im April auf 94'000 t im Mai und 75'000 t im Juni, die Diesellohlproduktion von 100'000 t im März auf 69'000 t im Juni zurück (Jacobsen, 1939 bis 1945, 5. Aufl. 1961. S. 563). – 5. Anfang 1944 hatte der Serienbau des ersten von Strahltriebwerken statt Propellern angetriebenen Jagdflugzeugs, der Me 262, begonnen; erst im November 1944 war das erste Geschwader einsatzbereit. Der Prototyp hatte eine Geschwindigkeit von 895 Stunden-

Es sei, so heisst es sehr häufig, vor allen Dingen zu befürchten, dass die Gegner demnächst bei ihren Luftangriffen Gas verwenden würden (im ganzen Reich verbreitet).

Nach dem Einsatz von V 1<sup>6</sup> wurde erzählt, die Beschiessung Englands werde 14 Tage anhalten und dann werde der Führer England zur bedingungslosen Kapitulation auffordern (Sachsen). Bald darauf aber hiess es, die Wirkung von V 1 sei nicht besonders hoch zu veranschlagen. Hauptsächlich sei es als Propagandamittel zu bewerten, jedoch nicht nur für uns, sondern auch für die Feinde, die die Anwendung von V 1 vor der Weltöffentlichkeit als Beweis deutscher Brutalität anzuprangern versuchten, trotzdem ihnen mit diesem Vergeltungsmittel kein besonderer Schaden zugefügt würde. Wir hätten V 1 vorzeitig einsetzen müssen, da dem Gegner bei der Invasion einige Abschussstellen in die Hände gefallen seien.<sup>7</sup> Dass die Wirkung von V 1 bedeutend sei, so heisst es hingegen von anderer Seite, lasse sich daraus ersehen, dass die Engländer bereits beim Papst vorstellig geworden wären, damit dieser wegen Einstellung der Beschiessung intervenieren möge. Gerüchten aus Oberschlesien zufolge soll er diesen Schritt sogar schon unternommen haben. Dies halte die deutsche Regierung geheim. In Arbeiter- und Angestelltenkreisen Oberschlesiens läuft auch das Gerücht um, in England sei infolge der Beschiessung mit V 1 der Generalstreik ausgebrochen und die Bevölkerung verlange in Massendemonstrationen vor den Regierungsgebäuden einen Frieden um jeden Preis. Daraufhin sei die englische Regierung mit uns in Waffenstillstandsverhandlungen eingetreten. Sie beabsichtige die Zurückziehung ihrer Truppen von der Invasionsfront. Einem anderen aus Kattowitz berichteten Gerücht zufolge habe indessen die englische Regierung gedroht, gegen die deutsche Zivilbevölkerung schwere Gasbomben einzusetzen, falls der Einsatz von V 1 nicht umgehend aufgegeben werde.

Das Interesse an V 1 wendet sich jetzt vornehmlich seiner technischen Beschaffenheit zu. Es werden verschiedene Ansichten geäussert. So heisst es, dass es sich bei den Sprengkörpern um ganz primitive Segelflugzeuge handle, die im Motorschlepp hochgezogen und dann ferngesteuert würden. Die Bomben würden durch Fernsteuerung über dem Ziel ausgeklinkt.

Noch zum 2. Juli 1944

kilometern und eine Gipfelhöhe von 13'500 m (Lusar, Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkriegs und ihre Weiterentwicklung. 4. Aufl. 1962. S. 89 f.). – 6. Bei der Vergeltungswaffe Nr. 1, die im Wehrmachtbericht vom 16. Juni als «neuartiger Sprengkörper schwersten Kalibers» bezeichnet worden war, handelte es sich um ferngelenkte Geschosse mit Eigenantrieb, die 800-1'000 kg Sprengstoff enthielten. In den ersten 80 Tagen des Einsatzes wurden mehr als 9'300 V 1 verschossen, von denen 2'000 kurz nach dem Start abstürzten, viele andere wurden von der englischen Luftabwehr vor dem Ziel zum Absturz gebracht (Lusar, a. a. O., S. 148 ff.). 7. Das Gegenteil stimmte: Der für Dezember 1943 vorgesehene erste Abschuss hatte mehrfach verschoben werden müssen, weil die Abschussrampen durch feindliche Luftangriffe zerstört worden waren (Lusar, ebd.). –

Das Flugzeug selbst, das auch mit einem neuartigen Sprengstoff gefüllt sei, stürze ebenfalls ins Ziel (Westfalen). Nach anderen Behauptungen handelt es sich bei V 1 um eine beflügelte Raketenbombe, die flüssige Luft enthalte und auf eine bestimmte Entfernung eingestellt werden könne. Die Rakete habe eine Länge von 8 m, ein Gewicht von 180 Ztr. und enthalte als Sprengladung Nitroglyzerin. Dieses explodiere sofort, wenn es mit Sauerstoff der Luft in Berührung komme. Ein Geschoss könne eine Fläche von 2 km<sup>2</sup> dem Erdboden gleichmachen (Oberschlesien). Es sei ein Vorrat von 1 Million Stück vorhanden. Täglich würden 500 abgeschossen. Diese Beschiessung, unter der auch Schottland liege, werde etwa 3 bis 4 Monate fortgesetzt werden, bis eine noch bessere Waffe zum Einsatz gelangen könne.<sup>8</sup>

Man zerbricht sich auch schon über die mutmassliche V 2 den Kopf. Vornehmlich denkt man dabei an Zwerg-U-Boote mit 5, 2 oder nur 1 Mann Besatzung, bei denen die feindlichen Suchgeräte zur Erfolglosigkeit verurteilt seien. Diese könnten schon in etwa 2 Wochen in Aktion gegen die Invasionsflotte treten (Westfalen, Rheinland, Berlin). Andere reden von einer hochexplosiven Flüssigkeit, die man aus Flugzeugen herabregnen lassen wolle.

Das Interesse an den Ereignissen im Osten, das nach Beginn der Invasion in den Hintergrund getreten war, nahm wieder zu, wie ein Gerücht des Inhalts beweist, es sei binnen Kurzem mit einer russischen Invasion im Ostseeraum zu rechnen. In Kronstadt sei bereits eine starke russische Flotte versammelt, bei der sich auch das wieder gehobene Schlachtschiff «Marat» befinde. Der Angriff solle sich gegen Mecklenburg und Pommern richten, wo V 1 hergestellt werde. Diese Invasion sei für die ersten Juliwochen zu erwarten.

Es fehlt auch nicht an Behauptungen, nicht nur Warschau, sondern auch Litzmannstadt, Königsberg, Tilsit und selbst Ostoberschlesien würden bereits geräumt (Altmark, Frankfurt/Main, Warthegau). Wir würden wohl bis zur Weichsel zurückgehen müssen, da die Entscheidungsschlacht im Westen noch nicht geschlagen werden könne. Erst wenn wir unsere Truppen im Westen wieder frei hätten, könnten wir den Russen zurückwerfen. Unsere U-Boot-Waffe könne frühestens in etwa einem halben Jahr wieder aktiv werden, da wohl die theoretische Lösung zur Neutralisierung der feindlichen Suchgeräte gefunden sei, die Serienarbeit jedoch noch nicht so schnell durchgeführt werden könne, weil sich in der Praxis noch Mängel zeigten. Die umgebauten U-Boote könnten auch unter Was-

Noch zum 2. Juli 1944

8. Die V 2, eine Flüssigkeitsrakete mit einer Geschwindigkeit von 5'470 Stundenkilometern, gegen die es keine Abwehr gab, wurde erstmals am 8. September 1944 gegen England eingesetzt (Lusar,

ser mit Dieselmotoren fahren und eine sehr erhebliche Geschwindigkeit erreichen.<sup>9</sup>

Über Friedensverhandlungen ist es stiller geworden, abgesehen von der obenerwähnten Meldung aus Oberschlesien, wo man auch von angeblichen Verhandlungen zwischen Deutschland und England beim deutschen Botschafter in Madrid spricht. Anfang Mai wurde aus rheinischen Industriellenkreisen berichtet, Japan habe sich bemüht, eine Einigung zwischen Deutschland und Russland herbeizuführen, die jedoch von der deutschen Führung strikt zurückgewiesen worden sei. Die Russen hätten völlige Räumung Russlands, freien Zugang zur Ostsee und zum Mittelmeer und spätere Grosslieferungen an Konsumgütern gefordert. Sie hätten durchblicken lassen, dass sie keine Neigung hätten, als Schrittmacher der Plutokraten weiterzukämpfen. Da Deutschland sich jedoch ablehnend verhalten habe, sei eine Abkühlung der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan eingetreten.

Mit Hartnäckigkeit hält sich die Meinung in der Bevölkerung, im Falle einer deutschen Niederlage würden die Westmächte Deutschland nicht den Russen ausliefern, sondern mit uns gemeinschaftlich gegen diese zu Felde ziehen. Deutschland müsse dazu das Hauptkontingent an Truppen stellen, werde aber für diese Waffenhilfe günstigere Friedensbedingungen erhalten. Diese Kombination brachten erst neuerdings wieder Urlauber aus Griechenland unter der Angabe mit, griechische Emigranten hätten in Ägypten derartige Pläne in englischen Offizierskreisen gehört (Halle, Merseburg, Berlin).

Gerüchte über führende Persönlichkeiten sind zurückgegangen, doch wird immer noch erzählt, es bestehe eine Spannung zwischen dem Führer und dem Reichsmarschall, weil letzterer die Luftaufrüstung vernachlässigt habe. Zurzeit habe ihm der Führer Hausarrest auferlegt (in Berlin vereinzelt erzählt). Im Warthegau wird sogar erzählt, er sei vom Führer seines Amtes enthoben.<sup>10</sup> Dr. Leys Stellung sei endgültig erschüttert, nachdem der Führer erfahren habe, dass er sich in seiner Privatwohnung in Berlin ein Kino für 80 Personen habe bauen lassen (Rheinland). Der frühere Reichsfinanzminister Hjalmar Schacht sei in ein Konzentrationslager eingewiesen worden.<sup>11</sup> Über den Tod von Gauleiter Wagner in

Noch zum 2. Juli 1944

a. a. O., S. 150 ff.). – 9. Von einem neuen U-Boot-Typ, der bis zu 11 Tage unter Wasser bleiben konnte, wurden zwar bis Ende Oktober 45 Boote fertig, konnten aber nicht mehr eingesetzt werden (Rüge, *Der Seekrieg 1939-1945*. 1954- S. 236). – 10. Über frühere derartige Gerüchte vgl. oben Nr. 186 der «Meldungen aus dem Reich». Dass Göring wegen des Versagens der Luftwaffe seinen Einfluss bei Hitler verloren hatte, ergibt sich aus den Goebbels-Tagebüchern und aus Aussagen seiner Mitarbeiter, vgl. Fraenkel-Manvell, Hermann Göring. Dte. Ausgabe 1964, S. 255 f., 283. – 11. Hjalmar Schacht war nicht Reichsfinanz-, sondern von Juli 1934 bis November 1937 Reichswirtschaftsminister gewesen und seitdem Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Er wurde erst nach

München<sup>12</sup> heisst es, er habe auf einer Grossversammlung gesagt, wenn wir den Krieg gewännen, sei das ein Verdienst der Partei, wenn wir ihn aber verlören, so trage die Wehrmacht die Schuld. Daraufhin hätten ihn Offiziere mit der Pistole oder mit Faustschlägen angegriffen, und den dabei erlittenen Verletzungen sei er dann erlegen (Rheinland, Rheinhessen). In bezug auf den Tod der Generalobersten Dietl<sup>13</sup> und Dollmann<sup>14</sup> wird überall die Vermutung von Sabotageakten geäussert.

Bereits Anfang Mai wurde erzählt, dass der Minister Speer auf die Vorstellungen von Dr. Ley, Gauleiter Sauckel und Prof. Krauch, dem Generalbevollmächtigten für die Reichsgruppe Chemie, abgesetzt sei, weil er die Flugzeugproduktion vernachlässigt habe (Halle, Berlin). Dieses Gerücht verstummte jedoch schlagartig nach der Veröffentlichung neuer Bilder des Reichsministers.<sup>15</sup>

Bereits Anfang Mai wurde im ganzen Reich auch erzählt, dass die Generalfeldmarschälle von Manstein und von Kleist<sup>16</sup> abgesetzt seien. Als Grund wurde angegeben, dass sie bei dem Rückzug aus der Ukraine den Kopf verloren hätten. Der Rückzug habe teilweise die Form einer regelrechten Flucht angenommen, und es sei auf diese Weise ungeheures Material verlorengegangen. Vielfach hätten Offiziere sich lediglich bemüht, ihre persönliche Habe in Sicherheit zu bringen, ohne sich um die Truppe und das Heeresgut zu kümmern.

Im Mai war von einer Einziehung der Fleischkarte, der Begrenzung der Gewährung von Hinterbliebenenunterstützung auf die Dauer von 5 Jahren und einer zwangsweisen Spinnstoffabgabe die Rede.

Immer wieder wird berichtet, dass die Bevölkerung die Kriegsentscheidung als nahe bevorstehend ansieht. Trotz aller Rückschläge möchte sie sich die Hoffnung auf den Sieg nicht rauben lassen. Besonders eifrig werden Berichte von Personen weitergegeben, die Gelegenheit hatten, mit dem Führer zusammenzutreffen und seine Frische, Elastizität und unbedingte Zuversicht zu beobachten.

Sehr bemerkenswert ist die starke Zunahme des Interesses an allen möglichen Arten von Prophezeiungen über das weitere Kriegsgeschehen. Hellseher, Astrologen, Zigeunerinnen, sowie Zahlen- und Buchstabenkabbalistik finden neuerdings wieder besonders grosse Verbreitung. Geschichten

Noch zum 2. Juli 1944

dem 20. Juli 1944 verhaftet und in das Konzentrationslager Flossenbürg eingeliefert. – 12. Er war bereits im April 1944 gestorben. – 13. Am 23. Juni war Dietl, der eine Armee im nördlichsten Teil der Ostfront führte, bei einem Flugzeugabsturz im Reichsgebiet ums Leben gekommen. Thorwald, Die ungeklärten Fälle. 2. Aufl. 1932 weist die Vermutung eines Sabotageakts zurück. – 14. Der Oberbefehlshaber einer Armee an der Invasionsfront war am 27. Juni einem Herzschlag erlegen. Ausserdem waren am 23. Juni zwei weitere Generale tödlich verunglückt (Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen. Bd. 2. 1963. S. 2'109 f.). – 15. Gerade Speer war es gelungen, die deutsche Flugzeugproduktion von 10'250 Maschinen 1940 und 14'700 im Jahre 1942 auf 37'930 für 1944 zu steigern (Jacobsen, 1939-194J. 5. Aufl. 1961. S. 562). – 16. Hitler hatte Manstein

dieser Art werden meistens mit der Bemerkung weitergegeben, es sei ja wahrscheinlich alles Unsinn, vielleicht sei aber doch etwas Wahres daran, denn die Prophezeiung stamme von einem durchaus ernst zu nehmenden Menschen, dessen Voraussagen sich schon mehrfach erfüllt hätten.

Vor allen Dingen kursierten folgende Zusammenstellungen:

1. 1918 Ebert (5 Buchstaben)  
 1923 Hindenburg (10 Buchstaben)<sup>17</sup>  
 1933 Hitler (6 Buchstaben)  
 1939 Krieg (5 Buchstaben)  
 1944 Friede (6 Buchstaben)  
 1950 Kauf ohne Marken.

Soviel Buchstaben im Namen, so viele Jahre liegen zwischen den einzelnen Zeitabständen. 1914-1918 = 4 Jahre; nach 5 Jahren gab es im Oktober 1923 das erste Brot ohne Marken. Der gegenwärtige Krieg dauert ein Jahr länger, also nach 6 Jahren Brot ohne Marken.

2. Mussolini  
 Hitler  
 Chamberlain  
 Da/adier  
 Krieg  
 München

In München kamen die Staatsmänner der europäischen Staaten zusammen, um den Krieg zu vermeiden. Stalin, dessen Namen sich aus dem 3. Buchstaben der vorstehenden Worte ergibt, fehlte. Er wird vernichtet werden.

3. Stalin wird am 26. 6. 1944 von einem Agenten ermordet, in Berlin  
 Waffenstillstand mit Russland, im Herbst Frieden. In dieser Zeit Einmarsch der Japaner in Australien, zur selben Zeit Auseinandersetzung zwischen England und Amerika.
4. Am 26. Juni 1944: Stalin ermordet,  
 am 3. Juli 1944: Deutschland besetzt England,  
 am 6. Juli 1944: Kriegsende mit Russland,  
 im November 1944: Kriegsende.

Ferner ist noch im ganzen Reich das Zahlenspiel mit 129 Jahren verbreitet.

Nach einer Einzelmeldung aus Süddeutschland ist dort in jüngster Zeit das Gerücht aufgetaucht, Mussolini sei gestorben.

Noch zum 2. Juli 1944

und Kleist, die Oberbefehlshaber der beiden Heeresgruppen im Süden der Ostfront, schon Ende März 1944 entlassen, weil sie seine Forderung ablehnten, Stellungen um jeden Preis zu halten (Philippi-Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland, 1962. S. 241). – 17. Hindenburg war nicht 1923, sondern 1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden. –

Ferner wird dort erzählt, ein bei Stalingrad gefangener deutscher General, meist wird von Seydlitz genannt<sup>18</sup>, sei zu den Russen übergegangen und leite die jetzige bolschewistische Offensive.

In den letzten Tagen ist in Berlin und Ostdeutschland gerüchtweise verbreitet, Ostpreussen werde geräumt, da mit einem baldigen Einfall der Russen gerechnet werden müsse.

13. Juli 1944

### Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung

Die schweren Kämpfe an allen Fronten sind für die gesamte Bevölkerung Gegenstand einer täglich zunehmenden Sorge. Das unerwartete rasche Vordringen der Sowjets ist erschreckend und beschäftigt die Gemüter mehr als alles andere.<sup>1</sup> Im Augenblick erscheint allen die Ostfront auf Grund ganz akuter Gefahren viel wichtiger als der Westen. Die Unmöglichkeit für jeden Einzelnen, die Zusammenhänge zu erkennen und die Frage nach dem Zeitpunkt der immer sehnlicher erwarteten Entscheidung im Westen und einer Wendung im Osten zu beantworten, wirkt so deprimierend, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung eine unbeirrt zuversichtliche Stimmung bewahrt (z.B. Berlin, Innsbruck, Würzburg, Frankfurt/Main, Litzmannstadt, Koblenz, Saarbrücken u.a.). Besonders die Frauen leiden stark unter dem Druck der gegenwärtigen Schwierigkeiten. «Es geht fast über meine Kraft, jetzt den Wehrmachtbericht zu hören. Ich muss einfach warten, bis wieder bessere Nachrichten kommen.» Mit solchen und ähnlichen Erklärungen versuchen viele Volksgenossen, um irgendwelche Erörterungen über die Lage herumzukommen. Andere bemühen sich, alle ungünstigen Zukunftsaussichten von sich fernzuhalten und sich mit Tagesereignissen nicht mehr zu beschäftigen, als es unbedingt notwendig ist, um sich nicht in eine Kopflosigkeit hineinreißen zu lassen. Die Männer gehen zumeist stur ihrer Arbeit nach.

Fast allgemein aufgefallen ist der betonte Ernst, der aus den Zeitungen und dem Rundfunk spricht und aus dem man die ganze Schwere dessen, was der Krieg noch bringen wird, ablesen könne, so z.B. aus dem Leit-

Noch zum 2. Juli 1944

18. Ebenso wie sein Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Paulus gehörte auch General v. Seydlitz, der bei Stalingrad ein Armeekorps kommandiert hatte, zum Moskauer «Nationalkomitee Freies Deutschland»; er war Vorsitzender des in den Gefangenenlagern gebildeten «Bundes deutscher Offiziere».

Zum 13. Juli 1944

1. In den ersten Julitagen hatte der Wehrmachtbericht fast täglich ein weiteres Vordringen der russischen Truppen im Mittelabschnitt der Ostfront zugeben müssen, etwa die Räumung von

aufsatz «Zwischen Ost und West – Dreidimensionaler Allfrontenkrieg» («Münchener Neueste Nachrichten» v. 879. 7. 1944).<sup>2</sup> In dem letzteren werde festgestellt, dass es «ein Verhängnis wäre zu glauben, dass der Krieg bereits seine volle Härte erreicht habe und die Zone neuer unbekannter Belastungen durchschritten sei, dass vielmehr jeden Tag ein neues Ereignis, eine neue Herausforderung an die deutsche Kraft hervortreten könne ...» Werde schon durch solche Veröffentlichungen die immer noch leise gehegte Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende stark eingedämmt, so müsse man solche Wünsche ganz aufstecken nach dem Hinweis von Generalleutnant Dittmar in seinem Vortrag vom 7. 7. 1944, dass es für uns um so günstiger sei, je länger sich die Entscheidung hinausziehe.

In diesem Zusammenhang sei die Rede des Führers vor den Wirtschaftsführern stark beachtet worden.<sup>3</sup> Seine Worte hätten auch diesmal die Zuversicht der Volksgenossen gehoben. Vielfach habe man die in den Zeitungen erschienenen Auszüge als zu kurz empfunden (z.B. Nürnberg). Es habe einem wohlgetan vom Führer zu hören, dass wir diese Zeit bestehen und am Ende diesen Krieg gewinnen werden. Genugtuung habe man empfunden über seine Feststellung, dass der deutsche Erfindergeist im Begriff sei, das technische Gleichgewicht wieder herzustellen, um eine der Voraussetzungen zu schaffen, das Steuer des Krieges endgültig herumzuwerfen (z.B. Bayreuth, Berlin u.a.). Man sieht daher in dem gewaltigen gegnerischen Ansturm an allen Fronten einen entscheidenden Wettlauf mit unseren Vorbereitungen für die neuen Waffen. Diese Ansicht führt viele Volksgenossen zu der Besorgnis, dass die nächste neue Waffe nicht mehr allzulange auf sich warten lassen dürfe, wenn wir diesen Wettlauf gewinnen wollten (z.B. Würzburg). Beachtung fand dazu der Kommentar des «VB» vom 6. 7. 1944 zum Wehrmachtbericht mit dessen Hinweis, dass es «Aufgabe der Front ist, den Feind solange hinzuhalten, bis die neuen deutschen Fabriken auf dem Höchststand ihrer Produktion sind und bis die neuen Schöpfungen der deutschen Ingenieure und Konstrukteure sich voll ausgewirkt haben».

Allgemein glaubt man, dass es, um dieses Ziel zu erreichen, der grössten Kraftanstrengung auch der Heimat bedürfe und dass alle verfügbaren Kräfte unmittelbar für die letzte Entscheidung eingesetzt werden müssten. Die Forderung, endlich einen wirklichen totalen Krieg zu führen, werde immer dringlicher (z.B. Bremen). Die letzten Aufsätze von Reichsminister Dr. Goebbels in der Wochenzeitung «Das Reich» und seine kürz-

Noch zum 13. Juli 1944

Sluzk am 2., Minsk am 4., Baranowice am 8., Kämpfe um Wilna am 9. Juli. – 2. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 188/189; der Titel des Artikels, dessen Autor der Hauptschriftleiter Franz Geisler war, lautete – mindestens in einer Teilaufgabe –: Der Kampf ums Leben. – 3. Am 4. Juli auf dem Obersalzberg. Auszüge nach der im Bundesarchiv vorliegenden Schallplattenaufzeichnung bei Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen, Bd. 2. 1963. S. 2'113-2'117. –



liche Rede in Ostdeutschland habe man als ein Eingeständnis dafür angesehen, dass der totale Krieg in der Heimat noch nicht verwirklicht ist.<sup>4</sup> Es sei notwendig, die Durchsetzung des totalen Krieges nicht nur in Reden und Aufsätzen und Aufrufen an die Bevölkerung heranzutragen, sondern Massnahmen zu ergreifen. Man müsse endlich damit aufhören, zur freiwilligen Mitarbeit aufzurufen. Der Grossteil unseres Volkes sei ja zu allem bereit, und diejenigen, die sich bisher noch nicht zum Einsatz gemeldet haben, meldeten sich auch bei keinem weiteren Appell. Es sei jetzt endlich an der Zeit, klar zu bestimmen, was praktisch getan werden soll (z.B. Reichenberg). Jeder klare Befehl werde willig ausgeführt, «wenn die Kriegslasten gleichmässig verteilt werden» und die «führenden Kreise» ebenso wie die einfachen Volksgenossen gleichermaßen die notwendigen persönlichen Einschränkungen auf sich nehmen. Dann wäre es auch möglich, eine nicht geringe Zahl aus den Reihen der UK-Gestellten der Wehrmacht zuzuführen. Es brauchten dafür nicht so viele kaum genesene verwundete Frontsoldaten schon wieder an die Front. Wie wenig man mit solchen Soldaten Schlachten schlagen kann, habe sich schon im ersten Weltkrieg gezeigt.

Im Einzelnen geht aus den vorliegenden Meldungen noch hervor:

1. Von der Entwicklung an der Ostfront kann sich noch niemand ein Bild machen. Vergeblich sucht ein grosser Teil der Volksgenossen nach einer Erklärung dafür, wie alles so kommen konnte (z.B. Frankfurt/Main), und stellt fest, dass die Sowjets sich mit unaufhaltsamen Schritten den Toren des Reiches nähern, dass sie über Witebsk, Minsk nach Wilna, Polozk und Baranowice kamen; man sieht die baltischen Städte, Königsberg und Danzig bedroht, Finnland abgeschnitten, die grossen Lebensmittel- und Sonderdepots im Generalgouvernement und nach der Ukraine weitere für unsere Ernährung wichtige Gebiete verloren (z.B. Würzburg, Bremen, Innsbruck, Posen, Nürnberg u.a.). Gerüchtweise verlautete, dass Ostpreussen bereits evakuiert werde (z.B. Köln).<sup>5</sup> Alarmierend habe die Meldung des OKW-Berichtes vom 8. 7. gewirkt, dass die «eigenen Ausfälle beträchtlich» seien (z.B. Würzburg, Innsbruck, Litzmannstadt, Köln u.a.). Hier und da hört man die Auffassung, über Warschau kämen die Bolschewisten nicht hinaus. Viele Volksgenossen

Noch zum 13. Juli 1944

4. In «Das Reich» Nr. 27 vom 2. Juli 1944 hatte Goebbels die Frage «Führen wir einen totalen Krieg?» verneint und vom «Ballast der Zivilisation» gesprochen, den jeder in dem Bewusstsein abwerfen müsse, sich in Lebensgefahr zu befinden. In der Rede vom 8. Juli hatte er das Thema nochmals aufgegriffen und u.a. gefordert, der weit reduzierte Lebensstandard in den vom Luftkrieg betroffenen Gebieten müsse den Massstab für die Lebenshaltung jedes Deutschen bilden. Der Aufsatz im «Reich» Nr. 28 vom 9. Juli, «Der Krieg in der Sackgasse», hatte dagegen wieder darauf spekuliert, England und Amerika würden den Kampf abbrechen, wenn sie sähen, dass Deutschland nicht kapitulieren und am Ende eines Vernichtungskampfes aller gegen alle der Bolschewismus die «blutende Beute einstecken» werde. – 5. Erst Mitte August konnten die Folgen des Zusammenbruchs der Heeresgruppe Mitte, der nicht zuletzt auf Fehlentscheidungen Hitlers zurückzuführen war, überwunden und eine neue Front östlich von Ostpreussen aufgebaut werden. Über

befürchten jedoch, dass wir sie nicht mehr aufhalten könnten. Dieser Vormarsch erinnere zu sehr an das Tempo unserer Blitzsiege (z.B. Innsbruck). Besondere Sorge hege man auch um die rumänischen Ölfelder (z.B. Bremen u.a.). Anhand von Karten rechnen sich die Volksgenossen aus, wann die Bolschewisten im Reich sein werden (z.B. Posen, Koblenz u.a.).

Der fast gleichzeitige Tod mehrerer Generale gibt der Bevölkerung einige Rätsel auf (z.B. Innsbruck, Halle, Reichenberg u.a.).<sup>6</sup> «Unser Verlust an Generalen ist allmählich besorgniserregend. Im Osten fallen gleich drei an einem Tage, in der Heimat stürzen sie zu fünf ab (Generaloberst Dietl solle in Begleitung von vier Generalen gewesen sein), im Westen fällt einer, andere geraten in Gefangenschaft! Man weiss nicht, was man da denken soll», sind oft gehörte Worte.

2. Der zähe Widerstand unserer Truppen an der Invasionsfront wird allgemein bewundert.<sup>7</sup> In der bisherigen Entwicklung der Kämpfe finden die Volksgenossen keine Stütze mehr für die bisherige Annahme, dass dem Feind Gelegenheit gegeben werden solle, möglichst viele Truppen zu landen, um ihn dann entscheidend zu treffen. Man komme immer mehr zur Ansicht, dass wir trotz aller heldenmütigen Anstrengungen unserer Soldaten der massierten Kraft des Gegners gegenüber doch etwas zu schwach seien (z.B. Nürnberg, Halle u.a.). Der Feind komme langsam, aber sicher voran, wenn nicht unsere Waffen eines Tages doch noch zur Auswirkung kommen. Der Verlust von Caen wird als ebenso verhängnisvoll angesehen wie die Wegnahme von Cherbourg durch die Anglo-Amerikaner (z.B. Danzig). «Warum hat man denn» so wird immer noch gefragt, «soviel Truppen für Cherbourg geopfert? Ist unsere Führung denn noch Herr der Lage? Spricht nicht der Wechsel im Oberbefehl dagegen?»<sup>8</sup> Während der Schlacht wechselt man kein Pferd, wenn nicht ganz wichtige Gründe vorliegen» (z.B. Berlin, Koblenz, Danzig, Saarbrücken, Litzmannstadt u. a.). «Bis jetzt sind Heerführer immer nur dann zurückgetreten, wenn die Sache sehr brenzlich stand und wenn man keinen Ausweg mehr wusste.» Man steht der Entwicklung am Atlantik um so skeptischer gegenüber, weil sich überall das Gefühl festgefressen hat, dass die Entscheidung im Westen wegen der Entwicklung im Osten dränge. Darstellungen über das Scheitern der Feindpläne in der ersten Invasionsphase, so z.B. «Vier

Noch zum 15. Juli 1944

die «Auswirkungen der militärischen Lage im Osten für das östliche Reichsgebiet und das Generalgouvernement» liegt noch ein besonderer Bericht vom 29. August 1944 vor. – 6. Vgl. Anm. 14 zum vorhergehenden Bericht. – 7. Im Landekopf in der Normandie, wo am 16. Juni Cherbourg gefallen war, bereitete sich Anfang Juli in schweren Kämpfen der amerikanische Durchbruch vor, der am 25. Juli erfolgte; am 10. Juli hatte der Wehrmachtbericht den Verlust von Caen gemeldet. – 8. Am 3. Juli hatte Hitler den bisherigen Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall v. Rundstedt, nachdem dieser ihm zusammen mit Rommel am 29. Juni die geringen Aussichten für einen erfolgreichen Widerstand in Frankreich dargelegt hatte, durch Generalfeldmarschall v. Kluge ersetzt. –

## *Juli 1944*

Wochen Invasion» («Fränkischer Kurier» vom 4. 7.) finde man aufschlussreich, und andere kommentierende Aufsätze, z.B. «Schwere des Endkampfes» («Westdeutscher Beobachter» v. 5. 7.) hätten etwas beruhigt. Es gehe daraus hervor, dass die Situation an der Invasionsfront nicht von heute auf morgen geklärt werden könne. Die Aufnahme solcher Darstellungen zeige, wie dankbar die Volksgenossen in ihrer Unsicherheit bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation für jede aufklärende Stellungnahme sind. Nicht einverstanden sei man aber mit Auslassungen in den Zeitungen, die versuchen, die gegnerischen Erfolge zu verkleinern (z.B. «Das klägliche Ergebnis von 4 Wochen Invasion» – «Nationalblatt» Koblenz v. 4. 7. 1944). Die Volksgenossen beklagen sich auch laufend, dass wenig gute Kartenskizzen gebracht würden. Die meisten der im OKW-Bericht genannten Orte seien auf den bisherigen Karten nicht zu finden (z.B. Innsbruck).

3. Die Enttäuschung der Volksgenossen, dass die Vergeltungswaffe nicht gleich eine entscheidende Wirkung erzielt habe, ist jetzt grösstenteils überwunden, und man hat sich mehr und mehr zur Ansicht durchgerungen, dass auch die «V 1» Zeit brauche, um sich auszuwirken. Dass Churchill gezwungen war, ausführlich zu ihrem Einsatz Stellung zu nehmen, die Evakuierung Londons und das Lamento über die Völkerrechtswidrigkeit unserer Vergeltungswaffe liessen darauf schliessen, dass sie doch eine starke Wirkung haben müsse, besonders dann, wenn eine Dauerbeschussung möglich sei (z.B. Würzburg, Nürnberg u.a.).<sup>9</sup>

Nachrichten über die Art und Wirkung der «V 1» interessieren die Bevölkerung nach wie vor. Aufgefallen sei der PK-Bericht von Erich Wenzel «Auf der Befehlsstelle von ‚V 1‘» (u.a. «Fränkische Tageszeitung» v. 5. 7. – der Pariser Zeitung entnommen) wegen der Offenheit, mit der hier über die «V 1» gesprochen worden sei. Aufschlussreich wirkten auch Berichte wie: «‚V 1‘ hat ihre militärische Wirkung erwiesen» («Fränkische Tageszeitung» v. 7. 7. 1944), der auf neuartige, in grosse Höhen wirkende Raketenabwehrwaffen der Flak hinweise. Dabei habe man die Herausstellung der «geflügelten Bombe» des Feindes stark beachtet. Insbesondere haben in den Meldungen die konkreten Angaben über Volltreffer im Zentrum der englischen Hauptstadt eine freudige Genugtuung ausgelöst. Auch die Veröffentlichungen über die Technik der neuen Waffe sind von den Volksgenossen begrüsst worden (z.B. «Die Konstruktion der modernsten Fernwaffen» – «12-Uhr-Blatt» v. 7. 7. 1944 oder «Die neue Raumwaffe» – «Berliner Börsenzeitung» v. 8. 7. 1944). Allgemein kann

9. Noch zum 13. Juli 1944

9. Eindeutige Angaben über die Wirkung der V 1 in den ersten 80 Tagen fehlen; die Zahl der Todesopfer wird mit 5'649 oder 6'184, die der Verletzten mit 16'196 oder 17'981 angegeben, 23'000 Häuser sollten total zerstört, 750'000 beschädigt worden sein (Lusar, Die deutschen Waffen und

man sich nicht damit abfinden, dass die Öffentlichkeit nur durch feindliche und neutrale Pressestimmen unterrichtet werden soll. Man will nicht glauben, dass das OKW nicht in der Lage sein sollte, auch von sich aus zur Wirkung der «V 1» einmal Stellung zu nehmen. Vor allem ist der Wunsch nach Veröffentlichung von Luftaufnahmen unserer Aufklärung sehr stark. Mehrfach wurde in den letzten Tagen auch die Frage gestellt, was Stalin zur Anwendung der «V 1» sage (z.B. Köln).

Sehnlichst wird der Einsatz der «V 2» erwartet. Die Vermutung, dass es sich dabei um unsere U-Boot-Waffe handele, gewinne immer mehr Boden. Man beruft sich dabei stellenweise auf angebliche Äusserungen des Grossadmirals Dönitz, der vor Gauleitern folgendes gesagt haben soll: «Ich werde dem Feinde eine U-Boot-Waffe vorsetzen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellt. Ich warte nur auf den Befehl zum Auslaufen. Der Feind hat damals 50 Prozent unserer U-Boote durch seine Erfindung vernichten können. Bei dem heutigen Stand wird er uns nicht mehr finden.»

Die in letzter Zeit häufigeren Tages- und Nachalarme mit starken Angriffen auf Industriegebiete und grössere Städte (München, Leipzig) haben vor allem wegen der geringen Abwehrerfolge stark beeindruckt. Ausserdem habe sich in der Bevölkerung herumgesprochen, dass dabei viele unserer Jäger verlorengingen (z.B. Weimar). Der erste Angriff amerikanischer Bomber auf Oberschlesien habe grosse Aufregung verursacht, weil die Luftschutzmassnahmen (bei den IG Farben in Heydebrecht-Blechhammer seien die Sirenen erst nach der Explosion von Bomben in Tätigkeit gesetzt worden) und die Schutzräume sich als unzureichend herausgestellt hätten (z.B. Kattowitz).

4. Über die Vorgänge an der Italienfront machen sich die Volksgenossen weniger Sorgen, weil sie in den Alpen einen schützenden Wall vor einem unmittelbaren Angriff auf das Reichsgebiet sehen.<sup>10</sup>

Mit dem Näherkommen der Front mache sich aber in den ländlichen Kreisen des Gaues Tirol-Vorarlberg eine starke Gegnerpropaganda bemerkbar. Es werde von der bevorstehenden Aufrichtung des neuen Österreich gesprochen. «Wenn die Anglo-Amerikaner erst in Tirol stehen, werden wir unter ihrer Führung gegen die Bolschewisten kämpfen. Dann kommt ein neues Österreich, zu dem Südbayern und das Trentino kommen.» Nach Soldatenerzählungen sei das Regiment «Hoch- und Deutschmeister» in voller Ausrüstung zum Feind übergegangen. Man bezeichnet dies als Auswirkung der österreichisch-legitimistischen Propaganda an der Italienfront.

Noch zum 13. Juli 1944

Geheimwaffen des 2. Weltkriegs und ihre Weiterentwicklung. 4. Auflage 1962. S. 149). – 10. Dort drängen die feindlichen Armeen, wie der Wehrmachtbericht erkennen liess, der u.a. am 3. Juli die Räumung von Siena gemeldet hatte, langsam weiter nach Norden vor.

## Anhang

*Ministerialdirektor Ohlendorf an den Leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung, Graf Schwerin von Krosigk*

(Flensburg, Mai 1945)<sup>1</sup>

Bundesarchiv, Bestand R 62/7 – Schreibmaschinendurchschrift

Wie ich Ihnen in mehreren mündlichen Vorträgen dargelegt habe, habe ich es neben meinem Amte als Hauptabteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium in den letzten Jahren als meine Aufgabe angesehen, der Staatsführung einen Nachrichtendienst über die sachlichen Probleme der einzelnen Lebensgebiete und die Auswirkung der Massnahmen der Staatsführung zu schaffen. Ich sehe einen solchen objektiven Nachrichtendienst als ein wichtiges Instrument an, ohne das keine Regierung eines grossen Staates in unserem Zeitalter hochkomplizierter Lebensverhältnisse auskommen kann. Ich habe die Auffassung vertreten, dass die Reichsregierung gerade auch im gegenwärtigen Zeitpunkt zu ihrer Information eines solchen Instruments bedarf und dass dieses auch für eine loyale und sachliche Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht notwendig ist. Sie haben, hochverehrter Herr Reichsminister, diese Gesichtspunkte anerkannt und sich einverstanden erklärt, dass einige meiner Mitarbeiter aus meinem früheren Amte im Sicherheitsdienst ihre Dienste der von Ihnen geführten Regierung zur Verfügung stellen.<sup>2</sup>

Verlautbarungen der alliierten Militärregierung sowie Erörterungen in der ausländischen Öffentlichkeit und auch in Deutschland haben gezeigt, dass über das Wesen, die Aufgabenstellung und die tatsächliche Bedeutung des SD, zumindest soweit es mein bisheriges Amt betrifft, irriige Vorstellungen bestehen. Dies und die allgemein verfügte Auflösung des Sicherheitsdienstes<sup>3</sup> veranlassen mich anzuregen, die geschichtliche Entwicklung dieses

#### Zum Anhang

1. Sämtliche vorliegenden Ausfertigungen sind undatiert. Ohlendorf hatte mit dem sogenannten Stab Nord des Reichswirtschaftsministeriums Berlin verlassen und war am 23. April 1945 in Schwerin von Staatssekretär Dr. Hayler, der sich nach Süddeutschland begab, mit dessen Leitung beauftragt worden. In einer Aufstellung über das Personal der von Grossadmiral Dönitz am 5. Mai berufenen vorläufigen Reichsregierung, die am Tage ihrer Verhaftung, dem 23. Mai, noch allen Dienststellen zugestellt wurde, wird Ohlendorf als Ministerialdirektor im Reichswirtschafts- und -Produktionsministerium unter Speer aufgeführt (Bundesarchiv, R 62/11). Die Denkschrift für Schwerin-Krosigk ist demnach auf die Zeit zwischen dem 6. und 22. Mai 1945 zu datieren. – 2. Dazu gehörten nach der oben zitierten Aufstellung die früheren Leiter der Gruppen «Volkstum» und «Wirtschaft» und der Referate «Volkskultur und Kunst», «Besetzte Gebiete», «Rechtsleben» im Amt III des Reichssicherheitshauptamtes als Ministerialräte oder Oberregierungsräte im «Nachrichtenbüro». – 3. Im Gesetz Nr. 5 der Militärregierung für Deutschland über die Auflösung der NSDAP (Amtsblatt der Militärregierung, Amerikanisches Kontrollgebiet. 1949. S. 17 ff., ohne Datum, wahrscheinlich bereits bei Besetzung westdeutschen Gebietes im Herbst 1944 verkündet) war der SD unter den verbotenen Organisationen genannt. –

Nachrichtendienstes und seine mögliche Funktion im Rahmen der gegenwärtigen Reichsregierung zum Gegenstand einer offiziellen Erörterung mit der Besatzungsmacht zu machen. Ich stehe mit meinen Mitarbeitern im Interesse einer geschichtlichen Klarstellung und der Zukunftsentwicklung im Reiche und im europäischen Raume hierfür zur Verfügung.

Ich habe mir erlaubt, anliegend einige Gesichtspunkte zu dieser Frage niederzulegen, und bitte, meinen Brief mit der Ausarbeitung auch dem Herrn Grossadmiral vorzulegen. Ich stelle anheim, die Ausarbeitung zu gegebener Zeit der Besatzungsmacht zugänglich zu machen. Ausserdem habe ich einige Berichte beigelegt, die die Arbeitsweise und die grundsätzlichen Auffassungen erkennen lassen.<sup>4</sup>

## Der innenpolitische, lebensgebietsmässige Nachrichtendienst in Deutschland

### 1. Notwendigkeit eines lebensgebietsmässigen Nachrichtendienstes

Das letzte Jahrhundert ist gekennzeichnet durch eine fortschreitende Komplizierung der einzelnen Gebiete des gesellschaftlichen und individuellen Lebens, durch Entwicklung wissenschaftlicher Methoden in allen Sachbereichen, durch fortschreitende Arbeitsteilung und eine vielfältige gegenseitige Beeinflussung und Durchdringung der Lebensgebiete. Die autonomen Bestrebungen der einzelnen individuellen und gesellschaftlichen Kräfte sind nicht mehr ausreichend, um allein eine fortschrittliche Entwicklung zur Steigerung von Kultur und Wohlfahrt zu bewirken, sondern in wachsendem Masse wird – unabhängig von den jeweils vorherrschenden politischen Doktrinen und Formen – eine Lenkung der Lebensgebiete und eine Gestaltung der Ordnungen für die Führung des Staates und des gesamten Gemeinwesens erforderlich. Den einzelnen Interessen muss die überschauende, von der Idee des Gemeinwohls bestimmte, ausgleichende und anregende Regelung und Führung durch den Staat gegenüberstehen, wenn nicht rückständige Verhältnisse, unerwünschte Störungen und Fehlentwicklungen eintreten sollen. Von besonderer Bedeutung ist hierfür eine umfassende Betrachtung der verschiedensten Probleme, um die gemeinsamen Voraussetzungen einer regelnden Führung der einzelnen Sachgebiete zu erkennen und die Auswirkungen der staatlichen Massnahmen zu berücksichtigen.

Hierfür bedarf die Staatsführung einer Informationseinrichtung, die die Sachverhältnisse ermittelt und laufend die Entwicklung beobachtet. Diese Einrichtung muss vollkommen objektiv arbeiten und darf weder von

<sup>4</sup> Noch zum Anhang

4. Liegen nicht mehr vor. –

den Interessenten und Kräften der einzelnen Sachgebiete, noch von den Auffassungen der jeweilig wechselnden Zusammensetzung des Regierungskörpers und Verwaltungsapparats abhängig sein. Sie muss eine unabhängige Stellung haben und ihre Auffassungen ohne Rücksicht auf vorhandene Personen und ohne starre Bindung an Doktrinen darlegen können.

Eine solche Einrichtung ist vor allem in einem Staate erforderlich, der in seiner Grundanlage auf dem Führungssystem beruht und ein Korrektiv durch parlamentarische oder publizistische Einrichtungen nicht vorsieht. Abgesehen davon muss aber jede Regierung und Verwaltung eines grossen Landes eine solche Einrichtung besitzen, um ausreichende Unterlagen für Entscheidungen zu haben; denn selbst wenn sie sich nur ihrer allgemeinen Organe der inneren Verwaltung für die Nachrichtenerfassung bedient, betreibt sie in diesem Sinne Nachrichtendienst, der allerdings mit Rücksicht auf die fortschreitende Spezialisierung der Verwaltungsapparate unserer modernen Staaten notwendigerweise in gewissem Sinne einseitig und unvollständig sein müsste.

Deshalb muss jede Staatsführung ganz allgemein die Forderung erheben, diesen Nachrichtendienst unabhängig von allen bestehenden verwaltungsmässigen Institutionen auszubilden und dem Regierungschef unmittelbar zuzuordnen.

Dabei wird es selbstverständlich die Aufgabe eines lebensgebietsmässig gegliederten Nachrichtendienstes sein, auch die Regierungsorgane der einzelnen Fachgebiete mit den erforderlichen Informationen zu versehen.

Auf dieser Grundlage habe ich auf vorhandenen Anfängen aufbauend seit 19 . .<sup>5</sup> den lebensgebietsmässigen Nachrichtendienst in Deutschland zu entwickeln versucht. Jede Kopplung an andere Institutionen, Behörden usw. wurde – wie im Einzelnen weiter unten noch auszuführen sein wird – peinlichst vermieden. Ich habe es immer als wichtigstes Ziel angesehen, diesen lebensgebietsmässigen Inlandsnachrichtendienst zum Instrument der obersten Staatsführung zu machen und bin der Auffassung, dass es bei richtiger institutioneller Festlegung mit einer vollkommen sachlichen Unabhängigkeit ausgestattet sein und dem leitenden Minister (Reichskanzler, Regierungschef, Ministerpräsidenten) unmittelbar beigegeben werden muss. Dieser Zustand war allerdings bisher in keiner Weise erreicht.

Noch zum Anhang

5. In allen Ausfertigungen offen gelassen. –



## II. Stellung und Organisation des lebensgebietsmässigen Nachrichtendienstes

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP hat sich sehr bald die Notwendigkeit ergeben, wegen der Verantwortung für das übernommene Staatswesen und die kulturellen und sozialen Einrichtungen zu einer Übersicht und Berücksichtigung der vorhandenen Bestände, der zutage tretenden Lebensbedürfnisse und der Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Sachgebiete zu gelangen. Zahlreiche verantwortungsbewusste Kräfte waren sich klar darüber, dass nunmehr eine evolutionäre Entwicklung notwendig wurde, die aus der Sache selbst hervorgehen und den vom Leben bedingten Tendenzen gerecht werden und Ausdruck verleihen musste. Ausserdem zeigte sich sehr bald, dass die Auswirkungen getroffener Massnahmen oft für ein gesundes Volksleben und ein gedeihliches Verhältnis zu anderen Völkern gänzlich unerwünscht waren und dass ausgesprochene Fehlentwicklungen, die mit der ursprünglichen Idee nicht im Einklang standen, eintraten. Hieraus ergaben sich Probleme, die von den vorhandenen Organen nicht gelöst werden konnten und teilweise zu lebhaften inneren Auseinandersetzungen auf einzelnen Sachgebieten und innerhalb der bestehenden politischen und verwaltungsmässigen Einrichtungen führten. Diese Situation drängte unausweichlich zu einer positiven Auslösung in dem Sinne, dass die wirklichen Sachverhalte, Kräfte und Entwicklungslinien der Führung nahegebracht werden mussten. Es schwebte mir dabei vor, ein Organ zu schaffen, das an Stelle einer öffentlichen Kritik die Staatsführung gleichwohl in die Lage versetzen sollte, die im Volke vorhandenen oder entstehenden Auffassungen kennenzulernen und zu berücksichtigen.<sup>6</sup> In diesem Sinne war im Endzustand ein Ventil für unausgelöste Spannungen und ein Anzeiger dringender Lebensnotwendigkeiten des Volkes gewollt.

Diese Idee eines sachlichen Informationsdienstes trat im Rahmen des vorhandenen politischen Nachrichtendienstes, der von der SS in den Anfangszeiten der Machtübernahme im Wesentlichen auf Personen und politische Organisationen ausgerichtet war, auf Grund dringender Bedürfnisse erstmalig zutage. Es wurde aber bald erkannt, dass ausschliesslich politisch-dogmatische Gesichtspunkte für einen Nachrichtendienst ungenügend seien, um die wirklichen Motive von Kräftebildungen und Lebensäusserungen im gesellschaftlichen Leben zu erkennen. Aus dieser Feststellung entwickelte ich innerhalb des Sicherheitsdienstes der SS eine Arbeitsgruppe, die sich auf solche sachlich bestimmten Probleme spezialisierte. Diese Arbeitsgruppe wurde nach wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und verwaltungsmässigen Sachgebieten gegliedert und gelangte schliesslich zu einer sämtliche Lebensgebiete erfassenden Vollständigkeit.

<sup>6</sup> Noch zum Anhang

6. Dieser Satz ist unterstrichen.

Die neue Arbeitsrichtung hatte zur Folge, dass die politischen Tatbestände nicht doktrinär parteimässig gesehen, sondern in die lebendigen Notwendigkeiten des Volkes eingeordnet wurden. Das bedingte sowohl innerhalb der allgemeinen Sicherheitsorganisation wie innerhalb der Partei eine ausgesprochene Sonderstellung dieser neuen Einrichtung. Ihr systematischer, alle Lebensgebiete erfassender Ausbau war etwa im Jahre 1938 erreicht.

### III. Methoden der lebensgebietsmässigen Auswertung

Der Zielsetzung entsprach die Methode. Für die Erfassung der lebensgebietsmässigen Tatbestände wurden grundsätzlich fachlich anerkannte, gut beleumundete Personen ausgewählt, die in den einzelnen Lebensgebieten praktisch tätig waren (z.B. Verwaltungsbeamte, Richter, Ärzte, Lehrer, Naturwissenschaftler, Wirtschaftskenner, Journalisten usw.). Für die Erfassung des Unterlagenmaterials in den einzelnen regionalen Bereichen wurden nur wenige hauptamtliche Kräfte eingestellt. Die Arbeit selbst wurde überwiegend von ehrenamtlichen Kräften ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit getragen. Die zentrale Auswertung im Amt m des Reichssicherheitshauptamtes geschah durch einen verhältnismässig kleinen Kreis qualifizierter Sachbearbeiter der einzelnen Gebiete, die in der Regel in Fühlung mit den Fachressorts ausgewählt und zu einem erheblichen Teil durch zeitlich begrenzte Abkommandierung aus den normalen Personalbeständen dieser Ressorts übernommen wurden (z.B. aus dem Reichsinnenministerium, deutschen Hochschulen, der Wirtschaft usw.).

### IV. Grundsätzliche Auffassungen und tatsächliche Auswirkung des lebensgebietsmässigen Nachrichtendienstes

Die praktische Arbeit vollzog sich so, dass zunächst durch zentrale Anfragen ein Überblick über die Lage der einzelnen Sachgebiete herbeigeführt wurde. Dadurch wurden die örtlichen Arbeitsstellen und Mitarbeiter in die Probleme eingeführt und begannen nunmehr, die zutage tretenden Meinungen, insbesondere die Sorgen und Wünsche der Fachgenossen und der Bevölkerung fortlaufend darzustellen. Die Ergebnisse der Berichterstattung wurden zusammengestellt, ausgewertet, archivmässig gesammelt und in erster Linie den Fachressorts im Wege schriftlicher Berichterstattung und Anregung oder laufender mündlicher Besprechung zugänglich gemacht.

Der besondere Wert der zentralen Auswertung lag darin, dass sämtliche Lebensgebiete dabei in Beziehung gesetzt wurden, so dass im Reichssicher-

heitshauptamt die Aufgliederung der Ressorts und Fachorganisationen unter dem einheitlichen Gesichtspunkt einer gedeihlichen Entwicklung des gesamten Gemeinwesens überwunden wurde. In wachsendem Masse bedienten sich die Ressorts teilweise durch schriftliche Vereinbarungen dieser Einrichtung des Reichssicherheitshauptamtes. In den Fachkreisen und weiten Kreisen der Bevölkerung wurde allmählich in fortschreitendem Masse der lebensgebietsmässige Nachrichtendienst als geeignetes Forum angesehen, echte Sorgen und Wünsche an die Staatsführung heranzutragen, Kritik an Massnahmen, Zuständen und Gedankengängen zu üben und auf gesunde Kräfte hinzuweisen. Hieraus ergab sich sowohl gegenüber den Ressorts, wie vor allem auch gegenüber einer in Dogmatik erstarrenden Parteiführung sehr bald eine Stellung des lebensgebietsmässigen SD als des objektiven Vertreters einer gesunden Volksmeinung, der echten Wesensart des deutschen Volkes und seiner Lebensbedürfnisse. In personeller Hinsicht flossen bei ihm aus freiwilliger Mitarbeit zahlloser Volksgenossen Nachrichten über mangelhaft qualifizierte und unehrenhafte Amtsträger und über Übergriffe aus unsachlichen oder eigensüchtigen Motiven zusammen. Auch dieses Material wurde den verantwortlichen Stellen zugeleitet. Irgendeine Exekutive hat der lebensgebietsmässige Inlandnachrichtendienst nicht gehabt, ja sogar mit Nachdruck aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, denn er wollte Sachverhalte aufhellen, durch Tatsachen überzeugen, nicht unmittelbar selbst gestaltend eingreifen. Dies kann allein die Aufgabe der für die Sachgebiete verantwortlichen Dienststellen sein.

Diese Tätigkeit ist weder eine polizeiliche noch im engeren Sinne parteipolitische. Sie drängte vielmehr in wachsendem Masse zu einer Herauslösung aus der in der zufälligen Entwicklung begründeten organisatorischen Verbindung mit der Sicherheitspolizei und innerhalb der Gesamtorganisation der NSDAP. Es ergaben sich ständig Spannungen mit den vorhandenen Organisationsapparaten, die den Sicherheitsdienst entweder in seiner Tätigkeit zu beschränken oder ihren engeren Zwecken unterzuordnen versuchten. Insbesondere die Reichsleitung der Partei, das Reichspropagandaministerium und einige andere von der öffentlichen Kritik stärker betroffene Stellen haben die Arbeit des SD zu hindern versucht. Diese Vorurteile hatten in starkem Umfang zur Folge, dass die vom SD vertretene echte Volksmeinung nicht an die entscheidenden Stellen herankam und berücksichtigt wurde. Das galt nicht nur für die einzelnen Ressorts und Dienststellenleiter, denen die geltend gemachte Kritik häufig sehr lästig war, sondern leider auch für die zentrale Führung des Reichs und den Führer selbst, die in gänzlich ungenügendem Masse von den erarbeiteten Tatbeständen, Gedankengängen und Anregungen Kenntnis nahmen bzw. erhielten. Es ist in erster Linie auf die vielen Amtsträger und Dienststellen unangenehme Kritik zurückzuführen, dass der lebensgebietsmässige Nach-

richtendienst mit dem Nimbus eines Geheimdienstes in Verbindung gebracht und belastet wurde. Es wäre im Einzelnen zu erweisen, dass die Führungsmassnahmen die Auffassungen und Vorschläge des SD sehr häufig nicht berücksichtigt haben, so dass in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes über seinen tatsächlichen Einfluss ein falsches Bild entstanden ist; insbesondere ist er in unzutreffender Weise mit der auf Einzelexekutive gerichteten Geheimen Staatspolizei und der politischen Organisation der Partei gleichgestellt worden. Eine eingehendere Prüfung des Materials würde erkennen lassen, dass die Beachtung seiner Auffassungen die Führung sehr oft zu Massnahmen und Entscheidungen hätte veranlassen können, die dem wahren Willen des deutschen Volkes und den Lebensbedürfnissen der europäischen Völker gerechter geworden wäre.

#### V. Aufgabenstellung für die Zukunft

Der Gesamtüberblick über die verschiedenen Lebensgebiete gibt meinem Amt mit seiner lebensgebietsmässigen Auswertung des Inlandsnachrichtendienstes die Berechtigung, auch und gerade in der gegenwärtigen Situation an eine Weiterarbeit zu denken und zu versuchen, der amtierenden Regierung einen umfassenden Überblick über alle Lebensverhältnisse und die Auffassungen der Bevölkerung zu vermitteln. Ich fühle mich deshalb verpflichtet, mich mit meinen engeren Mitarbeitern auch weiterhin zur Verfügung zu stellen und erforderlichenfalls auch der Besatzungsmacht über die bisherige Arbeit und die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme Rede und Antwort zu stehen; weil ich der Überzeugung bin, damit nicht nur meinem Volke zu dienen, sondern auch der Besatzungsmacht die objektive Beurteilung der Verhältnisse in Deutschland zu erleichtern und damit zu einer Überwindung der Kriegsfolgen beizutragen.

## Personenregister

- Albrecht, Karl J. 422  
 Antonescu, Ion 154, 159, 383
- Badoglio, Pietro 424, 427, 436  
 Bainville, Jacques 41  
 Balbo, Italo 325  
 Bertram, Adolf Kardinal 196  
 Bock, Fedorv. 212,371  
 Boris II., König v. Bulgarien 134, 379  
 Bormann, Martin Einleitung  
 Bornewasser, Rudolf 234  
 Brauchitsch, Walther v. 22, 203 f.,  
 211 f., 217, 219, 258, 371
- Churchill, Winston 67, 110, 160, 164,  
 199, 218, 227, 235, 284, 292 f., 303,  
 335, 354, 431, 483, 485, 529  
 Ciano, Galeazzo Graf 354  
 Cruewell, Ludwig 263
- Daladier, Edouard 234  
 Darlan, François 234, 320, 322, 330  
 Darré, Richard Walter 146  
 Dietl, Eduard 90, 323, 328  
 Dietrich, Otto 182, 184, 200, 333,  
 378  
 Dietz, Johannes Baptist 73  
 Dittmar, Kurt 333, 494  
 Dollfuss, Engelbert 439  
 Dönitz, Karl 241,373,494,330,334  
 Dorsch, Käthe 48
- Eisenhower, Dwight D. 314  
 Elser, Georg 19  
 Ettighofer, Paul C. 83
- Franco, Francisco Bahamonde 323  
 Freisler, Roland 461  
 Fritzsche, Hans 163, 314  
 Funk, Walter 496
- Galen, Clemens August Graf v. 200,  
 208,234,443,483  
 Giraud, Henri-Honoré 73
- Goebbels, Joseph Einleitung, 4,164,168,  
 202 ff., 214, 217, 250 f., 313,329,333,  
 341,349, 353, 359 ff, 365, 37b 373 f.,  
 390, 413, 462, 467, 474 f., 494, 327  
 Göring, Hermann Einleitung, 7, 18,  
 76, 88 ff., 90, 240, 237, 306 ff., 314 f.,  
 321, 324, 393, 398, 429, 462, 478, 322  
 Graziani, Rodolfo 129  
 Gröber, Conrad 39, 119, 232, 237 f.  
 Guderian, Heinz 370
- Habsburg-Lothringen, Otto v. 439  
 Haider, Franz 371  
 Harlan, Veit 113  
 Helldorff, Wolf Graf v. 146  
 Hess, Rudolf 143 f.  
 Heydrich, Reinhard Einleitung  
 Himmler, Heinrich Einleitung, 19,  
 234,298, 323,433  
 Hitler, Adolf Einleitung, 3 ff., 13,  
 18 ff., 22, 33, 38, 40, 32, 63 f., 77,  
 80, 84 ff., 88 f., 96, 101, 103, 105,  
 109, 116 f., 119, 123 f., 130 f., 135,  
 114, 146, 148, 154 ff., 166, 173, 179,  
 182, 188, 191 ff., 198, 200 f., 203 f.,  
 206, 216 ff., 219, 233, 238 f., 246,  
 236 ff., 239 f., 276, 299, 302 f., 307,  
 318, 323, 341, 343, 343 f., 362, 367,  
 370 f., 375, 384, 389, 415,417,425 ff.,  
 432 f., 441 ff., 443, 443 f., 436, 439,  
 462 f., 472, 474, 483, 494, 306, 310,  
 512, 515, 517, 520, 322 f., 326
- Horthy, Nicolaus v. 383  
 Huber, Kurt 372
- Innitzer, Theodor Kardinal 197
- Kaltenbrunner, Ernst Einleitung  
 Keitel, Wilhelm 462  
 Kerrl, Hanns 236  
 Kersten, Felix Einleitung  
 Kleist, Ewald v. 323  
 Koch, Erich 430  
 Kretschmer, Otto 133

- Laval, Pierre 254,325  
 Ley, Robert 124, 454, 522 f.  
 Liebeneiner, Wolfgang 207  
 Lindbergh, Charles 142  
 Lutze, Viktor 389
- Manstein, Erich v. Lewinski gen.v. 523  
 Matsuoka, Josuke 127 f., 130, 135, 144  
 Messerschmitt, Willy 146  
 Mölders, Werner 233, 389, 511  
 Molotow, Wjatscheslaw 109 f., 128,  
 141, 143 f., 156, 180, 299  
 Mussolini, Benito 39, 63, 125 f., 154,  
 161, 182, 188, 235, 318, 3J4, 379,  
 387, 424, 427 f., 434, 436, 438, 490,  
 510, 518, 524
- Neurath, Konstantin v. 146
- Ohlendorf, Otto Einleitung, 364, 497,  
 533 ff.
- Papen, Franz v. 229,299  
 Pavelitsch, Ante 154  
 Pétain, Philippe 254, 320, 325, 327 f.  
 Pius XII. 39, 53, 119, 155, 379, 457,  
 518, 520  
 Prien, Günter 155
- Quisling, Vidkun 63
- Raeder, Erich 36, 373  
 Reichenau, Walter v. 212  
 Ribbentrop, Joachim v. 53,131,155  
 Rommel, Erwin 128, 220, 228, 263 f.,  
 267, 269, 284, 298 f., 313, 316, 318,  
 320, 322 f., 325, 327, 336 f., 341, 366,  
 509, 515
- Roosevelt, Franklin D. 101, 110, 142,  
 157, 179, 187, 192 ff., 198 f., 218,  
 235, 303, 334 f., 354, 431, 483, 485  
 Rosenberg, Alfred Einleitung, 54,  
 119 f.  
 Rundstedt, Gerd v. 212
- Schacht, Hjalmar 522  
 Schirach, Baldur v. 417  
 Scholl, Hans und Sophie 372  
 Schuschnigg, Kurt v. 459  
 Schwarz van Berk, Hans 472, 474,  
 516  
 Seydlitz, Walther v. 525  
 Speer, Albert Einleitung, 523  
 Sprenger, Jakob 4  
 Stalin, Josef W. 5, 128, 141, 143,  
 152 f., 155 f., 163, 284, 288, 292 ff.,  
 303, 308, 431 f., 488, 492, 524,
- 530**  
 Strasser, Otto 19  
 Streicher, Julius 146
- Terboven, Josef 63  
 Thälmann, Ernst 40  
 Thierack, Otto Georg Einleitung,  
 260,402  
 Timoschenko, Semjon 184  
 Todt, Fritz 389,511
- Ucicky, Gustav 48  
 Udet, Ernst 389,511
- Valera, Eamon de 110
- Wagner, Adolf 146, 522  
 Wiegand, Karl v. 84  
 Wilhelm 11., Deutscher Kaiser 152

## Orts- und Sachregister

- Aachen J7, 70 f., 176, 213, 248  
 Aachener Kohlenrevier 399  
 Afrikakorps 129, 134, 151, 201, 206,  
   220, 319, 325  
 Ägypten 153  
 Alemannische autonomistische  
   Bewegung 99 f.  
 Almeria 52  
 Alexandria 269  
 Allgäu 31  
 Altersversorgung 124  
 «Altmark» 52,58  
 Amerika s. USA  
 Amtsgerichte 188  
 Angstkäufe 32  
 Arbeiterschaft 13, 18, 36, 77, 88,  
   91 f., 95, 112, 116, 135, 137, 142,  
   145, 147 f., 162 f., 177, 181, 210,  
   240, 242 f., 246, 248, 251 ff., 260,  
   263, 269, 272, 277, 287, 294, 303,  
   307, 347, 353, 358, 378, 390, 398,  
   421, 423, 448, 455 f., 520  
 Arbeitseinsatz 148, 347 ff., 355, 373,  
   468, 491  
 Arbeiterziehungslager 135  
 Arbeitskräftemangel 136  
 Arbeitsmoral 135  
 Arbeitszeit 4, 398, 400 f., 503  
 Argentinien 489  
 Armenrecht 139,215  
 Ärztemangel 6  
 Ärzteschaft 209, 350  
 Äthiopien 134  
 Atlantikwall 384, 386, 509, 513  
 Atombombe 414,475  
 Auflockerungserscheinungen 416 ff.  
 Augsburg 255 f.  
 Auslandspresse 24  
 Auslandsender 4 f., n. 40, 45, 167,  
   214, 339, 358, 372, 377, 419, 514  
 Australien 102,227  
 Baden 26,306  
 Baden-Baden 107  
 Bautzen 209  
 Bayern 36, 285, 296, 459, 463  
 Bayreuth 310  
 Bayreuther Festspiele 38  
 Beamte 9 f., 14, 121, 259 f., 346, 381  
 Bekennende Kirche 195 f.  
 Belgien 20, 22, 58, 60, 64 ff., 67 f., 71,  
   95, 314, 459  
 Bergarbeiter 398, 452 f., 511  
 Bergbau 24, 34, 93, 116, 307, 399  
 Berlin 3 f., 9, 19, 26 ff., 32, 35 f., 47,  
   57, 64, 91, 107 f., 115, 226, 230, 244,  
   249, 256, 272, 341, 347, 354, 358,  
   372, 390. 462, 472, 481, 493  
 Bessarabien 83,498  
 Bibelforscher 23  
 Bielefeld 93, 179, 188  
 Binnenschifffahrt 24  
 «Bismarck», 152, 154  
 Blockade 106  
 Bochum 452  
 Bolschewismus (s. auch Russland) 40,  
   165, 286 ff., 369, 374, 385, 421 ff.  
 Bombengeschädigte 334  
 Bonn 190  
 Borkum 37  
 Börse 8  
 Brasilien 377  
 Braune Schwestern 119  
 Braunschweig 429  
 Bremen 519  
 «Bremen» (Schiff) 22  
 Breslau 139, 195, 339, 519  
 Bromberg 383  
 Brotversorgung 26, 94, in, 145, 162,  
   176 f., 243, 253, 266, 270, 272, 285,  
   299, 3T4, 356, 393, 398, 498, 503  
 Brügge b. Dortmund 291  
 Büchersammlungen 4  
 Bürgerbräuattentat 18 ff.  
 Bürgertum 369,388  
 Bukowina 83  
 Bulgarien 126, 134, 379, 487, 517  
 Butterzuteilung s. Fettzuteilung

- Canterbury 261  
 Charkow 262, 357, 359, 370, 375  
 Chemnitz 249  
 Cherbourg 528  
 China 227  
 Cuxhaven 27
- Dachau 291  
 DAF 20, 36  
 Dänemark 58 f., 61, 165  
 Danzig 3, 5, 527  
 Defaitismus 21, 78, 355, 369, 381,  
 419, 460, 503  
 Demjansk 294  
 Demonstrationen 35, 116, 176, 213,  
 231 f., 372, 420, 452  
 Dieppe 292, 315  
 Dnjeprfront 437, 444  
 Donfront 273, 324  
 Dortmund 4, 149, 176, 287, 291, 304,  
 398, 420  
 Dreimächtepakt 100, 104, 127, 129,  
 U9, 201  
 Dresden 149, 176 f.  
 Duisburg 389  
 Düsenflugzeuge 519  
 Düsseldorf 4, 87, 298, 358, 372, 443
- Edertalsperre 395  
 Ehebruch 403  
 Eherecht 215  
 Ehescheidungen 139  
 Eierzuteilung 231  
 Einberufungen zur Wehrmacht 117,  
 185, 341, 439, 445, 467, 473, 527  
 Elbing 27  
 Elsass-Lothringen 85, 97, 314, 514  
 Energieversorgung 418  
 England 3, 7 ff., 10 f., 20, 41, 50, 55,  
 58 ff., 66, 74, 80 f., 83, 85 ff., 89,  
 95 ff., 100 ff., 103 ff., 107, 117, 124,  
 126 ff., 130, 134 f., 141 f., 145, 147,  
 153, 196 f., 159, 170 f., 173, 175, 182,  
 187 f., 192 f., 201, 227, 230, 235,  
 244, 246, 251, 253, 257 {., 268, 271,  
 276, 284, 299, 311, 313, 315, 322,  
 325, 330, 334, 354, 37i, 373, 377,  
 379, 38b 385, 4B 4i6, 419,  
 431 f., 441, 443, 457, 458 f., 474,  
 482 f., 487, 493 ff., 501, 506, 509,  
 516, 520, 522, 524, 527
- Erfurt 35  
 Ernährungslage (s. auch Lebensmittel-  
 versorgung) 64, 94, 131, 144, 146,  
 157, 213, 226, 228, 241, 245, 251,  
 263, 266, 273, 307, 314, 329, 498,  
 503, 505, 507  
 Erziehungswesen 5  
 Essen 189, 371, 389, 426, 453  
 Essignknappheit 300  
 Euthanasie 207 ff., 210, 234  
 Evakuierung 5, 15, 107, 429, 448 ff.,  
 473, 50o  
 Evangelische Kirche 21, 78, 195,  
 207 ff., 232 ff.
- Familienunterhalt 16, 150  
 Faschismus 424, 427, 438  
 Feldpostbriefe 144, 168, 172, 174,  
 185, 202, 211 f., 226, 229, 265, 271,  
 284, 305, 311 f., 331, 337 f., 340,  
 380, 466, 492, 504  
 «Feldzug in Polen» (Film) 47  
 Fettzuteilung 14, 31, 60, 64, 109,  
 in f., 131, 145, 147, 243, 267, 269,  
 272, 285, 315, 393, 398, 498, 504 f.  
 Filme (s. auch Wochenschau) 7, 10,  
 47 f., 75, 81, 114, 207, 312, 365,  
 446  
 Finnland 22, 53, 143, 156 ff., 165,  
 172, 175, 182, 245, 258, 527  
 Fischzuteilung m, 132, 231  
 Flandern 69  
 Fleischzuteilung 64, m f., 129,  
 145 f., 148, 188, 243, 269, 272,  
 285, 308, 314, 393, 398, 447, 498,  
 503  
 Flensburg 396  
 Flugblätter 4, 20, 23, 54, 71, 81, 102,  
 116, 277, 296, 358, 372, 419  
 Franken 296



- Frankfurt/M. 84, 296, 306, 358, 461 f.  
 Frankfurt/Oder 231,304  
 Frankreich 3, 7 f., 10, 22, 40, 66, 74 f.,  
 79 f., 83, 85 f., 93, 100, 153, 254 f.,  
 257, 3M, 316 f., 319 f., 325, 328,  
 459, 509, 516, 519  
 Frauen 55, 272, 315, 333, 336, 344,  
 347 f., 394, 398, 445 ff., 491, 494,  
 497, 503, 508, 525  
 Frauenarbeitseinsatz 148, 150, 181,  
 343, 352, 356, 363 ff., 470  
 Freiburg 66  
 Freiwillige, ausländische 161, 165  
 Fremdenverkehr 204, 285, 363  
 Fremdarbeiter 6, 188 ff., 246, 287,  
 289, 356, 363, 394, 502  
 Friedensgerichte 8,38  
 Friedenshoffnungen 54, 68, 456  
 Friedensverhandlungen mit England  
 89, 522  
 Fronleichnam 79,423  
 Frontverkürzungen 370  
 Fulda 21,73
- Gaskrieg 81, 171, 341, 388 f., 396,  
 4M, 475, 506, 516, 520  
 Gaststätten 114, 147 f., 267  
 Gasversorgung 93  
 Gaufilmstellen 10  
 Geflügelhandel in, 113 f.  
 Geheime Staatspolizei Einleitung  
 Geistlichkeit, Befreiung vom Arbeits-  
 einsatz 351  
 Geldentwertung 32,305  
 Gemüseversorgung 55, 57, 64, 91,  
 in ff., 147, 161 f., 171, 230 f.,  
 241, 243, 263, 267, 269, 275, 447,  
 494  
 Generalgouvernement 143, 314, 486,  
 493, 498, 527  
 Genfer Konvention 315  
 Gerichte 8 f., 17, 20, 22, 54, 62, 68,  
 70 f., 80, 84, 88, 106, 108, 112, 128,  
 133, 141, 143, 146, 153, 155, 158,  
 169, 174, 179 ff., 187, 211 f., 214,  
 219, 229, 234, 240, 242, 245, 247,  
 253, 255 f., 267, 272, 275, 284, 296,  
 299 f., 302, 304 ff., 314, 320, 324,  
 327, 330 f., 333, 340 f., 354, 357,  
 362, 371 f., 395, 413, 415 ff., 420,  
 429, 442, 472, 496, 501, 505, 509,  
 512, 516, 518, 522  
 Gerichtsverfassung 11  
 Geschlechtskrankheiten 6  
 Gesundheitszustand 93, 253, 270, 300,  
 401, 494  
 Gewaltverbrecher-Verordnung 13,43  
 Gibraltar 161, 185  
 Glockenerfassung 232  
 «Gneisenau» 225  
 Görlitz 290  
 GPU 165  
 «Graf Spee» 33  
 Graz 4, 177  
 Griechenland I IO,  
 291
- Hagenau 77  
 Halle/Saale 149, 398  
 Hamburg 34, 93, 274 f., 276 f., 426,  
 429, 443, 476 f., 498, 500, 519  
 Hamm 452  
 Handel 31 f., 55 f., 328, 350, 355,  
 364, 381, 447, 470, 476  
 Handelskrieg 96, m  
 Handwerk 350, 355 f., 381, 471,  
 476 f.  
 Hannover 426,430  
 Hausbrandversorgung 34  
 Hausgehilfinnen 351,356,418  
 Haushaltgeräte 498  
 Heidenau/Bezirk Dresden 4  
 Heimtückeverbrechen 4,408,418,  
 460, 463, 466  
 Hessen 17  
 Hessen-Nassau 4  
 Hirtenbriefe 119,234  
 Hitlergruss 419,430  
 Hitlerjugend 79,403  
 Hitlerreden 3 f., 8 f., 18 f., 88 ff.,  
 109 f., 125 f., 148, 155 f., 175, 180 f.,  
 191 ff., 198 f., 216 ff., 239 f., 257 ff.,

- 276, 303 f., 316, 375, 432 ff., 437,  
 441, 442 ff., 526  
 Höchst 87  
 Hof 35  
 Holland 20, 22, 58, 60, 64 ff., 67 f.,  
 165, 314, 459, 501  
 Hülsenfrüchtezuteilung 31,231  
 Hultschiner Ländchen 46
- Immenstadt 463  
 Indien 446  
 Indochina 102  
 Industrie 49,135,381,455  
 Inflationsbefürchtungen 32, 177,  
 304 f., -381, 496 f.  
 Insterburg 231  
 Intelligence Service 19  
 Invasion 292, 317, 363, 373, 379 f.,  
 386, 416, 472 ff., 487 f., 493, 497,  
 501 f., 507 ff., 511 f., 515, 518,  
 528 ff.  
 Irak 141,152  
 Iran 171, 242, 244  
 Irland 81, 110, 170  
 Island 67  
 Italien 34, 38 f., 63, 65, 69, 81, 89, 97,  
 100, 110, 118, 126, 134, 141, 148,  
 157, 161, 173, 182, 187 f., 201, 235 f.,  
 30% 317, 320, 323, 325, 333, 354,  
 379, 424 ff., 429, 432, 434 f., 438,  
 446, 461, 484, 489, S01, S10,  
 530
- Japan, Japaner 84, 100 ff., 105, 127,  
 B1, HS, T44, TS4, H7, H9, 161,  
 193, 198, 225, 227, 258, 278, 288,  
 301 f., 315, 354, 397, 414, 446, 481,  
 489, 522, 524  
 Juden 17 f., 44, 115, 138, 140, 165 f.,  
 195 ff., 215, 218, 220, 286, 383,  
 385 f., 483, 485, 489  
 «Jud Süß» 114 ff.  
 Jugendliche 6, 43, 45, 54, 78 f., 312,  
 403  
 Jugoslawien 127, 129 f., 133 f., 495
- Kamikaze-Flieger 279,414  
 Kapitalismus 206  
 Karlsruhe 4  
 Kartoffelversorgung 36, 57, 147,  
 161 f., 176 f., 230 f., 241, 243, 266,  
 269 f., 272, 446, 494, S02, S0S, S07  
 Käsezuteilung 31  
 Kassel 25,35  
 Katholische Kirche 4, 21, 36, 39, 73,  
 78 f., 119, 193 ff., 200, 207 ff.,  
 232 ff., 274, 289, 400, 423, 435 f.,  
 441, 443, 450, 482  
 Kattowitz 350  
 Katyn 382 ff., 385  
 Kaukasus 186, 229, 268, 273, 283,  
 293 f., 301, 309, 337, 353, 357, 376  
 Kettenbriefe 98,234  
 Kiel 4, 27, 91, 396  
 Kinderlähmung 6  
 Kinderlandverschickung 108, 116,234,  
 449  
 Kindernährmittel 231  
 Kleiderkarte 13, 145, 321, 447, 494  
 Klöster 21, 119  
 Koblenz Einleitung, 32, 67, 87  
 Köln 4, 56, 91, 260 f., 296, 413, 453,  
 485  
 Königsberg 527  
 Kohlenversorgung 23, 34 ff., 49, 96,  
 98, 109, 116, 118, 231, 300, 502  
 Kolonien 142  
 Kommandounternehmen 252  
 Kommunismus 4, 18, 20, 22 f., 78,  
 160, 358, 455, 458  
 Kommunisten 39, 314, 372  
 Kompromissfrieden 314, 388, 455 ff.  
 Konnersreuth 274  
 Konzentration der Wirtschaft 369,  
 381  
 Konzentrationslager 136  
 Korruption 240, 243, 246 ff., 251,  
 2S9, 27S, 299, 336, 418, 444, 462,  
 479  
 Kraft durch Freude 11  
 Kreta 151  
 Kriegsdauer 38, 96, 142, 153, 157,  
 168, 170, 172, 175, 181, 194, 201,

- 206, 219, 239, 253, 273, 308, 313,  
 329, 332, 353, 473, 5U  
 Kriegsgefangene, ausländische 20 f.,  
 23, 75, \*6, 148, 157, 163, 246, 287,  
 289, 309 ff., 363, 402, 404, 419, 421,  
 448, 464, 483  
 Kriegsgefangene, deutsche 72, 372,  
 383, 397, 482 f., 510  
 Kriegsmüdigkeit 9, 274, 293, 446  
 Kriegsopferversorgung 124, 523  
 Kriegssonderstrafrecht 402  
 Kriegswirtschaftsverbrechen 201,  
 246 ff., 251, 479  
 Kriegswirtschaftsverordnung 43  
 Kriegsziele 388  
 Krim 186, 205, 229, 262, 263, 444 f.,  
 472, 499, 502, 310  
 Kriminalität 12 f.  
 Kroatien 130, 134  
 Kuban-Brückenkopf 376  
 Kursk 387,397,420
- Landbevölkerung 90, 142, 274, 307,  
 312, 394, 303  
 Landgerichte 404  
 Landwirtschaft 142, 468, 476, 303  
 Lebenshaltungskosten 118, 122, 230,  
 232, 336 f., 400  
 Lebensmittelversorgung 13 f., 26, 31,  
 36, 55, 57, 60, 64, 91, 94, i09, m Ä-,  
 129, 131 f., 143 ff., 161 f., 171, 176,  
 188, 230 f., 241 ff., 231, 233, 263,  
 266 f., 269 f., 272, 273, 283, 299,  
 308, 314 f., 336, 393 f., 398, 446 f.,  
 478, 494, 498, 302 ff., 307  
 Lederwaren 172  
 Legitimisten 23, 338, 369, 330  
 Lehrerangel 3  
 Leibstandarte Adolf Hitler 433  
 Leipzig 37,481  
 Lemberg 491  
 Leningrad 173, 186, 192, 204 f., 294  
 Libyen s. Nordafrika  
 Liegnitz 33, 91  
 Lindau 132  
 Linz/Donau 303
- Litauen 84  
 Literatur 42,74  
 Lohnverhältnisse 137  
 London 103 f., 342, 488, 329  
 Lothringen 165  
 Luckenwalde 23  
 Ludwigshafen 438  
 Lübeck 232  
 Lünen 432  
 Lüttich 66  
 Luftangriffe, deutsche 18, 39, 68, 97,  
 103, 134, 164, 166, 234, 261, 342,  
 488, 493, 309  
 Luftangriffe, feindliche 33, 37, 66 f.,  
 70 f., 76, 79, 81, 86 ff., 92 f., 97, 107,  
 109, 131, 160, 169 ff., 173, 194, 244,  
 233 f., 238, 260 f., 266, 272 ff., 273,  
 283, 292, 294 ff., 308, 314, 320, 333,  
 34b 354, 37b 374, 387, 389, 395,  
 413, 416, 429 f., 438 ff., 431, 436,  
 467, 472, 474, 481, 488, 493, 493,  
 497, 500, 505, 507 f., 512 f., 5U,  
 5i7, 519, 530  
 Luftschutz 67, 87, 296  
 Luftwaffenhelfer 439  
 Luxemburg 97, 314
- Magdeburg 4  
 Mainz 296  
 Malta 313  
 Mannheim 438  
 Marxismus 78  
 Massenmorde 63, 383, 383  
 Mehlzuteilung 31, 230, 269, 447  
 Messerschmitt-Flugzeugwerke 233,  
 519  
 Milchzuteilung 263  
 Militärdiktatur 430  
 Mittelmeer 284, 298, 317, 327, 420  
 Mittelstand 369,497  
 Mönchetalssperre 393  
 Monte Cassino 489  
 Moskau 164, 174, 184, 186, 192, 203,  
 292, 339, 373  
 München 31, 119, 296, 313, 371 f.,  
 463, 463

- Münchner Abkommen 41  
Münster in Westfalen 87, 119, 141,  
179,189,443
- Narvik 58 f., 62, 70, 340  
Nationalkomitee Freies Deutschland  
501, 525  
Nebeltruppe 375  
Nettuno 489  
Neustettin 106  
Nichtigkeitsbeschwerde 190, 408, 462  
Niederländisch-Indien 102  
Niederlage 343, 346, 355, 357 f., 369,  
419, 427, 431, 439, 441, 455 ff., 485,  
493, 497 f., 499, 503, 522  
Nordafrika 117, 129, 133 f., 151, 201,  
205 f., 220, 228, 262 ff., 267, 269,  
272, 284, 294, 313, 316 ff., 319 f.,  
322 f., 327, 330, 332, 336, 341, 345,  
376, 378  
Nordbayern 3 5  
Nordfrankreich 71  
Norwegen 52, 58 f., 61 ff., 165, 293,  
354, 501, 516  
NSDAP 4, 17, 51, 55, 90, 174, 181,  
200, 206, 213, 217, 233, 236 f., 369,  
373, 382, 393, 418, 423 f., 427 f.,  
430, 434, 444, 446, 451, 456, 469,  
480, 491, 498, 523  
NSV 6, 36  
Nürnberg 132, 296  
Nürnberger Gesetze 221
- Oberbayern 121  
Oberbrügge 291  
Oberduffhausen 5  
Oberlandesgerichte 215, 404, 461,  
465 f.  
Oberschlesien 12, 45, 520, 530  
Obstversorgung 55, 91, m ff., 132,  
161, 171, 267, 272, 275, 315, 478  
Österreich 11, 20, 23, 38, 43, 123, 177,  
197, 3<sup>4</sup>, 358, 363, 369, 417, 459, 530  
Oppeln 46
- Ostarbeiter 287, 291, 363, 421 ff.  
Ostasien 201, 225, 227, 229, 278, 489  
Ostfeldzug, Ostfront 155-161, 164 bis  
174, 180-186, 191 f., 199-206, 212 f.,  
216 ff., 225 f., 229, 239 f., 254, 257 f.,  
262, 264 f., 267-270, 273, 283, 293 f.,  
297-304, 312 ff., 324, 326 f., 330 bis  
332, 336-343, 346, 352 ff., 357 f.,  
360 ff., 367 f., 370 f., 379 f., 387,  
397, 429, 437 ff., 444, 486 f., 491 ff.,  
498 ff., 502 ff., 510 f., 521, 525, 527 f.  
Ostoberschlesien 491, 521  
Ostpreussen 35, 45, 231, 525, 527  
Ostwall 128, 143, 239, 262, 264, 273,  
397
- Paderborn 39  
Paris 518  
Parteigenossen 4, 197, 217, 417, 430,  
444  
Passau 73  
Pessimismus 387  
Pferdefleischzuteilung 132, 147  
PK-Berichte 61, 75, 85, 105, 158, 169,  
514  
Plünderung 389  
Plutokratie 41, 147  
Polen (s. auch Generalgouvernement)  
7, 20, 63, 85, 144, 188 ff., 289 f., 383,  
385 f., 495  
Polizeiverbände 258  
Portugal 170, 293, 386, 457  
Preisentwicklung 56, 91 f., in, 113,  
114, 116, 123, 137, 179, 263, 304, 381  
Presse 7, 10 f., 33, 37, 40 f., 44, 50 ff.,  
58, 60 f., 66, 70, 75, 77, 83 f., 87 f.,  
98, 104, 106, 109, 121, 127, 146,  
152 f., 162 f., 168, 173, 179,182,189,  
213, 234, 244 f., 250,264,278,301 ff.,  
305, 312, 318, 321, 334 f., 336 f.,  
343 ff., 348, 359, 3<sup>5</sup>, 374 f., 384,  
386, 393, 395, 419, 431, 480, 486,  
488 f., 496, 512, 525  
Preussen 459,463  
Produktionsbeschränkungen 25 f., 49,  
92 f., 400 f.

- Propaganda 40, 65, 74, 82 ff., 104 ff.,  
 109, 124, 153 ff., 162 ff., 167 ff.,  
 173 ff., 182 ff., 211, 214, 244 ff.,  
 230 ff., 271, 286, 301 ff., 312, 318 ff.,  
 322, 334 ff., 343 ff., 358, 374 ff.,  
 384 ff., 392, 393, 418 f., 421 ff., 474,  
 484, 520  
 Prophezeiungen 234, 267, 274, 306,  
 523 f.  
 Protektorat Böhmen und Mähren 36,
- Raketenwaffen 414, 440, 301, 520  
 Rassegesetzgebung 44, 222, 224, 237  
 Rechtswesen 11, 138, 188, 213, 246,  
 239, 390, 402  
 Rechtsprechung 402 ff., 479  
 Regensburg 338  
 Reichenberg 349  
 Reichsanleihen 8  
 Reichsbahn 24 f., 28, 34, 177, 237  
 Reichsgericht 141, 190, 462  
 Reichsinnenministerium 224  
 Reichsjustizministerium Einleitung,  
 12, 246, 402, 403, 408, 464  
 Reichsministerium für Volksaufklärung  
 und Propaganda Einleitung, 40  
 Reichstag 3, 88, 236 f.  
 Reiseverkehr 283  
 Religionsunterricht 234, 430  
 Rentenversicherungen 121, 308  
 Rheinland 442  
 Richterbriefe 403 f., 464  
 Riga 163  
 Riom, Prozess von 234  
 Röh̄m-Putsch 428  
 Rohstoffversorgung 23, 49, 270, 373, 388  
 Rom 490, 312, 317  
 Rostode 33, 461  
 Rostow 270  
 Rote Armee 288  
 Rüd̄ezüge 437, 492, 323  
 Rüstungsproduktion 36, 90, 109,  
 123 f., 193, 220, 243, 233, 298, 307,  
 349, 362, 366, 371, 388, 390, 399,  
 438, 467, 471, 492, 308, 326
- Ruhrgebiet 87 f., 92, 231, 333, 390,  
 396  
 Rumänien 22, 83 f., 126, 134, 136,  
 139, 182, 426, 486 f., 499, 304, 317,  
 328  
 Rundfunk 7, 10, 43, 43, 32, 60 f., 73,  
 77, 84, 87 f., 104, 106, 133, 162 f.,  
 173, 182, 191, 213, 244, 230, 301 ff.,  
 312, 318, 321, 334 ff., 343 ff., 339,  
 365, 374, 384, 386, 4'9, 43b 48,b  
 493, 312, 313, 323  
 Russland (s. auch Ostfeldzug) 10, 22,  
 39, 53, 83 89, 'tob 104, no,  
 127 f., 130, 133, 133, 141, 143 f.,  
 132 f., 134 f., 137 f., 160 f., 163,  
 167 ff., 182 f., 183, 200, 219, 230,  
 284, 286, 294 f., 297, 302 f., 313 f.,  
 327, 332, 339, 354, 361, 367, 371,  
 373, 380, 382 f., 388, 414, 418, 421 ff.,  
 431, 437, 440 f., 437 ff., 464, 472,  
 480, 484, 486 f., 492, 301, 322, 324
- Saarbrücken 348  
 Saarburg 120  
 Sabotage 23, 290, 314, 363, 311  
 Sachsen 439, 494  
 Salzburg 21, 120, 283  
 Salzmenge 300  
 Sardinien 206  
 «Scharnhorst», 223  
 Schleichhandel 113 f., 132, 200, 243,  
 247, 25b 392, 446, 475 ff.  
 Schlesien 196  
 Schneidemühl 27  
 Schrifttum 10, 41, 74  
 Schuhversorgung 13 f., 97 f., 116,  
 137, 494, 498  
 Schulwesen 422, 433  
 Schwarzer Markt 476  
 Schwarzschlachtungen 248, 402  
 Schweden 237, 446  
 Schweiz 22, 67, 71, 84, 100  
 Schwerin 27  
 Seekrieg 30, 39, 62, 70, 110, 117, 128,  
 133, 223, 228, 268, 284, 294, 333,  
 436

- Separatismus 39, 99  
 Sewastopol 206, 265, 267, 297  
 Siegeszuversicht 117  
 Sizilien 206, 420, 426  
 Slowakei 159  
 Somaliland 134  
 Sondergerichte 42, 188, 391, 402, 404,  
 460 f., 466, 480  
 Sonderzuteilungen 321, 325 f., 328 f.,  
 447  
 Sowjetunion s. Russland  
 Sozialisten 314  
 Sozialversicherung 121, 308  
 Spanien 100, 102, 161, 163, 258, 293,  
 320, 325, 386, 489, 316  
 Sparguthaben 177, 179, 304 f., 496  
 Spionage 311  
 Spirituosenzuteilung 321  
 Spitzbergen 436  
 Sportpalastkundgebung 1943, 365,  
 373, 390, 467  
 SS 234  
 Stalingrad 270, 273, 283, 297, 300  
  
 304, 313, 324, 326, 330, 336 ff., 340,  
 342, 344 f., 346, 348, 333, 360 f.,  
 323, 379, 383, 417, 427, 440, 445,  
 484, 491, 502  
 Stettin 27  
 Steuererhöhung 381  
 Stilllegung von Betrieben 35, 49,  
 351, 355, 359, 314, 319, 373, 382  
 470  
 Strafrechtsprechung 12, 42 f., 137,  
 188, 246, 259 f., 391, 402, 418,  
 460 ff., 479 ff.  
 Streikdrohungen 172  
 Stuttgart 4, 32, 98 f., 305, 324, 368,  
 371  
 Sudetengau 36, 123  
 Süddeutschland 231, 429  
 Süditalien 423, 433  
 Südtirol 38  
 Syrien 133  
  
 Tauschhandel 36, 200 f., 213, 243,  
 252 390, 392, 447, 475  
 Teheran-Konferenz 473  
 Teilung Deutschlands 369, 459  
 Textilversorgung 13 f., 143, 172, 321,  
 447  
 Theater 10, 33  
 Thundorf 120  
 Tieffliegerangriffe 303, 307  
 Tirol 283, 330  
 Tobruk 201, 228, 264, 320, 323  
 Todesstrafe 12, 42, 231  
 Totaler Krieg 335, 341 ff., 353, 339,  
 364, 366, 373 f., 378, 390, 394, 446,  
 460, 491, 313, 326 f.  
 Transportschwierigkeiten 24, 33, 49,  
 37, 177, 267, 286  
 Tran- und Helle-Filme 115  
 Treibstoffversorgung 92, 499, 519  
 Tripolis 343  
 Tschechen 36  
 Tübingen 296  
 Türkei 83, 127, 130, 133, 132, 186,  
 229, 241, 236, 263, 334, 379, 426,  
 446, 457  
 Tunesien 317, 320, 322, 330, 336,  
 334 f., 361, 366, 379, 382, 386 f., 397  
  
 U-Boot-Krieg 126, 173, 186, 192, 199,  
 217, 220, 227 ff., 241, 238 f., 263,  
 268, 283, 298, 301, 322, 333, 333,  
 334, 372 ff., 376 ff., 397, 413, 490,  
 499, 509, 521 f., 530  
 Ukraine 144, 138, 362, 370, 438, 327  
 UK-Stellung 467, 327  
 Ungarn 102, 126, 133 f., 139, 426,  
 434, 489, 499, 504  
 USA 58, 84, 96, 101 f., 104 f., 107,  
 109, 116, 123 ff., 130, 133, 141 f.,  
 144, 133, 137, 161, 170, 173, 187,  
 192 f., 198 f., 201, 220, 227 f., 233,  
 233 f., 237, 268, 284, 298, 316 f.,  
 322, 323, 327, 330, 332, 334 f., 339,  
 354, 357, 37b 373, 379, 388, 397,  
 413, 431 f., 441, 437 ff., 483, 493,  
 524, 527  
  
 Tabakwaren 143, 321, 476  
 Tarnopol 304

## Orts- und Sachregister

- V-Aktion 163  
Vatikan 236, 381, 435 f.  
Venlo-Zwischenfall 63  
Vergeltung 73 f., 87 {., 103, 234, 238, 261, 266, 274, 276, 299, 308, 342, 396, 413 f., 416, 429 f., 433, 439, 440 ss., 472, 482 f., 488, 493, 497, 300 f., 303, 310, 312, 316, 318  
Verluste 7, 39, 61 f., 68, 70, 83, 97 f., 106, 133, 167 f., 171, 174, 199 f., 203, 226, 229, 234, 241, 244, 237, 264 f., 276, 293, 297, 318, 320, 341, 343, 332 f., 577, 393, 467, 489, 496, 49% SOS  
Versorgungsschwierigkeiten (s. auch Lebensmittelversorgung) 172, 228, 253, 273, 29S, 307  
Vertrauenskrise 338  
Verwaltung 11, 418, 468 f., 491  
Volksbildungswerk 10  
Volksdeutsche 83  
Volksgerichtshof 99, 460, 466  
Volkschädlingsverordnung 12, 42 ff., 188  
V-Waffen 414, 440, 316, 320, 329  
  
Waffen, neue 68, 80, 86, 126, 324, 388, 413, 441, 474, 319, 326  
Waffen-SS 234, 238  
Waffenstillstand mit Frankreich 79, 83  
Waffenstillstandsangebot, russisches 284, 299, 314  
Waffenstillstandsverhandlungen mit England 320  
Waisenhäuser 119  
Warschau 3, 321  
Werbung 42, 31  
Wehrkraftzersetzung 43, 408, 460 ff., 463  
Wehrmachtbericht 7, 61 f., 97, 106 f., 139, 162, 169 f., 183, 201, 203, 226, 234, 243, 233, 263, 276, 301, 319, 327, 330 f., 340, 343, 337, 371, 488, 312  
Wehrmachtdienststellen 469  
Wehrmachthelferinnen 443  
Weissrussland 138  
Welikije Luki 330, 340  
Westfalen 442  
Westfeldzug 64-72, 74, 79  
Westwallarbeiter 36  
Widerstandsbewegung 4, 20, 23, 314  
Wien 4, 36, 64, 120, 368  
Wildbrethandel in, 113  
Wilhelmshaven 27, 37  
Wintersachensammlung 202,204, 211 f., 217  
Wismar 27  
Witten 432  
Witze, politische 40, 267, 417, 420, 430, 433, 474  
Wochenschauen 7, 10, 19, 116, 164 ff., 202 f., 213, 364, 367 f., 384  
Wohlfahrtsunterstützungen 122  
Wohnungshilfswerk 434  
Wohnungsmangel 471, 307  
Wolchowfront 294  
Woronesch 268  
Wuppertal 413  
Württemberg 3, 14, 132, 179  
Würzburg 137, 213  
  
Zeitungsanzeigen 7, 42, 70, 137, 167, 241, 364, 391  
Zigeuner 6  
Zivilrecht n, 139 ff.  
Zuckerzuteilung 394  
Zürich 67  
Zwei-Fronten-Krieg 324, 487  
Zweite Front 271, 284, 293 f., 298, 317, 323, 323, 438  
Zwiebelknappheit 132